Stefan Aust

Der Baader Meinhof Komplex

Hoffmann und Campe




1781

Stefan Aust

Der Baader-Meinhof-Komplex

Hoffmann und Campe

Vorwort

Dieses Buch ist keine Anklageschrift und nicht das Plädoyer eines Verteidigers. Es ist auch kein Urteil, weder in juristischer noch in moralischer Hinsicht. Es soll ein Protokoll sein, eine Chronik der Ereignisse vom Juni 1967 bis zum »Deutschen Herbst« 1977, der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, der Entführung und Befreiung der Passagiere und Besatzungsmitglieder der Lufthansa-Maschine »Landshut« und den Selbstmorden im Hochsicherheitstrakt von Stammheim.

»Der Baader-Meinhof-Komplex« ist zum ersten Mal 1985 erschienen, acht Jahre nach dem Selbstmord der Stammheimer Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, neun Jahre nachdem sich Ulrike Meinhof in ihrer Zelle das Leben genommen hatte. Der blutige »Deutsche Herbst« des Jahres 1977 markierte den Gipfelpunkt eines Weges in die Gewalt, der mit zunächst friedlichen Protesten gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam begonnen hatte. Moralische Empörung war erst langsam, dann immer schneller in krasse Unmoral umgeschlagen.

Seit 1967 habe ich, zunächst bei der Zeitschrift »konkret«, dann als Mitarbeiter des Magazins »Panorama« beim NDR, die Entwicklung vom Protest über den Widerstand zum Terrorismus verfolgt. Dabei begegnete ich vielen, die zur Zeit der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition (APO) auf die Straße gegangen waren und später in den Untergrund abtauchten. Einige traf ich bei den Recherchen zu diesem Buch wieder, manche von ihnen saßen im Gefängnis, andere waren nach vielen Jahren Haft wieder in Freiheit. Ich führte Interviews, sammelte und sichtete bis 2017 gut hundert laufende Meter Aktenordner und versuchte, daraus die Geschichte der »Baader-Meinhof-Gruppe«, die sich später »Rote Armee Fraktion« nannte, zu rekonstruieren. Vom Prozess in Stammheim gibt es außerdem Wortprotokolle, 15000 Seiten, insgesamt gut 30 Aktenordner.

Von denjenigen, die später in den Untergrund abtauchten, habe ich einige intensiver kennengelernt, wie Ulrike Meinhof, andere nur flüchtig. So sind persönliche Begegnungen in die Recherchen eingeflossen, später

Hintergrundgespräche oder Interviews, viele davon vor laufender Kamera.

Kontakt hatte ich unter anderen zu: Rudi Dutschke, Daniel Cohn-Bendit, Peter Schneider, Peter Homann, Otto Schily, Christian Ströbele, Kurt Groenewold, Horst Mahler, Hans-Jürgen Bäcker, Peter-Jürgen Boock, Jan-Carl Raspe, Astrid Proll, Klaus Jünschke, Gerhard Müller, Hans-Joachim Klein, Rainer Langhans, Bommi Baumann, Till Meyer, Black Panther Eldridge Cleaver, Weatherman Mark Rudd, Ex-Bürgermeister und Pfarrer Heinrich Albertz, BKA-Präsident Horst Herold, BKA-»Familienbulle« Alfred Klaus, Horst Bubeck, GSG-9-Chef Ulrich Wegener, »Landshut«-Stewardess Gabriele Dillmann (später von Lutzau), »Landshut«-Copilot Jürgen Vietor, Hans-Jürgen Wischnewski, Helmut Schmidt, Hanns Martin Schleyer …

Gudrun Ensslin bin ich niemals begegnet. Andreas Baader auch nicht – aber das war haarscharf.

Ich habe das Buch damals wie heute nicht als die quasi in Stein gemeißelte Geschichte der RAF betrachtet, sondern als den Stand meiner Recherchen. Wann immer etwas Neues auftauchte, habe ich es in die verschiedenen Ausgaben des Buches aufgenommen oder auch Details korrigiert.

Inzwischen sind vierzig Jahre vergangen, und die Ereignisse von damals lassen sich noch genauer beschreiben, als es bis etwa 1990 möglich war. Mit dem Fall der Mauer war den bundesdeutschen Fahndern eine Gruppe von RAF-Aussteigern in die Hände gefallen, die bis dahin unerkannt in der DDR gelebt hatten. Eine spezielle Einheit des Ministeriums für Staatssicherheit hatte die im Westen als Terroristen steckbrieflich gesuchten RAF-Mitglieder mit gefälschten Identitäten in die realsozialistische Gesellschaft integriert. Auch einige damals noch aktive Gruppenmitglieder hatte die Stasi phasenweise in der DDR betreut und anschließend wieder in ihr westdeutsches »Operationsgebiet« ausreisen lassen. Das ganze Ausmaß der Stasi-Kooperation mit ausgestiegenen, aber auch mit noch aktiven Terroristen kam erst im Laufe der folgenden Jahre ans Licht.

Mit Hilfe von MfS-Akten ließen sich eine ganze Reihe zuvor ungeklärter Hintergründe ausleuchten, denn die RAF-Mitglieder hatten gegenüber den Genossen vom Ministerium für Staatssicherheit einiges offenbart, was den bundesdeutschen Ermittlern entgangen war. Zudem begannen die resozialisierten DDR-Neubürger in bundesdeutscher Haft überwiegend zügig auszusagen. Einige von ihnen gehörten zu den Entführern Hanns Martin

Schleyers. Ihre Geständnisse wiederum bewegten einen der Haupttäter zu einer Neuaussage. Peter-Jürgen Boock, wegen seiner Beteiligung an der Schleyer-Entführung ohnehin zu einer lebenslangen Strafe verurteilt, legte gegenüber der Bundesanwaltschaft so etwas wie eine »Lebensbeichte« ab.

Unter Nutzung der Stasi-Unterlagen und sehr ausführlicher Interviews mit Beteiligten habe ich 1997 die Ursprungsfassung dieses Buches ergänzt. Vor allem Peter-Jürgen Boock schilderte damals detailliert die Vorbereitungen der Schleyer-Entführung, die Tat selbst, die Unterbringung des Entführten in verschiedenen Verstecken, die Flucht der Hauptgruppe der Entführer nach Bagdad und schließlich die Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten. Die Aussagen Boocks deckten sich im Wesentlichen mit den Ermittlungsergebnissen und den Aussagen anderer Gruppenmitglieder sowie der einzig überlebenden »Landshut«-Entführerin, die fast zwanzig Jahre nach der Tat in Deutschland vor Gericht gestellt wurde.

All diese Materialien habe ich 1997 als zusätzliche Passagen und Kapitel in das Buch eingearbeitet, andere Teile des ursprünglichen Textes wurden revidiert und ausgebaut. Dann, dreißig Jahre nach dem »Deutschen Herbst«, habe ich mir das Buch noch einmal vorgenommen und mit neuen Rechercheergebnissen angereichert. Neu vor allem waren zahlreiche Indizien für geheimdienstliche Aktivitäten rund um den Hochsicherheitstrakt in Stammheim. Die schon in der Ursprungsausgabe geäußerten Vermutungen, dass die Gefangenen in ihren Zellen abgehört worden sind, haben sich dadurch weiter verdichtet.

Erstmals ist das Buch damals mit Fotos ausgestattet worden, einige davon stammen aus Ermittlungsakten und waren bisher weitgehend unbekannt; jetzt sind noch eine Reihe weiterer Aufnahmen dazugekommen.

Meine Sicht auf die Geschichte der RAF und die Reaktion des Staates auf die Gruppe hat sich im Laufe der Zeit im Lichte der neueren Erkenntnisse nicht wesentlich verändert – außer vielleicht in zwei Punkten: Wie genau man innerhalb der RAF über die Tatsache des Selbstmordes der Gefangenen in Stammheim Bescheid wusste und wie systematisch man die Mordlegende gestrickt hat. Und: Welch ein ungeheures Versagen des staatlichen Fahndungsapparates dazu geführt hat, dass Schleyer nicht befreit wurde, obwohl es schon weniger als 48 Stunden nach der Entführung einen konkreten Hinweis auf sein Versteck gab.

Einige Fragen bleiben bis heute ungeklärt. So etwa die Hintergründe mancher Geheimdienstspuren, die sich durch die Geschichte ziehen. Oder der dringende Verdacht, dass die Gefangenen in Stammheim auch während der Schleyer-Entführung in ihren Zellen abgehört wurden – und dass es womöglich einen Tonbandmitschnitt ihrer letzten Nacht gibt – oder zumindest gab; auch dazu findet man in dieser Ausgabe des Buches neue Erkenntnisse.

Der Schilderung vergangener Ereignisse sind Grenzen gesetzt, das habe ich beim Schreiben der ersten Version des Buches genauso gespürt wie jetzt bei der Aktualisierung und Ergänzung. Zum einen ist nicht jeder bereit, Auskunft zu geben. Zum anderen sind auch Augenzeugenberichte immer subjektiv gefärbt. Ich habe damals und heute versucht, aus den verschiedenen Aussagen herauszufiltern, was sich tatsächlich abgespielt hat. Gab es einander krass widersprechende Versionen, so habe ich diese gegenübergestellt. Soweit es möglich war, habe ich im Fluss der Erzählung deutlich gemacht, auf welche Quellen ich mich stütze. Eine ganze Reihe von Informanten haben aber darum gebeten, anonym zu bleiben.

Wertungen habe ich möglichst vermieden. Dennoch ist die Auswahl des Materials, die Gewichtung, die Zusammenstellung meine subjektive Entscheidung.

In dieser, der vierten, Ausgabe des Buches habe ich einige Vorgänge detaillierter geschildert als in den vorherigen Versionen, vor allem habe ich meine eigene Rolle als »teilnehmender Beobachter« immer dann genauer beschrieben, wenn ich unmittelbar mit den Ereignissen zu tun hatte.

Was die Geschichte nach wie vor so faszinierend macht, ist, dass in dieser Gruppe die politischen und gesellschaftlichen Strömungen der Zeit zusammenliefen: die revolutionären Bewegungen der Dritten Welt, der Protest gegen den Vietnamkrieg, gegen Imperialismus und Kolonialismus, die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die Rolle des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern, die Kritik am Kapitalismus, die Frage der Gewalt, die Auseinandersetzung oder Kooperation mit dem real existierenden Sozialismus, die Rolle der Geheimdienste und des zum Teil von ihnen genutzten oder unterstützten Terrors im eiskalten Krieg zwischen den Machtblöcken.

Ulrike Meinhof steht von allen Gruppenmitgliedern am ehesten für die Sehnsüchte und Ziele der linken Außerparlamentarischen Opposition der

sechziger Jahre – und deren Abgleiten in politische Sekten oder Terrorismus. Diese Geschichte ist auch ihre persönliche Tragödie.

Hamburg, im Juli 2017
Stefan Aust

1. Kapitel
Wege in den Untergrund

1.
Tod in Stammheim

»00.38 Uhr. Hier ist der Deutschlandfunk mit einer wichtigen Nachricht. Die von Terroristen in einer Lufthansa-Boeing entführten 86 Geiseln sind alle glücklich befreit worden. Dies bestätigt ein Sprecher des Bundesinnenministeriums soeben in Bonn. Ein Spezialkommando des Bundesgrenzschutzes hatte um 00.00 Uhr die Aktion auf dem Flughafen von Mogadischu gestartet. Nach den ersten Informationen sollen drei Terroristen getötet worden sein.«

Zwei Minuten später wiederholte das gemeinsame Nachtprogramm der ARD die Meldung im Wortlaut. Es war Dienstag, der 18. Oktober 1977. Im siebten Stock der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim wachte einsam der Justizassistent Hans Rudolf Springer über die Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Irmgard Möller. Er saß in der Wachkabine, getrennt von den Gefangenen durch Wände, Gitter und Türen. Über Fernsehmonitore konnte er den großen Flur vor den Zellen beobachten. Nichts regte sich.

Die Meldung, eingestreut in das nächtliche Musikprogramm, riss Springer vom Stuhl. Er ging in den hinteren Flügel des Zellentrakts und stellte sich vor das Gitter zum Flur. Alles war still. Springer ging zurück in seinen Wachraum und starrte weiter auf die Monitore.

Um 6.30 Uhr wurde der Justizassistent von einem Kollegen abgelöst. Langsam erwachte die Anstalt.

Um 7.15 Uhr traten die Vollzugsbediensteten Miesterfeld, Stapf, Stoll, Griesinger und Hermann ihren Dienst an. Hauptsekretär Klaus Miesterfeld holte bei der Vollzugsdienstleitung die Zellenschlüssel ab und quittierte mit seiner Unterschrift. Dann schaltete er die Alarmanlage aus. Er öffnete die Gittertür zum Zellenflur und zog die Jalousien vor dem Fenster am hinteren Zellenflur auf. Licht fiel durch die Glasbausteine. Die Beamten wuchteten gemeinsam die gepolsterten Spanplatten von den Zellentüren, mit denen nächtliche Sprechkontakte zwischen den Gefangenen verhindert werden

sollten.

Miesterfeld öffnete die Sicherheitsschlösser aller vier Zellen. Um 7.41 Uhr schloss Obersekretär Stoll die Tür zur Nummer 716 auf. Neben ihm stand der Hauptsekretär Willi Stapf. Die beiden Beamten hatten den Frühstückswagen mit Kaffee, Graubrot und einem gekochten Ei in den Trakt geschoben. Ihnen war seltsam zumute. Der Gefangene Raspe stand nicht, wie sonst, an der Tür. Ihre Kollegen, unter ihnen die Vollzugsbeamtin Renate Frede, die während der Nacht im siebten Stock Bereitschaftsdienst gehabt hatte, standen einige Schritte entfernt.

Stoll warf einen Blick in die Zelle und drehte sich abrupt um: »Komm einmal her. Schau mal, da ist was los!«

Die Beamten drängten sich in die Türöffnung. Das Bett Raspes stand wie gewöhnlich quer zum Eingang. Es reichte fast von einer Zellenwand zur anderen. Raspe saß mit ausgestreckten Beinen auf dem Bett. Mit dem Rücken lehnte er an der Treppenhauswand. Sein Kopf war leicht nach rechts gedreht und hing nach unten. Von der linken Schädelseite rann Blut. An der Wand hinter Raspes Kopf war ein Blutfleck. Stoll bemerkte, dass Raspe atmete, und hörte ihn stöhnen.

»Mach sofort wieder zu!«, ordnete Hauptsekretär Miesterfeld an. Keiner der Justizbeamten hatte die Zelle betreten. Stoll schloss die Tür und verständigte den stellvertretenden Vollzugsdienstleiter Horst Bubeck. Miesterfeld rief das Krankenrevier an.

Die Beamten sprachen leise, damit die Gefangenen in den übrigen Zellen nichts von den Geschehnissen mitbekamen. Kaum drei Minuten später betraten zwei Sanitäter in Begleitung von Amtsinspektor Erich Götz und Hauptsekretär Heinz Münzing den Zellentrakt. Die Tür wurde wieder aufgeschlossen, und die Beamten gingen in Raspes Zelle. »Da liegt eine Pistole!«, rief einer der Beamten.

»Der lebt ja noch«, entfuhr es Götz. »Vorsichtshalber nehme ich die Pistole weg.« Mit seinem Taschentuch ergriff er die Waffe vorn am Lauf und zog sie an sich. Miesterfeld holte ein Geschirrtuch und wickelte die Pistole ein. Götz steckte sein Taschentuch weg. Es klebte kein Blut daran.

Später waren sich die Beamten nicht einig, wo die Pistole tatsächlich gelegen hatte. Einer der Sanitäter meinte, sie habe sich auf Raspes geöffneter Hand befunden. Amtsinspektor Götz erinnerte sich dagegen, er habe sie unter der geschlossenen Hand weggezogen. Verwertbare Fingerabdrücke waren nachher nicht mehr festzustellen.

Raspe blutete aus Mund, Ohren und Nase. Er hatte an beiden Augen Blutergüsse, groß wie eine Kinderfaust. Die Sanitäter konnten auf den ersten Blick keine Schussverletzung feststellen. Ohne Raspes Lage zu verändern, alarmierten sie den Notarztwagen.

Gegen 8.00 Uhr traf der Unfallwagen des Roten Kreuzes ein. Zwei Sanitäter hängten Raspe an den Tropf und legten ihn auf eine Trage. Wenig später kam auch der Notarzt. Unter Begleitung von zwei Justizbeamten wurde Raspe zum Katharinenhospital gebracht. Zwei Polizeifahrzeuge fuhren vorweg und machten die Straße frei.

Im Operationssaal war alles vorbereitet. Raspe wurde geröntgt und ärztlich versorgt. Aber alle Hilfe war vergebens. Jan-Carl Raspe starb um 9.40 Uhr.

Nach Raspes Abtransport war um 8.07 Uhr die Tür zu Baaders Zelle geöffnet worden. Von innen lehnte eine Schaumstoffmatratze gegen den Rahmen. Sanitäter Soukop schob die Matratze zur Seite und betrat die Zelle. Die Fenster waren verhängt. Es war so dunkel, dass er zunächst kaum etwas erkennen konnte. Baader lag auf dem Zellenboden, ausgestreckt, den Kopf in einer Blutlache. Der Mund stand offen, die Augen waren starr nach oben gerichtet. Der Sanitäter versuchte, den Puls zu fühlen, aber Baader war schon tot. Seine Hand war kalt. Links von ihm lag eine Pistole. »Guck, da haben wir die Bescherung, da liegt noch eine Pistole«, sagte einer der Justizbeamten.

Auf Anweisung eines inzwischen eingetroffenen Mitglieds der Anstaltsleitung wurde die Tür zu Baaders Zelle wieder verschlossen.

Da bei Baader in Zelle 719 nichts mehr zu retten war, hasteten die Beamten zur gegenüberliegenden Zelle 720. Wieder betrat der Sanitäter als Erster den abgedunkelten Raum. Links vom Eingang stand eine Art spanische Wand, hinter der Gudrun Ensslin ihr Matratzenlager hatte. Soukop tastete sich im Halbdunkel an der Stellwand entlang und sah dahinter. Er konnte die Gefangene nicht entdecken und rief laut nach ihr. Keine Antwort. Als er sich umdrehte, sah er zwei Füße unter der Decke hervorhängen, mit der das rechte Zellenfenster abgedunkelt war. In diesem Moment betrat der Anstaltsarzt Dr. Wolf Majerowicz die Zelle. Er griff nach der Hand der Gefangenen. Sie war kalt.

Inzwischen eilten die Beamten weiter zur Zelle 725. Irmgard Möller, in Jeans und T-Shirt, lag zusammengekrümmt auf der Matratze, die Decke bis zum Kinn hochgezogen. Der Sanitäter fasste sie an der rechten Schulter, drehte sie

auf den Rücken und zog die Decke weg. Irmgard Möller stöhnte. Adolf Soukop spürte Blut an seinen Händen. Er vermutete, sie hätte sich die Pulsadern aufgeschnitten, und untersuchte ihre Handgelenke. Als er keine Verletzungen finden konnte, schob er das schwarzblaue T-Shirt der Gefangenen hoch und sah, dass sie in der Herzgegend mehrere Stichverletzungen hatte. Er fühlte den Puls und stellte achtzig Schläge pro Minute fest. Dann versuchte er, ihr in die Pupillen zu sehen, aber Irmgard Möller kniff die Augen zusammen. Unterdessen betrat der Anstaltsarzt Dr. Majerowicz die Zelle und untersuchte die Verletzte. Er kam zu dem Ergebnis, dass lebensgefährliche Stichwunden nicht vorlagen. Nach seinem Eindruck war Irmgard Möller bei vollem Bewusstsein. Er gab ihr eine Spritze mit einem Herz-Kreislauf-Mittel und deckte die Wunden ab.

Inzwischen war der zweite Notarztwagen eingetroffen. Irmgard Möller wurde in das Robert-Bosch-Krankenhaus gebracht. Rechts von der Matratze in Irmgard Möllers Zelle lag ein blutverschmiertes Anstaltsmesser auf dem Fußboden; ein normales, oben abgerundetes Besteckmesser mit Wellenschliff.

In der Abteilung für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie der chirurgischen Universitätsklinik stellten die Ärzte fest, dass Irmgard Möller vier eineinhalb bis zwei Zentimeter tiefe Stiche im unteren Viertel der linken Brust hatte. Bei der Operation zeigte sich, dass das Gewebe vor dem Herzbeutel blutig durchtränkt, der Herzbeutel selbst aber nicht verletzt war.

2.
Die Befreiung

Am 14. Mai 1970 versah der Hauptwachtmeister Günter Wetter den Aufsichtsdienst im Verwahrhaus I der Strafanstalt Tegel in Berlin. Bei der Dienstbesprechung um 6.30 Uhr ordnete sein Vorgesetzter an, den Strafgefangenen Andreas Baader zum »Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen« in der Dahlemer Miquelstraße auszuführen. Dort sollte Baader die Journalistin Ulrike Marie Meinhof treffen, um gemeinsam mit ihr Unterlagen einzusehen. Baader und Meinhof wollten ein Buch über die Organisation »randständiger Jugendlicher« schreiben.

Oberwachtmeister Karl-Heinz Wegener sollte Wetter begleiten. Vor der Ausführung musste sich Wetter noch zu einem kurzen Gespräch bei seinem Chef einfinden. Ihm blieb noch etwas Zeit, und er holte sich die Gefangenenakte Baaders. Auf einem Zettel notierte er sich das Geburtsdatum, 6. Mai 1943, die Straftat, »menschengefährdende Brandstiftung«, und das voraussichtliche Strafende, Anfang 1972. Dazu die Personendaten Baaders: »Größe 176 Zentimeter, schlank, Kopf oval, hohe Stirn, vorspringendes Kinn, Haar braun, Ohrläppchen frei hängend, Zähne lückenhaft.«

Dann nahm er ein Passfoto von Andreas Baader aus der Akte, wie es bei einer Ausführung vorgeschrieben war. Er holte sich vom Anstaltsleiter Wilhelm Glaubrecht die Ausführungsgenehmigung, in der die Einzelheiten festgelegt waren. Der Gefangene sollte Zivil tragen, die Beamten Uniform und Schusswaffen. Handfesseln sollten ebenfalls mitgenommen, aber nur bei Bedarf angelegt werden.

Baader wurde belehrt, wie er sich zu verhalten habe. »Es besteht keine Gefahr«, versicherte Baader. »Ich denke nicht daran abzuhauen. Schließlich habe ich einen Buchvertrag mit einem Verleger. Dafür bekomme ich eine ganze Menge Geld. Und das kann ich dringend brauchen.« Wetter wusste von dem Buchvertrag, dennoch wies er Baader vorschriftsmäßig darauf hin, dass die Beamten bei einem Fluchtversuch von der Schusswaffe Gebrauch machen würden.

Bis zum Eintreffen des Transportwagens wurde Baader in einer Zelle des Pfortengebäudes eingeschlossen. Die Beamten holten ihre Pistolen und schoben ein volles Magazin ein. Kurz darauf begann die Fahrt nach Dahlem. Um 9.20 Uhr stoppte das Fahrzeug vor dem Institut. »Spätestens um 13.30 Uhr können Sie uns wieder abholen«, sagte Wetter dem Fahrer. Oberwachtmeister Wegener fesselte seinen linken Arm mit einer Schließacht an Baaders rechten Arm und stieg zusammen mit dem Gefangenen aus dem Wagen. Wetter klingelte, und nach kurzem Warten öffnete der Institutsangestellte Georg Linke. Die Beamten zeigten ihre Dienstausweise und erklärten Linke den Grund ihres Besuches. Die Bibliothekarin Gertrud Lorenz erschien in der Tür und führte die Dreiergruppe in den Raum neun.

Dort saß Ulrike Meinhof bereits über Karteikästen. Wetter untersuchte eine zweite Tür und stellte fest, dass sie verschlossen war. Dann machte er die Fenster zu. Nachdem der Raum so gesichert war, nahm er Baader die Handfessel ab, um ihm die Schreibarbeiten zu ermöglichen. Baader bat um eine Tasse Kaffee, und ein Institutsangestellter servierte umgehend Pulverkaffee und heißes Wasser. Ulrike Meinhof erkundigte sich bei den Justizbeamten, ob sie verheiratet seien und Kinder hätten. »Ja«, antworteten sie, »Frau und Kinder.« Sie waren erstaunt über diese Frage und wunderten sich besonders darüber, dass die Journalistin von der Antwort irritiert schien. Ulrike Meinhof verließ einige Male den Raum, um neues Material zu holen. Dann setzte sie sich neben Baader und redete leise mit ihm.

Es klingelte an der Außentür. Der Institutsangestellte Georg Linke öffnete. Vor ihm standen zwei junge Frauen, die schon am Tag zuvor im Institut gewesen waren. Sie wollten direkt an Linke vorbei in den Lesesaal, aber der stellte sich ihnen in den Weg und verwies sie an die Bibliothekarin. »Ich hatte Sie doch gestern gebeten, erst am Nachmittag zu kommen«, sagte sie, »der Lesesaal ist besetzt.« Daraufhin nahmen die beiden Frauen an einem runden Tisch in der Eingangshalle Platz. Linke kehrte in sein Arbeitszimmer zurück.

Die Beamten im Lesesaal hatten den Eindruck, Baader und Ulrike Meinhof würden intensiv arbeiten. Beide rauchten eine Zigarette nach der anderen. Um den verqualmten Raum zu lüften, öffnete einer der Beamten das Fenster einen Spaltbreit. Inzwischen war eine knappe Stunde vergangen. Plötzlich hörte Georg Linke Geräusche aus der Vorhalle. Er dachte, jemand habe die Außentür offen gelassen, und verließ sein Arbeitszimmer, um nach dem Rechten zu sehen. Die beiden Frauen standen neben der Eingangstür und

betätigten den Summer zur Außenpforte.

Unmittelbar darauf wurde die Haustür aufgestoßen. Ein Mann mit einer grünen, grob gestrickten Kopfmaske, die nur die Augen freiließ, stürmte in die Eingangshalle. Ihm folgte eine ebenfalls vermummte Frau.

»Los, schnell in den Saal«, rief der Mann den beiden jungen Frauen zu. Linke versuchte, den Maskierten aufzuhalten, obwohl er zwei Pistolen in dessen Händen sah. Da fiel ein Schuss. Der maskierte Mann hatte mit der Gaspistole, die er in der einen Hand hielt, schießen wollen. Er schoss aber mit der anderen, der scharfen Pistole, die einen Schalldämpfer trug. Georg Linke wurde getroffen. Trotz seiner Verletzung lief er in sein Zimmer und schloss die Tür von innen ab. Dann versuchte er, die Durchgangstür zum Raum seiner Chefin abzuschließen. Als er keinen Schlüssel fand, ließ er sich auf den Boden fallen und hielt mit dem ausgestreckten Arm die Klinke hoch. »Springen Sie aus dem Fenster«, rief er zwei Kolleginnen in seinem Zimmer zu. Die Frauen sprangen. Als die beiden im Garten gelandet waren, kletterte auch Georg Linke aus dem Fenster. Die drei Institutsangestellten liefen auf die Straße und versuchten, die Nachbarn auf den Überfall aufmerksam zu machen. Erst jetzt bemerkte Linke das Blut an seinem Körper.

Die beiden Frauen, die von der Polizei später als Ingrid Schubert und Irene Goergens identifiziert wurden, rannten in den Lesesaal und schossen mit Tränengaspistolen um sich. »Überfall«, schrie eine. Ihnen folgten der maskierte Mann und die Frau, die ein Kleinkalibergewehr mit sich führte. Es war Gudrun Ensslin. Der Justizbeamte Wegener, der dicht an der Tür saß, sprang auf und griff die Frau an. »Ich schieße«, schrie sie und drängte den Beamten in eine Ecke des Lesesaals. Dort entwickelte sich ein kurzes Handgemenge, bei dem Wegener der Frau eine rote Perücke vom Kopf riss. Darunter kamen kurze blonde Haare zum Vorschein.

Hauptwachtmeister Wetter griff den maskierten Mann an und schlug ihm eine der Pistolen aus der Hand, eine Beretta mit Schalldämpfer. Wetter riss seine Dienstwaffe aus dem Halfter und versuchte, sie durchzuladen. In diesem Moment schoss ihm der Mann mit der Pudelmütze eine Tränengasladung aus unmittelbarer Nähe in die linke Gesichtshälfte. Für einen Moment blind, gab Wetter zwei ungezielte Schüsse ab. Die Kugeln schlugen in die Wände. Als Erster sprang Andreas Baader aus dem Fenster, dann folgte Ulrike Meinhof. Die anderen feuerten noch einige Tränengaspatronen ab und sprangen hinterher. Die Motoren von zwei Autos heulten auf. Dann war es still.

Wie verabredet hatte sich ein Helfer, der später nie identifiziert wurde, gegenüber im Theaterwissenschaftlichen Institut ans Fenster gestellt, um eine Zeitung hochzuheben, wenn keine Gefahr drohte. Er selbst war aber entschlossen, das »grüne Licht« auf keinen Fall zu geben. Er wollte die Befreiungsaktion sabotieren, weil er kurz zuvor erfahren hatte, dass Schusswaffen eingesetzt werden sollten. Vergeblich. Die Akteure im Haus gegenüber hatten das Signal gar nicht erst abgewartet und gleich geschossen.

Niemand sonst im Theaterwissenschaftlichen Institut hatte etwas von der dramatischen Situation gegenüber bemerkt. Erst als Schüsse fielen, liefen Besucher und Mitarbeiter ans Fenster. Sie sahen zum Teil vermummte Gestalten zur Straße rennen. »Guck mal«, sagte einer. »Was sind das da für welche? Die sind ja bewaffnet!« Die Beobachter hatten bis jetzt an einen studentischen Mummenschanz geglaubt, nun griffen sie zum Telefon und riefen die Polizei.

Draußen auf der Straße warfen sich gerade vier Frauen und zwei Männer in einen silbergrauen Alfa Romeo Sprint und einen zweiten, viertürigen Wagen. Am Steuer saß jeweils eine Frau.

An diesem Morgen hatte Astrid Proll den schon einige Zeit zuvor von ihr beschafften zweitürigen Alfa Romeo vor dem Institut für soziale Fragen geparkt, um auf die Befreiten zu warten. Nacheinander klemmten sich drei Frauen durch die Beifahrertür auf den Rücksitz, ein Mann nahm vorn Platz. Astrid Proll kannte den Fluchtweg, hatte ihn vorher einige Male abgefahren. Auf der kurzen Fahrt raste der Wagen über Kopfsteinpflaster und durch einige enge Kurven. Irene Goergens, ein Fürsorgezögling aus dem Berliner Heim »Eichenhof«, hatte sich hinter Astrid gesetzt. Plötzlich erbrach sie sich, warm lief es Astrid in den Nacken. Sie bekam eine Ahnung, dass irgendetwas schiefgegangen war.

In dem engen Wagen wurden Masken und Perücken gewechselt, Waffen und Jacken verstaut. In der Mitte saß Ingrid Schubert, die sich sieben Jahre später, nach dem Tod der Stammheimer Häftlinge, in der Vollzugsanstalt München-Stadelheim erhängte. Gudrun Ensslin saß hinten rechts, stumm und angespannt. Alles ging sehr schnell. Astrid Proll hielt einige Male, und allein oder zu zweit verließen ihre Mitfahrer den Wagen, bis sie ihn in einer ruhigen Gegend abstellte, abschloss und wegging.

Um 12.45 Uhr erschien die Mordkommission am Tatort. Der 62-jährige

Institutsangestellte Georg Linke wurde mit einem lebensgefährlichen Leber-Steckschuss in das Martin-Luther-Krankenhaus eingeliefert.

Die Befreiung Andreas Baaders war gelungen.

3.
Andreas Baader

Der junge Mann, der am 14. Mai 1970 aus dem Fenster in die Freiheit gesprungen war und das Studium sozialer Fragen und einen alten angeschossenen Mann hinter sich gelassen hatte, war kurz zuvor 27 Jahre alt geworden.

Geboren wurde Andreas Baader am 6. Mai 1943 in München als Sohn des Historikers und Archivars Dr. Berndt Phillipp Baader, der seit 1945, nachdem er als Soldat in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten war, vermisst blieb.

Die Mutter hatte nicht wieder geheiratet.

Andi, wie er zärtlich genannt wurde, war ein von Mutter Anneliese Baader, der Großmutter und einer Tante verwöhntes Kind.

Intelligent, aber sprunghaft sei er gewesen, so das Urteil von Erziehern und Verwandten, faul, wenn ihn etwas nicht interessierte, aber von ausgeprägter Willensstärke.

Sein Vater hatte zu Beginn des Krieges an der Münchener Universität studiert. Als die Geschwister Scholl verhaftet wurden, kam er erregt nach Hause und erklärte seiner Frau, nun müsse er in den Widerstand gehen.

»Damit setzt du die Existenz der Familie aufs Spiel«, warf seine Frau ein. Der Schritt in den Widerstand blieb aus.

»Weil er Angst hatte«, sagte Anneliese Baader später über ihren Mann, »das macht den Unterschied zwischen den beiden aus. Andreas hatte nie Angst. Er führte alles bis zur letzten Konsequenz durch.« Anweisungen oder gar Befehlen folgte Andreas als Kind nicht, ohne nach dem Warum zu fragen. Irgendwann gab die Mutter es auf, erzieherische Maßnahmen durchzusetzen. Es war schwer für sie, seine Handlungen und Reaktionen vorauszusehen. Mal teilte er uneigennützig alles, was er hatte, zog seinen Pullover aus, wenn er jemanden frieren sah, dann wieder konnte er bedenkenlos jemanden um Geld erleichtern.

Im Frauenhaushalt lehnte er sich gegen viele Rituale auf: Aus Protest wollte er sich nicht waschen, zum Essen musste er oft an den Ohren herbeigezogen werden; was ihm nicht schmeckte, das aß er nicht. Er ließ sich

nicht konfirmieren, weil er den Religionsunterricht hasste, wollte seinen Geburtstag nicht feiern und versuchte, seiner Mutter das Weihnachtsfest auszureden.

In Diskussionen hatte er immer eine ausgeprägte Meinung und verteidigte sie bis zum Jähzorn. Er prügelte sich oft, aber nicht nur für seine eigenen Interessen.

Seine Großmutter hielt ihn keineswegs für brutal, sondern eher für weich. Sie vermisste den männlichen »Mumm« und vor allem eine jungenhafte Sportlichkeit. Sport hasste er, und wenn andere Bergtouren unternahmen, blieb er unten im Tal.

Schon in der Grundschule musste Andreas eine Klasse wiederholen, dennoch war seine Mutter der Auffassung, der Junge müsste Abitur machen. In der fünften Klasse blieb er »wegen Vernachlässigung seiner Hausaufgaben und Schwierigkeiten mit den Lehrern« erneut sitzen. Daraufhin meldete ihn seine Mutter auf dem Internat in Königshofen an. Er wohnte im evangelischen Schülerheim. Doch auch in der neuen Umgebung besserte er sich nicht. Im Juli 1956 schrieb ihm der Klassenlehrer ins Zeugnis: »Der Schüler, der die Klasse wiederholt, hat eine blasse, kränkliche Gesichtsfarbe. Häufig versäumt er wegen Krankheit den Unterricht. Seine Begabung ist mittelmäßig, die Phantasie rege. Sein Denken wird von einer auffallenden Verträumtheit überschattet. Sein Arbeitseifer und seine Mitarbeit im Unterricht sind äußerst gering; hier fällt er höchstens durch sein vorlautes Benehmen auf. Er macht den Eindruck eines hoffnungslos verwöhnten Kindes, das jeder Schwierigkeit aus dem Weg geht.« Die Aussichten für ein weiteres Studium seien demnach sehr gering.

Die Mutter gab nicht auf und meldete Andreas auf dem Maximiliansgymnasium an. Der Klassenlehrer entwickelte eine gewisse Sympathie für den schwierigen Jungen: »Er besitzt eine überdurchschnittliche Intelligenz, ist fähig, logisch zu denken und kritisch zu urteilen. Seine Phantasie ist gut entwickelt.« Dennoch fiel Baader immer wieder auf. Die über zwanzig Einträge in seinem Personalbogen passten nicht auf eine Seite: dauerndes Schwätzen, fortgesetzte Schlamperei, fortschreitende Unterrichtsstörung, fortwährende Vergesslichkeit, ungezogene Bemerkungen zum Tode eines Lehrers. Verständnisvoll notierte der Lehrer: »Dass er in der 2. Klasse scheitert, ist am allerwenigsten seine Schuld. Es fehlt dem Buben die starke Hand zu Hause. Der Vater ist vermisst. Die Mutter ist berufstätig und bringt zu ihrer täglichen Berufsarbeit

nicht die Kraft auf, dem Buben den fehlenden Vater zu ersetzen.«

Andreas Baader musste die Schule wieder verlassen. Seine Mutter brachte ihn auf einem Privatgymnasium unter. Dort hielt er es trotz dürftiger Leistungen und Verhaltensauffälligkeiten immerhin drei Jahre aus. Manche Lehrer mochten den schlampigen, rebellischen und dennoch charmanten Rüpel offenbar.

1959 bemerkte sein Klassenlehrer: »Seine Lausbubenstreiche unterscheiden sich nicht von denen anderer, sind aber immer mit Humor gewürzt. Gesamteindruck: Sympathisch, berechtigt zum pädagogischen Abwarten. Entsprechend der Begabung könnte der Schüler jederzeit die Hochschulreife erreichen.«

Als er siebzehn war, wollte Baader ein Jugendbuch über bessere Erziehungsmethoden verfassen. Wie viele in diesem Alter schrieb er Gedichte, interessierte sich für Literatur und Philosophie, las Sartre, Nietzsche, Balzac, Thomas Wolfe und vor allem Raymond Chandler.

An dem jugendlichen Andreas Baader schieden sich die Geister von Klassenkameraden, Nachbarn, Lehrern. »Bei ihm gab es nur zwei Möglichkeiten«, meinte seine Mutter, »entweder man liebte oder man hasste ihn.« Ein Mitschüler erinnerte sich: »Andreas war intelligenter als der Durchschnitt. Aber er war frech und aufsässig und wollte sich den Regeln nicht unterwerfen. Er war ein dunkler Typ, sah aus wie ein Franzose oder Ire, und er wirkte irgendwie romantisch. Eine Zeitlang hat er uns vorgespielt, Krebs oder Tuberkulose zu haben. Er lief in München herum, mit dem Gesicht eines Mannes, der wusste, dass er sterben muss, aber das Beste daraus machen will. Er tat immer so, als würde er Blut in sein Taschentuch husten, aber das Tuch blieb weiß.« Andreas Baader prügelte sich in der Schule so oft, dass sich der Schulleiter schriftlich bei der Mutter beschwerte: »Einen zweiten Baader könnte meine Schule nicht tragen.«

Der Schuldirektor war aber auch sicher: »Er war ein besonders begabter junger Mann. Damals nahm ich an, er würde irgendwann einmal Journalist oder Schriftsteller werden. Er schrieb hervorragende Aufsätze.« Während seines letzten Jahres auf der Oberschule entdeckte Baader den Reiz von Motorrädern. Auf einer gestohlenen Maschine raste er mit 120 Stundenkilometern durch den Englischen Garten. Er wurde beim Fahren ohne Führerschein erwischt und zu drei Wochen Jugendarrest verurteilt. Verkehrsdelikte waren fortan seine Spezialität. Er hat nie einen Führerschein besessen, jedenfalls keinen echten.

Die Schule musste Andreas Baader nun verlassen. Er war für »untragbar« erklärt worden. Mitschüler hatte er zum Motorraddiebstahl animiert, am Unterricht kaum noch teilgenommen oder ihn gestört.

Er schrieb sich für kurze Zeit an einer privaten Kunstschule ein und versuchte sich als Werbetexter. Nachts bewegte er sich dort, wo sich Münchener Schickeria, Halb- und Unterwelt und schöne Künste begegneten.

Arrivierte Homosexuelle zeigten sich gern mit dem aggressiven und exotischen Burschen, der sie seinerseits mit bösartigem Spott bedachte. Er deutete oft eine geheimnisvolle Herkunft an, irgendwo warte eine phantastische Zukunft und ein großes Erbe auf ihn.

In den Cafés saß er mit denen zusammen, die eine große künstlerische Zukunft planten. Dem damals unbekannten Rainer Werner Fassbinder begegnete er oft. Fassbinder schrieb fünfzehn Jahre später zu seinem Terroristen-Film »Die dritte Generation«: »Ich schmeiße keine Bomben. Ich mache Filme.«

4.
Der Sprung in die Illegalität

Die Befreier Andreas Baaders hatten an jenem 14. Mai 1970, der als Geburtsstunde der RAF angesehen wird, für den Fall, dass etwas Unvorhergesehenes geschehe, die Wohnung einer Freundin Ulrike Meinhofs als Ausweichquartier vorgesehen. Sie war Schauspielerin und wohnte wenige Straßen vom Zentralinstitut entfernt. Allerdings hatte niemand sie vorher gefragt.

Jetzt, da plötzlich Schüsse gefallen, ein Mensch schwerverletzt und aus dem geplanten Überraschungscoup ein Mordversuch geworden war, flüchteten die Akteure in diese Wohnung.

Ulrike Meinhof klingelte an der Haustür. Die Freundin öffnete.

»Wir brauchen deine Solidarität«, sagte Ulrike der völlig ahnungslosen Frau. Die Frau war dazu bereit.

»So könnt ihr draußen nicht herumlaufen«, erklärte die 32-jährige Schauspielerin den Befreiern. Andreas Baader setzte sich auf den Klodeckel und ließ sich die Haare schneiden. Die Frauen wurden geschminkt und kostümiert. Ulrike Meinhof, die mit offenen Haaren und in Jeans und Pullover an der Aktion teilgenommen hatte, wurde in das feinste Kleidungsstück der Schauspielerin gesteckt, ein blaues Kostüm mit engem Rock, taillierter Jacke und weißer Bluse. Am Nachmittag sollte sie im Bus nach Charlottenburg fahren. Dort wollte sich die Gruppe in der Wohnung des Kabarettisten Wolfgang Neuss treffen, der mit einer Fotografin zusammenlebte, der Schwester von Ulrike Meinhofs Anwalt Kurt Groenewold. Beide waren die Erben eines Hamburger und Berliner Immobilien-Imperiums. Während die Polizei eine der größten Fahndungsaktionen der Nachkriegszeit einleitete, saßen fast alle Gesuchten in einer Wohnung, nur wenige hundert Meter entfernt von dem durch Polizei abgeriegelten Institut.

In den Ermittlungsakten der Berliner Kriminalpolizei findet sich dazu ein höchst sonderbarer Vermerk vom 26. Mai 1970: »Dienstlich wurde hier

bekannt, dass am 14.5.1970 – dem Tage der gewaltsamen Befreiung Baaders – in der Cunostraße in Berlin 33, etwa in der Höhe des Grundstückes Nr. 107, ein blauer VW-Käfer für kurze Zeit geparkt hatte. Es handelte sich um ein VW-Cabriolet mit Klappverdeck. Einem sich dem VW nähernden Alfa Romeo, der in unmittelbarer Nähe des VW hielt, entstiegen eine weibliche und eine männliche Person, die sich in den VW setzten und mit diesem in Richtung Kirchstraße weiterfuhren.« Die Personen seien in höchster Eile umgestiegen. Eine habe dem Fahrer zugerufen: »Schnell, wir müssen uns beeilen.« Die weibliche Person, so der Vermerk weiter, sei Ulrike Meinhof gewesen. Der VW-Fahrer sei als Matthias L. identifiziert worden. Kurze Zeit später wurde der Alfa Romeo wenige hundert Meter entfernt verlassen aufgefunden.

Die Formulierung »Dienstlich wurde bekannt« heißt normalerweise so viel wie: »Das Landesamt für Verfassungsschutz teilte uns mit.« Das bedeutet: Verfassungsschützer waren in der Nähe des Befreiungsortes. Ihre Beobachtungen decken sich allerdings nicht mit den Erinnerungen von Beteiligten. Ulrike Meinhof hatte nicht in Astrid Prolls Alfa gesessen.

Während Ulrike Meinhof in dem VW zur Bushaltestelle gebracht wurde, blieb der Rest der Truppe in der Dahlemer Wohnung. Wie nach einer gelungenen Premiere wurde eine Flasche Sekt geöffnet. Baader klopfte dem ihm vorher unbekannten Schützen auf die Schulter: »Mann, ist ja gelaufen.« Doch der Mann war völlig fertig: »Hast recht«, antwortete er und schlug so hart zurück, dass Baader auf dem Fußboden landete. Das jedenfalls behauptete einer, der dabei gewesen war. Andere bestreiten die Schlägerei.

Baader und seine Befreier hörten den Polizeifunk ab, nur der Schütze machte sich auf den Weg. Er packte zwei Kleinkaliber-Schnellfeuergewehre, die bei der Aktion nicht zum Einsatz gekommen waren, in einen Campingbeutel und nahm den nächsten Autobus. Am KaDeWe stiegen an die zwanzig Polizisten zu, um den Bus zu durchsuchen. Der Mann schaffte es, seinen Campingbeutel zu schultern und auszusteigen. Er ging die letzten Meter zu seiner Wohnung zu Fuß.

Am Abend trafen sich die Befreier und der Befreite in einer Hinterhauswohnung. Bis auf Ulrike Meinhof waren alle versammelt. Die Stimmung war gut, schließlich war die Aktion gelungen. Dass ein Mensch dabei lebensgefährlich verletzt worden war, wurde weggewischt.

Man diskutierte, wie es nun weitergehen sollte. Alle waren sich einig, dass

die Gruppe Berlin so schnell wie möglich verlassen müsse. Auch wohin die Reise gehen sollte, war klar: in den Nahen Osten. Schon vorher waren Gespräche mit einem Vertreter der Palästinenser geführt worden, um Waffen zu beschaffen. Der hatte ihnen aber ausgerichtet, dass die Fatah vor irgendwelchen Waffenlieferungen auf einer militärischen Ausbildung in Jordanien bestehen würde. So wurden die Aufgaben für die nächsten Tage und Wochen verteilt. Einige sollten die Reise organisieren, andere die nötigen Papiere besorgen und umfrisieren.

Am Abend traf ein Eingeweihter, der an der Aktion aber nicht beteiligt gewesen war, in einer Kneipe den Mann, der auf den Institutsangestellten Georg Linke geschossen hatte. Unter Tränen erklärte der Schütze immer wieder, dass er nicht habe schießen wollen. Es sei eine Kurzschlusshandlung gewesen, er habe aus Versehen statt der Gaspistole die scharfe Pistole abgefeuert.

Inzwischen lief die Fahndung nach Baader und seinen Befreiern auf vollen Touren. Die Litfaßsäulen wurden mit einem Steckbrief von Ulrike Meinhof beklebt: »Mordversuch in Berlin. 10000 DM Belohnung«. Aber Ulrike Meinhof blieb verschwunden – nicht nur für die Polizei. Auch in der Gruppe wusste zwei Tage lang niemand, wo sie war. Man machte sich Sorgen. Aber Überlegungen, Ulrike Meinhof könnte sich abgesetzt haben, wurden beiseitegeschoben. Schließlich steckte sie in der Sache drin. Sie konnte nicht mehr aussteigen.

Ein Freund Ulrike Meinhofs wurde beauftragt, festzustellen, bei wem sie Unterschlupf gefunden haben könnte. Nach mehreren vergeblichen Anläufen klingelte er an der Tür einer schwarzen Amerikanerin, Sympathisantin der »Black Panthers«, einer militanten Farbigen-Organisation in den USA. »Ist Ulrike hier?«, fragte er.

»No«, sagte die Amerikanerin.

»Ich bin aber der Meinung, sie ist hier«, sagte der Besucher.

Die Frau drehte sich um und ging in die Küche. Einen Augenblick später kam Ulrike zur Tür und ließ den Freund herein. Sie machte einen ziemlich aufgelösten Eindruck. Auf dem Küchentisch lagen die Zeitungen mit den Schlagzeilen über die Befreiung Baaders. Die beiden redeten eine Viertelstunde lang, dann sagte Ulrike: »Die anderen können mich hier abholen.« Sie ließ kein Wort darüber fallen, warum sie sich zwei Tage lang nicht gemeldet hatte. Am späten Abend wurde Ulrike Meinhof abgeholt.

Alle zogen gemeinsam in eine Wohnung. Einige erledigten die

notwendigen Besorgungen, während der engere Kreis der vordringlich von der Polizei Gesuchten zumeist zu Hause blieb. Dort wurde fast jeden Tag Kalbsbraten gegessen, denn Andreas Baader hatte immer noch unter den Folgen einer Gelbsucht zu leiden, die er sich Monate zuvor zugezogen hatte, und durfte nur leichte Speisen zu sich nehmen.

Abends spielten die Frauen, Ulrike Meinhof, Ingrid Schubert und Irene Goergens, häufig Skat. Ulrike war eine gute Spielerin.

Der Rechtsanwalt Horst Mahler war noch »legal«, doch auch er plante seinen Abgang in den Untergrund. Am S-Bahnhof Halensee traf er sich mit einem Anwaltskollegen, der viele Jahre später am Kabinettstisch der Bundesregierung sitzen sollte. Kurz darauf fuhr Astrid Proll ihn zum Ludwigkirchplatz, wo er sich mit Ulrike Meinhof verabredet hatte. Ulrike trug eine blonde Perücke. »Wir waren über die Plakatfahndung nach Ulrike erschrocken und unvorbereitet«, erinnerte sich Astrid Proll später. »Keiner erlaubte sich den Gedanken, dass Meinhofs Unfreiheit der Preis für die Befreiung gewesen sein könnte. Wir schauten ausschließlich nach vorn, für Reflexion gab es keinen Raum. Die einsetzende Fahndung vereinte erst einmal.«

Vor der Verhaftung Baaders hatte Astrid Proll zunächst mit ihm und Gudrun Ensslin gemeinsam in der Jenaer Straße, nicht weit entfernt von Ulrike Meinhofs Wohnung in der Kufsteiner Straße, gewohnt. Während Andreas in Haft gewesen war, hatte sie allein mit Gudrun zusammengelebt. Wenn sie am Abend von ihrer Logistikarbeit für die anstehende Befreiung zurückgekommen war, hatte Gudrun gekrümmt auf dem Bett gesessen und Briefe an ihren Geliebten im Gefängnis geschrieben, Nacht für Nacht: »Manchmal kamen noch spät Meinhof oder Mahler, um noch etwas zu besprechen. Obwohl ich beide gut kannte, war es gespenstisch. Ich fühlte für Gudrun, das Geheimnis um die Qual im Gefängnis hat es mir jedoch nicht verständlicher gemacht.«

Nach Baaders Befreiung wurde die Jenaer Straße vorübergehend zum Hauptwohnsitz der Gesuchten. In den sechs Wochen vor der Abreise in den Nahen Osten verbrachten sie ihre Zeit vor allem an Orten, die nicht von Berliner Linken besucht wurden. Am Kurfürstendamm spazierten sie mit Touristen umher, gingen ins Kino oder ins Café. »Wir gaben unsere bisherigen jungen Leben auf und lebten mehr und mehr von und in der Gruppe«, erinnerte sich Proll. »Baader und Ensslin fuhren jedes Mal mit einem großen Schlitten durch die Uhlandstraße in die City. Wir kauften

Kleider für die Reise nach Jordanien. Gudrun kaufte bei Selbach auf dem Kurfürstendamm für Andreas eine halblange Badehose, mit der er später in einem Schwimmbad auffiel. Ensslin kaufte gern ein, für ihren Boyfriend und andere. Sie kaufte Qualität. Schon in Frankfurt überraschten wir Baader öfter mit einer neuen Hose. Das Einkaufen von guter Kleidung und Lebensmitteln spielte in den Jahren danach neben dem Nutzwert eine ebenso wichtige psychologische Rolle.«

Baader war ihr schon immer wie ein »typisches Männerprodukt der siebziger Jahre« vorgekommen. »Seine Freundin kümmerte sich um den Haushalt und schaffte alles ran. Er ließ sich von ihr anziehen, Kleider in die Reinigung bringen und bügeln. Sie bezahlte immer, er selbst trug nie Geld bei sich. So gesehen war er ein gut betreuter junger Mann.«

Gudrun Ensslin vergaß nie die normalen Dinge des Lebens: »Als wir später in Kassel nach einem Banküberfall eine Wohnung verlassen mussten, wischte sie noch schnell den Boden.«

Die Hälfte der Gruppe wurde inzwischen steckbrieflich gesucht. Es war ein heißer Sommer, und nachts gingen alle einige Male im Berliner Schlachtensee schwimmen. Baader war häufig als einziger Mann dabei. Er liebte Aktivitäten und Umtriebigkeit. »Sie verstauten ihre Pistolen unter der Kleidung, sprangen ins Wasser und schwammen ruhig unter nächtlichem Himmel. Es war schön und normal und markierte unsere Lebensfreude«, erzählte Astrid Proll später. Bei einem der Ausflüge bekam eine der Frauen im Wasser einen Krampf und wäre fast ertrunken: »Wir konnten sie erreichen und ans Ufer retten.«

Inzwischen waren die Vorbereitungen für die Reise nach Jordanien abgeschlossen. Der Palästinenser Said Dudin hatte Kontakte nach Jordanien geknüpft, die Flugtickets waren bei der DDR-Fluggesellschaft »Interflug« gebucht, und es waren per Telegramm neun Zimmer im Hotel »Strand« in Beirut bestellt worden.

Am 8. Juni 1970 um 9.20 Uhr sollte die erste Reisegruppe vom Ostberliner Flughafen Schönefeld starten. Zuvor aber wollte man noch etwas für die Öffentlichkeit tun.

Die französische Journalistin Michèle Ray, ehemaliges Chanel-Mannequin in Paris, die Ulrike Meinhof von der Zeitschrift »konkret« her flüchtig kannte, wurde in Paris angerufen. Auf Englisch erklärte man ihr, sie möge »in einer wichtigen Sache, die die Linke betrifft«, nach Berlin reisen. Michèle Ray, damals 31 Jahre alt, im sechsten Monat schwanger, entschloss sich zu

fahren, nachdem ihr der Anrufer noch ein paar Namen prominenter deutscher Linker als Referenz genannt hatte. Die Französin, verheiratet mit dem Filmregisseur Costa-Gavras, war als engagierte Linke darauf spezialisiert zu beschreiben, was hinter der Front geschah. So hatte sie für den »Nouvel Observateur« aus Vietnam berichtet, in Bolivien die Spuren der tödlichen Jagd auf Che Guevara verfolgt und im Mittleren Osten über die El Fatah geschrieben. Auch »konkret« hatte eine Titelgeschichte von ihr gedruckt: Eine Reportage aus einem nahöstlichen Camp für palästinensische Waisenkinder, die zu Kämpfern ausgebildet wurden.

Am 4. Juni um 11.00 Uhr morgens traf Michèle Ray auf dem Berliner Flughafen Tempelhof ein. Ein Kontaktmann mit dem Decknamen »Lothar« erwartete sie. Erkennungszeichen war ein roter Lenin-Band, den »Lothar« in der Hand hielt. Ein und eine Viertelstunde wurde die Journalistin mit U-Bahn, Taxi, U-Bahn und wieder Taxi durch die Stadt gefahren. Dann musste sie bis kurz nach Mittag in einem Appartement warten. Schließlich kam ein Anruf, und sie wurde wieder mit U-Bahn und Taxi quer durch die Stadt geschafft. Im oberen Stockwerk eines Mietshauses traf sie Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof. Alle drei hatten sich so verkleidet, dass sie kaum noch Ähnlichkeit mit ihren überall aushängenden Fahndungsfotos hatten. Ulrike Meinhof trug eine Perücke mit langen blonden Haaren und ein Minikleid. Horst Mahler, der ebenfalls dazukam, hatte eine Perücke aufs schüttere Haupthaar gesetzt und sich Koteletten wachsen lassen. Auch der Anwalt wurde inzwischen gesucht; nicht offiziell, denn für die Baader-Befreiung hatte er ein Alibi: Er hatte vor Gericht verteidigt. Dennoch wurde verdeckt nach ihm gefahndet.

Die Französin trank mit den Gesuchten Tee und aß frische Erdbeeren. Danach wurde Michèle Ray von »Lothar« wieder zurück in das erste Zwischenquartier geführt. Am Abend erschien Horst Mahler und brachte ihr ein von Ulrike Meinhof besprochenes Tonband. Am Morgen darauf, es war Freitag, der 5. Juni, traf man sich noch einmal zum Frühstück, und Michèle Ray erfuhr, was die Gruppe als Nächstes zu tun gedachte: Berlin zu verlassen und zu den palästinensischen Fedayin zu gehen.

Michèle Ray übergab das Tonband dem »Spiegel«, der es in Auszügen abdruckte, so stand es jedenfalls im Blatt.

Ulrike Meinhofs Antwort auf die Frage, warum Baader befreit worden sei: »Man kann sagen aus drei Gründen: Erst mal natürlich deswegen, weil Andreas Baader ein Kader ist. Und weil wir bei denjenigen, die jetzt kapiert

haben, was zu machen ist und was richtig ist, nicht davon ausgehen können – auf irgendeine luxuriöse Art und Weise –, dass Einzelne dabei entbehrlich sind.

Das Zweite ist, dass wir als erste Aktion eine Gefangenenbefreiung gemacht haben, weil wir glauben, dass diejenigen, denen wir klarmachen wollen, worum es politisch heute geht, welche sind, die bei einer Gefangenenbefreiung überhaupt keine Probleme haben, sich mit dieser Sache selbst zu identifizieren … Das Dritte ist, wenn wir mit einer Gefangenenbefreiung anfangen, dann auch deswegen, um wirklich klarzumachen, dass wir es ernst meinen.«

Dann kam Ulrike Meinhof auf die Polizei zu sprechen: »Wenn man es hier mit den Bullen zu tun hat, wird argumentiert, die sind ihrer Funktion nach natürlich brutal, ihrer Funktion nach müssen sie prügeln und schießen, und ihrer Funktion nach müssen sie Unterdrückung betreiben, aber das ist ja auch nur die Uniform, und es ist nur die Funktion, und der Mann, der sie trägt, ist vielleicht zu Hause ein ganz angenehmer Zeitgenosse …

Das ist ein Problem, und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in der Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.«

Das Tonband mit Ulrike Meinhofs berühmt gewordener Erklärung ist nicht mehr auffindbar. Aber ein zweites Band mit ihrer Stimme fand sich Jahre später im »Spiegel«-Archiv wieder. Darauf liest sie einen offenbar vorformulierten Text vor: »Den bewaffneten Kampf organisieren, die Klassenkämpfe entfalten, die Rote Armee aufbauen. Die Frage, ob es richtig ist, bewaffnete, das heißt illegale Widerstandsgruppen in der Bundesrepublik und Westberlin zu organisieren, ist die Frage, ob es möglich ist. Die Antwort darauf kann nur praktisch ermittelt werden, alles andere sind Spekulationen. Einige Genossen haben sich zu dieser Praxis entschlossen. Daran wird sich zeigen, ob genug Leute, ob genug psychische und physische Energie, genug Schlauheit, genug Disziplin, genug Unzufriedenheit und genug Klassenhass aktivierbar sind aus der Konkursmasse der Studentenbewegung, als Folge der sich international und national verschärfenden Klassenkämpfe. Um in der imperialistischen Bundesrepublik den Imperialismus tatsächlich angreifen zu können … Nur Opportunisten konnten die Baader-Befreiung als abenteuerlich, putschistisch, anarchistisch abtun. Nachdem der Erfolg

bewiesen hatte, dass sie unter der richtigen Einschätzung der eigenen und der Kräfte der Bullen durchgeführt worden war. Einen kurzfristig mobilisierenden Effekt erwarten und dann vermissen konnten nur Konsumenten der Aktion. Die Baader-Befreiung für den blinden Aktionismus eines unpolitischen Institutsangestellten verantwortlich zu machen, das ist das Bier der Klassenjustiz … Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen. Schickt den Genossen im Knast Roth-Händle-Zigaretten, Milchschokolade mit Nuss, Obst, Vitamintabletten, Zeitungen, Bücher und Geld.«

Die Formulierung »der Typ in Uniform ist ein Schwein« und »natürlich kann geschossen werden« ist nicht auf diesem Tonband.

Erst im Frühsommer 2017 wurde im »Spiegel« ein Brief von Ulrike Meinhof aufgefunden, aus dem hervorgeht, was sich damals wirklich abspielte. Die gerade untergetauchte Ulrike Meinhof hatte einen Brief an Augstein geschrieben; unter der Anrede »Lieber Rudolf« stand dort, dass das beiliegende Manuskript im Gegensatz zu dem Tonband, das Michèle Ray gehabt hatte, zum Abdruck im »Spiegel« gedacht sei. Um Zweifel an der Authentizität des Textes zu zerstreuen, läge ein Band bei. Seine Stimme könne man nicht verstellen – wobei sie Augstein an das Märchen vom Wolf und den sieben Geißlein erinnerte. Als Honorar schlage sie 2000 US-Dollar vor, die auf das Konto der »Roten Hilfe« in Berlin überwiesen werden sollten. Damit sei »die Schäbigkeit« einer Summe von 1000 Dollar »für die Ray« etwas »ausgebügelt«.

Die Tatsache, dass sie selbst gerade nicht als Vertragspartnerin auftreten könne, solle kein Hinderungsgrund sein, sie wie einen Vertragspartner zu behandeln.

Damit ist klar: Der »Spiegel« hatte einen schriftlichen Text, und das Tonband diente nur als Beleg für den direkten Kontakt mit Ulrike Meinhof. Die Frage, ob der später berühmt gewordene Satz wirklich von ihr stammte – oder von Baader oder Ensslin hineinredigiert wurde – ist nach wie vor offen.

Ob der »Spiegel« die verlangte Summe zahlte, ebenfalls.

5.
Ulrike Meinhof

Ulrike Marie Meinhof wurde am 7. Oktober 1934 in Oldenburg geboren. Ihr Vater entstammte einer alten württembergischen Familie, die geprägt war von einer Generationsfolge evangelischer Theologen.

Werner Meinhof brach die Schule ab und wurde Kunst- und Bauschlosser. Auf Druck der Familie holte er das Fachabitur nach und studierte in Halle Kunstgeschichte. Er wurde Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), bekam eine Stelle als Zeichenlehrer in Halle und promovierte in Kunstgeschichte. Im März 1928 wurde er nach vielen vergeblichen Bewerbungen wissenschaftlicher Assistent am Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte in Oldenburg.

Mit 24 hatte Werner Meinhof 1925 die sechzehnjährige Ingeborg Guthardt kennengelernt, die ihn am liebsten sofort geheiratet hätte. Die Eltern bestanden darauf, dass ihre Tochter zunächst Abitur machen sollte. 1926 verlobten sich die beiden und heirateten am 28. Dezember 1928 in Halle. Ein Jahr später waren sie gemeinsam in Oldenburg, einer Stadt, in der die Nationalsozialisten schon früh den Ton angaben. Im Juli 1931 bekam Ingeborg Meinhof ihr erstes Kind, ein Mädchen, das auf den Namen Wienke getauft wurde.

Werner Meinhof trat am 1. Mai 1933, drei Monate nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, unter der Mitgliedsnummer 285 63 34 der NSDAP bei. Am 7. Oktober 1934 wurde eine zweite Tochter geboren, Ulrike Marie Meinhof. Einen Monat zuvor war die Familie einer kleinen christlichen Gemeinschaft, der »Renitenten Kirche ungeänderter Augsburgischer Konfession in Hessen«, beigetreten. Nach späteren Erzählungen in der Familie Meinhof gehörten der Oldenburger Gruppe der »Renitenz« gerade acht Mitglieder an, darunter die Familie Meinhof. Auch mit der nazikritischen Glaubenskraft der Gemeinde scheint es nicht weit her gewesen zu sein. Werner Meinhof, so berichtete später Ulrikes Schwester Wienke der Autorin Jutta Ditfurth, hätten lediglich »einige Einmischungen des Staates in kirchliche Angelegenheiten« missfallen: »Er wollte, dass sein bewunderter, ja

›genialer Führer‹ Adolf Hitler die Deutsche Evangelische Kirche ernst nahm und sie in seinen politischen Kalkulationen ernst nahm.« Im Übrigen sei Werner Meinhof mit den politischen Verhältnissen zufrieden gewesen.

Ende Januar 1936 wurde Ulrike Meinhofs Vater Museumsdirektor in Jena. Mitte Mai folgten ihm seine Frau und die beiden Töchter Wienke und Ulrike. Acht Monate lang leitete er dort die NSDAP-Kreiskulturstelle. Die Familie lebte in der oberen Etage eines ehemaligen Altersheims mit einem großen Garten am Rande der Innenstadt. Im Frühjahr 1938 wurde das Haus von der Stadt Jena an die Heeresverwaltung verkauft, die Meinhofs zogen um in eine vierstöckige Villa mit Fachwerk, Türmchen und Erkern.

Als Ulrike Meinhof knapp fünfeinhalb Jahre alt war, starb ihr Vater an Bauchspeicheldrüsenkrebs.

Die Mutter erhielt keine staatliche Pension. Werner Meinhof war nicht Beamter, sondern nur Angestellter der Stadt gewesen, die jedoch der jungen Witwe anbot, ihr nach der Heirat abgebrochenes Studium weiter zu finanzieren. Das städtische Stipendium war knapp, die Miete wurde zu teuer, die Studentin der Kunstgeschichte Ingeborg Meinhof suchte einen Untermieter.

An der Universität hatte sie eine junge Kommilitonin kennengelernt, eine gutaussehende, intelligente und energische Frau, die Geschichte, Germanistik und Kunstgeschichte studierte: Renate Riemeck.

Die Frauen zogen zusammen und begannen eine Liebesbeziehung.

Ulrike und ihre Schwester hatten von nun an zwei Mütter.

Zu Beginn ihrer Freundschaft mit Renate hatte Ingeborg gefragt: »Glauben Sie, dass wir den Krieg gewinnen werden?«

»Nein, ich glaube es nicht.«

»Aber ich glaube es.«

Renate Riemeck schaltete im Radio die BBC-Nachrichten ein: »Ich glaube Ihnen nicht, wenn Sie sagen, Sie hoffen, Deutschland werde den Krieg gewinnen. Aber wenn Sie wollen, können Sie nun zur Gestapo gehen und denen sagen, ich hätte BBC-Nachrichten gehört.«

Ingeborg Meinhof ging nicht zur Gestapo.

So jedenfalls erzählte Renate Riemeck später, und sie betonte, dass sie und ihre Freundin Ingeborg sich, ohne viele Worte zu machen, gegen die Nazis verbündet hätten. Auch Kontakte zu einer Widerstandsgruppe der Optischen Werke Zeiss/Jena habe es gegeben, nicht so, dass es ihnen hätte gefährlich werden können, aber die gemeinsame Ablehnung des Krieges und des Hitler-

Regimes habe ihre Freundschaft gefestigt.

In dieses antifaschistische Bild, das die linke Professorin Renate Riemeck später zeichnete, passte allerdings nicht, dass sie am 1. Oktober 1941, wenige Tage vor ihrem 21. Geburtstag, unter der Mitgliedsnummer 891 51 51 in die NSDAP aufgenommen wurde.

Beide Frauen promovierten und legten das Staatsexamen ab. Als der Krieg zu Ende war, wurde Jena zunächst von den Amerikanern besetzt. Doch entsprechend dem Abkommen von Jalta zogen sich die Amerikaner zurück, und Jena lag nun in der sowjetischen Besatzungszone. Die beiden Frauen und die Kinder luden ein paar Habseligkeiten auf einen Lastwagen und fuhren in Richtung Westen, nach Oldenburg, wo Freunde und Bekannte lebten. In einem Haus mit verwildertem Garten fanden sie eine Wohnung.

Die Stadt war voller Flüchtlinge aus dem Osten, die Schulen überfüllt. Für Ulrike fand sich nur noch ein Platz in der von katholischen Schwestern geführten Liebfrauenschule.

Renate Riemeck und Ingeborg Meinhof legten am neuen Wohnort ihr zweites Staatsexamen ab und wurden Lehrerinnen. Beide waren 1945 der SPD beigetreten.

Im März 1949 starb Ulrikes Mutter nach einer Krebsoperation an einer Infektion. Von nun an war Renate Riemeck die Mutter der beiden Töchter ihrer Freundin.

Später soll Ulrike Meinhof einmal gesagt haben: »Als meine Mutter starb, ist für mich die ganze Welt gestorben.«

Renate Riemeck war eine erfolgreiche Pädagogin, die sich auch mit wissenschaftlichen Büchern einen Namen machte. 1951 wurde sie Dozentin an der Pädagogischen Hochschule in Oldenburg, im selben Jahr Professorin in Braunschweig. Ulrike blieb in Oldenburg. »Die Kehrseite der Einsamkeit war relative Freiheit«, schrieb Jutta Ditfurth 2007 in ihrer Meinhof-Biographie, für die sie die Informationen über Ulrikes Jugend im Wesentlichen von Ulrikes Schwester Wienke bekam. Ulrike habe sich damals zwar für Jungen interessiert, »aber da gab es ein Mädchen, Maria, hübsch, klug und warmherzig«. Ulrike habe sich in Maria verliebt. Später habe Ulrike einmal gesagt, sie habe sich mit ein paar Jungs eingelassen, bevor sie Maria begegnet sei.

1952 wurde Renate Riemeck Professorin am Pädagogischen Institut in Weilburg. Ulrike zog mit ihr nach Weilburg und bewunderte ihre Pflegemutter so sehr, dass sie sie zuweilen imitierte. Renate trug Hosen,

Ulrike auch. Renate ließ sich die Haare kurz schneiden, Ulrike ebenfalls. Ulrike versuchte sogar, die Handschrift ihrer Pflegemutter nachzuahmen. Später sagte sie einmal über Renate Riemeck, sie sei »der Prototyp der sadistischen Heimleiterin« gewesen.

Sie lernte viel von der nur vierzehn Jahre älteren Professorin, die sie mit der Geschichte und Literatur des 19. Jahrhunderts bekannt machte. In der Schule, dem Philippinum in Weilburg, war Ulrike außerordentlich beliebt und galt als ein ungewöhnliches Mädchen, das durch Charme und Intelligenz beeindruckte. Sie las Klassiker und moderne Schriftsteller, legte ihr knappes Taschengeld in Büchern an und fühlte sich, nach den Jahren auf der Oldenburger Schwesternschule, zum Katholizismus hingezogen.

Doch das ernste Mädchen hatte auch Vorlieben, die damals recht ungewöhnlich waren. Sie rauchte Pfeife und selbstgedrehte Zigaretten, und manchmal tanzte sie bis zur Erschöpfung Boogie-Woogie. Und sie widersprach in der Schule, wenn sie etwas als ungerecht empfand. Einem Lehrer, der Wissen und Autorität durch Brüllen ersetzte und sie einmal anschrie, antwortete sie: »Herr Studienrat, es ist nicht üblich, mit einer Schülerin der Oberstufe so laut zu sprechen!« Der Studienrat lief rot an und schrie weiter. Da packte sie ihre Sachen, stand auf, sagte »dann gehe ich jetzt« und verließ den Unterricht. Konferenzen wurden abgehalten. Ulrike sollte von der Schule fliegen. Renate Riemeck schaltete sich ein. Ulrike durfte bleiben.

Sie arbeitete in der Schülermitverwaltung, wurde Mitglied der Europabewegung, war Mitherausgeberin einer Schülerzeitung. Als engagierte junge Christin schrieb sie 1955 in ihrer Abiturarbeit: »Die Begegnung mit dem Katholizismus war eine große Bereicherung für mich. Wir evangelischen Schülerinnen stießen dort auf echte Toleranz in dem gemeinsamen Bewusstsein der eigentlichen Wahrheit des Christentums …« Während der ersten Semester ihres Studiums setzte sie sich in einer aus der evangelischen Jugendarbeit hervorgegangenen Erneuerungsbewegung für die Aufnahme katholischer Elemente in die protestantische Liturgie ein.

Unmittelbar nach dem Abitur verließ sie Weilburg und Renate Riemeck, bezog in Marburg ein winziges möbliertes Zimmer und begann ein Studium der Pädagogik und Psychologie. Als Waise und Begabte hatte sie gute Aussichten auf ein Stipendium der »Studienstiftung des deutschen Volkes«. In der Mensa der Universität betete sie vor dem Essen. Sie war zwanzig Jahre alt.

Ulrike Meinhofs Marburger Vertrauensdozent hatte am Ende des Sommersemesters »aufs dringlichste« empfohlen, sie endgültig in die Studienstiftung aufzunehmen. Lobend hob er hervor, dass sie »in einer betont religiösen christlichen Einstellung« geprägt sei, die ihr zu einer »großen inneren Freiheit« verhelfe. Genau darin allerdings sah die Pädagogik-Professorin Elisabeth Blochmann eine gewisse Gefahr, neige Ulrike Meinhof doch dazu, »Probleme theologisch zu radikalisieren«.

In diesem Jahr 1955, als die SPD für die allgemeine Wehrpflicht stimmte und den jahrelangen Kampf gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aufgab, verließ Renate Riemeck ihre Partei. Aufrüstung war für sie ein verhängnisvoller Schritt in der Eskalation des Kalten Krieges. Als Verfechterin einer Aussöhnung mit Polen durch die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, als Gegnerin von Adenauers Plänen zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr wurde sie heftig befehdet – und bekannt. Ende der fünfziger Jahre geriet sie deswegen in Konflikt mit ihrem Arbeitgeber, dem Land Nordrhein-Westfalen. 1960, als sie in das Direktorium der DFU (Deutsche Friedensunion) gewählt wurde, gab Renate Riemeck ihre Professur auf.

Zum Wintersemester 1957 zog Ulrike Meinhof von Marburg nach Münster. Wie in anderen Universitätsstädten hatte sich auch dort um den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), die Studentenorganisation der SPD, ein »Anti-Atomtod-Ausschuss« gebildet. Ulrike Meinhof wurde zu dessen Sprecherin gewählt.

1957 war ein Jahr dramatischer politischer Entwicklungen in der Bundesrepublik. Am 12. April wurde die »Göttinger Erklärung« veröffentlicht. Achtzehn westdeutsche Atomwissenschaftler und Nobelpreisträger wandten sich gegen jede atomare Bewaffnung der Bundeswehr: »Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, dass es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet. Ebenfalls wäre keiner der Unterzeichner bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen …«

Zu Ostern verlas Albert Schweitzer über Radio Oslo einen »Appell zur Einstellung der Kernwaffenversuche«.

Die Aufrufe fanden die Zustimmung zahlreicher Gewerkschafter.

Im Juli folgte ein Aufruf von Professoren, Künstlern, Lehrern und

Schriftstellern. Ehemalige Mitglieder der »Bekennenden Kirche« schlossen sich den Protesten an.

Im Mai 1958 trat Ulrike Meinhof dem SDS bei.

Sie veröffentlichte Artikel zur Atomfrage in zahlreichen studentischen Zeitungen, organisierte Veranstaltungen, Unterschriftensammlungen und einen Vorlesungsboykott mit, bereitete Kundgebungen gegen die Atombewaffnung vor. In elf Universitätsstädten wurden Ende Mai 1958 Protestaktionen gegen die atomare Bewaffnung organisiert. Im tiefschwarzen Münster zogen 5000 Studenten in einem Schweigemarsch durch die Stadt. Zum Abschluss dieser Demonstration ordentlich gekleideter Studenten in Schlips und Kragen und Studentinnen in Röcken erlebten die Demonstranten eine für damalige Zeiten kleine Sensation. Nach einem Pfarrer, einem Gewerkschafter und einem Professor betrat eine knapp über zwanzig Jahre alte Studentin das Podium und hielt eine Rede. Ulrike Meinhof hatte die politische Arena betreten.

Die Nachricht von der selbstbewussten jungen Friedensaktivistin mit der Sophie-Scholl-Frisur erreichte auch die Redaktion der linken Studentenzeitschrift »konkret« in Hamburg, die sich ebenfalls in der Anti-Atom-Bewegung engagierte.

6.
Die Chefredakteurin

Anfang der fünfziger Jahre war die Zeitschrift »Studentenkurier« in Hamburg gegründet worden. Starthilfe wurde gegeben durch Spenden, die Klaus Hübotter, ein junger Funktionär der bereits 1951 verbotenen kommunistischen FDJ, angeblich beim »Paulskirchenkreis«, bei Verlegern und parteiunabhängigen Politikern gesammelt hatte. Zusammen mit ihm hatten Klaus Rainer Röhl und Peter Rühmkorf das Blatt initiiert.

Die Redakteure dieses »Magazins für Kultur und Politik« dachten und schrieben in der Tradition eines linken und literarischen Journalismus der »Weltbühne« Carl von Ossietzkys. Auf den Titelseiten fanden sich Collagen, die an John Heartfield erinnerten, im Literaturteil stritt Peter Rühmkorf für Kunst und Aufklärung und gegen die restaurativen Leitbilder der Adenauer-Ära.

Der Dichter Arno Schmidt schrieb an die Redaktion: »Ihr seid die beste deutsche Kulturzeitung. Warum heißt Ihr ›Studentenkurier‹? Auch Nicht-Studenten sollen Euch kaufen.«

Im Herbst 1957 wurde der »Studentenkurier« in »konkret« umgetauft. Auf einer Pressekonferenz der Atomwaffengegner hatte der »konkret«-Chefredakteur Röhl 1958 die durch ihre Aktivitäten in Münster bekannt gewordene Studentin Ulrike Meinhof kennengelernt und war ein paar Wochen später mit ihr und anderen »konkret«-Mitarbeitern nach Ostberlin gefahren, um sich dort mit Mitgliedern der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands zu treffen. Scheppel, alias Manfred Kapluck, später ein wichtiger Funktionär der in der Bundesrepublik neugegründeten DKP, war begeistert: »Die hat eine große politische Karriere vor sich. Eine ganz große Karriere.«

Tatsächlich spielte Ulrike Meinhof schon bald eine wichtige Rolle im Hauptausschuss der studentischen Atomwaffengegner. Zum 3./4. Januar 1959 war zu einem großen Studentenkongress gegen Atomrüstung in Westberlin aufgerufen worden. Dort standen sich vor allem zwei Fraktionen gegenüber: Die Studenten der offiziellen Parteilinie der SPD und die »konkret«-Gruppe

im SDS, in den heftigen Diskussionsschlachten hauptsächlich durch Ulrike Meinhof vertreten.

Die SPD-Fraktion wagte gerade noch ein vages »Gegen den Atomtod in Ost und West« mit allerlei Abgrenzungsmanövern gegenüber der DDR. Auf Initiative der »konkret«-Fraktion legte der Arbeitskreis »Atomrüstung und Wiedervereinigung« dem Kongress eine Resolution vor, die für Aufregung sorgte: »Die weltpolitische Lage wird in Kürze die beiden Teile Deutschlands zwingen, miteinander zu verhandeln. Damit solche Verhandlungen möglich werden, ist es nötig, dass Formeln wie ›mit Pankow wird nicht verhandelt‹ aus der politischen Argumentation verschwinden.«

Nach nächtelangen Diskussionen, nach Geschäftsordnungstricks und Zermürbungstaktik setzte sich die »konkret«-Fraktion durch. In der Schlussresolution wurden Verhandlungen mit der DDR gefordert. Der Konsens des Antikommunismus der Adenauer-Zeit wurde öffentlich in Frage gestellt. Die bundesdeutsche Presse war schockiert.

»Skandal an der Freien Universität – Anti-Atom-Studenten für Konföderation Bonn–Pankow«.

»Studentenkongress mit Linksruck und Skandal«.

»Überrollte Idealisten«.

»Gefährliche Dummheit.«

»Ein Kongress der politischen Scharlatane.«

Die SPD antwortete mit dem Ausschluss aller »konkret«-Mitarbeiter aus dem SDS. Die Mitarbeit bei »konkret« wurde für unvereinbar mit der SPD-Mitgliedschaft erklärt.

Richtungskämpfe im SDS folgten. Nach dem Godesberger Parteitag der SPD im November 1959, dem Kurswechsel von der Arbeiter- zur Volkspartei, erklärte die SPD auch die Unvereinbarkeit von Mitgliedschaft in SDS und SPD. Ein neuer sozialdemokratischer Hochschulbund, der SHB, wurde gegründet.

Im Herbst 1959 hatte der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow die USA besucht und sich in Camp David mit US-Präsident Eisenhower getroffen, Anzeichen eines Tauwetters zwischen Ost und West. Der Kalte Krieg schien zu Ende zu gehen. Ulrike Meinhof schrieb in »konkret« ihre erste Kolumne. Überschrift: »Der Friede macht Geschichte«:

»Die Wende ist da, der Friede ist zum bestimmenden Faktor politischen Handelns geworden. In Camp David haben die Kräfte der Vernunft und der Menschlichkeit gesiegt. Die sie schwächen, stehen auf verlorenem Posten.

Die sie stärken, haben das Mandat der Geschichte, handeln im Auftrag der Zukunft.«

Im Januar 1960 wurde Ulrike Meinhof Chefredakteurin von »konkret«. Am 27. Dezember 1961 heirateten Ulrike Meinhof und Klaus Rainer Röhl.

1960 wurde in den USA ein neuer Präsident gewählt. John F. Kennedy verstand es, mit seiner Politik der »New Frontier« bei vielen Jugendlichen – nicht nur in Amerika – Hoffnungen auf einen neuen Kurs zu wecken: Beendigung des Kalten Krieges, Gerechtigkeit für die armen Länder der Dritten Welt, Beseitigung des Elends und der Rassendiskriminierung im eigenen Land.

Bei seinem Staatsbesuch in der Bundesrepublik kam Kennedy auch nach Westberlin und wurde im Juni 1963 von den Studenten bejubelt wie nie ein Politiker zuvor – jedenfalls nicht seit Kriegsende.

Fünf Monate nach seinem Besuch in Bonn und Berlin wurde Präsident Kennedy in Dallas (Texas) ermordet.

Ulrike Meinhof kommentierte in »konkret«: »Die Trauer verebbt, die Leere bleibt. Der Mann, von dem die Völker der Welt glaubten, er werde Frieden machen, ist tot … Was gefunden werden muss, sind nicht Rückwege, sondern Auswege – Alternativen … Es muss begriffen werden in Deutschland, dass unser Geschick in unseren eigenen Händen besser aufgehoben ist als in den Händen eines großen Bruders, der selbst Spielball ist von Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen. Es ist an der Zeit, dass die deutsche Bundesrepublik von ihrer vor acht Jahren erlangten Souveränität souveränen Gebrauch macht.«

Zur gleichen Zeit erschien in Westberlin ein Flugblattmanifest, das ganz andere Töne anschlug. Die Überschrift: »Auch Du hast Kennedy erschossen«:

»Der Schock, dass Halbgötter durch eine Kugel sterben können, findet seinen Ausdruck im Erstaunen, dass der Tote wirklich tot ist. In Wahrheit wird durch den Rummel nach dem Mord vorgetäuscht, in einer Welt austauschbarer Marionetten sei ein Kennedy nicht austauschbar und ein Einzelner könne noch Geschichte machen, wo doch jeder nur noch wollen kann, was er soll, und wo doch die autonomen Mechanismen der repressiven Gesellschaft in jedem Einzelnen zwangsläufig sich reproduzieren …«

»Durch diese Manifest geben wir kund, dass der gegängelte Zauber nicht mehr überall ankommt.«

Das war eine neue Farbe auf der Palette linker Argumentation.
Unterschrift: »Subversive Aktion«.
Die Autoren: Dieter Kunzelmann, Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und andere Mitglieder des Westberliner SDS.
Eine neue studentische Generation hatte sich erstmals an die Öffentlichkeit gewandt.

Damals bereitete sich die oppositionelle SPD darauf vor, in der anstehenden Bundestagswahl 1965 die verbrauchte und bereits durch die »Spiegel-Affäre« im Oktober 1962 schwer angeschlagene CDU/FDP-Regierung abzulösen.

Günter Grass gründete das »Wahlkontor der Schriftsteller«, trommelte für die »Es-Pe-De« und ihren Kanzlerkandidaten Willy Brandt.
Im »Wahlkontor« in Berlin arbeitete auch eine junge Germanistikstudentin für den Erfolg der SPD. Gudrun Ensslin war zu Beginn des Jahres 1964 aus dem Schwäbischen in die alte Reichshauptstadt gekommen.

7.
Gudrun Ensslin

Die Ortschaft Bartholomä liegt am Ostrand der Schwäbischen Alb, zwischen Heidenheim, Schwäbisch-Gmünd und Geislingen. Das Dorf gehörte einmal zu den Pappenheimern, wurde im Dreißigjährigen Krieg verwüstet und danach neu besiedelt. In der Dorfchronik ist zu lesen, dass damals »Fahrende aller Art, Heimatlose und Vagabunden – Württemberger, Sachsen, Ungarn, Spanier, Kroaten« – das menschliche Strandgut aller Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts – gegen einen Gulden Einstandsgeld sesshaft gemacht wurden.

Das evangelische Bartholomä, benannt nach der lutherischen Dorfkirche, wurde wieder katholisch. Bartholomä hat etwa 2000 Einwohner, zwei Drittel davon sind katholisch. Die CDU erringt regelmäßig die absolute Mehrheit.

Neben der Kirche steht ein 200 Jahre altes, verwohntes Pfarrhaus mit Garten. Von 1937 bis 1948 lebte hier die Familie des evangelischen Pfarrers Helmut Ensslin und seiner Frau Ilse. Die Familie hatte sieben Kinder. Gudrun, das vierte Kind, wurde 1940 geboren.

Pfarrer Ensslin zog sich in seiner freien Zeit oft zum Malen zurück. Die Mutter galt als starke Persönlichkeit mit einen Hang zur Mystik. Im Pfarrhaus las man in den fünfziger Jahren das linke Kirchenblatt »Stimme der Gemeinde«, herausgegeben von Martin Niemöller, in dem zum Ausgleich mit Moskau aufgerufen, Adenauers Westpolitik angegriffen und gegen die Wiederbewaffnung polemisiert wurde.

Gudrun Ensslin besuchte in Tuttlingen das Gymnasium und folgte dem Beispiel ihrer Eltern, die in ihrer Jugend der Wandervogelbewegung angehört hatten. Sie ging mit dem Evangelischen Mädchenwerk auf Fahrt, wurde bald Gruppenführerin und leitete die Bibelarbeit.

Auf ihrem Nachttisch lag die Zeitschrift »Rüste für den Tag« des Evangelischen Mädchenwerks. Sie las darin bis zu ihrem 22. Lebensjahr.

Als Pfarrer Helmut Ensslin sich zur Jahreswende 1958/59 an die Lutherkirche in Stuttgart-Bad Cannstatt versetzen ließ, ging Gudrun für ein Jahr als Austauschschülerin in die USA. Sie lebte in einer

Methodistengemeinde in Pennsylvania. Die Amerikaner mochten sie, waren noch Jahre später von ihr begeistert. Gudrun galt als klug, sozial engagiert, sprachgewandt, weltoffen und hübsch. Sie selbst sah die Neue Welt mit kritisch-puritanischen Augen. Im Tagebuch notierte sie ihren Widerspruch zum amerikanischen Christentum, wo Kirchenbesucher, in eleganter Kleidung und mit Brillanten behängt, den sonntäglichen Gottesdienst zur Modenschau machten.

Im Elternhaus hatte sie gelernt, dass Christentum nicht an der Kirchentür aufhört, sondern politisches und soziales Handeln einschließt. Sie war erschrocken über die politische Naivität ihrer amerikanischen Umwelt in der Ära Eisenhower.

Zurück vom Schüleraustausch, bereitete sich Gudrun auf das Abitur vor. Die Lehrerinnen des Gymnasiums für Mädchen behielten sie als begabte und aufgeschlossene Schülerin in Erinnerung.

1960 begann sie in Tübingen mit dem Studium der Germanistik, Anglistik und Pädagogik.

1962 fragte sie bei einem der Wochenendbesuche ihren Vater: »Sag mal, kennst du einen Schriftsteller Vesper?«

Pfarrer Ensslin kannte den Dichter Will Vesper, der Verse geschrieben hatte wie diesen:

»Noch ziehen die kalten Nebel schwer,
doch kamen schon Vögel vom Süden her
und wohnten im Walde und singen schon
in leise verhaltenem Ton.«

Und Vater Ensslin, der Kriegsgegner und Antifaschist, erinnerte sich auch an ein Gedicht von Vesper, geschrieben, als die Hitlerarmee Polen überfallen hatte:

»August 1939

Mein Führer, in jeder Stunde
weiß Deutschland, was du trägst,
dass du im Herzensgrunde

für uns die schwere Schlacht des Schicksals schlägst.

In deiner Hand ohn’ Zagen
fühl unsre Hand!
Nun wag, was du musst wagen,
wozu dich Gott gesandt!«

Gudrun hatte in Tübingen einen jungen Germanistikstudenten kennengelernt: Bernward Vesper, den Sohn des Blut-und-Boden-Dichters. Der hasste seinen Nazi-Vater und gab gleichzeitig ausgewählte Werke von ihm heraus. Gudrun und Bernward machten eine erste gemeinsame Reise nach Spanien.

Nach ihrer Rückkehr erschien die Tochter dem Pfarrer Ensslin »stark erotisiert«, und als Gudrun ihren neuen Freund im heimischen Pfarrhaus vorstellte und er noch mehrmals auftauchte, setzte ihn der Vater jedes Mal »wegen des Kuppeleiparagraphen« vor die Tür.

Die Verlobung versöhnte die Familie. Man feierte im Kurhaus von Bad Cannstatt.

Die Verlobten schmiedeten Zukunftspläne. Sie wollten zusammen einen Verlag gründen. Um weiterstudieren zu können, bemühte Gudrun Ensslin sich, in die »Studienstiftung des Deutschen Volkes« aufgenommen zu werden.

In ihrem Lebenslauf schrieb sie: »Mein Berufsziel ist es, Lehrerin an einer höheren Schule zu werden. Dieser Wunsch ist seit dem 13. Lebensjahr in mir lebendig; nur die Gründe dafür haben sich vertieft … Die Zeit in den USA hatte drei Schwerpunkte: Schule, Familie, Kirche … Ich persönlich bin in der amerikanischen Schule aufgewacht … wo ich meine Fächer selbst wählen sollte. Zwar sind einem zu frühem Spezialistentum Tür und Tor geöffnet, aber einen ›fruchtbaren Moment‹ darf und will ich nicht übersehen. Schwerer wiegt sicherlich dagegen die Tatsache, dass junge Menschen eine leitende, zwingende Hand hinter sich spüren wollen und müssen, um nicht nur das zu tun, was sie gern tun, sondern um auch etwas zu tun, dessen Sinn erst viele Jahre später offenbar wird.«

Für die Hochbegabtenförderung wurde Gudrun zunächst nicht zugelassen. Sie legte erst einmal die Prüfung für das Lehramt an Volksschulen ab. Durchschnittsnote »befriedigend«. Beurteilung der Lehrfähigkeit: »ausreichend«.

Kurz darauf, 1963, gründeten Bernward Vesper und Gudrun Ensslin den

Kleinverlag »Studio für neue Literatur«. Ein erstes Buch erschien: »Gegen den Tod. Stimmen deutscher Schriftsteller gegen die Atombombe«. Gudrun hatte mit Autoren wie Horst Bingel, Max Brod, Hans Magnus Enzensberger, Stephan Hermlin, Anna Seghers, Erich Fried und vielen anderen korrespondiert und um Originalbeiträge für die Anthologie gebeten.

Aus einem Beitrag von Rudolf Rolfs: »Man könnte, angefangen bei der Korruption über die Lüge bis zum Betrug, eine lange Liste jener Dinge aufzählen, die heute für ›relativ normal‹ gehalten werden, da sollte man sich nicht scheuen, als Pazifist für ›irre‹ gehalten zu werden. ›Normal‹ ist Egoismus! ›Normal‹ sind Geschäftemacherei, Rücksichtslosigkeit und Selbstherrlichkeit. Deshalb gibt es kein größeres Kompliment, als in diesem Reigen für ›irre‹ gehalten zu werden!«

In dem Beitrag von Günther Anders war Gudrun Ensslin besonders von den Sätzen fasziniert: »Die geschriene Wahrheit ist wahrhaftiger als die Wahrheit, die nicht ankommt. Der verzweifelte Frevel tugendhafter als die Tugend, die niemals verzweifelt!«

Doch neben dem Interesse an fortschrittlicher Literatur hatte das Pärchen auch einen Sinn für Tradition. In seinem Buch »Die Reise«, das erst nach seinem Tod erschien, schrieb Bernward Vesper: »Meine Geschichte zerfällt deutlich in zwei Teile. Der eine ist an meinen Vater gebunden, der andere beginnt mit seinem Tod. Als er starb, flüsterte ich ihm noch den Namen Gudrun ins Ohr, die ich gerade kennengelernt hatte. Sterbeszene. Ich saß acht Tage an seinem Bett und heulte.«

1963 planten Gudrun und Bernward, eine siebenbändige Werkausgabe mit den Novellen des rechten Vaters herauszugeben. Unter dem Briefkopf »gudrun ensslin, 7 stuttgart-cannstatt, wiesbadener str. 76« findet sich im Nachlass Vespers ein auf den 11. September datiertes zweiseitiges Manuskript mit dem Titel »Liebe, Traum und Tod. Zum ersten Band der Gesamtausgabe der Will-Vesper-Werke. – Eine Aufgabe für das nationale Deutschland«. Die Herausgeber wollten einen Verfemten, der »mit vielen seiner Zeitgenossen das Schicksal des Vergessenwerdens« teilen musste, einer neuen Generation zugänglich machen.

Es war der Herbst der »Spiegel-Affäre«, als Tausende gegen die Übergriffe des Adenauer-Staates und gegen Franz Josef Strauß auf die Straße gingen. Auch Gudrun Ensslin und Bernward Vesper waren unter den Demonstranten. Der NPD-nahe »Deutsche Studentenanzeiger« nannte die Proteste »vom Osten gesteuerte, landesverräterische Umtriebe«, was Bernward Vesper zu

einem Protestbrief an das Blatt veranlasste. Als der »mit Rücksicht auf den hochverehrten Will Vesper« nicht gedruckt werden sollte, schrieb Gudrun am 28. Dezember einen Brief an den zuständigen Redakteur, in dem sie die Haltung des Nazi-Dichters mit der protestierender Studenten verglich: »Im Hinblick auf den persönlichen Mut, den Will Vesper zeit seines Lebens gezeigt hat (allen Denkschemata zum Trotz), lässt sich immer wieder nur eines tun: individuell das Gewissen entscheiden lassen.« Genau darum seien jetzt auch »Abertausende Studenten einen endlos schweigenden Protestmarsch mitgegangen … allein aus der Überzeugung, dass Kräfte und Methoden, wie sie in unserem Staat gegen Individuen angewandt wurden, nur durch persönliches Bekenntnis beantwortet und bekämpft werden können«.

Als Gudrun Ensslin nach einem zweiten Anlauf das Stipendium der Studienstiftung erhielt, zog sie mit ihrem Verlobten nach Westberlin und schrieb sich an der Freien Universität ein.

Schon bald nach ihrer Ankunft arbeiteten beide im »Wahlkontor der Schriftsteller« für den Sieg der SPD bei der anstehenden Wahl zum Bundestag 1965.

Ein knappes Jahr später kam die Ernüchterung. Bundeskanzler Erhard trat zurück, die Große Koalition wurde gebildet. Plötzlich saßen Brandt und Schiller, für die sie sich engagiert hatten, neben den politischen Gegnern von gestern, Kiesinger und Strauß, auf der Regierungsbank. »Wir mussten erleben«, sagte Gudrun später, »dass die Führer der SPD selbst Gefangene des Systems waren, die politische Rücksichten nehmen mussten auf die wirtschaftlichen und außerparlamentarischen Mächte im Hintergrund.«

Gudrun gewann Abstand zum festgefügten, strengen und sittsamen Pfarrhaushalt in Bad Cannstatt, wo auf Familiengemeinschaft geachtet wurde, wo sich Kinder und Eltern am Abend in »heiterer Singekreisatmosphäre« trafen, wie es Gudruns Schwager später einmal formulierte.

Die Beziehung Gudrun Ensslins zu Bernward Vesper war offenbar eine ähnlich tödliche Umklammerung wie die später zu Andreas Baader. In Vespers Notizbüchern ist die Rede von seinem »sado-masochistischen Verhältnis zu Gudrun«.

Nach der gemeinsamen Spanienreise schrieb Gudrun ein literarisch verschlüsseltes Tagebuch »Isabella und ich«. Darin kommt Bernward über sie: »Wolf, der das Lamm zerbricht, abhäutet, tötet, das helle Blut trinkt.« Sie macht sich Vorwürfe, dass sie ihn »noch immer nicht genug liebt«, dass sie »unfähig zur Selbstaufgabe« ist. Sie bettelt um »eine letzte Chance« – bis

Wolf sich ihrer wieder erbarmt und ihren »Schoß erbricht« und sie eine Liebe lehrt, »so groß, bis das kleine Heupferd nicht mehr zu klein ist. Alles tut für dich. Auch töten.«

Zehn Jahre später, 1972, wurde aus den sado-masochistischen Phantasien blutige Wirklichkeit.

Sie waren eingetaucht in das Leben der revoltierenden Studenten – nicht anders als viele, für die die antiautoritäre Bewegung der sechziger Jahre gleichbedeutend war mit Befreiung – politischer und persönlicher.

Es scheint, als sei das, was später geschah, nicht zu verstehen, ohne einen Blick auf den protestantischen Hintergrund zu werfen. Der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Pfarrer Heinrich Albertz, sagte mir später in einem Interview, es sei »eine der höchst gefährlichen Nebenerscheinungen des evangelischen Pfarrhauses, dass dort solche Menschen wachsen. Das kann was ganz Großartiges werden, das Böse kann ja auch großartig sein, oder das Großartige böse. Und die kommen dann auf die irrsinnigsten Ideen und glauben, dass sie mit Gewalt in einem Lande, in dem es noch nie eine Revolution gegeben hat und wahrscheinlich auch nie eine geben wird, etwas ändern können.«

8.
Der Protest

Ende der fünfziger Jahre wurden in der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft absonderliche Figuren gesichtet: junge Männer mit langen Haaren und in abgewetzter Kleidung, die trampend durch Westeuropa fuhren und in Paris, Amsterdam, München, Hamburg, Kopenhagen oder Stockholm Freunde gleicher Gesinnung an Treffpunkten fanden, die der normale Bürger mied. Die Mädchen, die mit ihnen zogen, lehnten ab, was der Markt an Mode und Kosmetik anpries. Die jugendlichen Abweichler arbeiteten nicht, sie kümmerten sich nicht um offizielle Politik, sie schliefen tagsüber und waren nachts unterwegs. In ihrem Handgepäck waren die ersten Haschischpäckchen, die nach Tramptouren durch Nordafrika auch den Norden Westeuropas erreichten.

Mit dem »American Way of Life« war auch sein Widerspruch in Westeuropa angekommen: der Protest gegen Wohlstand, Überfluss und Konformismus. »On the Road« – »Unterwegs« – war der Titel eines Romans von Jack Kerouac, der erst in den USA und bald auch in Westeuropa zum Kultbuch wurde.

Die wesentlichen Grundzüge der späteren Jugendrevolte, der Protestbewegung, der Studentenrebellion, der neuen sozialen Bewegungen klangen in den Manifesten der Beat-Generation an. Im Mittelpunkt der Ablehnung standen die bedrohliche Möglichkeit der atomaren Selbstzerstörung, die antikommunistische Hexenjagd der McCarthy-Ära, die Konsumideologie, Profitgier und Eigennutz: »wo Millionen einander auf der Jagd nach Dollars drängen und stoßen: raffend, grabschend, gebend, seufzend, sterbend, in einem verrückten Traum«.

Der Konsens der Nachkriegsgesellschaft leuchtete ihnen nicht mehr ein, »dass man Produziertes verbrauchen soll und daher arbeiten muss, um überhaupt konsumieren zu dürfen, das ganze Zeug, das sie eigentlich nicht haben wollten … alle gefangen in einem System von Arbeit, Produktion, Verbrauch, Arbeit, Produktion, Verbrauch« (Kerouac).

Anfang der sechziger Jahre empörte sich die deutsche Öffentlichkeit über

die Nachfolger der amerikanischen Beatniks, die sichtbar und provozierend in den Citys der Großstädte auftauchten. Langhaarig, mit ungewaschenen und angefetzten Klamotten. Auch Kanzler Ludwig Erhard meldete sich dazu: »Solange ich regiere, werde ich alles tun, um dieses Unwesen zu zerstören.«

Im Sommer 1962 sollten zwei Gitarrenspieler auf der Münchner Leopoldstraße wegen ruhestörenden Lärms festgenommen werden. Jugendliche versuchten, die Festnahme zu verhindern. Die Polizei rückte mit einer Hundertschaft an und prügelte los. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht vom Einsatz der Polizei in der Stadt. Tausende von Jugendlichen zogen in Richtung Schwabing. Immer neue Hundertschaften von Polizisten wurden aus den Kasernen zum Kampfplatz abkommandiert. Vier heiße Juninächte tobte die Schlacht mit der Polizei; sie ging als »Schwabinger Krawalle« in die Geschichte ein.

Andreas Baader hatte sich an den Prügeleien in München beteiligt.

9.
Andreas Baader geht nach Berlin

1963, knapp zwanzigjährig, kam Andreas Baader nach Westberlin. Ob die Motorraddiebstähle, die Unfälle mit gestohlenen Autos oder der ständige Ärger mit der Münchner Polizei der Grund dafür waren, die Stadt zu wechseln, oder die häufigen Prügeleien in der kleinen überschaubaren Szene der bayerischen Hauptstadt, ist nicht klar auszumachen. Jedenfalls entging er durch diesen Umzug auch der Einberufung zur Bundeswehr.

Westberlin nach dem Mauerbau zog damals viele junge Westdeutsche an: Sie wollten raus aus Elternhäusern, Untermiete und engen Studentenbuden, wollten sich der Bundeswehr entziehen oder auch einfach nur in einer Stadt leben, die damals noch weit entfernt war von Gleichförmigkeit und Langeweile der wiederaufgebauten westdeutschen Städte. Westberlin hatte einiges zu bieten: eine vielfältige Kneipen- und Kunstszene, die es so wildwüchsig in anderen Städten nicht gab, und eine Menge leerstehender Großwohnungen: Viele wohlhabende Bürger hatten Berlin nach dem Bau der Mauer verlassen.

So konnte man dort eine Wohnung finden, die andernorts unerschwinglich war. Das Berliner Nachtleben kannte keine Polizeistunde und war im Verhältnis zum Westen dank Steuererleichterungen damals unvorstellbar billig.

Andreas Baader nahm teil an diesem Nachtleben. Zu Beginn seiner Berliner Zeit arbeitete er kurzfristig als Praktikant bei der »Bild-Zeitung«. Rausgeworfen worden sei er, so erzählte Baader, weil er betrunken, wie Tarzan an einem Kronleuchter schaukelnd, einem leitenden Redakteur mit den Füßen ins Gesicht getreten habe. Im »Kleist-Kasino«, einer traditionsreichen Schwulenbar, begegnete er dem Redakteur später wieder und verprügelte ihn.

Im »Kleist-Kasino« lernte er 1964 auch Ellinor M. und Manfred H. kennen. Ellinor (»Ello«) malte naive Bilder, die sich gut verkauften. Sie war mit Manfred H. verheiratet, ebenfalls Maler, der sich gerade in der Kunstszene einen Namen machte. Das Ehepaar hatte ein Kind und lebte in

einer weiträumigen Achtzimmerwohnung in Schöneberg.

Manfred, Ellinor und der drei Jahre jüngere Baader waren bald unzertrennlich. Baader zog zu ihnen. Nach außen wirkte diese Gemeinschaft wie eine Ehe zu dritt, begleitet von Besäufnissen und Prügeleien, in der Berliner Boheme der frühen sechziger Jahre nichts Ungewöhnliches. Ungewöhnlich in dieser Szene waren eher Andreas Baaders Kneipenauftritte in teuren Jacketts, die so gar nicht in diese Umgebung passten. Es bereitete ihm offenbar Vergnügen, sein rüpelhaftes Auftreten mit eleganter Kleidung zu kombinieren. Er trug italienische Schuhe, seidene Hemden, und da es damals kaum eng geschnittenen Hosen gab, schneiderte er sie selbst. Unterhosen trug er nicht, weil, wie er meinte, »der Arsch und alles andere zur Geltung kommen muss«. Er schminkte sich, klebte sich auch mal falsche Wimpern an und benutzte oft und gern Parfum.

1966 lernte ihn der junge Schriftsteller Peter O. Chotjewitz in der »lesbischen Abfüllstation« S-Bahnquelle am Savignyplatz kennen: »Er war voller Widersprüche. Intellektuell und spontan, sanft und zupackend, witzig und flink, ungeduldig und cool. Ziemlich sexy.« In seiner Lederjacke, in Jeans und T-Shirt, schlank und schmalhüftig sei er ihm immer wie »auf dem Sprung« vorgekommen: »Mal abweisender, mal zärtlicher Blick. Meistens neugierig, manchmal gelangweilt, zuweilen spöttisch.« Baader habe versucht, ihn anzumachen: »Es war klar, dass er es tat, weil ich ihm gefiel, und das gefiel mir. Ich war etwas mädchenhaft damals. Er hatte eine lange Frau dabei, die ein Kind von ihm hatte, und er hatte einen Typ dabei, und es war vermutlich diese bisexuelle Situation, die mich anmachte.«

Den breitkrempigen Hut des verehrten Humphrey Bogart tief im Gesicht, zog Andreas über den Kurfürstendamm. In der gemeinsamen Wohnung wurde für einige Jahre eine Art künstlerisch-antibürgerlicher Salon etabliert. Zu einem sogenannten Jour fixe trafen sich am ersten Sonntag im Monat oft an die hundert Menschen, Künstler und Kunsthändler, Kritiker, Psychiater, Rechtsanwälte und Journalisten. Eine bunte Versammlung gesellschaftlich Arrivierter, die sich mit denen mischten, die Ello, Andreas und Manfred bei ihren Streifzügen durch die Berliner Nächte aufgelesen hatten, Transvestiten und Prostituierte, die ersten Drogenhändler aus dem Umfeld der U.S. Army, Schauspieler vom Living Theatre. Baader stellte sich gern als unmittelbarer Nachfahre des in literarischen Kreisen bekannten Philosophen Joseph von Baader dar, einem Erfinder und religiösen Denker, der Schelling beeinflusst hatte. Seine Mutter, erzählte er, sei Staatsanwältin. Von sich selbst zeichnete

er das Bild eines Wunderknaben, der bereits im jugendlichen Alter von sechzehn Jahren von berühmten Philosophen zu Disputen herausgefordert worden sei. Je nach Milieu gab er sich aber auch als erfahrener Autoknacker oder souveräner Einbrecher. Besonders liebte er es, verklemmte Intellektuelle mit der Beschreibung unglaublicher sexueller Ausschweifungen zu schockieren; eigenen, ausgedachten und von anderen gehörten. Material lieferte ihm die »Neue deutsche Gerichtszeitung«, ein Sado-Maso-Blättchen, das unter dem Vorwand des gesunden deutschen Volksempfindens voller Begeisterung darüber berichtete, was alles an sexueller Abweichung vor Gericht verhandelt wurde.

Die traditionelle Linke oder das, was sich zur gleichen Zeit in seiner nächsten Umgebung als Protestbewegung zu entwickeln begann, fand in diesen Jahren nie sein Interesse. Schwarze Messen zu beschreiben lag ihm näher, als rote Fahnen zu schwenken.

1965 bekam seine Freundin Ello ein Kind. Andreas war der Vater. Zusammen mit Ellos Ehemann wartete er vor dem Krankenhaus stundenlang auf die Geburt. Fast zwei Jahre lang lebten die beiden Männer mit der Frau und zwei Kindern zusammen.

Die aufkommende Protestbewegung ergriff auch die Künstlerszene. Plötzlich gerieten völlig unbekannte Leute in die Schlagzeilen und wurden über Nacht berühmt. Im Sommer 1967 verbrannte Baaders Freund Manfred öffentlich auf dem Kurfürstendamm seine Bilder. Die Aktion hieß: »Der Maler schmeißt den Pinsel weg und macht Kommune!« Ein Teil der Berliner Kunstszene vermischte sich mit der Protestbewegung.

Baader war dabei, fiel aber nicht weiter auf bei den politischen Albereien der Kommunarden. Ein Weggefährte von damals, der Kunstmaler und Autor Peter Homann, beschrieb ihn als »eine Figur, mit der man sich gerne unterhielt, die man manchmal auch ziemlich bescheuert fand. Er war einer der vielen Spinner, die es in dieser Szene gab.«

Für Andreas' Mutter Anneliese war er »ein Junge, der sich nie so leicht angepasst hat, der immer gefragt hat, der immer nachdenklich wirkte«. Sie habe gewusst: »Wenn er etwas tut, dann wird er es mit allen Konsequenzen tun. Ich hab immer auch ein bisschen Angst gehabt.«

Ein von Mutter, Großtante und Tante verwöhntes Kind, das seine Aggressionen in der Schule auslebte so wie später im linken Milieu Berlins. Der damalige Anwalt der Außerparlamentarischen Opposition Horst Mahler

erinnerte sich: »Er sagte immer: Bringst du das? Du musst das bringen. Für ihn war es keine Frage, er brachte es. So gesehen hatte er also eine kriminelle Ader, ganz eindeutig.«

Peter Homann war zu der Zeit viel mit Baader in Berlin unterwegs. Er erinnerte sich an die große Kneipenszene, in der sich »vieles, auch das Vorpolitische und das Halbpolitische«, abspielte: »Und da war Baader eigentlich immer dabei, als ein Typus, der sich für Politik überhaupt nicht interessierte, sondern eher zu Hause war, in psychischen Abenteuern, sexuellen Abenteuern, von denen er immer erzählte, aber von denen wir gar nicht wussten, ob er sie auf irgendeine Weise realisierte.«

10.
Napalm und Pudding

Die Luftwaffe der Vereinigten Staaten hatte 1963 mit Flächenbombardements der ländlichen Gebiete Südvietnams begonnen. Ab August 1964 flogen die amerikanischen B-52-Bomber auch die Städte Nordvietnams an. Im Frühjahr 1965 bombardierten sie die Deiche des Roten Flusses.

Der Terror gegen die vietnamesische Zivilbevölkerung löste in den USA und vielen anderen Ländern der Welt Empörung und eine Welle von Protestmärschen aus.

Am 5. Februar 1965 zogen 2500 Studenten durch die Straßen Westberlins. 500 von ihnen verließen die von der Polizei genehmigte Demonstrationsroute und marschierten vor das Amerika-Haus. Sie setzten die US-Fahne auf halbmast, und jemand schleuderte fünf Frischeier auf das Gebäude.

Die Öffentlichkeit, allen voran die Berliner Zeitungen des Axel-Springer-Verlages, war entsetzt. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt entschuldigte sich beim US-Stadtkommandanten.

In der Nacht klebten Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) Plakate: »Erhard und die Bonner Parteien unterstützen Mord. Mord durch Napalmbomben. Mord durch Giftgas. Wie lange noch lassen wir zu, dass in unserem Namen gemordet wird?« Der Krieg der Amerikaner in Vietnam wurde mehr und mehr zum beherrschenden Thema der rebellierenden Studenten. Er lieferte Bilder von bis dahin unvorstellbarem Grauen – im Namen der freien Welt.

Damals immer dabei, der Anwalt Horst Mahler, früher sozialistisch, später rechtsradikal: »Wir waren ja alle sehr moralisch. Das hat uns also nicht kaltgelassen. Ich erinnere mich noch an die Szene mit Ulrike Meinhof, wie sie dann bei einer Fernsehberichterstattung über Vietnam mit diesen grausigen Bildern heulend aufsprang und sagte, dass sie sich das nicht antun lässt, das ist eine Herabwürdigung, und sie hat gesagt, wir müssen was tun, wir dürfen nicht im Sessel sitzen bleiben.«

Krieg in Vietnam. Die mächtigste Kriegsmaschinerie der Welt im Kampf gegen eine Guerilla-Armee. Bomben, Napalm, Entlaubung des Dschungels.

Bilder, die um die Welt gingen, sich schmerzhaft einprägten, Konsequenzen forderten. Vietnam als Prüfstein für die Moral des freien Westens. Für viele damals: der Sündenfall. Plötzlich gab es für manche wieder »gerechte Kriege«.

Die Journalistin Ulrike Meinhof dazu in einer Fernsehdiskussion: »Wir sind engagiert für diejenigen, die sich versuchen zu befreien von Terror und Gewalt. Und wenn ein anderes Mittel als das des Krieges ihnen nicht übrigbleibt, dann sind wir für ihren Krieg. Und sind gegen diejenigen, die ihren Terror eskalieren bis hin zur Anwendung von Nuklearwaffen, was gegenwärtig ja in Bezug auf Vietnam diskutiert wird.«

Aus Empörung wurde Protest, aus Protest Widerstand, aus Widerstand Gewalt. Und von Anfang an wurden Parallelen gezogen zum Dritten Reich. So sagte Ulrike Meinhof: »In dem Augenblick, wo es ihnen mit der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk ernst wird, wo es ihnen darum geht, die amerikanische Position überall in der Welt, wo es nur möglich ist, so zu schwächen, dass das vietnamesische Volk davon einen Vorteil hat, dann weiß ich, dann sehe ich wirklich nicht mehr den Unterschied zwischen dem Polizeiterror, den wir in Berlin schon erlebt haben und der uns angedroht wird, und dem SA-Terror der dreißiger Jahre.«

In der Wahrnehmung der rebellierenden Studenten und ihrer Fürsprecher wandelte sich die Bundesrepublik zum Polizeistaat. Und genüsslich kitzelten etwa die Provokateure von der »Kommune I« den Feind im Polizisten hervor. Es war eine politische Happening-Kultur, die viele Menschen anzog. Und es wurde ein Spiel mit der Gewalt.

Im April 1967 kündigte sich der amerikanische Vizepräsident Hubert Humphrey zu einem Besuch in Berlin an. Der Allgemeine Studentenausschuss (ASTA) der Freien Universität rief zur Protestdemonstration auf. Andere bereiteten sich auf ihre Weise auf den Empfang des Vizepräsidenten vor.

Anfang 1967 hatten in Berlin Studenten eine Wohngemeinschaft gegründet, die sich »Kommune I« nannte. Es ging um den »Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums«. In der Kommune sollten sich »sexuelle Bedürfnisse ungehemmter entfalten, die Vereinzelung aufgehoben und der Kampf um die Befreiung von Zwängen der kapitalistischen Gesellschaft wirkungsvoller geführt« werden. Der Protest gegen die bürgerliche Gesellschaft wurde zunehmend chic.

Mit von der Partie war auch das Münchner Fotomodell Uschi Obermaier,

an dem der Kommunarde Rainer Langhans Gefallen gefunden hatte. Die damals gerade Zwanzigjährige zierte mit freiem Oberkörper die Titelseite des »Stern« und wurde so etwas wie das Aushängeschild der K 1, ein lebender Beweis dafür, wie sexy und modern das Kommuneleben war. Dabei war es alles andere als das. Fast ein halbes Jahrhundert später bekannte Uschi Obermaier, die nach Los Angeles ausgewandert war, in einem Interview für die Dokumentation »Die Insel West-Berlin«, die ich für das ZDF machte: »Das war doch nur eine so große Geschichte, weil das alles die unerwünschten Träume von allen Leuten waren.« Die meisten Leute hätten geglaubt, das ginge bei der Kommune so richtig ab. »Das war gar nicht so. Die sind ja zusammengezogen, weil sie wussten, dass sie emotional verkümmert waren.« Die Kommune sei alles andere als schön gewesen. Alle hätten in einem großen Raum zusammengewohnt. Es gab keine Privatsphäre, man konnte sich nirgends ausklinken oder mal die Tür zumachen. Aber das habe damals alles als Wert an sich gegolten: »Das muss man einfach mal hinter sich lassen!«

Dieter Kunzelmann, Initiator der »K1« und sechzehn Jahre später für die »Alternative Liste« im Berliner Abgeordnetenhaus, hatte damals aufgerufen: »Ihr müsst euch entwurzeln! Weg mit euren Stipendien! Weg mit eurer Sicherheit! Gebt das Studium auf! Riskiert eure Persönlichkeit!«

Am Tisch der Kommuneküche wurde Pudding angerührt, mit dem Hubert Humphrey beworfen werden sollte. Im Grunewald probierte die Gruppe das Puddingattentat an einigen Baumriesen aus. Doch die Aktion flog schon vor der Durchführung auf.

Uschi Obermaier rückblickend: »Mich hat das Puddingattentat fasziniert. Das war ein Witz. Das war eigentlich locker, spielerisch. Aber natürlich haben die Leute das wieder total ernst genommen. Denen wäre es am liebsten gewesen, es wäre eine richtige Bombe gewesen.«

Die Berliner Zeitungen, und nicht nur sie, überschlugen sich tatsächlich vor Empörung, und aus dem Puddingattentat wurde plötzlich ein Sprengstoffanschlag.

»Bild« in einer Schlagzeile, die über die halbe Seite lief: »Geplant: Berlin – Bombenanschlag auf US-Vizepräsidenten«.

Auf der Basis dieser überdimensionalen Falschmeldung kommentierte »Bild« im Innenteil des Blattes: »Mit diesen Bombenlegern werden wir fertig! Die Mehrheit der Deutschen hat Verständnis für den Kampf der

Amerikaner in Asien …«

Die »Verschwörer« wurden in Haft genommen, kurzzeitig, denn bald ließ sich nicht mehr leugnen, dass der Sprengstoff nichts als Pudding und Quark gewesen war.

In »konkret« kommentierte Ulrike Meinhof das geplante Polit-Happening: »Nicht Napalmbomben auf Frauen, Kinder und Greise abzuwerfen ist demnach kriminell, sondern dagegen zu protestieren. Nicht die Zerstörung lebenswichtiger Ernten, was für Millionen Hunger und Hungertod bedeutet, ist kriminell, sondern der Protest dagegen.

Es gilt als unfein, mit Pudding und Quark auf Politiker zu zielen, nicht aber, Politiker zu empfangen, die Dörfer ausradieren lassen und Städte bombardieren … Napalm ja, Pudding nein.«

Der Brand im Brüsseler Warenhaus »À l'Innovation« am 22. Mai 1967, bei dem mehr als 300 Menschen ums Leben kamen, inspirierte die Kommunarden zu einer neuen, makabren Inszenierung. Sie verfassten eine Reihe von Flugblättern und verteilten sie an der Freien Universität. Das erste Flugblatt überschrieben sie: »Neue Demonstrationsformen in Brüssel erstmals erprobt«.

Das zweite Flugblatt trug den Titel: »Warum brennst Du, Konsument?«

»Ein brennendes Kaufhaus mit brennenden Menschen vermittelt zum ersten Mal in einer europäischen Großstadt jenes knisternde Vietnamgefühl (dabei zu sein und mitzubrennen), das wir in Berlin bislang noch missen mussten … Sosehr wir den Schmerz der Hinterbliebenen in Brüssel mitempfinden: Wir, die wir dem Neuen aufgeschlossen sind, können, solange das rechte Maß nicht überschritten wird, dem Kühnen und Unkonventionellen, das, bei aller menschlichen Tragik, im Brüsseler Kaufhausbrand steckt, unsere Bewunderung nicht versagen …«

Im dritten Flugblatt gingen die Kommunarden noch weiter:

»Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?

Bisher krepierten die Amis in Vietnam für Berlin. Uns gefiel es nicht, dass diese armen Schweine ihr Coca-Cola-Blut im vietnamesischen Dschungel verspritzen mussten. Deshalb trottelten wir anfangs mit Schildern durch leere Straßen, warfen ab und zu Eier ans Amerikahaus, und zuletzt hätten wir gern HHH [Hubert Horatio Humphrey] in Pudding sterben sehen.

Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: Sie

zünden ein Kaufhaus an, dreihundert saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben, und Brüssel wird Hanoi. Keiner von uns braucht mehr Tränen über das arme vietnamesische Volk bei der Frühstückszeitung zu vergießen. Ab heute geht er in die Konfektionsabteilung von KaDeWe, Hertie, Woolworth, Bilka oder Neckermann und zündet sich diskret eine Zigarette in der Ankleidekabine an.

Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genauso wenig wie bei der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi.

Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben: burn, ware-house, burn!«

Die Berliner Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen sieben Kommunarden. Sie hätten gemeinschaftlich durch Verbreitung von Schriften zur Begehung strafbarer Handlungen aufgefordert, nämlich zum vorsätzlichen Inbrandsetzen von Räumlichkeiten, welche zeitweise dem Aufenthalt von Menschen dienten, und zwar zu einer Zeit, während welcher Menschen in denselben sich aufzuhalten pflegten. »Die Aufforderung«, so die Staatsanwaltschaft, »ist bisher ohne Erfolg geblieben.«

Und doch machte der makabre Scherz der Kommunarden in der Berliner Politszene geradezu Karriere. An der Wand des SDS-Zentrums am Kurfürstendamm stand der Spruch »Es brennt, es brennt, ein Kaufhaus brennt …« Davor saß Rudi Dutschke auf einem Tisch und gab ein Fernsehinterview zum Thema Gewalt. Mit seiner heiseren, sonoren Stimme dozierte er: »Wir sind in den Metropolen dazu verpflichtet, wir, die wir ein bisschen Bewusstsein entwickeln dürfen, müssen gegen dieses System, was notwendigerweise zur Katastrophe drängt, müssen gegen das System mit aller Gewalt vorgehen.« Und so, als sei es das Selbstverständlichste von der Welt, fügte er hinzu: »Wir dürfen daher von vornherein nicht auf eigene Gewalt verzichten, denn das würde nur einen Freibrief für die organisierte Gewalt des Systems bedeuten.«

Es war ein Spiel mit dem Feuer. Das sensible Gleichgewicht der eingemauerten Stadt geriet in Gefahr – bedroht nun auch von innen. Jetzt gingen die Westberliner Bürger auf die Straße.

»Eine Sauerei ist das, eine große Sauerei«, rief einer der Demonstranten in die Fernsehkamera. »Sehen Sie doch die Gestalten hier an. Das sind Tagediebe. Die sollen arbeiten!«

Ein anderer schrie: »Verbrennen müsste man sowat!« Und wieder ein anderer: »Die sollte man in einen Sack stecken und über die Mauer schmeißen!«

Da musste sich nur noch einer finden, der die Volksmeinung exekutierte.

Der Filmemacher Wolfgang Venohr filmte Rudi Dutschke, wie er auf der Rückbank eines Autos in der Zeitung blättert. »Schon fünfmal haben Sie in den letzten Monaten Ihre Wohnung gewechselt«, sagte er zu ihm. »Beim letzten Mal hatten Unbekannte Stinkbomben durch den Briefschlitz geworfen und mit roter Farbe neben die Tür geschmiert: ›Vergast Dutschke!‹ Haben Sie nicht manchmal Angst, dass Ihnen einer über den Kopf schlägt?«

Dutschke antwortete betont gelassen: »Nicht Angst. Das kann passieren. Aber Freunde passen mit auf. Normalerweise fahre ich nicht alleine rum. Es kann natürlich irgendein Neurotiker oder Wahnsinniger eine Kurzschlusshandlung durchführen.«

11.
»Genossen, wir haben Fehler gemacht«

»Fabelhaft«, sagte die Journalistin Ulrike Marie Meinhof, als sie im Mai 1967 von einer der großen studentischen Protestversammlungen aus Berlin in die Hamburger »konkret«-Redaktion zurückkehrte.

Was die 33-jährige Journalistin begeistert hatte, war das erste studentische »Sit-in«, das einer berühmt gewordenen Rede folgte. Der Schriftsteller Peter Schneider hielt sie am 5. Mai 1967 im Audimax der Freien Universität Berlin:

»Wir haben Fehler gemacht, wir legen ein volles Geständnis ab: Wir sind nachgiebig gewesen, wir sind anpassungsfähig gewesen, wir sind nicht radikal gewesen …

Wir haben in aller Sachlichkeit über den Krieg in Vietnam informiert, obwohl wir erlebt haben, dass wir die unvorstellbarsten Einzelheiten über die amerikanische Politik in Vietnam zitieren können, ohne dass die Phantasie unserer Nachbarn in Gang gekommen wäre, aber dass wir nur einen Rasen zu betreten brauchen, dessen Betreten verboten ist, um ehrliches, allgemeines und nachhaltiges Grauen zu erregen.

Wir haben ruhig und ordentlich eine Universitätsreform gefordert, obwohl wir herausgefunden haben, dass wir gegen die Universitätsverfassung reden können, so viel und so lange wir wollen, ohne dass sich ein Aktendeckel hebt, aber dass wir nur gegen die baupolizeilichen Bestimmungen zu verstoßen brauchen, um den ganzen Universitätsaufbau ins Wanken zu bringen.

Da sind wir auf den Gedanken gekommen, dass wir erst den Rasen zerstören müssen, bevor wir die Lügen über Vietnam zerstören können, dass wir erst die Marschrichtung ändern müssen, bevor wir etwas an den Notstandsgesetzen ändern können, dass wir erst die Hausordnung brechen müssen, bevor wir die Universitätsordnung brechen können.«

Am Ende seiner Rede sagte Peter Schneider: »… dass wir gegen den ganzen alten Plunder am sachlichsten argumentieren, wenn wir aufhören zu argumentieren und uns hier in den Hausflur auf den Boden setzen. Das

wollen wir jetzt tun.«

Rudi Dutschke sprang begeistert auf der Bühne herum und sagte: »Peter, was machen wir jetzt? Wir müssen unbedingt irgendetwas besetzten.«

Dann setzten sich alle auf den Boden.

Rudi Dutschke wusste, womit die Studenten sich Gehör verschaffen konnten. Er sagte einem Reporter: »Ohne Provokationen werden wir überhaupt nicht wahrgenommen. Darum sind die Provokationen unerlässliche Voraussetzungen für Öffentlichkeitsarbeit.«

Die 2000 Studenten blieben auch sitzen, als sie aufgefordert wurden, das Gebäude zu verlassen. Der Rektor rief die Polizei. Es war der erste Einsatz der Ordnungsmacht auf dem Gelände der Freien Universität Berlin.

12.
Die Kolumnistin

Anfang der sechziger Jahre war der Name Ulrike Meinhof plötzlich bekannt geworden. In einem Leitartikel in »konkret« hatte sie im Mai 1961 unter der Überschrift »Hitler in Euch« geschrieben: »Wie wir unsere Eltern nach Hitler fragen, so werden wir eines Tages nach Herrn Strauß gefragt werden.«

Franz Josef Strauß klagte. Im Juni 1961 begannen die Ermittlungen, die Staatsanwaltschaft beantragte die Eröffnung des Hauptverfahrens. Als Verteidiger hatte Ulrike Meinhof Gustav Heinemann beauftragt, der Minister unter Adenauer gewesen war und sein Amt aus Protest gegen des Kanzlers Rüstungspolitik niedergelegt hatte. Danach gründete Heinemann eine neutralistisch, pazifistisch orientierte Partei, die »Gesamtdeutsche Volkspartei«. Später trat Heinemann der SPD bei und wurde 1969 Bundespräsident.

1961 vertrat er Ulrike Meinhof gegen Strauß. Heinemann gewann. Auf seinen Widerspruch hin lehnte das Hamburger Landgericht die Eröffnung des Verfahrens ab.

Der Streit Strauß gegen Meinhof fand in allen Zeitungen seinen Niederschlag. Und steigerte die Auflage der Zeitschrift.

Ehemalige »konkret«-Kollegen schildern Ulrike Meinhofs Auftreten als Chefredakteurin wie das einer ehrgeizigen Jungsozialistin, die eisern der Parteilinie folgte. »Sie war immer eindeutig, sie war humorlos. Sie verkörperte in dieser Zeit, wo sie auch jung war, wo man noch hundertprozentig ist, den typischen Apparatschik.«

Die 26-jährige konnte sich durchsetzen, war autoritär, besserwisserisch und durchaus arrogant. »Du bist unpolitisch«, das war auch später immer wieder ihr Todesurteil für abweichende Meinungen.

Als Ulrike Meinhof 1962 ein Kind erwartete, begann sie unter starken Kopfschmerzen und Sehstörungen zu leiden. Eine Überprüfung ihrer Reflexe ergab, dass die Störung im Gehirn liegen musste. Man stellte sie vor die Wahl, sich operieren zu lassen oder das Kind zu bekommen. Ulrike weigerte

sich, die Schwangerschaft abbrechen zu lassen. Die Symptome wurden schlimmer, ihre Augen bewegten sich unkontrolliert, die Kopfschmerzen wurden stärker, sie konnte den Mund kaum noch öffnen.

Nach siebeneinhalb Monaten Schwangerschaft ging sie ins Krankenhaus. Durch Kaiserschnitt wurde sie von Zwillingen entbunden. Als die beiden Mädchen, Bettina und Regine, alt genug waren, um aus dem Brutkasten genommen zu werden, unterzog sich Ulrike Meinhof einer Gehirnoperation. Der Eingriff dauerte fünf Stunden. Der vermutete »Tumor« entpuppte sich als Blutgefäßerweiterung, ein Hämatom, das wegen der Blutungsgefahr nicht entfernt, sondern nur mit einer Silberklammer abgeklemmt werden konnte.

Fast drei Monate musste sie in der Klinik bleiben. Die Zwillinge wurden während dieser Zeit von Renate Riemeck versorgt. Nach ihrer Entlassung stürzte sich Ulrike Meinhof wieder in die Arbeit.

»Sie arbeitete viel zu schwer«, meinte ihre Pflegemutter Renate Riemeck. »Sie wollte nach der Operation ihr Selbstvertrauen wiederherstellen. Sie war fest entschlossen, wieder in ein normales Leben zurückzukehren, hatte aber Angst, dass sich diese Geschichte wiederholen könne. Ihr Selbstvertrauen war nie so groß, wie sie vermuten ließ. Sie brauchte immer die Unterstützung einer stärkeren Persönlichkeit.« Sie sei als Kind zwar intelligent gewesen, habe erforschen wollen, wie weit sie gehen konnte, habe aber nie einen »kalten Intellekt« gehabt.

Ulrike Meinhof war 1958 in die verbotene Kommunistische Partei eingetreten, in die alte KPD. Der Vorsitzende der Partei, Max Reimann, leitete die illegale Arbeit von der DDR aus.

Ulrike Meinhof war nicht mit »kaltem Intellekt« Mitglied der KP geworden. Jedenfalls nicht nach einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Werken von Marx, Engels, Lenin oder Luxemburg. Den Marxismus lernte sie eigentlich erst als Neomarxismus in der Studentenbewegung kennen.

Die illegalen Kommunisten, unter ihnen viele, die im Widerstand gegen Hitler gekämpft hatten, verkörperten für sie einen konsequenten Antifaschismus in einer Republik, in der viele ehemalige Nazis führende Positionen hatten.

Noch Jahre später erzählte sie von den Menschen, die sie in der Kommunistischen Partei kennengelernt hatte. Zu vielen hatte sie familiäre Gefühle entwickelt. Sie erinnerte sich an kleine Treffen in einer

Arbeiterwohnung, wo man die Schuhe ausziehen musste, die vorgewärmten Pantoffeln bereitstanden und der Tisch mit Spitzendeckchen und Kaffee und Kuchen gedeckt war.

Anfang 1964, Ulrike nahm gerade ihre Redaktionsarbeit wieder auf, kam es zum großen Krach mit der illegalen KPD. In einem Artikel hatte der »konkret«-Autor Jürgen Holtkamp seine Sympathien für Schriftsteller des – ersten – DDR-Frühlings ausgedrückt. Die Partei verlangte die Trennung von Holtkamp. Röhl lehnte ab. Die Partei verlangte nun auch Röhls Rausschmiss aus der Redaktion, aber Ulrike weigerte sich, die Zeitung allein weiterzuführen.

Da drehte Ostberlin den Geldhahn zu. Im Juni 1964 blieb die monatliche »Spende« von 40000 Mark (West) aus. Röhl entschloss sich, das Blatt ohne finanzielle Hilfe aus dem Osten weiterzumachen. Das große Format mit den weißen Buchstaben auf schwarzem Grund wurde abgeschafft, und Röhl stellte das Magazin auf »Spiegel«-Format mit einem schmalen roten Rand um. Vollbusige Mädchen zierten fortan die Titelseiten, im Innenteil mischte Röhl Politik und Kultur mit Sex. Die Auflage stieg in wenigen Monaten von 20000 auf 100000 Exemplare.

Anfang 1965 schrieb Ulrike Meinhof zum 20. Jahrestag der Bombardierung von Dresden einen Kommentar gegen den Krieg, der zu einer Anklage gegen die Westmächte wurde: »In Dresden ist der Anti-Hitler-Krieg zu dem entartet, was man zu bekämpfen vorgab und wohl auch bekämpft hatte: Zu Barbarei und Unmenschlichkeit, für die es keine Rechtfertigung gibt. Wenn es eines Beweises bedürfe, dass es den gerechten Krieg nicht gibt – Dresden wäre der Beweis.« Dabei berief sie sich explizit auf das Buch »Der Untergang Dresdens« des revisionistischen Historikers und späteren Holocaust-Leugners David Irving.

13.
Frühe Begegnungen

Klaus Rainer Röhl wurde in Danzig geboren und ging nach Kriegsende in der norddeutschen Kleinstadt Stade zur Schule. Gemeinsam mit seinem Freund, dem Dichter Peter Rühmkorf, machte er am Athenaeum Abitur. Auch seine Eltern lebten in Stade, ebenfalls sein gut zehn Jahre jüngerer Bruder Wolfgang.

Auch ich selbst war in Stade aufs Athenaeum gegangen. Es war mir nicht in die Wiege gelegt worden, Journalist zu werden. Das Feld der Politik wurde bei uns zu Hause wenig beackert. Stattdessen wurden auf dem kleinen Bauernhof Runkelrüben angebaut oder Kartoffeln, zu späteren Zeiten Äpfel und Sauerkirschen. Die sechs Kühe ertranken bei der Sturmflut 1962. Mein Vater war zwischen den Kriegen 15 Jahre lang in Kanada gewesen, als Cowboy, Trapper und während der Weltwirtschaftskrise auch als Hilfsarbeiter. Im Sommer 1939 kam er auf Heimatbesuch nach Hamburg – und fand sich wenige Monate später als Wehrmachtssoldat in Polen wieder. Offenbar hatte er die Zeitungen nicht gründlich genug verfolgt.

Er überstand den Krieg, heiratete und beschloss, dass seine fünf Kinder allesamt Abitur machen müssten. Die beste Adresse dafür war das Athenaeum. Der Krieg und das Dritte Reich lagen bei meiner Einschulung sieben Jahre und bei meinem Abitur gerade mal 21 Jahre zurück. Zu Hause wurde nicht darüber gesprochen und in der Schule auch nicht – denn die meisten Lehrer hatten ja zu diesem epochalen politischen und moralischen Desaster beigetragen.

Am Athenaeum gab es eine Schülerzeitung mit dem Namen »Wir«, bei der ich mich bereits in der achten Klasse engagierte. Als Journalist – auch bei der Schülerzeitung – konnte man kritisieren, konnte seine Nase in alles stecken, was einen interessierte. Man war zudem irgendwie wichtig, was schon daraus ersichtlich war, dass die Schulleitung Zensurmaßnahmen einführen wollte. Am Widerstand konnte man wachsen. Es lag etwas in der Luft, ein Hauch von Aufklärung und Rebellion. Man war nicht eigentlich links, eher ein

wenig anarcho-liberal, kritisch nach allen Seiten. Mein Klassenlehrer schrieb zu meinem Abitur in die interne Bewertung, die ich gut 50 Jahre später anlässlich der 425-Jahr-Feier unserer Schule einsehen durfte, wo ich die Festansprache hielt: »Eine gewisse Oberflächlichkeit, jugendlicher Überschwang und altersgemäße Protesthaltung führen zu leicht negativer, ablehnender Beurteilung von Lebensfragen. Überkommenen Werten und Lebensgewohnheiten gegenüber ist er sehr skeptisch, wobei er sich jedoch die Möglichkeit, sich zu arrangieren, offenhält. Ehrgeiz und Tatkraft führen zu selbständiger publizistischer Betätigung.« Doch dann kam es knüppeldick: »In einigen schulischen Sachgebieten zeigte er verschiedentlich provozierendes Desinteresse und mangelnden Fleiß … gegenüber Älteren ist er gelegentlich respektlos und herausfordernd.«

Mit in der Redaktion arbeitete Wolfgang Röhl, der zwei Klassen unter mir war. Durch ihn lernte ich damals auch Klaus Rainer Röhl und dessen Ehefrau und Kolumnistin Ulrike Meinhof kennen. Gemeinsam saßen Wolfgang und ich in der Wohnung der Eltern und sahen uns im Fernsehen Reportagen seiner Schwägerin an, die etwa für »Panorama« Filme über die Ausbeutung von Frauen am Fließband machte.

Der junge Röhl war ein guter Schreiber, so wie auch andere Mitarbeiter, die ich nicht nur in unserer Schule rekrutierte. Darunter etwa Henryk M. Broder, den ich auf einer Reise der »Jungen Presse« kennengelernt hatte. Ich selbst fungierte als »Herausgeber«, managte das Blatt, machte das Layout und die Titel und sorgte für die Finanzierung durch Anzeigen.

Auf einer Schülerzeitungsreise nach Paris lernte ich einen außerordentlich begabten jungen Dichter namens Rolf Heuer kennen, den ich in stundenlangen Gesprächen davon überzeugte, dass es besser sei, Reportagen zu schreiben – natürlich für unsere Zeitung. Schon die erste Geschichte, die er auf unserer Reise recherchiert hatte, sorgte für große Aufmerksamkeit. Es ging um »Gammler«, die ersten Vorläufer der Hippie-Bewegung. Sein Text trug den Titel »Paris von unten«, und Wolfgang Röhls älterer Bruder, der Herausgeber von »konkret«, wurde auf den Autor und unsere Zeitung aufmerksam.

Röhl schrieb einen Wettbewerb für junge Autoren aus, die über ihre Schule schreiben sollten. Erwartungsgemäß gewann Rolf, der auf meinen Vorschlag hin seinen langweiligen Vornamen in Rolv änderte. Auch wir druckten den sprachlich großartigen Text ab, von dem viele »konkret«-Leser nicht glauben wollten, dass er von einem 19-jährigen Gymnasiasten stammte. Sie tippten

auf den Dichter Peter Rühmkorf als tatsächlichen Urheber des Textes.

Kaum hatte Rolv Heuer Abitur gemacht, stellte Röhl ihn als festen Autor an, der von da an jeden Monat für »konkret« eine große Reportage schrieb – von den Beatles in Liverpool bis zu Analysen von Zeitungen und Zeitschriften. Rolv Heuer war das größte Talent, das mir jemals begegnet ist. Ich besuchte ihn damals gelegentlich in der Redaktion von »konkret«, und kurz vor meinem Abitur im Frühjahr 1966 heuerte auch ich dort an.

Dass es sich um ein linkes Magazin handelte, störte mich nicht, auch wenn ich bei weitem nicht so links war wie der Herausgeber oder gar dessen Kolumnistin Ulrike Meinhof. Eigentlich hatte ich Betriebswirtschaft studieren wollen, aber über mehr als vier Besuche in der Universität kam ich nicht hinaus: einmal zum Einschreiben, einmal zum Belegen, einmal zur Vorlesung über »Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals« und einmal zum Sommerfest. In der »konkret«-Redaktion war es einfach spannender, denn es formierte sich erst langsam, dann immer hektischer die Studentenbewegung. Und ich war ganz nahe dran.

Als ich wenige Tage nach dem Abitur bei »konkret« anfing, hatte die Redaktion neben der Sekretärin Johanna Pollitz nur einen einzigen festen Mitarbeiter, das war ich. Röhl brachte mir bei, wie man das Layout machte, sich Überschriften, Bildunterschriften und Vorspänne ausdachte. Ich holte Texte von Sebastian Haffner ab, redigierte und kürzte die Geschichten von Autoren, die doppelt oder dreimal so alt und erfahren waren wie ich. Oft flog ich nach Berlin, lernte dort die Anführer der Studentenbewegung kennen, Rudi Dutschke, Christian Semler, Bahman Nirumand, lud Peter Schneider auf Redaktionskosten zum Essen ein, traf die Anwälte Otto Schily, Christian Ströbele und Horst Mahler.

Bei Demonstrationen lief ich am Rande mit – ich war ja Reporter und kein politischer Aktivist. Ich hatte Sympathien für manche Anliegen der Außerparlamentarischen Opposition, ihr Eintreten für die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, die Kritik am Vietnamkrieg und an ehemaligen Nazis im Regierungsapparat und in Behörden etwa. Aber die Sympathien vieler studentischer Aktivisten für die kommunistischen Regime in Osteuropa konnte ich nicht nachvollziehen; die DDR war für mich vor allem ein sozialistischer Polizeistaat. Seine Bürger einzusperren war vollkommen indiskutabel – da halfen auch die Kinderkrippen nicht.

In Bezug auf die DDR hielt ich es mit den Worten meines ehemaligen Klassenlehrers aus Stade, der bei einer Schülerreise nach Berlin und einem

Abstecher nach Ostberlin gesagt hatte: »Sollen wir das Scheiß-Land doch endlich anerkennen.«

Meine politische Abstinenz war Ulrike Meinhof nicht verborgen geblieben, und sie meinte in manchen Redaktionsgesprächen ganz von oben herab: »Du bist einfach unpolitisch.« Das war die schlimmste Form der Verachtung, schlimmer noch, als von jemand als »rechts« bezeichnet zu werden. Nachdem Adenauer gestorben war, sagte sie bissig: »Jetzt ist dein Vorbild tot.« Das war übertrieben.

14.
Die Starautorin

Ulrike Meinhof schrieb ihre Kolumnen, hatte sich aber aus der redaktionellen Arbeit zurückgezogen. Sie veröffentlichte Reportagen im Rundfunk, machte weiter Fernsehbeiträge für »Panorama«. Ihre Themen fand sie vorwiegend im sozialen Bereich: Fürsorgeerziehung, Fließbandarbeit, Benachteiligung von Frauen am Arbeitsplatz. Das war verhältnismäßig neu im deutschen Nachkriegsjournalismus. Ulrike Meinhof wurde über den Rahmen von »konkret« hinaus als Autorin bekannt und geschätzt. Sie wurde zu Fernsehdiskussionen eingeladen, konnte beeindruckend auftreten und überzeugend argumentieren.

Auch zur Hamburger Gesellschaft, liberalen Verlegern, Journalisten, Kaufleuten und Rechtsanwälten, hatte Ulrike Meinhof jetzt Zugang.

»Es war die typische Rolle einer Starkolumnistin«, sagte Peter Rühmkorf später in einem Fernsehinterview, das ich mit ihm machte. »Sie war eine vielbewunderte, rhetorisch gewandte junge Frau, die ihre sehr zugespitzten, rigiden politischen Anschauungen in einem Gesellschaftskreis vortrug, der eigentlich mit so strikten Anschauungen gar nichts anfangen konnte. Sie war sicher ein Schoßkind der Gesellschaft. Sie war nicht nur toleriert, sie war nicht nur gern geduldet, sondern sie war viel eingeladen, und man schmückte sich mit ihr. Nicht als einem linken Feigenblatt, sondern als einem linken Teil innerhalb dieser pluralistischen Palette.

Einerseits war sie Teil dieser gehobenen, feinen Society, andererseits hatte sie Kontakt zu Fürsorgezöglingen, machte Berichte über Fließbandarbeit und lebte auf einmal wirklich in zwei Welten.«

Fürsorgeerziehung in geschlossenen Heimen wurde für Ulrike Meinhof so etwas wie das Muster der Unterdrückung. Heimatmosphäre hatte für sie einen sado-masochistischen Charakter. In einem Hörfunk-Feature sagte sie: »Sado-Masochismus bedeutet, dass das, was den einen quält, dem anderen Spaß macht, bedeutet aber auch, dass Gequältwerden Spaß macht, dass die, die quälen, auch gerne gequält werden, dass in den Gequälten das Bedürfnis entsteht, selbst zu quälen.«

In ihrer Beschreibung der Isolation im Fürsorgeheim nahm sie vorweg, was sie später einmal im Gefängnis selbst erleben sollte:

»Konsequent autoritäre Erziehung setzt insofern die Isolation der Zöglinge voraus. In dem Maße, in dem sie isoliert sind, sind sie auch wehrlos, das heißt beeinflussbar.

Die Mädchen in dem Heim, von dem diese Sendung handelt, sind radikal isoliert. Nicht nur gegenüber der Außenwelt, auch die Gruppen leben voneinander isoliert. So kann sich in dieser Isolation nicht nur der terroristische Charakter von autoritärer Erziehung entfalten, auch sein herausfordernder, sein anspornender.«

Es war der Grundgedanke, dass Repression am Ende zur Rebellion führen musste.

Zunächst deutete nichts darauf hin, dass Ulrike Meinhof das Doppelleben unangenehm war. Von ihrem beim Rundfunk verdienten Geld kaufte sie Anfang 1967 zusammen mit Klaus Rainer Röhl eine Jugendstilvilla im Hamburger Vorort Blankenese und richtete sie mit altdeutschen Möbeln und Antiquitäten ein. Im Sommer fuhr sie mit Mann und Kindern ins feine Kampen nach Sylt.

Ulrike Meinhof genoss diese neue Umgebung und fühlte sich gleichzeitig zur linken Studentenbewegung hingezogen. Immer häufiger fuhr sie jetzt nach Berlin.

Eines Tages fand Röhl Tagebuchnotizen und las: »Das Verhältnis zu Klaus, die Aufnahme ins Establishment, die Zusammenarbeit mit den Studenten – dreierlei, was lebensmäßig unvereinbar erscheint, zerrt an mir, reißt an mir.

Das Haus, die Partys, Kampen, das alles macht nur partiell Spaß, ist aber neben anderem meine Basis, subversives Element zu sein. Fernsehauftritte, Kontakte, Beachtung zu haben, gehört zu meinem Beruf als Journalistin und Sozialist, verschafft mir Gehör über Funk und Fernsehen über ›konkret‹ hinaus. Menschlichkeit ist sogar erfreulich, deckt aber nicht mein Bedürfnis nach Wärme, nach Solidarität, nach Gruppenzugehörigkeit. Die Rolle, die mir dort Einsicht verschaffte, entspricht meinem Wesen und meinen Bedürfnissen nur sehr partiell, weil sie meine Gesinnung als Kasperle-Gesinnung vereinnahmt, mich zwingend, Dinge lächelnd zu sagen, die mir, uns allen, bluternst sind: also grinsend, also maskenhaft.«

15.
Der Schock des 2. Juni

In diesem Frühling 1967 erwartete die Bundesrepublik Deutschland den Besuch des Schahs von Persien, Reza Pahlevi, und seiner Frau, der Schahbanu. Die Regenbogenpresse schwelgte in märchenhaften Geschichten über den Glanz des Pfauenthrons. Kaiserin Farah Diba schilderte in einem »persönlichen« Beitrag für die Illustrierte »Neue Revue« ihr Familienleben. In Berlin bereiteten sich die Studenten auf Demonstrationen gegen den iranischen Potentaten vor.

Ulrike Meinhof schrieb in »konkret« einen »Offenen Brief an Farah Diba«:

»Sie erzählen da: ›Der Sommer ist im Iran sehr heiß, und wie die meisten Perser reiste ich auch mit meiner Familie an die Persische Riviera am Kaspischen Meer.‹

Wie die meisten Perser – ist das nicht übertrieben? Die meisten Perser sind Bauern mit einem Jahreseinkommen von weniger als 100 Dollar. Und den meisten persischen Frauen stirbt jedes zweite Kind – 50 von 100 – vor Hunger, Armut und Krankheit. Und auch die Kinder, die im 14-stündigen Tagwerk Teppiche knüpfen, fahren auch – die meisten? – im Sommer an die Persische Riviera am Kaspischen Meer?

Sie schreiben: ›In diesem Punkt ist das iranische Grundgesetz sehr strikt. Der Schah von Persien muss einen Sohn haben.‹

Merkwürdig, dass dem Schah ansonsten die Verfassung so gleichgültig ist, dass keine unzensierte Zeile in Persien veröffentlicht werden darf, dass nicht mehr als drei Studenten auf dem Universitätsgelände von Teheran zusammenstehen dürfen, dass Mossadeghs Justizminister die Augen ausgerissen wurden, dass Gerichtsprozesse unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, dass die Folter zum Alltag der persischen Justiz gehört …

Wir wollen Sie nicht beleidigen: Wir wünschen aber auch nicht, dass die deutsche Öffentlichkeit durch Beiträge wie den Ihren in der Neuen Revue beleidigt wird.

Hochachtungsvoll Ulrike Meinhof«

Die Bundesregierung hatte für den Besuch des Schahs von Persien Sicherheitsvorkehrungen geschaffen, die an polizeistaatliche Praktiken erinnerten. Oppositionelle Perser waren ohne irgendeine Rechtsgrundlage in Vorbeugehaft genommen worden. Die Autobahnen, auf denen sich der kaiserliche Wagenkonvoi durch die Republik bewegte, wurden für normalen Autoverkehr gesperrt. Der Schah erlebte das Vergnügen, über eine völlig leere Autobahn zu fahren – während sich auf der gegenüberliegenden Fahrbahn der Verkehr bis zum Stillstand staute.

Am Morgen des 2. Juni flog Reza Pahlevi nach Berlin. Schahtreue Perser hatten die Erlaubnis erhalten, ihren Kaiser mit Fahnen und Jubelgeschrei am Flughafen zu begrüßen.

Die Außerparlamentarische Opposition hatte sich ebenfalls auf den Besuch vorbereitet. Mitglieder der Kommune 1 druckten Handzettel, die einem Steckbrief ähnelten. Unter dem Porträt des Schahs stand: »Gesucht wird Schah Mohammed Reza Pahlawi wegen Mord und Folterungen …« Danach eine »Beschreibung des Täters: ca. 1,70 m groß, ovale Gesichtsform, trägt Panzerweste unter dem Hemd, darüber Orden. Besondere Kennzeichen: Kaiserkrone, goldenes Telefon, 5000 Mann Leibwache, isst ausschließlich aus silbernem Geschirr, reist in Begleitung eines Giftprüfers. Er wurde zuletzt gesehen in Begleitung des Bundespräsidenten Heinrich Lübke. Wir weisen darauf hin, dass Personen, die dem Täter Asyl gewähren, sich der Beihilfe zu den genannten Verbrechen schuldig machen«. Am Ende hieß es unmissverständlich: »Wir bitten die Bevölkerung, alle Aktionen, die zur Unschädlichmachung des Täters führen, tatkräftig zu unterstützen.« Unterschrieben war das Papier von einer ominösen »Internationalen Befreiungsfront«.

Autor des Textes war der Germanistikstudent, SDS-Aktivist und angehende Schriftsteller Peter Schneider. Die satirische Aufforderung zu einem Attentat war durchaus nahe an der Wirklichkeit. 44 Jahre später offenbarte Bahman Nirumand, der mit seinem Buch über den Iran die studentischen Aktivitäten gegen den Schah maßgeblich befördert hatte, dass es tatsächlich Pläne für einen Anschlag am 2. Juni 1967 gegeben hatte. In seinen 2011 erschienenen Erinnerungen schrieb er, der Monarch habe durch ein ferngesteuertes, mit Sprengstoff beladenes Gefährt auf der Fahrt zum Charlottenburger Schloss umgebracht werden sollen. »Der Plan war ausgeklügelt«, schrieb er. »Es konnte eigentlich nichts mehr schiefgehen.«

Ein »hochbegabter Iraner« habe die fahrende Bombe konstruiert. Nirumand selbst sei absolut gegen den Anschlag gewesen und habe die Aktion gemeinsam mit Rudi Dutschke und seinen Freunden der oppositionellen iranischen Studentenorganisation CISNU verhindert. Es habe seinerzeit große Mühe gekostet, den iranischen Bombenbastler von seinem Vorhaben abzubringen.

Auch Peter Schneider hatte in seinen 2008 erschienenen Erinnerungen Andeutungen über ein geplantes Attentat auf den Schah gemacht. Warum es am Ende nicht durchgeführt worden sei, habe zwei Gründe gehabt: Einerseits habe man befürchtet, dass mit einem solchen Gewaltakt im Iran ein Militärputsch ausgelöst werden könnte und dass andererseits die Studentenbewegung in Deutschland in die Illegalität getrieben worden wäre.

Doch ganz stoppen konnten die SDS-Aktivisten ihren iranischen Genossen offenbar nicht, denn der machte auf eigene Faust weiter. Die Berliner Studentenführer bekamen davon nichts mit – ganz im Gegensatz zur Berliner Polizei. Am Abend des 1. Juni meldete sich ein Arbeitskollege des Iraners bei einer Dienststelle. Beide waren ausgerechnet bei der französischen Schutzmacht in Westberlin beschäftigt. Er teilte den Beamten mit, der Perser Alikai habe ihm gegenüber die Absicht geäußert, in seinen alten grauen VW eine Fernsteuerung und ein Tonband einzubauen, um diesen mit Sirenengeheul in die Wagenkolonne des Schahs hinein zu steuern. Er kannte auch die Buchstabengruppe B-LZ des Kennzeichens und den gegenwärtigen Abstellort des Wagens in Kreuzberg. Der Iraner habe allerdings kein Attentat auf den Schah vor, sondern wolle lediglich eine demonstrative aufsehenerregende Störung des Berlin-Besuchs erreichen. Die Aussage wurde protokolliert und telefonisch an die entsprechenden Dienststellen übermittelt. Der Iraner Alikai Nadar wurde jedoch weder überprüft noch festgenommen – trotz der umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen zum neuntägigen Staatsbesuch.

Gegen 14.30 Uhr fanden sich die Majestäten im Schöneberger Rathaus ein, um von dort aus der Berliner Bevölkerung zuzulächeln. Auf dem Platz vor dem Rathaus hatten sich Hunderte von Studenten zu einer Demonstration versammelt, zurückgehalten von rot-weiß gestreiften Eisengittern. Dahinter patrouillierten Polizeibeamte, verstärkt durch Schah-Anhänger, überwiegend Agenten des iranischen Geheimdienstes SAVAK. Sie waren mit langen Holzlatten ausgerüstet. Kaum regten sich aus der Menge der Demonstranten

Protestchöre, »Schah, Mörder«, »Mo-Mo-Mossadegh«, die an den vom Schah gestürzten Regierungschef erinnern sollten, kaum flogen ein paar Farbeier, zu kurz geworfen, um den Schah zu treffen, da schlugen die »Jubelperser« zu. Mit ihren Holzknüppeln prügelten sie wahllos und hemmungslos auf die Demonstranten ein. Blut floss, Studenten gingen zu Boden. Die deutsche Polizei sah teilnahmslos zu und machte keine Anstalten, die Knüppelei zu beenden.

Erst nach mehreren Minuten schritt die Staatsmacht ein – und schlug sich auf die Seite der Perser. Die iranischen Latten und Stahlruten wurden durch deutsche Gummiknüppel ergänzt. Die persischen Schläger wurden weder festgenommen, noch wurden ihre Personalien festgestellt.

Am Abend fuhren sie mit zwei Sonderbussen in der Kolonne der Ehrengäste zur Deutschen Oper, wo das Kaiserpaar einer Aufführung der »Zauberflöte« lauschen sollte. Wieder durften sich die zum Teil mit Pistolen und Ausweisen des Geheimdienstes ausgerüsteten »Jubelperser« vor der Absperrung formieren und sich später an der Jagd der Polizei auf Demonstranten beteiligen.

Um 19.56 Uhr war es so weit. Das Kaiserpaar rollte im Mercedes 600 vor das Opernportal. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite, gut dreißig Meter von den Staatsgästen entfernt, wurden wieder Sprechchöre laut: »Schah, Schah, Scharlatan«, »Mörder, Mörder«. Tomaten, Farbeier und Mehltüten zerplatzten auf der Fahrbahn, weit entfernt vom kaiserlichen Ziel. Vereinzelt flogen Steine. Unversehrt erreichten Schah und Schahbanu die Oper. Der Berliner Polizeipräsident Erich Duensing und sein Kommandeur der Schutzpolizei, Hans-Ulrich Werner, konnten ebenfalls die Aufführung besuchen. Sie hatten ihre Aufgabe erfüllt.

Langsam rückten die Demonstranten ab. Sie wollten sich auf die umliegenden Kneipen verteilen und sich gegen 22.00 Uhr, nach der Mozart-Aufführung, zur Verabschiedung des Schahs neu versammeln. Plötzlich fuhren Krankenwagen auf, vierzehn insgesamt. Die Polizeibeamten, die sich in einer Reihe vor den Demonstranten aufgebaut hatten, zogen die Knüppel. Einige Schaulustige versuchten, über die Absperrgitter zu entkommen, wurden aber zurückgetrieben.

Dann stürmte die Polizei. Ohne die gesetzlich vorgeschriebene Warnung prügelten die Beamten los.

Polizeichef Duensing erhob sich zu Ehren des Kaiserpaares von seinem Platz und lauschte der persischen Nationalhymne; er wusste, was sich in

diesen Minuten vor der Oper abspielte. Schon zuvor hatte er den Einsatzbefehl gegeben. Er nannte das Leberwursttaktik: »Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, dann müssen wir in die Mitte hineinstechen, damit sie an den Enden auseinanderplatzt.«

Es setzte die brutalste Knüppelei ein, die man bis dahin im Nachkriegsberlin erlebt hatte.

Blutüberströmt brachen viele Demonstranten zusammen. Eine junge Frau schlug unter den Hieben lang auf die Straße, wurde von Polizisten aus dem Getümmel getragen und fand ihr Foto am nächsten Tag in der Zeitung wieder, versehen mit der Unterzeile, tapfere Polizisten hätten sie aus dem Steinhagel entmenschter Demonstranten gerettet. Die Krankenwagen füllten sich in wenigen Minuten. Demonstranten rannten in panischer Angst davon – soweit sie von der Polizei nicht daran gehindert wurden.

Als Polizeipräsident Duensing die Oper verließ und wieder auf seinen »Gefechtsstand« zurückkehrte, konnte er die Schlussphase seiner Leberwursttaktik beobachten.

Es begann die Aktion »Füchse jagen«. Polizeitrupps rückten den flüchtenden Demonstranten nach. Kriminalbeamte in Zivil formierten sich zu Greiftrupps und überwältigten vermeintliche Rädelsführer. Sie reichten die Festgenommenen, vor allem jene, die durch Haar- und Barttracht aufgefallen waren, an ihre uniformierten Kollegen zur »Behandlung« weiter. Wieder mischten sich die »Jubelperser« unter die Beamten und griffen sich auf eigene Faust Demonstranten.

Im Dunkel der Nacht konnten die Studenten kaum noch ausmachen, wer Polizist, wer Zivilbeamter und wer Agent des persischen Geheimdienstes war.

Einer der Nichtuniformierten war der 39 Jahre alte Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras aus der Abteilung 1, Politische Polizei. Zusammen mit seinen Kollegen bildete er einen Greiftrupp. Gegen 20.30 Uhr hielten sich die Beamten in der Nähe des Grundstücks Krumme Straße 66/67 auf.

Auf der einen Seite stand eine Kette von Polizisten, ihnen gegenüber ein letzter Pulk von Demonstranten. Sie riefen »Mörder« und »Notstandsübung«. Steine flogen in Richtung der Polizisten.

Einer der Beamten meinte, einen Rädelsführer zu sehen: Er trug einen Schnurrbart, ein rotes Hemd und Sandalen ohne Socken. Der Kriminalbeamte stürzte auf ihn zu. Karl-Heinz Kurras folgte seinem Kollegen. Sie stellten den Verdächtigen und rissen ihn zu Boden. Uniformierte Beamte kamen ihnen zu

Hilfe. Demonstranten liefen dazu, umringten die Polizisten, es kam zum Handgemenge. Der niedergeworfene Student riss sich los, versuchte zu entkommen. Schutzpolizisten setzten nach, erreichten ihn, traktierten ihn mit Schlägen. Regungslos hing der Student in ihren Armen, sackte langsam zu Boden.

In diesem Augenblick war auch Karl-Heinz Kurras zur Stelle, in der Hand seine entsicherte Pistole vom Kaliber 7,65 Millimeter. Die Mündung war kaum einen halben Meter vom Kopf des Demonstranten entfernt, so jedenfalls erschien es Augenzeugen. Plötzlich löste sich ein Schuss. Die Kugel traf über dem rechten Ohr, drang in das Gehirn und zertrümmerte die Schädeldecke. Einer der Polizeibeamten hörte den Knall, drehte sich um und sah Kurras mit der Waffe in der Hand. »Bist du denn wahnsinnig, hier zu schießen?«, schrie er. Kurras antwortete: »Die ist mir losgegangen.«

Der Demonstrant wurde in das städtische Krankenhaus Moabit gebracht, die Wunde zugenäht und als Todesursache zunächst Schädelbruch diagnostiziert.

Rechtsanwalt Horst Mahler übernahm noch in der Nacht die Vertretung der Witwe des toten Studenten. Am Morgen war er bei der Obduktion dabei. Von einer über dem Operationstisch angebrachten Glaskuppel aus konnte er das Vorgehen der Mediziner verfolgen; über Mikrofon und Lautsprecher konnte er auch mithören, was im Operationssaal vor sich ging. Sehr frühzeitig geriet die Operation ins Stocken, als Professor Walter Krauland und sein Kollege eine Stelle an Ohnesorgs Hinterkopf bemerkten, die von einem Hautlappen nur notdürftig kaschiert war. Darunter entdeckten sie ein vier mal sechs Zentimeter großes Loch in der Schädeldecke. Sie informierten die Kriminalpolizei, doch trotz intensiver Suche, selbst in den Abfalltüten des Obduktionsraumes, blieb das fehlende Knochenstück verschwunden. Es tauchte nie wieder auf. Offenbar hatte man bei der Notoperation zuvor versucht, das Einschussloch im Schädel unkenntlich zu machen und sich danach bemüht, die dabei entstandene größere Öffnung zu verdecken. Die wahren Ursachen des Todes von Benno Ohnesorg kamen dennoch schnell ans Licht. Zu viele waren Zeugen des Schusses gewesen.

Gegen 12.30 Uhr verließ Rechtsanwalt Mahler den Saal und erklärte der Presse gegenüber, dass Ohnesorg erschossen worden sei. Noch heute bleibt er bei seiner Version: »Ich hab halt die Kugel in die Schale klicken hören, die da unter seiner Kopfschwarte steckengeblieben war. Also, es war klar: Das war ein Schuss.«

Es war ein Schuss.

Zwei Stunden zuvor, um 10.20 Uhr, war der Konvoi des Schahs vom »Hilton«-Hotel aus in Richtung Flughafen aufgebrochen. Wenige Minuten später, gegen 10.35 Uhr, startete in der Dudenstraße im Bezirk Tempelhof ein führerloses Auto zu einer seltsamen Irrfahrt. Der graue VW Käfer mit dem Kennzeichen B-LZ 328, der mit einer Fernsteuerung ausgerüstet war, setzte sich in Bewegung, drehte sich im Kreis, rammte einen parkenden Wagen und kam zum Stehen. Die Kolonne des Schahs hatte die entsprechende Stelle bereits passiert. Die Nachricht erreichte den Polizeipräsidenten Duensing, und der meldete sich sofort beim Regierenden Bürgermeister Albertz und erstattete Bericht: Wenige Augenblicke zuvor habe es um ein Haar auf dem Weg zum Flughafen Tempelhof ein Bombenattentat gegeben. Seinen Beamten sei es aber gelungen, den dafür vorgesehenen, mit Sprengstoff gefüllten Pkw zu stoppen.

Albertz schickte sofort seinen erst seit zwei Tagen im Amt befindlichen Chef der Senatskanzlei zum Tatort. Zehn Minuten später erreichte Horst Grabert die Zufahrtstraße zum Flughafen. Dort stand mit weit geöffneten Türen ein Volkswagen, auf der Rückbank Kisten mit aufgeklebten Schildern, die den Inhalt als Feuerwerkskörper deklarierten. Der anwesende Polizeioffizier warnte den Kanzlei-Chef davor, zu dicht an das Fahrzeug heranzutreten. Doch Grabert konnte weder Verbindungskabel noch eine Zündvorrichtung entdecken und dachte sich: Wenn einer eine Bombe durch die Stadt fährt, dann würde er die doch in den Kofferraum legen und nicht auf den Rücksitz. Er ging zum Wagen und holte eine Kiste heraus. Nichts geschah. Es waren Feuerwerkskörper. In seinen Memoiren schrieb er Jahre später: »Ich nahm ein Exemplar an mich, fuhr sofort zum Rathaus zurück, stellte das Ding auf den Schreibtisch des Regierenden Bürgermeisters und sagte, dass dies die Bombe des Herrn Polizeipräsidenten sei, der sich ›weitere Schritte‹ vorbehielt und das Rathaus eiligen Schrittes verließ.«

Noch am selben Tag, dem 3. Juni, meldete sich ein Mann bei der Agentur Associated Press und erklärte, er sei der Initiator der Aktion in der Dudenstraße und warte nur darauf, von der Polizei abgeholt zu werden.

»Bild am Sonntag« titelte am nächsten Tag: »Attentats-Versuch in Berlin – Ferngesteuerter VW sollte Schah-Auto rammen.« Der Wagen sei ein »Geschoss auf Rädern« gewesen. Das Attentat sei nur »durch einen Fehler im Zeitmechanismus« missglückt.

Einen Tag später hieß es bei »Bild« etwas weniger dramatisch: »Mein

Geisterauto sollte den Schah blamieren …«

Die Aussage stamme von einem 29 Jahre alten iranischen Ingenieur, der den Käfer entsprechend präpariert habe. Seine Absicht: »Ich wollte mein Staatsoberhaupt lächerlich machen.« Mit erkennbarem Stolz habe er sich seiner technischen Leistung gebrüstet: »Es war der reinste Computer unter der Motorhaube.« Bei den Proben habe das Lenksystem immer funktioniert. »Als die Kolonne des Schahs erschien, war ich aber doch zu aufgeregt.«

Zwei Tage später, am Abend des 7. Juni, wurde der Konstrukteur des Geisterautos im Lokal »Drugstore« am Kurfürstendamm festgenommen. Man identifizierte ihn als Alikai Nadar, geboren 1937 in Teheran, und er war vorbestraft. Verurteilt wurde er im November 1967 nicht etwa wegen eines geplanten Anschlages, sondern nur wegen eines »gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr« – zu einem Jahr Führerscheinentzug und einer achtmonatigen Freiheitsstrafe. Da er schon vier Monate in Untersuchungshaft gesessen hatte, wurde er noch im Gerichtssaal freigelassen.

Der Fall hatte gewisse Ähnlichkeiten mit dem eines Iraners, der im Mai 1967 Sprengstoffpakete von der Größe einer Zigarettenschachtel verschickt hatte. Ein iranischer Student war dafür festgenommen und vor Gericht gestellt worden. Im Prozess stellte sich heraus, dass der Geheimdienst des Schahs die Aktion vermutlich selbst inszeniert hatte, um die oppositionellen Iraner in der Bundesrepublik als Terroristen hinzustellen. Der Angeklagte kam mit einer milden Strafe davon.

Möglicherweise waren Bahman Nirumand und Rudi Dutschke mit ihrer Ablehnung des Attentats der »Sprengstoff-Falle« des iranischen Geheimdienstes SAVAK knapp entkommen.

Jetzt waren die Gewalttäter nicht die Berliner Studenten, sondern ein Berliner Polizist. Dabei waren die Berliner Krankenhäuser vor dem Schah-Besuch darauf vorbereitet, dass dem Monarchen etwas zustoßen könnte. Die diensthabende Oberschwester auf der Intensivstation des Moabiter Krankenhauses erinnerte sich 45 Jahre später: »Wir hatten alles freigehalten, sogar Blutkonserven mit seiner Blutgruppe standen bereit. Doch anstelle des Schahs kam dann Ohnesorg.«

Als er eingeliefert wurde, war Benno Ohnesorg bereits tot. Er wurde 26 Jahre alt, war Student der Romanistik, ein Pazifist und aktives Mitglied der evangelischen Studentengemeinde. Er hatte das erste Mal in seinem Leben an einer Demonstration teilgenommen.

Der Regierende Bürgermeister, Pastor Heinrich Albertz (SPD), erklärte

noch in der Nacht zum 3. Juni: »Die Geduld der Stadt ist am Ende. Die Demonstranten haben sich das traurige Verdienst erworben, nicht nur einen Gast der Bundesrepublik Deutschland in der deutschen Hauptstadt beschimpft und beleidigt zu haben, sondern auf ihr Konto gehen auch ein Toter und zahlreiche Verletzte …«

Der 2. Juni 1967 wurde zum historischen Datum, zum Wendepunkt im Denken und Fühlen vieler, nicht nur der Studenten. Heinrich Albertz, der später aufgrund der Juni-Ereignisse zurücktrat, erfuhr vom Tod des Studenten, als er noch in der Oper saß. »Ich saß steinern neben einer steinernen Farah Diba«, schrieb er in seinen Memoiren. »Ich habe nie in meinem Leben so wenig von einer Oper gesehen und gehört. Ich glaube, es war Mozart.« Als der Regierende Bürgermeister zusammen mit den Staatsgästen die Oper verließ, waren keine Demonstranten mehr auf der Straße zu sehen. Albertz begleitete den Bundespräsidenten und den Schah zu ihren Wagen. Sein eigener stand auf dem Mittelstreifen, von der Polizei geschützt. »Ich fuhr nach Hause. Ja, ich fuhr nach Hause. Warum fuhr ich nach Hause? Warum nicht ins Polizeipräsidium – warum von dort nicht ins Krankenhaus, zu dem toten Studenten?«, fragte sich Albertz später immer wieder. Äußerlich war alles klar: Er war nicht Innensenator, er wusste noch nicht einmal verlässlich, ob ein Mensch und wer erschossen worden war. Er musste seine Frau heil nach Hause bringen. »Ich war todmüde, angeekelt von allem, was geschehen war. Aber ich werde die Schuld für dieses persönliche Versagen tragen müssen, bis ich vor meinem ewigen Richter stehe.«

Am nächsten Morgen musste Albertz den Schah zum Flugzeug bringen. Er fragte ihn, ob er von dem Toten gehört habe. »Ja, das sollte Sie nicht beeindrucken, das geschieht im Iran jeden Tag«, antwortete der Herrscher.

Geschlagen, verzweifelt und voller Hass trafen sich viele der Demonstranten noch in der Nacht im Berliner SDS-Zentrum am Kurfürstendamm. Erregt wurde hin und her diskutiert, wie man auf den Tod Benno Ohnesorgs reagieren könnte. Eine junge Frau, schlank, mit langen blonden Haaren, weinte hemmungslos und schrie: »Dieser faschistische Staat ist darauf aus, uns alle zu töten. Wir müssen Widerstand organisieren. Gewalt kann nur mit Gewalt beantwortet werden. Dies ist die Generation von Auschwitz – mit denen kann man nicht argumentieren!« Gudrun Ensslin sprach damit aus, was viele fühlten und dachten.

Niemand kam damals auf den Gedanken, dass der Westberliner

Polizeibeamte Karl-Heinz Kurras Agent des Ministeriums für Staatssicherheit in Ostberlin und dazu auch noch Mitglied der SED sein könnte. Das kam erst im Mai 2009, zweiundvierzig Jahre nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg, eher zufällig heraus.

Eine Mitarbeiterin der Stasi-Unterlagenbehörde stieß bei Recherchen auf eine 17-bändige Akte des Agenten IM »Otto Bohl«. Es war der Deckname von Karl-Heinz Kurras. Der Kriminalobermeister hatte von 1955 bis 1967 für die Stasi gearbeitet und Hunderte von brisanten Berichten aus dem Innenleben der Westberliner Polizei geliefert. Zeitweise war er mit Ermittlungen gegen Ost-Spione bei der West-Polizei befasst und konnte so jeweils rechtzeitig Alarm geben, wenn einem Agenten Enttarnung drohte.

Weder bei den Ermittlungen zum Tod Benno Ohnsorgs noch bei den zwei Gerichtsverfahren gegen Kurras kam jemals der Verdacht auf, der Polizeibeamte könnte für den Osten gearbeitet haben.

Kurras wurde wegen fahrlässiger Tötung angeklagt, eine Anklage wegen Mordes oder Totschlags wurde nicht zugelassen. Zum Tathergang sagte er, bei dem Versuch, einen skrupellosen Rädelsführer festzunehmen, sei er plötzlich von allen Seiten umringt worden. »Das ist ein Bulle, schlagt ihn tot«, habe er gehört. Dann sei er von zehn oder elf Personen brutal niedergeschlagen worden. »Ich wurde körperlich misshandelt, und ich bildete mir ein, dass ich nun genug gelitten hätte, und zog nun im Liegen meine Dienstpistole hervor.« All das ließ sich im Prozess nicht belegen. Im Laufe der Zeit gab Kurras mehrere unterschiedliche Versionen des Tathergangs an. In einem Interview im Juli 1967 sagte er: »Wenn ich gezielt geschossen hätte, wie es meine Pflicht gewesen wäre, wären mindestens 18 Mann tot gewesen.« Kurras wurde freigesprochen.

Im Oktober 1970 begann vor der 10. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin Moabit ein neuer Prozess gegen Kurras. Bei einer umfangreichen neuen Beweisaufnahme in dem Revisionsverfahren würdigte das Gericht auch bis dahin ungenutztes Beweismaterial und stellte fest: Es könne keine Bedrohungssituation durch mit Messern bewaffnete Demonstranten für Kurras gegeben haben. Die Richter fanden aber auch keine Anhaltspunkte für eine vorsätzliche Tötung Benno Ohnesorgs. Trotz fortbestehender Zweifel an seiner Darstellung wurde Kurras erneut freigesprochen. Der Vorsitzende Richter erklärte ihm zum Abschluss des Verfahrens: »Menschliches Fehlverhalten oder moralische Schuld? Das haben Sie mit sich selbst und dem Herrgott auszumachen und die Last selber

zu tragen. Ihnen eine strafrechtliche Schuld nachzuweisen, waren wir nicht in der Lage.«

Wenn damals klargewesen wäre, dass Kurras als Agent für den Osten arbeitete, wäre der Prozess wahrscheinlich anders verlaufen. Vielleicht hätte sich die Geschichte der Studentenbewegung auch anders entwickelt, vielleicht wären manche den Weg vom Protest zum Widerstand, von der Gewalt auf der Straße zum Terrorismus nicht mitgegangen.

Die spätere terroristische »Bewegung 2. Juni« wollte durch die Namenswahl demonstrieren, dass sie mit ihren Aktionen nur auf den staatlichen Terror reagierte. In jedem Bekennerschreiben sollte immer wieder an den »Mord an Benno Ohnesorg« erinnert werden.

Ralf Reinders, Mitgründer der »Bewegung 2. Juni« und einer der Entführer des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz, sagte später über seinen Weg in die Gewalt: »Die eigentliche Politisierung kam erst mit der Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967. Nach all den Prügeln und Schlägen hatten wir das Gefühl, dass die Bullen auf uns alle geschossen haben. Gegen Prügel konntest du dich ja ein stückweit wehren. Aber dass einfach jemand abgeknallt wird, ging ein Stück weiter. Ich kenne viele, die an diesem Tag einen Knacks gekriegt haben.«

Der »Knacks« prägte eine ganze Generation.

Die Militanz der studentischen Protestbewegung, die später in Gewalt und Terror umschlug, nahm an diesem Tag ihren Ausgang. Der 2. Juni war ein Meilenstein auf dem Weg in den Terror.

In der Stasi-Akte fand sich kein Hinweis darauf, dass Kurras im dienstlichen Auftrag des MfS handelte, als er auf den harmlosen Studenten schoss.

Kurras war ein treuer Anhänger der DDR, aus seinen Berichten wurde deutlich, dass er eifrig, gehorsam und skrupellos seinen Spitzeldiensten im Auftrag Ostberlins nachgegangen war. Er galt als Waffenfreak, bekam von seinen östlichen Auftraggebern sogar das Geld für eine zusätzliche Pistole. Er vertrieb sich die Zeit auf Schießplätzen, war ein versierter Pistolenschütze, der aufgrund seiner Treffsicherheit auf internen Wettbewerben immer wieder weit vorn lag.

War er der autoritäre Zwangscharakter, der, ganz gleich in wessen Sold, auf die Jagd ging, nach Wild oder nach aufrührerischen Studenten, der einfach Lust zum Schießen hatte – ganz gleich worauf? Oder gab es bei seinen Ostberliner Auftraggebern ein Interesse daran, die

Auseinandersetzungen in Westberlin anzufachen und die Studenten durch spektakuläre Aktionen richtig auf die Barrikaden zu treiben und ihnen einen weiteren Anlass für »Gegengewalt« zu liefern?

Die Akten geben das nicht her. In einem Bericht der »Verwaltung für Staatssicherheit«, der sich in der Akte Kurras befindet, wurde sein Weg nachgezeichnet. Die Tat sei »schwer zu verstehen«, heißt es darin, weil es sich »doch um ein Verbrechen« handele. Vielleicht habe »die Beeinflussung durch die faschistische Ideologie« eine Rolle gespielt. Schon im Kindesalter habe Kurras, dessen Vater Gendarm war, Uniform getragen und sei mit Waffen in Berührung gekommen, von denen er sich auch nach dem Kriege nicht habe trennen wollen. Dafür hätten ihn die »sowjetischen Freunde« für ein paar Jahre eingesperrt. Aber ein solcher Mann passte offenbar genau in das Anforderungsprofil der Westberliner Polizei – und der Stasi.

Wie perfekt der Todesschuss in die Propagandastrategie der DDR passte, wurde aus der Kommentierung in den Parteizeitungen deutlich. Das »Neue Deutschland« schrieb unter der Überschrift »Notstandsmord!«: »So weit ist es schon. Westberliner Polizei geht gegen demonstrierende Studenten, junge Mädchen und Schaulustige mit unglaublicher Brutalität vor. Sie streckt einen 26-jährigen Kommilitonen durch einen Kopfschuss nieder. Wenn Polizisten nicht davor zurückschrecken, Bürger zu erschießen, auf Gestürzten herumzutrampeln, muss man fragen, wer sie dazu aufgeputscht hat. Der ermordete Student in Westberlin ist ein Fanal für alle Notstandsgegner.«

Und die »Junge Welt«, Zentralorgan der FDJ (Freie Deutsche Jugend), sekundierte am 6. Juni 1967: »Ermordet von der deutschen Bourgeoisie. Heute heißt es Notstandspolitik. Der Mord an Benno Ohnesorg, die brutale Niederknüppelung und Verhaftung zahlreicher Studenten in Westberlin ist die Probe der Gewalt, die von der Kapitalistenklasse für die brutale Anwendung der kommenden Notstandsdiktatur gewünscht wird.«

Der Trauerkonvoi von Berlin zur Beisetzung des erschossenen Studenten in Hannover verlief über das Territorium der DDR. Den Trauergästen wurde die Transitgebühr erlassen. Ob geplant oder nicht geplant: Die Erschießung des Studenten passte ins politische Konzept.

Am Tage nach dem Tod Benno Ohnesorgs unternahm eine Gruppe von acht Studenten und Studentinnen – darunter Gudrun Ensslin – auf dem Kurfürstendamm eine Protestaktion, obwohl ein generelles Demonstrationsverbot verhängt war.

Peter Homann, der in Hamburg Kunst studierte und 1962 nach Berlin

gezogen war, hatte eine Idee, wie das Verbot, Transparente zu zeigen, unterlaufen werden konnte. Es wurden Großbuchstaben auf weiße T-Shirts gemalt. Jeder trug auf seinem Hemd einen Buchstaben. Nebeneinander stehend ergab dies den Namen des Regierenden Bürgermeisters: A – L – B – E – R – T – Z, dazu ein Ausrufezeichen. Auf ein Signal hin drehten sich einige um die eigene Achse oder tauschten die Position. Jetzt setzten sich die Buchstaben zu dem Wort A – B – T – R – E – T – E – N zusammen. Am Abend wurde die Aktion bundesweit im Fernsehen gezeigt: »Albertz abtreten!« Fotos erschienen in den Tageszeitungen. Gudrun Ensslin stand rechts außen, in Minirock und weißen Stiefeln.

Es war eine der ersten Begegnungen Homanns mit Gudrun Ensslin: »Sie war für mich zuallererst eine Pastorentochter. Sie machte zum Beispiel so Geschichten: Man musste einen Finger in die Bibel stecken, und dann fing sie an, aus dem Kapitel, was man aufgeschlagen hatte, eine Exegese zu machen.« Das war zwar schon zur Zeit der Studentenbewegung, »aber sie hatte diese Dinge immer noch drauf.«

16.
Gudrun Ensslins Hang zur Mythologie

Im September 1966 hatte Bernward Vesper, der Verlobte Gudrun Ensslins, das Angebot bekommen, als Lektor zum Luchterhand Verlag zu gehen. Aus Freude darüber, sagte Gudrun ihrem Vater, hätten sie ganz bewusst ein Kind gezeugt.

Zwei Monate vor der Geburt lehnte Gudrun es plötzlich ab, Bernward Vesper zu heiraten. »Der spinnt«, erklärte sie ihrem Vater. Helmut Ensslin hatte Verständnis dafür, auch er hatte Gudruns Verlobten als eine etwas ausgefallene Persönlichkeit kennengelernt: »Bernward war mal schroff, messerscharf, mal liebenswürdig, wie heiß und kalt von einem auf den anderen Moment.«

Für die Aufnahme in die Studienstiftung hatte Gudrun Ensslins Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer in seinem Gutachten geschrieben, ihre Urteile seien »von einer rücksichtslosen Offenheit und Unerbittlichkeit, dass mögliche Konflikte mit Autoritäten recht wahrscheinlich sind«. Die Diplompsychologin Annelise Fechter-Mahn schrieb als »Vorprüferin« der Studienstiftung, Fräulein Ensslin habe sich äußerlich eine »auffallend stilisierte ästhetische Prägung gegeben« und wirke nun »sehr bewusst, apart, mondän«. Dieser Stil verdecke die Lebendigkeit und Vielseitigkeit ihres Wesens. Man könne ein »gewisses Risiko nicht übersehen, das in den extravaganten Vorstellungen und Plänen Fräulein Ensslins liegt«. Es sei eine lohnende Aufgabe, weitere Kontrollen und Beratungen einzubauen.

Ein Mitglied des Auswahlausschusses schrieb: »Dass es sich um einen eigenwilligen, ja kapriziösen Menschen handelt, geht schon aus den Selbstzeugnissen und den Lichtbildern hervor.« Fräulein Ensslin habe sich zu einer »überschlanken, aparten, fast hypermodernen Erscheinung stilisiert« und bei ihrem zweiten Besuch ihre »Maske« so übertrieben hergerichtet, als sollte sie auf einer Bühne erscheinen.

Gudrun wurde in die Studienstiftung des Deutschen Volkes aufgenommen, widmete sich ihrem Studium aber nur mit halber Kraft. Im Sommersemester 1961 fand sie eine Wohnung in einem ehemaligen Laden, »dessen Kunden

aus dem Osten der Stadt über Nacht ausgeblieben waren«. Sie schrubbte, malte, hämmerte, sägte und ersteigerte auf Auktionen für wenig Geld Tisch, Stuhl, Bett und Bücherregal, wie sie in ihrem Semesterbericht schrieb. »Ich laufe durch Kreuzbergs, Moabits, Schönebergs Straßen; sah Elend und Euphorie, grenzenlose Gleichgültigkeit und fanatischen Einsatz, Verzweiflung und Hoffnung – Millionen sahen es vor mir, und doch waren es meine Augen, hinter denen sich die Bilder sammelten, war es meine Stirn, die oft müde wurde.«

Als Thema für ihre Doktorarbeit hatte Gudrun Ensslin sich den Hamburger Schriftsteller und Orgelbauer Hanns Henny Jahnn ausgesucht, der zu Lebzeiten und auch später wegen seiner drastischen literarischen Darstellungen von Sexualität und Gewalt umstritten war. Für ihn war der Mensch ein »Schöpfungsfehler«, dessen Grausamkeit und Destruktivität er immer wieder in seinen Werken beschrieb. Er hing dem Gedanken einer antichristlichen Schöpfungsmythologie an, beeinflusst vom altbabylonischen Gilgamesch-Epos.

Vorchristlich mythologisches Gedankengut war der evangelischen Pastorenfamilie Ensslin durchaus nicht fremd. So sagte Gudruns Mutter am Rande der Trauerfeier nach den Selbstmorden in Stammheim, sie fühle sich schuldig, weil sie das Kind, was man als Christin nicht tue, schon der Sonne ausgesetzt habe, bevor es ein dreiviertel Jahr alt war: »Das darf man nicht tun, da kann der Teufel reinschlüpfen.«

»Der Jahnnsche Kosmos«, so schrieb Gudrun Ensslin in ihrem Semesterbericht, sei »nur durch eine dünne Haut getrennt vom Tode, vom Nichts, von der Nacht«. Sie habe sich auf den Weg zu Jahnns Werk begeben, sei aber oft voller Niedergeschlagenheit, weil das mühsam Zusammengetragene so leicht zu entgleiten drohe.

Jetzt stehe sie, fünfundzwanzig Jahre alt, an einem Ort, der durch Erlebnisse aus der periodisch katastrophenreichen Familiengeschichte unsicher gemacht werde. »Berlin ist die Stadt der Bundesrepublik, deren Klima am deutlichsten bestimmt wird von der realen politischen Situation.« Fünfzehn Monate habe sie sondiert, jetzt sei sie müde vom Sehen: »Der Weg durch die Stadt hat zu mir selbst geführt, denke ich, zur endlich disziplinierten Arbeit.«

Gudrun Ensslin blieb ein Sorgenkind der Stiftung, sie lieferte ihre Semesterberichte regelmäßig zu spät ab, sodass die Studienstiftung zeitweilig sogar die Zahlung der Stipendienrate aussetzte.

Am 13. Mai 1967 wurde ihr Sohn Felix geboren. »Ein wenig zu früh, also sehr klein und zart«, schrieb sie an die Studienstiftung. »Jetzt, nach sieben Monaten, ist er ein Riese, dick und stark, größer als Gleichaltrige und schwerer. Außer von Felix waren die Monate seit Juni völlig von den politischen Ereignissen an der Universität und in West-Berlin beansprucht.« Sie habe aktiv an zahlreichen Aktionen, deren Vorbereitung und Auswertung teilgenommen und fügte selbstbewusst hinzu: »Ich sollte das auch weiterhin tun.«

Während der politisch heißen Wochen und Monate vor und nach dem Schahbesuch war Andreas Baader nicht in Berlin. Er saß in Traunstein eine Jugendstrafe wegen Fahrens ohne Führerschein und Motorraddiebstahls ab. Im Sommer 1967 tauchte er plötzlich wieder auf.

Der Kreis, der das Buchstabenballett »Albertz! Abtreten« aufgeführt hatte, traf sich in der Wohnung Bernward Vespers, der damals noch mit Gudrun Ensslin zusammenlebte.

Es wurde Haschisch geraucht. Andreas Baader war an diesem Abend dabei und lernte Gudrun Ensslin kennen. Es war ihre erste Begegnung.

Man überlegte sich, welche Aktion für die nächste Zeit in Angriff genommen werden könnte. Jemand kam auf die Idee, ein riesiges Transparent mit der Aufschrift »Enteignet Springer« vom Turm der Gedächtniskirche herabzulassen, Schlag 12.00 Uhr mittags. Baader war das nicht genug, und er regte eine etwas revolutionärere Aktion an. Nach seinen Vorstellungen sollte gleich der ganze Turm der Gedächtniskirche gesprengt werden. Das wiederum erschien den anderen ein wenig zu radikal. Schließlich einigte man sich darauf, den Turm »symbolisch« zu sprengen, indem Rauchkerzen gezündet wurden. Die waren auch ziemlich einfach zu besorgen – ein gewisser Peter Urbach hatte schier unerschöpfliche Vorräte.

Baader lud seine Freundin Ello ein, pünktlich um 14.00 Uhr mit ihren Kindern zur Gedächtniskirche zu kommen. »Ich wollte das erst gar nicht«, sagte die Malerin. Aber aus Neugier schaute sie dann doch vorbei. Aus sicherer Entfernung beobachtete sie, wie es »aus dem Kirchturm dampfte«. Baader, so erinnerte sich später ein Mitglied der Kommune I, habe die Rauchbombe mit elektrischem Zünder und Zeituhr konstruiert. Bei der Aktion selbst habe Baader gemeinsam mit Gudrun Ensslin im Eingangsbereich Schmiere gestanden und ein Liebespaar gespielt. Es war ihre erste gemeinsame Aktion.

17.
Der Agent

Irgendwann Anfang der sechziger Jahre hatte sich ein junger Mann, von Beruf Klempner und Rohrleger, bei der DDR-eigenen Deutschen Reichsbahn beworben, die in Westberlin die S-Bahn betrieb. Sein Name war Peter Urbach.

Die meisten Reichsbahner im Westen waren Mitglied des Westberliner Ablegers der SED, der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW). Wer neu zur S-Bahn kam, musste sich auch um das rote Parteibuch bemühen.

Der Handwerker Peter Urbach wurde bei der S-Bahn und in die Partei der Arbeiterklasse aufgenommen. Wie alle anderen Kollegen und Genossen abonnierte er das Zentralorgan der Partei, »Die Wahrheit«. Das Blatt warb auf den S-Bahnsteigen und in den Zugabteilen mit der Losung »Schaff dir Klarheit, lies die Wahrheit!«. Doch Peter Urbach wollte noch anderen Klarheit verschaffen und ging ein weiteres Arbeitsverhältnis ein. Er berichtete regelmäßig dem Berliner Landesamt für Verfassungsschutz, was er über die Westberliner Kommunisten in Erfahrung bringen konnte.

Peter Urbach war Agent.

Er lebte unauffällig mit Frau und zwei Kindern in einer kleinbürgerlichen Mietwohnung. Mitte der sechziger Jahre kommandierte ihn sein Amt in die Studentenbewegung ab. Handwerkliche Fähigkeiten wurden überall gebraucht, im neugegründeten »Republikanischen Club«, in den renovierungsbedürftigen Wohnungen der Studenten und vor allem bei der »Kommune I« am Stuttgarter Platz. Peter Urbach war hilfsbereit und immer zur Stelle. Er reparierte sanitäre Anlagen und defekte Elektrogeräte, besorgte geklautes Baumaterial »zum Selbstkostenpreis«, bastelte und baute in vielen Wohnungen.

Nach seinen Erzählungen hatten Diebstahl und andere »schräge Dinger« zur Kündigung bei der S-Bahn und zum Ausschluss aus der SEW geführt.

Das kam an bei den antiautoritären Studenten, denn von der SEW wollte man damals noch weniger wissen als von den etablierten Rathausparteien. In einem Arbeitsgerichtsprozess gegen die S-Bahn wurde Urbach vom Anwalt

Horst Mahler vertreten. Von 1967 an arbeitete er ganztägig für das Landesamt für Verfassungsschutz: ständig auf Achse beim Ausspähen studentischer Selbstfindung und Selbstverwirklichung in der politischen Aktion.

Das Rüstzeug dafür hatte er stets bei sich: Haschisch und harte Drogen, Knallkörper und Rohrbomben, Schreckschusspistolen und großkalibrige Waffen. Er belieferte die Drogenszene, besorgte Materialien für die Aktionen der »Kommune I« und später für die entstehende Stadtguerilla.

Besonders enge und freundschaftliche Beziehungen verbanden Urbach mit der »Kommune I«, mit Rainer Langhans, Fritz Teufel und Dieter Kunzelmann. Er war auch dabei, als die Kommunarden das »Puddingattentat« vorbereiteten. Prompt flog der Plan auf.

Im Sommer 1967 bastelte Urbach einen Pappsarg, der anlässlich der Beerdigung des ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe von buntgewandeten Studenten provokativ unter die Trauergäste getragen wurde. Schulter an Schulter mit dem Verfassungsschutzagenten schleppte damals Andreas Baader den Sarg, in dem kostümiert Dieter Kunzelmann lag.

In dieser Zeit lernte auch der spätere Bombenleger Michael »Bommi« Baumann im Umfeld der »Kommune I« und der APO-Kneipe »Zum Schotten« Andreas Baader und Gudrun Ensslin kennen. Baader, so erinnerte sich Bommi, hatte immer einen »unheimlichen Vortrag drauf«. Er monologisierte stundenlang über seine vergangenen und seine zukünftigen Abenteuer, die alle irgendetwas mit »Terror machen« zu tun hatten. Spätabends kam es auch schon mal vor, dass Baader einem Betrunkenen auf die Toilette nachging und dessen Brieftasche »teichte«. Seine weitere Spezialität war Autodiebstahl. Die Studenten aus der APO-Szene fanden das zumeist gar nicht so übel, endlich einmal erwies sich einer als Tatmensch.

Schon als Baader in der Berliner Szene auftauchte, hieß es überall: »Das ist ein ganz Verrückter, der redet nur von Terrorismus.« Andere, die später im »Blues« durch Brandanschläge von sich reden machten, waren noch auf dem Drogentrip. »Baader dagegen war so ein Marlon-Brando-Typ«, beschrieb ihn Bommi Baumann. In den Kneipen provozierte er gern irgendwelche Leute, ließ es auch auf Schlägereien ankommen, aber die meisten Studenten kniffen, bevor es richtig ernst wurde. Das verlieh Baader eine gewisse Autorität.

Andreas Baader stilisierte sich gern nach Vorbildern aus dem Kino und der Literatur. Eines seiner Lieblingsbücher damals war Thomas Wolfes »Es führt

kein Weg zurück«. Darin heißt es über einen Helden des Romans: »Vielleicht hatte Rumford Bland im Finstern nach dem Leben gesucht, nicht weil etwas Böses in ihm war (obwohl er bestimmt Böses in sich hatte), sondern des Guten wegen, das in ihm noch nicht erstorben war. Irgendetwas in diesem Menschen hatte sich immer gegen die Langeweile des Provinzlebens aufgelehnt, gegen Vorurteil und Misstrauen, gegen Selbstgefälligkeit, Sterilität und Freudlosigkeit. Er hatte in der Nacht etwas Besseres zu finden gehofft: Wärme und Kameradschaft, ein dunkles Geheimnis, die prickelnde Erregung des Abenteuers, die Sensation, gejagt, verfolgt und vielleicht auch gefangen zu werden, die Erfüllung seiner Begierde.«

Andreas Baader war in Berlin und in seiner Phantasie in vielen Welten zu Hause. Er hatte jedoch, im Gegensatz zu den politisch vielleicht gebildeteren, aber, was Menschenkenntnis angeht, recht unbedarften Studenten, ein ausgeprägtes Gefühl für die Schwächen und Sentimentalitäten anderer. Mit seinem brutalen Charme verstand er es, Menschen gleichzeitig anzuziehen und einzuschüchtern und so Abhängigkeiten herzustellen.

Im Februar 1968 kam es zum endgültigen Bruch Gudruns mit Bernward. Mutter Ensslin schrieb einen bekümmerten Brief, in dem sie Gudrun beschwor, nicht auch noch zum Problemfall in der Familie zu werden. Zwei ihrer Geschwister hatten eine psychiatrische Krankengeschichte hinter sich. Im März wandte sich Ilse Ensslin an Vesper, er solle mithelfen, dass etwas »Aufbauendes geschieht«, Gudrun habe »schwere innere Verletzungen, seelisch und körperlich, erlitten, die eines langsamen Heilungsprozesses bedürfen«. Vesper antwortete, er hänge noch sehr an Gudrun, sie habe aber zu Andreas Baader eine »ähnliche Abhängigkeit« entwickelt, die »Gudrun wieder nicht gestattet, zu sich selbst zu kommen«. Er sehe in der »augenblicklich herrschenden Nervosität bei ihr die latente Gefahr psychischer Störungen« und kommt zu dem Schluss: »Es ist das Ungeregelte und Zwangslose an Andreas’ Leben, das sie anzieht, aber ich weiß nicht, wie weit sie … auf die Dauer dem gewachsen ist.«

18.
Die Brandstiftung oder: Es führt kein Weg zurück

Inzwischen hatte sich Baader, wie ein ehemaliges Kommunemitglied später sagte, zu einer »nicht unangenehmen Randfigur« der Szene gemausert. Anfang März 1968 begann vor dem Landgericht Moabit die Fortsetzung des im Juli 1967 unterbrochenen Prozesses gegen die Kommunarden Rainer Langhans und Fritz Teufel wegen ihres Flugblattes, mit dem sie angeblich zur Brandstiftung in Warenhäusern aufgerufen hätten.

Das Verfahren fand unter höchster Aufmerksamkeit der Medien statt, die nicht ohne Sympathie über die schrägen Kommunarden, die sich hier vor Gericht erklären sollten, schrieben. Vor allem Fritz Teufel, der im Gerichtssaal Seifenblasen steigen ließ, entzückte viele. Als der Richter ihn aufforderte, sich zu erheben, antwortete Teufel: »Wenn es der Wahrheitsfindung dient …« Der Satz wurde zum geflügelten Wort der sechziger Jahre.

Drei Tage nach Prozessbeginn, am 6. März, zündete im obersten Stockwerk des Kriminalgerichtes ein in eine Aktentasche verpackter Molotowcocktail. Er war mit Taschenlampenbatterien und Glühzünder ausgestattet, so wie einen Monat später Brandsätze in zwei Frankfurter Kaufhäusern. Es gab eine kurze Stichflamme, der Sachschaden war gering.

Schon im Frühherbst des vorangegangenen Jahres hatte der Kommunarde Ulrich Enzensberger in der Wohnung von Gudrun Ensslin und Andreas Baader in der Badenschen Straße auf einem Tisch Drähte, Isolierband und eine Kombizange gesehen, doch niemand schöpfte Verdacht, dass Baader den Molotowcocktail ins Gericht gelegt haben könnte.

Im Prozess hatte sich Langhans beim Richter erkundigt: »Darf ich fragen, wie Sie überhaupt zu der Auffassung kommen, dass das eine Aufforderung zur Brandstiftung sein soll?«

»Was soll das heißen?«, fragte der Richter.

»Das heißt, dass wir Leute, die sich zur Brandstiftung aufgefordert fühlen, nur für blöd halten können – und da hat sich das Gericht ja sehr hervorgetan.«

Lachen bei den Zuschauern.

Langhans erklärte, wie der Gedanke, das Flugblatt zu entwerfen, entstanden war: »An dem Morgen haben wir die Zeitung geholt, da waren die schrecklichen Bilder drin von dem Warenhausbrand in Brüssel. Großartige Bilder für den, der sie gemacht hat. Und dann kamen die Hinweise, es könnte Brandstiftung dahinterstecken. Und das war dann die Idee. Wir haben uns gefragt, wie man das konkretisieren könnte. Dazu haben wir das erst mal durchgespielt.«

»Durchgespielt?«, fragte der Richter. »Wie man ein Kaufhaus in Brand setzt?« Langhans kam ins Stottern: »Natürlich … natürlich nicht. Sondern wie man den Leuten klarmachen könnte, welche Zusammenhänge da bestehen. Wir haben das dann geschrieben und vervielfältigt.«

Der Richter stellte fest: »Geschrieben haben Sie: Dieses knisternde Vietnamgefühl, das wir in Berlin bislang noch vermissen mussten – das ist doch ein Wunsch?«

Langhans machte einen Rückzieher: »Ich weiß nicht, ob Sie das gemerkt haben, hier ist doch die Sprache der Werbung parodiert worden. Wir haben versucht, die Dinge in Form von Fiktionen zu schildern, in einer persiflierenden Sprache.«

»Wir Älteren haben noch brennende Häuser erlebt«, sagte der Richter.

»Sie haben es aber vergessen«, erwiderte der Kommunarde.

Der Beisitzer mischte sich ein: »Sie behaupten, die Flugblätter sind nicht ernst gemeint. Wollen Sie bitte sagen, wo der Scherz beginnt?«

Am 22. März 1968 wurden die Angeklagten Fritz Teufel und Rainer Langhans auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Zwar hätten die Angeklagten den objektiven Tatbestand der – erfolglosen – Aufforderung zu strafbaren Handlungen erfüllt, es sei ihnen aber nicht nachzuweisen, dass sie dieses auch gewollt hätten.

Das Flugblatt, mit dem die Kommunarden zur Warenhausbrandstiftung aufgerufen hatten, wurde als Satire gewertet. Es fand literarische und praktische Nachahmer.

Thorwald Proll, Sohn eines Architekten, Student in Berlin, schrieb ein Gedicht in sein Tagebuch, das später vom Frankfurter Gericht als Beleg für die »Vorstellungswelt des Angeklagten« zitiert wurde:

»Wann brennt das Brandenburger Tor?

Wann brennen die
Berliner Kaufhäuser
Wann brennen die Hamburger Speicher
Wann fällt der Bamberger Reiter
Wann pfeifen die
Ulmer Spatzen
auf dem letzten Loch
Wann röten sich die Münchner
Oktoberwiesen …«

Proll hatte sich mit Gudrun Ensslin und Andreas Baader angefreundet. In der Woche, in der Teufel und Langhans freigesprochen wurden, besuchten sie die »Kommune I« und kündigten den Schritt von der Theorie zur Praxis an.

Baaders Vorschlag, mit dem KaDeWe in der Tauentzienstraße zu beginnen, wurde sogar von Dieter Kunzelmann abgelehnt. Angeblich sagte er: »Wenn ihr das hier macht, gehe ich zur Polizei.« Auch Baaders Exfreundin Ello M. war strikt gegen eine Brandstiftung in Westberlin. So beschlossen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Thorwald Proll, nach Westdeutschland zu fahren, um in dortigen Kaufhäusern zu zündeln.

Sie fragten auch, ob irgendjemand mitmachen wolle. Keiner hatte Lust, bis auf Bommi Baumann. Ihm passte die Sache nur nicht in den Terminkalender.

Proll, Ensslin und Baader reisten also allein und fuhren zunächst nach München, um dort einen alten Freund Baaders zu besuchen, Horst Söhnlein, der damals das »Action-Theater« leitete. Zu viert setzten sie sich in einen geliehenen Volkswagen und fuhren Richtung Norden. Im Gepäck lagen mehrere Brandsätze, gebastelt aus Plastikflaschen und Benzin, Reisewecker plus Taschenlampenbatterie und Glühzünder, eingebettet in selbstgemischten Sprengstoff. Das Ganze umwickelt mit Tesafilm und Tesakrepp.

In Stuttgart-Bad Cannstatt machten sie kurz Station in Gudruns Elternhaus.

Am Dienstag, dem 2. April 1968, kamen sie gegen 5.30 Uhr in Frankfurt an. Müde machten sie sich auf die Suche nach einer Unterkunft.

Am Nachmittag bummelten sie gemeinsam durch das Stadtzentrum und besichtigten einige Kaufhäuser in der Nähe der Hauptgeschäftsstraße, der Zeil. Andreas Baader und Gudrun Ensslin fuhren im »Kaufhaus Schneider« mit der Rolltreppe zur Möbelabteilung in den dritten Stock, probierten ein paar Campingliegen aus, durchstreiften kurz die übrigen Etagen und

verließen das Kaufhaus wieder.

Kurz vor Ladenschluss, gegen 18.30 Uhr, kehrten sie zurück. Das »Kaufhaus Schneider« war fast leer. Die Rolltreppen waren schon abgestellt, und die beiden späten Kunden stürmten Hand in Hand die Treppen hinauf. Ihre abgewetzte studentische Kleidung fiel auf. Verwundert blickten ein paar Verkäuferinnen ihnen nach.

Die beiden hatten eine Tasche dabei. Als sie sich unbeobachtet fühlten, holten sie daraus einen Brandsatz hervor und legten ihn im ersten Stock, in der Abteilung für Damenoberbekleidung, auf eine Schrankwand.

Der zweite Brandsatz wurde in der Möbelabteilung auf einem altdeutschen Schrank deponiert. Die Zeitzünderuhren waren auf Mitternacht gestellt. Kurz bevor die Kaufhaustüren geschlossen wurden, verschwanden die beiden wieder auf der Straße.

An diesem Abend wurden auch im »Kaufhof« Brandsätze gelegt. Wer die Täter waren, konnte im späteren Prozess nicht eindeutig geklärt werden.

Kurz vor Mitternacht bemerkte der Inhaber eines Taxiunternehmens, der noch in seinem Büro saß, einen Feuerschein im dritten Stockwerk des »Kaufhauses Schneider« gegenüber. Er rief die Feuerwehr. Als die Löschfahrzeuge eingetroffen waren, brach im ersten Stock ein weiteres Feuer aus. Etwa zur gleichen Zeit rief eine Frau im Frankfurter Büro der Deutschen Presseagentur an und sagte: »Gleich brennt's bei Schneider und im Kaufhof. Es ist ein politischer Racheakt.«

Wenige Minuten nach dem Ausbruch des Feuers im »Kaufhaus Schneider« brannte es auch im »Kaufhof«. Ein Angestellter des Hauses war auf dem Weg zu einer auch nachts im vierten Stock arbeitenden Malerkolonne, als er hinter sich eine Explosion hörte. Er drehte sich um und sah in fünf bis zehn Metern Entfernung eine Flammenwand, die bis an die Decke reichte. Der Rauch trieb auf ihn zu, er hustete, ihm tränten die Augen, und er lief aus der brennenden Bettenabteilung. Inzwischen war auch in der Spielwarenabteilung Feuer ausgebrochen. Die Sprinkleranlage schaltete sich automatisch ein. Die Löschtruppen waren schnell da und brachten die Brände in kurzer Zeit unter Kontrolle. Menschen wurden nicht verletzt. Es entstand ein verhältnismäßig geringer Sachschaden – im Wesentlichen durch Löschwasser. Die Brandstellen wurden noch in der Nacht von Sachverständigen untersucht. Die Versicherung trug die Kosten: im »Kaufhaus Schneider« 282339 Mark, im »Kaufhof« 390865 Mark.

Andreas Baader und Gudrun Ensslin hatten im »Club Voltaire« die Sirenen

der Feuerwehr hören können. Sie eilten zur Brandstelle und reihten sich in die Gruppe der Schaulustigen ein. Dann gingen sie zurück in den »Club Voltaire« und blieben, bis das Lokal frühmorgens geschlossen wurde. Eine Bekannte nahm sie mit in ihre Wohnung.

Am Abend darauf trafen alle wieder im »Club Voltaire« zusammen. Die Frau hatte ihr Kind mitgebracht, und zu später Stunde boten ihr Baader und seine Freunde gutgelaunt an, das Kind nach Hause zu bringen, damit die Mutter noch etwas im Club bleiben könne.

Gegen ein Uhr nachts ging sie zusammen mit ihrem Freund nach Hause. Die Besucher schliefen schon auf ihrem Matratzenlager im Wohnzimmer. So schlüpfte das Pärchen zum Kind ins Bett. Dem Freund behagte der fremde Besuch nicht. Ihr merkwürdig aufgekratztes Verhalten, ihre Andeutungen und die Kaufhausbrände machten ihn misstrauisch. Im Bett fragte er seine Freundin: »Glaubst du, dass die das waren?« – »Sei ruhig und rede nicht darüber«, antwortete sie. Morgens verließen die beiden die Wohnung. Sie hofften, dass die Besucher am Abend verschwunden sein würden.

Kurz vor 10.00 Uhr vormittags erhielt die Frankfurter Polizei einen »konkreten Hinweis« auf die Brandstifter. Wenige Minuten später waren Baader, Ensslin und die beiden anderen in der Wohnung festgenommen. Sie und das Auto wurden durchsucht. In Gudrun Ensslins Handtasche fanden die Beamten eine Schraube, deren Duplikat an einer der Brandbomben gefunden worden war. Im Auto entdeckten die Fahnder Uhrenteile, den Glühkopf eines Batteriezünders, Reste des Klebebandes, mit dem die Bomben umhüllt waren, und sonstige zum Bau eines Sprengsatzes geeignete Materialien.

Kurz nach der Festnahme besorgte sich die Frankfurter Polizei einen Hausdurchsuchungsbefehl für Baaders und Ellos Berliner Wohnung in der Badenschen Straße. Am 5. April ließen sich zwei Berliner Beamte die Wohnung von der Hauseigentümerin aufschließen. Sie war in »verwahrlostem Zustand«, ausgestattet mit »wenig Mobiliar«, wie die Polizisten notierten. Ello kam die Treppe hoch. Als sie entdeckte, dass die ganze Wohnung voller Polizeibeamter war, verließ sie das Haus. Niemand hatte sie gesehen.

Am 10. April konnte die Polizei sie vernehmen. Ello sagte, sie habe keine Veranlassung mehr, irgendwelche Rücksichten auf »B.« zu nehmen, obwohl er der Vater ihres »außerehelich« geborenen Kindes sei. Sie habe Angst vor ihm, weil er »rücksichtslos gegen mich auftrat und mich auch schon einmal geschlagen hat«. Einen Satz in ihrer Aussage markierten die Beamten mit

einem dicken Balken: »Mein Eindruck war, dass Baader von Natur aus dazu neigte, Menschen zu beeinflussen und sie seinem Willen gefügig zu machen.«

Nach der Verhaftung bestritt Andreas Baader jegliche Beteiligung an den Brandanschlägen, die Übrigen verweigerten die Aussage. Sofort meldeten Zeitungen, die Festgenommenen seien Mitglieder des SDS gewesen, was nicht stimmte; sie hatten lediglich am Frankfurter SDS-Kongress teilgenommen.

Der SDS-Vorstand distanzierte sich von der Brandstiftung: »Der SDS ist zutiefst darüber bestürzt, dass es in der Bundesrepublik Deutschland Menschen gibt, die glauben, an den politischen und gesellschaftlichen Zuständen in diesem Land durch unbegründbare Terroraktionen ihrer Opposition Ausdruck verleihen zu können.«

Die »Kommune I« dagegen erklärte sich solidarisch: »Wir haben Verständnis für die psychische Situation, die Einzelne jetzt schon zu diesem Mittel greifen lässt.«

Im internen Kreis äußerten sich die Mitglieder der »K1« ein wenig kritischer über die Frankfurter Brandstifter: »Das ist doch nur ein psychisches Versagen, die Leute wollen eigentlich in den Knast. Das Problem ist nur noch psychologisch zu erklären. Es ist in dem Sinne nicht mehr politisch, weil sie sich auch so dilettantisch verhalten haben, dass sie gleich verhaftet worden sind.«

Gerade diese psychische Ausgangsbasis konnten aber viele nachvollziehen, die in der APO mitmachten, erlebt hatten, wie die Berliner Polizei bei Demonstrationen zuschlug, wie Springer-Zeitungen mit Schlagzeilen Stimmung gegen die Studenten machten, wie Benno Ohnesorg erschossen und der Todesschütze Kurras freigesprochen worden war. Bommi Baumann, Randfigur der »Kommune I«, schilderte das so: »Ob die da nun ein Kaufhaus angesteckt haben oder nicht, war mir im Augenblick scheißegal, einfach dass da mal Leute aus dem Rahmen ausgebrochen sind und so eine Sache gemacht haben, auch wenn sie es so angestellt haben, dass sie geschnappt worden sind. Die Brandstiftung ist natürlich auch eine Konkurrenzgeschichte. Wer die knallhärtesten Taten bringt, der gibt die Richtung an.«

Es wurde ernst. Wie ernst, zeigte sich eine Woche nach dem Brandanschlag, am Gründonnerstag 1968.

Ende März 1968 war der Berliner SDS-Führer Rudi Dutschke von der Jugendkommission der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) nach Prag eingeladen worden, um dort den »Prager Frühling« aus nächster Nähe zu besichtigen; der neue Generalsekretär der Kommunistischen Partei Alexander Dubček wollte einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« schaffen. Der weltweite Aufbruch hatte jetzt auch den Ostblock erreicht.

Dutschke und seine Frau Gretchen steckten den Sohn Hosea in eine Tragetasche und fuhren nach Ostberlin, um den Zug nach Prag zu nehmen. Auf dem Bahnhof trafen sie Clemens Kuby, Sohn des bekannten Publizisten Erich Kuby.

In Prag angekommen, zogen sie gemeinsam in ein kleines Hotel.

Am nächsten Tag stieß ich selbst dazu. Ich wollte für »konkret« eine Geschichte über den »Prager Frühling« schreiben, da passte es gut, im Schlepptau des bekannten Studentenführers die Aktivisten der dortigen Revolution kennenzulernen. Bis dahin hatte ich Rudi Dutschke nur flüchtig bei verschiedenen Demonstrationen und Teach-ins in Berlin getroffen. »Während der Woche in Prag«, so schrieb Gretchen Dutschke später in ihren Erinnerungen, »waren wir unzertrennlich.« Das hatte auch seinen guten Grund, denn Clemens Kubys Vater hatte für die tschechoslowakischen Ausgaben seiner Bücher einige Honorare auf dem Konto liegen, die nicht aus dem Land herausgebracht werden durften. So gingen wir regelmäßig in das luxuriöseste Hotel Prags, das »Esplanade«, und bestellten, wie Gretchen schrieb, »ein mehrgängiges Luxusessen, das die halbe Nacht dauerte«.

Rudi Dutschke, so schrieb ich damals in »konkret« über die gemeinsame Reise, wollte feststellen, ob das, was sich in der ČSSR abspielte, »Demokratisierung war oder nur die Liberalisierung einer kommunistischen Diktatur, ob rote Palastrevolution oder antiautoritäre Massenbewegung, ob Veränderung auf dem Boden des Sozialismus oder Rückkehr zum bürgerlich-liberalen kapitalistischen System«.

Eine Woche lang diskutierte er mit Studenten und Journalisten, mit marxistischen Theoretikern und liberalen Pragmatikern. Ein Ohr am Telefon nach Frankfurt, wo zur selben Zeit der SDS tagte, in Sorge um »die Bewegung«, erläuterte er Studenten die Ziele der Außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik.

Auf einer Diskussion in der philosophischen Fakultät der Karlsuniversität wurde Dutschke mit jenen Vertretern des neuen Kurses in der ČSSR konfrontiert, die fasziniert auf die wirtschaftlichen Errungenschaften des

kapitalistischen Westens starrten.

»Sprechen Sie als Prophet oder als Politiker?«, fragten Leute, denen man den Hang zur Utopie in 20 Jahren Stalinismus systematisch ausgetrieben hatte. Es wäre Dutschke ein Leichtes gewesen, seine rhetorische Überlegenheit ins Feld zu führen und die Skeptiker in Grund und Boden zu diskutieren. Doch es kam ihm nicht auf einen Schaukampf an. Er war bemüht, redliche Antworten zu geben, Missverständnisse auszuräumen, er übte offene Selbstkritik, gab Unsicherheiten zu. Er überzeugte durch undogmatisches Verhalten. Eine gemeinsame Basis wurde gefunden, Kontakte zwischen Prag und Berlin wurden geknüpft.

Mit uns in Prag war Elisabeth Käsemann, die Tochter eines bekannten Theologie-Professors in Tübingen, die knapp zehn Jahre später, 1977, in Argentinien von den Schergen der Militärjunta entführt, gefoltert und anschließend ermordet wurde.

Während wir die frische Luft des Prager Frühlings spürten, kamen aus den USA die Nachrichten, dass US-Verteidigungsminister Robert McNamara zurückgetreten war und Präsident Lyndon B. Johnson nicht wieder zur Wahl antreten wollte – und kurz darauf die Meldung, dass Martin Luther King in Memphis ermordet worden war.

In diesen Tagen erschien in Deutschland die neue Ausgabe des Wirtschaftsmagazins »Capital«, auf dem Titel ein Foto von Rudi Dutschke im eleganten grauen Mantel, mit rotem Halstuch und dem »Kapital« von Karl Marx unterm Arm. Das sorgte auf der außerordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt für reichlich Unmut. Rudi schrieb eine Erklärung an die »Revolutionären Genossinnen und Genossen«, in der er sich über die »Personalisierung der Bewegung« Gedanken machte: »So würde die antiautoritäre Bewegung identisch gesetzt mit Dutschke und personalisiert fast im totalen Sinne.« Deshalb werde er jetzt für einige Zeit aus der BRD weggehen, um im Ausland politisch zu arbeiten.

Nach einer guten Woche in Prag fuhren wir zurück, die Dutschkes nach Berlin, ich nach Hamburg, wo das nächste Heft von »konkret« fertiggestellt werden musste.

Kurz nach der Rückkehr schrieb Rudi Dutschke seine Eindrücke nieder. Der Text trug die Überschrift »Von der Liberalisierung zur Demokratisierung«. Er begann folgendermaßen: »Wir fuhren nach Prag mit Schuldgefühlen und etwas deprimiert darüber, dass führende Genossen innerhalb des antiautoritären Lagers zueinander wenig Zutrauen haben,

Ressentiments und Prestigefragen immer noch eine große Rolle spielen. Der sich im Kampf mit der herrschenden Klasse herausbildende neue Mensch hat neue Interessen, neue Bedürfnisse und auch neue Leiden, er definiert sich aber bestimmt nicht über die existierenden Massenmedien …«

Er kam nicht über zwei Schreibmaschinenseiten hinaus.

Der Redaktionsschluss rückte näher. So nahm ich das Flugzeug nach Berlin und traf mich mit Dutschke und unserem Prager Reisebegleiter Clemens Kuby in einem italienischen Restaurant. Als wir uns verabschiedeten, versprach Rudi, seinen Text zügig fertigzuschreiben – er müsse nur noch ins SDS-Zentrum am Kurfürstendamm fahren, um Unterlagen für den Artikel abzuholen.

Am nächsten Morgen, es war Gründonnerstag, der 11. April 1968, telefonierte ich noch einmal mit Rudi, und wir verabredeten uns für den kommenden Sonntag, um gemeinsam seine Prag-Geschichte zu redigieren.

Strahlender Sonnenschein lag über Berlin. Über 100000 Gäste hatten sich für die Ostertage angemeldet. Der Senat forderte über Rundfunk die Bevölkerung auf, Privatquartiere für Berlin-Besucher zur Verfügung zu stellen.

19.
Ein Attentat

Am 11. April 1968, morgens um 9.10 Uhr, kam der 24-jährige Anstreicher Josef Bachmann mit dem Interzonenzug aus München auf dem Westberliner Bahnhof Zoo an. Er hatte ein blasses Gesicht, kurzgeschnittene, sorgfältig gescheitelte Haare, und unter der hellbraunen Wildlederjacke trug er im Schulterhalfter eine Pistole. In seiner blaugrünen Tasche hatte er Munition und eine zweite Waffe. Daneben steckte in einem braunen Pappumschlag ein Ausschnitt aus der rechtsradikalen »Deutschen Nationalzeitung«. Unter dem Datum des 22. März 1968 stand da zu lesen:

»Stoppt Dutschke jetzt!

Sonst gibt es Bürgerkrieg.

Die Forderung des Tages heißt: Stoppt die linksradikale Revolution jetzt! Deutschland wird sonst das Mekka der Unzufriedenen aus aller Welt.«

Unter der Schlagzeile waren fünf Fotos von Rudi Dutschke zu sehen, aufgereiht wie Fahndungsbilder.

Josef Bachmann verließ den Bahnhof, versetzte in einem Geschäft für An- und Verkauf sein mitgebrachtes Kofferradio, erhielt dafür 32 Mark, kaufte sich Schrippen und Wurst und setzte sich zum Frühstück auf eine Bank.

Dann ging er zum Einwohnermeldeamt und erhielt dort die Auskunft, Dutschke sei in Berlin 31, Kurfürstendamm 140, gemeldet. Es war die Adresse des SDS-Zentrums. Mit dem Autobus fuhr Bachmann zurück zum Bahnhof Zoologischer Garten, aß dort einen Teller Linsensuppe, danach noch zwei Buletten und machte sich zu Fuß auf den Weg.

Etwa zur selben Zeit unterbrach Rudi Dutschke die Arbeit an seinem Artikel für »konkret«, schwang sich auf sein rostrotes Fahrrad und fuhr in die Innenstadt zum SDS-Zentrum, um, wie verabredet, das Material für den Artikel zu holen. Er parkte sein Fahrrad am Kantstein und lief die zwei Treppen hinauf zum SDS-Zentrum.

»Rudi, da hat eben jemand nach dir gefragt«, sagte ein SDS-Genosse, den er auf der Treppe traf. »Okay, soll unten warten«, antwortete Dutschke. Dann rannte er weiter nach oben, erledigte noch etwas, packte wohl auch die

Unterlagen für seinen Artikel ein und stieg nach einer halben Stunde wieder auf sein Fahrrad, um zu einer Apotheke zu fahren. Er wollte noch Nasentropfen für Hosea-Che, seinen zwölf Wochen alten Sohn, holen. »Ho-Che« war erkältet. Er schnappte sich sein Fahrrad und wollte in Richtung Gedächtniskirche fahren. Es war jetzt 16.30 Uhr.

Bachmann sah Rudi Dutschke aus dem Haus Kurfürstendamm 140 kommen. Er lief auf ihn zu, stellte sich vor ihn und fragte: »Sind Sie Rudi Dutschke?«

»Ja.«

»Du dreckiges Kommunistenschwein«, sagte Bachmann. Dann zog er seine Pistole.

Der erste Schuss traf Rudi Dutschke in die rechte Wange.

Ein paar Passanten drehten sich erstaunt um. Andere gingen weiter, weil sie den Schuss für die Fehlzündung eines Autos hielten. Der Unbekannte zog Dutschke vom Fahrrad. Erbittert wehrte der sich. Eng umklammert taumelten Attentäter und Opfer auf die Mitte der Fahrbahn zu. Obschon verletzt, gelang es Dutschke, den Attentäter auf den Boden zu werfen. Da schoss dieser noch zweimal. Einen Schuss in der Schulter, einen im Hinterkopf und einen im Gesicht, brach Dutschke zusammen. Blutüberströmt richtete er sich noch einmal auf und schwankte in Richtung Bürgersteig.

Der Geschäftsführer des gegenüberliegenden Hotels Thober hatte den Vorfall beobachtet. Erregt telefonierte er nach der Polizei, lief dann über die Straße auf den Verletzten zu.

Bachmann rannte weg, flüchtete sich ein paar hundert Meter weiter in den Keller eines Rohbaues.

Rudi Dutschke bewegte sich auf das SDS-Zentrum zu, rief laut nach Vater und Mutter und: »Ich muss zum Friseur, muss zum Friseur.« Nach einigen Metern brach er zusammen und sagte noch: »Soldaten, Soldaten.«

Josef Bachmann wurde nach wenigen Minuten von der Polizei festgenommen. In seinem Kellerversteck hatte er zwanzig Schlaftabletten geschluckt. Im Krankenhaus konnte er gerettet werden.

Währenddessen war ich nichtsahnend zum Flughafen Tempelhof unterwegs, um die nächste Pan-Am-Maschine nach Hamburg zu nehmen.

Als ich am Abflugschalter stand, dröhnte plötzlich mein Name durch den Lautsprecher: »Bitte sofort zur Information …« Dort reichte man mir einen Telefonhörer. Am anderen Ende der Leitung war Clemens Kuby: »Etwas Fürchterliches ist passiert. Jemand hat Rudi niedergeschossen. Er ist im

Krankenhaus. Wir wissen nicht, ob er noch lebt. Komm sofort zum SDS-Zentrum. Ich kümmere mich inzwischen um Gretchen.«

Ich nahm das nächste Taxi.

Am Kurfürstendamm 140 stand eine Menschenmenge, die aufgeregt diskutierte, Fernsehkameras liefen. Die Polizei sicherte Spuren. Auf dem Asphalt nahe am Bordstein zwei weiße Kreidekreise, in denen zwei Wildlederschuhe lagen, Dutschkes Schuhe. Daneben große dunkelrote Blutflecken.

Ich ging die Treppe zum SDS-Zentrum hinauf und stieß dort auf Ulrike Meinhof. Wir gingen in den großen Versammlungsraum. Dort saßen ein paar Dutzend ratlose Genossen, einige Mädchen weinten. Leise, aufgeregte Stimmen. Was tun? Jemand berichtete über eine Nachricht im Radio: Dutschke ist tot. Verzweiflung breitete sich auf den Gesichtern aus, alle waren wie gelähmt. Jemand rief im Albrecht-Achilles-Krankenhaus an, in das man den Verletzten gebracht hatte.

Inzwischen war es etwa 18.00 Uhr. Im Krankenhaus konnte man keine Auskunft über Dutschkes Zustand geben. Vor ein paar Minuten sei er im Krankenwagen weiter ins Westend-Krankenhaus gebracht worden, zur Gehirnchirurgie. Dort: Keine Auskunft.

APO-Genosse Christian Semler stand an der Fensterbank und kritzelte eine Presse-Information auf einen Zettel: Wenn auch der Täter noch nicht identifiziert sei, so stehe doch fest, dass der Hauptschuldige für diesen Mordanschlag Springer sei, denn dessen Zeitungen schafften erst die atmosphärischen Voraussetzungen für eine solche Tat.

Um 18.30 Uhr kam die Nachricht, dass Rudi Dutschke lebte, seine Chancen stünden 50 zu 50, die Atmosphäre entkrampfte sich. Die fertig formulierte Pressemitteilung wurde an alle Nachrichtenagenturen gegeben. Laufend klingelte das Telefon. Journalisten fragten an, Mitglieder der Außerparlamentarischen Opposition erkundigten sich nach Rudis Befinden. Ein Flugblatt wurde gedruckt.

Die führenden Genossen des Berliner SDS tagten in einem geschlossenen Raum, Ulrike Meinhof und ich gingen mit hinein. Dann wurden Aktionen diskutiert, wieder verworfen. Soll man auf die Straße gehen? Die Auslieferung der Springer-Zeitungen verhindern? Den gesamten Straßenverkehr in Berlin lahmlegen? Die Zufahrtsstraßen an der Grenze zu Westberlin blockieren? Auf keinen Fall, dann sei Bürgerkrieg! Das Rathaus

besetzen? Sollte man zum aktiven Widerstand aufrufen? Gar nichts tun?

Man beschloss als Erstes, um 19 Uhr eine Pressekonferenz im »Republikanischen Club« anzusetzen. Aber um 19 Uhr diskutierte man noch immer. Eine um 20.00 Uhr im Auditorium Maximum der Technischen Universität geplante Veranstaltung wurde »umfunktioniert« und zum Diskussionsforum über die nächsten Aktionen gemacht.

Clemens Kuby war inzwischen auf dem schnellsten Weg zu Gretchen Dutschke gefahren, die schon von einem Journalisten bruchstückhaft über die Geschehnisse unterrichtet worden war. Gemeinsam fuhren sie ins Krankenhaus; dort war das Gelände bereits von der Polizei umstellt. In einem kargen Wartesaal harrten sie der Nachricht über Leben und Tod. Kurz vor der Operation teilte ihnen der Oberarzt mit, es sehe hoffnungslos aus.

Eine halbe Stunde später kam dann die Nachricht, die erste Phase der Operation sei positiv verlaufen. Das Ärzteteam wurde gewechselt, die Operation ging weiter. Nach einer weiteren Dreiviertelstunde war auch die Kugel aus dem rechten Unterkiefer entfernt. Die Überlebenschancen verbesserten sich. Der Oberarzt kam und sagte Gretchen, sie solle jetzt nach Hause fahren, um das Kind zu stillen. Am nächsten Morgen um zehn Uhr könne sie wieder in die Klinik kommen. Clemens Kuby und Rudis chilenischer Freund Gaston Salvatore brachten Gretchen zu einer Freundin, wo sie sicher vor Journalisten war.

Ich verbrachte den Abend mit Ulrike Meinhof. Wir fuhren zur Technischen Universität, der Saal war überfüllt mit zweitausend ratlosen, bedrückten, verzweifelten Menschen. Einige weinten.

Mit Rudi Dutschke war eine Symbolfigur niedergeschossen worden, einer, den alle, über die verschiedenen Fraktionen hinweg, verehrt, geliebt hatten. Es war ein Anschlag auf sie selbst, auf alle, auf die gesamte außerparlamentarische Bewegung.

Jemand gab bekannt, dass Springers Pressehaus an der Mauer in diesen Minuten mit Stacheldraht abgesichert werde. Gelächter brandete auf.

Bernd Rabehl vom SDS ging ans Mikrofon: »Das Springer-Haus ist jetzt schon mit Stacheldraht umgeben. Springer erwartet also unseren Angriff. Was wird uns dort erwarten? Wir werden auf Polizeiketten stoßen. Die Polizei wird sich aber heute zurückhalten, weil sie ein sehr schlechtes Gewissen hat …«

Der Wortlaut aller Redebeiträge auf dieser Veranstaltung blieb erhalten; die

Berliner Sicherheitsbehörden schnitten jedes Wort auf Tonband mit und verwendeten es für Anklagen gegen die »Rädelsführer« der Springer-Demonstration. Weitere Einzelheiten erhielt die Staatsanwaltschaft später von einer ganzen Reihe Journalisten, die bereitwillig belastende Aussagen gegen Sprecher der Studenten machten.

Vor allem Rechtsanwalt Horst Mahler wurde bevorzugtes Ziel der staatsanwaltschaftlichen Aktivitäten. Obwohl er auf der Veranstaltung in der TU nicht gesprochen hatte und bei der Demonstration in der Kochstraße lediglich mitgelaufen war, ohne Steine zu werfen oder andere Gewalttaten zu verüben, wurde er später wegen schweren Aufruhrs in Tateinheit mit Landfriedensbruch und Hausfriedensbruch zu einer Gefängnisstrafe von zehn Monaten auf Bewährung verurteilt. Die Prozesskosten hatte er zu tragen.

Von der Technischen Universität aus bewegte sich der Demonstrationszug in Richtung Kochstraße. »Mörder! Springer – Mörder! Springer raus aus Westberlin! Bild hat mitgeschossen!«

Die Demonstranten hatten sich untergehakt, marschierten in breiter Front nebeneinander, trugen rote Fahnen und Fackeln.

Ulrike Meinhof und ich fuhren mit ihrem kleinen blauen R4 zur Kochstraße. Vierzig bis fünfzig Demonstranten hatten sich dort schon versammelt und warteten auf das Eintreffen des großen Zuges. Einzelne parkten ihre Autos so, dass sie die Ausfahrt der Zeitungslastwagen blockierten.

Die Studenten hatten die Parole ausgegeben: Heute darf keine Springer-Zeitung die Druckerei verlassen. Als wir an einem der Tore zum Verlagsgelände hielten, kam ein Student auf uns zu. »Wir brauchen noch Autos«, sagte er und zeigte auf das Straßenstück vor dem Portal. »Wenn wir eine Reihe von Wagen dicht an dicht nebeneinanderstellen, kommt hier kein Springer-Auto mehr durch.« Er drehte sich um und sprach andere Autobesitzer an. Ulrike blickte mich irritiert an: »Mein Auto? Mensch, das brauch ich doch. Nachher geht das kaputt.«

»Pass auf, ich hab eine Idee«, antwortete ich. »Stell das Auto da hinten hin, auf den Fußweg, ganz dicht an die Hauswand. Dann gehört es irgendwie zur Barrikade, aber es blockiert die Ausfahrt nicht direkt.«

Ulrike nickte. Sie stieg in den blauen R4, rumpelte über die Kante des Gehweges und parkte das Auto an der Wand. Sorgfältig schloss sie die Tür ab und kam wieder zu mir herüber. Gemeinsam beobachteten wir, wie die

Barrikade langsam geschlossen wurde. Immer mehr Fahrzeuge wurden nebeneinandergestellt. Die Polizeibeamten, die an der Torausfahrt Posten bezogen hatten, griffen nicht ein.

Diskutierend standen Studenten herum und wunderten sich, dass die Beamten seelenruhig dem Barrikadenbau zusahen. Plötzlich näherte sich von der Springer-Druckerei her ein Auslieferungsfahrzeug. Blitzschnell rannten die Polizisten nach vorn, packten zu zehnt jeweils einen der Blockadewagen, kippten ihn um, zerbeulten ihn mit Fußtritten und Schlagstockhieben und schoben ihn über Kopf beiseite. Als die Straße freigeräumt war, jagte das Springer-Auto durch die Lücke. Ulrikes Auto blieb unversehrt stehen.

Später erhielt auch sie eine Strafanzeige wegen Nötigung. Im Prozess erklärte Meinhof, dass ihr Wagen zwar falsch geparkt, nicht aber Teil der Barrikade gewesen sei. Ich bestätigte das als Zeuge, doch ihr Verteidiger begründete in einer flammenden Rede die Notwendigkeit der Blockade. Dennoch plädierte der Staatsanwalt auf Freispruch. Das Gericht schloss sich dem an.

Gegen 22.30 Uhr traf der Demonstrationszug in der Kochstraße ein. Das Verlagsgebäude war von starken Polizeikräften umringt. Die Demonstranten, inzwischen weit über tausend, drängten auf das Eingangsportal zu. Steine flogen, Glasscheiben splitterten. Ulrike Meinhof und ich standen weit hinten in der Menschenmenge. Pflastersteine wurden nach vorn durchgereicht. Ulrike und ich nahmen Steine in die Hand und gaben sie weiter.

Am Rande der Schlacht hatte ein Übertragungswagen des Rundfunks Stellung bezogen. Der Reporter berichtete live: »Wasserwerfer wurden eingesetzt, und ein Demonstrant versuchte, auf einen Wasserwerfer zu klettern. Es gelang ihm sogar, die Kanone des Wasserwerfers auf die Polizeigruppe zu lenken. Auch jetzt sind wieder Wasserwerfer im Einsatz. Die Situation hier ist, nachdem sie sich zunächst einmal beruhigt hatte, etwas unübersichtlich insofern geworden, als sich einige Gruppen zurückgezogen haben in die Nebenstraßen und dort offenbar auch den, wie ich glaube, teuflischen Plan ausgeheckt haben, hier etwas in Brand zu stecken, nämlich die Wagenhalle des Verlagshauses …«

Der »teuflische Plan«, von dem der Rundfunkreporter sprach, war nicht von den Anti-Springer-Demonstranten erdacht worden. Er stammte von ganz anderer, höherer Stelle.

An diesem 11. April 1968 hatte der Verfassungsschutzagent Peter Urbach

einen großen geflochtenen Weidenkorb dabei, vollgepackt mit zündfertigen Molotowcocktails. Er fand unter den Demonstranten bereitwillige Abnehmer für seine heiße Ware.

Wenig später brannten die Auslieferungsfahrzeuge des Springer-Verlages, angesteckt mit Peter Urbachs Molotowcocktails. Die Fotos der lodernden Lastwagen gingen als Beleg für die Gewalttätigkeit der Berliner Studenten durch die Zeitungen.

Ulrike Meinhof erklärte einen Tag später auf einem Teach-in im Audimax der Technischen Universität:

»Wirft man einen Stein, so ist das eine strafbare Handlung. Werden tausend Steine geworfen, ist das eine politische Aktion.

Zündet man ein Auto an, ist das eine strafbare Handlung, werden Hunderte Autos angezündet, ist das eine politische Aktion.«

Die politische Aktion an jenem Osterwochenende in München kostete zwei Menschen das Leben, den Pressefotografen Klaus Frings und den Studenten Rüdiger Schreck. Beide waren bei einer Straßenschlacht schwer verletzt worden und starben kurz darauf im Krankenhaus. Was und wer für ihren Tod verantwortlich war, konnte nie zweifelsfrei geklärt werden.

Auf einer Pressekonferenz in Berlin sagte Horst Mahler, wenn man Revolution mache, müsse man auch mit Opfern rechnen. Er verdeutlichte das mit einem Beispiel: »Wenn ich mich an das Steuer meines Wagens setze, muss ich damit rechnen, dass der Reifen mir platzen kann.«

Ulrike Meinhof überschrieb ihre Kolumne in »konkret« nach dem Dutschke-Attentat: »Vom Protest zum Widerstand«.

»Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht. Gegengewalt, wie sie in diesen Ostertagen praktiziert worden ist, ist nicht geeignet, Sympathien zu wecken, nicht, erschrockene Liberale auf die Seite der Außerparlamentarischen Opposition zu ziehen.« Und nachdenklich ergänzte sie: »Gegengewalt läuft Gefahr, zu Gewalt zu werden, wo die Brutalität der Polizei das Gesetz des Handelns bestimmt, wo ohnmächtige Wut überlegene Rationalität ablöst, wo der paramilitärische Einsatz der Polizei mit paramilitärischen Mitteln beantwortet wird …«

Wie Leitmotive begleiteten in diesen Monaten die Begriffe »Kampf« und »Gewalt« die Kolumnen von Ulrike Meinhof in »konkret«:

»Gegen-Gewalt« (Februar), »Der Kampf in den Metropolen« (März),

»Vom Protest zum Widerstand« (Mai), »Notstand-Klassenkampf« (Juni).

20.
Der Brandstifterprozess

Am 23. April 1968 besuchte Bernward Vesper seine ehemalige Verlobte Gudrun in der Haftanstalt Frankfurt-Preungesheim. Anschließend schrieb er an seine Mutter: »Gudrun bietet ein Bild des Jammers, sie ist alt geworden und sehr abgemagert, die Haare gehen ihr aus, und irgendwie löst sich ihr Verhältnis zur Welt auf.«

Andreas Baader beantwortete am 10. Mai einen Brief der »Kommune I« mit Gefängnisimpressionen: »Knast, trübe und schwierig, Triebverzicht auf jeden Fall, irgendetwas im Fraß, das ruhig und elegisch machen soll, mich trotzdem tanzen lässt wie eine Ratte.« Hoffnungsvoll ergänzte er: »Verhandlungen wahrscheinlich im Juli (wenn Bonn längst gefallen ist, lasst uns ein Stück der NATO übrig), sonst Depressionen und der ganze Dreck …«

Gudrun bestellte sich im Melzer Verlag die pornographische »Geschichte der O« mit dem Hinweis, sie habe das Buch »vor vielen Jahren versucht, auf Französisch« zu lesen, doch das sei zu mühselig gewesen. Baader schrieb an den Mittäter Thorwald Proll, offenbar über Gudrun: »Wie ich sage, die Alte darbt, wenn sie nicht fickt.«

Bernward Vesper schien sich mit Gudruns Psyche gut auszukennen. Er schrieb ihr: »Liebe, du musst deine Geschichte zu Ende machen; um frei zu werden. Du musst erst dahin kommen, dass nichts und niemand dir helfen kann (noch verlässt du dich innerlich, deshalb gehst du von einer Unfreiheit in die nächste).«

Vesper schickte ihr zum Geburtstag »28 irrsinnig schöne Rosen« und »Tonnen barbarisch guter Wurst«, wie Gudrun ihm in artigen Dankesworten schrieb. Eine Beamtin habe ihr gesagt: »So einen Mann finden Sie nie wieder.« Die Fotos ihres gemeinsamen Kindes hätten sie daran erinnert, wie lange das alles noch dauern würde: »O Gott! Ich darf alles, nur nicht verrückt werden, den langen Weg nicht aus den Augen lassen.«

Die Nachrichten überschlugen sich: 50000 Leute zur Maidemonstration in Berlin, Notstandsdemonstration in Bonn, Streiks und Institutsbesetzungen als

Protest gegen die Notstandspläne der Bonner Regierung an fast allen Hochschulen, SDS-Kongress in Frankfurt mit einer Rebellion der Frauen, Beate Klarsfelds Ohrfeigenaktion gegen Bundeskanzler Kiesinger, Demonstration in Frankfurt gegen die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den senegalesischen Präsidenten Senghor.

Während dieses aufrührerischen Sommers 1968 saßen die Frankfurter Kaufhausbrandstifter im Gefängnis.

Gudrun Ensslin hatte sich in der Untersuchungshaft verhältnismäßig gut in den Anstaltsbetrieb eingegliedert. Sie nahm an einem politisch-literarischen Arbeitskreis der Gefangenen teil, begegnete anfangs den Ressentiments der übrigen, aus der sozialen Unterschicht stammenden Mitgefangenen, konnte die Widerstände aber überwinden. Die Anstaltsleiterin von Preungesheim, Helga Einsele, fand, sie sei »ein eindrucksvoller Mensch, weil sie so absolut ist, notfalls mit dem Leben für ihre Überzeugung eintritt«.

Aus der Haft schrieb sie an ihren Anwalt Professor Ernst Heinitz in Berlin, den sie über seine Beratertätigkeit für die »Studienstiftung des deutschen Volkes« kennengelernt hatte:

»Sehr verehrter, lieber Herr Professor Heinitz, ich mag damit nicht warten, weil ich mich wirklich sehr darüber freue: Ihnen ganz herzlich für die herrlichen Schokoladen und die allerwichtigsten Zigaretten zu danken! Solche Dinge (aus dem Himbeerreich) versehen die Zelle und das heißt eben mich selbst mit einem Glanz, der unendlich wohltut – aber das wissen Sie.

Herzliche Grüße Ihre Gudrun Ensslin.«

In der Zwischenzeit war der bei dem Anschlag schwerverletzte Rudi Dutschke auf dem Weg zur Besserung.

Der Komponist Hans Werner Henze stellte ihm sein Anwesen in der Nähe von Rom zur Verfügung. Dort erhielt er Besuch von Bernward Vesper und Ulrike Meinhof. Vesper wollte in seiner »Voltaire Edition« einen Band »Briefe an Rudi D.« herausbringen. Dutschke notierte am 18. August in seinem Tagebuch: »Ulrike wollte schon Interview, war mit Vesper gekommen. Wie schwer war mir schon die Einleitung zu den Briefen gefallen.«

Auf der Reise versuchte Vesper, mit Ulrike Meinhof anzubändeln. Später schrieb er darüber: »Ich will nicht, dass du mich ins Bett quatschen musst, sagte Ulrike. Das Zimmer war blau. Beim ersten Zug war sie high. Später weinte sie. Über das Loch in ihrem Schädel spannte sich eine dünne Haut,

sagte Klaus Rainer Röhl …«

In Rom, an der Fontana di Trevi, blieben die beiden stehen. »Jetzt wirfst du mir vor, dass wir für Konkret Geld aus der DDR angenommen haben?«, fragte Ulrike Meinhof. »Nein«, sagte Vesper. Dann »saugten ihn die Straßen, die Kulissen« weg. »Ganz in der Ferne, auf jenem Platz, der aussieht wie eine Riesenvotze, in der der Obelisk eines Penis steht, blieb sie zurück«, schrieb er.

Es war der Platz, an dem ich mich, fast genau zwei Jahre später, mit Klaus Rainer Röhl verabredete, um ihm Ulrikes und seine Kinder, die entführten Zwillinge Regine und Bettina, zu übergegeben.

Am 14. Oktober 1968 begann der Prozess gegen die Kaufhausbrandstifter. Gudrun Ensslin trug eine weinrote Kunstlederjacke im Military-Look. Lachend umarmten die vier einander und warfen mit Bonbonpapier.

Neun Anwälte saßen auf der Verteidigerbank, unter ihnen Otto Schily, Horst Mahler und Professor Heinitz.

Die Angeklagten äußerten sich zunächst nicht zu ihrer Tat. »Gegen eine Klassenjustiz, in der die Rollen verteilt sind«, erklärten sie, »lohnt sich eine Verteidigung nicht.« Die politische Demonstration, die im Bekenntnis zur Brandstiftung lag, musste einstweilen hinter der Angst zurückstehen, für Jahre im Gefängnis zu landen.

Andreas Baader bat seine alte Freundin Ello um ein gutes Leumundszeugnis vor Gericht. Er schrieb ihr zwei Tage nach Prozessbeginn: »Weil es jetzt schließlich um sieben Jahre gehen soll oder vielleicht nur um drei (und du vielleicht willst, dass wir irgendwann wieder bummsen, streiten und lieben), ist wichtig, was die für ein Bild von mir haben, und weil ich nichts über mich sagen kann, wirst du es malen müssen.« Es müsse ein »Gesang dreckiger grüner Lügen« sein, etwa so: Soweit sie sich erinnern könne, sei er jemand, der niemals auf die Idee komme, ein Kaufhaus anzuzünden. Er sei immer nur für spielerische und nicht für gewaltsame Aktionen gewesen.

Dann versuchte er, Ello dazu zu bringen, frühere Aussagen über seinen gewalttätigen Charakter zurückzunehmen: »Katze – du sagst, dass ich dich einmal geschlagen habe, als ich besoffen war, dass sie es aus dir rausgepresst haben, dir in den Mund gelegt, genau wie die Idee, ich sei jemand, der anderen seinen Willen aufzwingt.«

Erst am dritten Prozesstag meldeten sich die Angeklagten zu Wort. Gudrun

Ensslin sagte: »Im Einverständnis mit Andreas Baader will ich etwas erklären: Er und ich haben es im »Kaufhaus Schneider« gemacht. Keiner der anderen war es.« Es sei nicht ihre Absicht gewesen, Menschen zu gefährden, sie hätten nur Sachen beschädigen wollen. »Wir taten es aus Protest gegen die Gleichgültigkeit, mit der die Menschen dem Völkermord in Vietnam zusehen.« Man solle ihr aber nicht mit der billigen Erklärung kommen, dass man in einer Demokratie den Protest laut äußern könne. »Wir haben gelernt, dass Reden ohne Handeln unrecht ist.« Zugleich räumte sie aber ein, die Aktion sei »ein Fehler und ein Irrtum« gewesen. »Darüber werde ich aber nicht mit Ihnen diskutieren, sondern mit anderen.«

Andreas Baader ergänzte: »Ich gebe zu, am 2. April nach Ladenschluss in einen altdeutschen Schrank im »Kaufhaus Schneider« eine Tüte gelegt zu haben, die eine Maschine enthielt. Sie sollte den Schrank zerstören, mehr nicht. Wir hatten nicht den Vorsatz, Menschen zu gefährden oder auch nur einen wirklichen Brand zu verursachen.« Die beiden anderen Angeklagten, Thorwald Proll und Horst Söhnlein, schwiegen.

Am vierten Tag sagte Gudrun Ensslins ehemaliger Verlobter Bernward Vesper als Zeuge aus. Er überreichte Gudrun rote Rosen und hielt danach ein einstündiges flammendes Plädoyer für die Angeklagte.

Kurz nach der Geburt des gemeinsamen Kindes habe Gudrun an einer Vietnamdemonstration teilgenommen. Ein Polizist habe gefragt, was sie sich dabei denke, zu Demonstrationen zu gehen, wenn sie ein Kind von sechs Wochen habe. »Gerade deshalb demonstriere ich, weil ich jetzt die Verantwortung für mein Kind habe«, antwortete Gudrun Ensslin.

»Ich habe manchmal gedacht«, sagte Vesper, »dass es für sie unmöglich war, diese inneren Widersprüche auszuhalten.« Gudruns Weg, so führte er vor Gericht aus, sei »eine deutliche, nachweisbare Kette von Frustration, die das sensible und zugleich willensstarke, ohnmächtige und zugleich Veränderung erstrebende Bewusstsein erfährt«. Schon im heimischen Pfarrhaus habe sie den Widerspruch zwischen religiöser Ideologie und der Praxis erfahren, der »sichtbar wurde, als ihr selbst der Ausbruch aus dem sexualitätsverneinenden, zu Passivität und Masochismus drängenden Elternhaus gelingt und sie das Liebesverbot durchbricht«. Durch die Auseinandersetzung mit der Kirchengemeinde und der Beschäftigung mit dem Dichter Hans Henny Jahnn sei ihr klar geworden, »dass in der Geschichte der Religion mehr Menschen ermordet wurden als in den KZ des Nazismus«.

Er setzte Vietnam mit Auschwitz gleich und kam zu dem Ergebnis: »Nicht das Verbrechen wird bekämpft, sondern derjenige, der es bewusst macht.« Am Ende war er bei der Psychopathologie des Protestes angelangt: »Jeder Psychoanalytiker kennt die Phase, in der ein Patient ihn attackiert, wenn er sich im Verlauf der Behandlung den entscheidenden Komplexen nähert. Das Gleiche geschieht mit denjenigen, die die kranke Gesellschaft zwingen, ihre eigene Krankheit einzugestehen. Sie verfallen der Verurteilung.«

Als Einzige der vier Angeklagten hatte sich Gudrun Ensslin bereit erklärt, mit einem vom Gericht bestimmten Gutachter zu sprechen, dem Frankfurter Psychiater und Gerichtsmediziner Reinhard Rethardt. Dreimal sprach er jeweils ein bis zwei Stunden mit Gudrun. Der Psychiater gewann den Eindruck, sie sei »von einer außerordentlich verbindlichen Freundlichkeit, aber innerlich starr, unabdingbar«.

Einmal sagte Gudrun Ensslin: »Wir wollen kein Blatt in der Kulturgeschichte sein.« Rethardt antwortete: »Das ist der Schrei des Menschen nach Ewigkeit.«

Der Psychiater kam zu dem Ergebnis: »Sie hatte eine heroische Ungeduld. Sie leidet unter dem Ungenügen unserer Existenz. Sie wollte nicht mehr warten. Sie wollte in die Tat umsetzen, was sie letztlich im Pfarrhaus gelernt hatte. Sie wollte den Nächsten en gros erfassen – gegen seinen Willen. Die Brandstiftung ist ein Versuch gewesen, ein paar Treppen auf den Stufen zu überspringen. Sie denkt einen Gedanken unbeirrt bis zum Ende, bis vor die Wand.«

Im Prozess erstattete Rethardt sein Gutachten mündlich. Gudrun Ensslin schien es plötzlich peinlich zu sein, dass sie sich so lange und intensiv mit dem Psychiater unterhalten hatte, und sie versuchte, ihn durch spitze Fragen in die Enge zu treiben. Der Psychiater erklärte sich das so: »Sie hat das getan, um die Eintrittskarte zurück zur Gruppe zu bekommen.«

Gegen Ende des Prozesses plädierten die Verteidiger. Professor Heinitz, der Gudrun Ensslin vertrat, sagte: »Die Angeklagte ist nicht nur Überzeugungstäterin, sondern Gewissenstäterin.« Es liege auf der Hand, dass sie mit der Brandstiftung die Öffentlichkeit aus ihrer Gleichgültigkeit gegenüber dem Vietnamkrieg habe aufrütteln wollen. Dies sei eine Gewissensentscheidung der Angeklagten gewesen: »Es gibt nun einmal auch ein irrendes Gewissen.«

Rechtsanwalt Horst Mahler versuchte, als Verteidiger Andreas Baaders

dem Gericht die Motive für die Brandstiftung nahezubringen. Das Grundmotiv sei nicht in erster Linie Protest gegen den Vietnamkrieg gewesen, sondern eine Rebellion gegen eine Generation, die in der NS-Zeit millionenfache Verbrechen geduldet und sich dadurch mitschuldig gemacht habe. Die Angeklagten hätten daraus die Konsequenz gezogen, sich auf keinen Fall mehr in eine Gesellschaft einzuordnen, die auf Ausbeutung, Ungerechtigkeit und Unterdrückung beruhe.

Die Richter seien vermutlich nicht in der Lage, diese Gedankengänge nachzuvollziehen, »sonst müssten Sie Ihre Roben ausziehen und sich an die Spitze der Protestbewegung setzen«. Zum Schluss bat der Verteidiger um ein mildes Urteil. »Das Zuchthaus ist nicht der richtige Aufenthalt für diese Angeklagten. Wenn sie trotzdem ins Zuchthaus geschickt werden, so könnte man die Schlussfolgerung ziehen, dass in dieser Gesellschaft das Zuchthaus der einzige Aufenthaltsort für einen anständigen Menschen ist.«

Ursprünglich schwebte dem Anwalt Mahler eine eher literarische Verteidigung Andreas Baaders vor. Im Aktenbestand des Sozialistischen Anwaltskollektivs Berlin fand sich später ein mehrseitiger »Vermerk fürs Plädoyer im Brandstifterprozess«. Danach hatte er zunächst erwogen, im Gerichtssaal eine längere Passage aus Hermann Hesses »Steppenwolf« verlesen zu lassen, weil sie eine »verschlüsselte Darstellung des sozialen Gehaltes der Tat der Angeklagten« enthalte.

In seiner Notiz fasste Mahler den Inhalt des damaligen Kultromans der links-alternativen Szene zusammen und identifizierte dabei Baader mit der Hauptgestalt: »Der Held und Ich-Erzähler, unbestimmter sozialer Herkunft, Prof. oder Schriftsteller, lebt als Fremder in gutbürgerlicher Umgebung. Er wird allmählich immer lebloser, erstarrter, zu Menschen und Dingen beziehungsloser. Seine bürgerliche Umgebung erlebt er als die Wirklichkeit des Todes, als die Vergewaltigung des menschlichen Traums. Er läuft in seiner Welt herum, einsam, erkaltend, verzweifelt, als Steppenwolf. Da begegnet ihm Hermine, ein bisexuelles Wesen. Sie macht ihn mit ihren Freunden bekannt. Er erlebt die Gegenwelt, die antibürgerliche Subkultur. Allmählich lässt sein Krampf nach. Er wird wieder lebendig, er hat jetzt die Kraft, seinen Traum von Leben gegen die entfremdete Umwelt durchzusetzen. Das Leben gegen die Zerstörungsmacht dieser Welt zu behaupten kann nur heißen, das System der Zerstörungsmaschinen zu zerstören, und so gesellt sich zu ihm der Theologe, dem Theologie dieser Welt Tat bedeutet.«

Mahler schilderte den Höhepunkt des Romans, auf dem in einer surrealistischen Ballnacht eine Jagd auf Automobile eröffnet wird: »Wie Wild werden sie abgeschossen und verenden mit ihren Insassen. Töten in diesem Kampf macht einen gewissen Spaß, wenn auch aus Verzweiflung. Das Wissen, dass ihr Tun keinen realen Erfolgswert hat. Die anderen sind stärker. Aber sie wissen auch, dass sie keine Wahl haben. Vor allem, man muss handeln. Und am Ende steht dann doch die Schuld. Allerdings eine Schuld, die auf die Welt zurückfällt. Sie haben um der Menschlichkeit willen Menschen getötet.«

Kaum jemals hat ein Mitglied der RAF die Psychopathologie der Gruppe so genau gekennzeichnet wie Horst Mahler in seinem nie gehaltenen Plädoyer. Am Ende kommt er zu dem, im Manuskript gestrichenen, Schluss: »Von der Position des bürgerlichen Humanismus aus kann das Individuum als Mensch sich nur in der abstrakten Negation der bürgerlichen Welt bewahren, d.h. in seiner Selbstzerstörung … Die Angeklagten waren weiter als Hesses Steppenwolf …«

Mahler, damals noch kein Terrorist, hatte das Grundmotiv auf den literarischen Punkt gebracht: Der Akt der Befreiung im Akt der Vernichtung. »Selbstmord als letzter Akt der Rebellion«, wie Ulrike Meinhof Jahre später an den Rand eines Briefes schrieb.

Noch während des Prozesses besuchte die Kolumnistin Ulrike Meinhof die Angeklagte Gudrun Ensslin in der Haftanstalt. Sie wollte für »konkret« einen Artikel schreiben und war tief beeindruckt von der schwäbischen Pfarrerstochter, die mit ihr selbst, ihrer Denkweise, ihrem eigenen Engagement so viel gemeinsam hatte. Nur, Gudrun Ensslin hatte nicht nur geredet, sie hatte etwas getan. Der Bericht über das Gespräch mit Gudrun Ensslin wurde nicht geschrieben. »Wenn das veröffentlicht wird, was sie mir gesagt hat«, erklärte Ulrike Meinhof in der »konkret«-Redaktion, »kommen die nie aus dem Gefängnis. Auf die Frage: ›Würdet ihr auch die Brandstiftung gemacht haben, wenn das Hausmeisterehepaar in dem Haus anwesend gewesen wäre?‹ kam die ganz klipp-und-klare Antwort: ›Ja!‹ Das war Ensslin, die die Antwort gegeben hat.«

Statt des Interviews schrieb Ulrike Meinhof einen Kommentar mit dem Titel »Warenhausbrandstiftung«:

»Gegen Brandstiftung im Allgemeinen spricht, dass dabei Menschen gefährdet werden könnten, die nicht gefährdet werden sollen.

Gegen Warenhausbrandstiftung im Besonderen spricht, dass dieser Angriff auf die kapitalistische Konsumwelt – und als solchen wollten ihn wohl die im Frankfurter Warenhausbrandprozess Angeklagten verstanden wissen – eben diese Konsumwelt nicht aus den Angeln hebt. Den Schaden – sprich Profit – zahlt die Versicherung …

So gesehen ist Warenhausbrandstiftung keine antikapitalistische Aktion, eher systemerhaltend, konterrevolutionär.

Das progressive Moment einer Warenhausbrandstiftung liegt nicht in der Vernichtung der Waren, es liegt in der Kriminalität der Tat, im Gesetzesbruch …«

Am 31. Oktober 1968 wurde das Urteil gegen die vier verkündet: je drei Jahre Zuchthaus, mehr, als die meisten Prozessbeobachter erwartet hatten. Der Vorsitzende meinte, die Angeklagten seien keine wirklichen Überzeugungstäter, sonst hätten sie nicht sieben Monate gebraucht, um sich zu ihrer Tat zu bekennen.

Die Urteilsverkündung ging in Tumulten unter. Der Studentenführer Daniel Cohn-Bendit brüllte: »Die gehören zu uns.« Baader und Söhnlein sprangen über die Barriere und liefen im Zickzack durch den Gerichtssaal. Es kam zu Gerangel zwischen Zuschauern und Gerichtspersonal. Draußen flogen Rauchbomben, eine Studentin wurde bewusstlos ins Freie getragen.

21.
Eine ganz heilige Selbstverwirklichung

Nach der Urteilsverkündung interviewte ein Reporter des Fernsehmagazins »Panorama« Vater Ensslin. »Verurteilen Sie Ihre Tochter?«, fragte er.

»Die Brandlegung verurteilen wir«, antwortete der Pfarrer. »Wir sind dankbar, dass Gudrun während der Verhandlung selbst Abstand genommen hat von der Brandlegung als Mittel, sich Gehör zu verschaffen.« Seit sich seine Tochter in Untersuchungshaft befinde, habe er begonnen, sich in ihre politische Gedankenwelt zu vertiefen. »Gudrun ist von Anfang an ein Mädchen gewesen, das sehr selbständig seinen Weg gegangen ist. Als Eltern konnte man Freude daran haben. Sie war begabt und ein fleißiges Menschenkind.«

»Wie war Ihr Verhältnis zu ihr vor der Tat, und wie ist es jetzt?«

»In Berlin hat sie einen Lebensstil entwickelt, der für unsere ältere Generation nicht mehr verständlich war. Mit dieser Brandlegung wollte sie wohl den Standpunkt linksgerichteter Studenten in dieser Gesellschaft aufzeigen. Es ist ihnen die Stelle als Taugenichtse, als Möchtegern-Kriminelle, als Vaterlandsverräter angewiesen worden. Und sie wollten wohl sagen: Seht, da stehen wir, dorthin habt ihr uns gebracht, das ist der Ort, an den ihr uns gestellt habt.«

»Als Vater von Gudrun gehören Sie ja zu der Generation, die sie mit ihrer Tat mahnen wollte. Sehen Sie denn die Begründung dafür ein?«

»Also, ich würde mich – mit der ganzen Bundesrepublik – weigern, mich auf diese Weise mahnen zu lassen. Was sie sagen wollte, ist doch dies: Eine Generation, die am eigenen Volk und im Namen des Volkes erlebt hat, wie Konzentrationslager gebaut wurden, Judenhass, Völkermord, darf die Restauration nicht zulassen. Darf nicht zulassen, dass die Hoffnungen auf einen Neuanfang, Reformation, Neugeburt verschlissen werden. Das sind junge Menschen, die nicht gewillt sind, diese Frustration dauernd zu schlucken und dadurch korrumpiert zu werden. Für mich ist erstaunlich gewesen, dass Gudrun, die immer sehr rational und klug überlegt hat, fast den Zustand einer euphorischen Selbstverwirklichung erlebte, einer ganz heiligen

Selbstverwirklichung, so wie geredet wird vom heiligen Menschentum. Das ist für mich das größere Fanal als die Brandlegung selbst, dass ein Menschenkind, um zu einer Selbstverwirklichung zu kommen, über solche Taten hinweggeht.«

Die Tat als Mittel zur Selbstbefreiung und einer »ganz heiligen Selbstverwirklichung«. Auch Gudrun Ensslins Mutter hatte das nachempfinden können, als sie sich in der Untersuchungshaftanstalt mit ihrer Tochter über die Brandstiftung unterhielt.

»Ich spüre, dass sie mit ihrer Tat auch etwas Freies bewirkt hat, sogar in der Familie«, sagte Mutter Ensslin dem Reporter. »Plötzlich, seit ich sie vor zwei Tagen in der Haft gesehen habe, bin ich selbst befreit von einer Enge und auch Angst, die – vielleicht zu Recht oder Unrecht – mein Leben hatte. Vielleicht auch kirchliche Konvention. Das alles hat Gudrun immer sprengen wollen, und ich habe es verhindern wollen. Dass es Menschen gibt, die weitergetrieben werden, aus der Konvention heraus, zu Taten, die ich nicht übersehen kann, vielleicht aber in zehn Jahren als berechtigt anerkennen muss. Das wäre mir vor einem Jahr oder vielleicht noch vor einer Woche unmöglich gewesen zu sagen. Aber sie hat mir eine Angst genommen, und sie hat mir den Glauben an sie nicht genommen.«

Der Fernsehreporter durfte an diesem Tag auch Gudrun Ensslin selbst befragen. Ohne Kamera, aber Tonbandaufnahmen waren gestattet. Der Journalist baute das Gerät auf und sagte: »Ein Grund, warum man glaubt, Sie nicht verstehen zu können, ist, dass Sie sich nicht zu Ihrer Tat bekannt haben.«

Gudrun Ensslin widersprach. Sie hätten sich zu dem Brandanschlag bekannt, allerdings erst zu einem Zeitpunkt, als es ihnen sinnvoll erschienen sei. Ein solches Bekenntnis habe ohnehin zweitrangige Bedeutung. »Es geht nicht darum, der Gesellschaft irgendwelche Helden oder Märtyrer zu liefern. Man muss zeigen, dass man in einem ganz normalen Zustand, ohne heldische Euphorie, das, was man denkt, kurz begründet.«

Das hätten Baader und sie im Prozess getan.

»Aber selbst wenn wir zwei Stunden lang geredet hätten, wäre hinterher immer noch gesagt worden, es ist zweifelhaft, dass das Überzeugungstäter sind. Die tun jetzt nur so. Sie wollten halt ihren Spaß haben. Die waren rücksichtslos. Die haben sich nichts dabei gedacht. Das wäre auf jeden Fall die Argumentation der Gegenseite gewesen.«

»War denn die Tat richtig?«

»Es war richtig, dass etwas getan wurde. Dass wir das Falsche gemacht haben, das haben wir deutlich genug gesagt. Aber wir haben keinen Grund, darüber mit der Justiz oder mit dem Staat zu diskutieren. Das müssen wir mit Leuten diskutieren, die so denken wie wir.«

Es wäre eben sinnlos gewesen, den Richtern länger als fünfzehn Minuten die Motive der Brandstiftung erläutern zu wollen. »Sie sind wie alle, die in diese Gesellschaft integriert sind. Sie können nicht tun, was sie wollen, denn sie wollen nur das, was sie sollen.«

»Würden Sie widersprechen, wenn man Ihre Tat als eine – in der Ausweglosigkeit der Situation – befreiende Tat bezeichnen würde?«

»Ja. Ganz entschieden. Es gibt inzwischen eine ganze Menge Leute, die wirklich das tun, was sie denken, und das denken, was sie tun. Diese bürgerliche Schizophrenie, dauernd zu tun, was man nicht meint, geht so weit, dass man eine demokratische Gesellschaft will und gleichzeitig eine faschistische Gesellschaft zimmert.

Die Tat hat etwas mit einer Entwicklung zu tun. Und die Einsicht, dass es nicht das Richtige war, hat nichts Schändliches, sondern etwas, das man selbst, ohne rot zu werden, sehr laut sagen kann.«

Nach einer kurzen Pause fügte sie hinzu: »Irgendjemand hat gesagt, bei uns handelt es sich um Irre, die glauben, man könne mit irgendeiner gloriosen Tat der Geschichte den Weg verwehren, die Geschichte in andere Bahnen zwingen. Das weiß niemand besser als wir selbst. Aber mit diesem furchtbaren Schreckgespenst, mit dem der Bürger hausieren geht, dass wir Vorstellungen hätten, als könnte irgendeine Gruppe von zwanzig Terroristen die Macht im Staat an sich reißen durch irgendeinen Putsch oder irgendeinen Handstreich, mit dem haben wir absolut nichts zu tun …«

Das Thema Befreiung stand damals ganz oben auf der revolutionären Agenda. Eine Gefängnisstrafe galt als Bestätigung für die politische Entschlossenheit. Das ahnte auch Vater Ensslin. Einem Reporter sagte er über die Auswirkung der Haftstrafe auf Gudrun: »Sicherlich wird sie nicht aus dieser konsequenten Linie ausscheren, und es wird auch das Gefängnis nicht fertigbringen, sie da irgendwie beirren zu können. Sie hat diese ganze Tat merkwürdig gesund und befreit – persönlich – überstanden. Und wird auch die Gefängnis- und Zuchthausstrafe, bin ich ganz gewiss, gut überstehen.«

Horst Mahler, der ebenfalls Gudrun Ensslin als Anwalt vertreten hatte,

ahnte, dass es nicht bei der Kaufhausbrandstiftung bleiben würde: »Als wir so ein längeres Gespräch hatten, verabschiedete sie sich so mit einem Lächeln von der Seite her. Und sagte: ›Na ja, Sie werden auch noch mal die Kalaschnikow in die Hand nehmen.‹«

Nach dem Urteil beantragten die Verteidiger eine Revision des Verfahrens und versuchten, Haftverschonung für die Angeklagten durchzusetzen. Das dauerte.

Anfang 1969 löste sich die Beziehung zwischen Baader und Ello mehr und mehr auf. In den Briefen war viel von Trennung die Rede – als hätte er sich nicht schon längst Gudrun zugewandt. Baader schrieb der einstigen Geliebten: »Es ist klar, dass mich quält, wenn andere mit dir schlafen. Ich will nicht, dass du aus dieser Trennung und aus unserer Sache so brutal wie möglich einen Haufen Dreck machst, und deswegen schreib ich dir, und deswegen will ich dich ab und zu sehen.«

Die gemeinsame Tochter Suse sollte nun bei Ellos früherem Partner, dem Maler Manfred H., aufwachsen. Baader fand das »natürlich schlecht«. Dann wäre Ello als Erziehungsberechtigte besser, »egal wie viel Pillen und Schwänze« ihr Problem seien.

Es fiel Baader immer schwerer, die Haft zu ertragen. Mehr und mehr suchte er Streit mit der Vollzugsleitung und stellte immer wieder neue Forderungen. Er benötige ein gut gefülltes Bücherregal und aktuelle Zeitungen. Er beschwerte sich, dass seine Zigaretten auf der Suche nach verbotenen Substanzen aufgeschnitten worden waren, und darüber, dass »ein schwitzender Beamter« ihn »zehn Minuten betastet« habe, »was kein Spaß« sei. In einem Brief an Rechtsanwalt Mahler deutete Baader an, einer der zuständigen Richter sei Autor eines Buches über Tierschutz. Er habe da eine Idee, wie man den Richter treffen könnte: »Sicher hat er einen Köter, an dem sein Herz hängt. Wir werden ihn anzünden, wenn er dann noch lebt.« Er verlangte, in eine andere Anstalt verlegt zu werden, und drohte: »Sie werden mich durch die träge Behandlung meiner Beschwerden zu Aktionen zwingen, die für Sie lästiger sind als Worte.«

Tatsächlich wurde Baader nach Kassel verlegt, und er durfte sogar mehrmals seine Freundin und Mitangeklagte Gudrun Ensslin in der Haftanstalt Frankfurt-Preungesheim besuchen. So etwas war bis dahin in deutschen Gefängnissen unmöglich gewesen, aber die Direktorin der Frauenhaftanstalt, die linke Sozialdemokratin und Justizreformerin Helga

Einsele, schätzte Gudrun Ensslin sehr. Die immer wieder kolportierte Geschichte, die Vorzeigegefangene und ihr Liebhaber hätten auch gemeinsam in einer Zelle übernachten dürfen, ist aber unbewiesen.

22.
Horst Mahler und die Steineschlacht am Tegeler Weg

Zur selben Zeit fand in Berlin das Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt Horst Mahler statt. Vor allem wegen seiner Rolle bei den Anti-Springer-Demonstrationen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke sollte gegen ihn Berufsverbot verhängt werden. Rechtsanwalt Josef Augstein, der Bruder des »Spiegel«-Herausgebers Rudolf Augstein, vertrat Mahler. Und während im Landgericht am Tegeler Weg verhandelt wurde, kam es draußen zur schwersten Straßenschlacht, die Berlin bis dahin gesehen hatte.

Bei der »Steineschlacht am Tegeler Weg« wurden 130 Polizeibeamte und 22 Demonstranten zum Teil erheblich verletzt. Rocker kämpften an der Seite der etwa tausend Studenten. Die vorrückenden Polizisten wurden mit einem Steinhagel empfangen und mussten zurückweichen. Zum ersten Mal behielten Demonstranten im Kampf mit der Polizei die Oberhand. Die politische Führung der Stadt zog sofort die Konsequenzen. Nach der »Schlacht« wurden die Polizeibeamten neu ausgerüstet. Der traditionelle Tschako hatte ausgedient. Stattdessen wurden die Beamten mit Spezialhelmen, Gesichtsschutz, Plastikschilden und extralangen Schlagstöcken bewaffnet.

Horst Mahler wurde am 23. Januar 1936 in Schlesien als Sohn eines Zahnarztes geboren. Im Februar 1945 flüchtete die Familie vor der Roten Armee nach Naumburg an der Saale. Ein knappes Jahr später siedelten sie nach Dessau, und nach dem Tod des Vaters, 1949, nach Westberlin über. Mahlers Vater, ein glühender Nazi und Antisemit, hatte sich selbst erschossen.

Auch Mahler wurde von der Studienstiftung gefördert. In seiner Bewerbung schrieb er am 25. November 1954 über seinen Vater: »Der jahrelange erbitterte Kampf um das tägliche Brot, der Zusammenbruch seiner Ideale, seines Vaterlandes und nicht zuletzt das drückende Verantwortungsbewusstsein für die zahlreiche Familie verzehrte ihn.«

Er leide als Spätfolge eines Explosionsunglücks an jahrelanger

Schlaflosigkeit und Depression. »Er starb am 12. Februar 1949 von eigener Hand, und nur dem Zufall und der Geistesgegenwart meines älteren Bruders verdanken wir vier Kinder unser Leben.«

Der Tod seines Vaters ließ ihn nicht mehr los. Der Vorprüfer für die Aufnahme in die Studienstiftung schrieb, dass Mahler nichts Jungenhaftes an sich hatte, ihn eine unter Schülern seltene äußere Gelassenheit und Korrektheit auszeichneten und »in ungewohntem Maße Ernst und Gesammeltheit über seinem Wesen liegen«. Das sei wohl vor allem in den schweren Erlebnissen begründet, die den 13-jährigen Jungen trafen, als sein Vater 1949 freiwillig aus dem Leben schied.

»Über Nacht rückte alles, was ich einst für selbstverständlich hielt, in unerreichte Ferne«, schrieb Horst Mahler in seinem Lebenslauf. Nun, da sein Vater fehlte, schien ein Studium unmöglich. Doch sein Klassenlehrer wies ihm einen neuen Weg: »Er nannte mir einen Preis, den ich für die Verwirklichung meiner Ziele zahlen sollte.«

Mahler trat in die FDJ ein, wurde schnell zum Vorsitzenden der Schulgruppe und durfte als »Junger Pionier« zum Landeskongress der FDJ nach Halle fahren. »Mit der Zeit«, so schrieb er rückblickend in seiner Bewerbung für die Studienstiftung, »wäre ich immer tiefer gerissen worden, bis ich mich unwiderruflich mit Haut und Haaren dem System verschrieben hätte.« Davor bewahrte ihn seine Mutter »mit erzieherischen Mitteln«.

Er trat aus der FDJ aus, und nach erheblichen Repressalien bereitete seine Mutter den Umzug nach Westberlin vor. Als vorläufiges Berufsziel gab er der Studienstiftung den Beruf des Rechtsanwaltes an, doch sein eigentlicher Wunsch sei es, »im politischen Leben tätig zu werden«.

Mehr als ein halbes Jahrhundert später saß Horst Mahler in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg seine längste Strafe ab; zu insgesamt 12 Jahren war er wegen Volksverhetzung und Leugnen des Holocaust verurteilt worden.

Für einen Film über »Die Insel West-Berlin« hatte ich bei der Haftanstalt die Genehmigung zu einem Interview beantragt. Mahler, inzwischen Ende siebzig, machte bei dem Vorgespräch und bei dem Interview einige Wochen später einen durchaus wachen Eindruck, trotz der vielen Jahre, die er inzwischen hinter Gittern verbracht hatte – zunächst wegen seiner Mitgliedschaft in der RAF und der Beteiligung an verschiedenen Banküberfällen, dann als Holocaust-Leugner.

Jetzt blickte er zurück auf seine ersten Jahre in Berlin und sagte: »In

irgendeiner Situation hatte ich beschlossen, Politiker zu werden.« Die eng begrenzte Insellage Westberlins habe dazu geführt, dass man nicht ausweichen konnte und sich ständig über den Weg lief.

»Das würde dann so eine Art kritische Masse, die dann eben auch zur Explosion gebracht wurde.« Berlin sei ein politischer Echo-Raum gewesen: »Man konnte also gar nicht unpolitisch sein in dieser Stadt.« Auch seine spätere politische Rechts-Wendung habe irgendwie mit Berlin zu tun gehabt: »Berlin war eben die Hauptstadt des Deutschen Reiches, und es gab so eine Art Trauer über den Verlust dieses Reiches.« Das Deutsche habe eben eine ganz bestimmte »menschheitliche« Bedeutung: »Und das war plötzlich alles ohne Rahmen, ohne ein Fundament, das war alles unberührbar geworden, und das lässt einen nicht kalt.«

Horst Mahler wurde Anwalt und 1953/54 Mitglied der schlagenden Studentenverbindung »Landsmannschaft Thuringa«. 1956 wurde er Mitglied der SPD und trat, weil die SPD die Unvereinbarkeit der Parteizugehörigkeit mit einer Mitgliedschaft in schlagenden Verbindungen beschlossen hatte, zum Abschlusskonvent aus der Thuringa wieder aus. Mahler wurde Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes und daraufhin 1960 aus der SPD ausgeschlossen. Er vertrat Positionen, die nahe an denen der SED waren, und pflegte Kontakte zu Vertretern der DDR und der Sowjetunion. Einer seiner besten Freunde wurde der Journalist Wolfgang Barthel, der als Agent für den Ostberliner Staatssicherheitsdienst arbeitete. Rückblickend sagte Mahler: »Er hat nichts, was mich betraf, verraten. Aber er hat mich enttäuscht.« Auch auf Mahler hatte das Ministerium für Staatssicherheit ein Auge geworfen, man überlegte, ihn als »Inoffiziellen Mitarbeiter« einzusetzen. So wurde am 13. November 1962 eine IM-Vorlaufakte angelegt, mit dem Vermerk »Vorbereitung zur Werbung«. Man führte mit Mahler »ein Kontaktgespräch unter Legende«, nahm dann aber von einer Anwerbung als Agent Abstand.

1963 eröffnete Mahler in Westberlin eine Anwaltskanzlei und spezialisierte sich überwiegend auf Wirtschaftsverfahren. Er wurde Rechtsberater der Firma »Hotel am Kaiserdamm GmbH & Co. KG«, einer Abschreibungsfirma westdeutscher Kommanditisten, und war ein erfolgreicher Wirtschaftsanwalt.

1966, zu Beginn der Studentenbewegung, gehörte Horst Mahler zu den Mitbegründern des »Republikanischen Clubs« und war später einer der bekanntesten Verteidiger linker Studenten vor Gericht.

Als Anwalt von Unternehmen der Berliner Bauwirtschaft hielt er noch am 20. Januar 1967, als die Studentenbewegung ihrem Höhepunkt zustrebte, eine Rede beim Richtfest eines Geschäftsgebäudes am Kurfürstendamm 101: »Das Besondere an diesem Bau ist nicht die Tatsache, dass er durch seine ausgewogene architektonische Gestalt das Stadtbild bereichert, das Besondere an diesem Bau ist seine Geschichte. Durch die Hilfe der Bundesrepublik, deren Parlament das Berlinhilfegesetz geschaffen hat, ist das Interesse westdeutscher Unternehmer gefördert worden, sich am Wiederaufbau und an der wirtschaftlichen Entfaltung dieser Stadt zu beteiligen.«

Das war zu jener Zeit, als Horst Mahler schon als eine der zentralen Figuren der Außerparlamentarischen Opposition auf Demonstrationen mitmarschierte – bekleidet mit Regenmantel, Anzug, Krawatte und Schirm.

Ein gutes Jahr später legte Mahler seine Mandate aus der Bauwirtschaft nieder und gründete, zusammen mit den Rechtsanwälten Hans Christian Ströbele und Klaus Eschen, das erste »sozialistische Anwaltskollektiv«.

Mahlers Karriere als Wirtschaftsanwalt war zu Ende.

Seit Mai 1968 waren allein in Westberlin fast 1900 Strafverfahren gegen Angehörige der Außerparlamentarischen Opposition eingeleitet worden. Im Zusammenhang mit diesen Prozessen entstanden an den Universitäten »Justizreferate« und »Ermittlungsausschüsse«, aus denen später die »Rote Hilfe«-Gruppen hervorgingen.

Spätestens seit der »Schlacht am Tegeler Weg« ließen Teile der APO die Auseinandersetzung mit Polizei und Justiz bewusst eskalieren. Aus der theoretischen Formel »Zerschlagt die Klassenjustiz« wurde bald für einzelne Fraktionen der in sich zerstrittenen Protestbewegung der Aufruf zum bewaffneten Kampf gegen die Repräsentanten des Staatsapparates.

Es galten Parolen wie »Macht kaputt, was euch kaputt macht« oder »High sein, frei sein, Terror muss dabei sein«. Aktionen wurden in dieser Zeit unter den verschiedensten Etiketten durchgeführt. Die Gruppen nannten sich zum Beispiel »Tupamaros Westberlin« oder »Schwarze Ratten«. Die Polizei ging davon aus, dass die an den Aktionen beteiligten Personen weitgehend identisch waren und lediglich die Namen der Kommandogruppen wechselten. Die Anschläge richteten sich zumeist gegen die Einrichtungen der Polizei, der Justiz und des Strafvollzugs. Waffen waren Molotowcocktails und selbstgebastelte Brand- und Sprengsätze. Als »Rädelsführer« in Verdacht

hatte die Polizei vor allem Ralf Reinders, Georg von Rauch, Thomas Weisbecker und »Bommi« Baumann. Ganz oben auf der Fahndungsliste stand Dieter Kunzelmann.

Später wurde er angeklagt, bei einem Besuch des Berliner Juristenballs mit seiner Freundin einen Brandsatz abgestellt zu haben, der allerdings nicht zündete. Aufgrund der Aussagen seiner mitbeschuldigten Exfreundin wurde Kunzelmann zu neun Jahren Haftstrafe verurteilt. Doch der Bundesgerichtshof hob das Urteil wieder auf. Im Wiederholungsprozess wurde Kunzelmann freigesprochen.

23.
Sternmarsch auf Bonn: Notstandsgesetze

Das große innenpolitische Thema der damaligen Zeit waren die Notstandsgesetze. Nicht nur die Außerparlamentarische Opposition kritisierte diese neuen Regelungen, nach denen die Macht der Bundesregierung im Kriegsfall oder einer anderen Notstandssituation erheblich ausgeweitet werden sollte, sondern auch große Teile der liberalen Presse.

Als eine Aktionsgruppe zum »Sternmarsch« nach Bonn aufrief, lieh mir »konkret«-Herausgeber Klaus Rainer Röhl seinen weißen Mercedes, und gemeinsam mit ein paar Journalistenkollegen machte ich mich auf den Weg zu der großen Demonstration. Vorsichtshalber hatten wir eine rote Fahne im Gepäck.

In Bonn lernte ich über eine gemeinsame Freundin, eine Fotografin, den Berliner Kunstmaler Peter Homann kennen, der im Jahr zuvor mit Gudrun Ensslin und anderen die Plakataktion »Albertz abtreten« inszeniert hatte. Ich schlug Homann vor, einen Artikel für »konkret« zu schreiben – über einen kurzen Gefängnisaufenthalt, den er in Berlin in Zusammenhang mit einer Demonstration hatte absitzen müssen. Der Text kam pünktlich, wurde gedruckt, und Peter Homann war nun freier Mitarbeiter bei »konkret« – mit weitreichenden Folgen. Auch »Panorama« berichtete über die Proteste gegen die Notstandsgesetze. Moderator Joachim Fest verwies »vor der historischen Kulisse des Weimarer Notverordnungs-Debakels« auf den »Mangel an demokratischer Tradition in Deutschland«, der dazu führe, dass »bei uns das gesetzlich Statthafte gern bis zur äußersten Grenze ausgeschöpft« werde.

Das führte zu seiner Ablösung. Ulrike Meinhof schrieb in »konkret« einen Kommentar mit der Überschrift »Notstandszensur« über die »Panorama«-Sendung vom 4. Juli: »Es war die schärfste Kritik und klarste Darstellung dieses Gesetzgebungswerkes, die dem Millionenpublikum des deutschen Fernsehens je vorgeführt worden ist.« Die Absetzung von Joachim Fest war für sie eine »Gleichschaltung«. Sie organisierte eine Protestaktion vor dem Norddeutschen Rundfunk, und auch ich kam auf ihre Veranlassung neben dem Dichter Peter Rühmkorf zu dem kleinen Häuflein, das am Eingang zum

NDR am Gazellenkamp in Hamburg für Fest und gegen dessen Nachfolger Peter Merseburger demonstrierte.

Ein paar Jahre machte ich selbst Filme für Merseburger und »Panorama«. Der Erste war über Ulrike Meinhof – nach ihrem Abtauchen in den RAF-Untergrund.

24.
Abschied von »konkret«

Anfang 1968 hatte Ulrike Meinhof sich von Klaus Rainer Röhl scheiden lassen und ging mit ihren Kindern nach Berlin. Sie schrieb weiter ihre Kolumnen. Für jeden Kommentar erhielt sie 1500 Mark, das waren 3000 Mark im Monat, denn das Blatt erschien inzwischen alle vierzehn Tage.

Im Dezember 1968 besuchte Röhl sie und die Zwillinge in Berlin. Ulrike Meinhof legte ihm einen Artikel vor: »Lies mal, Klaus. Ich bin gespannt, ob du den drucken wirst.« Röhl war entsetzt, denn Ulrike hatte sich die Zeitschrift selbst vorgenommen und sich mit ihrer eigenen Rolle als Kolumnistin kritisch auseinandergesetzt: »Was erwartet der Geldgeber von seinem Kolumnisten? Dass er sich ein eigenes Publikum erschreibt, möglichst eins, das ohne ihn die Zeitung nicht kaufen würde. Das ist der Profitfaktor. Ein Kolumnist, der das nicht leistet, wird über kurz oder lang gefeuert. Die Kehrseite der Kolumnisten-Freiheit ist die Unfreiheit der Redaktion.«

In ihrem Brief hatte sie auch eine hämische Bemerkung gemacht, die sich offenbar auf mich bezog. Es war darin von Mitarbeitern die Rede, die »das Profitinteresse des Verlegers verinnerlicht« hätten. Das stimmte auch in gewissem Sinne, denn mir war es tatsächlich immer um eine möglichst hohe Auflage von »konkret« gegangen. Mein politisches Sendungsbewusstsein hatte sich dagegen in Grenzen gehalten. Als Röhl mich abends zu Haus anrief und fragte, wie er denn meiner Ansicht nach mit Ulrikes Brief umgehen sollte, sagte ich ihm: »Ganz einfach – drucken!« Das taten wir dann auch, unter meiner Zeile auf der Titelseite: »Ulrike Meinhof: Ist Konkret noch zu retten?«

Ulrike Meinhof schrieb auch danach weiter ihre Kommentare. Doch langsam zeichnete sich ein Ende der Zusammenarbeit ab.

Kurze Zeit später, Ende 1968, nach fast drei Jahren bei »konkret«, entschied ich mich, dort aufzuhören, um doch noch ein Studium zu beginnen. Ich nahm einen eher geringfügigen Konflikt mit Röhl zum Anlass, ihm das mitzuteilen.

Röhl war nämlich häufig abwesend, ich musste in der inzwischen etwas größer gewordenen Redaktion die meisten Entscheidungen treffen, Titel und Titelüberschriften gestalten, das Layout selbst machen oder beaufsichtigen, entscheiden, welche Geschichten ins Blatt kamen und welche nicht. Ich arbeitete viel und hart, oftmals, vor allem in der Woche vor dem Erscheinen des Magazins, bis tief in die Nacht. Seit das Blatt nicht mehr monatlich, sondern alle vierzehn Tage erschien, war die Arbeitsbelastung noch beträchtlich gestiegen. Oft griff Röhl dann im letzten Moment ein und stellte alles auf den Kopf. Das war sein gutes Recht als Verleger und Herausgeber, aber als er dann die besonders dummerhaftige Geschichte eines linken Schüler-Aktionisten von der Gymnasialfraktion des SDS auf den Titel heben wollte, hatte ich einfach genug.

Ich kündigte ihm an, die nächste Ausgabe noch fertig zu machen und dann zu gehen. Da ich nicht fest angestellt war und nur auf der Basis eines – sehr guten – monatlichen Honorars gearbeitet hatte, konnte ich jederzeit aufhören. Bevor ich mit dem Studium anfing, wollte ich noch eine längere Reise in die USA machen. Ich beantragte beim amerikanischen Konsulat in Hamburg ein Visum, wurde dort ausgiebig vernommen und durfte dann für drei Monate in die Vereinigten Staaten.

Ich flog nach Miami und machte von dort aus einen Abstecher in die Karibik. Dann kehrte ich zurück nach Miami und kaufte mir einen gebrauchten dunkelgrünen Volkswagen und an einem Kiosk die neueste Ausgabe des »Spiegel«.

Darin stand ein Artikel von Otto Köhler über den eskalierenden Streit bei »konkret«: »Meinhof will nicht länger Feigenblatt für Redaktionsunfreiheit sein. Sie verlangt, dass der Chefredakteur aufhören muss, Anweisungen zu geben – Befehlsempfänger können keine gesellschaftlichen Verhältnisse aufdecken.« Erster Erfolg, so schrieb Köhler: »Stefan Aust, der als geschäftsführender Redakteur mit straffer Hand die Redaktion des antiautoritären Blattes regierte, ist ›in aller Freundschaft‹ gegangen. Und Herausgeber Röhl, der einsame Entschlüsse liebt, sieht sich immer stärker dem Widerstand der von Meinhof aufgemunterten Redakteure konfrontiert.«

Ich machte mich auf die Reise durch die USA. Über Florida nach New Orleans, von da nach Mexiko und zurück nach Austin in Texas, wo gerade ein Kongress des amerikanischen SDS stattfand. Die »Students for a Democratic Society« wurden angeführt von Tom Hayden, der – jedenfalls bei uns – als der »amerikanische Rudi Dutschke« galt.

Ich lernte einige der studentischen Aktivisten kennen, die sich vor allem für die Bürgerrechte schwarzer Amerikaner und gegen den Vietnamkrieg engagierten. Es war die Zeit, in der die Flower-Power-Bewegung der Hippies sich in eine politische und eine eher dem Drogenkonsum zugeneigte Fraktion teilte. Es war damals sehr leicht, sich in der studentischen Politszene zu bewegen, man machte Kontakte und schloss Freundschaften, wurde ohne Probleme in Privathäusern oder Wohngemeinschaften untergebracht. Und gelegentlich zog man einen Joint durch, was bei mir kaum Wirkung hinterließ, denn ich hatte zuvor niemals geraucht. Erst durch häufigeres Ziehen an einem Joint, der die Runde machte, verlor sich das anfängliche Husten. Das brachte mich später dazu, Zigaretten zu rauchen – woran man sehen kann, dass Marihuana wirklich zu stärkeren Drogen führt.

Von Texas aus fuhr ich nach Los Angeles, lernte dort die Kinder einiger Hollywood-Stars kennen, badete im Pool ihrer Familienvillen und fuhr dann über den Highway Number 1 nach San Francisco, zum eigentlichen Ziel meiner Reise.

Über »konkret« hatte ich Kontakt zum Managing Editor des linken Monatsmagazins »Ramparts« gehabt. Nach meiner Ankunft in San Francisco rief ich ihn an, und er lud mich sofort in sein Haus in North Beach ein, dem hügeligen Teil der Stadt mit Blick auf die Bay und die Golden Gate Bridge.

Ich klingelte zu später Stunde an der Tür, und es öffnete eine gutaussehende Schwarze mit üppiger Afro-Haartracht, die ich sofort als Kathleen Cleaver erkannte. Sie war die Frau des Gründers der Black Panther Party, einer militanten schwarzen Bewegung, deren Mitglieder in schwarzen Lederjacken, Handschuhen und Hosen und vor allem mit einem schwarzen Barett herumliefen – und sich demonstrativ bewaffneten.

Immerhin galt die amerikanische Waffenfreiheit auch für Schwarze, was in der weißen Öffentlichkeit – und vor allem bei der Polizei – nicht gut ankam. Ursprünglich hatten sie sich »Black Panther Party for Self-Defense« genannt, waren antikapitalistisch, antiimperialistisch und antirassistisch – und neigten dem Maoismus und Leninismus zu. Die militante Gruppe war zwei Jahre zuvor von Huey P. Newton und Bobby Seale, unterstützt von David Hilliard, gegründet worden.

Im Oktober 1967 wurde Huey Newton von der Polizei angeschossen und anschließend wegen Mordes an einem Polizisten verhaftet und angeklagt. 1968 und 1969 wurden weitere Mitglieder der Black Panther Party von Polizisten oder Agenten des FBI erschossen. Der Chef der Behörde J. Edgar

Hoover nannte sie »die größte Bedrohung der nationalen Sicherheit«.

Sprecher der Black Panthers war Eldridge Cleaver, der wegen Überfalls und versuchten Totschlags in den berüchtigten Strafanstalten San Quentin und Folsom Prison eingesessen hatte. Dort schrieb er das Buch »Soul on Ice«, das zum philosophischen Fundament der Black Panther Party werden sollte. 1966 war er aus dem Gefängnis entlassen worden und trat 1968 als Kandidat der »Peace and Freedom Party« zu den Präsidentschaftswahlen an. Er belegte mit 36563 Stimmen Platz sieben, geriet kurz danach in eine Schießerei in Oakland, wurde dabei verwundet und sollte anschließend wegen versuchten Totschlags verhaftet werden.

Cleaver tauchte unter und floh aus den USA. Das FBI schrieb ihn zur Fahndung aus, als die Nummer eins aller Gesuchten.

An jenem Abend in San Francisco war ich in ein Treffen der Black Panthers geraten. Ich hörte mir die Diskussionen an und verabredete mich mit einigen der Anwesenden, um mir in den nächsten Tagen die Frühstücksaktion der Black Panthers zeigen zu lassen. Sie luden regelmäßig die armen Kinder aus der schwarzen Community in Oakland ein, damit diese vor der Schule irgendetwas zu essen bekamen.

Ich schrieb darüber eine Geschichte für »konkret«, mit dessen Herausgeber ich auch nach meinem Ausscheiden auf gutem Fuße stand. Inzwischen war mein alter Kumpel, der Kunstmaler Peter Homann aus Berlin, zum regelmäßigen Mitarbeiter des Magazins geworden und ging eine Beziehung mit Ulrike Meinhof ein.

Im April 1969 hatte Ulrike Meinhof ihre Mitarbeit bei »konkret« beendet. Sie schrieb an die »Frankfurter Rundschau«: »Ich stelle meine Mitarbeit jetzt ein, weil das Blatt im Begriff ist, ein Instrument der Konterrevolution zu werden, was ich durch meine Mitarbeit nicht verschleiern will, was zu verhindern im Augenblick nicht möglich ist. Ich gebe den Kampf um die Zeitung auf, um folgender Gefahr vorzubeugen, dass wir durch unsere Mitarbeit das Links-Image der Zeitung aufpolieren, ihr einen neuen Vertrauenskredit verschaffen. Eine Zeitung, die, wenn wir sie brauchen werden, sich gegen uns wenden wird. Mit einer Auflage, der wir dann nichts entgegenzusetzen haben werden als unsere Verzweiflung und unser Entsetzen über den Gebrauch des Instrumentes, das wir aufgebaut haben.«

Die Zeitschrift »konkret« war von den Auseinandersetzungen in der linken Protestbewegung nicht verschont geblieben. Die Solidarität nach dem Attentat auf Rudi Dutschke und die großen Demonstrationen gegen die

Notstandsgesetze in Bonn waren vorbei. Es bildeten sich allerlei linke Zirkel, neue Parteien und Diskussionsrunden, die sich bald ausschließlich mit sich selbst beschäftigten und im Genossen von gestern den größeren Gegner ausmachten als im noch vorher gemeinsam bekämpften Springer oder Strauß.

»konkret«, das schien ein klassisches Beispiel dafür, wie ein Verleger, Klaus Rainer Röhl, linke Politik vermarktet, für die andere ihre Köpfe vor die Polizeiknüppel gehalten hatten.

Am 5. Mai 1969 lud Ulrike Meinhof zu einer Diskussion über »konkret« in den »Republikanischen Club« in Berlin ein. Bei einer Diskussion sollte es diesmal nicht bleiben. Es wurde vorgeschlagen, den Verlag zu besetzen und den Besitzer der Zeitschrift mit den Forderungen kompromissloser linker Journalisten zu konfrontieren. Ulrike Meinhof hatte mit vielen telefoniert und gesprochen, um sich Unterstützung für die Aktion zu sichern.

Am Abend darauf versammelten sich an verschiedenen Plätzen Berlins kleine Gruppen, die in einem Autokonvoi nach Hamburg aufbrechen wollten, um zu verhindern, dass die nächste Ausgabe von »konkret« erscheinen konnte.

Röhl hatte zwei Tage zuvor von der geplanten Aktion erfahren und reagierte. Er ließ den Verlag räumen und entwarf ein Flugblatt: »›konkret‹ geht in den Untergrund.«

Gegen 10.00 Uhr trafen die Berliner Aktionisten bei der »konkret«-Redaktion am Hamburger Gänsemarkt ein. Presse und Polizei waren schon da. Die Staatsmacht, nicht von »konkret« gerufen, blockierte das Treppenhaus. Die Berliner verteilten ein Flugblatt an die »konkret«-Redakteure:

»Überm Schreibtisch Che Guevara,
unterm Schreibtisch McNamara.
Ihr fahrt mit der Straßenbahn,
der Chef reist mit ’nem Porsche an.
Macht Schluss mit dem konkreten Mief
und schafft ein APO-Kollektiv.«

Frustriert standen die gescheiterten Redaktionsbesetzer auf der Straße herum. Dann gab jemand die Devise aus: »Auf nach Blankenese!« Dort hatten Röhl und Ulrike Meinhof eine schmucke Backsteinvilla erworben, eingerichtet mit

plüschigem, altdeutschem Mobiliar. Die Berliner Truppe zog vor das Grundstück, sprang in den Garten und drang in das Haus ein. Möbel wurden aus dem Fenster geworfen, und einer der linksradikalen Vandalen pinkelte ins Ehebett. Einige der Beteiligten behaupteten allerdings später, der gelbe Fleck auf dem Laken sei das Ergebnis einer aufgelösten Vitamin-C-Tablette gewesen, die ins Bett geschüttet worden war. Während die Aktion noch lief, tauchte Ulrike Meinhof vor ihrem ehemaligen Wohnhaus auf, an dem sie immer noch einen Anteil hielt. Ratlos stand sie im Garten, neben einem Berliner Schriftsteller, der ein Transparent in die Kamera hielt: »konkret-Lohnschreiber fordern Mitbestimmung«.

Ulrike Meinhof war nach dieser misslungenen Besetzung sehr einsam geworden. Ihr alter Freund, der Schriftsteller Peter Rühmkorf, den sie einmal »den gerechtesten Menschen der Welt« genannt hatte, forderte alle bekannten linken Publizisten, die für »konkret« gearbeitet hatten, dazu auf, »den Terroraktionären zu bedeuten, was sie sind: Agents provocateurs«.

Ich blieb ein paar Wochen in San Francisco, arbeitete ein wenig bei einer linken Zeitung mit, erlebte die Anfänge einer Straßenschlacht um den »People's Park« in Berkeley, wo auf einem Parkplatz zunächst ein Sportplatz und später ein Gebäudekomplex für die Universität errichtet werden sollte, die Studenten stattdessen jedoch einen grünen Park forderten. Der Streit eskalierte, und der kalifornische Gouverneur und spätere Präsident Ronald Reagan schickte massive Polizeikräfte, die sich am Ende mit bis zu 6000 Studenten eine blutige Schlacht lieferten. Schließlich schickte der ehemalige Western-Star Reagan die Nationalgarde.

Zu diesem Zeitpunkt war ich mit meinem kleinen grünen VW schon wieder auf dem Highway. Es ging über Las Vegas nach Chicago, dann weiter nach New York. Dort suchte ich Kontakt zu einer der vielen Underground-Publikationen und klopfte bei einer kleinen linken Nachrichtenagentur am Rand von Harlem an, die in einem ehemaligen Laden im Souterrain in der Claremont Avenue residierte.

Die Redaktion des »Liberation News Service« hatte enge Kontakte zu den Initiatoren der Studentenrevolte vom April 1968 an der New Yorker Columbia University, darunter auch der damalige Sprecher des SDS an der Universität, Mark Rudd. Ich lernte ihn beim LNS kennen, und wir unterhielten uns über die Entstehung des Studentenprotestes in den USA und in Deutschland. Nicht lange danach schloss Rudd sich einer

Untergrundgruppe an. Knapp vierzig Jahre später trafen wir uns erneut, als ich für das ZDF an einem Film über das Jahr 1968 arbeitete.

»Das Ganze hatte etwas mit einer Generation zu tun, die nach dem Zweiten Weltkrieg erwachsen wurde, die mit der Bürgerrechtsbewegung und dem Vietnamkrieg konfrontiert wurde und durch die Ungerechtigkeit aufgeweckt wurde.«

Mark Rudd war in einer jüdischen Familie in einem weißen Vorort in New Jersey aufgewachsen, der langsam schwarz wurde. »Rassismus und der Kampf gegen den Rassismus waren genau dort zu Hause«, erzählte er mir, »für mich waren der Rassismus und das unbestreitbare Böse in Nazi-Deutschland dasselbe.« Nur dass in den sechziger Jahren sein Land das Böse ausgeübt habe: »Ich hatte mich immer darüber gewundert, warum die Deutschen das alles mitgemacht haben. Wir nannten es damals das Phänomen des ›Guten Deutschen‹. Aber mit meinen 18 Jahren wollte ich nicht so ein guter Deutscher, so ein guter Amerikaner sein.«

Nach dem Mord an Martin Luther King war die Columbia University in Aufruhr. Plötzlich gab es ein neues Bewusstsein für den an der Universität herrschenden, manchmal auch unterschwelligen Rassismus. Zum Beispiel untersagte die Universität dem schwarzen Personal der Cafeteria, sich mit den Puerto-Ricanern zu einer gemeinsamen Gewerkschaft zusammenzuschließen.

Die Studenten protestierten gegen die Arbeit des »Institute of Defence Analysis« (IDA) an der Universität, das sich für den Krieg in Vietnam engagierte. Man besetzte die Sporthalle, die Polizei kam, die Schlacht begann.

Schließlich konnten die Studenten fünf Gebäude der Universität für eine Woche halten, und Columbia wurde das Symbol für die Studentenrevolte:

»Wir waren generell gegen Gewalt, obwohl die meisten von uns die gewaltsamen Revolten in der Welt befürworteten. Wir sahen den Krieg in Vietnam als einen Kampf gegen die amerikanische Übermacht, als einen gerechten Krieg. Wir waren solidarisch mit den Vietnamesen, die versuchten, die Amerikaner loszuwerden.«

Die Revolte an der Columbia University war für Mark Rudd wie für viele andere der Wendepunkt: »1968, das war wirklich der perfekte Sturm der Ereignisse.«

Der Aufstand passte in die Strategie Che Guevaras, nach der eine kleine bewaffnete Gruppe einen revolutionären Kampf gegen eine Diktatur beginnt.

»Das ist die klassische marxistische Avantgarde-Theorie. Wir sahen die Ereignisse an der Columbia University als Keimzelle, der sich viele, viele Menschen anschließen würden. Und dann würde sich das Beispiel von Columbia auf die gesamten Vereinigten Staaten übertragen.« Vier Jahrzehnte später fügte er hinzu: »Wenn man das heute so sagt, wirkt es ziemlich lächerlich.«

In diesem heißen Sommer 1969 in New York hatte ich Unterschlupf in einer Wohngemeinschaft direkt gegenüber dem Büro des LNS gefunden. Eines Abends kamen Mark Rudd und ein paar Genossen vom amerikanischen SDS vorbei, darunter Bernardine Dohrn und Bill Ayers. Sie wollten mit den Redakteuren des LNS ein Papier diskutieren, das mit einem Zitat aus Bob Dylans Song »Subterranean Homesick Blues« überschrieben war: »You don’t need a weatherman to know which way the wind blows«.

»Es gab damals im SDS eine schwierige interne Auseinandersetzung«, erklärte Mark Rudd vierzig Jahre später. »Da gab es die dogmatischen Marxisten, die darauf warteten, dass die Arbeiterklasse die Revolution anführen würde. Aber welche Arbeiter? Wir auf der anderen Seite waren der Auffassung, die Revolution werde global und national stattfinden, also zu Hause, hier in diesem Land, angeführt von der Dritten Welt. Dazu brauchte man kein Dogma aus dem 19. Jahrhundert. Da musste man nur seine Augen öffnen und sehen, wie um uns herum in der Dritten Welt die Revolutionen ausbrachen. Das war mit dem Satz gemeint: Du brauchst keinen Wettermann, um zu wissen, woher der Wind weht.«

Im Vorwort des Strategiepapiers hieß es, die Weathermen kämen als linke Bewegung, die eine amerikanische Revolution anzetteln würde, gleich hinter den Black Panthers. Sie seien für den bewaffneten Kampf und dafür, die etablierten Mächte zu stürzen.

Das nächtliche Treffen in der Wohngemeinschaft in der Claremont Avenue fand kurz vor dem großen SDS-Kongress in Chicago statt, wo die Weathermen ihr Papier vorstellen wollten. Die Reaktion der Mitarbeiter des LNS war unterschiedlich, manche waren eher dafür, manche eher dagegen, aber niemand schien ernsthaft darüber nachzudenken, was eine Bewaffnung und ein Abtauchen in den Untergrund mit den entsprechenden Sabotageakten wirklich bedeuten würde.

Ich kratzte meinen ganzen Mut zusammen und meldete mich zu Wort, so oder so ähnlich: »Ich war gerade in San Francisco und habe die Black Panther Party ein bisschen kennengelernt. Die haben sich bewaffnet. Jetzt

sind ein halbes Dutzend Mitglieder der Black Panthers tot oder im Gefängnis – oder auf der Flucht vor dem FBI wie Eldridge Cleaver. Glaubt ihr wirklich, dass das eine gute Idee ist, euch zu bewaffnen und in den Untergrund zu gehen? Meint ihr nicht, dass es euch dann genauso geht wie den Black Panthers? Ihr werdet von den Bullen erschossen. Oder ihr erschießt jemanden. Und am Ende sitzt ihr, wenn ihr Glück habt, lebenslang im Knast. Ich glaube nicht, dass das eine gute Idee ist, sich zu bewaffnen und in den Untergrund zu gehen.«

Das war irgendwie nicht auf dem Niveau der Diskussion über die anstehende Revolution in den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt und wurde mehr oder weniger schweigend übergangen. Wenige Tage später trafen sich 2000 Mitglieder des SDS im Chicago Coliseum, diskutierten ausgiebig, und dann tauchte die Weathermen-Fraktion ab in den Untergrund, mit dabei Mark Rudd.

»Wir gründeten eine Organisation in militärischer Form, mit einer hierarchischen Führung und etwa drei- bis vierhundert Mitgliedern. Wir betrachteten uns als die Keimzelle einer Revolutionsarmee, die sich dem schwarzen Widerstand im Land anschließen würde. Wir sprachen davon, im Bauch des Ungeheuers zu kämpfen.«

Sie hätten wirklich an diese archaische Terminologie geglaubt: »Wir waren Gefangene unserer eigenen Mythologie.« Bei einer Demonstration im Oktober 1969 waren sie von der Polizei zusammengeprügelt und inhaftiert worden. »Wir dachten, das hat keine Zukunft. Wir müssen in diesem Land mit einem Guerillakrieg beginnen.«

Eine der ersten Taten sollte ein Anschlag auf eine Militärbasis in New Jersey sein. Aber die Bombe explodierte vorzeitig, als sie in einem Stadthaus in Manhattan zusammengebaut wurde. Drei ihrer eigenen Leute kamen dabei ums Leben. Danach, so sagte Mark Rudd, habe man sich von Gewalt gegen Personen abgewandt und mehr symbolische Ziele, wie bestimmte Gebäude, angegriffen: »Es gibt einen gewaltigen Unterschied zwischen dem Weather-Untergrund und der Rote Armee Fraktion. Wir haben ein Stück um die Ecke geblickt und dann einen Rückzieher gemacht. Die RAF zog sich nicht zurück. Sie machte weiter.«

Auch sie seien Kinder der weißen Mittelklasse gewesen, zornig, aber nicht verrückt: »In diesem Land hat Gewalt als Taktik keine Zukunft. Auch die militante Bewegung der Schwarzen, die mit der Gewalt gespielt hat, machte eine Rückzieher. Sie hatte gesagt: Revolution has come, it’s time to pick up

the gun. Die Revolution ist gekommen, jetzt ist es Zeit, zu den Waffen zu greifen. Dann hat die Regierung sie plattgemacht.«

Bei dem ganzen Waffenkult in den USA gehe es am Ende nur um Selbstverteidigung. »Aber die Deutschen sind durch etwas anderes motiviert. Sie arbeiten sich an den Sünden ihrer Väter ab. Sie sahen die Invasion der Amerikaner in Vietnam – und sie erkannten darin den deutschen Militarismus. Sie sahen den amerikanischen Rassismus und hielten ihn für dasselbe wie den Rassismus der Nazis. Und so sah ich das anfangs auch. Aber musste ich mich für die Sünden meines Vaters opfern? Sie haben das getan, was ihre Väter versäumt hatten.«

Wann er das zum ersten Mal realisiert habe, frage ich Mark Rudd. »In dem Moment, als ich in den Untergrund ging, schon vor der Explosion in dem Stadthaus. Ich hatte eine Krise. Ich konnte die Gruppe nicht mehr führen, aber ich konnte mich auch nicht gegen die Ideen wenden.«

1970 stieg er aus. Unter falschem Namen leistete er über Jahre harte körperliche Arbeit in Brooklyn, nur wenige Meilen entfernt vom Campus der Columbia University. 1977 stellte er sich den Ermittlungsbehörden, die ihm nicht viel nachweisen konnten. Nach weniger als einem Jahr wurde er aus dem Gefängnis entlassen und arbeitete später als Mathematiklehrer in Albuquerque, New Mexico. Er hatte, wie er mir knapp vierzig Jahre später sagte, »in ein tiefes Loch, in einen Abgrund geblickt« – und war gerade noch rechtzeitig zurückgewichen.

25.
Baader, Ensslin und die Sozialarbeit

Die vier Brandstifter wurden am 13. Juni 1969 aus dem Gefängnis entlassen. Sie hatten vierzehn Monate ihrer Strafe abgesessen; etwas mehr als ein Drittel. Im November sollte über die Revision ihrer Urteile entschieden werden, bis dahin durften sie auf freiem Fuß bleiben.

Sie trafen sich in einer Wohnung in der Frankfurter Feuerbachstraße. Baader war aggressiv und rasend eifersüchtig. Immer wieder schrie er Gudrun an: »Du hast mit der Tochter der Anstaltsleiterin gefickt. Gib es zu.« Schweigend ertrug Gudrun seinen Zorn. Tatsächlich hatte sie sich in der Haft mit Nele, der Tochter der Anstaltsleiterin, angefreundet, die im Gefängnis Sprachkurse gab. Die Wohnungsbesitzerin später: »So ein Kotzbrocken, der Baader. Gudrun hat sich das bieten lassen. Die sagte einfach nichts.«

Die freigelassenen Brandstifter kamen im Atelier eines Comiczeichners aus der linken Szene unter. Der Kommunarde Dieter Kunzelmann und dessen damalige Freundin, die spätere Terroristin Ina Siepmann, reisten aus Berlin zur Entlassungsparty an, und zur Feier des Tages setzten sie sich eine Spritze mit Opiumtinktur. Die Nadel war offenbar verunreinigt, denn kurz danach erkrankte das Pärchen an Hepatitis, Gelbsucht.

In Frankfurt hatten sich gerade Studenten aus dem Umfeld des SDS mit den Zuständen in Erziehungsheimen beschäftigt. Mit Flugblättern und in Gesprächen versuchten sie, die Jugendlichen in den Heimen zu politisieren.

In den Randgruppen der Gesellschaft sahen sie Potenzial für gesellschaftliche Veränderungen. Jene, die kein behütetes Elternhaus hatten, die von den Institutionen des Staates verwaltet wurden, die in den Erziehungsheimen der tatsächlichen oder vermeintlichen Willkür autoritärer Erzieher ausgesetzt waren, sollten lernen, sich zu wehren.

Im Zuge der außerparlamentarischen Bewegung waren eine ganze Reihe von Jugendlichen aus hessischen Heimen ausgerückt und lebten mehr oder weniger illegal. Studenten hatten sich um sie gekümmert, ihnen Wohnungen verschafft, versuchten, sie außerhalb der staatlichen Fürsorgeeinrichtungen zu betreuen.

Gerade aus dem Gefängnis entlassen, tauchten Baader und Ensslin bei den »Lehrlingskollektiven« auf. Sie konnten andere Erfahrungen vorweisen als die Theoretiker von der Universität. Baader war einer von ihnen, wenn auch älter, und verlangte keine Anpassung an bürgerliche Normen. Er wollte die Jugendlichen nicht unbedingt in eine geregelte Arbeit pressen und nicht ständig mit ihnen über Politik diskutieren.

»Die Baader-Gruppe«, meinte später einer, der dabei war, »besticht die Lehrlinge mit Abenteuerspielchen, mit wildem, aufregendem Autofahren oder Aktiönchen gegen alles und jedes, was einem gerade über den Weg läuft. In einem Café gegen einen Kellner, gegen diesen und jenen ›liberalen Arsch‹. Bei den Baaders ist immer was los. Deshalb zieht es alle Jugendlichen dorthin.«

Baader und Ensslin übernahmen auch gegenüber den Behörden die Führung des Lehrlingsprojektes. Dem Leiter des Frankfurter Stadtjugendamtes, Herbert Faller, fiel vor allem Gudrun als eine »außergewöhnliche Frau mit pädagogischem Impetus« auf, die »echte Zuneigung zu den Jugendlichen entwickelte«.

Eine rasch wachsende Zahl entlaufener Fürsorgezöglinge hatte sich um die entlassenen Kaufhausbrandstifter gruppiert. Gudrun versuchte immer wieder, von den Behörden finanzielle Unterstützung für sie zu bekommen. Man dürfe sie nicht in der Illegalität lassen, meinte sie und beschwor die Gefahr eines Abgleitens in die Drogenszene und in die Kriminalität. Als die Verhandlungen nicht schnell zu einem Ergebnis führten, besetzten Baader und Ensslin eines Tages mit ihren Schützlingen das Büro des Jugendamtsleiters.

Daraufhin besorgte Faller einige Wohnungen, in denen jeweils neun Jugendliche gemeinsam untergebracht wurden. Insgesamt 33 der entlaufenen Fürsorgezöglinge konnten in solchen Wohnkollektiven leben. Manche davon gingen auf Abendschulen und schafften später auch ihren Realschulabschluss. Nebenbei sammelten Baader und Ensslin Geld für die Jugendlichen, um jedem fünf Mark am Tag für Essen zu geben. Ihr Engagement beeindruckte den Leiter des Jugendamtes, und er empfand das als einen Versuch, »an neuer Stelle die politische Arbeit sinnvoll fortzusetzen«.

Auch der Leiter des Diakonischen Werkes in Frankfurt unterstützte das Projekt und besorgte für Baader und Ensslin eine Wohnung. Vor allem von Gudrun war er sehr angetan: »Sie suchte das Gespräch. Wenn eine

Begnadigung erfolgt wäre, hätte ich sie durchaus bei der Evangelischen Kirche angestellt, beim Diakonischen Werk als Sozialarbeiterin. Ich war an einer langfristigen konkreten Zusammenarbeit interessiert.«

Die Arbeit der Lehrlingskollektive selbst fand er dagegen nicht so überzeugend: »Sie hatten keine Zukunft, weil sie abhängig gewesen sind von den Studenten und nicht zu einem eigenen Selbstverständnis gekommen sind. Mein Eindruck über die Kollektive: Tags schliefen sie, nachts tobten sie, die meisten haben nicht gearbeitet.«

Die Fürsorgezöglinge wurden zur Zielgruppe revolutionärer Ambitionen. Es war der Beginn einer Allianz von Intellektuellen mit den Gefallenen am Rande der Gesellschaft: Rekruten für den Krieg der Bürgerkinder. In geschlossenen Erziehungsheimen wie dem Beiserhaus in Frankfurt saß nach ihrer Ansicht das Potenzial für eine revolutionäre Veränderung. Da passte es gut, dass das Gericht den Angeklagten eine Tätigkeit im sozialen Bereich zur Auflage gemacht hatte.

Peter-Jürgen Boock war damals dabei. Baader und Ensslin hatten ihn nach der Flucht aus dem Beiserhaus in der Gruppe aufgenommen. Boock später: »Das Ziel des Kampfes war ganz klar die Veränderung dieser Gesellschaft mit allen Mitteln, also eben auch mit Mitteln des bewaffneten Kampfes.«

Staatlich geförderte Sozialarbeit als Rekrutierungsstätte für junge Revoluzzer.

Auch der deutsch-französische Studentenführer Daniel Cohn-Bendit, der beim Brandstifterprozess noch Randale gemacht hatte, erkannte die Pläne hinter der Sozialarbeit: »Baader hatte sich schon als General der Roten Armee gesehen. Und da waren seine Soldaten. Ich meine, Achtzehnjährige: Das ist das Alter, mit dem die Bolschewiki die Russische Revolution gemacht haben. Das waren die Phantasien, mit denen gespielt wurde. Ensslin hat alles gemanagt, und Baader hat einfach den Flair der Revolution versucht zu vermitteln. Nicht nur versucht, er hatte es ja auch geschafft bei diesen jungen Machos.«

26.
Peter-Jürgen Boock

Seine Eltern hatten eine Kneipe, irgendwo hinterm Deich in Schleswig-Holstein, als Peter-Jürgen Boock am 3. September 1951 geboren wurde. Gerade zwei Jahre zuvor war sein Vater aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekommen. Er bewarb sich bei der neugegründeten Bundeswehr, wurde aber nicht genommen und ging stattdessen zur Bundespost nach Hamburg. Peter blieb für zwei Jahre bei seiner Großmutter, dann holten die Eltern ihn nach. Die Kleinstadt, die ihm vorgekommen war wie der »größte Spielplatz der Welt«, musste er nun gegen eine Trabantenstadt am Rande von Hamburg tauschen. Zwischen hochaufragende Wohnblocks für Sozialhilfeempfänger hatten die Stadtplaner eine Reihenhauskolonie für Staatsdiener gesetzt.

Hier wuchs Peter auf, unauffällig bis in die wilden sechziger Jahre. Ein Biologielehrer, der in der »Jailhouse Jazzband« spielte, machte ihn mit der musikalischen Untergrundszene bekannt. Doch dann wurde auch Boock von der allgegenwärtigen Politisierung gepackt. Mit knapp fünfzehn Jahren gründete er ein »Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler«, abgekürzt AUSS, die Schülerorganisation des SDS. Die Eltern hatten bald den Eindruck, Lenin persönlich sei bei ihnen eingezogen, die Konflikte eskalierten, und eines Tages beschloss Peter, in die DDR zu gehen. Bei Lauenburg schlich er sich durch den Minengürtel ins Arbeiter- und Bauernparadies. Er wollte zu seinem Onkel, brachte es aber nur bis in ein Auffanglager der DDR. Weil er noch nicht sechzehn war, schickte man ihn zurück in den Westen. Wäre er älter gewesen, hätte er bleiben dürfen.

Nach der Rückkehr besserte sich das Verhältnis zum Vater nicht gerade. Der sprach – als Ausgleich für die eher langweilige Schaltertätigkeit bei der Post – abends gern dem Alkohol zu. Dann wurde er nicht selten grob. Inzwischen war die Großmutter ins Haus der Familie gezogen. Sie hatte Rheuma, und als sie begann, unter den massiven Schüben der Krankheit zu leiden, übernahm Peter die Pflege. Er liebte die alte Frau, aber die Vollpflege fiel ihm schwer. Hin- und hergerissen zwischen Pflichtgefühl und Ekel,

dachte er nicht selten: Wenn sie stirbt, dann bin ich schuld, dann hänge ich mich auf.

Ein gutes Vierteljahr hatte Boock in der Schule durch den DDR-Ausflug verloren. Er hatte den Anschluss verpasst und beschloss, nach der mittleren Reife abzugehen. Schule und Karriere waren damals kein Ziel für Jugendliche, die den Nerv der Zeit in sich spürten. Beim Sternmarsch nach Bonn, der Massendemonstration gegen die Notstandsgesetze, hatte Peter die Leute der »Kommune I« kennengelernt, Langhans und Teufel und die Mädchen.

Boock hatte eine Lehre begonnen in einer Firma, die große Drehbänke herstellte. Aber mehr und mehr bestimmte die außerparlamentarische Politwelt sein Leben. Und immer wieder traf er auf Leute, die später seinen Weg in den Terrorismus kreuzten. Karl Heinz Roth zum Beispiel, einen hochbegabten Medizinstudenten, der den Hamburger SDS anführte und später untertauchte, weil er glaubte, von der Polizei gesucht zu werden. Oder Margrit Schiller, die in der Anfangsphase zur RAF stieß.

Und er machte noch eine andere Bekanntschaft, so wie viele junge Leute zu dieser Zeit: Zunehmend stieg die Szene vom Rotwein auf Shit um, auf Haschisch.

Peter-Jürgen Boock verabschiedete sich wieder einmal von zu Hause. Diesmal sollte es nach Holland gehen, in jenes fortschrittliche Land, von dem die Späthippies schwärmten wie sonst nur von Nepal.

Doch die Aufbruchstimmung der späten Sechziger war in eine tiefe Depression umgekippt. Auch Peter-Jürgen Boock hatte sich auf den Demonstrationen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke heiser geschrien in den nicht enden wollenden Sprechchören: »Ho-Ho-Ho-Chi-Minh … Ho-Ho …« Jetzt war der Elan erloschen. Wie alte Stalingradkämpfer habe man sich an die Tage der Revolution erinnert, die doch gerade erst ein paar Monate zurücklagen. Als man an der Absperrung vor dem Hamburger Springer-Haus stand und die Polizei kam, in Hundertschaften, und einem plötzlich eine kleine Kipplore auf einem Baugrundstück ins Auge fiel. Man kippte sie um, und das Benzin lief den Bullen entgegen, und dann noch ein Streichholz …

Inzwischen war die Revolte abgeflacht. In Holland dagegen machten die »Kabautermänner« mit viel Spaß Ernst mit dem selbstbestimmten Leben. Sie gründeten Kommunen und stärkten das kommunale Leben, rissen das Straßenpflaster auf und pflanzten dort Bäume. Peter-Jürgen Boock, immer

aktiv, immer einfallsreich, wurde von einer Hauskommune aufgenommen, einer bunten Schar, zu der auch einmal Jim Morrison von den »Doors« gestoßen sein soll, besuchsweise.

Boock war nicht gerade ein typischer Kommunarde der späten Sechziger. Er war zu gehemmt, um sich vor anderen einfach mal so auszuziehen. Doch die holländischen Kommunarden waren sensibel und halfen ihm, Stück um Stück seiner kleinbürgerlichen Ängste abzulegen. Drogen halfen dabei. Bei einer Hochzeit, die unter LSD zum Happening umgestaltet wurde, durfte Boock den Küster spielen. Zu Weihnachten demonstrierte die Gruppe mit einem Hungerstreik drei Tage und drei Nächte in der Kälte auf dem Straßenpflaster gegen den Vietnamkrieg. Das strapazierte sogar das Mitgefühl der toleranten Holländer.

Peter-Jürgen Boock hatte in Holland eine Frau kennengelernt, die aus dem Grenzbereich zwischen Polit-Kabautern und Prostitution kam. Sie war ein paar Jahre älter als er. Irgendwann kam er auf den Gedanken, nach Hamburg zu fahren und sie seinen Eltern vorzustellen. Die waren entsetzt, in was für ein verruchtes Milieu ihr Sohn geraten war, und informierten das Jugendamt. Kaum zurück in Holland, wurde Boock von der Polizei gesucht. Die Mitglieder der Kommune in Den Haag wurden nach Drogen gefilzt, und ausgerechnet in Boocks Tasche entdeckten die Polizisten Dope. Er wurde ausgewiesen und an der Grenze von Mitarbeitern des Hamburger Jugendamtes in Empfang genommen.

Peter-Jürgen Boock war siebzehn, als er auf Antrag der Eltern in die Obhut der »Freiwilligen Erziehungshilfe« gegeben wurde, in ein geschlossenes Jugendheim nach Glückstadt.

Dort war es dann fürs Erste mit der Freiheit vorbei: Ein großes U-förmiges Gebäude inmitten einer hohen Umfassungsmauer, Schlafsäle für zwanzig bis dreißig Jugendliche, die alle schon mehrmals aus Heimen abgehauen waren oder die wegen Delikten einsaßen, für die Jugendliche noch nicht ins Gefängnis gesperrt werden konnten. Boock lernte fünfzehnjährige Mörder und vierzehnjährige Zuhälter kennen. In dünne Blaumänner gehüllt, klappernde Holzlatschen an den Füßen, durften die Insassen Fischernetze knüpfen und bekamen dafür täglich vier Zigaretten Prämie. Oder sie konnten beim Bauern helfen, für eine Flasche Bier und vier Zigaretten am Tag. Wer an die frische Luft wollte, durfte in der Heringsfischerei arbeiten, dort, wo zuvor viele der Erzieher tätig gewesen waren. Nicht selten waren welche in

Netzrollen hängen geblieben und hatten Finger, Arme oder Beine verloren. Das hinderte sie aber nicht daran, mit Gummiknüppeln auf die Zöglinge im Heim einzuprügeln, wann immer sich eine Gelegenheit dazu bot.

Doch die Revolte machte auch vor dem vergitterten Fenster des Heimes nicht halt. Als ein jugendlicher Insasse ein Paket von draußen bekam und der Gruppenleiter es ihm nicht aushändigen wollte, kam es erst zum Streit und dann zum Aufstand.

Der Zögling schlug dem Gruppenleiter nach einem heftigen Wortgefecht einen Backstein auf den Schädel und griff sich sein Paket. Minuten später war die Hölle los. Die Heizungen wurden aus den Halterungen gerissen, die Betten zerlegt. Irgendjemand schüttete flüssiges Bohnerwachs die Holztreppe hinunter und steckte es in Brand.

Die Heimleitung rief die Polizei, aber die fühlte sich dem Aufruhr nicht gewachsen und brachte gleich Marinesoldaten mit. Tränengasgranaten wurden ins Feuer geschossen. Kurz vor dem Ersticken gelang es Boock und ein paar anderen, sich mit Messern und Gabeln und Stemmwerkzeugen durch den Fußboden ins untere Stockwerk durchzuarbeiten. Sie waren mit dem Leben davongekommen, fanden sich aber umgehend im anstaltseigenen Bunker wieder. Drei mal drei Meter, eine mit Schimmel bedeckte Seegrasmatratze, ein Eimer, ein dreißig mal dreißig Zentimeter großes Fenster an der Decke. Kein Licht. Keine Zigaretten. Kein Hofgang.

Nach vierzehn Tagen, das war die zulässige Obergrenze, wurden die Aufrührer aus ihrer Zelle entlassen. Die Erzieher hatten sich in Reih und Glied zu einer Knüppelgasse aufgebaut. Einmal durchgeprügelt, dann ging es wieder zurück ins Loch. Ein Fünfzehnjähriger meldete sich daraufhin freiwillig zum Netzeknüpfen in der Zelle. Er bekam Garn und Stricke und erhängte sich damit. Nach einem zweiten Selbstmord im Heim wurde der zuständige Abgeordnete im Kieler Landtag aufmerksam. Ein Untersuchungsausschuss sollte die Verhältnisse in Glückstadt aufklären.

Peter-Jürgen Boock erfuhr nicht mehr, was dabei herauskam. Er wurde nach Hessen verlegt. Boock schmiedete sofort Ausbruchspläne. Doch die neue Zeit war im sozialdemokratischen Hessen schon bis zu den Toren geschlossener Jugendheime vorgedrungen.

Kaum war er zwei Wochen dort, tauchte eine Gruppe des Pädagogischen Seminars der Universität Frankfurt auf. Einige der Studenten fielen schon optisch aus dem Rahmen: Sie trugen Lederjacken und Jeans und gaben sich

locker, engagiert und kämpferisch. Ihre Namen hatte Boock schon einmal gehört: Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Astrid und Thorwald Proll.

Offenkundig hatten die zuvor aus der Haft entlassenen Brandstifter ihren revolutionären Elan nun auf die Befreiung von Fürsorgezöglingen konzentriert. Boock erzählte seine Geschichte von der Revolte in Glückstadt. Sie gefiel den Besuchern.

»Wer seid ihr denn?«, fragte Boock.

»Wir sind die Brandstifter.«

Boock wusste, dass Baader, Ensslin und Thorwald Proll bis zum Inkrafttreten ihres Urteils auf freien Fuß gesetzt worden waren.

»Die haben uns eine Auflage gemacht«, erklärte einer aus der Gruppe. »Tätigkeit im sozialen Bereich. Das machen wir jetzt. Wir holen euch hier raus. Dann sehen wir, was wir daraus machen können.«

Die Sozial-Brandstifter hatten Cola, Tabak und Mao-Bibeln mitgebracht. Doch Boock hatte es mehr auf Baaders Lederjacke abgesehen.

»Tolle Jacke«, sagte er.

Baader zog sie aus.

»Da«, sagte er und reichte sie Peter-Jürgen Boock – und der wusste: »Das sind meine Leute.«

Einige der Studenten eröffneten die Diskussion über Verbesserungsmöglichkeiten im Heim und wollten wissen, welche Vorschläge die jugendlichen Insassen selbst hatten. Diesen schwebte eine Art Selbstverwaltung vor. Doch das stieß bei Andreas Baader und seinen Kumpanen auf offene Ablehnung. Sie wollten das Heim nicht verbessern, sondern auflösen.

Peter-Jürgen Boock kam das entgegen: »Dass wir hier für Verbesserung kämpfen, das könnt ihr euch abschminken. Es geht auf Sommer zu. Die Leute wollen raus. Die wollen kein schöneres Heim und nicht mehr Blümchen vor den Fenstern. Die wollen weg hier.«

Unter den Blicken der Erzieher saßen die Zöglinge mit ihren aufrührerischen Besuchern auf dem Rasen und redeten ein ganzes Wochenende lang. Thorwald Proll, den die Heiminsassen aufgrund seiner dicken Brillengläser sofort »Apfelauge« getauft hatten, verteilte Unmengen von Mao-Bibeln. Niemand hatte die Absicht, sie zu lesen. Aber allein der Besitz der kleinen roten Bücher war Provokation genug.

Boock fühlte sich wie durch ein unsichtbares Band zu Baader und Ensslin hingezogen. Wie diese sich stillschweigend verständigen konnten, indem sie

sich nur einen Blick zuwarfen, wie sie mit Gesten kommunizierten, wie sie gegenseitig Sätze ergänzten, sich die Bälle zuwarfen, faszinierte Boock schon am ersten Tag. Die beiden mussten sich nicht abstimmen, mussten nicht miteinander diskutieren. Sie waren eins. Nicht die Einzelpersonen hatten es Boock angetan, nicht die schmale Gudrun mit ihren langen blonden Haaren und der schwäbischen Aussprache, nicht der brünette Andreas Baader mit seiner John-Lennon-Brille mit den kleinen dunklen Gläsern. Es war die Symbiose der beiden, die Boock in ihren Bann schlug.

Andreas hatte den Jargon der Heimzöglinge drauf, Gudrun nahm die Jugendlichen in den Arm. Astrid redete von schnellen Autos und starken Motoren. Und alle gemeinsam von der Revolution, die – jedenfalls hier – schnellstens gemacht werden müsse.

»Abhauen, wegkommen, was Neues finden.«

»Ja, aber was?«

Peter-Jürgen Boock sagte etwas von »Kommune«.

»Nein«, sagte Gudrun, »das ist so ein Wort, das sollte man vielleicht nicht benutzen. Das ist etwas vorbelastet. Nennen wir das Ganze doch Kollektiv.«

Zwei Wochen später bestreikten die Heiminsassen den Gottesdienst. Sie setzten sich vor die Kirchentür und sagten: »Wir gehen nicht.« Die Erzieher rückten mit Hockeyschlägern an und droschen auf das gute Dutzend Aufrührer ein. Boock fand sich in der Arrestzelle wieder. Die Heimleitung beantragte seine Rückführung nach Glückstadt.

Am nächsten Wochenende tauchten die Frankfurter Sozialhelfer wieder auf. Boock nahm sie beiseite: »Die wollen mich zurückverlegen. Wenn wir hier eine richtige Fürsorgezöglingsgruppe aufbauen, kann das über Nacht passieren. Aber ich habe keine Lust, nach Glückstadt zurückzugehen. Da komme ich nie wieder raus, bis ich 21 bin.«

Astrid gab ihm eine Telefonnummer. Dort solle er anrufen, wenn er abgehauen sei. Sie würden ihn dann an der Autobahnbrücke abholen.

Als aus Glückstadt die Nachricht kam, man werde ihn wieder aufnehmen, hebelte Boock gemeinsam mit einem anderen Insassen ein Fenster auf und türmte. An der verabredeten Autobahnbrücke warteten die beiden vergeblich, denn Astrid Proll hatte den Treffpunkt verwechselt. So trampten sie nach Frankfurt und quartierten sich bei Baader, Ensslin und den Prolls ein. In der Freiherr-vom-Stein-Straße hatten sich die Freigänger in einem Wohnprojekt eingenistet, das eine Gruppe von Uni-Assistenten gegründet hatte. Den permanenten Streit in der komfortablen Villa nutzten Baader und Ensslin

geschickt aus, um sich im Hause auszubreiten. Nach und nach flüchteten die Assistenten, und das Fürsorgeprojekt konnte in die nächste Runde gehen. Besucher aus München, Berlin und Hamburg tauchten auf, und es dauerte nicht lange, da drehte sich das Gespräch um den bewaffneten Kampf.

Andreas, Gudrun und die anderen wirkten kränklich, geschwächt. Im Gefängnis hatten sie sich in wilden Träumen ausgemalt, was sie tun würden, wenn sie wieder in Freiheit wären. Eines davon war, sich eine Spritze zu setzen, mit Opiumtinktur. Noch am Tag ihrer Entlassung hatten sie sich gemeinsam einen Schuss gesetzt, alle aus ein und derselben Spritze, und die war unsauber gewesen. So hatten sie alle die Gelbsucht.

Am Abend, als Peter-Jürgen Boock in der Villa auftauchte, saß Gudrun gerade in der Badewanne.

»Hallo, da bist du ja«, sagte sie. »Wo ist denn Astrid?«

»Weiß ich auch nicht. Haben wir verpasst.«

Boock fragte, ob er auch ein Bad nehmen könne.

»Setz dich mit rein«, sagte Gudrun. »Ist doch voll. Keine Wasserverschwendung. Können wir uns unterhalten.«

Peter wurde rot, zog sich dann aber doch aus und setzte sich zu Gudrun in die Wanne. Wenig später kam Thorwald. Er warf die Tür fluchend ins Schloss: »Diese Idioten. Alles Verrückte, die MLer. Diese Wichser.« Er meinte die Verfechter des Marxismus-Leninismus, die sich in der ehemaligen antiautoritären Studentenszene immer mehr ausbreiteten.

Er war auf einer Diskussionsveranstaltung gewesen, bei der es um die Auflösung des SDS gegangen war und um die Frage, wie der Kampf weitergehen solle. Die Theoretiker hatten sich gegenüber der »Lederjackenfraktion« durchgesetzt. Thorwald kochte vor Wut.

Ein paar Tage später kam Andreas von einer Berlinreise zurück. Er hatte Jan-Carl Raspe getroffen, der dort in der Kinderladenszene aktiv war. Baader war völlig aufgekratzt und redete hektisch davon, wen er alles getroffen hatte: Antje und diese Idioten von der K2, Ulrike. Für Boock waren das Geschichten wie aus 1001 Nacht.

Eine gute Stunde vor Mitternacht sagte Baader plötzlich: »Was haltet ihr davon? Wir fahren jetzt nach Darmstadt und leeren das ›Underground‹.«

»Was tun wir?«, fragte jemand. »Wir haben doch gar kein Auto.«

»Das macht nichts. Klauen wir zwei oder drei.«

So fuhr die Truppe mit drei gestohlenen Wagen nach Darmstadt. Zwölf

Leute, die eine ganze Diskothek aufmischten, Leute anrempelten, Gläser umwarfen, bis alle übrigen Gäste die Flucht ergriffen hatten und der Laden ihnen gehörte. Der Wirt sah tatenlos zu, wie sich die Besucher bedienten. Die Polizei zu rufen war ausgeschlossen. Im Morgengrauen fuhr die Gruppe zurück, aufgedreht und glücklich.

Am vierten Tag holte Boock sich seinen ersten Tripper. Da es innerhalb der Gruppe passiert war, machte die Infektion schnell die Runde. Am Ende saß man zu neunt im Wartezimmer eines Hautarztes.

Das lockere Leben außerhalb der Mauern von Fürsorgeheimen sprach sich schnell herum. Abhauen, nach Frankfurt gehen. Als Boock zu Baader und Ensslin stieß, bestand die vom Gericht angeordnete Sozialarbeit aus einer Gruppe von etwa dreißig Zöglingen. Eine Woche später waren es achtzig, eine weitere Woche später hundertzwanzig. Allmählich waren die studentischen Ressourcen aufgebraucht. Vor allem aber begannen sich die Wohngemeinschaften zu wehren, in denen die Jugendlichen untergebracht worden waren: Plattensammlungen verschwanden, in den Regalen fehlten plötzlich Bücher, ganze Stereoanlagen wurden abgebaut.

Andreas unterstützte seine Zöglinge moralisch, wenn die marodierend durch die Szene zogen: »Nehmt keine Rücksicht. Das sind eure zukünftigen Ärzte, Rechtsanwälte. Die leben sowieso von eurer Haut. Also bedient euch. Keine moralischen Skrupel.«

Und so verhielten die Jugendlichen sich. Wenn ihnen irgendetwas gefiel, dann nahmen sie es mit. Wenn jemand widersprach, dann gab es etwas auf die Fresse. Nur wenige widersprachen. Es war unbequem und unangenehm, aber auch irgendwie chic, vom militanten Proletariat unter Führung des prominenten Brandstifters ausgenommen zu werden. Eines Abends kam Peter-Jürgen Boock in eine Wohnung, in der auch Evelyn wohnte. Sie arbeitete als Fotomodell und hatte nebenbei eine soziale Ader. »Die kriegst du auf die Matratze«, sagte einer der entlaufenen Fürsorgezöglinge zu Boock. Sie rauchten einen Joint, und dann schliefen sie miteinander. Boock dachte: »Sie hat mit der sozialen Randgruppe geschlafen und ich mit dem Playmate des Monats.«

Nach der Besetzung des Frankfurter Jugendamts gab es Zusagen für Wohnungen und Geld. Allerdings sollte für jedes Wohnprojekt ein Sozialarbeiter verantwortlich sein. Und so kam es, dass sämtliche Fraktionen der Frankfurter Linken vertreten waren, das Marxistisch-Leninistische Kollektiv, das Sponti-Kollektiv, das Kollektiv der Humanistischen Union.

Entsprechend verliefen die Diskussionsprozesse: Wie weiter? Randgruppentheorie hin oder her. Aber alles hat seine Grenzen.

Inzwischen waren andere Kollektive dabei, in Fortsetzung der Randgruppenkampagne eine Knastkampagne zu beginnen. Doch darüber waren Gudrun und Andreas längst hinaus. Im Kreise ihrer befreiten Fürsorgezöglinge kam das Gespräch immer wieder auf den bewaffneten Kampf. Südamerika, die Stadtguerilla, die Tupamaros.

Boock saß bei solchen Diskussionen am Rande, hörte zu, redete manchmal mit. Das war alles neu für ihn. Aber weil die anderen es wollten, wollte er es auch. Ganz klar. Auch wenn er noch keine eigene Position dazu hatte. Peter-Jürgen Boock gehörte zu den ersten entlaufenen Fürsorgezöglingen, die »außer Verfolgung« gesetzt wurden. Eine Frankfurter Sozialarbeiterin fuhr eigens nach Hamburg, um mit dem Jugendamt auszuhandeln, dass er ganz offiziell bei der Sozialarbeitergruppe Baader und Ensslin leben durfte. Umgehend wurde ein Verein unter dem Namen »Arbeits- und Erziehungshilfe« gegründet, um die revolutionäre Sozialarbeit vom Staat finanziert zu bekommen.

Währenddessen wurden die Kontakte nach Berlin immer enger. Dort war man auf dem Weg zum bewaffneten Kampf schon ein ganzes Stück weiter. Aus dem »Blues« der Szene um die »Umherschweifenden Haschrebellen« kristallisierte sich langsam eine erste Stadtguerilla-Formation heraus. Da konnte die Zöglings- und Erziehungsbewegung nicht zurückstehen. Vor allem Jan-Carl Raspe redete auf seine stille und bedächtige Weise gern über die Perspektiven eines Untergrundkampfes nach Tupamaro-Vorbild. Ulrike Meinhof drehte ihren Film »Bambule«, der einen Aufstand im Mädchenheim zum Thema hatte. Für Boock war Ulrike Theorie. Baader und Ensslin waren Praxis.

Eines Tages sagte Gudrun Ensslin ihrem jugendlichen Schützling: »Dass du dir keine Gedanken machst, wenn wir mal von einem auf den anderen Tag verschwinden sollten. Wir vergessen dich nicht. Wir kommen wieder auf dich zu. Mach dir darüber keine Gedanken.«

Peter-Jürgen Boock, gerade siebzehn Jahre alt, konnte damit leben. Als Andreas Baader, Gudrun Ensslin und die Geschwister Proll plötzlich von der Bildfläche verschwanden, zog er aus der Villa aus und in eine andere Wohngemeinschaft. Er wusste, sie würden ihn mitnehmen, wenn es wirklich losging.

Im Kopf hatte er noch ein Gespräch mit Gudrun, in dem er sich beschwert hatte, dass da offenbar irgendetwas ohne ihn lief: »Ich weiß gar nicht, was da abgeht, aber ich will dabei sein.«

Da hatte Gudrun gelacht und dann gesagt: »Das kann ich mir vorstellen. Aber du bist noch ein bisschen zu jung dafür. Ich will dich da nicht reinziehen. Das kann ich nicht verantworten.«

»Nun hör aber auf«, hatte Boock erwidert. »Bisher haben wir nie über Alter geredet, und jetzt fängst du plötzlich so an.«

Gudrun war plötzlich ganz ernst geworden: »Du, was wir da auf dem Schirm haben, das hat solche Dimensionen, das kannst du gar nicht beurteilen. Das hat was mit Lebenserfahrung zu tun. Das hat auch etwas damit zu tun, ob man für sich eine Sache abschließen kann. Das kannst du noch nicht in deinem Alter. Dazu hast du zu wenig gesehen, um dich entscheiden zu können. Aber du würdest dich entscheiden müssen. Und deswegen tun wir dir das nicht an.«

27.
Auf der Flucht

Im November 1969 verwarf der Bundesgerichtshof die Revision des Brandstifterurteils. Damit war das Frankfurter Urteil rechtskräftig. Baader und Ensslin hatten zwar kurz zuvor ein Gnadengesuch eingereicht, waren ihren polizeilichen Meldeauflagen – eher schlecht als recht – nachgekommen, mussten nun aber täglich mit der Aufforderung zum Strafantritt rechnen. Sie beschlossen, zusammen mit Proll erst einmal unterzutauchen. In der Tiefgarage des »Hertie«-Kaufhauses stiegen sie in den Wagen eines Freundes, der sie nach Hanau brachte. Dort wechselten sie das Auto und fuhren nach Saarbrücken. Ein weiteres Fluchtfahrzeug stand bereit und brachte sie über die Grenze nach Frankreich. Einer der Fluchthelfer fuhr voraus und machte Quartier im lothringischen Forbach. Ohne Zwischenfälle erreichte die Gruppe Paris; kein Wunder, denn zu dieser Zeit wurde keiner der Kaufhausbrandstifter überhaupt gesucht.

Wochenlang lebten sie in der Pariser Wohnung des französischen Schriftstellers und Revolutionstheoretiker Régis Debray, Kampfgenosse Che Guevaras. 1967 war Debray in Bolivien gefangen genommen und zu dreißig Jahren Haft verurteilt worden. 1970 wurde der Sohn einer einflussreichen französischen Familie freigelassen.

Die Wohnung im Quartier Latin galt als sicher. »Hierher kommt keine Kripo«, erzählte Gudrun Ensslin einem Besucher, »weil der Vater von Régis Politiker ist.« Telefonisch hielten die drei Flüchtlinge Kontakt zu ihren Freunden in Deutschland. Eines der ersten Gespräche führte Andreas Baader mit der Schwester Thorwald Prolls, Astrid. Sie sollte Bücher, Papiere und einen in einer Frankfurter Werkstatt zurückgelassenen Mercedes nach Paris bringen.

Ihr Bruder Thorwald erwartete sie – inmitten parkender Streifenwagen – vor dem Polizeipräsidium und lotste sie zur Debray-Wohnung. In den darauffolgenden Tagen durchstreifte das Quartett die Stadt. In einem Café fotografierten sie sich gegenseitig. Baader ließ die Bilder entwickeln, während Gudrun ihr Archiv, einen Koffer voller Zeitungsausschnitte, vor

allem über den Brandstifterprozess, ordnete.

Irgendwann tauchte eine Delegation von Fürsorgezöglingen auf, die wollte, dass sie zurückkämen. »Sie wollten nicht einsehen, dass wir uns diese Illegalität als Ziel gesetzt hatten«, erinnerte sich später Thorwald Proll. »Sie wollten, dass wir zurückkommen, und es wäre doch alles ganz harmlos, und sie bräuchten uns. Wir waren eben so eine Raumstation für sie. Da konnten sie sich alles vorstellen mit uns. Dann haben wir sie verlassen, und da fühlten sie sich verlassen.«

Die Gruppe beratschlagte, was nun zu tun sei. Einer kam auf die Idee, in den Nahen Osten zu fahren und sich dort bei El Fatah, einer bewaffneten Gruppe innerhalb der PLO, umzusehen. Gudrun Ensslin dagegen neigte eher zu einer ruhigen Phase. Sie wollte ein Buch über die Frankfurter Lehrlingskampagne schreiben. Die meisten der gesammelten Unterlagen, Flugblätter, Personalakten von Heimzöglingen, Briefe und Tonbandinterviews waren aber in der Hektik des Aufbruchs in Frankfurt geblieben, sodass aus der schriftstellerischen Arbeit nichts wurde.

Astrid und ein Begleiter erhielten den Auftrag, nach Amsterdam zu reisen, um dort bei einem in linken Kreisen bekannten Experten falsche Papiere anfertigen zu lassen. Als verloren gemeldete Reisepässe deutscher Genossen sollten mit neuen Fotos ausgestattet werden. Bevor die beiden Amsterdam wieder verließen, sahen sie sich noch die amerikanische Originalfassung von »Easy Rider« mit holländischen Untertiteln an. Dann fuhren sie zurück nach Paris.

Als seine Schwester Astrid wieder auf der Bildfläche erschien, wurde Thorwald Proll »ersetzt«, so jedenfalls empfand er die Situation: »Ich verlor einfach den Anschluss. Es hing mit dem Warten zusammen. Dann kam die Erlösung. Aufbruch. Und jetzt?«

Thorwald Proll hatte gedacht: »Wir fahren, wir bewegen uns immer weiter.« Als Astrid aber da war, mit dem Auto, fühlte er sich nicht in der Lage, weiterzumachen. »Ich wollte das nicht, fühlte mich isoliert. Es war vielleicht meine Schwäche. Jedenfalls bin ich dageblieben, und meine Schwester hat den Platz eingenommen. Sie ist das Auto gefahren.«

Thorwald blieb in der Wohnung: »Es war ein etwas trauriger Moment. Es war einsam.«

Er hatte darauf gewartet, dass Andreas sagen würde: »Du spinnst. Was soll das? Das ist doch ein blödes Geschwisterspiel.« Aber Andreas hatte es nicht gesagt. »Und dann hieß es: Du gehst jetzt nach England, und dann kommst

du wieder, aber das sagt man nur so. Und da weißt du nicht, ob das so wahr ist. Aber dies ist alles sehr persönlich und sehr psychologisch. Davon hängt das Schicksal der Revolution nicht ab.«

Thorwald Proll stellte sich später, wie auch der vierte Kaufhausbrandstifter Horst Söhnlein, zum Strafantritt. Beide tauchten nie wieder im Zusammenhang mit der Baader-Ensslin-Truppe auf.

Baader, Ensslin und Astrid Proll reisten weiter nach Italien. Dort kamen sie bei Bekannten aus Berlin unter, besuchten auch die Schriftstellerin Luise Rinser, die später an die Familie Ensslin schrieb: »Gudrun hat in mir eine Freundin fürs Leben gefunden.«

Währenddessen versuchte Rechtsanwalt Horst Mahler, eine Kampftruppe aufzustellen. Dazu flog er nach London und besuchte Rudi Dutschke, was er erst Jahre später, nachdem er von der Linken auf die extreme Rechte übergewechselt war, selbst schilderte. Bevor das »Experiment« – wie er die Gründung der RAF nannte – beginnen sollte, habe er mit Rudi Dutschke »eine lange Diskussion über den bewaffneten Kampf« geführt: »Ich wusste, dass er in dieser Frage kein orthodoxer Leninist war und bewaffnete Aktionen kleinerer Gruppen als Fortsetzung dieser Revolte nicht ausschloss.« Diese Frage habe er in Dutschkes selbstgewähltem Exil diskutieren wollen. Doch der, gerade von seiner Schussverletzung halbwegs genesen, winkte ab: »Er hat mir dringend von meinem Vorhaben abgeraten, weil die Voraussetzungen für einen Erfolg nicht gegeben wären.« Mahler musste sich nach anderen Kampfgenossen umsehen; und die waren gerade auf der Flucht vor der Justiz.

Im Januar 1970 besuchte einer aus dem Frankfurter Lehrlingskollektiv Ulrike Meinhof in Berlin. Sie bereitete gerade die Dreharbeiten für ihren Fernsehfilm »Bambule« vor. Im Herbst hatte sie sich das Zöglingsprojekt in Frankfurt angesehen, hatte versucht, Ratschläge zu geben, und mit Baader und Ensslin lange Diskussionen über deren Arbeit geführt. Jetzt, da nach dem Untertauchen der wichtigsten Organisatoren das Projekt auseinanderzufallen drohte, sollte die Journalistin dazu bewegt werden, nach Frankfurt zu kommen und die Lehrlingsarbeit weiterzuführen. Aber Ulrike Meinhof lehnte ab. Sie war vollauf mit ihrem Film beschäftigt, darüber hinaus hatte sie ihre beiden Töchter zu versorgen. Sie erklärte sich aber bereit, ein Gnadengesuch für die Kaufhausbrandstifter zu unterstützen: »Ich kenne Heinemann [damals Bundespräsident] gut von früher, als er noch Gesamtdeutsche Volkspartei

war.«

Auch andere, wie der Leiter des Frankfurter Stadtjugendamtes Herbert Faller, schrieben Briefe an Regierungsmitglieder und baten um eine Begnadigung der Kaufhausbrandstifter. Faller lobte vor allem die Lehrlingsarbeit der Gruppe, die ohne sie nicht weitergeführt werden könne.

Anfang Februar 1970 lehnte der hessische Justizminister Hempfler das Gnadengesuch ab. Die Gesuchten erfuhren davon in Italien. Gudrun rief in Frankfurt an und erkundigte sich nach den Einzelheiten: »Wir haben hier unten im Radio etwas in Sachen Gnadengesuch gehört, es aber nicht genau verstanden.« Ihr Gesprächspartner bestätigte, dass ihr Gesuch abgelehnt worden sei. »Na, dann müssen wir weitermachen«, antwortete Gudrun.

Wie sie weitermachen könnten, hatte ihnen kurz zuvor ein Italienreisender aus Berlin vorgeschlagen. Sie sollten doch zurückkommen und sich einer im Aufbau befindlichen militanten Gruppe anschließen. Der Tourist hieß Horst Mahler.

In Rom wurde ein weißer Alfa Romeo gestohlen, in dessen Handschuhfach die Kraftfahrzeugpapiere lagen. Astrid Proll wollte damit nach Deutschland fahren. In Österreich fuhr ihr im starken Schneegestöber ein anderer Wagen in die Seite. Die Scheibe platzte, und die Tür wurde eingebeult. Astrid fuhr zu Freunden aus früheren Zeiten, die in der Nähe wohnten. Auf einer Feuerwehrwache half man ihr mit etwas Plastikfolie aus, um das Fenster abzudichten. Ohne Schwierigkeiten kam sie mit dem gestohlenen Wagen über die deutsche Grenze und fuhr zunächst nach Frankfurt.

Andreas Baader und Gudrun Ensslin verließen Italien einige Tage später. Mitten in der Nacht standen sie vor dem Stuttgarter Pfarrhaus. Gudruns überraschter Vater beschwor die beiden, ihre Reststrafe zu verbüßen. »Geht doch hin und reißt die zehn Monate ab«, sagte er, stieß aber auf taube Ohren. »Wir gehen nicht in den Knast«, erklärte Gudrun kategorisch. »Nein, wir gehen nach Berlin, tauchen dort unter und wollen mal weitersehen.« Nachdem sie geduscht und gegessen hatten, fuhren sie noch in derselben Nacht weiter.

28.
Bambule

Anfang 1970 war Ulrike Meinhof von Dahlem näher an das Berliner Zentrum gezogen. Mit den Zwillingen wohnte sie jetzt in Schöneberg, Kufsteiner Straße 12. Seit einiger Zeit lebte dort auch Peter Homann, jener ehemalige Kunststudent aus Hamburg, der nach dem 2. Juni 1967 zusammen mit Gudrun Ensslin und anderen die »Albertz! – Abtreten«-Aktion gemacht hatte und den sie später bei »konkret« kennenlernte. Einen Freundeskreis wie in Hamburg hatte Ulrike Meinhof in Berlin nicht wieder gefunden.

Sie wollte das wohl auch nicht mehr. In der vielfältigen politischen Szenerie Westberlins, in der sich rasch alle Fronten veränderten, begegnete man etablierten Figuren, die nicht aus der Berliner politischen Subkultur kamen, eher mit Misstrauen als mit Anerkennung.

Ulrike Meinhof war weiterhin eine vielbeschäftigte Journalistin. Seit Jahren hatte sie sich mit dem Thema Fürsorgeerziehung auseinandergesetzt, zahlreiche Artikel und Hörfunkfeatures über Jugendliche in Erziehungsheimen geschrieben.

Im Berliner Erziehungsheim Eichenhof hatte sie drei Mädchen kennengelernt, Jynette, Irene und Monika, deren Schicksal zur Grundlage des Drehbuches für den Film »Bambule« wurde. Die Dreharbeiten zu dem einzigen Fernsehspiel Ulrike Meinhofs begannen Ende 1969.

In einem Hörfunkbericht hatte sie 1969 geschrieben: »Mit Fürsorgeerziehung wird proletarischen Jugendlichen gedroht, wenn sie sich mit ihrer Unterprivilegiertheit nicht abfinden wollen. Heimerziehung, das ist der Büttel des Systems, der Rohrstock, mit dem dem proletarischen Jugendlichen eingebläut wird, dass es keinen Zweck hat, sich zu wehren, keinen Zweck, etwas anderes zu wollen, als lebenslänglich am Fließband zu stehen. Bambule, das ist Aufstand, Widerstand, Gegengewalt – Befreiungsversuche. So was passiert meist im Sommer, wenn es heiß ist, wenn das Essen noch weniger schmeckt, wenn sich die Wut mit der Hitze in den Ecken staut. So was liegt in der Luft – vergleichbar den heißen Sommern in den Negerghettos der Vereinigten Staaten.«

Ulrike Meinhof wollte keine Trennung mehr von den Objekten ihrer Berichterstattung und den Personen, die von ihr mehr erwarteten, als nur beschrieben zu werden.

Bald standen sie vor ihrer Tür. Fürsorgezöglinge aus dem Frankfurter Projekt und Berliner Jugendliche, die um Einlass baten. Einige erhielten Quartier, legten sich in die Betten, bedienten sich aus dem Kühlschrank, klauten und brachten Geklautes in die Wohnung, lärmten und bewarfen die Nachbarn vom Balkon aus mit Eiern. Ulrike fiel es schwer, die Jugendlichen vor die Tür zu setzen. Sie selber hatte Probleme genug. Sie stürzte sich in zahlreiche Projekte und Diskussionen, war nachts bis in den frühen Morgen unterwegs. Stunden später standen die Zwillinge in ihrem Schlafzimmer und riefen: »Aufstehen!« Sie kamen oft zu spät zur Schule. Ulrike Meinhof hatte Schuldgefühle, zu wenig für die Kinder zu tun.

Ein paar Tage vor Weihnachten 1968 hatte sie das Drehbuch für den Fernsehfilm an den Südwestfunk geschickt. »Hier endlich das MS«, schrieb sie an den zuständigen Fernsehredakteur Dieter Waldmann. »Zu treuen Händen.« Ganz professionelle Autorin, gab sie ein paar Hinweise für die Inszenierung: »Bei Irene ist noch wichtig, dass sie mit einem ungeheuren Wuschelkopf – verkorkste Dauerwelle – anfängt … Und Jynette sieht aus wie ein Mann … Von dem Gedanken, mit Laien dokumentarisch zu drehen, bin ich vollkommen abgekommen. Laien denke ich mir als Statisten. Im Übrigen bin ich für Schauspieler. Dies ist einfach kein Dokumentarfilmdrehbuch.«

Wenn der Redakteur einen besseren Titel als »Bambule« wisse, interessiere sie das: »Ganz glücklich war ich mit keinem meiner Einfälle.« Am Ende wünschte sie fröhliche Weihnachten und hatte noch eine Bitte: »Wenn Geld – dann bitte erst im nächsten Jahr, wegen der Steuern.«

Die Arbeit an dem Film zog sich über mehr als ein Jahr hin. Währenddessen versank Ulrike immer mehr in eine Depression, die sie versuchte, politisch zu interpretieren.

Ihre journalistische und schriftstellerische Arbeit genügte ihr immer weniger. Nicht im Beschreiben der Wirklichkeit sah sie ihre Aufgabe, sondern in der Veränderung. Theoretisch jedenfalls. Selbst aktiv geworden war sie so gut wie nie – von der gescheiterten Aktion gegen ihre eigene Zeitschrift »konkret« einmal abgesehen.

Die praktische Arbeit am Film stürzte Ulrike Meinhof in immer tiefere

Zweifel über den Sinn ihres Tuns. Irgendwann skizzierte sie ihre Einsichten während der Dreharbeiten: »Dem Drehbuch nach sind die Mädchen die Hauptpersonen des Films. Das war der Zweck des Ganzen, diese Mädchen, denen man sonst nichts zutraut, die im Heim und außerhalb wie Dreck behandelt werden, zu zeigen, wie sie sind: leidend und handelnd, getretene Mädchen, die permanent Widerstand leisten, eine verfolgte Jugend, die sich wehrt.«

Es sei ihre Absicht gewesen, die Isolation der Mädchen aufzubrechen, Solidarität mit ihnen von außen herzustellen. Ulrike Meinhof bitter: »Die Absicht mag richtig sein, das Mittel – ein Film – erwies sich schon beim Drehen als falsch.«

Die echten Heimmädchen seien wie im richtigen Leben nur Statistinnen, eine Randgruppe, gewesen. Die Hauptpersonen seien von Schauspielerinnen mit den glatten Gesichtern von Mädchen bürgerlicher Herkunft gespielt worden: »Ihre Stimmen sind die Stimmen von Mädchen, die gewohnt sind, Konversation zu machen, nicht Stimmen, die Auseinandersetzungen und Kämpfe gewohnt sind. Ihr Trotz ist kokett.« Für die Schauspielerinnen seien die Dreharbeiten im Heim nichts als ein exotisches Erlebnis gewesen. Die realen Heimmädchen hätten ihre Statistengage von 250 Mark sofort für Klamotten ausgegeben. Das wiederum habe den Fürsorger im Heim veranlasst, das Gerücht zu verbreiten, die Mädchen hätten das Geld versoffen. Als die Filmemacher wieder aus dem Heim verschwunden seien, habe er seinen Terror unvermindert fortsetzen können. Den Kampf dagegen führten die Mädchen, als wären die Filmer nie dagewesen. »Der Film hat nicht einmal die unmittelbar an den Dreharbeiten Beteiligten für die Mädchen einnehmen können, wie viel weniger wird er die Zuschauer agitieren …« Es sei ihre Absicht gewesen, mit dem Film etwas zu verändern. Spätestens seit den Erfahrungen bei den Dreharbeiten im Heim sei ihr klar geworden: Der Film ist für ihre politischen Intentionen ein ungeeignetes Mittel.

Der Text zeigt, wie weit Ulrike Meinhof sich inzwischen von ihrer publizistischen Arbeit verabschiedet hatte. »Ändern wird sich nur etwas«, so schrieb sie, »wenn die Unterdrückten selbst handeln. Wer sie dabei unterstützen will, muss es praktisch tun, muss den Unterdrückten selbst helfen, sich zu organisieren, zu handeln, ihre Forderungen durchzusetzen. Es kommt nicht darauf an, ihnen zu zeigen, wie man es machen muss, es kommt darauf an, selbst mitzumachen.«

Mit dem Film »Bambule« werde dem Fernsehpublikum das Elend der

Mädchen zum Konsum – einen netten Abend lang – angeboten. »Ein Fernsehspiel«, so das Resümee der Autorin, »das die Mädchen einmal mehr verschaukelt, man darf sagen: ein Scheißspiel.«

Um die Jahreswende 1969/70 herum wurde Ulrike Meinhof in ihrer Dahlemer Wohnung von der Filmemacherin Helma Sanders interviewt. Nervös rollte sie Papierkügelchen zwischen ihren Fingern und rauchte eine Zigarette nach der anderen. Verzweiflung stand in ihrem Gesicht. »Privatangelegenheiten sind immer politische«, sagte sie, »Kindererziehung ist unheimlich politisch, die Beziehungen, die Menschen untereinander haben, sind unheimlich politisch, weil sie etwas darüber aussagen, ob Menschen unterdrückt sind oder frei sind. Ob sie Gedanken fassen können oder ob sie keine Gedanken fassen können. Ob sie was tun können oder nichts tun können. Von den Bedürfnissen der Kinder her gesehen ist die Familie, ja ist die Familie der stabile Ort mit stabilen menschlichen Beziehungen notwendig und unerlässlich.«

Ulrike Meinhof machte eine Pause. Mit leiser Stimme fuhr sie fort: »Schwer – schwer – unheimlich schwer – na, es ist schwer – ist unheimlich schwer. Das ist natürlich viel einfacher, wenn man ein Mann ist und wenn man also eine Frau hat, die sich um die Kinder kümmert, und das geht in Ordnung. Und die Kinder brauchen ja wirklich stabile Verhältnisse und einen, der wirklich viel Zeit für sie hat. Und wenn man Frau ist und also keine Frau hat, die das für einen übernimmt, muss man das alles selber machen – es ist unheimlich schwer.«

Sie unterbrach ihren Redefluss, so als hätte sie sich selbst dabei ertappt, allzu viel Privates herauszulassen. Plötzlich wurde sie wieder ganz sachlich und politisch:

»Also ist das Problem aller politisch arbeitenden Frauen – mein eigenes inklusive – dieses, dass sie auf der einen Seite gesellschaftlich notwendige Arbeit machen, dass die den Kopf voll richtiger Sachen haben, dass sie eventuell auch wirklich reden und schreiben und agitieren können. Aber auf der anderen Seite mit ihren Kindern genauso hilflos dasitzen wie alle anderen Frauen auch. Und sehr viele von diesen Frauen haben dieselben Schwierigkeiten innerhalb ihrer Familien, die alle anderen Frauen auch haben.

Wenn man so will, ist das die zentrale Unterdrückung der Frau, dass man ihr Privatleben als Privatleben in Gegensatz stellt zu irgendeinem politischen

Leben. Wobei man umgekehrt sagen kann, da, wo politische Arbeit nicht was zu tun hat mit dem Privatleben, da stimmt sie nicht, da ist sie perspektivisch nicht durchzuhalten.

Man kann nicht antiautoritäre Politik machen und zu Hause seine Kinder verhauen. Man kann aber auf die Dauer auch nicht zu Hause seine Kinder nicht verhauen, ohne Politik zu machen, das heißt, man kann nicht innerhalb einer Familie die Konkurrenzverhältnisse aufgeben, ohne nicht darum kämpfen zu müssen, die Konkurrenzverhältnisse auch außerhalb der Familie aufzuheben, in die jeder reinkommt, der also …«

Sie zögerte und setzte dann ganz leise hinzu: »… seine Familie anfängt zu verlassen.«

Wenige Monate später sollte Ulrike Meinhof ihre Kinder verlassen.

Ulrike fiel in immer tiefere Selbstzweifel. Zwei kleine Texte hatte sie noch über den »Bambule«-Film verfassen sollen. Sie schrieb sie lieblos herunter und schickte sie an den Fernsehredakteur Waldmann.

»Das Problem ist, dass mich die Dreharbeiten ziemlich fertiggemacht haben, dass ich nun erst voll begriffen habe, wie sie mich eineinhalb Jahre lang korrumpiert hat [sic!], insofern sie für mich ein unausgesprochenes Verbot darstellte, das Selbstverständliche zu tun, nämlich aus meinen Kenntnissen der Heime die richtigen, das heißt praktischen Konsequenzen zu ziehen.«

Natürlich könne sie ihm das nicht vermitteln, denn er sei ja auch nur ein Schreiber. Sein Job sei das Fernsehspiel. Also könne er sie nur für verrückt erklären.

»Nur ist mir jetzt wirklich klar geworden, dass ein Aufstand im Heim, die Organisierung der Jugendlichen selbst, tausendmal mehr wert sind als zich Filme.«

Sie selbst habe keine Lust mehr, ein Autor zu sein, der die Probleme der Basis in den Überbau hieve, womit sie nur zur Schau gestellt würden, damit andere sich daran ergötzten, zu ihrem eigenen Ruhm. »Verstehst Du? Das habe ich kapiert, dass ich mit diesem Film nichts als ein ästhetisches Verhältnis zu den Problemen dieser proletarischen Jugend herstelle, wie jeder andere Schriftsteller auch – dass das Gewäsch ist, Revolutionsgewäsch.«

Konsequenz daraus sei gewesen, dass sie ein fest vereinbartes Interview über den Film abgesagt habe. »Ich kann mir unter diesen Umständen auch keinen neuen Film von mir vorstellen. Was ich vorhabe, ist, politisch zu

arbeiten.«

Am Ende wurde sie noch einmal versöhnlich: »Versuche mal, jetzt nicht bitterböse auf mich zu sein, sondern die Geschichte ein bisschen zu verstehen. Sie ist nicht einfach verrückt. Im Grunde ist sie nur konsequent und zum Glück noch nicht so korrupt, dass ich es nicht noch ticken kann. Tschüss für heute. Ulrike.«

Ulrike Meinhof hatte ein Grundproblem angesprochen, das unter Autoren, Journalisten und Filmemachern der späten sechziger Jahre ständig diskutiert wurde. Doch nur wenige – vor allem wenige bekannte – hatten aus der Theorie praktische Konsequenzen gezogen. So wie die meisten Aufforderungen der radikalen Linken theoretisch aufgestellt, aber niemals praktisch befolgt worden waren. So hatten alle Anwesenden auf dem Vietnam-Tribunal im Audimax der Technischen Universität das überdimensionale Plakat beklatscht: »Es ist die Pflicht jedes Revolutionärs, die Revolution zu machen.« Aber nur wenige hatten es auch nur versucht.

So bekundete auch Fernsehredakteur Waldmann in der Antwort seine Sympathie für Ulrikes Selbstzweifel: »Das geistige Dilemma, in das Du geraten bist, kann ich gut verstehen; ich lebe ständig in dieser Situation des Zweifelns über die Effektivität dessen, was ich tu.« Aber die Reaktionen auf seine Arbeit rissen ihn immer wieder aus dem Schlamassel heraus. Er fände es einigermaßen naiv, wenn Ulrike erst jetzt, nach Abschluss der Dreharbeiten, auf diese Gedanken käme.

Besonders die Art und Weise, in der Ulrike Meinhof über die Mitglieder des Filmteams geurteilt hatte, empörte den Fernsehmann: »Du beschuldigst unser Team der Teilnahmslosigkeit. Liebe Ulrike, mein Team hat von morgens bis in die Nacht Schwerstarbeit geleistet … So ist das in dem Beruf, dessen Spielregeln das Team nicht bestimmt, leider. Dass unsere Mitarbeiter von der Misere, die sie gesehen haben, nicht betroffen gewesen wären, ist eine Unterstellung, die kränkend ist. Ist es nur Dir vorbehalten, mitzuleiden? Weißt Du eigentlich, dass die von Dir verleumdeten Schauspielerinnen sich mit einigen Mädchen verabredet haben nach dem Dreh? Zum Kaffee, zum Theaterbesuch? Dass unsere Maskenbildnerin einem der Mädchen in ihren Beruf helfen will? Dass wir gestern gerade bei uns beredet haben, dass wir eben diesen Kontakt nicht abbrechen lassen?« Habe sie wirklich erwartet, dass das Team mit den Mädchen eine echte Revolution inszenieren und dabei Job, Familie, alles auf Spiel setzen würde?

»Du kommst mir vor«, schrieb Dieter Waldmann, »wie diese hochmütigen Intelligenzler, die den Springer-Arbeitern zurufen, sich mit ihnen zu solidarisieren, ohne zu fragen, wer denn dann den Lohn zahlt.« Offenbar würde sie wütend um sich herum alle beschuldigen, weil sie wieder einmal ihre eigene politische Misere vor Augen habe. Für sie, die Autorin, möge »Bambule« ein »Scheißspiel« sein. Für ihn sei es ein Versuch, anstelle von volksverdummenden »Scheißspielen« ein kleines Stückchen Aufklärungsarbeit zu leisten. »Im Übrigen hoffe ich auf den Tag, da bei Dir wieder einmal die Kohlen nicht stimmen und Du gnädigst Dein zweites Spiel für uns schreibst.«

Aber Ulrike Meinhof schrieb bereits an ihrem Spiel. Es sollte eine Tragödie werden.

Die Dreharbeiten zum Fernsehfilm »Bambule« waren Anfang Februar 1970 abgeschlossen. Kurz darauf erhielt Ulrike Meinhof Besuch aus Italien. Vor ihrer Tür in der Kufsteiner Straße standen Andreas Baader, wie immer elegant, diesmal in einem der maßgeschneiderten Seidenhemden, die er dem gutsortierten Kleiderschrank des Komponisten Hans Werner Henze in Rom entnommen hatte, und Gudrun Ensslin, die energische Pfarrerstochter. Sie suchten sich ein Zimmer aus. In Berlin, so glaubten die beiden, könnten sie sich unerkannt bewegen und gleichzeitig politisch aktiv sein. Natürlich konnte die Wohnung der prominenten linken Journalistin ihnen nur vorübergehend als Herberge dienen.

Ulrike Meinhof war einverstanden. Sie wollte den beiden helfen. Das Leben der Kaufhausbrandstifter schien ihr viel konsequenter als ihr eigenes. Sie hoffte, von ihnen zu lernen. Baader und Ensslin hatten sich auf ihrer Flucht durch Italien in einsamen Stunden manchmal einen »Schuss« verpasst und versuchten, auch Ulrike Meinhof dafür zu gewinnen. Die Gastgeberin hatte jedoch seit ihrer Gehirnoperation panische Angst davor, mit chemischen Substanzen zu experimentieren. Eines Nachts ließ sie sich überreden, und alle nahmen eine jener gelben Pillen, die unter dem Namen »Sunshine« in der Berliner Drogenszene leicht erhältlich waren: LSD.

In dieser Nacht wechselte die Stimmung abrupt. Sie war heiter, ironisch, aggressiv, brutal und dann wieder voller geträumter Gemeinsamkeiten. Ulrike konnte sich nur mit äußerster Anstrengung konzentrieren und erlebte Momente großer Angst, in denen sie fürchtete, die Wirkung würde nie wieder aufhören. Es war die Angst, verrückt zu werden, die sie nach ihrer Operation

kennengelernt hatte.

Mit Andreas Baader wäre sie wohl nicht allein auf den Trip gegangen. Aber da war Gudrun Ensslin, in deren Leben sie Gemeinsamkeiten mit sich selbst entdeckt hatte und von der sie fasziniert war. Sie hatte kompromisslos gehandelt, wie Ulrike meinte. Mit ihr sprach sie in dieser Nacht auch darüber, dass Gudrun ihr Kind verlassen hatte, um mit der Vergangenheit vollständig zu brechen. Gudrun Ensslin vertrat missionarisch eine neue Moral, die Moral der Revolutionäre, die einen Strich durch die eigene Herkunft machen und hinter sich alle Brücken verbrennen müssten. Deshalb sei Besitzlosigkeit und Illegalität für sie die einzig noch mögliche Lebensform.

Im Verlauf der nächtlichen Euphorie entwickelte Ensslin ein neues »Glaubensbekenntnis«, ein Gegenbekenntnis zu ihrer eigenen Herkunft. Alle zehn Gebote müssten gebrochen werden. Aus dem biblischen Gebot »Du sollst nicht töten« müsse in dieser Welt der Gewalt werden: »Du musst töten.« Als die Wirkung des LSD am Morgen ausklang, frühstückten sie gemeinsam im Café Kranzler.

Viele ihrer früheren Freunde gaben damals ihr studentisches Leben vorübergehend auf. Sie arbeiteten in Fabriken, um ihre »Schuld«, in die falsche Klasse hineingeboren zu sein, durch körperliche Arbeit inmitten des Proletariats abzutragen. Auch angehende Schriftsteller waren dabei, »Betriebsarbeit« zu leisten. Das hatte immerhin den Vorteil, neben der Möglichkeit zur Agitation auch seinen Lebensunterhalt verdienen zu können. »Dem Volk dienen!«, hieß die Mao-Losung dieser Zeit. Andere, die dem frühen Aufstehen nicht so viel abgewinnen konnten, riefen ihnen hinterher: »Seid schlau, bleibt beim Überbau!«

Etwa zwei Wochen blieben Ensslin und Baader in der Kufsteiner Straße. Den Zwillingen Bettina und Regine, damals sieben Jahre alt, wurde gesagt, dass es sich bei den beiden Besuchern um Andreas Baader und Gudrun Ensslin handele, dass diese ein Kaufhaus angezündet hatten und deswegen von der Polizei gesucht wurden. Aus diesem Grunde sollten sie die beiden im »Kinderladen« und in der Schule nicht erwähnen und sie zu Hause nur »Hans« und »Grete« nennen. Diese beiden Namen behielten Baader und Ensslin auch später als Decknamen.

Ulrike meinte, ihre beiden Gäste seien »Genossen«, besonders gute sogar. Die Zwillinge aber fanden an Baader überhaupt keinen Gefallen. Er war

offenbar nicht besonders kinderlieb. Als Bettina eines Tages hinfiel und sich die Knie blutig schlug, hob er sie nicht auf, sondern lachte nur schadenfroh. Später, als die Kinder Karl-May-Bücher lasen, fand Bettina in »Winnetou I« eine Figur, die sie an Baader erinnerte. Es war Rattler, der zu einer Truppe raubeiniger Landvermesser gehörte, skrupellos war und gleichzeitig feige, sodass die Indianer später seine Hinrichtung am Marterpfahl abbrachen und ihn voller Verachtung im Fluss ertränkten.

Baader und Ensslin hatten zu dieser Zeit nicht etwa konkrete Pläne, eine Stadtguerillatruppe aufzubauen. Im Kopf bewegten sie sehr vage Vorstellungen von Randgruppenstrategien, zwar aus der Illegalität heraus, auch militant, aber keineswegs militärisch. Vordringliches Ziel indessen war schlichtweg, Wohnungen zu besorgen, Geld zu beschaffen, Kontakte zu knüpfen.

29.
Mutproben

Eines Nachts kam es zum Treffen mit Dieter Kunzelmann, der ebenfalls von der Polizei gesucht wurde. Es entwickelte sich eine lange, harte Diskussion um die Frage, ob sich Baader und Ensslin und die Gruppe um Kunzelmann verbünden sollten. Es stellte sich schnell heraus, dass das kaum zu realisieren war, weil sich der radikal-maoistische Kurs von Baader und Ensslin – so vage formuliert er auch sein mochte – nicht mit dem »Blues« vereinbaren ließ.

Der »Blues«, das war ein Synonym für den militanten, aus der Hasch-Szene entstandenen Untergrund, jene Szene, aus der sich später die »Bewegung 2. Juni« entwickelte.

Im Hintergrund aber stand Baaders Führungsanspruch. Damit wollte sich Kunzelmann nicht abfinden, immerhin hatte er schon eine Gruppe um sich geschart. Aus der Zusammenarbeit wurde nichts.

Mahler nahm an dem Gespräch teil. Baader und Ensslin waren höchst irritiert, dass auch der Rechtsanwalt mit dem Aufbau einer eigenen Truppe schon recht weit fortgeschritten war. Manfred Grashof, von Mahler zuvor juristisch vertretener Bundeswehrdeserteur, gehörte dazu, der sogar einen – allerdings kaum funktionsfähigen – verrosteten Revolver besaß, dessen Freundin Petra Schelm sowie Mahlers Freundin Renate.

Die Tatsache, dass Mahler Chef einer kleinen Gruppierung war, behagte Baader keineswegs. Im Laufe der Diskussion wurde jedoch sehr schnell deutlich, dass Mahlers Führungsrolle nicht unangreifbar war. Schließlich hatte der Anwalt bis dahin nichts als eine Rechtsanwaltspraxis geführt. Baader und Ensslin aber hatten bereits revolutionäre Praxis in deutschen Kaufhäusern gezeigt. Die zweite Besprechung mit Mahler in der kleinen Hinterhauswohnung Manfred Grashofs endete mit der Vereinbarung, sich in Zukunft gemeinsam auf den Untergrundkampf vorzubereiten. Ulrike Meinhof war nicht dabei.

Die erste Aktion wurde so etwas wie eine Mutprobe für Horst Mahler. Molotowcocktails sollten in das Verwaltungsbüro des Märkischen Viertels

geworfen werden. Nach Abschluss des Gespräches wurden vier Flaschen präpariert, und dann zog die Truppe los. Scheiben splitterten, als die »Mollies« in das Büro flogen und das Mobiliar ansengten. Allein Horst Mahlers Cocktail ging daneben. Aber immerhin, er hatte geworfen. Der Schritt zur Tat war vollzogen. Nicht lange nach dieser Aktion wurde klar, dass Baader und Ensslin in Ulrikes Wohnung nicht mehr sicher waren. Mahler besorgte eine neue Unterkunft, nicht weit von der Kufsteiner Straße. In einem Neuköllner Möbellager, wo Einrichtungsgegenstände amerikanischer Soldaten zu Discountpreisen verhökert wurden, deckten sich Baader und Ensslin ein. Horst Mahler half ihnen, die Möbel nach oben zu tragen. Der Hausmeister kannte den Anwalt und begrüßte ihn artig mit »Guten Tag, Herr Mahler«. Die Wohnung blieb auch später noch Ausweichquartier für die Gruppe, und selbst als Mahler schon gesucht wurde, machte der Hausmeister keine Meldung bei der Polizei.

Andreas Baader gab die erste Probe seiner konspirativen Fähigkeiten. Der Eingangsflur zur Wohnung wurde mit gutem Geschmack bürgerlich eingerichtet, mit einem von Ulrike Meinhof gekauften Teppich, einem Biedermeiertisch und modischen Wandlampen. Es musste vorgesorgt werden für den Fall, dass etwa der Postbote oder ein Nachbar an der Tür erschien. Die anderen Zimmer wurden lediglich als Matratzenlager hergerichtet. Das Ganze sollte wirken wie ein Wohnbüro. Um diesen Eindruck zu vervollkommnen, bespielte Baader ein Tonband mit Schreibmaschinengeklapper und ließ es stundenweise ablaufen. Nach und nach wurden weitere Wohnungen angemietet, aber noch nicht bezogen – auf Vorrat gewissermaßen. Langsam weitete sich der Personenkreis aus, neue Leute kamen dazu, manche blieben, manche sprangen wieder ab. Ulrike Meinhofs Rolle war die einer teilnehmenden Beobachterin. Ihr mehrmals zaghaft vorgebrachtes, aber wichtigstes Argument gegen einen Absprung in den Untergrund war die Sorge um ihre Kinder. Es war unvorstellbar für sie, ihre Kinder aufzugeben, wie es Gudrun Ensslin mit ihrem Sohn gemacht hatte. Immer wieder kreisten die Diskussionen um dieses Problem. Schließlich erzeugte die Entwicklung der Gruppe aber eine Eigendynamik, der sie sich nicht mehr entziehen konnte und wollte.

Für den geplanten illegalen Kampf wurden natürlich Waffen gebraucht. Irgendjemand kam auf den Gedanken, an der Mauer Streife gehenden Polizisten die Pistole abzunehmen. Man setzte sich hin, nähte aus Stoffresten kleine Säckchen für Bleikugeln. Es waren Kugeln, mit denen normalerweise

Gardinen am unteren Rand beschwert werden. Andreas Baader, der sich früher häufig seine Hosen selber genäht hatte, entwickelte besonderes Geschick mit Nadel und Faden. Die Säcke, dicken, schweren Würsten gleich, sollten nachts einem allein patrouillierenden Polizeibeamten von hinten über den Kopf geschlagen werden, um dem so betäubten Beamten die Waffe abnehmen zu können. Ein Knüppel oder eine Eisenstange kam dafür nicht in Frage, schließlich war man ja kein Barbar. Nach Fertigstellung der Bleisäckchen stahlen sie ein Auto und fuhren nach Neukölln – in eine abgelegene Gegend dicht an der Mauer. Doch statt des erwarteten einsamen Streifengängers trafen sie nur auf Polizisten, die zu zweit oder gar zu dritt ihre nächtliche Runde drehten. Die Aktion wurde abgebrochen.

Einer, der dabei war, erinnert es so: »Wir wollten an der Mauer in Kreuzberg zwei Polizisten, die Doppelstreife gingen, mit Äther betäuben und ihnen die Uniformen und die Maschinenpistolen abnehmen. Das hat Mahler vermasselt. Als wir nachts da im Auto saßen und die Bullen näher kamen, verlor Mahler die Nerven und sprang aus dem Auto. Gudrun Ensslin war darüber stinksauer und beschimpfte uns als ›unfähige Machos‹.«

Die Gruppe fuhr zu einem Spätcafé am Kurfürstendamm. Am Nebentisch saß eine etwa dreißigjährige amerikanische Touristin, die ihre Handtasche neben sich auf einen Stuhl gelegt hatte. Die Frau stand auf und ging zur Toilette. Die Handtasche blieb liegen. Andreas Baader blickte Mahler an und sagte: »Horst, jetzt bringst du es.« Und der Anwalt »brachte« es. Er schaffte die Tasche beiseite, griff Geld und Papiere und stellte die Handtasche zurück. Bleich geworden, verließ er das Lokal. Die anderen blieben noch einen Moment sitzen und amüsierten sich.

30.
Waffensuche auf dem Friedhof

Die erste Waffenbeschaffungsaktion war gescheitert, aber Horst Mahler erschloss eine neue Quelle. Der ahnungslose Anwalt erklärte, sein alter Bekannter Peter Urbach könne die notwendigen Waffen besorgen. Auf einem Friedhof in Buckow habe Urbach eine Kiste mit Pistolen aus dem Zweiten Weltkrieg vergraben, rostfrei und gut verpackt. Baader sprang darauf an. Am Nollendorfplatz fand das erste Treffen mit dem Verfassungsschutzagenten statt. Dann fuhren Baader, Mahler und ein paar andere zusammen mit Urbach zum Friedhof. Der V-Mann deutete die Stelle an, wo die Waffen vergraben sein sollten. Doch trotz der nächtlichen Stunde war die Luft nicht rein. Einige späte Passanten verhinderten die Grabungsaktion.

Am Nachmittag des nächsten Tages fuhr Andreas Baader mit stark überhöhter Geschwindigkeit durch Kreuzberg. Plötzlich merkte er, dass er von einem Polizeiwagen verfolgt wurde, den er aber abschütteln konnte. Seine Autonummer wurde allerdings notiert.

Abends wurde erörtert, welches Fazit aus der vergeblichen Buddelei auf dem Friedhof zu ziehen sei. Man überlegte hin und her, ob Urbach wohl bloß angegeben habe; dass er ein Spitzel sein könnte, wurde noch nicht ernsthaft erwogen. Ihm solle noch eine Chance gegeben werden.

Einige Tage später trafen sie sich spät in der Nacht zum zweiten Mal mit dem Verfassungsschutzagenten. Urbach hatte, wie schon bei der ersten Grabungsaktion, die notwendigen Gerätschaften, wie Spaten und Hacken, mitgebracht.

Urbach deutete auf einen kleinen Erdwall. Dann begannen Baader und er zu graben, während einer mit einem Luftgewehr in der Hand Wache stand. Nach einer knappen halben Stunde stellte sich heraus, dass die Mühe vergebens war. Waffen waren, hier jedenfalls, nicht vergraben. Urbach konnte sich die Sache nicht erklären. Da müsse wohl jemand anders schon vor ihnen gegraben haben, versuchte er sich herauszureden. Die Truppe machte sich auf den Weg nach Hause.

Mahler und Urbach stiegen zusammen in einen Wagen und fuhren vor,

Baader und die anderen in einem zweiten Auto hinterher. Gegen 3.15 Uhr stoppte ein Streifenwagen der Polizei auf der Waltersdorfer Chaussee das Fahrzeug. Die Polizisten verhielten sich wie bei einer normalen Verkehrskontrolle. In Wahrheit war die Festnahme durch einen Einsatzbefehl der Polizeifunkzentrale angeordnet worden. Urbach hatte eine Falle gestellt.

»Zeigen Sie bitte Ihre Papiere«, sagte der Polizist zu Baader. »Haben Sie Alkohol getrunken?« Baader verneinte. Der Beamte blätterte in Baaders Papieren, Führerschein und Personalausweis auf den Namen Peter C., geboren am 14. Juni 1934 in Berlin. »Wo wohnen Sie denn?«

»Rom, Via Addia 4«, sagte Baader.

»Verheiratet sind Sie auch?«, fragte der Beamte.

Baader nickte. »Wie viele Kinder haben Sie denn?«

Baader musste passen. Zwar war die Zahl seiner Kinder im Ausweis eingetragen, Baader aber hatte offenbar nie nachgesehen.

Der Polizeibeamte forderte die Fahrzeuginsassen auf, zur Identitätsüberprüfung mit auf die Wache zu kommen.

Als Einziger blieb Baader in Polizeigewahrsam. Die anderen konnten wieder gehen. Mahler und Urbach hatten die Festnahmeaktion aus einer Nebenstraße heraus beobachtet. Der Verfassungsschutzagent nahm Mahler noch mit in die Stadt und setzte ihn dort ab.

Am Vormittag des 4. April 1970, kurz nach 9.00 Uhr, rief Horst Mahler beim Polizeirevier 221 an: »In den heutigen Morgenstunden ist doch von Ihrer Dienststelle Herr Baader festgenommen worden«, erklärte der Anwalt dem Beamten. »Können Sie mir bitte sagen, wo er sich zurzeit befindet und ob ich ihn dort sprechen kann?«

Darauf hatte der Beamte gerade gewartet, denn bis zu diesem Zeitpunkt war Baader noch nicht endgültig anhand seiner Fingerabdrücke identifiziert worden.

»Wenn Sie, Herr Rechtsanwalt, mir bestätigen, dass es sich bei dem in den heutigen Morgenstunden von Abteilung I verhafteten Mann um Herrn Baader handelt, wäre ich Ihnen für Ihre Hilfe dankbar.«

Mahler versuchte, sich zu korrigieren, indem er nur noch von der »festgenommenen Person« sprach, aber der Polizeibeamte hatte genug erfahren. Letztlich war ohnehin klar, wen die Polizei da gefangen hatte. Baader wurde in die Strafanstalt Tegel gebracht. Er sollte seine Reststrafe absitzen.

In den Tagen nach der Festnahme Andreas Baaders wurde intensiv darüber nachgedacht, auf welche Weise man ihn befreien könnte. Irgendeiner kam auf die Idee, dass man eine Ausführung aus dem Gefängnis arrangieren müsste, die Frage war nur, wie. Jemand anders machte den Vorschlag, Ulrike Meinhof solle zusammen mit Baader ein Buchprojekt vorschieben, für dessen Realisierung eine Exkursion Baaders aus der Haftanstalt unumgänglich sei. Als Ziel der Ausführung wurde das Dahlemer Institut für soziale Fragen anvisiert und auch umgehend ausgekundschaftet.

Über das Thema Gefangenenbefreiung wurde in diesen Tagen ohnehin viel diskutiert. Am 31. März war der deutsche Botschafter in Guatemala, Karl Graf von Spreti, von Guerillas entführt worden. Sie verlangten die Freilassung von 22 inhaftierten Untergrundkämpfern und ein Lösegeld von 2,5 Millionen Mark. Als die Regierung Guatemalas nicht auf die Forderungen einging, wurde Spreti am 4. April erschossen.

31.
Vorbereitungen für eine Gefangenenbefreiung

Baader hatte immer noch unter den Folgen seiner Gelbsucht zu leiden. Deshalb war er nach der Festnahme zunächst in die Krankenabteilung des Untersuchungsgefängnisses Moabit verlegt worden. Er saß dort Zelle an Zelle mit Bommi Baumann, der ebenfalls Gelbsucht hatte, und einem Mann namens Eckehard L.

Sie waren sich sofort einig, dass sie gemeinsam ausbrechen würden. Bommi hatte schon damit begonnen, den Türrahmen in seiner Zelle herauszukratzen, was ihm dann aber zwecklos erschien, weil die Beamten seine Zellentür ohnehin ständig offen stehen ließen. Bommi war nämlich ein freundlicher Gefangener, der zum Aufsichtspersonal der Anstalt ein gutes Verhältnis »von Proletarier zu Proletarier« pflegte. Sein Zellennachbar Andreas Baader war da anders. Er beschimpfte die Beamten ständig mit den unflätigsten Ausdrücken. Daraufhin wurde seine Zellentür geschlossen gehalten. Die Haftärzte besuchten Bommi gelegentlich und verliehen ihrer Verwunderung Ausdruck: »Also, Herr Baumann – Sie sind ja ganz nett. Aber Ihr Kollege Baader, der ist ja fürchterlich.«

Bommi fand, dass Baader durch sein rotziges Verhalten jede Chance zur Flucht versaute. »Statt dass der nun auch ein bisschen auf nett macht, hat er die angemacht. Wir hätten den ganzen Tag im Haus herumspazieren können. Dann hätte bloß einer an der Außenmauer vorbeifahren müssen. Anker an das Gitter und hinten am Auto fest, losfahren, bing, wäre das Gitter weg. Wären wir draußen gewesen, gar kein Problem. Einfach rausgesprungen aus dem Fenster und weg, Wiedersehen. Da war doch damals keine Bewachung, nichts.«

Abends saßen sie am Fenster und redeten miteinander über die unterschiedlichsten Fluchtmöglichkeiten. Ihr Nachbar »Ecke« bekam das in allen Einzelheiten mit.

Baader wurde immer ungeduldiger, er konnte die Haftsituation nicht ertragen. Bommi Baumann fand, dass er sich anstellte wie der erste Mensch: »Der hat sich so aufgeführt, dass sie ihn in die Klapsmühle gesteckt haben.

Der hat sich nie gewaschen und lauter so ’ne Geschichten. Dann war denen das unheimlich, er kriegte solche Depressionen, dass sie ihn in die PN, die psychiatrisch-neurologische Abteilung, steckten. Baader war dann schon dabei, die Gänge immer hoch und runter zu laufen, die richtige Knastmacke.«

Gudrun Ensslin lief inzwischen draußen von Tür zu Tür, um Leute für eine Befreiungsaktion zu mobilisieren. Niemand wollte so richtig mitmachen. Theoretisch stand Gefangenenbefreiung derzeit im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Aber konkret planen, organisieren? Das war die Sache der meisten in der Szene nicht.

Inzwischen hatte Andreas Baader eine Zelle im Haus I der Vollzugsanstalt Tegel bezogen. In den nächsten Tagen und Wochen erhielt er regelmäßig Besuch. Seine Mutter Anneliese Baader erschien, Horst Mahler als Anwalt, Ulrike Meinhof, sie allein fünfmal.

Und eines Tages, es war der 30. April, meldete sich nach 12.00 Uhr mittags eine Frau an der Anstaltspforte und legte einen Personalausweis auf den Namen Dr. Gretel Weitemeier vor. Keinem der Beamten fiel auf, dass es sich um die ebenfalls gesuchte Gudrun Ensslin handelte, die ihren Freund Andreas besuchen wollte. Für eine Stunde konnten sie zusammen sein, unter Aufsicht eines Justizbeamten. Weil alles gutgegangen war, besuchte Ensslin ihn noch zweimal, zuletzt einen Tag vor der Befreiung.

An jenem 30. April war auch ein Kriminalhauptmeister von der Staatsschutzabteilung der Berliner Polizei in Tegel. Gemeinsam mit einem Staatsanwalt vernahm er den Strafgefangenen Eckehard L. Der Häftling galt bei der Polizei als Wichtigtuer, der sich gelegentlich durch frei erfundene Hinweise auf bevorstehende APO-Aktionen Vorteile verschaffen wollte.

So waren die Beamten skeptisch, als sie dem Gefangenen gegenübersaßen. Sie waren auf das, was er ihnen sagen wollte, vorbereitet. Schon eine Woche zuvor hatte sich der Häftling an einen Vollzugsbeamten gewandt: »Ein Gefangener aus dem Haus I will ausbrechen. Er soll mit Hilfe der APO befreit werden.«

Der Wachtmeister fragte nach dem Namen. »Baader«, sagte der Häftling.

Der Vollzugsbeamte kannte Andreas Baader nicht. Er kannte aber einen anderen Häftling mit dem Namen Bader, Paul.

Er schrieb seine Meldung an den Anstaltsleiter: »Dem einsitzenden Gefangenen Bader, Paul, soll mit Hilfe der APO eine Entweichung ermöglicht werden.«

Der Polizeibeamte vom Staatsschutz, APO-Spezialist, erkannte den Irrtum

und wies den Justizbeamten darauf hin, dass nicht Paul Bader, sondern Andreas Baader gemeint war. Die Meldung wurde handschriftlich abgeändert. Aus »Paul« wurde »Andreas«. Um ganz sicherzugehen, unterrichtete der Kriminalbeamte auch noch den Anstaltsleiter Glaubrecht persönlich über den angeblich geplanten Ausbruch Andreas Baaders.

Am selben Tag ging in der Anstalt ein Brief des Verlags Klaus Wagenbach ein, in dem es hieß, dass Andreas Baader und Ulrike Meinhof gemeinsam ein Buch über randständige Jugendliche verfassen sollten. Bei einem der Besuche fragte Ulrike Meinhof, ob es nicht möglich sei, dass Andreas Baader zur Sichtung von Literatur ausgeführt werden könne. In einem wissenschaftlichen Institut in Berlin gebe es Zeitschriften aus den zwanziger Jahren, deren Lektüre für das Buchprojekt unverzichtbar sei.

Der Anstaltsleiter Glaubrecht lehnte ab: »Eine mehrfache Ausführung ist schon wegen unseres Personalmangels nicht möglich.«

Baaders Anwalt Horst Mahler war gerade in Tegel. Er wollte sich damit nicht abfinden und bestand darauf, sofort den Anstaltsleiter zu sprechen. Dort zog der Rechtsanwalt noch einmal alle Register. Es gebe niemanden, der Baader die Auswahl aus der Autorenkartei abnehmen könne.

Glaubrecht zeigte sich beeindruckt und stimmte einer einmaligen Ausführung von zwei bis drei Stunden zu, Mahler unterrichtete Baader, der gerade Besuch von Ulrike Meinhof hatte, vom Erfolg seiner Bemühungen.

Als der Anwalt gegangen war, bat Glaubrecht um die Akte Baader. Noch am selben Tag rief jemand aus der Anstaltsleitung beim Institut für soziale Fragen an und vereinbarte den Häftlingsbesuch für den übernächsten Tag, Donnerstag, den 14. Mai 1970, 9.00 Uhr morgens.

Der Verleger Klaus Wagenbach hatte zwar einen Buchvertrag mit Ulrike Meinhof und Baader aufgesetzt, um dessen Flucht zu ermöglichen. Er war aber »absolut dagegen, dass Ulrike Meinhof in den Untergrund geht«. Weil er annehmen musste, dass sein Verlag überwacht wurde, unternahm er mit Ulrike Meinhof einen Spaziergang, um sie von ihrem Plan abzubringen. »So viele gute Federn wie dich gibt es nicht«, sagte er ihr. Doch Ulrike ließ sich nicht mehr zurückhalten.

Die Kerntruppe, die sich zum Ziel gesetzt hatte, Andreas Baader zu befreien, bestand im Wesentlichen aus Frauen. Dass der bekannte Anwalt Horst Mahler nicht selbst bei der Befreiung mitwirken konnte, leuchtete allen Beteiligten ein. Dennoch sollte – Emanzipation hin, Emanzipation her – auf

jeden Fall ein Mann an der Aktion teilnehmen. Daraufhin gab Mahler einen Tipp. Wenige Tage vor der Befreiung sprach Gudrun Ensslin den von Mahler vorgeschlagenen Mann im »Republikanischen Club« an. Sie wusste, dass er schon im Knast gesessen und einige »harte Sachen« gemacht hatte. Für die Aktion waren das recht günstige Voraussetzungen, so schien es ihr. Der Mann sagte spontan zu, konnte wohl auch nicht so richtig überblicken, welche Tragweite seine Entscheidung hatte.

Was fehlte, waren Waffen, und die konnten am einfachsten in der kriminellen Szene erworben werden. Zwei der Frauen folgten einem Tipp aus der Unterwelt und suchten spätnachts eine dem rechtsradikalen Milieu zugehörige Kneipe mit dem Namen »Wolfsschanze« auf. Sie sprachen den Geschäftsführer an, ob er ihnen eine Pistole oder gar eine Maschinenpistole verkaufen könne. Er reagierte abweisend. »Du kannst es dir ja noch mal überlegen«, sagte die eine und verschwand wieder. Zwei Tage später stand die Frau wieder in der »Wolfsschanze«. Diesmal erklärte ihr der Geschäftsführer: »Ich will mal sehen, was sich da machen lässt.«

Am 12. Mai gegen 23.00 Uhr, zwei Tage vor Baaders Ausführung in das Institut für soziale Fragen, ließ sich etwas machen. An der Theke in der »Wolfsschanze« stand Günter V., der dem Wirt schon einmal Waffen angeboten hatte. An einem Tisch saßen die beiden Interessentinnen. »Guck mal, da sitzt die Olle«, sagte der Kneipier. Der Waffenlieferant setzte sich zu den beiden. Nach einiger Zeit verließen alle drei das Lokal. Der Mann, der sich »Teddy« nannte, nahm die Frauen mit in die Wohnung einer Freundin, wo er ein kleines Waffenlager unterhielt. Teddy verkaufte den beiden zwei Pistolen, eine Beretta und eine Reck inklusive Schalldämpfer. Er hatte die Pistolen illegal aus der Schweiz eingeführt und dazu selbst passende Schalldämpfer konstruiert. Die Frauen bezahlten die Waffen mit 1000 Mark pro Stück. Die Vorbereitung für die Befreiung ging in die Endphase.

Am 14. Mai 1970 um 9.00 Uhr morgens war es so weit. Andreas Baader wurde mit Waffengewalt aus dem Institut für soziale Fragen im Westberliner Stadtteil Dahlem befreit.

Der Institutsangestellte Georg Linke erlitt dabei schwere Schussverletzungen.

Baader und seine Befreier entkamen.

Mit dem Sprung aus dem Fenster des Instituts für soziale Fragen beendete Ulrike Meinhof ihre journalistische Karriere und ging in den Untergrund.

Ihr Film »Bambule«, der in diesen Tagen gesendet werden sollte, wurde kurzfristig vom Fernsehprogramm gestrichen.

Ich war Mitte Juli 1969 aus den USA zurückgekommen, sah die erste Mondlandung nachts im Fernsehen, wollte eigentlich studieren, doch die kommenden Ereignisse hielten mich davon ab.

Kurz nach der Baader-Befreiung rief ein »Panorama«-Redakteur, den ich aus den »konkret«-Tagen kannte, an und gab mir den Auftrag, die Hintergründe der Baader-Befreiung zu recherchieren. Ich nahm einen Flug nach Berlin und versuchte dort, Peter Homann zu finden, von dem ich wusste, dass er mit Ulrike zusammengelebt hatte. Der war verschwunden. Ich rief Jan-Carl Raspe an, der zusammen mit Marianne Herzog in einer Wohnung wohnte, in der ich Ulrike Meinhof Anfang 1970 am Vorabend ihres Prozesses wegen des Falschparkens am Gründonnerstag 1968 vor dem Springer-Haus das letzte Mal gesehen hatte.

Raspe traf sich mit mir in einem Café am Kurfürstendamm, wusste aber angeblich nichts von den Untergetauchten. Ich interviewte die Mädchen aus dem Eichenhof, wo Ulrike Meinhof ihren Film »Bambule« gedreht hatte. Wir filmten den Leseraum im Institut für soziale Fragen in Dahlem, wo Ulrike Meinhof und Baader aus dem Fenster gesprungen waren. An jeder Litfaßsäule klebte ein Fahndungsplakat mit dem Foto von Ulrike Meinhof. Der Film wurde nicht bei »Panorama«, sondern nur in einem Magazin des Dritten Programms gesendet. Es war mein erster Fernsehbeitrag. Und nicht der letzte über Ulrike Meinhof und die RAF.

2. Kapitel

»Die ungestüme Herrlichkeit des Terrors«

1.
Die Reise nach Jordanien

Am 8. Juni 1970 flog eine Westberliner Reisegruppe vom Ostberliner Flughafen Schönefeld nach Beirut. Auf der Passagierliste der Interflug-Maschine fand die Polizei später unter anderem die Namen Bäcker, Grashof, Schelm, Mahler, Dudin und Ray.

Offenbar hatte die französische Journalistin ihren Pass in Berlin gelassen. Said Dudin, ein Verbindungsmann zur palästinensischen Befreiungsorganisation El Fatah, hatte die Flugtickets im Reisebüro »Karim« in Westberlin gekauft.

Er kannte Ulrike Meinhof aus der Zeit der Studentenbewegung und von ihrer Lehrtätigkeit am Publizistischen Institut der Freien Universität Berlin. Dudin schätzte sie als »Journalistin und Humanistin« und war erschrocken, als er sie nach der Baader-Befreiung zum ersten Mal sah: »Sie war ein Wrack von einem Menschen.« Ulrike sagte ihm, eine Freundin würde sich um ihre Kinder kümmern.

Um 15.30 Uhr landete der erste Teil der Truppe in Beirut. Von dort aus sollte es ins jordanische Amman weitergehen. Der Flug fiel jedoch aus, weil in Jordanien Vorgefechte einer bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung zwischen König Hussein und der PLO aufgeflammt waren. Königstreue Truppen und palästinensische Freischärler lieferten sich bereits blutige Kämpfe.

Ganz unplanmäßig mussten die Reisenden den Transitraum verlassen und dabei eine libanesische Kontrolle passieren. Drei von ihnen hatten statt eines Reisepasses lediglich ihren behelfsmäßigen Berliner Personalausweis dabei. Der Beamte wollte seinen Stempel in die Ausweise drücken, fand aber keinen dafür vorgesehenen Platz. Er blätterte hin, blätterte her, dann kam ihm die Sache nicht ganz geheuer vor, und er holte seinen Chef. Der kassierte die Personalpapiere der gesamten Reisegruppe aus Berlin und setzte sie fest. Said Dudin protestierte vergebens. Der Kommandant gab die Ausweise nicht wieder heraus. Die Gruppe wurde im Zollraum interniert, an den Fenstern und Türen hingen Trauben sich amüsierender Araber. Der Kommandant

blickte auf die Uhr und stellte fest, dass Feierabend war. Er nahm den Stapel Personalausweise und schloss ihn in einen Metallschreibtisch ein. Dann ging er.

Die konspirative Reisegesellschaft war ratlos. Schließlich konnte man sich nicht wie eine normale Touristengruppe an die konsularische Vertretung der Bundesrepublik Deutschland wenden.

Horst Mahler hatte die Idee, die Vertretung der DDR einzuschalten, deren Geschäfte seiner Meinung nach von der französischen Botschaft wahrgenommen wurden. Das war allerdings ein Irrtum. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Libanon hatte Frankreich die Vertretung der bundesdeutschen Interessen übernommen.

Mahler hängte sich ans Telefon: »Hier ist Rechtsanwalt Mahler aus Berlin.« Hans-Jürgen Bäcker und Petra Schelm, die neben ihm standen, bemerkten, mit wem Mahler sprach, und drückten die Gabel herunter. »Klick«, machte es, aber der Beamte des Bereitschaftsdienstes in der »Deutschen Interessenvertretung bei der Französischen Botschaft« hatte genug gehört. Hektisch begannen die deutschen Behördenvertreter, von den libanesischen Sicherheitsdiensten die Festnahme der Touristengruppe zu verlangen. Telefonate wurden geführt, Haftbefehle hin und her geschickt. Aber die libanesischen Polizeidienststellen hatten wenig Neigung, sich mit palästinensischen Gruppierungen anzulegen, unter deren Schutz die Deutschen offenkundig standen.

Daraufhin verhandelte der aus Berlin mitgekommene Palästinenser Said Dudin mit einem Vertreter des libanesischen Innenministeriums und vereinbarte, dass die Gruppe freigelassen würde und innerhalb von 24 Stunden das Land verlassen müsse. Dudin und ein paar Männer der PLO-Sicherheit, Mitglieder der El Fatah, fuhren zum Flughafen und befreiten die Berliner aus dem Zollraum. Einige der Fedayin fuhren zur Villa des Beamten, den sie für den Kommandanten hielten. Sie verprügelten ihn und forderten die Herausgabe des Schlüssels für den Metallschreibtisch, in dem die Ausweise lagen. Aber es handelte sich nur um den Stellvertreter, und er hatte keinen Schlüssel. Da luden sie den gesamten Schreibtisch auf einen Lastwagen und nahmen ihn mit.

Die Reisegruppe wurde im Hotel »Strand« untergebracht. Mitten in der Nacht tauchte die libanesische Miliz auf und nahm die Deutschen fest. Wieder ging es zum Flughafen, und wieder wurden sie von den

Palästinensern befreit und im Auto sofort über die libanesisch-syrische Grenze nach Damaskus gebracht. Dort wurde die Gruppe in einer geheimen Unterkunft der Palästinenser einquartiert. Bevor die Reise fortgesetzt werden konnte, zeigten die Fedayin den Deutschen die Plantagen nahe der Stadt, wiesen sie auch schon einmal in den Gebrauch von Schusswaffen ein. Zwischendurch besuchten die Reisenden ein Schwimmbad, wo sie sich als Schweden oder DDR-Bürger ausgaben. Von Syrien aus wurden sie nach Jordanien gebracht. Die Fahrt endete in einem Ausbildungslager wenige Kilometer vor Amman an der Straße in Richtung Jerusalem. Das Camp lag inmitten der Gebirgswüste auf einem Plateau, umgeben von verkarsteten Hügeln. Zwei Steinhäuser, ein freier Platz für militärische Übungen, eine Schießhalle aus Beton, Zelte. Das war alles. Die Ausbildung begann. Horst Mahler ließ sich einen Bart wachsen.

Etwa zehn Tage nach Abflug der ersten Gruppe kehrte Said Dudin nach Berlin zurück, einen Stapel Pässe der Vereinigten Arabischen Republik im Gepäck, die mit den Fotos der Baader-Befreier versehen worden waren.

Am 21. Juni um 6.30 Uhr wurde die neue Reisegruppe, unter ihnen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof – und Peter Homann – von Helfern im Auto nach Neukölln gefahren. Homann schloss sich der Gruppe an, obwohl er an der Baader-Befreiung nicht mitgewirkt hatte. Doch weil die Polizei wusste, dass er mit Ulrike Meinhof zusammengelebt hatte, hielt sie ihn für einen Mittäter. Und noch schlimmer: weil sie sich nicht zusammenreimen konnte, wer sonst bei der Baader-Befreiung geschossen hatte, hielt man ihn für den Schützen. Das galt als Mordversuch. Obwohl unschuldig, hatte Homann allen Grund zum Untertauchen. Da fiel ihm nichts Besseres ein, als mit der Gruppe in den Nahen Osten zu fliegen.

Mit der U-Bahn ging es zum Bahnhof Friedrichstraße in Ostberlin. Nach einer kurzen Passkontrolle konnten die mit gefärbten Haaren in »Araber« verwandelten Deutschen den Transit zum Flughafen Berlin-Schönefeld fortsetzen. Die Volkspolizei machte keinerlei Schwierigkeiten.

Doch der Flug nach Damaskus fiel an diesem Nachmittag aus. Die Reisegruppe wurde in einem Hotel in Flughafennähe untergebracht.

Es wurde wenig gesprochen an diesem Tag in Berlin-Schönefeld. Miteinander deutsch sprechende Araber wären zu auffällig gewesen. Wenn sie sich von der Volkspolizei unbeobachtet glaubten, redeten Baader und Ensslin miteinander, tauschten Urteile über einzelne Mitglieder der

Reisegruppe aus und verbreiteten Urteile über ihre Vorzüge und Nachteile, auch wenn die Betroffenen es hören konnten.

Ulrike Meinhof kam dabei schlecht weg. »Die taugt eigentlich zu nichts«, sagte Baader immer wieder. Ulrike schluckte das widerspruchslos. Andreas Baader und Gudrun Ensslin waren die Führungspersönlichkeiten, daran durfte niemand zweifeln.

Die vollbesetzte Maschine landete am nächsten Nachmittag in Damaskus. Wieder gab es Probleme mit der Einreise. Diesmal wollten die syrischen Beamten die Deutschen nicht ins Land lassen. Aber damals hatten auch dort die Palästinenser ein gewichtiges Wort mitzureden. Nur wenige Stunden wurde die Gruppe auf dem Flughafen festgehalten. Said Dudin, der als Einziger den Raum hatte verlassen dürfen, kam mit einem Papier und vier bewaffneten Palästinensern zurück.

Die Reisenden konnten nun passieren, bestiegen Taxis und wurden zum selben Geheimquartier gefahren, in dem schon die erste Gruppe gewohnt hatte. Einer der Palästinenser prahlte mit waffentechnischen Kunststücken und anderen Kraftakten. Dann gab es ein karges Mahl, geschlafen wurde in großen Räumen auf übereinandergestellten Feldbetten.

Am nächsten Morgen ging die Reise weiter. An der Grenze zwischen Syrien und Jordanien brauchte Said Dudin nur mit einem Passierschein der El Fatah zu winken. Alle Posten waren auch von bewaffneten Palästinensern besetzt. In beiden Ländern existierte zu dieser Zeit eine Art Doppelherrschaft.

Am frühen Nachmittag erreichten sie Amman und wurden von militärischen Führern der Fatah empfangen. Der Sicherheitsdienst der Fatah fotografierte die Gäste. Auf Karteikarten vermerkten die palästinensischen Geheimdienstler alle wichtigen persönlichen Daten. Dann musste jeder mit seinem richtigen Namen unterschreiben. Später eroberten die Israelis in Beirut das Hauptquartier des El-Fatah-Geheimdienstes und gelangten in den Besitz dieser Akten.

Nach einer knappen Stunde erreichte die Reisegruppe das Lager außerhalb der Stadt. Es war früher Abend und noch hell. Sie bog von der Hauptstraße ab auf einen geschlängelten Sandweg, der zum Camp führte. Nach einigen hundert Metern hatte sie den Eingang erreicht. Das Berliner Vorauskommando erwartete sie schon und begrüßte die Neuankömmlinge mit Schulterklopfen und Umarmungen.

2.
Im Camp

Horst Mahler sah mit seinem Bart und der grünen Militärmütze aus wie Fidel Castro in der Sierra Maestra. Er strahlte und war ganz Chef einer Guerilla-Einheit, von seinen Leuten akzeptiert und von den Palästinensern anerkannt.

Nach Baaders Ankunft sollte sich das innerhalb weniger Stunden ändern. Schon beim ersten gemeinsamen Essen startete Baader seinen Angriff auf den Führer der Vorhut. Er warf ihm die Panne auf dem Beiruter Flughafen – verschiedene deutsche Zeitungen hatten davon berichtet – als Beweis seiner vollständigen Unfähigkeit vor. Mahler hatte dem nicht viel entgegenzusetzen. Der bisherige Guerilla-Chef wurde schon an diesem Abend degradiert.

Horst Mahler, der brillante Anwalt, der vor Gericht so geschliffen argumentieren konnte, war dem aggressiven, höhnischen Andreas Baader nicht gewachsen. Baader konnte anderen ihre Unfähigkeit auf eine Weise vorhalten, die sie völlig aus der Fassung brachte. Er geiferte die anderen an, bis er im wahrsten Sinne des Wortes Schaum vorm Mund hatte. Rationalen Argumenten war er nicht zugänglich, und wenn er nicht mehr weiterwusste, sprang Gudrun Ensslin ein und predigte ihre neue Moral von der Übertretung aller bürgerlichen Gesetze, der »tiefsten Freiwilligkeit«, mit der jeder Revolutionär sich unterordnen müsse, oder dass man die Illegalität nur in der Illegalität erlernen könne. Nach den Ausfällen Baaders folgte dann Gudrun Ensslins Mao-Bibelstunde. Mit dieser Arbeitsteilung waren Baader und Ensslin schnell das unbestrittene Führungspaar der entstehenden RAF.

Anfangs hatten die Gastgeber nur ein Programm vorbereitet, das eine Art Revolutionstourismus zum Inhalt hatte, wie sie es vielen Ausländern präsentierten, die damals zu den kämpfenden Palästinensern kamen. Die riesigen Zeltstädte wurden gezeigt, in denen die Menschen oft noch zwei Jahrzehnte nach ihrer Vertreibung aus Palästina lebten. Lazarette mit verwundeten Frauen, Kindern und Männern, die eigenen Schulen, in denen Lernen und militärische Ausbildung eine Einheit bildeten. All dies bekamen die Deutschen ebenfalls zu sehen. Aber dann setzten sie durch, an einer richtigen militärischen Ausbildung teilnehmen zu können.

Alle wurden truppenmäßig eingekleidet, erhielten grüne Kampfanzüge und Mützen. Nur Andreas Baader wollte weiterhin seine hautengen Samthosen tragen, in denen er später beim Training durch die steinige Wüste robbte. Die Gruppe der Deutschen bestand aus über zwanzig Frauen und Männern, die nach den Vorstellungen des algerischen Kommandanten Achmed getrennt untergebracht werden sollten. Frauen waren bisher noch nie in diesem Lager ausgebildet worden. Es gab den ersten Protest. Baader und Ensslin verlangten, dass gemischt geschlafen werden durfte. Sie hielten die Zusage für einen großen emanzipatorischen Erfolg und merkten nicht, dass sie den Grundstein für dann folgende Auseinandersetzungen gelegt hatten.

Das Haus, in dem alle untergebracht waren, hatte vier Räume. Zwei dienten als Schlafräume, ein dritter als Küche und Aufenthaltsraum, wo sich die Deutschen an einem großen Tisch zum Essen und zu Diskussionen versammelten. Der vierte Raum war Büro und Schlafzimmer des Kommandanten.

Auf den Tisch kam das dürftige Essen, von dem die Palästinenser schon seit vielen Jahren lebten: Fleisch aus Konserven, von der UNRRA, der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen, gestiftet, meist mit Reis vermischt. Dazu gab es arabisches Fladenbrot und Wasser, Obst nur selten, frisches Fleisch nie.

Das Essen schmeckte den Deutschen nicht, und sie mäkelten von Anfang an daran herum. Eines der jungen Mädchen verlangte, im Wüstenlager einen Cola-Automaten aufstellen zu lassen.

Morgens um sechs Uhr, es gab süßen starken Tee, begann das Training mit einem Dauerlauf. Danach standen Schießübungen auf dem Plan, am Gewehr, an der Maschinenpistole und auch mal an der Haubitze. Jeder erhielt eine russische »Kalaschnikow«, die abends an den Bettpfosten gehängt wurde. Mit einem Angriff war jederzeit zu rechnen.

Auch das Werfen von Handgranaten wurde geübt. Ulrike Meinhof bekam eines Tages eine russische Stielhandgranate. Der Ausbilder zeigte ihr, wie man die Kapsel abschraubt, um dann den frei werdenden Ring zu ziehen. Ulrike zog, die Granate begann leicht zu fauchen, Qualm entwickelte sich. Statt zu werfen, betrachtete Ulrike die Granate in ihrer Hand und fragte: »Was soll ich jetzt machen?«

»Wegschmeißen!«, schrie jemand. Kurz vor der Explosion konnte Ulrike das unheimliche Ding noch wenige Meter weit schleudern. Alle waren hinter Steinhaufen in Deckung gegangen.

Vor allem Andreas Baader machte sich über die ungeschickte Intellektuelle lustig. »Ulrike wurde von denen wie Müll behandelt«, erinnert sich Peter Homann. »Es war gotteserbärmlich, so etwas zu sehen.« Hemmungslos schrie Baader sie an: »Du bist die letzte bürgerliche Sau.«

Ulrike Meinhof konnte dem nichts entgegensetzen. Vor allem zwischen Baader und Homann krachte es. Baader begann, wild auf ihn einzuschlagen. Homann holte aus und traf Baader voll. Der fiel in den jordanischen Sand. Ensslin und die anderen Frauen kreischten: »Du Arschloch! Du hast Andreas geschlagen.«

Schon jetzt galt Homann als Verräter.

Said Dudin, der palästinensische Kontaktmann aus Berlin, besuchte die Gruppe dreimal in ihrem Lager. Später sagte er: »Der Kommandant Abu Achmed war ein Schwein, ein Söldner, der schon für die Franzosen in Indochina in der Fremdenlegion gekämpft hatte.« Im Grunde habe der sich einen Spaß daraus gemacht, die Berliner Truppe durch den Sand robben zu lassen. Als es Spannungen gab, musste Dudin vermitteln. Er sagte Abu Achmed: »Das sind unsere Gäste, die dürfen nicht beleidigt oder bedroht werden.« Und die Berliner mahnte er: »Ihr seid hier Gäste, also benehmt euch entsprechend.«

Von Zeit zu Zeit wurden Guerillataktiken geübt, die die Gruppe nach ihrer Rückkehr in deutschen Großstädten anwenden wollte. Auf dem Schulungskalender stand auch: »Wie raube ich eine Bank aus?« Der algerische Lagerleiter war vertraut mit diesem Thema. Während des algerischen Unabhängigkeitskrieges hatte er selbst an solchen »Enteignungsaktionen« teilgenommen.

Baader achtete streng darauf, dass das Training in engem Praxisbezug zum »Job« stand, wie er die großstädtische Guerilla nannte.

Als eines Tages geübt wurde, durch unwegsames Gelände zu robben, und die Palästinenser, wie üblich, mit scharfer Munition dazwischenschossen, um einen realistischen Eindruck vom Kampf zu vermitteln, protestierte Baader: »Das ist für eure Verhältnisse sicher richtig. Aber bei uns in der Großstadt gibt es solche Situationen nicht.«

Später inspizierte der für die Ausbildungslager zuständige Palästinenserführer Abu Hassan das Camp. Zur Ehre seines Besuches kochten ihm die jungen Fedayin ein frisch geschlachtetes Huhn. Baader beschwerte sich: »Was ist denn das für ein autoritärer Haufen hier? Wenn der

Oberkommandierende kommt, gibt es Fleisch für ihn, und wir kriegen keins.«

3.
Der rote Prinz

Abu Hassan hieß in Wahrheit Ali Hassan Salameh. Es war der Sohn des legendären Sheikh Hassan Salameh, einem der fünf Führer des Araberaufstandes von 1936 bis 1939 gegen die britische Fremdherrschaft und ihre Politik der Ansiedlung von Juden in Palästina. Aus blutigen Kämpfen mit Briten und Zionisten war Sheikh Hassan als Volksheld hervorgegangen. Nach dem Zusammenbruch des Aufstandes floh er ins benachbarte Ausland und gelangte Anfang der vierziger Jahre zusammen mit dem Mufti von Jerusalem nach Deutschland. Dort, im Nazi-Reich, nahm er an militärischen Kursen teil und wurde speziell in Guerillataktik ausgebildet.

1948, kurz nach der Gründung Israels, wurde Sheikh Hassan Oberkommandierender der palästinensischen Arabertruppen.

Als Sheikh Hassan Salameh im Krieg fiel, war sein Sohn Ali gerade sieben Jahre alt. Er lebte bei seiner Mutter in einem der noblen Stadtviertel von Beirut. Für die palästinensische Familie war klar, dass Ali das Erbe seines Vaters als Kämpfer für die Unabhängigkeit seines Volkes antreten sollte. Nach dem Sechstagekrieg schloss er sich 1967 der El Fatah innerhalb der PLO, der Palästinensischen Befreiungsfront, an.

Yassir Arafat, Chef der Fatah, gehörte zu den glühenden Bewunderern des Volkshelden Sheikh Hassan und ließ den Sohn zu sich kommen. Dann brachte er ihn mit seinem Stellvertreter Abu Iyad zusammen, der den jungen Salameh in den von ihm geleiteten PLO-Geheimdienst Jihad el Razd aufnahm.

Zu den ersten Aufgaben Ali Hassan Salamehs gehörte es, in den Ausbildungslagern der palästinensischen Freischärler nach mutmaßlichen israelischen Agenten zu fahnden. Sein Einfluss wuchs ständig. Er konnte Leute für Kommandoaktionen nach Israel aussuchen und hatte bald weitgehende Kontrolle über die Ausbildungslager selbst.

Sein »nom de guerre« war jetzt Abu Hassan. Als die konkurrierende PFLP des George Habash die Guerilla-Aktivitäten weltweit ausdehnte, Anschläge auf israelische Einrichtungen unternahm und Flugzeuge entführte, wurde

innerhalb der El Fatah ebenfalls eine besondere Einheit für auswärtige Operationen aufgebaut. Es war eine kleine Gruppe aus wenigen ausgesuchten Personen, die später unter dem Namen »Schwarzer September« agierte. Planungschef wurde Abu Hassan. Über Jahre wurde er vom israelischen Geheimdienst Mossad gejagt. Er galt als der meistgesuchte Terrorist der Welt.

Die Isarelis nannten ihn »der rote Prinz«. 1979 wurde er von der Mossad in seinem Auto in die Luft gesprengt, neun Jahre nachdem die Baader-Meinhof-Gruppe ihn in Jordanien getroffen hatte. Aber schon damals, 1970, gehörte er zu den wichtigsten Figuren der El Fatah. Die Deutschen ahnten davon nichts.

4.
Krach im Lager

Von Zeit zu Zeit konnten die mit leichten Waffen ausgerüsteten Fedayin und ihre deutschen Gäste israelische Kampfflugzeuge am Himmel kreisen sehen. Wenige Kilometer vom Camp entfernt wurden jordanische Truppen zusammengezogen. Krieg lag in der Luft. Tatsächlich begann, wenige Wochen nachdem die Deutschen das Land wieder verlassen hatten, der Kampf jordanischer Truppen gegen die Fatah. Im Camp in der Nähe Ammans gab es kaum Überlebende. Auch der algerische Kommandant Achmed fiel.

Zuvor, im Juni und Juli, spielten sich im Camp Szenen ab, die nichts mit der Realität des Landes zu tun hatten. Die bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Berlin hatte die unterschiedlichsten politischen Meinungen mitgebracht.

Allen gemeinsam waren das dumpfe Gefühl einer Niederlage der großen Protestbewegung und eine vage Hoffnung, durch exemplarische Aktionen die verlorengegangene Einheit, die es in Wirklichkeit nie gegeben hatte, wiederherzustellen. Die öffentliche Reaktion auf die Baader-Befreiung hatte die daran Beteiligten in eine Hochstimmung versetzt. Die Akteure fühlten sich als Avantgarde auch im fernen Jordanien.

Zu Beginn der Ausbildung wurde Munition in jeder gewünschten Menge zur Verfügung gestellt. Doch bald merkten die Ausbilder, dass das sinnlose Geballer der Deutschen ihnen Ärger mit den eigenen Leuten einbrachte, die zum sparsamen Verbrauch von Munition angehalten wurden.

So wurden den Gästen pro Tag und Person nur noch zehn Patronen zugebilligt. Baader sah darin eine Benachteiligung seiner Stadtguerilla durch die palästinensische Landguerilla und brach einen lautstarken Streit mit dem Kommandanten vom Zaun, dem er mit einem Ausbildungsstreik drohte. Der Kommandant war zunächst sprachlos, dann aber fest entschlossen, von seiner Befehlsgewalt im Lager Gebrauch zu machen. Es blieb bei zehn Patronen pro Tag. Am nächsten Morgen weigerten sich die Gäste, zu ihrer Ausbildung anzutreten, und Baader verlangte, mit Abu Hassan gleichberechtigt von

Partisanenchef zu Partisanenchef zu verhandeln.

Doch die Berliner hatten den Einfluss des drahtigen kleinen Lagerkommandanten unterschätzt. Vom Algerienkrieg angefangen, hatte er sich in fast allen kriegerischen Auseinandersetzungen im arabischen Raum bewährt und galt, trotz seines verhältnismäßig niedrigen Ranges, bei den Palästinensern etwas. Vor allem hatte er erstklassige Beziehungen zu Abu Hassan. Er hatte den Deutschen mehrmals Zugeständnisse gemacht. Frauen und Männer konnten zusammen übernachten, sie hatten sogar ein eigenes Haus bezogen.

Die Gäste begriffen wenig von fremden Traditionen. Während des »Streiks« sonnten sich weibliche Gruppenmitglieder auf dem auch für die Fedayin einsehbaren Dach des Hauses, und zwar nackt. Die jungen palästinensischen Kämpfer hatten zumeist noch nie vorher in ihrem Leben eine nackte Frau gesehen und wurden unruhig.

Dem Algerier platzte der Kragen: »Wir sind hier nicht am Touristenstrand von Beirut.«

Das hüllenlose Sonnenbaden musste eingestellt werden. Abends kam es zu heftigen Diskussionen: »Antiimperialistischer Kampf und sexuelle Befreiung gehören zusammen.« Oder, um es mit den Worten Baaders zu sagen: »Ficken und Schießen sind ein Ding.« Die Deutschen machten sich Gedanken darüber, wie man die jugendlichen Palästinenser über ihre sexuelle Unterdrückung durch ihre militärischen Führer aufklären könnte.

In den Nächten wurde häufig Gefechtsalarm gegeben. Alle im Lager, auch die Berliner Stadtguerilla, mussten kampfbereit und angezogen die Nacht verbringen.

In der Gruppe entbrannten Auseinandersetzungen über die gegenwärtige Praxis und den künftigen Kurs. Am härtesten wurde der Streit mit Peter Homann, der nur mehr oder weniger zufällig dabei war. Er lag quer zu Politik und Führungsanspruch von Andreas Baader. Nach Jordanien war er mitgefahren, um vorerst der Fahndung zu entgehen. Den wirklichen Schützen kannte er, wollte aber dessen Namen nicht nennen, nur um sich selbst aus der Affäre zu ziehen.

Aus gemeinsamen Zeiten in der Berliner Künstlerszene kannte er Baader gut, zu gut, um in ihm den künftigen Volkshelden zu sehen. Sie gerieten mehrmals heftig aneinander. Homann zog sich im Camp von den anderen zurück, besuchte die Fedayin in ihren Zelten und hatte, unter den misstrauischen Blicken von Baader und Ensslin, einen persönlichen Draht

zum algerischen Kommandanten hergestellt. Als alle anderen in ein anderes Haus umgezogen waren, blieb er allein. Man ging sich aus dem Weg. Aber abends, wenn er auf der Terrasse seines Hauses saß, trug der Wind Wortfetzen aus den Gesprächen der anderen herüber. Er hörte etwas von einem »Volksprozess« und von einem kurzen Prozess, den Baader vorschlug, der als Schießunfall getarnt werden könnte. Der größte Teil der Unterhaltung ging im Gekläff der Hunde unter, die im Lager streunten.

Er hatte richtig gehört. In einem Gespräch, das Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Mahler, Ulrike Meinhof, Hans-Jürgen Bäcker und andere führten, ging es um sein Leben. Baader und Ensslin forderten die Liquidierung. Homann sei ein Verräter. Horst Mahler als Rechtsanwalt plädierte für einen Prozess, und Bäcker und Ulrike Meinhof wollten ihn von den Palästinensern einsperren lassen.

Horst Mahler, vierzig Jahre später im Gefängnis Brandenburg: »Und da wurde immer mit Brecht argumentiert. Ich glaube, es ist ›Die Maßnahme‹.«

Bertolt Brechts »Lehrstück« über den Umgang mit Verrätern, in dem es um einen jungen Kommunisten geht, der sich ganz dem Kollektiv unterwirft und am Ende seiner eigenen Vernichtung zustimmt, wurde so etwas wie die Standardlektüre der RAF.

Mahler erinnerte sich: »Es war genau diese Situation: Der hatte noch nichts gemacht, aber galt als Gefahr. Und da ist er eben liquidiert worden im Namen einer höheren Notwendigkeit, um den revolutionären Akt nicht zu gefährden.«

Am späten Abend ging eine der Frauen an Homanns Baracke vorbei.

»Na, was wird?«, fragte er. Sie zog eine Patrone aus der Tasche und nahm sie zwischen Daumen und Zeigefinger.

»Das«, sagte sie und verschwand in der Dunkelheit.

Die Deutschen hatten ihren »Streik« nach kurzer Zeit beendet. Eines Tages kam wieder einmal Abu Hassan, der Kommandeur der Ausbildungslager der PLO, zu einem Kontrollbesuch ins Camp. Bei dieser Gelegenheit wollte er den unzufriedenen Gästen einen Überblick über die politische und militärische Lage des palästinensischen Befreiungskampfes geben, um sie mit den Verhältnissen besser vertraut zu machen.

Doch er konnte seinen Vortrag nicht zu Ende bringen. Immer wieder wurde er unterbrochen. Die Deutschen hörten nicht zu und meldeten stattdessen neue Forderungen an.

Von nun an änderte sich alles. Hassan befahl dem Lagerkommandanten, den Deutschen nichts mehr durchgehen zu lassen. Als sie am folgenden Tag das Ausbildungsprogramm bemäkelten, handelten die Gastgeber. Eine Gruppe von Palästinensern stürmte in einem Handstreich das Haus und entwaffnete die Gäste. Sie durften die Baracke nicht mehr verlassen. Zwei bewaffnete Posten bewachten die Tür. Das militärische Training wurde abgesagt.

5.
Vorauskommando zurück

Die Palästinenser wollten die Deutschen so schnell wie möglich loswerden.

Hans-Jürgen Bäcker, der in Berlin noch nicht gesucht wurde, erhielt seinen Pass von den Palästinensern zurück und durfte als Kundschafter vorausfahren. Die übrigen Pässe blieben weiterhin unter Verschluss.

Über Zypern flog Bäcker nach Berlin-Schönefeld. An der Passkontrolle zeigte er seine arabischen Papiere. Die ostdeutschen Grenzbeamten stellten ihm eine Frage, und Bäcker antwortete auf Englisch. Den Beamten fiel der deutsche Akzent auf, und sie schickten den angeblichen Araber zur Sonderuntersuchung.

»Nun machen Sie sich mal frei«, sagte ein Volkspolizist.

»Meine Herren, bedienen Sie sich«, antwortete Bäcker und öffnete seine Jeansjacke. Eine Pistole kam zum Vorschein. Die Beamten nahmen ihm die Waffe ab und holten die Kollegen vom Staatssicherheitsdienst. Bäcker wurde von drei Herren in einen Wartburg verladen und nach Karlshorst gebracht. Seine Begleiter klingelten an der Tür eines scheinbar privaten Wohnhauses. Ein Uniformierter öffnete, und Bäcker wurde in eine Wohnung mit vergitterten Fenstern geführt. Er durfte sich in einen Sessel setzen, und man bot ihm Westzigaretten an. Dann begann das Verhör. Es dauerte 24 Stunden. Hans-Jürgen Bäcker wunderte sich, wie genau die Stasibeamten über die Baader-Meinhof-Gruppe informiert waren. Sie wussten, wer bei der Baader-Befreiung dabei gewesen war und wer geschossen hatte. Sie kannten die Decknamen der Gruppenmitglieder, waren über die Einzelheiten der Ausbildung im Palästinenserlager unterrichtet.

Gestärkt mit Brathähnchen, Coca-Cola und Roth-Händle schrieb Bäcker seinen Lebenslauf. Dann stellten ihm die Stasioffiziere Fragen zur Gruppe. Bäcker räumte die achtwöchige »Ausbildung als Einzelkämpfer« im Palästinenserlager ein, gab aber nicht zu, dass er an der Baader-Befreiung beteiligt gewesen war: »Einzelheiten darüber wurden mir nicht bekannt.«

»Aus welchen Gründen reisten Sie am Donnerstag, dem 6.8.1970, in die Hauptstadt der DDR ein?«

»Aufgrund der zunehmenden Bombardierung durch israelische Flugzeuge konnte unsere Ausbildung nicht mehr fortgesetzt werden«, antwortete Bäcker. »Unsere persönliche Sicherheit war gefährdet.«

Deshalb sei am Mittwoch der Beschluss gefasst worden, sofort nach Westberlin zurückzukehren. Da nicht genügend Plätze zur Verfügung gestanden hätten, sei er von Baader und Mahler beauftragt worden, vorauszufliegen und die spätere Ankunft der anderen, »die dort illegal leben mussten«, vorzubereiten.

Die Geheimdienstler legten ihm seine vorher abgenommene Pistole vor: »Zu welchem Zweck brachten Sie sich in den Besitz dieser Schusswaffe?«

»Ich hatte die Absicht, mich mit dieser Waffe bei einer Festnahme durch die Westberliner Polizei zur Wehr zu setzen«, sagte Bäcker. »Außerdem war verabredet, diese sowie weitere Waffen bei geplanten Aktionen in Westberlin einzusetzen.« Auch die übrigen Gruppenmitglieder wollten sich Schusswaffen beschaffen und sie nach Westberlin einführen.

»Welche Aktionen waren nach Rückkehr der Gruppe Mahler in Westberlin geplant?«, wollten die Stasileute wissen.

»Der eigentliche Initiator von Aktionen und Leiter der Gruppe ist nicht Mahler, sondern Andreas Baader«, stellte Bäcker richtig. »Rechtsanwalt Mahler, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof gehören zum sogenannten Führungsgremium der Gruppe. Von Gudrun Ensslin stammt meines Erachtens auch der Vorschlag, die Gruppe als ›Rote Armee‹ zu bezeichnen. Über meine Rolle gab es noch keine Vorstellungen.« Es werde angestrebt, die zurzeit etwa zwanzig Personen starke Gruppe auf fünfzig bis hundert Personen zu verstärken. »Danach soll zu Gewalttaten übergegangen werden. Es besteht die Absicht, einen Anschlag gegen das Hauptquartier der USA-Besatzungstruppen in der Clayallee, und zwar Sprengstoffanschläge, zu unternehmen. Des Weiteren soll mittels Brandsätzen ein Anschlag gegen das Büro der US-Fluggesellschaft Pan Am in der Kantstraße durchgeführt werden, da die Gruppe vermutet, dass sich dort ein getarntes Büro des amerikanischen Geheimdienstes CIA befindet.«

Im Zuge der Ausbildung im Kommandolager der El Fatah seien sie in der selbständigen Herstellung von Spreng- und Brandsätzen unterrichtet worden. »Außerdem ist vorgesehen, Spezialdruckmaschinen in der Druckerei des Springer Verlages unbrauchbar zu machen. Darüber hinaus wurde erwogen, den Westberliner Innensenator Neubauer zu entführen und damit die Freilassung politischer Gefangener zu erzwingen.«

Zur Begründung sagte Bäcker: »Durch die Aktionen wird das Ziel verfolgt, den Abzug der USA-Besatzungstruppen aus Westberlin wegen ihres verbrecherischen Krieges in Indochina zu erzwingen, den Willkürapparat der Westberliner Polizei und Justiz zu erschüttern und die Angestellten zu demoralisieren sowie die Ablösung des Innensenators Neubauer herbeizuführen.«

Als er alle Fragen schriftlich beantwortet hatte, nahm einer der Geheimdienstleute das Papier, wedelte damit herum und sagte: »Das wird jetzt geprüft. Wenn die Generalstaatsanwaltschaft der DDR feststellt, dass alles stimmt, können Sie gehen.«

Die DDR-Geheimdienstler fassten Bäckers Aussagen zu einem Bericht zusammen und schickten ihn an den Genossen Minister und die Leiter der Stasi-Hauptabteilungen IX, VI, II/8 und II/2. Damit war das Ministerium für Staatssicherheit gründlich über die Pläne der entstehenden RAF unterrichtet.

Am nächsten Tag wurde Hans-Jürgen Bäcker von den Stasimännern zum Grenzübergang Friedrichstraße gebracht. Dort gaben ihm die Beamten seine Pistole zurück, und er durfte die DDR in Richtung Westen verlassen.

6.
»Shoot him«

Zur selben Zeit wurde Peter Homann von den Palästinensern aus dem Lager abgeholt und in einem alten Mercedes nach Amman gefahren. Er bekam ein Zimmer zugewiesen, erhielt englische Zeitungen und einen Betreuer. Dann gab ihm die PLO den Auftrag, einen Bericht über die Gruppe und ihr Verhältnis zur politischen Situation in der Bundesrepublik anzufertigen. Er verfasste etwa zehn Seiten und hielt sich mit seinem negativen Urteil über die Baader-Mahler-Meinhof-Truppe nicht zurück. Als er seinen Bericht abgeliefert hatte, lud Abu Hassan ihn zum Essen ein. Dabei kam dieser auf Homanns Konflikte mit der Gruppe zurück. »Du bekommst von mir die Möglichkeit, ihnen zuzuhören; was sie zu sagen haben und auch, was sie über dich sagen werden.«

Das Treffen fand am nächsten Abend auf der Terrasse des Hauses statt, in dem Homann untergebracht war. Er konnte das Gespräch Abu Hassans mit Baader, Ensslin, Mahler und Ulrike Meinhof durch das geöffnete Fenster aus fünf Meter Entfernung verfolgen. Das Zimmer, in dem er saß, war dunkel, die Terrasse nur vom Nachthimmel über Amman erleuchtet. Ab und zu hörte man Schüsse und fernes Maschinengewehrfeuer. Die anderen konnten ihn nicht sehen. Anfangs ging es um die Rückkehr der Gruppe nach Deutschland. Diplomatisch und distanziert erklärte Abu Hassan, die Fatah werde selbstverständlich dafür sorgen, dass die Gruppe unbeschadet nach Berlin zurückkehren könne. Gudrun Ensslin war die Wortführerin der vier, weil sie als Einzige fließend Englisch sprach. Baader machte seine Bemerkungen auf Deutsch und zischelte Gudrun ungeduldig zu: »Übersetz ihm das doch, übersetz ihm das doch.« Gudrun fragte, ob El Fatah der Gruppe Waffen zur Verfügung stellen würde. Abu Hassan hielt das für denkbar, machte aber keine Zusagen.

Dann sprach Gudrun Ensslin davon, dass Ulrike Meinhofs Kinder, zwei siebenjährige Mädchen, zurzeit auf Sizilien versteckt seien. Dort könnten sie aber nicht länger bleiben. Ob es denkbar sei, dass die Zwillinge nach Jordanien gebracht und dort in einem der Ausbildungslager für

palästinensische Waisenkinder aufgezogen würden? Abu Hassan konnte sich das vorstellen, aber er bemerkte: »Wenn das geschieht, werdet ihr die Kinder nie wiedersehen. Dann sind sie palästinensische Waisenkinder.«

Hans-Jürgen Bäcker sagte später im Rückblick auf die Wochen in Jordanien: »Ulrike war zu dieser Zeit fix und alle, weil sie nicht wusste, was aus ihren beiden Töchtern werden sollte. Sie hatte dieses Kopf- und Bauchdenken. Sie wollte nicht, dass Röhl die Kinder kriegt, aber sie wollte sie auch nicht nach Palästina schicken. Wir hatten ja die ›Jungen Rosen‹, die Organisation der El Fatah für junge Mädchen, in Jordanien gesehen, zumeist Waisen, die eine Ausbildung an der Waffe bekamen.« Er selbst habe mit Ulrike darüber gesprochen und ihr zugesichert, dass er, sobald er Zeit habe, nach Sizilien fahren würde, wo die Kinder vorübergehend untergebracht worden waren.

Horst Mahler sagte später, eigentlich habe Ulrike die Kinder in die DDR bringen wollen: »Sie wollte auf jeden Fall verhindern, dass Röhl die Kinder kriegt. Sie hatte einen maßlosen Hass gegen ihn. Sie hatte ein sentimentales Verhältnis zur illegalen KPD, in der sie und Röhl Mitglied waren. Die spätere Idee, die Kinder in ein jordanisches Flüchtlingslager zu bringen, war eine Notlösung.«

Zum Schluss des Treffens im jordanischen Ausbildungslager kam das Gespräch auf Peter Homann.

»Wo ist er überhaupt?«, fragte Gudrun Ensslin.

»Wir mussten ihn erst mal von euch trennen.«

»He is an Israeli spy. Shoot him«, sagte Gudrun.

»Das hättet ihr mir früher sagen müssen«, antwortete Abu Hassan.

Mahler bestreitet, dass es sich damals um ein Tribunal »im eigentlichen Sinne« gehandelt habe, schließlich sei der Angeklagte gar nicht dabei gewesen. »Das war eine Diskussion innerhalb der Gruppe, machen wir’s oder machen wir’s nicht und wie machen wir’s und was muss man dabei beachten?« Die Wortführer dabei seien Ensslin und Baader gewesen. »Und Ulrike, die den Homann aus persönlichen Gründen wohl gehasst hat, die waren ja mal zusammen, irgendwie. Da sind so menschliche Abgründe, die da plötzlich sichtbar wurden.« Eine solche Aktion sei im Übrigen nur im Einvernehmen mit den Palästinensern durchführbar gewesen. Er selbst habe seinen Standpunkt klargemacht, der »nicht moralisch begründet« gewesen sei, sondern »gruppendynamisch«.

»Wenn das geschieht«, habe er gesagt, »Homann auf einen Verdacht hin

umzubringen, das zerstört die Gruppe sofort, weil von diesem Augenblick an jeder versuchen würde, bei den anderen ein Flattern in den Augen zu sehen. Bist du der Nächste, der verdächtigt wird und auf diese Weise dann beseitigt wird?« Das würde die Gruppe nicht ertragen. »Ich habe mich also gegen die Liquidation von Peter Homann ausgesprochen und galt damals als unsicherer Kantonist.«

Er sei dann mit der »üblichen Methode, einen in die Verantwortung zu ziehen« beauftragt worden, an dem entscheidenden Gespräch mit Abu Hassan teilzunehmen, ohne einen eigenen Standpunkt zu artikulieren. Er habe nur übersetzen und sich auf diese Weise mit in die Geschichte hineinziehen lassen sollen. So sei das eben üblich gewesen.

Außer Homann wollten noch zwei andere Mitglieder der Gruppe nicht länger dabei sein. Sie wurden aber nicht von der Polizei gesucht, und ihre Rückreise war unproblematisch.

Wenige Tage nach dem nächtlichen Gespräch auf der Terrasse sprach Abu Hassan noch einmal kurz mit Homann über die Berliner und ihre Reise: »Sie sind als Freunde gekommen und werden entsprechend der arabischen Gastfreundschaft auch als Freunde sicher wieder hinausgeleitet.« Er werde noch ein Treffen zwischen ihm, den beiden anderen Dissidenten und der Gruppe herbeiführen, damit man gemeinsam die Modalitäten der Abreise besprechen könne.

Die Verhandlungen in einem kleinen Hotel in Amman waren kurz. Homann wollte eigene Wege gehen.

Die Gruppe flog nach Berlin-Schönefeld und wechselte mit der U-Bahn in den westlichen Teil der Stadt über. Die Polizei merkte nichts davon. Sie hatte nicht einmal jene Wohnungen aufgestöbert, in denen die Truppe vor der Jordanienreise Unterschlupf gefunden hatte. Die Wohnungen konnten wieder benutzt werden.

Homann bekam von den Palästinensern einen arabischen Reisepass, der auf den Namen Omar Sharif lautete, seinen gefälschten deutschen Reisepass, 200 US-Dollar Reisegeld und ein Flugticket Beirut–Rom. Eine Woche nachdem die anderen in Berlin angekommen waren, passierte er am römischen Flughafen die Passkontrolle. Er kaufte sich eine Fahrkarte und bestieg am Abend den Zug nach Hamburg.

Am 17. August 1970 um 13.15 Uhr legte eine junge Frau am Grenzübergang

Berlin-Friedrichstraße einen französischen Pass auf den Namen Michèle Ray vor und begehrte Einlass in den Ostteil der Stadt. Sie gab sich als Studentin aus und hatte eine Ausgabe des »Spiegel« und eine »Frankfurter Allgemeine« dabei. Daraufhin wurde sie einer Leibesvisitation unterzogen. Die Frau reagierte »erbost«, wie der Grenzer anschließend in seinem Protokoll notierte. Er stellte fest, dass »die Bürgerin« schon mehrmals in die Hauptstadt der DDR eingereist war. Auf Befragen erklärte sie, das Büro der palästinensischen Befreiungsbewegung besuchen zu wollen, und erkundigte sich bei dem Grenzer, ob er wisse, wo das sei. »Da kann ich keine Auskunft geben«, sagte der. »Dann werde ich mich bei Professor Kaul erkundigen.«

Der Beamte notierte: »Die Bürgerin machte einen mittelmäßigen Eindruck. Sie sprach gut Deutsch.« Die Zeitschriften wurden eingezogen. Ulrike Meinhof durfte passieren.

Sie ging schnurstracks zum Zentralrat der FDJ Unter den Linden und verlangte an der Eingangskontrolle, sie zu dem hochrangigen Genossen Günther Jahn vorzulassen. Sie weigerte sich, ihren Namen zu nennen, und sagte nur, sie komme aus Westberlin und wolle eine dringende vertrauliche Angelegenheit besprechen. Wenn keine Möglichkeit zum Gespräch mit Jahn oder anderen führenden Genossen bestehe, wolle sie zum Genossen Werner Lambertz oder zu Albert Norden gehen. Beide standen ganz oben in der DDR-Hierarchie. Man schickte sie zum Sekretär des Zentralrats der FDJ, Ernst Rau, dem sie ihren richtigen Namen nannte. Rau fragte, warum sie gekommen sei. Ulrike Meinhof antwortete: »Die FDJ könnte sicher helfen, mit Genossen, mit denen man eine politische Diskussion führen kann, in Verbindung zu kommen.«

»Wie sind Sie denn in die DDR gekommen, und wo halten Sie sich auf?«

»Mein Aufenthaltsort ist Westberlin. Da verbergen wir uns, zusammen mit anderen Freunden.« Ihre beiden Kinder seien bei Bekannten sicher untergebracht. Sie sei mit einem französischen Pass auf den Namen Michèle Ray eingereist.

»Es ist nicht Sache der DDR, den Widerstand in Westberlin zu organisieren«, sagte der FDJ-Sekretär. »Es ist unüberlegt von Ihnen, zum Zentralrat der FDJ zu kommen. Der kann für Sie kein Partner sein.«

»Wir suchen das Gespräch mit Genossen der SED«, erwiderte Ulrike Meinhof. »Das ist für uns politisch wichtig. Wir wollen den Zentralrat der FDJ natürlich nicht durch illegale Geschichten im Ausland belasten.« Dann sprach sie abfällig über die »intellektuellen Linken«, die nur theoretische

Linien ausarbeiten würden, aber nicht bereit seien, den Kampf mitzuführen.

Der SED-Mann hielt dagegen: »Die Auffassung und das Wirken vieler Splittergruppen, die zugleich Antiimperialismus und Antikommunismus auf ihre Fahne geschrieben haben, sind dem antiimperialistischen Kampf nicht dienlich.«

»Man muss sich eben über vieles politisch verständigen«, lenkte Ulrike Meinhof ein.

Der FDJ-Sekretär notierte später in seinem als streng vertraulich gekennzeichneten Gesprächsprotokoll: »Ich hatte den Eindruck, dass Ulrike M. nach einem Ausweg aus ihrer prekären Lage suchte und ziemlich ratlos ist. Sie machte einen hilflosen Eindruck.«

Zum Schluss fragte Ulrike Meinhof noch einmal, ob es möglich sei, sofort mit verantwortlichen Genossen Verbindung aufzunehmen und ihren Wunsch weiterzuvermitteln.

»Das ist mir nicht möglich«, sagte Rau. »Ich werde lediglich meine Genossen informieren, dann könnten Sie eventuell morgen noch einmal vorbeikommen.«

Ulrike Meinhof erklärte, sie würde am nächsten Tag gegen 10.30 Uhr wieder da sein: »Was soll ich machen, wenn ich an der Grenze festgehalten werde?«

»Sie müssen selbst wissen, was Sie auf sich nehmen, wenn Sie sich mit falschen Papieren in der DDR aufhalten.«

»Es ist mir ganz gleichgültig, wenn ich aufgehalten werde. Dann bitte ich darum, mit den Genossen von der Staatssicherheit zu sprechen.«

»Das ist Ihre Angelegenheit und nicht die der FDJ.«

»Kann ich dann sagen, dass ich zum Genossen Rau möchte?«

»Das können Sie den Genossen natürlich sagen.«

Nach zwanzig Minuten war das Gespräch beendet. Ulrike Meinhof verabschiedete sich. Genosse Rau informierte die Westabteilung des Zentralkomitees der SED über seine Besucherin. Von dort aus wurde noch am Abend die Hauptverwaltung Aufklärung, die Auslandsspionage des Ministeriums für Staatssicherheit, informiert. Gegen 20.00 Uhr verließ Ulrike Meinhof über den Bahnhof Friedrichstraße die DDR wieder.

Auch Stasichef Mielke wurde laut Aktennotiz sofort unterrichtet, und der reagierte sofort, im Protokoll wurde festgehalten: »Entsprechend der Weisung des Genossen Minister wurde der Meinhof die Einreise in die DDR und die Hauptstadt der DDR sowie der Transitverkehr gesperrt.

Entsprechende Maßnahmen wurden durch die HA VI eingeleitet.«

Am nächsten Morgen gegen 10.30 Uhr tauchte Ulrike Meinhof wieder bei der Einreisestelle für Ausländer am Bahnhof Friedrichstraße auf. Sie legte ihren französischen Pass vor, der sofort abgelichtet wurde. Dann teilte man ihr mit, ihre Einreise in die DDR sei nicht erwünscht. Ulrike Meinhof war verwirrt: »Das ist mir unverständlich. Meine Einreise ist notwendig. Ich bin mit Vertretern des Zentralrats der FDJ verabredet. Da kann ich nicht einfach fernbleiben.« Sie verlangte, den Vorgesetzten des Offiziers zu sprechen oder wenigstens mit ihrem Jugendfreund Rau vom Zentralrat der FDJ zu telefonieren.

Der Vorgesetzte erschien und forderte sie ohne weitere Diskussion auf, nach Westberlin zurückzukehren.

»Dann will ich einen Vertreter der Stasi sprechen«, verlangte Ulrike Meinhof. »Ich gehe nicht weg, ohne einen davon gesprochen zu haben.« Es wurde ein weiterer Vorgesetzter geholt. Der erklärte ihr, dass niemand mit ihr sprechen würde. »Sie haben unverzüglich nach Westberlin zurückzugehen.«

Die Stasioffiziere notierten: »Es muss eingeschätzt werden, dass sich die R. [Ray] sehr korrekt benahm, sehr bewusst auftrat, ohne dabei laut und provokatorisch zu werden. Sie sprach ein gut verständliches Deutsch.«

Zwei Tage später, am 20. August 1970, änderte Stasichef Mielke offenbar seine Strategie. Der »Linie Passkontrolle« wurde mitgeteilt:

»Der Genosse Minister hat mich beauftragt, folgende Maßnahmen gegen die Westberliner Bürgerin Meinhof, Ulrike, weitere Personalien bekannt, einzuleiten.

Der M. ist beim Erscheinen an der Grenzübergangsstelle die Einreise zu gestatten. M. wird möglicherweise einen französischen oder anderen ausländischen Pass vorweisen.«

Während der Abfertigung sei sofort der Leiter der Hauptabteilung IX zu informieren.

Was das Ministerium für Staatssicherheit mit Ulrike Meinhof vorhatte, geht aus den nach der Wiedervereinigung aufgefundenen Akten nicht hervor.

Auch was sie selbst von den Genossen in der DDR wollte, ist nicht klar. Horst Mahler behauptete später, Ulrikes Ostreise sei mit Baader, Ensslin und ihm selbst abgesprochen gewesen. Sie habe erkunden wollen, ob sie ihre damals acht Jahre alten Zwillinge in der DDR unterbringen könne. Doch auch dafür gibt es keinen Beweis.

Ulrike Meinhof, der Mielke persönlich die Einreise gestattet hatte, kam nie

wieder in die DDR.

7.
Kindergeschichten

Im Spätsommer 1970 erhielt ich plötzlich in Hamburg einen Anruf. Ich sollte sofort zu einer Wohnung in der Himmelstraße kommen. Dort stand Peter Homann im Bad und färbte sich die Haare. Noch immer stand er ganz oben auf der Fahndungsliste, denn die Ermittler vom Bundeskriminalamt gingen nach wie vor davon aus, dass Homann an der Baader-Befreiung mitgewirkt hatte und derjenige Maskierte gewesen war, der auf den Institutsangestellten Georg Linke geschossen hatte. Das wäre als Mordversuch gewertet worden.

Homann hatte keine Lust, ins Gefängnis zu gehen, und wollte auch nicht als Kronzeuge gegen seine ehemaligen Genossen aussagen. Deshalb bat er mich darum, ihn zu unterstützen, sich vor der Polizei zu verstecken. Als erste Hilfe gab ich ihm meine dunkle Hornbrille. Dann beschaffte ich ihm eine Unterkunft und versorgte ihn mit dem Nötigsten.

Er berichtete mir von seinen Erlebnissen im Palästinenser-Camp und davon, dass die Gruppe Ulrike Meinhofs Kinder, die Zwillinge Bettina und Regine, in ein palästinensisches Waisenlager nach Jordanien bringen wollte. Klaus Rainer Röhl, der Vater der Zwillinge, ließ sie seit Monaten erfolglos über Interpol suchen.

Am Vormittag des 14. Mai, als Baader befreit wurde, waren die Kinder in der Schule gewesen. Als die Fahndungsaktion bereits anlief, ging eine Freundin ihrer Mutter auf das Polizeirevier in der Nähe der Kufsteiner Straße, wo Ulrike Meinhof wohnte, und holte die schon einige Zeit zuvor beantragten Ausweise für die Kinder ab. Der diensthabende Beamte merkte nicht, dass hier Pässe für die Kinder derjenigen Frau abgeholt wurden, die gerade von der gesamten Berliner Polizei gesucht wurde.

Zunächst waren die Kinder nach Bremen zu einem alten Freund Ulrikes, dem ehemaligen »konkret«-Autor Jürgen Holtkamp, gebracht worden. Wenige Tage später holten zwei Frauen aus Berlin, Monika Berberich und Marianne Herzog, morgens um sechs die Zwillinge wieder ab und fuhren mit ihnen im Auto Richtung Süden. Auch ein Mädchen namens Hanna war dabei, das die Kinder nicht kannten. Im Auto herrschte Hochstimmung. Thema war

die Baader-Befreiung, wie es sich den Zwillingen einprägte. »Die Frauen hatten nicht selbst daran teilgenommen, kannten aber jede Einzelheit. Stundenlang«, so erinnerte sich Bettina noch Jahre später, »amüsierten sie sich darüber, wie dumm die Bullen gewesen wären, wie klasse alles geklappt hatte, dass die Befreier entwischt waren und so weiter.« Hanna sollte das Auto über die französische Grenze fahren, während die beiden anderen Frauen mit den Kindern zu Fuß durch ein Waldstück gehen sollten. »Fast gemütlich schritten wir durch den Wald und mussten uns nur einmal flach auf den Boden legen, als Grenzbeamte uns entgegenkamen«, schrieb Bettina später in einer Titelgeschichte für den »Spiegel«. Hinter der Grenze trafen sie auf die vor Angst schwitzende Hanna, die nur mühsam über die Witze der anderen lachen konnte. Am nächsten Abend erreichten sie die Grenze nach Italien.

Die Passstraße war noch gesperrt und sollte erst am nächsten Tag geöffnet werden. Deshalb gab es noch keine Grenzkontrollen.

Zwei der Frauen stiegen aus und gingen vor dem Auto her, dirigierten den Wagen zwischen den Schneebergen auf der einen und dem Abgrund auf der anderen Seite über die Grenze. Die Kinder lagen im Halbschlaf auf dem Rücksitz, unter Decken versteckt.

Die Fahrt endete in einem Barackenlager in der Nähe des Vulkans Ätna auf Sizilien. Dort wurden sie von italienischen Genossen erwartet, die den Kindern und einer der Frauen eine Baracke zuwiesen. Die beiden anderen Frauen fuhren sofort nach Deutschland zurück.

Mehrere Wochen blieb das Mädchen mit dem Namen Hanna bei den Zwillingen. Sie gingen an den Strand, fingen Seeigel, sonnten sich, spielten und wurden auch dazu angehalten, ihre Schulbücher zu studieren. Abends gab es Gitarrenmusik und Gesang. Als Hanna aus Berlin erfuhr, dass der Vater Klaus Rainer Röhl seine Kinder von der Polizei suchen ließ, wurde Versteckspielen geübt. Später quartierte man das Mädchen mit den Kindern in einem einfachen großen Steinhaus gegenüber dem Vulkan ein.

Hanna musste zurück nach Berlin, und die beiden Mädchen wurden ins Barackenlager gebracht. Dort kümmerten sich vier deutsche Hippies um sie. Zwei von ihnen reisten bald weiter, und die Zwillinge blieben bis Anfang September in der Obhut des einen Pärchens.

Peter Homann wusste nach seiner Rückkehr aus Jordanien nicht, wo die Kinder versteckt waren. Wir führten lange Gespräche darüber, dass es für die Kinder höchst gefährlich sein würde, wenn sie, wie von der Gruppe geplant,

in ein Kinder-Guerilla-Camp der Palästinenser gebracht würden.

Was dort vor sich ging, war mir aus dem Artikel von Michèle Ray in »konkret« durchaus bewusst. Zudem waren die Beziehungen zwischen der El Fatah und den Jordaniern sehr gespannt. Jeden Tag konnte es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten Gruppen kommen. Schon im Juni 1970 war die jordanische Geheimdienstzentrale in Ammann von palästinensischen Radikalen angegriffen worden, und König Hussein entging nur knapp einem Attentat. Als Vergeltung beschossen daraufhin Einheiten der jordanischen Armee Flüchtlingslager mit Artillerie. Es kam zu einem kurzen Waffenstillstand, doch dann gingen die Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Freischärlern und dem jordanischen Militär weiter.

In diese explosive Zone wollte die Gruppe Ulrike Meinhofs siebenjährige Zwillingstöchter schicken. Homann und ich beschlossen, etwas dagegen zu unternehmen.

So nahm Homann in den ersten Septembertagen 1970 Kontakt zu Hanna auf und bat sie, nach Hamburg zu kommen. An einem Samstag trafen wir uns in einer konspirativen Wohnung, die ich für Homann organisiert hatte.

Hanna berichtete, dass die Gruppe inzwischen nach Berlin zurückgekehrt sei und jemand nach Sizilien schicken wolle, um die Kinder ins Waisenlager nach Jordanien zu bringen.

Der Entschluss war schnell gefasst. Man musste dem Abgesandten der Gruppe zuvorkommen. Wir riefen den italienischen Kontaktmann in Sizilien an, nannten das Kennwort »Professor Schnase« und kündigten an, dass am nächsten Tag um 14.14 Uhr auf dem Flughafen in Palermo jemand ankäme, um die Kinder abzuholen.

Es war Wochenende, und obwohl ich aus meiner Zeit bei »konkret« noch einige Ersparnisse auf dem Konto hatte, konnte ich so schnell nicht an das Geld heran. Deshalb lieh ich mir von einer Bekannten, die immer genügend Bargeld im Hause hatte, viertausend Mark, um Tickets zu kaufen und noch etwas Geld für alle Fälle in Reserve zu haben.

Am Morgen um 7.00 Uhr saß ich in der Maschine nach Rom. Ich hatte mit Homann und Hanna ausgemacht, dass ich vom Flughafen noch einmal anrufen würde, um mir endgültig grünes Licht für die Aktion zu holen. Ich

meldete mich zwar, hängte aber schnell wieder auf. Ich wollte mich durch mögliche Bedenken nicht an dem Weiterflug nach Sizilien hindern lassen.

Auf dem Flughafen Palermo traf ich einen hippiemäßig gekleideten Mann, der deutsch aussah, und einen Italiener.

»Ich bin Professor Schnase«, sagte ich.

Die beiden blickten auf den Gepäckaufkleber auf meinem Koffer: »Wieso kommst du aus Hamburg und nicht aus Berlin?«

»Ich war früher mal bei ›konkret‹, mit Ulrike …«

Die beiden waren nicht gut auf die Gruppe zu sprechen. »Die haben sich monatelang nicht bei uns gemeldet. Wir wussten überhaupt nicht wohin mit den Kindern. Geld haben wir auch nicht mehr«, sagte der Hippie. Da konnte ich aushelfen.

In einem kleinen Fiat mit italienischem Kennzeichen fuhren wir zur Küste. An einem menschenleeren Strand wartete ein vergammelter VW-Bus. Darin saßen zwei braungebrannte Mädchen mit sonnengebleichten blonden Haaren, Ulrike Meinhofs Töchter.

Bettina und Regine hatten mich oft bei »konkret« gesehen, in der Röhl’schen Villa in Blankenese, auch noch später in Berlin, wo ich Ulrike manchmal besucht hatte.

»Wir nehmen gleich die nächste Maschine zurück«, sagte ich.

»Das geht nicht«, meinte der Hippie. »Auf dem Flughafen werden die Pässe kontrolliert. Wir haben keine Ausweise für die Kinder. Wir haben uns aber schon nach Zugverbindungen erkundigt.«

Wir stiegen in einen übervoll besetzten Zug und saßen die Nacht über auf dem Gang vor der Toilette. Ich erzählte den Kindern Geschichten, und sie sangen mir Revolutionslieder vor, die sie in Sizilien gelernt hatten:

»Avanti o popolo, alla riscossa
Bandiera rossa, bandiera rossa …«

Zu ihrem Vater wollten sie auf keinen Fall zurück, denn der, das hätten sie inzwischen gelernt, sei ein Faschist und Kapitalist. Ich tröstete sie damit, dass sie zu uns nach Hause aufs Land kommen könnten.

Morgens um 7.00 Uhr waren wir in Rom und kamen bei einem befreundeten Fotografen in Ostia, einer kleinen Hafenstadt vor Rom, unter. Ich versuchte, mit Klaus Rainer Röhl Kontakt aufzunehmen, doch der war in Urlaub, und aus Sicherheitsgründen durfte niemand seine Adresse oder seinen Urlaubsort nennen. Ich bat eine Bekannte, ein paar Telefonate zu führen, um Röhl aufzuspüren, und nach fünf Tagen hatte ich ihn endlich am

Telefon. Zufällig machte er in der norditalienischen Stadt Pisa Urlaub.
»Ich habe Ihre Kinder«, sagte ich.
»Das glaube ich nicht«, antwortete Röhl.
Ich reichte den Hörer an eines der kleinen Mädchen weiter.

Wir verabredeten uns für den Abend am Brunnen auf der Piazza Navona in Rom. Ich fuhr mit den Kindern dorthin und brachte sie bei Freunden in einer Seitenstraße unter. Dann traf ich Röhl und führte ihn in die Wohnung zu den Zwillingen. Er wollte sie sofort in seinem Leihwagen mit nach Pisa nehmen, von dort aus bei den deutschen Behörden Pässe für sie besorgen und dann mit ihnen zurück nach Deutschland fliegen. Ich setzte mich ans Steuer und chauffierte Röhl und seine Zwillinge in nächtlicher Fahrt nach Pisa.

In der Zwischenzeit hatte jemand aus Berlin in Sizilien angerufen: »In den nächsten Tagen holen wir die Kinder ab.«
»Wieso, ihr wart doch schon hier. Die Kinder sind weg.«
In der Gruppe wurde überlegt, wer den Aufenthaltsort der Kinder gekannt haben könnte. Man kam auf Hanna und machte sich auf die Suche. An der Tür einer Wohngemeinschaft fragte Baader: »Wo ist Hanna?« und zog die Pistole. »Sie ist nicht hier«, sagte man ihm, gab aber einen Tipp, wo sie sein könnte. Als sie aufgespürt worden war, wurde auch ihr eine Pistole vorgehalten. Hanna sagte, wer die Kinder geholt hatte.
Kurz darauf reisten Baader und Mahler nach Hamburg.
Wir waren am Wochenende auf dem Land, und meine Mutter sagte mir, Karl Heinz Roth habe nach mir gefragt. Sie kannte den ehemaligen Hamburger Studentenführer, der im Glauben, von der Polizei gesucht zu werden, im Sommer 68 mit in meiner Wohnung am Alten Steinweg in Hamburg gewohnt hatte und auch einmal mit aufs Land gekommen war. Wir fuhren zurück, und ich klingelte an Roths Wohnungstür in der Langen Reihe. Niemand öffnete.
Wir übernachteten in meiner Wohnung in der Friedensallee in Altona; fünf Personen waren in dieser Nacht dort: meine Freundin Simone und ihre Schwester Andrea, deren Freund, Peter Homann und ich. Um 3.00 Uhr morgens klingelte es an der Tür. Draußen stand Karl Heinz Roth, der ehemalige SDS-Aktivist, normalerweise ein Bär von einem Mann, immer souverän, immer überlegen. Jetzt war er völlig aufgelöst und kritisierte erst einmal heftig, dass wir Röhl die Meinhof-Zwillinge zugeführt hatten. »Ihr

müsst hier weg, sofort. Die wollen euch umlegen.«

Baader und Mahler seien in seiner Wohnung gewesen. Mit vorgehaltener Pistole hätten sie ihn nach meiner Adresse gefragt. Zum Schein habe er sich auf ihre Seite geschlagen, sei mit ihnen zu meiner Wohnung gefahren und habe sie dazu gebracht, draußen im Wagen zu warten, bis er geklärt habe, ob nicht möglicherweise die Bullen bei mir seien.

Ohne Licht zu machen, schlichen wir die drei Stockwerke nach unten und kletterten in einen Betongraben, der vor den Kellerfenstern des Hauses verlief. Geduckt liefen wir bis zur Hausecke und krochen aus dem Graben. Und während Baader und Mahler auf die Rückkehr Karl Heinz Roths warteten, verschwanden wir in der Dunkelheit. Wir übernachteten in einem guten Hotel an der Alster. Am nächsten Morgen musste Simone, Moderedakteurin beim »Stern«, einen Flieger nach Paris nehmen, zur Modewoche. Wir beschlossen, die kurze Beinahe-Begegnung mit der Baader-Meinhof-Gruppe für uns zu behalten. Immerhin wurde Peter Homann immer noch mit Hochdruck von der Polizei gesucht.

Zehn Jahre später wollte Horst Mahler, nachdem er zwei Drittel seiner 14-jährigen Haftstrafe abgesessen hatte, vorzeitig entlassen werden. Dafür sollte ein Interview hilfreich sein, in dem er seine Abkehr von der RAF erklären wollte. Sein Anwalt war Gerhard Schröder, späterer Bundeskanzler. Mit dessen Hilfe gelang es damals, die Genehmigung für ein Fernsehinterview im Gefängnis Berlin-Tegel zu bekommen. Neben Horst Mahler war auch Hans-Jürgen Bäcker, der bei der Baader-Befreiung mitgemacht und sich inzwischen von der RAF abgewandt hatte, zum Gespräch bereit.

Während das NDR-Team die Kamera und die Lampen aufbaute, kam Horst Mahler in die Besucherzelle. Er ging auf mich zu, begrüßte mich und sagte freundlich: »Wann haben wir uns das letzte Mal gesehen? Bei den Springer-Demos?« Ich antwortete: »Ja, könnte sein – bis auf die eine Beinahe-Begegnung.«

Mahler wies mit einer Kopfdrehung auf den Wachbeamten hin, der mit in der Zelle saß, und sagte leise: »Darüber sollten wir hier jetzt nicht reden.«

Dann führten wir unser Interview, es dauerte eine gute Stunde. Der wachhabende Beamte war mehr oder weniger eingeschlafen, sodass ich im Anschluss meine Frage noch etwas konkretisierte: »Sag mal, Horst, wie ernst war denn das damals wirklich?«

»Bitterernst«, antwortete Mahler.

»Hättet ihr uns damals wirklich umgelegt?«

»Bei euch weiß ich das nicht so genau. Aber den einen ganz bestimmt.« Er meinte damit Peter Homann, den Baader als angeblichen Verräter ja schon in Jordanien hatte liquidieren wollen. Der Dialog wurde nicht aufgezeichnet, aber genau so habe ich ihn in Erinnerung.

Gut 35 Jahre danach suchte ich Horst Mahler wieder einmal im Gefängnis auf. Diesmal musste er eine zwölfjährige Haftstrafe wegen Leugnens des Holocaust in der JVA Brandenburg absitzen.

Das Interview drehte sich um die Geschichte Westberlins. Am Ende, als die Kamera noch lief, sprach ich ihn noch einmal auf die geplante Aktion damals, im September 1970, in der Hamburger Friedensallee an.

Mahler sagte, er könne sich nur noch schemenhaft erinnern: »Es gibt einen Mechanismus, wo man bestimmte Dinge praktisch verdrängt.« Es wisse noch ganz genau, wie sich Baader in der Wohnung eines Schauspielers, wo sie nach der Rückkehr aus Jordanien untergekommen waren, in seiner üblichen Art bewegt habe: »Kühlschrank aufmachen, dann die Sachen herausnehmen, was ich immer scheußlich fand.«

Dann aber habe Baader gesagt: »Was machen wir jetzt mit dem Aust, und wo finden wir den?«

Er habe bei Ulrike Meinhof einen irrationalen Hassausbruch erlebt, den er sich so nicht hätte vorstellen können: »Ich fand das schon irgendwie abartig, wie man das Politische mit dem Persönlichen so vermengen konnte.« Aber im Kern habe Ulrike natürlich recht gehabt: »Was sollte aus den Kindern werden?« Die Befreiung der Kinder wurde als Frontalangriff auf die Baader-Meinhof-Gruppe betrachtet, und Homann als der ultimative Verräter.

»Da war eben dieser Hass«, sagte Mahler. »Und das wurde in der Gruppe wahrgenommen. Und wenn eine Gruppe eine revolutionäre Gruppe sein will, dann muss sie diesen Angriff auf eine bestimmte Weise sanktionieren.«

Es sei nicht klar ausgesprochen worden, was zu geschehen hätte: »Ich konnte mir nur vorstellen, dass Baader in bestimmten Situationen sehr extrem sein konnte. Das war bitterernst.«

Für sich selbst habe er eine bestimmte Grenzlinie gezogen, was geht und was nicht geht, jedenfalls mit ihm: »Ich wurde beauftragt, Baader zu begleiten, und es wurde nicht ausgesprochen, was er machen würde.«

Mahler selbst sei fest entschlossen gewesen, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen: »Ich dachte eher an die IRA, die ganz bestimmte Sanktionsmechanismen entwickelt hat, die Leute nicht umzubringen, sondern

sie ganz nachhaltig zu beschädigen, also ins Knie zu schießen.«

Zumindest dem waren wir durch die Warnung und die nächtliche Flucht entkommen.

Am nächsten Tag wollten Homann und ich uns aus Hamburg absetzen. Es war ein schöner Tag, also beschlossen wir, nach Sylt zu fahren, dort hatten wir Bekannte. Ungeschützt wollten wir uns jedoch nicht auf die Reise begeben. Wir kauften in einem Waffengeschäft im Chilehaus, wo ich viele Jahre später die »Spiegel TV«-Redaktion einrichtete, ein Kleinkalibergewehr mit zehnschüssigem Magazin und brachen auf. Der Wahnsinn jener Zeit hatte auch uns ergriffen.

In der Ortschaft »Königreich Appen« bogen wir in einen Feldweg ein. Dort stand das Wrack eines alten DKW-Kombiwagens, in dem Gartengeräte abgestellt waren. Wir gaben eine Serie von Schüssen auf das Schrottauto ab. Plötzlich kam ein gutes Dutzend Jäger, Schrotflinten im Anschlag, aus dem Dickicht. »Hände hoch!«, rief einer. Wir gehorchten. Einer nahm uns das Kleinkalibergewehr ab und triumphierte: »Endlich haben wir euch.«

»Was soll das?«, fragte Peter Homann.

Man hielt uns für Wilderer und schickte nach dem Dorfpolizisten.

Der örtliche Polizeibeamte fuhr im Streifenwagen den Feldweg herauf. Die Jäger übergaben uns als Beute. Der Polizist verstaute das Kleinkalibergewehr und forderte Homann auf, sich neben ihn zu setzen. Ich durfte in meinem tomatenroten VW-Cabrio hinterherfahren – zur Polizeiwache.

Der Beamte war nicht gut auf die Jäger zu sprechen. Sie hatten ihn vom Abendbrottisch weggeholt. Er fand die Aktion der Grünröcke übertrieben.

Homann stand immer noch auf der Fahndungsliste gesuchter Terroristen. Und dann bei Schießübungen ertappt?

An der Wand der Dienststelle hing ein Fahndungsplakat, darauf ein Foto von ihm.

Wir fragten den Polizeibeamten, was er denn zu Abend gegessen habe.

»Bratkartoffeln«, sagte der Beamte.

»Mit Speck und Zwiebeln?«

»Aber immer.«

Wir lachten. Der Polizist ließ sich die Pässe geben und begann, das Protokoll aufzunehmen. Er rief bei der Polizei in Hamburg an, um meine Personalien zu überprüfen. Alles war in Ordnung. Der Pass war nicht gestohlen, keine Fahndungsersuchen, nichts. Dann nahm er Homanns Pass,

der in Bremen ausgestellt war – und auf einen anderen Namen lautete.

»Können Sie mir die Vorwahlnummer von Bremen sagen?«

Homann kannte die Vorwahlnummer seines angeblichen Heimatortes nicht. »Nun gut«, sagte der Polizist, »dann muss ich eben im Telefonbuch nachsehen.«

Es war nach 18.00 Uhr, die Amtsleitung nach Bremen war ständig besetzt.

Schließlich, nach einer halben Stunde fruchtloser Dreherei an der Wählscheibe, sagte ich: »Wissen Sie was? Sie wollen nach Hause, wir wollen nach Hause. Jetzt schreiben Sie das alles auf meinen Namen, und die Sache ist okay. Dann bezahle ich das Bußgeld eben allein.« Der Polizeibeamte nickte. Ich unterschrieb das Protokoll, wir konnten uns verabschieden und fuhren zurück nach Hamburg. Das Kleinkalibergewehr blieb in polizeilichem Gewahrsam.

Ein knappes Vierteljahrhundert später, im Dezember 1994, traf Bettina Röhl eine der Frauen, die sie damals nach Sizilien gebracht hatte, wieder. Monika Berberich hatte wegen der Banküberfälle in Berlin 1970 und eines späteren Gefängnisausbruchs 18 Jahre in Haft gesessen. Davon, dass sie die Kinder entführt hatte, wollte sie nichts wissen. »Wieso«, fragte sie die Tochter Ulrike Meinhofs erstaunt, »es war doch euer Vater, der euch aus Sizilien zurückentführen ließ.« Das stimmte nicht. Röhl hatte von der Rückholaktion der Kinder vorher nichts gewusst.

8.
Der Dreierschlag

In Berlin wurde der »Untergrundkampf« vorbereitet. Wohnungen wurden angemietet und Autos besorgt. Ulrike Meinhof nahm Kontakte zu Linken und Liberalen auf, die sie aus ihrer Zeit als Journalistin kannte. Einige von ihnen waren durchaus prominent. Nur wenige sympathisierten mit dem bewaffneten Kampf, aber einer Ulrike Meinhof, zumal wenn sie von der Polizei gesucht wurde, schlug man nicht die Tür vor der Nase zu.

Auch Ulrike lief jetzt mit einer Pistole in der Handtasche herum. Eines Tages ließ sie sich darin unterweisen, wie man Autos knackt. Ungeschickt, wie sie in technischen Dingen war, brach sie dabei das Lenkrad des Wagens ab und brachte es als Trophäe mit nach Hause.

Manchmal ließ sie durchblicken, dass sie Schuldgefühle ihrer Kinder wegen hatte. Solche »Anwandlungen von Schwäche« wurden von Baader und Ensslin heftig attackiert. Baader beschimpfte sie als »bürgerliche Fotze«, und Ulrike verstummte.

So mutig sie in ihrer politisch-publizistischen Arbeit nach außen hin immer erschienen war, so sehr neigte sie im Privaten, in der persönlichen Auseinandersetzung zum Nachgeben, zur Unterwerfung, zur Selbsterniedrigung. Ihr Einfluss innerhalb der Gruppe war gering, sehr viel geringer jedenfalls, als das Schlagwort »Baader-Meinhof-Gruppe« nach außen hin signalisierte.

Auch Andreas Baader und Gudrun Ensslin besannen sich ihrer alten Kontakte und schickten einen Abgesandten zu Peter-Jürgen Boock nach Frankfurt. Der hatte in der Zwischenzeit Geld für die Tupamaros in Uruguay gesammelt, hatte mitgeholfen, farbige Amerikaner, die nach Vietnam eingezogen worden waren, ins neutrale Schweden zu schaffen, hatte auch gemeinsam mit Schwarzen gedealt. Und hatte natürlich in den Zeitungen verfolgt, dass seine Helden aus der Fürsorgebewegung im Laufe weniger Monate zu Staatsfeinden geworden waren.

»Jemand will dich sprechen«, sagte der Bote. »Kauf dir eine ›Herald

Tribune‹.« Mit dieser Zeitung unter dem Arm solle er an einem Treffpunkt erscheinen. Dann werde er weitergeführt.

Boock hatte zwar den Namen dieser Zeitung noch nie gehört, schaffte es aber, alle Anforderungen ordentlich zu erfüllen. Baader und Ensslin erwarteten ihn in einem Hochhausappartement. Bald darauf saßen sie wie früher zu dritt auf einem Matratzenlager. Er musste erzählen, womit er sich im Augenblick beschäftigte, und dann berichteten die beiden von ihrer Reise nach Jordanien und der militärischen Ausbildung im Palästinenserlager. Jetzt seien sie zurück, lebten in der Illegalität und planten Anschläge.

»Kannst du dir vorstellen, die eine oder andere Hilfsgeschichte für uns zu machen?«

»Was denn so?«, fragte Boock.

»Fangen wir mal klein an. Wir brauchen Bücher aus der Uni-Bibliothek, über anorganische Chemie. Hier ist eine Liste.«

Boock nickte und zog los. Der Einfachheit halber ließ er die Bücher aus der Bibliothek einfach mitgehen. Fotokopieren, das erklärte er Baader und Ensslin bei der Übergabe, wäre zu lästig gewesen. Die beiden waren begeistert und gaben ihm den nächsten Auftrag. Er sollte Fahrräder klauen. Doch als die abgeholt werden sollten, standen nur noch die Rahmen angeschlossen da. Die übrigen Teile hatte ein anderer Dieb abmontiert.

In seiner Wohngemeinschaft bekam Boock Ärger, weil er plötzlich vor den anderen Geheimnisse hatte.

Boock blieb hart: »Das geht euch nichts an. Das ist nicht eure Sache. Kann ich euch nicht einweihen. Müsst ihr mit leben.« Er war froh, dass Andreas und Gudrun endlich wieder da waren, dass er ihnen helfen konnte. Endlich war die Wartezeit vorüber.

Am 14. August 1970 erhielt der Automechaniker Eric G. Besuch in seiner Berliner Werkstatt. Hans-Jürgen Bäcker, ein Freund aus dem »Republikanischen Club«, hatte zwei Männer mitgebracht. Die Ehefrau kochte Kaffee und holte den Aushilfsmechaniker Karl-Heinz Ruhland aus der Werkstatt dazu.

Nachdem man sich über die politische Lage unterhalten hatte, kamen die Besucher zur Sache: »Wir brauchen Autos. Die kann man entweder klauen oder mieten und nicht zurückgeben. In beiden Fällen müssen die Wagen umfrisiert werden. Könnt ihr solche Arbeiten übernehmen?«

Gegen gute Bezahlung sollten die Fahrzeuge mit neuen Motor- und

Fahrgestellnummern versehen und teilweise umgespritzt werden. Außerdem sollten neue Tür- und Zündschlösser eingebaut werden. Die beiden Automechaniker sagten zu.

Karl-Heinz Ruhland war hoch verschuldet. Er interessierte sich mehr für das in Aussicht gestellte Bargeld als für Baaders und Mahlers politische Absichten.

»Kalle« Ruhland, geboren 1938 in Berlin, hatte ein ziemlich trostloses Leben hinter sich. Sein Vater war Buchbinder gewesen und hatte die acht Kinder kaum ernähren können. Schon als Schüler musste Karl-Heinz mitarbeiten, da blieb für den Unterricht kaum Zeit.

Er ging von der Schule ab, wurde Laufbursche bei einer Elektrofirma, arbeitete in einer Tischlerei, auf einem Bauernhof und heuerte schließlich auf einem Binnenschiff an. Er heiratete, wurde Vater zweier Kinder, ließ sich scheiden, heiratete wieder. Er nahm eine Stelle auf dem Schlachthof an, wechselte die Arbeitsplätze in immer schnellerer Folge. Von Ratenzahlungen gedrückt, stand er mehrmals wegen Unterschlagung und Betrug vor Gericht, wurde zu kurzen Freiheitsstrafen verurteilt.

Das Gespräch in der Autowerkstatt dauerte bis zum Abend. Ruhland nahm an, dass hinter Baader und Mahler eine größere »Kampftruppe« stand, und war enttäuscht, als er erfuhr, dass es gerade 25 Leute waren, die in der Bundesrepublik einen revolutionären Umsturz planten. Die weitschweifigen politischen Erörterungen der Besucher langweilten ihn. Er ging wieder an seine Arbeit.

In den folgenden Tagen tauchten dort in Abständen neue Leute auf. Irene Goergens, die »Peggy« genannt wurde, Astrid Proll, genannt »Rosi«, Gudrun Ensslin unter dem Namen »Grete«. Horst Mahler ließ sich »James«, Andreas Baader »Hans« nennen. Nur von diesen beiden erfuhr Ruhland die wirklichen Namen.

Die ersten Wagen rollten in die Reparaturwerkstatt. Sie wurden umgespritzt und bekamen neue Motor- und Fahrgestellnummern. Hans und James halfen dabei.

Um den 1. September herum sprach der Werkstattbesitzer seinen Mitarbeiter Ruhland an: »Die haben mit mir darüber geredet, dass sie einen Banküberfall planen, und mich gefragt, ob ich mitmachen würde.«

»Und was hast du gesagt?«

»Ich hab gesagt, ich mache mit und du wahrscheinlich auch.«

Ruhland war überrascht: »Das muss ich mir erst mal überlegen.«
Eine Woche später war James wieder da und erklärte, dass sie vier Banken in Berlin gleichzeitig überfallen wollten, wozu vier Gruppen gebildet werden müssten.
Er fragte Ruhland, ob er bereit sei mitzumachen.
Ruhland sagte zu.

Am Morgen des 29. September war es so weit. Zwischen 9.48 Uhr und 9.58 Uhr wurden in Berlin drei Banken überfallen. Es war eine der seltenen Kooperationen zwischen der RAF und der »Bewegung 2. Juni«.
In der Berliner Sparkasse Altonaer Straße betrug die Beute gerade mal 8115 Mark. Ein Karton mit 97000 Mark wurde übersehen. Anders, als es später im Urteil stand, waren an dem Überfall Ralf Reinders, Georg von Rauch und zwei weitere Männer, einer von der RAF und einer vom »2. Juni«, beteiligt.
In der Berliner Bank Rheinstraße entkamen Baader, Mahler, Grusdat, Ruhland und Irene Goergens mit 154182,50 Mark.
In der Berliner Sparkasse, Zweigstelle Südwestkorso, konnten Manfred Grashof, Petra Schelm, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof 53000 Mark erbeuten.
Das erinnern übereinstimmend drei Leute, die dabei waren.

Eine Woche nach dem »Dreierschlag«, wie dieser Coup in der Gruppe genannt wurde, trafen sich alle zur Manöverkritik in einer Wohnung in der Kurfürstenstraße.
Bei Kaffee und Bier wurde der Ablauf der Banküberfälle besprochen. Mahler und Baader meinten, das Eindringen in die Bank und auch die Flucht könnten noch besser klappen. Mahler, wie immer mit Toupet, kam auf die moralische Vertretbarkeit solcher Banküberfälle zu sprechen: »Es handelt sich dabei um das Geld von Kapitalisten. Der kleine Mann ist davon nicht betroffen.«
Baader meinte, die Gruppe müsse vergrößert werden. Dann erzählte er, Bäcker und der seit Jordanien zur Gruppe gehörende Heinrich »Ali« Jansen seien zum Bundeswehrstützpunkt Munsterlager abgereist, um Möglichkeiten für den Einbruch in ein Waffenmagazin auszukundschaften.
Einen Tag später erhielt Karl-Heinz Ruhland 1000 Mark aus der Beute. Er war unzufrieden, denn das war ihm nicht genug.

Bäcker und Ali Jansen kehrten von Munsterlager zurück. Der Überfall wurde für Mitte Oktober geplant. Ulrike Meinhof und Ali sollten die Aktion vorbereiten. Am 8. Oktober ließen sich die beiden zum Flughafen Tempelhof fahren. Unerkannt nahmen sie in der Maschine Platz.

9.
»Kompliment, meine Herren!«

Am selben Tag um 13.38 Uhr klingelte bei Kriminalhauptkommissar Kotsch von der Staatsschutzabteilung der Berliner Polizei das Telefon.

»Sind Sie Herr Kotsch?«

»Ja.«

»Hier ist Müller. Ich habe Ihnen eine wichtige Mitteilung zu machen. Um halb drei Uhr werden Baader, Mahler und die Ensslin sich in der Knesebeckstraße 89, Vorderhaus, eine Treppe, bei Hübner treffen. Baader ist rotblond und trägt einen Schnauzbart. Sie sind alle schwerbewaffnet. Sonst halten sie sich in der Hauptstraße 19, im zweiten Stock bei Wendt auf. Baader fährt einen grünen Mercedes B-MA 118. Bitte unternehmen Sie endlich etwas!«

Kotsch war überrascht. »Haben Sie diese Mitteilung auch schon einem anderen gegenüber gemacht?«

»Ja«, sagte der Anrufer. »Aber man hält mich anscheinend für einen Idioten und nimmt meine Mitteilung nicht ernst.«

»Herr Müller, ich kenne Sie nicht«, erwiderte Kotsch.

»Das ist auch ganz gut so«, sagte der Anrufer und hängte auf.

Zwanzig Minuten später bezogen Observanten vor dem Haus Knesebeckstraße 89 unauffällig Position.

Den Nachmittag über tat sich nichts, und so beschloss der Einsatzleiter, die Wohnung durchsuchen zu lassen. Vierzehn Polizeibeamte betraten den Hausflur und schlichen die Treppe zum ersten Stock hinauf. Bei Hübner klingelten sie. Niemand öffnete. Durch den Türschlitz schimmerte Licht, und über Funk kam von den draußen postierten Observanten die Nachricht, dass sich eine Frau am Balkonfenster gezeigt hatte. Die Polizeibeamten drückten die Tür auf. Um 17.40 Uhr standen sie im Korridor der Wohnung. Aus dem Balkonzimmer erschien eine junge Frau, die ohne viele Worte Pass und Führerschein auf den Namen »Dorothea R.« vorlegte.

»Ich wohne nicht hier«, sagte die Frau. »Ich warte auf die

Wohnungsinhaberin. In der Zwischenzeit habe ich gebadet.«

»Bitte bleiben Sie während der Durchsuchung hier«, sagte der Einsatzleiter und bot der Frau einen Stuhl an. Ein Polizist setzte sich neben sie. Beim Durchwühlen einer schwarzen Kommode fand einer der Beamten in einer grünen Plastiktüte eine Pistole vom Typ Llama, Kaliber neun Millimeter.

Im Nebenzimmer lagen mehrere Autokennzeichen, von denen eines zu einem als gestohlen gemeldeten Wagen gehörte. Ein Molotowcocktail, verschiedene Chemikalien und brennbare Flüssigkeiten standen in einem anderen Zimmer herum. Die Frau, später stellte sich heraus, dass es Ingrid Schubert war, wurde zum Polizeirevier 131 gebracht und durchsucht. Unter der Kleidung trug sie eine durchgeladene Pistole.

Die Polizisten in der Wohnung Knesebeckstraße wurden durch einen Fotografen und Beamte des Erkennungsdienstes verstärkt. Sie setzten den Plattenspieler in Gang und warteten. Gegen 18.00 Uhr klingelte es. Die Beamten zogen ihre Pistolen und öffneten vorsichtig die Tür. Draußen stand ein Mann mit dunklen, halblangen, nach vorn gekämmten Haaren und einem Kinn-, Backen- und Oberlippenbart. Er trug eine stahlblaue Jacke, dunkle Hose, ein weißes Hemd und eine orange-dunkel gestreifte Krawatte.

Die Beamten erkannten Horst Mahler auf den ersten Blick. Sie holten ihn in die Wohnung und baten um seine Papiere.

»Sie sind doch Horst Mahler.«

Der Mann bestritt das. Daraufhin zog ihm einer der Polizisten die Perücke vom Kopf.

»Kompliment, meine Herren«, sagte Horst Mahler.

Ohne Gegenwehr ließ sich der ehemalige Rechtsanwalt durchsuchen. In seiner rechten hinteren Hosentasche steckte eine geladene und entsicherte Neun-Millimeter-Pistole vom Typ Llama Especial. In der Jackentasche hatte er zwei gefüllte Magazine und insgesamt 36 Patronen sowie einen Packen Geldscheine.

Die Polizeibeamten nahmen ihm die Krawatte ab, lockerten seinen Hosengürtel und brachten ihn ins Präsidium. Andere Polizisten hielten die Stellung.

Eine halbe Stunde später beobachtete einer von ihnen im Treppenhaus eine junge Frau, die an der Tür der besetzten Wohnung lauschte. Er schleppte sie hinein. In ihrer braunen Ledertasche fand sich eine Pistole vom Typ Reck und ein Ausweis auf den Namen Monika Berberich.

Wenige Minuten darauf klingelte es erneut. Die Frau versuchte, den

Neuankömmling durch einen lauten Zuruf zu warnen. Daraufhin warfen sich mehrere Polizisten auf sie und drückten ihr ein Tuch auf das Gesicht. Mit gezogenen Pistolen öffneten die Beamten die Tür. Vor ihnen stand der Wohnungsnachbar, ein älterer Herr, der sich über die laute Musik in der Wohnung beschweren wollte.

Gegen 19.40 Uhr klingelte es ein weiteres Mal, und die Beamten konnten Brigitte Asdonk festnehmen. Eine dreiviertel Stunde später tauchte Irene Goergens auf und wurde ebenfalls von der Polizei in Empfang genommen. In der Zwischenzeit hatten sich Dutzende von Reportern und neugierige Passanten vor dem Haus versammelt. Die Polizeibeamten konnten nicht mehr damit rechnen, dass ihnen noch weitere Gruppenmitglieder in die Falle liefen. Sie begannen mit der Spurensicherung.

Neben Rezepten und Zutaten zur Sprengstoffherstellung, Fälscherutensilien, Broschüren und Gegenständen für den täglichen Bedarf fanden sie in der Wohnung auch die »Buchhaltung«.

Auf neun kleinen Zetteln und einer Gesamtabrechnung hatten die Stadtguerillas ihre persönlichen Ausgaben verzeichnet. »H« und »G«, Hans und Grete, also Baader und Ensslin, hatten gemeinsame Gesamtausgaben von 2484 Mark geltend gemacht: für zwei Jacketts 500 Mark, zwei Hosen 180 Mark, Socken 18 Mark, Friseur 9 Mark, Zigaretten 60 Mark und so weiter.

»Anna«, Ulrike Meinhof, hatte 1300 Mark ausgegeben: Ein Kostüm für 220 Mark, zwei Blusen 120 Mark, Schuhe 100 Mark, Mantel 330 Mark, Zigaretten, Fressen, Taxe, Telefon pauschal 100 Mark und so weiter.

Die Gesamtausgaben der Gruppe summierten sich zu 58230 Mark. Anhand von Schriftvergleichen stellte die Kriminalpolizei fest, dass Gudrun Ensslin die Kassenverwalterin war.

Zwei Tage nach der Verhaftungsaktion traf sich die Restgruppe in der Wohnung Kurfürstenstraße zur Lagebesprechung.

Irgendjemand musste die Wohnung in der Knesebeckstraße verraten haben, und das konnte nur einer aus der Gruppe selbst gewesen sein. Plötzlich fiel der Name »Harp«, Hans-Jürgen Bäcker. Er war von dem geplanten Treffen in der Knesebeckstraße unterrichtet gewesen. Zudem galt er ohnehin als etwas unsicherer Kantonist. Als einer der wenigen in der Gruppe hatte er sich gelegentlich mit Baader angelegt, hatte seine Autorität nicht bedingungslos akzeptiert.

»Harp ist unzuverlässig«, sagte Gudrun Ensslin, »schon deswegen ist ihm Verrat zuzutrauen.«

Plötzlich ging die Tür auf, und Hans-Jürgen Bäcker stand in der Wohnung. Eisiges Schweigen empfing ihn. Bäcker blickte irritiert in die Runde und setzte sich. »Du hast Horst verraten«, sagte Baader und begann ein Verhör.

Bäcker wurde wütend: »Ihr seid wohl wahnsinnig geworden.« Er sprang auf und verließ die Wohnung. Seine Reaktion wurde von den anderen als Eingeständnis der Schuld gewertet.

Kurze Zeit später wurde auch Hans-Jürgen Bäcker festgenommen. Er war der Mann, der bei der Baader-Befreiung die Pistolen vertauscht und auf den Institutsangestellten Linke geschossen hatte. Damit war der Verdacht gegen Homann ausgeräumt, und er konnte sich der Polizei stellen, ohne eine lange Gefängnisstrafe zu riskieren. Über den »Spiegel«-Herausgeber Rudolf Augstein nahmen wir Kontakt zu dessen Bruder, den Rechtsanwalt Josef Augstein, in Hannover auf. Der übernahm den Fall. Augstein informierte Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, und der unterrichtete das BKA. Homann führte ein »Spiegel«-Gespräch, in dem zum ersten Mal detailliert über die Baader-Befreiung und die Reise nach Jordanien berichtet wurde.

Spiegel: »Halten Sie den Gedanken für abwegig, die Gruppe könne Abtrünnige liquidieren?«

Homann: »Ich weiß doch nicht, was die sich in ihrer derzeitigen psychischen Verfassung ausdenken könnten. In allen Sekten kann so etwas entstehen. Warum soll es nicht auch hier möglich sein, zumal sie glauben könnten, wer von der Gruppe Abschied nimmt, begebe sich mit dem nächsten Schritt gleich in das Lager der CIA. Soll man auf so einen Schwachsinn überhaupt reagieren?«

Spiegel: »Sofern dazu noch Zeit bleibt.«

Homann: »… wenn man in die Kalkgrube fällt, dann kann man natürlich nicht mehr reagieren.«

Spiegel: »Was ist Baader für ein Mann, wie schätzen Sie ihn ein?«

Homann: »Für mich ist er eine Figur aus einem schlechten Roman des 19. Jahrhunderts. In einem anderen Zusammenhang hätte er vielleicht eine witzige Figur sein können. Aber so.«

Spiegel: »Er übte einen starken Einfluss auf die Personen in seiner Umgebung aus. Wie erklären Sie sich das?

Homann: »Sein Einfluss resultiert doch nicht aus einem Übermaß an

politischem Wissen. Er ist theoretisch völlig unfähig und hatte offensichtlich in den 1 ½ Jahren Knast nach dem Kaufhausbrand keine Zeile begriffen. Seinen Einfluss übt er dadurch aus, dass er mit Pathos die Überschreitung bürgerlicher Gesetze propagiert und damit die schwankenden Leute in diesem Kreis zu dirigieren vermag. (…) Er vermittelte das Gefühl, das Überschreiten von bürgerlichen Gesetzen sei allein schon ein revolutionärer Akt. Er konnte dabei mehr oder weniger geschickt mit Schuldgefühlen und Unfähigkeiten der Leute seiner Umgebung operieren; sie sind prompt darauf reingefallen.«

Ein paar Tage später brachte ich Homann mit meinem VW-Cabrio nach Hannover. Die Beamten des Bundeskriminalamtes warteten schon in der Anwaltskanzlei. Nach wenigen Wochen in Untersuchungshaft war Peter Homann wieder auf freiem Fuß.

In Berlin überlegte die Gruppe um Baader, Ensslin und Meinhof inzwischen, wie Mahler und die festgenommenen Frauen befreit werden könnten.

Jemand schlug vor, die Pläne für die Kanalisation der Haftanstalt zu besorgen, um Mahler unterirdisch in die Freiheit zu holen.

Der einfallsreiche Werkstattbesitzer Eric hatte noch eine Idee: »Wir bauen einen Minihubschrauber. Damit landen wir in der Freistunde auf dem Hof des Gefängnisses und fliegen die Genossen aus.«

Die anderen lachten, aber der Vorschlag war durchaus ernst gemeint.

»Ich hab da Zeichnungen. Das ist wirklich möglich. Wir nehmen den Motor und das Getriebe von einem Volkswagen 1500. Die übrigen Teile werden nach und nach besorgt und zusammengebaut.«

Tatsächlich machte sich Eric noch im Oktober an die Arbeit. Motor und Getriebe waren vorhanden. Das Gerüst wurde nach einem Handbuch über Hubschraubertechnik konstruiert, das aus Ostberlin stammte. Auf die Idee war er gekommen, weil er bei einer Reise nach England in einem Luftfahrtmuseum einen solchen Minihubschrauber gesehen hatte.

Der Automechaniker fertigte Zeichnungen an und konstruierte drauflos.

Als Mitte Februar 1971 Polizeibeamte die Werkstatt durchsuchten, stießen sie auf Einzelteile des unfertigen Minihubschraubers. Verwirrt notierten die Beamten: »In der Garage stand eine Konstruktion aus einem Motor mit dazugehörigen Maschinenteilen, welche erkennen ließen, dass hier versucht wurde, einen Apparat zu fertigen, dessen Antrieb durch Gelenke in einem rechten Winkel zur eigentlichen Kurbelwelle liegt. In diesem Raum lag auf

einer Werkbank ein halbfertiges Gerüst für eine tragflächenähnliche Konstruktion. Daneben wurde ein Gerüst gefunden, welches vermutlich als tragende Konstruktion für ein Kabinengehäuse vorgesehen ist.«

Die Polizeibeamten fotografierten das unbekannte Flugobjekt.

10.
Im Zickzackkurs durch die Republik

Ruhland machte sich in seinem VW-Bus auf den Weg nach Westdeutschland. Am 1. November 1970 sollte er Ulrike Meinhof in Hannover treffen. »Anna«, die er bis dahin nur flüchtig kennengelernt hatte, wartete vor einer Tasse Kaffee im ersten Stock des Bahnhofsrestaurants auf ihn. Sie trug kurze, blond gefärbte Haare. Gemeinsam brachen sie zu einer planlosen Reise durch die Republik auf. In Köln, Oldenburg und Hannover besuchten sie alte Freunde Ulrikes, die später, als Ruhland Aussagen bei der Polizei gemacht hatte, mit Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung überzogen wurden. Einer von ihnen war Professor Peter Brückner, damals 49 Jahre alt, Ordinarius für Psychologie an der Technischen Hochschule Hannover. Der Professor wurde vom Dienst suspendiert und durfte nie wieder an einer Universität lehren.

Später, in der Haft, schrieb Ulrike Meinhof über ihn: »Peter Brückner. Der sich den Luxus lässt, sein kontemplatives Verhältnis zu Erscheinungen und Bewegungen der Macht zu pflegen. Kein Revolutionär. Stoßt Brückner mit der Schnauze in die Wahrheit …«

Ende 1970: die Zeit der Ostverträge. Brandt und Scheel, Kanzler und Außenminister, hatten in Moskau den deutsch-sowjetischen Vertrag unterschrieben; man verhandelte über die Verträge mit Polen. Die äußeren Feindbilder aus der Zeit des Kalten Krieges begannen zu verblassen. Innerhalb der SPD forderten die Jusos eine Rückbesinnung auf Arbeiterpartei und Klassenbewusstsein; Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD beschlossen am 14. November 1970: Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Arbeitsgemeinschaft. Es war die Grundlage für den späteren »Radikalenerlass«.

Ulrike Meinhof und Karl-Heinz Ruhland setzten ihre Zickzacktour durch die Republik fort. In Oberhausen sollte Ali Jansen Pässe beschaffen. In der Kneipe »Rex 2« am Hauptbahnhof trafen sie Jansen um die Mittagszeit in

einem Kreis fröhlicher Zecher. Er selbst war so betrunken, dass er kaum sprechen konnte. Meinhof und Ruhland schleppten ihn zu ihrem Wagen und fuhren nach Köln. Pässe hatte er nicht besorgt, das dafür vorgesehene Geld auf den Kopf gehauen.

Gemeinsam fuhren sie zum Bundeswehrstützpunkt Munsterlager und legten sich mit dem Nachtglas auf die Lauer. Alle zwei Stunden passierten die Wachsoldaten das Depot. Ruhland holte eine Leiter, und während Ulrike Meinhof Schmiere stand, kletterten die Männer über den zwei Meter hohen Maschendrahtzaun.

Das Waffendepot befand sich in einem kleinen Kasernenanbau. Die Tür war aus Stahlblech, gesichert mit einem Vorhängeschloss. Ruhland flüsterte Jansen zu: »Das knacke ich in acht Minuten.« Die Aktion sollte gestartet werden, sobald aus Berlin Verstärkung eingetroffen war. Andreas Baader musste dabei sein.

Sie übernachteten zweimal in der Wohnung Professor Brückners und zogen dann in ein von Ulrike Meinhof gemietetes Wochenendhaus in Polle bei Hannover. Nach und nach sollten die Berliner dorthin kommen. Ali war inzwischen wieder nach Munsterlager gefahren. Als er mit der Bahn zurückkehrte, war er wieder einmal betrunken. Den blauen VW, mit dem er losgefahren war, hatte er bei Soltau auf einen Acker gesetzt. Das Auto gehörte einem Rundfunkredakteur vom WDR, einem alten Bekannten Ulrike Meinhofs, der es ihr geliehen hatte.

Ulrike rief ihn an: »Es tut mir leid, aber dein Wagen hat ein Eselsohr.« Durch den Unfall waren die Planungen für den Einbruch in das Waffendepot durcheinandergeraten.

Schließlich wurde die Aktion abgeblasen. Meinhof, Jansen und Ruhland machten sich auf die Suche nach neuen Fahrzeugen.

Sie hatten ein kompliziertes, aber sehr wirkungsvolles System der Tarnung gestohlener Autos entwickelt, die sogenannte Doublettenmethode. Die Beamten des Bundeskriminalamts reagierten darauf später mit Erstaunen und professioneller Anerkennung.

Gruppenmitglieder postierten sich dazu auf Parkplätzen vor Wohnhäusern. Sobald ein Wagen des gewünschten Typs auftauchte, folgten sie dem Fahrer zu seiner Wohnung. Ein paar Tage später klingelten sie, ausgestattet mit dem Ausweis eines Meinungsforschungsinstituts, und befragten den Autobesitzer nach den Daten seines Fahrzeugs. Anschließend wurde ein neuer

Kraftfahrzeugschein mit den entsprechenden Angaben, Name des Besitzers, Tag der Erstzulassung, Kennzeichen, Typ, Farbe hergestellt. Danach machte man sich auf die Suche nach einem anderen Wagen, der exakt die gleichen technischen Daten aufwies. Dieses Duplikat wurde dann gestohlen und mit dem Kennzeichen des ausgespähten Erstwagens versehen. Auf diese Weise gab es plötzlich zwei Wagen mit gleichem Aussehen und gleichem Kennzeichen. Wurde jemand in einer solchen »Doublette« von der Polizei angehalten und überprüft, ergab die Nachfrage beim Kraftfahrzeug-Bundesamt, dass ein solches Fahrzeug tatsächlich unter dem Namen des entsprechenden Halters registriert und nicht als gestohlen gemeldet sei.

Später, als es der Gruppe zu aufwendig wurde, ständig Autos zu stehlen, wurden häufig Fahrzeuge bei Verleihfirmen angemietet und umfrisiert.

In der Zwischenzeit hatte die Gruppe ihr System vereinfacht: Sie gab die umständliche »Interviewpraxis« zur Feststellung von Kfz-Daten auf, stattdessen wurden die entsprechenden Daten im Polizeifunk abgehört und danach die Papiere für die »Doubletten« angefertigt.

Entsprechend einer Anweisung aus Berlin schwärmten die drei in der zweiten Novemberwoche aus, um im Vorland des Harzes und im Weserbergland Rathäuser zu besichtigen. Sie wollten auskundschaften, welche Passämter für einen Einbruch in Frage kämen. Um falsche Pässe und Ausweise herzustellen, brauchte die Gruppe dringend Blankopapiere und Dienstsiegel.

In der Nacht vom 15. auf den 16. November 1970 brach Ruhland mit einem Schraubenzieher die Hintertür des Rathauses in Neustadt am Rübenberge auf und schlich zusammen mit Ulrike und Ali in das Gebäude. Plötzlich überfiel ihn Angst. »Ich habe meine Handschuhe im Auto vergessen«, flüsterte er den anderen zu und verschwand.

Wenige Minuten später kamen Ulrike Meinhof und Ali vollgepackt mit Passvordrucken, Ausweisen, Dienstsiegeln und Briefpapier nach draußen. Unbehelligt kehrten sie in ihr Quartier nach Polle zurück. Ruhland schnürte ein Paket mit den im Rathaus Neustadt erbeuteten Formularen und schickte es nach Berlin an eine Adresse in Schöneberg, wo Baader und Ensslin wohnten. Allerdings hatte sich Ulrike Meinhof bei der Entschlüsselung der Adresse geirrt – sie war in der Code-Tabelle zwei Zeilen zu tief gerutscht –, und so landete das Paket nicht in Berlin, sondern als »unzustellbar« im zentralen Paketzustellamt in Bamberg.

Deshalb wurde die »Aktion Passamt« eine Woche später wiederholt.

Diesmal wurde das Rathaus in Langgöns bei Gießen anvisiert. Im Zimmer des Bürgermeisters stießen sie auf einen unverschlossenen Stahlschrank, der von Blanko-Personalausweisen überquoll. Im Schein der Taschenlampe wurden die Formulare eingesackt, dazu Dienstsiegel und ein Stanzgerät mit den dazugehörigen Nieten zum Einheften von Passfotos.

Ruhland entdeckte noch eine Flasche Cognac, die er unverzüglich öffnete und halbleer trank.

Wenige Tage später traf Jan-Carl Raspe in einem roten Renault 16 in Polle ein. Er hatte mehrere Funkgeräte dabei, die in die Fahrzeuge der Gruppe eingebaut werden sollten. Von nun an nahm er an den Erkundungsfahrten teil. Nach und nach sollten auch die übrigen Berliner Gruppenmitglieder ins Bundesgebiet kommen.

11.
Jan-Carl Raspe

Jan-Carl Raspe wurde 1944 geboren. Sein Vater, ein Kaufmann, starb vor seiner Geburt. Zusammen mit zwei älteren Schwestern wuchs er in einem alten verwinkelten Haus in Ostberlin bei seiner Mutter auf. Im vaterlosen Haushalt lebten noch zwei Tanten. Nach der Grundschule in Ostberlin wurde er dort nicht in eine höhere Schule aufgenommen, da das Kind großbürgerlicher Herkunft nicht den geforderten »gesellschaftlichen Einsatz« gezeigt hatte. Fortan fuhr der Junge jeden Tag mit der S-Bahn nach Westberlin und besuchte die Bertha von Suttner Oberschule. Von Zeit zu Zeit blieb er auch mal bei Verwandten in Westberlin und übernachtete dort. Als am 13. August 1961 die Mauer gebaut wurde, schrieb Jan-Carl an seine Mutter im anderen Teil der Stadt: »Ich will auf jeden Fall hierbleiben. Ich sehe in Ostberlin keine Zukunft.«

Der Siebzehnjährige blieb bei Onkel und Tante im Westen der Stadt, machte zwei Jahre später das Abitur und studierte anschließend an der Freien Universität, anfangs Chemie, zwei Semester später wechselte er zur Soziologie über.

Wie viele Studenten in Westberlin engagierte er sich gegen die Notstandsgesetze und demonstrierte gegen den Schahbesuch. Der 2. Juni 1967, der Tod Benno Ohnesorgs durch die Kugel aus der Dienstpistole eines Polizisten, hatte auch ihn verändert. Er wurde Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund.

Im August 1967 wurde er zum Mitbegründer der Wohngemeinschaft »Kommune II«. Vier Männer, drei Frauen und zwei Kinder lebten in einer großen Altbauwohnung mit dem Ziel, sich selbst zu verändern, um dann die Gesellschaft zu ändern. Ihr Leben, ihre Gespräche und Reflexionen protokollierten sie und veröffentlichten diesen Erfahrungsbericht als Buch.

Jan-Carl Raspe war als Autor daran beteiligt. Er schrieb über seine Erfahrungen in der politischen Wohngemeinschaft: »Der Versuch … ist weitgehend gescheitert. Der Anspruch aber, die einmal ausgesprochenen Interessen auch zu verwirklichen, war so stark, dass davor nur die Flucht

möglich schien. Austritt aus der Kommune oder Sturz in einen betäubenden Aktionismus.«

Raspe verließ die »Kommune II«, machte sein Diplom in Soziologie mit »Sehr gut« und zog später mit seiner Freundin Marianne in eine kleine Wohnung in der Kurfürstenstraße.

Marianne war mit Ulrike Meinhof befreundet. Nach der Rückkehr aus Jordanien wurde die Wohnung zu einem Zufluchtsort der Gruppe, und im Herbst 1970 waren Jan-Carl Raspe und Marianne nicht nur Quartiergeber, sondern auch bei Aktionen dabei.

12.
Eine Polizeikontrolle

Der von Raspe aus Berlin mitgebrachte R16 war inzwischen auf einem Parkplatz in der Ortschaft Heinsen abgestellt worden. Ruhland und Ulrike Meinhof fuhren dorthin, um den Wagen abzuholen. Als Ulrike gerade in den roten Renault umsteigen wollte, tauchte eine Funkstreife auf. Der Polizeimeister hatte den Wagen schon seit ein paar Tagen im Auge gehabt und sprach Ulrike Meinhof an. Sie legte einen Reisepass und einen Führerschein auf den Namen Sabine Marckwort und den Kraftfahrzeugschein des Wagens vor, dessen Halter ein Wolfgang B. aus Berlin sein sollte.

»Von dem haben Sie auch den Wagen geliehen?«, fragte der Polizeibeamte.

»Nein, ich kenne ihn nicht. Ich habe den Wagen von einem Mann, dessen Namen ich aus privaten Gründen nicht nennen möchte. Ich habe den Wagen hier abgestellt und wollte nur etwas herausholen. Das Auto soll hier stehenbleiben. Ich bin mit meinem Bekannten von Hameln gekommen und will mit ihm weiter nach Holzminden.«

Sie deutete auf Ruhland. Die Frau wirkte auf den Polizeibeamten unsicher und ungepflegt.

»Ich muss Ihre Angaben überprüfen«, sagte er.

»Sie können ja den Autoschlüssel und die Papiere mitnehmen. Ich erledige dann in der Zwischenzeit noch etwas in Holzminden und komme später zurück.«

Der Beamte blätterte unschlüssig in den Papieren. »Sie sind Lehrerin in Suhlendorf?«

»Ja«, sagte Ulrike Meinhof, »aber ich bin schon längere Zeit krank und währenddessen nicht in Suhlendorf gewesen.«

»Ich sehe, Sie waren öfter in der DDR?«

»Ja, ich habe dort Bekannte besucht.«

Der Polizeimeister bat die Frau, in seinen Dienstwagen einzusteigen, bis er die Überprüfung abgeschlossen habe. Über Funk rief er die Zentrale an und gab den Namen der Lehrerin durch.

Währenddessen versuchte Ulrike Meinhof, aus dem Streifenwagen auszusteigen. »Ich gehe ein bisschen spazieren«, sagte sie.

»Bitte bleiben Sie hier.«

Ulrike Meinhof öffnete die Tür und lief in Richtung Bundesstraße, wo Ruhland auf sie wartete.

Zusammen mit seinem Kollegen rannte der Polizeibeamte hinter ihr her und hielt sie fest. Gemeinsam brachten sie Ulrike Meinhof zum Dienstwagen zurück. Eine halbe Stunde später kam über Funk die Meldung, dass nichts gegen Sabine Marckwort vorliege und auch der Wagen nicht als gestohlen gemeldet sei.

Die Beamten durchsuchten den roten Renault, konnten aber nichts Verdächtiges finden. Daraufhin ließen sie Ulrike Meinhof gehen. Sie stieg zu Ruhland in den Wagen.

Die Polizeibeamten merkten sich noch, wie der Fahrer aussah, und gaben das später zu Protokoll: »Bei dem Fahrer handelte es sich um einen etwa 40-jährigen Mann, ca. 170 cm groß, mit rotem, zurückgekämmtem, lückenhaftem Haar.«

Ruhland wurde damals noch nicht von der Polizei gesucht. Aber Ulrike Meinhofs Bild und Personenbeschreibung hing auf jeder Polizeidienststelle. Die Personenüberprüfung hatte eine Stunde gedauert.

In Frankfurt setzte Ruhland Ulrike Meinhof vor dem Lokal »Westend« ab. Dort wollte sie sich mit Vertretern der El Fatah treffen, um Waffen zu kaufen. Anschließend war sie mit der Familie B. verabredet. Als sie dort eintraf, hatte sie 23 Pistolen der Marke »Firebird«, Kaliber neun Millimeter, fabrikneu in Pappkartons bei sich.

Raspe und Ruhland erhielten je eine der Waffen, fünf blieben in der Wohnung, die übrigen wurden am nächsten Tag nach Lützellinden zu einer Freundin Ulrikes aus früheren Tagen gebracht. Die Zahl der Helfer aus ihrem alten Freundeskreis wurde größer.

13.
»Eine bestimmte psychologische Disposition«

In Berlin waren neue Leute zur Gruppe gestoßen: Holger Meins, Student an der Berliner Filmakademie, Beate Sturm, Physikstudentin, und Ulrich Scholze, ebenfalls Physikstudent.

Beate Sturm war neunzehn Jahre alt. Sie kam aus Leverkusen. Ihr Vater war Physiker bei Bayer.

Nach dem Abitur schrieb sie sich an der Freien Universität Berlin für das Fach Physik ein. In den Vorlesungen verstand sie nichts, lief ziellos in der Universität herum und schloss sich bald einer Ad-hoc-Gruppe von Studenten an, die mit ähnlichen Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen hatten wie sie selbst. Berlin mit seinen alten Gebäuden, den asphaltierten Hinterhöfen, Kohlen- und Müllhaufen, Ratten und dazwischen spielenden Kindern war ein Schock für sie. »Da wird man einfach echt sauer«, sagte sie später. »Das ist nicht nur Mitleiden, das ist ganz einfach blinde Wut. Das war aktuell in Berlin: Macht kaputt, was euch kaputt macht.« Im Herbst 1969 lernte Beate Sturm in Berlin Holger Meins, Student an der Hochschule für Film, kennen, der ständig Bücher mit sich herumschleppte. Einmal sah sie bei ihm vier Mao-Bände. Fast auf jeder Seite hatte er Kernsätze des großen Vorsitzenden unterstrichen.

Holger Meins wurde 1941 geboren. Nach dem Abitur in Hamburg besuchte er die Kunsthochschule und wechselte Mitte der sechziger Jahre zur Filmhochschule nach Berlin. Er war still, schüchtern, neigte zu Depressionen. Mit der Filmkamera war er in der Studentenbewegung aktiv, war Mitautor eines Dokumentarfilms über den Schahbesuch im Juni 1967. Zwei Jahre später drehte er einen Kurzfilm über die Herstellung von Molotowcocktails und ihre Anwendung, der von den Studenten im Audimax der Freien Universität begeistert aufgenommen wurde.

Kurz nach der Baader-Befreiung durchsuchte die Polizei seine Wohnung. Meins griff sich das Telefon, um einen Anwalt anzurufen. Ein Polizeibeamter hielt ihm die Pistole an die Stirn.

Wohnungsrazzien wurden immer häufiger durchgeführt, mit immer schwererer Bewaffnung. Maschinenpistolen. »Raus aus den Betten! Hände hoch!« So empfand es Holger Meins. Es dauerte nicht lange, da schloss er sich der Baader-Meinhof-Gruppe an.

Ende Oktober 1970 lud er Beate Sturm zu einer politischen Diskussion in der Kulmbacher Straße ein. »Ich will dich da mit zwei interessanten Typen bekanntmachen.«

Holger Meins führte sie in eine nur mit Matratzen »möblierte« Wohnung. Nach einiger Zeit erschienen Ulrich Scholze, der ihr als »Ulli« vorgestellt wurde, und »Hans«. Vorsichtig begann »Hans« das Gespräch. Sie seien eine Gruppe nach dem Vorbild der Stadtguerilla in Lateinamerika. Beate Sturm hatte das Gefühl, Hans wolle sie anwerben. Er imponierte ihr.

»Was wollt ihr denn nun konkret wissen?«, fragte Baader. »Etwas über den Hintergrund oder wie man Autos knackt?«

»Wie man konkret Autos knackt«, antwortete Beate Sturm. Und Baader erklärte, auf welche Weise man die Zündung kurzschließt. Beate hatte den Eindruck, dass er ganz froh darüber war, nicht über Politik reden zu müssen.

»Und damit hat Baader es dann auch geschafft, dass unsere politisch-heroischen Vorstellungen flöten gingen, man war jetzt richtig im Krimi drin«, erinnerte sich Beate Sturm später. »Die Frage, was wir eigentlich wollten, haben wir uns klar gar nicht mehr gestellt. Man rutscht in so etwas hinein. Und da man zu wissen glaubte, dass man von der richtigen politischen Linie herkam, da hat das einem gefallen, auch noch den Krimi mitzukriegen.«

Mitte November war Beate Sturm bereit, in die Illegalität zu gehen. Über die Folgen hatte sie sich kaum Gedanken gemacht. Sie hoffte, eines Tages ihr Studium wiederaufnehmen zu können. Auf den Kontakt zu Eltern und Geschwistern wollte sie auf keinen Fall verzichten.

Am 6. Dezember kam es zu einem neuen Treffen in der Kulmbacher Straße. In der Wohnung waren Andreas Baader, Holger Meins, ein Mädchen mit dem Namen »Prinz« – das war Petra Schelm – und Ulrich Scholze bereits auf dem Matratzenlager versammelt. Baader machte einen hektischen und nervösen Eindruck. »Der Boden in Berlin ist zu heiß geworden«, sagte er. »Wir wollen erst mal in der BRD weiterarbeiten. Da soll ein Apparat aufgebaut werden.« Dazu müssten Autos und die dazugehörigen Papiere beschafft und Geld besorgt werden. Zugleich sollten Anschläge verübt werden, um die Öffentlichkeit auf den politischen Kampf der Gruppe aufmerksam zu machen.

»Ihr reist in zwei Gruppen nach Westdeutschland«, erklärte Baader. »Beate und Holger fahren auf getrennten Wegen nach Frankfurt, Teeny und Ulli nach Nürnberg.« Ilse S., »Teeny« genannt, war mit sechzehn Jahren die Jüngste in der Gruppe.

Meins übergab Beate Sturm einen Briefumschlag mit Geld, etwa 3000 Mark. »Davon kannst du auch den Flugschein bezahlen«, sagte er. »Das kommt mir ein bisschen zu überraschend«, sagte sie. »Eigentlich wollte ich über Weihnachten zu meinen Eltern fliegen.« Meins beruhigte sie: »Vorher bist du längst wieder zurück.« Er machte eine Pause und schlug danach einen etwas schärferen Ton an: »Entweder morgen oder gar nicht.«

Am nächsten Morgen flog Beate Sturm nach Frankfurt. Dort wartete sie gegenüber dem Hauptbahnhof im Restaurant »Aschinger« auf Holger Meins, der zwei Stunden später im Auto aus Berlin eintraf. Gemeinsam fuhren sie zu einer Grünanlage im Westend.

Meins klemmte sich ein Exemplar des »Time Magazine« unter den Arm und ging zu einer Telefonzelle, wo er mit »Anna«, die er bis dahin noch nie gesehen hatte, verabredet war. Beate Sturm sollte in einem Café auf ihn warten. Nach einiger Zeit kam er mit Ulrike Meinhof zurück.

Sie fuhren zur Wohnung der Familie B., wo Beate neue Genossen kennenlernte: »Fred«, Jan-Carl Raspe, und »Kalle«, Karl-Heinz Ruhland.

»Hast du mir Geld aus Berlin mitgebracht?«, fragte Ulrike Meinhof.

Beate Sturm gab ihr den Umschlag.

In der Zwischenzeit hatten Ulli und Teeny in Nürnberg Banken ausgekundschaftet.

Ulrich Scholze war am selben Tag zur Gruppe gestoßen wie Beate Sturm. Er war 23 Jahre alt und Tutor im Fachbereich Physik an der FU. An seinem eigenen Beispiel erfuhr er, wie leicht es der Gruppe damals fiel, neue Mitglieder zu rekrutieren. »Eine Voraussetzung für die Teilnahme«, so erklärte er nach seiner Festnahme, »ist eine bestimmte psychologische Disposition. Man muss emotional davon überzeugt sein, dass sämtliche Reformbemühungen nur einer Stabilisierung dieses Gesellschaftssystems und der Festigung des Kapitalismus dienen. Die dann existierende Einheit zwischen Ratio und Emotionen ist erst die Voraussetzung für entschlossenes Handeln. Völlige Bestätigung tritt dann durch den entsprechenden Druck der Strafverfolgungsbehörden ein. Durch entsprechende reißerische Presseberichte und Äußerungen von Regierungsstellen, wie ›Staatsfeind

Nummer 1‹, treten Erfolgserlebnisse auf, die einem die Kraft zum weiteren Handeln geben.«

Der Rutsch in die Illegalität gehe sehr schnell. Erst werde ein Interessent zur Wohnungsbeschaffung herangezogen. Anschließend mache er vielleicht bei einem Autodiebstahl mit, von da bis zu einem Banküberfall sei es kein weiter Weg.

Scholze lernte Baader als einen »intelligenten, schnell begreifenden Mann« kennen, der »Situationen realistisch einschätzen konnte und über hohe psychische Reserven verfügte«. Er habe aber dazu geneigt, andere ständig anzubrüllen. Gudrun Ensslin, seine Lebensgefährtin im Untergrund, sei in der Diskussion nicht so ungeduldig gewesen wie Baader. Ulrike, so meinte Scholze, habe die schlechtesten Nerven von allen und eine geringe Reizschwelle gehabt. Sie war hochgradig nervös und rieb ständig ihren rechten Daumen, Zeige- und Mittelfinger gegeneinander. Oft formte sie dabei aus abgerissenen Papierstückchen Kugeln, die sie dann überall herumliegen ließ.

Später, als die Polizei das auch von anderen Zeugen erfahren hatte, suchte sie in illegalen Wohnungen systematisch nach solchen Papierkügelchen.

14.
Im Frankfurter Hauptquartier

Inzwischen waren auch Andreas Baader und Gudrun Ensslin auf dem Weg nach Westdeutschland. Ruhland und Ulrike Meinhof holten sie am Frankfurter Hauptbahnhof ab.

Baader trug die ursprünglich langen dunklen Haare nun kurz und hellblond, fast weiß, und blinzelte durch eine randlose Brille. Gudrun Ensslin hatte sich die kurzen Haare schwarz gefärbt. Noch auf dem Bahnsteig verabredeten sie sich zu einer Einsatzbesprechung in einer von Ulrike Meinhof requirierten Frankfurter Wohnung.

Am 10. Dezember hatte sie an der Tür des Schriftstellers Michael Schulte gestanden. Schulte merkte das und öffnete, ohne auf das Klingelzeichen zu warten. Draußen stand eine Frau mit mittellangen blonden Haaren und Brille.

»Wohnt hier R.W.?«, fragte sie.

»Sie meinen den Schriftsteller?«

Sie nickte.

»Der wohnt jetzt in Basel in der Schweiz. Kommen Sie rein, dann schreibe ich Ihnen die neue Adresse auf.«

»Die Schweiz nutzt mir nichts.«

»Was wollen Sie denn von ihm?«

»Ich habe gehört, dass er bereit wäre, Leuten aus linken Kreisen Unterkunft zu geben.«

»Das halte ich für ausgeschlossen, dafür kenne ich ihn zu gut.«

»Wohnen Sie allein hier?«

»Ja.«

»Würden Sie denn solche Leute unterbringen? Sie haben doch genug Platz.«

»Das würde ich schon machen, wenn ich weiß, um wen es sich handelt.«

»Das kann ich im Moment noch nicht sagen, weil ich noch nicht weiß, wer Sie sind und was Sie machen.«

Schulte sagte, er sei Schriftsteller, und zeigte ihr einige seiner Bücher.

Eines davon hieß »Die Dame, die Schweinsohren nur im Liegen aß«. Darin hatte er bekannt: »Ich liebe Abenteuer, und doch habe ich so gut wie nichts erlebt. Gefahren weichen mir aus, mein Dasein ist geordnet, mein Alltag bleibt alltäglich.« Das sollte sich ändern.

Ulrike Meinhof begann, den Schriftsteller zu duzen. »Was hältst du von den Mahler-Leuten?«

»Nicht viel.«

»Kannst du nicht trotzdem ein paar Leute für einige Nächte bei dir aufnehmen?«

Schulte zögerte.

»Ich bin Ulrike Meinhof.«

»Das glaube ich nicht. Die ist doch zusammen mit Mahler festgenommen worden.«

»Da irrst du dich. Das war jemand anders.«

Die Frau war dem Schriftsteller sympathisch, und er sagte ihr zu, sie kurzfristig in seiner Wohnung aufzunehmen. Beim Abschied gab er ihr seinen Wohnungsschlüssel.

In der übernächsten Nacht kehrte Michael Schulte kurz nach 1.00 Uhr aus seiner Stammkneipe zurück. Als er die Wohnungstür öffnete, kam ihm Ulrike Meinhof aus dem Wohnzimmer entgegen. »Bitte geh nicht da rein«, sagte sie. »Wir haben dort eine Besprechung, an der du besser nicht teilnimmst.« Schulte verzog sich in sein Schlaf- und Arbeitszimmer und hörte von nebenan Stimmen, ohne zu verstehen, was gesprochen wurde.

Nacheinander waren alle in die Wohnung des Schriftstellers gekommen. Raspe brachte einen »Minispionsucher« mit, um verborgene Wanzen aufzuspüren. Er kletterte über Tische und Schränke und suchte die Wände ab. In einer Ecke gab das Gerät kräftige Pfeiftöne von sich. Man beratschlagte längere Zeit, ob dort vielleicht eine Abhöranlage eingebaut war. Es stellte sich aber heraus, dass der Wanzensucher auch auf Lichtleitungen ansprach. Dann eröffnete Baader die Sitzung: »Wir geben jetzt Berlin auf und konzentrieren uns auf die Bundesrepublik.« Als Nächstes sollten die im Ruhrgebiet geplanten Banküberfälle ausgeführt werden. Dazu müsste die Gruppe noch weitere Autos besorgen.

Es schloss sich eine allgemeine Diskussion über politische Fragen an. Dann spielte Baader ein Tonband ab, das er aus Berlin mitgebracht hatte. Baaders Stimme tönte aus dem Lautsprecher und gab den Inhalt von Ermittlungsakten über die Gefangenenbefreiung aus dem Institut für soziale

Fragen in Berlin wieder.

Schließlich kam die Diskussion auf aktuelle Ereignisse. Einige Tage zuvor war die sechzehnjährige »Teeny« zu schnell gefahren und hatte dabei parkende Fahrzeuge gestreift. Obwohl bei dem Mercedes nur ein Scheinwerfer zersplittert war, hatte sie den Wagen in der Nähe des Unfallortes stehengelassen. Als Holger Meins das Auto wenig später abholen wollte, waren alle vier Reifen durchstochen.

Einige meinten, es habe sich wohl um den Racheakt des Besitzers eines der beschädigten Wagen gehandelt. Ulrike Meinhof setzte zu einer umfangreichen politischen Begründung an: »Ich halte das für bedeutsam und für einen berechtigten Akt der Notwehr des Bürgers beziehungsweise der Selbsthilfe, die nicht auf polizeiliche Maßnahmen wartet.« Sie zog Parallelen zu den Selbsthilfeaktionen der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.

Beate Sturm widersprach: »Für mich sind das nichts weiter als faschistische Umtriebe.«

»Nein, das ist ein Akt der zum politischen Bewusstsein erwachenden Volkswagenbesitzer gegenüber dem wohlhabenden Mercedes-Fahrer. Das ist ein Fortschritt in Richtung auf das politisch bewusst werdende und selbst handelnde Proletariat.«

So jedenfalls erinnerte Beate Sturm den Dialog. Solche Argumentationen empfand sie als typisch für Ulrike Meinhof.

Immer wieder kam die Gruppe zu Besprechungen in Schultes Wohnzimmer zusammen. Er selbst durfte den Raum nicht mehr betreten. Überhaupt kam er nur noch ungern in seine Wohnung und hielt sich stattdessen Abend für Abend in seiner Stammkneipe »Globetrotter« auf. »Das Einzige, was ich in meiner Wohnung noch hatte, war mein Bett«, berichtete er später. »Alles andere war der Sozialisierung zum Opfer gefallen.«

Vor allem Andreas Baader war ihm unsympathisch: »Der sah in seinem Tarnaufzug aus, als hätte er sich einfach eine Tüte Mehl übers Haar geschüttet.« Von Schultes Büchern riss Baader den Einband ab und benutzte deren Rückseiten als Notizzettel.

Auch Astrid Proll gefiel dem Schriftsteller nicht. Eines Tages, so berichtete er, sei sie zu ihm gekommen: »Schlaf endlich woanders, ich habe es satt, immer auf der Luftmatratze zu pennen.« Für vernünftig hielt er außer Ulrike Meinhof nur noch Jan-Carl Raspe, den er als »feinen, sensiblen Menschen« kennenlernte.

Die Gruppenmitglieder hänselten den Literaten wegen seiner Bücher, unter denen es zu wenig linkes Schrifttum gebe, und wegen seiner Schallplattensammlung. Er besaß im Wesentlichen klassische Musik. Als er aber einmal Tschaikowskys »Vierte« auflegte, fragte »Prinz«, Petra Schelm: »Haste noch mehr davon?«

Dem Schriftsteller fiel auf, dass die »Gäste« im gegenüberliegenden Supermarkt immer die teuersten Lebensmittel einkauften. Zu trinken gab es nur Fruchtsäfte, lediglich Raspe trank hin und wieder ein Bier. Kurz vor Weihnachten wurde Michael Schulte die Sache zu bunt. Er flüchtete in das Haus eines Onkels nach Mallorca.

»Diese Zustände in meiner Wohnung sind so nicht abgemacht gewesen«, sagte er zu Ulrike Meinhof und bat sie, dafür zu sorgen, dass seine Wohnung umgehend geräumt würde.

»Wir ziehen ohnehin bis spätestens Weihnachten woandershin«, beruhigte sie ihn.

Den Schlüssel durfte sie vorerst behalten.

Als Schulte am 10. Januar nach Frankfurt zurückkehrte, war seine Wohnung von Leuten besetzt, die er noch nie gesehen hatte. Nach einigem Hin und Her beschloss der Schriftsteller, seine Wohnung aufzugeben und woanders hinzuziehen. Auf Drängen Ulrike Meinhofs blieb er noch für eine Weile offiziell Wohnungsinhaber und bekam die Miete von der Gruppe zurückerstattet.

Später, von der Polizei festgenommen, erklärte er: »Im Grunde habe ich es aus Gutmütigkeit getan. Leute, hinter denen die Polizei her war, standen mir noch immer näher als die Bullen.«

So dachten zu jener Zeit viele, die Unterkunft boten. Vor allem alte Freunde und Bekannte Ulrike Meinhofs halfen immer wieder mit Quartieren aus. Sie hatte sich durch die Wohnungsakquise, die fast ausschließlich ihr überlassen war, einen Freiraum geschaffen, in dem sie politisch mit anderen argumentieren konnte. Das war innerhalb der Gruppe immer weniger möglich

15.
Strategiediskussion im Sanatorium

In den späteren politischen Erklärungen der Gruppe war immer wieder vom »Primat der Praxis« die Rede: »Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich ist.« Das sei nur praktisch zu ermitteln.

In der Illegalität wurde das »Primat der Praxis« höchst banale Realität. Da wurden Wohnungen beschafft, Autos gestohlen, »Geld-Kisten gemacht«, also Banken überfallen. Die Organisation des täglichen Lebens im Untergrund verdrängte zunehmend jede politische Diskussion. Man war auf der Flucht, und das bestimmte das Leben der Gruppe mehr als alle strategischen Zielvorstellungen.

Jan-Carl Raspe hatte bei einer alten Freundin Ulrikes, Tochter der bekannten Psychoanalytiker Alexander und Margarethe Mitscherlich, gewohnt. Zum Abschied gab sie ihm eine Ansichtskarte mit dem Bild eines ehemaligen Sanatoriums in Bad Kissingen. Auf die Rückseite schrieb sie, dass der Träger dieser Karte das Haus betreten dürfe. Es war ein leerstehendes, etwas heruntergekommenes Gebäude, das nur im Sommer für ein paar Wochen als Feriendomizil für die Kinder eines »Kinderladens« diente.

Am Nachmittag des 14. Dezember fuhren Ruhland und Astrid Proll nach Bad Kissingen. Sie kauften im Ort Ölöfen, Lampen und Kabel. Am nächsten Tag kamen Baader, Ensslin, Jansen, Raspe und dessen ehemalige Freundin Marianne im Sanatorium an, spätabends Meinhof, Meins und Sturm.

Man sprach über künftige Aktionen. Beate Sturm erschien das alles mehr wie Spinnerei. Sie hatte die Gruppe immer nur auf der Flucht erlebt, die Mitglieder fühlten sich ständig beobachtet und verfolgt, hatten in kurzen Abständen die Quartiere gewechselt und sich nur unter strengen Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Jetzt über große Aktionen wie etwa Entführungen zu sprechen fand sie absurd.

Baader verlangte Aktionen. Vielleicht könnte man den Verleger Axel Springer entführen, um die Gefangenen in Berlin freizupressen. »Oder Franz

Josef Strauß?«

»Auf dessen Freilassung legt doch niemand Wert.« Alle lachten.

Jemand erwähnte Willy Brandt. »Der macht abends in Bonn häufig allein Spaziergänge. Oder er wird nur von einem Beamten begleitet.« Das fand keine Zustimmung. Eine Entführung des SPD-Kanzlers könne nur der CDU nützen.

Die Strategiedebatte machte keine Fortschritte. Die Gruppe verlegte sich auf die konkrete Planung neuer Banküberfälle. Das war ein greifbares Ziel. Außerdem wurden die Mittel knapp. Gudrun Ensslin verwaltete nach wie vor die Kasse. Jeder bekam das, was er brauchte; das Leben in der Illegalität war kostspielig.

Die Zusammenkünfte in dem »Sanatorium« verliefen planlos und ungeregelt. Das Haus war verwahrlost, Mobiliar so gut wie nicht vorhanden. Ruhland hatte in drei Zimmern Ölöfen installiert, die übrigen Räume blieben unbewohnbar.

Nach wenigen Tagen hatten alle genug vom engen Zusammensein in der ungastlichen Herberge, und man schwärmte wieder aus, um im Ruhrgebiet Banküberfälle vorzubereiten.

16.
Heimweh und Verhaftung

Ruhland und Beate Sturm machten sich in einem Mercedes auf die Reise. Kalle erzählte von seiner Familie. Beate wusste bereits von Ulrike Meinhof, dass seine Frau an Leukämie erkrankt war. Durch diese Krankheit, erzählte Ruhland, sei er in schwierige finanzielle Verhältnisse geraten. Er sei vorbestraft und habe das Sorgerecht für seine Kinder verloren. Beate Sturm erinnerte sich, dass Ulrike ihr gesagt hatte, Ruhland sei ein »Opfer des Systems«.

Als die beiden in die Nähe von Leverkusen kamen, sagte Beate: »Da wohnen meine Eltern.«

»Wir können ja mal kurz vorbeifahren«, schlug Ruhland vor.

Langsam fuhren sie an dem Grundstück mit dem modernen Einfamilienhaus vorbei, und Beate Sturm konnte kurz über den Zaun sehen. Dann gab Ruhland wieder Gas. Sie wussten, dass der Ausflug nicht den konspirativen Regeln entsprach, aber Kalle beruhigte das Mädchen: »Das bleibt unter uns.«

Gegen 22.00 Uhr erreichten die beiden Oberhausen, wo sie sich in dem Lokal »Rex 2« mit Ali treffen wollten. Die Kneipe war schon geschlossen, und sie klopften an die Tür. Nach einiger Zeit erschien Ali, der mit dem Wirt befreundet war, und setzte sich zu ihnen in den Wagen. Er war betrunken. Ruhland machte ihm Vorwürfe.

Sie fuhren durch Oberhausen und besichtigten die von Ali zum Diebstahl ausgewählten Fahrzeuge. Die Wagen entsprachen auch Ruhlands Vorstellungen. Die Männer wollten sich noch in derselben Nacht an die Arbeit machen. Es fehlte nur das notwendige Werkzeug.

»Ich weiß jemanden, der die Sachen beschaffen kann«, sagte Ali. Sie fuhren zurück zum »Rex 2«. In der Kneipe saßen vier oder fünf Gäste. Ali holte einen jungen Mann heraus. Mit hoher Geschwindigkeit steuerte Ruhland dessen Wohnung in einem Außenbezirk von Oberhausen an. Plötzlich tauchte ein Streifenwagen der Polizei auf und setzte sich hinter den Mercedes. Ruhland versuchte, die Verfolger abzuhängen, aber die Polizisten

blieben dichtauf, überholten schließlich und hielten die Kelle hinaus.

Ruhland musste seine Papiere vorzeigen. Sie lauteten auf seinen richtigen Namen, waren aber gefälscht. Die Beamten forderten ihn auf, zum Funkstreifenwagen zu kommen, um die Papiere zu überprüfen. Als er ausstieg, flüsterte Ruhland den anderen zu: »Haut ab!« Kaum hatten er und die Polizisten sich ein Stück entfernt, verschwanden Beate Sturm, Ali und dessen Freund in der Dunkelheit.

Ruhland setzte sich in den Streifenwagen. Die Polizeibeamten hatten schnell erkannt, dass an seinen Papieren etwas nicht in Ordnung war. »Sie müssen mitkommen.« Ruhland zog seine geladene und entsicherte Pistole aus dem Hosenbund und übergab sie den Beamten. Er wurde festgenommen.

Nicht lange danach begann er, Aussagen zu machen.

Ali hatte die Verhaftung aus der Entfernung beobachtet. Beate und Alis Freund waren mit einem Taxi zurück ins Zentrum gefahren. Aus einer Telefonzelle rief Beate Sturm in der Frankfurter Wohnung an. Ensslin nahm den Hörer ab. Atemlos erzählte Beate, was geschehen war. »Ich habe nur noch vier Mark in der Tasche. Was soll ich bloß machen?«

Gudrun holte Baader ans Telefon. »Leih dir von Alis Freund Geld und fahr nach Gelsenkirchen.« Dort gab es eine Unterkunft der Gruppe.

Am nächsten Morgen in aller Frühe tauchten Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe auf. Auch sie waren in der vergangenen Nacht in eine Polizeikontrolle geraten. »Als die Bullen die Papiere kontrolliert haben, sind mir plötzlich Zweifel gekommen«, erklärte Ulrike Meinhof. Während die Beamten über Funk die Personaldaten überprüften, hatte sie kurzentschlossen Gas gegeben und war davongefahren. Die Papiere blieben bei den Polizisten. Auf diese Weise kamen die Sicherheitsbehörden zu einem neuen Fahndungsfoto, das Ulrike Meinhof mit kurzen blonden Haaren zeigte.

Beate Sturm war fertig, übermüdet, verzweifelt. Die Festnahme Karl-Heinz Ruhlands war ihr sehr nahegegangen. Sie mochte »Kalle« und »Ali«; mit ihnen konnte man herumziehen und lachen. Ihr gefiel nicht, wie die beiden in der Gruppe beurteilt wurden: »Der eine ist ewig besoffen, und der andere wird sowieso kein Kader.«

Eine ähnliche Haltung hatte sie auch gegenüber den Quartiergebern beobachtet: »Entweder die Leute waren sowieso politisch aktiv, in Baaders Sinn, oder man hielt sie für dämlich – dann brauchte man auch keine Rücksicht zu nehmen.«

Beate Sturms Bedenken wuchsen. Sie übernachtete bei einem Freund in

Köln, der mit der Gruppe nichts zu tun hatte. Am nächsten Tag, dem 21. Dezember, brachte er sie nach Frankfurt. In der Schriftstellerwohnung traf sie Andreas, Gudrun, Holger, Marianne, Ulrike und Teeny.

Die Pläne für Banküberfälle im Ruhrgebiet wurden aufgegeben. Stattdessen wollten sie es in Nürnberg versuchen. Ulrich Scholze und Astrid Proll waren schon vorausgefahren.

Baader war nicht gut auf Scholze zu sprechen. Als er ihn in die Technik einer »Kalaschnikow«-Maschinenpistole einwies, hatte ihm Scholze vorgeworfen, die Mitglieder der Gruppe in unverantwortlicher Weise in die Illegalität zu treiben. Baader reagierte wütend: »Du kannst nicht teilweise am illegalen Leben der Gruppe teilnehmen und dann in die Legalität zurückkehren.«

Die anderen gaben Baader recht. »Man kann nicht an einem Tag bei einem Banküberfall mitmachen und sich am nächsten Tag wieder an seine Diplomarbeit setzen«, sagte Beate Sturm.

In Nürnberg trafen sich alle wieder. Spät in der Nacht fuhren Ulrich Scholze und Astrid Proll in die Watzmannstraße. Dort warteten Ulrike Meinhof und Ali Jansen. Sie hatten sich einen Mercedes ausgesucht. Es gelang ihnen, die Tür aufzubrechen und die Zündung kurzzuschließen, aber die Maschine sprang nicht an, es gab Fehlzündungen. Der plötzliche Lärm weckte den Autobesitzer. Er rief die Polizei, öffnete das Fenster und schrie laut um Hilfe.

Aufgeschreckt sprang Ali aus dem Wagen und rannte zum hellen Ford. Ulrike Meinhof lief zum BMW, den Astrid Proll sofort startete. Beide Autos rasten davon. Die Frauen bogen auf den Parkplatz des Esso-Hotels ein, die Männer fuhren geradeaus weiter. Sie stoppten kurz vor der Meistersingerhalle und stiegen aus. Ulrich Scholze wollte gerade die Wagentür abschließen, als ein Volkswagen neben ihnen hielt. Zwei Polizeibeamte in Zivil fragten nach den Papieren. Scholze gab ihnen seinen echten Führerschein. »In der Watzmannstraße wurde ein Pkw aufgebrochen«, sagte einer der Beamten. »Kommen Sie bitte mit, wir müssen Sie dem Fahrzeughalter gegenüberstellen.« In diesem Augenblick rollte ein über Funk alarmierter Streifenwagen heran. Ali und Ulrich wurden aufgefordert, jeweils in eines der beiden Polizeifahrzeuge zu steigen. Ulrich kletterte zu der Zivilstreife in den Volkswagen und wurde abtransportiert.

Ali Jansen, der einen gefälschten Ausweis vorgelegt hatte, war von den uniformierten Polizisten zu dem einige Meter entfernt stehenden

Streifenwagen geführt worden. Einer der Beamten tastete Jansen nach Waffen ab. Ali öffnete seinen Mantel und schlug ihn leicht nach hinten. Blitzschnell griff er zu einer Pistole. Die Beamten packten sein Handgelenk und versuchten, ihm die Waffe zu entreißen. Jansen wehrte sich und schrie: »Haut ab, lasst mich los, oder ich schieße.« Er hatte den Zeigefinger am Abzug und ließ den Lauf zwischen den beiden Beamten hin- und herpendeln. Der eine Polizist rief dem anderen zu: »Hau ab!« Der rannte im Zickzack davon und warf sich in zehn bis fünfzehn Metern Entfernung zu Boden. Sein Kollege suchte Deckung in einem Gebüsch. Ali Jansen schoss wild in der Gegend herum und sprang dann in den Polizeiwagen. Als er den Motor anlassen wollte, schossen auch die Polizisten. »Aufhören!«, rief Jansen.

Er schob sich über den Beifahrersitz aus dem Streifenwagen und streckte die Hände nach oben. In der rechten Hand hielt er seine Pistole.

»Werfen Sie die Waffe weg!«

Jansen schleuderte die »Firebird« von sich. Die Polizisten warfen sich auf ihn. Sie rutschten auf dem schneeglatten Boden aus. Jansens Nase begann zu bluten.

Einer der Beamten kniete auf ihm, während der andere Handschellen aus dem Streifenwagen holte. Ali wurde zur Kriminalbereitschaft gebracht. Dort zog man ihn aus und durchsuchte seine Kleidung.

Im Gerichtsurteil gegen ihn hieß es später: »Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Angeklagte geschlagen wurde.« Ali Jansen wurde 1973 wegen versuchten Mordes zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren verurteilt.

Bei Ulrich Scholze hatten die Polizeibeamten einen gefälschten Ausweis gefunden. Er wurde vorläufig festgenommen, aber schon am nächsten Tag wieder auf freien Fuß gesetzt. Er fuhr zu seiner Mutter, hatte genug von dem kurzen Baader-Meinhof-Abenteuer und meldete sich nicht mehr bei den anderen.

Die aber machten weiter. Das Leben im Untergrund war anstrengend. »Es war ja immer so, dass man irgendwie an einem Ort war, und dann passierte irgendetwas, dann musste man alles umquartieren und wieder an einen ganz anderen Ort gehen«, erinnerte sich Astrid Proll. Nachdem sie in Frankfurt einmal beinahe festgenommen worden war, fiel sie in ein psychisches Tief: »Ich hatte mal wieder alles falsch gemacht, oder wir hatten was falsch gemacht, dass wir überhaupt in diese Situation kamen.« Wie in der deutschen Linken üblich, sei auch in der RAF alles ständig kritisiert worden: »Statt Leute zu unterstützen, wenn sie Hilfe brauchen, wird man noch mehr zur Sau

gemacht. Das war in der Gruppe genauso.« Astrid Proll war als gute Autofahrerin häufig dabei, wenn die anderen Aktionen machten: »Ich saß dann oft im Auto, wenn die anderen Banken oder irgendwas auscheckten.«

Einmal, kurz vor Weihnachten, war sie mit Ulrike Meinhof unterwegs. Es war Nacht, und Ulrike sagte plötzlich: »Jetzt reicht's mir hier. Immer dieses draußen rumstehen, Schmiere stehen, irgendwelche Autos auschecken. Ich hab dazu keine Lust mehr, wegen eines solchen Theaters, wegen solcher Kleinigkeiten im Gefängnis zu landen.« Astrid empfand das ähnlich. Aber die Gruppe duldete keine Diskussionen. Die Autorität der Doppelspitze Baader/Ensslin war in der Illegalität noch mächtiger geworden als zuvor. Astrid war froh, wenn sie »einen Job, ein Projekt hatte, was ich selber machen konnte«.

17.
Die Weihnachtskrise

Am zweiten Weihnachtstag 1970 trafen sie sich in Stuttgart: Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Holger Meins, Astrid Proll, Marianne, Beate und Teeny. Nach etwas mehr als einem halben Jahr im Untergrund waren mehr Gruppenmitglieder verhaftet worden, als jetzt zusammensaßen. Die Stimmung war gedrückt. Ulrike Meinhof übte Kritik. Die Ereignisse der letzten Zeit, die Verhaftungen und Unfälle seien auf fehlerhaftes Verhalten der Gruppe und eine falsche Gesamtplanung zurückzuführen. Baader hielt dagegen: »Das ist das Versagen Einzelner.« Er schlug vor, so wie bisher weiterzumachen. »Wir müssen planvoller und umsichtiger vorgehen«, beharrte Ulrike Meinhof. Baader fühlte sich angegriffen. »Wir brauchen mehr Sicherheitsmaßnahmen«, sagte Ulrike. »Wir können nicht einfach in eine fremde Stadt gehen und Aktionen starten, ohne mit der Örtlichkeit vertraut zu sein.« Baader wurde wütend: »Die Aktionen müssen blitzartig durchgeführt werden. Die Fehlschläge gehen auf das ungeschickte Verhalten Einzelner zurück. Es ist nicht die Gesamtplanung.« Die Diskussion nahm an Heftigkeit zu, drehte sich im Kreise. »Jetzt sind wir alle zusammen«, sagte Ulrike Meinhof, »jetzt probieren wir doch mal, das zu diskutieren. Wenn es nicht weitergeht, dann müssen wir Fehler gemacht haben.«

»Fehler, klar sind Fehler gemacht worden. Aber von Einzelnen, nicht von der Gruppe. Also müssen sich die Einzelnen ändern, nicht die Gruppe«, antwortete Baader mit zunehmender Lautstärke. Jetzt wurde auch Ulrike Meinhof laut: »Diese planlose Rumrennerei, dieses Hetzen – wenn's hier nicht klappt, dann gehen wir mal schnell in die nächste Stadt. Man hat nie überlegt, warum was nicht geklappt hat.«

Baader brüllte: »Ihr Fotzen, eure Emanzipation besteht darin, dass ihr eure Männer anschreit!« Plötzlich war Stille. Gudrun Ensslin sagte ganz ruhig: »Baby, das kannst du gar nicht wissen.«

Das verschlug Baader die Sprache. Astrid Proll versuchte einzugreifen, aber sie war inzwischen ohnehin zum roten Tuch für Baader geworden. Die

Übrigen saßen stumm und entsetzt daneben. In die peinliche Stille hinein sagte Marianne zu Baader: »Hör mal, ich halte viel aus, ich kann viel aushalten, aber das mach ich nicht mit, das halte ich einfach nicht durch. Wieso kannst du nicht sachlich zu Ulrike sein?«

»Wer in dieser Gruppe ist«, sagte Baader, »der muss einfach hart sein. Der muss das durchhalten können. Wenn du nicht hart genug bist, hast du hier nichts zu suchen. Der Druck der Illegalität, der führt zum Aggressionsstau, das muss man rauslassen, das kann man nicht nach außen ablassen, wegen der Illegalität, das muss man innerhalb der Gruppe ablassen, und dann kracht es natürlich, das muss man verkraften, so hart muss man sein.«

Sie diskutierten mehrere Stunden lang. Schließlich setzte sich Andreas Baader mit seiner Meinung durch.

Es war die Übungsphase der Stadtguerilla. Und niemand konnte erahnen, dass die RAF das Land über Jahrzehnte in Atem halten würde. Der Untergrundkampf entwickelte seine eigene Dynamik.

Es war nie die Gruppe, die den Kurs bestimmte. Es waren Baader und Ensslin.

Astrid Proll rückblickend: »Natürlich hatten Leute Angst – Angst vor Verhaftung, oder sie fühlten sich unwohl im Gruppendruck –, aber das wurde nicht thematisiert. Davor hatte man Angst, das galt schon als Verrat. Und man wollte Gefahr abwehren, indem man sich immer mehr in Gefahr begab.«

Die Illegalität wurde zum Selbstzweck, zum Mittel, die Gruppe zusammenzuhalten.

Die neuen Aufgaben wurden verteilt. Noch von Nürnberg aus rief Beate Sturm in Leverkusen an, um zu erfahren, wie ihre Eltern das Weihnachtsfest verbracht hatten. Ihre Mutter war besorgt: »Die Polizei ist bei uns gewesen und hat nach dir gefragt. Bei jemandem, der geschossen hat, ist ein Brief von dir gefunden worden.«

Zusammen mit den anderen fuhr Beate Sturm nach Kassel, um dort für einen Überfall geeignete Sparkassen auszukundschaften. Während sie durch die Stadt streifte, dachte sie über ihre Lage nach. Um ein Fluchtauto zu lenken, reichte ihre Fahrpraxis nicht aus. Andererseits galt sie in der Gruppe als zu lahm, die Gelder in der Kasse zusammenzuraffen. Sie malte sich aus, dass es ihre Aufgabe sein würde, mit der Waffe in der Hand im Schalterraum einer Bank zu stehen. In der Phantasie spielte sie durch, was dabei geschehen

könnte.

Es musste nur einer nervös werden, und es käme zu einer Schießerei. An eine solche Vorstellung konnte und wollte sie sich nicht gewöhnen. Hier, so dachte sie, würde nicht der Klassenfeind getroffen, sondern das Volk in Gestalt der Sparkassenangestellten. Die Fehler und Lücken im ideologischen und theoretischen Konzept gingen ihr durch den Kopf.

Die Erfahrungen in Stuttgart, Baaders Streit mit Ulrike hatten ihr den Rest gegeben. Sie war ganz einfach fertig. Zwar hatte sie das Gefühl gehabt, wirklich emanzipiert zu sein, weil die Frauen manche Dinge einfach besser konnten als die Männer, weil sie stärker waren, weniger Angst hatten, sich weniger stritten. Aber die Rangunterschiede hatten sie gestört. Sie dachte an Stuttgart, wo sie verschiedene Wohnungen gehabt hatten. Aber wer wohnt wo? Da gab es eine Wohnung mit Bad, und es war völlig klar, dass Andreas und Gudrun diese Wohnung bekamen. Ja, wieso denn?, hatte jemand gefragt, diese Wohnung entspricht doch nicht Baaders Sicherheitsvorschriften. Weil die Wohnung ein Bad hat. Ja, wieso kriegt Andreas ein Bad und wir nicht?

Das war doch wohl klar: Der hat mal im Knast gewohnt. Das kannst du dem doch nicht zumuten, hatte es geheißen, der hat da so im Knast gelitten, der muss immer ein Bad haben.

Beate konnte Andreas nicht einschätzen. Mit seinen Wutausbrüchen konnte sie nichts anfangen. Sie fand es sinnlos. Man konnte nur zurückbrüllen.

In Kassel langte es ihr dann vollends. Ein Auto streikte. Sie schob, und es sprang nicht an. Sie hatte die Nase voll und ging ins Bett. Mitten in der Nacht wurde sie von Ulrike geweckt. Vier Stunden lang redete sie auf Beate ein und kam zum Schluss darauf, ihr fehle die politische Motivation. Beate Sturm hatte das Gefühl, Ulrike würde das achtzigmal wiederholen. »Nun sag doch mal«, forderte Ulrike sie auf. »Sag doch endlich was dazu, du musst mir doch sagen können – ist die politische Motivation da oder nicht?«

»Kann ich nicht sagen, weiß ich nicht«, antwortete Beate, aber Ulrike wollte ein klares Ja oder Nein hören.

»Überleg dir das mal«, sagte sie. Da war für Beate alles klar.

Wenige Tage später, als die anderen nach Frankfurt gefahren waren, um dort Autos für Banküberfälle zu knacken, rief Beate Sturm bei ihren Eltern in Leverkusen an.

»Ich komme nach Hause«, sagte sie und brach in Tränen aus.

»Komm nur«, sagte die Mutter.

Am 15. Januar 1971 um 9.30 Uhr fuhren fünf Gruppenmitglieder mit einem in Göttingen gestohlenen Mercedes bei der Filiale der Kasseler Sparkasse in der Akademiestraße vor. Einer blieb im Auto sitzen, die anderen betraten den Schalterraum. Alle waren einheitlich dunkel gekleidet und hatten Pudelmützen mit Sehschlitzen über das Gesicht gezogen.

Jemand rief: »Überfall! Nehmen Sie die Hände hoch, verhalten Sie sich ruhig! Es geschieht Ihnen nichts!« Zwei Warnschüsse wurden abgegeben. Die Beute betrug 54185 Mark.

Zur selben Zeit hielt ein in Frankfurt gestohlener BMW 2000 vor der Sparkasse im Kirchweg. Die zweite Mannschaft, ebenfalls mit dunklen Pudelmützen getarnt, stürmte in den Schalterraum. »Überfall! Ruhig bleiben! Hände hoch!« Einer sprang über den Tresen in den Kassenraum und stopfte 60530 Mark in eine Tasche.

Noch am selben Tag schickte Gudrun Ensslin zwei Pakete mit Geld in die Stuttgarter Wohnungen. Ein drittes Paket folgte eine Woche später.

18.
Der Familienbulle

Alfred Klaus war ein hochgewachsener, schlanker Mann, der gern lächelte und überaus höflich war. Er kleidete sich sportlich elegant und trug meist einen dünnen Seidenschal um den Hals. Alfred Klaus war ein freundlicher Mensch, der sein Gegenüber beim Gespräch aus strahlend blauen Augen anblickte. Zu Besuchen, besonders bei Damen, brachte er oft Blumen mit.

Ende des Jahres 1970 hatte sich Alfred Klaus in einer Dependance der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes gerade ein neues Büro eingerichtet, mit neuen Möbeln, Zimmerpflanzen und allem, was dazugehört. Er war Sachgebietsleiter. Zwölf Beamte arbeiteten ihm zu. Alfred Klaus und seine Leute beschäftigten sich gerade mit dem Mord an einem algerischen Exilpolitiker, als er in seinen neuen Räumen angerufen wurde.

»Komm runter, wir müssen eine Sonderkommission aufstellen«, hieß es am Telefon.

Es ging um Bekämpfung des Terrorismus. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die örtlich zuständigen Polizeibehörden und Landeskriminalämter mit der Verfolgung der Baader-Meinhof-Gruppe beschäftigt. Zwar war seit der Baader-Befreiung im Mai 1970 ein gutes Dutzend Gruppenmitglieder festgenommen worden, die Hauptfiguren Baader, Ensslin und Meinhof waren aber immer noch auf freiem Fuß. Jetzt, so hatte Bundesinnenminister Genscher den auf ihrer Länderhoheit bestehenden Innenministern abgerungen, sollte das Bundeskriminalamt zentrale Ermittlungsstelle werden.

Alfred Klaus war in den Augen seiner Vorgesetzten der richtige Mann, um entscheidend beim Aufbau einer »Sonderkommission Terrorismus« mitzuwirken. Schon in den fünfziger Jahren hatte er sich mit politischen Straftaten – oder was man dafür hielt – befasst. Er hatte gegen die verbotene KPD ermittelt und sich beruflich auch mit dem ideologischen Hintergrund, mit Theorie und Praxis des Marxismus beschäftigt. Alfred Klaus war außerdem 1962 an der Polizeiaktion gegen den » Spiegel« in Hamburg beteiligt gewesen – unter Führung des Bundesanwalts Siegfried Buback.

Klaus und seine Kollegen bezogen im Gebäude der Sicherungsgruppe

Bonn eine Zimmerflucht von Büros und erhielten drei große Kartons mit Akten, vorwiegend aus Berlin – von der Politischen Abteilung der Polizei, dem »Staatsschutz«.

Zunächst wollte Alfred Klaus für sich und seine Behörde herausfinden, was das eigentlich für Leute waren, die das ganze Jahr 1970 für Schlagzeilen gesorgt hatten, und er wollte wissen, welche politischen Ziele und Absichten hinter ihren Aktionen steckten. Am 1. Februar 1971 begann er seine Arbeit und filterte aus den Berliner Dossiers heraus, was er an Erkenntnissen über den »Baader-Meinhof-Komplex«, wie es bald amtsintern unbeabsichtigt doppeldeutig hieß, fand.

Am 19. Februar war sein »Vorbericht« fertig. Auf 61 Seiten schilderte er die Vorgeschichte, angefangen vom Prozess gegen die Kaufhausbrandstifter bis zu den Banküberfällen in Kassel.

In einem eigenen Kapitel skizzierte er den »ideologischen Hintergrund«: »Die Beweggründe für das strafbare Tun der Täter und die von ihnen verfolgten revolutionären Ziele haben ihren Ursprung in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, die durch die antiautoritäre Studentenbewegung und andere Kräfte der außerparlamentarischen Opposition ausgelöst wurden.«

Alfred Klaus hatte sich durch ganze Stapel von Büchern, Zeitschriften, Flugblättern und Broschüren gearbeitet. Er war der Ansicht, die Polizei könne nur Erfolg haben, wenn die Fahndungsbeamten sich in die Denkweise der von ihnen Verfolgten einfühlten.

Der BKA-Beamte zitierte zur Schulung seiner Kollegen aus einem in der Wohnung des Psychologie-Professors Peter Brückner gefundenen RAF-Manifest mit dem Titel: »Den bewaffneten Widerstand organisieren, die Klassenkämpfe entfalten, die Rote Armee aufbauen«.

Darin hatte die Hauptautorin Ulrike Meinhof in der ihr eigenen bildhaften Sprache geschrieben: »Die meisten intellektuellen Linken haben ihren Marx und Mao inzwischen auf den Kopf gestellt. Um ihr bisschen privilegiertes Sein nicht in Frage stellen zu müssen, ihren Trödelkram und bunt bemalte Küchenmöbel, greifen sie – wie die Springerpresse – nach psychoanalytischen Interpretationsmustern zur Erklärung revolutionärer Entschlossenheit …«

Als Alfred Klaus diese Sätze in seinem Vorermittlungsbericht zitierte, wusste er noch nicht, von wem sie stammten. Später, als er sich über Jahre mit den RAF-Schriften befasste, entwickelte er ein sicheres Gespür für die

Ausdrucksweise der einzelnen Gruppenmitglieder – vor allem für Ulrike Meinhofs Diktion. »Trödelkram« und »bunt bemalte Küchenmöbel« etwa als Reminiszenzen aus ihrer bürgerlichen Vergangenheit.

Dann gab Alfred Klaus einen Überblick über die bisherigen Aktivitäten der Gruppe. Von Mai 1970 bis zum Januar 1971 waren dies: die Baader-Befreiung, Banküberfälle in Berlin und Kassel, Einbrüche in Passämter, Autodiebstähle und das betrügerische Anmieten von Leihwagen. Tote hatte es bis dahin nicht gegeben. Zwölf Beschuldigte waren in Untersuchungshaft, gegen acht weitere flüchtige Gruppenmitglieder waren Haftbefehle ergangen.

Über viele Jahre blieb es das Spezialgebiet des BKA-Beamten Klaus, den persönlichen und politischen Hintergrund der RAF-Mitglieder auszuleuchten. Im April 1971 machte er eine Rundreise durch die Bundesrepublik und besuchte die Angehörigen. Er sprach mit Andreas Baaders Mutter, mit den Eltern von Gudrun Ensslin, mit Ulrike Meinhofs Pflegemutter Renate Riemeck, mit den Vätern von Astrid Proll und Holger Meins und mit Manfred Grashofs Eltern. Er wollte wissen, mit welcher Art von Persönlichkeiten es die Polizei zu tun hatte, nicht, weil er glaubte, die Angehörigen würden ihre Kinder verraten, sondern in der vagen Hoffnung, sie würden bei einer eventuellen Kontaktaufnahme auf ihre Kinder einwirken, »mit dem Unfug aufzuhören«.

Alfred Klaus wurde fast überall freundlich empfangen. Mit Baaders Mutter und Großmutter trank er eine Flasche Rotwein und erfuhr so manches über »Andis« Entwicklung. Er legte Aktenvermerke über die Gespräche an. Diese Berichte wurden später Grundlage der beim BKA geführten Personenakten, im Behördenjargon Personagramme genannt.

»Er wird sich niemals stellen«, sagte die Mutter dem BKA-Beamten. Sie hatte Tränen in den Augen. »Als er nach dem Kaufhausbrand in Frankfurt in Haft war, sagte er anschließend, dass er niemals wieder in ein Gefängnis gehen würde. Niemals!« Sie griff nach einem Taschentuch und sagte: »Ich erinnere mich daran, dass er als Zwölfjähriger einen vereiterten Zahn hatte und sich weigerte, zum Arzt zu gehen. Er wollte wissen, wie lange er die Schmerzen würde aushalten können. Deshalb glaube ich nicht, Herr Kommissar, dass er aufgeben wird. So, wie ich ihn kenne, wird er den eingeschlagenen Weg bis zum bitteren Ende gehen.«

Auch Gudrun Ensslins Mutter Ilse empfing den Polizeibeamten. Sie bot ihm Kaffee an und entschuldigte ihren abwesenden Mann. »Wissen Sie, Herr Klaus«, sagte sie, »ich würde alles dafür tun, dass mein Kind sich stellt. Mein

Mann ebenfalls. Aber sie wird es nicht tun. Wir haben keinen Einfluss mehr auf sie, seit Jahren schon nicht mehr. Sie wird jetzt im August einunddreißig. Sie hat sich entschlossen, diesen Weg zu gehen. Und da ist eben auch noch dieser Baader. Ich glaube, dem ist sie gänzlich verfallen. Gudruns Unglück im Leben sind die Männer, denke ich manchmal. Erst der schwache Vesper und dann der Revoluzzer Baader. Wäre sie doch nie nach Berlin gegangen.«

Auf Alfred Klaus wirkte sie verzweifelt und ratlos. Doch dann bemerkte er, wie ein Ruck durch ihren Körper ging. Sie beendete das Gespräch mit den Worten: »Gudrun muss selbst entscheiden, ob sie sich stellt. Und wer weiß, ob sich ihr Handeln nicht irgendwann als gerechtfertigt erweisen wird. Im Falle eines Dritten Weltkrieges zum Beispiel.«

Auch mit Gudruns Schwester Christel traf sich der BKA-Beamte. Ja, Gudrun habe sie Ende Januar einmal besucht: »Ich habe sie zunächst überhaupt nicht erkannt, weil sie eine Perücke trug. Sie kam mit diesen Typen herein, und ich bot ihnen Kaffee an. Einer der Männer – das war wohl Baader – fläzte sich auf mein Sofa und tat so, als wäre er bei mir zu Hause.« Sie habe sich gefragt, was Gudrun wollte, aber es fielen von ihrer Seite nur die üblichen Worte: »Scheißliberal und lohnabhängig.« Als Klaus ihr von seinem Besuch bei der Mutter erzählte, sagte Christel nach den Erinnerungen des BKA-Beamten: »Falls Mutter erzählt hat, dass wir Kinder frei erzogen wurden, so ist das einfach gelogen. Mein älterer Bruder zum Beispiel hat sich regelrecht an Mutters Nabelschnur aufgehängt. Er musste gegen seinen Willen Medizin studieren und hat sich nach Gudruns Verhaftung erhängt. Und wenn mein Vater Fernsehinterviews gab, dann hat er nur an sich selbst, aber bestimmt nie an seine Kinder gedacht.«

In den Augen des Beamten löste sich das Bild der heilen Pfarrersfamilie auf.

Alfred Klaus galt im Amt bald als Spezialist für persönliche und politische Hintergründe der RAF-Aktivitäten. Er hielt Vorträge, versuchte Polizeibeamte, für die Baader-Meinhof-Leute nichts als einfache Kriminelle waren, über deren Motive und Denkstrukturen aufzuklären. Er selbst war mehr und mehr fasziniert von seinen Untersuchungsobjekten. Ihn beeindruckten die Unbedingtheit, die Furchtlosigkeit und auch die Rücksichtslosigkeit sich selbst gegenüber.

Für Alfred Klaus stellte sich ein völlig neues Bild von Kriminalität dar. Es waren »Täterpersönlichkeiten«, mit denen die Polizei bis dahin nie zu tun gehabt hatte. Sie waren intelligent und zu allem entschlossen, ohne Rücksicht

auf das eigene Leben. Darauf musste sich die Polizei einstellen.

Klaus hatte den Eindruck, dass dies der Polizei besser gelang als der Justiz; manch ein Richter hatte seine Beförderung abgelehnt, um nicht Vorsitzender einer Strafkammer zu werden, die sich mit Terroristen herumzuschlagen hatte.

Das Sonderreferat der Sicherungsgruppe Bonn, zu dem Klaus gehörte, war nun primär für die Terroristenjagd zuständig. Beamte aus den Landeskriminalämtern wurden jeweils für mehrere Monate nach Bad Godesberg abkommandiert, um für den Einsatz vor Ort ausgebildet zu werden. So entstanden auch die persönlichen Verbindungen, die eine schnelle Kommunikation zwischen BKA und Landeskriminalämtern ermöglichten. Bundesinnenminister Genscher setzte sein Vertrauen in das Bundeskriminalamt als Zentrale der Verbrechensbekämpfung. 1969 hatte das BKA einen Etat von 24,8 Millionen Mark. 1970 wurde dieser Etat um ein Drittel erhöht, auf 36,8 Millionen. In den folgenden beiden Jahren sollten jeweils 20 Millionen Mark dazukommen. Im selben Zeitraum sollte das Personal in Wiesbaden von 934 Beamten Anfang 1970 auf 1779 Beamte im Jahre 1972 annähernd verdoppelt werden.

Zusätzlich wurden von den Ländern regionale Sonderkommissionen zur Terrorismusbekämpfung aufgestellt.

Alfred Klaus blieb zuständig für Hintergründe, Ideologie und Familienbetreuung. Später wurde er auch dafür eingesetzt, inhaftierte Gruppenmitglieder zu besuchen. Er wollte und sollte mit ihnen ins Gespräch kommen. Bald nannte er sich selbst »Familienbulle«.

Die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus wurde für ihn fast zum wichtigsten Lebensinhalt. Immer wieder las er die neu erschienenen politischen Manifeste der Gruppe und versuchte, seinen Kollegen klarzumachen, dass sie die politischen Motive nicht außer Acht lassen dürften. Viele Beamte sträubten sich dagegen. Es fielen Bemerkungen wie: »Du bist ja der Chefideologe der ›Rote Armee Fraktion‹. Du sagst denen erst, was sie wollen.«

Später, nach dem Tod der RAF-Gründer, schrieb Alfred Klaus im Auftrag des Innenministeriums Analysen der Zellenzirkulare der Stammheimer Häftlinge. Es kam häufig vor, dass Gefangene aus dem Umfeld der RAF sich ans Innenministerium wandten und um Übersendung der Klaus-Materialien baten. Nirgendwo sonst konnten sie sich so leicht über die Gedankengänge der ersten RAF-Generation informieren.

19.
Der Verfassungsschützer

Beamte der BKA-Sonderkommission, örtliche Polizisten und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes bildeten gemeinsame Einsatzgruppen. Vor allem die Verfassungsschutzbeamten aus Berlin kannten den linken Untergrund verhältnismäßig gut.

Einer der Spezialisten war der Verfassungsschutzbeamte Michael Grünhagen.

Bereits 1968 hatte er sich an verschiedenen APO-Aktivitäten beteiligt. In der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten im Berliner SPD-Bezirk Wilmersdorf brachte Grünhagen es zum stellvertretenden Vorsitzenden. Zu jener Zeit bildeten sich eine Reihe von Stadtteil-Basisgruppen, die vor allem »Mieteragitation« betrieben. Der Verfassungsschutzmann engagierte sich in der Basisgruppe Wilmersdorf, zu der auch Rechtsanwalt Klaus Eschen, Sozius von Horst Mahler, und der Mitbegründer des Untergrundblattes »Agit 883« und spätere Bundestagsabgeordnete der Grünen, Dirk Schneider, gehörten. Grünhagen nannte sich in der Szene Michael Hagen und begründete seine Namensänderung damit, dass es ihm die SPD übel nehmen könnte, wenn er sich in einer APO-Zelle betätigte. »Hagen« kam regelmäßig zu den wöchentlichen Sitzungen. Er schien viel Zeit zu haben und erklärte das mit seiner Tätigkeit als Mitarbeiter beim »Gewerbeaußendienst«. Er müsse nur abends in Gaststätten auf die Einhaltung der behördlichen Richtlinien achten.

Eines Tages sollte die Adressenkartei der Basisgruppe Wilmersdorf neu geordnet werden. Grünhagen bot sich an, diese mühevolle Aufgabe zu übernehmen. Eine Woche später kam er mit einem Packen ordentlich getippter Karteikarten zurück. Die säuberliche Maschinenschrift, offenkundig mit einer hochmodernen IBM-Maschine angefertigt, erregte Verdacht. Das brachte Grünhagen in Verlegenheit, aber er erzählte rasch von einer Tante, die zu Hause Adressen schreibe und eine solche Maschine besitze. Daraufhin wurde ihm auf den Kopf zugesagt, dass er V-Mann des Verfassungsschutzes oder der Politischen Polizei sei. Grünhagen tauchte nie wieder in der

Basisgruppe auf.

Wenig später brachte »883« auf der Titelseite eine Notiz: »Grünhagen als Agent entlarvt«. Dazu seine Adresse. APO-Anhänger schütteten ihm kurz darauf Buttersäure durch den Briefschlitz in die Wohnung.

Grünhagen musste sich die politischen Hintergründe und die Motivationen illegal operierender Gruppen nicht erst mühsam anlesen. Er kannte viele der Personen, die später im Umfeld der Baader-Meinhof-Gruppe auftauchten, von Angesicht zu Angesicht. So lag es nahe, Grünhagen nach Westdeutschland zu schicken, als die Gruppe ihr Tätigkeitsfeld dorthin verlagerte.

20.
Eine Schießerei im Westend und ihre Folgen

Am 10. Februar 1971 saß der Verfassungsschutzbeamte Michael Grünhagen im Restaurant »Schultheiss am Westend« in Frankfurt vor einer Tasse Suppe. Er hatte schon vorher bezahlt.

Als ein junger Mann und ein Mädchen vom Nebentisch das Lokal verließen, folgte ihnen Grünhagen. Aus einem vor dem »Schultheiss« geparkten Wagen stieg nun der Kriminaloberkommissar Heinz Simons von der Sicherungsgruppe Bonn und folgte dem Verfolger Grünhagen. Vor der nahen Staufenstraße bog das Quartett – immer auf Distanz – in die Unterlindau ein. Vor dem Haus Nummer 28 zögerten der Mann und die Frau, blickten zurück und gingen dann eilig weiter. Grünhagen und Simons schlossen auf, und kurze Zeit später stoppten sie die beiden: »Ausweiskontrolle«. Es war 21.15 Uhr. Daraufhin, so erinnerte sich Simons später, zog der junge Mann eine Pistole und rief seiner Begleiterin zu: »Hau ab, lauf weg!« Simons schoss hinter den Flüchtenden her. Verletzt wurde niemand. Das Pärchen entkam. Es waren Manfred Grashof und Astrid Proll.

Grashof hatte nicht geschossen. Astrid Proll war unbewaffnet.

Über eine Baustelle rannte Grashof davon und mischte sich unter Passanten. Einige Zeit später sprach er einen jungen Mann an und erzählte ihm, was geschehen war. Der Mann lotste Grashof aus der Gefahrenzone und kaufte ihm eine U-Bahn-Fahrkarte.

Die Schießerei in der Unterlindau wurde mehr als zweieinhalb Jahre später zum Hauptanklagepunkt gegen Astrid Proll: Mordversuch, sie habe auf die Beamten geschossen. Schon im ersten Verfahren kamen Zweifel an der Glaubwürdigkeit der beiden Beamten auf, zu groß waren die Widersprüche in ihrer Schilderung des Tathergangs. Aber erst im zweiten Proll-Prozess – die Angeklagte war inzwischen aus gesundheitlichen Gründen freigelassen worden und hatte sich nach England abgesetzt, war dort aber wieder festgenommen worden – wurde die Mordversuch-Anklage gegen sie fallengelassen. Es waren nämlich noch weitere Beamte am Schauplatz

gewesen, Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Sie hatten in einem Aktenvermerk festgehalten, dass Astrid Proll nicht geschossen hatte. Das entlastende Verfassungsschutzpapier wurde erst acht Jahre nach dem Vorfall an das Gericht gegeben.

Nach der Schießerei im Frankfurter Westend lief die erste große bundesweite Fahndungsaktion an. Die von Ruhland genannten Wohnungen wurden durchsucht, die Quartiergeber festgenommen und verhört. Die Presse stieg ein, Einzelheiten aus den Vernehmungen Karl-Heinz Ruhlands machten die Runde, aus dem Zusammenhang gerissen, verfälscht oder übertrieben. Die »Hamburger Morgenpost« schrieb: »Inzwischen scheint sich die Fahndung nach den Bandenmitgliedern zu einer Art Hysterie zu entwickeln. Rund ein Dutzend falscher Meldungen lösten in den letzten Tagen bei der Polizei Alarm aus und hielten die Beamten im ganzen Bundesgebiet in Atem.«

Ein Gastwirt im Dorf Wiershausen bei Hannoversch Münden glaubte, Ulrike Meinhof und Manfred Grashof in seinem Lokal gesehen zu haben. Ein Paar, auf das die Beschreibung passte, hatte das Lokal betreten und etwas zu trinken bestellt. Als die beiden auf dem Tresen eine Zeitung mit den Fahndungsfotos der Baader-Meinhof-Gruppe entdeckten, so sagte der Gastwirt aus, hätten sie sofort bezahlt und seien, ohne vorher das Licht einzuschalten, mit dem Auto davongebraust. Eine Fahndung der sofort alarmierten Polizei blieb erfolglos.

In Bremen glaubte das Personal eines Hotels am Hauptbahnhof, Ulrike Meinhof als Gast erkannt zu haben. In Wirklichkeit handelte es sich um eine nervenkranke Frau aus Bonn. Als sie hörte, dass man sie als Bandenchefin verdächtigte, wollte sie flüchten. Doch die Polizei kam ihr zuvor und nahm sie fest. Die Frau bestritt energisch, Ulrike Meinhof zu sein. In Handschellen wurde sie abgeführt, und erst zwei Stunden später, nachdem man ihr Fingerabdrücke abgenommen hatte, klärte sich der Irrtum auf.

Ruhlands Aussagen über die gutbürgerlichen Quartiergeber der Gruppe lieferten der Boulevardpresse Tag für Tag Schlagzeilen.

»Bild«: »Baader-Bande erpresst Prominente«.

»Die Welt«: »Gesinnungsfreunde erschweren Fahndung nach Baader-Gruppe«.

»Hamburger Abendblatt«: »Prominente schützen die Baader-Bande«.

»Bild«: »Pfarrer versteckte Beutegeld der Baader-Bande«.

Die Fahndung nach Terroristen wurde zum beherrschenden innenpolitischen Thema. Die »Welt am Sonntag« brachte es auf die Formel: »Bonner Geheimpolizei jagt Staatsfeind Nr. 1: Die Baader-Bande«.

Journalisten, Politiker, Sicherheitsbeamte, Psychologen und Philosophen machten sich an die Arbeit, das Phänomen zu analysieren.

Günter Nollau, damals im Bundesinnenministerium und später Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sah »etwas Irrationales an der ganzen Sache«. Ihm fiel auf, »dass so viele Mädchen dabei sind«, und er hatte auch gleich eine Erklärung parat: »Vielleicht ist das ein Exzess der Befreiung der Frau.«

Der Frankfurter Philosoph Alfred Schmidt kam zu der Einsicht: »Das ist ein historisches Überbleibsel der abschlaffenden Protestbewegung. Die stehen nun da mit ihrer Revolution, und die anderen gehen zur Tagesordnung über. Das ist so, als wenn beim Fußball ein Tor fällt, und 20000 Menschen schreien ›Tor‹, und dann ist da einer, der schreit zwei Minuten länger als die anderen. Dann drehen sich alle um und denken: ›Was ist denn das für einer.‹«

Der Soziologe Oskar Negt hielt die Aktionen der Baader-Meinhof-Gruppe für eine »gefährliche Narretei«, entstanden aus der »falschen Faschismus-Analyse«, die sie ihrer Gesellschaftskritik zugrunde gelegt habe. Und Professor Max Horkheimer urteilte: »So dumm kann keiner sein, um nicht zu spüren, dass sie genau das Gegenteil von dem erreichen, was sie eigentlich wollen.«

21.
Namensgebung – die »Rote Armee Fraktion«

In der Öffentlichkeit hieß die herumreisende Truppe immer noch »Baader-Meinhof-Gruppe« oder »Baader-Meinhof-Bande« – je nach politischem Standpunkt des Beobachters. Seit der Baader-Befreiung, seit dem Interview mit Michèle Ray, hatte sich die Gruppe nicht mehr schriftlich und theoretisch geäußert.

Anfang 1971 verfasste Horst Mahler in seiner Gefängniszelle ein »Positionspapier«, in dem er die Ziele der Stadtguerilla zu definieren suchte. Die Schrift wurde unter der Tarnbezeichnung »Neue Straßenverkehrsordnung« veröffentlicht und später im Berliner Verlag Klaus Wagenbach nachgedruckt. Mahler hatte sein Papier nicht mit den in Freiheit operierenden Genossen abgestimmt. Als Baader, Ensslin und Meinhof das von Mahler entwickelte Konzept für ihren Kampf in die Hände bekamen, waren sie empört: »Das hat mit uns überhaupt nichts zu tun. Das ist ein Konzept von Guerilla, aufgeblasen wie Indianerspielen.«

Wo immer sie mit Helfern und Sympathisanten zusammentrafen, distanzierten sie sich von Mahlers strategischen Überlegungen. Ulrike Meinhof bekam den Auftrag, zur korrekten Selbstdarstellung der Gruppe ein eigenes Manifest zu entwickeln, das »Konzept Stadtguerilla«. Darin tauchte zum ersten Mal der Begriff »Rote Armee Fraktion« auf. Die Titelseite zierte eine Maschinenpistole, darauf die Abkürzung »RAF«. Name und Signet setzten sich bald als Markenzeichen durch.

Doch es war nicht die Kalaschnikow, die russische Maschinenpistole, Waffe aller Befreiungsbewegungen dieser Welt, die das Signet der RAF zierte, es war eine deutsche Heckler & Koch. Die Revolutionäre hatten sich vertan.

Über den Namen RAF war mehr oder weniger gemeinsam entschieden worden. Erst im Nachhinein kamen einigen der selbsternannten Rotarmisten Zweifel. RAF, das hieß auch Royal Air Force, britische Königliche

Luftwaffe, die im Zweiten Weltkrieg ihre Bombenteppiche über deutschen Städten abgeladen hatte. Auch die Bezeichnung »Rote Armee« weckte bei den meisten Bundesbürgern nicht gerade freundliche Assoziationen.

Einer aus der Kerntruppe der RAF später über die Namensgebung: »Mist, ein Witz.«

Auf Seite 1 des »Konzept Stadtguerilla« stand ein Mao-Zitat: »Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht.« Und weiter: »Wenn uns der Feind energisch entgegentritt, uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten lässt, dann ist das noch besser; denn es zeugt davon, dass wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern dass unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeitigt hat.«

»Viele Genossen«, so schrieb Ulrike Meinhof, »verbreiten Unwahrheiten über uns. Sie machen sich damit fett, dass wir bei ihnen gewohnt hätten, dass sie unsere Reise in den Nahen Osten organisiert hätten, dass sie über Kontakte informiert wären, über Wohnungen, dass sie was für uns täten, obwohl sie nichts tun. Manche wollen damit nur zeigen, dass sie ›in‹ sind. Manche wollen damit beweisen, dass wir blöde sind, unzuverlässig, unvorsichtig, durchgeknallt. Damit nehmen sie andere gegen uns ein. In Wirklichkeit schließen sie nur von sich auf uns. Sie konsumieren.

Wir haben mit diesen Schwätzern, für die sich der antiimperialistische Kampf beim Kaffeekränzchen abspielt, nichts zu tun. Solche, die nicht schwatzen, die einen Begriff von Widerstand haben, denen genug stinkt, um uns eine Chance zu wünschen, weil sie wissen, dass ihr Kram lebenslängliche Integration und Anpassung nicht wert ist, gibt es viele …

Wir machen nicht ›rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch‹. Der Bulle, der sich in dem Widerspruch zwischen sich als ›kleinem Mann‹ und als Kapitalistenknecht, als kleinem Gehaltsempfänger und Vollzugsbeamten des Monopolkapitals befindet, befindet sich nicht im Befehlsnotstand. Wir schießen, wenn auf uns geschossen wird. Den Bullen, der uns laufenlässt, lassen wir auch laufen.

Es ist richtig, wenn behauptet wird, mit dem immensen Fahndungsaufwand gegen uns sei die ganze sozialistische Linke in der Bundesrepublik und in Westberlin gemeint. Das bisschen Geld, das wir geklaut haben sollen, die paar Auto- und Dokumentendiebstähle, derentwegen gegen uns ermittelt wird, auch nicht der Mordversuch, den man uns anzuhängen versucht, rechtfertigen für sich den Tanz.

Der Schreck ist den Herrschenden in die Knochen gefahren …«

In der militanten Szene stieß das Konzept auf Zustimmung.

Till Meyer, später bei der »Bewegung 2. Juni«, war begeistert: »Der Stern mit der MP und RAF. Und das war natürlich eine Schrift, die mich begeistert hat. Es war die Offenbarung. Es war das Konzept zum Handeln, die theoretische Begründung und auch die praktische, also: Das ist es!«

22.
Der erste Prozess

Im Frühjahr 1971 stand Horst Mahler wegen Beteiligung an der Baader-Befreiung in Berlin vor Gericht. Mitangeklagt waren Irene Goergens und Ingrid Schubert, beide zusammen mit Mahler ein gutes halbes Jahr zuvor festgenommen.

Das Kriminalgericht in Moabit war für den Prozess in eine Festung verwandelt worden. Auf den Gängen und an den Ein- und Ausgängen patrouillierten maschinenpistolenbewaffnete Polizisten, vor dem Gebäude standen Mannschaftswagen mit laufenden Motoren, Beamte mit Sprechfunkgeräten, und im Innenhof warteten weitere Einheiten auf ihren Einsatz für den Notfall.

Vor dem Gerichtsgebäude drängten sich die Sympathisanten aus der gewaltbereiten linken Szene. Ein junges Mädchen drückte vor der Fernsehkamera eines Reporters das Gefühl vieler aus: »Ich glaube, dass die Baader-Meinhof-Gruppe versucht hat, die revolutionären Ideen bis zu einem gewissen Grade durchzusetzen.« Mit verächtlichem Gesichtsausdruck warf sie hinterher: »Die anderen Gruppen sitzen nur da und quatschen.«

Mahler und die beiden Frauen wurden, mit Handschellen gefesselt, in den Saal geführt. Der Rechtsanwalt hatte sich in der Haft wieder einen Vollbart wachsen lassen, war offenkundig gutgelaunt und begrüßte die Zuschauer im Saal mit nach oben gereckter Faust. Als sich nach zwei Monaten Prozessdauer ein Freispruch für den Rechtsanwalt abzeichnete, kündigte der Berliner Innensenator Neubauer in der Presse eine »Geheimwaffe« für den Mahler-Prozess an: den Auftritt eines V-Mannes des Verfassungsschutzes.

Nur über die drei Tage vor der Festnahme Baaders durfte der Agent Peter Urbach aussagen, weitergehende Fragen von Mahlers Verteidiger Otto Schily beantwortete er nicht:

»Haben Sie persönlich im Kreis der Linken Waffen angeboten, Pistolen, Maschinenpistolen, ja sogar Mörser mit Phosphorgranaten?«

»Ich darf die Frage nicht beantworten.«

»Haben Sie eine Bombe bei der ›Kommune I‹ hinterlegt?«
»Ich darf die Frage nicht beantworten.«
»Kamen die Bomben vom Verfassungsschutz?«
»Darüber darf ich nichts sagen.«
»Haben Sie bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für Paul Löbe vor dem Rathaus Schöneberg an einem Kommune-Happening teilgenommen und einen selbstgebastelten Sarg mitgetragen?«
»Darüber kann ich nichts sagen.«
»Haben Sie anlässlich der Springer-Demonstration 1968 Fahrzeuge in Brand gesetzt?«
»Darauf darf ich keine Auskunft geben.«
»Haben Sie einen Brandanschlag auf einen Polizeipferdestall verübt, wobei das Polizeipferd ›Zerline‹ schwer verletzt wurde?«
»Darauf kann ich nicht antworten.«
Nach dem Auftritt Urbachs brach der Angeklagte Horst Mahler zum ersten Mal sein Schweigen. Ironisch bekundete er Verständnis für die Haltung des Innensenators, Urbach nur eine beschränkte Aussagegenehmigung zu erteilen: »Urbach müsste sonst das Geheimnis um die Herkunft der im November 1969 im jüdischen Gemeindehaus aufgefundenen Brandbombe lüften. Kurt Neubauer hätte sicherlich große Schwierigkeiten, einer erstaunten Weltöffentlichkeit plausibel zu machen, dass es eine Bombe aus den Arsenalen des Verfassungsschutzes war, die die Jüdische Gemeinde zu Berlin schreckte.«
22 Verhandlungstage dauerte der Prozess gegen Horst Mahler. Er wurde freigesprochen. Seine Mitangeklagten wurden wegen ihrer Beteiligung an der Baader-Befreiung verurteilt; Irene Goergens zu vier Jahren Jugendstrafe und Ingrid Schubert zu sechs Jahren.
Das Gericht ging in der Urteilsbegründung davon aus, dass Mahler von der geplanten Befreiung gewusst habe, weil er in der Zeit davor in engem Kontakt zu der Gruppe um Baader und Ensslin gestanden hatte. Eine Beteiligung sei ihm jedoch nicht nachzuweisen – trotz der Aussagen des V-Mannes Peter Urbach.
Nach dem Freispruch wurde Horst Mahler aber nicht auf freien Fuß gesetzt. Es lagen noch zwei weitere Haftbefehle gegen ihn vor.

23.
»Irre ans Gewehr!«

Im Februar 1970, drei Monate vor der Baader-Befreiung, war in Heidelberg von Dr. Wolfgang Huber das »Sozialistische Patientenkollektiv« gegründet worden. Der 35-jährige Arzt, wissenschaftlicher Assistent an der psychiatrisch-neurologischen Universitätsklinik Heidelberg, hatte Schwierigkeiten mit Vorgesetzten und Kollegen und wurde entlassen. Daraufhin mobilisierte er seine Patienten, vorwiegend Studenten, die er in Gruppentherapie behandelt hatte. Gemeinsam besetzten sie die Diensträume des Verwaltungsdirektors der Klinik und traten in den Hungerstreik. Nach dieser Aktion lenkte die Universitätsleitung ein, zahlte Huber weiter seine Bezüge und stellte der Gruppe vier Räume zur Fortsetzung des sozialpsychiatrischen Projekts zur Verfügung.

Im Frühsommer kam es wieder zu Schwierigkeiten mit der Universität. Huber und seine Patienten besetzten das Rektorat. Die Hochschule stellte wiederum einen Kompromiss in Aussicht, der aber vom baden-württembergischen Kultusministerium untersagt wurde. Inzwischen war nämlich bekannt geworden, was Dr. Huber und sein SPK unter Therapie verstanden.

Im »Patienten-Info Nr. 1« hieß es: »Genossen! Es darf keine therapeutische Tat geben, die nicht zuvor klar und eindeutig als revolutionäre Tat ausgewiesen ist … Das System hat uns krank gemacht, geben wir dem kranken System den Todesstoß!«

Die Auseinandersetzung zwischen dem SPK auf der einen und der Universität und dem Kultusministerium auf der anderen Seite wurde immer heftiger. Die Räume wurden gekündigt, täglich rechneten die SPK-Mitglieder mit einem Polizeieinsatz. Sie fühlten sich ausgestoßen und geächtet, was die kämpferische Stimmung in der Gruppe nicht unerheblich förderte. Das SPK erhielt eine neue Struktur: Es entstand ein »innerer Kreis« von etwa zwölf Leuten, die als Therapeuten und politische Führungskader arbeiten sollten. Die Existenz des »inneren Kreises« wurde vor den übrigen dreihundert SPK-Mitgliedern und Patienten geheim gehalten. Zusätzlich wurden

»Arbeitskreise« eingerichtet, so der »Arbeitskreis Funktechnik«, der »Arbeitskreis Sprengtechnik« und der »Arbeitskreis Fototechnik«, später auch der »Arbeitskreis Karate«.

Die ursprünglich geplante Patientenselbstorganisation entwickelte sich immer mehr zu einer »revolutionären« Kampfgruppe. Auf einer Veranstaltung in Berlin erklärte Dr. Huber, es gebe eine »Identität von Krankheit und Kapital«. Mit den Sachwaltern des kapitalistischen Systems müsse man »genauso umgehen wie mit Mordwerkzeugen aller Art; nämlich, man muss sich vor ihnen hüten, ihnen aus dem Weg gehen, wo es möglich ist, und da wo nicht, sie unschädlich machen«.

Das SPK begann, sich zu bewaffnen. Im »inneren Kreis«, der sich regelmäßig mittwochabends bei Huber traf, wurden die Perspektiven für die Revolution erörtert. Huber glaubte, tausend Leute, richtig eingesetzt, würden für einen Umsturz ausreichen. Als Termin nannte er die Jahreswende 1972/73. Bei der Festlegung der Zeitpläne gingen die Angehörigen des »inneren Kreises« von der bisherigen Wachstumsrate des SPK aus.

Zum Gründungszeitpunkt im Februar 1970 hatte das Kollektiv dreißig Mitglieder, Anfang März 1971 waren es angeblich fünfhundert. Huber sprach zu dieser Zeit davon, Kontakt zu anderen »Gleichgesinnten« aufzunehmen und mit ihnen zusammenarbeiten zu wollen. Vor allem die Gruppe um Baader, Ensslin und Meinhof erschien ihm dafür geeignet.

Im Frühjahr 1971 wurden die bis dahin losen Verbindungen zwischen SPK und RAF enger geknüpft. Die Baader-Meinhof-Gruppe war durch die Serie von Festnahmen immer kleiner geworden, ein gutes Dutzend Kernmitglieder befanden sich noch auf freiem Fuß. Zudem hatte sich die Gruppe durch den konspirativen Aufbau im Untergrund weitgehend selbst isoliert, hatte kaum noch Zugang zum legalen Umfeld und damit nur wenig Möglichkeiten, neue Mitglieder zu rekrutieren.

Eines Tages reisten Andreas Baader und Gudrun Ensslin nach Heidelberg, um Anwerbungsgespräche zu führen. Einigen SPK-Mitgliedern wurde der Treffpunkt genannt, und höchst konspirativ fuhren sie nacheinander mit der Straßenbahn dorthin.

Dabei war Gerhard Müller, damals 23 Jahre alt. Er war in einem kleinen Dorf in Sachsen geboren und 1955 mit seinen Eltern nach Westdeutschland gezogen. Gerhard Müller besuchte, nach einer kurzen Episode auf dem Gymnasium, die Volksschule. Eine Lehre als Fernmeldemechaniker brach er

vorzeitig ab, riss nach Frankreich aus, kehrte zurück und arbeitete als Hilfsarbeiter in einer Brauerei.

Gerhard Müller ordnete die Gesellschaft in seiner Vorstellungswelt in Kreise ein und kam zu dem Ergebnis, dass er sich im falschen Kreis befand. Er begann, die »Unterwelt« zu idealisieren. Dort, so dachte er bei sich, müssten die Menschen ein anderes Verhältnis zueinander haben als in der bürgerlichen Gesellschaft. Seine bisherigen Ausreißtouren und die sich jedes Mal anschließende reuevolle Rückkehr hatte er immer als Niederlage empfunden. Diesmal wollte er sich den Rückweg verbauen. Das erschien ihm gar nicht so einfach, und so beschloss er erst mal, sich zu betrinken. Als das geschafft war, nahm er Punkt zwei in Angriff. Er drang in eine Wäscherei in der Nachbarschaft ein und raubte dreißig Mark aus der Kasse, dann holte er aus dem Keller ein paar Flaschen Wein und aus dem nächsten Haus Zigaretten. Während er bepackt den Rückzug antrat, wurde er von einem wach gewordenen Nachbarn erkannt. Das war Gerhard Müller ziemlich gleichgültig, da er ja ohnehin wegwollte. Er ging nach Hause, packte noch ein paar Reiseutensilien zusammen und verließ die Wohnung durchs Fenster.

In seiner betrunkenen Phantasie malte er sich eine Riesenfahndung mit Hundertschaften von Polizisten und Bluthunden aus und marschierte zur Sicherheit erst einmal zehn Kilometer durch Wälder. An einem kleinen Bahnhof wartete er auf den Zug und fuhr nach Frankfurt. Dort wurde ihm sehr schnell klar, dass in der »Unterwelt« die Verhältnisse am kapitalistischsten, brutalsten und härtesten sind. »Hungrig, ohne Bett, doof und vom Lande«, wie er es später selbst formulierte, stand er da, ohne eine Mark in der Tasche. »Spaßeshalber hatte mir mal jemand vor dieser Untergrund-Reise erzählt, dass auch Männer auf den Strich gehen und dass man auch so Geld verdienen könne. Da ich zum Betteln zu stolz war, wurde aus mir sehr schnell ein Gelegenheitsstrichjunge. Nach wenigen Malen hat mich diese Art, Geld zu verdienen, derart angeekelt, dass ich heilfroh war, als ich von der Polizei aufgegriffen wurde.« Wegen verschiedener mehr oder weniger kleiner Delikte erhielt Gerhard Müller ein Jahr Jugendstrafe auf Bewährung.

Er zog nach Heidelberg, ernährte sich von Gelegenheitsarbeiten und kam in Kontakt mit der Studentenbewegung. Er begann Jack Kerouac, »On the Road«, zu lesen und zimmerte sich daraus so etwas wie eine Lebensphilosophie. Dann geriet er kurzzeitig in die Rauschgiftszene, machte einen Selbstmordversuch und beschloss, Kunstmaler zu werden. Als auch das

nicht so recht klappen wollte, besann er sich auf seine inzwischen erfolgte Politisierung und begann, in einem Betrieb zu arbeiten, um dort an der Basis zu agitieren. In einer sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingsgruppe, der SALG, erhielt er erste marxistische Grundkenntnisse.

Gerhard Müller litt zu dieser Zeit unter Allergien, für deren Ursache die Ärzte der Heidelberger Universitätsklinik keinerlei Erklärung hatten. In seiner Not wandte sich Müller an den Initiator und Leiter des SPK, Wolfgang Huber. Bei dieser ersten »Konsultation« sagte Huber: »Im Kapitalismus gibt es keine Heilung. Deshalb muss zuerst der Kapitalismus abgeschafft werden.« Müller behielt seine Allergie, wurde aber Mitglied im »Sozialistischen Patientenkollektiv«, über das er, wie viele andere SPK-Mitglieder auch, den Weg in die RAF fand.

Bei jenem Kontaktgespräch im Frühjahr 1971 in Heidelberg traf Müller zum ersten Mal auf Baader und Ensslin. Andreas Baader behauptete, die RAF sei inzwischen einen Schritt weiter als das SPK, man habe begonnen, konsequent Theorie in Praxis umzusetzen. Müller war beeindruckt von Baaders Auftreten. Er wirkte ruhig, bestimmt und selbstbewusst. Gerhard Müller wurde Mitglied der RAF. Von 1971 an folgte ihm etwa ein Dutzend Leute aus dem Umfeld des »Sozialistischen Patientenkollektivs«, ein Großteil der sogenannten zweiten Generation der RAF: Elisabeth von Dyck, Knut Folkerts, Ralf Baptist Friedrich, Siegfried Hausner, Sieglinde Hofmann, Klaus Jünschke, Bernhard Rössner, Carmen Roll, Margrit Schiller, Lutz Taufer und andere.

Während einige SPK-Mitglieder schon in der RAF waren, wähnten sich andere noch in einem gesellschaftlich orientierten Selbsthilfeprojekt psychisch Labiler.

Einer von ihnen war Klaus Jünschke, Jahrgang 1947, Psychologie-Student aus Mannheim, Sohn eines Bundesbahnbeamten. Er war zum SPK gestoßen, als es schon unter massivem Beschuss von Seiten der Universitätsverwaltung und des Kultusministeriums stand. Während eines Teach-ins hatte er Wolfgang Huber sagen hören: »Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder man holt sich Nierensteine, oder man schmeißt Steine in die Zentren des Kapitals. Hütet euch vor Nierensteinen!« Die Zuhörer im Saal tobten vor Begeisterung. Sich zu wehren, sich nicht mehr vom System kaputt machen lassen, das entsprach einer Haltung, die viele nachvollziehen konnten.

In den Räumen des SPK lief immer wieder die Platte der Berliner Gruppe

»Ton Steine Scherben«: »Macht kaputt, was euch kaputt macht …« »In dieser Gesellschaft«, sagte Huber, »sind wir alle krank.«

Wissenschaftliche Begründungen für diese Theorie glaubten sie in den Büchern des englischen Psychiaters Ronald D. Laing zu finden oder in der Veröffentlichung des Italieners Franco Basaglia, der die psychiatrische Klinik in Triest aufgelöst und die Patienten in die Gesellschaft, in die Freiheit entlassen hatte.

Ein Mädchen, SPK-Mitglied, wurde von einem Polizisten angehalten, als es bei Rot über die Straße ging. Das Mädchen brüllte ihn hysterisch nieder. Daraufhin wurde es festgenommen und in die psychiatrische Klinik Wiesloch eingeliefert. Als die Nachricht davon im SPK eintraf, waren alle überzeugt, dass ein solches Schicksal auch ihnen blühen würde. Sobald der geschützte Freiraum des SPK von den Behörden aufgeknackt sei, würden sie alle in der geschlossenen Abteilung landen. So dachten sie, und sie betrachteten sich alle als Patienten.

»Jeder ist Patient«, sagte Huber, »vom Arbeiter bis zum Unternehmer.«

Als eines Tages vor dem Fenster der SPK-Räume Bauern mit ihren Traktoren demonstrierten, rief einer: »Wir sind alle Bauern!« Sie identifizierten sich mit allen Unterdrückten, Kranken und Entrechteten. Natürlich besonders mit denen, die einen revolutionären Ansatz hatten. Den Schwarzen in Amerika zum Beispiel. Als die Black Panthers in schwarzer Kluft mit Gewehren vor ihrem Hauptquartier Posten bezogen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass sie sich gegen die Macht der »Pigs«, der Schweine, der Polizei, zur Wehr setzen würden, da schafften sich SPK-Mitglieder auch Gewehre an, Kleinkalibergewehre. Und Klaus Jünschke und seine Freundin Elisabeth von Dyck wollten nach Black-Power-Art vor dem SPK Posten beziehen. Sie taten es nicht, stattdessen dachten sie mehr und mehr daran, in den Untergrund zu gehen – wie Baader, Meinhof und Ensslin.

»Mahler, Meinhof, Baader, das sind unsere Kader«, riefen sie, erst leise, dann lauter. Und natürlich mobilisierten sie damit die Sonderkommission der Polizei, und jede Haussuchung und jede Festnahme trieb sie weiter an die Seite der Baader-Meinhof-Leute.

Ihr Alltag nahm immer stärker konspirative Züge an, zunächst eher spielerisch, später ganz ernst. Im Sommer gingen sie noch gemeinsam zum Schwimmen, am Samstagmorgen fuhren sie regelmäßig aufs Land, in die großen Wälder am Rande der Bergstraße. Sie stahlen Gemüse, das sie anschließend gemeinsam im SPK kochten. Aber dieser Spaß wechselte mit

ausgeprägtem Verfolgungswahn, mit Depression und Angst. Im April 1971 stürzte sich ein junges Mädchen von einem Turm im Wald. In ihrem Abschiedsbrief hatte sie geschrieben, mit Marx und Lenin käme sie nicht zurecht. Sie hatte eine lange psychiatrische Karriere hinter sich, war im SPK über einen längeren Zeitraum stabilisiert worden. Aber dann hatte es den Druck von außen gegeben, die Kündigung der SPK-Räume, die Kampagne in den Zeitungen. Und die Nervosität hatte sich auf alle übertragen. Und da war sie gesprungen.

Für Huber und die anderen im Kollektiv war klar, dass die Universitätsverwaltung und das Kultusministerium verantwortlich waren für den Selbstmord des Mädchens. Das war aus ihrer Sicht nur konsequent, denn sie machten den Staat und die Gesellschaft verantwortlich für den psychischen Zusammenbruch jedes Einzelnen.

Auch auf der anderen Seite war man mit Schuldzuweisungen nicht zimperlich. In einem polizeilichen Ermittlungsbericht über das SPK heißt es: »Es ist nicht auszuschließen, dass die erheblich psychisch kranke Marlies L. bewusst zum Selbstmord getrieben wurde, um dadurch auf die Suizidgefährdung der Patienten des SPK hinzuweisen.«

Eines Nachts wurde eine Polizeirazzia erwartet, und die Mitglieder verbarrikadierten sich in den Räumen des SPK. Einige hatten Flaschen mit Benzin besorgt. So saßen sie in der Wohnung und warteten auf die Polizei. Wer gehen wolle, könne gehen, hatte Huber gesagt. Er wollte prüfen, wie weit jeder bereit war, sich zu verteidigen. Einige SPK-Mitglieder standen auf und verließen die Wohnung. Unter ihnen war Klaus Jünschke. Als er auf der Straße stand, schämte er sich so, wie er sich noch nie geschämt hatte. »Entweder es war richtig, was wir bis jetzt gemacht haben«, dachte er, »dann muss man bereit sein, bis zum Äußersten zu gehen. Oder es war alles falsch.« Schlagartig hatte er erkannt, dass diejenigen geblieben waren, die sich voll für die Sache des SPK einsetzten, die nicht im Hinterkopf das Studium und die bürgerliche Existenz hatten.

Als er zu Hause in Mannheim ankam, war er zu allem bereit. Er hängte sich ans Telefon, rief im SPK an. »Wir brauchen dich jetzt nicht, morgen früh kannst du kommen«, lautete die kühle Antwort. Am nächsten Morgen stürzte sich Klaus Jünschke wieder in die SPK-Arbeit. Auch wenn die Polizei in dieser Nacht nicht gekommen war, keine Molotowcocktails gegen Beamte geschleudert worden waren, den Schritt über die Grenze hatte er vollzogen.

Ende Juni 1971, gegen drei Uhr morgens, gerieten SPK-Mitglieder in eine Verkehrskontrolle. Sie wiesen sich mit gefälschten Papieren aus und konnten entkommen. Die Polizei setzte nach und wurde bei einer wilden Verfolgungsjagd beschossen. Einer der Beamten erlitt einen Schulterdurchschuss. »Baader-Meinhof in Heidelberg?«, fragten die Zeitungen in Riesenschlagzeilen. Wenig später sagte ein Mitglied des SPK vor der Polizei aus, schilderte Struktur und Strategie des Patientenkollektivs, nannte Namen und Adressen. Daraufhin erschien die Polizei in dem Heidelberger Quartier. Klaus Jünschke lag angezogen auf einem Bett. Die mit Maschinenpistolen bewaffneten Beamten stürmten das Haus. Alle bis auf Jünschke wurden festgenommen. Seinen Namen hatte ein Jurastudent, der bei der Polizei über das SPK ausgesagt hatte, nicht gekannt. Wohnungen wurden durchsucht, Waffen und Munition gefunden. Die Polizei kam zu dem Ergebnis: »Aufgrund des bisher bekannt gewordenen Sachverhalts kann davon ausgegangen werden, dass die genannten Personen ein bestimmtes hochverräterisches Unternehmen gegen die Bundesrepublik Deutschland vorbereitet haben.« Huber und seine Frau wurden festgenommen. Obwohl sie Zeit dazu gehabt hätten, waren sie nicht untergetaucht. Andere SPK-Genossen, die sich vor der Polizei verstecken konnten, schlossen sich der RAF an. Huber hatte die Parole ausgegeben: »Irre ans Gewehr!«

Eine, die ebenfalls aus dem SPK zur RAF stieß, war Margrit Schiller. Geboren 1948, Tochter eines Majors beim Militärischen Abschirmdienst der Bundeswehr in Bonn.

Mit achtzehn, unmittelbar nach dem Abitur, zog sie zu Hause aus, weil ihr Vater ihr »die Luft zum Atmen nahm«. Die Mutter war Volksschullehrerin und CDU-Abgeordnete in Bonn.

Margrit Schiller begann zu studieren. In ihren Lebenserinnerungen setzte sie sich später mit ihrer Zeit bei der RAF auseinander: »Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung«.

Und tatsächlich gehörte sie zu den wenigen aus der »Rote Armee Fraktion«, die schonungslos, auch mit sich selbst, das Leben im Untergrund und im Gefängnis aufarbeiteten. Vielleicht war es gerade ihre Zeit beim »Sozialistischen Patientenkollektiv«, die es ihr ermöglichte, auch ihren eigenen Gefühlen auf dem Weg in und durch den Untergrund nachzuspüren.

Als sie nicht mehr zu Hause wohnte und ihr Leben selbst in die Hand nehmen konnte, versuchte sie, »die Trauer abzuschütteln, die mich über Jahre

begleitet hatte«.

Sie fühlte sich sehr einsam: »Das war mein grundlegendes Lebensgefühl, seit ich denken konnte.« Sie machte einige Drogenerfahrungen mit Haschisch und Marihuana, hörte Deep Purple und Pink Floyd. »Es war schön und fürchterlich traurig.«

Dann stieß Margrit Schiller zu einer selbstorganisierten Drogenhilfe-Gruppe, dem »Release«. »Ausbrechen, anders leben, nicht mehr vereinzelt, sondern kollektiv«, das wurde für sie wie für viele andere ihrer Generation zur Lebensmaxime. Sie brach von einem Tag auf den anderen ihre Liebesbeziehung zu ihrem Freund ab, hatte mehrere neue, kurze Beziehungen, »nacheinander und gleichzeitig, ging ins Bett, mit wem und wie es mir gefiel«.

Mehrere ihrer Freunde aus dem »Release« waren auch Mitglied im SPK. Margrit Schiller schrieb sich dort in den Arbeitskreis »Einzelagitation« ein. »In den Sitzungen«, so schrieb sie später in ihren Erinnerungen, »hatte ich ein großes Bedürfnis, erst einmal über mich, meine Lebensgeschichte, meine Unsicherheiten, Ängste und meine Suche nach etwas anderem zu sprechen.« Dabei wurde ihr klar, dass »meine Einsamkeit und Traurigkeit, die vielen Probleme, die ich mit mir selbst hatte, nicht mein persönliches unentrinnbares Schicksal waren«.

Anfang Februar 1971 fragte ein Bekannter Margrit, ob sie ihren Pass für ein paar Leute, die »Schwierigkeiten mit der Polizei« hätten, zur Verfügung stellen könnte. Ohne weiter nachzufragen, willigte sie ein. Kurz darauf wollte der Bekannte wissen, ob sie diesen Leuten auch ihre Wohnung für ein paar Tage überlassen könnte. Wieder stellte sie keine Fragen. »Aber es fiel mir nicht mehr so leicht. Das war ein Schritt weiter, und er konnte mich in Gefahr bringen.« Doch ihre Angst war kleiner als das »Interesse, Menschen, die ihre Leben anders bestimmten, als ich das bis dahin kannte, und ihren Kampf kennenzulernen«.

In der ersten Nacht, in der sie sich ausquartiert hatte, musste sie sich vor Anspannung übergeben.

Nach ein paar Tagen des Vagabundierens wollte sie in ihre Wohnung zurück.

Dort saßen Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe. Keiner von ihnen sah so aus, wie Margrit sie von Fahndungsplakaten kannte: »Gudrun hatte eine schöne Afro-Frisur, die gut zu ihrem schmalen Gesicht und den großen Augen passte. Ulrike wirkte klein und zierlich, trug

ein Kopftuch, rauchte eine Zigarette nach der anderen und fummelte ständig mit ihren Fingern herum.«

Alle vier waren bleich, als würden sie nie die Sonne sehen. Einer aus der Runde fragte: »Na, was willste denn wissen?«

Margrit fühlte sich unbehaglich: »Ja, was ihr so macht. Ich wollt euch halt kennenlernen.«

»Weißt du denn, wer wir sind?«

Margrit schüttelte den Kopf.

»Können wir weiter deine Wohnung benutzen?«

Sie nickte. Das waren also die Leute, nach denen überall gefahndet wurde. Sie fühlte sich einerseits eingeschüchtert, andererseits aber auch »wichtig durch sie«.

Andreas, der bis dahin geschwiegen hatte, sagte: »Aus Sicherheitsgründen ist es sowieso besser, wenn du uns nicht näher kennenlernst. Und wenn die Bullen irgendwann einmal herauskriegen, dass wir hier waren, ist es besser, wenn du möglichst wenig weißt.«

Baader wirkte für sie sehr bestimmend und voll Energie. Dann wurde sie gefragt, ob sie wisse, warum sie eine Stadtguerilla aufbauen wollten, und ob ihr klar sei, was ein Kontakt mit ihnen für sie bedeuten könnte.

Margrit Schiller fühlte sich schüchtern und trotzig zugleich: »Wenn ich euch meine Wohnung gebe, will ich wissen, worauf ich mich einlasse.«

Margrit Schiller wurde aus dem Zimmer geschickt. Nach kurzer Beratung durfte sie wieder hereinkommen.

»Wir sind einverstanden. Aber die Bedingung ist, dass du immer dann verschwindest, wenn wir über Dinge reden, die dich nichts angehen.« Jeder von ihnen habe einen Decknamen, das müsse reichen. »Wichtig ist, was einer tut, nicht wie er heißt und wo er herkommt. Wir kommen alle aus derselben Mülltonne, deshalb haben wir uns entschlossen zu kämpfen. Aber nicht der Einzelne ist von Bedeutung, sondern die Gruppe. Unser persönliches Leben ist mit der Entscheidung für den Kampf in der Illegalität zur Funktion für diesen Kampf geworden. Was vorher war, zählt nicht mehr.«

Bis zum Juni 1971 tauchten die vier und Holger Meins regelmäßig in Margrit Schillers kleiner Kellerwohnung auf, um zu lesen, technische Zeichnungen und Stadtpläne zu studieren. Manchmal wollten sie sich auch nur entspannen, Musik hören, gemeinsam kochen. Gelegentlich rauchte man Haschisch, selten wurde Alkohol getrunken. Zwischendurch wurde nach Margrit Schillers Erinnerungen viel gescherzt und gelacht: »Zum Beispiel

darüber, dass Ulrike, die ihr Leben vorher vor allem an der Schreibmaschine zugebracht hatte, jetzt diejenige war, die am schnellsten und geschicktesten Autos knacken konnte.«

Alle lasen Donald-Duck-Hefte und konnten sich wie Kinder darüber amüsieren. Die politischen Diskussionen, der Umgang mit Waffen, alles war für Margrit Schiller neu, aber »das starke Miteinander« zog sie magisch an: »Sie schienen ein gemeinsames Feeling, eine Wellenlänge, fast einen gemeinsamen Kopf zu haben.« Margrit Schiller wusste nie, wann jemand aus der Gruppe bei ihr auftauchen würde. Sie hatten sich keinen Schlüssel geben lassen, damit die Wohnung im Falle einer Verhaftung nicht hochgehen könnte. Margrit hatte in der Zwischenzeit den Kontakt zu ihren früheren Freunden eingeschränkt. Besonders schwer fiel ihr das bei ihrer Freundin Gabi. Gudrun Ensslin schien das zu merken und sprach sie eines Tages an: »Seid ihr auch zärtlich miteinander, ich meine, körperlich?« Verwirrt und zögernd nickte Margrit Schiller.

Daraufhin erzählte Gudrun ihr, dass es auch unter den RAF-Genossinnen lesbische Beziehungen gebe und dass dies für alle in Ordnung sei. »Mit der Studentenrevolte und der ersten Selbstorganisation der Frauen sei auch der Versuch zu einem anderen Leben mit neuen Werten und Vorstellungen entstanden.« Margrit war erstaunt über die Offenheit. Ihr fiel ein, wie die Zeitungen (»Bild« voran) über die Frauen der RAF geschrieben hatten: »Sie seien verrückt gewordene Mannweiber, autoritär, waffengeil, lesbisch, hart, gefühllos und Andreas hörig.« Margrit fragte Ulrike und Gudrun, warum der Hass gerade auf die Frauen so groß sei.

»Wenn Frauen aufstehen und konsequent kämpfen, reißt das dem System den Boden unter den Füßen weg«, war die Antwort. »Frauen sind die Basis unserer Reproduktion. Frauen sollen passiv, fügsam, verfügbar und ausgleichend sein. Frauen, die ausbrechen, sich verweigern, sogar eine Waffe in die Hand nehmen: Das darf es nicht geben. Deshalb hassen sie uns.«

Margrit Schiller hatte nur eine vage Vorstellung davon, was ihre neuen Freunde außerhalb ihrer Wohnungen machten, um den revolutionären Kampf voranzutreiben, von ihrem Ziel »einer anderen, gerechteren Gesellschaft, die nur mit illegalen Methoden zu erkämpfen sei«. Dazu mussten eben Banken überfallen, Autos geklaut und eine geheime Infrastruktur von Wohnungen eingerichtet werden. Margrit Schiller erklärte sich bereit, in einer anderen Stadt eine Wohnung für die Gruppe anzumieten. Während sie sich mit der Bahn auf den Weg nach Hamburg machte, blieben Gudrun und Andreas in

ihrer Wohnung, um sich um Margrits Hund zu kümmern: »Das fanden sie gar nicht gut, aber was sollte ich sonst mit ihm machen?«

Es war Anfang März 1971, als Holger Meins sie am Bahnhof abholte. Sie quartierte sich in einem kleinen Hotel ein und begann, gemeinsam mit Meins, Wohnungsanzeigen zu studieren. Holger gab vor, wonach zu suchen war, einer Wohnung in einem großen Hochhaus: »Hier könnten Andreas und Ulrike ohne Schminke im Aufzug neben dem Fahndungsplakat stehen, ohne dass sie jemand erkennt. Jeder denkt nur an den Stress auf der Arbeit oder mit der Alten oder den Gören zu Hause.«

Sie fanden eine passende Wohnung am Mexikoring inmitten eines tristen Neubaugebiets im Norden Hamburgs, und Margrit Schiller ging, ihre Haare brav zu einem Zopf gebunden, im Rock und dezent geschminkt zur Hausverwaltung. »Du musst unauffällig wirken, wie eine Sekretärin eben«, sagte Holger Meins.

Sie mietete die Wohnung und kehrte zurück nach Heidelberg. Dort besuchte Holger Meins sie ein paarmal, blieb über Nacht, und sie begannen eine flüchtige Liebesbeziehung.

»Was mich an den RAF-Genossen besonders anzog«, schrieb sie später in ihren Erinnerungen, »war ihre absolute Ernsthaftigkeit. Sie lebten, was sie sagten, sie spielten nicht. Die politische Dimension ihrer Überzeugung konnte ich noch nicht erfassen, aber mich faszinierte, wie sie sich für ihre Sache einsetzten. Gudrun nannte das später ›tief empfundene Freiwilligkeit‹. Mit großen Augen schaute ich zu, wie sie in einer mir bis dahin unbekannten Offenheit und Direktheit miteinander stritten oder um sich und um jeden von ihnen kämpften.«

Eines Nachmittags kehrten Andreas, Gudrun und Jan von Schießübungen aus einem Wald zurück. Als sie ihre Taschen leerte, stellte Gudrun fest, dass sie vergessen hatte, Andreas' Pistole einzupacken. Sofort wurde Baader wütend: »Du bist das letzte Arschloch, wozu hast du deinen Kopf? Wenn wir jetzt in eine Straßensperre kommen, kann ich mich ja nur noch abknallen lassen.« Gudrun blieb ganz ruhig. Margrit Schiller, von der Schimpfkanonade verstört, fuhr Andreas an: »Lass sie endlich in Ruhe.«

Später nahm Gudrun sie beiseite: »Der Andreas hat natürlich auch Scheiße gebaut, klar, zuerst ist er natürlich selbst für seine Knarre verantwortlich. Und dann dieses Geschrei, na gut, wirklich überflüssig. Aber weißte, das Schlimmste find ich eigentlich, dass ich mir das alles hab gefallen lassen. Ich

hätte zurückmotzen müssen, wenigstens das. Es war einfach nur beschissen von mir, so den Kopf einzuziehen und nicht zu reagieren. Verstehste?«

Margrit Schiller verstand es nicht.

Baaders scharfzüngigen Gemeinheiten und Wutanfällen hatte in der Gruppe niemand etwas entgegenzusetzen. Einmal, so erinnerte sich Margrit Schiller, kamen Andreas und ein anderes Gruppenmitglied von dem Versuch, ein Auto zu klauen, zurück in die Wohnung. Atemlos erzählten sie, dass Andreas zur Sicherung im Auto sitzen geblieben war, als sich ihnen ein Polizist mit gezogener Waffe genähert hatte. Andreas schlich aus dem Wagen und hielt dem Polizisten die Pistole in den Rücken. »Los, abhauen«, rief er dem anderen zu. Dann bewegte er sich rückwärts, den Polizisten mit der Pistole in Schach haltend, auf das Auto zu. Sie hatten sich in den Wagen geworfen und waren davongerast.

Jetzt saßen sie keuchend in der Wohnung und gingen immer wieder nervös zum Fenster. Andreas war wütend: »Warum hast du nicht die Knarre gezogen? Oder dich hinters Auto geschmissen? Oder beides.« Er wandte sich zu Margrit um: »Ist da stehen geblieben wie ein Hornochse und hat gewartet, dass man ihn ankettet.« Dann drehte er sich zu dem anderen Gruppenmitglied um: »Was ist mit dir los? Willst du kämpfen, oder was willst du? Der Bulle hätte dich einfach einpacken können. Wie soll man sich auf so ’nen Typen verlassen können, der in der entscheidenden Minute den Schwanz einzieht? Das musst du klarkriegen, was da mit dir los ist.« Wutschnaubend setzte sich Baader hin und sprang immer wieder auf. Der andere steckte sich schweigend eine Gauloise nach der anderen an.

Eines Tages kam Ulrike allein in Margrit Schillers Wohnung in Heidelberg. Sie setzte sich an ihre Schreibmaschine, neben sich Papiere und Bücher, und schrieb Tag und Nacht, fast ohne zu schlafen. Dabei trank sie literweise Kaffee und rauchte pausenlos. Sie gab Margrit ein paar Seiten und sagte: »Ich will hören, was du darüber denkst.«

Margrit Schiller quälte sich durch »Das Konzept Stadtguerilla«. Obwohl sie Schwierigkeiten hatte zu verstehen, was gemeint war, gab sie die Blätter zurück und sagte: »Ich find das richtig gut.«

Ärgerlich antwortete Ulrike: »Ich will keine Komplimente hören, Scheiße, ich will deine Meinung hören.«

Margrit Schiller hörte zu, als Ulrike und Andreas stundenlang über den Text diskutierten. Sie hatte den Eindruck, es würde den beiden Spaß machen,

ihre Kräfte zu messen. Einmal, als Baader sie zu harsch kritisierte, fauchte Ulrike: »Dann schreib du es doch.« Baader lachte: »Du weißt genau, dass ich die Sachen nicht so ausdrücken kann wie du. Ich hab ’ne Vorstellung, was rein muss, aber schreiben kann das keiner außer dir.«

Am Nachmittag des 30. April 1971 kamen Jan-Carl Raspe und Holger Meins mit einem dicken Stapel des großformatig gedruckten »Konzept Stadtguerilla« in Margrit Schillers Wohnung. Jan sagte: »Kannst du dir vorstellen, ’nen Packen davon in der Uni auszulegen, ohne dass dich jemand sieht?« Es dürften auf keinen Fall Fingerabdrücke von ihr darauf sein, sie solle den Packen mit Zeitungspapier einwickeln und dann das Papier zum Schluss vorsichtig wegziehen. Es müsse zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt ablaufen, an anderen Stellen würden andere Genossen dasselbe tun. Mit Herzklopfen erledigte sie ihre revolutionäre Aufgabe. Dann kehrte sie nach Hause zurück.

Auch in ihrer ersten Phase bei der RAF ging Margrit Schiller weiter zum SPK, diskutierte dort nächtelang über den Imperialismus und die Auswirkungen für den Einzelnen. Sie bemerkte, wie sich in ihr Wut und Hass entwickelten, und nahm an, dass alle ihre vorherigen Leiden und Depressionen ein Ergebnis des weltweiten Imperialismus und des Kapitalismus waren. Dagegen half nur revolutionäre Gewalt: »Aus dem Leiden die Kraft zum Kampf entwickeln. Den Stein meiner Einsamkeit und Verzweiflung am Leben aufheben und ihn gegen seine Ursache werfen. Die Ursache war die kapitalistische Gesellschaftsordnung.«

Margrit Schiller gehörte zu den wenigen, die später so offen ihre persönliche psychologische Lage analysierten und als Auslöser für die revolutionären Gewaltphantasien und -aktionen erkannten. Doch der Mechanismus zwischen der Depression und ihrer aktiven Überwindung war bei vielen RAF-Mitgliedern ähnlich: der Akt der Befreiung im Akt der Vernichtung.

Die Sprache der Flugblätter, so erkannte Margrit Schiller, wurde immer schärfer: »Die Revolution musste heute gemacht werden, und wer das nicht verstand, war ein Dummkopf oder ein Ausbeuter. Wir verachteten alle Linken, die das nicht genauso sahen.«

Zahlreiche Mitglieder des SPK wurden verhaftet. Für Margrit Schiller wurde klar, sie wollte alle Brücken abbrechen und zur RAF gehen. »Ich wusste, wohin mich mein Weg nun führte: nach Hamburg in die Wohnung

am Mexikoring.«

Gleich am ersten Tag ihres Aufenthaltes in Hamburg erschien Holger Meins. Er sagte ihr, dass die RAF die Wohnung schon eine ganze Weile nicht mehr benutzt habe, weil sie sich fragten, ob Margrit Schiller nicht inzwischen von der Polizei überprüft worden sei. Er führte sie zu einer anderen Wohnung. Die Vorhänge an den Fenstern waren Bahnen aus dunklem Stoff. Gudrun Ensslin und Andreas Baader tauchten auf. Baader war schlecht gelaunt und raunzte sie an: »Dann schieß doch mal los, was du jetzt willst. Was hast du dir eigentlich dabei gedacht, hier einfach bei uns aufzukreuzen?« Im Halbdunkel saß Margrit Schiller und versuchte, ihre Situation zu erklären. Ein Observationswagen habe vor ihrer Tür gestanden. Sie habe Angst gehabt, verhaftet zu werden. Das könne ja ein akzeptabler Grund sein, entgegnete Andreas, aber sie müsse auch wissen, was sie eigentlich in der Gruppe wolle: »Hast du irgendeine Aktion im Sinn, die du gut fändest?« Baader wurde immer ungeduldiger: »Dann sag doch mal, was du politisch über uns denkst. Was hast du denn für eine Analyse der Situation? Erzähl doch mal.«

Margrit fiel kaum etwas ein, und Baader wurde sauer. Er lief im Zimmer auf und ab, rauchte seine Gauloises und fuhr sie an: »Bist du ’ne blöde Tante, meinst, bei uns könnte man einfach so eintreten. Was denkst du denn, wer wir sind? Meinste, das ist ein Kinderspiel, was wir machen? Es kann doch nicht sein, dass du sonst dazu nichts im Kopf hast!« Margrit Schiller wehrte sich schwach, und nach endlosem Hin und Her meinte Baader genervt und wütend: »Wenn’s nicht real wäre, dass sie dich hochnehmen könnten, würden wir dich heute noch nach Heidelberg zurückschicken. Was sollen wir jetzt mit dir machen? Verdammte Scheiße. Das kann ja nichts als Probleme geben.«

Margrit Schiller durfte ein paar Tage in der Wohnung bleiben. Dann holte Holger Meins sie ab. Gemeinsam fuhren sie mit dem Auto nach Frankfurt. Sie wohnte in der legalen Wohnung einer Frau, die mit der RAF sympathisierte. Nachts zog sie mit Holger Meins durch die Stadt, und er zeigte ihr, wie man am besten Autos klaute. Noch hatte Margrit Schiller, im Gegensatz zu ihrem nächtlichen Begleiter, keine Waffe. »Er fand es schlecht, unter solchen Bedingungen unterwegs zu sein.« Bei einer Polizeikontrolle solle sie sich sofort auf den Boden werfen.

Ein paar Tage später ging es zurück nach Hamburg. Sie traf Ulrike Meinhof, und die erklärte ihr, sie solle mit drei anderen Leuten aus dem SPK, die Heidelberg verlassen hatten, eine eigene Gruppe bilden. Die RAF würde

ihnen beim Einstieg in den Untergrundkampf helfen. Margrit und Holger saßen zusammen in einer engen Wohnung, die ihnen die Genossen zur Verfügung gestellt hatten, und wussten nicht recht, was sie tun sollten. Ulrike Meinhof besuchte sie, gab ihnen Geld und sagte: »Das ist Revolutionsgeld, da will ich genau wissen, was ihr wofür ausgebt. Das ist nicht zum Verprassen.«

Sie hatte ihnen auch Korkenzieher mitgebracht, jene RAF-Erfindung, mit der man in Windeseile Autos knacken konnte. Ulrike erklärte ihnen, wie für gestohlene Fahrzeuge die Daten für neue gefälschte Papiere beschafft wurden, wie man den Polizeifunk abhörte, alles, was die ehemalige Journalistin sich inzwischen an Handwerkszeug für die Logistik des Untergrundkampfes angeeignet hatte. Dann zogen die vier eher lustlos durch die Nächte, doch ihnen fiel nicht ein, was für eine gemeinsame Aktion sie machen könnten.

Kurz darauf kam Jan-Carl Raspe zu ihnen. Es ging um Geld. »Ist ja wohl klar, dass ihr nicht ewig Kohle von uns kriegt. Ihr müsst schon selber auf die Beine kommen. Habt ihr mal daran gedacht? Es gibt verschiedene Möglichkeiten: Geldtransport, Kassenbote, vor ’nem Supermarkt, Bank.« Im Großraum Hannover habe die RAF schon mal einiges ausgecheckt.

Sie fuhren mit der Bahn nach Hildesheim, nahmen die Hauptkasse eines Kaufhauses ins Visier und begannen, Banken »auszuchecken«. Margrit Schiller fand das viele Zugfahren mühsam: »Ich fühlte mich oft müde, kaute endlos Gummibärchen, die mir die Zähne kaputt machten. Ich konnte kein Ziel entdecken, für das unser Handeln einen Sinn gemacht hätte. Mein Kopf war leer, ohne Phantasie. Alles blieb grau.«

24.
Die erste Tote

Am 6. Mai 1971 wurde in Hamburg Astrid Proll von einem Tankwart erkannt und von der Polizei festgenommen. Die Kriminalbeamten wollten ihre Verhaftung geheim halten. Sie hatten in Astrid Prolls Tasche einen Schlüsselbund gefunden und suchten die dazugehörige Wohnung, in der sie noch mehr Gruppenmitglieder vermuteten. Die Polizisten zogen einen Kreis mit dem Radius von fünfhundert Metern um den Ort ihrer Verhaftung. Dann schwärmten Beamte aus, um das passende Schlüsselloch zu dem Haustürschlüssel zu finden. Drei Tage lang steckten die Polizisten drei Schlüssel in 2167 verschiedene Schlüssellöcher, ohne dass die Bewohner der Häuser etwas davon merkten. Am dritten Tag hatten sie das passende Schloss gefunden; eine Wohnung im dritten Stock in der Lübecker Straße 139.

Doch alles, was sie entdeckten, waren Fingerabdrücke von Gudrun Ensslin und Andreas Baader – und Papiere, aus denen hervorging, dass Überfälle auf Geldtransporte der Hamburger Sparkasse und des Armoured Car Service geplant waren.

Im Bundeskriminalamt wurde ein neuer Plan zur Ergreifung der übriggebliebenen neun Gruppenmitglieder ausgearbeitet. Die Aktion unter dem Decknamen »Hecht« war Verschlusssache, nur die Chefs der verschiedenen Kripodienststellen waren davon unterrichtet.

Am Morgen des 15. Juli 1971 sperrten dreitausend Polizeibeamte in ganz Norddeutschland die wichtigsten Straßen ab und führten Kontrollen durch. Es war der 425. Tag der Baader-Meinhof-Fahndung.

Um 14.15 Uhr näherte sich auf der Stresemannstraße im Hamburger Stadtteil Bahrenfeld ein blauer BMW 2002 einer der fünfzehn Polizeisperren, die an diesem Tag in Hamburg errichtet worden waren. Am Steuer saß ein blondes Mädchen, daneben ein bärtiger junger Mann. Die Polizisten hoben ihre Kellen. Sie hatten den Auftrag, jeden BMW zu stoppen. Die schnellen bayerischen Autos galten zu jener Zeit als bevorzugte Fahrzeuge der Gruppe. Im Volksmund hieß BMW bereits Baader-Meinhof-Wagen. Das Mädchen am Steuer gab Gas, durchbrach die Sperre und raste an acht Polizisten mit

Maschinenpistolen im Anschlag vorbei. Ein Funkwagen nahm die Verfolgung auf. Ein zweiter Polizeiwagen, ein Mercedes, überholte den BMW und stellte sich mit quietschenden Reifen quer.

Das Mädchen und ihr Begleiter sprangen aus dem Wagen und liefen davon. Dabei, so behaupteten die Beamten später, schossen die beiden aus belgischen Armeepistolen vom Typ FN, Kaliber neun Millimeter. Das Mädchen lief in eine Toreinfahrt, der junge Mann rannte durch einen Park auf eine Baustelle zu und versteckte sich unter einem Kran. Vom Hubschrauber »Libelle 1« hatten Polizeibeamte die Flucht beobachtet. Sie schickten achtzig Kollegen zur Festnahme. Umzingelt gab Werner Hoppe auf, und während die Handschellen zuschnappten, fluchte er: »Scheißbullen, leckt mich am Arsch.«

Das Mädchen glaubte, die Verfolger abgeschüttelt zu haben, und kam aus der Toreinfahrt hervor. Ein Polizist entdeckte sie und rief: »Halt, Mädchen – stehen bleiben!« Sie zog eine Pistole und schoss. Ein zweiter Polizist rief: »Mädchen, mach keinen Quatsch, gib doch auf.« Sie drehte sich um und feuerte, der Polizist schoss zurück. Die Kugel traf das Mädchen unter dem linken Auge.

Um 16.23 Uhr meldete die Deutsche Presseagentur: »Ulrike Meinhof erschossen.« Doch die Tote war nicht Ulrike Meinhof, sondern die zwanzigjährige Petra Schelm.

Drei Jahre zuvor hatte Petra Schelm noch als Friseuse in Berlin gearbeitet. Sie wollte Maskenbildnerin werden. Nach ihrer Lehre arbeitete sie für kurze Zeit in einem Kunstgewerbeladen. Anschließend bekam sie, gerade achtzehn Jahre alt, einen Job als Begleiterin einer amerikanischen Reisegruppe. Aus Rom, München, Paris und Madrid schickte sie Ansichtskarten an ihre Eltern. Dann kehrte sie nach Berlin zurück, lebte in einer Kommune und engagierte sich in der Außerparlamentarischen Opposition. Sie lernte den jungen Filmstudenten und Bundeswehrdeserteur Manfred Grashof kennen. Petra stellte ihn ihren Eltern vor.

Später, nach dem Tod seiner Tochter, sagte der Vater einem Reporter: »Vielleicht habe ich damals einen großen Fehler gemacht. Sie wollte den Mann heiraten, und ich sollte die Einwilligung zur Hochzeit geben. Es ging einfach über meine Kraft, dazu ja zu sagen. Und damit war der erste Bruch zwischen mir und meiner Tochter da. Der Junge hat sich eigentlich gar nicht mal danebenbenommen. Er hat sich ganz bescheiden an den Tisch gesetzt

und hat meine Tochter reden lassen. Erst als ich nein sagte und erklärte, dass ich keinen verkommen aussehenden Schwiegersohn möchte, als ich also etwas krass und unhöflich war, da wollte sich der junge Mann ins Gespräch einschalten. Ich habe ihm dann das Wort abgeschnitten, was eigentlich nicht richtig war, und gesagt: ›Wir brauchen darüber gar nicht zu debattieren.‹ Dann sind die beiden aufgestanden und gegangen.«

Der Vater sah seine Tochter erst im Gerichtsmedizinischen Institut wieder – tot.

Petra Schelm war das erste Todesopfer im Krieg der »sechs gegen sechzig Millionen«, wie es Heinrich Böll später formulierte.

Zehn Tage nach der Hamburger Schießerei veröffentlichte das Allensbacher Meinungsforschungsinstitut die Ergebnisse einer Repräsentativumfrage zum Thema »Baader-Meinhof: Verbrecher oder Helden?«. Von den rund tausend Befragten befanden 18 Prozent, die Untergrundgruppe handele »auch heute noch vor allem aus politischer Überzeugung«. 31 Prozent äußerten keine Meinung. 82 Prozent kannten die Baader-Meinhof-Gruppe. Jeder vierte Bundesbürger unter dreißig gestand den Meinungsforschern »gewisse Sympathien« für die »Rote Armee Fraktion« ein. Jeder zehnte Norddeutsche erklärte sich sogar bereit, gesuchte Untergrundkämpfer für eine Nacht zu beherbergen; im Bundesdurchschnitt war es jeder zwanzigste.

Die Demoskopen kamen zu dem Ergebnis, ihre Umfrage habe ein »schwieriges sozialpsychologisches Klima für die Fahndung der Polizei« ergeben. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« sorgte sich wegen der Hilfsbereitschaft der Bundesbürger: »Fünf Prozent wirken hier wie hundert Prozent.«

Auf dieses Umfrageergebnis, damals sicher auch Reaktion auf den Tod der jungen Petra Schelm, berief sich die RAF in ihren Schriften immer wieder. Noch Jahre später im Stammheimer Prozess führte Baader dieses Meinungsbild als Beweis dafür an, wie weit die Ideen der RAF in der Bevölkerung verbreitet seien.

Gerhard Müller, der aus dem »Sozialistischen Patientenkollektiv Heidelberg« zur RAF gestoßen war, berichtete im Stammheimer Prozess über die Reaktion innerhalb der Gruppe auf den Tod Petra Schelms:

»Die Pläne, Sprengstoffverbrechen zu verüben, sind nach dem Tod von Petra Schelm aufgetaucht.« Damals, im Juli 1971, so erzählte Gerhard

Müller, hätten sich alle in Manfred Grashofs Wohnung in der Heinrich-Hertz-Straße getroffen. »Als wir dort waren, hat Grashof gegenüber Baader den Plan entwickelt, aus Rache für den Tod von Petra Schelm in Hamburg Polizeihubschrauber zu sprengen. Baader war dagegen und hat schließlich Manfred Grashof dazu gebracht, von diesem Plan abzulassen.« Grashof habe damals auch vorgehabt, eine Wohnung zu verminen: »Also, eine Art Splitterbombe in eine Wohnung einzubauen. Die sollte mit einem Mechanismus gekoppelt werden, sodass sie beim Öffnen, nachdem bei der Polizei ein Hinweis auf diese Wohnung eingegangen wäre, automatisch explodiert.«

Wie andere Gruppenmitglieder auch wurde Manfred Grashof im Stammheimer Prozess als Zeuge geladen, um die Aussagen des »Kronzeugen« Gerhard Müller zu widerlegen. Grashof sagte:

»Nach der Ermordung Petras gab es damals in allen Gruppen ein sehr starkes Bedürfnis zu handeln. Es war klar, dass die Bullen nach eineinhalb Jahren permanenter Niederlagen gezielt Jagd gemacht haben. Wir wissen, dass es damals einen Schießbefehl für die Bullen gab.

Wir hatten eine Diskussion darüber und haben diese Aktionen verworfen, ganz einfach, weil sie bedeutet hätten, dass ein Angriff auf Polizeistationen und Polizeieinrichtungen im Widerspruch stehen würde zur Hauptlinie, nämlich bewaffneter Kampf gegen den Hauptfeind, den Imperialismus, die US-Militärpräsenz in der Bundesrepublik und in Westberlin.«

25.
RAF und »2. Juni« – erstes Gespräch

In diesem Sommer 1971 wurde Bommi Baumann aus der Haft entlassen. Als er durch das Anstaltstor trat, sah er ein hübsches achtzehnjähriges Mädchen, das auf ihn wartete: Juliane Plambeck. Später ging sie zur RAF und kam bei einem Autounfall ums Leben.

»Soll ich dir ein Eis kaufen?«, fragte Juliane. Bommi Baumann hatte nach fast zwei Jahren Haft eigentlich etwas anderes im Sinn.

An einem der nächsten Tage ging er zu seinen alten Freunden, die inzwischen eine Art anarchistische Konkurrenzorganisation zur RAF aufgebaut hatten, die »Bewegung 2. Juni«, benannt nach dem Todestag des Studenten Benno Ohnesorg.

Kurz darauf meldete sich in Berlin einer der RAF-Kader bei den Leuten vom »2. Juni«. Sie sollten eine bestimmte Telefonnummer in Hamburg anrufen. Bommi und Georg von Rauch gingen in eine Telefonzelle. »Ja, kommt jetzt alle rüber nach Hamburg, schneidet euch die Haare«, sagte Gudrun Ensslin.

»Ihr seid wohl nicht mehr ganz klar im Kopp«, antwortete Georg. »Warum seid ihr überhaupt in Hamburg?«

»Ja, Hamburg ist eine große Stadt«, antwortete Gudrun Ensslin gedehnt.

»Das ist ja ein unheimlich günstiges Argument«, warf Bommi Baumann ein, der mitgehört hatte. »Dann können wir ja alle nach New York gehen, oder Kalkutta, noch besser. Das sind auch große Städte. Kenn ich Hamburg, oder was? Das ist doch Wahnsinn. Wir bleiben hier.«

Gudrun Ensslin wurde ärgerlich.

Die Angehörigen der »Bewegung 2. Juni« hatten sich gerade überlegt, wie sie die nächsten Monate gestalten könnten. »Wir haben uns gesagt: Wir holen jetzt Leute aus dem Knast. Das ist die einzige Chance, dass es irgendwie weitergeht. Wenn *wir* einreiten, dann holen uns *die* wieder raus. So haben wir dann eine Kontinuität gesichert. Also machen wir eine Befreiungsaktion«, schilderte Bommi Baumann später die damalige Lage.

26.
Spätlese

Als das »Sozialistische Patientenkollektiv« in Heidelberg von Petra Schelms Tod erfuhr, fühlten sich die Mitglieder in ihrer Meinung bestätigt, dass es notwendig sei, den Weg in den Untergrund anzutreten.

Klaus Jünschke fuhr im VW-Kübelwagen des SPK-Chefs Dr. Huber umher und übte Geländefahren. Eine Polizeistreife, die Mitglieder des SPK immer im Visier, hielt ihn an und prüfte seine Papiere. Jünschke zog seinen Personalausweis und überreichte ihn den Beamten. Sie sahen erst das Foto an, dann ihn.

Er hatte das Passbild gegen ein Foto von Mao Tse-tung ausgetauscht. Jünschke wurde festgenommen. Ein paar Tage war er in Haft, dann wurde er wieder freigelassen.

Nicht lange danach tauchten ehemalige SPK-Mitglieder, die inzwischen bei der RAF waren, bei ihm auf und wollten ihn anwerben.

Wenn er einverstanden sei, solle er an einem bestimmten Abend um 22.00 Uhr in einem Park in Frankfurt sein. Erkennungszeichen sei eine »Welt am Sonntag« unterm Arm. Klaus Jünschke beschloss, die Reise anzutreten – eine Reise, die in einer lebenslangen Strafe endete.

Später, nach dreizehn Jahren Haft, sagte er mir während eines Gesprächs im Gefängnis: »Ich habe sicherlich tausendmal darüber nachgedacht, wie jeder, der zu lebenslänglich verurteilt ist. Du hast ja genügend Zeit, dich damit rumzuquälen. Es war eine Stimmung, in der eine sehr hohe Opferbereitschaft bestand. Rationales Denken im Sinne eines Kalküls hat überhaupt keine Rolle gespielt. Lebenslänglich? Was soll’s? Als Außenstehender mag das sehr unernst erscheinen, aber die Bereitschaft, das eigene Leben zu opfern, war ernst. Nach der Zerschlagung des SPK gab es diese Verzweiflung, man musste etwas tun. Als die SPK-Leute verhaftet wurden, habe ich mich oben aus dem Fenster gebeugt, das Grundgesetz in der Hand, und die Paragraphen runtergebetet: ›Die Würde des Menschen ist unantastbar.‹ Ein paar Monate später war ich bei der RAF.«

Jünschke fand sich zur verabredeten Zeit im Park ein. Niemand erschien.

Für einen solchen Fall war ein anderer Treffpunkt verabredet worden: Er sollte eine Stunde später in einem Eiscafé sein. Jünschke klemmte die Zeitung unter den Arm und betrat das Café. Zwei etwas abgerissen aussehende Männer saßen an einem Tisch. Als sie den Mann mit der Zeitung entdeckten, verschluckten sie fast ihr Eis. Jünschke setzte sich an einen anderen Tisch und wartete. Nach einer Weile verließ einer der beiden Männer das Lokal, kehrte aber kurze Zeit darauf zurück.

»Komm mit«, forderte Jan-Carl Raspe ihn auf. Holger Meins folgte den beiden in hundert Meter Entfernung.

Raspe klingelte an der Tür einer Neubauwohnung. Eine Frau öffnete und ließ die beiden in die vollkommen leere Wohnung. Auf Jünschke wirkte die Frau wie eine Amerikanerin. Sie trug eine graue Perücke mit hochtoupierten Haaren und darüber ein Kopftuch. Ihr Pulli saß knalleng. Sie trug Hosen. Jünschke lehnte an der Wand und wartete. Er hatte sich für seine erste Begegnung mit den Illegalen feingemacht wie sonst nie: Er trug einen Blazer, weißes Hemd, Krawatte, graue Hose.

»Nun sag mal, wer du bist und was du machst«, sagte Ulrike Meinhof. Jünschke erzählte seine Vorgeschichte, über die, das merkte er an den Fragen, seine Gesprächspartner bereits gut unterrichtet waren. Als die Rede auf das »Sozialistische Patientenkollektiv« kam, sagte Ulrike Meinhof unvermittelt: »Aber Gruppensex gibt es bei uns nicht.«

»Wie kommst du denn darauf, dass ich Gruppensexinteressen hab?«

Gegen Ende des Gesprächs deuteten die anderen an, was Jünschke für die Gruppe tun könnte. »Da sind verschiedene Sachen, die für uns wichtig sind, zu erledigen. Das können wir nicht selbst machen, ohne uns zu gefährden. Es geht um Einkäufe. Bist du bereit, so etwas zu machen?« Jünschke stimmte zu. Es wurden vor allem Nummernschilder für Autos gebraucht.

Klaus Jünschke war Kriegsdienstverweigerer und hatte das mit den Worten begründet: »Ich kann keinen Menschen umbringen.« Er hatte das nicht nur so dahingesagt, er meinte es sehr ernst. Und plötzlich gehörte er zu einer Gruppe von Leuten, die bewaffnet herumliefen und keinen Zweifel daran ließen, dass sie ihre Waffen auch gebrauchen würden. Eines Nachts ging er mit Holger Meins durch Frankfurt. Holger fragte ihn: »Bist du eigentlich bewaffnet?«

»Nee, natürlich nicht.«

»Du musst doch irgendetwas dabeihaben. Wenigstens ein Messer.«

Einige Monate später, kurz vor seiner Verhaftung, geriet Holger Meins in eine Schlägerei mit drei betrunkenen Rockern. Sie schlugen ihn zusammen.

In der Gruppe wurde später darüber diskutiert: »Was macht man in einer solchen Situation?« Obwohl sein Nasenbein zerschlagen worden war, waren alle erleichtert, dass er seine Waffe nicht gezogen hatte.

Klaus Jünschke war der Zwiespalt, in dem er jetzt lebte, schmerzlich bewusst. »Ich kam in eine Situation, in der ich letztlich auch Sachen gemacht habe, die ich nicht mehr vor mir selbst rechtfertigen konnte. Da bin ich praktisch zusammengebrochen. Ich habe mich meine gesamte Haftzeit hindurch gequält wie ein Tier, gewehrt dagegen, dass ich verrückt werde. Weil ich das nicht integrieren konnte: die RAF und das eigene Leben und die Zukunft.«

Im August 1971 erhielt Jünschke den Auftrag, nach Hamburg zu fahren, wo die Gruppe seit dem Frühjahr ihren Hauptstützpunkt hatte. Dort traf er in einer Wohnung im Schanzenviertel die anderen. Andreas Baader, mit blondgefärbten Haaren, war in ausgezeichneter Verfassung. Wieder musste Klaus Jünschke seine Vorgeschichte erzählen. Es war etwa so wie bei einem Vorstellungsgespräch in einer Firma. Jünschke empfand Baaders Ton als reichlich autoritär. Eigentlich wollte *er* ja wissen, was nun auf ihn zukäme. »Jetzt bist du da, erklär dich mal, was willst du hier?«, fragte Baader. Klaus Jünschke hatte das Gefühl, Baader führe derartige Gespräche bewusst so provokativ, um den Selbstbehauptungswillen der Neulinge zu testen. Jünschke erhielt den Namen »Spätlese«.

In der ersten Woche sollte er die Stadt kennenlernen. Tagelang fuhr er allein mit der U-Bahn durch Hamburg, stieg immer wieder um und durchstreifte die einzelnen Viertel. Er hatte sich einen Stadtplan gekauft, trug die Standorte aller Polizeireviere ein und markierte sie mit kleinen Fähnchen. Ab und zu besuchte ihn Gudrun Ensslin, begutachtete seine polizeigeographische Arbeit und zeigte sich zufrieden damit. Jünschke erhielt einen neuen Pass und durfte in eine der illegalen Wohnungen einziehen. Dort lernte er Teeny kennen. Sie liefen zusammen durch Hamburgs Straßen und beobachteten die Umgebung ihrer Stützpunkte, um festzustellen, ob in der Nähe Autos mit zwei Antennen, Observationsfahrzeuge, herumstanden. Meistens waren sie nachts unterwegs und gingen erst gegen drei oder vier Uhr morgens schlafen. Jünschke fühlte sich bei den nächtlichen Streifzügen nicht sehr wohl und dachte: Eigentlich sind wir die Einzigen, die in der Nacht auf der Straße sind.

Er sprach Ulrike Meinhof darauf an, und sie antwortete: »Der Winter ist

meine liebste Zeit. Da kann man mich nicht sehen, da ist es dunkel auf den Straßen und auch am Tage dämmrig.« Vor allem in Hamburg, wo sie viele Jahre lang gelebt hatte, wo viele Leute sie kannten, befürchtete sie, erkannt zu werden – an ihrem Gang, ihrer Gestalt, ihrer Stimme. Eine Zeitlang lebte Jünschke mit Ulrike Meinhof und zwei anderen zusammen in einer Dreizimmerwohnung. Er kochte für seine Mitbewohner, Ulrike Meinhof wusch ihm die Haare mit Wasserstoffsuperoxid, sodass er, von Natur aus ein dunkler Typ, nun aschblond war. Manfred Grashof wies ihn in die Kunst des Fälschens ein, und gemeinsam sorgten sie für die übrigen logistischen Erfordernisse: Sie tapezierten Wohnungen und kauften in Gebrauchtmöbellagern eine betont kleinbürgerliche Einrichtung zusammen.

Jünschke später: »Man geht zur Stadtguerilla, und dann bist du dabei, die Wohnung herzurichten, vier Wochen lang, und ewig muss man was einkaufen, die Sachen, die gebraucht werden. Das ist 99 Prozent dessen, was gemacht wird.« Alle paar hundert Meter kam man an dem eigenen Fahndungsfoto vorbei, an jeder Litfaßsäule, in jedem Postamt, jeder Bank. Den meisten Gruppenmitgliedern war nur allzu klar, dass am Ende ihres Weges nur das Gefängnis oder der Tod stehen konnte. Manche befielen Zweifel, sie dachten an Aussteigen, aber jeder fürchtete, es einem anderen zu sagen, obwohl der vielleicht selbst ebenso dachte. Manchmal überlegte sich Jünschke, ob es nicht besser sei, statt aller Illegalität ins Kino zu gehen, in Urlaub zu fahren, sich in Spanien vier Wochen an den Strand zu legen, ohne Waffe, und über die eigene Lage nachzudenken – alles abschütteln, sich entspannen: »Das hätte natürlich dazu geführt, dass ich nicht zurückgegangen wäre.«

Vom Staat gejagt und von der Linken nicht geliebt, war man aufeinander angewiesen. Die Gruppe war alles, was man hatte: »Wie im normalen Leben, da hast du doch Freunde, Freundinnen, das gab es nicht.«

Wenn sie bei den früheren Genossen aus der Studentenbewegung oder den Basisgruppen anklopften, dann wurde ihnen die Tür vor der Nase zugemacht, nicht nur einmal. »Lass uns in Ruhe«, sagten die meisten – oder traurig: »Die kriegen euch doch, alle.«

Jünschke: »Aber keiner hat sich vor mich hingestellt und gesagt: ›Jetzt komm mal wieder zu dir, auf den Boden der Realitäten, was machst du für ’ne Scheiße, bleib ein paar Tage hier und schlaf dich mal aus!‹ Wir waren eben eine Autorität, wir waren bei der kämpfenden Truppe.«

Hilfe und Unterstützung fanden sie eher bei Freunden von früher, die

keiner politischen Gruppe angehörten. Da konnte man schon mal eine Nacht bleiben. Und wenn die zaghaft ein paar kritische Worte zu der Gewaltpolitik der RAF äußerten, dann stellte man sich stur: »Arschloch, was weißt denn du davon? Aufhören? Das ist kein Thema. Das Haupt beugen? Nie. Da geh ich doch lieber tot, als mich in diesen Saustall von Gesellschaft wieder zu integrieren.«

Dann das Gefühl von Enttäuschung. Da hatte einer früher gesungen: »Zwischentöne sind nur Krampf im Klassenkampf.« Und als man bei ihm vor der Tür stand, da sagte er, sie hätten drei Minuten Zeit zu verschwinden, sonst würde er die Polizei anrufen. Oder jene, die Kathleen Cleaver, Ehefrau des amerikanischen Black-Panther-Führers Eldridge Cleaver, zu einer Veranstaltung eingeladen hatten, auf der sie aufgetreten war wie eine Rachegöttin. Als man bei denen anklopfte, stand ihnen der Schweiß im Gesicht. Und wie war es in Berlin? Beim Vietnam-Kongress 1968 hatte an der Stirnwand des Audimax der Technischen Universität ein Zitat von Che Guevara gestanden: »Es ist die Pflicht eines Revolutionärs, die Revolution zu machen!«

Was war mit denen, die das überdimensionale Plakat dorthin gehängt hatten, mit jenen, die es beklatschten?

Nur wenige der Studentenführer aus der APO-Zeit brachten den Mut auf zu bekennen, dass auch sie mit vorbereiten halfen, was die »Baaders und die Meinhofs« später in die Tat umsetzten.

Peter Schneider zum Beispiel. Fünfzehn Jahre nach Beginn des Untergrundkampfes schrieb er an Peter-Jürgen Boock, der aus Baaders Frankfurter Lehrlingsarbeit den Weg in die zweite Generation der RAF gefunden hatte:

»Die Idee von der Stadtguerilla und vom bewaffneten Kampf in den Metropolen ist keineswegs in den Hirnen von ein paar isolierten Einzelkämpfern entstanden. Sie schwamm von Anfang an mit im Gedanken- und Gefühlsstrom der 68er-Generation und wurde mit einer heute unvorstellbaren Offenheit auf Teach-ins diskutiert, an denen Tausende teilnahmen. Allerdings wurden diese Diskussionen mit einer gewissen Unschuld geführt: Sie hatten sich noch nicht zu einer Strategie des bewaffneten Kampfes gefestigt und mussten sich an der entsprechenden Praxis nicht messen lassen.

Als dann Gruppen wie die ›Bewegung 2. Juni‹ und die ›Rote Armee Fraktion‹ ernst machten, wich der theoretische Flirt mit dem bewaffneten

Kampf rasch einer hastigen Abgrenzung. Diese Abkehr war aber nicht das Ergebnis einer energischen Kritik und Selbstkritik. Sie fand ebenso still und fast sprachlos statt wie die Abwendung von anderen Ideen jener Zeit, die sich als illusionär oder falsch herausstellten. Was den Umgang mit der eigenen Vergangenheit angeht, haben es die Söhne kaum besser gemacht als die Väter: Was sich nicht bewährte, vergaß man lieber und überließ es der natürlichen historischen Selektion. Nach der Niederlage wurde man Hals über Kopf demokratisch, gewaltfrei und fing an, die Verfassung zu lesen. Fortan nannte man sich nicht mehr Marxist, sondern links, nicht mehr revolutionär, sondern radikal, und was bei diesem Namenswechsel alles mit über Bord ging und über Bord zu werfen verdiente, wollte man nicht so genau wissen. Der Gang der Dinge ersetzte den Lernprozess. Die Sprachlosigkeit, in die sich die meisten Wortführer der Studentenbewegung Mitte der siebziger Jahre zurückzogen, war nie mit bloßer Theoriemüdigkeit zu erklären. Diese Müdigkeit ist das Ergebnis einer Verdrängung.«

Mitte Oktober 1971 kehrten Andreas Baader und Gudrun Ensslin nach Berlin zurück. Dort waren inzwischen erste Vorarbeiten für eine Großaktion der RAF geleistet worden: Auf einen Schlag sollten der amerikanische, der britische und der französische Stadtkommandant entführt werden.

Der Rest der Gruppe blieb in Hamburg. Einer ihrer Stützpunkte war eine Wohnung am Heegbarg in Poppenbüttel. Sie gehörte einem bekannten Liedermacher. Nach einem Konzert hatte Gudrun Ensslin ihn angesprochen und um eine Übernachtungsmöglichkeit gebeten. Der Sänger gab ihr den Wohnungsschlüssel und setzte seine Tournee fort.

Inzwischen hatte auch Margrit Schiller eine Pistole bekommen. Im Auftrag der RAF sollte sie helfen, gestohlene Wagen mit den Fingerabdrücken von Andreas Baader und Ulrike Meinhof in der Nähe von Freiburg abzustellen, um die Polizei in die Irre zu führen.

Am späten Nachmittag des 25. September 1971 fuhren Margrit Schiller und ein anderer Genosse los und erreichten nach Mitternacht das ausgemachte Ziel, den Parkplatz Bremgarten auf der Autobahn Frankfurt–Basel. Margrit Schiller ließ ihren VW auf dem linken Streifen des Parkplatzes ausrollen.

Als sie die Zündung ausgestellt und die Scheinwerfer abgeschaltet hatte, sah sie im Rückspiegel ein Auto näher kommen. Ein Polizist stieg aus und leuchtete ihr mit der Taschenlampe ins Gesicht: »Kann ich mal Ihren

Führerschein und die Fahrzeugpapiere sehen? Haben Sie eine Panne, oder warum stehen Sie auf der falschen Seite?« Zitternd griff Margrit Schiller an ihrer Pistole vorbei nach ihrem Führerschein. Der zweite Polizist ging an dem Auto entlang und sah, dass vorn in dem BMW auch eine Person saß. »Hier stimmt was nicht«, rief er seinem Kollegen zu. »Warum haben die beiden kein Licht an?«

Plötzlich fielen Schüsse. Um Margrit Schiller herum regnete es Glassplitter. Die Fahrertür wurde aufgerissen, ihr Begleiter schrie: »Komm, wir müssen weg.« Sie duckten sich vor den Schüssen und liefen durch das Gebüsch, rannten in der Dunkelheit über Felder.

Wenn irgendwo Scheinwerfer aufleuchteten, warfen sie sich zu Boden. Irgendwann stießen sie auf ein parkendes Auto, in dem ein Pärchen saß. Sie fragten die beiden, ob sie sie mit ins nächste Dorf nehmen könnten. Dort bestellten sie ein Taxi und ließen sich durchnässt nach Freiburg bringen. Der Taxifahrer schöpfte keinen Verdacht. Am frühen Morgen nahmen sie, jeder für sich, den Zug nach Hamburg. In einem vollbesetzten Abteil hatte ein Mann auf dem Tischchen vor dem Fenster ein Radio abgestellt, aus dem leise Musik tönte. Plötzlich wurde das Programm unterbrochen für eine Sondermeldung der Polizei. Es ging um eine nächtliche Schießerei auf dem Autobahnparkplatz. Dann folgte der volle Name einer der gesuchten Personen: Margrit Schiller, Alter, Größe 184, große Augen, hohe Wangenknochen, Haarlänge, Kleidung.

Margrit Schiller wurde »abwechselnd eiskalt und kochend heiß«. Doch niemand in dem Abteil war aufgefallen, dass die Personenbeschreibung genau auf sie passte. Margrit verließ das Zugabteil, zog sich auf der Toilette die Jacke aus, stopfte sie in eine Tasche und band sich ein Tuch um den Kopf.

So erreichte sie Hamburg, wo Irmgard Möller sie erwartete. Am Abend konnte sie ihren Steckbrief in der »Tagesschau« betrachten. Margrit Schiller schnitt sich die Haare ab und färbte sie dunkel. »Da saß ich nun, wusste weder aus noch ein. Ich hatte gerade mit dem neuen Leben begonnen, und schon war ich dessen Gefangene«, schrieb sie in ihren Lebenserinnerungen.

In der Wohnung wurden Pässe gefälscht. Sie traf dort Manfred Grashof, der »freundlich und geduldig war, aber auch verschlossen und abwesend«. Er trauerte um seine Freundin Petra Schelm. In der Wohnung war ein ständiges Kommen und Gehen. »Nur ich blieb dort wie eingemauert«, erinnerte sich Margrit Schiller. »Mein Kopf wurde immer leerer. Ich saß da, stierte

stundenlang vor mich hin und vergrübelte sinn- und richtungslos die Zeit.«

Eines Tages raunzte Ulrike sie an: »Du machst ja überhaupt nichts!« Bevor Margrit antworten konnte, war sie schon wieder weg. Sie lebte zwar in der Wohnung, hatte aber eine Liebesbeziehung zu einer anderen Frau aus der Gruppe aufgenommen. Die meiste Zeit, so stellte Margrit Schiller fest, verbrachten die beiden bei geschlossener Tür in einem Zimmer. Manchmal setzte sich die andere Frau zu Margrit: »Ich verstehe, dass es dir beschissen geht, wir müssten uns eigentlich in Ruhe mit dir hinsetzen und über alles quatschen. Aber verstehste, ich kann's jetzt nicht. Du siehst ja, wie wir ständig rumhetzen, es gibt einfach viel zu viele Sachen zu erledigen. Ulrike lässt sich auch nie Zeit. Sie will immer alles auf einmal machen und alles sofort. Sie gönnt sich nie 'ne Ruhepause. Und wenn wir hier mal eine Stunde Ruhe haben, will ich einfach mit ihr zusammen sein.«

Eines Tages schleppte Ulrike bunte Stoffbahnen in die konspirative Wohnung, legte sie über die Matratzen und hängte sie vor die Fenster. »Ich werde noch lange genug in hässlichen grauen Zellen leben«, sagte sie. »Es muss ja nicht jetzt schon alles wie im Knast aussehen.«

Die Schießerei an der Autobahn ging Margrit Schiller nicht aus dem Sinn: »Ich hatte nicht geschossen, aber es war auch meinetwegen geschossen worden und dann auf mich. Alle Schüsse waren schrecklich gewesen, eine ungeheure Brutalität.«

Nach knapp vier Wochen kam Ulrike mit der Nachricht, sie würden sich alle in einer anderen Wohnung treffen. »Du musst mit, weil wir auch bereden wollen, wie es mit dir weitergeht.« Margrit Schiller kaufte sich in einem nahegelegenen Einkaufszentrum ein Kleid, einen Mantel, Schuhe und eine Strumpfhose. Das Treffen sollte am 21. Oktober 1971 stattfinden.

27.
Der Tod eines Polizeibeamten

Vier Wochen war Margrit Schiller jetzt schon in Hamburg. Die Stadt war nach der Festnahme von Astrid Proll und dem Schusswechsel mit der Polizei, bei dem Petra Schelm getötet worden war, für die RAF ein gefährliches Pflaster geworden. Für das Treffen musste Margrit Schiller zum ersten Mal ihr Versteck verlassen. Sie schnitt sich die rotbraunen Haare ab und färbte sie schwarz. Sie schminkte sich und zog zur Tarnung ein rotes Minikleid und einen knielangen schwarzen Mantel an, denn in den Fahndungsbeschreibungen hieß es, sie trage immer lange Hosen.

Im Feierabendverkehr machte sie sich auf den Weg zum Treffpunkt. Sie fuhr Umwege, wechselte mehrmals U- und S-Bahn, bis sie die Wohnung in der Nähe des Einkaufszentrums Alstertal erreichte. Es war schon dunkel. Nach und nach trafen auch Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Irmgard Möller, Manfred Grashof, Holger Meins, Klaus Jünschke und drei oder vier weitere Gruppenmitglieder ein. Ob Gudrun Ensslin und Andreas Baader später dazustießen oder in Berlin geblieben waren, konnte Margrit Schiller später nicht mehr erinnern.

Die Fenster der Wohnung waren verhängt und hatten schmale Sehschlitze, durch die man die Straße beobachten konnte. Auf dem Boden die üblichen Schaumstoffmatratzen, Telefon, Radios, Koffer, Taschen, Werkzeuge, Munition und Sprengstoff. In einem der Rundfunkgeräte lief ununterbrochen der Polizeifunk. Die Gruppenmitglieder legten ihre Waffen beiseite und begannen ihre Besprechung.

Holger Meins erkundigte sich nach der Schießerei in Freiburg. Margrit Schiller begann zu erzählen.

Meins unterbrach sie: »Warum hast du nicht geschossen?«

Margrit wurde rot und brachte kein Wort heraus.

Die Frage kreiste in ihrem Kopf, als Holger Meins dann über einen geplanten Banküberfall sprach.

Die Gruppe wollte die Nacht über in der Wohnung bleiben. Am Morgen sollten alle nacheinander das Versteck verlassen.

Ulrike Meinhof betrat das Zimmer: »Ich muss noch mal telefonieren«, sagte sie und wandte sich an Gerhard Müller. »Du kommst mit.« Dann drehte sie sich zu Margrit Schiller um: »Los, du auch.« Sie brauchte Begleitschutz für den Weg zur Telefonzelle. Das Wohnungstelefon wurde aus Angst vor flächendeckenden Abhörmaßnahmen grundsätzlich nicht benutzt.

Zu dritt verließen sie die Wohnung und trennten sich an der Haustür. Ulrike Meinhof ging voran, in einigem Abstand folgten ihr Margrit Schiller und Gerhard Müller. Als Ulrike Meinhof den Heegbarg überquerte, entdeckte Müller ein verdächtiges Auto. Er flüsterte Margrit zu: »Achtung, da vorn der Ford mit abgeblendetem Licht. Da sitzen zwei Typen drin, das sind bestimmt Bullen.«

Es war gegen halb zwei Uhr, und die Polizisten in dem zivilen Ford 17M waren Norbert Schmid und Heinz Lemke. Am S-Bahnhof hatten sie eine junge Frau gesehen, dunkelhaarig, einen Meter achtzig groß, schwarzer Mantel, Hornbrille. Margrit Schiller. Norbert Schmid stieg aus und versuchte, ihr zu folgen. Nach kurzer Zeit verlor er sie aus den Augen und ging zurück zum Streifenwagen. Die beiden Beamten suchten die Umgebung ab. Am Wentzelplatz entdeckten sie die Frau wieder. Sie kam aus der Tiefgarage des Einkaufszentrums Alstertal, eines riesigen Betonkomplexes. Sie merkte, dass sie beobachtet wurde, und verschwand im Garten eines Behelfsheimes. Die Beamten suchten die Gegend mit Nachtgläsern ab.

Ulrike Meinhof hatte den Wagen ebenfalls gesehen und verschwand hinter ein paar Büschen. Nach wenigen Minuten tauchte sie wieder auf. Müller und Schiller gingen auf sie zu. Plötzlich rollte der Ford mit aufgeblendeten Scheinwerfern heran. Ulrike Meinhof überquerte die Straße, während Margrit Schiller und Gerhard Müller an einer Ampel auf Grün warteten. Dann gingen auch sie weiter. Der Ford folgte Ulrike Meinhof. Plötzlich gab es Lärm. Margrit Schiller hörte Schritte hallen und Reifen quietschen. Sie blickte sich um. Ulrike Meinhof kam auf sie zugerannt und schrie: »Scheiße, das sind Bullen.« Der Ford bog um die Ecke und versuchte, Ulrike Meinhof den Weg abzuschneiden.

Polizeimeister Schmid drehte die Scheibe herunter und rief: »Halt, Polizei, bleiben Sie stehen!« Die Beifahrertür sprang auf, Schmid hechtete aus dem Wagen und nahm die Verfolgung auf. Ulrike Meinhof schlug einen Haken um das Auto und rief: »Los, weg hier!« Dann rannte sie den Heegbarg hinunter. Müller folgte ihr, und gemeinsam flüchteten sie auf einem Weg

entlang einer Häuserreihe. Polizeimeister Schmid lief hinterher, sein Kollege Lemke folgte ihm. Margrit Schiller stand erstarrt da und sah zu, wie der erste Polizist Ulrike Meinhof erreichte, am Arm packte und nach ihrer Tasche griff. Ulrike strauchelte, konnte sich aber losreißen. Lemke schrie: »Die sind ja bewaffnet!« Margrit Schiller später: »Gerhard, der schon vor Ulrike lief, stoppte, drehte sich mit der Waffe in der Hand um und schoss. Der Polizist stürzte, und sein Kollege, der den dreien nachgehetzt war, warf sich zu Boden. Ich hörte weitere Schüsse, dann waren Ulrike und Gerhard im Dunkeln verschwunden. Ich sah, was geschah, und konnte es nicht fassen: schon wieder die gleiche Situation wie vier Wochen vorher bei der Schießerei in Freiburg.«

Lemke, am Fuß verwundet, humpelte zu seinem Kollegen, der in einer Blutlache lag und »Hilfe, Hilfe« flüsterte. Lemke fragte: »Norbert, was ist?« Aber er bekam keine Antwort mehr. Der 32-jährige Polizeimeister Norbert Schmid war tot.

Lemke schleppte sich zum Haus Heegbarg 61 und klingelte. Niemand rührte sich. Dann schrie er: »Hilfe, Polizei!« Nichts.

Margrit Schiller lief zum Polizeiwagen, in dem Lemke den Schlüssel steckengelassen hatte, und raste davon. Nach zwei Kilometern ließ sie den Ford stehen.

Kurz darauf wurde eine Großfahndung eingeleitet. Um halb drei Uhr morgens fiel der Besatzung eines Funkstreifenwagens eine Frau auf, die nicht weit entfernt vom Schauplatz der Schießerei in einer Telefonzelle stand. Die Beamten zogen ihre Pistolen und verlangten den Ausweis. »Ich dachte schon, ihr wollt mich ficken«, sagte die Frau und griff zu ihrer schwarzen Handtasche. Die Beamten entrissen ihr die Tasche und fanden darin eine Pistole vom Kaliber neun Millimeter und den Schlüssel des Streifenwagens.

Auf dem Polizeipräsidium blieb die Frau stumm. Auf Fragen schüttelte sie nur den Kopf. Ihr Personalausweis lautete auf den Namen Dörte G. Doch die Kripobeamten wussten längst, wen sie gefasst hatten. Gegen fünf Uhr morgens unterschrieb die Frau ein Formular – mit ihrem richtigen Namen: Margrit Schiller. Als sie den Fehler bemerkte, fing sie an zu weinen.

Am nächsten Morgen um elf Uhr wurde sie der Presse vorgeführt. Eine Beamtin hielt sie im Würgegriff, ein Kollege hatte ihre Beine gepackt. Der Rock war hochgerutscht. Die Fotografen fotografierten, das Fernsehen filmte. Ein Reporter rief: »Haare aus dem Gesicht!« Daraufhin riss ein Beamter die Haare nach oben. Am Abend lief die Szene bundesweit im Fernsehen.

Margrit Schiller wurde in Haft genommen, die Fahndung nach dem Paar fortgesetzt.

Die Hamburger Polizisten knüpften Trauerflore an die Antennen ihrer Streifenwagen. Bürgermeister Schulz erklärte: »Man sollte jetzt endlich aufhören, falls es sich erweist, dass die Baader-Meinhof-Gruppe für diesen Mord verantwortlich zu machen ist, diese Gruppe als Zusammenschluss mit politischen Zielsetzungen zu sehen. Dieses ist eine rein kriminelle Gruppe im wahrsten Sinne des Wortes.«

Für Hinweise, die zur Ergreifung des Mörders führen könnten, wurden 10000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Dass Margrit Schiller den Polizeibeamten nicht getötet hatte, wurde schnell klar. Aus ihrer Pistole, das ergaben kriminaltechnische Untersuchungen, war in letzter Zeit nicht geschossen worden. Polizeimeister Lemke gab auch zu Protokoll, dass es ein Mann gewesen sei, der auf seinen Kollegen gefeuert hatte. Zunächst fiel der Verdacht auf den flüchtigen Holger Meins. Dann aber identifizierte Lemke nach Fahndungsfotos Gerhard Müller als den Todesschützen. Die Frau, die mit ihm zusammen war, sollte Irmgard Möller gewesen sein. In Wirklichkeit war es Ulrike Meinhof.

Während die Hamburger Polizei den Stadtteil Poppenbüttel durchkämmte, saßen die gesuchten RAF-Mitglieder in der Wohnung am Heegbarg. Unmittelbar nach der Schießerei, so sagten einige von ihnen später, sei Gerhard Müller »praktisch mit dampfendem Revolver« hereingestürmt und habe sich damit gebrüstet, »einen Bullen umgelegt« zu haben.

In der panischen Angst aller vor Entdeckung übernahm Manfred Grashof gleichsam »als Dienstältester« die Leitung der »Sicherheitsmaßnahmen«. Drei Tage und drei Nächte blieben sie in der Wohnung und fühlten sich wie in einer Falle.

28.
Der Kronzeuge

Mehr als dreieinhalb Jahre später wurde Irmgard Möller und Gerhard Müller der Prozess gemacht. Die »Hamburger Morgenpost« in ihrer Schlagzeile: »Heute in Hamburg vor Gericht – Der Meinhof-Geliebte, der einen Polizisten erschoss«.

Es sah nicht gut aus für den Angeklagten Gerhard Müller, denn der Polizeimeister Lemke hatte aus nächster Nähe beobachtet, wie sein Kollege Schmid erschossen worden war. Zudem waren Müllers Fingerabdrücke in der Wohnung am Heegbarg gefunden worden, in unmittelbarer Nähe des Tatortes. In den Vorermittlungen hatte Lemke zu Protokoll gegeben, er habe Müller als Todesschützen wiedererkannt.

Im Prozess gegen Gerhard Müller schwächte Lemke seine Aussagen erheblich ab. Die Staatsanwaltschaft rückte von dem Vorwurf des Polizistenmordes ab. Auch in den anderen Anklagepunkten, der Mittäterschaft bei den Bombenanschlägen des Frühjahrs 1972, die ihm eine lebenslange Strafe hätten einbringen können, kam Müller glimpflich davon. Er wurde wegen versuchten Mordes und anderer Delikte zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, von denen er nicht viel mehr als die Hälfte absitzen musste.

Im Stammheimer Prozess wurde Gerhard Müller einer der Hauptbelastungszeugen. Die Verteidiger bemühten sich, ihn als »gekauften Kronzeugen« zu entlarven. Sie vermuteten, dass Gerhard Müller der Mord an dem Hamburger Polizisten »geschenkt« worden war, um ihn als Zeugen der Anklage zu gewinnen.

Margrit Schiller trat im Stammheimer Verfahren auf und sagte: »Ich habe gesehen, dass Gerhard Müller in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober 1971 den Polizeibeamten Schmid erschossen hat.«

Sie habe beobachtet, wie Schmid das Paar verfolgte und es schließlich erreichte. Der Beamte habe der Frau die Handtasche entrissen. »Müller war neben ihr, hielt seine Pistole in der Hand und schoss auf Schmid. Schmid ließ die Handtasche los und fiel zu Boden. Müller und die Person liefen weiter,

und dabei hörte ich weitere Schüsse.«

In der Tat stellte sich im Stammheimer Verfahren allerhand Ungereimtes im Zusammenhang mit dem Zeugen Müller heraus. So waren seine Aussagen vor der Hamburger Polizei in der Sonderakte 3 ARP 74/75 I festgehalten, dem Stammheimer Gericht aber nicht ausgehändigt worden. Das Bundesjustizministerium hatte sie für »geheim« erklärt. Erst nach langem Tauziehen war es den Verteidigern gelungen, die Akte freizubekommen. Fünfzehn Seiten daraus blieben allerdings nach wie vor geheim.

Generalbundesanwalt Siegfried Buback soll in diesem Zusammenhang bei einem Gespräch in der Bundesanwaltschaft gesagt haben: »Wenn diese Akte bekannt wird, können wir alle unseren Hut nehmen.«

Als Zeuge im Stammheimer Prozess berief Buback sich stets auf seine beschränkte Aussagegenehmigung, wenn die Befragung durch die Anwälte auf die Geheimakte zielte.

»Enthält die Akte, in der offensichtlich auch die Vernehmungsprotokolle von Herrn Müller sind, Ermittlungsergebnisse, die, wenn auch nur entfernt, etwas mit diesem Verfahren zu tun haben könnten?«, wollte Verteidiger Otto Schily von ihm wissen.

»Herr Rechtsanwalt, dazu kann ich keine Aussage machen, weil sich darauf meine Aussagegenehmigung nicht erstreckt«, antwortete Buback.

Rechtsanwalt Dr. Hans Heinz Heldmann fragte: »Kennen Sie die Akten 3 ARP 74/75 I?«

»Ja, Herr Rechtsanwalt, es kommt immer wieder auf die Frage der Aussagegenehmigung an. Das Vorhandensein dieser Akte ist mir selbstverständlich bekannt.«

»Die Frage zielte auf den Inhalt. Kennen Sie den Inhalt dieser Akte?«

»Ich möchte das doch auf die Aussagegenehmigung jetzt abheben.«

»Haben Sie, Herr Zeuge, veranlasst, dass diese Akte mit einem Sperrvermerk belegt wird?«

»Ich habe das vorgeschlagen.«

»Haben Sie den Bundesminister der Justiz aufgefordert oder ihm empfohlen, Ihnen eine Aussageerlaubnis als Zeuge in diesem Verfahren nicht zu erteilen?«

»Ja, ich kann die Frage wegen mangelnder Aussagegenehmigung nicht beantworten.«

Auch Gerhard Müller selbst wurde von der Verteidigung in Stammheim zu der Ermordung des Polizeibeamten Norbert Schmid und zu der Geheimakte 3 ARP 74/75 I befragt.

»Herr Müller, wo waren Sie im Oktober 1971?«, erkundigte sich Rechtsanwalt Schily am 126. Verhandlungstag.

»In Kiel und in Hamburg.«

»Kennen Sie die Straße Heegbarg und den Saseler Damm?«

»Ja.«

»Kennen Sie auch den großen Parkplatz hinter dem Einkaufszentrum?«

»Herr Vorsitzender, ich meine, das geht ein ganzes Stück zu weit«, wandte sich Müller hilfesuchend an den Richter Dr. Prinzing.

Der Vorsitzende erklärte ihm, nach Paragraph 55 müsse er sich nicht selbst belasten. Müller beantwortete Schilys Frage mit: »Ja.«

»Wo waren Sie in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober 1971?«

Müller drehte sich zu seinem Anwalt um.

»Wir haben das Mikrofon ausgeschaltet, sodass Sie sich unterhalten können«, bemerkte Prinzing.

Nach kurzer Besprechung mit seinem Rechtsbeistand erklärte Müller: »Die Fragen von Herrn Schily zielen offensichtlich auf die Ermordung des Polizisten Schmid ab. Das Verfahren läuft noch. Ich habe da bisher keine Angaben gemacht, im Gegensatz zu den Unterstellungen dieser Anwälte. Ich möchte das im Moment auch nicht machen, weil das Verfahren noch läuft. Es ist aber so, dass ich den Polizisten Schmid nicht erschossen habe. Und ich verweigere auf weitere Fragen in diesem Zusammenhang die Aussage.«

Ganz so leicht wollte sich Schily nicht geschlagen geben: »Also, zunächst mal die Frage, ob Sie den Polizeibeamten Schmid erschossen haben.«

»Bereits beantwortet mit ›Nein‹«, sagte der Vorsitzende.

Schily ließ nicht locker: »Sind Ihnen wegen dieser Erschießung von anderen Personen Vorwürfe gemacht worden? Haben Sie darauf erwidert, Sie seien stolz darauf, einen Bullen erschossen zu haben?«

»Das ist eine Unverschämtheit«, antwortete Müller.

Rechtsanwalt Heldmann richtete eine letzte Frage an den Zeugen Gerhard Müller: »Wenn nicht Sie, wie Sie hier behauptet haben, Norbert Schmid erschossen haben, wer hat ihn dann erschossen?«

»Verweigere die Aussage.«

»Keine Frage mehr.«

29.
RAF und »2. Juni« – eine missglückte Kooperation

Andreas Baader und Gudrun Ensslin waren eine Woche vor der Ermordung des Polizeibeamten Norbert Schmid nach Berlin gereist und tauchten eines Nachts bei den Leuten vom »2. Juni« auf. Sie hatten gehört, dass Bommi Baumann und Georg von Rauch eine Gefangenenbefreiung planten.

»Ihr wollt da Leute rausholen. Wenn ihr die rausholt, dann bleiben sie ja bei euch. Das geht nicht.« Baader und Ensslin vertraten die Auffassung, dass jemand, der einmal bei der RAF gewesen war, auch wieder zur RAF zurückkehren solle, ganz gleich, wer ihn befreie. Sie wussten auch, wie: »Passt auf, wir helfen euch dabei. Aber die Leute werden gleich in eine Wohnung von uns gefahren. Ihr behaltet die gar nicht.«

Es ging um Irene Goergens und Ingrid Schubert, die in der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße einsaßen. Horst Mahler stand, wohl wegen seiner theoretischen Eigenmächtigkeiten, nicht mehr auf der Befreiungsliste. Kunzelmann lehnte das Angebot ab. »Das ist unseriös«, hatte er Bommi Baumann gesagt. Er sympathisierte schon mit der maoistischen Studenten-KPD. Später, Anfang der achtziger Jahre, als sich die KPD auflöste, zog er für die »Alternative Liste« ins Berliner Abgeordnetenhaus ein.

Der »2. Juni« war zur Zusammenarbeit mit der RAF bereit. Gemeinsam setzten sich die technischen Experten beider Gruppen an den Tisch. Sie entwarfen ein kompliziertes Leitersystem, mit dessen Hilfe die Gefängnismauer überwunden werden sollte.

»Wie kriegen die Frauen drinnen denn die Gitter kaputt?«, fragte jemand vom »2. Juni«.

»Da haben wir einen in Hamburg«, sagten die Leute von der RAF. »Der ist Bildhauer, der hat so Sägedrähte, mit denen er seine Bronzen zerschneidet.« Wenig später hatten sie die Drähte besorgt. Baumann probierte einen davon aus. Die Säge funktionierte. Die übrigen Drähte wurden in die Haftanstalt eingeschmuggelt.

Dann kam die Nacht der Befreiung. Mit zwei Kleinlastwagen rückte das Kommando an. Baumann stellte sich mit einer Kalaschnikow auf die dunkle

Straße. Die anderen vier versuchten, das Leitersystem an die Gefängnismauer zu bringen. Doch die »Technikexperten« hatten sich verrechnet. Sie schafften es zwar noch, die eine Leiter von außen an die Mauer zu stellen, aber die übrigen Brückenteile waren selbst für vier Leute zu schwer. Plötzlich kamen Lichtsignale aus dem Innern der Anstalt. Die beiden Frauen hatten ihre Fenstergitter nicht durchsägen können. Sie gaben mit einer Taschenlampe fünf Blinkzeichen ab: »Alles verraten.« Die Befreier sprangen in ihre Autos und rasten davon. Die Leitern blieben liegen.

Andreas Baader hatte vor Beginn der Aktion noch ein Ablenkungsmanöver vorgeschlagen: Die Polizeikaserne in Ruhleben sollte mit Flakgeschützen beschossen werden. Doch weder RAF noch »2. Juni« waren im Besitz von solchen Kanonen.

Auch nach der gescheiterten Befreiungsaktion trafen sich Baader und Ensslin noch mehrmals mit den Leuten vom »2. Juni«, hatten aber die Hoffnung aufgegeben, sie in die RAF integrieren zu können. »Am besten, ihr bleibt in Kreuzberg«, hatte Ensslin resigniert gesagt. Lebensstil von RAF und »2. Juni« passten nicht zusammen.

»Was macht ihr denn, ihr rennt durch die Wohnungen, fickt kleine Mädchen, raucht Haschisch. Das macht Spaß. Das darf es nicht. Dieser Job, den wir machen, der ist ernsthaft. Es darf keinen Spaß machen«, sagte Gudrun Ensslin.

»Du musst doch nicht mehr richtig ticken«, erwiderte Bommi.

»Wie du schon rumläufst«, sagte Ensslin. Sie spielte auf Baumanns lange Haare, den Bart, das schlampige Äußere an. Sie selbst trug lange Strickhosen, weit wie ein Rock, darüber eine elegante Lederjacke. Es passte alles nicht so recht zusammen, wirkte aber irgendwie bürgerlich. Gudrun kam auf die Promiskuität der Leute vom »2. Juni« zu sprechen. »Wir unterstützen die Zweierbeziehung«, sagte sie tadelnd.

Ensslin und Baader tauchten fast immer gemeinsam auf. Zwar verkehrten die beiden in höchst rüdem Ton miteinander, aber dennoch war stets erkennbar, dass sie zusammengehörten, dass niemand einen Keil zwischen sie treiben konnte. Von Frauen sprachen sie immer als »Fotzen«, Andreas Baader redete auch Gudrun Ensslin so an. Sie nannte ihn »Baby«.

Baumann ging die gewollte Vulgärsprache auf die Nerven, sie wirkte unnatürlich, aufgesetzt, künstlich.

Wenn Andreas Baader in einen seiner endlosen Monologe verfiel, blickte

sie schweigend von einem Zuhörer zum anderen, drehte ihren Kopf von links nach rechts und wieder zurück. »So, wie eine Kobra ihr Opfer einpendelt«, dachte Baumann. Dann machte sie blitzschnell eine Bemerkung. »Sie hat genau gemerkt, wenn jemand eine psychische Schwäche zeigte. In dem Moment hat sie etwas gesagt. Das hat auch immer gestimmt. Sie war eine hervorragende Psychologin.«

Manchmal, erinnerte sich Baumann, habe sie Baader gebremst, ihn besänftigt. »Lass mal, Baby«, sagte sie dann, »das kannst du nicht so sagen.«

Vor allem Andreas Baader war inzwischen ein Nervenbündel. Manchmal erschien er bei den verabredeten Treffen vollkommen unter dem Einfluss von »Speed«, Aufputschmitteln. Er trank übermäßig viel Kaffee und rauchte ununterbrochen, am liebsten die starken »Celtic«. Bommi Baumann: »So saß er nächtelang, redete, ohne abzusetzen, von Adam und Eva bis Josef Stalin. In den Mundwinkeln standen ihm Speicheltropfen. Fast ständig raufte er sich beim Reden die Haare, zog rechts und links über den Schläfen an den blondierten Strähnen, drehte und zog, zog und drehte, bis ihm kleine blonde Hörner über der Stirn standen. Er war immer nur Vortrag, sie hat auch mal gelacht.«

Bei einem dieser nächtlichen Treffen nahm Gudrun Ensslin ein Buch, in dem Bommi gelesen hatte, in die Hand und hielt es hoch. Sein Titel: »Name: Victor Serge. Beruf: Revolutionär«.

»Ein Buch«, sagte sie knapp, voll Verachtung in der Stimme. Dann ließ sie es zu Boden fallen.

30.
»Einen Eimer Teer über die Fresse«

Baader und Ensslin blieben in Berlin. Dort waren auch Brigitte Mohnhaupt und deren Freund für die RAF aktiv. Eine Reihe von Bekannten aus der Zeit der Studentenbewegung half bei der Wohnungsbeschaffung, betreute inhaftierte RAF-Mitglieder und machte sich sonst wie nützlich. Auch Edelgard G., 27 Jahre alt, geschieden, Mutter eines fünfjährigen Sohnes.

Zusammen mit ihrer Freundin Katharina Hammerschmidt hatte sie nach einigen Treffen mit Baader und Ensslin Wohnungen für die Gruppen gemietet. Sie wollte jedoch nicht in die Illegalität und begründete das mit der Sorge um ihr Kind.

»Meine eigene jetzige Tätigkeit hat erst dazu geführt, meine wahre Identität zu erkennen«, sagte Ensslin, die ihren Sohn verlassen hatte. Edelgard verstand sie nicht.

Schon nach kurzer Zeit wurde Edelgard und Katharina die Arbeit für die RAF lästig. Die von ihnen besorgten Wohnungen waren ihren Auftraggebern häufig nicht gut genug. Katharina Hammerschmidt schilderte Baader bei einem Treffen ihre Bedenken gegen das illegale Leben.

Baader antwortete: »Diesen Job kann man nur aus einer tiefsten Freiwilligkeit heraus machen.« Als sie ihrer Freundin Edelgard davon berichtete, fügte sie hinzu: »Vor ein paar Monaten habe ich für mich selbst eine Wohnung gesucht und mir die Füße dabei wund gelaufen. Der einzige Unterschied zwischen damals und heute besteht darin, dass ich es jetzt aus tiefster Freiwilligkeit tue.«

Die beiden Frauen wollten Anfang November 1971 ihre Hilfstätigkeit beenden. Am 10. November holte Edelgard ihren Sohn aus dem Kinderladen ab. Als sie sich ihrer Wohnung in der Pariser Straße näherte, sah sie dort ein großes Polizeiaufgebot. Sie parkte ihren Wagen und traf auf dem Hof einen Nachbarn. »Willi, draußen steht ein großes grünes Auto für dich«, rief sie ihm scherzhaft zu. »Die Bullen sind bei dir in der Wohnung«, erwiderte er. »Bei dir wird nach Waffen gesucht.« Edelgard übergab ihrem Nachbarn das

Kind und lief in Richtung des »Sozialistischen Anwaltskollektivs«. Auf dem Weg dorthin stieß sie auf ihren Rechtsanwalt.

Gemeinsam gingen sie zur Wohnung. Edelgard wurde festgenommen. Bei der Polizei erklärte man ihr, sie würde ihr Kind nie wiedersehen. Es sei denn, sie mache Aussagen. Drei Wochen später sagte sie aus. Sie konnte zu ihrem Kind zurückkehren.

Am 27. März 1972 ging gegen 20.00 Uhr bei der Deutschen Presseagentur in Berlin ein anonymer Eilbrief ein. In dem Umschlag steckte ein Zettel mit der Schreibmaschinenaufschrift: »Das ist Edelgard G. Diese Denunziantin steckt mit den Killerschweinen unter einer Decke. Es lebe die RAF!« Beigefügt war ein Foto, das eine Frau zeigte, die mit einer dunklen Flüssigkeit übergossen worden war. Der diensttuende dpa-Redakteur reichte den Brief an die Polizei weiter. Zwei Kriminalbeamte machten sich auf den Weg in die Pariser Straße. Die Polizisten legten Edelgard G. den Brief und das Foto vor.

»Ich habe erwartet, das Bild in den nächsten Tagen in der ›BZ‹ veröffentlicht zu sehen«, sagte sie.

»Können Sie etwas über die Entstehung des Bildes sagen?«

Die Frau schüttelte den Kopf.

»Ist das möglicherweise eine Fotomontage?«

Sie antwortete nicht. Als die Beamten weiterfragten, begann sie am ganzen Körper zu zittern.

Im Polizeiprotokoll hieß es später: »Ihren weiteren Reaktionen und vagen Andeutungen war ohne Frage zu entnehmen, dass sie tatsächlich geteert worden ist und dass es sich um kein gestelltes oder retuschiertes Bild handelt. Sie war auch danach nicht bereit, weitere Informationen über Täter, Ort und Zeit zu geben. Anschließend wurde die Frage ihrer persönlichen Sicherheit mit ihr erörtert. Frau G. erklärte, dass sie sich im Augenblick selber nicht darüber im Klaren ist, ob sich eine solche Aktion wiederholen wird oder ob sie noch in weit stärkerem Maße, möglicherweise sogar lebensgefährlich, bedroht ist.«

Das Polizeiprotokoll schloss mit den Worten: »Inwieweit sich aus der Misshandlung der Beschuldigten Konsequenzen auf ihre weitere Aussagewilligkeit ergeben, ist im Augenblick ebenfalls noch nicht abschätzbar. Es muss jedoch befürchtet werden, dass sie demnächst die Aussage verweigern wird.«

Später, im Stammheimer Prozess, wurde Brigitte Mohnhaupt über die Behandlung Abtrünniger befragt. »Weißt du etwas darüber, ob es Trennungen von der Gruppe gab und wie die abgelaufen sind?«, wollte Verteidiger Temming von der Zeugin wissen.

»Es ist niemals von Liquidation geredet worden, also bei keiner Trennung. Es gibt die Geschichte, die auch bekannt ist, und zwar in Berlin. Edelgard G., die hat ein halbes Dutzend Leute hochgehen lassen. Also, sie hat Leute verraten, Wohnungen verraten. Passiert ist, gemacht worden ist: Sie hat einen Eimer Teer über die Fresse gekriegt und ein Schild um den Hals.

Also, ich meine, wenn bekannt ist, dass jemand Leute verraten hat und sie praktisch zum Abschuss freigibt, wenn der einen Eimer Teer über den Kopf kriegt, dann ist es umso absurder anzunehmen, dass einer, der niemanden verraten hat, einfach so abgeknallt werden könnte. Das ist ausgeschlossen.«

Edelgard G.s Freundin Katharina Hammerschmidt stellte sich nach längerer Fahndung der Polizei.

Im Gefängnis entwickelte sich bei ihr ein bösartiger Tumor, den die Haftärzte nicht erkannten, obwohl er auf den Röntgenbildern leicht festzustellen war. Ärzte von außen wurden lange Zeit nicht zugelassen. Sie starb.

31.
»Gib auf, Ulrike!«

Mitte November 1971 schrieb Ulrike Meinhofs Pflegemutter Renate Riemeck für »konkret« einen offenen Brief unter dem Titel »Gib auf, Ulrike!«:

»Du bist anders, Ulrike. Ganz anders, als die Leute meinen, die dein Bild auf dem Steckbrief gesehen und von dir in Presse, Funk und Fernsehen gehört haben. Wer dich näher kennt, weiß: Du knallst nicht jeden nieder, der sich dir in den Weg stellt. Du hast Ängste, wie alle Menschen sie haben. Aber du bist tapfer, tapferer als die meisten. Und du stehst für deine Freunde gerade. Du hast den jüngeren unter deinen Genossen voraus, dass du schon politisch engagiert warst, als sie noch teilnahmslos die Schulbank drückten. In der Antiatombewegung 1958/59 bist du nach vorn gegangen. Du weißt also, dass politische Bewegungen plötzlich entstehen können, wieder abebben und dass man im Amoklauf nichts gewinnt. Dies zu wissen ist viel.

Dir konnte also nicht der Irrtum unterlaufen, den antiautoritären Aufstand mit dem Beginn einer großen Revolution zu verwechseln.

Wir waren uns – damals sprachst du ja noch gelegentlich mit mir – über die Berechtigung des Angriffs auf die Institutionen und Strukturen völlig einig. Du machtest dir über die tatsächliche Stärke des Machtapparates keine Illusionen. Es kam alles so, wie es vorauszusehen war: Als es der Protestbewegung nicht gelang, die Solidarisierung der lohnabhängigen Massen zustande zu bringen, und die Revolution ausblieb, war der Eklat perfekt und die Enttäuschung unvermeidbar.

Die Bundesrepublik ist kein Pflaster für eine Stadtguerilla lateinamerikanischen Typs. Hierzulande sind höchstens die Voraussetzungen für ein Schinderhannes-Drama gegeben. Du weißt, Ulrike, dass ihr von unserer Öffentlichkeit nichts anderes zu erwarten habt als erbitterte Feindschaft. Du weißt auch, dass ihr dazu verurteilt seid, die Rolle einer Geisterbande zu spielen, die der Reaktion als Alibi für eine massive Wiederbelebung jener antikommunistischen Hexenjagd dient, die durch die Studentenbewegung spürbar verdrängt worden war.

Wer – außer einer Hand voll Sympathisanten – hat noch Verständnis für

den politisch-moralischen Impuls eures Handelns? Opfermut und Todesbereitschaft werden zum Selbstzweck, wenn sie nicht begreifbar gemacht werden können.

Der Tod von Petra Schelm und das Schicksal von Margrit Schiller müssen dir doch an die Nerven gehen. Ihr habt nicht die Rechtfertigung der Tupamaros von Uruguay für Aktionen, bei denen geschossen wird und Menschen ihr Leben verlieren. Ihr müsst euch korrigieren.

Ich weiß nicht, wie weit dein Einfluss innerhalb der Gruppe reicht, wie weit deine Freunde rationalen Überlegungen zugänglich sind. Aber du solltest versuchen, die Chancen von bundesrepublikanischen Stadtguerillas einmal an der sozialen Realität dieses Landes zu messen. Du kannst es, Ulrike.«

32.
»Eine Sklavenmutter beschwört ihr Kind«

Drei Wochen nachdem »konkret« am Kiosk auslag, fand eine Angestellte des Gartenbauamtes in einem Papierkorb am Berliner Wittenbergplatz eine Plastiktüte mit Munition und einigen Schriftstücken. Neben Fotokopien eines Briefes der RAF an die Partei der Arbeit der Volksrepublik Korea, der dem Stil nach von Ulrike Meinhof stammte und auch mit handschriftlichen Zusätzen von ihr versehen war, befand sich in der Tüte auch die Durchschrift eines Schreibens mit dem Titel »Eine Sklavenmutter beschwört ihr Kind«:

»Ulrike, du bist anders als dein Steckbrief, ein Sklavenkind – selbst Sklavin.

Wie also solltest du fähig sein, auf deine Unterdrücker zu schießen?

Lass dich nicht verführen von jenen, die keine Sklaven mehr sein wollen. Du kannst sie nicht schützen.

Ich will, dass du Sklavin bleibst – wie ich. Ich und du – wir haben gesehen, wie die Herren den Aufstand der Sklaven zerschlugen, noch ehe er begann.

Viele Sklaven sind umgekommen, wir aber überlebten. Sie, die sich heute über die Herren erbittern, wissen ja nicht, welch herrliches Gefühl es ist, noch einmal davongekommen zu sein. Genieße es – denn nichts sonst bleibt uns zu genießen.

Die Revolution ist groß – wir sind zu klein für sie.

Sklavenseelen sind Flugsand, auf den ein Sieg nicht zu gründen ist.

Als du aufwachtest und die Freiheit verlangtest, da hat sie dir niemand gebracht. Warum hast du nicht resigniert – wie andere?

Sieh mich! Ich habe Widerstand geleistet, wenn mich die Herren schlugen – ich schrie.

Doch du erzürnst die Herrschaft, dass sie wieder schlagen möchte. Wer aber wird noch schreien wollen, wenn wir selbst dafür noch misshandelt werden?

Du bist ein braves Kind. Du bist gar nicht über den Zaun der Herrschaft geklettert, das waren doch die anderen. Sie haben die Hunde aber auf dich losgelassen.

O Kind, du hast etwas Besseres verdient. Was du alles hättest werden können.

Sicher hättest du es zur Aufseherin gebracht.

Siehst du nicht, wie stark die Herrschaft ist? Alle Sklaven gehorchen ihr. Selbst jene, die sich empört hatten und siegten, werden der Herrschaft ihren Sieg zu Füßen legen, damit sie weiter Sklaven sein dürfen.

Die Sklaven hassen jene, die frei sein wollen. Sie sollen dir auch nicht helfen, damit du endlich begreifst, dass deine Rebellion sinnlos ist.

Dein Mut ist herzlos, denn wie können wir vor ihm noch unsere Feigheit verborgen halten? Wenn du auch lieber tot bist als für immer eine Sklavin, so hast du doch nicht das Recht, uns zu beunruhigen.

Ich weiß: Du willst, dass wir alle frei werden; aber werden wir uns wohler fühlen?

Den geprügelten Feldsklaven auf den Plantagen in Asien, Afrika und Südamerika, die ihre Aufseher erschlugen, mag Gott vergeben.

Wir Haussklaven haben nicht das Recht, die Herren, die jene Aufseher mit den Ochsenziemern ausschicken, zu verjagen.

Ihr Haus in Ordnung zu halten ist unsere Pflicht.

Kind, versündige dich nicht. Tu Buße, mag die Strafe der Herrschaft auch fürchterlich sein. Es ist Gottes Wille.

Sei Untertan der Obrigkeit, die Gewalt über dich hat.

Ulrike, gib auf!

Verflucht der Gott, der Sklaven zu seiner Zerstreuung schuf.«

Lag im Papierkorb am Wittenbergplatz Ulrike Meinhofs Antwort an ihre Pflegemutter Renate Riemeck?

33.
Der BKA-Präsident und seine Computerwelt

In jenem Herbst 1971, als die RAF eineinhalb Jahre alt war, als es zwei Tote gegeben hatte, die Hälfte der ersten Generation in Haft war, als neue Leute sich dem Untergrundkampf anschlossen, erhielt das Bundeskriminalamt in Wiesbaden einen neuen Präsidenten.

Sein Name war Horst Herold, und er wurde zum Symbol für die Jagd nach den RAF-Terroristen, so wie der Name Baader für die RAF selbst stand. Fast zehn Jahre lang leitete Horst Herold das BKA, baute es von einer unbedeutenden polizeilichen Koordinierungsstelle des Bundes zu einem mächtigen Fahndungsapparat auf.

Nach seiner Pensionierung im März 1981 zog Herold auf das Gelände einer Polizeikaserne im süddeutschen Raum in ein bescheidenes Fertighaus, geschützt durch einen Zaun und einen schusssicheren Erdwall. Im Keller installierte er eine kleine Computeranlage, auf der er weiterhin Programme zur Verbrechensbekämpfung entwickelte. Wenn er seine Fluchtburg verließ, wurde er begleitet von mit Maschinenpistolen bewaffneten BKA-Beamten, die ihn vor Anschlägen schützen sollten, denn noch im Ruhestand galt Horst Herold als eine der meistgefährdeten Personen der Bundesrepublik. Für die gepanzerte Limousine musste er Kilometergeld an den Bund bezahlen.

Herold fühlt sich als der Mann, der den Krieg der siebziger Jahre gegen den Terrorismus gewonnen hat, und er fühlt sich von Politikern und Öffentlichkeit schlecht und undankbar behandelt, vor allem aber missverstanden. Das von ihm aufgebaute Computernetz des BKA, für manche die Inkarnation eines Orwell'schen Überwachungsstaates, war aus seiner Sicht nichts anderes als ein Instrument der »gesellschaftssanitären Aufgabe« der Polizei.

Mit Andreas Baader, der sein Hauptgegner war in den Jahren des »innerstaatlichen Krieges«, verband ihn fast so etwas wie eine Hassliebe. Manchmal rutschten ihm Sätze heraus wie: »Baader war der Einzige, der mich jemals richtig verstanden hat. Und ich bin der Einzige, der ihn jemals richtig verstanden hat.« Und er verwies, fast ein wenig stolz, darauf, dass

Baader seine, Horst Herolds, Schriften über Terrorismusbekämpfung zur Pflichtlektüre der RAF gemacht hatte.

Tatsächlich gab es zuweilen bemerkenswerte Übereinstimmungen in der Einschätzung des Kampfes von Terroristen und Staatsapparat zwischen Herold und der RAF. So zitierte der Verteidiger Otto Schily im Stammheimer Verfahren eine Rede Horst Herolds auf dem »Hessenforum«, während des Prozesses gehalten, als Beleg für die RAF-These, dass es in dem Verfahren nicht um einen normalen Straffall gehe, sondern um eine militärisch-politische Auseinandersetzung zwischen dem bürgerlich-kapitalistischen Staat und seinen radikalsten Gegnern.

Herold hatte gesagt: »Die erste Frage ist, ob der Terrorismus in seinen Erscheinungsformen in Deutschland, aber auch in der ganzen Welt ein Produkt der Hirne der Täter ist, der Baaders, der Meinhofs, ein Produkt der kranken Hirne, wie man ja auch behauptet, oder ob der Terrorismus eine Widerspiegelung gewisser gesellschaftlicher Situationen in der westlichen, auch in der östlichen Welt ist, sodass der Terrorismus im Überbau lediglich die Probleme reflektiert, die objektiv bestehen. Dabei wäre zu erörtern, wer dann vorrangig den Terrorismus zu bekämpfen hat – die Polizei oder die Politik. Meiner Meinung nach sind es die politischen Mächte, die die Verhältnisse zu ändern haben, unter denen Terrorismus entstehen kann … Dann nützt es nichts, auf Köpfe einzuschlagen oder, wie es manche fordern, Köpfe abzuschlagen, sondern dann gilt es, auf die historischen Ursachen, auf die Gesetzmäßigkeiten einzuwirken.«

Und Herold weiter zum Problem der »Gegenmacht«, welche die Terroristen aufzubauen versuchten: »Deshalb werden ja auch in dem ganzen Kampf nicht nur militärische Kategorien verwendet, sondern zunehmend auch – ich spreche es ungern aus, aber die Tendenz dahin zeichnet sich ab – gleichsam völkerrechtliche Kategorien eingeführt.«

Nachdem Otto Schily mit der Darlegung Herold’scher Thesen geendet hatte, setzte sich Baader mit der Position des BKA-Chefs Herold auseinander. Ironisch bemerkte er, dass er ja wohl das Recht habe, sich auf Herold zu beziehen, nachdem er »uns seit fünf Jahren so exzessiv verwendet, um seinen Apparat aufzublähen«.

»Es ist Herold, der Polizist«, sagte Baader, »der um rechtliche Normen der Guerilla ringt, schließlich völkerrechtliche Normen, weil sie für seinen Machtanspruch funktional sind. Er sagt, die Tendenz ist die Verpolizeilichung des Krieges und die Verlagerung der militärischen

Auseinandersetzungen nach innen. Und ich bin der Mann, der diesen Krieg zu führen hat, also gebt mir den Apparat, gebt mir das Geld, und vor allen Dingen gebt mir politische Macht. Herold ist auf der Höhe der Reaktion.«

Horst Herold wurde am 21. Oktober 1923 in Thüringen geboren. Er besuchte eine Oberrealschule in Nürnberg und machte dort Abitur. Von 1941 bis 1945 war er Soldat, erlitt 1942 als Panzerkommandant vor Woronesch eine schwere Splitterverwundung. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Erlangen und wurde 1951 mit einem völkerrechtlichen Thema zum Dr. jur. promoviert. Ein Jahr später legte er in München das große juristische Staatsexamen ab.

1953 wurde er Staatsanwalt in Nürnberg-Fürth, 1956 Amtsgerichtsrat, 1957 Landgerichtsrat in Nürnberg. Anfang der sechziger Jahre hatte er mit einem komplizierten Scheck- und Wechselbetrugsverfahren zu tun und entwickelte dabei ein neues Ermittlungsmodell, mit dessen Hilfe er die Wege und Methoden der Täter bis ins letzte Detail nachzeichnete. Aus diesem Fall heraus wurde er im Mai 1964 als Kriminaldirektor in den Polizeidienst übernommen, wurde Vertreter des Nürnberger Polizeipräsidenten, dessen Nachfolge er am 1. Februar 1967 antrat. Es dauerte nicht lange, da machte sich Herold durch die Einführung der Datenverarbeitung bei der Verbrechensbekämpfung einen Namen.

Eines Tages meldete sich bei Herold der Adjutant des damaligen Innenministers Hans-Dietrich Genscher, Oberstleutnant Ulrich Wegener vom Bundesgrenzschutz, der später Chef der Antiterrorgruppe GSG 9 wurde.

»Der Herr Innenminister macht demnächst eine Reise nach Mittelfranken. Kann er bei Ihnen vorbeikommen?«

Herold, froh, seine Neuerungen an höchster Stelle zu demonstrieren, sagte: »Ja, sehr gern.«

Der Innenminister war beeindruckt von Herolds Computerprogrammen. Dann bat der Polizeichef den Minister ans Fenster. Draußen hatte er zwei Hundertschaften Polizei antreten lassen. Leise sprach Herold in ein kleines Mikrofon: »Links um.« Und wie von Geisterhand bewegt, folgte die Truppe dem Kommando. Genscher staunte. So etwas hatte er noch nicht gesehen. Stolz erklärte Herold dem Minister seine Erfindung. Er hatte die Polizeibeamten mit neuen Schutzhelmen ausgerüstet, die im Innern einen Funkempfänger trugen. Auf diese Weise konnte ein Polizeioffizier seine Leute bei Demonstrationseinsätzen drahtlos steuern.

Zwei Monate später wurde Horst Herold zu einer Tagung eingeladen. Der Münchner Polizeichef Schreiber war anwesend, der XY-Fernsehfahnder Eduard Zimmermann und fünfzig Polizeispezialisten. »Meine Herren«, sagte Innenminister Genscher zur Eröffnung, »wir müssen die Verbrechensbekämpfung modernisieren.« Herolds Vorstellung hatte bei Genscher Erfolg gehabt. Es wurde eine Kommission zur Reform des Bundeskriminalamts gebildet. Herold übernahm den Vorsitz. Nach einem Jahr Arbeit legte er einen dreihundertseitigen Kommissionsbericht vor, der den Vorschlag für ein elektronisches Datenverarbeitungssystem enthielt.

Im Juli 1971 kam für Herold die große Stunde. Während eines Essens mit dem Nürnberger Oberbürgermeister wurde der ans Telefon gerufen und kam mit der Nachricht zurück: »Horst, Genscher hat angerufen. Er will dich zum BKA-Chef machen.«

Am 1. September 1971 trat Herold in Wiesbaden an. Damit war er der oberste Terroristenfahnder der Bundesrepublik. Er wollte das BKA völlig neu aufbauen. Genscher versprach ihm jegliche Unterstützung, politisch und finanziell. Die Zeit war günstig. Die RAF machte den Polizeibehörden in den Ländern immer größere Schwierigkeiten. Eine Art deutsches FBI sollte Abhilfe schaffen. Die Landesinnenminister, sonst immer streng auf ihre Polizeihoheit achtend, waren bereit, einen Teil ihrer Macht an das BKA abzutreten.

Die Abteilung Terrorismusbekämpfung des BKA operierte in jener Zeit noch immer von der Bundeshauptstadt aus. Fünfzig Beamte gehörten zur sogenannten Sicherungsgruppe Bonn. Herold flog alle paar Tage mit dem Hubschrauber von Wiesbaden nach Bonn, um mit Genscher und dem Chef der »SG« zu konferieren. Die Sicherungsgruppe führte praktisch ein Eigenleben, war eine Art selbsternannter Elitetruppe des BKA.

»Was machen wir mit dem Terrorismus?«, fragte Genscher.

»Man kann den Terrorismus nicht von Bonn aus bekämpfen. Das geht nur dezentral, an der Basis.«

Dann entwickelte Herold die Idee eines Meldesystems zwischen BKA und Landespolizeien. Die einzelnen Bundesländer sollten aufgefordert werden, jeweils eine Sonderkommission »Terrorismusbekämpfung« zu bilden, die vom BKA aus gesteuert wurde. Altgediente Beamte im Bundesinnenministerium hielten das für eine ziemlich überzogene Idee, wussten sie doch, wie sehr die Polizeibehörden der Länder auf ihre

Eigenständigkeit achteten. Herold hatte scheinbar keine Ahnung vom Kompetenzenbewusstsein der Landesämter.

Genscher aber war auf Herolds Seite. Er beschloss, Herolds Plan der Innenministerkonferenz vorzulegen, die alle vierzehn Tage zusammentraf, immer häufiger beim BKA in Wiesbaden. Vorsitzender der Innenministerkonferenz war damals der Hamburger Innensenator Heinz Ruhnau, der seine Kollegen schnell auf den Herold-Plan einstimmte. Das BKA erhielt den Auftrag, die Sonderkommissionen der Länder zu steuern; nicht durch Weisungen, denn dazu war das BKA als Bundesbehörde nicht befugt, sondern durch Informationen. Das Bundeskriminalamt sollte zentrale Sammel- und Auswertungsstelle für Hinweise und Ermittlungsergebnisse in Sachen Terrorismus werden und als eine Art Superhirn den angeschlossenen Landespolizeien und deren Sondereinheiten informatorische Impulse vermitteln. So ließen sich nach Herolds Meinung auch ohne klare Befehlsstruktur »Befolgungsreflexe durch informatorische Überlegenheit« erreichen.

Herold pflegte bis in die Nacht hinein zu arbeiten. Das Amt sollte aufgebaut, ein Computerzentrum installiert und neue Leute, Informatiker und weitere Kriminalisten, eingestellt werden.

Während des Ausbaues der »Hardware« brütete Herold über neuen Anwendungsmodellen für seine Elektronenhirne. Er arbeitete »Vorgaben« aus und erklärte seinen Informatikern, wie er sich in groben Zügen sein Programm vorstellte. »Wenn ihr fertig seid, haltet mir mal einen Vortrag, wie die logischen Abläufe sind, und dann möchte ich mal euren Ablaufplan sehen.« Herold kontrollierte jeden Rechnerschritt und wurde so allmählich selbst zum Computerspezialisten. Als er auch seine Privatwohnung ins Amt verlegt hatte, verließ er »sein Stammheim«, wie er es später manchmal nannte, nur noch dienstlich und werkelte nicht selten nachts selbst an den Elektronenrechnern herum. Er ließ in den BKA-Computer nicht nur Daten von Leuten aufnehmen, die per Haftbefehl gesucht wurden, sondern auch von solchen, gegen die ein Ermittlungsverfahren lief oder von denen »eine Gefahr ausging« – was auch immer damit gemeint sein mochte.

Herold war kreativ, und er war Perfektionist. Er entwickelte sich selbst zum Sachbearbeiter, der bis ins kleinste Detail, bis zur letzten Waffennummer alles im Kopf und im Magnetspeicher haben wollte. Er schlief immer weniger. Er gebar phantastische Ideen, wie man Verbrechen, nicht nur terroristische, schon im Vorfeld bekämpfen könne. Als Grundlage

dafür sollte das von der Polizei in Jahrzehnten angehäufte gigantische Datenmaterial dienen.

Manchmal schien es, als würde Herold in der Beurteilung seines Amtes und seiner selbst ständig schwanken: zwischen Überschätzung und Unterschätzung, zwischen Allmachtsphantasien und Verzagtheit, zwischen Selbstbeweihräucherung und Selbstmitleid. Manchmal äußerte er den Gedanken, dass ein Reichskriminalamt nach dem Muster des BKA die Naziherrschaft hätte verhindern können.

Herold verstand viele der politischen Beweggründe der »Baaders und der Meinhofs« sehr genau; nicht zuletzt deshalb war er bei der Fahndung manchmal sehr erfolgreich.

Auf dem Höhepunkt der Terroristenjagd fühlte Herold sich in seinem Amt oft genauso gefangen wie die bereits inhaftierten Terroristen in den Hochsicherheitstrakten. Im Unterschied zu den Terroristen, beklagte er sich, genieße er aber kein Mitleid in der Öffentlichkeit. Der Clinch, den er mit den Terroristen habe, verbinde ihn mehr mit ihnen als mit dem Rest der Gesellschaft. Wenn Leute so intensiv gegen die Verhältnisse anrannten, dann müsse das auch mit den Verhältnissen selbst zu tun haben. Seine Aufgabe sei es, im Rahmen des ihm Möglichen, unauffällig, aber wirkungsvoll, auf die Politik Einfluss zu nehmen.

1971, als Herold sein Amt in Wiesbaden antrat, hatte das BKA einen Jahresetat von 54,8 Millionen Mark und 1820 Planstellen, von denen 1113 besetzt waren. 1981, zum Zeitpunkt seines Ausscheidens aus dem Bundeskriminalamt, betrug der Etat 290 Millionen Mark, und obwohl es »nur« 3289 Planstellen gab, arbeiteten tatsächlich 3536 Beamte und Angestellte für das BKA.

Mit der von Herold aufgebauten Datenverarbeitung stand zum ersten Mal ein System zur Verfügung, das zwei kriminalistische Wunschträume zugleich erfüllte: möglichst viel zu sammeln, also zu wissen, und die einzelnen Bausteine in kürzester Zeit zusammentragen zu können. 1979 wurden in einem Überprüfungsbericht des späteren Bundesinnenministers Baum 37 Dateien bzw. Karteien aufgelistet, in denen 4,7 Millionen Namen und etwa 3100 Organisationen enthalten waren. Viele davon kamen mehrfach vor. In der Fingerabdrucksammlung befanden sich die Abdruckkarten von 2,1 Millionen Personen. Es gab eine Lichtbildersammlung mit den Fotos von 1,9 Millionen Menschen. Die »Personenidentifizierungszentrale« (PIZ), eingerichtet nach dem Mord an Generalbundesanwalt Buback 1977, enthielt

Namen von mehr als 3500 Personen, dazu jeweils eine kurze Personenbeschreibung und die Aufzählung der vorhandenen Identifizierungsunterlagen wie Fotos, Fingerabdrücke und Handschriftproben. Darunter waren viele, die beispielsweise im Jahre 1970 des Terrorismus verdächtigt worden waren, ohne dass sich der Verdacht bestätigt hätte.

Auch eine »Kommunekartei« legten die Beamten an, in der Daten von Wohngemeinschaften gespeichert waren, die der Polizei im Bereich der Terrorismusfahndung bekannt geworden waren. Sie enthielt rund 1000 »Objekte« und etwa 4000 Personen. In der »Organisationskartei« waren Meldungen von Sicherheitsbehörden über Initiativkreise gegen Berufsverbote, Menschenrechtsorganisationen, Soldaten- und Reservistenkomitees gespeichert.

In der »Zentralen Handschriftensammlung« wurden rund 60000 Schriftproben Bekannter und Unbekannter zusammengetragen, die bei einer Straftat oder bei einem Straftatversuch Geschriebenes hinterlassen hatten. Dazu kamen Schriftproben unterschiedlichster Art von Terroristen, des Terrorismus Verdächtigten und Kontaktpersonen, insgesamt 2000. Einen wesentlichen Teil davon erhielt das BKA aus den Haftanstalten – im Rahmen der sogenannten Häftlingsüberwachung durch Übersendung der handschriftlich ausgefüllten Besucherscheine. Herzstück des elektronischen BKA-Gedächtnisses war die Datei PIOS (Personen, Institutionen, Objekte und Sachen).

PIOS/Terrorismus enthielt Erkenntnisse über rund 135000 Personen, 5500 Institutionen, 115000 Objekte und etwa 74000 Sachen. Eingegeben wurden neben Erkenntnissen aus anderen Karteien und aus der »Beobachtenden Fahndung« auch die aus dem Sondermeldedienst »Gewalttätige Störer«. Diese Meldungen enthielten nicht nur die Personalien, sondern auch nähere Angaben über den Grund der Meldung. 1979 waren darin rund 800 Personen erfasst.

Unter dem Stichwort »Kontaktpersonen/Häftlingsüberwachung« waren im Januar 1979 allein 6632 Personen registriert, die irgendwann einmal einen des Terrorismus Verdächtigten im Gefängnis besucht hatten, Gesinnungsgenossen ebenso wie Schulfreunde, Geschwister oder Eltern.

Auch ich selbst war dort gespeichert, wie ich während der Schleyer-Entführung später erfuhr. Für »Panorama« sollte ich ein Interview mit dem damaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium

Gerhart Baum machen. Am Hamburger Flughafen kontrollierte die Polizei damals alle Ausweise der Passagiere. Ich wurde kurz festgehalten und in einen Nebenraum geführt.

Der Beamte schaute auf meinen Pass und fragte: »Wo wollen Sie hin?« Ich reichte ihm mein Flugticket nach Köln/Bonn. »Was wollen Sie dort?«, fragte er.

»Ich glaube nicht, dass ich Ihnen das sagen muss«, antwortete ich. »Aber damit das hier nicht zu lange dauert: Ich mache dort ein Interview mit dem Staatssekretär im Innenministerium Baum.« Der Beamte nickte: »Okay.«

»Und was liegt sonst noch gegen mich vor?«

Er blickte auf seinen Computer: »Wussten Sie denn nicht, dass Sie der Beobachtenden Fahndung unterliegen? Außerdem haben Sie einmal 1970 gegen das Waffengesetz verstoßen.«

Tatsächlich hatte ich ein paarmal Gefangene in Haftanstalten besucht, so die Hauptangeklagte im Berliner Schmücker-Verfahren Ilse Jandt, als ich für »Panorama« über die »Bewegung 2. Juni« und den »Fememord im Grunewald« berichtete. Der Verstoß gegen das Waffengesetz bezog sich auf die Schießübungen mit dem Kleinkalibergewehr, die Peter Homann und ich absolviert hatten, nachdem Baader und Mahler uns zu Leibe gerückt waren.

Ein Computerausdruck vom 15. Januar 1979 listete 6047 Personen mit dem Vermerk »BEFA-7-Kontaktperson« auf. Dabei handelte es sich zum Beispiel um Personen, die in Begleitung von Leuten angetroffen worden waren, die der »Beobachtenden Fahndung« unterlagen und selbst als »BEFA-7-Person« registriert waren.

Daneben existierten beim BKA noch zahlreiche weitere Dateien aus dem Bereich der allgemeinen Kriminalität.

Der Aufbau des gesamten Instrumentariums für den »Großen Bruder BKA« dauerte viele Jahre. Einige wenige der Dateien wurden später auf Weisung von Bundesinnenminister Baum gelöscht.

34.
Bitte um militärische Zusammenarbeit mit Korea

Die Plastiktüte, die am Wittenbergplatz mit der Antwort Ulrike Meinhofs auf den offenen Brief Renate Riemecks gefunden worden war, enthielt noch einen anderen Brief. Nach der Analyse des Bundeskriminalamts stammte er ebenfalls »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit« von Ulrike Meinhof. Der Adressat des Briefes war durch einen Zahlencode verschlüsselt. Erst ein halbes Jahr später konnte der BKA-Beamte Alfred Klaus den Code entschlüsseln. In einer konspirativen Wohnung hatten Ermittler zwei Ausgaben des »Spiegel« gefunden, in denen der Text der »Hausmitteilung« mit Zahlen markiert worden war.

Der Brief in der Plastiktüte trug das Datum 17. November 1971. Klaus besorgte sich die »Spiegel«-Ausgabe vom 15. November und nummerierte die Buchstaben der Hausmitteilung durch. In einer Zahlenreihe von 1 bis 119 markierte jede Ziffer einen Buchstaben. Der Adressat konnte entschlüsselt werden: »Die Partei der Arbeit der Volksrepublik Korea«.

Die RAF stellte sich vor als »eine noch zahlenmäßig kleine Gruppe kommunistischer Arbeiter und Intellektueller, die begonnen hat, den antiimperialistischen Kampf in Westdeutschland und Westberlin bewaffnet zu führen. Wir meinen, dass die Organisation von bewaffneten Aktionen in der Metropole Bundesrepublik der richtige Weg ist, die Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu unterstützen, der richtige Beitrag westdeutscher und Westberliner Kommunisten zur Strategie der sozialistischen Weltbewegung, die Kräfte des Imperialismus durch Angriffe von allen Seiten zu zersplittern und zersplittert zu schlagen …«

Der Kern des Briefes: »Wir möchten die Partei der Arbeit um Unterstützung bitten. Was wir am nötigsten brauchen, ist eine militärische Ausbildung. Wir brauchen auch Waffen. Aber während wir uns Waffen, Wohnungen, Geld und Fahrzeuge noch am ehesten selbst beschaffen können, ist es für uns extrem schwer, uns selbst militärisch – vor allem im Pistolen- und Maschinenpistolenschießen – auszubilden. Es gibt in der Bundesrepublik

keine größeren unbewohnten Gebiete, wo man schießen könnte, ohne von der Polizei bemerkt zu werden.«

Einige RAF-Mitglieder seien im Jahre 1970 bei den palästinensischen Fedayin ausgebildet, viele davon aber inzwischen verhaftet worden. »Wir glauben, dass wir unsere Arbeit, wenn wir militärisch besser ausgebildet wären, besser machen könnten.«

Ob Nordkoreas Partei der Arbeit auf den Brief reagierte, ist nicht bekannt. Beziehungen in das kommunistische, streng abgeriegelte Land gab es jedoch. So waren im September 1970 der ehemalige Frankfurter Studentenführer Karl Dietrich »KD« Wolff und zwei Begleiter mit Hilfe der Nordkoreanischen Botschaft in Ostberlin über Moskau, Omsk und Irkutsk nach Pjöngjang gereist. Dort hielten sich zur selben Zeit auch der PFLP-Führer George Habash sowie Kathleen Cleaver, die Ehefrau des Mitbegründers der radikalen Black Panther Party Eldridge Cleaver, auf.

35.
Der Tod des Georg von Rauch

Der Hilferuf an die vermeintlichen Genossen in Nordkorea kam nicht von ungefähr, denn die Gruppe hatte kurz zuvor einen erheblichen Schlag hinnehmen müssen. Nach der Verlagerung des Aktionsfeldes zurück nach Berlin schickten Helfer aus Hamburg Ausrüstungsgegenstände per Post hinterher. Die Pakete, mindestens fünfzehn Stück, waren derart schlampig verpackt, dass Munition herausfiel. Die Beamten der Bundespost alarmierten die Polizei, und die gesamte Sendung wurde beschlagnahmt.

Der Inhalt bestand aus sechzehn Pistolen der Marken Firebird und Parabellum, drei Schnellfeuergewehren, dazugehörigen Schalldämpfern und Zielfernrohren, 3280 Schuss Munition diverser Kaliber, zwei Handfunksprechgeräten, zehn Perücken, zahlreichen künstlichen Bärten, einem Plastikbeutel mit Autoplaketten mehrerer Bundesländer, verschiedenen Rausch- und Betäubungsmitteln in Ampullen. Außerdem wurden Uniformstücke, wie eine Jacke der bayerischen Landpolizei, eine Jacke der bayerischen Grenzpolizei sowie die Uniformjacke eines Oberleutnants der Bundeswehr gefunden. Dazu fünfzehn Stangen Sprengstoff und sechzehn Sprengkapseln.

Wenige Tage später startete die Berliner Polizei eine Großrazzia. Dreitausend Polizisten wurden in die Jagd eingeschaltet. Die Sicherheitsmaßnahmen und Personenkontrollen an den Grenzübergängen wurden verschärft. Die Polizei rief Wohnungsmakler, Hausverwalter, Tankstellen, Autowerkstätten, Schlüsseldienste und Hersteller von Kraftfahrzeugkennzeichen zur Mitarbeit auf. Besonderes Augenmerk sollte die Bevölkerung auch auf verdächtige BMW richten. Gesucht wurden nicht nur Mitglieder der RAF, sondern auch der »Bewegung 2. Juni«.

Die Polizeiaktion begann am 3. Dezember 1971. Einen Tag darauf gab es wieder einen Toten.

Zwei Polizeibeamte in Zivilfahrzeugen und Verfassungsschützer hatten einen als gestohlen gemeldeten Ford Transit verfolgt. In der Eisenacher Straße in Berlin stoppten sie den Lieferwagen und einen gleichfalls

gestohlenen roten VW-Variant. Die Polizeibeamten versuchten, die vier Insassen beider Wagen festzunehmen. Einer rannte sofort davon, die anderen drei stellten sich mit erhobenen Händen an eine Hauswand. Der eine Beamte – in Zivil – tastete sie nach Waffen ab. Ein Anwohner beobachtete die Szene vom Fenster aus und rief die Polizei an. Aufgeregt sagte er: »In der Eisenacher Straße, Ecke Fugger, werden drei junge Leute mit der Pistole bedroht von einem. Ich weiß nicht, ob das schon die Auswirkung der Baader-Jagd ist. Können Sie mal sofort da hinfahren?«

»Eisenacher, Ecke …« wiederholte der diensthabende Beamte am anderen Ende der Leitung.

»Fugger, das Antiquitätengeschäft gegenüber vom Spielplatz«, rief der Beobachter, der das Telefon mit ans Fenster genommen hatte.

»Was is ’n da?«, fragte der Polizist.

»Da werden drei junge Leute von einem mit der Pistole bedroht. Die lehnen sich jetzt an die Wand, mit erhobenen Händen und so.«

»Bedrohung mit Pistole, ja«, wiederholte der Beamte.

»Von einem Zivilisten, nicht Polizisten.«

»Wir kommen hin.« Der Beamte hatte verstanden. In diesem Moment wurde geschossen. »Es wird geschossen, schnell«, schrie der Anrufer.

»Ja, bleiben Sie bitte dran.«

Die Stimme des Zeugen überschlug sich: »Einer liegt, einer liegt, es wird geschossen. Hören Sie, hören Sie, hören Sie. Einer ist erschossen …«

»Bleiben Sie ruhig, der Funkwagen ist schon unterwegs.«

»Wir gucken vom Balkon. Schnell jetzt … oh, Mensch. Mir gehen die Nerven durch, verdammt.«

»Ganz ruhig bleiben«, sagte der Polizist. »Der Funkwagen ist unterwegs. Können Sie eine Täterbeschreibung geben?«

»Nein, nicht, nichts, gar nichts. Wir wohnen zu weit weg davon, wir sind im dritten Stock hier …«

»Bleiben Sie bitte dran. Ich gebe dem Funkplatz Bescheid.«

»Da putzt einer sein Auto unten. Einer liegt da, der liegt da …«

»Sind Sie noch dran?«, fragte der Beamte.

»Einer ist wahrscheinlich tot. Der liegt da reglos.«

»Da liegt jemand, ja?«, fragte der Polizist.

»Tot vor dem Geschäft gegenüber vom Spielplatz.«

»Bleiben Sie bitte am Apparat«, sagte der Beamte.

»Ja gut, ja.«

»Feuerwehr fährt schon.«

»Ist ja ein dolles Ding, Mensch, und die Leute putzen da ihr Auto weiter, als sei nichts geschehen, und die Leute sind seelenruhig. Ich begreife nichts.«

»Ach, du Schande«, sagte der Polizist. »Das ist eben die heutige Zeit.«

Das Gespräch war in der polizeilichen Notrufzentrale auf Band aufgenommen worden. Der Tote war Georg von Rauch, Professorensohn aus Kiel.

Er war Bommi Baumanns bester Freund gewesen. Jetzt lag er auf dem Straßenpflaster, mit einem Schuss durchs Auge getötet. Baumann hatte gesehen, dass von Rauch zuerst die Pistole gezogen und geschossen hatte. Aber welchen Unterschied machte das schon? Baumann rannte davon, die Pistole immer noch in der Hand. Auf dem Kurfürstendamm geriet er in eine Gruppe Hare-Krishna-Jünger. Mit fuchtelnder Pistole konnte er die orange gekleideten Gestalten dazu bewegen, ihn durchzulassen. Dann flüchtete er in die Wohnung von Bekannten. Während unten auf der Straße die Polizei nach ihm suchte, ließ er sich von zwei dort wohnenden Teenagern auf die Straße begleiten und ging mit ihnen direkt an den Polizeikontrollen vorbei. Die Mädchen waren einer Ohnmacht nahe.

Baumann fand in einer Hinterhauswohnung Zuflucht. Nach einiger Zeit nahm er Kontakt zu Andreas Baader auf: Die »Bewegung 2. Juni« brauchte Hilfe.

Einige Wochen später, an einem Vormittag, trafen sie sich. Baumann hatte sich die Zeit zuvor fast nur nachts auf die Straße gewagt. An diesem hellen Wintermorgen blendete ihn das ungewohnte Licht so sehr, dass er kaum etwas erkennen konnte. Er kniff die Augen zusammen. Baader trug einen langen Schlosserkittel. In der Hand hielt er eine Plastiktüte mit Äpfeln, dazwischen steckte eine Maschinenpistole. Baader ging in der Mitte der Straße. Rechts und links von ihm auf dem Bürgersteig patrouillierten je drei seiner Leute. Auch sie trugen Plastiktüten, in denen ebenfalls kleine Maschinenpistolen eines englischen Typs versteckt waren. Baumann kannte die Waffen.

Nur einem der Begleiter war er schon einmal begegnet: Holger Meins. Die anderen waren ihm unbekannt. Alle waren in Mäntel mit hochgeschlagenen Kragen, Pelzmützen und Schals gehüllt.

Baumann ging auf Baader zu, der nach einer kurzen Begrüßung sagte: »Na, da habt ihr ja euren besten Mann verloren.« Er meinte Georg von Rauch. Das war ein Thema, über das Baumann nicht reden mochte. »Pass

auf, wir brauchen jetzt Ausweise. Unsere ganzen Wohnungen sind hochgeflogen. Georg hatte alle Schlüssel bei sich«, sagte er. Baader versprach zu helfen, ließ aber nie wieder von sich hören.

36.
Revolutionsfiktion

Bundesinnenminister Genscher äußerte verhaltene Zuversicht. »Ich sage nicht bald, aber in absehbarer Zeit.« Die »Welt« machte daraus die Schlagzeile: »Genscher bläst zum Schlussangriff auf die Anarchistenbande«.

Zwar wurden kurz nach der Berliner Schießerei einige Randfiguren der Gruppe festgenommen, aber der entscheidende Schlag blieb aus. Die Kerntruppe der RAF setzte sich wieder nach Westdeutschland ab.

Andreas Baader hatte ein weiteres Mal die Idee, falsche Spuren zu legen, um die Polizei in die Irre zu führen. Er gab den Auftrag, einen Volkswagen und einen Mercedes 280 SL, der in Hamburg gestohlen worden war, in München abzustellen. Alle wichtigen Gruppenmitglieder hatten in dem Wagen ihre Fingerabdrücke hinterlassen.

Nach mehr als eineinhalb Jahren im Untergrund, die im Wesentlichen mit dem immer wieder neuen Aufbau eines logistischen Systems von Autos, Wohnungen und gefälschten Papieren sowie der dazu notwendigen Finanzierung durch Banküberfälle ausgefüllt waren, sollte jetzt mit Sprengstoffaktionen auf die politischen Ziele der RAF aufmerksam gemacht werden.

Zunächst aber brauchte die Gruppe Geld. Zwar hatten BM-Mitglieder auch in den letzten Herbstmonaten gelegentlich Banken ausgeraubt, aber auf Anraten des Bundeskriminalamts war in den Banken der Bestand an Bargeld erheblich reduziert worden, sodass Überfälle wesentlich weniger einbrachten als zuvor.

Manchmal kam es vor, dass nur druckfrische Geldscheine erbeutet wurden, die umzutauschen zu gefährlich gewesen wäre. Deshalb dachte man darüber nach, wie »neues« in »gebrauchtes« Geld zu verwandeln wäre. Die Geldnoten wurden mit schmutzigen Händen gerollt und mehrmals gefaltet. In einer Wohnung verteilten die Gruppenmitglieder Banknoten auf dem Fußboden und liefen tagelang darauf herum. Gelegentlich taten sie des Guten etwas zu viel: Die Geldscheine waren kaum noch als gültiges Zahlungsmittel

zu erkennen.

Frankfurt am Main wurde zum neuen Zentrum. Kurz vor Weihnachten 1971 erhielt der Metallbildner Dierk Hoff Besuch in seiner gut ausgerüsteten Werkstatt für künstlerische und kunsthandwerkliche Arbeiten. Drei Jahre zuvor, 1968, hatte er im Trödlergeschäft eines Bekannten den Studenten an der Berliner Filmhochschule, Holger Meins, kennengelernt. Er hatte ihn schon fast wieder vergessen. An diesem Dezembertag stand Holger Meins plötzlich in der Werkstatt. Er begrüßte Hoff freundschaftlich, so als seien sie alte Bekannte. Hoff konnte sich anfangs nicht so recht erinnern.

»Woher kennen wir uns?«

»Dich kennt doch jeder, du bist doch stadtbekannt.«

Holger Meins sagte, er arbeite gerade an einem Filmprojekt. Dafür seien bestimmte technische Arbeiten erforderlich. Wenn Hoff Interesse habe, könne man ihm die Aufträge geben. Dierk Hoff erklärte sich dazu bereit.

Einige Zeit später tauchte Holger Meins erneut in der Werkstatt auf, diesmal in Begleitung eines weiteren jungen Mannes: Jan-Carl Raspe, den Meins als »Lester« vorstellte. Holger Meins selbst hatte sich Hoff nicht vorgestellt, aber den Gesprächen zwischen den beiden entnahm der Metallbildner, dass er sich »Erwin« nannte. Die drei setzten sich in den oberen Teil des doppelstöckigen Ateliers und plauderten über Hippies und die Subkultur. Sie rauchten ein bisschen Haschisch, und Hoff zeigte ihnen sein Musterbuch, in dem er verschiedene seiner Arbeiten abgebildet hatte. Manche der Werkstücke waren waffenähnlich. Die beiden Besucher fanden das alles ganz beachtlich und stellten Hoff Aufträge für ihren Film in Aussicht. Das Projekt würde sich zwar noch ein bisschen hinziehen, in der Zwischenzeit könne er aber ein Gerät zum Herausziehen von Hohlsplinten herstellen. Holger Meins hatte ein Muster mitgebracht, und Hoff erklärte sich bereit, sechs Stück davon anzufertigen. In Wirklichkeit handelte es sich um Schlossausdreher, mit denen man Autos aufknacken konnte.

Nach ein paar Tagen kam Holger Meins wieder, lobte die gute Arbeit und zahlte 200 Mark. »Mit dem Film sind wir jetzt so weit. Wir können an die Requisiten denken«, sagte »Erwin«. Hoff fragte, worum es denn bei dem Film gehe. »Eine Art Revolutionsfiktion«, antwortete Holger Meins. In den üblichen Requisitenkatalogen könne man nur ziemlich primitives Zeug finden. Er zeigte Hoff ein Handgranatenoberteil mit einem himmelblau gespritzten Blechbügel. Das Ganze sah wie ein Spielzeug aus. Meins erklärte ihm die Funktionsweise und fragte, ob er das Ding in etwas »urigerer« und

»knuffigerer« Ausführung nachbauen könne. Hoff stellte ein gutes Dutzend Duplikate her und bekam dafür 500 Mark in bar.

Innerhalb der Gruppe erhielt er den Decknamen »Pfirsich«.

37.
»Sechs gegen sechzig Millionen«

Am 22. Dezember 1971 überfielen mindestens vier Personen die Zweigstelle der Hypotheken- und Wechselbank in der Fackelstraße in Kaiserslautern. Sie erbeuteten rund 100000 Mark und ausländische Währung im Wert von etwa 35000 Mark. Um den ungestörten Ablauf der Aktion zu sichern, hatten Helfer kurz vor dem Überfall das Tor des in der Nähe der Bank gelegenen Polizeireviers mit ihren Autos blockiert.

Der Überfall begann um 8.00 Uhr. Ein roter VW-Bus hielt vor der Bank. Bis auf den Fahrer hatten alle Insassen Pudelmützen mit Sehschlitzen über die Köpfe gezogen und waren einheitlich mit grünen Parkas bekleidet. Sie stürmten mit gezogenen Pistolen in die Bank: »Überfall! Hände hoch! An die Wand!« Einer sprang über die Brüstung zur Sortenkasse und räumte sie aus, während ein anderer in die Hauptkasse vordrang und das Geld in seine Aktentasche stopfte. Dann wurde der Kassierer aufgefordert, den Tresor zu öffnen.

In der Zwischenzeit war draußen auf der Straße einem zufällig vorbeikommenden Polizeibeamten aufgefallen, dass ein roter VW-Bus vor der Bank verkehrswidrig parkte. Er trat an das Beifahrerfenster. Plötzlich fiel aus dem Wageninnern durch die Scheibe ein Schuss. Der Polizist Herbert Schoner wurde von Glassplittern an Hals und Gesicht verletzt. Der Mann auf dem Fahrersitz gab einen zweiten Schuss ab, der den Polizisten in den Rücken traf. Lebensgefährlich verletzt brach der Beamte zusammen, riss im Fallen seine Pistole hoch und erwiderte das Feuer. Er schleppte sich in den Kassenraum der Bank. Auf dem Tresen hockte einer der Bankräuber. Er schoss auf den Polizisten. Später stellten die Gerichtsmediziner fest, dass jeder dieser Schüsse für sich allein tödlich gewesen wäre.

Ohne auf das Öffnen des Tresors zu warten, ergriffen die Bankräuber die Flucht. Eine Damenhandtasche und einen Kassettenrecorder, den sie auf einem Tisch abgestellt und eingeschaltet hatten, ließen sie zurück. Sie sprangen in den VW-Bus und rasten davon.

Am nächsten Morgen, es war der Tag vor Heiligabend 1971, machte »Bild« mit der Schlagzeile auf: »Baader-Meinhof-Bande mordet weiter. Bankraub: Polizist erschossen«.

Die Voreiligkeit, mit der die BM-Gruppe zunehmend für alles und jedes verantwortlich gemacht wurde, signalisierte eine weitere Verschärfung des innenpolitischen Klimas. Zwei Wochen später veröffentlichte der »Spiegel« einen Artikel Heinrich Bölls unter der Überschrift: »Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?« Der Aufsatz spiegelte die Ratlosigkeit vieler Linker und Liberaler dem Privatkrieg der RAF gegenüber.

»Es ist eine Kriegserklärung von verzweifelten Theoretikern«, schrieb Böll, »von inzwischen Verfolgten und Denunzierten, die sich in die Enge begeben haben, in die Enge getrieben worden sind und deren Theorien weitaus gewalttätiger klingen, als ihre Praxis ist … Es kann kein Zweifel bestehen: Ulrike Meinhof hat dieser Gesellschaft den Krieg erklärt, sie weiß, was sie tut und getan hat, aber wer könnte ihr sagen, was sie jetzt tun sollte? Soll sie sich wirklich stellen, mit der Aussicht, als die klassische rote Hexe in den Siedetopf der Demagogie zu geraten?«

Der Schriftsteller machte eine Rechnung auf: sechs RAF-Leute gegen sechzig Millionen Bundesbürger.

»Das ist tatsächlich eine äußerst bedrohliche Situation für die Bundesrepublik Deutschland. Es ist Zeit, den nationalen Notstand auszurufen. Den Notstand des öffentlichen Bewusstseins, der durch Publikationen wie ›Bild‹ permanent gesteigert wird …

Muss es so kommen? Will Ulrike Meinhof, dass es so kommt? Will sie Gnade oder wenigstens freies Geleit? Selbst wenn sie keines von beiden will, einer muss es ihr anbieten. Dieser Prozess muss stattfinden, er muss der lebenden Ulrike Meinhof gemacht werden, in Gegenwart der Weltöffentlichkeit. Sonst sind nicht nur sie und der Rest ihrer Gruppe verloren, es wird auch weiter stinken in der deutschen Publizistik, es wird weiter stinken in der deutschen Rechtsgeschichte.«

Seit dieser Zeit galt Heinrich Böll als Baader-Meinhof-Sympathisant, wie viele andere auch, die versuchten, in der sich allgemein ausbreitenden Hysterie einen Sinn für Proportionen zu bewahren. Heinrich Bölls Appell führte zu einem Sturm der Empörung, vor allem in der rechtsgerichteten Presse. »Bewaffnete Meinungsfreiheit« war ein Kommentar in der »Welt« überschrieben.

Ebenfalls im »Spiegel« antwortete der nordrhein-westfälische Minister für

Bundesangelegenheiten, Diether Posser, auf Bölls Polemik: »Böll verharmlost in gefährlicher Weise die Tätigkeit der Gruppe. Der Zorn emotionalisierte seine Kritik und machte sie unsachlich. Seine Polemik übertrieb nicht nur – sie schadete. Er wollte zur Besinnung rufen und schrieb selbst unbesonnen.«

Heinrich Böll korrigierte sich:

»Die Wirkung meines Artikels entspricht nicht andeutungsweise dem, was mir vorschwebte: eine Art Entspannung herbeizuführen und die Gruppe, wenn auch versteckt, zur Aufgabe aufzufordern. Ich gebe zu, dass ich das Ausmaß der Demagogie, die ich heraufbeschwören würde, nicht ermessen habe …

Möglicherweise habe ich mehr demokratisches Selbstverständnis vorausgesetzt, als ich hätte voraussetzen dürfen.

Ich bin Schriftsteller, und die Worte ›verfolgt‹, ›Gnade‹, ›Kriminalität‹ haben für mich andere Dimensionen, als sie notwendigerweise für einen Beamten, Juristen, Minister und auch für Polizeibeamte haben.«

Es war nicht die Zeit für Besinnung. Jeden Tag schürten Zeitungen die Angst vor der Baader-Meinhof-Gruppe, peitschten die Emotionen hoch, gaben dadurch den Gruppenmitgliedern, die regelmäßig das publizistische Echo auf ihre Aktionen studierten, ein Gefühl der eigenen Bedeutung. Neue Großaktionen der Polizei wechselten einander ab, zumeist ohne Erfolg. Für die sozialliberale Bonner Regierung unter Kanzler Willy Brandt wurden Erfolge bei der Jagd nach den flüchtigen RAF-Mitgliedern zur politischen Prestigefrage. Selbst als »Milchbrüder des Terrorismus« verdächtigt, beeilten sich die Sozialdemokraten, den Forderungen der konservativen Opposition nachzukommen.

Zu dieser Zeit begann auch eine immer enger werdende Zusammenarbeit verschiedener Sicherheitsdienste, vor allem bei der Personenüberwachung. So wurde in der Rosenstraße in Mannheim zwischen dem 12. und dem 18. Januar 1972 eine Wohnung observiert und abgehört, in der das RAF-Mitglied Elisabeth von Dyck gemeinsam mit einer anderen Frau lebte. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg wurde durch eine Observationsgruppe des Militärischen Abwehrdienstes (MAD) unterstützt, auch der Bundesnachrichtendienst leistete dabei technische Hilfe. Die Zusammenarbeit mit dem BND bei Abhörmaßnahmen gegen die RAF ging

jahrelang weiter.

Kein Zufall, dass ausgerechnet jetzt, am 28. Januar 1972, die Ministerpräsidenten der Länder unter Vorsitz Brandts einmütig Sanktionen gegen das für die innere Sicherheit eigentlich eher belanglose Häuflein von DKP-Genossen verabschiedeten.

Es war der sogenannte Radikalenerlass, der auf dem Höhepunkt der BM-Fahndung die politische Verschmutzung der heilen Beamtenwelt verhindern sollte: »Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrages.«

Zur Begründung verstieg sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn gar zu der Äußerung: »Ulrike Meinhof als Lehrerin oder Andreas Baader bei der Polizei beschäftigt, das geht nicht.«

38.
Andreas Baaders Daumen

Im Januar 1972 kam es in Köln erneut zu einer Schießerei. Ein Polizeiobermeister entdeckte im Hafengelände von Köln-Niehl einen BMW 2000 mit Berliner Kennzeichen. Er dachte sofort an die BM-Gruppe und stellte sein Motorrad mit laufendem Motor und eingeschalteten Scheinwerfern hinter den Wagen. Dann zog er seine Handschuhe aus und lud die Dienstpistole durch. Von hinten klopfte er an die Scheibe der Fahrertür. Baader drehte die Scheibe herunter und sah den Polizisten an. »Ihre Fahrzeugpapiere bitte«, sagte der Beamte und richtete den Lauf seiner Pistole auf ihn.

»Einen Moment bitte«, sagte Baader, beugte sich zum Handschuhfach, zog eine langläufige Pistole und schoss. Der Polizist hatte die Waffe gesehen und sich blitzschnell zur Seite bewegt. Der Schuss verfehlte ihn. Baader raste davon. Der Beamte schoss hinterher, traf aber nicht.

Ende Januar hatte »Bild« wieder Sensationelles zu berichten. Angeblich hatte sich Andreas Baader bei einem Hamburger Rechtsanwalt gemeldet. Er wolle den Kampf aufgeben und sich stellen. Das las auch Andreas Baader und war empört. Er schrieb an das bayerische Landesbüro der Deutschen Presseagentur und dementierte »Bild«. Seinen Brief unterzeichnete er eigenhändig mit »A. Baader« und setzte einen Daumenabdruck darunter. Der Abdruck war echt.

Seinem Schreiben stellte Baader ein Zitat des südamerikanischen Guerilla-Ideologen Marighella voran: »Die Bullen werden so lange im Finstern tappen, bis sie sich gezwungen sehen, die politische in eine militärische Situation umzuwandeln.«

Dann ging Andreas Baader ins Detail: »Ich denke nicht daran, mich zu stellen. Kein Gefangener aus der RAF hat bis jetzt ausgesagt. Erfolgsmeldungen über uns können nur heißen: verhaftet oder tot. Die Stärke der Guerillas ist die Entschlossenheit jedes Einzelnen von uns. Wir sind nicht auf der Flucht. Wir sind hier, um den bewaffneten Widerstand gegen die bestehende Eigentumsordnung und die fortschreitende Ausbeutung des

Volkes zu organisieren. Der Kampf hat erst begonnen.«

Der Brief wurde in Millionenauflage von den Zeitungen verbreitet.

Günter Scheicher, Kriminaldirektor, dazu später: »Als Andreas Baader ein erstes Tatbekenntnis losschickte und da, sozusagen als sein Siegel, den Fingerabdruck daruntersetzte, da haben wir gesagt: ›Was will denn der Kerl, dieser Lümmel, da, abgebrochener Student oder sonst etwas, erklärt der Bundesrepublik den Krieg?‹ Aber als die Straftaten dann zunahmen und immer mehr Menschen ums Leben kamen, auch Polizisten, da wurde die Geschichte dann schon prekär.«

Am 21. Februar 1972 stürmten acht RAF-Miglieder die Ludwigshafener Filiale der Hypo-Bank und entkamen mit 285000 Mark. Sie hatten sich mit Karnevalsmasken getarnt.

39.
Pfirsich

In den ersten Wochen des Jahres 1972 bekam der Frankfurter Metallbildner Dierk Hoff in seiner Werkstatt viel zu tun. Noch immer, so sagte er jedenfalls später aus, glaubte er daran, Requisiten für eine »Revolutionsfiktion« herzustellen. Bei einem der Besuche seines Auftraggebers Holger Meins, der sich »Erwin« nannte, erzählte der ihm vom Clou des geplanten Films. Sie hätten sich überlegt, eine Bombenhülle zu bauen, die an einem Leibgurt, ähnlich einem Hüfthalter, befestigt werden konnte. In dem Film gebe es eine Szene, in der eine Frau einen Sprengkörper in eine Toilette bringen würde, wo das Ding dann abgeschnallt und durch einen aufblasbaren Ballon ersetzt werden sollte.

Hoff machte sich an die Arbeit. Er kaufte eine Halbkugel aus Metall und befestigte sie auf einer Art Korsett aus Segeltuch. Dann besorgte er einen Wasserball in derselben Größe, was ihm einige Schwierigkeiten bereitete, denn es war Winter.

»Erwin« und »Lester« waren begeistert. Einer von den beiden schnallte sich den Bombengürtel um und mimte lachend eine Schwangere. Hoff erhielt 400 Mark. Als »Erwin« die »Babybombe« abholte, gab er Dierk Hoff eine leere Schrothülse und fragte, ob er ein dazu passendes Abschussgerät bauen könne.

»Eine Schrotpatrone hat einen zu großen Rückstoß. Das ist zu gefährlich«, sagte Dierk Hoff. »Ich wüsste nicht, wie stark man so was machen muss, damit es nicht auseinanderreißt.«

»Das ist nicht dein Problem. Wir haben beim Film dafür einen Spezialisten. Der kann die Patronen entsprechend verändern. Es geht nur um den Feuerstrahl, der vorne rauskommt.«

Dierk Hoff baute drei der Abschussgeräte, für 100 Mark das Stück. Das nächste Mal brachte Holger Meins ein Schrotgewehr mit. Lauf und Schaft waren abgesägt. »Wir haben uns vorgestellt, dass man da ein Magazin anbringen könnte und einen Kolben aus Metall, sodass das Ding nach einer militärischen Waffe aussieht. Das können wir für unseren Film gut

brauchen.«

Hoff hatte Bedenken, denn die vorgesehene Nachladeeinrichtung für das Schrotgewehr war mechanisch ein ziemlich komplizierter Eingriff. Er könne kaum kalkulieren, wie lange er dazu brauchen würde.

»Da kommt es auf ein paar hundert Mark nicht an. Der ganze Film steht und fällt mit den Requisiten.« Holger Meins gab ihm noch einige technische Ratschläge. Zu Hoffs eigener Überraschung funktionierte die neu konstruierte Nachladevorrichtung. Er hatte aus dem Schrotgewehr ein Schrot-Maschinengewehr gemacht.

Allmählich bekam Dierk Hoff ein flaues Gefühl. Er versuchte auszusteigen: »Ihr zieht mich in irgendeine Geschichte rein, die ich nicht übersehen kann. Bringt mir die Brocken wieder, die ich gemacht habe. Ich will davon nichts mehr wissen, sonst muss ich zur Polizei gehen.«

Beim Stichwort Polizei zog »Erwin« eine Pistole, richtete sie auf Hoff und fauchte: »Du hast ja die Sache gemacht und steckst voll mit drin. Es ist lächerlich, hier von Polizei zu reden.«

Hoff bekam Angst. »Erwin« wurde etwas milder: »Polizei kommt überhaupt nicht in Frage. Und außerdem, was willst du denn, du würdest doch nur dich selbst belasten.«

»Lester« schaltete sich ein: »Komm hier, mach mal keine Panik, bloß keine Angst. Mach bloß keinen Fehler, jetzt zur Polizei zu gehen, das ist gar nicht nötig. Das Ganze ist harmlos, nimm das nicht so ernst.«

»Erwin« war anderer Meinung: »Guck, der Arsch. Der redet von Polizei. Ich glaube, es geht los. Da hilft doch nur Druck. Der Schwachkopf. Guck ihn doch mal an.«

Ein paar Tage später tauchte Jan-Carl Raspe alias »Lester« wieder auf. In seiner freundlichen Art sagte er: »Das war ja das letzte Mal ein Auftritt … Das finde ich nicht gut, dir die Waffe vorzuhalten.«

Hoff beklagte sich: »Am Ende ist es noch so, ich baue euch Waffen, und ihr haltet mir die noch vor den Bauch. Das ist doch Wahnsinn, was ihr hier abzieht mit mir.«

»Das habe ich auch nicht gut gefunden. Wir müssen darüber mal in Ruhe reden. Es hat ja keinen Zweck, dass wir uns hier was vormachen.«

Er legte eine Broschüre auf den Tisch und sagte: »Das ist von uns.« Das Heft war ziemlich abgegriffen und schmuddelig. Hoff blätterte ein wenig

darin herum, erkannte den fünfzackigen, mit einer Maschinenpistole verzierten Stern und die Buchstaben RAF.

»Studier das mal in aller Seelenruhe. Das ist sicher gut für dich«, sagte Raspe.

Hoff machte weiter mit.

Eines Tages blieb Holger Meins in der Werkstatt demonstrativ mit dem Rücken zu Hoff stehen. »Was ist denn los?«, fragte der.

Holger Meins wirbelte herum, Hände in den Manteltaschen. Erst auf den zweiten Blick erkannte Hoff, dass »Erwin« den Lauf einer Pistole aus der Tasche auf ihn gerichtet hatte. Hoff lachte beklommen.

Auch »Lester« spielte gelegentlich mit seiner Pistole. Hoff nahm das bei ihm aber nicht so ernst. Holger Meins dagegen gab ihm das Gefühl, dass aus Spaß schnell Ernst werden könnte. Beim nächsten Besuch brachte »Erwin« einen weiteren jungen Mann mit, der Hoff als »Harry« vorgestellt wurde. Es war Gerhard Müller.

»Das ist einer von uns«, sagte »Erwin«. »Auf den ist hundertprozentig Verlass. Wenn ich mal nicht kommen kann, dann schicke ich Harry.«

»Wow, was für ein prima Laden, hier kann man ja alles machen«, begeisterte sich »Harry«, als »Erwin« ihm die Werkstatt zeigte. Die beiden hatten eine Schachtel mit neuen Zündkapseln dabei, die Hoff auf Handgranatenkörper aufschrauben sollte. Die Gewinde passten nicht und mussten in der Drehbank umgeschnitten werden. Dazu wurden sie fest eingeschraubt und mit einer Zange bearbeitet. Hoff hatte Angst, dass ihm die Zündkapseln bei der groben Behandlung um die Ohren fliegen könnten. »Nee, nee, da bringen mich keine zehn Pferde zu. Den Scheiß fasse ich nicht an, kommt überhaupt nicht in Frage.«

»Erwin« beruhigte ihn: »Komm, du Hasenfuß, das ist doch kein Problem. Mach doch mal, es ist ungefährlich, ich fresse einen Besen.«

»Nein, nein, kommt überhaupt nicht in Frage.«

Hoff blieb stur und ging ins Nebenzimmer. Daraufhin übernahm Holger Meins die gefährliche Aufgabe selbst. Hoff wunderte sich, wie gut er mit den technischen Geräten umgehen konnte. Keine der Zündkapseln explodierte.

Kurze Zeit später trat eine vierte Figur in Hoffs Werkstatt. Er war gerade bei der Arbeit und hörte auf dem Hinterhof Männerstimmen, die der Werkstatt näher kamen. Hoff dachte, das könnten keine von der RAF sein, denn bisher hatten sie sich immer still und konspirativ verhalten. Hoff öffnete die Tür und

ließ »Erwin« und »Lester« und deren Begleiter ein. Der dritte Mann hatte hellblond gefärbte Haare und trug einen roten Wintermantel. Er wurde Dierk Hoff nicht vorgestellt. Ohne etwas zu sagen, ging er an ihm vorbei in die Werkstatt. Er sah sich die Maschinen an, blieb stehen, nickte, ging in das Nebenzimmer, sah sich die Drehbank an. Während der Unbekannte die Werkstatt inspizierte, stand Dierk Hoff leicht benommen da. Er hatte das Gefühl, als würde hier sein Vorgesetzter einen Kontrollgang machen. Nach zwanzig Minuten und ein paar spärlichen Worten gingen die drei. Der dritte Mann war Andreas Baader.

In der folgenden Zeit erhielt Dierk Hoff immer wieder neue Aufträge. Als »Erwin« wieder einmal bei ihm auftauchte, sprach Hoff ihn auf den Besuch des Blonden an. Es gefalle ihm nicht, dass immer mehr Leute von seiner Tätigkeit erführen.

»Da mach dir mal überhaupt keine Sorgen«, sagte Holger Meins. »Die Jungs sind alle hundertprozentig. Darauf ist totaler Verlass. Der einzige Unsicherheitsfaktor bist du. Du bist kein Kader für uns. Wir sind von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Jetzt müssen wir die Sache auf die eine oder andere Weise mit dir zu Ende bringen.«

Baader, Ensslin, Raspe und Meins hatten in Frankfurt eine Hochhauswohnung in der Inheidener Straße bezogen. Von hier aus unternahmen sie Abstecher in andere Städte. Als die Wohnung später entdeckt wurde, fanden die Kriminalbeamten Fingerabdrücke fast aller Gruppenmitglieder in dieser Unterkunft – nur nicht von Ulrike Meinhof.

40.
Baader und Ensslin fahnden nach Ulrike Meinhof

Noch im Februar 1972 stieß ein neues Mitglied zur Gruppe, der neunzehnjährige Schriftsetzer Hans-Peter Konieczny. Nach einer Odyssee durch verschiedene politische Gruppierungen, von der SPD, dem DGB über den SDS, die SDAJ, Jugendorganisation der DKP, bis hin zu marxistisch-leninistischen und trotzkistischen Gruppen, landete er bei der RAF.

Im Spätsommer 1971 hatte er an einer »Rote-Punkt-Aktion« in Esslingen teilgenommen, bei der für die Einführung des Nulltarifs der städtischen Verkehrsbetriebe demonstriert wurde. Es kam zu einer Prügelei mit der Polizei, und »Conny« wurde wegen Widerstand und Nötigung angeklagt. Sein Verteidiger war Jörg Lang, der Kontakte zur RAF hatte und später, am 13. Juli 1972, unter dem Verdacht festgenommen wurde, der Gruppe bei der Wohnungsbeschaffung geholfen zu haben. Wieder auf freiem Fuß, setzte Lang sich ab, vermutlich in den Nahen Osten. Erst nach Ablauf der Verjährungsfrist kehrte er in die Bundesrepublik zurück.

Jörg Lang gelang es, im Februar 1971 einen Freispruch für Konieczny zu erreichen. Kurz nach dem Prozess begegneten sich eines Abends Anwalt und Mandant zufällig in Tübingen.

Konieczny klagte, wie unzufrieden er mit der politischen Gruppenarbeit sei, er wolle endlich andere Wege gehen: »Ich druck mal Geldscheine oder falsche Papiere und schick sie an BM.« Damit waren sie beim Thema.

Ein paar Tage später trafen sie sich im Stuttgarter »Mövenpick«. Lang sagte, er könne Konieczny mit ein paar Leuten zusammenbringen, die ähnlich dächten wie er. Der Anwalt skizzierte den Weg zu der betreffenden Adresse auf einem Zettel. Um Mitternacht brach Konieczny auf und ging über den kleinen Schlossplatz auf das markierte Haus zu. Er klopfte in dem von Lang beschriebenen Rhythmus an eine Metalltür, stieg zwei Treppenstufen hinunter und betrat ein Appartement.

Konieczny beschrieb das Szenario später so: »Ich sah als Erstes einen Typ, der ’ne schwarze Hose anhatte und ein Hemd in Ocker. Mit dem Hinterteil lehnte er an einem Schränkchen, und er sah irre bleich aus – wie ein

Theaterschauspieler, der geschminkt ist. Eine Frau machte die Tür zu. Sie hatte einen rotbraunen Wildledermantel an. Man hätte sie vom ersten Blick her für so ’ne Tante halten können, die ein bisschen Geld hat. Er sah wie ein typischer Zuhälter aus.«

Konieczny setzte sich in einen ungemütlichen Korbsessel und sagte: »Ich bin Conny.« Er sah sich um: Die Frau hielt in der rechten Hand eine Pistole, eine P38 Spezial. Im Hosenbund des Mannes steckte ebenfalls eine automatische Pistole. Konieczny war nicht besonders erschrocken, er hatte so etwas erwartet.

»Nun schieß mal los«, sagte der Mann. Konieczny brachte kein Wort heraus.

Die Frau begriff sofort seine Schwierigkeiten und überbrückte die Spannung: »Was machste denn so?« Gudrun Ensslin wirkte auf ihn ungewöhnlich gelassen. Baader dagegen war nervös. Sobald draußen auf der Straße ein Auto vorbeifuhr, sprang er ans Fenster, blickte hinaus. Er rauchte eine »Gitanes« nach der anderen und stopfte ununterbrochen Kekse in sich hinein. Gudrun Ensslins Waffe hatte eine silbrige Farbe. Weil er so etwas noch nicht gesehen hatte, fragte Konieczny: »Du, was ist das für eine?«

»’ne Achtunddreißiger«, antwortete Ensslin.

»Das gibt’s doch nicht, in Silber.«

Da mischte sich Baader ein: »Ja, die Fotzen haben alle was Silbriges oder was Glänziges.«

Konieczny erklärte, als gelernter Drucker alles machen zu können: Führerscheine, Pässe, Kraftfahrzeugscheine. Er brauche nur das Original dazu, alles andere würde er sich beschaffen. Ensslin sagte: »Nächste Woche ruft dich jemand unter dem Namen Gerda an.« Er gab ihr die Telefonnummer seiner Firma.

Gudrun Ensslin hatte es verstanden, sofort ein sehr persönliches Verhältnis zu dem Neuling herzustellen. Plötzlich war sie für ihn nicht mehr die gesuchte Bandenchefin, die prominente Ensslin. »Das war einfach so«, erklärte er später, »ich war ein Genosse, sie war eine Genossin, und da hat man halt was untereinander gemacht.«

Etwa eine Woche darauf übergab Gudrun Ensslin ihm zwei Kraftfahrzeugscheinreproduktionen und Originalbriefbögen vom Stuttgarter Otto-Graf-Institut und von der Universität. Er solle dreißig bis vierzig Kopien davon drucken. Mit den Briefbögen, sagte sie, könne man eine Menge Zeugs bestellen, das man sonst nicht bekäme. »Wahrscheinlich Chemikalien«,

dachte Konieczny, denn er wusste, dass das Institut eine chemische Abteilung hatte.

Mitte Februar war die Diplompsychologin Emiliane M. von einem Mittelsmann angesprochen worden, ob sie bereit sei, einem Paar, das in Schwierigkeiten stecke, zu helfen. Es könne sein, dass diese Leute mit der Bitte um Übernachtung an sie heranträten. Die Psychologin willigte ein. Ihr wurde schnell klar, wer das »Paar mit den Schwierigkeiten« war, nämlich Andreas Baader und Gudrun Ensslin. Sie hatte Baader nach einem Fahndungsfoto erkannt. Gudrun Ensslin erzählte, ihr Vater sei Pfarrer in Stuttgart.

Die Psychologin hatte den Besuchern Schlüssel für ihre Wohnung gegeben, und immer, wenn sie den Weg in ihr anderes Quartier scheuten, tauchten sie bei ihr auf. Meistens kamen sie spätabends und ganz leise. Einmal zog Gudrun Ensslin sogar ihre Schuhe aus, um nicht zu stören. Wenn die beiden telefonieren wollten, verließen sie die Wohnung und gingen zu einer Telefonzelle. Ihren Wagen hatten sie immer in einer gewissen Entfernung vom Haus geparkt, sodass ihre Gastgeberin ihn nie zu Gesicht bekam.

Die Psychologin fand, dass die beiden sehr müde aussahen und gehetzt. Manchmal schreckten sie zusammen, wenn Emiliane die Wohnung betrat. Gleichzeitig taten sie sehr geschäftig. Ihre Bewaffnung erklärten sie damit, dass sie jederzeit mit Maschinenpistolen tragenden »Bullen« rechneten. Irgendwie taten sie Emiliane leid. Schon die Tatsache, dass Baader und Ensslin darauf angewiesen waren, auf Leute wie sie zurückzugreifen, schien ihr ein Zeichen zu sein, dass sich die Zahl ihrer Helfer in der letzten Zeit erheblich verringert haben musste. »Sonst«, so sagte sie später, »hätten sie sich belastbarere und ideologisch gefestigtere ausgesucht.«

Die Psychologin bekam mehr und mehr Angst. Aber sie hätte ein schlechtes Gewissen gehabt, wenn sie den Gesuchten nicht geholfen hätte. Und sie wollte sich nicht blamieren. Einmal versuchte sie, den Kontakt abzubrechen, und schrieb ihnen einen Brief über ihre persönlichen Ängste und Schwächen. Gudrun Ensslin gab ihr den Brief zurück, lächelte dabei mitleidig und sagte: »Heb ihn auf und lies ihn in zwei Jahren noch mal.« Emiliane M. schämte sich und versuchte nie wieder, ihre ungebetenen Gäste loszuwerden.

In den letzten Märztagen des Jahres 1972 kam sie eines Abends spät nach Hause. Baader und Ensslin waren in der Wohnung und wirkten sehr aufgeregt. Telefonisch hatten sie die Nachricht bekommen, im Fernsehen sei der Tod von Ulrike Meinhof gemeldet worden. Sie waren verunsichert, glaubten einen Moment, die Information könnte stimmen.

In der Wohnung gab es keinen Fernseher, sodass sie die nächste Nachrichtensendung nicht einschalten konnten. Ohne ihre sonstigen Sicherungsmaßnahmen zu befolgen, telefonierten sie von der Wohnung aus, um von Gruppenmitgliedern zu erfahren, ob Ulrike Meinhof noch lebte oder nicht. Nach einer Weile erreichten sie jemanden, der Ulrike Meinhof noch nach der Fernsehmeldung gesehen hatte und auch wusste, wo sie sich aufhielt.

Tatsächlich geisterte Ende März das Gerücht durch die Bundesrepublik, Ulrike Meinhof sei tot. »Bild« hatte mit der Schlagzeile aufgemacht: »Beging Ulrike Meinhof Selbstmord?« Und auch die »Frankfurter Allgemeine« hatte gemeldet, nach Informationen aus Bonn sei Ulrike Meinhof »bereits Ende Februar gestorben«. Als Todesursache wurden an der Gerüchtebörse mehrere Versionen gehandelt: Tod durch Tumor etwa oder Selbstmord mit Gift aufgrund von Depressionen wegen einer unheilbaren Krankheit. »Bild« verwies sogar auf angebliche Tipps aus linksradikalen Kreisen an die Hamburger Polizei, Ulrike Meinhof sei »unter falschem Namen in einem Hamburger Krematorium verbrannt und beerdigt worden«.

Als »Bild« die Schlagzeile veröffentlichte, Ulrike Meinhof habe wegen schwerer Differenzen mit der Gruppe Selbstmord begangen, war sie gerade in Margrit Schillers Wohnung. Ulrike regte sich schrecklich auf: »Diese Dreckschweine. Das sind *ihre* Projektionen, so läuft es bei *ihnen*! Keiner der schmutzigen Tricks aus der CIA-Kiste ist ihnen zu blöde, um uns das Wasser abzugraben. Auf der ganzen Welt benutzen sie dieselben Muster, um Revolutionäre unglaubwürdig zu machen und zu Spinnern zu erklären.«

Die Spezialisten vom Bundeskriminalamt hatten keine Hinweise auf den Tod Ulrike Meinhofs. Eines aber stimmte auch sie nachdenklich. Seit der Jahreswende 1971/72 hatten sie keinerlei Spuren von ihr entdeckt. Tatsächlich war sie damals kurze Zeit in Italien.

Erst Mitte März 1972 war sie wieder in Hamburg aufgetaucht. Baader und Ensslin ließen sich dort nicht sehen. Ulrike Meinhof und die anderen versuchten auf eigene Faust, neue Leute anzuwerben.

41.
Die statistische Lebenszeiterwartung

Anfang 1972 begann in Berlin der zweite Prozess gegen Horst Mahler. Die Anklage: Gründung einer kriminellen Vereinigung und Teilnahme an drei Banküberfällen.

Mahler stand nach wie vor zur RAF und beantwortete dem »Spiegel« schriftlich vorgelegte Fragen zur Strategie des bewaffneten Kampfes. Auf die Frage, ob er politisch gescheitert sei, erklärte der ehemalige Rechtsanwalt: »Selbst hohe Wahrscheinlichkeit eines Fehlschlages entbindet nicht von der Verpflichtung, das Mögliche zu wagen. Der Klassenkampf ist keine Beamtenlaufbahn mit Pensionsanspruch. Überall macht die sozialistische Revolution glänzende Fortschritte. Ich habe unheimlich große Lust, das mir noch Mögliche zu ihr beizutragen. Also bin ich nicht gescheitert.«

Auf den Vorbehalt, ob denn nicht tatsächlich Menschenleben aufs Spiel gesetzt, also »Genossen verheizt« würden, wenn in der Bundesrepublik zum bewaffneten Kampf aufgerufen werde, entgegnete Mahler: »Die Kategorie des ›Verheizens von Genossen‹ verrät bei dem, der sie benutzt, ein schier unüberwindliches Bedürfnis, sich unter allen Umständen für den Tag aufzusparen, an dem es gilt, den Sieg der Revolution zu beklatschen, den andere errungen haben. Ist dieser Wunsch auch menschlich verständlich, zählt er doch nicht zu den Tugenden eines Revolutionärs.«

Jeder Genosse, dem die »bürgerliche Unordnung« zum Halse raushänge, müsse sich die Frage stellen, »ob er nicht mehr aus seinem Leben macht, wenn er endlich aus dem Ghetto ausbricht und die Mauern einreißt, selbst wenn sich dadurch seine statistische Lebenszeiterwartung verringern sollte«.

In der Tat verringerte sich die »statistische Lebenszeiterwartung« der RAF-Genossen im Untergrund zusehends.

Ein Wohnungsmakler in Augsburg hatte im Februar der Polizei gemeldet, ein »verdächtiges Pärchen« habe sich in der Wohnung über ihm eingemietet. Die Frau gehöre bestimmt zur Baader-Meinhof-Gruppe. Der Hinweis löste ein polizeiliches Großunternehmen aus. Dreizehn Beamte der

Sicherungsgruppe Bonn, des Verfassungsschutzes und des Landeskriminalamtes mieteten sich im Hotel »Augsburger Hof« ein und observierten die verdächtige Wohnung. Wanzen wurden installiert. Der beste Beobachtungsplatz, so stellten die Beamten fest, war gegenüber, in der Sakristei von St. Georg. Sie weihten den Pfarrer ein, der ließ die Beamten bereitwillig ins Haus und ging auf eine Reise ins Heilige Land.

Die Sonderkommission war mit sieben Wagen und Funkgeräten ausgerüstet, die für diesen Einsatz Geheimcodes erhalten hatten: 201 für Baader, 202 für Meinhof und so weiter, je nach Bedeutung. Mit der Augsburger Stadtpolizei war vereinbart worden, die Zahl 4444 als Superalarmstufe zu funken, wenn der Einsatz losging.

Am Donnerstag, dem 2. März, war es so weit. Um 12.25 Uhr verließ das observierte und belauschte Paar die Wohnung, fuhr mit einem gestohlenen Wagen ins Stadtzentrum und parkte ordnungsgemäß an einer Parkuhr. Die beiden gingen ins Hotel »Thalia« und kamen nach wenigen Minuten zurück. Als sie ihren Wagen erreichten, kehrte die Frau wieder um. In diesem Moment griffen die Polizisten ein.

Es fiel ein Schuss aus einer Polizeipistole.

Die Kugel traf das Herz des jungen Mannes: Thomas Weisbecker, 23 Jahre alt, Sohn eines Professors aus Kiel, der beste Freund des am 4. Dezember 1971, gerade ein Vierteljahr zuvor, in Berlin von der Polizei erschossenen Georg von Rauch. Nach Angaben der Polizei hatte Weisbecker versucht, seine Pistole zu ziehen. Die Frau, die kurz danach festgenommen wurde, war 24 Jahre alt, kam aus dem »Sozialistischen Patientenkollektiv« und hieß Carmen Roll.

Am Nachmittag dieses Tages besetzte der Chef der »Sonderkommission Baader/Meinhof«, Hauptkommissar Hans Eckhardt, zusammen mit zwei Kollegen ein Appartement im Hamburger Stadtteil Harvestehude, in dem eine Fälscherwerkstatt der RAF entdeckt worden war. Im Treppenhaus wurde ein vierter Beamter postiert, auf der Straße vor dem Haus ein fünfter.

Nach Einbruch der Dunkelheit fuhren Manfred Grashof und Wolfgang Grundmann, der kurz zuvor zur RAF gestoßen war, zu der Wohnung. Kaum hatten sie die Tür geöffnet, wurde geschossen.

Grundmann hob die Hände und rief: »Nicht schießen, ich bin nicht bewaffnet!« Grashof schoss.

Der Kommissar brach, von zwei Schüssen in den Leib getroffen, zusammen. Seine Kollegen trafen Grashof im Kopf und in der Brust. Im Universitätskrankenhaus Eppendorf versuchten die Ärzte, das Leben des Polizeibeamten und des RAF-Mitglieds zu retten. Der Beamte starb zwei Wochen später. Grashof überlebte.

In der Intensivstation wurde er unter der OP-Lampe erkennungsdienstlich behandelt.

Wenige Tage später wurde der Schwerverletzte in einer Blitzaktion vom Staatsschutz aus dem Krankenhaus in eine Gefängniszelle verfrachtet, eine normale Haftzelle, unhygienisch, mit offenem Klo in der Ecke, durch das Fenster wehte Sand herein. Außen an der Tür hing ein Pappschild: »Bestand des Zentralkrankenhauses«. Tag und Nacht brannte – angeblich zu seiner eigenen Sicherheit – das Licht in der Zelle.

Es folgten zwei Monate, in denen er sich weder außerhalb der Zelle bewegen noch mit jemandem sprechen konnte. Dann wurde er aus der Krankenabteilung fünf Zellen weiter in die Sicherheitsabteilung verlegt, die links und rechts von Doppelgittern begrenzt war. Die Zellen unter und über ihm waren leer. Er konnte wieder aufstehen. Jeden Tag eine halbe Stunde Hofgang – mit auf dem Rücken gefesselten Armen. Seine Wunden platzten erneut auf.

42.
Wer zuerst schießt, überlebt

Die Schüsse von Augsburg und Hamburg zeigten, dass inzwischen auf beiden Seiten die Finger schnell am Abzug waren. Nach 22 Monaten Flucht und Fahndung herrschten auf beiden Seiten Angst, Hysterie und Verfolgungswahn. Der Berliner Psychologe Helmut Kentler sagte dazu: »Die Flüchtigen haben heute die Mentalität von Vogelfreien. Ihre Handlungen sind längst nicht mehr politisch zu rechtfertigen. Ihr Denken und Tun wird nur noch vom Willen des Überlebens bestimmt. Sie schießen, um noch einmal davonzukommen.«

Auch viele Polizeibeamte schossen jetzt, um noch einmal davonzukommen. Ein Beamter aus der Sonderkommission des ermordeten Kriminalhauptkommissars Hans Eckhardt sagte: »Jetzt ist es so weit. Wer zuerst schießt, überlebt. Es ist wohl besser, im Zweifelsfall lieber ein Disziplinarverfahren an den Hals als eine Kugel in den Bauch zu bekommen.«

So dachten viele, und sie handelten auch so. Am 1. März 1971 nahm der siebzehnjährige Lehrling Richard Epple einer Tübinger Verkehrsstreife die Vorfahrt. Er hatte keinen Führerschein, und das linke Rücklicht seines alten Ford 12M war defekt. Die Polizisten nahmen die Verfolgung auf. Im Abstand von wenigen Metern rasten sie über die Straßen. Die Beamten forderten Verstärkung an. Über Funk hörten sie von einem ihrer Kollegen: »Dann aber Feuer frei.« Der Lehrling raste an einer Straßensperre vorbei, und einer der dort postierten Beamten eröffnete das Feuer. Er schoss neunmal mit seiner Dienstpistole in die Luft und griff dann zur Maschinenpistole. Aus dem Seitenfenster und bei siebzig Stundenkilometern Geschwindigkeit gab er Dauerfeuer auf den flüchtenden Fordfahrer ab. Zehn Kugeln schlugen in eine Hauswand, sieben zertrümmerten die Heckscheibe des Fluchtwagens und trafen den Lehrling am Steuer. Richard Epple war sofort tot.

Die Verwechslungen Unbeteiligter mit gesuchten Terroristen nahmen zu. Auf

der Autobahn Hamburg–Bremen überholte ein schwarzer Mercedes einen hellen Glas 1700 TS mit niederländischem Kennzeichen und brachte ihn zum Halten. Zwei Männer in Rollkragenpullovern, in der Hand Pistolen, sprangen heraus. Der Fahrer des gestoppten Fahrzeugs dachte: »Das sind Räuber. Wir werden überfallen.«

Er gab Gas und raste davon. Einer der Rollkragenmänner hatte noch beobachtet, wie die Beifahrerin in die Handtasche griff, außerdem glaubte er, Mündungsfeuer zu sehen. Er warf sich auf den Boden und feuerte dreimal.

Das Paar meldete sich bei der nächsten Polizeiwache. Es waren verängstigte Touristen aus Holland. Die Männer in den Rollkragenpullovern waren Polizisten in Zivil, Terroristenjäger.

Einem 35-jährigen Verlagsvertreter des »Spiegel« geschah es zweimal, dass er für Andreas Baader gehalten wurde. Nach einem Verkehrsunfall in der Frankfurter Innenstadt sahen er und seine Sekretärin plötzlich in die Läufe von acht Polizeipistolen. Als sich der Irrtum aufgeklärt hatte, fragte der Baader-Doppelgänger: »Was wäre passiert, wenn einer von uns in die Tasche gegriffen hätte?«

»Dann hätten wir geschossen«, antwortete der Polizeibeamte. Zwei Wochen später wurde der Verlagsvertreter erneut von Polizisten gestoppt. Einer der Beamten richtete seine Pistole auf ihn und sagte: »Verkehrskontrolle.«

»Nein, nicht schon wieder«, sagte der Mann. »Ich bin nicht Baader. Ich bin vom ›Spiegel‹!«

Unter Bewachung wurde er diesmal zum Bundeskriminalamt nach Wiesbaden gefahren, wo seine Fingerabdrücke mit denen Baaders verglichen wurden. Dabei erklärte ein BKA-Beamter: »Die Baader-Meinhof-Bande – das sind ganz kluge Leute, die handeln immer anders, als man denkt. Aber nun denken wir auch schon so.«

Der Fahrer eines blauen Porsche aus Hannover wurde von einem Polizisten an der Straßenkreuzung als Baader identifiziert. Er bog mit seinem Wagen um die Ecke und verschwand in einer Tiefgarage. Erst am nächsten Tag erfuhr er aus der Zeitung, dass zwanzig bis dreißig Streifenwagen und mehrere Polizeihubschrauber unterwegs gewesen waren, um ihn zu fangen: »Jagd nach blauem Porsche in Niedersachsen«. Er meldete sich bei der Polizei, wurde eine Stunde lang überprüft und dann entlassen.

Eine Hamburger Journalistin, klein und blond, flog von Berlin nach Nürnberg. Schon auf der Gangway wurde sie von zwei kräftigen Herren erwartet und in das von Polizisten abgeriegelte Flughafengebäude geführt. In einem Büroraum wurde die Überraschte verhört. »Das muss eine Verwechslung sein«, beharrte sie. Aber die Beamten blieben fest: »Nun geben Sie es doch zu, Sie sind Ulrike Meinhof!«

Später erhielt die Journalistin auf ihren Wunsch hin eine amtliche Bescheinigung: »Ursula G. wurde vorübergehend festgenommen aufgrund einer Ähnlichkeit mit Ulrike Meinhof. Die Untersuchung verlief negativ.«

43.
Die Sprengstoffküche

In Frankfurt wurde Anfang April der Metallbildner Dierk Hoff zunehmend unter Zeitdruck gesetzt. Seine Auftraggeber hatten ihm etwa achtzig Zentimeter lange Metallrohre von knapp zwanzig Zentimetern Durchmesser angeliefert, die er in jeweils vier Teile zerschneiden und an den Enden zuschweißen sollte. Gerhard Müller half ihm, die glühend heißen Bombenhüllen ins Badezimmer zu schleppen, wo sie in der Wanne abgekühlt werden mussten. Es erhob sich eine gewaltige Dampfwolke.

In den Tagen und Wochen zuvor hatte Müller in verschiedenen Städten mehrere hundert Kilogramm Chemikalien für die Füllung der Bomben eingekauft: Bleimennige, Aluminiumpulver, Ammoniumnitrat, Kaliumnitrat, Kaliumchlorat, Schwefel, Holzkohle, Holzmehl, Glyzerin, Eisenoxid und verschiedene Säuren. Dazu besorgte Müller Batterien, Drähte, Litzen, Stecker, Klemmen, Drahtwiderstände und Kurzzeitwecker.

Die Gruppe wollte Sprengkörper unterschiedlicher Bauart herstellen, um die Ermittlungsbehörden mit immer neuen Bombentypen zu verwirren. Zur Verstärkung der Splitterwirkung besorgte Müller vier bis neun Millimeter dicke Stahlkugeln, die mit dem Sprengstoff vermischt werden sollten.

Die für die Bombenherstellung nötigen Grundstoffe wurden in die Wohnung Inheidener Straße gebracht. Einige der Chemikalien mussten zerkleinert werden. Baader hatte die Idee, dafür Kaffeemühlen zu verwenden. Er schickte Müller, um die elektrischen Mühlen einzukaufen. Da die Kaffeemühlen nur eine geringe Kapazität hatten und bei der Massenproduktion schnell verschlissen, wurde eine größere Kaffeemühle beschafft, die dann aber noch schneller kaputtging. So blieb es bei der Zerkleinerung von Ammoniumnitrat und Holzkohle in kleinen Portionen. Um die Staubbelästigung möglichst gering zu halten, steckte Baader die Mühlen in Eimer. Die Polizei entdeckte später in der Wohnung Inheidener Straße eine ganze Batterie sorgsam eingepackter Kaffeemühlen, insgesamt zehn Stück. Zum Mischen der Sprengstoffe wurden ebenfalls Küchengeräte verwendet, Handmixer. Aber auch diese Geräte vertrugen die Zweckentfremdung auf die

Dauer schlecht. Baader schraubte Schneebesen in eine Bohrmaschine und quirlte damit die hochbrisanten Mischungen. Um den mühsamen Vorgang etwas zu beschleunigen und größere Mengen gleichzeitig zu mixen, versuchte er, ein Gerät herzustellen, bei dem mehrere Schneebesen mit einer Gewindestange von einer Bohrmaschine angetrieben werden konnten.

Das Rezept, das Ammoniumnitrat, Bleimennige und Aluminiumpulver im Mischungsverhältnis vier zu drei zu zwei vorsah, lieferte nicht das gewünschte Resultat. Baader machte einen Sprengversuch und stellte fest, dass zu viel Bleimennige übrig blieb. Daraufhin wurde der Anteil des roten Stoffes auf zweieinhalb Teile verringert. Der graue Sprengstoff bestand aus Ammoniumnitrat, Kaliumnitrat, Schwefel, Holzkohle und Holzmehl. Beide Sprengstoffarten, insgesamt zehn bis zwölf Zentner, wurden mit Hilfe von Trichtern in die Bombenkörper gefüllt, einige zusätzlich mit Stahlkugeln angereichert. Sprengkapseln und Sprengschnur wurden mit eingebaut, nur die elektrischen Zündanlagen vorerst zur Sicherheit weggelassen. Sie sollten erst kurz vor dem Einsatz der Bomben montiert werden.

Im Frühjahr 1972 war eine Reihe von Anwälten in der Öffentlichkeit unter Beschuss geraten. Nach der Festnahme von RAF-Angehörigen hatten sie sich als Verteidiger gemeldet und Vollmachten vorgelegt, die ihre Mandanten zum Teil schon unterschrieben hatten, als sie noch gesucht worden waren.

Manche Rechtsanwälte schienen also Kontakt zu gesuchten Terroristen zu haben.

Der Stuttgarter Anwalt Klaus Croissant wurde später, am 19. Juni 1972, in einem Fernsehinterview gefragt: »Wenn jemand aus der Gruppe von Personen, die heute noch gesucht werden, zu Ihnen kommt, würden Sie ihn überreden, sich zu stellen?«

Croissant antwortete: »Ich würde die Entscheidung desjenigen, der völlig mit dieser Gesellschaftsordnung gebrochen hat und sich zu einem bewaffneten Kampf entschlossen hat, anerkennen. Ich meine, dass auch derjenige, der sich als Revolutionär versteht, und jedes Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe wird dies tun, Anspruch auf Achtung hat …«

Der Interviewer fragte, ob Croissant einen Gesuchten, der zum Beispiel einen Anschlag plane, anzeigen würde, wenn er zu ihm käme.

»Die Frage ist sehr konkret, nur ist sie sehr hypothetisch. Wenn Sie glauben, dass irgendjemand, der einen derartigen Anschlag vorhat, dies einem Rechtsanwalt sagen würde, täuschen Sie sich ganz sicher.«

Nicht erst seit diesem Interview wurde Croissant von den Sicherheitsbehörden beobachtet.

Am 9. Mai rief eine unbekannte Frau in seinem Stuttgarter Büro an: »Ihr Telefon wird überwacht.«

»Ja, ich meine, hallo«, sagte Croissant.

»Ja.«

»Sind Sie noch da?«

»Ja.«

»Das ist bei allen Anwälten in politischen Strafsachen anzunehmen, oder das kann man nicht ausschließen?«, fragte der Rechtsanwalt.

»Ihre Wohnung wird auch überwacht.«

»Das würde mich aber schon interessieren.«

»Sie haben mir mal geholfen, und deswegen schmeiße ich den Stein zurück«, sagte die Unbekannte.

»Das ist nett von Ihnen.«

Croissant und die Frau verabredeten sich für den Abend in einem Restaurant. Das Treffen wurde von Beamten des Landeskriminalamtes observiert. Anschließend wurde die Frau festgenommen. Croissants Telefon war tatsächlich abgehört worden.

Die Anruferin war Schreibkraft im Landeskriminalamt. Sie wurde in Haft genommen.

44.
Bombenanschläge

Am 27. April 1972 scheiterte im Bundestag das Erste »konstruktive Misstrauensvotum« gegen einen amtierenden Bundeskanzler. Willy Brandt blieb im Amt. Überall in der Bundesrepublik war es zu Sympathiekundgebungen für Brandt und die sozialliberale Koalition gekommen. Im Ruhrgebiet hatten Arbeiter gegen das Misstrauensvotum des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Rainer Barzel gestreikt.

Was erst knapp zwanzig Jahre später herauskam: Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR hatte an der Parlamentsentscheidung mitgewirkt, indem die Stasi einige Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU mit Schmiergeld kaufte.

Im Mai 1972 verminte die amerikanische Luftwaffe Häfen in Nordvietnam.

Andreas Baader, Jan-Carl Raspe, Holger Meins, Gudrun Ensslin und Gerhard Müller waren in Frankfurt, in der Wohnung Inheidener Straße. Sie hörten Nachrichten, und Gudrun Ensslin schlug als Gegenaktion einen Sprengstoffanschlag auf amerikanische Einrichtungen vor. »Na, denn mal los!«, sagte Baader nach Gerhard Müllers Erinnerung. In einem roten Volkswagen machten sich Gudrun Ensslin und Raspe auf den Weg, um ein geeignetes Bombenziel auszukundschaften. Nach ihrer Rückkehr in die Wohnung wurde eine kleine Gasflasche sprengfertig gemacht. Zusätzlich montierte Raspe eine Rohrbombe und packte sie in eine Ledertasche. Gudrun Ensslin verstaute einen weiteren Sprengkörper in einem Karton und wollte zur Tarnung einen Blumenstrauß darauflegen, sodass das Paket wie ein Geschenk aussah. Baader und Holger Meins übernahmen die Gasflasche, packten sie in eine Segeltuchtasche und warfen ein Tuch darüber.

Am 11. Mai 1972, zwischen 18.59 und 19.02 Uhr, verwüsteten drei Rohrbomben das Eingangsportal und Offizierscasino des V. US-Korps im IG-Farben-Haus in Frankfurt am Main.

Der Busfahrer Vömel sah den Explosionsblitz am Eingangsportal. Dann

war alles voll Qualm und Rauch. Er dachte an eine Gasexplosion. »Man war ja noch nicht daran gewöhnt, dass Bomben seit dem Krieg wieder in die Luft gehen.« Zwei Militärpolizisten liefen mit gezogenen Waffen an ihm vorbei. Kurz darauf eine zweite Explosion. Vömel und andere, die neben ihm gestanden hatten, liefen über Trümmer und Glasscherben davon.

Im Casino explodierte eine dritte Bombe. Jemand rief: »Zieht euch die Jacken über den Kopf.« Viele Menschen waren von Glassplittern getroffen worden und bluteten. Sie flüchteten sich in den Keller, ohne zu wissen, warum. »Das ist vielleicht noch ein deutsches Erbe«, sagte der Busfahrer später, »wenn Bomben fallen, in den Keller zu rennen anstatt gleich raus.« Ein amerikanischer Soldat schrie: »Everybody out of the building!«

Leute irrten durch die Gänge, suchten einen Weg aus dem Gebäude. Plötzlich standen sie vor einer Tür, rüttelten, doch sie ging nicht auf. Einer sagte: »In der Tür sind überhaupt keine Scheiben mehr.« Sie kletterten hindurch, kamen blutend ins Freie.

Als die Bombe im Offizierscasino explodierte, dachte eine Serviererin zunächst an ein Gewitter. Dann aber blitzte und klirrte es, der Haupteingang und das Dach des Casinos stürzten ein. Die Frau rannte durch die Küche nach draußen. Dort sah sie einen amerikanischen Offizier, der wenige Minuten zuvor bei ihr die Rechnung bezahlt hatte. Oberstleutnant Paul A. Bloomquist, 39 Jahre alt, lag auf dem Boden, in seinem Hals steckte ein Stück der Glasscheibe aus der Casinotür. Niemand kam zu Hilfe, weil alle Angst hatten, es könnte noch eine Bombe hochgehen. Bloomquist war ohnehin nicht mehr zu helfen.

Dreizehn Verletzte und ein Toter waren die Bilanz dieses Anschlags.

In der RAF-Erklärung, unterschrieben mit »Kommando Petra Schelm«, hieß es: »Für die Ausrottungsstrategen von Vietnam sollen Westdeutschland und Westberlin kein sicheres Hinterland mehr sein. Sie müssen wissen, dass ihre Verbrechen am vietnamesischen Volk ihnen neue, erbitterte Feinde geschaffen haben, dass es für sie keinen Platz mehr geben wird in der Welt, an dem sie vor den Angriffen revolutionärer Guerilla-Einheiten sicher sein können.«

Am nächsten Morgen wurde Gerhard Müller geweckt. Andreas Baader, Holger Meins und Gudrun Ensslin wollten nach München fahren, um dort als Rache für den Tod von Thomas Weisbecker eine Bombe zu legen. Müller sollte in Frankfurt bleiben, das Telefon bewachen und als Reserve zur

Verfügung stehen. Beim Abschied machte Baader noch eine Andeutung: »In Augsburg wird es auch noch krachen.« Sie holten aus der Garage am Hofeckweg einen Wagen, beluden ihn mit Sprengkörpern und brachen auf.

An diesem 12. Mai 1972, kurz nach 12.15 Uhr, detonierten auf zwei Büroschränken in der Augsburger Polizeidirektion zwei Stahlrohrsprengkörper. Fünf Polizisten wurden verletzt.

Zwei Stunden nach der Explosion in Augsburg flog auf dem Parkhof des Münchner Landeskriminalamts ein mit Sprengstoff beladener Ford 12M in die Luft. Sechzig Autos wurden demoliert. In sechs Stockwerken zerbarsten die Fensterscheiben.

Am 15. Mai 1972 explodierte um 12.40 Uhr in Karlsruhe in der Klosestraße ein roter Volkswagen. Er gehörte dem Bundesrichter Buddenberg, am Steuer aber saß seine Frau.

Sie hatte ein paar Besorgungen machen und anschließend ihren Mann vom Bundesgerichtshof abholen wollen. Frau Buddenberg setzte sich ins Auto und warf ihre Tasche auf den Rücksitz. Sie drehte den Zündschlüssel herum und bemerkte Brandgeruch. Dann folgte eine Explosion. Frau Buddenberg wurde mit Autoteilen, Asche, Staub und Schmutz zugedeckt. Es gelang ihr, auf die Straße zu kriechen. Sie schrie laut um Hilfe: »Dies ist ein Anschlag der Baader-Meinhof-Gruppe. Bitte benachrichtigen Sie meinen Mann, den Bundesrichter Buddenberg.« Nachbarn schauten aus den Fenstern, unternahmen aber nichts. »Holen Sie doch meine Sachen, meine Sachen aus dem Auto«, rief Frau Buddenberg immer wieder. Sie blutete aus mehreren Wunden: Verletzungen am linken Unterschenkel, Splitter im rechten Bein und im rechten Arm.

Am 19. Mai 1972 gegen 15.30 Uhr erhielt eine Telefonistin im Hamburger Springer-Hochhaus an der Kaiser-Wilhelm-Straße einen Anruf: »In fünf Minuten geht bei Ihnen eine Bombe hoch.«

Die Frau nahm das nicht so ernst. Anrufe dieser Art waren in der Zentrale des Axel Springer Verlages keine Seltenheit. Sie ließ sich mit dem Anrufer auf ein Gespräch ein. »Ihr Schweine, ihr nehmt aber auch gar nichts ernst«, sagte der Mann und legte auf.

In Ruhe nahm die Telefonistin noch ein paar andere Gespräche entgegen und benachrichtigte dann die Verwaltung des Springer-Hauses über die

Bombendrohung. Inzwischen war ein zweiter Anruf gekommen. Eine Kollegin hatte ihn entgegengenommen. Wieder war es eine männliche Stimme, wenn auch ziemlich hoch, die sagte: »In fünf Minuten geht bei Ihnen eine Bombe hoch.« Der Anrufer verlangte wütend: »Räumt sofort das Haus.«

»Ist das wieder der Verrückte?«, fragte die Kollegin vom Nebenplatz. Die Telefonistin nickte. Der Anrufer sagte: »Ihr verdammten Schweine!« Dann legte er auf.

Die Telefonistinnen hatten gerade jemanden von der Verwaltung am Apparat, als es einen furchtbaren Knall gab. Eine Bombe war explodiert. Unmittelbar darauf klingelte erneut das Telefon, diesmal war es ein Ferngespräch. »Ist bei Ihnen eben eine Bombe hochgegangen?«, fragte eine Frau. »Ja«, antwortete die Telefonistin. Dann klickte es in der Leitung.

Der erste Sprengkörper war im Korrektursaal des Springer-Hauses explodiert. Fünfzehn Korrektoren saßen dort über ihrer Arbeit. Die meisten von ihnen erlitten Verletzungen. Kurz darauf detonierten zwei weitere Bomben. Sie waren in den Toiletten versteckt.

Einer der verletzten Korrektoren erklärte später im Stammheimer Prozess: »Wir wussten zwar, dass das Springer-Hochhaus oft belagert wurde von Studenten und dass man uns auch mal hinderte, an die Arbeit zu gehen. Aber dass man uns direkt angreifen würde, indem man uns eine Bombe hinlegt, da haben wir wirklich nicht mit gerechnet, keiner von uns.«

Ein Springer-Redakteur machte die Aussage: »Ich wunderte mich nur, dass man eigentlich, wenn man das Haus Springer treffen wollte, ausgerechnet bei den Korrektoren getroffen hat, wo Menschen sind, deren Gesinnung ein kleines bisschen mehr links von der Mitte ist. Es gibt, glaube ich, lohnenswertere Ziele, wenn man nur die Sache treffen wollte. Wenn man das Rechenzentrum ausgesucht hätte, das hätte einen größeren Schaden für das Haus ergeben.«

Insgesamt wurden siebzehn Personen, zwei davon schwer, verletzt.

Am Tag darauf meldete sich wieder ein anonymer Anrufer: »Es liegen noch mehr Bomben im Haus. Die Polizisten sind alle Trottel, die suchen an der falschen Stelle.« Tatsächlich fand die Polizei noch drei weitere Sprengkörper im Verlagsgebäude: einen neben der Rotation, einen in der Direktion und einen in einem Putzmittelschrank. Die Bomben konnten entschärft werden.

Drei Tage nach diesem Anschlag gingen »Bekennerschreiben« bei dpa, UPI, der »Süddeutschen Zeitung« und bei »Bild« ein, unterschrieben mit »Kommando 2. Juni«. Sie waren auf einer Maschine getippt, die die Polizei später in einer Hamburger Wohnung fand: »Springer ging lieber das Risiko ein, dass seine Arbeiter und Angestellten durch Bomben verletzt werden, als das Risiko, ein paar Stunden Arbeitszeit, also Profit, durch Fehlalarm zu verlieren. Für die Kapitalisten ist der Profit alles, sind die Menschen, die ihn schaffen, ein Dreck. – Wir sind zutiefst betroffen darüber, dass Arbeiter und Angestellte verletzt worden sind.«

Am 24. Mai um 18.10 Uhr detonierten im Abstand von fünfzehn Sekunden vor dem Kasernenblock 28 und dem Casino des Europa-Hauptquartiers der US-Armee in Heidelberg zwei in Autos deponierte Bomben. Im Bereitschaftsraum des amerikanischen Hospitals hatte ein deutscher Ambulanzfahrer die Explosion gehört. Kurz darauf läutete das Telefon. Er wurde zum Haupttor befohlen und von dort aus sofort zur Computerstation am Ende des Hauptquartiers weitergeschickt.

Das Gelände war von Trümmern übersät. Der Sanitäter und seine Kollegen fragten Militärpolizisten: »Was ist los?« Sie zuckten mit den Schultern: »Was soll schon los sein? Eine Detonation.«

Unter umgestürzten Mauerteilen, Holzbalken und Glassplittern suchten Sanitäter und Soldaten nach Verletzten. Vor einem herausgerissenen Fenster lag ein Körper, der sich noch bewegte. Die Kleider waren von der Druckwelle fortgerissen worden. Der Ambulanzfahrer hielt den Kopf des Mannes hoch.

Als der Wagen das Tor erreichte, sagte ein Offizier: »Fahr langsam, es hat keine Eile, der Mann ist gestorben.« Nachdem die Sanitäter den Toten im Krankenhaus abgeliefert hatten, fuhren sie wieder zurück.

In der Zwischenzeit war ein zweites Bombenopfer gefunden worden. Es lag neben einer eingestürzten Mauer. Ein schwerer Coca-Cola-Automat hatte den Soldaten unter sich begraben. Nur einer seiner Füße war zu sehen. Der Getränkeautomat wurde beiseitegehievt, doch für den Mann kam jede Hilfe zu spät.

Das dritte Opfer war zerrissen worden. Sein Oberkörper lag noch da. Der Sanitäter sah Leichenfetzen in den Lindenbäumen neben dem Explosionsort und verbrannte Fußsohlen auf dem Boden. Die Sanitäter nahmen einen Kopfkissenbezug und sammelten die Überreste ein.

Auf dem Parkplatz, wo ein zweiter Sprengkörper explodiert war, wurden weitere Verletzte versorgt. Ein Offizier sah aus wie skalpiert, Kopfhaut und Haare waren abgerissen.

Der LKA-Beamte Günter Textor wurde zum Tatort gerufen. »Das war eine ganz schlimme Geschichte. So hatte ich das im Frieden nicht mehr erlebt, also dass Menschen so zerfetzt wurden von einem Bombenanschlag.«

Insgesamt waren bei diesem Anschlag drei amerikanische Soldaten getötet worden, Clyde Bonner, Ronald Woodward und Charles Peck. Fünf weitere GIs waren verletzt.

Auch das »Bekennerschreiben« zu diesem Anschlag war auf der später in Hamburg gefundenen Maschine geschrieben worden: »Die Menschen in der Bundesrepublik unterstützten die Sicherungskräfte bei der Fahndung nach den Bombenattentätern nicht, weil sie mit den Verbrechen des amerikanischen Imperialismus und ihrer Billigung durch die herrschende Klasse hier nichts zu tun haben wollen; weil sie Auschwitz, Dresden und Hamburg nicht vergessen haben; weil sie wissen, dass gegen die Massenmörder von Vietnam Bombenanschläge gerechtfertigt sind; weil sie die Erfahrung gemacht haben, dass Demonstrationen und Worte gegen die Verbrecher des Imperialismus nichts nützen.«

Der Text stammte allem Anschein nach von Ulrike Meinhof.

45.
»Aktion Wasserschlag«

Fünf Tage nach dem Anschlag von Heidelberg rief der Präsident des Bundeskriminalamtes die Leiter der Sonderkommissionen der Länder und Vertreter des Bundesgrenzschutzes zusammen und informierte sie über einen Plan. Am übernächsten Tag sollte bundesweit eine Fahndungsaktion laufen, wie sie die Republik noch nicht erlebt hatte. Die gesamte Schutzpolizei sollte für einen Tag praktisch unter dem Oberbefehl des BKA stehen. Herold hatte sich von Genscher grünes Licht dafür geben lassen. Der Bundesinnenminister meinte nur: »Machen Sie's so, wenn das notwendig ist. Wenn wir nicht weiterkommen, wollen wir doch mal sehen, wer uns da die Gefolgschaft aufkündigt.«

Herold stellte die obersten Polizeiführer der Länder vor vollendete Tatsachen: »Bitte informieren Sie Ihre Minister.« Es gab ein paar empörte Anrufe, aber schließlich machten alle mit.

Am 31. Mai 1972 wurden alle Hubschrauber, die im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik verfügbar waren, in die Luft gebracht. Sie nahmen jeweils eine Gruppe von Polizeibeamten auf, flogen die Autobahnen ab und landeten für kurze Zeit an Auf- oder Abfahrten. Dort wurden Straßensperren errichtet, alle Fahrzeuge gestoppt und die Fahrer überprüft. Anschließend sprangen die Beamten wieder in ihre Helikopter, flogen ein Stück weiter und errichteten eine neue Sperre. Auf diese Weise, so Herold, wurde die Bundesrepublik »richtig durchgeklopft«.

Es gab ein totales Verkehrschaos, aber die verunsicherten Bürger zeigten Verständnis. Es war nicht so, wie die RAF in ihrem Bekennerschreiben vorausgesagt hatte: »Die Menschen in der Bundesrepublik unterstützen die Sicherungskräfte bei der Fahndung nach den Bombenattentätern nicht …«

»Ich habe nie wieder einen so hohen Grad an Identifikation zwischen Bürger und Polizei erlebt wie an diesem Tag«, erinnerte sich Herold später. »Ich bin selbst mit dem Hubschrauber die Strecken abgeflogen, und wir begegneten eigentlich überall nur winkenden Autofahrern. Man kann sich

heute gar nicht mehr vorstellen, wie tief der Schock über die Attentate gesessen hatte. Unsere Aktion hatte das erklärte Ziel, durch einen Schlag ins Wasser die Fische mal richtig in Bewegung zu bringen. Das Fernsehen war ganz überrascht. Die kamen mit Teams überall angefahren. Es war die erste, die größte und nicht mehr wiederholte öffentliche Aktion, die es jemals gegeben hat.«

46.
Die Belagerung

Schon vor der Großfahndung hatte die Polizei auf den Tipp eines Anwohners hin am Hofeckweg in Frankfurt, in unmittelbarer Nähe des Hessischen Rundfunks, eine Garage observiert. In der Nacht schlichen sich BKA-Beamte hinein und sahen sich um. In großen Eimern standen dort an die zwei Zentner graues Pulver, das verdächtige Ähnlichkeit mit Sprengstoff hatte. Die Beamten nahmen die Behälter mit und ließen den Stoff im BKA untersuchen. Ihr erster Eindruck war richtig gewesen. Aus Knochenmehl stellten sie daraufhin eine Mischung her, die dem grauen Sprengstoff zum Verwechseln ähnlich sah, und brachten die Eimer in der folgenden Nacht zurück.

Der BKA-Beamte Hans Fernstädt, der das Pulver ausgetauscht hatte, bot sich an, das Problem ein für alle Mal eigenhändig zu lösen. Doch seine Vorgesetzten lehnten ab.

»Ich habe vorgeschlagen, dass ich in dieser Garage mit einer Waffe, mit einem Funkgerät warte, um tatsächlich diese Leute zu stellen. Und wenn sie sich nicht stellen lassen, dann hätte ich auch geschossen. Und seien Sie sicher, da wären alle drei zweiter Sieger geblieben. Für mich war das eine Lösung, wo ich gedacht habe: ›Dann hat man noch ein Mal mit diesen Menschen Ärger. Und zwar bei ihrer Beerdigung.‹«

Wenige Stunden nach Abschluss der »Aktion Wasserschlag«, die kaum brauchbare Ergebnisse erbracht hatte, regte sich etwas bei der observierten Garage am Hofeckweg.

1. Juni 1972, 5.50 Uhr: Drei Männer fuhren in einem auberginenfarbenen Porsche Targa auf der Kaiser-Siegmund-Straße in östlicher Richtung. Sie bogen nach rechts in die Eckenheimer Landstraße und von dieser wiederum nach rechts in den Kühlhornshofweg ab. Die Polizeibeamten registrierten, dass der Porsche die Einbahnstraße in falscher Richtung befuhr. Kurz vor Erreichen des Hofeckwegs wendete der Wagen. Drei Männer kletterten aus dem Fahrzeug. Zwei von ihnen, Holger Meins und Andreas Baader, gingen sofort in die Garage. Der dritte, Jan-Carl Raspe, blieb als Sicherungsposten

stehen.

Zwei Polizeibeamte, die zum Observationskommando gehörten, näherten sich in ihrem Wagen. Durch das Seitenfenster forderten sie Raspe auf, stehen zu bleiben. Raspe griff in die rechte Tasche seines Mantels und zog eine Pistole. Vom Hofeckweg aus kamen in diesem Moment zwei weitere Polizeibeamte angelaufen. Jan-Carl Raspe lief den beiden ein paar Meter entgegen und schoss aus etwa 28 Metern Entfernung. Einer der Beamten warf sich hinter das parkende Auto, der andere suchte im Wageninnern Schutz. Raspe lief weiter, zwischen den Häusern hindurch auf ein Gartengrundstück zu. Dort stellte ihn der Polizeihauptkommissar Irgel. Raspe ließ sich ohne Widerstand festnehmen. Bei ihm wurde eine Neun-Millimeter-Parabellum gefunden. Vier Monate später entdeckte ein Schüler im Erdreich des Gartens einen Revolver vom Typ Smith & Wesson, den Jan-Carl Raspe unmittelbar vor seiner Festnahme verscharrt hatte.

In der Zwischenzeit waren Baader und Meins in die Garage gegangen und hatten die Tür hinter sich geschlossen. Als sie die Schüsse hörten, öffnete Holger Meins einen Türflügel, um nachzusehen, was draußen vor sich ging. Ein Polizeibeamter war bis auf fünfzehn Meter an die Garage herangekommen, richtete seine Maschinenpistole auf Meins und forderte ihn auf, in die Garage zurückzutreten. Nachdem die Tür wieder geschlossen war, schoben die Beamten eines der Observationsfahrzeuge, einen Audi, vor die Tür, um einen Ausbruch der beiden zu verhindern. Einer der Beamten schlich sich noch einmal zum Auto, um das Funkgerät abzustellen. Baader schoss durch den geschlossenen rechten Flügel der Garagentür. Niemand wurde getroffen.

Inzwischen war polizeiliche Verstärkung angerückt. Die Garage wurde von Beamten umzingelt, an die 150 Schusswaffen richteten sich auf die Belagerten. Regierungskriminaldirektor Scheicher vom BKA hatte die Einsatzleitung vor Ort übernommen.

Später wunderte sich BKA-Präsident Herold darüber, dass Baader und Meins sich nicht sofort ergeben hatten: »Ich muss heute noch bewundern, dass sie dann auch gewagt haben zu schießen. Die mussten ja davon ausgehen, dass sie auf Pulver sitzen.«

Auf der Rückseite der Garage hatten die Polizeibeamten in der Zwischenzeit Löcher in die Glasbausteine geschlagen. Im Halbdunkel konnte der Kriminalhauptmeister Pfeiffer die beiden Männer erkennen. »Teilweise haben sie uns angelacht oder ausgelacht«, erinnerte er sich später. »Sie haben

Zigaretten geraucht und hin und wieder ihre Pistolen in unsere Richtung gehalten.«

Durch die Löcher in der Rückwand wurden Tränengaskörper in die Garage geworfen. Scheicher forderte die beiden über Lautsprecher auf, ihre Waffen auf den Hof zu werfen, ihre Oberbekleidung auszuziehen und mit erhobenen Händen die Garage zu verlassen.

»Werfen Sie die Pistolen in den Hof oder andere Waffen, nehmen Sie die Hände hoch und kommen Sie einzeln heraus. Dann passiert Ihnen nichts. Wir haben mehr Geduld als Sie. Viel mehr. Und wir sind in der besseren Situation. Desto stärker werden unsere Kräfte. Sie kommen, und sie sind jetzt schon so stark, dass Sie keine Chance mehr haben. Kommen Sie doch heraus, was wollen Sie denn da drinnen?«

Baader und Meins stießen einen Türflügel gegen den Audi. Die Polizisten hatten den Eindruck, sie wollten sich ergeben, und zogen mit einem Seil den Wagen zurück. Daraufhin wurde die Garagentür von innen etwas weiter geöffnet, damit das Tränengas abziehen konnte. Baader schleuderte rauchende Tränengasgranaten zurück. Er stand vorn rechts in der Garage, lehnte sich an den dort parkenden silbermetallfarbenen Sportwagen »Iso Rivolta«, einen Revolver in der linken und eine Zigarette in der rechten Hand. Holger Meins lag links neben dem Wagen hinter einer Gasflasche in Deckung und hatte seine Pistole nach draußen gerichtet.

Gegen 7.45 Uhr wurde ein mit vier Beamten besetzter Panzerwagen eingesetzt. Mit ihm sollten die beiden Flügel der Garagentür zugedrückt werden, damit das Tränengas besser wirken konnte. Es gelang jedoch nur, den rechten Türflügel zu schließen.

»Geben Sie auf, jeder Widerstand ist zwecklos«, tönte es aus dem Polizeilautsprecher. Als die beiden Eingeschlossenen die Garage immer noch nicht verließen, wurden neue Tränengasgranaten aus Leuchtpistolen in den Unterschlupf geschossen. Der Polizeibeamte Stumpf und sein Kollege Brandau feuerten abwechselnd ihre Tränengasgranaten ab. Sie konnten den blonden Mann erkennen, der den Arm hob und die Polizeibeamten über seine Pistole anvisierte. »Pass auf, der schießt«, rief Brandau. Ein Schuss fiel, dann noch einer, und die beiden Polizeibeamten warfen sich in Deckung. Der Wind trieb den Beamten das Tränengas in die Augen, und sie zogen sich weiter zurück. Der Panzerwagen machte einen neuen Vorstoß, fuhr auf die Garage zu und drückte die Tür ein.

Der Kriminalhauptmeister Bernhard Honke hatte sich gegen 7.00 Uhr an

den Einsatzort begeben. Das Gebiet um den Hofeckweg war schon abgesperrt. Er ließ sich von den Kollegen über die Lage informieren. Eine Frau aus dem dritten Stock des gegenüber der Garage liegenden Mietshauses rief ihm zu, aus ihrem Fenster könne man den Hof und die Garageneinfahrt beobachten. Der Beamte ging in die Wohnung und konnte von dort aus den blonden Mann, Andreas Baader, sehen.

Langsam wurde die Polizeikette enger um die Garage gezogen. Kriminalhauptmeister Honke verließ seinen Beobachtungsposten im dritten Stock und fragte bei der Einsatzleitung, ob man ihm ein Gewehr mit Zielfernrohr besorgen könne. Nach wenigen Minuten wurde ihm die Waffe übergeben, und er ging zurück ans Fenster im dritten Stock.

Durch das Zielfernrohr visierte er Baaders Oberschenkel an und schoss. Baader fiel und schrie. Wieder wurden die beiden durch Lautsprecher aufgefordert, sich zu ergeben und die Waffen herauszuwerfen. Holger Meins verließ mit erhobenen Händen die Garage. Er wurde aufgefordert, stehen zu bleiben, sich bis auf die Unterhose auszuziehen und zum Ausgang des Hofes zu kommen.

Das Fernsehen filmte mit. Die Bilder des mageren, fast nackten Holger Meins gingen um die Welt.

Und manche aus dem Umfeld der RAF-Sympathisanten fühlten sich an Bilder aus Konzentrationslagern erinnert.

Der Mythos von den gnadenlos verfolgten RAF-Kämpfern war geboren.

Kriminalhauptmeister Honke meldete sich bei der Einsatzleitung und sagte, er sei der Schütze gewesen. »Gibt es noch irgendwelche Einsätze? Werde ich noch gebraucht?« – »Nein.«

Honke setzte sich in sein Auto und fuhr nach Hause.

Der Polizeibeamte Reinhold Stumpf nahm Holger Meins in den Polizeigriff und brachte ihn zum Überfallwagen.

»Was ist mit der zweiten Person?«, fragte er.

»Der ist verreckt«, antwortete Holger Meins.

Stumpf und zwei weitere Kollegen zogen sich wieder ihre Panzerwesten an und liefen auf die Garage zu. Dort fanden sie Andreas Baader. Er lag auf der Seite und schrie. Mit der linken Hand hielt er immer noch seine Pistole umklammert. Einer der Polizisten trat ihm die Waffe aus der Hand. Dann wurde Baader aus der Garage gezogen, auf eine Trage gelegt und zum Notarztwagen gebracht. »Ihr Schweine, ihr Scheißbullen«, rief er.

47.
Sieger und Besiegte

Der BKA-Beamte Alfred Klaus hielt sich bei der Sicherungsgruppe Bonn auf, als er die Nachricht von der Festnahme in Frankfurt erhielt. Baader, so wurde ihm mitgeteilt, sei verletzt und solle ins Haftkrankenhaus nach Düsseldorf verlegt werden. Klaus informierte die Flugbereitschaft des Bundesgrenzschutzes, um einen Hubschrauber für den Transport zu organisieren. Der zuständige BGS-Oberst wollte es sich nicht nehmen lassen, den Bandenboss höchstpersönlich zu fliegen. Mit einigen Bedenken willigte Klaus ein.

Sie flogen mit dem Helikopter nach Frankfurt, wo Baader in der Universitätsklinik erste Hilfe bekommen hatte. Der Gewehrschuss hatte seinen Oberschenkel zertrümmert, Baader weigerte sich, narkotisiert zu werden. »Ihr wollt mich nur aushorchen«, sagte er, als Alfred Klaus bei ihm auftauchte und ihn fragte, warum er sich keine Narkose geben lassen wollte. »Das ist doch albern«, sagte der BKA-Beamte. »Machen Sie mal eine Vernehmung in Narkose.« Er bestellte Andreas Baader einen Gruß von dessen Großmutter, die er vor einiger Zeit besucht hatte. »Soll ich ihr etwas ausrichten?« Aber Baader sah Klaus nur verständnislos an.

Nach langem Zureden durch die Ärzte war Baader mit einer Narkose einverstanden. Sein Bein wurde in Gips gelegt, man packte ihn auf eine Trage und brachte ihn durch einen unterirdischen Gang zum Notarztwagen. Draußen wimmelte es von Pressefotografen, die sich zum Teil als Ärzte verkleidet hatten, um Bilder des gefangenen Terroristenchefs zu schießen.

Von einem Sportplatz aus startete der Grenzhubschrauber und flog am Rhein entlang Richtung Düsseldorf. Alfred Klaus hatte neben dem Piloten Platz genommen, sich die Kopfhörer aufgesetzt, um den Funkverkehr zu verfolgen. Nun ist’s geschafft, dachte er. Wir haben also den Krieg, den die gegen uns angezettelt haben, im Wesentlichen gewonnen. Er blickte auf den Rhein unter sich, der Drachenfelsen flog vorbei. Klaus war besinnlicher Stimmung. In Düsseldorf lieferte er Baader beim Arzt der Haftklinik ab, einem Ausländer, der Angst hatte, ihm könnte etwas geschehen, wenn er

einen Terroristen im Gefängnis ärztlich versorgte. Baader war aus seiner Narkose aufgewacht und verlangte nach Zeitungen.

Am Abend fuhr der BKA-Beamte mit der Bahn zurück nach Bonn. Im Nobelrestaurant »Maternus« genehmigte er sich ein Steak und einen Schoppen Rotwein. Anschließend ging er noch auf einen Sprung ins Dienstgebäude der Sicherungsgruppe. Bundesinnenminister Genscher war dort, zusammen mit Helmut Kohl. Sie brannten darauf, von Klaus über die Vorgänge um die Verhaftung Andreas Baaders unterrichtet zu werden.

Wilhelm Meins, Holgers Vater, hatte die Verhaftung seines Sohnes im Fernsehen verfolgt. Dreißig Stunden später erhielt er eine Besuchserlaubnis. Holger sei im Krankenhaus. Wilhelm Meins wunderte sich darüber. Im Fernsehen hatte er seinen Sohn nackt bis auf die Unterhose gesehen, ohne Verletzungen.

Das Krankenhaus war abgesichert wie eine Festung, das Zimmer, in dem Holger Meins lag, weiß, ordentlich und geräumig. Holger Meins hatte die Bettdecke bis zum Kinn hochgezogen. Der Vater ging auf seinen Sohn zu und wollte ihn umarmen. Zwei Beamte rissen ihn zurück.

»Weshalb liegst du hier im Krankenhaus?«, fragte er.

Sein Sohn gab ausweichende Antworten, sah nur auf die Bettdecke. Wilhelm Meins zog ihm die Decke beiseite, bevor die Bewacher eingreifen konnten.

»Und da sah ich einen Menschen liegen, der nur voller Blutergüsse, Prellstellen und Schlagstellen von hier oben bis übers Becken hinweg war«, erklärte Wilhelm Meins später in einem Filminterview.

»Um Gottes willen, was haben sie mit dir gemacht?«, fragte der Vater.

Einer der Beamten schritt ein: »Sprechzeit zu Ende!«

»Ich denke überhaupt nicht daran. Ich will jetzt genau wissen, was los ist.«

Der Beamte verließ das Krankenzimmer und holte einen Vorgesetzten. Wilhelm Meins nutzte die knappe Zeitspanne aus: »Nun erzähl mal, du bist ja krankenhausreif geschlagen worden.«

»Ich kann dir genau den Sachverhalt sagen«, meinte Holger Meins. »Du kannst mir jedes Wort glauben. Ich bin abgeführt worden, in eine Polizeiwache, so wie ich war. Acht Polizisten sind da vor mir gestanden, so mir gegenüber in fünf bis sechs Metern. Der eine zog seine Pistole, legte sie auf seinen Fuß und schubste sie mit seinem großen Stiefel an mein Schienbein. Er sagte: ›So, du alter Terrorist, nun schieß los!‹ Und was hab

ich gemacht? Ich habe ganz hämisch gelacht und ihm, ohne dass ich die Hände bewegte und weil ich ja barfuß war, die Pistole mit dem Fuß zurückgeschleudert, dem Polizisten ans Schienbein. Da sind sie alle über mich hergefallen. Ich hätte sie angegriffen. Ich habe nicht gepiept und nicht geschrien. Wurde grün und blau getreten mit den dicken Stiefeln. Das kann man überhaupt nicht beschreiben.«

Es war der bis dahin größte Fahndungserfolg: die Anführer der RAF in Haft. Doch in Wirklichkeit ging das Drama erst richtig los.

Der Frankfurter Rechtsanwalt Armin Golzem war der Erste an Baaders Krankenbett: »Er war nicht jemand, der sozusagen durch sein Verhalten dokumentierte, dass seine politischen Ambitionen am Ende waren. Ganz und gar nicht. Die RAF war ja auch nicht tot danach. Die RAF lebte ja weiter. In den Figuren, die im Knast saßen. Sie konnten zwar nicht unmittelbar mehr an der bewaffneten Politik teilnehmen, aber sie waren in keiner Weise zu unterschätzende Projektionsflächen für die, die draußen waren.«

Drei Wochen später, es war ein heißer Tag, besuchte Anneliese Baader ihren Sohn in der Düsseldorfer Haftanstalt. Der Gefängnisleiter begrüßte sie. »Ihr Sohn hat zwar ein anderes Weltbild«, sagte er, »aber wir werden ihn schon umfunktionieren.«

Die Mutter hatte immer damit gerechnet, dass Andreas erschossen würde. Sie konnte kaum glauben, dass sie ihn lebend wiedersah. Vor dem Besuch hatte sie Beruhigungsmittel geschluckt. Andreas Baader lag allein in einem Zimmer, direkt an der Tür neben der Heizung, den Blick auf das vergitterte Fenster gerichtet. Neben dem Bett stand ein kleines Tischchen, darauf Tabletten, eine Schüssel Pudding mit Himbeersaft und eine Blechdose für Zigarettenkippen. In der Ecke ein weiterer Tisch, davor ein Stuhl, auf dem der Sicherheitsbeamte saß. Baader lag in einem Streckverband, das rechte Bein halb hoch.

Als Anneliese Baader ins Zimmer trat, sah sie als Erstes seinen Kopf mit dem blond gefärbten Haar, das an der Wurzel schon wieder dunkel nachgewachsen war. Die Mutter fuhr ihm mit der Hand über den Kopf, war überrascht, dass sie an seinem Bett sitzen, ihn streicheln und küssen durfte. Andreas sah seine Mutter prüfend an. Sie fragte: »Habe ich mich so verändert?«

»Nein«, sagte er, »du hast dich nicht verändert. Du siehst nach wie vor gut

aus.«

»Du weißt ja, wir sind gut im Nehmen«, antwortete sie. »Uns sieht man so etwas nicht so leicht an.«

Anneliese Baader hatte Bilder von seiner siebenjährigen Tochter mitgebracht. Andreas fragte, ob sie ihn nicht einmal besuchen könne. »Das halte ich nicht für gut«, antwortete die Mutter. »Du darfst nicht vergessen, sie hat kein Verhältnis zu dir, du bist für sie ein Fremder.« Sie hatte das Gefühl, dass ihm die Antwort wehtat. »Es ist für mich doch sehr wichtig«, sagte Anneliese Baader, »dass du hier und nicht in einem Gefängnis in Südamerika oder Persien bist. Wie es dort zugeht, ist uns ja bekannt.«

»Mutter, mach dir doch da keine Illusionen, auf die Dauer ist das kein Unterschied.«

Peter-Jürgen Boock saß in der »Kanne«, der Wohngemeinschaft eines Drogenprojektes, als die Nachricht von der Festnahme Andreas Baaders, Jan-Carl Raspes und Holger Meins' über den Fernsehbildschirm lief. Boock war starr vor Schreck. Er stand auf, schaltete den Apparat aus und sagte: »Jetzt muss ich gehen.« Als er Andreas da so liegen gesehen hatte, war ihm klar geworden: Jetzt war nicht mehr die Zeit für kleine Hilfsdienste. Jetzt musste er selbst in den Untergrund abtauchen. Er musste irgendetwas tun, um Baader herauszuholen: »›Jetzt ist die Reihe an uns, jetzt müssen wir wohl ran.‹ Und für mich sowieso. Für mich war es noch einfacher, weil ich mir gesagt habe: ›Gut, die haben mich rausgeholt. Jetzt ist die Reihe an mir, ich muss sie herausholen.‹ So direkt.«

In der folgenden Woche klapperte er alle seine Bekannten ab, von denen er annahm, dass auch sie reif für die Illegalität waren. Darunter war auch ein gewisser Rolf-Clemens Wagner. Boock war klar: »Wir sind die nächste Generation. Jetzt sind die anderen weg, und wir müssen weitermachen.«

Sie waren nicht unkritisch in ihrer Beurteilung der vergangenen Monate des »bewaffneten Kampfes«: Alles zu spontan, zu schlecht geplant. Boock und seine neuen Mitstreiter wollten es besser machen, professioneller. Sie stellten Listen auf, was man für den Untergrundkampf brauchte: Personalpapiere, konspirative Wohnungen, Fahrzeuge und vor allem Geld. Sie mussten lernen, lernen, lernen.

Sie gingen auf Reisen, besuchten alte Freunde, um sie zu rekrutieren, Leute, zu denen persönliche Beziehungen bestanden, die man unauffällig nach ihrem Verhältnis zum bewaffneten Kampf befragen konnte. Vorsicht

und Unauffälligkeit waren die wichtigsten Gebote. Keine spektakulären Sportwagen, wie Baader sie für sich requiriert hatte, keine langen Haare wie die Angehörigen der Anarcho- und Drogenszene. Nein, wie junge Manager wollten sie aussehen, und das waren sie ja auch. Denn sie hatten nur ein Ziel: die Gefangenen zu befreien.

48.
Verhaftung in der Modeboutique

Nach der Festnahme der drei in Frankfurt war Gudrun Ensslin nach Hamburg gefahren. Dort traf sie Ulrike Meinhof, Klaus Jünschke und Gerhard Müller. Sie hatten im Fernsehen die Bilder der Festnahme gesehen. Seit dem Bombenanschlag auf das Hamburger Springer-Haus war Ulrike Meinhof tief deprimiert. Bekannte von früher, die ihr immer noch verbunden waren, hatten gesagt: »Um Gottes willen, hört doch jetzt endlich auf.« Und sie hatte geantwortet: »Jetzt geht es erst richtig los.« Aber so recht überzeugt schien sie nicht mehr zu sein. »Es war wie eine Talfahrt«, erinnerte sich Klaus Jünschke. »Wenn du rausspringst, gehst du kaputt, wenn du weiterfährst, gehst du auch kaputt.«

Angst und Nervosität nahmen zu. Gudrun Ensslin fuhr nun nicht, wie gewohnt, mit Andreas Baader, sondern mit Klaus Jünschke. Er schaltete, die Gänge knarrten, er fuhr unsicher. Gudrun Ensslin geriet in Panik. Sie stieg mit ihm in ein Taxi um. Der Fahrer blickte sie an. Sie fühlte sich erkannt und flüsterte: »Jetzt muss ich mir sofort andere Klamotten besorgen.« In der Nähe war eine Boutique.

An diesem 7. Juni 1972, genau eine Woche nach der Verhaftung von Andreas Baader, stand die Geschäftsführerin der Boutique »Linette« am Hamburger Jungfernstieg neben der Kasse, als eine junge Frau das Geschäft betrat. Sie trug einen roten Pullover, halblange krause Haare und war sehr mager. Die Boutique-Chefin betrachtete die Frau genau, die den Blick mit einem Lächeln erwiderte. Sie wirkte sehr krank. Die Frau legte ihre Jacke ab und ließ sich verschiedene Pullover zeigen. Eine andere Kundin hatte im Laden zehn bis fünfzehn Hosen anprobiert und auf einer Couch verstreut. Die Geschäftsführerin wollte die Hosen wieder einpacken. Da bemerkte sie eine blaugraue Lederjacke und wollte sie ebenfalls beiseiteräumen. Die Jacke schien ihr unverhältnismäßig schwer. Sie tastete die aufgesetzten Taschen ab und drehte sich zu ihren Kolleginnen um: »Also, ich glaube, hier hat jemand eine Pistole.« Ihre Kolleginnen hielten das für einen Scherz. Eine von ihnen griff ebenfalls nach der Jacke und sagte: »Ja, das stimmt.«

Die Boutique-Chefin rief bei der Polizei an.

Polizeiobermeister Reiner Freiberg war mit seinem Funkstreifenwagen gerade in der Nähe. Er bekam den Einsatzbefehl. Sein Kollege Millhahn lief voraus in die Boutique. Eine Angestellte deutete auf die Frau mit dem Lockenkopf. Gudrun Ensslin richtete den Blick nach unten und versuchte, ruhig an dem Polizeibeamten vorbeizugehen. Millhahn packte sie am Arm. In diesem Moment kam ihm Freiberg zu Hilfe. Verzweifelt wehrte Gudrun Ensslin sich und riss die beiden Beamten zu Boden. Dann wurde sie überwältigt. Freiberg nahm ihr die Handtasche ab, reichte sie einer Verkäuferin und sagte: »Öffnen Sie bitte die Tasche.« Er selbst durchsuchte Gudrun Ensslins Jacke und zog einen silberglänzenden Revolver hervor.

In der Handtasche steckte noch eine weitere Waffe, eine großkalibrige Pistole mit Reservemagazin. Als er Handschellen holen wollte, traf ein zweiter Peterwagen ein.

Auf dem Polizeipräsidium wurde Gudrun Ensslin von weiblicher Kriminalpolizei durchsucht. Dann fragten Beamte, ob sie sich freiwillig Fingerabdrücke abnehmen und fotografieren lassen würde.

»Ich sage nichts, und von mir kriegt ihr auch nichts«, antwortete sie. Daraufhin wurden ihr die Fingerabdrücke gewaltsam abgenommen. Sie ballte die Hände zu Fäusten, aber die Beamten bogen jeden Finger einzeln gerade, drückten ihn erst auf ein Stempelkissen und dann auf ein Stück Papier. Anschließend sollte Gudrun Ensslin fotografiert werden, doch sie ließ ihren Kopf hängen und verbarg ihr Gesicht. An der Wand des Vernehmungsraumes hing ein Blumenbild. Nur aus nächster Nähe konnte man sehen, dass eine der gemalten Blumen ein Loch hatte. Dahinter, im Nebenzimmer, stand eine Kamera. Einer der Polizeibeamten gab Gudrun Ensslin eine Zigarette, sie riss den Filter ab, rauchte, hob aber nicht den Kopf. Nun kraulte und kitzelte ihr ein anderer Beamter minutenlang den Nacken. Als Gudrun Ensslin einmal kurz aufsah, wurden die Aufnahmen gemacht.

Später, im Prozess, wurde der Beamte dazu befragt. Er antwortete: »Ich habe ihren Nacken ein klein wenig gekrault. Darüber hat man später geschmunzelt, die Kollegen. Die Haare habe ich nicht gestreichelt, ich habe nur ihren Nacken gekrault, sagt man dazu in Hamburg.«

»Könnte man das Kraulen als Kitzeln bezeichnen?«, fragte

Oberstaatsanwalt Zeis.

»Ja, ›Kitzeln‹ möchte ich nicht sagen, weil Kitzeln ist mehr gefühlsbetont. Ich habe als Beamter sachlich objektiv die Aufgabe gehabt, das Lichtbild zu ermöglichen. Und zu dieser Zeit musste ich sie reizen, provozieren.«

Rechtsanwalt Heldmann als Verteidiger beanstandete, dass der Vorsitzende den Polizeibeamten nicht gemäß Paragraph 55 belehrt habe, nach dem Zeugen die Aussagen verweigern können, wenn sie sich sonst selbst belasten müssten. Das Kitzeln sei eine körperliche Behandlung, die durch ihre Wirkung die freie Willensentscheidung einer festgenommenen Person aufheben könne.

»Dürfen wir noch den Tatbestand nennen, nach dem sich das Ganze richten soll?«, fragte der Vorsitzende Richter.

»Nötigung im Amt«, antwortete Rechtsanwalt Dr. Heldmann.

In der Haftanstalt Essen schrieb Gudrun Ensslin einen Kassiber für Ulrike Meinhof: »HUT-Befehl, mach die Fresse zu und bleib im Loch.«

»HUT«, das hieß: Befehl von der obersten Führung, von denen, die im RAF-Jargon »die Hüte aufhatten«.

Und weiter: »Liesel … zwei Monate, in denen ihr nichts tut als die Struktur reparieren …«

Nach einer Reihe von Verhaltensmaßregeln, welche Wohnungen abzustoßen seien, wo Geld deponiert werden solle, welche Aktionen geplant werden müssten, kam Gudrun Ensslin auf ihre Verhaftung in Hamburg: »Auf dem Weg zum Bunker Taxi … Fahrer hat im Schimmer der Gitanes gesehen und mich sowieso erkannt. Ich wie im Dschungel. Aber da war die Idee andere Klamotten. Dann in dem Laden hab' ich nur noch Scheiße im Gehirn gehabt, erregt, verschwitzt. Sonst hätte ich ticken müssen, ich hab' aber gepennt. Ging auch irre schnell, sonst wäre jetzt eine Verkäuferin tot (Geisel), ich und vielleicht zwei Bullen. Also echt unklar, ob ich da weggekommen wäre, und es ging so schnell, dass ich die Hand aus der Tasche mit der Knarre halb gebrochen von Bullenpfoten nur rausbekam …«

Später, nachdem dieser sogenannte Ensslin-Kassiber bei der verhafteten Ulrike Meinhof gefunden worden war, stellten die Behörden Ermittlungen an, wer den Brief aus der Haftanstalt herausgeschmuggelt haben könnte. Gudrun Ensslins Anwalt Otto Schily geriet in Verdacht und sollte deswegen von der Verteidigung ausgeschlossen werden. Die Beweislage war aber so dürftig,

dass Schily das Mandat behielt.

Bei ihrer Festnahme hatte Gudrun Ensslin einen Schlüssel in der Tasche, der in das Schloss einer konspirativen Wohnung in der Seidenstraße in Stuttgart passte.

Am 7. August 1972 durchsuchten Polizeibeamte diese Unterkunft. Ein Kriminalkommissar des LKA Stuttgart gab zu Protokoll:

»Betr.: Fahndung nach anarchistischen Gewaltverbrechern. Hier: konspirative Wohnung in der Seidenstraße 71.

Anlage: 22 Mickymaus-Hefte.

Die beigefügten Mickymaus-Hefte wurden in der oben angegebenen Wohnung gefunden. Es besteht der begründete Verdacht, dass die Mickymaus-Heftchen vom Bandenmitglied Andreas Baader gelesen wurden.«

Kurz nach der Festnahme ihrer Tochter wurde Gudrun Ensslins Mutter von einem Fernsehreporter interviewt: »Sie haben letzthin gesagt, besser meine Tochter wird erschossen, als wenn sie selbst jemanden erschießt. Wie kann eine Mutter diese Aussage machen?«

»Ich kam zu der Aussage durch mein eigenes Gewissen«, antwortete Ilse Ensslin. »Es war mir nicht vorstellbar, dass sie selbst eine so große Schuld auf sich lädt und damit unserer Familie und damit der Sippe, aus der sie kommt.« Nun, nach der Festnahme und den Bildern, die sie im Fernsehen gesehen habe, seien ihr diese »scheinbar scharfen« Worte nicht mehr über die Lippen gekommen.

49.
Festnahme und Zwangsnarkose

Nach der Festnahme Gudrun Ensslins in Hamburg schlug Klaus Jünschke vor, erst mal auf Tauchstation zu gehen. »Jetzt ist Schluss«, sagte er zu Ulrike Meinhof und Gerhard Müller. »Wir rühren uns sechs Wochen nicht, bleiben hier. Alles andere ist Quatsch.«

Müller war anderer Meinung: »Da ist ein VW-Bus, der muss umgesetzt werden.«

»Nichts, ich mach gar nichts mehr«, beharrte Jünschke.

Da stand Müller auf, zog seinen Revolver und richtete ihn auf Jünschke. Er zitterte vor Wut. »Ihr müsst euch mal überlegen, was mit uns passiert, wenn es schon so kommt«, sagte Jünschke. Ulrike Meinhof und Gerhard Müller standen auf und verließen die Wohnung.

Zwei Tage nach Gudrun Ensslins Verhaftung wurden in Berlin Brigitte Mohnhaupt und ihr Freund festgenommen. Die Hamburger Polizei hatte einen Hinweis auf eine konspirative Wohnung in Berlin erhalten. Obwohl sie bewaffnet waren, leisteten sie keinen Widerstand. Um einen Fluchtversuch zu verhindern, zog ein Beamter dem Mann die Hose herunter.

Am Donnerstag, dem 15. Juni, eine halbe Stunde nach Mitternacht, klingelte es an der Wohnungstür des Lehrers Fritz Rodewald in der Walsroder Straße in Hannover-Langenhagen. Er öffnete im Morgenmantel. Vor ihm stand ein junges Mädchen mit langen braunen Haaren. Der Lehrer sagte später der Polizei, er habe sie nicht gekannt. »Darf ich dich einen Moment sprechen?«

Rodewald ließ die verstört wirkende Frau ins Wohnzimmer: »Können bei euch zwei Personen übernachten?«

Er willigte ein.

Am nächsten Morgen beim Frühstück erzählte er seiner Freundin von dem nächtlichen Besuch. Sie meinte, das lasse doch nur eine »ganz bestimmte Vermutung« zu. »Du musst zur Polizei.«

Der Lehrer fand das Misstrauen übertrieben. Er wollte erst mal zum Dienst

und dabei die Sache überdenken.

Ihm war nicht wohl bei dem Gedanken, von der Polizei Gesuchte anzuzeigen. Gleichzeitig überlegte er, welche Konsequenzen es für ihn als linken Lehrer und als Gewerkschaftsmitglied haben könnte, wenn tatsächlich Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe bei ihm übernachteten. Nach Schulschluss beriet er sich mit einem Freund.

»Wir sind da zu dem Ergebnis gekommen: Wenn es keine von der RAF sind, haben sie von der Polizei nichts zu befürchten. Wenn es welche von der RAF sind, haben wir für unser Leben ganz viel zu befürchten. Und daraufhin bin ich zur Polizei gegangen.«

Im Präsidium wurde er sofort an die BM-Sonderkommission verwiesen.

Der Polizeibeamte Robert Severin stand kurz vor seiner Pensionierung. Zusammen mit zwei jüngeren Kollegen erhielt er den Auftrag, zu prüfen, wie man das Haus in der Walsroder Straße am besten observieren könne. In Zivilkleidung begutachteten sie das Treppenhaus. Als sie gegen 18.00 Uhr das Gebäude verlassen wollten, kamen ihnen eine Frau und ein junger Mann entgegen.

Der Hauswart stand in der Tür und fragte die beiden, wohin sie denn wollten. Sie sagten es ihm.

»Ja, der Lehrer wohnt oben in der zweiten Etage, aber er wird wahrscheinlich nicht da sein.« Der Mann und die Frau gingen die Treppe hinauf. Die Beamten forderten von der Dienststelle Verstärkung an. Während sie noch beratschlagten, ob sie die Wohnung ohne Durchsuchungsbefehl betreten dürften oder nicht, kam der junge Mann aus dem Haus. Die Beamten holten ihn an einer Telefonzelle ein. Er hatte gerade ein Markstück in den Automaten geworfen. Die Polizisten rissen die Tür auf und nahmen ihm seine Pistole ab. Severin, der unbewaffnet zum Einsatz gekommen war, steckte sie ein.

Inzwischen war die Verstärkung eingetroffen. Severin und drei weitere Beamte gingen in die zweite Etage und klingelten. Die Frau, in Schwarz gekleidet, mit struppigen kurzen Haaren, öffnete, und während sie von den Beamten in den Polizeigriff genommen wurde, schimpfte sie: »Ihr Schweine!« Die Polizisten wussten nicht, ob sich noch mehr Personen in der Wohnung aufhielten, und riefen: »Alles drin bleiben, keiner weiter rauskommen, sonst wird geschossen.« Vorsichtig schlichen sie in die Wohnung. Überall lagen Waffen, Munition und Handgranaten.

»Mensch, guckt euch das an, das muss kein kleiner Fisch sein«, sagte Severin. Aber keiner kam darauf, dass die Festgenommene Ulrike Meinhof war. Sie hatte sich verändert, war abgemagert, sah krank aus und hatte keine Ähnlichkeit mit ihren Fahndungsfotos. Ulrike Meinhof weinte jämmerlich.

Die Polizisten durchsuchten die Wohnung und fanden in einer Tasche ein aufgeschlagenes Exemplar der Illustrierten »Stern« mit Röntgenaufnahmen von Ulrike Meinhofs Schädel. Da erst begriffen sie, dass sie die meistgesuchte Frau der Bundesrepublik festgenommen hatten.

Die Beamten hielten ihr das Foto aus dem »Stern« vor: »Sind Sie das?«

Ulrike Meinhof schwieg.

Severin durchsuchte eine schwarze Samtjacke, die in der Wohnung lag, und fischte einen Zettel aus der Jackentasche.

Es war der Kassiber von Gudrun Ensslin.

Ulrike Meinhof wurde direkt in die Haftanstalt gebracht. Severin fuhr ins Polizeipräsidium und besprach mit seinen Kollegen, wie man die Festgenommene identifizieren könne. Fingerabdrücke lagen von Ulrike Meinhof nicht vor. Severin dachte an die Röntgenfotos aus der Illustrierten und machte den Vorschlag, den Kopf der Verhafteten röntgen zu lassen. Die Silberklammer, mit der vor zehn Jahren der Blutschwamm in ihrem Gehirn am weiteren Wachstum gehindert worden war, musste auf dem Röntgenbild zu erkennen sein.

Die Polizeibeamten hielten Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft und mit einem Richter. Sie erhoben keine Einwände, Ulrike Meinhof in eine Klinik zu transportieren und dort zur polizeilichen Identifikation medizinisch untersuchen zu lassen. Spät am Abend fuhr Severin in die Klinik. Ulrike Meinhof war bereits dorthin gebracht worden. Der diensttuende Arzt ließ sich von Severin den »Stern« mit der Geschichte über Ulrike Meinhofs Tumor-Operation geben. »Also, wenn die Festgenommene diese Person sein soll, dann müsste sie irgendwie eine Narbe auf dem Kopf haben«, sagte der Arzt. Zusammen mit den Krankenschwestern versuchten Polizist und Arzt, die Frau zu überreden, sich den Kopf freiwillig abtasten zu lassen. Nach langem Hin und Her willigte sie ein, aber der Arzt konnte keine Narbe entdecken. Schließlich wurde Ulrike Meinhof gegen ihren Willen geröntgt. Man hatte sie dazu zwangsweise narkotisiert.

Rodewald später: »Die Polizeibeamten, die zu dieser Röntgenaufnahme gefahren sind, erzählten wie Großwildjäger, wie sie die Frau behandelt

haben, damit die ruhig auf diesem Röntgentisch liegt: ›Drei von uns haben sich über sie geworfen, und zwei haben ihren Kopf gehalten.‹ Also, die Frau hat sich schrecklich gewehrt dagegen, aber die Aufnahmen wurden gemacht, und dann hat man gewusst: Es ist Ulrike Meinhof.«

50.
Eine Falle am Kiosk

Klaus Jünschke verließ Hamburg und traf sich mit Irmgard Möller, die ihn nach Offenbach zu einem Treffen mit zu Hans-Peter Konieczny nahm. In einem Park gingen sie spazieren und besprachen ihre Situation. Die noch nicht festgenommenen Randfiguren der RAF saßen versprengt irgendwo herum. »Die haben sich alle in ihren Löchern verkrochen, und keiner meldet sich«, sagte Jünschke. Geld hatten sie auch nicht mehr, und so schmiedeten die drei Pläne für einen neuen Banküberfall.

Am 7. Juli 1972 stand plötzlich die Polizei in der Tübinger Druckerei, in der Konieczny arbeitete. Einer der Beamten schlug demonstrativ seine Jacke zur Seite, unter der er eine Pistole trug. »Conny« ließ sich widerstandslos festnehmen. Die Ermittlungsbeamten stellten ihm einiges in Aussicht, wenn er helfe, auch den Rest der Gruppe ins Gefängnis zu bringen. Conny war einverstanden. Er könne noch am selben Tag in Offenbach ein Treffen vereinbaren.

In einer Kneipe besprachen sie die Einzelheiten. Günter Textor, der Leiter der Stuttgarter Sonderkommission, wollte ihm eine kugelsichere Weste geben. Conny verzichtete.

Gegen halb zwei verließ er die Kneipe und ging die letzten 300 Meter zum Treffpunkt zu Fuß. Etwa dreißig Polizeibeamte sicherten die Umgebung ab. Sie saßen auf Parkbänken, an einer Bushaltestelle, spielten mit Kindern oder mimten an einem Kiosk Betrunkene.

Dann stieg Klaus Jünschke aus einem Bus. Er trug eine schwarze Kollegmappe unter dem Arm, sah sich misstrauisch um und merkte sofort, dass irgendetwas nicht stimmte. »Was ist denn hier los?«, fragte er. »Da drüben hocken zwei im Auto«, erwiderte Conny.

Er hatte Angst. Die Polizisten schienen nicht sehr aufmerksam zu sein. »Du, wir latschen mal hin und gucken uns die Typen an«, schlug er vor. Nach knapp einer Minute sprangen plötzlich aus allen Richtungen Beamte auf sie zu. Sie packten Jünschke von hinten, rissen ihm die Beine weg, zwei

schlugen ihm die Tasche aus der Hand. Dann kam Soko-Chef Textor und hielt Jünschke eine Pistole an den Hals. Zum Schein wurde auch Conny ergriffen, mit einer Waffe bedroht und in Handschellen abgeführt.

Auf der Polizeiwache wurden ihm die Handschellen wieder abgenommen, und es ging zurück zum Kiosk. Um halb drei kam niemand, eine Stunde später auch nicht. Als Textor schon das Zeichen zum Abbruch der Aktion gegeben hatte, tauchte plötzlich Irmgard Möller auf. Fast hätte Conny sie nicht erkannt, denn »Gabi« hatte ihr Aussehen völlig verändert. Sie trug die Haare kurz und sah aus wie eine adrette Sekretärin. Sie hatte ihr Portemonnaie in der Hand und kramte darin herum. Conny tat so, als würde er sie nicht kennen. Als sie ihn ansprechen wollte, sagte er: »Pass auf, hier hat's 'ne Menge Bullen.« Dann wollte er weggehen. Sie ging ein paar Schritte neben ihm her.

Textor hatte jedoch erkannt, dass sein Lockvogel ein Gruppenmitglied getroffen hatte. Zusammen mit fünf anderen Polizeibeamten rannte er auf die Frau zu. Dem Ersten, der sie packen wollte, trat Irmgard Möller vors Knie. Dann warfen sich die übrigen Beamten auf sie. Irmgard Möller wehrte sich verzweifelt, schrie »Ihr Schweine«, biss und kratzte. Zum Schein war Conny inzwischen von zwei Polizisten mit drohend erhobenen Pistolen gegen die Wand des Kiosks gedrängt worden.

Zwei Monate später wurde Hans-Peter Konieczny aus der Haft entlassen. Von da an musste er sich »zur Verfügung halten«, denn »befreundete Dienststellen« wollten mit ihm plaudern.

3. Kapitel
»Die Kostüme der Müdigkeit«

1.
»Klares Bewusstsein, dass man keine Überlebenschance hat«

Getrennt voneinander und vom normalen Anstaltsbetrieb isoliert verbrachten die RAF-Gefangenen das erste Jahr ihrer Haft: Andreas Baader in Schwalmstadt, Gudrun Ensslin in Essen, Holger Meins in Wittlich, Irmgard Möller in Rastatt, Gerhard Müller in Hamburg und Jan-Carl Raspe in Köln.

Ulrike Meinhof saß in einer Zelle in Köln-Ossendorf, in der zuvor Astrid Proll untergebracht war. Das Gebäude war sonst vollkommen leer. Der Raum war weiß gestrichen und hatte eine hellgrüne Tür. Die Neonbeleuchtung blieb Tag und Nacht angeschaltet. Erst nach schweren Auseinandersetzungen erreichte Ulrike Meinhof, dass die Röhre am Abend gegen eine schwächere ausgetauscht wurde.

Astrid Proll war in das Nachbargebäude verlegt worden, in den Männertrakt. Sie wusste, dass Ulrike Meinhof in ihrer alten Zelle saß. Die Gefängnisbeamten unternahmen alles, um zu verhindern, dass die beiden einander sehen oder hören konnten. Wenn Astrid Proll zum täglichen Hofgang geführt wurde, wozu sie eigentlich Ulrike Meinhofs Zelle hätte passieren müssen, schlugen die Beamten einen weiten Umweg durch das Gefängnisgelände ein. Über ihre Anwälte ließ Astrid Proll ausrichten, wann sie ins Bad geführt wurde, das in der Nähe von Ulrike Meinhofs Zelle war. Auf dem Boden liegend brüllte Ulrike laut durch den Türschlitz: »Astrid!« Daraufhin stellten die Wärter an jedem Badetag einen Staubsauger oder einen Wasserhahn an, um auch solche Kontaktaufnahme zu verhindern.

Vom 16. Juni 1972 bis zum 9. Februar 1973 blieb Ulrike Meinhof in diesem »toten Trakt« der Vollzugsanstalt Ossendorf. Als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass sie einer fast totalen akustischen Isolation unterlag, versicherten die Behörden, es gebe keinen »toten Trakt«.

Anstaltsleiter Bücker beschrieb die Haftbedingungen in einem Brief an den Präsidenten des Justizvollzugsamtes Köln so: »Bekanntlich ist die Untersuchungsgefangene Meinhof im Frauentrakt der psychiatrischen Untersuchungsabteilung untergebracht. Während die Untersuchungsgefangene Proll im Männertrakt der Untersuchungsabteilung

zumindest akustisch an dem Leben in der Anstalt teilnehmen kann, ist die Gefangene Meinhof in ihrem Haftraum auch akustisch isoliert.«

Besuch durfte Ulrike Meinhof während ihres achtmonatigen Aufenthalts in der »stillen Abteilung« nur von Verwandten empfangen, und auch das nur etwa alle vierzehn Tage für jeweils eine halbe Stunde – unter Bewachung.

Während sie allein in ihrer Zelle saß, schrieb sie ihre Empfindungen nieder:

»Das Gefühl, es explodiert einem der Kopf.

Das Gefühl, die Schädeldecke müsste eigentlich zerreißen, abplatzen. Das Gefühl, es würde einem das Rückenmark ins Gehirn gepresst … Das Gefühl, die Zelle fährt. Man wacht auf, macht die Augen auf: Die Zelle fährt, nachmittags, wenn die Sonne reinscheint, bleibt sie plötzlich stehen. Man kann das Gefühl des Fahrens nicht absetzen …

Rasende Aggressivität, für die es kein Ventil gibt. Das ist das Schlimmste. Klares Bewusstsein, dass man keine Überlebenschance hat. Völliges Scheitern, das zu vermitteln. Besuche hinterlassen nichts. Eine halbe Stunde danach kann man nur noch mechanisch rekonstruieren, ob der Besuch heute oder vorige Woche war.

Einmal in der Woche baden dagegen bedeutet: Einen Moment auftauen, erholen – hält auch für ein paar Stunden an –

Das Gefühl, Zeit und Raum sind ineinander verschachtelt …«

Manchmal hielt Ulrike Meinhof das Schweigen nicht mehr aus, und sie redete mit den Vollzugsbeamten. Auf einen Zettel tippte sie: »Es stimmt gar nicht, dass ich noch nie mit den Krähen geredet hätte. Als ich in dem Loch mit dem Antisemitismusproblem nicht weiterkam, keine Bücher und tausend Fragen, habe ich angefangen, die Wärter zu fragen. Sie wussten ’ne Menge von dem, was ich wissen wollte, und kamen auch ins Nachdenken, und der eine Bulle versprach auch, in seinem Lexikon zu Hause nachzulesen, was ich wissen wollte. Als ich ihn am nächsten Tag fragte, hatte er es natürlich vergessen. Was geblieben war, die Einbildung, man könne mit mir quatschen. Daraufhin hab ich’s abgebrochen. Man behandelt sie wie Hunde, oder sie behandeln einen wie ’n Hund.«

Die RAF hatte sich in der Haft einen Verhaltenskatalog aufgestellt:

»Kein Wort zu den Pigs, in welcher Verkleidung sie auch immer ankommen, vor allem: Ärzte. Kein einziges.

Natürlich auch keine einzige Handreichung, keinen Finger für sie krumm machen, nichts, nur Feindschaft und Verachtung …

Keine Provokationen, das ist wichtig. Aber sich unversöhnlich, unerbittlich bis zum Äußersten verteidigen mit der Methode Mensch.«

Margrit Schiller, kurzzeitig weich geworden, meinte hinterher selbstkritisch: »Auf den Einkaufszettel hatte ich geschrieben: Schnittlauch, Petersilie. Daraufhin kam die Obersau. Sagte: Hat der Kaufmann nicht, aber ich habe zu Hause einen Garten, da kann ich Ihnen die Kräuter mitbringen, wollen Sie? Ich wurde rot, sagte ja, am nächsten Tag brachte sie ’nen Blumentopf mit eingepflanztem Schnittlauch mit, ich wurde rot, grinste. Da stand er Monate unberührt auf dem Flur vor meiner Zelle. Ich versuchte immer, darüber wegzusehen. Diese Obersau hat meine Kollaborationsbereitschaft getestet, und ich habe kollaboriert.«

Ulrike Meinhof ließ sich auf eine handfeste Auseinandersetzung mit einer Justizbeamtin ein und meinte anschließend selbstkritisch: »Zuletzt, vor ’n paar Tagen, hab’ ich ’ner Bullenfotze hier die Klobürste auf’m Kopf zerhauen. Die alte Scheiße: Nur an mich dabei gedacht – ich wollte mir Luft verschaffen in diesem fight – Selbstkritik, hab’ die Folgen nicht überlegt, was die Bullen damit gegen uns RAF machen können.«

Jan-Carl Raspe notierte in seiner Zelle handschriftlich: »Als ich hier reinkam, hatte ich nur einen Gedanken im Kopf: Widerstand leisten, wo es geht, um nicht kaputtgemacht werden zu können … Dieser eine Gedanke wurde zu einer Frage ziemlich bald: wie, um alles in der Welt. Und daran bin ich völlig verrückt geworden, daran, diese Frage nicht beantworten zu können.«

Horst Mahler wurde konkret: »Wir können schreien, singen, gegen die Tür treten, mit Tassen und Schüsseln schmeißen, beim Pol.-Inspektor den Schreibtisch umschmeißen und vieles mehr. Wir riskieren, dass sie uns dabei auch zusammenschlagen. Das nehmen wir in Kauf … Mich stinkt dieser passiv-masochistische Widerstand gewaltig an …«

Andreas Baader lehnte individuelle Formen des Widerstandes ab. »Genau darauf ist die Maschine eingerichtet, und genau das gibt ihnen die Möglichkeit, Einzelne fertigzumachen«, antwortete er auf Horst Mahlers Vorschläge. »Unternimm so was nur, wenn du’s brauchst.«

2.
Schwarzer September

»Heitere Spiele« hatten es werden sollen. Am 5. September 1972, morgens um 4.30 Uhr, kletterte ein Kommando der palästinensischen Terrororganisation »Schwarzer September« über den Zaun des Olympischen Dorfes in München, drang in das Quartier der israelischen Mannschaft ein und erschoss zwei der Sportler. Neun andere wurden als Geiseln genommen. Das Kommando verlangte die Freilassung palästinensischer Gefangener in Israel.

Während die Spiele fortgesetzt wurden, umstellten Polizisten das Olympische Dorf. Vor den Augen von Millionen Fernsehzuschauern in aller Welt entwickelte sich das Drama. Am Abend wurden Geiseln und Geiselnehmer zum Flughafen Fürstenfeldbruck gebracht, angeblich um sie nach Kairo auszufliegen. Als die ersten beiden Palästinenser das Flugzeug besteigen wollten, eröffneten deutsche Scharfschützen das Feuer. Die Geiselnehmer streckten die Israelis mit Salven aus ihren Kalaschnikow-Maschinenpistolen nieder. Dann feuerten sie auf die Polizisten.

Am Ende waren elf israelische Sportler, ein deutscher Polizist und fünf Terroristen tot. Drei Palästinenser wurden festgenommen.

Organisator des Anschlags war – Erkenntnissen des israelischen Geheimdienstes zufolge – Hassan Salameh, jener Abu Hassan, der zwei Jahre zuvor die Baader-Meinhof-Gruppe im jordanischen Palästinenserlager hatte ausbilden lassen.

In ihrer Zelle in Köln-Ossendorf schrieb Ulrike Meinhof nach dem Olympia-Massaker ein Papier: »Die Aktion des Schwarzen September in München – Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes«.

Obwohl auf der Titelseite das RAF-Emblem mit der gezeichneten Maschinenpistole abgebildet war, hatten es die übrigen »Führungskader« der RAF vor der Veröffentlichung nicht zu sehen bekommen. Die Druckschrift wurde in hoher Auflage an Universitäten ausgelegt.

In dem Papier wurde die Aktion des »Schwarzen September« als

beispielhaft für die revolutionäre Strategie des antiimperialistischen Kampfes gewürdigt, »an der die westdeutsche Linke ihre Identität wiederfinden könnte«.

»Die Genossen vom Schwarzen September«, schrieb Ulrike Meinhof, »haben ihren eigenen Schwarzen September 1970 – als die jordanische Armee über 20000 Palästinenser hingemetzelt hat, dahin zurückgetragen, wo dieses Massaker ursprünglich ausgeheckt worden ist: Westdeutschland – früher Nazideutschland – jetzt imperialistisches Zentrum. Dahin, von wo aus die Juden aus West- und Osteuropa nach Israel auszuwandern gezwungen worden sind – dahin, von wo Israel sein Wiedergutmachungskapital bezog und bis 1965 offiziell Waffen. Dahin, wo der Springerkonzern Israels Blitzkrieg im Juni 67 als antikommunistische Orgie gefeiert hat …«

Gudrun Ensslin nahm an, Horst Mahler habe diese dritte RAF-Schrift verfasst. Sie schrieb an ihn: »Einfach Scheiße … Es wäre besser gewesen, wenn es vorher andere gelesen hätten … Haben uns mal kurz gefragt, warum Du's nicht vorher mal rüberreichtest, aber jetzt ist es natürlich wichtig, weil Du irre bist, wenn Du auslässt, was uns die zwei Jahre Praxis gebracht haben …«

Ulrike Meinhof erhielt eine Kopie des Briefes und reagierte mit einer Verteidigung ihrer Schrift, die fälschlicherweise Horst Mahler zugeordnet worden war. In dem Papier, so schrieb sie, seien die gemeinsamen Ziele der RAF und des »Schwarzen September« zum Ausdruck gebracht worden: »Materielle Vernichtung von imperialistischer Herrschaft. Zerstörung des Mythos von der Allmacht des Systems. Im materiellen Angriff die propagandistische Aktion: der Akt der Befreiung im Akt der Vernichtung.«

Sie fügte hinzu: »Klar – ein ekelhafter Gedanke – aber ›welche Niedrigkeit begingest Du nicht, um die Niedrigkeit abzuschaffen …‹«

Erst als sie Ulrike Meinhofs Verteidigungsschrift in Händen hielt, erkannte Gudrun Ensslin, von wem das Papier wirklich stammte – und schwenkte um: »Für den Wortlaut meiner ›Kritik‹ könnte ich doch nur noch rot werden … Irgendwie bist Du so was wie verbittert, versteh' ich überhaupt nicht, oder wie oft soll ich noch sagen, dass wenn, nur ich Grund hätte (aber doch nicht habe), betrübt zu sein, Deinen Kopf und Deine Hand in dem Schwarzen September nicht sofort gesehen zu haben … Und trotz aller Erfahrungen mit dem Schrotthaufen immer noch doof genug war zu glauben, das alles könnte von ihm [Horst Mahler] sein – aber auch das bedeutet doch nur, dass ich

verrückt war, bin oder sein kann …«

Handschriftlich erwiderte Ulrike Meinhof darauf: »Also wirklich – ich finde mein Zeug trostlos – aber man fängt an, drauf zu sitzen, was noch trostloser ist.«

Die Kritik an ihrem Papier zum Münchner Olympia-Attentat veranlasste Ulrike Meinhof, sich in der Einsamkeit ihrer Zelle weiter mit dem Thema auseinanderzusetzen: »München – die Olympiade 72 – die Dampfwalze der olympischen spiele ›in Farbe‹ – der Konsum – der alte und neue Faschismus – das Massaker von Fürstenfeldbruck«. In einem Anhang zum »NS-Faschismus«, der nicht RAF-typisch in Kleinschreibung verfasst war, schrieb sie: »In Auschwitz hat die deutsche Bourgeoisie ihren Antikommunismus zur Wahrheit, Wirklichkeit und Tat gemacht; exemplarisch an 6 Millionen Juden. Statt Abschaffung des ›Judentums der bürgerlichen Gesellschaft, der Unmenschlichkeit der heutigen Lebenspraxis, die im Geldsystem ihre Spitze erhält‹ (Marx) schafften die Nazis die Juden ab, als seien sie, wofür sie nur standen: das Geld – das Geldsystem – das System.«

Dann zitiert sie Karl Marx zur Judenfrage. »Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Der Eigennutz. Aus ihren eigenen Eingeweiden erzeugt die bürgerliche Gesellschaft fortwährend den Juden. Die Judenemanzipation in ihrer letzten Bedeutung ist die Emanzipation der Menschheit vom Judentum.«

Es sei, als hätten die »Deutsche- und Dresdner-Bankschweine« Marx gelesen, um »rauszukriegen wie ihre Endlösung auszusehen hat«.

Nach dem verlorenen Krieg habe die deutsche Bourgeoisie »die Schuldfrage im Begriff der Kollektivschuld dem Volk aufgebürdet, womit die Sache vollendet war, von der sie heute noch profitiert: das deutsche Volk bis auf die Knochen verwirrt, demoralisiert, gedemütigt, seines Selbstbewusstseins als Klassenbewusstsein beraubt …«

Horst Mahler, dem Gudrun Ensslin derartige Texte offenbar eher zugetraut hatte, verfasste inzwischen ebenfalls ein neues Strategiepapier. Es fand nicht Gudrun Ensslins Zustimmung. Sie schrieb an ihn: »Und – halt Dich fest – dass ich tatsächlich denke, dass es jemand gibt, der Dich für einen ›Rädelsführer‹ hält: Du selbst.«

Streit bahnte sich an.

In ihrem Brief an Gudrun Ensslin hatte Ulrike Meinhof geschrieben: »Welche Niedrigkeit begingest Du nicht, um die Niedrigkeit abzuschaffen …« Diesen Satz hatte sie aus Bertolt Brechts Lehrstück »Die Maßnahme«, dem Stück über den Umgang mit Verrat. Brecht hatte verfügt, dass sein »Lehrstück« nicht aufgeführt werden dürfe, vielleicht erahnte er, dass manche die Botschaft allzu wörtlich nehmen könnten. Das Stück handelt von einem jungen Kommunisten, der sich ganz dem Gruppendruck unterwirft und am Ende der eigenen Tötung zustimmt: »Oftmals tat er das Richtige, einige Male das Falsche, aber zuletzt gefährdete er die Bewegung. Er wollte das Richtige und tat das Falsche.«

In der »Maßnahme« heißt es:

»Mit wem säße der Rechtliche nicht zusammen
Dem Recht zu helfen?
Welche Medizin schmeckte zu schlecht
Dem Sterbenden?
Welche Niedrigkeit begingest du nicht, um
Die Niedrigkeit auszutilgen?
Könntest du die Welt endlich verändern, wofür
Wärest du dir zu gut?
Wer bist du?
Versinke in Schmutz
Umarme den Schlächter, aber
Ändere die Welt: Sie braucht es!«

Ulrike Meinhof ging in ihrer Anlehnung an Brechts Stück noch weiter. Das Lied »Lob der Partei« dichtete sie in ihrer Zelle in das »Lied der RAF« um, mit dem Untertitel »Lob des antiimperialistischen Kampfes«.

»Die RAF ist der Vortrupp der Massen
sie führt ihren Kampf
mit den Methoden der Klassiker …
Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft.«

Die letzte Zeile stammt von dem KPD-Spitzenfunktionär Heinz Neumann und wurde 1932 von Kurt Tucholsky in einem Gedicht satirisch umgewandelt in »Küsst die Faschisten, wo ihr sie trefft«.

3.
Briefe aus dem toten Trakt

Der erste Brief von Ulrike Meinhof an ihre inzwischen zehnjährigen Kinder wurde vom Haftrichter zurückgehalten.

Am 12. August 1972, nach drei Monaten Untersuchungshaft, schrieb sie:

»Liebe Regine und liebe Bettina –

Es ist alles sehr schwierig. Es ist alles sehr einfach.

Ihr denkt, Mami könnte ja nun endlich mal schreiben. Ich dachte, jetzt haben die Kinder ja meinen Brief. Ihr habt ihn nicht – ich weiß. Es war ein Wort drin, das der Richter, der meine Post kontrolliert, als beleidigend empfand – da hat er den Brief nicht an Euch weitergeschickt … Also fang' ich jetzt wieder von vorne an. Ich habe jetzt schon zweimal Post von Euch gehabt. Natürlich habe ich mich unheimlich gefreut. Ich habe mir den siebenfach angesehen. Heute erfuhr ich auch, dass Ihr mich besucht und dass auch niemand von der Polizei dabei sein muss, nur zwei Aufseherinnen vom Gefängnis.

He Mäuse! Und beißt die Zähne zusammen. Und denkt nicht, dass Ihr traurig sein müsst, dass Ihr eine Mami habt, die im Gefängnis ist. Es ist überhaupt besser, wütend zu werden als traurig zu sein. Au warte – ich werd' mich freuen, wenn Ihr kommt. Verdammt, ja …«

15. September 1972:

»He Mäuse –

… Ich sitze hier in meiner Zelle und führe meine Gedanken spazieren und einmal am Tag meine Beine auf einem Hof, wo ich hundertmal oder wie oft im Kreis rumlaufe. Da könnt Ihr von mir keine großen Taten erwarten – von wegen, dass ich Euch besuche, das läuft nicht.

Von mir gibt's sonst nichts zu erzählen. Ich höre und sehe niemanden und nichts – nur die Wärter, wenn sie mir das Essen bringen –, da gewöhnt man sich das Mäkeln ab, wenn man nicht verhungern will, wobei ich nicht finde, dass Ihr Euch deshalb das Mäkeln abgewöhnen sollt – im Gefängnis ist das noch früh genug. Und ab und zu kommt ein Rechtsanwalt und staunt, was

hier alles verboten ist. Und dann lese ich eben ein paar Bücher, die ich immer mal lesen wollte – mehr kann man im Gefängnis nicht machen. Seht zu, dass Ihr nicht nur älter, sondern auch klüger werdet, damit Ihr wisst, wo's langgeht. Und erzählt mir nicht, man müsste auch hübsch sein. Das seid Ihr sowieso, und trotzdem ist das vollkommen unwichtig …

Ich habe einen blauen Kittel an und darunter eine Strickjacke. Das ist die Gefangenenkleidung. Eine Zelle ist ein Zimmer mit einem Klo. Außerdem geht die Tür nur von außen auf und hat von innen weder eine Klinke noch ein Schlüsselloch. Die Tür ist auch viel größer als eine einfache Tür. Außerdem hat sie ein Guckloch. Ab und zu guckt ein Polizist durch das Loch, ob ich noch da bin. Bisher war ich jedes Mal da. Das Fenster ist nämlich auch zu, und davor ist noch ein Gitter aus Beton, und davor ist noch ein Fliegengitter.

Von außen sieht das Gefängnis – glaube ich – sogar ganz hübsch aus. Drumherum ist eine riesige weiße Mauer. Zu den Besuchern sind die Angestellten vom Gefängnis auch freundlich – da kann man nichts sagen. Zu den Gefangenen sind sie manchmal pampig – wie der Lehrer in Berlin, der auf dem Flur so viel rumgeschimpft hat. Entweder man schimpft zurück oder hört gar nicht hin …«

Am 22. September 1972: »… und dann wurde ich Knall und Fall woanders hingeschafft, im Hubschrauber, was natürlich Spaß macht – sonst war es nicht so lustig.«

4.
»Ich bin die Meinhof – mich sollt ihr identifizieren!«

Im September 1972 wurde Ulrike Meinhof im Hubschrauber nach Zweibrücken geflogen. Dort, in der Justizvollzugsanstalt, sollte sie drei Zeugen gegenübergestellt werden. Am Nachmittag des 20. September erschien der Kriminalhauptkommissar Ruckmich in ihrer Zelle und überreichte ihr den Gegenüberstellungsbeschluss. »Ich nehme an der Gegenüberstellung nicht teil«, erklärte Ulrike Meinhof.

Ruckmich wies sie darauf hin, dass die Gegenüberstellung auf jeden Fall stattfinden würde, egal ob sie zustimme oder sich weigere.

Ein Schulungssaal der Haftanstalt war ausgewählt worden. Ulrike Meinhof und fünf andere Personen sollten jeweils einzeln durch den Saal geführt und den Zeugen präsentiert werden.

Die »Wahlpersonen« waren weibliche Kriminalbeamte und Sekretärinnen aus dem Polizeipräsidium, die in Häftlingskleidung gesteckt wurden. Ein Maskenbildner schminkte sie. Dann wurden Regieanweisungen erteilt: »Die zu identifizierende Person wird sich vermutlich wehren. Aus diesem Grunde verhalten Sie sich bitte ähnlich. Widersetzen Sie sich der Vorführung, bieten Sie unterschiedliche Verhaltensweisen, damit die Zeugen eine möglichst breite Auswahlskala haben.«

Anschließend gab es eine Runde Schnaps zur Auflockerung.

Den Zeugen wurden indessen Plätze in der Mitte des Saales zugewiesen. Sie hatten Monate zuvor in Hamburg eine Frau gesehen, bei der es sich möglicherweise um Ulrike Meinhof gehandelt hatte. Die Gegenüberstellung sollte dazu dienen, ihre Beobachtungen zu verifizieren. Dreizehn Terroristenfahnder setzten sich zu den drei Zeugen: zwei Staatsanwälte, drei BKA-Beamte, zwei LKA-Beamte, vier Kripobeamte aus Kaiserslautern, eine Angehörige der weiblichen Kripo sowie der Leiter der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken.

Dann wurde Ulrike Meinhof aus ihrer Zelle geholt. Wie es später im Protokoll hieß, »unter geringfügiger Gewaltanwendung«. Die Vorführung begann um 14.20 Uhr. Person Nummer eins wurde hereingeführt. Sie leistete

Widerstand und stöhnte laut. Dann die Nummer zwei, Ulrike Meinhof. Sie rief: »Ich bin die Meinhof! Das soll eine Gegenüberstellung sein?«, und versuchte, ihr Gesicht von den Zeugen abzuwenden. Kurz vor Verlassen des Raumes stolperte einer der Beamten über die sich wehrende Ulrike Meinhof. Die Dreiergruppe kam beinahe zu Fall. Person Nummer drei schrie schon vor Betreten des Saales lautstark »Nein!«, und wurde gewaltsam vorgeführt. Auch sie versuchte, ihr Gesicht zu verdecken, und rief: »Mich sollt ihr sehen, ihr Kerle!«

Person Nummer vier wendete ebenfalls ihr Gesicht ab. Die beiden Begleitbeamten drehten ihr daraufhin den Kopf zurecht.

Person Nummer sechs musste in der Saalmitte der Kopf festgehalten werden, sonst verhielt sie sich ruhig.

Beim zweiten Durchgang hatten sich die Füllpersonen eingespielt. Nummer eins kreischte: »Merkt ihr denn nicht, dass das immer eine Schau ist?«, murmelte Unverständliches und rief dann: »Ich bin die Meinhof.« Bei geringer Gegenwehr wurde sie durch den Saal geschleppt.

Person Nummer zwei schrie »Schweine!« und versuchte, die Beamten abzuschütteln.

Diesmal rangierte Ulrike Meinhof als Nummer drei. Während sie in den Saal geschleppt wurde, rief sie: »Hier ist nochmals die Meinhof.« Dann zog sie die Beine an, sodass sie getragen werden musste. »Erkennt ihr sie?« Person Nummer vier blieb stumm und wurde mit angezogenen Beinen durch den Saal getragen. Person Nummer fünf ließ sich schleppen und stöhnte dabei. Person Nummer sechs schrie schon auf dem Flur und wehrte sich so stark, dass der Lärm im Saal gehört werden konnte. Vor den Zeugen schrie sie: »Lasst mich los, ihr Schweine! Ich bin's wieder!«, und schlug auf die Beamten ein. Der BKA-Beamte Kess von der Sicherungsgruppe Bonn notierte: »Nach Überzeugung des Unterzeichners war es den Erkennungszeugen und den im Saale anwesenden Beamten nicht möglich, aus dem Verhalten der gegenübergestellten Personen auf die Beschuldigte zu schließen.«

Der Zeuge Bernd B., der eine Meinhof-verdächtige Person in Poppenbüttel gesehen hatte, erklärte nach der Gegenüberstellung dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes: »Ich habe die Frau, die ich damals in die genannte Wohnung habe gehen sehen, nicht wiedererkannt. Die Beschuldigte Meinhof, die sich bei der Gegenüberstellung unter den sechs Frauen befand, habe ich erkannt, weil ich wiederholt Fahndungs- und andere Fotos von ihr gesehen

habe.«

Ob das aber die Person aus Hamburg sei, wisse er nicht.

5.
Kinderbesuch

Anfang Oktober 1972 besuchten Ulrike Meinhofs Kinder ihre Mutter zum ersten Mal im Gefängnis. Die Mädchen waren inzwischen zehn Jahre alt und lebten beim Vater. Klaus Rainer Röhl begleitete die Zwillinge bis in den Warteraum, gleich hinter dem Gefängnistor. Die Kinder wurden von zwei Gefängnisbeamten, einem Mann und einer Frau, in Empfang genommen und in das Besuchszimmer geführt. Die beiden Beamten nahmen Platz, und nach wenigen Minuten wurde Ulrike Meinhof in den Raum gebracht. Sie war abgemagert, sah aber nicht mehr so angegriffen aus, wie die Kinder sie von den Fotos ihrer Festnahme in Erinnerung hatten. Die Beamten schlossen die Tür ab und traten zur Seite. Ulrike Meinhof blieb einen Moment stehen und sah die Mädchen an. Sie erschien den Kindern genauso verlegen, wie sie sich selbst fühlten. Dann umarmte sie ihre Töchter und fragte dabei, ob sie das überhaupt dürfe: »Kinder mögen ja manchmal nicht umarmt werden.« Dann lachte sie verhalten. Sie betrachtete die Zwillinge von allen Seiten: »Hey, ihr seid ja groß geworden.«

Manchmal sah Ulrike Meinhof sich nach den Beamten um, fast ein wenig stolz und gleichzeitig besorgt, dass sie Einblicke in ihre Gefühlswelt bekämen. Die Kinder hatten ihre Mutter zwar fast drei Jahre nicht gesehen, aber nach wenigen Minuten plauderten sie los, erzählten von der Schule, den Freunden, ihren Klavierstunden und dem Leben zu Hause beim Vater. Ulrike Meinhof erkundigte sich nie direkt nach ihrem geschiedenen Ehemann, wollte aber erfahren, ob sich die Kinder bei ihm wohlfühlten.

Die Zwillinge fragten nach dem Leben im Gefängnis, wollten wissen, wie das Essen sei.

»Das Essen ist beschissen«, sagte Ulrike Meinhof. Einer der Beamten stand abrupt auf, ging auf sie zu und sagte: »Frau Meinhof, Sie dürfen nur sagen, das Essen finden Sie beschissen, nicht, das Essen ist beschissen.« Dann setzte er sich wieder hin.

Ulrike Meinhof lachte ironisch: »Also, ich finde das Essen beschissen.« Bettina und Regine durften zwei Stunden bei ihrer Mutter bleiben. Alle ein

bis zwei Monate kamen die Kinder – solange Ulrike Meinhof in der Haftanstalt Köln-Ossendorf einsaß.

Nach dem ersten Besuch schrieb sie:

»Ihr wart da! Ich glaube, der ganze Knast hat sich gefreut. So kam es mir vor. Besucht Ihr mich wieder?

Neulich, im Oktober, standen bunte Drachen über dem Knast. Also da mussten irgendwo Kinder sein, die sie steigen ließen. Unheimlich hoch, grün und rot. Das war richtig schön. Und dann fliegen hier Möwen rum – vom Rhein rüber. Kennt Ihr Drosseln? Das sind Nachmacher. Sie gehören zur Familie der Amseln. Aber sie singen nicht wie Amseln, auch wie Rotschwänze, Scherenschleifer, Zaunkönige. Gibt's so was in Eurem Garten? Ich wollte ja mal Vogelforscher werden. Aber die Vogelforscher haben auch 'n bisschen 'n Tick. Trotzdem. Sie haben gute Ohren …

Lasst mal ruhig von Euch hören. Ihr zwei.

Eure Mami.«

Das Verhältnis zwischen Mutter und Töchtern wurde zunehmend vertrauter. Ulrike Meinhof gab ihnen Ratschläge für den Umgang mit Freunden, wie viel Taschengeld sie verlangen sollten, wie sie sich gegenüber Schwächeren in der Klasse verhalten müssten. Gelegentlich versuchte sie, den Zehnjährigen auch die Lage der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik zu erklären und dass Willy Brandt und die SPD nur das kleinere Übel seien.

6.
»Den 24-Stunden-Tag auf den Begriff Hass bringen«

Ende der sechziger Jahre hatten sich zur Unterstützung »politischer Gefangener« vor allem in Berlin und Frankfurt sogenannte Rote-Hilfe-Gruppen gebildet, um Solidaritätsaktionen »zur Abwehr der Maßnahmen von Justiz und Polizei« zu organisieren.

Ende 1972 veröffentlichte die »Rote Hilfe Berlin« eine Dokumentation über die »Vorbereitung der RAF-Prozesse durch Presse, Polizei und Justiz«. Darin sollte auf die »Brutalität, mit der die Gefangenen fertiggemacht werden sollen, die Unverfrorenheit, mit der die Rechte der Verteidigung außer Kraft gesetzt werden, die Verleumdungen, Diffamierungen und Drohungen, mit denen gearbeitet wird«, hingewiesen werden.

Den Gefangenen gingen die Aktionen der »Roten Hilfe« zumeist nicht weit genug. Gudrun Ensslin an die Genossen:

»Eine Sprechblase, etwa ›lieber einen Richter umlegen als ein Richter sein‹, habe ich in der Dokumentation umsonst gesucht, einfach nicht drin.

Dass die RAF-Typen alle Tassen, und was für schöne, im Schrank haben, das könnt Ihr uns überlassen. Auf was wir scheißen und auf was wir spucken, steht z.T. in ein paar RAF-Papieren. Wir haben nix zu beweisen, sondern zum Ausdruck zu bringen: Den 24-Stunden-Tag auf den Begriff Hass zu bringen …

Der Kampf, den die RAF begonnen hat, ist attraktiv … Ihr habt kein Recht, aus uns die Luft rauszulassen, nur weil Ihr ’nen Platten habt …«

Auch Andreas Baader äußerte sich zur Dokumentation der »Roten Hilfe«:

»Mit der Dokumentation ficken sich die Dokumenteure immer noch ins Knie …

Was ist zu machen. Klar: über den 24-Stunden-Fick endlich so quatschen, dass keine Seminararbeit draus wird … Die ganze Scheiße auseinanderzerren, damit mehr sie so sehen, wie wir sie sehen: I-DEN-TI-FI-KATION. Weil die Genossen halb tot sind, können sie uns nicht anders als halb tot denken. Sie drehen die Sache genauso, wie die Schweine sie global drehen: Die Gewalt bleibt das Tabu, sie verschanzen sich hinter dem Tod wie die Pfaffen …

Die Knarre löst die Starre. Der kolonisierte Europäer erwacht: nicht am Thema und Problem der Gewalt der Verhältnisse, sondern weil jede bewaffnete Aktion den Zwang der Verhältnisse dem Zwang der Ereignisse unterwirft …«

Zum Schluss gab Baader die Parole für das geplante grundlegende RAF-Buch aus: »Ich sage, unser Buch muss mindestens heißen: Die Knarre spricht.«

7.
Den Körper zur Waffe machen

Ende 1972 wurde Andreas Baader in Berlin als Zeuge im Prozess gegen Horst Mahler vernommen. Auf Antrag der Verteidigung sollte er, wie auch Ulrike Meinhof und Astrid Proll, über die Haftbedingungen Auskunft geben. »Ab heute«, so erklärte Baader, »fresse ich nichts mehr, bis sich die Haftbedingungen geändert haben.«

Baaders Worte standen am nächsten Tag in allen Zeitungen. Von da an hungerten alle Gefangenen der RAF. Dieser erste Hungerstreik dauerte fast zwei Monate.

Die Reaktion der Anwälte war zwiespältig. Baaders Verteidiger Armin Golzen: »Ich habe gesagt, dass einer, der im Hungerstreik ist, zwar die Waffe gegen sich selbst richtet und damit versucht, seinen Gegner zu bedrohen, aber er muss gleichwohl überleben. Ich habe sowohl Baader als auch Meinhof gebratene Hähnchen in völlig offenen Tüten, die ich mit meiner Aktentasche bei mir trug, in den Knast gebracht. Baader hat das Hähnchen gegessen.«

Hans-Christian Ströbele, damals Verteidiger von Andreas Baader, rief Bundesanwalt Dr. Heinrich Wunder in Karlsruhe an und schilderte ihm die Situation. Wunder sagte eine Lockerung der Haftbedingungen zu. Unabhängige Ärzte sollten die Gefangenen begutachten, und nach ihren Vorschlägen würden die Ermittlungsbehörden dann verfahren. Ströbele vertraute den Versprechungen des Bundesanwalts, denn tatsächlich war Ulrike Meinhof, gleichsam als Vorleistung, noch während des Hungerstreiks aus dem »toten Trakt« in Ossendorf in eine andere Abteilung verlegt worden. Der Verteidiger bat den Bundesanwalt, ihm ein Telefonat mit Andreas Baader zu ermöglichen. Ströbele schilderte Baader das Gespräch mit Wunder. Baader war skeptisch: »Die halten das doch nicht ein. Das ist wieder ein schmutziger Deal. Wir sollen nur aufhören …«

»Wenn die Zusagen nicht eingehalten werden, kann man ja zur Not wieder anfangen. Jedenfalls hört doch erst mal auf.«

Baader war einverstanden, und Ströbele rief andere Häftlinge an, um sie von Baaders Ansicht zu unterrichten.

Der Hungerstreik wurde beendet. Kaum eine Woche später befand sich Ulrike Meinhof wieder im »toten Trakt«. Auch bei den anderen Gefangenen wurde die Isolation nicht aufgehoben. Ströbele fühlte sich von der Bundesanwaltschaft aufs Kreuz gelegt. Er hatte sich als Unterhändler verstanden und war gescheitert. Von da an galt sein Wort bei den Gefangenen nicht mehr viel.

Als im Februar 1973 eine Gruppe von RAF-Verteidigern vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe gegen die »Isolationshaft« ihrer Mandanten demonstrierte und sich, in Roben gehüllt, auch zu einem kurzen Hungerstreik niederließ, war diese Aktion den Inhaftierten nicht genug.

Manfred Grashof schrieb seinen Anwälten:

»Wenn Ihr Euch nicht umgehend von dem Verdacht befreit, uns angeschissen zu haben, sehe ich schwarz für die weitere Zusammenarbeit …

Unsere letzte und stärkste Waffe ist unser Körper, ihn haben wir kollektiv eingesetzt …

Jedenfalls verlange ich eine gründliche Selbstkritik …«

Das wollten manche Anwälte sich denn doch nicht sagen lassen. »Die Jacke ziehen wir uns nicht an«, antwortete Rechtsanwalt Ströbele. »Vielleicht macht Ihr Euch bis zu meinem nächsten Besuch im Laufe der nächsten Woche auch mal grundsätzliche Gedanken zur Funktion der Anwälte … Aber bitte realistische. Die Anwälte als Speerspitze der Revolution oder der RAF oder der verlängerte Arm der RAF-Genossen, die inhaftiert sind? Wohl kaum! Oder dann eben keine juristische Hilfe mehr!«

»Kein Zweifel, jedes niedergelegte und jedes entzogene Mandat ist Scheiße«, schrieb Gudrun Ensslin, »nützt den Bullen … macht uns aber natürlich nicht erpressbar.«

Als sie dem Hamburger Rechtsanwalt Wolf Dieter Reinhard das Mandat entzog, meinte sie: »Man wird vielleicht kritisieren den Schritt, den ich gegen Reinhard gemacht habe … Warum? Weil Reinhard nicht zuhört, das Zeug, das wir schreiben, nicht liest …«

Der Anwalt begreife nicht, »was für uns (und allerdings auch für ihn) lebenswichtig ist: Identifizierung, und so schließlich vielleicht mal Identität …«

In einem anderen Brief schrieb sie: »Die Anwälte, die sich dem Politisierungsprozess zäh und gerissen entziehen, muss man rausschmeißen … Ob sie uns im Prozess verteidigen, ist eine andere Frage. Ihre Besuche

muss man nicht ertragen.«

Als einige Verteidiger sich den Befehlston aus der Zelle verbaten, lenkte Gudrun Ensslin etwas ein: »Liebe RA's! Seid's doch nicht so empfindlich. Überlegt selbst und – verdammt – versteht nicht nur – auch begreift! – die hungernde Ungeduld in der Pest der Isolation!«

Im nächsten Satz aber war sie schon wieder ganz Chefin: »Wart Ihr bei Böll, Sölle, Scharf, Mitscherlich, Niemöller, noch mal Gollwitzer, Amnesty, Flechtheim, Schallück, Brentano und dann noch bei all denen, die wir Euch gesagt haben? Bei Kipphardt, Peter Stein – habt Ihr die bekniet?«

Die von Gudrun Ensslin genannten Prominenten sollten gemeinsam Strafantrag gegen den nordrhein-westfälischen Justizminister Posser stellen, weil Ulrike Meinhof wieder im »toten Trakt« von Köln-Ossendorf einsaß. »Wenn sie's aber nicht tun – und natürlich tun sie's wahrscheinlich nicht –«, ergänzte Gudrun Ensslin, »kann man sie aber damit erpressen, sich was andres einfallen zu lassen … z.B. so was wie Böll im Spiegel …«

Allzu viel Erfolg hatten die Gefangenen nie bei ihrem Versuch, die linke und liberale Öffentlichkeit für ihre Ziele einzuspannen. Wenn sich politische oder moralische Autoritäten für eine Verbesserung der Haftbedingungen einsetzten, dann eher wegen der kleinen oder großen Schikanen in den Haftanstalten.

Tatsächlich galt für die meisten Gefangenen ein Katalog von Sondermaßnahmen, wie ihn der Leiter der Vollzugsanstalt Wittlich auf Betreiben der Sicherungsgruppe Bonn am 26. März 1973 gegen Holger Meins erlassen hatte. Darin hieß es:

»Besuche bei dem Untersuchungsgefangenen Meins werden nur in Gegenwart von zwei Beamten durchgeführt. Der Gefangene wird unmittelbar nach jedem Besuch körperlich durchsucht und neu eingekleidet.« Während der Bewegung des U-Gefangenen Meins im Freien dürften keine Fahrzeuge in die Anstalt eingelassen werden, Ausnahmen seien nur zu machen, wenn der Fahrer bekannt sei, zum Beispiel der Viehhändler und der Eierhändler.

Und weiter: »Der Untersuchungsgefangene Meins wird auf Abteilung 2, Zelle 51, in strenger Einzelhaft gehalten.

Die unmittelbar rechts und links und die unter und über der Zelle des U-Gefangenen Meins liegenden Zellen dürfen nicht mit Gefangenen belegt werden.

Der Gefangene wird nur im Beisein des Aufsichtsdienstleiters in Begleitung eines zweiten Beamten in der Zelle aufgesucht.

Die Essensausgabe, der Kleidertausch, die Ausgabe von Reinigungsmitteln u.Ä. erfolgt ausschließlich durch Anstaltsbedienstete ohne Beisein von Gefangenen.

Einzelspaziergang mit Bewachung durch zwei Bedienstete. Von diesen ist ein Bediensteter bewaffnet. Er hat die Waffe verdeckt zu tragen.

Der U-Gefangene ist bei der Bewegung im Freien ab Austritt aus der Zelle bis zu seiner Rückkehr zu fesseln.

Ausschluss von allen Gemeinschaftsveranstaltungen einschließlich Kirchgang.

Täglich Zellenkontrolle in Abwesenheit des Gefangenen und Leibesvisitation.

Zum Baden wird der Gefangene von zwei Bediensteten in das Bad der Hausvaterei geführt.

Keine Arbeitszuweisung.«

Nach acht Monaten in der »stillen Abteilung« Köln-Ossendorf schrieb Ulrike Meinhof:

»Nun ist eine Verhaftung immer ein Hammer, der erste Knast, angenagelt in der Zelle. Aber ich kannte mich selbst nicht mehr. Ich brachte mich selbst nicht mehr mit mir zusammen. Alles, was ich hörte, auch von Genossen im Knast, konnte ich mit dem, was bei mir lief, nicht zusammenbringen. Es war schon ganz schön finster. Der Symptomatik nach war das, was lief, am nächsten dem, wie Elektroschockbehandlung beschrieben wird – von einem bestimmten Zeitpunkt an das, was Überdosisbehandlung bewirkt –, was man wiederum mit Folgen von Gehirnerschütterung vergleicht.

Ab Mitte Dezember war’s mir dann endlich klar, dass ich mich da rauskämpfen muss, dass ich selbst kein Recht habe, diese maßlose Schweinerei länger mit mir machen zu lassen – dass es meine Pflicht ist, dass ich mich da rauskämpfe. Was man im Knast dann so macht: Wände bemalen – es zu ’ner Prügelei mit ’nem Bullen kommen lassen – Inventar zerstören, Hungerstreik. Ich wollte sie zwingen, mir wenigstens Arrest zu geben, weil man da was hört – da hat man kein Radio, diese Peter-Alexander-Plärrdose, zu lesen nur die Bibel, evtl. keine Matratze, kein Fenster etc. – aber das ist ’ne andre Art von Quälerei als nichts hören. Wäre für mich ganz klar ’ne Erleichterung gewesen …«

Später, als Ulrike Meinhof aus der »stillen Abteilung« in Köln-Ossendorf in den benachbarten Männertrakt der Anstalt verlegt wurde, saß sie in jener Gefängniszelle, in der vor ihr der Kindermörder Jürgen Bartsch eingeschlossen war. Sie wusste das.

Jahre zuvor hatte sie in »konkret« über ihn geschrieben.

Der erste Kassiber, den Peter-Jürgen Boock zu Andreas Baader in die Zelle schickte, war ein kleines Zettelchen von fünf mal fünf Zentimetern. In winzig kleinen Buchstaben schrieb Boock, dass es ihn noch gebe, dass er nicht in der Kifferszene untergegangen sei. Er wolle weitermachen, wo sie aufgehört hätten, und am Ende solle eine Befreiungsaktion stehen.

Baader antwortete rüde, das müsse viel schneller passieren. Boock hielt im nächsten Kassiber dagegen. So ginge das nicht, man wolle schließlich nicht dieselben Fehler noch einmal machen. Die Bedingungen hätten sich geändert, der Fahndungsapparat der Polizei sei sehr viel größer geworden. Es habe keinen Sinn, sofort in die Illegalität abzutauchen. Besser sei es, aus der Normalität heraus den Kampf vorzubereiten.

»Zählt ihr euch zur Sachschadensfraktion?«, gifteten die Gefangenen zurück, womit sie die »Revolutionären Zellen« meinten, die aus der Legalität heraus Anschläge verübten. »Das legale Land ist nicht das wirkliche Land«, zitierten sie Gramsci. Boock musste erst einmal nachschlagen, wer Gramsci war, um den Sinn des Satzes zu verstehen. Bei dem italienischen Philosophen und Marxisten las er dann: Es gebe immer eine legalistische Oberfläche, wo jeder sich an das Gesetz hält, man miteinander verheiratet ist, zur Arbeit geht und sein Leben lebt. Man könne behaupten, das sei die Wirklichkeit, das stimme aber nicht. In Wirklichkeit klaue der Vater im Betrieb, gemeinsam betrüge man die Steuer, die Kinder gingen ab und an nicht zur Schule. Das legale Land sei nicht das wirkliche Land. Die Oberfläche sei nicht die Wirklichkeit.

Auf die konkrete Debatte bezogen, hieß das: »Die Wirklichkeit bestimmen, wahrnehmen und ändern kann man nur, wenn man unterhalb der Oberfläche lebt, wenn man die Oberfläche nicht lebt oder höchstens als Cover, als Täuschungsmoment, als Mimik benutzt.«

Auf diese Weise ideologisch angeleitet, ging die entstehende »zweite Generation« ihren allmählichen Weg in den Untergrund. Verschiedene Gruppen wurden gebildet, die kaum etwas voneinander wussten und als

gemeinsamen Nenner nur die Beziehung zu den Gefangenen hatten. Wie beim Geheimdienst galt das strikte Abschottungsprinzip. Nur die Stammheimer wussten, wer ihre Nachfolger sein wollten.

In Hamburg fanden sich die »Hamburger Tanten« um die Häuserkampfzeile Eckhoffstraße zusammen, Silke Maier-Witt, Susanne Albrecht, Sigrid Sternebeck. Dazu kamen Karl-Heinz Dellwo und Stefan Wisniewski. In Karlruhe bildeten Adelheid Schulz, Monika Helbing, Christian Klar und Knut Folkerts die süddeutsche RAF-Schiene. Man traf sich untereinander kaum. Die Kontakte wurden über »Reisekader« gehalten. Zusammenhalt gaben vor allem die Kassiber der Gefangenen, die streng getrennt gehalten wurden. Das alles hatte eine gewisse konspirative Logik, machte die Kommunikation aber höchst umständlich und zeitaufwendig.

8.
Die Jagd auf den Leviathan

Im Dezember 1972, noch während des Hungerstreiks, schrieb Ulrike Meinhof an ihre Kinder:

»Als Ihr hier wart, war ich ziemlich sauer über den Adventskranz. Ich dachte, das dient nur dazu, Euch zu täuschen, dass das Gefängnis in Wirklichkeit alles andere als freundlich ist. Aber die Wärterin, die ihn aufgestellt hat, hat es – glaube ich – wirklich gut gemeint – das habe ich inzwischen eingesehen. Sie wollte Euch wohl wirklich was Schönes machen. Dagegen kann man nix sagen.

Wenn Ihr Onkel Ebi wieder besucht, dann nehmt ihm mal das Buch ›Lord Jim‹ von Josef Conrad mit. Das ist ein schönes Buch fürs Krankenhaus falls er's nicht schon kennt.

Es ist schön lang und auch spannend. Ein Seemannsgarn.

Und ›Moby Dick‹, das ist auch gut, wenn man schön viel Zeit hat. Das habe ich aber noch nicht gelesen – da warte ich selber noch drauf, dass ich das hier kriege …«

Gudrun Ensslin hatte gerade Decknamen für die Gruppenmitglieder ersonnen, um die Postüberwacher irrezuführen. Fast alle Namen entlehnte sie Herman Melvilles Roman »Moby Dick«.

»Ahab« stand für Baader. »Starbuck« für Holger Meins. »Zimmermann« für Jan-Carl Raspe. »Quiqueg« für Gerhard Müller. »Bildad« für Horst Mahler. »Smutje« für sie selbst.

Nur Ulrike Meinhof hatte keinen Platz in der Geschichte von der Jagd auf den weißen Wal. Für sie wählte Gudrun Ensslin den Namen »Theres«. In Meyers Konversationslexikon, 1897, steht unter dem Stichwort »Therese«: »Therese von Jesu, Heilige, geb. 1515 zu Avila in Altkastilien, wo sie 1535 in ein Karmeliterkloster eintrat. Sie stellte in den von ihr reformierten Klöstern der unbeschuhten Karmeliterinnen den Orden in seiner ursprünglichen Reinheit wieder her und hatte schwere Verfolgungen vonseiten der Karmeliter der laxen Observanz auszustehen, die selbst gegen sie einen Ketzerprozess anstrengten. Sie starb 1582 im Kloster zu Alba de

Liste in Altkastilien und ward 1622 kanonisiert.«

Bei den Decknamen, die Gudrun Ensslin der Besatzungsliste des Walfängerschiffes »Pequod« entnahm, lieferte sie die Interpretation teilweise mit. »Smutje«, der Koch, so schrieb sie an Ulrike Meinhof, das sei sie selbst: »Du erinnerst, der Koch hält die Töpfe spiegelblank und predigt gegen die Haie.«

In der Crew der Walfänger war der Koch ein alter Neger, der vom Deck des Schiffes aus den Haien eine Predigt hielt, damit sie vom erlegten Pottwal abließen. Er war damit nicht sonderlich erfolgreich, auch wenn der zweite Steuermann ihm zurief: »Gut gesprochen, Smutje, das nenn ich wahrhaft christlich. Mach weiter.« Aber: »An Bord ist der Koch ja eine Art Offizier.« So war es auf der »Pequod«, und so war es wohl auch bei der RAF.

Ahab war der Kapitän, der sich auf der Jagd nach Moby Dick, dem weißen Wal, verzehrte.

Ahab wurde der Deckname für Baader. Auch hier gab Gudrun Ensslin ihren Mitgefangenen Verständnishilfe. Sie schrieb an »Theres«: »An der Stelle tritt niemand Geringeres als Ahab zum ersten Mal in Moby Dick auf, sehr kunstvoll, nach diesen Gesetzen.« Sie zitierte Melville: »… sichtbar vor aller Welt. Und sollte von Geburt an oder durch besondere Umstände hervorgerufen tief auf dem Grunde seiner Natur etwas Krankhaftes sein eigensinnig grillenhaftes Wesen treiben, so tut das seinem dramatischen Charakter nicht den geringsten Eintrag. Alle tragische Größe beruht auf einem Bruch in der gesunden Natur, des kannst du gewiss sein …«

Kapitän Bildad, dessen Namen Gudrun Ensslin »in Großmut«, wie sie schrieb, Horst Mahler zugedacht hatte, war ein wohlhabender Waljäger im Ruhestand, dessen »Ozeanleben … diesen Erzquäker nicht um Haaresbreite vom Wege abgebracht, nicht den winzigsten Zipfel seines Rockes berührt« hatte.

Bei Melville heißt es weiter: »Und doch offenbarte der Wandel des würdigen Kapitäns Bildad bei allen strengen Grundsätzen einen Mangel an einfachster Konsequenz. Wenn er sich auch geschworen hatte, kein Menschenblut zu vergießen, so hatte er in seinem eng anliegenden Quäkerrock das Blut Leviathans in Tonnen und aber Tonnen vergossen. Wie der fromme Bildad nun am besinnlichen Abend seiner Tage diese Widersprüche rückschauend in Einklang brachte, weiß ich nicht; aber sie schienen ihn nicht sonderlich zu berühren, und höchstwahrscheinlich war er längst zu dem weisen und vernünftigen Schluss gekommen, dass für den

Menschen die Religion eines ist und die reale Welt ein ganz anderes. Die Welt aber zahlt Dividenden.«

Bildad alias Horst Mahler: der Scheinheilige in der Gruppe?

Holger Meins erhielt den Namen des Ersten Steuermannes, »Starbuck«. Über ihn heißt es in »Moby Dick«: »Er war ein langer, ernster Mann, und obwohl an einer eisigen Küste geboren, schien er wohlgeeignet, Tropenhitze zu ertragen … Starbucks Leib und Starbucks unterjochter Wille gehörten Ahab, solange Ahab die magnetische Kraft seines Geistes auf Starbucks Hirn ausstrahlen ließ; allein ihm war bewusst, dass der Steuermann trotz allem den Kriegszug seines Kapitäns in tiefster Seele verabscheute.«

Starbuck alias Holger Meins: der von Baader Unterjochte?

Jan-Carl Raspe erhielt den Decknamen »Zimmermann«.

In »Moby Dick« baut der Zimmermann unablässig Särge für die Opfer der Jagd nach dem weißen Wal, er schnitzt dem Kapitän Ahab ein neues Bein aus Walknochen und macht sich überall nützlich: »Er glich den nicht selbst denkenden, aber höchst sinnreich erdachten und vielseitig verwendbaren Werkzeugen aus Sheffield, die, multum in parvo, wie ein – nur ein wenig angeschwollenes – gewöhnliches Taschenmesser aussehen, jedoch nicht bloß Klingen jeder Form enthalten, sondern auch Schraubenzieher, Pfropfenzieher, Pinzetten, Ahlen, Schreibgerät, Lineale, Nagelfeilen und Bohrer. Wollten seine Vorgesetzten den Zimmermann als Schraubenzieher benutzen, so brauchten sie nur diesen Teil seiner Person aufzuklappen, und die Schraube saß fest; oder sollte er Pinzette spielen, so nahmen sie ihn bei den Beinen, und die Pinzette war fertig …«

Zimmermann alias Jan-Carl Raspe: das willenlose Werkzeug?

Gerhard Müller hieß Quiqueg. Quiqueg, der Harpunier auf dem Walfangschiff, war ein »edler Wilder« aus der Südsee, der mit seiner Waffe, der Harpune, ins Bett ging. In »Moby Dick« heißt es über ihn: »So blieb er in seinem Herzen ein Götzendiener wie eh und je und lebte doch unter der Christenheit, trug ihre Kleidung und mühte sich, in ihrem Kauderwelsch mitzuplappern.«

Quiqueg alias Gerhard Müller: der Verräter?

Als Gruppe, isoliert von der Welt wie die Besatzung eines Totenschiffes, führten die RAF-Kader ein geradezu mystisches Eigenleben. So war es kein Zufall, dass Gudrun Ensslin und ihre Genossen in der Einsamkeit ihrer Zellen auf den Romanklassiker von Herman Melville stießen. Die Geschichte von

der fanatischen Jagd des Kapitäns Ahab auf den weißen Wal trägt alle Züge einer revolutionären, antikapitalistischen Parabel. Schon im Vorspann seines Buches breitet der amerikanische Autor, Zeitgenosse von Karl Marx, das ganze Spektrum mythischer Verklärung des Meeresmonsters aus. Er zitiert einen Satz aus der Einleitung zu Thomas Hobbes' »Leviathan«: »Künstlich erschaffen ist jener gewaltige Leviathan, den man Gemeinwesen oder Staat (lateinisch ›civitas‹) nennt und der nichts anderes ist als ein künstlicher Mensch.«

Für sie, die Gruppe, die sich »Rote Armee Fraktion« nannte, war die Idee der Revolution, für die sie ihr Leben und das von anderen nicht schonten, so etwas wie die Jagd auf den weißen Wal, den Leviathan, den Staat, den sie immer wieder als »die Maschine« bezeichneten.

Das mörderische Wüten Baaders und seiner Crew gegen den Leviathan Staat trug Züge eines methaphysischen Endkampfes, ähnlich jenem, den der monomanisch rasende Kapitän Ahab bei seinem Krieg gegen den Wal führt.

Parallelen zwischen Karl Marx' »Das Kapital« und Melvilles »Moby Dick« entdeckte auch der französische Essayist und Hegel-Übersetzer Jean-Pierre Lefebre: »›Moby Dick‹, dieser doppelte Zyklop, dieses wundersame Ungetier, stets von der Tiefe verschlungen und immer wieder aufgetaucht, und ›Das Kapital‹, dieses andere zyklothyme Monster, dessen Gespenst noch immer über den Längen- und Breitengraden umherschweift …«

Für ihn ist das Walfangschiff »Pequod« ein perfektes Abbild der kapitalistischen Produktionsbedingungen, so wie sie auch Karl Marx beschreibt. Der Wal ist »die vorweggenommene Metapher« für das Kapital, den »Vampir«: »Ahab/Marx hasst seinen Feind. Er will ihn zerstören, hat mit ihm eine persönliche Rechnung zu begleichen, flößt seinen Schiffskameraden, den Walfängern, seinen Hass ein. Schließlich schreien sie mit ihm gemeinsam: ›Freiheit oder Tod‹. Pottwal oder Tod. Den Pottwal zu erlegen heißt, an den großen Kuchen zu kommen, aber auch, vom zyklischen Auftauchen des Monsters einmal profitierend, die Revolution zu vollbringen. All das gibt die direkte Lesart her, die heroische, positive, simple: Man tötet den Wal, man ist frei, man isst ihn auf, kurz, das goldene Zeitalter ist da. Sie wissen nicht, dass der Tod des Monsters auch der ihre ist.«

Eine Mannschaft in einem Boot, inmitten eines feindlichen Meeres, so etwa muss Gudrun Ensslin die RAF gesehen haben, als sie die Decknamen der Mannschaft der »Pequod« entlehnte, um draußen, jenseits der Gefängnismauern, die Truppen zusammenzuhalten und sie zu immer

grausigeren Taten gegen den gemeinsamen Feind zu motivieren.

Der BKA-Beamte Alfred Klaus war außerordentlich beeindruckt, als er Gudrun Ensslins Kassiber mit den Decknamen und deren Herkunft entschlüsselte. Er musste immer wieder daran denken, wenn er später nach Stammheim in den Hochsicherheitstrakt geschickt wurde, um mit den Gefangenen zu verhandeln: »So wie Kapitän Ahab mit seinem Walfangschiff gescheitert ist, ist der selbsternannte Revolutionär Andreas Baader auch gescheitert und mit seiner Gruppe untergegangen am Ende.« Melville legt Ahab die Worte in den Mund: »Ich würde selbst die Sonne schlagen, wenn sie mich beleidigt.« Das könnte fast von Baader selbst stammen. Auch dieser Satz von Melvilles fanatischem Waljäger passt ins Bild des gefangenen RAF-Kapitäns: »Wie kann der Häftling denn ins Freie, wenn er die Mauer nicht durchbricht? Für mich ist dieser weiße Wal die Mauer, direkt vor mich hingestellt. Dahinter, denk ich manchmal, ist nichts mehr.«

Herman Melville beschreibt, wie Ahab seinen wahnsinnigen Kampfgeist auf die Besatzung überträgt, und der Erzähler bekennt:

»Ich, Ismael, war einer in dieser Mannschaft, mein Racheschrei war mit den anderen aufgestiegen, um des Grauens in meiner Seele willen. Mit gierigem Ohr vernahm ich die Geschichte von dem Ungeheuer, dem ich und alle anderen Rache und Verderben gelobt.«

Melville schreibt: »Wahnwitzig erhob er den verhassten weißen Wal zum Sinnbild des Bösen, und verstümmelt, wie er war, stand er dagegen auf und forderte es heraus zum Kampf.« Wie die Besatzung eines Walfängers waren sie; eine verlorene Mannschaft in feindlicher Umwelt, kämpfend gegen ein Phantom. Sie alle hatten das Buch gelesen wie eine philosophische Blaupause für ihren Feldzug gegen »das System«, den Kapitalismus, den Imperialismus, das Bundeskriminalamt, die Bundesanwaltschaft. Bei Melville heißt es dazu passend: »Eine solche Mannschaft schien von einem höllischen Verhängnis gewählt und gestählt, um Ahab bei seiner wahnsinnigen Rache beizustehen.«

9.
Das Info-System

Mit den Decknamen aus »Moby Dick« für die Jagd auf den Leviathan neu getauft, verständigten sich die Gefangenen im Frühjahr 1973 durch ein neu aufgebautes Informationssystem. Ziel war es, den Gruppenzusammenhalt zu wahren und damit die »politische Identität«, das »revolutionäre Bewusstsein« zu erhalten.

Über die damals noch unkontrollierte Verteidigerpost wurden Nachrichten an die einzelnen Gefangenen verteilt. Gudrun Ensslin: »Die roten Anwälte sind dazu unentbehrlich, ohne ihre gebündelten und sortierten Informationen geht es nicht.«

Zunächst sollte die Kanzlei des Hamburger Rechtsanwalts Kurt Groenewold als »zentrale Kontakt- und Schaltstelle zur Information für alle Gefangenen und zwischen den Anwaltsbüros sowie für die Komitees« dienen.

»Ohne diese Systematisierung«, meinte Gudrun Ensslin, »kommt sonst früher oder später Scheiße zustande und dann 'ne Sekte raus, eingesperrt, fromm und doof …«

Im »Info-System« hieß Andreas Baaders Zelle »Kajüte«. Gudrun Ensslin nannte ihre eigene Zelle das »Sekretariat«. Von hier aus bestimmte sie den Kurs. Zusammen mit Baader, der von RAF-Gefangenen auch »Generaldirektor« genannt wurde, bildete sie den »Stab«. Sie entschieden über die Verteilung der »Info«-Materialien, »damit jeder, der sie kriegen soll, sie auch kriegt, und die, die sie nicht kriegen sollen, sie nicht kriegen. Kann den Anwälten nicht überlassen werden.«

Bei Verstößen gegen die »revolutionäre Disziplin« war vorgesehen – und wurde auch durchgesetzt –, den »Abweichlern« das Info vorzuenthalten. Gudrun Ensslin notierte dazu auf der Rückseite eines Anwaltsbriefes: »Sanktion: Ausflippen aus der Kommunikation«.

Den Befehlsbegriff der RAF definierte sie so:

»Was ist ein Befehl?

Ein Befehl resultiert aus dem Aufbau des Kollektivs, aus dem Abbau jeder

Art von Hierarchie.

Ein Befehl ist das, wovon einer überzeugt ist bzw. überzeugt wird. Und wenn das nicht möglich ist, woran einer ausflippt …«

Was die »revolutionäre Disziplin« in der Praxis bedeutete, wurde am Beispiel Astrid Prolls deutlich. Durch die monatelange Unterbringung in der »stillen Abteilung« in Köln-Ossendorf körperlich und seelisch am Ende, hatte sie den ersten Hungerstreik nicht konsequent mitgemacht. Von Andreas Baader kam daraufhin die Aufforderung: »Astrid soll mal mitteilen, ob die Information stimmt, dass sie genau so lange gehungert hat, bis sie Hunger hatte. Wenn sie dazu keine Selbstkritik bringen kann, ist unsere Reaktion: Sie flippt aus dem Infosystem …«

Und Ulrike Meinhof schrieb: »Astrid. Sie treibt sich rum. Ich hab ihr gesagt, dass sie aus der RAF rausflippt, wenn … Nicht als Drohung, sondern als Tatsache.«

Regelmäßig erhielten alle inhaftierten Gruppenmitglieder, über die Verteidigerpost gebündelt, Kopien fast aller Briefe, die untereinander geschrieben wurden. Darunter auch private Korrespondenz und manchmal das, was sie »Kritik und Selbstkritik« nannten.

Klaus Jünschke im August 1974: »Ich hatte mich wie ein konterrevolutionäres Arschloch verhalten. Anstatt meine Mängel aufzudecken und die Schulung konsequent mittels Info etc. auszubauen, habe ich das Info mehr konsumiert, als es als Werkzeug, Rüstzeug für den Kampf zu gebrauchen.«

Das Rüstzeug für den Kampf wurde den Gefangenen direkt und ganz legal in die Zellen geliefert. Offenbar hatte kein Untersuchungsrichter, der für Postzensur und Kontrolle der zugesandten Bücher verantwortlich war, etwas dagegen, dass sich die Gefangenen Literatur zuschicken ließen, die sie für die Weiterbildung als Stadtguerilla brauchten.

So konnten sich die RAF-Gefangenen eine umfangreiche Bibliothek zusammenstellen, mit Handbüchern über Zündung und Verhinderung der Entschärfung von Sprengkörpern, neue Fahndungsmethoden der Polizei, neue Waffen, Alarmanlagen, Werkschutz, Minispione, polizeilichen Sperrenbau und Ähnliches.

Eine kleine Auswahl der Titel: »Deutsches Waffenjournal«, »Wehrtechnik«, »Militärtechnik«, »Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift«, »Funktechnik«, »Der Funkamateur«, Militärverlag der

DDR, »Was wir von den Tupamaros lernen können«, »Lehrmeister des kleinen Krieges«, »Stadtguerilla«, »Der bewaffnete Aufstand«, »Urban Guerilla Warfare«, »Guerilla im Industriestaat«, »Partisanenbuch«, »Der verdeckte Kampf«, »Kriegstheorien«, »Deutsches Militärwörterbuch und Nato-ABC«, »The Special Forces Handbook«, »Le Coup d'Etat«, »Selbstverteidigung«, »Polizei der BRD«, »Grundlagen der Befehlstechnik«, »Attentäter und Saboteure – der moderne Terrorismus«, »Der Sprengmeister – neuzeitliche Sprengtechnik«, »Handbuch für Kleinoffsetdruck und Reprofotografie« …

»Diese Arbeitsunterlagen«, kommentierte der BKA-Beamte Alfred Klaus in einem Bericht, »waren durchaus geeignet, das politische, logistische und operative Wissen zu erweitern und jeden Inhaftierten in die Lage zu versetzen, nach seiner Freilassung oder Befreiung selbständig Guerillagruppen aufzubauen und zu führen.«

Während jeder Untersuchungshäftling sich nur sorgfältig und oft kleinlich gefilterte Literatur zuschicken lassen darf, gestatteten die BM-Richter solches Schulungsmaterial.

Gleichzeitig arbeitete der Gesetzgeber an neuen Paragraphen, die das verhindern sollten, was vorher großzügig gestattet worden war. In einer Broschüre, die der Bundesminister für Justiz 1982 verbreitete, steht als Begründung für die Notwendigkeit von Gesetzesänderungen der – wohl eher unbeabsichtigt – deutliche Satz: »Aus der Haft heraus terroristische Organisationsformen aufrechtzuerhalten und weitere Straftaten zu planen und vorzubereiten, erforderte eine Verbesserung des strafrechtlichen Instrumentariums.«

10.
»Was wollt Ihr denn, Ihr lebt ja noch«

Sie hatten ihren Untergrundkampf als eine Art Experiment begonnen, indem sie Leben und Freiheit einsetzten, um zu zeigen, dass der Staat so war, wie sie ihn sich vorstellten: faschistisch.

Jetzt, im Gefängnis, sahen sie sich als Opfer, verglichen sich mit den Insassen nationalsozialistischer Konzentrationslager.

»Der politische Begriff für den toten Trakt, Köln, sage ich ganz klar – ist: Das Gas«, schrieb Ulrike Meinhof. »Meine Auschwitzphantasien darin waren realistisch …«

Und Gudrun Ensslin notierte: »Unterschied toter Trakt und Isolation: Auschwitz zu Buchenwald. Der Unterschied ist einfach: Buchenwald haben mehr überlebt als Auschwitz … Wie wir drin ja, um das mal klar zu sagen, uns nur darüber wundern können, dass wir nicht abgespritzt werden. Sonst über nichts …«

An einem Sonntag im Februar 1973 sollte Gudrun Ensslin in der Haft Besuch des Theologieprofessors Helmut Gollwitzer bekommen. Der BKA-Beamte Alfred Klaus erklärte sich bereit, einen Teil seines Wochenendes für die Besuchsüberwachung zu opfern. Er holte Gollwitzer im Dienstwagen bei dessen altem Freund, dem damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, ab. Jahre zuvor hatte Heinemann als Rechtsanwalt Ulrike Meinhof gegen eine Klage von Franz Josef Strauß vertreten. Die »konkret«-Kolumnistin hatte damals geschrieben: »Wie wir unsere Eltern nach Hitler fragen, so werden wir eines Tages nach Herrn Strauß gefragt werden.«

Auf der Fahrt unterhielten sich der BKA-Beamte und der linke Theologe über Gudrun. »Ach ja«, sagte Gollwitzer versonnen. »Und sie hält sich wohl für unschuldig, die Gudrun?«

»Ja, das tun sie alle«, entgegnete der Beamte. »Sie sehen sich als Opfer – nicht als Täter.«

Gollwitzer erkundigte sich beim Anstaltsleiter über die Haftbedingungen, dann durfte er Gudrun Ensslin im Besucherzimmer der Anstalt treffen. Klaus

blieb dabei und notierte: »In dem sich entwickelnden Streitgespräch bemühte er sich, ihr den von der RAF angerichteten Schaden vor Augen zu führen. Er billigte die Anwendung von Gewalt in gewissen politischen Extremsituationen, betonte jedoch, dass er als Christ und Theologe die Anschläge der RAF als von ungeheurer Menschenverachtung geprägt betrachte. Gudrun Ensslin räumte schließlich ein, dass die Frage der Gewalt vielleicht nicht gründlich genug durchdacht gewesen sei.«

Klaus hatte das Gefühl, Gudrun Ensslin, die er immer als intelligente Person und »Motor der RAF« betrachtet hatte, sei der Diskussion mit dem Professor nicht gewachsen. Am Ende des Gesprächs empfahl sie Gollwitzer, die Schriften der RAF zu lesen.

Als der Polizeibeamte den Theologen zurück zu seinem Freund, dem Bundespräsidenten, fuhr, blickte Gollwitzer aus dem Autofenster. »Schauen Sie dieses schöne Land an«, sagte er. »Wann wird diese elende Mörderei ein Ende finden?«

Mit der Einführung des »Info« war die Kommunikation unter den Gefangenen in den verschiedenen Haftanstalten wesentlich verbessert worden. An der nächsten Hungerstreikaktion beteiligten sich etwa vierzig Häftlinge, darunter auch einige, die nicht der RAF angehörten.

Dieser zweite Hungerstreik dauerte sechs Wochen, vom 8. Mai bis zum 29. Juni 1973.

Zum ersten Mal setzten die Gefängnisbehörden das Mittel der Zwangsernährung ein. Nach einer leichten Lockerung der Haftbedingungen, wohl auch Ergebnis der breiten Öffentlichkeit, die der Streik fand, begannen die Gefangenen, wieder Nahrung zu sich zu nehmen.

Schon vor dem offiziellen Ende der Aktion hatte Gudrun Ensslin in einem Zellenzirkular geschrieben: »Aus dem Hungerstreik ist die Hefe raus … aber scheiß drauf … Wir werden mit dem Streik die Aufhebung der Isolation nicht erreichen, und wie's aussieht, nicht mal das KZ.«

Ein Grund für den Abbruch mag auch gewesen sein, dass sich der Gesundheitszustand einiger der Hungernden rapide verschlechterte. Daraufhin war über das Info die Anweisung gekommen: »Alle, bei denen die Zwangsernährung glimpflich/erträglich abläuft … soll'n weiterhungern. Alle anderen – z.B. Andreas – hören sofort auf. Und das ist, verdammt, ein Befehl!«

Horst Mahler lehnte den Hungerstreik als »Ohnmachtsstrategie« ab und hielt

ihn nur in außergewöhnlichen Notfällen für berechtigt, »dann ist das Mittel des Hungerstreiks zulässig, wenn es wirklich ums Überleben der RAF geht …«

Gerhard Müller, damals noch voll auf Linie, schrieb dazu: »Wenn ich das lese, kriege ich eine Wut – Du Arschloch, halt die Schnauze. Wenn Du nicht von Deinem Sockel runterwillst, muss man Dich runterknallen.«

Vorbehalte gegen Hungerstreiks und den Begriff des politischen Gefangenen hatten auch Mitglieder der »Roten Hilfe Berlin«. Ein Papier mit dem Titel »Einige individuelle Gedankensplitter zum Hungerstreik« löste mit seinen ketzerischen Thesen einen Proteststurm unter den Inhaftierten aus.

»Der Hungerstreik ist ein moralisches Kampfmittel. Er rechnet mit dem Vorhandensein humanitärer Gefühle bei dem zu Erpressenden – ein anderer lacht nur darüber.

Der Hungerstreik der RAF-Genossen wendet sich somit einmal mehr an die alte, ewig gleiche Sympathisantenszene der RAF: Das linksliberale, anpolitisierte und sensibilisierte Bürgertum … Nur dort kann der Hungerstreik verstanden werden und Bestürzung und Aktivität hervorrufen. Die Verknüpfung sozialistischer Kampfziele mit dem Hungerstreik ist schlichter Unsinn. Keiner denkt daran, ein System, das sich humanitär erpressen lässt, abzuschaffen.«

Die Gefangenen und einige ihrer Anwälte bezeichneten das Schriftstück als »Bullen-Papier«.

Ulrike Meinhof in einem Zellenzirkular: »Zu der Tatsache, dass wir von Folter reden, fällt Euch nichts anderes ein als: Was wollt Ihr denn, Ihr lebt ja noch.«

Im Mai 1973 schrieb sie ihren Töchtern:

»Haltet die Daumen, dass wir mit unserem Hungerstreik was erreichen. Mehr als Daumen halten könnt Ihr ja wohl noch nicht tun.

Lasst wieder von Euch hören.

Tschüss Mami

Mal zusammen Fußball spielen? Hätt ich natürlich Lust.«

Zur gleichen Zeit lehnte das Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde der Baader-Meinhof-Verteidiger gegen die strengen Haftbedingungen ab.

Im September 1973 besuchte der Theologieprofessor Helmut Gollwitzer auch Ulrike Meinhof in der Haft. Wieder war der BKA-Beamte Alfred Klaus

beauftragt worden, das Gespräch zu überwachen. Gollwitzer hatte seine Zweifel, ob ein politisches Gespräch mit Ulrike Meinhof überhaupt einen Sinn haben könnte. Nach dem Besuch bei Gudrun Ensslin hatte er ihr einen langen Brief geschrieben und keine Antwort erhalten.

Nach einer kurzen freundlichen Begrüßung debattierten Ulrike Meinhof und der Theologe über das Verhältnis zwischen Israel und den arabischen Staaten.

Dann kam der Professor auf den anstehenden Prozess zu sprechen. Er deutete an, dass Ulrike Meinhof sich einer psychiatrischen Untersuchung unterziehen könnte, das sei für die strafrechtliche Beurteilung vielleicht günstig. Meinhof wehrte brüsk ab: »Das ist wohl ein Witz. Wenn man mich für verrückt erklärt, ist die politische Arbeit der RAF erledigt!«

Man wolle die Gefangenen vernichten, erklärte sie.

»Im Knast war es noch nie angenehm«, erwiderte der Theologe gelassen – und der Beamte schrieb mit. »Im Übrigen haben Sie doch gewusst, worauf Sie sich einlassen. Da muss man anschließend nicht klagen. Die RAF-Anhänger sind schließlich nicht wegen ihrer politischen Überzeugungen in Haft, sondern weil sie Straftaten begangen haben.«

Alfred Klaus hatte das Gefühl, dass Ulrike Meinhof einen Moment lang verunsichert war.

Kurze Zeit später schrieb sie Gollwitzer einen Brief. Sie lege auf weitere Besuche von ihm keinen Wert mehr. Er sei ein Zionist.

Im Spätherbst 1973 schrieb Ulrike Meinhof an ihre Kinder:

»Also ich mach mir jetzt ziemlich viele Gedanken über Euch. Oma soll mal schreiben, wie's läuft. Sagt ihr das.

Und besucht mich!

Und schreibt – los! Oder malt mir was, ja? Ich finde, ich brauche mal wieder ein neues Bild. Die ich hab, kenn ich jetzt auswendig.

Meine Idee, dass Ihr mal sagen sollt, wie ich denn nun bei Euch heiße, war, glaube ich, eine Schnapsidee.

Ich bin eben die Mami, Eure, fertig.«

Kurz vor Weihnachten 1973 brach Ulrike Meinhof den Kontakt zu ihren Kindern abrupt ab. Ein Adventskalender, den die Kinder gebastelt hatten, kam zurück: Annahme verweigert. Auf die Briefe ihrer Kinder antwortete sie nicht mehr. Die Mädchen sahen ihre Mutter nie wieder.

Am 5. Februar 1974 wurde Gudrun Ensslin nach Köln-Ossendorf verlegt, wo sie eine Zelle neben Ulrike Meinhof bezog. Die bis dahin strenge Einzelhaft der Frauen wurde gelockert. Sie durften gemeinsam zum Hofgang und konnten sich außerdem bis zu zwei Stunden täglich gemeinsam in einer Zelle einschließen lassen.

Manchmal spielten sie zusammen Mühle.

11.
»Es werden Typen dabei kaputtgehen …«

Der Hochsicherheitstrakt in Stammheim war mit großem Aufwand für die RAF-Gefangenen vorbereitet worden, die Vollzugsbeamten waren es nicht. »Uns schwante, dass Baader, Meinhof und die anderen einen neuen Typ von Häftling verkörperten«, sagte später Horst Bubeck seinem Biographen Kurt Oesterle. »Vom Staat waren wir beauftragt, sie zunächst bis zum Ende der Hauptverhandlung bei uns aufzunehmen – wohlbewacht und wohlbewahrt, wie es vom Vollzug erwartet wird.« Die Beamten ahnten: »Das wird nicht schön.«

Am 28. April 1974 war es so weit. Es war ein Sonntag. Bubeck wartete im siebten Stock auf die Ankunft des Hubschraubers, der die Gefangenen Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin bringen sollte. Die vor ihrer Ankunft gemachten Aufnahmen von den Zellen 718 und 719 bewiesen, dass diese sauber, hell und freundlich waren. Zwei Kollegen begleiteten ihn auf den Hof, wohin ein Kleinbus die beiden Frauen vom Hubschrauberlandeplatz aus bringen sollte. Ein großes Polizeiaufgebot mit Dokumentationstrupp stand bereit, um den historischen Moment zu sichern und zu filmen.

Als Erste stieg Ulrike Meinhof aus dem Wagen. Bubeck sagte: »Guten Morgen, Frau Meinhof.« Die Gefangene blickte ihn an und ging ihm wortlos und leicht taumelnd entgegen. Sie war mager. Als sie merkte, dass sie gefilmt wurde, versuchte sie, mit ihren gefesselten Händen auf den Kameramann einzuschlagen. Der wich aus und filmte weiter. Ulrike Meinhof schwankte wieder auf den Weg zurück, holte mit dem Bein aus und trat dem Vollzugsbeamten Bubeck in den Unterleib.

Gudrun Ensslin stieg aus und ging mit gesenktem Kopf, ohne die Beamten anzusehen, in das Gefängnisgebäude. Bubeck fragte den Anführer des Dokumentationstrupps, was denn die Filmerei solle. Der antwortete, die Polizei wolle alles im Bild festhalten, falls Anwälte oder Presse irgendwelche Vorwürfe erheben sollten: »Wir haben sie heil abgeliefert. Jetzt sind sie in eurer Hand.«

Durch eine »Hausverfügung« wurden die Haftbedingungen für die Frauen

festgelegt. Danach mussten ihre Zellen 718 und 719 im siebten Stock der Anstalt »Tag und Nacht unter doppeltem Verschluss« gehalten werden. Bei der Öffnung der Zellen hatten jeweils zwei männliche und eine weibliche Bedienstete anwesend zu sein. Privatwäsche und Privatkleidung der Häftlinge waren zugelassen. Das Essen wurde den Stationsbeamten gegen Unterschrift in der Küche ausgegeben.

Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof durften täglich auf der überdachten Terrasse über dem siebten Stock des Anstaltsgebäudes gemeinsam ihren eineinhalbstündigen »Hofgang« machen. Während des Tages konnten sie sich für jeweils vier Stunden zusammen in einer Zelle einschließen lassen.

Ihre Zellen waren jeden Tag »besonders gründlich« zu durchsuchen. In unregelmäßigen Abständen sollte eine Leibesvisitation vorgenommen werden. Bis 20.00 Uhr hatte eine Justizbeamtin mindestens einmal in der Stunde einen Blick auf die Gefangenen zu werfen. Zweimal wöchentlich, »jedoch nicht an Samstagen, Sonn- und Feiertagen«, durfte gebadet werden. Die Häftlinge waren von allen Gemeinschaftsveranstaltungen »einschließlich des Kirchgangs« ausgeschlossen. Besuche waren nur Angehörigen und Anwälten erlaubt.

Baader blieb vorerst in Schwalmstadt, Holger Meins in Wittlich und Jan-Carl Raspe in Köln.

Über mehrere Monate bereiteten die Gefangenen einen neuen Hungerstreik vor, den dritten. Es sollte der längste und härteste werden.

»Ich denke, wir werden den Hungerstreik diesmal nicht abbrechen. Das heißt, es werden Typen dabei kaputtgehen …« schrieb Baader.

Ziel war die Zusammenlegung der Gefangenen zu großen Gruppen. Dabei ging es aber um mehr als nur die Aufhebung der Isolation. Prozesse standen an.

Baader schrieb: »Sicher ist, dass wir den Hungerstreik so anlegen, dass die Gefangenen in seiner Folge verhandlungsunfähig werden.«

In einem weiteren Papier schrieb er: »Die Perspektive sind Explosionen im Gefängnissystem.«

Und in einem Info-Beitrag, vermutlich von Gudrun Ensslin, hieß es: »Eine Waffe wird der Hungerstreik nur, wenn klar ist, dass er durchgehalten wird, bis seine kollektive Forderung erfüllt ist – auch wenn es Kranke und Tote gibt.«

Die Ziele, so wiederum Baader, müssten so formuliert sein, dass »sich

jeder Rocker und auch jeder, der seine Alte abgejakst hat, darin findet«.

Am 27. August 1974 wurde Ulrike Meinhof aus Stammheim vorübergehend zum Prozess nach Berlin verlegt. Es ging um ihre Beteiligung an der Befreiung Andreas Baaders 1970. Horst Mahler war beim ersten Prozess freigesprochen worden, der Bundesgerichtshof hatte das Urteil gegen ihn jedoch wieder aufgehoben. So saßen auf der Anklagebank im Saal 700 des Kriminalgerichts Moabit Ulrike Meinhof, Horst Mahler und Hans-Jürgen Bäcker, den der Staatsanwalt für den Mann hielt, der den Bibliotheksangestellten Georg Linke niedergeschossen hatte.

Ulrike Meinhof wirkte krank, saß stumm auf der Bank, tauschte kaum Blicke mit Mahler aus.

Und dann sagte sie aus, vierzig Minuten lang, mit matter Stimme, fast tonlos, ohne beschwörende Empörung, sachlich. »Könnt ihr mich verstehen?«, fragte sie manchmal zwischendurch, an die Zuhörer gewandt. Sie erläuterte die Ziele der RAF: »Antiimperialistischer Kampf, wenn das nicht nur Geschwätz sein soll, heißt: Vernichtung, Zerstörung, Zerschlagung des imperialistischen Herrschaftssystems – politisch, ökonomisch, militärisch.«

Danach kündigte Ulrike Meinhof den Hungerstreik der Gefangenen an, erklärte die Forderungen: Renten- und Sozialversicherung für alle Gefangenen, freie Arztwahl, Streikrecht, sexuelle Kontakte ohne Überwachung, Besuche ohne Kontrollen, Aufhebung der Briefzensur, Abschaffung der Jugendstrafanstalten, Einrichtung gemischter Vollzugsanstalten. »Wenn die Schweine im einen oder anderen nachgeben, umso besser. Dann können wir mit unseren Kräften für etwas anderes kämpfen.«

Bei den meisten Journalisten im Saal erregte Ulrike Meinhof mit ihrer Erklärung nur noch Mitleid. Einer schrieb: »Ulrike Meinhof redet, die Schärfe ihres Verstandes mitleidslos gegen sich selber gewendet. Eine Selbstmärtyrerin, eine von sich selbst berufene Jeanne d’Arc des proletarischen Internationalismus, die keine andere Armee hinter sich hat als diejenigen, die sie die RAF nennt, ein Spukgebilde in ihrem armen gescheiten Kopf …«

Unmittelbar nach Ulrike Meinhofs Auftritt in Moabit begannen die

Gruppenmitglieder in den verschiedenen Haftanstalten mit ihrer Nahrungsverweigerung. Horst Mahler hungerte nicht mit.

Kaum vierzehn Tage später erklärte Monika Berberich als Zeugin im Baader-Befreiungsprozess, Mahler sei »vor einiger Zeit, und zwar einstimmig, aus der RAF rausgeflogen«. Mahler sei wegen seines Dünkels, seiner Allüren und seines Herrschaftsanspruchs ausgeschlossen worden. Monika Berberich nannte ihn einen »belanglosen Schwätzer und eine lächerliche Figur«.

Nach seiner Haftentlassung, bevor er sich völlig nach rechts orientierte, schrieb Horst Mahler über die RAF in den Gefängnissen: »Wer überzeugt ist, durch die Abgeschlossenheit zerstört zu werden, der bekommt wirklich Kreislaufbeschwerden und dessen Bewusstsein wird wirklich getrübt. Wer sich den Gedanken einhämmert, mittels der Vorenthaltung von sinnlichen Reizen und menschlicher Kommunikation langsam umgebracht zu werden, der wird tatsächlich daran sterben – vielleicht, indem er Hand an sich legt.«

Mahler rief seinen hungernden Exgenossen in den Gefängnissen noch ein aufmunterndes Wort zu: »Ein Indianer weint nicht!«

12.
»Eine scheinheilige Sau aus der herrschenden Klasse«

Schon Monate vor Beginn des dritten Hungerstreiks hatte Ulrike Meinhof mit der Arbeit für das »grundlegende Werk« über die Geschichte der RAF beginnen sollen. Sie wollte es »Über den antiimperialistischen Kampf« nennen. Im internen Gruppenjargon wurde das Projekt »Bassa« genannt, nach dem Staudamm »Cabora Bassa« in Moçambique. Handschriftlich machte Ulrike Meinhof die ersten Notizen dazu:

»Die Bildung der RAF 1970 hatte in der Tat spontaneistischen Charakter. Die Genossen, die sich ihr anschlossen, sahen darin die einzige wirkliche Möglichkeit, ihre revolutionäre Pflicht zu erfüllen.

Angeekelt von den Reproduktionsbedingungen, die sie im System vorfanden, der totalen Vermarktung und absoluten Verlogenheit in allen Bereichen des Überbaus, zutiefst entmutigt von den Aktionen der Studentenbewegung und der Apo hielten sie es für nötig, die Idee des bewaffneten Kampfes zu propagieren.

Nicht weil sie so blind waren, zu glauben, sie könnten diese Initiative bis zum Sieg der Revolution in Deutschland durchhalten, nicht weil sie sich einbildeten, sie könnten nicht erschossen und nicht verhaftet werden.

Nicht weil sie die Situation so falsch einschätzten, die Massen würden sich auf ein solches Signal hin einfach erheben.

Es ging darum, den ganzen Erkenntnisstand der Bewegung von 1967/68 historisch zu retten; es ging darum, den Kampf nicht mehr abreißen zu lassen.«

Eine Revolution im Kopf – mit echten Toten.

»Bassa Sammelpunkt ist Theres«, verfügte Gudrun Ensslin, »kriegt Arbeit, ich seh das nicht in der Dimension von Jahren, aber doch von Monaten bis ein Jahr, so ungefähr.«

Doch Ulrike Meinhof kam mit der Arbeit nicht voran.

Gudrun Ensslin drängte: »Bassa wäre das, ist das, deshalb lässt man Dir keine Ruhe. Und jeder, außer natürlich Dir, weiß, dass Du die Stimme [der RAF] warst, bist, sein wirst.«

Ulrike Meinhof antwortete: »… und außerdem denkst Du natürlich viel schneller als ich, und – Himmel! – abgesehen davon, dass ›Stimme‹ ein Wort ist, dem man sowieso nur aus'm Weg gehen kann …« Im Übrigen habe Gudrun ohnehin die Endredaktion. Ulrike Meinhof schaffte es noch, die Hungerstreikerklärung zu verfassen. Mit ihren Entwürfen dafür waren Baader und Ensslin offenbar nicht zufrieden und kritisierten sie scharf. Ulrike Meinhof reagierte mit Selbstzweifeln und Selbstkritik.

Über ihr Verhältnis zu Baader schrieb sie:

»Das Wesentliche, mein gestörtes Verhältnis zu Euch und besonders zu Andreas käme daher, dass ich nicht von der revolutionären Gewalt durchdrungen sei, war einfach 'ne schamlose Phrase, bezogen auf das, was hier bei mir Sache ist:

Meine Sozialisation zum Faschist, durch Sadismus und Religion, die mich eingeholt hat, weil ich mein Verhältnis dazu, d.h. zur herrschenden Klasse, mal ihr Schoßkind gewesen zu sein, nie vollständig aufgelöst, restlos in mir abgetötet habe …

Die Scheiße in meinem Wahn … sich zur RAF verhalten, wie ich mich zur herrschenden Klasse verhalten habe: Arschkriecher; d.h. Euch behandeln wie Bullen, das heißt einfach: Selbst längst 'n Bulle sein, in den psychischen Mechanismen von Herrschaft und Unterwerfung, Angst und Klammern an die Vorschrift. Eine scheinheilige Sau aus der herrschenden Klasse, das ist einfach die Selbsterkenntnis. Alles nur ›als ob‹ …«

Das erinnerte an manches, was Ulrike in ihren Hörfunksendungen zur sadistischen Heimerziehung gesagt hatte: »Sadomasochismus bedeutet, dass das, was den einen quält, dem anderen Spaß macht. Bedeutet aber auch, dass gequält werden Spaß macht, dass die, die quälen, auch gerne gequält werden, dass in den Gequälten das Bedürfnis entsteht, selbst zu quälen.« Es war ein Psychodrama, das sich in Stammheim abspielte, vor allem zulasten von Ulrike Meinhof.

In der Erinnerung an die Niederlage der RAF, die Verhaftungen im Frühsommer 1972, vielleicht auch das Springer-Attentat, schrieb sie: »Ich dachte dann, Ihr müsstet mich doch kritisieren. Im Trakt hatte ich auch 'ne Zeitlang gedacht, dass das eigentlich klar sein müsste, dass die Niederlage 72 hauptsächlich durch meine Scheiße kam. Aber das war natürlich – so – auch nur der verdrehte Größenwahn. Aber in der Erwartung, kritisiert zu werden, steckte die Kapitulation vor der Schwäche, es nicht selbst zu bringen – wollte geführt werden. Eine Nonne, weil da drin immer, bei mir: religiöser

Wahn …«

Baader antwortete auf Ulrike Meinhofs verzweifelte Selbstkritik mit ein paar handschriftlichen Sätzen, die er auf die Rückseite des kritisierten Entwurfs für die Prozesserklärung kritzelte: »Und hör endlich auf, Dich zu quälen und zu kriechen. Arbeite, wie es möglich ist. Du hast den falschen Schluss aus der Kritik gezogen. Du sollst Dich nicht zu einem kriechenden Köter regredieren, sondern Dir endlich mal dazu verhelfen, dass Du das, was Du wissen kannst, auch bringst.«

Noch im August 1974 zeichnete Andreas Baader die »Selbstkritik« Ulrike Meinhofs für das »Info« ab. Damit bekamen auch die Übrigen RAF-Gefangenen Kopien der Schriftstücke übersandt – zusammen mit Selbstanklagen anderer RAF-Mitglieder.

Margrit Schiller schrieb: »Hass: Ich hatte immer eine wahnsinnige Angst vor a [Baader], was ja nur die andere, die fotzige Seite von Hass ist … die Abwehr meiner Enteignung gegenüber demjenigen, der sich nicht bestechen ließ …«

Gudrun Ensslin antwortete ihr und charakterisierte Andreas Baaders Rolle in der Gruppe:

»Der Rivale, absolute Feind, Staatsfeind: Das kollektive Bewusstsein, die Moral der Erniedrigten und Beleidigten, des Metropolenproletariats – das ist Andreas.

Daher der Hass der Bourgeoisie, Presse, bürgerlichen Linken, auf ihn konzentriert …

Weil sich schon der 14. Mai [1970, Baader-Befreiung in Berlin] als genau das vermittelt hat – Machtkampf. Der Erste, den wir gewonnen haben, ’ne bewaffnete Befreiungsaktion, das Beispiel.

An Andreas, über das, was er ist, konnten wir uns bestimmen, weil er das Alte (erpressbar, korrupt usw.) nicht mehr war, sondern das neue: klar, stark, unversöhnlich, entschlossen …

Weil er sich über die Ziele bestimmt …«

Auch den Ermittlungsbehörden war nicht verborgen geblieben, dass die RAF nach wie vor auf das Kommando von Baader und Ensslin hörte.

Am 20. August 1974 schrieb der Chef des Landeskriminalamts Stuttgart Kuno Bux seinem Innenminister, »dass von den Gefangenen aus der Haft heraus gewaltsame Befreiungsversuche einschließlich Geiselnahmen

detailliert geplant und aktiv vorbereitet werden«. Um dies »frühzeitig genug vereiteln zu können, wird von hier aus ein Abhören der Zellen der BM-Häftlinge für notwendig erachtet«. Weil die Beeinträchtigung des Strafprozesses gegen die »Baader-Meinhof-Bande« bei Bekanntwerden der Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden könne, so schrieb Bux weiter, »rege ich an, ein Einverständnis mit dem Bundesinnenministerium, dem Generalbundesanwalt und dem Justizministerium Baden-Württemberg herzustellen«.

Auch eine weitere Verfügung des LKA-Chefs vom 16. September 1974 behandelte die »technische Möglichkeit der Installation von Abhörgeräten in den Haftzellen sowie auch im Besucherraum« und sah eine Besprechung mit dem Generalbundesanwalt und dem Bundeskriminalamt vor.

13.
Entweder Schwein oder Mensch

Am 2. Oktober 1974 erhob der Generalbundesanwalt offiziell Anklage gegen die fünf Kernmitglieder der Gruppe, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Holger Meins und Jan-Carl Raspe. Der Prozess sollte im folgenden Jahr beginnen, Prozessort Stammheim sein. Fünf Morde wurden den Angeklagten vorgeworfen. Die Verfahrensakten umfassten zunächst 170 Bände, rund tausend Zeugen und siebzig Sachverständige sollten gehört werden.

Anfang November 1974 wurden Andreas Baader und Jan-Carl Raspe im Hubschrauber nach Stammheim geflogen. Scharfschützen waren auf dem Dach der Anstalt postiert. Mit großem Gefolge schwerbewaffneter Polizei schritt Baader vom Helikopter zum Gefangenentransportwagen, mit dem er vom Landeplatz zur Anstalt gefahren wurde. Beide Männer waren während des Hungerstreiks stark abgemagert. Holger Meins, der ursprünglich mit nach Stammheim verlegt werden sollte, blieb in Wittlich, denn seine Gesundheit war durch den Hungerstreik schwer angegriffen; er war nicht transportfähig.

Mit dem Hungerstreik hatten sie die Verlegung nach Stammheim zu Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof bewirken wollen. Jetzt war diese Verlegung von dem für die Haftbedingungen zuständigen Gericht plötzlich angeordnet worden.

Der Stammheimer Vollzugsbeamte Bubeck hatte den Eindruck, Baader hoffte geradezu auf die Zwangsernährung. Er war bis auf die Knochen abgemagert. »Todesfurcht weitete ihm die Augen. Für den Vollzug und seine emsigen Versuche, ihm den Tagesablauf im siebten Stock zu erklären, hatte er kein Ohr. Er wandte sich allein Dr. Henck zu, dem Arzt, und schien erst beruhigt, als dieser ihm ankündigte, dass er gleich am nächsten Vormittag mit der Prozedur beginne.«

Entsprechend den Vorschriften mussten die Stammheimer Vollzugsbeamten die Gefangenen jeweils fragen, ob sie sich freiwillig der künstlichen Ernährung unterziehen wollten. Waren sie, was selten vorkam, bereit, so konnten sie auf einem Stuhl im Vorraum Platz nehmen und sich

füttern lassen. Meistens jedoch lautete die Antwort: »Nein.« Dann wurden die Gefangen von Beamten aus den Zellen geführt und draußen auf eine fahrbare Liege gelegt. Arme und Beine wurden mit Klettverschlüssen fixiert. Sanitätsbeamte drückten Kopf und Oberkörper nach unten, und Anstaltsarzt Dr. Henck führte die Sonde in die Nase, durch die Speiseröhre bis in den Magen. Mit einem Stethoskop kontrollierte er, ob die Sonde angekommen war. Dann rührte er in einer Schüssel die Zutaten für den dünnen Brei zusammen, darunter jeweils Eier und Traubenzucker. Ein Sanitätsbeamter zog die vanillefarbene Brühe in eine Spritze und drückte sie durch den Schlauch in den Magen. Nach Bubecks Erinnerungen schrien die Gefangenen dabei häufig: »Schweine! Mörder! Folterknechte!«

Die Anwälte Otto Schily und Klaus Croissant erstatteten Strafanzeige gegen die für die Zwangsernährung verantwortlichen Anstaltsärzte und erklärten auf einer Pressekonferenz, Zwangsernährung sei »bewusst Quälerei und sadistische Folter«.

Tatsächlich war allen Beteiligten bewusst, dass die Zwangsernährung eine unmenschliche Tortur war. Holger Meins notierte nach einer Behandlung:

»Festschnallen, zwei Handschellen um die Fußgelenke, ein dreißig Zentimeter breiter Riemen um die Hüfte, linker Arm mit vier Riemen vom Handgelenk bis zum Ellenbogen … von rechts der Arzt auf'n Hocker mit 'nem kleinen ›Brecheisen‹. Damit geht er zwischen die Lippen, die gleichzeitig mit den Fingern auseinandergezogen werden, und dann zwischen die Zähne und hebelt die auseinander.

Sowie die Kiefer weit genug auseinander sind, klemmt, schiebt, drückt der Sani von links die Maulsperre zwischen die Zähne … Verwendet wird ein roter Magenschlauch, mittelfingerdick …«

Pro Mahlzeit waren jeweils zehn Füllungen nötig. Zweimal am Tag wurden die Gefangenen dieser Prozedur unterzogen. Ulrike Meinhof steckte sich zu Beginn der Zwangsernährung sofort danach einen Finger in den Hals, um die Nährlösung wieder zu erbrechen. Daraufhin ließ man sie nach der Zwangsernährung noch eine Stunde lang auf der Liege angeschnallt, damit ihr Körper wenigstens einen Teil der Nährstoffe verdauen konnte.

Am meisten litt Gudrun Ensslin unter der Zwangsernährung, erinnerte sich der Vollzugsbeamte Bubeck. Und er litt mit. »Jedes Mal, wenn ihr der Klarsichtschlauch aus der Nase gezogen wurde, war er rot von Blut.« Bubeck meinte, die »brennenden Wund- und Schabestellen in ihrem Schlund, ihrem Rachen in seinem eigenen Hals zu spüren«. Er ging zu Gudrun Ensslin in die

Zelle und sagte: »Bitte geben Sie Ihren Widerstand auf. Sie werden immer den Kürzeren ziehen. Auch ist niemand von der Presse da, der Ihnen zusieht. Wenn Sie symbolischen Widerstand leisten, nehmen wir es mit dem gleichen Respekt zur Kenntnis, das verspreche ich Ihnen. Können wir uns darauf einigen?«

Gudrun Ensslin antwortete nicht. Aber Bubeck hatte den Eindruck, dass sie daraufhin die Zwangsernährung ohne Aufbäumen und Kopfrucken über sich ergehen ließ. Das Beschimpfen der Vollzugsbeamten ging aber weiter.

Zu Beginn eines Hungerstreiks händigten die Gefangenen dem Vollzugspersonal alle Lebensmittel aus, die sie in ihren Zellen aufbewahrten. Kekse, Schokoladen und Suppenwürfel wurden in Kartons verpackt und in der »Fresszelle« unerreichbar deponiert. Bei den regelmäßigen Zellenkontrollen fanden sich aber meistens zurückgehaltene und zwischen Büchern versteckte Nahrungsmittel. Je häufiger im Laufe der Jahre aber Hungerstreiks durchgeführt wurden, desto mehr nutzte sich diese »Waffe gegen den eigenen Körper« ab. Die Öffentlichkeit nahm sie kaum noch zur Kenntnis, und die Gefangenen aßen mehr und mehr heimlich. Einmal entdeckte Bubeck bei einem Verteidiger ein Dutzend Schinkenbrote. Als er den Anwalt darauf ansprach, erklärte dieser, er leide an Unterzuckerung und müsse deshalb selber häufig essen. Bubeck lächelte ihn an: »Es ist aber nicht sehr taktvoll, wenn Sie dem im Hungerstreik befindlichen Herrn Baader etwas voressen.«

Die Justizminister der Länder versicherten, es gebe nicht den geringsten Grund für den Hungerstreik. Das Wort von der »Isolationshaft« oder gar »Isolationsfolter« sei ein politischer Kampfbegriff ohne realen Hintergrund. Die Inhaftierten hätten in der Regel Radio, Briefkontakt, Anwaltsbesuche und zuweilen sogar gemeinsamen Umschluss mit anderen Gefangenen. Die Abschottung vom übrigen Anstaltsbetrieb sei aus Sicherheitsgründen notwendig. Untersuchungshaft sei generell Einzelhaft.

Das war zwar richtig, aber die Untersuchungshaft der RAF-Mitglieder dauerte bereits wesentlich länger als bei anderen Beschuldigten. Radio, Bücher, Zeitschriften und Anwaltsbesuche waren bei so lange andauernder Einzelhaft nur spärlicher Ersatz für zwischenmenschliche Kontakte, wie sie in jeder Anstalt sonst möglich sind.

Die Haftbedingungen in den verschiedenen Gefängnissen waren

unterschiedlich, wechselten auch von Zeit zu Zeit, je nach Verhalten der Gefangenen oder nach den »Erfordernissen der Sicherheitslage«.

Der stellvertretende Stammheimer Anstaltsleiter Schreitmüller: »Zunächst gab es vielleicht eine oder anderthalb Stunden Umschluss am Tag. Und das hat sich dann langsam gesteigert. Bis es am Schluss acht Stunden waren. Und zwar Männer und Frauen, das gab's in keiner anderen Vollzugsanstalt damals. Und wohl jetzt auch nicht.«

Ende Oktober 1974 brach Manfred Grashof den Hungerstreik ab, nahm ihn aber nach wenigen Tagen wieder auf. In dieser Situation schrieb ihm Holger Meins, selbst dem Hungertod nahe, einen Brief:

»Du machst nicht mehr weiter mit, bringst Dich in Sicherheit, gibst den Schweinen damit einen Sieg, heißt: Lieferst uns aus, bist Du das Schwein, das spaltet und einkreist, um selbst zu überleben. Dann – also wenn Du nicht weiter mithungerst – sagste besser, ehrlicher (wenn Du noch weißt, was das ist: Ehre): ›Wie gesagt: Ich lebe. Nieder mit der RAF. Sieg dem Schweinesystem‹ –

Entweder Schwein oder Mensch
Entweder Überleben um jeden Preis
oder Kampf bis zum Tod
Entweder Problem oder Lösung
Dazwischen gibt es nichts.

Ziemlich traurig, Dir so was noch mal schreiben zu müssen. Weiß natürlich auch nicht, wie das ist, wenn man stirbt oder wenn sie einen killen. Woher auch? In einem Augenblick der Wahrheit da morgens ist mir als Erstes durch den Kopf geschossen:

Ach soo ist das (wusste ich ja auch noch nicht) und dann (vor dem Lauf, genau zwischen die Augen gezielt): Na egal, das war's. Jedenfalls auf der richtigen Seite.

Du müsstest da eigentlich auch was wissen. Na ja. Es stirbt allerdings ein jeder. Frage ist nur, wie und wie Du gelebt hast, und die Sache ist ja ganz klar: Kämpfend gegen die Schweine als Mensch für die Befreiung des Menschen: Revolutionär, im Kampf – bei aller Liebe zum Leben: den Tod verachtend. Das ist für mich: Dem Volke dienen – RAF.«

Gudrun Ensslin erhielt eine Kopie dieses Briefes und schrieb an Holger Meins:

»Hör doch uff, dem Typen in den Soldaten-Arsch zu blasen – wozu? Was

hast Du, was hat die Guerilla davon? Jedenfalls ist das nicht der totale Krieg, sondern die totale Defensive.

Würd ich einfach mal lassen. ›Ziemlich traurig …‹ Ohne zu trauern. Das – das Ziel. Du bestimmst, wann Du stirbst. Freiheit oder Tod.«

Drei Tage nachdem Gudrun Ensslin dies geschrieben hatte, starb Holger Meins.

14.
Der Tod des Holger Meins

Nach fast zwei Monaten Hungerstreik war Holger Meins bis zum Skelett abgemagert. Bei 183 Zentimetern Körpergröße wog er noch 39 Kilogramm. Am Freitag, dem 9. November 1974, hatte er seine Anwälte benachrichtigt: »Bitte schickt jemanden! Macht's schnell. Ich komm nicht mehr vom Bett hoch.«

Samstagvormittag fuhr sein Verteidiger Siegfried Haag nach Wittlich. Niemand wollte ihn in die Anstalt lassen. Meins sei bettlägerig, und in der Zelle sei aus Sicherheitsgründen kein Anwaltsbesuch erlaubt.

Haag rief seinen Kollegen Croissant an, der den Vorsitzenden Richter des Zweiten Strafsenates Stuttgart, Dr. Theodor Prinzing, informierte: »Der Zustand von Meins ist kritisch. Ordnen Sie an, dass ihn ein Arzt seines Vertrauens besuchen kann! Und lassen Sie meinen Kollegen Haag in die Haftanstalt.«

Als Richter im anstehenden Stammheimer BM-Prozess war Prinzing für die Haftbedingungen der Angeklagten zuständig. Er genehmigte den Besuch Haags im Gefängnis, lehnte aber die Hinzuziehung eines externen Arztes ab.

Zwei Beamte der Strafanstalt brachten Holger Meins auf einer Liege in ein Zimmer des Verwaltungstraktes. Er hatte die Augen halb geschlossen. Sein Verteidiger Siegfried Haag beugte sich über ihn. »Ich bin fertig. Es ist aus. Ich sterbe«, flüsterte Holger Meins.

Der Anwalt hatte genug gesehen. »Als ich ihn da auf der Bahre liegen sah, wusste ich, was die Stunde geschlagen hatte«, berichtete Haag später. »Ich hab mein Ohr an seinem Mund gehabt, nur so konnte ich ihn verstehen. Manches Mal hat er sich unter Aufbietung aller Kräfte einen einigermaßen laut gesprochenen Satz abringen können. Der Besuch dauerte zwei Stunden, zwei Stunden auch deshalb, weil mir klar geworden ist, dass das sein letztes Gespräch war und dass er das wusste.«

Am Ende bat Holger Meins seinen Anwalt um eine Zigarette. Haag zündete sie an und steckte sie Holger Meins zwischen die Lippen. Um

15.00 Uhr verließ der Verteidiger die Anstalt und rief Klaus Croissant an. Am Telefon formulierte er einen Brief an Prinzing: »… Holger Meins stirbt. In höchstens zwei Tagen wird er tot sein. Sie sind für seinen Tod verantwortlich, denn die Bedingungen der Haft bestimmen Sie.«

Mit diesem Schreiben fuhren Croissant und seine Kollegin Marielouise Becker nach Untertürkheim zu Richter Prinzing. Es war 18.00 Uhr. Der Senatsvorsitzende nahm den Brief am Gartentor entgegen.

Kurz nachdem Siegfried Haag die Anstalt verlassen hatte, war auch den Beamten der bedrohliche Zustand des Gefangenen aufgefallen. Sie riefen einen Arzt aus Wittlich zu Hilfe. Als er um 17.15 Uhr eintraf, war Holger Meins tot.

Der Anstaltsarzt und der Wittlicher Gefängnisleiter, die laut ausdrücklicher Anweisung das Ministerium hätten informieren und den Stuttgarter Strafsenat um eine Überführung von Holger Meins in die Intensivstation eines Krankenhauses ersuchen müssen, waren untätig geblieben. Der Arzt war ins verlängerte Wochenende gefahren. Einen Vertreter gab es nicht.

Als die Nachricht vom Hungertod Holger Meins’ im Rundfunk verbreitet wurde, formierten sich in Frankfurt, Köln, Hamburg, Berlin und Stuttgart Protestzüge von jeweils einigen hundert Demonstranten. In Stuttgart-Untertürkheim zogen sie vor das Haus des Richters Prinzing.

Journalisten gegenüber erklärte der Vorsitzende des Strafsenats, er habe alles zur Erhaltung des Lebens und der Gesundheit von Holger Meins getan. Inwieweit jedoch in der Strafanstalt Wittlich von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht worden sei, könne er nicht beurteilen.

Für die Sympathisantenszene war klar: Holger Meins war ermordet worden. An Haus- und Kirchenwände wurde gesprüht: »Rache für Holger Meins.«

Er selbst hatte, lange vor Beginn des Hungerstreiks, in sein Testament geschrieben: »Für den Fall, dass ich in der Haft vom Leben in den Tod komme, war’s Mord. Gleich was die Schweine behaupten werden … Glaubt den Lügen der Mörder nicht.«

In den Unterstützerkreisen war es kein Geheimnis, dass die Gefangenen den Hungerstreik bis zum bitteren Ende durchführen wollten. Ein Ende aber, das die Stammheimer weniger für sich selbst als für andere vorgesehen hatten. Es

wurde eine regelrechte Rangfolge festgelegt, wessen Leben als Erstes, wessen als Zweites und wessen als Drittes aufs Spiel gesetzt werden sollte. Das war ohne weiteres steuerbar, denn jene, die noch nicht sofort dran waren mit dem Sterben, konnten heimlich essen. Peter-Jürgen Boock konnte es später kaum noch fassen, dass niemand in den Unterstützergruppen daran Anstoß nahm und dass man diese zynische Todesliste einfach akzeptierte. Damit war auch klar, dass die »Leader« überleben mussten. Lediglich Jan-Carl Raspe hielt sich konsequent an den Hungerstreik, hielt bis zu Ende durch und überlebte dennoch. Andreas Baader, Gudrun Ensslin und auch Ulrike Meinhof aßen heimlich – in vorher abgemachter Reihenfolge.

15.
Ein Richter wird ermordet

Am 10. November 1974, einem Sonntag, wurde gegen 20.50 Uhr an der Wohnungstür des Hauses Bayernallee 10–11 im Berliner Stadtteil Neu-Westend geklingelt. Über die Türsprechanlage sagte ein Mann, er komme von der Firma Fleurop und wolle Blumen bringen. Er wurde eingelassen; in den vergangenen Tagen waren mehrmals Blumenboten gekommen, denn der Hausherr hatte tags zuvor seinen 64. Geburtstag gefeiert. Günter von Drenkmann, Präsident des Kammergerichts, höchster Richter Berlins, blickte durch den Spion seiner Tür. Als er den Blumenboten sah, öffnete er einen Spaltbreit. Vorsichtshalber hatte er die Sicherungskette vorgelegt. Doch die Gruppe junger Leute, die plötzlich aus dem Treppenhaus auftauchte, drückte die Wohnungstür auf. Es kam zu einem kurzen Handgemenge. Plötzlich fielen drei Schüsse. Zwei davon trafen den Richter. Blutend brach Günter von Drenkmann zusammen.

Die Täter jagten mit einem Peugeot und einem Mercedes in verschiedene Richtungen davon. Die Frau des Richters alarmierte die Polizei. Wenige Minuten später wurde er in ein nahegelegenes Krankenhaus gebracht. Dort starb er.

Günter von Drenkmann war von Amts wegen nie mit dem Baader-Meinhof-Komplex befasst. Er hatte nie über die Haftbedingungen von RAF-Mitgliedern zu entscheiden, nie über Anwaltsbeschwerden, hatte nie ein »Terroristen-Urteil« gefällt. Günter von Drenkmann war Zivilrichter gewesen, ein liberaler Jurist und SPD-Mitglied. Später stellte sich heraus, dass es ein Kommando der »Bewegung 2. Juni« war, das den Richter – offenbar bei dem Versuch, ihn zu entführen – erschossen hatte.

Till Meyer, Mitglied der »Bewegung 2. Juni«, später: »Der Mann wurde eben erschossen, anstatt ihn zu kidnappen. Insoweit war das auch als Druckmittel dann weg. Aber es war eben der höchste Richter Berlins. Und ich weiß noch, im Olympiastadion haben sie dann beim Hertha-Spiel ›Drenkmann–Meins, eins zu eins‹ skandiert. Also, es war ’n

Vergeltungsschlag.«

Gemeinsam formulierten die Gefangenen in Stammheim eine Erklärung zur »Hinrichtung« Günter von Drenkmanns: »Wir weinen dem toten Drenkmann keine Träne nach. Wir freuen uns über eine solche Hinrichtung. Diese Aktion war notwendig, weil sie jedem Justiz- und Bullenschwein klargemacht hat, dass auch er – und zwar heute schon – zur Verantwortung gezogen werden kann.«

Zur öffentlichen Empörung linker und liberaler Kreise über den Drenkmann-Mord hieß es weiter: »… die Bölls, für die der Tod eines Schreibtischtäters schwerer wiegt als der Tod eines Revolutionärs. Was hat Böll eigentlich mit seiner ›Katharina Blum‹ gemeint, wenn nicht, dass die Erschießung eines Vertreters des herrschenden Gewaltapparates moralisch gerechtfertigt ist. Wenn aus ›literarischer Gewalt‹ materielle Gewalt wird, schlägt sich derselbe Böll auf die Seite derer, deren Wort er eben noch als verlogen gegeißelt hat …«

16.
Ein Vernehmungsversuch

Die Vollzugsbeamten in der Haftanstalt Zweibrücken hatten sofort ans Landeskriminalamt gemeldet, dass Manfred Grashof wieder Nahrung zu sich nahm. Das LKA schickte daraufhin ein Fernschreiben ans BKA, in dem es hieß, Grashof hänge durch, er bekomme kein Geld mehr, werde von der Gruppe fallengelassen: »Ein Herantreten an ihn, zwecks Vernehmung, scheint angebracht.«

Eines Abends sei ein Gefängnisbeamter in seine Zelle gekommen, berichtete Grashof später im Stammheim-Prozess:

»Hier ist jemand von der Polizei, der will sich mal mit Ihnen unterhalten.«

»Ist nichts«, sagte Grashof.

In dem Moment schob sich der BKA-Mann bereits durch die Tür. »Guten Tag, ich bin der Herr Klaus vom BKA. Sie werden mich ja kennen.«

»Ja, ich kenn Sie aus den Akten. Sie sind der, der hier die Psychogramme entwirft. Der sich mit dem Schriftverkehr befasst und die Unterlagen auswertet. Sie sind der, der hier Zuordnungen vornimmt, der Ulrike als Kopf, Andreas als Motor und Gudrun als Seele charakterisiert.«

Klaus betrat die Zelle und wedelte mit einem Schriftstück: »Kennen Sie das?«

»Wieso? Ich kenn gar nichts. Was wollen Sie?«

Der BKA-Beamte deutete auf den Brief: »Das ist doch von Ihnen. Wir wissen ja Bescheid. Wir suchen hier einen Brief von Andreas Baader.«

»Was für einen Brief?«

»Sie wissen schon. Wenn Sie ihn nicht freiwillig herausgeben, dann müssen wir die Zelle durchsuchen.«

»Haben Sie einen Durchsuchungsbefehl?«

»Brauchen wir nicht. Das kennen Sie ja.«

Alfred Klaus begann, die Zelle zu durchsuchen. Grashof hatte das Gefühl, es ginge dem BKA-Beamten weniger darum, etwas zu finden, als mit ihm ins Gespräch zu kommen. Zwei Stunden wühlte Klaus in der Zelle herum, hob

etwas an, sah unter das Bett. Er öffnete die Schranktür und sagte zu seinem Kollegen: »Guck mal hier, das ist ja wie bei Preußens. Na ja, wenigstens einer, der Ordnung hält.«

Grashof antwortete einsilbig. Der typische Vater-Bulle, dachte er. Hans-Albers-Typ.

»Du armer Junge«, sagte Klaus. »Ich kenne übrigens Holger. Ich kenn auch seine Familie. Ich komme auch aus Hamburg. Holger Meins … ja, vielleicht hättest du es sein sollen. Weißt du das? Einer in der Gruppe hat doch bestimmt, dass Holger stirbt. Vielleicht hätte es ja dich treffen sollen. Aber du bist ja schlau. Und mutig. Du hast das durchschaut.«

Der BKA-Beamte versuchte, Grashof eine Entwicklung wie bei Horst Mahler schmackhaft zu machen: »Wenn man sich von der Gruppe trennt, muss man ja nicht gleich unpolitisch werden oder ein Verräter. Findest du das nicht auch?«

Während der andere Beamte schweigend in Grashofs Papieren blätterte, sah Klaus den Gefangenen aus seinen stahlblauen Augen an: »Ich hab ja mal mit deinem Vater gesprochen. Ich weiß, wie das ist, lange Haare tragen und Ärger zu Hause. Ich hab ja auch einen Sohn.« Er machte eine Pause und blickte Manfred Grashof wieder an: »Ich weiß doch, du bist kein Mörder.«

Grashof wurde wütend. Er war in Kaiserslautern des zweifachen Mordes angeklagt. »Jetzt ist aber Schluss. Hauen Sie endlich ab.«

»Moment mal, wir sind noch nicht fertig«, sagte Klaus. Er bot Grashof einen Anwalt an. »Ich weiß ja, du hast kein Geld. Aber das ist nicht das Problem. Da findet sich immer einer.«

Grashof wollte nicht. Er war schon wieder im Hungerstreik.

17.
Kritik und Selbstkritik

Zwei Jahre später wurde Manfred Grashof im Stammheimer Prozess als Zeuge vernommen. Auf Antrag der Verteidigung sollte er Auskunft geben, ob die Disziplin während des Hungerstreiks durch Sanktionen aufrechterhalten worden war. Baaders Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heldmann, fragte ihn:

»Warum haben Sie denn wieder begonnen mit dem Hungerstreik?«

»Das war eigentlich selbstverständlich. Ich habe es nur nicht sofort gebracht. Dieser Abbruch, diese Flucht, ist natürlich in der Hauptsache eine Wirkung der Isolation gewesen. Aber das ist überhaupt keine Entschuldigung …«

Der Vorsitzende drängte: »Sie sind gefragt, warum Sie wieder fortgesetzt haben, Herr Grashof.«

»Na ja, das habe ich eben erkannt, verdammt noch mal. Es ging da wirklich um eine existenzielle Entscheidung. Verstehen Sie das?«

»War das Ihre völlig freie, eigene Entscheidung?«, wollte Heldmann wissen.

»Ja sicher. Ich hatte überhaupt keinen Anlass, an der Richtigkeit dieser Politik zu zweifeln. Natürlich hat die Gruppe gesagt: ›Hör mal, fang wieder an.‹ Meins hat mir geschrieben: ›Hast Du Dir in die Hosen geschissen, wasch sie Dir.‹ Dieser Brief ist wirklich ein unheimlich starker Ausdruck. Das war die Gruppe, die an mich schrieb, nicht nur Holger. Dieser Brief hat mir natürlich ungeheuer geholfen. Ich hab mich da nicht vor den Kopf geknallt gefühlt oder so.«

»Gut, ist also beantwortet«, sagte Prinzing ungeduldig, »aus freien Stücken …«

»Nicht aus freien Stücken, sondern angesichts der Situation und der Entschlossenheit der Bundesanwaltschaft, uns zu vernichten.«

Nach der Schilderung seiner Gründe für die Wiederaufnahme des Hungerstreiks war Grashof als erster RAF-Gefangener bereit, auch Fragen des Gerichts und der Bundesanwaltschaft zu beantworten. Oberstaatsanwalt

Zeis hielt ihm Zitate aus seinem Brief an Baader vor: »›Dann drohst Du wie ein Bulle, original mit zwanzig Jahren, mehr nicht. Oder sich den Strick zu nehmen. Das höre ich ja nicht zum ersten Mal, mein Lieber.‹« An anderer Stelle: »›Am Schluss dann der Hammer: Von uns hast Du nichts mehr zu erwarten, es sei denn, Du begreifst es als Befehl.‹ Okay, ich begriff es als Befehl … und begann den Streik wieder am Freitag früh …«

Eine weitere Stelle: »›Mit den Sanktionen, raus aus Info, Mandate abgeben, raus aus RAF, drinnen, draußen für Euch gestorben, bin ich einverstanden.‹«

Der Bundesanwalt fragte Grashof: »Wollen Sie nach diesem Vorhalt, in dem Sie selbst von ›Sanktionen‹ sprechen, weiterhin aufrechterhalten, dass keine Sanktionen gegen Sie stattgefunden haben?«

»Natürlich«, sagte Grashof. »Ich habe vorhin erklärt, wir haben den Hungerstreik als Gefecht bestimmt, als äußerste Defensive, als eine existenzielle Entscheidung. Natürlich wie jeder Kampf auf Leben und Tod, das ist vollkommen klar. In jeder Aktion im bewaffneten Kampf kann man eben sterben.«

Der Vorsitzende fiel ihm ins Wort: »Also Sie bestätigen, dass Sanktionen angedroht worden sind.«

»Nein«, widersprach Grashof.

»Anders kann man Ihre Antwort bis jetzt nicht verstehen …«

»Es geht darum, dass Sie hier eine autoritäre Struktur behaupten, also in der Art, dass jemand, der nicht mehr kämpft, entweder liquidiert wird oder sich selbst liquidiert.«

Oberstaatsanwalt Zeis holte einen weiteren der bei Zellenrazzien beschlagnahmten Briefe hervor: »Es kommt dann die Selbstkritik von Ihnen …« Der Bundesanwalt zitierte: »›Ich antworte Euch. Statt Ehre möchte ich den Begriff Selbstachtung setzen. Das Gegenteil davon ist Feigheit. Feigheit vor dem Feind. Das aber genau ist die richtige, exakte Definition meines Verhaltens. Soweit ich weiß, wird dieses Problem in regulären Armeen mit der Todesstrafe bestraft … und in Guerilla-Armeen mit dem Ausstoß und der politischen Ächtung. Habt Ihr die letzte Form der Sanktion …‹« Beim Vorlesen betonte Zeis das Wort »Sanktion«.

Er senkte das Papier und sprach Grashof an: »Bleiben Sie immer noch dabei, dass keine Sanktionen gegen Sie stattgefunden haben?«

»Ich habe doch meine wirklich ausgeflippte Situation erklärt, damals, nachdem ich aufgehört hatte. Ich hatte mein Bewusstsein vollständig

verloren, sonst hätte ich ja nicht aufgehört. Sicher ist, dass in diesen Schreiben alle Begriffe schwimmen, natürlich unheimlich viel Falsches da drin ist.«

Ungeduldig sagte der Vorsitzende: »Was Sie jetzt im Augenblick tun, ist eine zusätzliche Selbstkritik …«

Grashof fuhr ihn an: »Ach, du Affe, hast doch keine Ahnung von Selbstkritik und Kritik …«

18.
»Holger, der Kampf geht weiter!«

Einen Ansturm von Trauergästen wie bei Holger Meins’ Beerdigung hatte es auf dem kleinen Hamburger Friedhof noch nicht gegeben. Manche Bürger wollten nicht, dass der Terrorist neben ihren Angehörigen beigesetzt wurde. Jeden Tag, wenn der Vater des Toten in der Zeit nach der Bestattung das Grab besuchte, waren die Kränze und Blumen in der Umgebung verstreut. Vater Wilhelm Meins legte sie auf die Grabstätte zurück. Eines Tages fand er einen Zettel neben dem Grabstein seines Sohnes: »Sie werden ihn nicht mehr wiederfinden. Er wird an einem Baum aufgehängt, dann wird er endlich wirklich sterben.« Wilhelm Meins erhielt für zehn Tage Polizeischutz. Dann sagte man ihm, es gebe keine Möglichkeit mehr, ihn und das Grab zu schützen.

Wilhelm Meins ließ in drei viertel Metern Tiefe eine Betondecke über den Sarg ziehen: »Damit sie ihn nicht rausholen können.«

Am Tag nach der Beerdigung von Holger Meins machte die »Bild«-Zeitung mit der Schlagzeile auf: »Rache! schrien 2000 in Hamburg am Grab von Holger Meins«.

»Der Baader-Meinhof-Terrorist Holger Meins ist gestern früh beerdigt worden … Die letzte Ruhe fand er nicht: Mehr als 2000 Kommunisten schrien ›Rache!‹ Gespenstisch hallte es über den Friedhof. Und als der Pastor das Christus-Wort ›Vater, vergib ihnen‹ sagte, schrie jemand: ›Den Schweinen vergeben wir nie‹ …«

Neben dem Artikel ein Foto von Rudi Dutschke – mit der Bildunterschrift: »Baskenmütze in der Linken, die rechte Hand zur Faust geballt. Er ruft: ›Holger, der Kampf geht weiter!‹«

Es schien, als hätte Rudi Dutschke den Kampf der »Rote Armee Fraktion« ideologisch unterstützt. Das passte sowohl den rechten Medien als auch der RAF-Sympathisantenszene ins Konzept. Rudi Dutschke versuchte daraufhin in einem Leserbrief an den »Spiegel« zu erklären, wie er den Satz gemeint hatte:

»Holger, der Kampf geht weiter, das heißt für mich, dass der Kampf der Ausgebeuteten und Beleidigten um die soziale Befreiung die alleinige Grundlage unseres politischen Handelns als revolutionäre Sozialisten und Kommunisten ausmacht.

Der politische Kampf gegen die Isolationshaft hat einen klaren Sinn, darum unsere Solidarität. Die Ermordung eines antifaschistischen und sozialdemokratischen Kammer-Präsidenten ist aber als Mord in der reaktionären deutschen Tradition zu begreifen.«

Rudi Dutschke lehnte den individuellen Terror ab. Und doch waren die Mitglieder der RAF für ihn immer noch »Genossen«. Manche von ihnen hatte er gut gekannt, aus Berlin, aus der Zeit der Studentenbewegung. Holger Meins etwa, der die Kamera zur politischen Waffe machen wollte, der einen Lehrfilm über die Herstellung von Molotowcocktails gedreht hatte und dann noch weiter ging, viel weiter, und am Ende ausgemergelt, mit überwucherndem Bart und spindeldürren Fingern auf dem Totenbett lag. Und Jan-Carl Raspe, der 1967 im SDS-Vorstand gearbeitet und sich in der »Kommune II« Gedanken über die Revolutionierung des bürgerlichen Individuums gemacht hatte.

Rudi Dutschke wusste auch, welche Verletzungen manche von ihnen davongetragen hatten, andere Verletzungen als seine eigene Schussverletzung, aber dennoch traumatisch genug. Er wusste auch, dass Josef Bachmanns Schüsse auf ihn, genauso wie der Tod Benno Ohnesorgs, nicht wenige auf den Weg der Gewalt gebracht hatten.

Kurz nach Holger Meins’ Beerdigung besuchte Rudi Dutschke Jan-Carl Raspe. Er hatte seinen Sohn Hosea-Che und dessen Freund mitgenommen. »Wollte dem Jan Raspe andere, ganz andere Gesichter zeigen«, schrieb er in sein Tagebuch. »Sie kamen mit ins Gefängnis hinein, aber nicht mit ran zu Jan Raspe. ›Ohne gebilligten Antrag kommen hier auch keine Kinder durch, Herr Dr. Dutschke. Und was soll so ein Besuch?‹«

Später schrieb Rudi Dutschke in einem Brief an das Ehepaar Gollwitzer: »Subjektiv sich als antiimperialistische Revolutionäre fühlen schließt nicht aus, eine verhängnisvolle Rolle zu spielen. Die Gruppe will das bisher wohl noch immer nicht glauben, gerade das aber scheint mir ein besonderes Zeichen der Auswirkungen von Isolationshaft zu sein. Bei Jan Raspe hatte ich den Eindruck, dass er diese Gefahrenquelle richtig durchschaute, sein

›Begierig-Sein‹ nach Information über die gesellschaftliche Wirklichkeit außerhalb des Gefängnisses war dafür ein Ausdruck. Aber die Gruppenzwänge scheinen da, trotz Isolationshaft bzw. gerade darum, ihre Eigendynamik zu haben. Die Resultate einer falschen Konzeption, einer Isolationshaft im Gefängnis u.a. treiben einen Selbstzerstörungsprozess voran. Den zu durchbrechen sehe ich zurzeit keine Chance.«

Der Besuch Rudi Dutschkes bei einem gefangenen Mitglied der ersten RAF-Generation blieb die Ausnahme. Die politischen Weggefährten der APO-Jahre engagierten sich zuweilen bei Protesten gegen die Haftbedingungen, Versuche aber, zum Beispiel Ulrike Meinhof oder Gudrun Ensslin in einen Prozess der politischen Auseinandersetzung mit der »legalen Linken« zu verwickeln, blieben aus.

Inzwischen formierten sich außerhalb der Haftanstalten neue Gruppen. Sie entstanden zumeist aus den »Folterkomitees«, Initiativen oft ganz junger Leute, die Baader und Ensslin nie in ihrem Leben kennengelernt hatten, aber empört über die tatsächliche oder vermeintliche Unmenschlichkeit der Haftbedingungen den Weg in die Illegalität antraten. Zu keiner Zeit des »Untergrundkampfes« besaß die RAF eine so magnetische Anziehungskraft wie aus der Haft heraus.

Erst im Gefängnis entwickelte die Gruppe eine politische Präsenz, die sie vorher nie gehabt hatte. Die überdimensionalen Sicherheitsvorkehrungen verliehen den Gefangenen den Rahmen politischer Bedeutung, den sie mit ihren Schriften und Aktionen nicht annähernd erreicht hatten.

Anstaltspfarrer Rieder: »Stammheim, der Mythos Stammheim, Hochsicherheitstrakt und wie das immer verhandelt wurde. Ich bin heute noch manchmal innerlich ganz erschrocken, wie diese terroristischen Gefangenen, wie die behandelt worden sind. Wie rohe Eier.«

Solchen Gefangenen war der Rechtsstaat nicht gewachsen. Anstaltsleiter Nusser: »Die Zentrale einer funktionierenden schwerkriminellen Vereinigung, die saß gut bewacht in einer Vollzugsanstalt und hat dort ihre Arbeit weiterhin betrieben mit besten Kontakten nach draußen. Da oben war die Kommandozentrale und hat gearbeitet und hat funktioniert.«

Zwischen 1970 und 1972 hatte die Polizei nach etwa vierzig Personen gefahndet. Jetzt, Ende 1974, wurden 300 gesucht. Die sogenannte Sympathisantenszene schätzten die Experten des Bundeskriminalamts auf

über 10000 Personen. Der Begriff des »Sympathisanten« wurde immer großzügiger ausgelegt.

Der Tod Holger Meins’ hatte der RAF Auftrieb gegeben.

19.
»Das Messer im Rücken der RAF«

Am 29. November 1974 wurde Ulrike Meinhof in Berlin wegen Mordversuchs bei der Baader-Befreiung 1970 zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Anschließend wurde sie wieder nach Stuttgart-Stammheim verlegt, wo sich Baader, Ensslin und Raspe bereits im siebten Stock häuslich eingerichtet hatten.

Sehen durften sich zu dieser Zeit nur die Frauen einerseits und die Männer andererseits.

Schon vor Beginn des Hungerstreiks hatte Baader an Gudrun Ensslin geschrieben: »Man muss sich darüber klar sein, dass bei diesem Hungerstreik einer oder zwei sterben können – aber sicher nicht mehr. Und die Wirkung wird dann sowieso die Lage aller verändern.«

Doch die Hungerstreikfront bröckelte. In Hamburg hatte Gerhard Müller den Streik abgebrochen, ebenso Margrit Schiller. Sie schrieb an die anderen: »Vor ein paar Wochen, irgendwann während der Aktion, habe ich davor kapituliert, noch RAF werden zu können.«

Sie wolle nicht sterben, und deshalb könne sie sich nicht mehr zur Gruppe zählen.

In Rundbriefen versuchte Gudrun Ensslin immer wieder, die Disziplin aufrechtzuerhalten.

Ende Oktober, also noch vor dem Tod Holger Meins', äußerten Ulrike Meinhof und Ingrid Schubert Verständnis dafür, dass Irene Goergens den Hungerstreik abgebrochen hatte.

Voller Verachtung schrieb Gudrun Ensslin: »Kampf ohne Konsequenzen … unmöglich ist: Die Prinzipien, also den Kampf, Deinen Fotzenbedürfnissen – dem Überleben – unterzuordnen …«

Als in der »Welt« ein Artikel über die angebliche Idylle Stammheim erschien, schrieb sie an Ulrike Meinhof: »*Du* kriegst keinen Befehl. Weil wir keine Gefangenen machen, keine Opfer liquidieren.« Und: »Blickste bei dem ›Welt‹-Artikel durch? Wenn Stammheim die Idylle – kann Ulrike Meinhof nur was sein? Opfer, verrückt, Macke – Deine Linie, seit, weiß ich wann,

aber jedenfalls wie’s seit Wochen ununterbrochen ganz ›eisern‹ von Dir kommt gegen uns in diesem Gefecht.«

Am Schluss schrieb Gudrun Ensslin:

»Na warte, die Kostüme der Müdigkeit – wie ich sie satt, wie ich sie gefressen habe, wie sie mir zum Hals raus zehntausendmal um die ganze Welt gehangen und mich erwürgt haben – die raunenden Pastoren, Pfadfinder, Tantchen, fressenden Weiber, Jüngelchen, uralte von Schminke erstickte wesenlose Wesen – wie ich das satt habe: Hunger! Und mal wissen.

Bin ich im Kino oder was, Quäker-Film,
Suppenschildkröte, oder
bin ich: Kampf!«

Andreas Baader nahm den Hungerstreik offenkundig nicht allzu ernst. Einmal erbrach er nach dem Besuch eines Anwalts in der Zelle Hühnerfleisch, ein anderes Mal fanden Vollzugsbeamte bei einem anderen Verteidiger, eingewickelt in ein Taschentuch, 200 Gramm kleingeschnittenes Bratenfleisch, das er als eigenes Frühstück ausgab.

Baader erwies sich immer wieder als Antreiber im gemeinsamen Gefecht. Für seine Notizen an die anderen benutzte er häufig grüne »Chef-Tinte«. An Ulrike Meinhof schrieb er: »Aber Du bist natürlich ’ne liberale Fotze … Du wirst Dich nur im Kampf befreien, aber kaum wie im Kampf *um* Dich wie ein Kreisel. Und natürlich krankt daran auch Deine Produktion …«

An die nicht mehr voneinander getrennten Frauen in Stammheim richtete er die Aufforderung: »Es gibt keine andere Lösung für Euch als Produktion, Suche, Schreiben, Kämpfen. Die Waffen ausgraben, entdecken, erobern. Ach!«

Der zeitweise Zusammenschluss von Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Carmen Roll verstärkte die Spannungen unter den Frauen.

Gudrun Ensslin beschwerte sich bei Baader: »Ulrike, willst Du wissen … Wirklich finster: ein Vampir, zitternd vor Blutgier.« Und weiter: »Ulrikes zweimaliges Gelächter während der Arbeit noch: nekrophil, hysterisch, wirklich absolut hässlich und eindeutig … gegen mich. Obwohl ich immer noch sage, erst recht sage: im Grunde nicht gegen mich, sondern gegen Dich. Aber das ist es eben: deshalb wirklich auch gegen mich, weil gegen die Revolution …«

So war das also: »Gegen« Gudrun Ensslin bedeutete »gegen« Baader.

»Gegen« Baader bedeutete »gegen« die Revolution. »Gegen die Revolution« bedeutete »gegen Gudrun Ensslin«.

An Ulrike Meinhof schrieb sie: »Du machst den Bullen die Tür auf – das Messer im Rücken der RAF bist Du, weil Du nicht lernst …«

Baader schrieb an Gudrun Ensslin: »Wirklich, ich verstehe es nicht: Also ich kann das Problem nicht sehen, das Dich in jedem Brief so total beschäftigt: Diese wirren Schlachten mit ihr um weiß der Teufel was inzwischen. Wirklich zwei groteske Irre …«

Das Einzige, was in dieser Situation anscheinend Bestand hatte, war die Beziehung Ensslins zu Baader. In ein paar der wenigen persönlichen Zeilen, die BKA-Beamte bei den Zellenrazzien fanden, standen Gudrun Ensslins Worte:

»Und dass ich Dir jetzt ’n irre schönes Buch schreiben könnte, Kind Kreuze weiße Wand und schwarzes Kreppkleid, ›ich hatt einen Kameraden‹ und so weiter, das ist ja klar …« Und an anderer Stelle: »Nichts hatte ich begriffen. Was Du da, vor ’n paar Monaten, gesehen hast und ich auch natürlich –

Verrat, ja, und mehr:

es ist auch der Weg …

zu lieben und zu ficken: Politik …«

Andreas Baader seinerseits griff auch Gudrun Ensslin an, wenn er an die »Zofen«, die Frauen nebenan im Hochsicherheitstrakt von Stammheim, schrieb. Hauptziel seiner »Kritik« war aber immer wieder Ulrike Meinhof:

»Ihr seid wirklich die Pest, die Zofen …

Und was da ringt, ist natürlich das Schwein.

Das muss einfach nicht mehr erklärt werden; es ist in jedem Schritt, jedem Versuch von Ulrike drin, und Verrat ist dafür nur ein Wort …«

Und weiter an die Adresse Ulrike Meinhofs:

»Also Hass – mach Dir doch nichts vor: Du hasst uns – dafür gibt es einen Sack Signale, der dann natürlich einfach so lässig in den bestimmenden Momenten Passivität, Sich-Entziehen, ’ne kaputte Grammatik, kaputte Inhalte, Zerstörung, Missverständnisse produziert usw. Das Problem ist, dass Du/Ihr als die fürchterlich desorientierten Schweine, die Ihr seid, inzwischen eine Belastung geworden seid. Wie, was Ihr Selbstkritik nennt, mit der ich nichts zu tun haben will, und dass ich es muss, glaub lieber nicht. Ihr seid es, die uns fertigmachen – was die Justiz nie könnte …

Was aber soll das Ganze noch?

Wie es jetzt ist, hab ich Dir nichts mitzuteilen. Also halt die Fresse, bis Du was verändert hast, oder geh endlich zum Teufel …«

Gegen Ende des Hungerstreiks formulierte Gudrun Ensslin eine neue Idee, die sie erst einmal dem RAF-»Stab« vorschlagen wollte:

»Hab den Einfall, den ich erst mal erstens dir, Kutscher [Baader], zweitens Ulrike und Jan vorbringe. Einfall nur insofern, als wir den Hungerstreik anders machen können.

Wir können sagen: Jede dritte Woche (oder egal zweite oder vierte) wird sich einer von uns töten, so lange, bis die Isolation für alle aufgehoben ist …«

20.
Sartre in Stammheim

Für den Hungerstreik wurde Öffentlichkeit gebraucht, Weltöffentlichkeit. Noch im Oktober hatte Ulrike Meinhof eine Einladung an Jean-Paul Sartre formuliert:

»Sartre,

wir wissen, dass Du krank bist … aber wir sind der Meinung, dass das, was wir von Dir wollen, an Dringlichkeit alles andere übertrifft …

Wir kämpfen mit diesem Hungerstreik gegen unsere Vernichtung in den Gefängnissen durch Sonderbehandlung, durch Isolation …

Was wir von Dir wollen, ist, dass Du im Zusammenhang mit diesem Hungerstreik, also jetzt – ein Interview mit Andreas Baader machst.

Weil die Bullen – … beabsichtigen, Andreas zu ermorden …

Um das Interview zu machen, ist es nicht notwendig, dass Du uns in allem zustimmst, was wir von Dir wollen ist, dass Du uns den Schutz Deines Namens gibst und Deine Fähigkeit als Marxist, Philosoph, Journalist, Moralist für das Interview einsetzt, um uns die Möglichkeit zu geben, dadurch bestimmte politische Inhalte für die Praxis des antiimperialistischen Kampfes zu transportieren …«

Jean-Paul Sartre wurde mit großem Gefolge in Stammheim vorgefahren. Am Steuer des Wagens saß Hans-Joachim Klein, damals Anwaltsgehilfe im Büro des Rechtsanwalts Croissant. Später wurde er selbst zum Terroristen und war dabei, als die Carlos-Truppe 1975 in Wien die Konferenz Erdöl exportierender Länder (OPEC) überfiel und Geiseln nahm. 1977 schickte er seine Waffe an den »Spiegel« und erklärte seinen Ausstieg aus dem Terror.

Nach dem Besuch bei Baader gab Sartre eine Pressekonferenz, bei der Daniel Cohn-Bendit, deutsch-französischer Studentenführer und Jahre später Grünen-Politiker, übersetzte. Als der Philosoph den Gefangenen Baader als Dummkopf bezeichnete, setzte der Dolmetscher aus.

»Warum haben Sie Baader im Besonderen besucht?«, fragte ein Journalist.

»Die Gruppe heißt Baader-Meinhof-Gruppe, und Baader ist deren Chef.«

»Drückte sich Baader in der Diskussion gut aus?«

»Er war schwach, er hatte seinen Kopf in den Händen, um ihn hochzuhalten. Er hatte Konzentrationsschwierigkeiten.«

»Braucht Demokratie solche Methoden wie die der RAF?«

»Diese Gruppe gefährdet die Linke. Sie ist für die Linke schlecht. Man muss zwischen den Linken und der RAF unterscheiden.«

»Wessen Idee war dieser Besuch? Und warum jetzt?«

»Jetzt ist die richtige Zeit. Ich kam, um zu helfen – vor drei Monaten wäre das nicht möglich gewesen. Die Initiative kam von Croissant. Der Grund für den Hungerstreik waren die Haftbedingungen.«

Die gesamte internationale Presse berichtete über Sartres Besuch bei Baader. Die deutschen Zeitungen betrachteten ihn als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik. »Sartre inszenierte sein schlechtestes Stück«, überschrieb die »Welt« ihren Bericht. Die »Frankfurter Rundschau« kommentierte: »Zu allem Überfluss muss der Rechtsstaat auch noch mit Verdächtigungen ausländischer Weltenrichter fertigwerden, die, wie jetzt gerade der französische Philosoph und Schriftsteller Jean-Paul Sartre, nach eigenem Eingeständnis von deutschen Verhältnissen wenig Ahnung haben, dafür aber nach einer Stunde Aufenthalt in Stuttgart-Stammheim alles über die Haftbedingungen der dort eingesperrten Terroristen wissen …«

In der Öffentlichkeit galt Jean-Paul Sartre nun als RAF-Sympathisant. Nach dem Treffen schrieb Baader an die anderen Gefangenen:

»Ich habe über Haftbedingungen nicht gesprochen … die Situation war völlig irre; ich weiß nicht, was er überhaupt verstanden hat …

Ich würde aber sagen: Was mich betrifft, war das Ganze so präzise und gezielt und bewusst wie möglich – was ihn angeht, hatte ich den Eindruck von Alter …«

21.
Anwälte: »Mietwucherer, intrigante Lügner und korrupte Ratten«

Der Hungerstreik dauerte 140 Tage. Holger Meins hatte ihn nicht überlebt. Fast alle RAF-Gefangenen hatten gesundheitliche Schäden davongetragen. Günter von Drenkmann war ermordet worden.

Die RAF als Organisation hatte sich nach außen hin profiliert: als Kampftruppe gegen die »Isolationsfolter«. Die »Rote Armee Fraktion« war ihr eigenes Thema geworden. Von der Jahreswende 1974/75 an ging der gesamte Kampf der RAF – ob drinnen oder draußen – fast ausschließlich um die Befreiung der Gefangenen selbst.

Schon die Erklärung, mit der am 2. Februar 1975 der Hungerstreik beendet wurde, signalisierte diese Entwicklung:

»An die Gefangenen aus der RAF.

Wir bitten Euch, den Streik jetzt abzubrechen, obwohl … seine Forderung, die Aufhebung der Isolation, nicht durchgesetzt werden konnte.

Versteht das als Befehl.

Wir nehmen Euch diese Waffe, weil der Kampf um die Gefangenen … jetzt … mit unseren Waffen entschieden wird.«

Baader und Raspe sagten dem Anstaltsarzt Dr. Henck: »Wir hören heute auf.« Daraufhin ging er auf die andere Seite des Traktes zu den Frauen und teilte Ulrike Meinhof den Entschluss der Männer mit: »Sie sollten auch wieder anfangen zu essen.«

»Das tun wir nicht«, antwortete Ulrike Meinhof. »Das wollen wir schriftlich sehen, von Andreas.«

Henck ließ sich von Baader mit Filzschreiber auf einen großen Papierbogen schreiben: »essen«, darunter ein »A«.

Er gab den Zettel Ulrike Meinhof, und sie begann wieder zu essen.

Der Anstaltsarzt hatte sich oft Gedanken über das gruppendynamische Verhalten der Gefangenen gemacht. Der Vorgang passte in sein Bild.

Später sagte er: »Ich hatte den Eindruck, dass Gudrun Ensslin die geistig führende Kraft war. In ihrem kühlen, schizoid anmutenden Temperament erdachte sie unerhörte Gedanken, die Ulrike Meinhof als ehemalige Journalistin zu Papier brachte, damit das schließlich von Baader genehmigt oder abgelehnt wurde. Raspe stand im zweiten Glied gegenüber den anderen drei sogenannten Führungskräften. Baader hat die meisten Anregungen, auch Befehle gegeben.«

Dennoch habe nie einer für sich allein einen Entschluss gefasst. »Es wurde immer beraten, beschlossen und verkündet. Wenn ich beispielsweise bei der Zwangsernährung gesagt habe: ›Wir geben morgen noch ein bestimmtes Medikament in diese Flüssigkeit, diese Nahrung, sind Sie damit einverstanden?‹ Dann bekam man keine Antwort, es wurde erst beraten. Am nächsten Tag wurde dann ja oder nein gesagt.«

Andreas Baader nahm das Angebot an, seinen hungernden Genossen das Signal für den Streikabbruch telefonisch zu übermitteln. Vom Büro des Anstaltsleiters in Stammheim aus sprach er mit RAF-Gefangenen in Zweibrücken, Berlin, Hamburg und Hannover und ermahnte sie, nach dem Ende der Aktion »nicht gleich zu viel zu essen«, das sei schädlich.

Nach Abbruch des Hungerstreiks durften sich die vier Stammheimer Gefangenen mehrere Stunden am Tag zum »Umschluss« treffen. Im Vergleich mit den Haftbedingungen anderer Untersuchungsgefangener konnte von »Isolation« nicht mehr die Rede sein.

Es begann der Knastalltag. Morgens um 8.00 Uhr wurden in Stammheim die Zellen geöffnet. Im Anstaltsjargon hieß das »Aufschluss«. Darauf folgte der »Umschluss«, ein von Andreas Baader erfundenes Wort für die Stammheimer Besonderheit, wonach es den Gefangenen, Frauen und Männern, gestattet war, sich gemeinsam auf dem Korridor zwischen den Zellen aufzuhalten. Das Wort fand Eingang in den Sprachschatz des Vollzugs in Stammheim und anderswo.

Zumeist, so erinnerte sich der Vollzugsbeamte Horst Bubeck, war Jan-Carl Raspe morgens der Erste, der frisch rasiert und gekämmt auf den Umschlussflur trat, um sein Frühstück einzunehmen. Er grüßte die Beamten und machte sich an die Lektüre der vier Zeitungen und Zeitschriften, die jeder der Gefangenen für sich abonnieren durfte. Häufig schnitt Raspe dann

Artikel über die RAF aus und klebte sie zu einer Art Pressespiegel für seine Mitgefangenen auf. Baader kam als Letzter aus seiner Zelle, nach Bubecks Erinnerungen »ungekämmt und unrasiert, minutenweise geschüttelt von seinem Raucherhusten, oft mürrisch gegen den Vollzug wie auch gegen seine Genossen«.

Die Häftlinge hatten Radios und Fernsehgeräte in ihren Zellen. Auf dem Gang lagen Kissen und Decken. Die von den Beamten zur Verfügung gestellten Stühle wurden selten benutzt. Die Gefangenen trugen zumeist keine Schuhe, sondern dicke Wollsocken, auf denen sie zuweilen nach kurzem Anlauf auf dem blanken Linoleumboden herumschlitterten. Baader trug am liebsten ein heraushängendes, nicht geknöpftes Hemd, die anderen T-Shirts oder Pullover. Ein Beamter, der auf einem Stuhl am Gitter zum Flur saß, beobachtete die Gefangenen ständig, wenn sie sich im Umschlussflur aufhielten, diskutierten, rauchten, stritten oder lasen. Die Entfernung war vom Gericht vorgegeben worden: Siebeneinhalb Meter, damit die Beamten »sehen, aber nicht hören konnten«. Sie konnten dennoch mithören, dass die Gefangenen über alles sprachen, nur nicht über ihren Prozess. Sie machten dem Gericht darüber Meldung, mit dem Erfolg, dass der Abstand auf fünfzehn Meter verdoppelt wurde, wie sich Bubeck erinnerte.

Gelegentlich foppten die Häftlinge die Beamten. Einmal stellten sie dem Diensthabenden einen tragbaren Fernseher, in dem gerade »Die Sendung mit der Maus« lief, hin, mit den Worten: »Das ist das Richtige für dich, du Idiot.« Ein anderes Mal bastelten sie aus Zeitungspapier, einem Pullover und einer Strumpfhose eine Figur und setzten sie auf den Stuhl des Aufsicht führenden Beamten, als der kurz den Zellentrakt verlassen hatte. Die Gefangenen lachten, und Bubeck, der von den Kollegen dazugerufen wurde, stimmte mit ein und sagte: »Entschuldigung, aber fehlt da nicht der Kopf?« Baader hörte auf zu lachen und sagte: »Wieso? Einer wie du braucht keinen Kopf.« Kurz darauf hing über der Figur ein Schweinekopf, ausgeschnitten aus einer Illustrierten. Da stimmte der Frontverlauf wieder.

Die Gefangenen, die in ihren Zellen ja unendlich viel Zeit hatten, suchten ständig nach Möglichkeiten, das Gefängnissystem zu unterlaufen. Vor allem Jan-Carl Raspe bastelte ununterbrochen. Er konstruierte Tauchsieder, mit denen auch außerhalb der erlaubten Zeiten Kaffeewasser heiß gemacht werden konnte. Aus den metallenen Drehscheiben von Plattenspielern oder Keksdosen baute er Öfchen, auf denen über einer Kerzenflamme Spiegeleier gebraten und sogar Pizzas gebacken wurden. »Fast jede Nacht«, so erinnerte

sich Bubeck, »wehten Essengerüche durch den siebten Stock.«

Raspe hatte eine Vorliebe für eine bestimmte Zahnpasta, die ihm die Vollzugsbeamten beschaffen mussten. Tatsächlich war es nicht die Creme, sondern die Tube, auf die er es abgesehen hatte. Sie war nämlich aus Blei, das er für die Fälschung von Polizeisiegeln brauchte, mit denen die Radios und Plattenspieler nach ihren regelmäßigen Kontrollen verplombt wurden.

Raspe versuchte auch, aus Obst, dessen stinkende Überreste später in Irmgard Möllers Zelle gefunden wurden, Schnaps zu brennen. Auch Haschisch wurde gelegentlich entdeckt – oder zumindest gerochen.

Eine wichtige Rolle im Hochsicherheitstrakt spielten nach Bubecks Erinnerung Eier. Immer wenn ein Hungerstreik beendet wurde, tranken die Gefangenen rohe Hühnereier in großer Zahl, um wieder zu Kräften zu kommen. Sonst ließen sie die Eier in der Stockwerksküche der Haftanstalt nach genauen Anweisungen hart oder weich kochen. Baader bevorzugte Dreieinhalb-Minuten-Eier. Als ein Beamter es einmal ablehnte, seinen Wünschen nachzukommen, fauchte Baader ihn an: »Wenn ich will, dann legst du sogar ein Ei.«

Bei einer Zellendurchsuchung durch das Landeskriminalamt, erinnerte sich Bubeck, stießen die Beamten auf einen Sechserkarton Eier. Sie verlangten nach einer Schüssel, um die Eier allesamt aufzuschlagen – schließlich hätten Kassiber darin versteckt sein können. Bubeck zu seinem Biographen: »Ich habe mich auf die Hinterbeine gestellt, um die Eier der RAF zu schützen, aber der Polizist wollte nicht nachgeben. Sechs zerdepperte Eier konnten den Frieden im siebten Stock extrem gefährden. Und wir waren es doch, die mit diesen Leuten auch weiterhin Tag für Tag auskommen mussten. Schließlich einigten wir uns darauf, die Eier einzeln und der Reihe nach mit einer starken Lampe zu durchleuchten. Das Ergebnis war gut: Kassiber und andere verbotene Dinge waren darin nicht zu entdecken.«

Wenn die Beamten mit den Gefangenen sprachen, nannten sie diese »Herr Baader«, »Frau Ensslin« oder »Frau Meinhof«. Die Häftlinge waren weniger höflich, sie redeten die Beamten höchstens mit ihren Nachnamen an, vor allem Baader aber hatte ein großes Repertoire von Schimpfwörtern: »Arschloch, Drecksau, Wichser, Schwein«. Seine Lieblingsfloskel war »Na warte«, so als würde er zu gegebener Zeit mit den Beamten schon noch abrechnen. Wenn sie untereinander über ihre Schützlinge sprachen, benutzten die Aufseher die Namen »Andi« für Baader, »Karle« für Raspe, »Rike« für Ulrike Meinhof und »Gudrun« für Gudrun Ensslin.

Es war eine Kommune des Schreckens im siebten Stock der Vollzugsanstalt Stammheim, und das Kommando hatte nicht das Wachpersonal. Im Befehlston, wenn auch mit bürgerlicher Anrede, forderte Ulrike Meinhof: »Herr Bubeck, ich möchte wissen, was dieser Kopfhörer kostet. Yamaha. Wenn er unter 200 Mark kostet, bestellen Sie ihn gleich!« Bubeck bestellte den Kopfhörer und gab die Rechnung auf Ulrike Meinhofs Anweisung an Rechtsanwalt Otto Schily weiter. Der aber wollte sie nicht annehmen: »Sagen Sie ihr, dass ich der Anwalt bin und nicht der Weihnachtsmann.«

Als Gudrun Ensslin sich im Zellengang von einer Leuchtstoffröhre geblendet fühlte, forderte sie den stellvertretenden Vollzugsdienstleiter auf, die Röhre sofort zu entfernen. Als der sich weigerte und ihr sagte, sie könne sich ja auch ein Stück weiter setzen, lief sie in ihre offene Zelle und kam mit einem Besen zurück. »Bubeck, so machen wir das Licht aus«, rief sie und stieß mit dem Besenstiel die Neonröhre in Trümmer.

Baaders Lieblingswort, so erinnert sich Bubeck, war »explizit«. Und wenn Gudrun Ensslin dem Anstaltspersonal gegenüber durch komplizierte Wortwahl ihre Bildung demonstrierte, antwortete Bubeck: »Frau Ensslin, bitte auf Deutsch!«

Es war ein Kampf »Universität gegen Volksschule«, meinte später der Vollzugsbeamte. Nicht immer siegte das eingesperrte Bildungsbürgertum. Einmal beschimpfte Baader den beleibten Vollzugsbeamten Stoll als »glänzende Speckschwarte«. Stoll gab zurück: »Ach, wissen Sie, besser dick und frei als dünn und drin.«

Bei der Zwangsernährung war Stoll einmal die Spritze mit der Nährflüssigkeit ausgerutscht. Der zähe Brei schoss an die Decke und tropfte dem Arzt, einigen Beamten und dem Gefangenen übers Gesicht. Stoll rief: »Das Auge isst mit.« Die Beamten prusteten vor Lachen, der Gefangene nicht.

»Sie konnten nur übereinander lachen oder aneinander vorbei«, schrieb Bubeck-Biograph Oesterle. Nur eine einzige Ausnahme sei Bubeck in Erinnerung geblieben. Eines Tages erhielt Baader Besuch von einer Sympathisantin, einer jungen Frau. In der Besucherzelle redete sie in Baaders eigenem Revolutionsjargon auf ihn ein. Bubeck: »Die Frau schwatzte etwa eine Minute lang RAF-Polit-Kauderwelsch. So lange schaffte er es zumindest, ihr zuzuhören, dann riss ihm der Geduldsfaden. Er sprang auf und rief: ›Bubeck, bringen Sie mich hier raus! Die Alte ist ja verrückt.‹« Auf dem

Rückweg trafen sich die Blicke des Gefangenen und seines Aufpassers einen Moment lang, und sie lachten anfallartig los. Doch kurz darauf setzte Baader wieder seine abweisende Miene auf: Keine Zusammenarbeit mit den Vollzugsschweinen.

Erst als Gefängnisbeamte im Ausschuss berichteten, wurde auch klar, wie überfordert sie gewesen waren. Der Vollzugsbeamte Bubeck: »Sie waren uns natürlich in allen Bereichen geistig weit, weit überlegen. Wobei ich sagen muss, bewusst haben sie es nicht ausgespielt oder uns irgendwie merken lassen. Aber der Einzelne hat das eben doch gespürt.«

Der stellvertretende Anstaltsleiter Schreitmüller erinnerte sich: »Als es hieß, Stammheim sei ein fideler Knast und die Gefangenen da oben, die hätten das wunderbarste Leben, da hab ich gesagt, ich möchte dieses Leben nicht haben, ich möchte lieber ein normaler Gefangener sein. Denn das war ja gerade dieses Wechselbad, dieses Kneipp-Bad, einmal der Vorwurf der Isolationsfolter, wo wir dann alles tun sollten, um die Gefangenen sozusagen nicht haftunfähig werden zu lassen – und dann kam der andere Vorwurf, wir wären ein fideler Knast.«

Langsam rückte auch das Thema Abhören weiter in den Vordergrund. Zu Weihnachten 1974 hatte der Präsident des Bundeskriminalamtes Horst Herold eigenhändig einen Entwurf für die »Bekämpfung anarchistischer Gewaltkriminalität« in seine Schreibmaschine getippt und an den Bundesinnenminister geschickt. Es ging um »Offensivmaßnahmen gegen die Ebene der Zellen« und gegen die »Ebene der Verteidiger«. Federführend sollte seiner Ansicht nach dafür das Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg sein.

In dem als »VS-vertraulich, amtlich geheim halten« klassifizierten Dokument heißt es in einem langen Maßnahmenkatalog: »Lauschmitteleinsatz zur polizeilichen Gefahrenabwehr – bei Gesprächen von Häftlingen untereinander« sowie »Schaffung der Befugnis, Gespräche zwischen verdächtigen Verteidigern und RAF-Gefangenen zu überwachen«.

Später sagte Herold, der Maßnahmenkatalog sei lediglich eine »Wunschvorstellung« gewesen, die niemals umgesetzt worden sei. Er sei auch niemals dafür eingetreten, Gespräche zwischen Gefangenen und ihren Anwälten heimlich zu belauschen. Bei der in seiner »Punktation« genannten Aufzählung enthaltenen Überwachung von Anwaltsgesprächen sei es nicht um illegales Abhören, sondern immer nur um die »Schaffung der Befugnis«

für eine legale Überwachung gegangen, bei der eine dritte Person während der Gespräche anwesend sein sollte. Da dieses nicht umgesetzt worden sei, hätten weder er noch das BKA irgendetwas mit den später bekannt gewordenen heimlichen Abhörmaßnahmen bei Gesprächen zwischen Anwälten und ihren Mandanten zu tun gehabt.

Der BKA-Beamte Alfred Klaus empfand Herolds Konzept als ein »Musterbeispiel kreativer kriminalistischer Phantasie, das auch Abhörmaßnahmen einschloss. Die verschiedenen Offensivmaßnahmen sollten die Landeskriminalämter übernehmen. Doch deren Leiter wehrten sich während einer Tagung der AG Kripo, die in unserem Dienstgebäude stattfand. Sie seien ohnehin schon überlastet. Bitte nicht das auch noch!«

Herold zog nach den Erinnerungen seines Beamten alle Register und argumentierte leidenschaftlich – es half nichts. »Da ließ er schließlich den Kopf auf den Tisch sinken und rief verzweifelt aus: ›Ich kann nicht mehr!‹ Eine Paradevorstellung, die ihm im Hause den Spitznamen ›Staatsschauspieler‹ eintrug, die Leiter der Ämter jedoch völlig unberührt ließ.«

Am 16. Januar 1975 trafen sich Vertreter des Justizministeriums, des Innenministeriums, des Landesamtes für Verfassungsschutz und des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg zu einer Besprechung. Es ging laut Protokoll um den »Lauschmitteleinsatz bei Gesprächen von RAF-Häftlingen untereinander«. Die Runde stellte fest, dass die Planung schwerer Straftaten der Baader-Meinhof-Bande, wie Entführungen und Geiselnahmen, »aus den Zellen heraus weiterentwickelt und der Verwirklichung zugeführt werden«. Später heißt es in dem Protokoll: »Diesem Treiben tatenlos zuzusehen, ist unerträglich und auch mit rechtsstaatlichen Erwägungen nicht zu begründen.« Dennoch sei die Einleitung von Lauschoperationen »nur im Rahmen der Gefahrenabwehr und nur im Einzelfall, soweit konkrete Anhaltspunkte vorliegen, rechtlich zulässig«.

Interessante Unterhaltungen zwischen den Häftlingen würden in verschlüsselter Form geführt. Deshalb sei es auch für versierte Beamte nicht ohne weiteres möglich, Tarnbezeichnungen zu erkennen und zu entschlüsseln. Daraus ergäbe sich zwingend, dass Tonbandgeräte eingesetzt werden müssten: »Die technische Aufzeichnung der Gespräche (über Tonträger) würde eine zentrale Auswertung erlauben und dadurch eine breitere Entschlüsselung ermöglichen.« Zu diesem Ergebnis würde natürlich nur »die heimliche Gesprächsaufzeichnung« führen.

Akten, aus denen diese Maßnahmen hervorgingen, wurden über Jahrzehnte in Stuttgart geheim gehalten. Erst 2007 gelang es, die Materialien freizubekommen. Darunter war auch die Handakte des ehemaligen LKA-Chefs Kuno Bux, in der sich zahlreiche Beweise dafür befinden, dass zumindest geplant war, die Stammheimer Gefangenen abzuhören.

Am 21. Januar 1975 schrieb das LKA Stuttgart einen »VS-vertraulich« gekennzeichneten Brief an den Leiter des Bundeskriminalamtes Dr. Horst Herold sowie an alle LKA-Präsidenten:

»Betr.: Anarchistische Gewalttäter, hier: Maßnahmen zur Häftlingsüberwachung«. Darin heißt es: »Die Überwachung der Häftlinge und ihrer Besucher stellt eine wichtige Maßnahme zur Gewinnung von Informationen sowohl für die Gefahrenabwehr als auch zur Aufklärung strafbarer Handlungen dar.« Unter den dazu vorgeschlagenen Maßnahmen steht ausdrücklich: »Lauschmitteleinsatz bei Gesprächen von RAF-Häftlingen untereinander«. Derartige Maßnahmen sollten nur in Ausnahmefällen durchgeführt werden. »Die Aufführung dieser Maßnahmen in diesem Katalog scheint deshalb entbehrlich.« Die geplanten Abhörmaßnahmen sollten also geheim bleiben.

Auf Geheimhaltung war auch die AG Kripo, eine Arbeitsgemeinschaft der Landeskriminalämter, bedacht, die sich besonders mit der Terrorismusbekämpfung befasste. Laut Protokoll ihrer Tagung vom 4. Februar 1975 wurde die Auffassung vertreten, »dass die Einleitung von Lauschoperationen zur Häftlingsüberwachung allenfalls dann« vorgenommen werden sollte, »wenn im Einzelfalle konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass in dem zu überwachenden Gespräch schwerwiegende Verbrechen verabredet werden«. Im Übrigen seien Lauschoperationen Sache des Verfassungsschutzes. Ergebnis: »Aus diesen Gründen trat die Mehrheit dafür ein, die Lauschoperationen nicht zu erwähnen und ihre Einleitung dem Verfassungsschutz zu überlassen.« Von einer gesetzgeberischen Initiative solle abgesehen werden. Die Polizei solle die »nach geltender Rechtslage bestehenden Möglichkeiten ausschöpfen«. »Darüber«, so heißt es weiter im Protokoll »sollte jedoch in der Öffentlichkeit nichts verlautbart werden.«

In der Anlage wird präzise aufgeführt, was an Abhörmaßnahmen der Polizei in Frage käme:

»Heimliche Tonbandaufnahmen mit verdeckten Mikrofonen bei Vernehmungen.

Heimliche Tonbandaufnahmen mit versteckten Mikrofonen in

Besuchsräumen von Haftanstalten, um Gespräche von Häftlingen mit Besuchern aufzunehmen.

Einbau von Mikrofonen in Häftlingszellen, um die von Häftlingen untereinander geführten Gespräche abzuhören.

Installierung von Abhörgeräten, bei denen das Mikrofon mit einem Kleinstsender verbunden ist (Minispione), an Orten, an denen Informationen über begangene oder geplante Verbrechen ausgetauscht werden sollen.

Benutzung von Mikrofonen mit Richtcharakteristik, die das Auffangen von Gesprächen ermöglichen, die in einiger Entfernung geführt werden.

Anbringung eines Mikrofons an der Außenseite einer Wand, um in der Wohnung geführte Gespräche abzuhören.

Telefonabhörgeräte.«

Es war die ganze Palette moderner Abhörmaßnahmen, mit denen vor allem die Gespräche der Gefangenen untereinander belauscht werden sollten.

Schon elf Tage später, am 15. Februar 1975, beschloss die Konferenz der Innenminister die Durchführung der »Maßnahmen zur Häftlingsüberwachung«. Zur Lage hieß es: »Die inhaftierten Mitglieder der BM-Bande und sonstige anarchistische Gewalttäter steuern nach wie vor aus den Zellen heraus die Fortsetzung des terroristischen Kampfes. Sie erteilen den auf freiem Fuß befindlichen Bandenmitgliedern Weisungen, planen und koordinieren die Maßnahmen in der legalen und illegalen Szene.«

Zur Umsetzung der Überwachungsmaßnahmen hatten die Landeskriminalämter dem Bundeskriminalamt einen »Verbindungsbeamten« zu benennen, der »in ihrem Bereich für die Durchführung verantwortlich ist«.

Damit war der Weg frei für die Verwanzung der Gefangenenzellen in Stammheim und anderswo.

Fast täglich bekamen die Gefangenen zu dieser Zeit Besuch von ihren Verteidigern. Die Besucherliste von Andreas Baader zum Beispiel sah an manchen Tagen aus wie der Terminkalender eines Anwalts, nur empfing hier nicht ein Rechtsanwalt seine Mandanten, sondern der Mandant seine Anwälte.

24. Januar 1975:

10.20 Uhr bis 10.55 Uhr Rechtsanwalt Haag

10.58 Uhr bis 11.10 Uhr Rechtsanwalt Haag

14.20 Uhr bis 14.35 Uhr Rechtsanwalt Haag

14.35 Uhr bis 15.20 Uhr Rechtsanwalt Schily

14.45 Uhr bis 15.55 Uhr Rechtsanwältin Becker
15.20 Uhr bis 15.32 Uhr Rechtsanwalt Groenewold
15.32 Uhr bis 15.45 Uhr Rechtsanwalt Haag

In diesem einen Monat bekam Baader 58 Besuche von acht verschiedenen Anwälten. Insgesamt wurde er vom 8. November 1974 bis zum Beginn der Kontaktsperre im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung am 5. September 1977 523-mal besucht. Darunter waren 43 Privatbesuche.

Die Anwaltsbesuche dienten vor allem der Vorbereitung und später der Verteidigung im Stammheimer Prozess. Und doch dürfte – abgesehen von den Mitangeklagten Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe – wohl kaum ein Untersuchungsgefangener in der Bundesrepublik so intensiv von seinen Verteidigern betreut worden sein wie Andreas Baader.

Dabei war das Verhältnis zwischen den inhaftierten RAF-Kadern und ihren Anwälten weniger gut, als man in der Öffentlichkeit mutmaßte; den Sicherheitsbehörden war das durchaus bekannt.

Im April 1975 stieß die Bundesanwaltschaft bei der Durchsuchung einer Anwaltskanzlei auf ein Schreiben, das mit »a« unterzeichnet war – Andreas Baader. Es war an die Rechtsanwälte Golzem und von Plottnitz gerichtet und stammte vom 5. Februar.

In rüdem Ton versuchte Baader, die Anwälte auf eine bestimmte Verteidigungslinie festzulegen:

»Na schön, kommt noch mal her, dann legen wir die Bedingungen politischer Verteidigung fest – verbindlich für die Prozesse und die Verteidigung durch Mobilisierung revolutionärer und demokratischer Öffentlichkeit.«

Die Alternative: »Wir verständigen uns nicht, und Ihr verliert die Mandate.«

Baaders erste Bedingung: »Die Gefangenen bestimmen die Prozessstrategie, und zwar kollektiv.«

Wenn irgendeiner der Verteidiger damit nicht einverstanden sei, dann müsse er eben »rausgehen«. Keiner der Anwälte könne das Mandat behalten, wenn er die Gefangenen in Interviews oder Komiteearbeit bekämpfe. Einige bekamen sofort ihr Fett ab: Golzem habe »intrigante Lügen drauf«, Groenewold sei ein »Mietwucherer«, Koch eine »korrupte Ratte«, die sich bei den Gefangenen besser nicht mehr sehen lassen sollte. Einige, so Baader, »versuchen die Gefangenen einzuseifen, indem sie ihren albernen Verbalradikalismus hier anbringen«. Über den Rechtsanwalt Koch meinte

Baader noch: »Jetzt fragt man sich natürlich, warum ich ihn nicht zusammengetreten habe: aus Desinteresse. Es ist aber nicht sicher, dass das so bleibt, wenn er seine Schnauze hier noch mal reinsteckt.«

Schily sei ein anderes Problem. Der Berliner Anwalt hatte kurz zuvor Katharina Hammerschmidt beraten und begleitet, als sie sich den Behörden stellte. Baader meinte: »Eigentlich muss man ihn nach der Sache mit Cat sofort loswerden. Was so ’n Typ anrichten kann, wenn sich Militante an ihn wenden, weil er uns verteidigt (und auch ganz systematisch als die Top-Figur der Verteidigung aufgebaut wird, obwohl er nichts tut), haben wir an Cat gesehen.«

Baaders Urteil über Schily: »Ich denke, dass der Typ in jedem Prozess stört.« Es sei besser, klarzumachen, dass der Staat in diesem Prozess nicht nur die Gerichte, Urteile und Beweise durchorganisiert habe, sondern auch die Anwälte. »Also dann lieber Pflichtverteidiger, die man als Bullen in Roben bezeichnen kann.«

22.
Anwälte: »Helfer der Terroristen«

Nacheinander waren BM-Anwälte wie Groenewold, Croissant, Ströbele und Lang aufgrund zum Teil fadenscheiniger Verdachtsmomente von der Vertretung der RAF-Gefangenen ausgeschlossen worden. Der Bonner Gesetzgeber blieb ebenfalls nicht untätig. Am 20. Dezember 1974 verabschiedete der Bundestag eine Reihe von Gesetzen, um die Abwicklung der RAF-Prozesse für die Justiz zu erleichtern. Dies geschah nach monatelangen Diskussionen um die Rolle der RAF-Verteidiger und unter dem Eindruck von Holger Meins' Hungertod und dem Mord an Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann.

Es gab nun die Möglichkeit, einen Verteidiger von einem Verfahren auszuschließen, wenn er »verdächtig ist, an der Tat, die den Gegenstand der Untersuchung bildet, beteiligt zu sein oder eine Handlung begangen zu haben, die für den Fall der Verurteilung des Beschuldigten Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei wäre«.

Es reichte der Verdacht aus. Beweise waren nicht nötig.

Zu welchen grotesken Folgen das führte, zeigte sich im Fall des Rechtsanwalts Ströbele, für dessen Ausschluss es genügte, dass er seine Mandanten als »Genossen« bezeichnete, sich »Sozialist« genannt und seine Arbeit als »politische Verteidigung« verstanden hatte. Damit sei er dringend verdächtig, eine kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben. Das wurde in den entsprechenden Beschlüssen etwas detaillierter und juristischer ausgedrückt, lief im Endeffekt aber auf nichts anderes hinaus. Die Anwälte Croissant und Groenewold wurden mit ähnlich dürftigen Begründungen von der Verteidigung ausgeschlossen.

Vor allem der Hamburger Rechtsanwalt Kurt Groenewold geriet schnell ins Visier der Presse und der Sicherheitsbehörden. Der Sohn reicher Immobilienbesitzer hatte Ulrike Meinhof schon zu »konkret«-Zeiten vertreten. Jetzt stieß man sich daran, dass Groenewold doch »so vermögend« sei und es sich schon deshalb nicht gehöre, selbsternannte Revolutionäre zu vertreten. Groenewold steuerte seit 1973 über sein Hamburger Anwaltsbüro

das Info-System der RAF-Häftlinge. Die damals noch erlaubte Gemeinschaftsverteidigung einer größeren Zahl von Beschuldigten erforderte eine gewisse Organisation oder Kommunikation. Regeln dafür gab es nicht. Der 3. Strafsenat des Hamburger Oberlandesgerichts sah dies jedoch plötzlich als »Unterstützung einer kriminellen Vereinigung in einem besonders schweren Fall« an und verurteilte Groenewold zu zwei Jahren auf Bewährung. Er wurde auf der Grundlage neu geschaffener Gesetze von der Baader-Meinhof-Verteidigung ausgeschlossen und erhielt ein vorläufiges Berufsverbot.

Die Ermittlungen dauerten drei Jahre. Dreizehn Monate lang wurden Groenewolds Telefone angezapft, etwa 20000 belauschte Gespräche registriert und auf 1500 Seiten protokolliert. Von den 3000 Verteidigerbriefen und Rundschreiben des Info-Systems reichten 15 Schriftstücke, um ihm nach Ansicht des Gerichts nachzuweisen, vorsätzlich das Gruppenbewusstsein einer kriminellen Vereinigung gefördert zu haben. Die Lauschangriffe hatten dazu nicht ausgereicht. Es wurde auch nicht berücksichtigt, dass Groenewold selbst häufig von Gefangenen beschimpft worden war und sich keinesfalls mit dem »revolutionären Kampf« der RAF solidarisierte.

Die neue Gesetzesänderung verbot nun also die Gemeinschaftsverteidigung. Vertrauensanwälte der RAF-Angeklagten, die sich jahrelang zusammen auf den Prozess vorbereitet hatten, durften nicht mehr gemeinsam verteidigen. Die Prozessstrategie »Jeder Verteidiger vertritt jeden Angeklagten« war dadurch nicht mehr möglich. Zudem durften auch Rechtsanwälte, die in anderen Terroristenverfahren tätig waren, zum Beispiel in Stammheim, nicht mehr verteidigen. Bei der Fülle derartiger Verfahren gab es bald kaum noch qualifizierte Verteidiger für solche Prozesse. Im Laufe der nächsten Jahre traten in »Terroristenverfahren« deshalb immer mehr berufliche Neulinge an.

Noch gravierender wirkte sich die Neufassung des Paragraphen 231 der Strafprozessordnung aus, wonach eine Hauptverhandlung auch in Abwesenheit der Angeklagten durchgeführt werden konnte, wenn diese sich »vorsätzlich in einen verhandlungsunfähigen Zustand versetzt und dadurch die Durchführung der Hauptverhandlung verhindert« hatten. Dies war vor allem eine Antwort auf die Hungerstreiks.

Den Behörden erschien die »Sicherheitslage« inzwischen einigermaßen

entspannt. Die namentlich bekannten Terroristen der ersten Generation waren fast alle in Haft. Eine Expertenkommission der Innenministerkonferenz sah die zuvor beschlossene Weisungsbefugnis des Bundeskriminalamts im Zusammenhang mit dem »BM-Komplex« als erledigt an. Sonderkommandos der Kripo wurden aufgelöst, weil man nur noch »einzelne versprengte Reste« im Untergrund wähnte.

Die als »Verschlusssache« »VS – vertraulich« gestempelten Lageberichte des BKA-Beamten Alfred Klaus, der aus den Zellenzirkularen die innere Struktur der Gruppe rekonstruiert hatte, verstaubten in den Schreibtischen untergeordneter Sachbearbeiter.

23.
Die Ersten der »zweiten Generation«

Einem Stuttgarter Anwaltsbüro war inzwischen besondere Bedeutung zugewachsen: der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. Klaus Croissant in der Langen Straße 3. Croissant war vor seinem Engagement für die RAF ein durchaus bürgerlicher Anwalt gewesen, mit einem normalen Büro, normalen Mandanten, normalem Büropersonal und normalen Fällen.

Croissant und sein Kollege Jörg Lang hatten in Stuttgart 1973 das »Komitee gegen die Isolationsfolter« gegründet, einen Zusammenschluss Linker bis Linksliberaler, denen es um die Veränderung der Haftbedingungen für RAF-Gefangene ging. Das Spektrum der Mitglieder reichte vom »Stern«-Reporter bis zum SPD-Stadtrat.

Anfang 1974 tauchte Rechtsanwalt Lang unter. Die Lücke im Komitee füllten damals ein paar jüngere Leute aus der »Roten Hilfe«. Einer von ihnen war Volker Speitel, ein junger Graphiker, der später zum wichtigsten Zeugen des Bundeskriminalamtes und der Bundesanwaltschaft im Zusammenhang mit den Todesfällen von Stammheim werden sollte.

Speitel hatte zusammen mit seiner Frau Angelika und dem später bei einer RAF-Fahndung erschossenen Willy Peter Stoll in einer Wohngemeinschaft gelebt. Sie hatten sich mehr für den Drogenapostel Timothy Leary interessiert als für Politik.

Als gemeinsame Projekte alternativer Arbeits- und Lebensformen im Ansatz stecken blieben, nahmen sie Kontakt zur »Roten Hilfe« auf. »So chaotisch diese Gruppe auch war, so füllte sie zumindest mal das Vakuum meiner Orientierungslosigkeit«, schrieb Speitel später. Ein Teil der »Roten Hilfe« neigte der aktiven Unterstützung der RAF zu. Speitel wusste wenig von der »Rote Armee Fraktion«, aber er war beeindruckt von den Anschlägen auf die US-Einrichtungen in Frankfurt und Heidelberg, der Entschluss, zur »Knarre zu greifen«, erweckte seine ungeteilte Bewunderung.

Während des großen Hungerstreiks im Herbst 1974 näherten sich die Leute von der »Roten Hilfe« dem »Komitee gegen die Isolationsfolter« immer weiter an.

Weil sie bereit waren, Plakate zu kleben, Flugblätter zu verteilen, bekamen sie dort immer mehr Einfluss. Angelika und Volker Speitel begannen, im Büro Croissant zu arbeiten. Bald übernahmen sie die Betreuung der Gefangenen, organisierten den über das Büro laufenden Info-Dienst der RAF, sammelten Zeitungsausschnitte, vervielfältigten die Rundbriefe der Häftlinge, besorgten Bücher, trieben Spenden ein. Daraus entwickelte sich ein »Lernprozess« für Volker und Angelika Speitel und andere aus ihrer Gruppe.

Speitel später: »Die Gefangenen gaben Anregungen und Vorschläge selbst für die kleinsten Büroabläufe wie Fotokopieren und Telefondienst. Sie konzipierten eine politische Schulung für uns.«

Dann starb Holger Meins. »Der Tod von Holger Meins und der Entschluss, die Knarre in die Hand zu nehmen, waren eins. Ein Nachdenken war nicht mehr möglich, es reagierte nur noch der emotionale Schub der letzten Monate.«

Volker Speitel ging in den Untergrund. Später behauptete er, der Anwalt Siegfried Haag habe den Kontakt zu den »Illegalen« hergestellt. Treffpunkt war eine Kneipe in Frankfurt, wo ihn Hanna Krabbe und Bernhard Rössner empfingen und zum »Stützpunkt«, einer möblierten Dachkammer, führten. Dort warteten Lutz Taufer, Ulrich Wessel und andere. Als Speitel die kleine Dachkammer betrat und das erste Gespräch mit den »Illegalen« führte, war er enttäuscht: »Was von der früheren RAF-Struktur noch existierte, waren Sprengstoff und Handgranaten sowie ein Manuskript über Fälschertechniken und Geld. Der Polizei ist es praktisch gelungen, die RAF völlig trockenzulegen. Bis auf unsere zum damaligen Zeitpunkt fünf Personen zählende Gruppe existierte die RAF Ende 1974 nicht mehr bzw. nur noch im Knast.«

Die Stammheimer Gefangenen wollten endlich Taten sehen. Für sie war die erste Nachfolgegeneration, die sich Ende 1973 in Hamburg gebildet hatte und in einer Blitzaktion der Polizei am 4. Februar 1974 gefasst worden war, ein abschreckendes Beispiel. Die Gruppe, später nach dem Verhaftungstermin »4.2.« genannt, hatte über Wochen und Monate Pläne geschmiedet und war dabei vom Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz rund um die Uhr abgehört und observiert worden.

Das sollte sich nicht wiederholen. Die neue RAF-Generation wollte »weniger planen und mehr handeln«. Als Erstes wurde eine Liste möglicher Aktionsziele zusammengestellt. Ganz oben, schon wegen der Reihenfolge im Alphabet, stand darauf das Wort »Botschaft«: London, Amsterdam, Wien,

Stockholm und Bern. Volker Speitel fuhr in die Schweiz und stellte fest, dass die Deutsche Botschaft in Bern »militärisch« kaum anzugreifen war; sie war zu gut gesichert.

In der Zwischenzeit begann die Gruppe, illegale Wohnungen anzumieten und neue Mitglieder zu werben, vor allem im Kreis der »Folterkomitees«.

Speitel, so sagte er jedenfalls später, ging das illegale Getue auf die Nerven. Er befürchtete, die Gruppe könnte sich in ihrem Verfolgungswahn in unüberlegte Abenteuer stürzen: »Einer brachte es mal auf die Formel, dass seine Angst vor dem Handeln jeden Tag größer werde, deshalb möchte er jetzt handeln, um nicht länger Angst zu haben.«

Speitel tauchte wieder aus dem Untergrund auf und ging zurück zum Stuttgarter Anwaltsbüro Croissant.

24.
Ein Politiker wird entführt

Im Frühjahr 1975 sollte in Berlin gewählt werden. Zum ersten Mal nach insgesamt 27 Jahren Regierung oder Regierungsbeteiligung mussten die Sozialdemokraten damit rechnen, nicht wieder als stärkste Fraktion ins Abgeordnetenhaus zurückzukehren. Das lag allerdings mehr an den Verschleißerscheinungen der SPD als an ihren christdemokratischen Gegnern und deren Spitzenkandidat Peter Lorenz, 52 Jahre, Rechtsanwalt. Was dem Bürgermeisterkandidaten der CDU vor allem fehlte, war Popularität. Doch das sollte sich bald ändern.

Lorenz hatte seinen Wahlkampf unter das Motto »Mehr Tatkraft schafft mehr Sicherheit« gestellt. Über eine CDU-Anzeige, die über Lorenz' Porträt die Schlagzeile »Berliner leben gefährlich« trug, höhnte Bundeskanzler Helmut Schmidt: »Der Peter Lorenz, der das verantwortet, diesen Unfug, der muss sich offenbar nachts in seiner Wohnung ängstigen.«

Er hatte allen Grund dazu. Ohne dass es jemand merkte, hatte die »Bewegung 2. Juni« Vorbereitungen für eine Entführung getroffen. Zuerst beabsichtigten sie, Innensenator Kurt Neubauer als »sozialdemokratisches Ekelpaket«, wie Till Meyer sagte, zu entführen: »Aber wir wussten, der ist schon abgehalftert.« Dann dachten sie an Heinrich Lummer, den Querkopf von der CDU: »Für den hätte uns keiner was gegeben.« Also checkten sie, als Liebespärchen mit Hund an der Leine, das Haus von Peter Lorenz ab und bauten das »Volksgefängnis«, einen schalldichten Kellerraum unter einem Trödelladen.

71 Stunden vor der Wahl, am 27. Februar 1975 um 8.52 Uhr, verließ Peter Lorenz seine Wohnung in Zehlendorf. Drei Minuten später winkten die Entführer, getarnt als Straßenreiniger, einen Lkw rückwärts aus einer Einfahrt. Auf den einen ihrer Besen hatten sie ein Eisenrohr montiert. Sie stoppten den Mercedes des Politikers 1500 Meter von seiner Villa entfernt. »Damit hat der Fahrer einen auf den Kopf gekriegt«, sagte Till Meyer Jahre später. Peter Lorenz »wurde in seinem Auto überwältigt, hat eine Spritze

gekriegt, dann noch gestrampelt und die Scheibe rausgetreten«.

Sie jagten in dem Mercedes über die Autobahn zu einem Garagenkomplex in der Kantstraße, wo der Entführte umgeladen werden sollte. Till Meyer raste, bewaffnet mit einer Pumpgun, hinterher. Ein VW-Bus der Polizei überholte die beiden Fahrzeuge, und Meyer machte sich gefechtsbereit. Doch die Beamten hatten offenbar nicht gesehen, dass der Wagen des Bürgermeisterkandidaten keine Windschutzscheibe mehr hatte. Der gab Gas und fuhr der Polizei mit gut 160 Stundenkilometern davon. Lorenz wurde in eine vorher präparierte Eichenkommode umgeladen und ins Kellerverlies gebracht. Es war etwa zwei mal vier Meter groß, aus Maschendraht gebaut und mit Schichten aus Holz, Styropor und Tapete isoliert. Darin standen eine Liege und ein Stuhl.

Die Entführer trugen blaue Overalls und weiße Kapuzen mit Augenschlitzen und eine Kalaschnikow, wenn sie Lorenz sein Essen brachten. Als Toilette hatten sie ihm einen Eimer hingestellt, abgetrennt mit einem Vorhang, »damit er sich nicht schämt«.

Als er aus seiner Narkose erwacht war und die Entführer vor ihm standen, sagte Lorenz: »Ach, Sie sind doch die Herren, die Herrn von Drenkmann erschossen haben.

»Diesen Satz dürfen Sie hier nicht gebrauchen. Nein, nein, nein, das sind wir nicht. Wir sind die Bewegung 2. Juni, und Sie können sich denken, Sie sind Geisel. Aber als Geisel geht es Ihnen hier besser als unseren Genossen im Knast. Sie kriegen zu essen und zu trinken, was sie wollen. Sie können auch fernsehen, und Sie kriegen die Zeitung, außer dem, was über Sie drin steht.«

Dann gaben sie ihm die »Frankfurter Rundschau«, doch darin waren fast nur noch der Sportteil und das Kreuzworträtsel nicht herausgeschnitten. Sie begannen, ihn zu vernehmen, waren darauf aber nicht genügend vorbereitet und stellten die Befragung bald wieder ein.

»Das Problem war«, so sagte mir Till Meyer später, »der Mann wurde uns immer sympathischer.« Sie spielten durch den Maschendraht hindurch Schach mit ihm, immer maskiert. Einmal nahm Till Meyer seine Maske ab, als Lorenz kurz hinter dem Vorhang verschwunden war. Ein anderer Genosse zog das Tuch zur Seite: »Und da waren wir Auge in Auge, da hat er mich erkannt, ohne Mütze.«

Später, im Prozess, standen sich Lorenz und Meyer wieder gegenüber, der gleiche Blick: »Er wusste genau, das ist der Mann, aber gesagt hat er es nicht

in dem Prozess.« Sie hätten ihn ja auch äußerst fair und korrekt behandelt: »Wir waren dann auch froh, dass es so ausgegangen ist.«

Das erste Lebenszeichen von Peter Lorenz kam 24 Stunden nach seiner Entführung. Ein Polaroidfoto zeigte den Politiker mit einem Pappschild um den Hals: »Peter Lorenz, Gefangener der Bewegung ›2. Juni‹«. Die Entführer verlangten die Freilassung von sechs Inhaftierten: Horst Mahler, Verena Becker, Gabriele Kröcher-Tiedemann, Ingrid Siepmann, Rolf Heißler, Rolf Pohle. Alle, bis auf Horst Mahler, waren dem weiteren Umfeld des »2. Juni« zuzurechnen. Von den Spitzen der RAF kein Wort, nur eine kleine Entschuldigungszeile: »An die Genossen im Knast: Wir würden gern mehr Genossen von Euch herausholen, sind aber dazu bei unserer jetzigen Stärke nicht in der Lage.«

Die Fahnder staunten. »Hier haben eiskalte Profis gearbeitet«, meinte der Berliner Oberstaatsanwalt Nagel.

Die Forderungen waren gerade so, dass der Staat sie noch erfüllen konnte. Es war niemand dabei, der wegen Mordes angeklagt oder verurteilt war. »Meinhof, so war uns klar, hätten wir gar nicht rausgekriegt. Das haben wir schon abgewogen«, sagte Till Meyer später. »Als Guerilla-Kämpfer mussten wir den Gegner sein Gesicht wahren lassen.«

In Bonn bildete sich zum ersten Mal der »Große Krisenstab« mit Beteiligung aller politischen Führungspersonen. Ohne Verfassungsauftrag, ohne eigentliche Entscheidungsbefugnis.

Die Politiker waren für Nachgeben. Bundeskanzler Helmut Schmidt dreißig Jahre später: »Für sie war das selbstverständlich, dass man auf den Austausch der Inhaftierten gegen die Geisel Lorenz eingehen sollte. Und ich hab mich dem angeschlossen, aber ich habe am nächsten Morgen gewusst: Das war ein Fehler, was wir gemacht hatten, weil es einlud, das Manöver zu wiederholen.«

Die Entführer hatten verlangt, dass der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz, die freigepressten Gefangenen auf ihrem Flug begleiten sollte. »Eine späte Antwort auf den Tod von Benno Ohnesorg? Holt dieses Datum mich wieder ein?«, dachte Albertz, als ihm ein Beamter der Berliner Senatskanzlei am Telefon die Forderung der Entführer vom »2. Juni« mitteilte. Albertz rief Bischof Scharf an. Die beiden Kirchenmänner wurden sich einig, dass Albertz sich zur Verfügung stellen

solle, wenn sich die politischen Instanzen auf den Austausch einließen. In einem Gespräch mit Bürgermeister Klaus Schütz sagte Albertz, er würde den Auftrag nur als Pfarrer der Evangelischen Kirche durchführen. Er bestehe auf einer festen Zusage der politisch Verantwortlichen, dass keine gewaltsame Lösung der Geiselaffäre, wie etwa in Fürstenfeldbruck, geplant würde.

Am Sonntag, dem 2. März 1975, hielt Albertz im Gemeindehaus Berlin-Schlachtensee den Gottesdienst: »Und der Herr sprach: Nimm Isaak, deinen einzigen Sohn, den du lieb hast, und gehe hin in das Land Morija und opfere ihn daselbst zum Brandopfer auf einem Berg, den ich dir sagen werde.«

Am Schluss seiner Predigt sagte Albertz: »Die Namen, die Bezüge, die Verwirrungen, die Verstrickungen, die Knechte, das ausgestreckte Messer, die Opfer, die Qual, die Hoffnung, den Gehorsam, den Glauben – heute, hier am 2. März 1975 in Berlin – könnt ihr selber einsetzen.«

Wenige Stunden später flog der Pfarrer nach Frankfurt. Durch die unterirdischen Straßen des Flughafenkomplexes, bewacht von Polizeiposten mit Maschinenpistolen, wurde er in einen Raum geführt, in dem die für den Abflug zusammengeführten Gefangenen saßen. Ein Tisch, ein paar Stühle, ein Transistorradio. Und Abhörmikrofone.

Unmittelbar nach seiner ersten Begegnung mit den Häftlingen wurde Albertz von einem Beamten darauf hingewiesen, dass sich in der Zelle Abhörgeräte befänden. Albertz sprach den zuständigen Vorgesetzten darauf an: »Trifft das zu?«

Der Polizeioffizier schüttelte den Kopf. Er sah Albertz nicht in die Augen.

»Sie sind Beamter. Ich hoffe, dass ich mich auf Ihr Wort verlassen kann«, sagte Albertz und ging zu den Gefangenen.

Der Abflug des bereitgestellten Lufthansa-Flugzeugs wurde im Fernsehen live übertragen. Horst Mahler war nicht dabei, als die Maschine startete. Er hatte einen Austausch abgelehnt.

An Bord bekam Albertz Einblick in die Denkwelt der Terroristen: »Und da kam eben die klassische Antwort: Diese bundesrepublikanische Gesellschaft ist verrottet, marode und was weiß ich. Sie muss verändert werden mit Gewalt. Der Staat wird darauf mit brutaler Gewalt antworten. Er wird ein Polizeistaat werden. Und dann, wenn wir die Opfer geworden sind dieser Auseinandersetzung, wird sich das Volk erheben, und es wird die Revolution kommen, und wir werden ein freies Land sein. Und dies ist eben der entsetzliche Irrtum, dass die aus dem Staat etwas gemacht haben, was wir –

die wir mal das Grundgesetz unterschrieben haben – uns nie hätten vorstellen können. Ich brauche mir ja nur anzuschauen, wie die Polizei zu meiner Zeit ausgesehen hatte, als ich noch Polizeisenator war, wie sie heute aussieht. Mondmenschen!«

Die Maschine landete schließlich im jemenitischen Aden und setzte die Gefangenen ab. Nach seiner Rückkehr am 4. März sagte Pfarrer Heinrich Albertz das Losungswort im Fernsehen: »So ein Tag, so wunderschön wie heute …«

In der Nacht darauf sollte Peter Lorenz in einem Berliner Park freigelassen werden. Dazu hatten die Entführer ihm eine mit schwarzem Tesafilm zugeklebte Hornbrille aufgesetzt, einen Schnurrbart Marke Stalin angeklebt und ein Tiroler Hütchen aufgesetzt. Er wurde auf den Rücksitz neben einen Mann vom »2. Juni« gesetzt. Dahinter fuhr der Deckungswagen mit zwei Mann, bewaffnet mit Maschinenpistolen.

»Das war eine ganz merkwürdige Atmosphäre«, sagte Till Meyer. »Es war Frühlingsluft, wir waren ja kaserniert, wir sind aus dieser Wohnung, diesem Haus nicht rausgekommen. Entweder waren wir im Keller oder oben drüber zum schlafen. Kein Rein, kein Raus.« Nur eine einzige andere Person hatte den Kontakt nach draußen gehalten.

Nachdem sie eine halbe Stunde kreuz und quer gefahren waren, steuerten sie den Volkspark Wilmersdorf an. Sie hängten Lorenz einen Mantel über, ließen die Kalaschnikow im Auto und führten ihn zu einem Baum, drehten ihn dreimal um seine Achse und gaben ihm 30 Pfennig zum Telefonieren: »Falls ein Groschen durchfällt.«

Lorenz spürte wohl, dass er in einem Park stand, und sagte: »Ich mach immer Gartenfeste. Ich würde mich freuen, wenn wir uns da auch mal sehen könnten.« Alle lachten überschwänglich. »Ach ja«, sagte er dann, »das geht nun gar nicht.«

»Nee«, pflichteten ihm seine Entführer bei, »das geht nun gar nicht, aber trotzdem alles Gute. Sie sind frei. Wenn Sie oben den Motor hören, nehmen Sie die Binde von den Augen und den Schnurrbart ab.«

Beim Zurückgehen sahen sie, wie Lorenz brav an dem Baum stehen blieb. »Der Mann hatte einfach Angst um sein Leben«, sagte Till Meyer. »Dann sind wir abgefahren, und dann war das Ding zu Ende.«

Wie gebannt die Stammheimer Gefangenen den Ablauf der Entführung am Fernseher verfolgten, erfuhr Till Meyer später von Rechtsanwalt Klaus

Croissant: »Wie hat der Staat, wann hat da was reagiert, was hat der Große Krisenstab, was hat der Kleine Krisenstab, wie haben die agiert? Das wurde im siebten Stock, also von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof, aufs Heftigste und Genaueste analysiert.«

Ergebnis war der Plan der Stammheimer, mit einer ganz großen Aktion den Erfolg der »Bewegung 2. Juni« zu übertreffen.

Vom Chef der Berliner Senatskanzlei erfuhr Pfarrer Albertz später, dass sich doch Abhörmikrofone in der Zelle am Frankfurter Flughafen befunden hatten. Man habe aber nichts hören können, da ja ein Transistorradio in Betrieb gewesen sei. Albertz glaubte das nicht. Der Transistorempfänger war während seiner Gespräche mit den Gefangenen nur ganz kurz für die stündlichen Nachrichten eingeschaltet worden.

Der ehemalige Regierende Bürgermeister in seinem Bericht: »Ich wünsche eine Aufklärung dieser Angelegenheit. Ich bin als Pfarrer in dieser Zelle gewesen. Ein Abhören meiner Gespräche mit den Gefangenen ist ein unverantwortlicher Vertrauensbruch gegenüber einem Mann, der sich ja nicht aus Vergnügen für diese schwierige Aufgabe zur Verfügung gestellt hat.«

Die »Wanzen« im Frankfurter Flughafen waren nicht die einzigen, die in diesen Tagen installiert worden waren.

25.
Abhörmaßnahmen

Am 27. Februar 1975, dem Tag der Lorenz-Entführung, rief der Präsident des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Wagner, beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln an. Er ließ sich mit dem Leiter der Abteilung 4, Rausch, verbinden. Wagner erklärte dem Chef der Spionagebekämpfung, er benötige technische Hilfe. In Stammheim sollten, wie auf der Tagung der Landeskriminalämter am 4. Februar 1975 beschlossen, Abhörmikrofone, Wanzen, zum Einsatz gebracht werden.

Ohne seinen Chef Günter Nollau, den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, zu informieren, sagte Rausch zu. Am 1., 2. und 3. März 1975 installierten zwei Techniker des BfV in fünf Zellen der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim Abhörmikrofone.

Die Anlage wurde am 28. und 29. April in Betrieb genommen, doch »bedingt durch die schlechte Raumakustik und den hohen Störschallpegel in der Haftanstalt« wurden laut Vermerk für den Innenminister »kaum verwertbare Aufnahmen erbracht«. Man wolle deshalb versuchen, die Tonqualität entscheidend zu verbessern. »Außerdem erwies es sich als notwendig, die bisher nicht für Abhörzwecke vorbereiteten drei weiteren Besucherzellen der Anstalt ebenfalls mit Mikrofonen auszustatten.«

Erst mehr als 30 Jahre später, als wir für die ARD eine zweiteilige neue Dokumentation über die RAF vorbereiteten, fanden mein Koautor Helmar Büchel und ich im baden-württembergischen Staatsarchiv Ludwigsburg eine Akte, die den gesamten Entscheidungsablauf zum Einbau von Abhörmaßnahmen in Stammheim wiedergab. Es war die Handakte des LKA-Präsidenten Kuno Bux, die offenbar versehentlich an das Archiv weitergeben worden war. Dort lag sie für 30 Jahre unter Verschluss. Erst 2007 konnten wir sie einsehen. Es war ein Schnellhefter mit Orginalunterlagen, Schriftwechsel und Fernschreiben, die sich alle mit geplanten akustischen Überwachungsmaßnahmen für den Hochsicherheitstrakt in Stammheim beschäftigten.

Darin fand sich sogar eine detaillierte Zeichnung des Zellentraktes im

7. Stock. In einem Übersichtsplan sind die Zellen 719 (Meinhof), 718 (Ensslin), 714 (Raspe), 712 (Baader) und 711 (ebenfalls Baader) jeweils mit handgezeichneten Kreuzen markiert. Zwischen den Zellen 712 und 711 steht das Wort »Durchbruch«. Bei den Zellen von Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe war die Wandstärke (0,20 bzw. 0,18) mit einem Pfeil markiert, auf vier weiteren Plänen waren bestimmte Stellen an den Wänden, offenbar Kabelschächte, mit roten Kreisen gekennzeichnet. Der Plan dürfte mit einiger Wahrscheinlichkeit Lage und Anschluss der vorgesehenen Wanzen zeigen.

Außerdem war in der Bux-Akte die Rechnung vom 26.11.75 für zwei Mikrofone Typ M 5351 mit den Seriennummern 31 335 und 31 336 für jeweils 36 D-Mark von der Firma Deutsche Phonak Gesellschaft Sapper & Co. in Stuttgart. Die Auftragsbestätigung datierte vom 24.10.75.

Die Sicherheitsbehörden sahen gute Gründe, die Gefangenen in Stammheim genauer zu überwachen, da es immer wieder Anzeichen dafür gab, dass sie aus ihren Zellen heraus Einfluss auf die zweite Generation der RAF nahmen.

26.
Sturm auf die Deutsche Botschaft

In Stammheim wurden gerade die letzten Meter der Mauer rings um die für den Baader-Meinhof-Prozess gebaute sogenannte Mehrzweckhalle gestrichen. Im Sitzungssaal schalteten Tontechniker die Regler für die Lautsprecheranlage, und eine Putzkolonne brachte die gelben Plastikstühle für die Zuschauer auf Hochglanz. In kleiner Runde erklärte der Gerichtsvorsitzende Dr. Theodor Prinzing, 49: »Der Prozess wird stattfinden, zumindest beginnen.«

Doch zunächst war wieder die RAF am Zug.

Kurz vor 12.00 Uhr mittags am 24. April 1975 hielten sich etwa hundert Schweden und Deutsche in der Botschaft der Bundesrepublik in Stockholm auf. Sechs von ihnen waren mit Pistolen und Sprengstoff beladen: Siegfried Hausner, 23 Jahre alt, der schon als Schüler Bomben gebastelt hatte und später im »Arbeitskreis Sprengtechnik« des »Sozialistischen Patientenkollektivs« Heidelberg wirkte. Hanna-Elise Krabbe, 29, Beste ihres Abiturjahrgangs in Nordhorn, als Studentin in Heidelberg ebenfalls Mitglied des SPK. Karl-Heinz Dellwo, 23, Postangestellter, der sich in Hamburg der militanten Hausbesetzerszene angeschlossen hatte. Lutz Taufer, 31, Mitglied im SPK. Bernhard-Maria Rössner, 29, der Polizei aufgefallen als Initiator einer Sitzdemonstration gegen die »Folterhaft« in Hannover. Ulrich Wessel, 29, Millionärssohn, Mitglied der RAF-Sympathisantenszene in Hamburg.

In der Konsularabteilung zogen die sechs ihre Waffen, griffen sich einen Botschaftsangestellten, von dem sie offenbar wussten, dass er die Schlüssel zum oberen Stockwerk des Gebäudes hatte, und schossen auch schon los. In wilder Panik flüchteten die meisten Anwesenden ins Freie. Elf wurden von den Bewaffneten festgehalten, in den dritten Stock der Botschaft getrieben und dort gefesselt, geknebelt und auf den Fußboden gelegt.

Wenige Minuten später war die schwedische Polizei zur Stelle, besetzte die untere Etage und bereitete sich mit Gaspatronen auf einen Angriff auf das Obergeschoss vor. Einer der Terroristen forderte, die Polizei solle

verschwinden: »Sonst erschießen wir den deutschen Militärattaché.« Die Polizei blieb.

Um 13.17 Uhr meldeten sich die Botschaftsbesetzer telefonisch im Stockholmer Büro der Deutschen Presseagentur: »Das ›Kommando Holger Meins‹ hat Botschaftsmitglieder gefangen genommen, um Gefangene in Westdeutschland zu befreien. Wenn die Polizei eingreift, wird das Gebäude mit fünfzehn Kilo TNT gesprengt.«

Die Besetzer hatten im Eckzimmer des Botschafters Stoecker bereits Sprengstoff deponiert und Zündkabel unter dem Teppich verlegt. Noch einmal forderten sie den Einsatzleiter der schwedischen Polizei auf, seine Leute abzuziehen: »Innerhalb von zwei Minuten, oder es knallt.« Als keine Reaktion erfolgte, befahlen sie dem Militärattaché Andreas Baron von Mirbach, mit gefesselten Händen auf den Flur zu treten. Dann schossen sie. In Kopf, Brust und Bein getroffen, brach der Oberstleutnant zusammen. Zwei schwedische Polizisten, die zum Zeichen, dass sie keine Waffen trugen, nur mit Unterhosen bekleidet waren, schleppten den Sterbenden die Treppe hinunter. Die Polizisten zogen sich zurück und richteten ihre Einsatzzentrale in der Botschafterwohnung im Nebenhaus ein. Sie sicherten das Gebäude mit Sandsäcken ab und teilten kugelsichere Westen aus.

Um 15.30 Uhr riefen die Besetzer erneut bei dpa in Stockholm an und übermittelten ihre Forderung, 26 Gefangene aus der Bundesrepublik freizulassen, unter ihnen: Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin.

Als Bundeskanzler Helmut Schmidt die Nachricht von der Botschaftsbesetzung erhielt, zog er sich für eine halbe Stunde in sein Arbeitszimmer im Bonner Palais Schaumburg zurück. Dann teilte er den zusammengetretenen Mitgliedern des Großen Krisenstabs seine Entscheidung mit: »Meine Herren, mein ganzer Instinkt sagt mir, dass wir hier nicht nachgeben dürfen.«

Gegen 20.00 Uhr wurde der schwedische Justizminister von der ablehnenden Haltung der Bundesregierung unterrichtet. Nach kurzem Zögern sagte er: »Wir akzeptieren diese Entscheidung.« Der Minister rief in der Botschaft an und sagte den Terroristen, dass Bonn ihre Forderungen kompromisslos zurückgewiesen habe. Für einen Moment schien die Leitung tot zu sein. Der Mann am anderen Ende schien das alles nicht fassen zu

können.

Neunmal sprach der schwedische Justizminister in dieser Nacht mit den Besetzern, versuchte ihnen freien Abzug anzubieten, wenn sie ihre Geiseln freiließen. Sie lehnten ab: »Zwecklos, wir verhandeln nicht. Wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden, erschießen wir alle Stunde eine Geisel. Sieg oder Tod!«

Um 22.20 Uhr fragte einer der Terroristen nach dem Wirtschaftsattaché. »Hier bin ich«, rief Dr. Hillegaart. Er wurde nach draußen vor ein geöffnetes Fenster geführt. »Hallo, hallo – hört ihr mich?«, rief er. Dann fielen drei Schüsse. Der 64-jährige Wirtschaftsattaché sank langsam vornüber und blieb, halb aus dem Fenster hängend, liegen. Er war tot.

Die schwedische Polizei brachte einen Wagen mit dem Betäubungsgas »K 62« in Stellung, das zum ersten Mal bei der Überwältigung zweier Bankräuber 1973 in Stockholm eingesetzt worden war. Aus hundert Metern Entfernung sollten die beim Aufprall zerplatzenden Gaspatronen in das Gebäude geschossen werden. Es kam nicht mehr dazu.

Dreizehn Minuten vor Mitternacht erschütterte eine Kette von Detonationen das Botschaftsgebäude.

Die Fensterscheiben im dritten Stock flogen samt Rahmen auf die Straße. Dachrinnen wurden in die Bäume geschleudert, ein Bürostuhl landete fast hundert Meter entfernt auf dem Rasen. Draußen wurden Polizisten durch den Explosionsdruck zu Boden gerissen. Im selben Moment raste eine Feuerwelle durch den dritten Stock der Botschaft, die Flammen schlugen über das Dach. »Hilfe«, hallte es aus dem Feuer. Dann taumelte der Botschafter Stoecker, dem es gelungen war, seine Fesseln zu lösen, aus dem Inferno. Drei der Terroristen folgten ihm, sie hatten ihre Waffen verloren oder weggeworfen und ließen sich widerstandslos festnehmen. Zwei weitere stürzten verletzt vor dem Haus zu Boden. Der sechste wurde sterbend an der Rückseite der Botschaft im Gras gefunden. Die Druckwelle hatte ihn aus dem Haus geschleudert.

Polizei und Feuerwehr stürmten das brennende Gebäude und befreiten die Geiseln. Fast alle hatten schwere Verbrennungen.

Drei Tote hatte es gegeben: die Botschaftsangehörigen von Mirbach und Hillegaart und einen Terroristen, Ulrich Wessel. Ein Schwerverletzter, Siegfried Hausner, wurde trotz seiner Brandwunden wenige Tage später in

einem Sonderflugzeug nach Deutschland gebracht.

»Es war nur ein, zwei Tage nach dem Ende des Stockholmer Überfalls, als einer der Geiselnehmer mit dem Hubschrauber zu uns gebracht wurde«, erzählte später der Vollzugsbeamte Horst Bubeck. »Sein Name war Siegfried Hausner, ein junger Mann von Anfang zwanzig mit schweren Brandwunden.« Er kam in Stammheim auf das Krankenrevier, in dem das Justizministerium für die hungerstreikenden Gefangenen eine komplette Intensivabteilung eingerichtet hatte. Für schwere Brandverletzungen war das Gefängnislazarett weder personell noch technisch ausgerüstet. Siegfried Hausner hatte, so Bubeck, »keine Überlebenschance, was die Ärzte sogleich festgestellt haben«.

Am 1. Mai, bei Dienstantritt morgens um sieben, sah Bubeck den Sterbenden ein einziges Mal. Hausner war unfähig zu sprechen, aber bei vollem Bewusstsein. Sein Körper, so Bubeck, habe »wie ein einziges Wundmal ausgesehen, von oben bis unten rot und schwarz verbrannt. Die Haare: Weggesengt. Das Gesicht: Verkohlt. Die Hände und Finger: in allen Farben schillernd und dick geschwollen.« Nur die Augen in den Höhlen seien ihm noch lebendig vorgekommen.

Plötzlich hätten sich Hausners Augen unruhig bewegt. Eine Krankenschwester hielt dem Verbrannten ein »Verordnungsblatt« der Klinik und einen Stift hin. Hausner quetschte sich den Stift zwischen die aufgequollenen, kaum noch beweglichen Finger und schrieb: »Mein Hals kratzt – ich bin Alkoholiker! Ich denke, dass ich mir von Rauch + Hitze eine Halsschleimhaut gekratzt habe. 1. absaugen 2. gurgeln 3. ¼ oder ½ Liter Milch, um den Schluckmechanismus aufrechtzuerhalten.« Das Blatt glitt ihm aus der Hand. Er griff es noch einmal und schrieb: »Schluck Tee oder Wasser ginge auch.«

Hausner erhielt etwas zu trinken. Der Zettel flog in den Papierkorb, Bubeck holte ihn wieder heraus, glättete ihn und steckte ihn ein.

Als Hausner am 5. Mai an einem Lungenödem starb, sagten die Gefangenen im siebten Stock zu den Vollzugsbeamten: »Na, habt ihr ihn jetzt vollends umgebracht?«

Der Sprengstoff in der Botschaft, das ergaben polizeiliche Untersuchungen, war von den Besetzern wohl versehentlich gezündet worden.

Einer der Beteiligten erklärte später, definitiv habe keiner aus dem »Kommando« die Explosion der Sprengladung absichtlich oder versehentlich

ausgelöst. Es sei ihm bis heute rätselhaft, wie es zur Detonation kam.

Am Nachmittag hatte sich Peter-Jürgen Boock mit zwei anderen Vertretern aus der Unterstützerszene in einer Kölner Hochhauswohnung getroffen. Das Appartement lag nicht weit vom Bundesamt für Verfassungsschutz entfernt. Sie hatten die Fernseher eingeschaltet, um die Berichterstattung über den Stockholmer Botschaftsanschlag zu verfolgen. Bei den ersten Meldungen waren alle drei davon überzeugt, dass nicht die RAF dahintersteckte. Doch schon nach wenigen Minuten mussten sie ihre Meinung ändern.

»Leute, das geht schief«, sagte Boock. »Das war ein großer Fehler. Man darf sich nicht an einem Ort festsetzen. Und im Übrigen: So kurz nach der Berliner Geschichte können die nicht wieder nachgeben. Da verlieren die ja völlig das Gesicht.«

Ein umstelltes Gebäude würde sich geradezu für eine Erstürmung von außen anbieten. Da könnte sich die Polizei Zeitpunkt und Art des Zuschlagens förmlich aussuchen. Einer hielt dagegen: »Die haben sich das vorher auch überlegt.«

»Wenn das die RAF ist«, sagte Boock, »wenn das die Art der Aktionen ist, liebe Leute, dann ohne mich.«

Als noch ein paar weitere Genossen dazustießen und mehrheitlich Boocks Ansicht waren, beschlossen sie, einen Brandbrief an die Gefangenen in Stammheim zu schreiben. Sie fänden es völlig unverständlich, wie eine Aktion so angegangen werden könne. Man hätte sich an einem Finger ausrechnen können, wie das ausgehen würde. Sie seien zwar nach wie vor gewillt, eine Befreiungsaktion zu machen, würden sich aber keinesfalls von den Gefangenen vorschreiben lassen, auf welche Weise.

Die Stammheimer antworteten bitterböse. Wie man denn darauf komme, dass die Gefangenen die Zielpunkte für Aktionen vorschreiben würden? Guerilla sei immer autonom. Sie könnten aus dem Gefängnis heraus nicht einmal Tipps geben, was politisch besonderes Gewicht hätte. Sie könnten auch nicht beurteilen, worin die Stärken oder Schwächen einer Gruppe lägen. Dann eine kleine Drohung: Niemand würde sie zwingen, sich als RAF zu fühlen oder zu definieren.

Boock und die Übrigen verstanden es so, wie es gemeint war: Wenn ihr euch RAF nennen wollt, dann habt ihr nach unseren Anweisungen zu handeln.

Ursprünglich hatte Peter-Jürgen Boock vermutet, er und seine Gruppe

seien nach dem Desaster von Stockholm die letzten Illegalen aus dem RAF-Umfeld. Erst später erfuhr er, dass Mitglieder des Stockholm-Kommandos nicht nur überlebt hatten, sondern auch unentdeckt entkommen waren. So hatte etwa Stefan Wisniewski 200 Meter von der Botschaft entfernt im Gebüsch eines Parks gelegen und den Besetzern über ein Funksprechgerät geschildert, was draußen lief. Das Abschottungsprinzip, nach dem es verschiedene Gruppen geben sollte, die nichts voneinander wussten, hatte funktioniert.

27.
Weitere Abhörmaßnahmen

Auch die Behörden vermuteten, dass es Verbindungen nach draußen gab, und beschlossen, die Kommunikationswege zu untersuchen.

Wenige Tage nach dem Anschlag von Stockholm rückten am 1. Mai 1975 noch einmal die Techniker des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Stammheim an und leisteten weitere »Hilfstätigkeit« für die baden-württembergischen Kollegen – all dies geht aus der Handakte des LKA-Präsidenten Bux hervor, die im Staatsarchiv Ludwigsburg archiviert ist.

Im Vermerk dazu heißt es: »In der Nacht vom 1. auf den 2. Mai 75 gelang die Anbringung von Mikrofonen in drei weiteren Zellen. Außerdem wurde eine gewisse Verbesserung der Tonqualität durch Änderung der Mikrofon-Installation erreicht.«

Damit waren mindestens fünf, möglicherweise sogar acht Zellen im Stammheimer Hochsicherheitstrakt verwanzt.

Eine gute Woche später, am 9. Mai 1975, meldete sich das »Referat Staatsschutz« des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg beim »Verbindungsreferenten« des Bundesnachrichtendienstes (BND) in Stuttgart. Ohne ihm nähere Einzelheiten mitzuteilen, wurde der BND-Mann um »technische Beratung« gebeten. Der Verbindungsreferent unterrichtete seine Zentrale in Pullach bei München. Daraufhin wurde am 12. Mai ein Techniker des BND zum Landeskriminalamt nach Stuttgart geschickt. Dort erfuhr er zunächst nur, dass man »ein Gespräch über technische Beratung« wünsche.

»Wenn ich beraten soll, dann muss ich auch wissen, was das konkret ist«, sagte der Abhörspezialist, »sonst kann ich keinen Rat geben.« Daraufhin wurde der Geheimdienstmann nach Stammheim in die Vollzugsanstalt gebracht. Man zeigte ihm das von den Kölner Kollegen installierte Abhörsystem und fragte, ob die Anlage möglicherweise »verändert oder verbessert« werden könne.

»Unter den gegebenen Umständen nicht«, sagte der BND-Mann und fuhr zurück nach Pullach.

Drei Tage später, am 15. Mai 1975, meldete sich das LKA wieder in Pullach beim Bundesnachrichtendienst. Diesmal ging es um mehr als »technische Beratung«. Die Techniker des Nachrichtendienstes sollten eine Abhöranlage in Stammheim installieren. Die BND-Spitze gab zu bedenken, dass eine solche Operation vorher mit dem Bundeskanzleramt abzustimmen sei. Dort war Staatssekretär Dr. Manfred Schüler für die Koordination der Geheimdienste zuständig und hatte die Aufsicht über den BND.

Am folgenden Tag, dem 16. Mai, versuchte Ministerialdirektor Kurt Rebmann vom Stuttgarter Justizministerium, den Präsidenten des BND, Wessel, ans Telefon zu bekommen. Wessel war nicht da, sein Vertreter ebenfalls nicht. Rebmann ließ sich mit dem Abteilungsleiter Rieck verbinden und schilderte in groben Zügen sein Anliegen. Einzelheiten wollte er am Telefon »aus naheliegenden Gründen« nicht sagen. Rieck verwies Rebmann an das Bundeskanzleramt.

Rebmann, im baden-württembergischen Justizministerium für den Komplex Stammheim zuständig und später Generalbundesanwalt, rief den zuständigen Gruppenleiter im Kanzleramt, Ministerialdirigent Franz Schlichter, an und beschwerte sich über die bürokratische Schwerfälligkeit des BND. Die Sache sei sehr dringend, und der BND könne die gewünschte technische Hilfe wohl am besten leisten.

Schlichter fragte, ob die geplante Abhörmaßnahme rechtlich geprüft sei. Rebmann bestätigte das. Zwei Häuser, das Innen- und das Justizministerium, seien der Auffassung, die Sache sei »rechtlich einwandfrei und liege im Übrigen in der völligen Verantwortung des Landes«.

Schlichter, der den Stuttgarter Ministerialdirektor als »sehr qualifizierten Juristen« kannte, gab sich damit zufrieden und erstattete seinem Chef, dem Staatssekretär Schüler, Bericht. Schüler stimmte der Einschaltung des Bundesnachrichtendienstes zu. Ein paar Tage später gab er dem BND-Präsidenten Wessel grünes Licht.

Kurz darauf reisten die Techniker des BND nach Stammheim und installierten Abhöranlagen in »zwei nicht belegten Zellen«.

Diesmal sollte offenbar auch im Gerichtsgebäude, der sogenannten Mehrzweckhalle, gelauscht werden. In den Prozesspausen mussten sich die

Gefangenen in Zellen neben dem Verhandlungssaal aufhalten, damit sie nicht immer wieder zurück in den Zellentrakt gebracht werden mussten.

Jetzt sollten diese Räume verwanzt werden. Dazu stellte das Landeskriminalamt den vier beteiligten Technikern des Bundesnachrichtendienstes am 22. Mai 1975 gefälschte Dienstausweise der Polizei aus; die LKA-Papiere trugen die fortlaufenden Nummern 207, 208, 209 und 210. Diese Ausweise fanden sich 30 Jahre später in den geheimen Akten des Innenministeriums Baden-Württemberg an. Sie wurden im Original an das Staatsarchiv Ludwigsburg ausgehändigt. Dort sind sie allerdings nur in einer Farbkopie einsehbar, auf der die Gesichter und die Klarnamen der BND-Leute geschwärzt sind. Die Identität der Geheimdiensttechniker unterlag nach wie vor der Geheimhaltung. Neben den falschen Polizeipapieren fand sich ein Sicherheitsschlüssel mit Schlüsselkarte Nr. 977436 1 RP 30 451 579 24/75. Darauf die Abkürzung MZG – Mehrzweckgebäude.

Ausgestattet mit den falschen Ausweisen und dem Sicherheitsschlüssel konnten die BND-Leute unkontrolliert die Pforte zur Haftanstalt passieren und in das Gerichtsgebäude gelangen. Der Auftrag ging aus einem Schreiben des LKA-Präsidenten Bux an das Innenministerium vom März 1977 hervor, das sich ebenfalls in seiner Handakte befand: »Abhörvorrichtungen existieren in zwei Zellen des Mehrzweckgebäudes.« Sie seien in der Nacht zum 1. Juni 1975 »auf ausdrückliches Ersuchen« von Ministerialdirektor Kurt Rebmann (Justizministerium) beim Bundeskanzleramt »durch Spezialisten des BND« angebracht worden. Im Bundeskanzleramt hätten Ministerialdirigent Franz Schlichter und Helmut Schmidts Staatssekretär Schüler zugestimmt, notierte Bux.

Verwanzt wurden zu nächtlicher Stunde jene beiden Zellen, die »für die Unterbringung der Gefangenen Baader und Meinhof in Verhandlungspausen vorgesehen« waren. Die Abhöranlagen, schrieb Bux in seinem Vermerk vom März 1977 weiter, seien »bisher niemals in Betrieb genommen worden«. Ihre Benutzung dürfe »nur erfolgen, wenn eine Geiselnahme erfolgt ist und konkrete Gefahr für das Leben von Menschen besteht«. Das war ein knappes halbes Jahr vor der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer.

Zwei Jahre lang konnte die Stammheimer »Lauschaktion« geheim gehalten werden. Dann mussten die beiden verantwortlichen Minister, Traugott

Bender, Justiz, und Karl Schiess, Inneres, zugeben, dass in Stammheim abgehört worden war. Sie erklärten damals, in »zwei Fällen rechtfertigenden Notstands« seien in der Vollzugsanstalt Gespräche zwischen Verteidigern und Mandanten mitgeschnitten worden:

»Die erste Maßnahme begann am Tag nach dem Anschlag auf die Deutsche Botschaft in Stockholm vom 24. April 1975. Die Abhörung von Gesprächen erfolgte an zehn Tagen, letztmals am 9. Mai 1975.

Das zweite Mal wurde nach der Festnahme des früheren Rechtsanwalts Haag und Roland Mayer vom 30. November 1976 abgehört. In dieser zweiten Phase wurden Abhörmaßnahmen an insgesamt zwölf Tagen vollzogen, nämlich im Zeitraum zwischen dem 6. Dezember und 21. Januar 1977.«

Die Gespräche, so Bender damals, seien auf Band aufgenommen und anschließend sofort wieder gelöscht worden. Lediglich von einem Gespräch zwischen dem Rechtsanwalt Klaus Croissant und Ulrike Meinhof am 29. April 1975 gebe es noch eine Tonbandabschrift. Bender legte sie dem Stammheimer Gericht vor. Es war ein kleiner Auszug des Gesprächs, aus dem Zusammenhang gerissen und damit vieldeutig:

Dr. Croissant: »Ich habe wieder ein Interview.« (Es folgen einige unverständliche Worte und Lachen.) »Das muss natürlich raus, dann geht's mir wieder besser, das seh ich noch. Verstehst?« (Es folgen einige unverständliche Worte.) »Wir haben den Pop Shop oder weiß der Teufel was mit Franz S. Und einen Typ …« (Der Rest des Satzes ist unverständlich.) »Und er hat gesagt, es muss aber auch ziehn. Es könnte ja auch ein Kind sein, das die Terroristen nehmen. Ein Kind, ja. Dann ist die Entscheidung genauso schwierig für die Regierung. Es kann ja auch ein Kind sein, vom Spielplatz. Das war mir dann zu viel, da hab ich mal geschrien …« (Der letzte Halbsatz ist undeutlich.)

Meinhof: »Aber, ich will grad sagen.«

Dr. Croissant: »Aber das ist wohl zu blöd mit Terror.«

Meinhof: »Das ist zu blöd. Das ist doch ganz einfach. Wenn also wirklich wer ein Kind, uns auszulösen, ich bitte dich, dann sollte man es tun.«

Dr. Croissant: »Ahhh.«

Das Originalband dieses ominösen Gesprächs zwischen Ulrike Meinhof und Klaus Croissant wurde niemals vorgelegt; angeblich war es gelöscht worden. Nur dieses »Transkript« gelangte zu den Akten. Es bleibt deshalb offen, ob Ulrike Meinhof und Croissant sich tatsächlich so geäußert hatten.

Damals wurde lediglich zugegeben, dass in zwei Phasen Anwaltsgespräche abgehört wurden. In wie vielen Zellen die Mikrofone installiert waren, wurde weiterhin geheim gehalten. Die Staatsanwaltschaft ermittelte auf Anzeige von BM-Verteidigern gegen die Minister Bender und Schiess.

Generalstaatsanwalt Schüler schrieb am 23. Mai 1977 an die beiden Minister und bat um Aufklärung: »War die Abhöranlage nur in einer oder in mehreren Zellen installiert? Mit welchen Angeklagten waren die abgehörten Zellen belegt? Sind nur Gespräche mit Verteidigern abgehört worden? Konnten durch die Anlage auch andere Gespräche abgehört werden?« Doch die Beteiligten mauerten.

Innenminister Karl Schiess antwortete dem Staatsanwalt am 8. Juni 1977: »Die Abhörmaßnahmen erfolgten in den Besucherzellen, in den Haftzellen waren keine Abhöreinrichtungen vorhanden. Es sind nur Gespräche mit Verteidigern abgehört worden.«

Der Stuttgarter Ministerialdirektor im Justizministerium Dr. Kurt Rebmann, der selbst maßgeblich an der Einleitung der Abhörmaßnahmen beteiligt war, weigerte sich, dem Generalstaatsanwalt gegenüber Angaben zu machen. Er schrieb am 29. Juni 1977: »Im Hinblick darauf, dass die einschlägigen Vorgänge der Staatsanwaltschaft bekannt sind, habe ich nicht die Absicht, zu dem gegen mich erhobenen Vorwurf wegen der Abhörmaßnahmen in der Vollzugsanstalt Stuttgart Stellung zu nehmen.«

Der Generalstaatsanwalt gab sich mit dieser Antwort zufrieden. Vierzehn Tage später, am 13. Juli 1977, trat Rebmann sein neues Amt als Generalbundesanwalt in Karlsruhe an.

Auch nach Bekanntwerden der Lauschoperation gegen die Stammheimer Gefangenen und ihre Anwälte wurde die Existenz der zusätzlichen Abhöranlagen im Prozessgebäude trotz gezielter Nachfragen nicht eingeräumt. Erst 30 Jahre später fanden sich die Beweise in der Handakte des LKA-Präsidenten. Er hatte es versäumt, sie zu vernichten.

Zwei Wochen nach dem Anschlag auf die Stockholmer Botschaft wurde Rechtsanwalt Siegfried Haag festgenommen. Er sollte in der Schweiz Waffen für die Botschaftsbesetzer besorgt haben. Als sich jedoch bei der Durchsuchung seiner Anwaltskanzlei keine Beweise fanden, wurde er am 10. Mai 1975 wieder freigelassen. Haag tauchte unter. In einer Presseerklärung teilte er mit: »In einem Staat, der politische Gefangene durch systematische Langzeitisolation foltert und der Gehirnwäsche in toten

Gefängnistrakten unterzieht, in einem Staat, dessen Funktionsträger Holger Meins und Siegfried Hausner hingerichtet haben«, könne er seinen Beruf als Rechtsanwalt nicht mehr länger ausüben. Am Ende verkündete er: »Es ist an der Zeit, im Kampf gegen den Imperialismus wichtigere Aufgaben in Angriff zu nehmen.«

Der Untergrundkampf sollte weitergehen, während die Gründergeneration der RAF in Stammheim vor Gericht stand. Knapp zwei Wochen nachdem Haag abgetaucht war, begann der Prozess in Stammheim.

4. Kapitel

Der Prozess: Die Baader-Meinhof-Gruppe vor Gericht

1.
Die Mehrzweckhalle
(1. Tag, 21. Mai 1975)

Ein Denkmal aus Stahl und Beton hatte man ihnen schon zu Lebzeiten errichtet. Für den Prozess gegen den »harten Kern« der Baader-Meinhof-Gruppe ließen die baden-württembergischen Justizbehörden auf einem Kartoffelacker neben der modernsten Strafanstalt Europas ein neues Prozessgebäude bauen. Die »Mehrzweckhalle«, in wenigen Monaten aus Fertigteilen montiert, kostete zwölf Millionen Mark. Das fensterlose Gebäude sollte später als Werkhalle für die Häftlinge der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim genutzt werden.

Im Sitzungssaal, 610 Quadratmeter groß und hoch wie eine Turnhalle, konnten 200 Zuhörer untergebracht werden. Weder die Heizungs- und Belüftungsrohre unter der Decke noch die Stahlkonstruktion des Daches wurden verkleidet. Die Wände bestanden aus nacktem Beton. Gelbe Plastiksitze für das Publikum, weiße Tische für Richter, Staatsanwälte, Verteidiger und Angeklagte. Modern und funktionell. Der Saal hätte auch die Aula einer modernen Gesamtschule sein können, eine notdürftig möblierte Sporthalle oder ein Dorfgemeinschaftshaus.

An der Stirnseite hing ein überdimensionales Wappen des Bundeslandes Baden-Württemberg.

Für alle Beteiligten war es der Prozess ihres Lebens. Die Justizbehörden wollten ein normales Strafverfahren führen, die Angeklagten und ihre Anwälte einen politischen Prozess. Ensslin-Verteidiger Otto Schily, viele Jahre später Bundesinnenminister, sagte 1975: »Ein politischer Prozess würde bedeuten, dass in dem Prozess dargestellt werden kann, was die politischen Auffassungen, die politischen Ziele der Rote Armee Fraktion sind.«

Der Vorsitzende Richter Dr. Theodor Prinzing erklärte 32 Jahre später: »Baader konnte kühl kalkulieren, und Baader war wirklich für mich ein hochintelligenter Desperado, der kraft seiner verkrachten Laufbahn bis dahin in dieser neuen Laufbahn als Revolutionär eine Selbstbestätigung fand.«

Bei allen lautstarken Differenzen zwischen Angeklagten und Verteidigung auf der einen, Gericht und Bundesanwaltschaft auf der anderen Seite hatte man sich von Anfang an auf eines geeinigt: Der Prozess sollte vollständig auf Tonband aufgenommen und abgeschrieben werden. Einige der Bänder sind erhalten geblieben und erst 2007 wiederentdeckt worden, als wir für die zweiteilige ARD-Dokumentation recherchierten. Sie lagen in einem Pappkarton in einer Abstellkammer des Oberlandesgerichts Stuttgart. Als sie im Rahmen unserer Recherchen gefunden worden waren, sollten sie umgehend vernichtet werden. Erst unter erheblichen Mühen und mit Hilfe der Bundesanwaltschaft gelang es uns durchzusetzen, dass die Bänder an das Staatsarchiv Ludwigsburg herausgegeben wurden. Dort konnten wir sie dann unter bestimmten Auflagen offiziell anfordern. Es waren insgesamt 21 Tonbandspulen mit insgesamt 708 Minuten, also knapp 12 Stunden Mitschnitte aus dem Prozess, und derjenige, der sie damals vor der Vernichtung bewahrt hatte, schien gewusst zu haben, was er tat. Die wichtigsten Passagen des Prozesses mit Ausführungen von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan Carl-Raspe blieben erhalten.

Am 21. Mai 1975 begann in der Stammheimer Mehrzweckhalle der Prozess gegen die Genannten. Es war ein sonniger Tag, rund um die Prozessfestung drängten sich die Menschen wie bei einem Volksfest. Reiter der Polizei patrouillierten um das mit Stacheldraht abgesicherte Gebäude. Der Luftraum über dem Gefängnis und der Mehrzweckhalle war gesperrt. Innenhof und Dach des Prozessgebäudes waren mit einem Netz aus Stahl überspannt, sodass auch Sprengkörper aus der Luft keinen Schaden anrichten konnten.

Die überbordenden Sicherheitsvorkehrungen hatten ihren Grund sicher auch darin, dass niemand im Behördenapparat persönliche Verantwortung für denkbare Risiken übernehmen wollte. Etwas zu viel Sicherheit schien allemal besser als etwas zu wenig.

Anwälte, Zuschauer und Journalisten wurden vor Betreten des Sitzungssaals einer Leibesvisitation unterzogen. Hosentaschen mussten geleert werden, ihr Inhalt wurde in Klarsichthüllen verpackt und eingeschlossen. Selbst angebrochene Zigarettenpackungen mussten abgegeben werden, dafür gab es im Vorraum des Verhandlungssaals einen Zigarettenautomaten, aus dem sich die Besucher neu bedienen konnten. Kugelschreiber wurden konfisziert; Journalisten erhielten als Ersatz behördeneigene Bleistifte. Für alles war gesorgt worden, nicht nur in

baulicher und organisatorischer Hinsicht.

Die im Vorfeld des Stammheimer Verfahrens vom Bundestag geänderte Strafprozessordnung hatte zur Folge, dass Baaders Anwälte Croissant, Groenewold und Ströbele kurz vor Beginn der Hauptverhandlung ausgeschlossen worden waren. Als der Prozess begann, hatte Andreas Baader keinen Verteidiger.

Prinzing erklärte vor vollbesetztem Saal: »Die Sitzung ist eröffnet … Schön«, sagte er dann, »damit komme ich zum Aufruf der Strafsache gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe.«

Er zählte die Namen der anwesenden Verteidiger auf: die Rechtsanwälte von Plottnitz, Riedel, Marielouise Becker und Schily. Sie waren die Vertrauensverteidiger der Angeklagten. Zusätzlich hatte das Gericht eine Reihe von Pflichtverteidigern aufgeboten, um für den Fall des freiwilligen oder unfreiwilligen Ausscheidens eines der Wahlverteidiger den ordnungsgemäßen Fortgang des Prozesses zu gewährleisten.

Die Angeklagte Ulrike Meinhof meldete sich zu Wort. Es ging um die vom Gericht bestellten Pflichtverteidiger, die sogenannten Zwangsverteidiger: »Keiner von denen hat im Geringsten das Recht …«

Der Vorsitzende unterbrach sie: »Halt. Es läuft nicht über Band. Frau Meinhof, entschuldigen Sie bitte, es läuft nicht auf Band. Wir müssen's ja aufs Protokoll bekommen. Es ist nicht meine Schuld.«

»Lassen Sie mich mal ausreden!«

Baader griff ein: »Ja, was sollen denn diese Mätzchen hier!«

»Ja, Herr Baader«, rief Prinzing dazwischen, »ich glaube, Frau Meinhof ist Manns genug, ihre Erklärungen selbst abzugeben.«

»Lass uns reden!«, rief Ulrike Meinhof.

Baader wandte sich an den Vorsitzenden: »Das ist doch nicht Ihr Problem.«

Dr. Prinzing reagierte ungehalten: »Ist das eine Kollektivverteidigung, wenn Sie hier nun kollektiv durcheinanderreden?«

»Aber nun hören Sie doch mit Ihren dummen Witzen auf«, sagte Baader.

Prinzing entzog Baader das Wort.

»Hör doch mal auf mit dem Unterbrechen!«, rief Ulrike Meinhof dazwischen. »Lass uns doch mal ausreden!«

»Sie haben doch zwei Methoden«, sagte Baader, »Sie unterbrechen uns auf der einen Seite, oder Sie manipulieren uns mit Ihrer Aufnahmeanlage.«

»Gewiss«, bestätigte der Vorsitzende in ironischem Ton, »mit der Technik

machen wir's unmöglich, dass Sie Erklärungen abgeben können.«

Dann konnte Ulrike Meinhof zur Sache kommen: »Sie sind uns aufgezwungen worden, Staatsschutzverteidiger, die sich in einem Abhängigkeitsverhältnis von der Bundesanwaltschaft befinden, bei denen bei jeder Äußerung davon auszugehen ist, dass sie gegen uns gerichtet ist … Außerdem ist zu protokollieren, dass die Manipulation an diesen Mikrofonen darauf schließen lässt, dass sie deswegen vorgenommen worden ist, um das, was wir hier sprechen, abzuhören.«

»Ja, was soll denn in einer öffentlichen Verhandlung für ein Interesse bestehen, abzuhören?«, fragte der Vorsitzende.

»Es ist festzustellen«, sagte Baader, »dass die Mikrofone so geschaltet sind, dass sie auch die Kommunikation zwischen den Verteidigern und den Gefangenen aufnehmen, ja sozusagen die nichtöffentliche.«

Das hielt Prinzing für einen Irrtum.

Baader erklärte dem Gerichtsvorsitzenden, dass schließlich die Schalter an den Mikrofonen auf der Anklagebank zugeklebt worden seien. »Die Einrichtung ist wirklich perfekt«, sagte Baader. Im Übrigen habe jemand »Kopf ab« neben sein Mikrofon geschrieben.

»Was war mit dem Kopf?«, fragte der Vorsitzende.

»Ich habe gerade entdeckt, dass jemand neben das Mikrofon geschrieben hat: ›Kopf ab‹. Was fällt Ihnen dazu ein?«

»Das ist mir zu dunkel, dieser Sinn. Ich weiß nicht, was Sie damit wollen.«

2.
Baader ohne Verteidiger
(2. Tag, 5. Juni 1975)

Zügig wollte Dr. Prinzing mit der Vernehmung zur Person beginnen. Aber Andreas Baader meldete sich zu Wort: »Das kann Ihnen ja nicht entgangen sein, dass ich keinen Verteidiger habe, bisher. Wir hatten nicht vor, auf die juristische Verpackung dieser Veranstaltung hier überhaupt einzugehen. Es ist auch unmöglich, sich in einem Verfahren auf Verteidigung einzulassen, für das permanent und kontinuierlich Gesetze geändert werden und wo der legislative Ablauf nicht nachkommt, gebeugt beziehungsweise von der Bundesanwaltschaft lächerlich gemacht wird.«

Das Verfahren sei ein Lehrstück, in dem die Richtigkeit der RAF-Analyse bewiesen werde. Jetzt sitze er auch noch ohne Verteidiger da. »Es ist sehr schwierig geworden, einen Verteidiger zu finden«, fügte Baader hinzu. »Es war in der Woche, die Sie mir Zeit gegeben haben, nicht möglich.« Gespräche mit Anwälten, die für eine Verteidigung in Frage gekommen wären, hätten nur unter Überwachung geführt werden dürfen. »Es war also auch objektiv nicht möglich, rauszufinden, ob es einen Verteidiger gibt, der die Verfolgung auf sich nimmt, die die Bundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt mit meinem Mandat offenbar verbindet.« Baader beantragte, die Verhandlung zu unterbrechen, bis er einen Verteidiger gefunden habe und ihm nicht überwachte Gespräche mit Rechtsanwälten genehmigt würden. Dieses sei eine Bedingung. Drei Jahre lang habe die Anklagebehörde jedes Wort zur Verteidigung kontrolliert, mit Durchsuchungen der Zellen und der Anwaltskanzleien, durch Beschlagnahme der Post. Und wörtlich fügte Baader hinzu: »Durch Abhörgeräte in den Besuchszellen für Verteidigerbesuche, von denen wir seit Sommer ’73 wissen.«

Die Bemerkung Baaders, Gespräche der Angeklagten mit ihren Anwälten seien abgehört worden, führte in der Öffentlichkeit lediglich zu Kopfschütteln. Die Presse konnte sich nicht vorstellen, dass Behörden der

Bundesrepublik Deutschland mit Hilfe von »Wanzen« und Tonbandgeräten in das streng geschützte Vertrauensverhältnis zwischen Verteidigern und Angeklagten eingreifen würden. Andreas Baaders Bemerkung wurde allgemein als Ausdruck des paranoiden Wahns der Baader-Meinhof-Gruppe betrachtet. Tatsächlich hatte Baader nicht so unrecht.

Das aber kam erst zwei Jahre später heraus.

3.
Die »Zwangsverteidiger«
(3. Tag, 10. Juni 1975)

Auch am dritten Verhandlungstag hatte Andreas Baader keinen Verteidiger seiner Wahl. Die vom Gericht verordneten Pflichtverteidiger saßen stumm auf ihren Plätzen. Die Angeklagten weigerten sich strikt, mit den »Zwangsverteidigern« zu sprechen. Die Prozessatmosphäre wurde von Stunde zu Stunde gespannter. Zu allem Überfluss hatte der Vorsitzende Richter dem Angeklagten Baader nicht mehr als eine Dreiviertelstunde Zeit für das Gespräch mit dem Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Heldmann zugebilligt, der trotz allem bereit war, die Verteidigung Baaders zu übernehmen.

Die Bundesanwaltschaft meinte, dass Baader mit den zwei Pflichtverteidigern, die ihm »einmal aus Fürsorgegründen und zum anderen auch zur Sicherung des Verfahrens beigefügt wurden«, gut verteidigt sei. »Wenn er sich dieser Herren nicht bedienen will, ist es seine Sache.«

»Na ja, dazu habe ich nochmals festzustellen und immer wieder festzustellen, dass diese Verteidiger dort drüben mich nicht verteidigen können. Mich nicht vertreten, mit mir nie gesprochen haben und mich auch nie sprechen werden«, sagte Andreas Baader.

Endlich wollte der Vorsitzende mit der Vernehmung zur Person beginnen. Er kam nicht dazu. Rechtsanwältin Becker verlas stattdessen einen Antrag, die »Zwangsverteidiger« zu entpflichten. Sie hätten allein die Funktion, als Verteidiger des Vertrauens der Bundesanwaltschaft und des Gerichtes den reibungslosen Ablauf des Verfahrens als »Marionetten in dem bis ins Detail vorprogrammierten Schauprozess imperialistischer Staatsmacht zu sichern«.

Der Vorsitzende forderte einen der abgelehnten Pflichtverteidiger, den Rechtsanwalt Linke, zu einer Stellungnahme auf. Linke sagte: »Die geliebten Verteidiger, ja, das ist Linke, die …«

Baader rief dazwischen: »Halt die Schnauze, Linke.«

Prinzing griff ein: »Herr Baader, noch ein paar solcher Bemerkungen, und das würde zu Maßnahmen zwingen, die wir gar nicht wünschen. Wir wollen

ja, dass Sie hier bei der Verhandlung dabei sind.« Die Angeklagten und ihre Verteidiger schrien dazwischen. Der »Zwangsverteidiger« Künzel meldete sich: »Die Art und Weise des Vortrags und die Behauptungen, die hier aufgestellt werden, zwingen mich, nun doch noch aus standesrechtlichen Gründen einige Bemerkungen zu machen.«

Gudrun Ensslin unterbrach ihn: »Du sprichst nicht für mich!«

»Ich spreche nicht zur Frau Ensslin, in gar keiner Weise, weil ich sie …«

Baader brüllte: »Sie haben einfach die Fresse zu halten!«

»Herr Baader, ich glaube nicht, dass Sie im Augenblick das Wort haben«, bemerkte der Vorsitzende.

»Herr Baader, mit Ihnen unterhalte ich mich im Augenblick doch gar nicht«, sagte Künzel.

Vergeblich mühte sich der Vorsitzende ab, Ruhe herzustellen. Gudrun Ensslin, der das Mikrofon abgeschaltet worden war, versuchte sich bemerkbar zu machen.

»Frau Ensslin, Augenblick, Frau Ensslin …«, rief Prinzing.

»Quatschen Sie nichts weg«, schrie Gudrun Ensslin.

»Ich will nichts wegquatschen. Aber Tatsache ist, dass Sie niemand anders reden lassen wollen. Möglicherweise jemand, der nur andere Ansichten vertritt. Dann hören Sie doch einmal in Ruhe zu. Dann können Sie sich dazu äußern.«

Die Zuhörer im Saal begannen jetzt ebenfalls zu schreien. Prinzing wies Baader zurecht: »Ich bin befugt, Ihnen zu sagen, dass das Gericht bei solch einem Verhalten gezwungen sein könnte, die Verhandlung zunächst mal ohne Sie fortzusetzen. Das wäre uns sehr unlieb.«

Baader redete weiter. Seine Worte waren nicht zu verstehen, weil ihm das Mikrofon abgeschaltet worden war.

»Herr Baader, Sie haben im Augenblick jetzt nicht das Wort, und spielen Sie sich nicht so auf. Es hat gar keinen Wert.«

Die Angeklagten riefen dazwischen und erhoben sich von ihren Plätzen. »Augenblick, nein, nein, es gibt keinen Auszug hier. Es gibt keinen Auszug hier«, stammelte der Vorsitzende. In dem allgemeinen Chaos versuchte Prinzing, Rechtsanwalt Schily das Wort zu erteilen. Otto Schily schlug vor, die Verhandlung für eine halbe Stunde Pause zu unterbrechen.

Der Vorsitzende sah dazu keinen Anlass: »Wir wollen jetzt sehen, wie sich die Angeklagten weiterhin aufführen. Ich stelle also zu Protokoll fest, dass die Angeklagten versuchen, durch Rufen zu verhindern, dass sich Herr

Rechtsanwalt Künzel hier äußern kann.«
»Was wollen Sie eigentlich noch«, schrie Gudrun Ensslin.
»Frau Ensslin!« Mühsam versuchte der Richter, seine Fassung zu bewahren. »Wenn Sie jetzt weiter stören, wie gesagt, dann werden wir uns zurückziehen und uns überlegen, welche Maßnahmen wir gegen Sie zu treffen haben.«
Ulrike Meinhof, ebenfalls ohne Mikrofon, rief Unverständliches dazwischen.
»Darf ich zunächst mal bitten«, sagte der Vorsitzende, »dass sich die Angeklagten, bevor jetzt die Verhandlung weitergeht, setzen, oder wollen Sie sich auch in dieser Beziehung weigern?«
Rechtsanwalt von Plottnitz warf ein: »Man kennt auch keine Regelung, dass Angeklagte gezwungen werden könnten, während der Hauptverhandlung zu sitzen.«
»Nein«, meinte Prinzing, »es ist ganz selbstverständlich, dass hier im Rahmen der Sicherheitsvorkehrungen, die getroffen sind, das Sitzen der Angeklagten wichtig ist. Die Angeklagten haben sich jetzt zu setzen.«
»Stehen ist ein Sicherheitsrisiko?«, fragte Otto Schily.
»Herr Rechtsanwalt Schily, man braucht wohl nicht zu überlegen, was daraus werden kann. So vernünftig müssten Sie auch sein. Ich bitte die Angeklagten, jetzt wieder Platz zu nehmen.«
Baader weigerte sich: »Wir nehmen natürlich jetzt nicht Platz. Wir haben doch gesagt, Sie haben die Wahl, entweder wir bleiben hier, oder wir müssen mit Gewalt erzwingen, dass Sie uns hier rausschaffen lassen, oder diese Zwangsverteidiger da drüben halten die Schnauze.«
Der Vorsitzende lenkte ein: »Gut. Dann dürfen Sie sich das zunächst mal im Stehen anhören.«
Rechtsanwalt Künzel meinte, er habe Verständnis dafür, dass die Angeklagten nach ihren Erfahrungen die »Zwangsverteidiger« abqualifizierten. Er finde es nur bedauerlich, dass dies nun auch die Wahlverteidiger täten.
Baader unterbrach ihn: »Ja, verdammt noch mal, bringt uns jetzt raus hier.«
Das Gericht zog sich zur Beratung zurück.

Fünf Minuten später waren die Richter wieder auf ihren Plätzen.
Dr. Prinzing wandte sich an Baader: »Bei Fortsetzung eines solchen

Verhaltens wäre das Gericht gezwungen, Ihre Ausschließung für diesen Teil der Hauptverhandlung zu beschließen. Sie können sich dazu äußern. Sie können aber auch dazu schweigen und sich ab jetzt geordnet benehmen.«

»Ich stelle das jetzt noch einmal klar«, sagte Andreas Baader. »Solange diese Zwangsverteidiger da drüben hier sprechen, uns aufgezwungen und gegen unseren Willen, so lange werden wir stören. Und für diesen Teil, das heißt, solange sie sprechen, würde ich Ihnen dann auch vorschlagen, damit nicht diese Szenen hier, diese albernen, zustande kommen, also diese Rangeleien hier, uns für den Teil der Hauptverhandlung jeweils auszuschließen.«

Der Vorsitzende versuchte, sich bemerkbar zu machen, aber Gudrun Ensslin übertönte ihn: »Und damit Sie dieses Wir auch verstehen, wenn diese Schweine dort drüben nochmals die Schnauze aufmachen …«

»Wen haben Sie jetzt gemeint mit der Schnauze?«, fragte Theodor Prinzing.

»Es geht genau um diese Frage. Entweder sie oder wir«, sagte Gudrun Ensslin.

»Wir nehmen also zur Kenntnis«, erklärte der Vorsitzende, »Sie wollen für den Fall, dass der Zwangsverteidiger, wie Sie ihn bezeichnen, nochmals sich zu Wort meldet, weiterhin stören.«

Baader, Meinhof, Ensslin und Raspe wurden von Justizbeamten abgeführt.

Regierungsdirektor Widera, Vertreter der Bundesanwaltschaft, trat dem Antrag auf Entpflichtung der »Zwangsverteidiger« entgegen: »Die Angeklagten reden davon, die Pflichtverteidiger hätten nicht das Vertrauen der Angeklagten. Andererseits bezeichnen die Angeklagten die Pflichtverteidiger als Schweine, die ihre Fresse oder ihre Schnauze zu halten hätten. Das ist genau der Ton, den sie ihren dort sitzenden Anwälten gegenüber außerhalb der Hauptverhandlung, nachweisbar, wiederholt angeschlagen haben. Sie haben sie – jedenfalls schriftlich – immer wieder als Schweine, Säue, Arschlöcher, Lappen und abgefuckte Jungs bezeichnet. Das können sich die Anwälte des Vertrauens, nicht aber die Pflichtverteidiger bieten lassen.«

Rupert von Plottnitz meldete sich zu Wort: »Ob ein Mandant uns als Arschloch, Lappen oder dergleichen bezeichnet oder wir einen Mandanten mit ähnlichen Ausdrücken belegen, sei es innerhalb oder außerhalb der

Verhandlung, das geht nur uns und unsere Mandanten was an. Das geht keinen Bundesanwalt was an, und das geht auch kein Gericht was an, um das hier erst mal klipp und klar festzustellen.«

Rechtsanwalt Schily ergriff das Wort. Die Auseinandersetzungen in diesem Verfahren, so lächerlich sie auch wirkten, zeigten, dass es sich letztlich um einen politischen Prozess handele. Das würde allein die Bundesanwaltschaft in dem Verfahren jeden Tag unter Beweis stellen: »Mit jeder Maßnahme, die Sie treffen, und mit jedem Gesetz, das Sie eigens für diesen Prozess schaffen. Und wenn Sie da immer weiter die Linie zurückdrängen, sind wir ja noch nicht an den Grenzen des Rechtsstaates angelangt. Ich weiß ja gar nicht mehr, in welchem Niemandsland wir da eigentlich landen sollen.«

»Sie sind am Ende, wie mir scheint«, sagte der Vorsitzende. Die Zuschauer im Saal lachten.

Am Nachmittag verlas Theodor Prinzing die Ablehnungsbegründung für den Antrag auf Entpflichtung der vom Gericht bestellten Anwälte: »Es sind Verteidiger, deren Qualifikation außer Zweifel steht. Und wir meinen, dass es hoch anzuerkennen ist, dass sich diese Rechtsanwälte als Organe der Rechtspflege trotz der zu erwartenden und nun auch eingetretenen Angriffe ihrer Berufspflicht entsprechend bereitgefunden haben, Pflichtverteidiger in diesem Verfahren zu sein.«

Andreas Baader meldete sich: »Ich habe nun gerade festgestellt, dass einer dieser qualifizierten Verteidiger eingeschlafen war, wie schon häufiger in dem Verfahren.«

»Herr Baader, sind Sie sich dessen sicher, was Sie gerade sagen?«, fragte der Vorsitzende.

»Ja, man kann das beobachten. Er sitzt in der zweiten Reihe, es ist der Zweite von links.«

Das Publikum im Saal brach in schallendes Gelächter aus und wurde augenblicklich von Prinzing gerügt: »Wir haben nichts dagegen, dass Sie innerlich am Verfahren Anteil nehmen, aber Sie haben nur das Recht zuzuhören. Wir wollen weder Beifalls- noch Missfallensausbrüche hier haben vonseiten des Publikums. Bitte richten Sie sich danach.«

Am Nachmittag dieses Verhandlungstages erhielt der Angeklagte Andreas Baader noch einmal das Wort.

»Wir akzeptieren selbstverständlich die Gesetze des bürgerlichen Staates und des Kapitals nicht, aber wenn Sie damit Fußball spielen, wer soll sie denn überhaupt noch ernst nehmen? Wir beharren auf der juristischen Widerspruchsebene, weil es wichtig ist, genau an ihr die Zersetzung des gesamten ideologischen Begründungszusammenhanges des bürgerlichen Rechtsstaats zu vermitteln.

Hier liegt auch der Grund, warum wir um Wahlverteidiger kämpfen, obwohl sie praktisch gegenüber diesem Senat keine Interventionsmöglichkeit haben und selbstverständlich an der Verurteilung nichts ändern werden.«

4.
»Die Akten sind alle«
(4. Tag, 11. Juni 1975)

Am vierten Verhandlungstag hatte Andreas Baader einen Verteidiger seines Vertrauens. Rechtsanwalt Dr. Hans Heinz Heldmann aus Darmstadt hatte das Mandat übernommen. Gleich zu Beginn stellte Heldmann den Antrag, den Prozess für zehn Tage zu unterbrechen, damit er vorbereitende Gespräche mit seinem Mandanten führen und sich in die umfangreiche Prozessmaterie einarbeiten könne.

Als Nächstes bemängelte der Rechtsanwalt, dass er bisher weder eine Anklageschrift noch die übrigen Prozessakten erhalten habe. Daraufhin schlug ihm der Richter vor, sich diese doch von seinen ausgeschlossenen Kollegen zu besorgen. Bundesanwalt Dr. Wunder stellte bedauernd fest: »Hier sind auch keine Exemplare mehr vorhanden, und da gibt es leider keinen anderen Weg, als Herrn Rechtsanwalt Heldmann jetzt schon an die übrigen Kollegen zu verweisen. Ich glaube sicher, die werden ihm hier unter die Arme greifen.«

»Herr Vorsitzender, ist dem Senat beziehungsweise der Bundesanwaltschaft eigentlich bewusst, was sich hier im Moment abspielt?«, fragte Rechtsanwalt von Plottnitz. »In einem Verfahren, in dem Aber- und Abermillionen für angebliche Sicherheitsbelange investiert werden, scheinen Bundesanwaltschaft und auch der Senat aus Kostengründen davor zurückzuscheuen, die minimalsten Verteidigungsunterlagen dem Kollegen Heldmann zur Verfügung zu stellen.«

Der Vorsitzende fand, dass von Plottnitz wegen seiner »überzogenen Formulierungen nicht mehr ernst zu nehmen« sei.

Um 15.30 Uhr erklärte Otto Schily, dass die Angeklagten nicht mehr verhandlungsfähig seien. Bundesanwalt Wunder meinte, Schilys Antrag diene offensichtlich der Prozessverschleppung.

»Sehen Sie sich die Angeklagten doch bitte mal etwas näher an, in welchem erbarmungswürdigen körperlichen Zustand sie sich befinden nach drei Jahren Isolierungshaft«, sagte Rechtsanwalt Heldmann. »Fragen Sie sich

doch bitte einmal selbst, wer von Ihnen auf der Richterbank dafür kompetent ist, hier Verhandlungsfähigkeit kurzerhand zu deklarieren.«

Das Gericht lehnte die Unterbrechung der Verhandlung ab.

Um 16.05 Uhr konstatierte Otto Schily: »Hier soll mit verhandlungsunfähigen Angeklagten weiter verhandelt werden. Und ich sage Ihnen: Für mich ist die Verhandlung jetzt zu Ende.« Der Rechtsanwalt stand auf und verließ den Saal.

Heldmann erklärte, sein Mandant habe sich bereits in der Mittagspause als verhandlungsunfähig erwiesen. Er werde ebenfalls den Saal verlassen.

Als auch die übrigen Wahlverteidiger sich von ihren Sitzen erhoben, sagte der Vorsitzende: »Es ist hochinteressant, dass, wenn das Gericht Ihrer Argumentation nicht stattgibt, Sie gleichwohl glauben, Sie könnten damit die Verhandlung sabotieren und den Saal verlassen. Das ist ein außerordentlich interessantes Beispiel für das, was uns die Notwendigkeit vorgeschrieben hat, hier Vorkehrungen zu treffen, dass das ganze Verfahren nicht dasselbe Schicksal erleidet.« Das Gericht würde die Sitzung nun tatsächlich für heute unterbrechen, nicht weil es wirklich glaube, dass die Angeklagten verhandlungsunfähig seien, sondern weil die Verteidiger den Saal verließen.

5.
Die »Verhandlungsfähigkeit«
(5. Tag, 15. Juni 1975)

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einer Rüge für die Wahlverteidiger. Wenn sie sich noch einmal vor Abschluss der Verhandlung aus dem Saal entfernten, liefen sie Gefahr, entpflichtet zu werden.

Die Wahlverteidiger waren auch als »Pflichtverteidiger« beigeordnet und wurden somit aus der Justizkasse bezahlt.

Prinzing kam auf die Frage der Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten zu sprechen. Gleich nach Ende des vergangenen Prozesstages habe er sich bemüht, den behandelnden Arzt der Vollzugsanstalt vorladen zu lassen. Leider befinde sich der Herr Oberregierungsmedizinaldirektor Dr. Henck im Urlaub. Man habe es aber geschafft, ihn mit einem Hubschrauber einfliegen zu lassen.

Helmut Henck berichtete, dass er sich während des Hungerstreiks um die Gefangenen gekümmert habe, allerdings ohne die Möglichkeit, irgendwelche Untersuchungen durchzuführen. Nur Frau Ensslin und Herrn Raspe, bei denen er während des Hungerstreiks eine vitale Gefährdung vermutet habe, sei im November vergangenen Jahres unter Anwendung von Gewalt Blut entnommen worden. Bei Raspe habe sich eine besorgniserregende Erhöhung der Kaliumwerte im Blut ergeben.

Man habe in der Anstalt aber durch Einsatz der kostspieligsten Nährsubstanzen alles getan, um den Gesundheitszustand der Gefangenen zu bessern.

Als sich bei ihnen Sehstörungen einstellten, hätten alle getönte Brillen bekommen.

Nach Abschluss des Hungerstreiks seien die Gefangenen zusätzlich zur Anstaltskost mit Sonderrationen verpflegt worden: »Mit Butterzulagen, Fleisch, Käse, Ei, Joghurt, Quark. Je nachdem, was im Einzelnen verlangt wurde. Und Weißbrot, das wurde dann wieder abbestellt, dann Knäckebrot.«

Henck erklärte weiter, er habe während seiner Anwesenheit im Verhandlungssaal die Angeklagten beobachten können. »Sie waren sehr

intensiv mit sich beschäftigt und haben sich unterhalten. Es fand sich in der Mimik, in der Gestik, in der Unterhaltsamkeit, in der Kommunikation der vier untereinander, zum Teil auch mit den Herren Verteidigern, kein Hinweis, der eine Verhandlungsunfähigkeit rechtfertigen könnte.«

Rechtsanwalt Schily fragte den Arzt: »War Ihnen eigentlich bekannt, was das Ziel des Hungerstreiks war?«

»Das Ziel?«, fragte Henck.

»Ja«, sagte Schily.

»Das Ziel des Hungerstreiks, soweit ich informiert wurde, war, Hafterleichterung zu erhalten.«

»Können Sie das vielleicht noch etwas konkretisieren?«

»Größeren Zusammenschluss«, sagte Henck, »mehr Hofgang, eine verbesserte Kommunikation.«

Heldmann erkundigte sich: »Die Aufhebung der Isolation wäre zu jenem Zeitpunkt das Mittel der Wahl gewesen. Hatte ich Sie da richtig verstanden?«

»Das ist das Ziel des Essstreiks wohl gewesen, des Durststreiks«, antwortete der Arzt.

»Und der wäre sicherlich, wenn also andere Haftbedingungen, erleichterte Haftbedingungen geschaffen worden wären, vielleicht auch schon früher abgebrochen worden?«

Das ging dem Vorsitzenden nun aber zu weit: »Ich bin überzeugt, Herr Rechtsanwalt, wenn die Frage so gestellt worden wäre, ob nicht auch die Haftentlassung aus medizinischer Sicht das geeignetere Mittel gewesen wäre, um die Lebensgefahr durch den Hungerstreik zu vermindern …«

Schily unterbrach: »Sie machen sich da was zu eigen, was wirklich in einer lügenhaften Form in vielen Medien propagiert worden ist, dass nämlich mit dem Hungerstreik die Haftentlassung erreicht werden soll. Wir haben, ich weiß nicht, in wie vielen Pressekonferenzen, immer wieder erklärt, der Hungerstreik ist von einem Tag auf den anderen zu Ende, wenn die Isolation aufgehoben wird. Und es ist nie, aber auch nie erklärt worden, dass der Hungerstreik dazu dient, die Haftentlassung zu erreichen.«

»Verzeihen Sie«, sagte Prinzing, »Sie engagieren sich jetzt.«

»Ja, ich engagiere mich jetzt.«

»Aber umsonst«, bemerkte der Vorsitzende.

»Weil es mir um die Wahrheit zu tun ist«, sagte Otto Schily.

»Ja, mir auch.«

Nach einigem Hin und Her ergriff Baader selbst das Wort und befragte den

Sachverständigen: »Also schön, Herr Henck, Sie haben gesagt, es sei richtig, dass mildere Haftbedingungen zu besserem Befinden führen.«

»Ja«, bestätigte der Anstaltsarzt.

»Würden Sie auch sagen, dass man diesen Satz umdrehen kann?«

»Die Frage habe ich nicht verstanden«, erwiderte Dr. Henck.

Baader fragte noch einmal: »Ist es möglich, dass man den Satz, den Sie gesagt haben, dass mildere Haftbedingungen zu besserem Befinden führen, auch umkehren kann. Insofern, dass besonders verschärfte Haftbedingungen zu einer Zerstörung der Gesundheit der Gefangenen führen?«

Endlich hatte Baader den Gefängnisarzt dort, wo er ihn haben wollte. »Das versteht sich von selbst«, bestätigte Henck.

Baader bohrte weiter: »Und dann wollte ich Sie fragen, ob Sie in Ihrer Praxis, in Ihrer Erfahrung als Gefängnisarzt in zwanzig Jahren, eine ähnliche Unterbringung von Gefangenen irgendwo beobachtet oder erlebt haben wie dieser Gefangenen in Stuttgart im siebten Stock.«

»Ist mir nicht bekannt. Nein«, sagte Henck.

Trotzdem stellte der Gefängnisarzt die Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten fest.

Nach einer einstündigen Unterbrechung sollte der Prozess gegen 16.00 Uhr fortgesetzt werden. Aber die Angeklagten fühlten sich nicht mehr fähig, der Verhandlung zu folgen. Obwohl die Mikrofone abgestellt waren, versuchten Baader und Raspe, dem Vorsitzenden zu erklären, dass sie nun den Gerichtssaal zu verlassen wünschten.

»Herr Baader und Herr Raspe, ob Sie rausgehen, können Sie nicht bestimmen«, erklärte der Vorsitzende und gab ihnen gleich noch einen Rat: »Sie wissen ganz genau, wie die Mittel sind, Sie müssen halt entsprechend gestört haben.«

Baader fragte: »Was wollen Sie denn? Dass wir hier Krach machen sollen?« Baader stand auf.

»Es stört mich nicht, wenn Sie hier stehen«, sagte Prinzing.

Baader warf krachend einen Gegenstand auf sein Sprechpult. Dann schrie er: »Verdammt noch mal, ich will raus hier!«

Bundesanwalt Widera fragte: »Herr Baader, gefallen Sie sich in dieser Rolle?«

Die Angeklagten schrien unverständlich durcheinander.

»Was soll denn das hier, Herr Vorsitzender?«, mischte sich einer der »Zwangsverteidiger« ein.

»Wenn einer von denen redet, gehen wir«, drohte Jan-Carl Raspe.

Und Baader fügte hinzu: »Sollen wir uns hier schinden lassen, weil Sie uns nicht ausschließen wollen, wenn diese Arschlöcher da drüben reden. Dann schließen Sie uns doch aus.«

»Ich stelle fest«, sagte der Vorsitzende, »dass die Angeklagten eben die Pflichtverteidiger mit …«

Raspe vervollständigte den Satz: »… als Arschlöcher bezeichnet haben.«

Der Vorsitzende wiederholte: »… Arschlöcher bezeichnet haben, dass Sie sich hier lautstörend benehmen, was aus den Protokollen hervorgeht. Ich drohe Ihnen hiermit an, dass Sie ausgeschlossen werden müssen, wenn sie dieses störende Verhalten fortsetzen.«

»Was heißt hier fortsetzen, verdammt noch mal«, brüllte Baader.

Als nun erneut einer der »Zwangsverteidiger« das Wort ergriff, begannen die Angeklagten zu randalieren. Sie standen auf und konnten nur durch das handfeste Zugreifen der Vollzugsbeamten daran gehindert werden, den Sitzungssaal zu verlassen.

Richter Prinzing erklärte: »Ich stelle fest, dass die Angeklagten ihr Verhalten fortgesetzt haben!«

»Das ist klar, dass wir rausgehen«, schrie Gudrun Ensslin.

Baader griff den Vorsitzenden an: »Sie sind doch wirklich ein Schwein, Prinzing. Sie sehen doch, in was für einem Zustand wir hier sind.«

Um 16.11 Uhr wurden Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe von Justizbeamten abgeführt.

Der Vollzugsbeamte Bubeck legte Baader die Hand auf die Schulter: »Machen Sie keinen Ärger. Es bringt doch nichts. Sie müssen doch raus.«

Baader schüttelte die Hand ab: »Machen Sie das nie wieder. Denken Sie an Ihre Frau und Ihre Kinder.«

Als sie den Sitzungssaal verlassen hatten, sagte der Justizbeamte: »Sie können sich die Drohung mit den Kindern ersparen. Ich habe keine Kinder. Im Übrigen finde ich das billig, was Sie hier machen. Sie wissen genau, dass wir das machen müssen.«

Baader, der vorher laut und erregt war, schaltete plötzlich um: »So hab ich das gar nicht gemeint. Ich wollte sagen, Sie sollen an Ihre Frau und Ihre Kinder denken, damit Sie nicht in den Ruf eines Sympathisanten kommen und Ihren Beruf verlieren, wenn Sie mir hier freundschaftlich die Hand auf

die Schulter legen.«

6.
Baader versucht, sich verständlich zu machen
(6. Tag, 18. Juni 1975)

Allmählich wurde die Frage der Verhandlungsunfähigkeit und damit die Frage der Haftbedingungen zum beherrschenden Thema des Verfahrens. Die Angeklagten durften wieder im Sitzungssaal erscheinen, und Andreas Baader gab als Sprecher der Gruppe seine politische Einschätzung der Haftbedingungen und der politischen Zielrichtung der »Isolationsfolter« zu Protokoll.

Er verlas ein Papier, das an Unverständlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: »Das Grundproblem ist auch in diesem Detail des Antagonismus, dass Umerziehung oder Gehirnwäsche als Projekt Legitimation vom Apparat verlangt. Das heißt, um es zu unterwerfen, muss der Apparat das Subjekt konstituieren können. Sache zwischen repressivem Staatsapparat und gefangenem Revolutionär ist aber, dass beide wissen, dass sie in ihrer Unversöhnlichkeit wie ihrer Beziehung Ausdruck der Reife der Entwicklung sind, in der der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnis antagonistisch wird zur letzten Krise des Kapitals und damit Ausdruck der Tendenz, in der die Legitimation des bürgerlichen Staates zerfallen ist.«

Der Vorsitzende entzog Baader das Wort.

Ulrike Meinhof meldete sich: »Ich erkläre, dass ich verhandlungsunfähig bin. Also, dass ich hier maximal, das war sehr hoch gegriffen, dem, was hier abläuft, folgen kann. Und dass ich natürlich fast überhaupt nicht in der Lage bin, in dem Moment, an der Stelle, wo unbedingt was zu sagen wäre, ich was sagen will, sprechen könnte. Die Zwecke, die mit der Isolation verfolgt werden, sind natürlich nicht wirkungslos geblieben. Und das, womit wir zu kämpfen haben an Assoziationsschwierigkeiten, ist natürlich ungeheuer. Völlig absurd, völlig absurd zu glauben, diese drei Jahre wären an irgendeinem von uns spurlos vorbeigegangen. Ich beantrage also, einfach weil es notwendig und nötig ist, für mich und jeden von uns hier eine ärztliche Untersuchung, und zwar von einem Arzt von draußen.«

Weiterhin beantragte Ulrike Meinhof, nur noch höchstens zwei bis drei Stunden am Tag zu verhandeln.

Die Anträge wurden abgelehnt.

7.
Die Anrede »Herr« und NS-Analogien
(13. Tag, 3. Juli 1975)

Dr. Prinzing versuchte erneut, mit der Vernehmung zur Person zu beginnen, vergeblich. Diesmal meldete sich der Angeklagte Jan-Carl Raspe zu Wort und erklärte, er lehne »Prinzing und den Senat wegen Befangenheit ab«. Es war in diesem Verfahren nicht der erste Ablehnungsantrag, und es sollte auch nicht der letzte bleiben. Der Vorsitzende reagierte verärgert und biss sich an Kleinigkeiten fest. »Herr Raspe, um Sie von vornherein darauf hinzuweisen. Ich sagte Ihnen, die beharrliche Verweigerung der Anrede ›Herr‹ in diesem Gerichtssaale wird als Beleidigung verstanden werden müssen. Bitte gewöhnen Sie sich an diese Form, damit Sie unbeanstandet reden können.«

Raspe begründete seinen Ablehnungsantrag damit, dass der Richter sich permanent weigere, unabhängige Ärzte zur Feststellung der Verhandlungsunfähigkeit der Gefangenen zuzulassen. Er entlarve sich dadurch als Marionette der Bundesanwaltschaft. Mit der Zulassung unabhängiger Ärzte würde die Tatsache der Folter, die Vernichtungsstrategie des Staates gegen politische Gefangene, gegen die Guerilla, gegen die RAF offensichtlich. Für ihn, die Bundesanwaltschaft und den Staatsschutz sei das Sicherheitsbedürfnis erst dann erfüllt, wenn die politischen Gefangenen tot seien.

»Es ist unmöglich, die Analogie zur Justiz des ›Dritten Reiches‹ nicht zu sehen«, erklärte Raspe. »Dieser Richter ist in seiner Argumentation, in seinen Lügen, in seiner Methode ein Muster der Sorte richterlicher Unabhängigkeit, die nach 1945 massenhaft auftrat und von ihren Opfern nichts gewusst hatte.«

»Ich höre mir das nicht mehr länger an«, sagte der Vorsitzende. »Also mäßigen Sie sich bitte in Ihren Formulierungen. Der Vergleich mit der Justiz des ›Dritten Reiches‹ wird hier nicht hingenommen.«

»Vielleicht kommen Sie mal auf die Idee, was für eine Beleidigung die Tatsache, dass Sie auf diesem Stuhle sitzen, für uns darstellt«, entgegnete Raspe.

Der Ablehnungsantrag gegen den Senat wurde zurückgewiesen.

8.
Die Gefährlichkeit der Angeklagten
(16. Tag, 10. Juli 1975)

Selbstverständlich war die Bundesanwaltschaft in Bezug auf die Haftbedingungen ganz anderer Ansicht als die Angeklagten und ihre Verteidiger: »Entgegen Ihrem wiederholten Vorbringen sind die Angeklagten nicht isoliert.« Andreas Baader stehe eine Doppelzelle mit einer Grundfläche von zwanzig Quadratmetern zur Verfügung. Lediglich durch das Magazin von dieser Zelle getrennt, befinde sich daneben die Zelle des Angeklagten Raspe mit einer Größe von zehn Quadratmetern. Diese räumliche Anordnung ermögliche den beiden einen ständigen Sprechkontakt. Von dieser Möglichkeit machten sie regelmäßig, teils bis in die tiefe Nacht hinein, Gebrauch.

Auch die Angeklagten Ensslin und Meinhof, so meinte die Bundesanwaltschaft, könnten sich so verständigen. »Die Ausstattung dieser Zellen vermittelt durchaus eher den Eindruck einer Wohnung als einer Haftzelle. In den Zellen haben die Angeklagten, im Gegensatz zu anderen Gefangenen, ständig Radiogeräte und Plattenspieler zur uneingeschränkten Verfügung. Darüber hinaus benutzen sie in ihren Zellen in ungewöhnlichem Umfang Zeitungen, Zeitschriften und Bücher.«

»Was hat das mit der Isolation zu tun?«, fragte Baader.

Die Bundesanwaltschaft bestätigte, dass die Angeklagten an keiner Gemeinschaftsveranstaltung, an keinem Gemeinschaftsgottesdienst, den es für Frauen ohnehin in Stammheim nicht gab, teilnehmen könnten. Dieses sei aber wegen der besonderen Gefährlichkeit der Angeklagten unabdingbar.

Als Beweis dafür verlas Regierungsdirektor Widera einen Befreiungsplan, den Andreas Baader in der Haftanstalt Schwalmstadt geschrieben und nach draußen geschmuggelt habe: »Am besten, Ihr schafft mir vier bis fünf Kilogramm Sprengstoff rein, Stück Zündschnur, zwei Kapseln. Die Menge müsst Ihr durch Versuche schätzen, an irgendwelchen alten Gemäuern, Burgen oder so. Gibt’s ja genug, die einsam liegen.«

In dem Plan seien noch mehrere Versionen für einen Ausbruch

durchgespielt worden. Oberstaatsanwalt Zeis stellte fest: »Dass die Angeklagten aus der Haft befreit werden wollen und sollen, ergibt sich unter anderem auch daraus, dass die Terroristen in Stockholm ihre Freilassung gefordert haben.«

9.
»Herr Baader in der Rolle des Gequälten«
(17. Tag, 16. Juli 1975)

Knapp eine Woche später antwortete Baader auf den Vortrag der Bundesanwaltschaft: »Die Argumentation läuft im Grund darauf raus, wir wären nicht isoliert, weil wir über etwas größere Zellen verfügten als andere Gefangene in Stuttgart-Stammheim. Ich stelle darum nochmals fest: Wir waren bis auf einen ganz kurzen Zeitraum während des Hungerstreiks, in dem je zwei von uns ein paar Stunden am Tag miteinander sprechen konnten, in den letzten drei Jahren vollständig innerhalb des Gefängnisses isoliert. Wenn Zeis dagegen anbringt, wir könnten – zum Beispiel Jan und ich – durch einen ein Zentimeter breiten Schlitz oben in der Tür Sprechkontakt haben, dann sagt er doch wirklich alles über sich. Immer wenn da gesprochen wird, steht jemand vor der Tür und schreibt mit, oder die Gespräche werden aufgenommen und ausgewertet. Ich will sagen, das sind Haftbedingungen, wie sie in dieser Dauer und Härte nicht mal der Staatsschutz des Dritten Reiches, in dessen Tradition die Bundesanwaltschaft hier sitzt und argumentiert, verfügen konnte.«

Das ging dem Vorsitzenden zu weit. Er entzog Baader das Wort. Dann zitierte er ein Urteil des Obersten Gerichtshofes der USA: »Unsere Gerichtshöfe, die das Palladium der Freiheit sind, dürfen nicht ungestraft respektlos behandelt werden. Es kann nicht geduldet werden, dass ein Angeklagter durch Störungen für unbegrenzte Zeit die Durchführung seines Verfahrens beeinträchtigt. Es würde unser Land und unser Gerichtssystem erniedrigen, wenn wir erlauben, dass unsere Gerichte tyrannisiert, beleidigt, erniedrigt werden und ein ordentliches Verfahren unmöglich gemacht wird.« Der Vorsitzende bat darum, an diese Worte zu denken, wenn er, wie es seine Pflicht sei, derartige Ausfälle der Angeklagten zu verhindern suche.

Rechtsanwalt Heldmann erwiderte, dass die Verteidigung sehr gern damit einverstanden wäre, wenn der Senat von nun an amerikanisches Recht anwende: »Sie selbst, Herr Vorsitzender, wissen wohl am besten, dass Sie dann dieses Verfahren sofort einzustellen hätten, wegen der öffentlichen

Vorverurteilung, die sich durch Ihre Äußerungen hier im Gerichtssaal hinreichend dokumentiert.«

Heldmann protestierte dagegen, dass Andreas Baader das Wort entzogen worden war: »Diese Wortentziehung ist nicht erfolgt wegen Ungebühr vor Gericht, sondern diese Wortentziehung bedeutet die Zensur einer politischen Meinungsäußerung, die durch Artikel 5 des Grundgesetzes geschützt und privilegiert ist.«

Für die RAF, so erklärte Baader, gelte überhaupt kein Recht. »Wir sollen vernichtet werden. Also nicht einmal Kriegsrecht. In diesem Verfahren wird sogar noch das Sonderrecht, das für die Bundesanwaltschaft und ihr Gericht hier geschaffen worden ist, gebrochen.«

Bundesanwalt Dr. Wunder schaltete sich ein: »Herrn Baader kommt die Rolle, sich zum Gequälten und zum Richter über die Justizorgane aufzuschwingen, nicht zu. Er sollte nicht vergessen, dass man ihn des mehrfachen Mordes angeklagt hat. Ob er in der Verhandlung überführt wird, werden die Sitzungen ergeben. Die Bundesanwaltschaft ist davon überzeugt. Gleichwohl merkt aber Herr Baader, dass die Bundesanwaltschaft ebenso wie das Gericht um besondere Objektivität bemüht ist.«

Die Angeklagten lachten, und der Bundesanwalt fuhr fort: »Im Übrigen gibt es, trotz der Unschuldsvermutung, Herr Baader, für die Bundesanwaltschaft nicht die Pflicht, Sie etwa mit Glacéhandschuhen anzufassen.«

Die Mehrheit der Zuschauer klatschte Beifall.

10.
»Ein normaler Straffall«
(21. Tag, 30. Juli 1975)

»Ja, nach unseren Vorstellungen sollte es langsam mit der Vernehmung zur Person weitergehen«, eröffnete Prinzing den 21. Verhandlungstag. Ein Ablehnungsantrag der Angeklagten Meinhof, nach der Strafprozessordnung vorrangig zu behandeln, machte ihm einen Strich durch die Rechnung.

In einer Sendung der ARD zum Auftakt des Baader-Meinhof-Prozesses hatte Richter Prinzing sinngemäß erklärt, der Prozess gegen die vier Gefangenen sei kein politisches Verfahren, es handele sich vielmehr um einen »normalen Straffall«.

Zur Begründung ihres Ablehnungsantrages erklärte Ulrike Meinhof: »Dieser Prozess ist der erste politische Prozess in der Bundesrepublik seit 1945. Die Bundesanwaltschaft und das Gericht sind nicht intelligent genug, im Objekt ihrer Vernichtungsmaßnahmen auch das Opfer zu sehen. Die Bundesanwaltschaft und das Gericht sehen nur den Feind, den sie erschlagen wollen. Darin zeigt sich auch die grundsätzlich andere Bestimmung unseres Kampfes. Wir können im Faschisten auch das Objekt seiner Umstände sehen und seines Apparates. Es sind nicht wir, die Fanatismus nötig haben, sondern Bundesanwaltschaft und Gericht sind fanatisch. Sie sind nie zu einer inhaltlichen Stellungnahme zu den Argumentationen von Andreas und von uns gekommen. Sie sind immer nur formalistisch.«

Am 2. August 1975 wurde den im siebten Stock untergebrachten Gefangenen Baader, Raspe, Ensslin und Meinhof gestattet, den Hofgang gemeinsam durchzuführen und sich täglich für vier Stunden auf dem Flur zum »Umschluss« zu treffen. Baden war jetzt während der Woche täglich erlaubt, nach Geschlechtern getrennt auch gemeinsam. Die Sportgeräte im Trakt, ein Trockenrudergerät und ein Fahrradergometer, durften täglich benutzt werden. Auf Anordnung des Anstaltsarztes blieb der elektrische Strom auch nachts angeschaltet – wohl damit sie ihre Plattenspieler benutzen konnten. Glühbirnen und Leuchtstoffröhren mussten sie dagegen abends abgeben.

11.
Die Grundregeln des Terrorismus
(23. Tag, 5. August 1975)

Während der Vorsitzende Richter immer wieder versuchte, den Prozess in den Griff zu bekommen, um endlich mit der Vernehmung zur Person beginnen zu können, stellten Angeklagte und Verteidiger einen Ablehnungsantrag nach dem anderen. Sie versuchten, den Prozess auf eine politische Ebene zu heben, der Öffentlichkeit ihre Motive für den Untergrundkampf zu vermitteln. In ihren Zellen hatten sie Erklärungen vorbereitet, die sie im Prozess vortrugen, immer wieder unterbrochen vom Vorsitzenden, dem das alles zu weitschweifig war.

Zwei Welten prallten hier aufeinander, die, wenn überhaupt, nur durch die Strafprozessordnung zusammengehalten wurden.

Andreas Baader versuchte, sich mit der staatsoffiziellen Definition der Stadtguerilla auseinanderzusetzen. Er zitierte den Innenminister von Rheinland-Pfalz, der gesagt hatte: »Die Grundregel des Terrorismus ist, möglichst viele Menschen zu töten. Lähmendes Entsetzen, das ist der Gefühlszustand, den Terroristen offenbar bei immer mehr Menschen in der ganzen Welt herstellen wollen.«

»Ich würde sagen«, meinte Andreas Baader, »das ist die präzise Definition von Israels Politik gegen die palästinensische Befreiungsbewegung, das ist die präzise Definition der Vietnampolitik der USA bis zu ihrer Niederlage. Das ist die präzise Definition der Politik der Junta in Chile, und das ist die präzise Definition der Politik der Bundesanwaltschaft und ihre Grundregel: möglichst viele tote Kämpfer, möglichst viele tote Gefangene, Exekutionen auf offener Straße, der Todesschuss und so weiter. Lähmendes Entsetzen ist in der Tat präzise der Gefühlszustand, den die Bundesanwaltschaft bei immer mehr Menschen herstellen will, wenn sie immer mehr tote Trakts bauen lässt und immer öfter Gefangene in tote Trakts bringt und darin lässt.«

Prinzing verwarnte Baader: »Sie haben Ablehnungsgründe gegen diese Richter vorzutragen und nicht allgemeine Ausführungen zu machen.«

Baader fuhrt fort: »Was der Generalbundesanwalt Buback macht, ist, exakt definiert, Terrorismus, staatlicher Terrorismus. Also der Terrorist Buback …«

»Herr Baader«, unterbrach ihn der Vorsitzende, »jetzt entziehe ich Ihnen das Wort. Wenn Sie dem Generalbundesanwalt vorwerfen wollen, er betreibe staatlichen Terrorismus, dann geht es über das hinaus, was wir …«

Baader wollte etwas erwidern, aber der Richter drehte ihm das Mikrofon ab.

Ulrike Meinhof meldete sich: »Terrorismus ist die Zerstörung von Versorgungseinrichtungen, also Deichen, Wasserwerken, Krankenhäusern, Kraftwerken. Eben alles das, worauf die amerikanischen Bombenangriffe gegen Nordvietnam seit 1965 systematisch abzielten. Der Terrorismus operiert mit der Angst der Massen. Die Stadtguerilla dagegen trägt die Angst in den Apparat.«

Der Vorsitzende unterbrach Ulrike Meinhof und verwarnte sie: »Ich kann nicht hinnehmen, dass Sie hier eine Begründung abgeben, die keinen Sachzusammenhang erkennen lässt.«

»Schließen Sie uns doch gleich aus«, sagte Andreas Baader, »Sie wollen hier doch jedes Wort verhindern.«

Ulrike Meinhof durfte fortfahren: »Die Aktionen der Stadtguerilla richten sich nie, richten sich nie gegen das Volk. Es sind immer Aktionen gegen den imperialistischen Apparat. Die Stadtguerilla bekämpft den Terrorismus des Staats.«

Der Vorsitzende entzog Ulrike Meinhof das Wort, worauf die Angeklagten aufstanden, ihre Sachen zusammenpackten und aus der Sitzbank drängten. »Bitte nehmen Sie Platz, Sie haben kein Recht, die Hauptverhandlung zu verlassen«, sagte der Vorsitzende.

Im Stehen antwortete Baader: »Sie lassen uns nicht mal die Begründung von Ablehnungsanträgen bringen, das heißt, unsere Anwesenheit ist vollkommen funktionslos. Sie berauben uns wirklich unserer elementarsten letzten Rechte.«

»Du Pfeife, du«, schrie ein Zuhörer dem Vorsitzenden entgegen.

Prinzing drehte Baader das Mikrofon ab, der aber sprach ohne Verstärker weiter: »Sie sind der Herr der Mikrofone, das mag ja sein. Aber der Herr des Verfahrens sind Sie deswegen noch lange nicht.«

Die Angeklagten wurden auf Anweisung des Vorsitzenden aus dem Saal

entfernt.

12.
»Herr Baader, Sie haben mich ein faschistisches Arschloch geheißen«
(26. Tag, 19. August 1975)

Wieder einmal wollte der Vorsitzende mit der Vernehmung zur Person beginnen. Aber noch waren die Angeklagten nicht von Ärzten ihres Vertrauens untersucht worden. Die Verteidiger erklärten, sie könnten es nicht mehr verantworten, dass die Angeklagten mit Medikamenten gedopt würden, nur um während der Verhandlung nicht von den Stühlen zu fallen. Die oberflächliche Begutachtung durch Sachverständige wie den Gefängnisarzt Dr. Henck reiche nicht aus, um den Gefangenen Verhandlungsfähigkeit zu bescheinigen.

Rechtsanwalt von Plottnitz beschied dem Gericht: »Wir werden hier erst wieder verteidigen, wenn nicht mit Provisorien gearbeitet wird, sondern auf der Grundlage gesicherter Erkenntnisse.«

Im Saal wurde Beifall geklatscht, und Rechtsanwältin Becker und Rechtsanwalt Schily standen auf, packten ihre Unterlagen zusammen und blieben vor der Verteidigerbank stehen.

»Die Verhandlung wird fortgesetzt, auch wenn Sie abwesend sind«, wandte sich der Vorsitzende an die Anwälte.

Ungerührt stand jetzt auch Rechtsanwalt von Plottnitz auf, schob seine Akten zusammen und stellte sich neben die Kollegen.

»Ich verwahre mich gegen Ihre Vorhaltung, wir verletzten Verteidigerpflichten«, erklärte Dr. Heldmann, und während er zusammen mit den anderen Vertrauensanwälten den Gerichtssaal verließ, wandte er sich noch einmal an den Vorsitzenden: »Wir nehmen Verteidigerpflichten ernst, wo wir uns wehren, mit Angeklagten verhandeln zu lassen, die möglicherweise verhandlungsunfähig sind. Das ist unsere Verteidigerpflicht.« Der Senat möge ihn benachrichtigen, sobald ein ärztliches Gutachten vorliege.

Der Vorsitzende war verwirrt: »Herr Rechtsanwalt Heldmann verlässt den Saal. Die Angeklagten stehen. Was soll das bedeuten?«

»Dass Sie uns ausschließen sollen«, rief der Angeklagte Raspe.
»Ganz richtig, ja, ja«, fügte Baader hinzu.
»Sie sollen sich setzen!«, rief der Vorsitzende.
»Nein, wir werden nicht weiter an der Verhandlung teilnehmen. Lassen Sie uns ausschließen.«
»Wenn Sie hier weiter stehen bleiben in dieser Form und nicht bereit sind …«
»Ja, was wollen Sie denn?«, unterbrach ihn Andreas Baader. »Dass wir hier rumbrüllen oder was? Lassen Sie doch diese albernen …«
»Sie sollen sich setzen und an der Verhandlung in Ruhe teilnehmen.«
»Wir werden an der Verhandlung nicht teilnehmen.«
»Herr Baader, Sie haben das erklärt. Sie weigern sich, sich zu setzen.«
»Wollen Sie erreichen, dass wir hier formal stören sollen, oder was soll das?«, fragte Raspe.
»Schließen Sie uns aus«, forderten Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof.
»Ich muss Sie darauf hinweisen, dass das, was Sie jetzt machen, eine Störung der Hauptverhandlung ist. Wenn Sie das fortsetzen, müssen Sie ausgeschlossen werden.«
»Ja, hoffentlich!«, entgegnete Baader. »Ja, mach schon, alter Affe.«
»Gilt das für alle Beteiligten?«, fragte der Vorsitzende.
»Ja«, antwortete Gudrun Ensslin.
»Sie weigern sich also, hierzubleiben?«
Im Saal entstand Unruhe. Eine Reihe von Zuhörern stand auf.
»Das Publikum soll sich entweder setzen oder den Saal verlassen. Hier gibt es kein Stehen. Wenn Sie sich nicht setzen, werden die Leute aus dem Saal entfernt werden müssen.«
Nach kurzer Besprechung mit seinen Richterkollegen stellte der Vorsitzende fest, die Angeklagten hätten gestört und würden nun von der Verhandlung ausgeschlossen. Ohne die Angeklagten und die Verteidiger ihres Vertrauens ging die Verhandlung weiter.
»Da wir aber jetzt zur Phase der Vernehmung zur Person kommen, glauben wir, dass der Grundsatz des rechtlichen Gehörs ein so überragendes Interesse hat, dass wir dazu die Angeklagten wieder vorführen lassen, und zwar einzeln.« Der Vorsitzende forderte die Justizbeamten auf, zunächst den Angeklagten Raspe vorzuführen. »Notfalls mit Gewalt, das lässt sich nicht umgehen.«
Als im Saal Protestrufe der Zuschauer laut wurden, sagte Prinzing: »Ich

bitte die Herren von den Ordnungskräften, den Zuschauerraum genau im Auge zu behalten, damit wir die Störer kennen und die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden können.«

Sechzehn Minuten nach seinem Ausschluss wurde Jan-Carl Raspe von zwei Justizbeamten zurück in den Gerichtssaal geschleppt.

»Bitte nehmen Sie Platz«, sagte der Vorsitzende.

»Ich nehme nicht Platz.«

»Dann darf ich Sie auf Folgendes hinweisen: Wir beabsichtigen, jetzt zur Vernehmung zur Person zu kommen.«

»Das interessiert mich nicht.«

»Sie haben jetzt Gelegenheit, sich zu äußern, zu Ihrer Person. Wenn Sie das nicht tun, ist die Konsequenz, dass wir in der Verhandlung fortschreiten müssen.«

»Ich habe hier nur zu erklären, dass ich hier hochgeschleppt worden bin.«

»Würden Sie freundlicherweise ein Mikrofon benutzen.«

»Ich habe Ihnen im Augenblick nur zu erklären, dass ich gewaltsam hochgeschleppt worden bin. Unter diesen Bedingungen werde ich keine Erklärung zur Person abgeben.«

Raspe klopfte mehrmals auf die Anklagebank: »Ich gehe jetzt wieder runter, und Sie werden natürlich das Schauspiel noch mal durchziehen.«

»Sie haben die Pflicht, hierzubleiben, als Angeklagter.«

»Wenn Sie mich nicht von sich aus ausschließen, dann werde ich hier eben irgendwie über die Brüstung steigen.«

Raspe versuchte, sich aus der Anklagebank zu drängen, und wurde vom Wachpersonal daran gehindert, den Saal zu verlassen. Daraufhin beschloss das Gericht, Raspe erneut zu entfernen.

Der Vorsitzende ordnete an, nun die Angeklagte Meinhof vorzuführen. Nach wenigen Minuten wurde sie von vier Beamten an Händen und Füßen in den Sitzungssaal getragen.

»Frau Meinhof, bitte nehmen Sie Platz.«

»Ich denke nicht daran.«

»Sie denken nicht daran«, wiederholte der Vorsitzende. »Würden Sie wenigstens das Mikrofon benutzen, damit wir verstehen, was Sie zu sagen haben?«

»Ich will das gar nicht hören. Ich bin nicht in der Lage, mich zu verteidigen, und kann natürlich auch nicht verteidigt werden.«

»Wollen Sie sich zur Person äußern?«

»Unter diesen Umständen äußere ich mich nicht zur Person«, sagte Ulrike Meinhof, drängte sich aus der Anklagebank und wurde vom Wachpersonal festgehalten. »Ich will gehen«, sagte sie.

»Sie haben die Pflicht, als Angeklagte hierzubleiben.«

»Ich lass mich doch nicht zwingen, du Arschloch!«

»Frau Meinhof, ich stelle fest, dass Sie mich eben mit ›Arschloch‹, mit ›du Arschloch‹ angesprochen haben.«

»Nimmst du das vielleicht mal zur Kenntnis …«

Nach geheimer Beratung mit seinen Kollegen erklärte Prinzing: »Die Angeklagte wird für den heutigen Verhandlungstag ausgeschlossen, weil sie den Vorsitzenden ›du Arschloch‹ genannt hat.«

Andreas Baader wurde hereingeführt. Auch er weigerte sich, Platz zu nehmen: »Jetzt schließen Sie mich doch gefälligst aus!«

»Herr Baader, das ist keine Frage Ihres Wunsches.«

»Dann legen Sie doch bitte mal einen Katalog von Störungen fest. Oder muss ich Sie erst mal beschimpfen? Das fällt mir sehr schwer. Sie wollen mich zwingen, hierzubleiben?«

»Ich *muss* Sie zwingen, nicht ich *will* Sie zwingen.«

»Was erwarten Sie, wollen Sie Beschimpfungen provozieren, oder was?«

»Ich will gar nichts provozieren. Mir ist sympathischer, wenn Sie keine Beschimpfungen aussprechen.«

»Ich werde die Verhandlung stören. Das ist doch ein ganz dreckiges Manöver, was Sie hier machen.«

»Das ist kein dreckiges Manöver. Es legt mir die Prozessordnung die Pflicht auf, mich so zu verhalten, wie ich es tue.«

»Ja, was wollen Sie? Wollen Sie unbedingt, dass es hier zu physischer Gewalt kommt, oder was?«

»Sie sollen sich setzen und geordnet teilnehmen.«

»Es ist eine dreckige Manipulation, dass Sie mich hier zwingen, verdammt noch mal, fünf Minuten lang darauf zu beharren, dass Sie mich endlich ausschließen. Ich will hier raus, sehr einfach.«

»Es ist keine Frage Ihres persönlichen Wunsches. Sie haben die Pflicht, als Angeklagter hierzubleiben.«

»Na schön, dann machen Sie eben diese lächerliche Prozedur. Ich werde stören, solange ich hier drin bin.«

»Bis jetzt stören Sie noch nicht«, stellte der Vorsitzende fest.

»Na ja, ich weise Sie darauf hin, Prinzing, dass Sie mich jetzt ausschließen werden, sonst sehe ich mich gezwungen, Sie zu beschimpfen.«

»Herr Baader«, rief der Vorsitzende beschwörend.

»Ja, wollen Sie es unbedingt hören? Also, Sie können das hören, Sie können das in verschiedener Form haben.«

»Ich will es nicht hören.«

»Na ja, Sie können auch von mir hören, dass Sie ein faschistisches Arschloch sind.«

Während Gudrun Ensslin von Justizbeamten in den Sitzungssaal geführt und vor der Anklagebank festgehalten wurde, sagte der Vorsitzende: »Aha, ein faschistisches Arschloch.«

»Schließen Sie mich jetzt aus?«, fragte Baader.

»Und mich gleich mit, altes Schwein«, ergänzte Gudrun Ensslin.

Der Vorsitzende wollte etwas sagen, doch Baader unterbrach ihn: »Ich stelle noch mal ausdrücklich fest, Prinzing, Sie sind ein faschistisches altes Arschloch!«

Der Vorsitzende ordnete an, Baader das Mikrofon abzustellen.

»Wir sind nicht verteidigungsfähig, infolgedessen werden wir auch nicht teilnehmen, alte Sau«, sagte Gudrun Ensslin.

»Sie haben gestört. Ich habe vernommen, Sie haben mich eine alte Sau genannt, habe ich das richtig gehört? Oder täusche ich mich? Ich möchte das festgestellt haben, trifft es zu? Und, Herr Baader, Sie haben mich ein faschistisches Arschloch geheißen.«

Dann fragte der Vorsitzende Gudrun Ensslin, ob sie sich zur Person äußern wolle.

»Altes Schwein«, lautete die Antwort.

Die Angeklagten wurden wieder ausgeschlossen und in die Haftanstalt zurückgebracht. Der Vorsitzende fragte die Pflichtverteidiger, ob sie sich in irgendeiner Weise zu diesem Vorgang äußern wollten. Sie wollten nicht.

Nachdem die Anhörung zur Person auf diese Weise erledigt war, konnte der Vertreter der Bundesanwaltschaft die Anklage verlesen:

»Klage ich an:

den berufslosen Andreas Bernd Baader, die Studentin Gudrun Ensslin, die Journalistin Ulrike Marie Meinhof, den Diplomsoziologen Jan-Carl Stefan Raspe, gemeinschaftlich durch neun selbständige Handlungen

a) heimtückisch und mit gemeingefährlichen Mitteln in zwei Fällen insgesamt vier Menschen getötet und in weiteren Fällen mindestens 54 Menschen zu töten versucht zu haben,

b) in Tateinheit hiermit

durch Sprengstoffe Explosionen herbeigeführt und dadurch Leib und Leben anderer sowie fremde Sachen von besonderem Wert gefährdet zu haben …

tateinheitlich eine Vereinigung gegründet zu haben, deren Zwecke darauf gerichtet sind, strafbare Handlungen zu begehen …

Auch nach der Verhaftung gaben die Angeschuldigten ihre Ziele nicht auf. Noch aus der Haft heraus versuchten sie, die Gruppenarbeit neu zu organisieren …«

Die Gefangenen hörten sich die Anklage nicht an.

Während des täglichen Umschlusses der vier Gefangenen saß jeweils ein Justizbeamter am entgegengesetzten Ende des Korridors auf einem Stuhl und beobachtete sie. Nach jeweils einer Stunde wurde der Beamte abgelöst. Anschließend musste er einen schriftlichen Bericht über seine Beobachtungen und über das, was er gehört hatte, verfassen.

Bei Besuchen von Familienangehörigen wurde – zusätzlich zum Anstaltspersonal – eigens ein Kriminalbeamter dazugeholt, der ein Protokoll über die Gespräche anfertigen musste.

Bei der Freistunde auf der vergitterten und überdachten Terrasse über dem siebten Stock führten jeweils zwei Beamte und eine Beamtin die Aufsicht. Meistens überzogen die Gefangenen ihre Zeit. Wenn die Beamten zum Aufbruch mahnten, kam es regelmäßig zu Beleidigungen vonseiten der Gefangenen. Einmal sagte Andreas Baader: »Ich schick Ihnen mal ein paar Leute. Für ein paar tausend Mark finde ich jeden Killer, der auch Ihre Frau umbringt.«

Nachts saß ein Beamter im Dienstzimmer am Eingang zum Zellentrakt. Auf einem Monitor konnte er den von Fernsehkameras überwachten Korridor und die Türen der Häftlingszellen beobachten.

13.

Die Angeklagten sind verhandlungsunfähig

(39. Tag, 23. September 1975)

Über mehr als vier Monate schleppte sich der Prozess hin. Es ging immer wieder um die Frage der Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten.

Am 39. Prozesstag lagen die Gutachten der drei vom Gericht bestellten medizinischen Sachverständigen vor. Sie kamen zum übereinstimmenden Ergebnis, dass die Angeklagten unter Schwächegefühl, geringem Leistungsvermögen, Wahrnehmungs- und Artikulationsstörungen, Untergewicht zwischen 14 und 23 Kilogramm, niedrigem Blutdruck sowie Konzentrationsstörungen – Ulrike Meinhof sogar unter Konzentrationsunfähigkeit – litten. Bei Baader wurde zusätzlich eine außergewöhnlich niedrige Herzfrequenz festgestellt.

Die Gutachter konstatierten eine auf höchstens drei Stunden täglich begrenzte Verhandlungsfähigkeit und schlugen eine Lockerung der Haftbedingungen vor.

Einer der Gutachter, Professor Rasch, war der Meinung, zehn bis fünfzehn Gefangene müssten zu einer »interaktionsfähigen Gruppe« zusammengelegt werden. Nur so könnten die Isolationsschäden verringert werden.

Was die Angeklagten und ihre Verteidiger immer wieder behauptet hatten, war nun gutachterlich bestätigt.

Der Vorsitzende Richter sagte: »Das Gericht muss sich nun über die rechtlichen Konsequenzen klar werden.« Nach drei Minuten schloss er die Verhandlung und lud die Beteiligten zur Fortsetzung eine Woche später.

In der Vollzugsanstalt Stammheim schrieb einer der Justizbeamten seine »Meldung« für die Anstaltsakten: »26. September 1975. Die Zelle des Obengenannten [Baader] befindet sich in den letzten Tagen in einem unbeschreiblichen Zustand. Der gesamte Fußboden ist mit Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen belegt. Von den diensthabenden Beamten wird zunehmend festgestellt, dass die zum Teil schon verdorbenen Lebensmittel

von Eintagsfliegen befallen sind. Vorhalte von den Aufsichtsbeamten werden nicht beachtet.«

Nicht zum ersten Mal war eine der Zellen im siebten Stock in heilloser Unordnung. Der Anstaltsleitung erschien dieses Problem unlösbar. Der stellvertretende Gefängnisdirektor Schreitmüller sagte später vor dem Untersuchungsausschuss des Stuttgarter Landtags, der die Zustände in Stammheim untersuchen sollte: »Man hätte natürlich die Gefangenen anweisen können, ihre Zellen aufzuräumen. Das hätten sie mit Sicherheit nicht getan. Ich hatte den Eindruck, das war ein Zeichen innerer Abneigung gegen jegliche Ordnung. Sie werden gleich fragen, ob man sie nicht hätte entsprechend disziplinieren können. Was hätte man tun können? Man kann einen Baader nicht in Arrest bringen. Da wäre der Arzt sofort eingeschritten. Man konnte ihm nicht den Fernseher wegnehmen, denn das war auch eine ärztliche Maßnahme. Man konnte ihm nicht den Umschluss sperren, denn das war auch eine ärztliche Maßnahme. Man konnte ihn nicht auf halbe Kost setzen, dann hätte auch der Arzt etwas gesagt. Man konnte praktisch mit Ordnungsmaßnahmen nicht gegen die Leute vorgehen. Nun, man hätte natürlich die Beamten anweisen können, die Zellen aufzuräumen. Aber dann hätte es geheißen, die Beamten sind vollends die Diener und die Hausknechte von diesen Leuten. Das wäre wohl auch nicht das Richtige gewesen.«

Der Gefängnisarzt Dr. Henck hielt die hygienischen Zustände im siebten Stock auch aus medizinischer Sicht für untragbar. »So hält sich kein Tier auf, das hält sich wenigstens sein Nest sauber«, sagte er dem persönlichen Referenten des baden-württembergischen Justizministers. »Das oben ist kein Strafvollzug, das ist ein Pi-pa-po-Laden, ein Saftladen.« Vor allem bei Baader lagen ständig Essensreste, Asche und Zigarettenstummel auf dem Fußboden zwischen Zeitungsausschnitten, Büchern und Akten. »Alles verdreckt und verkommen«, sagte der Arzt. »Und Raspe als der Hausbursche von Baader hat manchmal ihm seine Bude da sauber gemacht.«

Henck versuchte es mit gutem Zureden. »Es hatte aber keinen Sinn, ich kann Herrn Baader nicht beeinflussen, er soll seine Zelle aufräumen, damit er hygienischer lebt.«

14.

Ein neues Gesetz kommt zur Anwendung

(40. Tag, 30. September 1975)

Der Vorsitzende Richter Prinzing verkündete: »Die Hauptverhandlung wird in Abwesenheit der Angeklagten fortgesetzt. Die Begründung: Die Angeklagten sind …« Der Vorsitzende konnte nicht weitersprechen. Erregt sprangen einige der Verteidiger auf und unterbrachen den Vorsitzenden.

Prinzing rief dazwischen: »Ich will jetzt die Entscheidung begründen. Bitte, mich nicht zu unterbrechen. Die Angeklagten sind verhandlungs…«

Der Vorsitzende kam nicht weiter.

»Ich stelle den Antrag, mir das Wort zu erteilen«, sagte Rechtsanwalt von Plottnitz.

»Ich bitte, das Wort abzustellen. Hier hat niemand das Wort. Herr Rechtsanwalt, Sie haben, Sie haben jetzt nicht das Wort.«

»Wir haben jetzt rechtliches Gehör«, sagte Rechtsanwalt Heldmann.

»Sie haben kein rechtliches Gehör, denn Sie hatten es bereits, Sie hatten es bereits.«

»Ich hatte nicht einmal die Stellungnahme gehabt, du Schwein«, schrie Baader.

Der Vorsitzende verwarnte den Angeklagten und drohte mit Ausschluss.

»Verwarn mich doch, altes Arschloch«, brüllte Baader.

Prinzing versuchte, mit der Begründung fortzufahren, aber die erregten Anwälte unterbrachen ihn erneut.

»Herr Vorsitzender, Sie wollen unsere Stellungnahmen unterdrücken, das ist der Tatbestand«, erklärte Heldmann. Die Verteidiger wurden immer lauter.

Die Angeklagten redeten miteinander, und prompt drohte der Vorsitzende mit Ausschluss. Baader beantragte eine Pause, um einen Ablehnungsantrag gegen den Vorsitzenden zu stellen. Der Richter entzog ihm das Wort und schloss Baader unmittelbar darauf von der Verhandlung aus.

»Ja, du bist doch ein Idiot«, übertönte Gudrun Ensslin das allgemeine Geschrei.

Baader stand auf und blieb vor der Anklagebank stehen: »Das ist doch

einfach ganz klar, dass Sie hier jetzt mit äußerster Brutalität verhandeln müssen.« Seine weiteren Worte gingen im Tumult unter. Ein Vollzugsbeamter versuchte, Baader abzuführen.

»Rühr mich nicht an hier«, wehrte sich der Angeklagte.

»Abführen!«, befahl der Vorsitzende.

»Das ist ein unglaublicher Akt von Unterdrückung, Herr Dr. Prinzing«, bemerkte Rechtsanwalt Heldmann.

»Ich bitte jetzt, den Angeklagten, notfalls mit Gewalt, abzuführen.«

»Ich bitte um eine Pause, ich bitte um eine Pause«, rief Otto Schily.

»Es wird keine Pause … Bitte, den Baader abzuführen.«

Erregt und lautstark redeten Verteidiger und Angeklagte durcheinander. Der Beisitzende Richter Dr. Foth hieb krachend mit der Faust auf den Tisch.

»Moment«, versuchte sich Verteidiger Schily bemerkbar zu machen. »Ich lehne namens und in Vollmacht der Angeklagten Ensslin den Beisitzenden Richter, Dr. Foth, wegen Besorgnis der Befangenheit ab.«

Rechtsanwalt Pfaff mischte sich schreiend ein:
»… Verhandlungsunfähigkeit hier auf den Tisch zu legen. Jetzt liegen die Gutachten vor, und jetzt wollen Sie die Angeklagten ausschließen, weil sie verhandlungsunfähig sind. Das ist einfach ungeheuerlich.«

Auch Heldmann war aufgesprungen und rief dazwischen:
»Verhandlungsunfähig hat diese Justiz sie gemacht, durch diese Haftbedingungen.«

»In den Gutachten steht das ganz klar drin«, ergänzte Verteidiger Pfaff.

»Herr Rechtsanwalt Pfaff, Herr Rechtsanwalt Pfaff«, stammelte der Vorsitzende, »Sie werden nicht verhindern können, dass wir die Entscheidung begründen, die ich im Tenor bereits bekanntgegeben habe. Sie werden nur beweisen können, dass Sie hier Manieren anwenden, die ein Verfahren, ein geordnetes Verfahren, unmöglich machen.« Seine folgenden Worte gingen im Geschrei unter.

»Was ist mit den Manieren von Herrn Dr. Foth«, schrie Otto Schily.

»Ich mache jetzt zur Beruhigung der Gemüter eine Pause.«

Aber auch nach zehn Minuten hatten sich die Gemüter nicht beruhigt. Rechtsanwalt von Plottnitz bat um das Wort, der Vorsitzende verweigerte es ihm. Die Angeklagten Meinhof und Ensslin beschimpften den Vorsitzenden: »Du Schwein … Killer.«

Prinzing wollte den Ausschluss der Angeklagten verkünden, aber Gudrun

Ensslin übertönte ihn: »Ich stelle fest, dass das ein Richter ist, dessen Beschäftigung es ist, die Reihen hier zu lichten.« Der Vorsitzende forderte die Justizbeamten auf, Gudrun Ensslin aus dem Saal zu bringen. Der Angeklagte Raspe rief dazwischen und wurde umgehend vom Vorsitzenden verwarnt: »Sonst blüht Ihnen dasselbe Schicksal.«

Auch Ulrike Meinhof war aufgesprungen und rief: »Wir werden das nicht vergessen, was Sie hier abziehen. Und es wird Ihnen auch nicht gelingen, hier einen Prozess durchzuziehen mit falschen Zeugen, mit falschen Polizeikonstruktionen und mit dem ganzen Desaster. Und Sie werden auch nicht vermeiden, dass wir deswegen verhandlungsunfähig sind, weil wir seit dreieinhalb Jahren gefoltert werden. Das werden Sie nicht vom Tisch kriegen.«

Der Vorsitzende ließ auch Ulrike Meinhof ausschließen. Während die Justizbeamten sie abführten, schleuderte Ulrike Meinhof dem Richter an den Kopf: »Du imperialistisches Staatsschwein!«

Obwohl der Vorsitzende die Protokollführer aufforderte, Jan-Carl Raspe das Mikrofon abzuschalten, konnte er den Angeklagten nicht zum Schweigen bringen und schloss ihn ebenfalls von der Verhandlung aus. Kurz bevor die Angeklagten aus dem Saal geführt wurden, drehte sich Gudrun Ensslin noch einmal um: »Du wirst nicht vergessen, Prinzing. Dafür hast du gesorgt, für deine Zeit, die nun kommt.«

Ulrike Meinhof war plötzlich wieder ganz ruhig: »Jetzt hast du deinen Schauprozess prima durch.«

Nachdem die Anklagebank leer war, begann Dr. Prinzing, den Gerichtsbeschluss zu verlesen: »Die Angeklagten sind verhandlungsunfähig im Sinne von Paragraph 231 a STPO. Die Vorschrift will sicherstellen, dass ein Angeklagter die Durchführung des Verfahrens nicht durch wissentlich herbeigeführte Verhandlungsunfähigkeit verhindert.«

Der Paragraph 231 a der Strafprozessordnung war für das Stammheimer Verfahren maßgeschneidert. Nach Einführung dieses neuen Gesetzes konnte auch in Abwesenheit der Angeklagten verhandelt werden, wenn diese ihre Verhandlungsunfähigkeit – zumindest nach Einschätzung des Gerichts – selbst herbeigeführt hatten. Dadurch sollte eine zügige Durchführung der Hauptverhandlung gesichert werden. Für das Stammheimer Verfahren machte Prinzing folgende Rechnung auf: »Die Beweisaufnahme wird sich ungewöhnlich umfangreich gestalten; schon die Bundesanwaltschaft hat 997 Zeugen und achtzig Sachverständige benannt.« Bei den von den

medizinischen Gutachtern vorgeschlagenen höchstens neun Verhandlungsstunden pro Woche ließe sich das Verfahren nicht in angemessener Zeit abwickeln.

»Schämen Sie sich nicht?«, unterbrach Rechtsanwalt Schily die Ausführungen des Vorsitzenden. Doch Prinzing ließ sich nicht beirren. Er zitierte die Aussage eines Gefängnisbeamten, der gehört haben wollte, wie Baader bei einem Treffen den anderen drei Angeklagten erklärt hatte: »Wir müssen krank sein, wir müssen gebrochen wirken«, und endete mit den Worten: »Der Senat hält die weitere Anwesenheit der Angeklagten nach dem derzeitigen Erkenntnisstand nicht für unerlässlich. Sie werden zur Hauptverhandlung wieder zugezogen, sobald sie verhandlungsfähig sind.«

»Heil, Prinzing«, rief Rupert von Plottnitz.

Der Vorsitzende erkundigte sich: »Ist das zu Protokoll genommen, dass Herr von Plottnitz im Augenblick bemerkte ›Heil, Dr. Prinzing‹? Ich bitte, das zu protokollieren.«

»Das ist doch unglaublich, unglaublich«, empörte sich Schily, »da haben Sie den Rechtsstaat wirklich ruiniert.« Und zur Bundesanwaltschaft gewandt sagte er: »Herzlichen Glückwunsch, Herr Zeis, gratuliere, gratuliere.«

Meldung Stammheim, vom 30. September 1975:

»Gegen 13.00 Uhr öffnete ich die Zelle 711, um Herrn Raspe zum Anwalt zu holen.

Sofort kam Baader auf mich zu mit den Worten: ›Ihr miesen Schweine, wer von euch hat drüben erzählt, wir müssten krank erscheinen. Wir bekommen das Schwein raus, auch wo er wohnt.‹«

Meldung vom 1. Oktober 1975:

»Zusammenschluss Baader, Raspe, Meinhof und Ensslin. Baader: ›Miesterfeld [Vollzugsbeamter], Sie sind doch ein Schwein, Sie haben uns den Satz eingebrockt.‹«

Meldung vom 8. Oktober 1975:

»Zusammenschluss der Untersuchungsgefangenen.

Gedächtnisprotokoll:

13.30 bis 14.00 Uhr Baader schimpfte auf die Anwälte Plottnitz und Riedel, dann unterhalten sie sich über Prozess und Haftbedingungen.

Baader sagte: ›Warum ändert das Schwein dann nicht die

Haftbedingungen.‹ Ansonsten wurden Fragen auf Zettel geschrieben oder so leise gesprochen, dass man es nicht verstehen kann.

14.00 bis 14.30 Uhr Gespräch wurde sehr leise geführt. Der Name Croissant ist öfter gefallen. Nichts Konkretes zu verstehen. Baader: ›Miesterfeld, pass auf, du Schwein, ich mag keine Denunzianten …‹

15.00 bis 15.30 Uhr Als ich Oberwachtmeister Koutny ablöste, sagte Baader zu Meinhof und Ensslin: ›Der da ist es, der hat eine besondere Aufgabe …‹

Zwischenfrage von Ensslin: ›Wie heißt der denn?‹ Baader: ›Der ist bestimmt von Bonn eingesetzt.‹

Meinhof sagte etwas Unverständliches. Baader: ›Diese Bullen, dieser kleinkarierte Miesterfeld, die vollgefressenen Knastsäcke.‹ Darauf die Meinhof: ›Ja, ja, die sind total verknastet.‹ Die sonstige Unterhaltung war kaum verständlich. Es fielen des Öfteren Worte wie Kuba, CIA, Unterdrücker usw.«

Als die »Abteilung 3«, der Terroristentrakt, in Stammheim eingerichtet worden war, hatte die Pressestelle des Justizministeriums eine Erklärung abgegeben, dass dort »besonders zuverlässige und ausgewählte Beamte« Dienst verrichteten. Seitdem war das Verhältnis zwischen den Baader-Meinhof-Bewachern und ihren Kollegen aus den anderen Abteilungen der Anstalt getrübt.

Von den Kollegen scheel angesehen, von den Gefangenen nicht selten übel beschimpft, waren die Vollzugsbeamten im siebten Stock besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt. Einer von ihnen erlitt einen Nervenzusammenbruch und musste abgelöst werden. Andere schrieben gelegentlich Ersuche um Versetzung und konnten nur durch gutes Zureden der Anstaltsleitung dazu bewogen werden, weiter in der dritten Abteilung Dienst zu tun.

»Die Beamten mussten sämtliche Arbeiten dort oben verrichten«, sagte der Beamte Bubeck vor dem Stammheimer Untersuchungsausschuss. »Sie mussten also, wenn ich an den Hungerstreik denke, über Monate hinweg Tag für Tag die Gefangenen mit Gewalt aus der Zelle holen, sie auf die Trage legen, festschnallen. Nachher mussten sie sie dann genau wieder versorgen und betreuen. Im normalen Vollzug würden das andere Bedienstete machen.«

Als besonders belastend empfand Bubeck die intellektuelle Überlegenheit der RAF-Gefangenen.

15.
Ulrike Meinhof über die Möglichkeit und Unmöglichkeit des Aussteigens
(41. Tag, 28. Oktober 1975)

Zu Beginn des 41. Verhandlungstages erläuterte der Vorsitzende, wie er sich nun, nachdem die Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten feststehe, den weiteren Ablauf des Prozesses vorstelle: »Den Angeklagten steht es frei, an der Verhandlung teilzunehmen, solange sie sich dazu imstande fühlen.« Die Verteidiger stellten einen neuen Befangenheitsantrag.

»In diesem Zusammenhang muss von einer Kriegserklärung der abgelehnten Richter den Gefangenen gegenüber gesprochen werden«, führte von Plottnitz aus. »Jedoch gäbe es für den Fall des Krieges immerhin die Genfer Konvention, deren Vorschriften die Gefangenen vor dem zu schützen hätten, was dem Beschluss der abgelehnten Richter zufolge rechtens sein soll: die vorsätzliche Zerstörung ihrer Gesundheit. Die von dem Gutachter genannte Gefahr, dass sich der gesundheitliche Zustand der Gefangenen bei Fortdauer ihrer Isolation verschlechtern werde, kümmert die Richter nicht, haben sie doch ihre eigene Verantwortung für die Zerstörung der Gesundheit der Gefangenen längst auf die Gefangenen selbst abgewälzt.«

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Bundesgerichtshof alle Beschwerden gegen die Haftbedingungen zurückgewiesen habe. Auch die weitgehende Isolierung – allein oder in kleinen Gruppen – habe das höchste Gericht für zulässig erklärt mit der Begründung, die Gefangenen seien gefährlich, schon allein deswegen, weil sich jeder von ihnen rückhaltlos zu den Zielen bekenne.

»Das ist Gesinnungsjustiz«, meinte Ulrike Meinhof. »Es ist absurd zu behaupten, wir würden die Ordnung in der Haftanstalt stören. Wie, wann, wo? Wie sollten wir jemals die Ordnung in der Haftanstalt gestört haben, wo wir nie, exakt noch nie, in dreieinhalb Jahren mit anderen Gefangenen im Gefängnis gesprochen haben?«

Und dann wies Ulrike Meinhof auf ein Dilemma hin, das auch viele Beobachter von außen erkannt hatten. Niemand aber hatte erwartet, dass ein Gefangener aus dem »harten Kern« der Baader-Meinhof-Gruppe darüber

sprechen würde.

»Wie kann ein isolierter Gefangener den Justizbehörden zu erkennen geben – angenommen, dass er es wollte –, dass er sein Verhalten geändert hat? Wie? Wie kann er das in einer Situation, in der bereits jede, absolut jede Lebensäußerung unterbunden ist? Dem Gefangenen in der Isolation bleibt, um zu signalisieren, dass sich sein Verhalten geändert hat, überhaupt nur eine Möglichkeit, und das ist der Verrat. Eine andere Möglichkeit, sein Verhalten zu ändern, hat der isolierte Gefangene nicht. Das heißt, es gibt in der Isolation exakt zwei Möglichkeiten: Entweder …«

Der Vorsitzende unterbrach sie: »Frau Meinhof, es ist kein Zusammenhang mehr zum Ablehnungsantrag zu sehen.«

Ulrike Meinhof fuhr fort: »Entweder Sie bringen einen Gefangenen zum Schweigen …«

Wieder unterbrach sie der Richter.

»… das heißt, man stirbt daran, oder Sie bringen einen zum Reden. Und das ist das Geständnis und der Verrat. Das ist Folter, exakt Folter, durch Isolation, definiert an diesem Zweck, Geständnisse zu erpressen, den Gefangenen einzuschüchtern, um ihn zu bestrafen und um ihn zu verwirren.«

Prinzing entzog Ulrike Meinhof das Wort.

Offenbar hatte der Vorsitzende nicht bemerkt, wie weit sich Ulrike Meinhof damit von der Gruppe entfernt hatte. In der »Rote Armee Fraktion« waren Zweifel gleichbedeutend mit Verrat. Schon die Überlegung, auszusteigen, war so viel wie der Ausstieg selbst.

Am nächsten Tag wurde Rechtsanwalt von Plottnitz als Verteidiger von Jan-Carl Raspe entpflichtet. Um seinen Mandanten nicht gänzlich ohne Vertrauensverteidiger zu lassen, verteidigte von Plottnitz seinen Mandanten zunächst auf eigene Kosten weiter.

Am 9. November 1975 erhielten die Gefangenen die Erlaubnis, die Zellenbeleuchtung bis 23.00 Uhr anzulassen. Für Silvester erhielten sie »Lichtverlängerung« bis 0.30 Uhr.

Im Normalfall wurde die Hochsicherheitsabteilung in der Nacht nur einmal um 23.00 Uhr betreten. Die Vollzugsbeamten öffneten die Klappen an den Zellentüren und forderten die Häftlinge auf, ihnen die am Morgen verteilten Neonröhren und Glühbirnen auszuhändigen. Meistens gaben die Gefangenen die Leuchtkörper wortlos heraus. In die Zellen konnten die Beamten dabei nicht sehen, weil die Häftlinge an den Innenseiten der Türen Landkarten oder

Vorhänge befestigt hatten.

Doch nicht nur die Leuchtkörper in den Zellen der gefangenen RAF-Mitglieder in Stammheim unterlagen einer strengen Kontrolle. Auch ihre elektronischen Geräte wurden regelmäßig sorgfältig untersucht. Dazu zogen die baden-württembergischen Sicherheitsbehörden eigens eine Institution heran, deren Existenz damals in der Öffentlichkeit vollkommen unbekannt war: die Ingenieurgruppe des Bundesinnenministeriums. Die »Ing.-Gruppe des BMI« war eine hochgeheime Sondereinheit der ebenfalls streng geheim gehaltenen »Gruppe F« (für Fernmeldewesen) des Bundesgrenzschutzes, zuständig vor allem für die Funkaufklärung, vergleichbar mit der NSA, der National Security Agency, dem hochgeheimen elektronischen Aufklärungsdienst der USA.

Die »Ingenieurgruppe des BMI« hatte ihren Sitz in Swisstal-Heimerzheim, ganz in der Nähe von Hangelar, wo sie zuvor gemeinsam mit der GSG 9, der Antiterrortruppe des Bundesgrenzschutzes, residiert hatte. In einem BKA-Bericht vom 10. November 1976 über die »Möglichkeit, mit Radio-, Fernseh-, Schallplattengeräten und Kassettenrecordern Funksignale oder funkähnliche Signale zu geben oder zu empfangen«, wurde ein Bericht der Ingenieurgruppe des BMI vom 16. Dezember des Vorjahres zitiert. Darin hieß es, dass Gewalttäter keine Rundfunkgeräte mit Kurzwellen- oder UKW-Empfang zur Verfügung haben sollten. Senden mit Hilfe von Schallplattenspielern sei nicht möglich. Zum Empfangen von Signalen, auch von Sprache, seien sie dagegen geeignet. Die Aushändigung von Geräten solle nur in begründeten Ausnahmefällen genehmigt werden.

Dann wurden bisherige Erkenntnisse aufgelistet. Bei der »Überprüfung der an alle anarchistischen Gewalttäter« in der JVA Hamburg ausgehändigten Geräte durch die Ing.-Gruppe des BMI sei im Dezember 1975 festgestellt worden, dass einige Geräte »so verändert waren, dass der Empfang von Polizeifunk möglich war und bei zwei Geräten auch Sprechfunk« funktionierte.

Bei der Durchsuchung der Zelle eines »anarchistischen Gewalttäters« in Stuttgart sei bei der Überprüfung des Radios festgestellt worden, dass damit der gesamte Polizeifunk des Landes Baden-Württemberg abzuhören war. Und dann heißt es in dem Papier: »Anlässlich der Flugzeugentführung nach Uganda wurde die Zelle der Ensslin durchsucht. In einem halbgefüllten Kaffeeglas wurde ein Mikrofon und ein Ohrlautsprecher gefunden.«

Zu welchem Zweck Gudrun Ensslin Mikrofon und Kopfhörer in ihrer Zelle

hatte, darüber machten sich die geheimdienstlichen Elektroniker wohl keine Gedanken, und es findet sich auch keine Bemerkung dazu. Genauso wenig ist festgehalten, ob man Gudrun Ensslin die Geräte wieder ausgehändigt hat. Jedenfalls schlug das BKA auf Anregung des Landeskriminalamtes Stuttgart vor, in Zukunft alle Radio- und Fernsehgeräte, die sich »im Besitz anarchistischer Gewalttäter befinden, von Zeit zu Zeit oder aus gegebener Veranlassung von der Ingenieurgruppe des Bundesministers des Innern« überprüfen zu lassen, »die sich hierfür angeboten hat«.

So war offenbar die geheimste, am besten ausgebildete und auf elektronische Technik spezialisierte Gruppe des Bundesgrenzschutzes mit der Kontrolle der Radios, Verstärker, Plattenspieler und Fernseher der RAF-Gefangenen beauftragt worden. Kaum zu glauben, dass die Experten für elektronische Kommunikation nicht gemerkt haben wollten, dass die Geräte der Gefangenen im Hochsicherheitstrakt von Stammheim zu einer perfekt funktionierenden Gegensprechanlage von Zelle zu Zelle umgebaut worden waren.

Die folgenden Ereignisse in Stammheim lassen nur einen logischen Schluss zu: Man wollte, dass die Gefangenen miteinander kommunizieren konnten.

Meldung Stammheim vom 16. Dezember 1975:

»Umschluss 10 Minuten überzogen. Baader beleidigt Kollegen: ›Ratte, habt bloß Scheiße im Kopf.‹ Sonst keine Vorkommnisse.«

Meldung vom 28. Dezember 1975:

»Viererumschluss statt Hofgang. 15 Minuten überzogen. Nach Beendigung des Umschlusses betitelte uns Baader als Weihnachtsmänner. Wörtlich sagte Baader zur Meinhof: ›Wenn die Weihnachtsmänner vor mir stehen, kann ich nicht denken.‹ Sonst keine Vorkommnisse.«

Der Umschluss auf dem Flur wurde von Justizbeamten überwacht. Diese beklagten sich von Zeit zu Zeit bei ihren Vorgesetzten. So schrieb Amtsinspektor Götz am 9. Februar 1976 an den Vorstand der Vollzugsanstalt:

»Die zurzeit praktizierte optische Überwachungsmöglichkeit beim Umschluss der Baader-Meinhof-Gefangenen ist unmöglich und widerspricht in gröbster Weise der Sicherheit und Ordnung.

Die vier Gefangenen Baader, Meinhof, Ensslin und Raspe sitzen bzw. liegen auf Teppichen im kleinen abgeteilten Flur des kurzen Flügels der ›Abteilung 3‹ im hinteren rechten Eck auf dem Boden.

Davor steht ein Tisch mit vier Stühlen, der mit an den Wänden aufgestellten Bücherregalen abschließt. Hinzu kommt, dass die Deckenleuchte darüber mit Packpapier abgedunkelt ist.

Aus der hier kurz geschilderten Sachlage ist es unmöglich, den Umschluss optimal zu überwachen. Um dies korrekt durchführen zu können, muss der oder die Überwachenden bis an den aufgestellten Tisch gehen, um die vier Gefangenen zu sehen. Bei dieser Gelegenheit werden dann vonseiten der Gefangenen Beschimpfungen übelster Art ausgesprochen …«

In einer Stellungnahme zum Antrag der Verteidigung im Stammheimer Prozess, den Umschluss bis 22.00 Uhr auszudehnen, schrieb Regierungsdirektor Schreitmüller:

»Es ist einmalig im Vollzug der Untersuchungs- bzw. Strafhaft in der Bundesrepublik, dass täglich weibliche und männliche Gefangene mehrere Stunden zusammen in einem Raum verbringen. Nicht von ungefähr müssen … weibliche Gefangene von männlichen Gefangenen streng getrennt gehalten werden. Grund dieser Regelungen ist, sexuelle Kontakte zwischen weiblichen und männlichen Gefangenen zu unterbinden.

Bei den obigen Gefangenen muss während der Zeit des Umschlusses die Gefahr eines solchen Kontaktes zwischen ihnen durch optische Überwachung ausgeschaltet werden. Da der Raum, in welchem die Gefangenen sich während des Umschlusses aufhalten, von ihnen noch künstlich verdunkelt wurde – angeblich ist das Licht für ihre durch den Hungerstreik geschwächten Augen nicht erträglich, weshalb die Neonröhren z.T. mit Papierstreifen abgedeckt wurden –, ist eine optische Überwachung für die Beamten sehr anstrengend …«

Am 13. Januar 1976 verlasen die Angeklagten im Prozess lange politische Erklärungen, in denen sie sich dazu bekannten, Mitglieder einer Stadtguerillagruppe zu sein. Sie übernahmen die »politische Verantwortung« für die ihnen zur Last gelegten Sprengstoffanschläge, wollten sich aber zum strafrechtlichen Teil nicht äußern.

Danach erst begann der eigentliche Prozess:

Ende Januar trat der Metallbildner Dierk Hoff, aus dessen Werkstatt die RAF-Bomben stammten, als Zeuge auf und belastete die Angeklagten. Im Februar wurden die Bekennerbriefe zu den verschiedenen Anschlägen verlesen. Dann begann die Beweisaufnahme zu dem Anschlag auf die Heidelberger Kaserne der US-Armee.

Anfang März sagten Zeugen zum Bombenattentat auf die Augsburger Polizeidirektion aus, anschließend ging es um den Anschlag auf das Bayerische Landeskriminalamt in München.

Während dieser Prozessphase waren die Angeklagten nur selten im Gerichtssaal.

16.
»Eine Verteidigung in der Agonie«
(85. Tag, 9. März 1976)

Die Bank der Verteidiger war nur dürftig besetzt. Die meisten Vertrauensanwälte hatten Vertreter geschickt, nur die »Zwangsverteidiger« waren nahezu vollzählig erschienen.

Ulrike Meinhof meldete sich zu Wort. Während Andreas Baader den Sitzungssaal verließ, stellte sie einen Ablehnungsantrag gegen den Vorsitzenden: »Seit zwei Monaten ist es praktisch nur noch einer, gegen den das ganze Verfahren gedreht und gesteuert wird, nämlich gegen Andreas. Und ganz sicher mit dem Ziel, die Ermordung von Andreas propagandistisch vorzubereiten.«

Das Gericht entzog Ulrike Meinhof das Wort.

Gudrun Ensslin schloss sich dem Antrag an: »Der Grund hat seine Evidenz hier unmittelbar in den leeren Stühlen vor uns.« Sie deutete auf die spärlich besetzte Verteidigerbank. »Prinzing ist es gelungen, die Verteidigung zu zerschlagen. Geschafft hat er das mit zwölf Ausschlüssen, mit Ehrengerichtsverfahren, Disziplinarverfahren, Entpflichtungen. Das weiß man alles. Und worum es sich hier jetzt noch handelt, ist eine Verteidigung in der Agonie.«

Der Vorsitzende unterbrach sie: »Sie haben jetzt nicht die Möglichkeit, Dinge aufzuwärmen, die dadurch nichts an Glaubwürdigkeit gewinnen, dass Sie sie bei jedem Anlass hier ständig wiederholen.«

Gudrun Ensslin fuhr fort: »Sie werden hier abgelehnt in Ihrer Funktion als Staatsschutzrichter. Als solcher haben Sie es geschafft, die Verteidigung hier in die Agonie zu treiben. Worum es sich hier noch handelt, ist eine Verteidigung, die krank ist, die unvorbereitet ist, die physisch und psychisch ruiniert ist.«

Meldung Stammheim vom 6. April 1976:

»Bei der heutigen Mittagessen-Ausgabe im Mehrzweckgebäude an den Untersuchungsgefangenen Baader nahm dieser den mit Reis, Soße und

Schaschlik gefüllten Plastikteller von mir entgegen und warf diesen unmittelbar neben mich an die Zellenwand. Durch herumspritzende Essensreste wurden mein Diensthemd und Diensthose ziemlich stark beschmutzt.«

Ab dem 20. April 1976 sagten Zeugen zum Bombenanschlag auf das Hamburger Verlagsgebäude des Springer-Konzerns aus, bei dem Arbeiter und Angestellte zum Teil schwer verletzt worden waren.

Die Angeklagten blieben den Vernehmungen der Bombenopfer fern.

17.
»… weil du kaputt sein willst«

Fast vier Jahre waren seit der Festnahme der Angeklagten vergangen. Vier Jahre Haft, davon drei Jahre in mehr oder weniger strenger Isolation. Dann zu viert zusammengesperrt im siebten Stock der Vollzugsanstalt Stammheim.

Die Auseinandersetzungen in der Gruppe verschärften sich, vor allem zwischen Ulrike Meinhof und den anderen. Gefängnisbeamte hatten manchmal beobachtet, wie Andreas Baader Texte Ulrike Meinhofs zerriss und sie ihr mit dem Wort »Scheiße« zurückgab.

Im März und April 1976 eskalierte der Konflikt mit Gudrun Ensslin. Aus einigen Zellenkassibern, die später von BKA-Beamten beschlagnahmt wurden, kann das Zerwürfnis zwischen den beiden Frauen in Bruchstücken rekonstruiert werden.

In einem der Briefe beschrieb Gudrun Ensslin, wie der Streit zwischen ihr und Ulrike Meinhof ständig ablief. Es ging um die Akten des Kronzeugen Karl-Heinz Ruhland, die Ulrike Meinhof von Rechtsanwalt Ströbele anfordern sollte. Das war im März 1976; Ruhland hatte gerade dem »Spiegel« ein Interview gegeben.

Gudrun Ensslin erhielt Ulrike Meinhofs Schreiben vor dem Abschicken zur Kontrolle: »Weil das Ding von Ulrike optisch einen verlotterten«, sie korrigierte sich, »kaputten Eindruck macht, tippe ich es bevor ich es rausgebe noch mal ab und lasse dabei eine Schlussfloskel weg, weil sie nicht mehr unser Verhältnis zu Ströbele ausdrücken konnte. Und streiche auch zwei oder drei dieser knieweichen, ihrer Funktion nach zeitraubenden, ihrem Charakter nach luxuriösen Füllwörter wie ›eben‹ weg. Die können auch Mittel sein: Muss man nur beherrschen können, d.h., sie müssen eben Präzision vermitteln.« Ihr eigenes »eben« strich die ehemalige Germanistikstudentin wieder weg; schließlich hatte sie es eben bei Ulrike Meinhof kritisiert.

Ohne Ulrike Meinhof den neugetippten Brief zu zeigen, schickte Gudrun Ensslin ihn ab. Sie schrieb an Baader: »Hinterher zu Ulrike, dass ich es getippt und was weggelassen habe. Warum mache ich das? Der Zweck

meines Erzählens [war], Ulrike zu quälen, indem ich ihr Quälerei zurückgebe. Auge um Auge.«

In einem weiteren Brief an Baader schrieb sie über Ulrike Meinhof: »Sie ist misstrauisch und mehr als das: argwöhnisch. Sie bezweifelt, was ich sage bzw. antworte, weil es nicht nur gelogen sein könnte, sondern ihrer Meinung nach gelogen ist.«

Zu den Beziehungen in der Gruppe meinte sie: »Der Mechanismus des Ganzen ist, dass dem Druck aus den Fehlern, der unbegriffenen Scheiße, die ich in den Jahren laufen gelassen habe … ich nicht gewachsen sein kann, nicht gewachsen bin. Und das ist der Punkt: … weil objektiv … dem überhaupt nur ein altes Schwein gewachsen sein kann.« An den Rand kritzelte Gudrun Ensslin: »Ich habe genug.«

Die Beziehungen, vor allem zwischen Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin, waren in diesem Frühjahr 1976 offenbar auf dem Nullpunkt. Während die Gruppe im Prozess nach außen hin Einheit demonstrierte, bekämpften sich die beiden Frauen in der Haftanstalt voll Erbitterung. Bei einem Besuch ihrer Schwester am 29. März hatte sich Ulrike Meinhof – nach Aufzeichnungen der für die Besuchsüberwachung zuständigen Kriminalbeamten – darüber beklagt, dass die übrigen Gruppenmitglieder ihr falsche Informationen gäben oder sie völlig davon abschnitten.

Vor allem die Kritik an ihrer Arbeit als »Stimme der RAF« und Gudrun Ensslins eigenmächtige Veränderung ihrer Briefe und Texte, die sie wohl eher als Zensur verstand, schürten den Konflikt.

»Angst ist reaktionär«, überschrieb Ulrike Meinhof einen ihrer Briefe an die anderen.

»Das Einzige, was mich schon ziemlich lange hindert, vorzuschlagen, dass Jan statt Gudrun mein Zeug kontrolliert, ist Angst. Ich glaube nicht, dass sie sie besser aushält als ich. Ich blick da nicht durch oder will da nicht durchblicken. Es geht mich nichts an.

Aber ich halte es nicht aus.«

An Gudrun Ensslin schrieb sie: »Es geht nicht. Entweder Du würgst mir, wenn ich mal Luft kriege, was rein, was tage- und wochenlang wirkt, oder, so kommt es mir vor, Du erstickst. Das ist die Struktur, in der wir nach wie vor zappeln und in der ich dauernd am Rand bin, ihr Provokateur zu sein, was ich bin, wenn ich einknicke: Ein Kretin ist ein Provokateur. Das ist objektiv. So geht es auch nicht um einen Vorwurf, eben nicht um Schuld. Aber das alles schreit nach Lösung.«

Gudrun Ensslin an die anderen:

»Ich sehe das so:

1. gibt es die Tatsache, dass ich zu oft nicht kritisieren kann,

2. gibt es die Tatsache, dass Ulrike von mir nicht kritisiert werden will und ob überhaupt von irgendeinem Menschen außer Andreas – mal sehen.«

Ulrike Meinhof antwortete ihr: »Ich weiß nicht, warum Du das machst, Dich auf Fehler von mir zu stürzen und davon immer wieder anfangen. Ich halte das nicht aus.«

Gudrun Ensslin dazu: »Ich bin keine Hexe. Aber ich bin inzwischen manchmal brutal.« Über Ulrike Meinhofs »Wühlen in der Scheiße« schrieb sie: »Was Du mit diesem Rattendreh vermitteln kannst, ist nur, dass Du dieses Transportmittel benutzt, weil Du kaputt sein willst.«

So sah es also Gudrun Ensslin: Ulrike Meinhof *wollte* kaputt sein. Vielleicht war »Kaputtsein«, war die Selbstzerstörung tatsächlich für sie der einzige Weg, aus der Kampfgemeinschaft »Rote Armee Fraktion« auszusteigen. Zweifel, »Wühlerei in der Scheiße« konnten bei Gudrun Ensslin, die Zweifel nicht hochkommen ließ, nur »Desinteresse und Kälte«, wie sie es formulierte, hervorrufen. Zweifel war persönliches Versagen, war Verrat. Oder, wie sie schon ein Jahr zuvor an Ulrike Meinhof geschrieben hatte: »Du machst den Bullen die Tür auf – das Messer im Rücken der RAF: Bist Du, weil Du nicht lernst …«

Die weiteren schriftlichen Auseinandersetzungen im siebten Stock der Vollzugsanstalt Stammheim liefen nicht einmal mehr direkt zwischen den beiden Frauen ab. In einem Brief an Baader schrieb Gudrun Ensslin über einen Streit mit Ulrike Meinhof im Prozessgebäude:

»Dann bin ich geplatzt und habe ihr erklärt, dass sie das lassen soll, mich anzufallen, elitär zu sein und mir gleichzeitig verbieten zu wollen, mich zu wehren.

Da stand sie kochend auf und ging zur Tür, und ich hatte wirklich gebrüllt vor Wut. Gesagt, ob sie denn nicht merken würde, dass sie will, dass ich kippe – mit dieser Methode: Hammer, um dann die Unschuld zu spielen.«

Ulrike Meinhof schrieb:

»Das ist nicht mystisch, wenn ich sage, ich halte das nicht mehr aus.

Was ich nicht aushalte, ist, dass ich mich nicht wehren kann. Also, es laufen einfach ein Haufen Sachen durch, ich sage nichts, aber ich knalle an die Decke, über ihre Gemeinheit und Hinterhältigkeit.

Und es kommt mir so vor, als wäre das längst ein Deal, den ich aber nicht mitmache.

Gudrun weiß, dass ich nichts sage, wenn sie lügt. Es bleibt auch dabei, aber ich halte es nicht aus.

Wie soll ich je zu mir kommen, wenn ich gleichzeitig gezwungen bin, mit dem Schweinebild, das sie von mir im Kopf hat, zu koexistieren?« Als Gudrun Ensslin diesen Brief gelesen hatte, schrieb sie an den Rand: »Projektion, Paranoia, Schwein«.

Ende April 1976 hörte der Vollzugsbeamte Horst Bubeck aus dem »kurzen Trakt« des siebten Stocks, wo die Gefangenen gerade im Umschluss saßen, schallendes Gelächter. Er schloss die Tür auf und traf auf seinen Kollegen Stoll.

»Guck mal, wie die Meinhof heut aussieht«, sagte Stoll.

Bubeck betrat den Trakt. Alle, bis auf Ulrike Meinhof, bogen sich vor Lachen. Bubeck konnte zuerst nicht erkennen, was der Grund für die plötzliche Heiterkeit war. Ulrike Meinhof stand stumm und gebeugt, mit gesenktem Kopf zwischen ihren lachenden Genossen. Sie trug eine klatschmohnfarbene, leuchtend rote Bluse, die der Beamte noch nie an ihr gesehen hatte. Sonst hatte sie immer ihre abgewetzten Jeans und einen grauschwarzen Pullover getragen. Die rote Bluse war offenbar der Grund für das Gelächter. Bubeck kam ins Grübeln. Später fragte er sich, ob Ulrike Meinhof »durch den roten Farbtupfer signalisieren wollte, dass sie nicht mehr dazugehörte, dass sie sich sozusagen von der Truppe namens RAF entfernt hatte«.

Als Horst Bubeck den »kurzen Trakt« verließ, hörte er noch, wie Ulrike Meinhof nach dem diensthabenden Beamten rief: »Ich will wieder rein.«

Dann verschwand sie in ihrer Zelle.

Bubeck fand, dass Ulrike Meinhof zunehmend verwirrt schien. Beim Sprechen lallte sie, hatte Orientierungsprobleme, konnte sich selbst in ihrer kleinen Zelle nicht mehr zurechtfinden. Manchmal, so hatte er beobachtet, lief sie in irgendeine Ecke und blieb dort stehen. Sie sei zunehmend vereinsamt, kam immer seltener zum Umschluss aus ihrer Zelle und absolvierte ihren Hofgang auf der überdachten und vergitterten Terrasse über dem siebten Stock vorwiegend allein.

Auch der Gefängnispfarrer Peter Rieder merkte, dass Ulrike Meinhof von den übrigen Gruppenmitgliedern geradezu gemobbt wurde: »Ich hab die manchmal im Rudel sitzen sehen dahinten, und haben da herumdiskutiert und

ihre Papiere gehabt, und hab mitbekommen, wie der Baader ›Fette Sau‹ oder irgendeinen unflätigen Ausdruck benützt hat zur Frau Meinhof. Also, ich hab nur das Bild vor mir, wie sie wie ’n Schaf wegtrottet und sich nicht gestellt hat oder so was, sondern aufsteht, Kopf senkt und in ihre Zelle verschwindet.«

Ulrike Meinhof hielt die Situation nicht mehr aus. Nicht die jahrelange Isolation, nicht die Konflikte im Innern der Gruppe, wohl auch nicht das Einstehen für eine Politik, an die sie anscheinend nicht mehr wirklich glaubte.

Der stellvertretende Amtsleiter Schreitmüller: »Ich war darüber erschüttert, welch ein offensichtlicher Persönlichkeitswandel bei Ulrike Meinhof vorgekommen ist. Wenn man sie auf Bildern sah, wie sie früher ausgesehen hat, und hat sie nun in der Haft gesehen, wie sie total vernachlässigt war, wie sie sich auch nicht mehr um irgendetwas, um ihr Äußeres gekümmert hat, sie war völlig ungepflegt und war richtig äußerlich ein gebrochener Mensch.«

Der Vorsitzende Richter Prinzing später: »Ich sehe das Bild vor mir, wie sie im Grunde genommen mit einem gewissen Abstand in der Anklagebank zu den anderen saß, keinen Kontakt hatte zu ihnen, nie in irgendwelche Gespräche mit ihnen getreten ist, soweit ich jedenfalls das beobachten konnte, sondern eher einen, na, ich möchte sagen, fast verschüchterten Eindruck gegenüber den anderen machte. Sie war für mich im Prozess bereits resigniert.«

18.
Ende der Gemeinsamkeit
(106. Tag, 4. Mai 1976)

Die Angeklagten traten zum ersten Mal seit langer Zeit wieder gemeinsam auf. Um 14.09 erschienen Baader, Raspe, Ensslin und Meinhof im Prozesssaal. Für einen Monat, vom 10. März bis zum 10. April, war Ulrike Meinhof ausgeschlossen gewesen, danach war sie der Verhandlung freiwillig ferngeblieben.

Die Verteidiger hatten an diesem 4. Mai 1976 einen ganzen Stapel Beweisanträge mitgebracht, um, wie es die Angeklagten zuvor einmal formuliert hatten, »den Prozess auf die politischen Füße zu bringen«.

Bevor Schily und seine Kollegen mit der Verlesung der Beweisanträge begannen, verließen Ensslin und Meinhof gemeinsam um 14.24 Uhr den Sitzungssaal. Nach einer halben Stunde kam Gudrun Ensslin zurück. Ulrike Meinhof betrat den Verhandlungssaal nie wieder.

Sie hörte nicht, wie ihre Verteidiger beantragten, als Zeugen zu vernehmen: den früheren US-Präsidenten Richard M. Nixon, den früheren Verteidigungsminister der US-Regierung, Melvin Laird, außerdem Willy Brandt, Helmut Schmidt, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Walter Scheel …

Die beantragte Beweiserhebung solle ergeben, dass die Regierungen der USA durch ihr militärisches Eingreifen in Vietnam und Kambodscha Völkerrechtsverbrechen begangen, dass sie auch vom Boden der Bundesrepublik aus operiert hätten und dass demnach die Rechtsfrage entscheidungserheblich sein könne, ob seinerzeit »Gewaltanwendung gegen bestimmte militärische Einrichtungen der USA auf dem Territorium der Bundesrepublik, so Bombenangriffe auf US-Stützpunkte in Frankfurt und Heidelberg, gerechtfertigt waren«.

Die Anwälte blätterten zur Begründung ihrer Anträge das gesamte Grauen des Indochinakrieges auf.

Als die Verteidiger ihre Anträge verlesen hatten, setzte Jan-Carl Raspe zu einer Erklärung an: »Wir akzeptieren diese Anträge, wir haben sie auch zum

Teil konzipiert. Das heißt also formal, dass wir uns diesen Anträgen anschließen. Wir halten sie für korrekt. Aber natürlich fassen wir unsere Politik nicht in völkerrechtliche Kategorien … Was hier im absurden Versuch, revolutionäre Politik zu verurteilen, nur rauskommen kann, ist ein System von Lügen, falschen Aussagen …«

Der Vorsitzende entzog Raspe das Wort.

Dann war Andreas Baader an der Reihe: »Die Anträge sind möglich, weil sie zwei Zusammenhänge vermitteln. Sie fassen erstens, wenn das überhaupt juristisch möglich ist, die Widersprüche, aus denen diese Politik [der RAF] sich entwickelt hat … Die Anträge werden unmittelbar natürlich hilflos sein. Tatsächlich hat gegenüber der verdeckten Konzeption dieses Verfahrens ein faschistischer Militärgerichtsprozess wenigstens die Würde der Eindeutigkeit einer Maßnahme, die sich zu ihren Mitteln bekennen kann.«

Nach Baader ergriff Gudrun Ensslin das Wort:

»Wenn uns an der Sache 72 etwas bedrückt, dann das Missverhältnis zwischen unserem Kopf und unseren Händen.

Wir wären militärisch gern effizienter gewesen. Hier noch mal einfach: Wir sind auch verantwortlich für die Angriffe auf das CIA-Hauptquartier und das Hauptquartier des 5. US-Corps in Frankfurt am Main und auf das US-Hauptquartier in Heidelberg.

Insofern wir in der RAF seit ’70 organisiert waren, in ihr gekämpft haben und am Prozess der Konzeption ihrer Politik und Struktur beteiligt waren.

Insofern sind wir sicher auch verantwortlich für Aktionen von Kommandos – zum Beispiel gegen das Springer-Hochhaus, von denen wir nichts wussten, deren Konzeption wir nicht zustimmen und die wir in ihrem Ablauf abgelehnt haben.«

Fast auf den Tag genau vier Jahre zuvor waren bei dem Anschlag der RAF auf das Hamburger Druckhaus des Axel Springer Verlages siebzehn Arbeiter und Angestellte verletzt worden. Den Bekennerbrief hatte Ulrike Meinhof geschrieben.

Als Gudrun Ensslin sich von dem Attentat distanzierte, erschienen in der Bundesrepublik seit einer Woche keine Zeitungen. Die Drucker streikten zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik.

Als Einzige der vier Stammheimer Angeklagten gab Ulrike Meinhof an diesem zentralen Prozesstag keine Erklärung ab. Sie hörte sich die vorbereiteten Bekenntnisse ihrer Mitkämpfer zu den Anschlägen der RAF

auch nicht an. Ulrike Meinhof blieb in ihrer Zelle.

Wenn es stimmt, was Ermittlungen der Polizei ergeben hatten, dass nämlich Ulrike Meinhof zumindest mitverantwortlich für den Anschlag auf das Hamburger Springer-Haus war, dann gibt es kaum Zweifel, *warum* sie nicht wieder im Prozesssaal erschien. Die geplante Distanzierung Gudrun Ensslins vom Springer-Attentat musste auf sie wie die öffentliche Aufkündigung der Solidarität wirken.

Vier Tage später war Ulrike Meinhof tot.

19.
Der Tod der Ulrike Meinhof

Samstag, 8. Mai 1976, Jahrestag des Kriegsendes. Noch immer streikten die Drucker. Der folgende Sonntag war Muttertag. All diese Umstände wurden später zur Deutung dessen herangezogen, was in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai im siebten Stock der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim geschah.

Am Sonntagmorgen um 7.34 Uhr öffneten zwei Beamte die Zelle 719. Am Gitter ihres linken Zellenfensters, das Gesicht der Tür zugewandt, hing Ulrike Meinhof. Sechs Minuten später war Gefängnisarzt Dr. Helmut Henck zur Stelle. Er konstatierte, dass »der Körper schon total ausgekühlt« war, auf den Armen der Toten sah er »zahlreiche Leichenflecke«. Erst um 10.30 Uhr wurde der Leichnam vom Fenstergitter abgenommen. Bis dahin drängten sich mehr als ein Dutzend Polizeibeamte in der Zelle, sammelten Spuren, fotografierten jeden Winkel.

Die Ermittlungsbeamten rekonstruierten, wie Ulrike Meinhof gestorben sein musste: Sie hatte eines der blau-weißen Anstaltshandtücher in Streifen gerissen, aneinandergeknotet und daraus einen Strick gedreht. Dann schob sie ihr Bett unter dem Fenster zur Seite, legte die Matratze vor das Fenster und stellte einen Schemel darauf. Sie band den Strick fest um ihren Hals, stieg auf den Schemel und schlang das Ende des Stricks durch das engmaschige Fenstergitter. Dann sprang sie.

Einen Abschiedsbrief hinterließ sie nicht, aber schon Monate zuvor hatte sie an den Rand eines Zellenzirkulars geschrieben: »Selbstmord ist der letzte Akt der Rebellion.«

Vielleicht war es am Ende auch eine Rebellion gegen die Gruppe, die sie selbst mit aufgebaut hatte. Ihr geschiedener Ehemann, »konkret«-Gründer Klaus Rainer Röhl, sagte den gemeinsamen Kindern: »Eure Mami ist heute tot, seit heute, sie hat sich aufgehängt.«

»Anders«, so sagte er später, »ging das nicht. Das war auch die einfachste Lösung. Warum soll man da lange drum herumreden?«

Die RAF redete von Mord, doch intern ahnten einige, der Freitod war Ulrike Meinhofs Ausweg aus der Gruppe gewesen. Das RAF-Mitglied Silke Maier-Witt später: »Das war im Grunde genommen eine schwierige Sache, zu verkraften, zu sehen, dass da jemand ausgestiegen war. Es gab so einen Moment des Zweifelns: Also, wenn sie als diejenige, die im Grunde genommen die RAF ja am stärksten verkörpert hat, also, wenn die aussteigt, was bedeutet das?«

Vielleicht aber nahm Ulrike Meinhof auch in die eigene Hand, was in dem von ihr so häufig zitierten »Lehrstück« von Bertolt Brecht die revolutionäre »Maßnahme« gegen potenzielle Verräter war: In dem Stück sagen Agitatoren dem jungen Genossen, er würde sie verraten, wenn er gefasst würde. Also müssten sie ihn erschießen und in die Kalkgrube werfen, es sei denn, er wüsste selbst einen Ausweg. Den wusste er nicht. Er bekannte, immer alles falsch gemacht zu haben, und deshalb wäre es besser, er sei nicht da. Die Genossen fragten ihn, ob er es allein machen wolle. Da bat er sie um Hilfe. Sie erschossen ihn und warfen ihn in die Kalkgrube, um danach zu ihrer Arbeit zurückzukehren.

Am Mittag wurde die amtliche Obduktion im Stuttgarter Bürgerhospital vorgenommen. Die Professoren Rauschke und Mallach entnahmen dem Schädel das Gehirn und dem Leib Organteile für die spätere feingewebliche Untersuchung. Um 17.00 Uhr stand für die Mediziner das Ergebnis fest: Suizid durch Strangulierung. Keine Fremdeinwirkung.

Am Dienstag nach Ulrike Meinhofs Tod wurde die Leiche auf Veranlassung ihrer Schwester und der Verteidiger nachobduziert. Professor Dr. Werner Janssen vom Institut für Gerichtliche Medizin und Kriminalistik der Universität Hamburg formulierte anschließend für das Protokoll: »Nach den verwertbaren Befunden der Nachsektion handelt es sich bei Frau Meinhof um einen Tod durch Erhängen. Nach den bisher vorliegenden Untersuchungsbefunden besteht kein Anhalt für Fremdeinwirkung.«

Später versuchte eine »Internationale Untersuchungskommission«, Zweifel an der Selbstmordversion zu wecken. Dazu unterzog sie die amtlichen Ermittlungsergebnisse einer neuen, kritischen Überprüfung. So habe, hieß es in ihrem Bericht, die Stuttgarter Kriminalpolizei bei einer chemischen Untersuchung des Schlüpfers der Toten bei ihrer »Sperma-Vorprobe im Zwickelbereich« eine positive Reaktion nachgewiesen. Das wiederum wurde

als Indiz für eine Vergewaltigung angesehen.

Ulrike Meinhof sexuell missbraucht, anschließend erwürgt und dann in eine Schlinge gehängt, um Selbstmord vorzutäuschen?

Tatsächlich war die »Sperma-Vorprobe« ein allgemein üblicher Phosphatase-Test, der dem Nachweis bestimmter Fermente dient. Von denen gibt es viele, nicht nur im Sperma, sondern in jedem Eiweiß und auch als Folge bakterieller Verunreinigung. Deshalb fällt ein solcher Test in der Mehrzahl der Fälle positiv aus. Nur wenn er negativ verläuft, erübrigen sich weitere Spezialanalysen. Bei Ulrike Meinhof wurden weitere mikrochemische und mikroskopische Untersuchungen vorgenommen, die den eindeutigen Befund ergaben, dass die Eiweißspuren keine Samenfäden waren.

Weiteres wesentliches Verdachtsmoment der »Untersuchungskommission« waren Länge und Beschaffenheit des Handtuchstreifens. Er sei, so meinten die Gutachter, so dick gewesen, dass er nicht ohne Hilfsmittel durch die nur neun mal neun Millimeter große Maschendrahtöffnung am Fenstergitter geschlungen werden konnte. Ein Hilfsinstrument, wie etwa eine Pinzette, sei aber nicht gefunden worden. Auch hätte ein schmaler Handtuchstreifen, das habe ein Experiment der anderen Stammheimer Gefangenen ergeben, nicht die Last des Körpers halten können.

Schließlich die Frage nach dem Motiv. Die »Untersuchungskommission« kam zum Ergebnis: »Das Fehlen eines Abschiedsbriefes ist ein entscheidender Faktor. Dieser spricht … entschieden gegen Selbstmord und steht auch im Gegensatz zu allem, was wir sonst über sie wissen. Sie hatte ihre Überzeugung nicht aufgegeben, wusste, dass sie noch Anhänger hatte, und es ist unvorstellbar, dass sie, ohne diesen ein erklärendes Wort zu hinterlassen, aus dem Leben geschieden wäre.«

Im engeren Kreis der RAF-Helfer außerhalb des Gefängnisses gab es trotz aller öffentlichen Erklärungen keinen Zweifel am Selbstmord Ulrike Meinhofs. So hatte Peter-Jürgen Boock Zellenkassiber entschlüsseln müssen, aus denen für ihn das Zerwürfnis der Gefangenen unübersehbar deutlich wurde. In den Auseinandersetzungen zwischen Gudrun und Ulrike habe Baader den »Schiedsrichter« gespielt, sich aber fast immer auf Gudruns Seite gestellt und ihr dadurch in der Gruppe ihre »dominante Stellung« gesichert. Nach Ulrike Meinhofs Tod seien die Betroffenheit und Trauer gespielt gewesen. In den Kassibern hätten sich die Stammheimer Gefangenen anders

über ihren Tod geäußert.

Boock konnte sich noch viele Jahre später an eine Stelle in einem der geheimen Zellenzirkulare erinnern, in der es sinngemäß geheißen hatte, Selbstmord sei »das Beste, was sie mit ihrem verkorksten Leben noch machen konnte«. Nach außen hin wurden den »Legalen« Informationen übermittelt, die eine Mordthese belegen sollten. So wurde von einem Gespräch zwischen Gudrun und Ulrike berichtet, bei dem Ulrike noch am Vorabend des Selbstmordes Zukunftspläne geschmiedet haben sollte. Boock später gegenüber der Bundesanwaltschaft: »Damit sollte gegenüber der Außenwelt der Eindruck erweckt werden, Ulrike Meinhof habe nicht aus dem Leben scheiden wollen.«

Boock selbst hatte ein zwiespältiges Verhältnis zum Selbstmord Ulrike Meinhofs. Einerseits waren Gudrun Ensslin und Andreas Baader für ihn »Heilige«. Er idealisierte sie und bewunderte, dass »sie so hart waren, den eigenen Tod oder den eines anderen in Kauf« zu nehmen. »Gleichwohl war ich seinerzeit schon im Zweifel, ob es bei der von mir bewunderten Härte von Andreas und Gudrun gerechtfertigt war, Ulrike Meinhof in den Tod zu treiben.«

20. »Kein Platz für Gedenkreden«

(109. Tag, 11. Mai 1976)

Am ersten Verhandlungstag nach dem Tod Ulrike Meinhofs herrschte wieder Gedränge vor dem mit Stacheldraht bewehrten Tor der Mehrzweckhalle. Im Schaukasten neben dem Eingang hing die Tagesordnung für diesen 109. Prozesstag. Der Name der Angeklagten Ulrike Meinhof war säuberlich durchgestrichen.

»Wir setzen das Verfahren gegen die Angeklagten Baader, Ensslin und Raspe fort«, erklärte der Vorsitzende. »Das Verfahren gegen Frau Meinhof ist infolge ihres Todes beendet; die Verteidigeraufträge sind damit erledigt. Ich darf mich für Ihre Mitwirkung bedanken.«

Die »Zwangsverteidiger« König und Linke standen auf und verließen den Saal. Dr. Prinzing wandte sich an die Zuschauer: »Ich habe eben festgestellt, dass ein Teil der Zuhörer sich nicht erhoben hat. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass Provokationen, die hier im Saal heute stattfinden sollten, die Gefahr in sich bergen, dass Sie die Gelegenheit nicht mehr haben, dieser Sitzung weiter zu folgen.«

Dann verkündete der Vorsitzende, dass Ulrike Meinhofs Wahlverteidiger Oberwinder nunmehr als Verteidiger Baaders zugelassen werde. Unmittelbar darauf wollte Prinzing in der Zeugenvernehmung fortfahren – so als sei nichts geschehen.

Rechtsanwalt Heldmann ergriff das Wort: »Ich stelle den Antrag auf Unterbrechung der Hauptverhandlung für zehn Tage. Durch den Tod von Ulrike Meinhof ist auf der Angeklagtenbank und ist in diesem Prozess eine völlig neue Situation entstanden. Der für jedermann unerwartete Tod Ulrike Meinhofs hat – man kann es so sagen – engste familiäre Bindungen zerrissen, nämlich die dieser vier Gefangenen hier. Ich denke dabei aber auch an Weiteres: Ulrike Meinhofs Todesursache ist unklar. Die Gefangenen selbst, die Verteidiger – und nicht nur wir – haben erhebliche Zweifel an der amtlichen Version, Ulrike Meinhof habe sich selbst getötet. Für keinen war auch nur der Anflug eines Signals dafür zu erkennen gewesen. Und das

spricht wiederum gegen die amtliche Version der Selbsttötung. Es ist unser – der hier verbliebenen Verteidiger – dringendstes, stärkstes Interesse, Gefahren zu erkennen, die sich etwa aus diesem Ereignis auch für das Leben der noch verbliebenen drei Gefangenen abzeichnen könnten.«

Jan-Carl Raspe erschien im Gerichtssaal.

»Ich habe nicht viel zu sagen«, setzte er an. »Wir glauben, dass Ulrike hingerichtet worden ist. Wir wissen nicht, wie, aber wir wissen, von wem. Und wir können das Kalkül der Methode bestimmen. Ich erinnere an Herolds Satz: ›Aktionen gegen die RAF müssen immer so abgewickelt werden, dass Sympathisantenpositionen abgedrängt werden.‹

Und Buback: ›Der Staatsschutz lebt davon, dass sich Leute für ihn engagieren. Leute wie Herold und ich finden immer einen Weg.‹

Es war eine kalt konzipierte Hinrichtung, so wie Holger hingerichtet worden ist.«

Der Vorsitzende unterbrach ihn: »Herr Raspe, Sie kennen die Einstellung des Gerichts zu diesen Behauptungen. Das Gericht nimmt derart diffamierende Bemerkungen in keinem Falle hin.«

Raspe durfte fortfahren: »Hätte sich Ulrike entschlossen zu sterben, weil sie das als letzte Möglichkeit sah, sich revolutionäre Identität gegen die langsame Zerstörung des Willens in der Agonie der Isolation zu behaupten, hätte sie es uns gesagt, auf jeden Fall Andreas. So war diese Beziehung.«

»Jetzt eine Gedenkrede zu halten ist hier nicht der Platz«, fuhr ihn Richter Prinzing an. »Sie haben hier nur die Möglichkeit, einen Antrag zu stellen.«

»Ich habe gesagt, dass ich nicht viel zu sagen habe.«

»Die Frage ist nur, was Sie mit diesen Aussagen bezwecken, Herr Raspe.«

»Ich wäre längst fertig, wenn Sie mich ausreden lassen würden.«

»Sie haben also keine Absicht, einen Antrag zu stellen …«

»Moment«, rief Raspe.

»… dann kann ich Ihnen das Wort auch nicht weiter belassen.«

»Ich schließe mich den Anträgen der Verteidiger an«, stellte der Angeklagte fest.

Der Vorsitzende war zufrieden: »Das hätte schon schnell und rasch gesagt werden können. Jetzt können Sie fortfahren.«

»Es war eine Beziehung, wie sie sich zwischen Geschwistern entwickeln kann, orientiert am politischen Ziel. Aus der Möglichkeit dieser Politik war diese Beziehung Funktion der Politik. Das heißt, darin war sie frei, wie

Freiheit nur möglich ist im Kampf um Befreiung. Jetzt Spannungen, Entfremdung zwischen Ulrike und uns zu behaupten, um mit dieser primitiven und dunklen Infamie das Projekt der Hinrichtung Ulrikes der psychologischen Kriegführung verfügbar zu machen, das ist Buback, und das ist Bubacks Dummheit.«

Der Vorsitzende fiel ihm ins Wort: »Die letzte Verwarnung habe ich Ihnen gegeben. Herr Raspe, ich entziehe Ihnen wegen fortgesetzter Beleidigung des Generalbundesanwalts das Wort.«

»Na ja, Ihr Sadismus, Ihre Maßnahmen …«, sagte Raspe, schob seine Unterlagen zusammen und verließ die Anklagebank.

Gudrun Ensslin bat um das Wort. »Sie sind, und das haben Sie ja eben demonstriert, ein Richter, in dessen Zuständigkeit zwei von fünf Gefangenen umgebracht worden sind …«

Der Vorsitzende unterbrach sie: »Erste und letzte Verwarnung.«

»… wenn jetzt einer der drei gegen diese Maschine anspricht, für die Sie hier sitzen und als die Sie in Ihrem Sadismus agieren, unterbrechen Sie ihn und entziehen ihm das Wort …«

»Sie haben kein Recht zur Beanstandung einer Maßnahme, die Herrn Raspe betroffen hat.«

Gudrun Ensslin durfte weitersprechen. Sie verlas ein Protokoll, in dem sie den letzten Tag Ulrike Meinhofs schilderte:

Alle vier Gefangenen seien am Samstag, dem 8. Mai, vormittags eine und nachmittags eine halbe Stunde zusammen gewesen. Sie hätten über das Verhältnis von Identität und Bewusstsein am Beispiel von Gramsci und Lenin gesprochen. Die Stimmung sei gut gewesen, sie hätten auch gemeinsam gelacht. Ulrike habe sich nach dem Einschluss am Nachmittag noch einmal umgezogen und sei nicht zum Hofgang auf das Dach der Anstalt gegangen. Es sei ihr zu heiß gewesen.

Am Abend, gegen 22.00 Uhr, hätten die beiden Frauen noch einmal miteinander am Fenster gesprochen. Spät in der Nacht sei sie einmal aufgewacht, weil Ulrike in ihrer Zelle Musik gehört habe.

Am nächsten Morgen, kurz nach dem Aufschluss ihrer Zelle, habe ihr ein Beamter gesagt: »Frau Meinhof ist tot.« Dann sei der Gefängnisarzt gekommen und habe von Selbstmord als Kurzschlusshandlung gesprochen. »Die Gruppe ist zu klein«, habe er gesagt, »in so einer Gruppe muss es notwendigerweise Spannungen geben.« Die Gefangenen hätten das

zurückgewiesen. Für jeden sei deutlich gewesen, dass es Ulrike in der letzten Zeit deutlich besser gegangen sei. Daraufhin habe der Arzt gesagt: »Das sind Leute, die zu größter Selbstdisziplin fähig sind. Das ist einmalig. So etwas habe ich noch nie gesehen.«

Die Gefangenen hätten dann das Gespräch abgebrochen und verlangt, Ulrike noch einmal zu sehen. Die Anstaltsleitung habe das abgelehnt. Kurz vor 11.00 Uhr sei die Blechwanne mit der Leiche hastig aus dem Trakt geschoben worden.

Gudrun Ensslin stand auf und verließ den Gerichtssaal.

Otto Schily ergriff das Wort: »In der Öffentlichkeit ist der Name Ulrike Meinhof, jenseits aller Diffamierung, mit einem hohen moralischen Anspruch, man kann auch sagen, mit einer hohen moralischen Rigorosität verbunden. Dieser Umstand könnte einen klaren Bezug zu den zurückliegenden Ereignissen haben.«

Es sei nachdenkenswert, dass der Tod Ulrike Meinhofs gerade zu einem Zeitpunkt erfolgt sei, als die Verteidigung den Versuch gemacht habe, politische Inhalte in das Verfahren einzuführen. Wenn in diesem Zusammenhang in der Öffentlichkeit behauptet werde, es bestehe eine Beziehung zwischen ihrem Tod und der Prozesserklärung Gudrun Ensslins, in der die RAF die politische Verantwortung für die Anschläge auf militärische Einrichtungen in Frankfurt und Heidelberg übernommen habe, so sei das ein übler propagandistischer Trick.

Andreas Baader meldete sich: »Es fällt mir ziemlich schwer, hier überhaupt noch etwas zu sagen. Ich bin der Ansicht, dass man zu Ihnen, von Ihnen und über Sie nicht mehr reden sollte. Man muss handeln, um tatsächliche, den Antagonismus Staat–Maschine–Mensch, wie er sich ja tatsächlich ausdrückt …«

»Zur Erklärung haben Sie das Wort nicht«, wies ihn der Vorsitzende zurecht.

»Sie wollen verhindern, dass ich hier spreche?«

»Wenn es kein Antrag ist, kann ich Ihnen auch nicht das Wort belassen …«

»Das ist nicht mehr die Ebene«, sagte Baader. »Das ist nicht die Ebene vor diesem Gericht, vor diesem Rattenhaufen, hier Anträge zu stellen.«

»Ihnen ist das Wort jetzt entzogen, wegen Beleidigung des Gerichts, das

Sie als Rattenhaufen bezeichnet haben.«
Baader verließ den Verhandlungssaal.

Als Nächster sprach der »Zwangsverteidiger« Künzel. Er schloss sich zum ersten Mal einem Antrag der Wahlverteidiger an: »Ein Mensch in größter Unfreiheit macht von der rätselhaftesten, tiefsten menschlichen Freiheit Gebrauch, sich das Leben zu nehmen. Das sollte Anlass sein, in diesem Rechtsverfahren Terminpläne zurückzustellen, auswärtige Zeugen heimzuschicken, um diesen Sachverhalt aufzuarbeiten. So etwas wie die Pietät im Strafprozess sollte es unmöglich machen, dass verhandelt wird, so lange, bis die sterblichen Überreste dieses Menschen ihre Ruhe gefunden haben.«

Die Bundesanwaltschaft trat den Anträgen auf Prozessunterbrechung entgegen. »Weder aus rechtlichen noch aus sonstigen Gründen könnte dem stattgegeben werden«, erklärte Dr. Wunder. »Die Strafprozessordnung bietet keine Handhabe, beim Tode eines Mitbeschuldigten die Hauptverhandlung förmlich zu unterbrechen.«

Wenn allerdings die Beisetzung Ulrike Meinhofs auf einen Prozesstag fallen sollte, hätte die Bundesanwaltschaft nichts dagegen, mit der Verhandlung erst am Nachmittag zu beginnen.

Das Gericht zog sich kurz zur Beratung zurück und verkündete dann: »Den Anträgen auf Unterbrechung der Hauptverhandlung wird nicht stattgegeben.«

Einige Zuschauer im Saal protestierten mit Buhrufen. Der Vorsitzende ließ sich die Störer von den Wachbeamten zeigen und wies sie aus dem Saal. Sie gingen freiwillig, aber andere sprangen auf und riefen in Sprechchören: »Prinzing raus«, »Prinzing Mörder« und »Selbstmord ist Lüge«.

Anschließend räumten auch sie freiwillig ihren Platz.

Rechtsanwalt Schily schob seine Akten zusammen und kündigte an: »Die Verteidigung wird an der Verhandlung erst nach der Beerdigung von Ulrike Meinhof wieder teilnehmen.« Dann ging er, begleitet von den anderen Wahlverteidigern.

Nach der Mittagspause setzte der Vorsitzende den Prozess mit der Vernehmung von Zeugen fort. Jan-Carl Raspe erschien noch einmal für eine Minute im Gerichtssaal.

»Herr Raspe?«, fragte Prinzing erstaunt.

»Ja, ich wollte nur noch sagen: Das Spezifische Ihrer Geste und Ihrer Funktion lässt keine andere Möglichkeit, sich zu Ihnen in Beziehung zu setzen, als in einer Ecke mit dem Gewehr wartend.«

»Wollen Sie einen Antrag stellen?«, fragte der Vorsitzende. »Nein. Dann können wir in der Sache fortfahren.«

Meldung Stammheim, 13. Mai 1976:

»Bei der Schlafmittelausgabe um 22.00 Uhr weigerte sich Baader, nach Erhalt der Schlaftablette, diese sofort einzunehmen. Liebenswerterweise bezeichnete er mich als ›altes Arschloch‹.«

21.
»Und am Schluss sie selbst«

Am 16. Mai wurde Ulrike Meinhof in Berlin zu Grabe getragen. Über 4000 Menschen folgten ihrem Sarg zum evangelischen Friedhof der Dreifaltigkeitsgemeinde im Westberliner Stadtteil Mariendorf. Viele hatten ihre Gesichter weiß geschminkt, manche hatten sich vermummt. Auf Transparenten stand: »Wir tragen Trauer und Wut, die wir nicht verlieren« und »Ulrike Meinhof, wir werden dich rächen«.

Der Berliner Verleger Klaus Wagenbach sprach am Grab über Ulrike Meinhofs Engagement in der Anti-Atomtod-Kampagne, vom Protest gegen die Große Koalition, vom Vietnamkrieg, der für eine ganze Generation zum Schlüsselerlebnis geworden sei, über die später von ihr selbst als wirkungslos empfundene journalistische Arbeit, schließlich vom Schritt in den Untergrund, auch als Antwort auf die »deutschen Verhältnisse«, in denen alles bereits als extremistisch verurteilt werde, was auch nur Bestehendes in Frage stelle.

Der Theologe Helmut Gollwitzer warf die Frage auf, ob Ulrike Meinhof wohl einen anderen Weg gegangen wäre, wenn sich »mehr Menschen gefunden hätten, bereit, mitzukämpfen für eine menschlichere Gesellschaft«. Er fuhr fort: »Diesen Menschen mit einem schweren Leben, der sich das Leben dadurch schwergemacht hat, dass er das Elend anderer Menschen sich so nahegehen ließ, diesen Menschen mit seinen Hoffnungen und Kämpfen und Depressionen sehe ich jetzt im Frieden der Liebe Gottes. Inmitten des massenweisen Tötens in unserer Welt und des massenweisen Getötetwerdens liegen auf dem Weg, zu dem sie sich entschlossen hat, Menschenleben und am Schluss sie selbst –«

Ulrike Meinhofs Töchter, inzwischen 13 Jahre alt, gingen nicht zur Beerdigung. Bettina und Regine hatten »das Thema Mammi« wie ein Tabu behandelt, wie Bettina Röhl in ihrer »Spiegel«-Geschichte schrieb. Das Schlimmste für sie war, dass die Mutter ihren Töchtern keinen Abschiedsbrief hinterlassen hatte: »Dieses ›kein Wort‹, mit dem sie uns nun zum zweiten Mal und diesmal endgültig verlassen hatte, ließ so viele Fragen

offen. Hatte sie uns denn nicht geliebt?«

Nach dem Tod Ulrike Meinhofs sollte die Stammheimer Gruppe wieder aufgefüllt werden. Der Vollzugsbeamte Horst Bubeck begab sich im Auftrag der Justiz mehrmals in den siebten Stock, um dort Vorschläge zu unterbreiten, welche RAF-Frau nach Stammheim verlegt werden sollte. In einem Fall sagte Gudrun Ensslin: »Wenn *die* kommt, heißt das Hungerstreik.« In einem anderen Fall hieß es: »Wenn *die* kommt, habt ihr übermorgen drei Tote.« Baader drohte unverhohlen mit Gudrun Ensslins Selbstmord: »Passt bloß auf, dass der Gudrun nichts passiert.« Daraufhin verlegte man sie in den Bereich der Männerzellen zwischen Baader und Raspe. Als das auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben wurde, schrieb die »Bild«-Zeitung auf dem Titel: »Ensslin zu Baader auf die Zelle«. Bubeck sagte später: »Unsere Hysterie war so groß, dass wir Frau Ensslin Tag und Nacht überwachten. Dazu ließen wir die Essensklappe in der Zellentür rund um die Uhr offen stehen und setzten eine Beamtin davor.« Die Beamten ließen einen trichterförmigen Sichtschutz aus Blech basteln und an der Außenseite befestigen, damit Gudrun Ensslin die Bewacherin nicht sehen konnte. Doch die Gefangene bemerkte die Dauerüberwachung und schüttete der Beamtin einen Eimer Wasser durch den Trichter über den Kopf. Daraufhin wurde die Aktion abgebrochen. Der Anstaltsarzt nahm Gudrun Ensslin das Versprechen ab, sich nicht umzubringen.

Am Ende einigte man sich darauf, Irmgard Möller nach Stammheim zu verlegen. Kurz darauf folgte Ingrid Schubert, und schließlich, am 3. Juni 1976, durfte auch Brigitte Mohnhaupt zu den RAF-Gründern in den Hochsicherheitstrakt. Bubeck und seine Kollegen atmeten auf: »Wir waren froh, endlich Personen gefunden zu haben, mit denen der Kern der RAF sich einverstanden erklärte. Allerdings, Frau Mohnhaupt war bereits Strafhäftling und sollte Anfang 1977 entlassen werden. Die Zeit bis zu ihrer Entlassung verbrachte sie Tag für Tag zusammen mit Baader und den beiden anderen beim Umschluss im siebten Stock – was für eine Überraschung, dass sie nachher zur Cheforganisatorin der Schleyer-Entführung wurde, mit der die Stammheimer Gefangenen freigepresst werden sollten.«

Die Justiz hatte den RAF-Gründern Baader und Ensslin die Nachfolgerin praktisch zur Schulung in den Hochsicherheitstrakt geschickt.

22.
Der Kälberstrick

Manchem Bürger war der Tod Ulrike Meinhofs offenbar nicht genug. Ein Kegelclub schickte zehn Mark an das Stammheimer Gericht, mit dem Stricke für die übrigen Gefangenen gekauft werden sollten. Der Richter ließ das Geld unter »ungeklärte Eingänge« in die Gerichtskasse einzahlen. Der Begleitbrief wurde den Gefangenen ausgehändigt. Und nicht nur anonyme Schreiben fanden ihren Weg in die Zellen des Hochsicherheitstraktes.

Eineinhalb Jahre später, als ein Untersuchungsausschuss die Umstände des Todes von Baader, Ensslin und Raspe untersuchen sollte, fragte der Ausschussvorsitzende Rudolf Schieler den Justizbeamten Bubeck, wie das Verhältnis der Beamten zu den Gefangenen gewesen sei.

Insgesamt, so meinte Bubeck, sei das Verhältnis gar nicht so schlecht gewesen. Die Beamten hätten es nur immer auszubaden gehabt, wenn draußen »etwas passiert« sei.

Schieler fragte, was er damit meine.

»Also, wenn jetzt irgendwelche anonymen Briefschreiber Stricke oder sonstige Dinge geschickt haben, den Gefangenen, mit der Aufforderung, sie sollten sich aufhängen, und die wurden durch die Zensur durchgelassen«, antwortete Bubeck.

Irritiert erkundigte sich Dr. Schieler: »Was, die Stricke oder die Briefe?«

»Die Stricke *und* die Briefe«, antwortete Bubeck.

Auf den Gesichtern der Ausschussmitglieder breitete sich ungläubiges Staunen aus. »Auch die Stricke?«, fragte einer der Politiker in die Stille hinein.

»Auch die Stricke«, bestätigte Bubeck.

»Die Stricke?«, fragte der Vorsitzende noch einmal nach.

»Die Stricke, ja«, bestätigte Bubeck.

Die Ausschussmitglieder blickten einander entsetzt an. »Das kann ja wohl nicht wahr sein«, entfuhr es einem der Abgeordneten.

»Doch, das ist wahr«, sagte der Vollzugsbeamte Bubeck. Er schien kaum

zu begreifen, was den Ausschussmitgliedern an seinen Erzählungen so sensationell erschien. »Das ging alles an uns runter … Der Meinhof-Tod wurde uns angelastet. Und so waren schon einige Dinge, die auf die Beamten losgingen.«

»Sagenhaft«, meinte ein Ausschussmitglied.

Der Vorsitzende Schieler suchte nach Worten: »Herr Bubeck, Sie bereiten uns ja … Also, erst will ich sagen: Wir beneiden Sie nicht um das Geschäft, das Sie da zu übernehmen hatten, mit Ihren Kollegen. Auch das Geschäft eines Abgeordneten ist nicht immer leicht …«

Schielers Kollegen lachten.

Ein Abgeordneter der CDU warf ein: »Das ziehen wir da noch vor!«

Als das Gelächter verebbte, ergriff der Vorsitzende wieder das Wort: »Aber Sie bereiten uns jetzt eine ziemlich handfeste Überraschung, nämlich mit der Erklärung, dass durch die Brief- oder Postzensur solche Gegenstände wie Stricke mit der beigefügten schriftlichen Aufforderung, man möge sich damit aufhängen, dass das durchgegangen ist.« Wieder kam Lachen im Saal auf.

»Das ist durchgegangen«, bestätigte Bubeck.

Der Vorsitzende fragte nach: »Wer ist in der Anstalt für die Briefzensur und für diesen Kram zuständig?«

»Das war nicht die Anstalt, das war der Senat.«

Die Abgeordneten wurden immer fassungsloser. Dass die Anstaltsleitung so etwas durchgehen lassen könnte, kleine Beamte vielleicht, das konnten sie mit Mühe nachvollziehen, dass aber der Gerichtsvorsitzende einen Strick passieren ließ, überforderte ihre Vorstellungskraft.

»Das war der Senat«, stellte der Vorsitzende Schieler fest.

»Hat der auch die Stricke gesehen?«, fragte einer der Abgeordneten.

»Ja«, sagte Bubeck.

»Der hat auch die Stricke gesehen und sie durchgelassen?«, wiederholte ein anderer ungläubig.

»Ja.«

»Was waren denn das für Stricke?«, erkundigte sich der Vorsitzende.

Der Vollzugsbeamte hob die Arme, deutete eine Länge von etwa achtzig Zentimetern an. »Das war ein Hanfstrick … so …«

»So in der normalen Aufhängestärke«, sagte Schieler.

»Etwas schwächer«, korrigierte Bubeck, »so ein normaler Kälberstrick, aber …«

Schieler vervollständigte den Satz: »… hätte gereicht …«

»Hätte gereicht«, bestätigte der Gefängnisbeamte, »wobei ich aber jetzt hier trotzdem sagen muss, solche Gegenstände gab's natürlich trotzdem noch mehrere in der Anstalt, ohne dass sie zugeschickt wurden …«

Mehrere Abgeordnete sagten gleichzeitig, auf Schwäbisch, wie sich die gesamte Befragung abspielte: »Das ischt was anderes …«

»Wer war denn der Adressat?«, fragte ein Abgeordneter.

Bevor Bubeck antworten konnte, sagte der Vorsitzende: »Nun muss ich aber noch mal dumm fragen: Wenn ein Brief durch die Briefzensur des Gerichts geht, können Sie dann nicht etwaige Gegenstände, die wiederum der Sicherheit der Anstalt widersprechen, die diesem Brief beigelegt sind, entnehmen, oder müssen Sie sie nicht entnehmen?«

Ein Ausschussmitglied rief: »Wie wär's bei einer Waffe?«

Bubeck drehte sich um: »Wenn es hier grad die Bemerkung mit der Waffe war, bei der Waffe ist das natürlich selbstverständlich, aber bei dem Strick hatten wir keinen …«

Ein Abgeordneter meinte: »Vielleicht kamen auch die Pistolen mit der Post?«

Im Saal wurde gelacht.

23.
Vietnamkrieg und Widerstandsrecht
(121. Tag, 28. Juni 1976)

Die Verteidigung hatte fünf Zeugen, Amerikaner, mitgebracht, die früher für amerikanische Militärdienststellen gearbeitet hatten, inzwischen aber aus dem Staatsdienst ausgeschieden waren. Das Gericht erklärte sich zunächst bereit, die Zeugen anzuhören.

»Darf ich jetzt um die Benennung der Beweisthemen bitten«, sagte der Vorsitzende.

Rechtsanwalt Oberwinder erklärte: »Der Zeuge Winslow Peck wird insbesondere bekunden, dass das IG-Farben-Haus in Frankfurt am Main entscheidendes Zentrum für die US-Aktivitäten während des Indochinakrieges war.«

Bundesanwalt Dr. Wunder beantragte, die Vernehmung des Zeugen nicht zu gestatten: »Die Angeklagten verfolgen mit der beabsichtigten Beweisaufnahme in Wirklichkeit, nichts zur Wahrheitsfindung beizutragen. Sie streben vielmehr an, den gegen sie geführten Strafprozess in eine Bühne agitatorischer Selbstdarstellung umzuwandeln.«

Rechtsanwalt Dr. Heldmann widersprach der Bundesanwaltschaft: »Wo die Beweiserhebung, die hier beantragt ist, ergeben wird, dass Kriegsverbrechen begangen worden sind und im Zusammenhang damit das Territorium der Bundesrepublik benutzt wurde, ist die Bundesrepublik selbst einbezogen in völkerrechtsverbrecherische Aggressionshandlungen. Das wird durchaus als Rechtsfrage für die Entscheidung in diesem Verfahren von Bedeutung: ob die Voraussetzungen vorlagen für den Gebrauch eines Nothilferechtes oder für die Anwendung eines völkerrechtlich begründeten Widerstandsrechts auf dem Boden der Bundesrepublik gegen Institutionen des Völkerrechtsaggressors.«

Der Rechtsanwalt zitierte den ehemaligen Generalstaatsanwalt von Hessen, Fritz Bauer, der geschrieben hatte: »Das Widerstandsrecht erschöpft sich nicht im innerstaatlichen Bereich. Es überschreitet die nationalstaatlichen Grenzen. Es steht nicht nur jedermann zu, sondern kann auch zugunsten von

jedermann ausgeübt werden.«

Otto Schily führte ein Beispiel an: »Stellen Sie sich einmal vor, es wäre auf eine Institution wie im Dritten Reich das Reichssicherheitshauptamt ein Bombenanschlag verübt worden. Stellen Sie sich vor, es wäre ein Prozess geführt worden gegen einen Angeklagten, dem angelastet würde, diesen Bombenanschlag verübt zu haben. Würden Sie einem solchen Angeklagten verwehren, darüber Beweis erheben zu lassen, dass über das Reichssicherheitshauptamt die Vernichtungsaktionen, die Ausrottungspolitik gegenüber jüdischen Mitbürgern koordiniert und durchgeführt worden sind? Jedermann, der einmal Rechtskunde studiert hat, weiß, dass im Bereich eines Notwehr- oder eines Nothilferechtes ein solches Recht unter Umständen auch in Anspruch genommen werden kann, wenn die Nothilfe oder Notwehrhandlung dazu führt, dass jemand ums Leben kommt. Eine schwierige und ernste Frage.«

Rechtsanwalt Oberwinder charakterisierte den Zeugen: »Er hat als Agentenführer in Vietnam in einem Programm mitgewirkt, bei dem 20000 Zivilisten ums Leben gekommen sind. Nicht nur durch Bomben, sondern auch sehr langsam durch Folter. Wir werden hier hören, in welchem Bezug das IG-Farben-Hochhaus zum Beispiel zu dieser Mordaktion stand.«

Das Gericht legte eine dreistündige Pause ein. Danach erklärte Dr. Prinzing: »Die Befragung des Zeugen zu den genannten Beweisthemen ist nicht zulässig.«

Der Zeuge Winslow Peck konnte wieder nach Hause fahren.

Die Verteidigung versuchte, den zweiten Zeugen, Barton Osborne, in das Verfahren einzuführen. Rechtsanwalt Oberwinder sagte, der Zeuge würde unter anderem erklären, dass der Computer des Kommandos für Logistik in Heidelberg dazu benutzt worden sei, Berechnungen zu Einsätzen für das Flächenbombardement der zivilen Bereiche in Südvietnam und für das Bombardement der Deiche des Roten Flusses in Nordvietnam zu erstellen. Ziel sei es gewesen, eine möglichst große Effektivität, das hieß eine möglichst große Zahl von Toten unter der Zivilbevölkerung, zu erreichen.

Bundesanwalt Wunder beantragte, auch diesen Zeugen abzulehnen. Dem Gericht dürfe keine unsinnige oder unverständliche Beweiserhebung aufgenötigt werden. Im Gebiet der deutschen Rechtsordnung sei es auch unter Berufung auf vermeintliche Widerstands- und Notwehrrechte nicht gestattet, »nach Gutdünken Privatkriege in eigener Regie zu führen«.

Otto Schily ergriff noch einmal das Wort:

»Aus der Tatsache, dass die Gefangenen sich als Revolutionäre bezeichnen, zieht das Gericht die Schlussfolgerung, dass es sagt, wir brauchen uns hier über Rechtfertigungsgründe oder Entschuldigungsgründe überhaupt gar kein Kopfzerbrechen mehr zu machen. Weil ja die Gefangenen sich so bezeichnet haben, haben sie sich selbst außerhalb der Rechtsordnung gestellt, und nun sind sie eigentlich – und das ist der Kern des Beschlusses – vogelfrei. Sie sind mit diesem Beschluss vogelfrei.

Ich finde, es ist notwendig, noch einmal klar zu sagen, um was es geht: dass mittels militärischer Einrichtungen hier auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland Völkermord vollzogen worden ist. Dieser Frage werden Sie nicht ausweichen können …

Vielleicht ist es notwendig, einmal an die Bilder zu erinnern, die hier über das Fernsehen gegangen sind, von den durch Napalm verbrannten Kindern, um auch sinnlich wahrnehmbar zu haben, um was es geht.

Das sind die gleichen Bilder: Das jüdische Kind im Ghetto, das mit erhobenen Händen auf SS-Leute zugeht, und die vietnamesischen Kinder, die schreiend, napalmverbrannt dem Fotografen entgegenlaufen nach den Flächenbombardements. Und um diese Frage geht die Beweisaufnahme: ob man solche Mordaktionen dulden oder verschweigen durfte oder ob es gerechtfertigt war, gegen die Mechanismen und gegen die Apparatur, mit der solche Mordaktionen durchgeführt wurden, vorzugehen. Darum geht es.«

Nach einer weiteren Unterbrechung erklärte das Gericht, auch der Zeuge Osborne würde nicht zugelassen. »Die benannten Beweisthemen sind unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt, auch nicht zur Begründung eines Rechtfertigungsgrundes, von Belang. Der Vietnamkrieg ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.«

24.
Ein Anwalt und sein Mandant – Der Kronzeuge

Unmittelbar nach der Festnahme Gerhard Müllers zusammen mit Ulrike Meinhof 1972 in Hannover hatte der Berliner Anwalt Ströbele dessen Mandat übernommen. Damals war Müller noch voll auf RAF-Kurs. Er schrieb an Ströbele: »Mein Bedürfnis nach einem Besuch von Euch ist groß. Ihr seid doch gerade ein Zeichen dafür, dass Ihr bezüglich uns die einzige menschliche Instanz seid. Eure Besuche decken doch gerade die verlogene Propaganda der herrschenden Presse auf. Wenn es Euch nicht gäbe, die Isolation wäre perfekt, die Folter vollkommen.«

Ströbele besuchte Müller häufig und erhielt von ihm zahlreiche Briefe, in denen der Gefangene detailliert die Versuche der Ermittlungsbeamten schilderte, ihn weichzuklopfen. Die Beamten des Bundeskriminalamtes stellten ihm Vergünstigungen in Aussicht, fünfzigprozentigen Straferlass und Geld, das durch Kontakte zur Presse beschafft werden sollte. Sollte er aber nicht aussagen, würde er für lange Jahre hinter Gittern verschwinden.

Eines Tages wurden Müllers Eltern mit seinen minderjährigen Geschwistern zur Sicherungsgruppe des BKA nach Bonn-Bad Godesberg zitiert. Dort brachte man sie mit ihm in einem Raum zusammen, und Beamte redeten in Müllers Beisein auf seine Mutter ein. Ihr Sohn halte Fakten zurück, die er kenne, und richte damit Schlimmes an. Sie ließen kein gutes Haar an Gerhard Müller und schilderten seine Zukunftsaussichten so düster, dass die Mutter in Tränen ausbrach. Sie kniete vor ihrem Sohn nieder und flehte ihn an, vor den Beamten der Sicherungsgruppe Aussagen zu machen.

Zwei BKA-Beamte wechselten sich bei der Bearbeitung Müllers ab. Den einen nannte er den »Vater-Bullen«, weil er bei den Vernehmungen die väterliche Tour herauskehrte, den anderen den »Heimat-Bullen«, weil er aus Müllers Nachbarort stammte. Später erschienen auch andere Ermittlungsbeamte bei Gerhard Müller, von denen einer aus Hannover kam und ihm vorhielt, bei seiner Verhaftung eine Pistole bei sich getragen zu haben. Aus dem Versuch, die Waffe zu ziehen, könne eine Anklage wegen versuchten Mordes gegen ihn gemacht werden. Dann müsse er mit einer

lebenslangen Freiheitsstrafe rechnen. Wenn er aber den Ermittlungsbehörden helfe, könne man auch ihm helfen.

Nicht lange nach der Zusammenkunft mit seiner Familie bei der Sicherungsgruppe Bonn schrieb Müller an seinen Anwalt Ströbele: »Die Sonderkommission hat nichts unversucht gelassen, meine Aussageverweigerung umzukehren: Gehirnwäsche. Die Methode, mit der sie vorgehen, ist einfach und primitiv. Das hat mich doch etwas erstaunt. Sie wissen aber, dass ein Proletarier sowieso nie genügend Geld hat. Sie wissen vielleicht, dass ich jahrelang weniger als das Existenzminimum hatte, und sie wissen, dass ich meine Besucher um Geld angehauen habe. Ihr Köder ist deshalb einfach: Hier kärgliches Sträflingsdasein, ein Nichts, verraten und verkauft, und da halbe Strafe und Geld.«

Wenig später schrieb Müller an Ströbele: »In Bonn hat das Bundeskriminalamt mit ›Zuckerbrot und Peitsche‹ versucht, mich zum Reden zu bringen. Die Peitsche, das waren – außer Haftschikanen – moralische Vorhaltungen, Erpressung durch Androhung von langjähriger Freiheitsstrafe und Schilderung der Strafhaft.«

Ein Beamter habe gesagt, er könne natürlich seine Geschichte an den »Spiegel« verkaufen, ein anderer ergänzte: »Dann machen Sie Geschichte.«

Ende März 1973 teilte Müller seinem Verteidiger mit: »Die Bullen-Scheiße geht anscheinend wieder los. Gegen mich würde ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes in Hannover laufen. Sie waren ziemlich hartnäckig. Ich musste sie anbrüllen, damit sie abhauen.«

Im Januar 1974, nach eineinhalb Jahren Haft, schrieb er: »Ich glaube, ich bin derzeit etwas kaputt. Ich brauche meine ganze Energie gegen die Front der Schweine.« Seine Widerstandskraft wurde schwächer: »Es ist bei mir fünf vor zwölf. Jedenfalls habe ich Momente, in denen es so scheint, und die Perioden dazwischen werden immer kürzer. Da anscheinend niemand begreift, was los ist, weder die Anwälte noch die gefangenen Genossen, muss ich das eben begreiflich machen.«

Über Wochen und Monate war Müller in seiner Zelle stündlich kontrolliert worden. Auch in der Nacht hatte man dazu jede Stunde das Licht angeschaltet und ihn regelmäßig aus dem Schlaf geholt. »Wenn Lichtfolter Folter ist«, schrieb er, »dann muss diese Folter jetzt Wirkung haben.«

Langsam gewöhnte sich Müller an die verschärften Haftbedingungen. Sein Gemütszustand stabilisierte sich vorübergehend. Doch dann beklagte er sich

bei seinem Anwalt immer wieder über zunehmende Schikanen der Gefängnisbeamten. Das Gitter an seinem Zellenfenster wurde mit feinmaschigem Fliegendraht zusätzlich gesichert, und Müller reagierte darauf mit wütenden Ausfällen gegen die Beamten. In seinen Briefen an Ströbele beschimpfte er Richter und Wachpersonal mit so rabiaten Ausdrücken, dass sich der Anwalt derart überzogene Formulierungen verbat.

Im März 1974 war das Verhältnis zwischen Anwalt und Mandant auf dem Tiefpunkt angelangt. Müller teilte Ströbele mit, er wolle ihn nicht mehr sehen, worauf der Anwalt vorschlug, das Mandat zu lösen. Doch zunächst kam es nicht dazu. Stattdessen legte Ströbele das Mandat auf Eis. Müller schrieb: »Lieber Ströbele, Du bist natürlich kein Bulle, sondern Du bist ein ganz bourgeoises Schwein. Deshalb nennen wir doch mal dieses Mandatsverhältnis nach dem, was es tatsächlich ist, eine Geschäftsbeziehung.« In einem anderen Brief meinte Müller: »Was Du bist, wissen wir doch. Du windest Dich, taktierst, kreist um den Punkt, um nur ja das zu bleiben, was Du bist, Advokat, Juso, Bourgeois, Marzipan in den toten Trakt und ein Klumpatsch von unpolitischer, dreckiger, verkümmerter, verwaschener sozialer Sensibilität.« Müller war damit durchaus auf RAF-Linie, denn auch vom Führungskader der Gruppe war Ströbele häufig scharf kritisiert worden. Seine Briefe seien zu allgemein, zeigten seinen liberalen, sozialdemokratischen Standpunkt und so weiter. Und das war noch die freundlichste Kritik.

Im Herbst 1974 brach Müller, der bis dahin immer ausdrücklich dafür eingetreten war, den Hungerstreik ab. Er teilte Ströbele mit, dass er sich von der RAF losgesagt habe, drückte dem Anwalt aber sein Vertrauen aus. Ströbele besuchte ihn auch weiterhin und beobachtete, dass sich Müller mehr und mehr in einen grenzenlosen Hass auf Andreas Baader steigerte.

Zu dieser Zeit vertrat der Anwalt auch Baader; das Verbot der Doppelverteidigung war noch nicht in Kraft. Ströbele erklärte Müller, es sei vollkommen unsinnig, sich auf diese Weise mit einem Menschen auseinanderzusetzen, zu dem man früher ganz andere Beziehungen und Kontakte gehabt habe. Dieser Hass gegen Andreas Baader trage krankhafte Züge, er solle versuchen, ein normales, möglicherweise kritisches Verhältnis zu Baader zu finden, und hier keinen Kleinkrieg beginnen. Ströbele war überrascht, denn in den zwei Jahren zuvor hatte er mit Müller kaum jemals über Baader gesprochen. Jetzt brach Müller plötzlich in seiner Zelle

regelrecht zusammen, wenn die Rede auf Baader kam. Vielleicht hat er früher eine besonders positive Bindung zu Baader gehabt, dachte der Anwalt.

Dieser auffallende Wandel in der Haltung Müllers war im November 1974 vor sich gegangen. Noch aber hatte er – zumindest soweit das sein Anwalt wusste – keine Aussagen gemacht. Im Dezember erklärte er Ströbele: »Ich werde die Rechtsanwälte belasten, die weiterhin für Baader sind, die ihre Mandate behalten oder in irgendeiner Weise in der Öffentlichkeit für Baader auftreten, auf Pressekonferenzen zum Beispiel. Dann werde ich diese Rechtsanwälte belasten. Mir wird man glauben.« Er war ein Zeuge, der wie gerufen kam.

Am 6. März 1975 hatte Müller seine Kehrtwendung endgültig vollzogen. Er schrieb seinem Anwalt eine Postkarte mit der ungewohnten Anrede »Sehr geehrter Herr Ströbele« und wies ihn darauf hin, dass er hinfort kein Geld mehr brauche. Die Frau, die ihn bisher finanziell unterstützt hatte, solle ihr Geld woandershin schicken.

Müller begann, zunächst vertraulich, vor der Polizei Aussagen zu machen.

Im Frühjahr erzählte Müller den Vernehmungsbeamten eine haarsträubende Geschichte, geeignet, der Gruppe und vor allem Andreas Baader jeden Rest an moralischer Substanz zu nehmen.

Baader, so berichtete Müller, habe ein Gruppenmitglied, das aussteigen wollte, ermordet.

Es ging um Ingeborg Barz.

Ihr Tod sei durch den »harten Kern« der Gruppe beschlossen worden, weil sie gegen das »Gesetz« verstoßen habe. Sie wollte »aussteigen«. Die Liquidierung von Ingeborg Barz, so erzählte Müller den Beamten weiter, sei detailliert geplant worden. Auf Karten habe man ein geeignetes Gelände ausgesucht in einer Gegend auf dem Weg nach Frankreich, um Ingeborg Barz in Sicherheit zu wiegen. Ausgewählt worden sei ein Waldstück am linken Rheinufer, südlich von Gernsheim. Müller und Raspe seien dorthin geschickt worden, um den genauen Ort für die Hinrichtung festzulegen. Später habe Raspe erzählt, er und Holger Meins seien noch einmal an die ausgesuchte Stelle gefahren und hätten dort eine etwa zwei Meter tiefe Grube ausgehoben. Die eigentliche »Hinrichtung« sei dann im Frühjahr 1972 von Holger Meins, Jan-Carl Raspe und Andreas Baader durchgeführt worden. Baader habe den tödlichen Schuss abgegeben.

Die Ermittlungsbeamten nahmen Gerhard Müller mit an den Rhein.

Aus dem Hubschrauber erkannte er die Gegend wieder, hatte auch beim Abgehen des Geländes keine Zweifel, dass es sich um die Stelle handelte, an der er damals zusammen mit Meins das Grab für Ingeborg Barz ausgesucht hatte.

Hundertschaften der Polizei begannen in dem von Müller bezeichneten Umkreis zu graben – gefunden wurde nichts.

Nachdem die Suche nach der Leiche Ingeborg Barz' erfolglos abgebrochen worden war, versuchten die Ermittlungsbehörden vergeblich, Müllers Aussagen zu diesem Vorgang geheim zu halten. Schließlich hätten die unbewiesenen Erzählungen Gerhard Müllers seine Glaubwürdigkeit als Zeuge der Anklage gefährdet.

Die Verteidiger im Stammheimer Prozess erfuhren trotzdem davon und versuchten, den Belastungszeugen Müller mit der unbewiesenen Genickschuss-Geschichte als unglaubwürdig hinzustellen.

Gruppenmitglieder, die in der Zwischenzeit ebenfalls verhaftet worden waren, traten auf und berichteten, sie hätten Ingeborg Barz auch noch nach dem von Müller genannten Hinrichtungstermin gesehen.

Ingeborg Barz tauchte nie wieder auf. Außer Gerhard Müllers Aussage gab es später noch weitere Hinweise von Gruppenmitgliedern darauf, dass Ingeborg Barz tatsächlich von Andreas Baader erschossen worden war. Aufgeklärt wurde der Fall nicht.

25.
Die natürliche Hackordnung
(124. Tag, 8. Juli 1976)

»Können Sie uns etwas über die Art, wie diese Gruppe untereinander Kontakte gewahrt hat, wie sie in ihren Planungen vorgegangen ist, einige Angaben machen?«, erkundigte sich der Vorsitzende Theodor Prinzing beim Zeugen Gerhard Müller.

»Also, in geografischer Hinsicht war es so, dass es in verschiedenen Städten, hauptsächlich Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Frankfurt, Berlin und Hamburg, feste Stützpunkte für die Gruppe gab. Mit der Zeit hat sich dabei herausgebildet, dass bestimmte Leute, wenn man es so nennen will, Statthalter in bestimmten Städten waren. Die betreuten dann die Logistik und die Sympathisanten. Sie sorgten dafür, dass die bestehenden Wohnungen zu benutzen waren, mussten dieses und jenes machen, bezahlen und eben diese Kleinigkeiten, die laufend gemacht werden mussten.«

»Also eine Art Ortsbeauftragte«, sagte der Vorsitzende.

Müller stimmte zu: »Genau. Als Beispiel würde ich sagen, die Möller war das für Stuttgart, Grashof für Hamburg, in Frankfurt war das Raspe, in Berlin Mohnhaupt. Und die Mitglieder lebten nicht alle fest in einer bestimmten Stadt, sondern wechselten von Ort zu Ort. Je nach den Aktivitäten, die geplant waren und durchgeführt werden sollten. Es herrschte eine Fluktuation. Es gab ein paar Leute, die eine Vorliebe für eine Stadt hatten und auch zum Teil Anweisung hatten, dort zu sein.«

»Wechsel also je nach Bedarf. Ist das richtig verstanden?«, fragte Prinzing.

»Ja. Was das Organisatorische angeht, ist es so, dass Baader den Anspruch erhob, dass dort, wo er ist, quasi die Front, die vorderste Front der RAF ist. Die ganze Geschichte der RAF war ja nicht statisch, sondern eine Entwicklung. Dabei gab es bestimmte Ziele, teils in politischer Hinsicht, teils in taktisch-technischer Hinsicht. Und im Rahmen dieser Ziele war es notwendig, das Niveau der Aktionen oder die Qualität, wie man’s nennen will, zu verändern. Es gab eben einen Unterschied zwischen einem Autodiebstahl und einem Banküberfall. Baader verstand sich als derjenige,

der da immer vorneweg ist.«

»Baader glaubte, immer dort sein zu sollen, wo es um die bedeutendsten Angelegenheiten gegangen ist, oder ist das jetzt falsch verstanden?«, vergewisserte sich der Vorsitzende. »Sozusagen an der Spitze der erfahrenen Leute?«

»Den Anspruch erhob er. Und natürlich wurde unter anderem daraus auch seine Autorität innerhalb der Gruppe abgeleitet.«

Der Vorsitzende wollte es ganz genau wissen: »Gab es hier eine Art Rangordnung oder sonst irgend so was, was man im Tierreich als die natürliche Hackordnung bezeichnet, die sich zwangsläufig durch besondere Kenntnisse, größere Kräfte und dergleichen ergeben könnte? Gab es Kernmitglieder und Randmitglieder und so weiter und so weiter?«

»Ja, das gab es. Für mich ist Andreas Baader der führende Kopf. Dann gab es diese Kernmitglieder, also Ulrike Meinhof, Meins, Raspe, Ensslin. Dann gab es einfache Mitglieder, dann eben noch Randmitglieder. Im Prinzip war das Ganze ja so, dass jeder in dieser Hierarchie aufsteigen sollte. Jeder sollte nicht einfaches Mitglied bleiben, sondern er sollte möglicherweise Fähigkeiten und Funktionen bekommen, die dem eines führenden Mitglieds entsprechen. Das ist aber natürlich eine Sache der Leistungsfähigkeit. Zum Beispiel die Statthalter bestimmter Städte waren genauso gut informiert, und die wurden ja auch in gewisser Weise gepuscht, um aufzusteigen und Qualitäten der Kern- und führenden Mitglieder zu erreichen. Baaders Taktik zielte darauf, die Leute zu kriminalisieren, um sie in die Gruppe zu zwingen.«

Prinzing fragte: »Hat man sich in der Gruppe irgendwelche Überlegungen gemacht, wie man sich für den Fall drohender Festnahmen verhalten sollte?«

»Für Festnahmen gab es Anweisungen zu schießen«, antwortete Müller. »Das Tragen von Waffen wurde idealisiert. Es galt als einem Guerillero entsprechend. Wenn zum Beispiel irgendwo ein Schusswechsel stattgefunden hatte, wurde derjenige, der geschossen hatte, gerühmt oder gelobt. Wenn jemand verletzt oder getötet worden war, dann wurde er als Märtyrer hingestellt.«

Gerhard Müller behauptete auch, Ulrike Meinhof sei für den Anschlag auf das Hamburger Springer-Haus verantwortlich gewesen. Von Hamburg aus sei sie nach Frankfurt gekommen, wo Baader, Ensslin, Raspe, Meins und er selbst residiert hätten.

Ulrike Meinhof habe den anderen die Idee für einen Anschlag auf das

Springer-Haus vorgetragen.

Müller sagte: »Die übrigen Gruppenmitglieder waren mit einem Anschlag auf das Hamburger Springer-Haus im Prinzip einverstanden. Es wurden Rohrbomben hergerichtet, die Ulrike Meinhof mit nach Hamburg nehmen sollte. Baader zeigte Ulrike Meinhof, wie man die elektrischen Drähte verbindet und so die Bombe scharf macht. Sie lud die Sprengkörper ein und fuhr nach Hamburg.«

26.
»Die Guerilla ist eine Hydra«
(126. Tag, 14. Juli 1976)

Auf Antrag der Verteidigung war das RAF-Mitglied Brigitte Mohnhaupt geladen. Sie sollte die Aussagen des Zeugen Gerhard Müller über die angeblich autoritäre Struktur innerhalb der RAF widerlegen. Brigitte Mohnhaupt war damals 26 Jahre alt und vom Berliner Landgericht wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt worden.

»Waren Sie Mitglied der RAF, oder sind Sie es noch?«, wollte der Vorsitzende Prinzing von Brigitte Mohnhaupt wissen.

»Ihnen und der Bundesanwaltschaft werde ich sowieso keine Fragen beantworten«, sagte die Zeugin. »Das wäre völlig absurd. Das Verhältnis zwischen uns, dem Gericht, der Justiz, der Bundesanwaltschaft ist der genaue Begriff ›Krieg‹. Ich werde nur die Fragen der Verteidigung beantworten.«

»Ich möchte jetzt in der Sitzung hier fortfahren, Frau Mohnhaupt, wie steht es mit den Aussagen?«

»Also, es gibt wirklich eine Sorte Dummheit, na ja, die grenzt schon fast an Obszönität.«

»Ich stelle keine weiteren Fragen mehr an Sie«, sagte der Vorsitzende und erteilte den Verteidigern das Wort.

Daraufhin begann Brigitte Mohnhaupt mit ihrer Aussage zur Struktur der Gruppe:

»Also, warum überhaupt einer von uns nach Ulrikes Tod hier noch hergekommen ist, dass wir es für notwendig halten, die tatsächliche Struktur der Gruppe transparent zu machen. Also, wie sie real war, nicht dieses Destillat der psychologischen Kriegführung, was Müller da behauptet, es sei praktisch eine faschistische Struktur gewesen. Die strategische Konzeption, die die RAF 1972 entwickelt hat, richtete sich gegen die militärische US-Präsenz in der Bundesrepublik. Die einzelnen taktischen und operativen Schritte dazu, der Angriff auf das CIA-Headquarter, der Angriff auf das Headquarter der US-Armee in Heidelberg und die geplante Entführung der

drei Stadtkommandanten in Berlin, dieses Konzept ist im kollektiven Diskussionsprozess von allen entwickelt worden.

Die RAF war damals organisiert in acht Gruppen in sechs Städten. Davon zwei starke Gruppen in zwei Städten. Die einzelnen Einheiten waren in das Logistiksystem integriert. Es gab einen Diskussionszusammenhang, aber die einzelnen Einheiten waren autonom in ihrer Entscheidung über operative Durchführung.«

Auch der Anschlag auf das Hamburger Springer-Haus sei die Aktion einer autonomen Gruppe gewesen. Die übrigen RAF-Mitglieder hätten nichts davon gewusst, ihn aber anderenfalls auch nicht verhindert.

»Die Behauptung, Ulrike hätte im Gegensatz zu Andreas oder Gudrun den Anschlag auf das Springer-Hochhaus gewollt und durchgeführt, also die Behauptung, es hätte eine Fraktionierung gegeben oder Kämpfe untereinander, Terror, was das Schwein da behauptet … Tatsache war, dass die Aktion in Hamburg durchgeführt wurde, dass Ulrike und wir auch davon nichts wussten. Aufgrund der ganzen Struktur gab es autonome Entscheidungen der Gruppen, autonome Durchführung von Aktionen. Nach der Aktion gegen Springer gab es eine starke Kritik in den einzelnen Gruppen, und daraufhin ist Ulrike nach Hamburg gefahren, um das zu ermitteln. Was Müller da behauptet, es hätte eine Fraktionierung gegeben, Ulrike hätte überhaupt die Absicht haben können, Aktionen gegen die anderen zu machen, ist also völlig irre. Das entspricht der Linie, die jetzt behauptet wird, dass es Spannungen gegeben hat. Das soll sowieso nur den Mord an ihr legitimieren.«

Rechtsanwalt Temming fragte die Zeugin nach der von Müller geschilderten hierarchischen Struktur der Gruppe: »Müller hat behauptet, Andreas Baader habe einen Führungsanspruch gehabt. Gab es so was in der Gruppe? Und wie ist das Verhältnis der Gruppe überhaupt zur Führung?«

»Wenn einer einen Führungsanspruch gehabt hätte, dann hätte er sich nur lächerlich gemacht.

Das Prinzip der Organisation ist ja sowieso Freiwilligkeit, das heißt, dass jeder das eben auch können muss. Wir haben das Kaderlinie genannt. Es ist einfach eine Bedingung für Kontinuität. Wenn Leute verhaftet werden, dass nicht alles völlig orientierungslos dasitzt, sondern dass die Leute auch wirklich selber bestimmen können, damit es keinen Bruch gibt. Wir haben letztes Mal gesagt, Guerilla ist eine Hydra, das heißt, sie hat viele Köpfe.«

27.
Reisen nach Nahost

Wie recht sie damit hatte, wussten damals weder Bundesanwaltschaft noch Bundeskriminalamt.

Die Gefangenen in Stammheim hatten den Rechtsanwalt Siegfried Haag dazu auserkoren, die Gruppe neu zu strukturieren. Es sollte Schluss sein mit den spontanistischen Aktionen, die neue Generation der RAF sollte eingebettet sein in einen internationalen Zusammenhang.

Um diesen herzustellen, reiste Haag gemeinsam mit der aus dem »Sozialistischen Patientenkollektiv« Heidelberg stammenden Elisabeth von Dyck in den Nahen Osten, um die Kooperation mit der PLO wieder aufzufrischen. Doch Yassir Arafat erklärte ihnen, dass er seine Politik inzwischen anders ausgerichtet habe. Die PLO setze jetzt nicht mehr auf »militärische Aktionen«, wie Terroranschläge umschrieben wurden, sondern auf Verhandlungen. Für die praktische Seite seien deshalb andere Gruppen zuständig. Haag möge sich an die PFLP des Dr. George Habash wenden. Von dort aus wurde Haag an die Abteilung »Outside Operations« der PFLP unter Führung von Wadi Haddad, Kampfname Abu Hani, weiterverwiesen.

Der deutsche Rechtsanwalt durfte nach Aden weiterreisen, wo die PFLP ihr Ausbildungscamp unterhielt. Dort traf Haag auf die bei der Lorenz-Entführung freigepressten Genossen und durfte auch gleich einen militärischen Kurzlehrgang absolvieren.

Die PFLP war im Jahr 1967 entstanden, als der Arzt George Habash mehrere palästinensische Organisationen zusammengeschlossen hatte. Ziel der »Popular Front for the Liberation of Palestine« waren die Zerstörung Israels und der Kampf gegen den »amerikanischen Imperialismus«. 1974 änderte die PFLP ähnlich wie die PLO des Yassir Arafat die Taktik, duldete und unterstützte jedoch heimlich weiter terroristische Aktivitäten. Damals scharte Wadi Haddad aus den Reihen der PFLP Anhänger um sich, um am Prinzip des terroristischen Kampfes, vor allem am »Terror über den Wolken«, festzuhalten. Die Gruppe nannte sich jetzt PFLP-SC, das Kürzel am Schluss

stand für »Special Command«. Phasenweise bestritt die PFLP-SC ihren revolutionären Etat aus der schlichten Erpressung westlicher Fluggesellschaften. Wer zahlte, blieb von Anschlägen und Entführungen verschont; das galt natürlich nicht für die israelische Fluggesellschaft.

Im Januar 1976 versuchten Angehörige des »Special Command« in Nairobi, eine El-Al-Maschine abzuschießen. Der Anschlag scheiterte. Drei Palästinenser und zunächst zwei, dann eine weitere Deutsche wurden festgenommen. Wenige Monate später entführte ein anderes Kommando unter Leitung zweier Deutscher, die den »Revolutionären Zellen« (RZ) angehörten, eine Maschine der Air France nach Uganda.

Am 27. Juni 1976 trafen morgens um 6 Uhr ein »Mr. Garcia« und eine »Mrs. Ortega« mit einem Flug der Singapore Airlines in Athen ein. Dort wurden sie – es handelte sich um Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann – von zwei Mitgliedern eines Kommandos der PFLP mit arabischen Pässen ausgestattet. Gemeinsam begaben sie sich am Vormittag in eine Maschine der Air France, die aus Tel Aviv kommend nach dem Zwischenstopp in Athen weiter nach Paris fliegen sollte.

Als die Maschine nach dem Start über der griechischen Insel Korfu ihre Flughöhe erreicht hatte, zogen Böse und einer der beiden Palästinenser ihre Waffen, drangen durch die Reihen der Ersten Klasse ins Cockpit ein und übernahmen die Kontrolle. Brigitte Kuhlmann, die vorn in der ersten Klasse gesessen hatte, verkündete über den Bordlautsprecher, dass nun das »Kommando Che Guevara« der »Gaza-Einheit« der PFLP die Maschine übernommen hätte. Die Passagiere und Besatzungsmitglieder mussten einzeln nach vorn kommen und sich auf Waffen absuchen lassen. Niemand hatte eine dabei. Die Maschine nahm Kurs auf die libysche Küste und landete in Bengasi, wurde dort aufgetankt und startete dann Richtung Entebbe in Uganda. Nachdem der Airbus dort gelandet war, stießen sechs weitere Palästinenser zum Entführungskommando hinzu. Böse forderte die Passagiere auf, die Maschine zu verlassen und sich in die Empfangshalle des Flughafens zu begeben. Unter dem Schutz von Soldaten des ugandischen Diktators Idi Amin, dessen Regime offenbar in die Aktion eingeweiht war, konnten sich Böse, Kuhlmann und ihre palästinensischen Genossen vollkommen frei bewegen. Böse erklärte den Passagieren, die Aktion hätte den Zweck, die internationale Öffentlichkeit auf die von den Israelis an den Palästinensern begangenen Verbrechen aufmerksam zu machen. Er forderte die Freilassung von 53 Freiheitskämpfern – 40 in israelischen Gefängnissen,

sechs in bundesdeutschen, fünf in kenianischen und jeweils einen in Frankreich und der Schweiz. Bei den Deutschen handelte es sich um Ingrid Schubert, Werner Hoppe und Jan-Carl Raspe von der RAF, Inge Viett und Ralf Reinders von der »Bewegung 2. Juni« sowie den ehemaligen Kommunarden Fritz Teufel. Die Stammheimer RAF-Gründer Baader und Ensslin waren nicht dabei.

Am Abend des 28. Juni begann Böse mit der Selektion der Geiseln. Auf einem Tisch lagen zwei Stapel von Pässen, die von israelischen und die von nicht israelischen Passagieren. Wilfried Böse, der sich schon während des Fluges als Boss der Highjacker aufgespielt hatte, nahm ein Megafon in die eine und eine Liste in die andere Hand. Mit ruhiger, entspannter Stimme sagte er: »Ich werde jetzt die Namen der hier Anwesenden verlesen. Wenn Sie Ihren Namen hören, stehen Sie auf und gehen hinüber in den Nebenraum. Wir haben ihn für Sie frei gemacht, damit Sie nicht so gedrängt zusammensitzen müssen. Es hat nichts mit der Nationalität zu tun.«

Der erste Name, den Böse nannte, war »Hannah Cohen«. Von den 241 gefangenen Passagieren blieben nur 49 zurück, die übrigen mussten in den anderen Raum wechseln, vorbei an den bewaffneten Terroristen, darunter Brigitte Kuhlmann, die der Selektion, die bis in die späte Nacht dauerte, ungerührt zusahen.

Zu den israelischen Passagieren, die hier aussortiert wurden, gehörte Sara Davidson, die kurz nach ihrer Befreiung schilderte, wie sie mit Böse ins Gespräch gekommen war. Er habe sie angelächelt, als seien sie alte Freunde. Sie hatte keinen Zweifel: »Dieser Deutsche war der gefährlichste der Entebbe-Terroristen, gerade wegen seiner Ruhe, seines Lächelns, seiner guten Manieren.«

Sara Davidson sprach ihn an: »Sagen Sie doch bitte, was empfinden Sie, wenn Sie mit einer geladenen Maschinenpistole Frauen und Kinder bedrohen? Warum kämpfen Sie nicht gegen unsere Soldaten?«

Böse lächelte: »Glauben Sie mir, ich habe ein sehr schlechtes Gefühl dabei.«

»Und was werden Sie tun, wenn der Krieg im Nahen Osten vorbei ist?«

Wilfried Böse errötete, Sara Davidson hatte den Eindruck, als scheue er die Antwort, dann sagte er: »Ich weiß, ich werde mein Leben mit einer Kugel im Kopf beenden, oder im Gefängnis. Und ich habe das Gefühl, dass das bald geschieht.«

Sein Lieblingssong war »American Pie« gewesen, er hatte den Refrain

immer wieder vor sich hin gesungen: »This will be the day that I die …«

Der Holocaust-Überlebende Yitzhak David sprach Wilfried Böse auf Deutsch auf dessen letzten Satz an, den er während des Fluges an die Passagiere gerichtet hatte: »Nun verstehen Sie, wie das Gehirn eines verrückten deutschen Revolutionärs tickt.«

David zeigte Böse die auf seinem Arm eintätowierte Nummer und sagte: »Ich habe mich getäuscht, als ich meinen Kindern erklärte, mittlerweile gebe es ein anderes Deutschland. Wenn ich sehe, was Sie und Ihre Freunde hier Frauen, Kindern und älteren Menschen antun, dann begreife ich, dass sich in Deutschland nichts verändert hat.«

Böse, der David bis dahin ruhig und entschlossen erschien, wurde bleich und zitterte: »Da liegen Sie verkehrt. Ich habe in Westdeutschland Terrorakte durchgeführt, weil das dort herrschende Establishment Nazis und Reaktionäre in seinen Dienst genommen hat. Ich weiß außerdem, dass die Jordanier im September 1970 mehr Palästinenser als Israelis getötet haben, ebenso wie die Syrer zuletzt in Tel al-Zaatar. Meine Freunde und ich sind hier, um den Palästinensern zu helfen, weil diese die Underdogs sind. Sie sind die Leidtragenden.«

Yitzhak David antwortete: »Na, wenn die Palästinenser ihr Versprechen erfüllen und uns ins Meer werfen, dann werden wir zu Ihnen kommen, um uns dabei helfen zu lassen, arabische Flugzeuge zu kapern.«

Das von den Entführern gestellte Ultimatum sollte am 4. Juli um 12 Uhr mittags ablaufen. Vor allem dass israelische Bürger von denen anderer Länder getrennt wurden, führte in der israelischen Regierung zu der Entscheidung, eine militärische Befreiungsaktion durchzuführen – in einem Land, das fast 3500 Kilometer von Israel entfernt lag. Die Aktion trug den Namen »Operation Thunderbolt« und begann in der Nacht vom 3. auf den 4. Juli.

Vom Flughafen Lod bei Tel Aviv aus starteten vier mit Tarnfarben gestrichene Hercules-Maschinen C-130, zwei Boeing ohne Hoheitsabzeichen folgten ihnen. Gegen 23 Uhr landeten die ersten beiden Hercules-Flieger auf dem alten Flughafen von Entebbe, die übrigen Maschinen folgten. Die Kommandoaktion unter Führung des Brigadegenerals Dan Schomron sollte nicht länger als 90 Minuten dauern. Als die ersten schwarz gekleideten Männer der Anti-Terror-Einheit Sayeret Matkal in die Empfangshalle mit den

Geiseln vorstießen, brach Chaos aus. »Runter! Auf den Boden!«, riefen die Elitesoldaten den Geiseln zu. Zwei von ihnen wurde dennoch tödlich getroffen. Die Palästinenser erwiderten das Feuer.

Die schwedische Stewardess Ann-Carina Franking, die ebenfalls als Geisel festgehalten worden war, sagte kurz nach ihrer Befreiung: »Der Deutsche mit Namen Böse war sehr, sehr nett. Als die Schießerei begann, stammelte er: ›Das habe ich nicht gewollt.‹ Er hätte die Sache niemals mitgemacht, wenn er gewusst hätte, dass geschossen werde. Als er dies sagte, hatte er eine Handgranate in der Hand. Unsere Gruppe rief ihm zu, er solle sie zum Fenster hinauswerfen. Das tat er. Wir hörten, wie die Handgranate draußen explodierte, und sahen, wie Böse zur gleichen Zeit von Schüssen getroffen wurde.«

Die Entführer, darunter auch Böse und Brigitte Kuhlmann, waren tot, ebenfalls eine unbekannte Zahl von ugandischen Soldaten – und der Kommandeur der Sayeret Matkal, Oberstleutnant Yonatan, »Yoni«, Netanyahu, der ältere Bruder des späteren israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu. Auch ein Deutscher war bei dem Befreiungskommando dabei. Es war Ulrich Wegener, der Chef der nach dem Olympia-Massaker in München gegründeten Antiterrorismus-Abteilung des Bundesgrenzschutzes, GSG 9.

Während der insgesamt achttägigen Entführung der Air-France-Maschine durch ein gemeinsames Kommando von PFLP und Revolutionären Zellen nach Entebbe wurden die RAF-Gefangenen in Stammheim erneut abgehört. Auch diese Lauschaktion wurde nach dem Auffliegen der Überwachung von Anwalts- und Mandantengesprächen im März 1977 weiter geheim gehalten. Hinweise dazu fanden sich ebenfalls in den über 30 Jahre lang unter Verschluss gehaltenen Akten des Innenministeriums in Stuttgart. Tonbänder oder Abschriften davon tauchten nicht auf.

Das »Special Command« gab den bewaffneten Kampf nicht auf. Es unterhielt in Südjemen unter der Leitung des Haddad-Stellvertreters Zaki Helou mehrere Stützpunkte und ein Ausbildungscamp in der Nähe des Dorfes Yaal, etwa zwei Autostunden von Aden entfernt. Hier bildete die PFLP-SC nicht nur ihre eigenen Kämpfer aus, sondern auch Angehörige befreundeter Organisationen wie der RAF, der RZ, der »Bewegung 2. Juni« und irischer

oder sogar holländischer Gruppen. Es war ein Geben und Nehmen. Die Europäer unterstützten bei Aktionen, wenn Araber bei deren Vorbereitung aufgefallen wären, und halfen mit logistischem und technischem Material aus, wie Funkgeräten aller Art, Abhörgeräten oder Fälschermaterialien. Die PFLP lieferte Waffen, Sprengstoff, Blankopässe und vor allem Trainingsmöglichkeiten für den bewaffneten Kampf.

In Deutschland wollten sich die Genossen auf eine kollektive Reise zur Ausbildung nach Aden vorbereiten und trafen sich dazu in Sprendlingen. Jeweils ein Pärchen sollte sich auf unterschiedlichen Routen nach Südjemen begeben. Kaum hatten sie sich in einem Naturschutzgebiet, das von Spaziergängern und Joggern frequentiert wurde, gesammelt, tauchte ein Streifenwagen der Polizei auf. Einer aus der Gruppe trug einen Anorak, dessen Reißverschluss er bis oben zugezogen hatte. Darunter hatte er eine Pistole verborgen. Die Polizisten stiegen aus und gingen direkt auf ihn zu: »Was haben Sie da?« – »Was soll denn das jetzt? Wir machen hier gerade Mittag«, erwiderte einer aus der Gruppe. Die Beamten erklärten, sie seien auf der Suche nach einem Exhibitionisten, der hier sein Unwesen treiben solle. Auch wenn sie nicht den Eindruck machten, als würden sie sich vor kleinen Kindern zeigen, so solle der eine von ihnen doch bitte schön mal zeigen, was er unter der Jacke habe.

»Ich mach doch hier keinen Striptease«, erwiderte der Angesprochene. Doch die Polizisten beharrten darauf, dass er mit zum Streifenwagen kommen müsse. Dort wurden seine Personalien überprüft. Die waren in Ordnung. Aber die Beamten ließen nicht locker: »Jetzt möchten wir doch wissen, was Sie unter der Jacke haben.«

Daraufhin klappte der Mann seine Jacke auf, zog seine Pistole und sagte: »Hände hoch.«

Die Beamten stellten sich mit erhobenen Händen an den Wagen, doch in einer plötzlichen Drehung zog einer seine Waffe und feuerte. Es begann eine wilde Schießerei, in deren Verlauf einer der Polizisten in den Kopf getroffen wurde. Eine Kugel traf Rolf Clemens Wagner in den Hintern. Peter-Jürgen Boock packte sich den Blutenden auf die Schulter und schleppte ihn auf einen Parkplatz am Rande des Naturschutzgebietes. Dort saß eine Frau am Steuer ihres Renault R16. Boock hielt ihr die Pistole ins Gesicht: »Aussteigen!«

Die Frau kreischte und klammerte sich am Lenkrad fest. Ein Schuss fiel,

die Windschutzscheibe zersplitterte. Boock sprang auf die Beifahrerseite und versuchte, die Frau mit den Füßen aus dem Wagen zu stoßen. Als sie endlich das Lenkrad losließ und zu Boden fiel, schrie Boock den verletzten Wagner an: »Los, einsteigen!« Dann raste er los. Die immer noch kreischende Besitzerin des Wagens klammerte sich ans Fenster und wurde mitgeschleift, bis sie sich nicht mehr halten konnte.

Als die Großfahndung einsetzte, versteckten sich Boock und Wagner in einem Waldstück unter Laub und Ästen. Sie wurden nicht entdeckt.

In einer ihrer konspirativen Wohnungen trafen sich alle wieder. Rolf Clemens Wagner wurde mit Hilfe eines mehr oder weniger freiwillig helfenden Arztes versorgt.

Boock gehörte zur letzten Gruppe, die einige Zeit später in Aden eintraf. Auf dem Dach des Flughafengebäudes wartete das Begrüßungskommando. Siegfried Haag hatte sich in der Zwischenzeit ein Toupet anfertigen lassen und trug einen Seeräuberbart. Verena Becker war dabei und der schon erwähnte Zaki Helou. Peter-Jürgen Boock meinte sich später daran zu erinnern, dass auch Monika Haas aus Frankfurt in dieser Gruppe gestanden habe – jene Frau, die später in Verdacht geriet, die Waffen für die Entführung des Lufthansa-Flugzeugs »Landshut« nach Palma de Mallorca geschmuggelt zu haben.

Die wenigen Transitreisenden, die sich alle einer besonders peniblen Ankunftskontrolle unterziehen mussten, waren erstaunt, dass diese jugendlichen Europäer empfangen wurden wie Staatsgäste. Allerdings mussten die Einreisenden ihre Pässe abliefern. Als Boock sich bei Siegfried Haag darüber beschweren wollte, erklärte ihm dieser, dass es dazu eine Vereinbarung zwischen den Palästinensern und der Regierung gebe. Solange die Gruppe im Land sei, hätten die PFLP-Vertreter die Kontrolle über Ein- und Ausreise.

Erst später erfuhr Boock, wer noch genau über die Bewegungen der Deutschen Bescheid wusste: die Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, die den jemenitischen Geheimdienst ausbildeten und den Flughafen Aden unter Kontrolle hatten. Dort wurde sogar Sächsisch gesprochen.

Am nächsten Tag ging es weiter zum Camp. Es gab zur Begrüßung Tee und dann Gespräche bis zum frühen Morgen. Siegfried Haag erklärte, dass er mit dem militärischen Training auf sie gewartet habe. Bisher hatte nur

Dauerlauf zur Körperertüchtigung auf dem Programm gestanden.

28.
Operation Nairobi

Es gab einiges zu erzählen. Zwei Gruppenmitglieder hatten bereits an einer Aktion teilgenommen. Die war aber offenbar schiefgegangen. Im Januar 1976 war ein aus drei Palästinensern und den beiden Deutschen Brigitte Schulz und Thomas Reuter bestehendes Kommando in die kenianische Hauptstadt Nairobi gereist. Das Ziel – zumindest der Palästinenser – war es, ein Flugzeug der israelischen Fluggesellschaft El Al mit einer sowjetischen SAM-7-Boden-Luft-Rakete abzuschießen. Doch die kenianischen Behörden, und mit ihnen der israelische Geheimdienst Mossad, hatten rechtzeitig von dem geplanten Anschlag erfahren. Das »Norfolk Hotel«, in dem das Kommando abgestiegen war, strotzte nämlich vor Abhöreinrichtungen der Israelis, und die Terroristen hatten die Details ihrer Aktion ausführlich untereinander besprochen.

Die Palästinenser, darunter auch Abu Hannafeh, die rechte Hand des Terroristenchefs Wadi Haddad, wurden in der Nähe des Flughafens festgenommen und genauso wie die beiden Deutschen heimlich nach Israel ausgeflogen. Dort verurteilte man sie in einem Geheimprozess zu langjährigen Freiheitsstrafen. Sie verschwanden – ohne dass dies in der Öffentlichkeit bekannt wurde – in israelischen Militärgefängnissen.

Und noch eine dritte Deutsche war von Aden aus auf Umwegen nach Kenia gereist: Monika Haas. Genau wie die übrigen fünf hatte sie bei der Einreise einen zypriotischen Pass vorgelegt und war prompt verhaftet worden.

Über den folgenden Tagen oder Wochen liegt bis heute der Schleier eines Geheimnisses. Monika Haas selbst schildert die Ereignisse so: Sie sei im Camp Ende 1975/Anfang 1976 gefragt worden, ob sie einen Brief nach Kenia bringen könnte. »Unbefangen« und »unbedarft« habe sie sich zu diesem Kurierdienst bereitgefunden und sei im Januar nach Nairobi geflogen, wo sie unmittelbar nach ihrer Ankunft am Flughafen festgenommen worden sei. »Ich befand mich während dieser Zeit«, so erklärte sie später vor Gericht, »ununterbrochen in Todesangst. Mit Nachdruck vermittelten mir die

Kenianer, dass sie mich ohne weiteres im Urwald verscharren könnten, da ich offiziell nie in ihr Land eingereist sei. Als Ausweg boten sie mir an, eine weitere Person, die ebenfalls verdächtigt wurde, mit dem geplanten Anschlag etwas zu tun gehabt zu haben, unter einem Vorwand dazu zu bringen, nach Nairobi zu fliegen.« Dort habe diese Frau, eine Araberin, dann festgenommen werden sollen. Mit israelischen Agenten habe sie nie zu tun gehabt, allerdings sei bei den Verhören ein weißer Mann im Hintergrund dabei gewesen. Sie habe sich zuerst geweigert, den Auftrag anzunehmen. »Dabei dachte ich zuerst an einen Trick, um behaupten zu können, ich sei auf der Flucht erschossen worden. Allerdings hatte ich keine Alternative, von daher stimmte ich nach kurzem Widerstand zu. Wider Erwarten war der Plan ernst gemeint, und ich wurde losgeschickt, um die andere Frau dazu zu bringen, nach Kenia zu fliegen. Für den Fall, dass ich nicht mitspielte, drohte man mir, dass dies mein sicherer Tod sei. Über Umwege bin ich daraufhin nach Aden zurückgekehrt.«

So einfach also konnte die tüchtige junge Frau aus Deutschland den Dilettanten vom Mossad entwischen und nach Aden zurückkehren, dorthin, wo ihr späterer Ehemann Zaki Helou die Guerilla für den Kampf gegen Israel ausbildete. Kein Wunder, dass ihr später kaum jemand abnahm, sie hätte sich ihre Freiheit nicht irgendwie erkauft.

Eine andere Version besagt, dass Monika Haas ebenso wie Brigitte Schulz und Thomas Reuter nach Israel ausgeflogen und dort verschärften Verhören unterzogen worden sei. So habe Brigitte Schulz sie im Gefängnis über einen Zeitraum von vierzehn Tagen mehrmals laut rufen und schreien gehört. Dann habe man sie – vermutlich mit speziellen Aufträgen – wieder entlassen. Monika Haas bestreitet das. Aber ihr Aufenthalt in Nairobi oder anderswo erregte über Jahre in der Terroristen- und Geheimdienstszene den Argwohn, sie sei möglicherweise vom Mossad »umgedreht« worden.

Als Peter-Jürgen Boock in Aden eintraf, war Monika Haas offenbar wieder von ihrem Ausflug zurück. Die gescheiterte Aktion diktierte zunächst die Ausbildung. Die Palästinenser glaubten, dass die Israelis aus den festgenommenen Kommandomitgliedern die Lage des Camps herausgefoltert hätten und möglicherweise einen Luftangriff unternehmen könnten. So wurden die Neuankömmlinge zunächst an schweren Maschinengewehren und anderen Flugabwehrgeschützen ausgebildet. Tag und Nacht musste Wache geschoben werden.

Im Camp wurde nicht nur hinter vorgehaltener Hand darüber spekuliert, ob

Monika Haas zur Verräterin geworden war. So schrieb später Hans-Joachim Klein, der mit der Carlos-Truppe 1975 die OPEC-Konferenz in Wien überfallen hatte: »Das Mitglied der RAF wurde aus unerfindlichen Gründen freigelassen – sogar mit einem Brief von Abu Hannafeh an dessen Frau versehen – und kam zu Abu Hani (Wadi Haddad) zurück, um Report zu erstatten. Allen war klar, doch keiner sprach es aus, dass dieses Mitglied wohl umgedreht sein musste. Auch Abu Hani, doch er ließ es an der langen Leine … Nachdem die Israelis die Karten nun ein wenig offengelegt haben, wo das Kommando steckt und was sie mit ihnen gemacht haben – unter anderem nämlich gefoltert, um Infos zu kriegen –, dürfte dieses deutsche Mitglied wohl tot sein. Hingerichtet, sagt man in diesen Kreisen.«

Doch Aussteiger Klein irrte. Monika Haas stand unter dem persönlichen Schutz des einflussreichen Leiters des Ausbildungscamps und Stellvertreters von Abu Hani. Im Sommer 1976 heirateten die beiden. Den Verdacht, Mossad-Agentin zu sein, wurde sie nie wieder los. Vor allem Mitarbeiter der Terrorismusabteilung des DDR-Geheimdienstes stellten später umfangreiche Ermittlungen an, um die vermutete Beziehung von Monika Haas zum Mossad nachzuweisen.

Bei glühender Hitze und mehr als neunzig Prozent Luftfeuchtigkeit trainierte ein Großteil jener Gruppe den Guerillakrieg, die später an der Schleyer-Entführung oder anderen Aktionen beteiligt war: Neben Peter-Jürgen Boock und Siegfried Haag waren das – wenn auch nicht alle gleichzeitig – Rolf Heißler, Verena Becker, Sieglinde Hofmann, Stefan Wisniewski und Rolf Clemens Wagner. Auch der legendäre Auftragsterrorist Carlos und sein deutscher Gehilfe Johannes Weinrich waren zeitweise vor Ort.

Die Palästinenser hatten darauf bestanden, dass einer in der Gruppe für sie der Ansprechpartner war. Rechtsanwalt Siegfried Haag übernahm die Rolle und begann auch sofort, den deutschen Kampfgenossen gegenüber den Chef zu spielen. Das führte zu einigen Konflikten, vor allem mit Verena Becker, aber auch mit Peter-Jürgen Boock. »Heimkindermentalität« wurde ihm dann von den anderen vorgehalten und dass er gesagt hatte, er würde nur mitmachen, weil er jene Leute befreien wollte, die ihm nahestanden.

Das war zwar auch das Ziel der anderen, nur wurde es von ihnen als revolutionäre Aufgabe betrachtet.

Früh am Morgen begann das Training mit Dauerlauf, Nahkampfübungen und Gymnastik. Nach dem Essen eine Pause bis 13.00 Uhr. Dann

Waffenkunde, Guerillatheorie, Häuserkampftheorie. Nach dem Abendessen, wenn es etwas kühler wurde, Schießtraining. Am Abend wurden Pläne für die Rückkehr nach Deutschland geschmiedet. Ganz oben auf der Liste stand die Befreiung der Gefangenen, vor allem in Stammheim. Es entstanden die Begriffe »Big Money« und »Big Rausholе«. Siegfried Haag legte dazu verschlüsselte Papiere an, die später bei ihm gefunden wurden.

29.
Saulus und Paulus
(129. Tag, 22. Juli 1976)

Der Hauptbelastungszeuge Gerhard Müller musste sich im Stammheimer Gerichtssaal den Fragen der Verteidigung stellen.

»Wie hat sich die Isolation auf Sie ausgewirkt, Herr Müller?«, fragte Rechtsanwalt Schily.

»Das können Sie ja sehen.«

»Das kann ich heute sehen?«

»Ja.«

»Würden Sie sagen, dass Sie in der Haft immer mit rechtsstaatlichen Mitteln behandelt worden sind?«

»Ja, ich möchte unterscheiden, zwischen der Haft als RAF-Gefangener und der Haft nach meiner Trennung von der RAF. Ich kann auch überhaupt nicht leugnen, dass die Maßnahmen staatlicherseits während meiner RAF-Mitgliedschaft und meiner Gefangenschaft berechtigt waren.«

»… berechtigt waren?«, fragte Schily.

»Ja, ich habe mich ja auch entsprechend verhalten.«

»Sagen Sie: Waren Sie mal in psychiatrischer oder nervenärztlicher Behandlung?«

»Muss ich so was beantworten?«, erkundigte sich Müller beim Vorsitzenden.

»Die Dinge, die hier zur Debatte stehen, rechtfertigen eine solche Frage«, meinte Dr. Prinzing.

»Ja, ich war im Anschluss an einen Selbstmordversuch in Heidelberg ungefähr fünf bis sechs Wochen in der geschlossenen Abteilung der Nervenklinik.«

»Und danach oder davor?«, fragte Schily.

»Davor nicht, danach ja. 1970 war ich dann im ›Sozialistischen Patientenkollektiv‹. Ich hab da ’ne Einzeltherapie gehabt. Und dann gleichzeitig auch noch Gruppentherapien. Daraus wurden dann später Agitationen.«

»Und was war da die Diagnose für diese Therapie?«

»Ja, das System muss kaputt gemacht werden.«

Schily geriet an einen heiklen Punkt: »Sagen Sie, Herr Müller, haben Sie sich mal für Geld verkauft?«

Der Vorsitzende griff ein: »Herr Rechtsanwalt Schily, ich bitte Sie, diese Frage möglichst nicht auszuführen.«

»Ich bestehe auf der Frage«, sagte Schily. »Der Zusammenhang ist in diesem Verfahren ja nun sehr deutlich: Inwieweit ist der Zeuge bereit, gegen bestimmte finanzielle Leistungen, sich zu einem bestimmten Verhalten herzugeben. In den Akten gibt es da einen bestimmten Anhaltspunkt, sodass diese Tatsache hier eingeführt werden muss, so leid es mir tut.«

Der Vorsitzende wandte sich an den Zeugen: »Das Gesetz sagt Folgendes, dass Fragen, die einem Zeugen zur Unehre gereichen könnten, nur dann zu stellen seien, wenn sie unerlässlich sind. Herr Rechtsanwalt Schily hat darauf hingewiesen, dass es darum geht, zu klären, ob Sie gegen Geldzuwendungen zu bestimmtem Verhalten bereit wären. Das ist ein Zusammenhang, der nicht völlig aus der Luft gegriffen ist. Also, Frage: Wären Sie bereit, von sich aus so eine Frage zu beantworten?«

»In keiner Weise«, sagte Müller.

Die Bundesanwaltschaft meldete sich zu Wort: »Die Frage zielt eindeutig darauf hin, den Zeugen bloßzustellen, auf nichts anderes.«

Die Verhandlung wurde kurz unterbrochen, dann verkündete das Gericht: »Die gestellte Frage wird als ungeeignet zurückgewiesen.«

Noch einmal bemühten sich die Anwälte herauszufinden, auf welche Weise Müller aussagebereit gemacht worden war.

»Hat man Ihnen anlässlich Ihrer Vernehmung durch Beamte der Sicherungsgruppe Bonn verschiedentlich bedeutet, dass man auch anders könne, wenn Sie nicht aussagten?«, fragte Dr. Heldmann.

»Ja, dass ich damit zu rechnen hätte, eben wie jeder andere ein Verfahren zu kriegen und dann verurteilt zu werden.«

»Und das hat Sie so erschreckt, dass Sie ›wie jeder andere‹ behandelt werden sollten?«, sagte der Anwalt.

»Ja, das sollten Sie auch wieder nicht so sehr auf die Goldwaage legen.«

»Haben Sie einen Hass auf Herrn Baader?«, wollte Heldmann wissen.

»In keiner Weise.«

»Spüren Sie Feindschaft gegenüber Baader?«

»Nein.«

Heldmann zog einen Brief hervor, den Müller im Januar 1975 an einen Bekannten in Heidelberg geschrieben hatte. Er zitierte: »Schließlich ist es so, dass mein Hass auf die RAF und bestimmte Leute sehr viel stärker ist als zum Beispiel auf die Leute, die gegenwärtig für meine Haftbedingungen verantwortlich zeichnen.«

Müller räumte ein, diesen Brief geschrieben zu haben, und erklärte seine damalige Lage: »Die Trennung von der RAF hat ja einen unheimlich starken emotionalen Aspekt gehabt. Ich habe die erste Phase dieser Trennung nur hinter mich gebracht – lebendig –, indem ich mir da einen Gegner aufgebaut hatte. Also in diesem Sinne Hass auf die RAF.«

Im Anschluss an die Vernehmung des Zeugen Gerhard Müller gab Bundesanwalt Dr. Wunder in einer Erklärung seine Einschätzung des Zeugen ab: »Ich verwahre mich mit Nachdruck gegen den Vorwurf, Müller sei von Angehörigen des Bundeskriminalamtes gekauft, umgedreht oder einer sogenannten Gehirnwäsche unterzogen worden. Obwohl Müller zweifellos schuldbeladen ist, halte ich ihn für glaubwürdig. Es ist nicht das erste Mal, wenn sich ein Saulus zu einem Paulus bekehrt. Und in einem Rechtsstaat, der sich der Resozialisierung verschrieben hat, sollte Derartiges nicht als ungewöhnlich angeprangert werden. Schon grundsätzlich verdient jemand, der sich aus den Klauen einer kriminellen Vereinigung befreit, ein gewisses Verständnis, wenn nicht sogar Respekt.«

30.
Ein Sprung über den Richtertisch
(131. Tag, 28. Juli 1976)

Auch der in Kaiserslautern angeklagte Klaus Jünschke war von der Verteidigung als Zeuge geladen worden, um Müllers Behauptungen über die Struktur der Gruppe zu widerlegen. »Haben Sie in Kaiserslautern einen Verteidiger?«, fragte Rechtsanwalt Heldmann.

»Nein.«

»Sind Sie belehrt worden, dass Sie hier einen Rechtsbeistand mitbringen dürfen?«

»Nein. Ich sagte doch, dass wir uns seit Monaten bemühen, Anwälte zu finden. Aber diese Bemühungen sind durch die Hetze gegen die Anwälte sabotiert worden. Die Schwierigkeiten liegen bei diesen Figuren hier.«

Der Vorsitzende erkundigte sich, ob Jünschke die Formulierung »Figuren« abträglich gemeint habe, und drohte eine Ordnungsstrafe an.

»Na, mach doch, du Faschist«, sagte der Zeuge und erhielt eine Woche Ordnungshaft.

»Vielleicht ist das nicht klar geworden«, erklärte Jünschke. »Wir haben Interesse, hier auszusagen. Aber Müller wird in Kaiserslautern erscheinen, und wir haben bis jetzt noch nicht seine Vernehmungsakten. Das ist der Grund, weswegen wir heute nichts sagen können. Ich würde vorschlagen, dass wir in vierzehn Tagen wieder geladen werden und bis dahin die Protokolle durchgelesen haben. Und zu diesem Vorschlag …«

Der Vorsitzende schnitt ihm das Wort ab: »Sie haben hier nicht mit Vorschlägen zu kommen, sondern Fragen zu beantworten.«

»Ja, dann machen wir Schluss, würde ich sagen.«

Einen Moment später stand Klaus Jünschke von seinem Stuhl auf, rannte um den Zeugentisch herum und rief: »Wart, ich komm!« Mit drei schnellen Schritten sprang er auf den Richtertisch und stürzte sich auf den Vorsitzenden. Er umklammerte Dr. Prinzing und fiel mit ihm zusammen zu Boden. Mehrere Richter, Vollzugs- und Polizeibeamte überwältigten Jünschke. Er wurde am Boden festgehalten und schrie: »Für Ulrike, du

Schwein!«

Die Vollzugsbeamten fesselten ihn an Händen und Füßen und schleppten ihn aus dem Saal.

»Ich bitte, Platz zu nehmen«, sagte der Vorsitzende, nachdem er seinen Stuhl wieder eingenommen und die Robe geordnet hatte. »Wir setzen die Sitzung fort. Sind weitere Fragen an den Zeugen? Ich sehe: nicht. Die Vernehmung des Zeugen ist abgeschlossen.«

Jünschkes Sprung über den Richtertisch wurde 1977 in dem Urteil gegen ihn als Beweis für die »von fanatischem Hass geprägte Einstellung gegen den Staat und seine Institutionen« ausgelegt.

Das Landgericht Kaiserslautern verurteilte ihn 1977 wegen »gemeinschaftlichen Mordes in Tateinheit mit gemeinschaftlichem schwerem Raub« zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Jünschke an dem Banküberfall in Kaiserslautern am 22. Dezember 1971 teilgenommen hatte. Dabei war der Polizeibeamte Herbert Schoner erschossen worden. Zeugen behaupteten, Jünschke Tage vor dem Überfall in der Nähe der »Hypotheken- und Wechselbank« gesehen zu haben. Außerdem waren seine Fingerabdrücke in einer konspirativen Wohnung in Kaiserslautern gefunden worden. Daraus zog das Gericht den Schluss, Jünschke sei auch bei dem Banküberfall dabei gewesen. Dass er selbst geschossen habe, wurde auch in dem Urteil nicht behauptet. Der Revolver, aus dem in der Bank die Schüsse auf den Polizisten abgegeben worden waren, hatte die Polizei auf dem Gartengrundstück in Frankfurt gefunden, wo Jan-Carl Raspe 1972 festgenommen worden war. Welche RAF-Mitglieder außer Jünschke an dem Banküberfall noch teilgenommen haben sollten, ließ das Gericht offen. Jünschke wurde als Einziger wegen »gemeinschaftlichen Mordes« verurteilt.

Der Richterspruch gegen Klaus Jünschke gehört zu den fragwürdigsten Urteilen gegen RAF-Mitglieder überhaupt. Erst nach mehr als zehn Jahren Haft beschloss Jünschke, einen Wiederaufnahmeantrag zu stellen. Inzwischen hatte er sich von der »Rote Armee Fraktion« gelöst.

Strafanzeige gegen die Untersuchungsgefangenen Baader und Raspe:

»Am 3. August 1976 wurde Raspe wegen fortgesetzten Störens von der Hauptverhandlung ausgeschlossen, wobei er die Aufforderungen, den Saal zu verlassen, nicht achtete. Er wurde in den Abführgriff genommen und

gewaltsam aus dem Saal geführt. Raspe ließ sich widerstandslos in die Vorführ-Zelle führen, drohte jedoch dem Bediensteten Wagner mit den Worten: ›Dich kriegen wir schon, lass dich ja nicht sehen heute Mittag, ich hau dir die Suppe in die Fresse.‹ Raspe unterrichtete offenbar den Gefangenen Baader von dem Vorfall. Dieser forderte kurze Zeit später aus der offenen Tür der Zelle den Hauptsekretär Münzing mit den Worten ›Komm her‹ auf, zu ihm zu kommen. Auf dessen Frage, was er von ihm wolle, ging Baader auf ihn zu und sagte: ›Damit ich dir wegen vorher ein paar in die Fresse hauen kann.‹ Dabei holte er aus, um dem Bediensteten einen Schlag zu versetzen. Assistent Wagner sagte daraufhin zu Baader, dass nicht Münzing, sondern er den Gefangenen Raspe aus dem Saal geführt hätte. Ohne weitere Worte ging nun Baader auf Wagner zu. Dieser konnte zunächst den Schlägen ausweichen. Baader erhielt jedoch Hilfe durch die Gefangenen Raspe und Ensslin. Während sich die Gefangene Ensslin darauf beschränkte, in der Zellentüre zu stehen und die Beamten zu beschimpfen, griff Raspe ebenfalls die Beamten an. Während Baader und Raspe um sich schlugen, riefen sie den Bediensteten die Worte zu: ›Dich kriegen wir schon noch da oben, du Schwein.‹ Erst mit Hilfe der Polizei, die durch die ebenfalls anwesende Vollzugsbeamtin Frede herbeigeholt worden war, gelang es, die Gefangenen wieder in ihre Zelle zurückzubringen. Abschließend bedrohte der Gefangene Baader die Beamten noch mit den Worten: ›Das nächste Mal geht die Sache anders aus.‹«

31.
Geige und Beton

(134. Tag, 4. August 1976)

Verteidiger Otto Schily stellte den 61. Ablehnungsantrag gegen das Gericht. Anlass war eine vom Vorsitzenden angeordnete Verschärfung der Haftbedingungen. Der gemeinsame Umschluss der Gefangenen im siebten Stock der Haftanstalt sei bis auf weiteres ausgesetzt.

Grund: »Die Angeklagten Baader und Raspe haben heute gemeinschaftlich die Vollzugsbeamten Münzing und Wagner angegriffen und verletzt. Sie haben weitere massive Tätlichkeiten angedroht.«

Die Verschärfung der Haftbedingungen widerspreche den von den medizinischen Gutachtern geforderten zumindest herzustellenden Haftbedingungen, sagte Schily.

Oberstaatsanwalt Zeis schoss zurück: »Der Angeklagte Baader fürchtet offensichtlich um seine Stellung als Boss der Baader-Meinhof-Bande. Wie anders wäre zu erklären, dass ein Untersuchungsgefangener, der sich bisher mit Tätlichkeiten gegen Vollzugsbeamte immer zurückgehalten hat, nun plötzlich, ein paar Tage nachdem dieser fanatisierte Klaus Jünschke einen tätlichen Angriff auf Sie, Herr Vorsitzender, unternommen hat, plötzlich dort unten gegen Vollzugsbeamte tätlich geworden ist. Offensichtlich meint die Angeklagte Ensslin, dass die Vollzugsbeamten dort unten Freiwild sind. Zur gesundheitlichen Situation der Gefangenen, Herr Rechtsanwalt Schily, kann ich nur sagen: si tacuisses … Wir haben's ja erlebt, wie ein angeblich Isolationsgefolterter hier gewirkt hat und zu welchen Leistungen er noch in der Lage war.«

Bundesanwalt Zeis spielte auf Klaus Jünschkes Angriff gegen Richter Prinzing an. Als Beispiel für die Großzügigkeit der Haftbedingungen erwähnte Zeis, dass es Gudrun Ensslin gestattet worden war, in ihrer Zelle Geige zu spielen.

Otto Schily erwiderte: »Ja, nun – die Geige. Ich selber muss sagen: Hausmusik ist eine sehr gute Sache, und ich habe das in meinem Leben auch öfters gemacht. Aber in einer Situation, in der sich Frau Ensslin befindet,

Herr Zeis, das bisschen, was mit ein wenig Geigenspiel verbunden ist, als großzügige Haftbedingung zu beschreiben, also den Zynismus hätte ich selbst Ihnen nicht zugetraut. Einer Frau, die sich nun seit Jahren in Haft befindet, die nie mehr irgendwo mit einem Stück Natur, sondern immer nur mit Beton zu tun hat, die sich in einer Gruppenisolation befindet, die Amnesty International ausdrücklich im Katalog der Foltermaßnahmen aufführt … Tagelang ohne Fenster, nur mit einer Klimaanlage, die ständig summt, Neonlicht … Aber vielleicht verfügen Sie über die Sensibilität nicht …«

Der Befangenheitsantrag gegen das Gericht wurde als unzulässig verworfen.

Währenddessen bereitete sich die neue RAF auf neue Aktionen vor. Am 20. September 1976 überfielen zwei ihrer Mitglieder eine Filiale der Commerzbank in Köln und erbeuteten 107000 Mark.

32.
Die RAF, die Atombombe und das Schlachten kleiner Kinder
(153. Tag, 14. Oktober 1976)

Generalbundesanwalt Siegfried Buback, oberster Ankläger der Bundesrepublik, schob sich hinter den Zeugentisch.

»Wir sind Ihnen zu Dank verpflichtet, dass Sie sich so rasch freigemacht haben für diese Anhörung«, begrüßte ihn der Vorsitzende. »Sie sollen darüber aussagen, ob die mit den Ermittlungen befassten Beamten den Zeugen Ruhland, Hoff oder Gerhard Müller irgendwelche Vorteile versprochen haben für die Aussagen, die gemacht werden.«

Buback antwortete: »Der Herr Generalbundesanwalt als Behörde hat ja bereits zu diesen Fragen Stellung genommen. Ich erkläre hier als Zeuge, dass keinem der drei Genannten in irgendeiner Form Vorteile versprochen oder Nachteile angedroht worden sind oder in anderer Weise Einfluss auf den Inhalt ihrer Aussage genommen worden ist.«

Die Vernehmung des Generalbundesanwalts zog sich über den ganzen Tag hin, und so lang sie auch war, so ergebnislos blieb sie.

Zu Details konnte Buback keine Aussagen machen. Schließlich sei er als Behördenchef nicht selbst in die Einzelheiten eingeweiht. Und außerdem habe er nur eine beschränkte Aussagegenehmigung.

Andreas Baader sprach ins Mikrofon: »Ich habe hier eine Studie vom Londoner Institut für Konfliktforschung. Sie befasst sich mit der Bekämpfung von Subversion …«

»Herr Baader, Sie unterliegen offenbar dem Irrtum, als wären die Ziele der Bekämpfung der Subversion Gegenstand der Sachaufklärung in diesem Verfahren. Wir haben es mit Mordvorwürfen gegen Sie zu tun«, unterbrach ihn der Vorsitzende.

»Mir geht es jetzt darum, diesen Hintergrund zu entwickeln. Auch die ganzen Besonderheiten des Verfahrens, wie die Eliminierung der Verteidigung, die Liquidierung von zwei Gefangenen von fünf …«

»Die ›Liquidierung von zwei Gefangenen‹ würde allein schon reichen, Ihnen das Wort zu entziehen. Ich will es nicht tun«, sagte Prinzing.

»Ein Sondergericht, ein Sonderrichter, ein besonderes Prozessgebäude …«, fuhr Baader fort.

»Hören Sie zu, Herr Baader. Sie stehen auf dem falschen Standpunkt, dass Sie hier Dinge zu entwickeln hätten, als Angeklagter gegenüber dem Zeugen. Hier wird gefragt und nichts anderes.«

»Na gut, ich frage jetzt, ob er diese Richtlinien kennt. Das eine ist: terroristische Organisationen zu infiltrieren. Zweitens: den Terrorismus zu verhindern, indem die terroristischen Aktionszentren aufgespürt und isoliert werden. Drittens: die Führer auszuschalten …«

Der Vorsitzende unterbrach ihn: »Es ist nicht erkennbar, was das mit der Aufklärung der Mordvorwürfe gegen Sie zu tun haben könnte.«

Nach einigem Hin und Her antwortete der Generalbundesanwalt: »Herr Baader, da muss ich Sie enttäuschen. Maßnahmen dieser Art gehen nicht von der Bundesanwaltschaft aus. Die Bundesanwaltschaft ist eine Strafverfolgungsbehörde. Die Frage der Gefahrenabwehr ist nicht Aufgabe der Bundesanwaltschaft.«

Verteidiger Schily fragte den Zeugen Buback: »Ist Ihnen bekannt, dass von Ermittlungsbehörden in der Öffentlichkeit Behauptungen aufgestellt worden sind, dass sich in den Händen der ›Rote Armee Fraktion‹ atomare Sprengkörper befinden?«

»Ich habe etwas Derartiges gelesen«, erinnerte sich der Generalbundesanwalt.

»War das ein Anlass für Sie, dieser Meldung nachzugehen, ob an dieser Meldung etwas dran ist oder nicht?«

»Es mag sein, dass wir darüber gesprochen haben.«

»Darf ich Sie fragen, mit wem Sie darüber gesprochen haben?«

»Das weiß ich heute nicht mehr.«

»Darf ich fragen, wann diese Gespräche stattgefunden haben?«

»Das weiß ich auch nicht mehr.«

»Ist das nicht ein Vorgang so ungewöhnlicher Art, dass vielleicht Ihr Gedächtnis da besser sein könnte, Herr Zeuge?«

»Nein, das glaube ich nicht«, sagte der Generalbundesanwalt.

Schily war erstaunt: »Wie? Kommt das häufiger vor, dass Ermittlungsbehörden zu der Erkenntnis gelangen, dass bestimmte Gruppierungen atomare Sprengkörper besitzen?«

»Sie überschätzen einfach die Funktion der Bundesanwaltschaft. Ich darf Ihnen das noch mal sagen: Die Bundesanwaltschaft befasst sich mit

Strafverfolgung.«

»Ja, ja, aber zur Strafverfolgung gehört ja bekanntlich auch die Ermittlung, nicht?«

»Ja, natürlich, natürlich«, pflichtete ihm Buback bei.

Der Vorsitzende schaltete sich ein: »Wo ist der Vorwurf erhoben worden gegen die Angeklagten, sie seien im Besitz von atomaren Sprengkörpern?«

»Nein, das nicht«, wehrte der Verteidiger ab.

»Eben«, erklärte Prinzing. »Und das ist der Maßstab.«

»Nein, das ist nicht der Maßstab.«

»Das ist kein Anklagevorwurf. Man kann unter dem Paragraphen 129 – kriminelle Vereinigung – durch Fragen nicht alles unterbringen. Ich meine, bitte, das ist ein überzogenes Beispiel, wenn Sie heute fragen würden: ›Ist Ihnen bekannt, dass der RAF vorgeworfen wird, kleine Kinder geschlachtet zu haben‹, müsste ich nach Ihrer Theorie die Frage auch zulassen.«

»Solche Bilder fallen Ihnen ein, Herr Vorsitzender!«, sagte Otto Schily.

Am 13. November erbeutete ein RAF-Duo, ausgestattet mit Bauhelm, Sonnenbrille und Arbeitskittel, in einer Filiale der Vereins- und Westbank in Hamburg 118000 Mark.

Mitte des Monats trafen sich elf Mitglieder der neu formierten RAF in einer Ferienanlage in Goslar im Harz, darunter Siegfried Haag, Roland Mayer, Verena Becker und Peter-Jürgen Boock. Es ging um die Planung in Sachen »Margarine« und »Big Raushole«. Haag hielt die Ergebnisse der kommenden Wochen Tag für Tag säuberlich in einem »Ablauf-/Beschaffungsplan« fest, als Disposition für die Gruppenmitglieder.

33.
Ein Fotoapparat und andere Gerätschaften

Doch gerade mal zwei Wochen später, am 30. November 1976, wurde Siegfried Haag, der ehemalige Sozius des Stuttgarter Anwalts Klaus Croissant und jetzige Anführer der neuen RAF, in der Nähe von Butzbach festgenommen.

Einer Polizeistreife waren zwei Männer – Haag und Mayer – in einem Opel Admiral mit gefälschtem Hannoverschen Kennzeichen aufgefallen. Obwohl Haag eine Pistole im Hosenbund trug, ließen die Männer sich widerstandslos festnehmen. In zwei Herrenumhängetaschen fanden die Beamten 122 Blatt Papier mit Notizen, darunter Haags Arbeitspläne und Mayers Protokoll der Sitzung im Harz. Aus dem Kölner Bankraub hatte Haag einen 500-Mark- und drei 100-Mark-Scheine dabei, Mayer – ebenfalls aus dem Kölner Bankraub – einen 100-Mark-Schein, dazu einen 500-Mark-Schein aus dem Überfall auf die Vereins- und Westbank in Hamburg. Um sie später identifiziern zu können, waren den Geldscheinen in den Banken jeweils nummerierte Scheine beigemischt worden. Die Ermittler waren auf einen Schatz gestoßen und machten sich an die Auswertung.

Bereits nach 12 Tagen legte das BKA einen 95 Seiten langen Bericht vor, in dem es laut Inhaltsverzeichnis um die »tabellarischen Arbeitspläne HAAG« ging, um operative Planungen, die Logistik der RAF, Objekte und Stützpunkte, Filialen, Lager, Depots, Wohnungen, sonstige Stützpunkte, Waffen, Sprengstoff, Ausrüstung, Falschpapiere, Tarnung, Personen, und die Organisationsstruktur. Die »Bandenmitglieder, Sympathisanten und Gehilfen« waren von Haag in den Papieren mit Abkürzungen oder Decknamen verzeichnet, an die 40 Gruppenmitglieder oder Helfer.

Die BKA-Beamten schlossen daraus, dass Haag »einen illegalen Apparat nach dem Muster der zerschlagenen RAF« aufgebaut hatte. Alles spreche dafür, dass es sich um ein »auf Zeit angelegtes Untergrundnetz zum Zweck einer bewaffneten Aktion zur Befreiung der RAF-Gefangenen« handele. Die dafür notwendigen logistischen Vorbereitungen – Geld, Waffen, Wohnungen, Depots, Autos, Waffen, Sprengstoff, Falschpapiere – stünden offenbar kurz

vor dem Abschluss.

Die Ermittler identifizierten 11 Kadermitglieder anhand ihrer Decknamen: Egon, Michael, Anton, Inge, Bodo, Ede, Hans, Tim, Karl, Olga und Paula. Doch nur bei den Ersten vier konnten sie feststellen, wer sich hinter den Namen verbarg: Egon war Siegfried Haag, Michael war Roland Mayer, Anton war Günter Sonnenberg, und Inge hieß in Wirklichkeit Waltraud Boock. Sie hatten den Zeitplan und die Decknamen mit realen Ereignissen an den entsprechenden Tagen verglichen und konnten so Rückschlüsse auf die tatsächlichen Identitäten ziehen.

Unter der Überschrift »Operative Planungen« fassten die BKA-Beamten die in den sichergestellten Unterlagen gefundenen Anhaltspunkte für Aktionen zusammen:

1. ein unmittelbar bevorstehendes »Kommando«-Unternehmen, Deckname »Margarine«,
2. eine in Vorbereitung befindliche bewaffnete Aktion zur Beschaffung einer großen Geldsumme, Stichwort »Big Money«,
3. eine geplante »Rache«-Aktion zur Befreiung einer größeren Anzahl von Gefangenen, Stichwort »Big Raushole«, sowie die
4. Vorbereitung eines Bankraubes durch die »Filiale 2« und
5. einen Einbruch in eine Passbehörde (»Amt«) durch die »Filiale 1« zur Beschaffung von Dokumenten für die Herstellung von Falschpapieren.

In einem Briefumschlag mit der Aufschrift »Margarine« fanden sich Zettel mit Notizen über gestoppte Fahrzeiten und Fahrstrecken zwischen verschiedenen Punkten, Fluchtwege und Lageskizzen mit mehreren Straßenzügen. Die Ermittler zogen den Schluss: »Bei der Operation ›Margarine‹ sollte es sich offenbar um eine spektakuläre Aktion mit politischer Brisanz handeln.« Der Planung sei eine politische Diskussion vorangegangen, und »die Täter wurden besonders gründlich ausgewählt«. Flucht und Rückzug seien bis ins Detail vorbereitet worden, und wo der Schauplatz der Operation »Margarine« sein sollte, war von den Ermittlern auch nicht übersehen worden: Karlsruhe. Offenbar bestünde der Plan darin, »eine prominente Persönlichkeit als Geisel zu nehmen«. Nur mit der Bezeichnung »Margarine« konnten die BKA-Leute bei der Analyse der Haag-Papiere nicht viel anfangen.

Nach den Unterlagen sollte die Geldbeschaffungsaktion »Big Money« im

Anschluss an die Operation »Margarine« erfolgen. Allem Anschein nach war ein erpresserischer Menschenraub geplant, schlussfolgerten die Ermittler.

Der BKA-Spezialist Alfred Klaus, der das Papier unterzeichnete, schloss aus der Eintragung: »big money -- H.M. auschecken, mit Marie diskutieren, wo den Typ bunkern«: »Entweder war eine Person mit den Anfangsbuchstaben »H.M.« beauftragt, die Geldbeschaffungsaktion vorzubereiten, oder es handelte sich dabei um die in Aussicht genommene Geisel, deren Lebensgewohnheiten abgeklärt werden sollten. Mit Marie sollte die Unterbringung der Geisel erörtert werden. Die Aufzeichnungen enthalten keine Hinweise auf das in Aussicht genommene Opfer. Möglicherweise handelt es sich um eine Person aus den Kreisen der Hochfinanz.«

Erst später wurde klar, dass »H.M.« für Hanns Martin Schleyer stand, »Margarine« für die Abkürzung SB, eine damals bekannte Margarinesorte – und zugleich die Initialen Siegfried Bubacks, des Generalbundesanwaltes. Weiter fand die Polizei eine Skizze mit der Bemerkung »BÜAW«. Es war der Fluchtweg der späteren Mörder Bubacks über den »Bahnübergang am Wasserwerk«. Doch all das konnte Alfred Klaus noch nicht wissen.

Am 4. Dezember 1976 erhielt BKA-Chef Horst Herold die »Beccaria-Medaille« der Deutschen Kriminologischen Vereinigung verliehen. Nach dem Festakt stand er gemeinsam mit einem hohen Beamten aus dem Innenministerium am Flügel. Buback trat dazu und breitete darauf Kopien der Haag-Papiere aus. Sie diskutierten über die Codewörter »Big Raushole«, »Big Money« und »Margarine«. Bei dem letzten Wort überlegten sie, ob das Ziel der Chef eines Konzerns wie Unilever sein könnte.

Kurz vor Weihnachten fuhr Alfred Klaus nach Karlsruhe und sprach dort mit dem Generalbundesanwalt über seine Auswertungen, über »Big Money« und »Margarine«.

Er wusste aus den Kassibern der Stammheimer Gefangenen, dass Buback deren Hauptfeind war.

»Sie sind die Galionsfigur«, sagte er. »Sie brauchen einen besseren Personenschutz.« Doch Buback blieb ruhig: »Machen Sie sich nicht verrückt.« Angst könne er sich nicht leisten.

Die Stammheimer Gefangenen waren entsetzt, dass sich der Kopf der gerade erst geformten Nachfolgergruppe seiner Festnahme nicht mit der »Knarre«

widersetzt hatte und so unvorsichtig war, sensibles Material über die zukünftigen Aktionen im Auto mitzuführen. Es war klar, dass jetzt Brigitte Mohnhaupt die Chefin der Gruppe draußen werden sollte. Die RAF-Gründer konnten sie in ihrer Stammheimer Festung ungestört auf zukünftige Aufgaben vorbereiten.

Nach der Verhaftung von Haag und kurz darauf Waltraud Boock in Wien war die restliche Gruppe verunsichert und brauchte dringend Verstärkung – am besten durch die Berliner »Bewegung 2. Juni«. So reisten Günter Sonnenberg und Verena Becker, die ursprünglich aus dem »Blues« stammte, nach Westberlin. Dort trafen sie sich mit Inge Viett und Gabriele Rollnik, die ein halbes Jahr zuvor mit Hilfe von Nachschlüsseln aus ihren Zellen im Berliner Frauengefängnis Lehrter Straße befreit worden waren und sich auf klassische Weise mit zusammengeknoteten Bettlaken abgeseilt hatten.

Beide wurden mit Hochdruck von der Polizei gesucht.

Die Frauen vom »2. Juni« waren selbstbewusst. Gabriele Rollnik erklärte: »Ich habe nicht die Vorstellung, dass wir uns der RAF unterwerfen, sondern dass wir uns von Gleich zu Gleich überlegen, was zu tun ist.«

Doch die Vorstellungen waren zu unterschiedlich, es kam zu keiner gemeinsamen Aktion und auch zu keiner partiellen Unterstützung. Der »2. Juni wollte weiter eigene Wege im Untergrund gehen und nicht von der großen RAF geschluckt werden – die musste nun selbst nach neuen Leuten suchen.

Unmittelbar nach Haags Verhaftung durchsuchten Polizeibeamte die Wohnung Elisabeth von Dycks, die mit Volker Speitel und anderen als Hilfskraft im Croissant-Büro arbeitete. Die Beamten fanden Fotos, aufgenommen im Hochsicherheitstrakt Stammheim. Auf einigen der mit einer Minox gemachten Aufnahmen waren die engmaschigen Fenstergitter zu sehen, auf anderen die Gefangenen selbst, die sich gegenseitig fotografiert hatten. Wo Fotos waren, so kombinierten die Kriminalbeamten richtig, musste es auch eine Kamera geben.

Am Tag darauf durchsuchten Beamte des Landeskriminalamts Baden-Württemberg die Zellen der im siebten Stock einsitzenden Gefangenen Baader, Ensslin, Raspe, Schubert und Mohnhaupt. Sie fanden zwei Heizplatten, hergestellt aus Toasterspiralen, und »drei Stück olivgrüne pflanzliche Substanz, kugelförmig«, Haschisch. Eine Minox entdeckten sie nicht. Auf die Fotos angesprochen, erklärte Ingrid Schubert, sie habe die

Kamera bei ihrer Verlegung aus einer anderen Haftanstalt mitgebracht: »Nachher habe ich Kamera und Filme rausgegeben. Die Möglichkeiten, die dazu zur Verfügung standen, sind der Anstaltsleitung bekannt: Privat- und Anwaltsbesuche.«

Am nächsten Prozesstag, eine Woche später, wurden die Verteidiger bei der Kontrolle aufgefordert, ihre Schuhe auszuziehen und die Hose zu öffnen. Die Anwälte waren empört. Dr. Heldmann sagte: »Ich fordere den Senat auf, das Ausmaß von Belästigungen der Verteidiger wenigstens auf den Standard von Unzumutbarkeiten zurückführen zu lassen, der in den vergangenen eineinhalb Jahren hier zur schlechten Übung geworden ist.«

Otto Schily bemerkte, die rektale Untersuchung eines Verteidigers sei dann wohl der nächste Schritt. Das Gericht machte eine kurze Pause.

Heldmann wollte währenddessen seinen Mandanten Baader aufsuchen. Atemlos kam er zurück und erklärte dem Gericht, der Vollzugsbeamte Götz habe ihn nur zu Baader lassen wollen, wenn er bereit sei, seine Schuhe auszuziehen und die Hose zu öffnen. »Zur Sache stelle ich fest: An dem Unrechtszustand der abgenötigten Verteidigerentblößung hat sich nichts geändert.«

Richter und Bundesanwälte lachten, und Heldmann sagte: »Ich finde das nun so lustig wirklich nicht.«

»Ich kann natürlich nur unter bestimmten Voraussetzungen hier verteidigen«, sagte Otto Schily. »Es gibt irgendwo den bekannten Tropfen, bei dem das Fass zum Überlaufen kommt.«

Rechtsanwalt Heldmann ging und ließ eine Notiz zurück: »Vielleicht besinnt sich der Vorsitzende doch noch auf einen gewissen Zivilisationsstand, den unsere Rechtsordnung einmal erreicht hatte. Für diesen Fall bin ich in meinem Büro zu erreichen.«

»Also, ich nehme das zur Kenntnis«, sagte Prinzing. »Diese Maßnahmen rühren offenbar an die heiligsten Güter …«

»Ach, lassen Sie doch diese Witzchen, Herr Vorsitzender«, fuhr Schily ihn an.

Prinzing zitierte Ingrid Schuberts Eingeständnis, sie habe Fotos und Fotoapparat über Besucher nach draußen geschmuggelt.

Da Privatbesuche bei den Gefangenen strikt überwacht würden, sei es verständlich, dass die Anstaltsleitung nunmehr die Verteidiger strenger kontrollieren müsse. »Wenn ein Fotoapparat herausgeschmuggelt worden ist,

können auch andere Gegenstände raus- oder reinkommen. Wenn sie rauskommen können, dann können sie auch reinkommen.«

Prinzings »Hosenladen-Erlass« blieb für die restliche Dauer des Prozesses bestehen. Unter regelmäßig geäußertem Protest öffneten die Wahlverteidiger hinfort ihre Hosen.

Besonders sorgfältig wurde der Rechtsanwalt Arndt Müller kontrolliert. Als Mitarbeiter im Büro Croissant erregte er ohnehin den Argwohn der am Eingang des Prozessgebäudes für die Durchsuchungen verantwortlichen Polizeibeamten. Hinzu kam, dass Müller im Prozess keinerlei Funktion ausübte, obwohl er als Verteidiger Gudrun Ensslins firmierte. Trotzdem besuchte er seine Mandantin überaus häufig.

Vor dem Untersuchungsausschuss, der Ende 1977 die Todesfälle in Stammheim aufklären sollte, sagte der Leiter der Polizeigruppe, die für die Leibesvisitation von Besuchern und Rechtsanwälten in der »Mehrzweckhalle« zuständig war: »Der Herr Rechtsanwalt Müller ist Verteidiger, ich weiß jetzt nicht, von wem, also Ensslin oder von wem. Er hat Rechtsanwaltsfunktion gehabt. Nur hat er sie nicht in dem Sinn, wie man es von einem Rechtsanwalt erwartet, in der Verhandlung ausgeübt. Er war in meinen Augen – ich bitte um Entschuldigung, wenn ich vom Rechtsanwalt das sagen muss – nicht mehr und nicht weniger als ein Laufbursche.«

Müller sei seines Wissens nie als Verteidiger im Prozess aufgetreten. »Er war aber fast täglich im Mehrzweckgebäude oder zumindest in der Vollzugsanstalt.« Das Prozessgebäude habe er über den Eingang für Verfahrensbeteiligte betreten und habe es auch auf diesem Wege wieder verlassen. »Sie dürfen mir glauben«, sagte der Polizeioffizier Berger, »dass ich den Herrn Müller besonders durch seine Tätigkeit, dadurch, dass er bloß Laufbursche war, besonders im Auge gehabt habe.«

Tatsächlich hatte Rechtsanwalt Arndt Müller seine Mandantin Gudrun Ensslin insgesamt 232-mal in der Vollzugsanstalt besucht. Nach einhelligen Ermittlungsergebnissen des Untersuchungsausschusses und der Staatsanwaltschaft war es aber auf diesem Wege nicht möglich, irgendetwas in die Anstalt hinein- oder aus der Anstalt herauszuschmuggeln. Dafür waren die Kontrollen zu scharf.

Lücken in der Überwachung habe es allerdings beim Betreten des Verhandlungssaales gegeben – auch wenn die dafür eingesetzten Beamten dies bestritten. Die »Mehrzweckhalle« aber betrat Arndt Müller insgesamt

nur 49-mal. Mit Gudrun Ensslin traf er dann im Besprechungszimmer hinter dem Verhandlungssaal zusammen. Nur bei diesen Besuchen war es möglich, ausgehöhlte Aktenordner zu übergeben, in denen entweder die Minox oder andere Geräte hätten verborgen sein können.

Nachdem man bei Elisabeth von Dyck die Minox-Fotos gefunden hatte und die Behörden darauf aufmerksam geworden waren, dass Gegenstände in die Haftanstalt hineinkommen konnten, wurden die Abhöranlagen im siebten Stock wieder in Betrieb gesetzt.

Die schon erwähnte offizielle Version lautete: Zwischen dem 6. Dezember 1976 und dem 21. Januar 1977 seien an insgesamt zwölf Tagen Gespräche zwischen Verteidigern und Mandanten im Hochsicherheitstrakt Stammheim abgehört worden. Auch davon sind bisher keine Tonbänder oder Abschriften aufgetaucht.

34.
Ein Richter und seine Freunde
(171. Tag, 10. Januar 1977)

Im Stammheimer Prozess kam Richter Prinzing in ernsthafte Schwierigkeiten. Verteidiger Otto Schily hatte brisante Informationen zugespielt bekommen. Danach pflegte der Vorsitzende auf höchst merkwürdige Weise Kontakt zum Bundesrichter Albrecht Mayer, der dem dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofes angehörte – jener Instanz, die für Beschwerden über den Senat in Stuttgart-Stammheim zuständig war und außerdem über eine mögliche Revision im Baader-Meinhof-Verfahren zu entscheiden haben würde.

Prinzing besprach sich gelegentlich telefonisch mit Mayer, und nicht nur das. Er hatte ihm Ablichtungen von Prozessunterlagen zukommen lassen; auf dem »kleinen Dienstweg«.

Doch damit nicht genug. Bundesrichter Albrecht Mayer hatte die ihm von Prinzing überlassenen Unterlagen selbst weitergereicht: an die Presse.

Schily konnte das mit der Kopie eines Briefes belegen, den Mayer an den Chefredakteur der Tageszeitung »Die Welt«, Herbert Kremp, geschrieben hatte.

Mayer und Kremp waren Mitglieder derselben Verbindung.

»Lieber Cartellbruder Kremp!«, schrieb der Bundesrichter und erinnerte den »Welt«-Chef an ein Telefongespräch, das die beiden im Frühjahr 1973 geführt hatten und in dem er der »Welt« Vorschläge für eine Veröffentlichung zum Baader-Meinhof-Komplex gemacht hatte. »In derselben Sache wende ich mich heute wiederum an Dich. Vorige Woche ist in Stgt.-Stammheim das frühere Bandenmitglied Gerhard Müller als Zeuge vernommen worden. Ich übersende Dir als Anlagen:

1. auszugsweise Ablichtungen der kriminalpolizeilichen Vernehmung Müllers,

2. Auszug aus dem Wortprotokoll vom 13. Juli 76.«

Der Richter machte keinen Hehl daraus, was Kremp mit den Unterlagen anfangen solle: »Möchte sich die ›Welt‹ nicht unter dem Aspekt dieser neuen

Erkenntnisse noch einmal mit dem Aufsatz im ›Spiegel‹ vom 4.9.72 befassen? Nicht um meinetwillen, sondern um einmal wieder die Haltung und die Praktiken dieses Blattes deutlich werden zu lassen … Vielleicht könnte diese Aufgabe gar einen Chefredakteur reizen?«

Albrecht Mayer bezog sich auf den angeblichen Kassiberschmuggel des Verteidigers Otto Schily; in den Kremp übersandten Akten ging es vor allem um dieses Thema. Auf eines der Wortprotokolle hatte Prinzing mit der Hand geschrieben, dass Schily im Prozess immer dann gefehlt habe, wenn es um den »Ensslin-Kassiber« gegangen sei.

Für Rückfragen gab der Bundesrichter seinem »Cartellbruder« noch die Durchwahlnummer beim Bundesgerichtshof und verzichtete, »falls die angeregte Betrachtung erscheinen sollte«, auf ein Belegexemplar: »Ich habe die ›Welt‹ abonniert.«

Schily stellte einen Ablehnungsantrag gegen den Vorsitzenden Dr. Prinzing. Der Antrag wurde zurückgewiesen. Einer der »Zwangsverteidiger« aber, Rechtsanwalt Künzel, stellte einen neuen Befangenheitsantrag: »Die Gründe in [Schilys] Ablehnungsantrag gehören bereinigt, gehören offen diskutiert. Sonst hat dieses Verfahren einen Makel, von dem es nicht mehr befreit werden kann.«

Auch dieser Befangenheitsantrag wurde vom Gericht abgelehnt. Doch Künzel hatte mit seinem Antrag den Vorsitzenden ins Mark getroffen, und dieser reagierte mit allen Anzeichen von Panik.

Am Abend des 13. Januar 1977 rief Prinzing Rechtsanwalt Künzel an, der Jahre zuvor bei ihm Gerichtsreferendar gewesen war. Er erklärte dem verdutzten Verteidiger, dass er den Eindruck gehabt habe, Künzel sei der Ablehnungsantrag sehr schwergefallen. Dann machte der Richter dem Verteidiger Vorhaltungen. Der Antrag sei für ihn das Schlimmste in den bisher zwei Jahren des Prozesses. Schließlich mache es für ihn einen Unterschied, von welcher Seite der Verteidiger ein Ablehnungsantrag komme. Jetzt werde die Presse wieder über ihn herfallen.

Künzel erwiderte, ihm sei seine, Prinzings, Stellungnahme zu Schilys Ablehnungsantrag unverständlich gewesen. Indem er auf den Vorwurf, er stehe in Kontakt zu Richtern übergeordneter Instanzen, lediglich erklärt habe, er sage über private Gespräche nichts aus, habe er der Vermutung Nahrung gegeben, solche Kontakte bestünden tatsächlich.

»Versetzen Sie sich doch einmal in die Lage von Frau Ensslin«, sagte der von den Angeklagten oftmals beschimpfte »Zwangsverteidiger«. »Die muss sich doch nun sagen, dass eine künftige Revision sinnlos ist, weil ja ein Austausch zwischen den beteiligten Senaten stattgefunden hat, mit dem Ziel, ein revisionssicheres Urteil zu erstellen.«

Prinzing antwortete: »Das ist doch der Frau Ensslin egal. Das kommt doch alles von Rechtsanwalt Schily.«

»Ich kann mir das nicht vorstellen, wenn ich mir die Lage von Frau Ensslin vergegenwärtige.«

»Das sehen Sie abstrakt«, meinte Prinzing. »Ich weiß konkret, dass es Frau Ensslin egal ist.« Der Richter erzählte, er habe von den Anstaltsbediensteten erfahren, die Angeklagten seien über die sogenannte Aktenaffäre ungerührt und hätten kaum Interesse gezeigt. Einer von ihnen habe lediglich gesagt: »Was ist denn das wieder für eine Kiste von den Anwälten.«

Dann klagte Prinzing darüber, welcher Belastung das Gericht und speziell er selbst durch diese Sache ausgesetzt seien: »Ich bin nahezu am Ende. Wenn ich das nicht durchhalte, Herr Künzel …«

Theodor Prinzing hielt es nicht durch. Als Verteidiger Heldmann das nächtliche Telefonat, von dem Künzel ihn unterrichtet hatte, zum Anlass eines neuen Befangenheitsantrags nahm, konnten auch Prinzings Richterkollegen ihren Vorsitzenden nicht mehr retten. Sie erklärten: »Darauf, ob Dr. Prinzing befangen ist oder sich befangen fühlt, kommt es entscheidend nicht an. Maßgebend ist, ob aus der Sicht der Angeklagten vernünftigerweise Misstrauen in die Unparteilichkeit des Richters gesetzt werden kann. Diese Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen.«

Damit war der 85. Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden erfolgreich. Er wurde abgelöst und durch den Beisitzenden Richter Dr. Eberhard Foth ersetzt.

Zu dieser Zeit, Anfang 1977, trafen sich elf RAF-Mitglieder in einem Ferienhaus in Katwijk aan Zee, einem kleinen Ort an der niederländischen Küste: Peter-Jürgen Boock, Rolf Heißler, Christian Klar, Günter Sonnenberg, Verena Becker, Rolf Clemens Wagner, Stefan Wisniewski und Sieglinde Hofmann. Zum ersten Mal dabei waren Knut Folkerts, Adelheid Schulz und Angelika Speitel. Sie diskutierten, wer nach der Festnahme Haags nun die »Leader-Rolle« übernehmen sollte, kamen aber zu dem Ergebnis, dass in

Zukunft das Kollektiv entscheiden sollte. Auch über die weitere Vorgehensweise herrschte Uneinigkeit. Die »Förstergruppe«, die drei Naturburschen Christian Klar, Günter Sonnenberg und Knut Folkerts, wollte sich nicht weiter von den Stammheimern drängen lassen. Verena Becker dagegen, die nach ihrer Rückkehr aus Aden als »alte Kämpferin« in der Gruppenhierarchie ganz oben stand, vertrat vehement die Linie der Gefangenen. Die geplanten Aktionen müssten zügig vorangetrieben werden. Die »Förster« unterwarfen sich.

Am 8. Februar 1977 wurde Brigitte Mohnhaupt aus der Haft entlassen. Volker Speitel und Elisabeth von Dyck holten sie vom Knast ab. Kurz darauf traf sie Peter-Jürgen Boock in einer konspirativen Wohnung am Baden-Powell-Weg in Amsterdam.

Es war eines der Appartements, die später auch bei der Schleyer-Entführung genutzt wurden.

»Erst mal fand ich sie ’ne faszinierende Frau«, erinnerte sich Boock später, »und wir haben uns eigentlich sofort liiert miteinander, muss ich dazu sagen, und sind dann fürs Erste nicht von der Seite des anderen gewichen. Und das Zweite war, sie war für eine längere Zeit nahe an denen dran gewesen. Ich wollte wissen, wie geht das da drin zu, was machen die, und da haben wir wirklich Tage damit verbracht, dass sie mir erzählt hat, was da alles vorgegangen ist, wer wie drauf ist, auch Sexualität, wer da wann mit wem gepennt hat und was sich da für Konstellationen gebildet hatten.«

Die beiden zogen sich ins Schlafzimmer zurück, lagen Arm in Arm im Ehebett, und Brigitte begann, von den Stammheimer Gefangenen zu erzählen. Es würde ihnen psychisch ziemlich dreckig gehen, vor allem hätten sie Angst, umgebracht zu werden, das sei keine Einbildung, sondern eine sehr konkrete Gefahr. Zwar glaube keiner der Gefangenen, dass Ulrike Meinhof ermordet worden sei, obwohl man dies nach außen immer so dargestellt habe. Aber für sich selbst befürchteten sie das Schlimmste.

Die Gefangenen hätten einfach keine Lust mehr auf einen weiteren gescheiterten Befreiungsversuch. Jetzt wollten sie alles auf eine Karte setzen und hätten die Idee, Generalbundesanwalt Siegfried Buback während einer Verhandlung im Stammheimer Prozessgebäude als Geisel zu nehmen. Dazu würden sie Waffen brauchen. Sollte ein weiterer Befreiungsversuch scheitern, würden sie sich selbst das Leben nehmen. Sie könnten nicht mehr länger warten, und solange sie sich noch intakt und kräftig genug fühlten, wollten

sie wenigstens ihr Ende selbst bestimmen können. Das dürfe auch kein Thema für die Gruppe insgesamt sein, da ließen die Stammheimer sich von draußen keine Vorschriften machen. »Du darfst nicht mit den anderen darüber sprechen«, wies ihn Brigitte an. »Was auch immer passiert: Die Geschichte ist, es war Mord.«

Boock bekam den Auftrag, drei Waffen, Sprengstoff und Zündkapseln zu besorgen und in die Zellen des Hochsicherheitstraktes zu schmuggeln.

Es war eine Szene wie im Film, erinnerte sich Boock später: »Wir haben dann miteinander geschlafen. Es war wunderschön und zugleich tieftraurig. Und damit war das auch zwischen uns besiegelt.«

Es war ihnen beiden klar, dass Brigitte bald wieder abtauchen musste. Die Behörden würden nur darauf warten, sie wieder einzusperren. Die ganze Situation in Stuttgart im Umfeld des Croissant-Büros spitzte sich immer weiter zu. Dann besprachen Boock und Brigitte Mohnhaupt, dass es vielleicht sinnvoll sei, einen Sprengstoffanschlag auf das Büro des RAF-Anwaltes zu verüben und ihn den Neonazis in die Schuhe zu schieben. Tatsächlich gab es nicht lange danach einen solchen Anschlag auf das Büro. Boock: »Der war von uns.« Es sei die Taktik gewesen, Täter zu Opfern zu machen. »Das haben wir da besprochen, und es sollte niemand sonst erfahren, außer denen, die es machen, und uns beiden.«

In den folgenden Wochen besorgte Peter-Jürgen Boock aus verschiedenen Depots die angeforderten Waffen und den Sprengstoff. Die Patronen wurden zwischen zwei Streifen Tesafilm geklebt, damit sie beim Transport nicht klapperten. Die Gerätschaften sollten von Anwaltsgehilfen in ausgehöhlten Aktenordnern verstaut und dann von Anwälten in den Gerichtssaal geschleppt werden, nach dem Muster des Probelaufs mit der Minox-Kamera. Dann folgten die Waffen und allerhand sonstige Dinge, nach denen die Gefangenen im »sichersten Gefängnis der Welt« verlangt hatten.

Bereits im Laufe des Jahres 1976 war das Büro des Rechtsanwalts Dr. Klaus Croissant in Stuttgart ganz wesentlich zur Unterstützung jener neuen Gruppe genutzt worden, die von Polizei und Bundesanwaltschaft als »Haag-Mayer-Bande« bezeichnet wurde. Doch der Informationsfluss zwischen drinnen und draußen hatte nicht so gut funktioniert, wie es sich Baader und Ensslin vorgestellt hatten. Vor allem Siegfried Haag war darauf bedacht, seine Gruppe vor Einflüssen von außen zu schützen. Dazu gehörten auch die

permanenten Ratschläge aus dem Hochsicherheitstrakt. Ensslin und Baader wiederum misstrauten jedem, der nicht vollständig unter ihrem Befehl stand und entsprechend parierte. Croissant wurde von ihnen als »unbrauchbares bourgeoises Schwein« bezeichnet, sie trauten den im Büro beschäftigten, für die »Illegalen« tätigen Unterstützern nicht, die von Haag geführte Truppe war für sie »ein von Bullen durchsetzter Verein«, zu Aktionen unfähig, weil Haag »sich auf die Gruppe draufgesetzt« habe.

Da passte die Haftentlassung Brigitte Mohnhaupts gut ins strategische Konzept. Sie sollte die Kanzlei »säubern«. Bereits am ersten Tag verkündete sie die Entscheidung, Rechtsanwalt Croissant aus seiner eigenen Praxis rauszuschmeißen. Als Nächstes wurden die ehemaligen Kontaktpersonen zu den »Illegalen« ihrer Funktion enthoben und durch die bisherigen Hilfskräfte Volker Speitel und Elisabeth von Dyck ersetzt. Knapp drei Wochen nach ihrer Entlassung hatte Brigitte Mohnhaupt alle Bereiche des Rechtsanwaltsbüros Dr. Croissant, Müller, Newerla auf die Zuarbeit für die »Illegalen« neu ausgerichtet. »Das Büro war«, wie es die Bundesanwälte später von Volker Speitel erfuhren, »Bindeglied zwischen den inhaftierten und den in Freiheit befindlichen Terroristen, Anlaufstelle für die Unterstützer und Sympathisanten, Mitgliederreservoir für die Illegalen und Agitationszentrale«.

Wie ein neuer Chef in einem Unternehmen hatte Brigitte Mohnhaupt gründlich aufgeräumt. Jetzt hörte alles auf ihr Kommando, denn sie war, ausgestattet mit dem Stammheimer Segen, die Generalbevollmächtigte der inhaftierten RAF-Kader.

Volker Speitel kam später bei der »Aufdeckung der Transportwege« in den Hochsicherheitstrakt besondere Bedeutung zu. Nach dem Tod der Häftlinge im siebten Stock sagte Speitel, der seit 1976 wieder im Büro Croissant für die Gefangenenbetreuung zuständig gewesen war, Rechtsanwalt Arndt Müller habe verschiedene Gegenstände in die »Mehrzweckhalle« transportiert.

In seiner Aussage vor dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes am 4. Januar 1978 – zweieinhalb Monate nach den Todesfällen im Hochsicherheitstrakt – erklärte Volker Speitel: »Die Gefangenen haben eines Tages Müller dazu gebracht, einen Brief herauszuschmuggeln, der verschlossen war und den er mir geben sollte. In dem Brief teilten mir die Gefangenen ihre Einschätzung von Müller mit, dass er in seiner stoischen Ruhe dafür prädestiniert wäre, regelmäßig ›Sachen‹ raus- und

reinzutransportieren, ich sollte das mal andrehen. Ende August/Anfang September 1976 diskutierten die Gefangenen mit mir zum ersten Mal das Problem, wie man andere Sachen reinbringen könnte, und zwar wollten sie eine Minox oder so was Ähnliches. Dass das Ganze damals mehr oder weniger ein Probelauf für andere Sachen sein sollte, ahnte ich zwar, aber mitgeteilt wurde zu diesem Zeitpunkt noch nichts darüber.«

Die »Diskussionen« mit den Gefangenen fanden, so Speitel, per Kassiber statt. Er behauptete, die Gefangenen hätten gewusst, dass die Anwälte beim Betreten des Verhandlungsgebäudes nur oberflächlich durchsucht wurden. Da die Verteidiger ihre Aktentaschen abgeben mussten, seien als Transportmöglichkeit für verbotene Gegenstände nur die Akten geblieben. Im Verhandlungssaal oder der dahinterliegenden Aufenthaltszelle hätten so präparierte Aktenordner dann ausgetauscht werden können. Die Angeklagten seien auf dem Rückweg vom Verhandlungssaal zum Hochsicherheitstrakt nicht mehr durchsucht worden, hätten also die »Akten-Container« mit in die Zelle nehmen können.

Die Schnellhefter, die von den Verteidigern mit in den Verhandlungssaal genommen wurden, seien von den Polizeibeamten an der Eingangstür nie selbst in die Hand genommen und durchsucht worden. Diese »Handakten« hätten die Anwälte nur vor den Augen der Polizeibeamten durchgeblättert. Dadurch sei es nicht aufgefallen, wenn in den Ordnern Gegenstände verborgen waren.

Nachdem er dies alles in Erfahrung gebracht hatte, so behauptete Speitel später, habe er die »Handakten« des Rechtsanwalts Arndt Müller entsprechend präpariert. Er habe Hohlräume in die Akten geschnitten, Gegenstände darin versteckt und die Höhlungen mit Buchbinderleim verklebt. So konnte man, laut Speitel, den gesamten Papierstapel am Rande durchblättern, ohne dass die Aushöhlung und der darin versteckte Gegenstand sichtbar wurden.

Einziges Problem sei das veränderte Gewicht der Akte gewesen. Müller habe es dadurch unterlaufen, dass er die Akten nie aus der Hand gab. Wenn den Durchsuchungsbeamten das nicht genügt hätte, wäre ihm immer noch die Möglichkeit geblieben, das Gerichtsgebäude wieder zu verlassen. »Nach endlosen Bemühungen«, so sagte Speitel später, »und unter dem angedeuteten, aber nie so ausgesprochenen Druck, dass er ein Schwein ist und rausfliegt, wenn er nichts ›bringt‹ – ging dann die Kamera auf dem beschriebenen Weg in den Knast.«

Müller wurde angeblich in dem Glauben gelassen, der Transport der Kamera sei eine einmalige Aktion gewesen. Währenddessen überlegten sich aber die Gefangenen, wie man eine Pistole in den Trakt schmuggeln könnte, ohne dass Müller wüsste, was er in der Akte durch die Kontrollen trage. Um Müller zu täuschen, erklärten die Gefangenen, sie bräuchten unbedingt einen kleinen Kocher in der Zelle. »Kurzum, Müller schleppte dann im Glauben, dass er eine Kochplatte transportierte, die erste Pistole nach Stammheim«, behauptete Volker Speitel. Er habe auch für die Pistole einen Hohlraum in die Handakte geschnitten und die Waffe mit Tempotaschentüchern gepolstert, damit man ihre Umrisse nicht fühlen könne. Von da an seien die Bestellungen nicht mehr abgerissen.

»Insgesamt gingen auf dem oben beschriebenen Weg drei Pistolen und, soweit ich mich erinnere, fünf Stangen Sprengstoff in den Knast. Dazu kam eine Unmenge von Kleinkram wie Kopfhörer, Kabel, Radios, Bügeleisen, Kochplatte. Bei den Waffen war jeweils auch Munition dabei, und zwar jeweils eine volle Füllung.« Bei seiner Vernehmung sagte Speitel, es seien auch Glühbirnen auf diese Weise in die Anstalt gelangt. Bei den Waffen handelte es sich um einen Revolver mit vernickeltem Lauf, Kaliber 38, eine Pistole vom Typ Heckler & Koch, Kaliber neun Millimeter, und eine ungarische Pistole FEK, Kaliber 7,65. Bei beiden Pistolen waren die Griffschalen abmontiert. Die Schalen der FEK wurden weggeworfen, die der Heckler & Koch in einem Erddepot vergraben. Sie sollten später nachgeliefert werden.

Wenn Volker Speitels Aussage stimmt, hätte der Rechtsanwalt Arndt Müller wegen der Menge transportierter Materialien praktisch bei jedem Vierten oder Fünften von insgesamt 49 Besuchen in der »Mehrzweckhalle« solcherart präparierte Akten eingeschleust haben müssen, ohne dass es den kontrollierenden Polizeibeamten aufgefallen wäre. Nicht einmal bei einer in der dünnen Akte versteckten Glühbirne soll den Beamten ein Licht aufgegangen sein.

Für die Durchsuchung eines Anwalts waren jeweils drei Beamte eingeteilt. Zwei begleiteten ihn in die Durchsuchungskabine, einer blieb davor stehen. Während einer der Beamten den Anwalt filzte, schaute der andere zu.

Die Kontrollbeamten einer solchen Dreiergruppe wechselten sich in ihren Funktionen ab. Die Gruppe wurde alle vierzehn Tage abgelöst. Keiner der

Beamten hatte während der in Frage kommenden Zeit mehr als für eine Periode Dienst in der Durchsuchungskabine.

Alle bestätigten sowohl bei ihrer dienstlichen Befragung als auch 1979 im Prozess gegen Rechtsanwalt Arndt Müller, sie hätten die Akten immer selbst in die Hand genommen. Wie in ihrer Dienstanweisung festgelegt, hätten sie die Ordner auf den Kopf gestellt, um nicht vom Inhalt Kenntnis nehmen zu können, und die Seiten eigenhändig durchgeblättert.

Insgesamt waren es fast vierzig Beamte, die – mit geringfügigen Abweichungen – bekundeten, die Verteidigerakten immer selbst in die Hand genommen zu haben.

Dass derart viele und große Gegenstände wie Pistolen, Radios, Kabel, Glühbirnen etc. auf dem von Speitel beschriebenen Weg in die Anstalt gelangt sein sollen, erscheint nahezu ausgeschlossen.

Volker Speitel war der Einzige, der den Ermittlungsbehörden Hinweise darauf geben konnte, wie die Schusswaffen in die Anstalt gelangt sein sollten. Offenbar sah man dabei über einige Ungereimtheiten hinweg.

Als Beweis der Glaubwürdigkeit Volker Speitels wurde gewertet, dass er den Ermittlern mehrere Erddepots in der Nähe von Stuttgart zeigen konnte, in denen er neben Sprengstoff auch die Griffschalen der einen in Stammheim gefundenen Pistole versteckt hatte. Sie passten auf die Heckler & Koch, Raspes Todeswaffe.

Außerdem sagte Speitel den Ermittlungsbeamten, er habe auch einen Revolver in die Anstalt schmuggeln lassen. Erst nach dieser Aussage waren die Zwischenwände im Hochsicherheitstrakt abgebrochen worden. In einer Wand der Zelle 723, in der von Juli bis August 1977 Helmut Pohl gesessen hatte, fand sich neben Sprengstoff ein Revolver Colt Detective Special mit vernickeltem Lauf.

Die drei Schusswaffen will Volker Speitel Ende 1976, Anfang 1977 von den »Illegalen« erhalten haben, mit dem Auftrag, sie in die Anstalt zu schleusen. In seinen Aussagen behauptete er, auf Vorschlag Jan-Carl Raspes die Seriennummern an den Waffen entfernt zu haben. Er habe mit Schlagzahlen die Nummern überschlagen, sie anschließend ausgefräst, neu überschlagen und wieder ausgefräst. Dadurch sollte es unmöglich gemacht werden, die Nummern mit speziellen Untersuchungsmethoden auch nach dem Ausfräsen wieder kenntlich zu machen. Auch die Schlagzahlen wurden in einem der Erddepots gefunden. Ob sie allerdings mit den bei der Bearbeitung der

Stammheimer Waffen benutzten Schlagzahlen übereinstimmten, wurde nicht geprüft.

Speitel hatte bei dem Versuch, die Waffennummern zu entfernen, nur halbe Arbeit geleistet. So vergaß er, dass auf der Innenseite einer knapp fünfmarkstückgroßen Abdeckplatte des Colts ebenfalls die Nummer eingraviert war: F 41 530.

Die neben Raspe aufgefundene Heckler & Koch trug am Lauf die Nummer 106085 und am Griff das Beschusszeichen des Beschussamtes Ulm aus dem Jahre 1972. Die Seriennummer der Waffe war abgeschliffen worden.

Die Heckler & Koch konnte wahlweise mit Läufen verschiedenen Kalibers ausgerüstet werden; Lauf und Griff mussten nicht unbedingt zusammengehören.

Die neben der Leiche Baaders gefundene Selbstladepistole war bei der Firma Fegyver in Ungarn hergestellt worden. Diese Waffe trug keine Nummer. Deshalb gelang es den Ermittlern später nie, festzustellen, woher sie stammte.

Bei den beiden anderen war das teilweise möglich.

Eine Heckler & Koch, wie die bei Raspe gefundene, hatte RAF-Mitglied Christian Klar am 27. Oktober 1976 in Aosta/Italien gekauft. Allerdings ohne den – auswechselbaren – Neun-Millimeter-Lauf. Dieser war am 10. November 1976 bei der Waffenhandlung Mayer in Basel erworben worden, unter Vorlage eines gefälschten Bundespersonalausweises. Zusammen mit einem US-Karabiner, der bei der Festnahme Siegfried Haags am 30. November 1976 in dessen Auto gefunden wurde.

Ein vernickelter Colt Detective Special war im August oder September 1975 vom RAF-Mitglied Rolf Clemens Wagner bei dem Schweizer Waffensammler Philipp Müller in Rheinach gekauft worden, der offenbar einen regen Handel mit Waffen betrieb. Nachweisbar war auch, dass der Schweizer Philipp Müller den in Stammheim gefundenen Colt in seinem Besitz gehabt hatte. Ob es tatsächlich die Waffe war, die er an Rolf Clemens Wagner verkaufte, konnte nicht eindeutig bewiesen werden. Alles in allem aber ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass die Stammheimer Waffen tatsächlich von RAF-Mitgliedern gekauft worden waren.

Sehr wahrscheinlich ist auch, dass Volker Speitel die drei Stammheimer Waffen zur Bearbeitung und Weitergabe in seinem Besitz hatte. Ob er sie jedoch in den Handakten des Rechtsanwalts Müller versteckte und der sie über das Prozessgebäude in die Anstalt schmuggelte, ist eher zweifelhaft.

Es gab noch andere Wege. Doch dazu später.

Den Sprengstoff will Speitel ebenfalls von den »Illegalen« erhalten haben. Zunächst vergrub er die explosiven Stangen in einem Depot und holte nach und nach so viele wieder ab, wie gerade in die Anstalt geschmuggelt werden sollten. Im Croissant-Büro machte er daraus kleine Portionen, die er in Cellophan einschweißte. Anschließend präparierte er damit die Aktenordner; später, nachdem die Kontrollen verstärkt worden waren, gab er sie Müller, damit der sie, so Speitel, in der Unterhose versteckte.

Zumindest theoretisch wäre das möglich gewesen, denn die Durchsuchungsbeamten sondeten Anwälte und Besucher zwar mit Metallsuchgeräten ab, aber diese schlugen bei Sprengstoff nicht an. Die Hosen mussten geöffnet werden, die Genitalien wurden aber offenbar nicht berührt – ähnlich wie heute auf dem Flughafen.

Bei seinen späteren Vernehmungen sagte der Vollzugsbedienstete Götz: »Bei den Personenkontrollen von Herrn Rechtsanwalt Arndt Müller ist mir mehrmals aufgefallen, dass seine Hose im Genitalbereich besonders abstand, und ich dachte mir, dass er ein besonders großes Geschlechtsteil haben müsste beziehungsweise einen besonders engen Slip tragen würde, der die Genitalien stark abzeichnet.«

Meldung Stammheim vom 3. Februar 1977:

»Beim Umschluss ging der Gefangene Baader in die Zelle 713 zu Ensslin hinein. Nachdem ich einige Schritte in Richtung Zelle kam, kam Baader wieder heraus und schrie: ›Was wollen Sie hier. Sie Arschloch, bleiben Sie draußen an Ihrem Arbeitsplatz sitzen.‹ (Stuhl)«

Meldung vom 11. Februar 1977:

»Gegen 14.15 Uhr wurde beobachtet, wie sich Frau Schubert auf die Zelle 711 begab, in der sich Herr Raspe aufhielt. Bei der sofortigen Kontrolle sprang Herr Baader auf mich zu, nahm drohende Haltung ein, beschimpfte mich mit ›du Arsch, du bekommst gleich eins in die Fresse, wenn du hier schnüffelst‹. Von Frau Ensslin wurden anschließend mehrmals dieselben Worte gebraucht, ›wenn die Schnüffelei nicht aufhört, gibt’s welche in die Fresse‹.«

35.
»Wanzen« – Lauschangriff auf Bürger Traube

Auch außerhalb der Haftanstalten war inzwischen der Gebrauch von »Wanzen« in Mode gekommen. So hatte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Richard Meier, am 30. Dezember 1975 den Einsatz von Lauschmitteln gegen den Atommanager Dr. Klaus Traube genehmigt. Die Operation erhielt den Codenamen »Müll«.

In der Nacht vom 1. auf den 2. Januar 1976 brachen Verfassungsschützer in das Landhaus des Geschäftsführers der »Interatom GmbH« ein, fotografierten die Wohnung und alle frei zugänglichen Gegenstände, wie etwa Traubes Notizbuch, und legten eine »Wanze«.

Im amtlichen Vermerk über den Lauschangriff hieß es später: »Da die Wände lediglich getüncht waren und die Farbe über Steckdosen und Fußleisten gestrichen war, schied die Möglichkeit aus, den Sender drahtgebunden zu installieren oder ihn durch das Stromnetz zu speisen. Aus diesem Grunde wurde auf die dritte Alternative zurückgegriffen, einen batteriebetriebenen Sender im Wohnraum zu installieren, der nach Auskunft der ›Technik‹ eine Betriebsdauer von 1200 Stunden reiner Sendezeit hat … Die Einbaumöglichkeit bot sich an der Rückseite des Schreibtisches, der wegen des Bücherregals nur ein kurzes Stück von der Wand abgerückt werden konnte …«

Um 3.30 Uhr war die Operation beendet. Die Einbruchspuren wurden beseitigt. Ein Techniker des Bundesnachrichtendienstes hatte den Verfassungsschützern technische Hilfe geleistet.

Klaus Traube war den Terroristenjägern des Verfassungsschutzes aufgefallen, weil er Umgang mit verdächtigen Personen der Anarchoszene pflegte und einen, der sich später als Terrorist einen Namen machte, kennengelernt hatte: Hans-Joachim Klein, Chauffeur beim Sartre-Besuch in Stammheim 1974 und ein Jahr später an der Geiselnahme auf der OPEC-Konferenz in Wien beteiligt.

Traube hatte Klein allerdings zu einer Zeit getroffen, als er für die Sicherheitsbehörden noch ein kleiner Fisch war, einer von Tausenden, die

sich in der Sympathisantenszene bewegten.

Höchst brisant wurde der Fall für die Nachrichtendienstler, weil Traube einer der wichtigsten Männer der deutschen Atomindustrie war, Topmanager der »Interatom«, einer Tochterfirma der Siemens-eigenen Kraftwerk Union AG, die Entwicklung und Bauvorbereitung des »Schnellen Brüters« in Kalkar am Niederrhein betrieb. Traube verlor seinen Job, obwohl er nach einer Auskunft des Siemens-Konzerns an den Verfassungsschutz zu den »weltweit nur drei Personen« gehörte, »deren fachliche Kenntnisse und Qualifikationen für diese Aufgabe ausreichen«.

Die Ermittlungen der Geheimdienstler führten zu keinem Ergebnis, das Traube tatsächlich als Sicherheitsrisiko erscheinen ließ. Nach zwei Monaten wurde die »Wanze« in seinem Haus wieder ausgebaut. Seine Stellung erhielt der Atommanager nicht wieder. Ein Jahr später, im Frühjahr 1977, wurde der »Lauschangriff auf Bürger Traube« vom »Spiegel« aufgedeckt.

Die Affäre Traube zeigte, wie weit die Bundesrepublik schon auf dem Weg in den Überwachungsstaat war.

Der Lauschangriff und seine Aufdeckung hatten Auswirkungen – auch auf Stammheim.

36.
Ein »haltloser Antrag« des Rechtsanwalts Schily

(184. Tag, 15. März 1977)

Verteidiger Otto Schily meldete sich zu Wort: »Ich beantrage, die Hauptverhandlung zu unterbrechen und Herrn Bundesinnenminister Maihofer zu vernehmen: Zur Klärung der Frage, ob Gespräche zwischen den Angeklagten dieses Verfahrens einerseits und Gespräche zwischen den Angeklagten und ihren Verteidigern andererseits unzulässigerweise heimlich abgehört, auf Tonband aufgezeichnet und Staatsschutzbehörden oder anderen Dienststellen zur Auswertung überlassen worden sind.«

Sachlich fragte der neue Vorsitzende, Dr. Foth: »Sind Sie möglicherweise bereit, Herr Rechtsanwalt, Anhaltspunkte zu nennen?«

Otto Schily erwähnte die Abhöraffäre gegen den Atommanager Klaus Traube, die gerade Schlagzeilen gemacht hatte, und zitierte eine Erklärung des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag: »Herbert Wehner hat die Forderung aufgestellt, dass in Zukunft Abhörmaßnahmen, wie etwa im Fall Traube, auch in Haftanstalten unterbleiben sollen. Die besondere Vorhebung Wehners, dass auch solche Maßnahmen in Haftanstalten unterbleiben sollen, hat sicherlich eine solide Grundlage in Informationen, die Herrn Wehner vorliegen.« Weitere Anhaltspunkte werde die Verteidigung möglicherweise zur gegebenen Zeit vorlegen.

Die Bundesanwaltschaft trat Schilys Antrag entgegen. Oberstaatsanwalt Zeis erklärte: »Es konnte ja wohl nicht erwartet werden, dass der Herr Rechtsanwalt Schily aus dem Fall Traube nicht versuchen würde, auch Kapital zu schlagen. In seinem Bestreben, öffentlichkeitswirksame Anträge hier in diesem Gerichtssaal zu stellen, geht er jetzt schon so weit, dass er Beweisantrag und Beweisermittlungsantrag durcheinanderbringt. Die Bundesanwaltschaft ist der Überzeugung, dass auch die Sachaufklärung, zumal bei einem solch haltlosen Antrag, nicht gebietet, den Zeugen darüber zu vernehmen.«

Dr. Foth ermahnte den Bundesanwalt: »Auch Sie darf ich bitten, möglichst jegliche Schärfe und abwertende Äußerungen zu vermeiden.«

»Herr Vorsitzender, ich bin gerne bereit, Ihrer Bitte zu entsprechen«, entgegnete Zeis. »Ich meine aber, wenn hier unterstellt wird, dass mittels irgendwelcher Lauschmittel Gespräche zwischen Angeklagten einerseits und Angeklagten und Verteidigern andererseits überwacht werden würden, dann meine ich doch, vonseiten der Bundesanwaltschaft hier auch mal ein solches Wort sagen zu dürfen.«

Unmittelbar nach der Veröffentlichung der Traube-Affäre im »Spiegel« hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner »bohrende Fragen« an Innenminister Maihofer über weitere Fälle angekündigt. Der Minister erklärte daraufhin vor dem Bundestag, er habe »bisher keinen Grund, zu sagen«, dass es »in meinem Verantwortungsbereich einen einzigen anderen Fall gibt«. Er blieb vage: »Ich kann aber über meinen Verantwortungsbereich hinaus – das kann sich meinem Wissen entziehen – hier selbstverständlich nichts Verbindliches sagen.«

Am 8. März zweifelte Wehner die Versicherung des Innenministers, »dass keine einzige Wanze in einer Wohnung oder in einer Strafvollzugsanstalt angebracht ist«, noch deutlicher an: »Aber ich müsste dennoch sagen, ob denn, bei allem Vertrauen in die Integrität Herrn Maihofers, man sicher sein könne, dass nicht um ihn herum oder, um es einmal etwas vulgär zu sagen, hinter seinem Rücken befunden wird über das, was man Observation nennt und mehr als Observation nennt, auch über sogenannte nachrichtendienstliche Mittel gegenüber Menschen, ohne dass er es weiß.«

Aufgeschreckt machte sich der Innenminister an Recherchen in seinem Amtsbereich. Schon bevor Rechtsanwalt Schily seinen Beweisantrag in Stammheim eingebracht hatte, erfuhr er vom Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Richard Meier und vom Chef des Kanzleramts, Dr. Manfred Schüler, dass es in Stammheim »etwas gab«.

37.
»In vergleichbaren Situationen in gleicher Weise entscheiden«

Zwei Tage nachdem Otto Schily seinen »haltlosen Antrag« gestellt hatte, traten in Stuttgart Innenminister Karl Schiess und Justizminister Traugott Bender vor die Presse. Sie teilten den Journalisten mit, dass Gespräche zwischen Angeklagten und Verteidigern in Stuttgart-Stammheim in zwei Fällen über einen kürzeren Zeitraum hinweg abgehört worden waren. Die Minister beriefen sich in beiden Fällen auf den »rechtfertigenden Notstand« im Sinne des Paragraphen 34 des Strafgesetzbuches.

Anlass für die Abhöraktionen sei der »dringende Verdacht« gewesen, dass bestimmte Geiselnahmen, Brandanschläge und auch Tötungsdelikte vom »harten Kern« der in Stammheim inhaftierten Gruppenmitglieder geplant und über den Besucherverkehr in die Tat umgesetzt worden seien.

In beiden Fällen habe man befürchten müssen, dass eine Geiselnahme unmittelbar bevorstehe. Das erste Mal habe man nach dem Attentat auf die Deutsche Botschaft in Stockholm im April 1975 Gespräche abgehört und dabei am 29. April Hinweise auf einen Kinderspielplatz und eine dort möglicherweise geplante Geiselnahme erlangt.

Die zweite Lauschaktion sei nach der Haag-Verhaftung eingeleitet worden.

Die Minister sagten nicht, dass die Abhörgeräte schon in den ersten drei Märztagen 1975 installiert worden waren – mehr als sechs Wochen *vor* dem Anschlag auf die Deutsche Botschaft in Stockholm.

Sie sagten auch nicht, in wie viele Zellen die Mikrofone eingebaut worden waren.

Für die Gespräche der Stammheimer Häftlinge mit ihren Verteidigern standen vier Zellen zur Verfügung. »Verwanzt« wurden, wie geschildert, in der ersten Operation, durchgeführt von Technikern des Bundesamtes für Verfassungsschutz, fünf Zellen. Bei der zweiten Operation, durchgeführt von Technikern des Bundesnachrichtendienstes, wurden noch einmal zwei Zellen mit Abhörmikrofonen versehen. So lag schon damals der Verdacht nahe, dass nicht »nur« Anwaltsgespräche abgehört wurden.

In ihrer Presseerklärung hatten die Minister Bender und Schiess geschrieben, sie stünden zu ihren Entscheidungen und würden sie »in vergleichbaren Situationen in gleicher Weise treffen«.

38.
Die »Zwangsverteidiger« werden Verteidiger
(185. Tag, 17. März 1977)

»Die Bundesanwaltschaft hat hier die Stirn gehabt, von einem Propaganda-Antrag zu sprechen«, sagte Verteidiger Schily. »Die Terminologie, die sie gern anwendet, um Fakten unter den Teppich zu kehren. Und die Verteidigung hat nicht einmal erwartet, dass die verantwortlichen Herren so schnell der Wahrheit die Ehre geben.

Was hier in diesem Verfahren stattfindet, kann man nicht anders benennen als die systematische Zerstörung aller rechtsstaatlichen Garantien. Insofern hat das Verfahren für den Zustand dieser Republik seine exemplarische Bedeutung. Die Verteidigung kann es unter keinen Umständen verantworten, hier auch nur eine Minute länger in dem Verfahren mitzuwirken, um hier noch vielleicht als eine Art Alibi aufzutreten.«

Schily stellte den Antrag, den Prozess bis zur restlosen Klärung der Abhöraktion auszusetzen.

Auch sämtliche »Zwangsverteidiger« befürworteten den Aussetzungsantrag. Rechtsanwalt Künzel meinte: »Ich schließe mich dem Antrag bis zur Aufklärung dieses ungeheuerlichen Sachverhalts an.«

Oberstaatsanwalt Zeis meldete sich, weniger forsch als am vergangenen Prozesstag, zu Wort: »Für die Bundesanwaltschaft erkläre ich: Keiner der Sitzungsvertreter der Bundesanwaltschaft hat von den betreffenden Vorgängen Kenntnis gehabt. Eine weitere Erklärung wird abgegeben werden, sobald sich die Bundesanwaltschaft sachkundig gemacht hat. Danke.«

»Danke sehr«, sagte der Vorsitzende und wollte mit der Befragung eines Zeugen fortfahren. Schily meldete Protest an, aber der Vorsitzende fiel ihm ins Wort: »Nein, ich will das jetzt nicht durchgehen lassen …«

Der Rechtsanwalt stand auf, schob seine Unterlagen zusammen und sagte: »Ja, Herr Vorsitzender, dann verlasse ich unter Protest den Gerichtssaal.«

»Ich kann Sie nicht halten«, meinte Dr. Foth. »Ich meine, Sie sollten hierbleiben.«

Schily blieb nicht.

Auch Rechtsanwalt Künzel plädierte dafür, den Zeugen nicht weiter zu vernehmen: »Es könnte sich ja herausstellen, dass eine rechtsstaatliche Verteidigung von dem Zeitpunkt an, wo die erste Wanze eingebaut wurde, eigentlich nicht mehr möglich ist.«

Daraufhin schloss der Vorsitzende die Verhandlung.

39.
Eine vertrauliche Sitzung des Innenausschusses

Im Innenausschuss des Deutschen Bundestages bemühte man sich, die Stammheimer Abhöraffäre – hinter verschlossenen Türen – aufzuklären. Am 22. März 1977 eröffnete der Vorsitzende Dr. Axel Wernitz (SPD) die Sitzung, nannte das Thema und wies auf besondere Vertraulichkeit hin. Der CDU/CSU-Abgeordnete Vogel regte an, zu überprüfen, ob sich tatsächlich nur Ausschussmitglieder oder deren Stellvertreter im Saal befänden.

Wernitz gab zu bedenken, ob nicht bei Fragen, »die einen so brisanten Charakter haben, dass sie im Rahmen der Vertraulichkeit nicht behandelt werden können, ein interfraktionelles Gespräch angehängt« werden solle.

»Wer überprüft denn bei den Beamten, die im Raum bleiben, deren Berechtigung?«, wollte der SPD-Abgeordnete Konrad wissen. Der CDU/CSU-Abgeordnete Spranger stimmte ihm zu. Am besten sei eine personelle Feststellung im Einzelfall.

Der Ausschussvorsitzende wies daraufhin einen Herrn aus dem Sekretariat an, die Anwesenden der Reihe nach zu überprüfen.

Dann begann Bundesinnenminister Maihofer mit seinem Bericht über »Angelegenheiten der inneren Sicherheit«.

Beim Einsatz von Lauschmitteln, erklärte der FDP-Professor umständlich, gehe es um Gefahrenabwehr. Dabei sei auch eine »Anscheinsgefahr« für eine Entscheidung ausreichend. Je folgenschwerer der möglicherweise eintretende Schaden sei, umso geringere Anforderungen seien für eine Entscheidung notwendig. »Bei einer Friedensgefährdung oder beim Hochverrat«, meinte Maihofer, »wo unabsehbarer Schaden droht, genügen schon geringere Wahrscheinlichkeiten des Schadenseintritts als in anderen Fällen. Deshalb richtete sich das, was man einen Gefahrenerforschungseingriff nennt, etwa durch Observation (Kollision mit Artikel 2 des Grundgesetzes) oder durch technische Observation (Kollision mit Artikel 10 des Grundgesetzes), auf Anscheinsgefährdungen, wie der Terminus technicus heißt.«

Es gehe nicht um objektive Gefahr, sondern eben um die Anscheinsgefahr. An einer Reihe von Beispielen aus den vergangenen zehn Jahren machte der

Innenminister klar, was er damit meinte. Seine Ausführungen wurden vom Ausschuss als »geheim« eingestuft und deshalb auch nicht in das der geringeren Geheimhaltungsstufe »VS–vertraulich« unterliegende Protokoll aufgenommen.

Maihofer schilderte elf Fälle: In den Jahren 1966 bis 1968 wurde ein in Nordrhein-Westfalen lebender Funktionär der verbotenen KPD in seiner Wohnung abgehört. Die »Wanze« arbeitete zwei Jahre.

Ende Januar 1973 wurde im Frühstücksraum eines Hotels in Rheinland-Pfalz ein Abhörmikrofon installiert. Im Hotel wohnten Mitglieder der sozialdemokratischen griechischen Widerstandsorganisation PAK. Begründet wurde die Lauschoperation mit der Sorge, die Widerstandsgruppe könnte in der Bundesrepublik »terroristische Aktionen« gegen das Obristenregime in Athen planen. Der damalige Innenminister Genscher war von der Operation unterrichtet.

Ohne Wissen Maihofers verlief im Sommer 1975 eine Aktion gegen einen Verlag in Köln. Verfassungsschutzbeamte waren mit Wissen des Hauseigentümers in die Geschäftsräume des »Heinzelpress-Verlages« eingedrungen. Dort fotografierten sie Schriftstücke, bauten aber – angeblich – keine »Wanze« ein.

Im Februar 1972 mieteten sich Beamte des Bundeskriminalamts in einem Haus in Augsburg über der Wohnung des RAF-Mitglieds Thomas Weisbecker ein. Über die Fernsehzuleitung hörten sie am 2. März 1972 ein Gespräch in der Wohnung ab. Kurz darauf verließ Weisbecker das Haus. Draußen kam es zu einer Schießerei, Weisbecker wurde getötet.

Auf Anordnung des BKA-Präsidenten Herold und mit Amtshilfe des Bundesnachrichtendienstes wurde am 8. Juni 1972 der Besucherraum in der Vollzugsanstalt Essen verwanzt. Als die Behörden erfuhren, dass Rechtsanwalt Otto Schily kommen wollte, um seine Mandantin Gudrun Ensslin zu besuchen, wurde Bundesinnenminister Genscher informiert. Genscher entschied, die »Wanze« müsse sofort ausgebaut werden. Eine Verteidigerüberwachung komme nicht in Frage. Am 9. Juni wurde die Abhöranlage wieder entfernt.

Schließlich berichtete Maihofer auch, dass während der Lorenz-Entführung die Gespräche zwischen den zum Abflug nach Aden in Frankfurt zusammengeführten Gefangenen abgehört worden seien.

Dass auch die Gespräche mit Pfarrer Albertz dabei belauscht wurden, sagte

Maihofer nicht.

Als der Bundesinnenminister seinen brisanten Vortrag beendet hatte, sagte der Ausschussvorsitzende Wernitz: »So weit zu den einzelnen Fällen, die hier vorgetragen worden sind, mitgeschrieben wurde, bitte ich, diese Notizen hier zur Verfügung zu stellen, damit wir sie dem Reißwolf überantworten können. Ein Mitarbeiter des Sekretariats wird bei jedem Einzelnen vorbeigehen und die einschlägigen Notizen einsammeln, damit sich dies hier auch formal korrekt und einwandfrei abgesichert darstellt.«

Die Abgeordneten lieferten ihre Zettel ab.

Über die Einzelheiten der Stammheimer Lauschaffäre, so kam der Innenausschuss überein, wollte man am nächsten Tag sprechen, wenn die baden-württembergischen Minister Schiess und Bender dem Ausschuss Bericht erstatten würden.

Maihofer beteuerte, nur über die »technische Hilfe« des ihm unterstellten Verfassungsschutzes in die Angelegenheit verwickelt zu sein. Verantwortung trage nicht er, sondern die Stuttgarter Minister.

Am 23. März 1977 um 9.39 Uhr trat der Innenausschuss erneut zusammen. Die baden-württembergischen Innen- und Justizminister Schiess und Bender waren eingeladen worden, um über die Stammheimer Abhöraffäre Auskunft zu geben.

Neben den Ausschussmitgliedern und ihren Stellvertretern waren an diesem Tag auch Staatssekretär Dr. Manfred Schüler aus dem Kanzleramt, Bundesinnenminister Prof. Dr. Maihofer und sein Staatssekretär Dr. Fröhlich anwesend, dazu Verfassungsschutzpräsident Richard Meier und der Präsident des Bundeskriminalamtes, Horst Herold.

Der Ausschussvorsitzende Wernitz (SPD) kam auf die Sitzung des vergangenen Tages zurück:

»Wir hatten gestern zu einem speziellen Punkt in besonders intensivem Maße Vertraulichkeit der Sitzung vereinbart. Wie Sie alle oder ein großer Teil von Ihnen sicher festgestellt haben, ist diese Vertraulichkeit nicht eingehalten worden. Ich stelle dies hier fest und kritisiere dies sehr scharf. Aber ich weiß jetzt nicht, woran dies liegt …

Wir haben gestern in dieser Sitzung die Mikrofone laufen gehabt. Dies führt zu einer selbstverständlichen akustischen Verstärkung mit der

Möglichkeit, dass Menschen mit sensiblen Ohren vor der Tür hieraus bestimmte Schlüsse ziehen können.«

Ein Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion rief: »Dann muss man draußen Platz machen!«

Wernitz fuhr fort: »Ich bitte um zweierlei. Erstens, dass wir für die heutige Sitzung die Mikrofone abschalten. Zweitens, dass vor der Tür darauf geachtet wird, dass man nicht allzu dicht an die Tür herankommen kann.«

Der CDU/CSU-Abgeordnete Vogel ergänzte: »Ich meine, wir sollten noch einmal den dringenden Wunsch an alle richten, die Vertraulichkeit, die beschlossen wird, voll zu wahren und dafür zu sorgen, dass die Vertraulichkeit technisch so abgesichert ist, dass nicht durch die Wände irgendetwas nach draußen dringen kann.«

Der Vorsitzende bedankte sich für die Unterstützung und gab zu bedenken, ob man für die Vorträge der aus Stuttgart angereisten Minister nicht eine höhere Stufe der Geheimhaltung erwägen solle.

»Wir beide sind der Meinung, dass die Vertraulichkeit ausreichen sollte«, meinte der baden-württembergische Innenminister. »Es wird sich vielleicht an einzelnen Fragen dann ergeben, dass wir sagen: Hier geht es nicht mehr.«

»Das Gleiche gilt für meine Seite«, sagte Maihofer.

»Das Gleiche gilt auch für mich«, sagte Staatssekretär Schüler.

Der Vorsitzende des Innenausschusses ließ die Türen absichern. Dann schaltete er die Mikrofonanlage aus.

Als Erster berichtete Innenminister Schiess über die Abhöraffäre Stammheim: »In Baden-Württemberg wurden in zwei Fällen rechtfertigenden Notstands in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim Gespräche zwischen den führenden Mitgliedern der Baader-Meinhof-Bande und ihren Vertrauensanwälten abgehört.«

Nach wenigen weiteren Sätzen reichte die vereinbarte Vertraulichkeit nicht mehr aus. Schiess erklärte die Einzelheiten des Lauschangriffs »außerhalb des Protokolls«. Was er damals an zusätzlichen Informationen über die Stammheimer Abhörmaßnahmen preisgab, wurde niemals bekannt.

Seine juristische Rechtfertigung, die Berufung auf den Notstandsparagraphen 34, durfte wieder von den Stenographen aufgenommen werden.

Zum Schluss sagte Schiess: »Wenn dieselbe Situation auf uns zukäme, könnten wir nicht anders handeln, müssten wir wieder so handeln. Ob in derselben Form, ist eine andere Frage. Aber wir müssten wieder

einschreiten.« Wie und auf welche Weise ließ er offen.

Als Nächster war Bundesinnenminister Maihofer an der Reihe. Er schilderte die Beteiligung des Bundesamtes für Verfassungsschutz an der Operation. Zwei Techniker des BfV hätten am 1., 2. und 3. März 1975 »in fünf leer stehenden Räumen Mikrofone installiert«. Eine »zweite Reihe dieser Hilfetätigkeit« sei am 1. Mai 1975 geleistet worden. Danach habe das Bundesamt für Verfassungsschutz nichts mehr mit der Abhöroperation in Stuttgart-Stammheim zu tun gehabt. Es spricht einiges dafür, dass Maihofer hier nicht die ganze Wahrheit sagte.

»Meine Darstellung schließt zeitlich etwas später an«, sagte der Staatssekretär im Kanzleramt, Manfred Schüler. Auf Wunsch des Landeskriminalamtes in Stuttgart habe sich ein Techniker des Bundesnachrichtendienstes in Stammheim umgesehen. »Am ersten Tag war es kein Einbau. Unser Mann sagte, das war eine technische Beratung. Baden-Württemberg wollte beraten werden, ob das verbesserungsfähig ist. Sie können das auch ›technische Hilfe‹ nennen. Das macht hier keinen Unterschied. Der zweite Wunsch also nach Einrichtung einer Anlage.«

Nach einigem Hin und Her seien dann noch einmal BND-Spezialisten nach Stammheim gefahren, um diese Anlage zu installieren: »Und zwar handelte es sich dabei um den Einbau von Anlagen in zwei nicht belegten Zellen. Ich glaube, das ist der Kern des Sachverhalts. Ich sollte mich vielleicht im Augenblick darauf beschränken.«

Der SPD-Abgeordnete Schäfer fragte die baden-württembergischen Minister: »Mich würde interessieren, warum Sie technische Hilfe angefordert haben. Haben Sie nicht entsprechende Techniker in Baden-Württemberg, entweder beim Landesamt für Verfassungsschutz oder im Landeskriminalamt?

Es fällt auf, dass Anfang März das Landesamt für Verfassungsschutz das Bundesamt um technische Hilfe angegangen ist und im Mai das Landeskriminalamt den Bundesnachrichtendienst. Weshalb diese Unterscheidung?«

Der Abgeordnete wandte sich an den Kanzleramtschef: »Ist das Ersuchen an den BND, das dann auch zu Ihnen gelangt ist, um technische Hilfe zum Zwecke der Installierung von Lauschmitteln in Zellen oder in Vernehmungszimmern ergangen?«

Innenminister Schiess beantwortete die erste Frage: »Warum später, im Mai, auf den BND übergegangen wurde, möchte ich lapidar mit einem Satz

beantworten – hoffentlich sind mir die Herren hier nicht böse. Weil die Zahl der Techniker, die von diesem Geschäft etwas verstehen, im öffentlichen Dienst relativ gering ist.«

»Ich meine, das fällt unter ›geheim‹«, warf der Abgeordnete Vogel (CDU/CSU) ein.

Der Vorsitzende nahm den Faden auf: »Wenn jemand von denen, die vortragen und die unterrichten, die Meinung vertritt, dass das unter die Rubrik ›geheim‹ gehört, muss dies gesagt werden. Ich kann hier niemanden bevormunden. Das müssen Sie selber sagen …«

»Es sind jedenfalls keine grundsätzlichen Fragen«, sagte Schiess.

»Also nicht geheim?«, fragte Wernitz nach.

»Aber jedes weitere Wort in dieser Richtung wäre natürlich geheim«, antwortete der baden-württembergische Innenminister, »vor allem, wenn Sie dem Auslegungen geben. Ihre Spekulation würde in den Geheimhaltungsraum hineingehen.«

Offenkundig meinte Schiess die Frage des Abgeordneten, ob es sich bei den verwanzten Räumen um Zellen oder Vernehmungszimmer gehandelt habe.

Auch Staatssekretär Schüler äußerte Bedenken: »Wenn hier über diese Frage vertieft mit Bezug auf bestimmte Einrichtungen des Bundes gesprochen werden sollte – was ich eigentlich für nicht geboten halte –, dann müsste diese Veranstaltung einen anderen Charakter bekommen.«

Innenminister Schiess kam noch einmal auf die Frage zurück, warum er und sein Kollege Bender von sich aus die Abhöraffäre offenbart hätten:

»In der Morgenausgabe der Ihnen sicherlich bekannten Zeitung ›Bild‹ von Donnerstag, dem 17. März, stand auf der ersten Seite: ›Wanzen auch in Stammheim?‹ Der Erfolg einer solchen Erscheinung in ›Bild‹ ist der, dass die Mitglieder der Landespressekonferenz unentwegt angerufen und gefragt haben: ›Was ist denn los?‹ Das kann man ein paar Stunden zurückhalten, aber dann nicht mehr. Das schlechteste ist, wenn man auf dem Gerüchteweg langsam, aber sicher ausgezogen wird.

Wir haben uns deshalb an demselben Morgen entschieden und beide erklärt: Jetzt gehen wir offensiv in die Verteidigung, und wir legen alles auf den Tisch, was wir wissen und was wir sagen dürfen …«

Schon am Tag zuvor sei durchgesickert, dass der »Spiegel« am Wochenende etwas über die Stuttgarter Lauschaffäre bringen würde. »Das haben Freunde, die man Gott sei Dank auch hier hat, einem mitgeteilt. Dass

ich nicht sage, was das für Freunde waren, ist ja auch klar. Wir haben uns den Kopf zerbrochen, wie wir reagieren wollten.«

Daraufhin hätten sich Vertreter beider Ministerien zusammengesetzt: »Wir machen jetzt einmal alles fertig und stimmen es miteinander ab, damit wir es ab Donnerstag früh griffbereit haben und damit auf den Markt gehen können, wenn wir es nicht mehr anders halten können. So ist das geschehen.«

»Und dann kam ›Bild‹?«, rief ein Abgeordneter dazwischen.

»Dann kam ›Bild‹ am Donnerstag früh«, bestätigte der Minister. »Und dann haben wir gesagt: ›Jetzt ist es aus. Jetzt raus!‹ Wir haben dann um halb zwei die Pressekonferenz gemacht.

Die Frage: Zelle oder Vernehmungszimmer? Im Vernehmungszimmer. Es ist nie in den Wohnzellen – das heißt Verkehr der Gefangenen untereinander – gewesen, sondern es war nur in den Besucherzellen, in Nicht-Wohnzellen, in den Besucherzellen, und nur, was zwischen den Häftlingen und den Vertrauensanwälten gesprochen wurde«, sagte Innenminister Schiess. Dann wandte er sich zu seinem Kollegen, dem Justizminister Traugott Bender, um: »Stimmt es so?«

Justizminister Bender war zurückhaltend: »Ich kann nur sagen: in Nicht-Wohnzellen. Eine weitere Auskunft würde ich jetzt nicht geben. Aber Sie können davon ausgehen, dass es in Nicht-Wohnzellen war. Sonst können wir gleich die ganze Technik hier offenlegen. Ich weiß nicht, ob das eine gute Sache wäre. Das ist absolut gesichert. Davon können Sie ausgehen.«

»Dagegen würde ich mich wehren«, sagte der Vorsitzende des Innenausschusses. »Dafür ist dies nicht der richtige Ausschuss, nicht das zuständige Gremium.«

Der CDU/CSU-Abgeordnete Vogel meldete sich: »Ich möchte die Anregung geben, dass im Protokoll nur der Begriff ›Nicht-Wohnzellen‹ erscheint.«

Wernitz beruhigte ihn: »Das wird nur in der Geheimschutzstelle zugänglich sein. Das Protokoll wird ja nicht herausgegeben.«

Vogel, zum Kanzleramtschef Schüler gewandt: »Nun haben Sie vorhin etwas gesagt, was ich in diesem Zusammenhang als wichtig empfunden habe. Dass Ihr zuständiger Verbindungsreferent [des BND] in Stuttgart reagiert hat: ›Wenn ich da helfen soll, will ich mir angucken, was da passieren soll.‹ Ich nehme also an, er hat sich angeguckt, was passieren sollte, und ist dabei sicher auch zu der Erkenntnis gekommen, dass hier in Nicht-Wohnzellen – wenn ich mich diesem Sprachgebrauch anschließen soll – installiert werden

sollte. Die Frage, die sich dann stellt, ist doch die, mit welchem Erkenntnisstand dann technische Hilfe geleistet wurde. ›In Nicht-Wohnzellen‹ kann doch im Grunde nur bedeuten, dass Besucherverkehr im weiteren Sinne Gegenstand der Abhörmaßnahmen sein musste, und da es, außer bei Anwälten, andere rechtlich zugelassene Möglichkeiten der Kontrolle des Besucherverkehrs gibt, ist für mich fast zwingend, Herr Schüler, dass hier nur das Abhören von Gesprächen mit Anwälten in Frage kommen konnte.«

Schüler widersprach. Um das Abhören von Anwaltsgesprächen sei es bei der Einrichtung der Wanzen im Frühjahr 1975 nicht gegangen:

»Dies war nach der Lorenz-Entführung und nach Stockholm. Und in der Zwischenzeit war es auch nicht völlig ruhig gewesen. Wir hatten ernst zu nehmende Mitteilungen, dass im Zusammenhang mit der Eröffnung des Prozesses [in Stammheim], aber auch unabhängig davon, ein Befreiungsversuch größeren Ausmaßes bevorstand … Dies waren keine Phantastereien, sondern das war durchaus ernst zu nehmen. Diese Situation, die in Zusammenhang mit erpresserischer Freisetzung von Geiseln entstehen konnte, war das, was ich in erster Linie im Kopf hatte. Da hatten wir ja einschlägige Erfahrungen aus den Zusammenhängen mit Lorenz in Berlin.

Ich wusste, dass es sich um leerstehende Zellen handelte, in die diese Anlage eingebaut werden sollte. Da sind eine große Zahl von Modellen, so will ich mal sagen, denkbar, ohne dass da ein Verteidiger involviert ist. Herr Abgeordneter Vogel, dies kann sich in der Weise abwickeln – und das ist sozusagen ein Beispiel aus dem praktischen Leben –, dass im Zuge der Befreiungsaktion Häftlinge zusammengeführt werden, vielleicht erst einer, zwei oder drei – das haben wir doch alles erlebt –, und dass man in diesem Moment Informationen über die weiteren Absichten erhält.

Dies könnte es unter gewissen Umständen erlauben, die Situation wieder in den Griff zu bekommen. Es sind eine ganze Reihe von Modellen denkbar – ich will das kurz machen –, die unterhalb der Verteidigerabhörung liegen. An die haben wir damals wirklich nicht gedacht.«

In keiner der Sitzungen des Innenausschusses wurde gesagt, dass die Abhöranlagen inzwischen wieder ausgebaut worden waren oder man sie wieder ausbauen wolle.

Offenbar ging es bei den Ablenkmanövern im Ausschuss zumindest um die Verwanzung der beiden Zellen neben der Mehrzweckhalle, in der die

Gefangenen während der Prozesspausen untergebracht waren. Immerhin lief das Verfahren noch, und eine Enthüllung hätte den Ablauf kurz vor Prozessende erheblich gestört. Wahrscheinlich wäre der Prozess geplatzt. Zugleich rechnete man offenbar mit weiteren Entführungen. Gerade sechs Monate später war es so weit. Da wäre es nur folgerichtig gewesen, die Gefangenen in Stammheim auch während der Schleyer-Entführung zu belauschen.

An den Abhöraktionen beteiligt waren damals auch geheime Dienste, von denen niemand etwas wusste, die es offiziell gar nicht gab. So die Gruppe Fernmeldewesen des Bundesgrenzschutzes in Heimerzheim. Diese Gruppe – mit immerhin 500 Mann – wurde erst 1994 offiziell legalisiert. Schon 1973 waren die Abhörspezialisten der Grenzschutztruppe des Fernmeldewesens, die Ingenieurgruppe des Bundesinnenministeriums, zum Beispiel damit befasst, das Radio des Stammheimer Häftlings Baader im UKW-Bereich zu untersuchen.

Die Ingenieurgruppe des BMI, eine besonders geheime Spezialistengruppe, arbeitete auch für das BKA. Sie machte bereits 1972 den Kollegen Vorschläge, wie man geheime Kassiber aus bis zu 200 Metern Entfernung mit Hilfe von Parabolspiegeln lesbar machen könnte.

Es war eine vorbildliche, wenn auch streng geheime Zusammenarbeit von bundesdeutschen Geheimdiensten. Selbst die Zentralstelle für das Chiffrierwesen in Bonn, abgekürzt ZfCh, eine Unterabteilung des Bundesnachrichtendienstes, mischte mit und half beim Dechiffrieren von verschlüsselten RAF-Kassibern.

In der ersten Abhörphase 1975 in Stammheim hatten die Lauscher direkt im siebten Stock neben den Besucherzellen gesessen und dort ihre Tonbandgeräte laufen lassen. Danach siedelte man offenbar in das Prozessgebäude, die sogenannte Mehrzweckhalle, um. Dort gab es einen Technikraum, mit Monitoren und Tonbandgeräten sowie Fernmeldeeinrichtungen ausgestattet. Hier hatten mehrere Dienststellen ihren Arbeitsplatz, wie aus einem Erweiterungsantrag von 1975, der ebenfalls im Baden-Württembergischen Staatsarchiv Ludwigsburg archiviert ist, hervorgeht: Landeskriminalamt, Verfassungsschutz und BKA, angesiedelt in den Räumen 139 bis 142.

40.
Der letzte Auftritt der Angeklagten
(187. Tag, 29. März 1977)

Dr. Foth konnte mit einem ergänzenden Schreiben des baden-württembergischen Justizministers Bender aufwarten.

»Ich versichere vorweg«, schrieb der Minister, »dass ich volles Verständnis für die Haltung des Senats und der Verteidigung habe.« Die beiden Abhörmaßnahmen seien aber als »Mittel der vorbeugenden Verbrechensverhütung rein präventiver Natur« gewesen und hätten somit keinen Bezug zum Stammheimer Prozess.

Andreas Baader war im Gerichtssaal erschienen, hatte auf der Anklagebank Platz genommen und sich zu Wort gemeldet.

»Wollen Sie etwas erklären, Herr Baader, zu den Dingen, die wir hier jetzt verhandelt haben?«, erkundigte sich der Vorsitzende.

»Ich weiß nicht, was Sie verhandelt haben«, sagte Baader.

»Jetzt unmittelbar haben wir verhandelt über die Abhörungen, die in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim stattgefunden haben. Also, wenn Sie was erklären wollen, dann haben Sie die Gelegenheit dazu.«

»Na gut, dann habe …«

»Ich bin ganz Ohr«, sagte Dr. Foth.

»… dann habe ich vor, einen Antrag zu stellen.«

»Bitte.«

»Und zwar – zum ersten Mal übrigens – Brandt und Schmidt als Regierungschefs zu laden zum Beweis …«

»Also die Herren Brandt und Schmidt«, wiederholte der Vorsitzende.

Baader legte einen langen Katalog von Themen vor, zu denen die beiden sozialdemokratischen Kanzler vernommen werden sollten. Die Regierungschefs würden bestätigen, dass die »RAF seit 1972 nach einer grundgesetzwidrigen und grundgesetzfeindlichen Konzeption der antisubversiven Kriegführung« verfolgt worden sei.

Zusätzlich beantragte Baader, die baden-württembergischen Minister

Bender und Schiess als Zeugen zur Abhöraffäre zu laden. Unter anderem könnten sie darüber aussagen, dass die Meldung einer angeblich in Stuttgart geplanten Geiselnahme auf einem Kinderspielplatz eine gezielte Falschinformation sei.

Andreas Baader verließ den Sitzungssaal. Es war sein letzter Auftritt vor Gericht.

Jan-Carl Raspe erschien. Auch er wollte einen Antrag stellen.

»Ja, also, dann schießen Sie mal los«, sagte der Vorsitzende.

»Wir beantragen, Maihofer zu laden. Zur Klärung der Frage, ob auch die Zellen der Gefangenen abgehört wurden. Wir beantragen weiter, Kanzleramtschef Schüler als Koordinator der westdeutschen Geheimdienste und den BND-Präsidenten Wessel zu laden, zum Beweis, dass beide darüber informiert waren, dass die Abhöranlagen im siebten Stock kontinuierlich vom Bundesnachrichtendienst gewartet wurden – bis in jüngste Zeit. Weiterhin, dass der BND unkontrollierten und kontinuierlichen Zugang zum siebten Stock in Stammheim hatte.«

Auch der ehemalige Gerichtsvorsitzende Prinzing, so meinte Raspe, sei über die abgehörten Zellengespräche unterrichtet gewesen. Mehrfach habe der Richter nämlich wörtliche Zitate von Baader und Gudrun Ensslin wiedergegeben, die sie nur im internen Kreis geäußert hätten. Zudem seien die Zitate zuweilen den falschen Personen zugeordnet worden.

»Zum Beispiel«, so Raspe, »das Zitat, was eine Fälschung darstellt, einer von uns habe gesagt: ›Wir müssen krank wirken und geschwächt aussehen.‹ Auch das, was Prinzing in dem Gespräch mit Künzel gesagt hat, Andreas hätte zu dem Ablehnungsantrag gemeint: ›Was ist denn das wieder für eine Kiste?‹, ist ein eindeutiger Beweis.«

Raspe fuhr fort: »Es wäre natürlich absurd anzunehmen, die Bundesanwaltschaft hätte vom Abhören nichts gewusst, nachdem für jeden klar ist, dass die ganze Dramaturgie der Fahndung, der Haftbedingungen, der Liquidierung von Gefangenen und der Prozess in den Händen der Bundesanwaltschaft liegt. Sie war es, die nach dem Mord an Ulrike durch die Behauptung …«

Dr. Foth unterbrach ihn: »Die Unschuldsvermutung gilt auch für die Bundesanwaltschaft; also, wenn Sie von Mord und dergleichen reden, dann müssten Sie sich vielleicht darüber im Klaren sein: Unschuldsvermutungen gelten für alle Bürger …«

»Tja«, sagte Raspe, »die Unschuldsvermutung für eine Behörde dieser Art … Ich hab das im Übrigen nicht personell konkretisiert …«

»Sie sprachen von Mord. Und hinter einem Mord steht eigentlich häufig ein Mörder, nicht? Wen Sie auch immer meinen damit. Denn sonst ist es ein Todesfall.«

»Wir sind sicher, dass es so ist. Auf jeden Fall war es die Bundesanwaltschaft, die nach Ulrikes Tod durch die Behauptung intimer Kenntnisse unter den Gefangenen das Gerücht von Meinungsverschiedenheiten und Spannungen öffentlich verbreitet hat.«

Jan-Carl Raspe verließ den Sitzungssaal. Auch für ihn war dies der letzte Auftritt im Stammheimer Gerichtsverfahren. Als er gegangen war, ergriff Bundesanwalt Wunder das Wort: »So sauber, so sauber, wie unser Nichtwissen um diese Abhördinge ist, um die es jetzt geht, so sauber kann etwas anderes überhaupt nicht sein.« Er wandte sich an die Verteidiger und ergänzte: »Das können Sie bitte Herrn Raspe ausrichten.«

Das Publikum im Prozesssaal brach in schallendes Gelächter aus.

Kurz darauf erschien Gudrun Ensslin. Sie setzte sich auf die Anklagebank und sagte: »Ich will hier kurz die Forderungen des Hungerstreiks mitteilen, in dem wir seit heute sind.«

»Also, vom Hungerstreik reden wir im Augenblick nicht«, fiel ihr der Vorsitzende ins Wort.

»Wir sind ab heute in einem Hungerstreik.«

»Sie sind was?«

»In einem Hungerstreik.«

»Dazu kann ich Ihnen das Wort nicht überlassen. Über Haftbedingungen sprechen wir in der Hauptverhandlung nicht. Und dabei bleibt es auch.«

»Also, es ist klar, dass hier nicht der Ort mehr ist zu irgendwelchen politischen Erklärungen. Die sind hier überflüssig geworden.«

Gudrun Ensslin schob sich aus der Anklagebank, stand auf und verließ den Verhandlungssaal. Auch sie betrat ihn nicht wieder.

Einer der »Zwangsverteidiger«, Rechtsanwalt Schwarz, erhielt das Wort: »Sowohl der Herr Justizminister als auch der Herr Innenminister haben die Erklärung abgegeben, sie würden in einer vergleichbaren Situation wieder in der gleichen Weise handeln.« Das Gericht sei eine Erklärung schuldig, wie es

weitere Abhörmaßnahmen verhindern wolle. Bis dahin müsse das Verfahren ausgesetzt werden.

»Zwangsverteidiger« Schnabel beantragte ebenfalls, das Verfahren auszusetzen. Dann kam sein Kollege Künzel an die Reihe: »Wo die Totalität des Staates, die den Gefangenen im Gefängnis umgibt, bis in das Gespräch zwischen Verteidiger und Angeklagten hineinreicht, ist das Maß an Freiheit nicht mehr vorhanden, ohne das der Angeklagte nicht mehr um seine Freiheit kämpfen kann. Wo der Gesprächsraum, den der Staat zum Verteidigergespräch zur Verfügung stellt, mit Wanzen besetzt ist, kann ein Verteidiger diesen Raum nicht mehr betreten.«

Künzel verließ in der Pause den Stammheimer Gerichtssaal und kam, als der Senat sämtliche Beweis- und Aussetzungsanträge im Zusammenhang mit der Abhöraffäre ablehnte, nicht mehr zurück. Er schickte ein Telegramm an das Oberlandesgericht, zweiter Strafsenat, Stuttgart-Stammheim: »Ich sehe mich nach der Entscheidung des Herrn Vorsitzenden aus den in meinem Antrag angeführten Gründen außerstande, an der Hauptverhandlung teilzunehmen, und bitte, dies als Grund für mein Fernbleiben zu respektieren.«

41.
Die Ermordung des Generalbundesanwalts

Zwei Tage später, am 1. April 1977, versuchten zwei junge Männer in Mönchengladbach ein Motorrad zu mieten. Dem Inhaber kamen die Kunden verdächtig vor, und er lehnte ab. Das BKA kam später zu der Erkenntnis, dass es sich um Günter Sonnenberg und Knut Folkerts gehandelt hatte.

In Düsseldorf gelang es Sonnenberg als »Georg Schäfer« eine Suzuki 750 GS zu mieten. Das Motorrad wurde äußerlich verändert und erhielt ein Ludwigshafener Kennzeichen. Am 2. April kaufte ein RAF-Mitglied, vermutlich Christian Klar, unter dem Namen »Hans Dieter Götz«, einen silberfarbenen Alfa Romeo und bezahlte in bar. Spätestens vom 6. April an war die »Förstergruppe« in Karlsruhe. Hier kannten sich Klar, Folkerts und Sonnenberg aus. Vor ihrem Untertauchen hatten sie dort miteinander in einer Wohngemeinschaft gelebt.

Es war am 7. April 1977, gegen 8.30 Uhr, als ein blauer Dienst-Mercedes vor dem Einfamilienhaus des Generalbundesanwalts Siegfried Buback im Fichtenweg, Karlsruhe, hielt, um ihn abzuholen. Der dreißigjährige Fahrer Wolfgang Göbel hatte zuvor die Nummernschilder ausgewechselt. Siegfried Buback gehörte zu den am meisten gefährdeten Personen der Bundesrepublik.

An einer Tankstelle warteten zwei Personen mit dem Motorrad auf den Wagen des Generalbundesanwaltes. Unbemerkt folgten sie ihm.

Auf der Fahrt zum Bundesgerichtshof hielt der Wagen an einer roten Ampel. Siegfried Buback saß auf dem Beifahrersitz, im Fond des Wagens Georg Wurster, 33, Chef der Fahrbereitschaft der Bundesanwaltschaft. Der Fahrer Göbel hatte sich auf der Geradeausspur eingeordnet. Es war 9.15 Uhr.

Plötzlich schob sich auf der rechten Abbiegespur ein schweres Motorrad der Marke Suzuki an den Mercedes heran. Fahrer und Beifahrer trugen Motorradanzüge und Helme, die ihre Gesichter verdeckten. Als Bubacks Wagen anfuhr, feuerte der Beifahrer auf dem Motorrad mit einer automatischen Waffe in das Fenster und die Seitentür des blauen Mercedes. Die Kugeln durchschlugen Glas und Blech. Der Dienstwagen des

Generalbundesanwalts rollte weiter und kam an einem Begrenzungspfahl zum Stillstand. Der Fahrer Wolfgang Göbel war tödlich getroffen worden. Generalbundesanwalt Buback starb auf dem Rasen am Straßenrand. Der schwerverletzte Georg Wurster wurde ins Krankenhaus gebracht. Dort starb auch er.

Motorrad und Helme wurden später in dem Hohlraum eines Brückenpfeilers in Wolfartsweier bei Karlsruhe gefunden. Mit dem Alfa Romeo flüchteten die Täter samt Fahrer vorbei an einer Kontrollstelle in Richtung Bietigheim, wo sie den Zug nach Wien nahmen.

Sofort wurde eine Ringfahndung ausgelöst. Sie blieb erfolglos. Am Nachmittag trat der Kleine Krisenstab in Bonn zusammen. Die Bundesanwaltschaft übernahm die Ermittlungen und veranlasste verschärfte Haftbedingungen für die Stammheimer Häftlinge.

Kurz zuvor waren Boock und Brigitte Mohnhaupt gemeinsam nach Bagdad gereist, um dort den »Old Man« zu treffen, Wadi Haddad, den Paten aller europäischen Terroristen. Es wurde eine fast romantische Reise. Sie wachten morgens in einem kleinen Haus auf. Die Sonne schien. Boock öffnete das Fenster und pflückte eine Orange von einem Baum, der direkt davor stand. Er schälte sie im Bett: »Es war tierisch, eigentlich unwirklich, unglaublich und unwirklich.«

Dann trafen sie Wadi Haddad, Deckname Abu Hani, der seine ganze Truppe mitgebracht hatte, und die beiden wurden wie Staatsgäste begrüßt. Es gab ein opulentes Mahl, und dann ging es zur Sache. Die Befreiungsaktion rücke jetzt in greifbare Nähe. Es gehe nun darum, Länder zu finden, die bereit seien, die Gefangenen aufzunehmen. »Kein großes Problem«, sagte Abu Hani. »Das lässt sich ziemlich schnell regeln. Nordkorea käme in Frage, Jemen, Irak, vielleicht auch Algerien. Das aber nur im Notfall.« Als Zwischenstation könne auch noch Somalia in Betracht kommen, aber nicht, um dort zu bleiben. Allerdings sei auch der Irak problematisch, schließlich befinde sich dort die gesamte palästinensische Struktur. Die solle man besser nicht gefährden, indem man den Irakern Trouble ins Land hole. Also blieb eigentlich nur der Jemen übrig. Über Malta, Paris und Brüssel kehrten die beiden nach Amsterdam zurück. Am Nachmittag erhielten sie einen Anruf aus Deutschland: »Er ist tot. Die Sache ist gelaufen.« Gemeint war der Mordanschlag auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback.

Brigitte Mohnhaupt machte sich daran, ein Bekennerschreiben zu

verfassen. Sie hockte sich an die Schreibmaschine, die Haare fielen ihr ins Gesicht, und dann nahm sie wie immer in solchen Situationen eine Haarsträhne quer in den Mund und tippte weiter. Um jeden Satz wurde gestritten. Boock war der Ansicht, dass man von dieser unmöglichen Sprache wegmüsse. »Aber Brigitte hat mich immer auf den Topf gesetzt und gesagt: ›Was du machst, ist purer Populismus. Und die Leute, die das verstehen wollen, die haben sowieso ein bisschen politische Voraussetzung. Wer sich wirklich dafür interessiert, der wird auch verstehen, worum es geht.‹«

Wenige Tage später wurde bei der Deutschen Presseagentur in Frankfurt ein Bekennerbrief in den Briefkasten geworfen: »Für Akteure des Systems wie Buback findet die Geschichte immer einen Weg. Am 7.4.77 hat das Kommando Ulrike Meinhof Generalbundesanwalt Siegfried Buback hingerichtet …«

Rechtsanwalt Schily und andere Anwälte gaben eine Erklärung ab, in der sie »mit tiefer Empörung und Abscheu den sinnlosen und brutalen Mord« verurteilten. Die »hinterhältige Ermordung« sei »ein schweres Verbrechen am Rechtsstaat«.

Der damalige Justizminister Hans-Jochen Vogel: »Das war der Eindruck, wenn der Staat seinen höchsten Ankläger nicht schützen kann, dessen Aufgabe es ja war, im Rahmen seiner Zuständigkeiten hier tätig zu werden, dann ist das ein Fragezeichen hinsichtlich der Schutzfähigkeit des Staates überhaupt.«

Weil er das Motorrads angemietet hatte, wurde Günter Sonnenberg schnell zum Hauptverdächtigen. Auf ihn konzentrierten sich die Ermittlungen. Unmittelbar nach der Tat galt auch Verena Becker als tatverdächtig. So erklärte ein Polizeisprecher noch am Tage des Mordes, als Schütze vom Beifahrersitz aus käme auch eine Frau in Betracht. Drei Tatzeugen hatten unabhängig voneinander ausgesagt, eine »zierliche Person« auf dem Motorrad gesehen zu haben. Trotzdem korrigierte sich das Bundeskriminalamt schon einen Tag nach dem Mord an Buback und nannte drei Männer als mutmaßliche Haupttäter: Sonnenberg, Klar und Folkerts.

Mehr als 30 Jahre nach der Tat sollte sich die Bundesanwaltschaft, angestoßen durch die jahrelangen Privatermittlungen von Michael Buback, dem Sohn des ermordeten Generalbundesanwaltes, noch einmal mit der Frage beschäftigen, wer die tödlichen Schüsse abgegeben hat.

Wer geschossen hat, wurde nie völlig geklärt. Vermutlich wurde das

Motorrad von Günter Sonnenberg gefahren. Der Schütze musste jemand gewesen sein, der sich mit schweren Waffen auskannte.

Peter-Jürgen Boock sagte mir 30 Jahre später: »Es gab ein paar Leute in der Gruppe, die diese militärische Ausbildung im Jemen sogar zweimal hintereinander durchlaufen haben, weil eben nicht alle gleichzeitig dort eintrafen. Und Stefan Wisniewski gehörte dazu.«

Auch eine andere Tatbeteiligte, Verena Becker, wies auf Stefan Wisniewski als Mordschützen hin. Das Urteil lautete später auf gemeinschaftlichen Mord. Die individuelle Schuld zählte weder für die Anklage noch für die Gruppe selbst. Es war immer das Kollektiv, das gemordet hat.

Silke Maier-Witt sagte dazu: »Ich glaube, dass ich es damals auch nicht abgelehnt hätte, so was zu tun. Also, in der Art und Weise, wie ich drauf war, so mit Abgabe des eigenen Denkens, also des kritischen Denkens. Ja, also, das war ja irgendwie völlig weg.«

Die Trauerfeier für den ermordeten Generalbundesanwalt Siegfried Buback wurde zu einem Begräbnis mit militärischen Ehren, bewacht und gesichert wie kaum ein Ereignis zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Der Albtraum terroristischer Gewalt wurde beantwortet mit einem Albtraum polizeilicher Präsenz. Bilder, die schmerzhaft zeigten, wie der Terror der vergangenen sieben Jahre die Republik verändert hatte.

Die neue Generation der RAF kannte offenbar keine Skrupel mehr, gab sich selbst kaum noch den Anschein eines politischen Anspruchs. Und doch führte eine Linie vom frühen »Konzept Stadtguerilla« der ersten Generation der RAF bis zu den Morden und Entführungen des Terrorjahres 1977.

42.
Am Ende ein Geisterprozess
(191. Tag, 21. April 1977)

Der vorletzte Prozesstag. Weder die Angeklagten noch einer ihrer Vertrauensverteidiger waren im Gerichtssaal erschienen.

Dr. Foth gab den »Zwangsverteidigern« das Wort zu ihren Schlussvorträgen.

Rechtsanwalt Schwarz plädierte eine Dreiviertelstunde lang und beantragte die Einstellung des Verfahrens.

Dann plädierte der zweite »Zwangsverteidiger« des Angeklagten Andreas Baader. Rechtsanwalt Schnabel sprach dreißig Minuten und bat das Gericht, eine gerechte Entscheidung zu treffen.

Rechtsanwalt Grigat, als Verteidiger von Jan-Carl Raspe, plädierte ebenfalls dreißig Minuten und stellte den Antrag auf Einstellung des Verfahrens.

Raspes zweiter »Zwangsverteidiger«, Rechtsanwalt Schlägel, sprach ebenfalls eine halbe Stunde lang und beantragte, den Prozess wegen Verfahrensmängeln einzustellen.

Da Rechtsanwalt Künzel als Verteidiger von Gudrun Ensslin nicht erschienen war, plädierte Rechtsanwalt Dr. Augst als einziger »Zwangsverteidiger« für die Angeklagte. Auch er beantragte, das Verfahren einzustellen.

Dann ging alles ganz schnell. Um den Vorschriften der Strafprozessordnung gerecht zu werden, schickte der Vorsitzende Richter einen Justizbeamten zu den Angeklagten, um sie zu fragen, ob sie die Gelegenheit für das letzte Wort in der Hauptverhandlung wahrnehmen wollten.

Die Gefangenen erklärten vor vier Zeugen, dass sie auf das Schlusswort verzichteten.

»Im Hinblick auf diese Erklärung schließe ich für heute die Verhandlung«, sagte Foth. »Fortsetzung wird sein am Donnerstag, den 28. April 1977. Die Fortsetzung kann in der Verkündung des Urteils bestehen.«

43.
Das Urteil
(192. Tag, 28. April 1977)

Der Vorsitzende Richter Dr. Foth verkündete das Urteil:

»Im Namen des Volkes!

Die Angeklagten Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe sind schuldig, folgende Taten jeweils gemeinschaftlich begangen zu haben:

a) drei tateinheitliche Morde in Tateinheit mit sechs versuchten Morden,

b) einen weiteren Mord in Tateinheit mit einem versuchten Mord.«

Zusätzlich hielt das Gericht die drei Angeklagten weiterer 27 versuchter Morde für schuldig, in Tateinheit mit Sprengstoffanschlägen.

Baader und Raspe wurden jeweils zweier zusätzlicher Mordversuche schuldig gesprochen, Gudrun Ensslin eines zusätzlichen Mordversuches.

»Die Angeklagten sind schuldig, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben.«

»Jeder der drei Angeklagten wird zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.«

44.
Das sicherste Gefängnis der Welt

Zwei Tage nach der Urteilsverkündung besuchte der Leiter der Vollzugsanstalt Stammheim, Dr. Nusser, den Gefangenen Baader in seiner Zelle. »Das Justizministerium hat sich entschlossen, eine gewisse Konzentration von Gefangenen vorzunehmen«, sagte der Anstaltsleiter. »Es ist an Gefangene, die in Baden-Württemberg einsitzen, und auch an solche, um deren Übernahme andere Länder uns bitten, gedacht.«

Es sollte also tatsächlich eine größere Gruppe von Häftlingen aus dem Umfeld der RAF geschaffen werden, dafür hungerten die Gefangenen im Augenblick gerade zum vierten Mal. Der Hungerstreik wurde sofort abgebrochen.

Um mehr Gefangene im sogenannten kurzen Trakt unterbringen zu können, begannen im Mai größere Umbauarbeiten. Es sollte eine in sich abgeschlossene Sicherheitsabteilung geschaffen werden, die die Zellen 715 bis 726 umfasste.

Am Eingang zum Hochsicherheitstrakt wurde eine besonders gesicherte Aufsichtskabine und daneben eine Sicherheitsschleuse eingerichtet. Das im April 1976 eingebaute »Telemat«-Alarmgerät wurde versetzt und durch eine zweite Anlage ergänzt, sodass der Korridor zwischen den beiden Zellenreihen lückenlos überwacht werden konnte. Die Beleuchtung auf dem achtzig Quadratmeter großen Flur wurde so verändert, dass sie die Funktion der Video-Überwachungsanlage nicht beeinträchtigte. Der von Siemens gebaute »Telemat« übertrug die Bilder vom Zellenflur auf zwei Monitoranlagen, von denen die eine in der Wachtmeisterkabine vor dem Sicherheitstrakt und die andere in der Torwache der Anstalt installiert war.

Bei einer Bewegung im Korridor vor den Zellen gab die Anlage automatisch Alarm; an beiden Monitoren erfolgte ein Klingelzeichen, gleichzeitig leuchtete eine Lampe auf. Allerdings funktionierte die »Telemat«-Anlage nicht einwandfrei, das stellte sich später bei der Untersuchung nach den Todesfällen im Trakt heraus. So wurde der Alarm

zum Beispiel nicht ausgelöst, wenn sich eine Person mit einer Geschwindigkeit von weniger als zehn Metern pro Minute, also im Zeitlupentempo, über den Flur bewegte. Außerdem konnte man sich, dicht an die Wand des Korridors geschmiegt, bewegen, ohne dass die Alarmanlage anschlug. Diese Effekte konnten theoretisch noch dadurch verstärkt werden, dass man die Phasen des Videobildvergleiches, mit dem die Anlage arbeitete, verlangsamte, den »Telemat« also gleichsam »entschärfte«, ohne ihn abzustellen. Das aber war nur eine theoretische Möglichkeit.

Die Umbauarbeiten im siebten Stock zogen sich etwa sechs Wochen hin. Ausgeführt wurden sie von den anstaltseigenen Betrieben, der Anstaltsschreinerei, dem Malerbetrieb, der Schlosserei, der Elektrowerkstatt und dem Baukommando. Alle diese Betriebe arbeiteten mit Gefangenen aus verschiedenen Abteilungen der Vollzugsanstalt. So waren während der Umbauarbeiten zeitweise fünf Häftlinge für den Bautrupp, zwei für die Schreinerei, fünf für die Schlosserei und bis zu sechs für die Malerwerkstatt im Hochsicherheitstrakt tätig.

Dass Gefangene, die sonst von den RAF-Gefangenen strikt getrennt gehalten wurden, nun plötzlich im Terroristentrakt ein und aus gingen, war im Stuttgarter Justizministerium angeblich nicht bekannt.

Mitte Juni 1977 wurde nach Beendigung der übrigen Arbeiten die hölzerne Trennwand auf dem Flur abmontiert, mit der bisher der Korridor zwischen den Frauen- und den Männerzellen geteilt war. Die Einzelteile blieben auf dem Korridor so lange liegen, bis alles, was davon wiederverwendet werden konnte, verarbeitet war. »Es sah aus wie im Wilden Westen«, sagte später der Anstaltselektriker Halouska.

Während dieser Zeit fand der tägliche vierstündige Umschluss der Gefangenen auf dieser Baustelle statt. Arbeitende Häftlinge, die Leiter der Anstaltswerkstätten, die BM-Gefangenen und deren Aufseher hielten sich oft gleichzeitig dort auf.

Es entspannen sich Gespräche zwischen den inhaftierten RAF-Kadern und den für die Umbauarbeiten eingesetzten Häftlingen. Ein in der Malerwerkstatt beschäftigter Gefangener erzählte seinem Werkstattleiter nach Abschluss der Arbeiten, die BM-Gefangenen hätten ihn während seiner Tätigkeit »zur Ausbesserung ihrer Zellen um Farbe, Füllmaterial und Spachtel« gebeten.

Auch die Zellen der RAF-Gefangenen wurden in dieser Zeit frisch gestrichen. Die im Umschlussflur herumstehenden Gefangenen Baader, Ensslin und Raspe redeten beim Mischen der Farbe mit und legten den

Malern Farbmuster vor.
Auf dem Flur lagen Baumaterialien wie Gips, Farbe, Holz und Werkzeuge frei herum. Einmal nahm Jan-Carl Raspe einen Hammer und zwei Schraubenzieher an sich. Der Leiter der Schlosserei merkte das, ging in Raspes Zelle und fand dort den vermissten Hammer. Einen der Schraubenzieher gab Raspe erst heraus, als der stellvertretende Anstaltsleiter Schreitmüller und Amtsinspektor Bubeck ihm mit einer Zellenkontrolle durch das Landeskriminalamt drohten. Nach einigem Nachdenken kramte er am Nachmittag noch den zweiten verschwundenen Schraubenzieher hervor.
Fast alle Baumaterialien, die im siebten Stock Verwendung fanden, so zum Beispiel Gips in Säcken, wurden von außen bezogen und von einem Baustoffhändler angeliefert. Die Säcke wurden weder an der Gefängnispforte durchsucht, noch vor dem Transport in den siebten Stock einer Kontrolle unterzogen.
Einige der beim Umbau eingesetzten Gefangenen arbeiteten auch außerhalb der Anstalt. Zumindest theoretisch wäre es möglich gewesen, durch den Einsatz von etwas Geld und guten Worten über sie und über die Materiallieferung noch ganz andere Dinge als nur Gips in die »sicherste Haftanstalt der Welt« zu bringen.
Die Anstaltsleitung war während der »wilden vierzehn Tage« der Bauarbeiten von den dortigen Zuständen voll unterrichtet; sowohl der Anstaltsleiter als auch sein Stellvertreter überzeugten sich wiederholt persönlich vom Fortgang des Umbaus.

Als Amtsinspektor Bubeck dazu später im Untersuchungsausschuss befragt wurde, sagte er: »Selbstverständlich war mir die Problematik klar, die dadurch entsteht, dass die Gefangenen mit den arbeitenden Gefangenen Kontakt aufnehmen können, auch für einen späteren Zeitpunkt. Es wurde auch sehr häufig darüber diskutiert, wie diese Tatsachen umgangen werden konnten. Es kam eben zu keinem Ergebnis.«
Auch das Justizministerium, so Bubeck, sei über die Schwierigkeiten informiert gewesen. Vor dem Untersuchungsausschuss aber wollte später der damals Verantwortliche, Ministerialdirektor Dr. Kurt Rebmann, inzwischen Generalbundesanwalt, von nichts gewusst haben: »Dass sie dazu Gefangene einsetzten, habe ich auch jetzt erst erfahren. Das hätte ich nicht für möglich gehalten. Aber sie haben sie eingesetzt. Nun, ein Kontakt hat gleichwohl nicht stattgefunden, denn sie waren ja in den Zellen. Also sagen wir einmal:

Ich gehe doch nicht davon aus, dass die Terroristen im Umschluss sitzen, und nun kommen Aufsichtsbeamte, kommen andere Gefangene und hauen da den Gips von den Wänden.«

»So war es!«, riefen einige Abgeordnete ihm zu.

»Das haben Sie jedenfalls nicht angenommen, dass dieses möglich sei«, meinte der Ausschussvorsitzende.

»Meine Vorstellungskraft hätte das überschritten.«

Die Abgeordneten des Untersuchungsausschusses lachten.

Ende Juni 1977 war der Stammheimer Terroristentrakt auf diese Weise so sicher gemacht worden, dass der Belegung durch eine größere Gruppe nichts mehr im Wege stand.

Ingrid Schubert war schon am 3. Juni des Vorjahres in den Hochsicherheitstrakt nach Stammheim verlegt worden. Brigitte Mohnhaupt zog zur gleichen Zeit dort ein. Irmgard Möller kam am 1. Januar 1977 dazu. Einige Wochen später wurde Brigitte Mohnhaupt aus der Haft entlassen. Nach der Erweiterung des Traktes verstärkten drei Gefangene aus Hamburg die Stammheimer Gruppe. Es waren also acht Gefangene im siebten Stock untergebracht.

Wie sich erst später, nach dem Tod Baaders, Ensslins und Raspes, herausstellte, waren Werkzeug, Baumaterial und vermutlich auch Farbe von den Häftlingen beiseitegeschafft worden. Zu dieser Zeit müssen sie die Verstecke in ihren Zellen angelegt haben, in denen Pistolen, Munition und Sprengstoff gebunkert wurden.

45.
Spätfolgen eines Mordes

Am 3. Mai 1977 saßen morgens um kurz nach 8 Uhr Verena Becker und Günter Sonnenberg im Café Hanser in der Nähe des Hauptbahnhofs in Singen. Sie waren mit dem Nachtexpress aus Essen gekommen. Dort und in Köln hatten sie Banken ausgeraubt. Nun waren sie auf dem Weg nach Zürich, wohin Verena Becker einen Koffer geschickt hatte. Den Gepäckschein trug sie bei sich.

Eine Rentnerin, die ein paar Tische entfernt saß, beobachtete das Paar und glaubte, in ihnen die gesuchten Terroristen Knut Folkerts und Juliane Plambeck zu erkennen, deren Bilder sie aus dem Fernsehen kannte. Unauffällig stand sie auf und steuerte die nächste Polizeiwache an: »Da sitzen zwei Terroristen.«

Zwei Beamte gingen zum Café und schauten hinein. An einem Marmortisch am Fenster saß ein Pärchen. Die beiden waren offenbar gerade mit dem Frühstück fertig und lasen in der Zeitung.

»Guten Tag«, sprach der Polizeibeamte Seliger sie an und bat freundlich um die Personalausweise. Sie kramten in ihren Umhängetaschen und sagten, die seien im Auto.

»Dann gehen wir halt zum Auto«, antwortete Seliger. Der Mann hängte seinen olivgrünen Wanderrucksack über die Schulter, ging an die Theke und bezahlte. Gemeinsam mit den Polizeibeamten verließen die beiden das Café. »Der Wagen steht da vorne in einer Querstraße.«

Nach gut zehn Minuten Fußmarsch durch die Innenstadt, von Kreuzung zu Kreuzung, wurden die Polizisten ungeduldig: »Wo steht denn jetzt die Kiste?« Der Mann deutete auf einen Parkplatz: »Da vorne, das rote Fahrzeug ist es.« Es war ein roter Audi 50 mit Konstanzer Kennzeichen.

Plötzlich griffen die beiden zu ihren Waffen und schossen auf die Beamten. Seliger wurde schwer getroffen, brach zusammen und versuchte noch, seine Dienstpistole zu ziehen. Er schaffte es nicht mehr, denn ihm war der Mittelfinger der rechten Hand abgeschossen worden. Auf allen vieren kroch er hinter einen Passat, doch der Mann folgte ihm und feuerte seine

Smith & Wesson bis zur letzten Patrone auf ihn ab. »Ich muss sterben«, röchelte der Zwanzigjährige. Sein Kollege Jacobs war ebenfalls getroffen worden. Eine Kugel hatte seinen rechten Unterarm durchschlagen. Der Mann und die Frau rannten weg.

An der Kreuzung Freiheitsstraße/Ecke Alpenstraße lief Sonnenberg mitten auf die Straße und stoppte einen hellblauen Opel Ascona. Der Fahrer machte eine Vollbremsung und drehte die Scheibe herunter. »Kriminalpolizei, wir benötigen Ihr Fahrzeug, um eine Verfolgung aufzunehmen«, sagte Sonnenberg. Als der Fahrer nach dem Dienstausweis fragte, riss Sonnenberg die Tür auf und hielt dem Fahrer eine Pistole ins Gesicht: »Raus, raus, raus!« Er packte den Fahrer und zog ihn aus dem Wagen. Dann warf er den Rucksack auf den Rücksitz und schob sich hinter das Lenkrad; Verena Becker rutschte auf den Beifahrersitz. Sie jagten los.

An einer roten Ampel in der Freiheitsstraße mussten sie hinter einem VW halten. Rechts von ihnen stand ein Lastwagen mit Anhänger. Kurz darauf kamen zwei Streifenwagen mit Blaulicht und Sirene angeschossen, einer stoppte neben, einer hinter ihnen. Sie saßen fest. Becker griff hinter sich zu dem Rucksack und zog ein Gewehr heraus, schoss aber nicht damit, sondern warf es auf die Rückbank. Dann stieß sie die Tür auf und feuerte mit einem Revolver auf die beiden Beamten, die gerade aus ihrem Passat ausgestiegen waren.

Die Ampel wechselte auf Grün, und sie gaben Gas. Die Streifenwagen jagten hinter ihnen her. Der Ascona bog auf einen Feldweg ab, schleuderte. Becker schoss auf die Verfolger und die schossen zurück. Eine der Polizeikugeln traf den rechten Hinterreifen, nach dreißig Metern war er platt. Das Pärchen sprang aus dem Wagen, und einer der Beamten sah, dass der Mann an einer größeren Waffe hantierte. Er rief: »Die haben eine MP!« Sonnenberg warf die Waffe zurück in den Wagen und rannte mit Becker zur Uferwiese, die zur Aach hin abfiel.

Die Polizisten schrien: »Stehen bleiben! Hände hoch!« Die beiden liefen weiter, drehten sich nach vierzig Metern um und feuerten auf die Polizisten. Einer der Beamten erwiderte das Feuer und traf Sonnenberg hinter dem rechten Ohr. Der fiel auf den Acker, Becker versuchte vergeblich, ihn wieder hochzuziehen. Dann schoss sie mit zwei Revolvern in den Händen auf die Beamten. Plötzlich schrie sie auf und fiel, wie vom Blitz getroffen, um. Der Polizeiobermeister Rudolf Faulhaber, eigentlich Verkehrspolizist, hatte sich das Gewehr aus dem Ascona geschnappt, es an einem Baumstamm angelegt

und abgedrückt. Die Kugel, aus achtzig Metern abgefeuert, hatte Verena Becker am Oberschenkel getroffen.

Die Waffe war eine Heckler & Koch, Modell 43, Kaliber 223, Baujahr 1975. Den Schaft hatte man um 24 Zentimeter, den Lauf um zehn Zentimeter verkürzt, ohne die Funktionsfähigkeit zu beeinträchtigen. Peter-Jürgen Boock war es gewesen, der das Schnellfeuergewehr bearbeitet hatte: Es war die Mordwaffe, mit der Generalbundesanwalt Siegfried Buback erschossen worden war. Das allerdings stellte sich erst später heraus.

Im Gepäck der beiden fanden die Ermittler einen österreichischen Waffenpass, den die RAF 1976 bei einem Überfall auf die Bezirkshauptmannschaft in Landeck/Tirol erbeutet hatte und mit dem in den vergangenen zwei Monaten 16 Faustfeuerwaffen in der Schweiz gekauft worden waren. Außerdem 7000 Mark und 2200 Schweizer Franken, dazu 200 DDR-Mark und Diebeswerkzeug wie die RAF-typischen Schlossauszieher und Schraubenzieher – einer davon mit dem Schriftzug »Suzuki«.

In Verena Beckers Umhängetasche steckten Patronen, die zu der HK 43 passten. Als die Polizei den ebenfalls bei ihr gefundenen Gepäckschein aus Zürich einlöste, konnten in dem Koffer Frauenhaare sichergestellt werden, die zu den im Fluchtfahrzeug, an der Motorradjacke und im Motorradhandschuh gefundenen Haaren passten.

Der Umgang mit diesen Tatortspuren war höchst merkwürdig. Eine Haarspur am Helm ergab – Jahrzehnte später untersucht – keine Übereinstimmung mit der DNA von Verena Becker. Eine weitere Spur sollte entsprechend einem angeblichen BKA-Gutachten von Verena Becker stammen. Doch dieses Gutachten tauchte niemals auf. Die Haarspur galt später als »verbraucht«, weil sie offenbar bei der Analyse in den siebziger Jahren chemisch behandelt worden war.

Obwohl von Anfang an einiges darauf hindeutete, dass Verena Becker an der Ermordung des Generalbundesanwaltes beteiligt gewesen war, wurde sie dafür nicht angeklagt. Vorgeblich aus Gründen der »Prozessökonomie« wurde sie lediglich wegen Mordversuches an den Polizisten vor Gericht gestellt. Während der Verhandlung störte und provozierte sie. Bei der Urteilsverkündung hielten Justizbeamte die wild strampelnde Frau fest. Als Richter Wolfgang Fischer die lebenslange Haft verkündete, lag Verena Becker rücklings auf der Anklagebank. Der Richter sagte: »Die Angeklagte schwang sich aus Hass und Willkür zum Herrscher über Leben und Tod auf.

Sie sah sich selbst als Maß aller Dinge.«

Das Ermittlungsverfahren gegen Becker wegen des Mordes an Siegfried Buback wurde zunächst zurückgestellt und erst 1980 ganz eingestellt. 30 Jahre später erklärte der dafür zuständige Bundesanwalt Joachim Lampe das so: »Ich habe keine Zeugenaussage und keine Indiztatsache gesehen, die Becker an den Tatort des Mordes bringt.« Dass sie die Mordwaffe des Attentats auf Buback bei sich trug sowie die passende Munition dazu, reichte offenbar nicht einmal für eine Anklage aus. Gruppenchefin Brigitte Mohnhaupt war auch nie am Buback-Tatort gewesen und wurde trotzdem als Rädelsführerin des Buback-Attentats zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Verena Becker wurde 1952 in Westberlin geboren, als eines von neun Kindern. Sie verlebte eine karge Kindheit, besuchte eine Haushaltsschule bis zur mittleren Reife und arbeitete danach in einer Fleischfabrik. 1971 geriet sie über Inge Viett in die linke feministisch-lesbische Szene. Die Gruppe zertrümmerte Fensterscheiben in Sex-Shops und legte Brandsätze in Modegeschäften für Hochzeitskleidung. Aus Weiß wurde Schwarz gemacht. Der Slogan: »Die Schwarze Braut kommt«.

Becker arbeitete in der anarchistischen »Schwarzen Hilfe« mit, die sich für Gefangene aus dem Umfeld der »Umherschweifenden Haschrebellen« und der späteren »Bewegung 2. Juni« einsetzte. 1972, nach dem »Bloody Sunday«, dem Blutsonntag in Londonderry, bei dem in Nordirland 13 Katholiken von der Polizei getötet worden waren, machte die »Bewegung 2. Juni« Ernst. Verena Becker und ihre Genossen bauten einen Feuerlöscher zu einer Bombe um und deponierten diese im Britischen Yachtclub in Berlin-Gatow. Ein Bootsbauer entdeckte die getarnte Bombe, klemmte sie in einen Schraubstock und bearbeitete sie mit Hammer und Meißel. Der Sprengsatz explodierte, und der Bootsbauer wurde zerfetzt.

Einer der Bombenbauer, Heinz Brockmann, bekam im Gefängnis Besuch von dem Berliner Verfassungsschützer Michael Grünhagen und machte daraufhin umfangreiche Aussagen. Verena Becker wurde verhaftet und zu einer Jugendstrafe von sechs Jahren verurteilt. Bereits Anfang 1975 wurde sie von der »Bewegung 2. Juni« freigepresst.

In Umfeld der »Schwarzen Hilfe« lernte der junge Student Ulrich Schmücker Verena Becker kennen. Er nahm an mehreren kleinen Aktionen teil und wurde schließlich gemeinsam mit Inge Viett und anderen auf dem

Weg zu einem Sprengstoffanschlag festgenommen. In der Haft erhielt er ebenfalls von dem Verfassungsschutzagenten Grünhagen Besuch. Der klopfte ihn in stundenlangen Gesprächen weich und brachte ihn schließlich dazu, auszusagen. Nach seiner Haftentlassung sollte Schmücker wieder Kontakt zur linken Szene aufnehmen und für den Verfassungsschutz darüber berichten. Als das Milieu davon Wind bekam, wurde er von einer Gruppe aus dem Umfeld des »2. Juni« als angeblicher Verräter ermordet. Der »Fememord im Grunewald« wurde niemals vollständig aufgeklärt.

Der Beamte Michael Grünhagen verfügte über zahlreiche Kontakte in die terroristische Szene, besuchte mehrere Gefangene und hatte viele Zuträger. Nicht unwahrscheinlich, dass er auch Verena Becker während der Haft besuchte und möglicherweise auch später losen Kontakt zu ihr hielt. Ein solcher früher Draht zum Geheimdienst würde viel von dem erklären, was später geschah, konkrete Anhaltspunkte dafür tauchten niemals auf.

Nach der Festnahme in Singen im Frühling 1977 schwieg Verena Becker angeblich bis 1981. Wie andere RAF-Gefangene auch litt sie unter ihrer Haft. Dann bekam sie auf eigenen Wunsch Besuch vom Verfassungsschutz. Ob es das erste Mal war, dass sie mit dem Geheimdienst Kontakt hatte, blieb ungeklärt. Immerhin kam sie aus einem Umfeld, das vom Berliner Landesamt für Verfassungsschutz über Jahre mehr oder weniger erfolgreich bearbeitet worden war. Mehrmals wurde sie aus dem Gefängnis ausgeführt, erhielt auch Geld und Hafterleichterungen. Dafür packte sie aus. Die Protokolle ihrer Vernehmungen blieben geheim. 2007 enthüllte der » Spiegel«, dass Verena Becker den Beamten des Kölner Bundesamtes gesagt hatte, Stefan Wisniewski sei der Todesschütze im Mordfall Buback gewesen. Diese Aussagen deckten sich mit der Einschätzung des ehemaligen RAF-Mitglieds Peter-Jürgen Boock, der ebenfalls Wisniewski als Bubacks möglichen Mörder genannt hatte.

Plötzlich bekam der mehr als 30 Jahre zurückliegende Fall eine neue Brisanz. Hatte man Verena Becker geschont, um sie nicht als Informantin zu »verbrennen«? Hatten ihre Aussagen den Ermittlungsbehörden mehr geholfen, als man zugeben wollte? Immerhin gibt es eine bemerkenswerte zeitliche Übereinstimmung zwischen ihren geheimen Aussagen beim Verfassungsschutz und der Festnahme der beiden meistgesuchten Terroristen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar. Kurz nach dem Beginn von Verena Beckers Lebensbeichte fanden angebliche Pilzsucher in einem Wald bei Heusenstamm zufällig ein RAF-Depot. Beamte der Anti-Terrortruppe GSG 9

buddelten sich dort über Wochen ein – und konnten schließlich die RAF-Chefin Brigitte Mohnhaupt festnehmen, die aus dem Depot Geld oder Waffen holen wollte.

Im Pharaonengrab der RAF fand sich auch eine Liste mit weiteren Depots, quer über die Bundesrepublik verteilt. Das BKA ließ durchsickern, dass man alle Verstecke der RAF gefunden habe. Doch eines unterschlug man, es lag im Sachsenwald bei Hamburg. Dort grub sich die Spezialgruppe des Landeskriminalamtes Schleswig Holstein ein, ebenfalls über Wochen. Als man schon aufgeben wollte, erschien der wichtigste Mann aus der Kerngruppe der zweiten RAF-Generation am Depot, Christian Klar. Der Kopf der »Förstergruppe« wurde im Sachsenwald verhaftet. Kurz davor war das ruhende Ermittlungsverfahren gegen Verena Becker wegen des Mordes an Generalbundesanwalt Siegfried Buback – vorerst – endgültig eingestellt worden.

»Es waren keine Pilzsammler aus Österreich, die uns auf den Weg der Depots gebracht haben«, erklärte mir 25 Jahre später ein ehemals leitender Offizier der GSG 9. »Es war Verena Becker.«

Eigenen Aussagen zufolge, fühlte Verena Becker sich erbärmlich und vertraute einer Kampfgenossin an, dass sie mit dem Verfassungsschutz gesprochen hatte. Die RAF ächtete sie. Becker wurde aus dem Info-System ausgeschlossen. Sie versuchte, Selbstmord zu begehen.

Für den Mord an Siegfried Buback verurteilte man Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt – als Haupttäter. Ebenfalls verurteilt wurde Knut Folkerts, der viele Jahre später eher beiläufig zu Protokoll gab, dass er an dem Tag des Attentats in Köln eine Bank für einen Raubüberfall ausgekundschaftet habe und anschließend nach Holland gefahren sei.

Die letzten Jahre ihrer Haft verbrachte Verena Becker in der Vollzugsanstalt Willich-Anrath, bis sie 1989 von Bundespräsident Richard von Weizsäcker begnadigt wurde. Der Gnadenakt wurde am 30. November wirksam – es war der Tag, an dem die dritte Generation der RAF den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, durch eine Bombe tötete.

Verena Becker ging zurück nach Berlin, machte eine Ausbildung als Heilpraktikerin und beschäftigte sich mit Esoterik. Als der Fall 30 Jahre nach dem Mord an Siegfried Buback wieder hochkam, schrieb sie in ihren Computer, auf dem sich Übungen für »intuitives Schreiben« fanden: »Nein, ich weiß noch nicht, wie ich für Herrn Buback beten soll. Ich habe kein

wirkliches Gefühl für Schuld und Reue.«

Das BKA analysierte das Bekennerschreiben zum Buback-Mord erneut, und jetzt wurden auf einem Umschlag die DNA-Spuren von Verena Becker gefunden. Daraufhin ließ die Bundesanwaltschaft sie wieder festnehmen. Auf ihr Computer-Bekenntnis angesprochen, sagte sie, gemeint sei nicht Siegfried, sondern dessen Sohn Michael Buback, der sich auf der Suche nach dem Mörder seines Vaters aufrieb. Auf einem Zettel fanden die Ermittler unter der Jahreszahl des Mordes den Satz: »Natürlich würde ich es heute nicht wieder machen.« Weihnachten 2009 erhielt Verena Becker Haftverschonung. Die Anklage wurde auf Beihilfe zum Mord reduziert. Später wurde sie dafür zu vier Jahren Haft verurteilt, musste diese aber nicht mehr absitzen.

46.
Drei manierliche junge Leute

Am Dienstag nach Pfingsten 1977, wenige Wochen nach dem Stammheimer Urteil, besuchte die Hamburger Rechtsanwaltstochter Susanne Albrecht die Familie des Bankiers Jürgen Ponto in Oberursel im Taunus. Ponto war Patenonkel einer ihrer Schwestern, sie selbst hatte nur losen Kontakt zu dem Chef der Dresdner Bank, hatte aber ein paar Jahre zuvor schon einmal dort übernachtet.

Am 1. Juli kam Susanne erneut, diesmal unangemeldet, zu Besuch. Sie unterhielt sich längere Zeit mit Pontos Tochter Corinna und erkundigte sich beiläufig nach Alarmanlagen, dem Hauspersonal und der Anzahl der Hunde. Knapp einen Monat später rief sie bei Pontos an und sagte, sie würde gern mit »Onkel Jürgen« sprechen. Ponto war nicht zu Hause, und seine Frau sagte, Susanne möge bitte abends gegen halb neun zurückrufen. Als sie sich erst um halb elf meldete und fragte, ob sie auch zu dieser späten Zeit vorbeikommen dürfe, antwortete Frau Ponto: »Susanne, mein Schätzchen, du wolltest doch um halb neun anrufen, jetzt gehen wir zu Bett.« Am nächsten Tag könne sie um 16.30 Uhr zu einer Tasse Tee kommen.

Susanne Albrecht wollte eigentlich nicht mitmachen. »Sie hat geheult«, erinnerte sich später Peter-Jürgen Boock, »aber sie war in einer Art und Weise dazu gebracht worden, dann doch mitzumachen, die fast an Gehirnwäsche erinnert.« Fast zwei Tage lang war sie von der Gruppe beharkt worden, bis sie endlich ja sagte. Dann hatte sie ihre verschiedenen Besuche unternommen und dabei versucht herauszubekommen, wie die Sicherheitsvorkehrungen im Hause Ponto waren. Nach ihrem letzten Besuch teilte sie der Gruppe mit, dass Ponto die Absicht habe, nach Südamerika zu fahren. Damit stand fest, dass die Aktion sofort laufen musste.

Später soll Susanne Albrecht heftig zurückgewiesen haben, Opfer einer »Gehirnwäsche« gewesen zu sein. Jeder, der zur RAF gegangen sei, habe sich dafür entschieden. Es habe keine Erpressung gegeben. Sie habe unter dem Druck gestanden, etwas für die Gefangenen zu tun. Es sei klar gewesen,

dass es einen neuen Versuch geben müsse, die Gefangenen zu befreien.

Die Eheleute Ponto saßen am späten Nachmittag des 30. Juli 1977 auf der Terrasse ihres Hauses, als es klingelte. Am Gartentor stand Susanne Albrecht, zusammen mit zwei adrett gekleideten Begleitern, einer Frau und einem Mann.

Pontos Chauffeur fragte durch die Sprechanlage: »Wer ist da?«

»Hier ist Susanne.«

Ponto telefonierte gerade, er gab den Hörer an seine Frau weiter und sagte dem Chauffeur: »Susanne soll sich in die Halle setzen.«

Der Chauffeur drückte den Summer und wandte sich an Frau Ponto: »Sie ist mit noch zwei jungen Leuten gekommen.«

»Wie sehen die denn aus?«, fragte Frau Ponto.

»Sehr manierlich.«

Susanne Albrecht hatte zum Besuch einen braunen Rock, eine geblümte Bluse und eine hellbraune Jacke angezogen, auch ihre Begleiter hatten sich in Schale geworfen. Es waren die RAF-Mitglieder Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt. Klar trug einen Feincordanzug und ein weißes Hemd mit Krawatte. Seine Haare waren kurz geschnitten. Brigitte Mohnhaupt hatte einen gelbbeigen Hosenrock und eine Jacke in derselben Farbe an, dazu ein Kopftuch. Alle drei hatten Pistolen dabei.

Ponto ging in sein Arbeitszimmer und gab ihnen die Hand.

»Das ist ja ein großes Komitee«, begrüßte der Bankier die Gäste, führte sie arglos über die Terrasse ins Haus, nahm erfreut den Heckenrosenstrauß entgegen, den Susanne Albrecht mitgebracht hatte, suchte eine Vase. Dann ging alles ganz schnell.

»Mitkommen, das ist eine Entführung«, schrie Klar und richtete seine Pistole auf den Bankier. Der ging mit erhobenen Armen einen Schritt auf Brigitte Mohnhaupt zu, fragte fassungslos: »Sind Sie wahnsinnig geworden?« Klar feuerte aus nächster Nähe einmal auf den Hausherrn, Brigitte Mohnhaupt drückte fünfmal ab.

Zwei Schüsse trafen den Körper des Bankiers, drei Kugeln zerschmetterten seinen Kopf. Vor den Augen seiner Frau stürzte Ponto vornüber auf den Wohnzimmerboden. Er starb kurz darauf im Krankenhaus.

Susanne Albrecht, die nicht geschossen hatte und später behauptete, sie habe ihre Waffe sogar zuvor heimlich entladen, rannte mit ihren Begleitern zu dem wartenden, von Peter-Jürgen Boock gesteuerten Fluchtauto.

Um 18.30 Uhr starb Jürgen Ponto in der Neurochirurgischen Klinik in Frankfurt am Main.

Susanne Albrecht war vollkommen aufgelöst. »Nein, das habe ich nicht gewollt«, schluchzte sie, »wie soll ich das je meinen Eltern erklären?« Boock, der im Fluchtwagen draußen gewartet hatte und nicht mit im Haus gewesen war, versuchte sie zu beruhigen. Er legte seinen Arm eng um ihre Schultern und redete beruhigend auf sie ein. Doch weder ihr Tränenfluss noch ihre Selbstanklagen waren zu stoppen. Ponto, so stammelte sie, habe die ganze Sache anfangs nicht ernst genommen: »›Was wollt ihr denn, ihr habt sie wohl nicht alle, die Waffen weg, ihr spinnt ja wohl …‹ Dann die Rangelei mit Brigitte, und dann kommt der Klar, dieses Arschloch, mit der Waffe und schießt, und dabei war doch fest verabredet worden, keine Waffen und nur einen auf die Nuss, wenn er sich wehrt …« Ihre Worte wurden von Tränen erstickt.

Hinterher gab es in der Gruppe heftige Kritik an Christian Klar. Der verteidigte sich nicht, sondern klagte sich selbst an, und zwar so vehement, dass Boock meinte: »Hör mal, so ganz haut das ja nicht hin. Du bist nicht am ganzen Elend der Welt schuld.«

In der folgenden Zeit musste die Gruppe rund um die Uhr auf Susanne Albrecht aufpassen, die in immer tiefere Verzweiflung versank. Boock brachte sie im Zug nach Köln. Auf der Fahrt brach sie immer wieder in Weinkrämpfe aus. In einer konspirativen Wohnung in Köln setzte Brigitte Mohnhaupt das Bekennerschreiben auf. Susanne Albrecht sollte es unterschreiben. »Nein, das mach ich nicht«, wehrte sie ab, immer wieder von Weinkrämpfen erschüttert. »Das mach ich nicht, nein, ganz entschieden nein.«

Da fielen die anderen wieder über sie her: »Was willst du denn überhaupt hier? Hattest du etwas mit dem bewaffneten Kampf zu tun? Oder wolltest du nur ein bisschen den weiblichen Robin Hood raushängen lassen und dir nur nicht die Finger schmutzig machen?« Nach bewährter Methode wurde ihre gesamte Identität, ihr Dasein in der Gruppe in Frage gestellt, bis sie reif war und sagte: »Ich unterschreibe.«

Zwei Wochen später gingen bei verschiedenen Zeitungen Eilbriefe ein: »Wir haben in der Situation, in der Bundesanwaltschaft und Staatsschutz zum Massaker an den Gefangenen ausgeholt haben, nichts für lange Erklärungen

übrig. Zu Ponto und den Schüssen, die ihn jetzt in Oberursel trafen, sagen wir, dass uns nicht klar genug war, dass diese Typen, die in der Dritten Welt Kriege auslösen und Völker ausrotten, vor der Gewalt, wenn sie ihnen im eigenen Haus gegenübertritt, fassungslos stehen.«

Unterzeichnet war die Erklärung: »Susanne Albrecht aus einem Kommando der RAF«.

Nachdem sie in Köln noch einiges zur Vorbereitung der nächsten, der größten, der finalen Befreiungsaktion für die Stammheimer Gefangenen vorbereitet hatten, reisten Peter-Jürgen Boock und Brigitte Mohnhaupt ein weiteres Mal nach Bagdad. Sie wollten mit Abu Hani die nötigen Einzelheiten für die »Big Raushole« erörtern. Es musste geklärt werden, wie viel Geld sie zusätzlich zur Freilassung der Gefangenen verlangen sollten – und wie viel davon die PFLP abbekommen sollte. Es mussten Flugrouten abgesprochen werden und welcher Schlüsselsatz den Gefangenen mitgeteilt werden sollte, den sie im Falle der Befreiung sagen mussten, um zu signalisieren: Hier an Bord ist alles in Ordnung, es sind keine Bewaffneten hier, ihr könnt die Geiseln freilassen.

Abu Hani legte Wert darauf, dass sich die Gefangenen selbst nach ihrer Befreiung strikten Regeln unterwarfen: »Sie dürfen sich nicht wundern, dass sie selbst erst einmal wie Gefangene behandelt werden. Man kann ja nicht sicher sein, dass da keine anderen Leute eingeschleust werden. Sie dürfen sich dem nicht widersetzen, sie dürfen nicht meckern, bis sie eindeutig als die Gefangenen identifiziert worden sind. Bis dahin werden sie irgendwo hingebracht und wie Gefangene behandelt.«

Damit war klar, dass die befreiten RAF-Mitglieder nur in ein Land gebracht werden konnten, in dem die PFLP eine starke Basis hatte. Das war vor allem Aden, aber auch in der somalischen Hauptstadt Mogadischu unterhielt die PFLP eine Basis mit etwa sechzig Leuten.

Als alle Einzelheiten für die Aktion, die in etwa vier bis sechs Wochen laufen sollte, abgesprochen worden waren, kehrten Boock und Mohnhaupt nach Paris zurück. Dort gab es bereits eine Wohnung, die als Kommunikationszentrale dienen sollte.

Eigentlich bestand noch aus der Zeit, als Haag Chef der Gruppe gewesen war, eine Maxime, nach der Leute, die für »strategische Aufgaben« wichtig

waren, nicht an Aktionen beteiligt sein durften. Falls der Betreffende bei der Operation zu Tode oder in Gefangenschaft käme, ginge so kein unwiederbringliches Wissen verloren. Damit wäre Boock ausgeschieden: »Wir waren aber sehr schnell darauf gekommen, dass wir bei der gegenwärtigen Struktur zu wenige wären, um eine komplizierte Aktion durchzuziehen. Vor allem, wenn es nicht nur eine, sondern eine Reihe von Aktionen ist, angefangen bei Buback, dann Ponto, dann Schleyer. Also das war schon mal über den Haufen geworfen.«

47.
Bambule in Stammheim

Am Freitag, dem 5. August 1977, besuchte Rechtsanwalt Arndt Müller seine Mandantin Gudrun Ensslin in Stammheim. Er kam um 14.50 Uhr und ging um 16.06 Uhr. Während dieser Zeit hatten die übrigen Gefangenen Umschluss auf dem Korridor vor ihren Zellen. Irmgard Möller wollte die Nacht gemeinsam mit Gudrun Ensslin in deren Zelle zubringen und packte ein paar Sachen zusammen. Dann holte sie einen Arm voll Obst aus der »Fresszelle«.

Als sie die gut zwanzig Quadratmeter große Eckzelle 720 betrat, stand Andreas Baader vor dem Bücherregal und suchte Papiere heraus.

Die Tür stand weit offen, und unmittelbar davor zogen mehrere Wachtbeamte die Jalousien herunter und öffneten die Klappen der elektronischen Kamera, mit der während der Nacht der Korridor überwacht wurde.

Kurz nach 16.00 Uhr kam Gudrun Ensslin von ihrem Anwaltsgespräch zurück in den Trakt. Sie ging in ihre Zelle, in der immer noch Andreas Baader zusammen mit Irmgard Möller stand.

Ein Justizbeamter schloss die Tür hinter ihr ab. Die drei waren erstaunt, denn erlaubt war nur der gemeinsame Aufenthalt von Frauen mit Frauen und Männern mit Männern in einer Zelle während der Nacht.

Um die Situation zu klären, drückte Irmgard Möller auf den Rufknopf. Ein Licht leuchtete auf, und wenige Augenblicke später öffnete der Beamte Münzing die Tür. Irmgard Möller verließ die Zelle wieder und ging über den Flur in ihre eigene Zelle, um noch ein paar Mappen zu holen. Währenddessen überprüfte Münzing das Gitter in Zelle 720; wie er später zu Protokoll gab, handelte es sich um eine »Routinekontrolle«. Dabei merkte er offenbar nicht, dass Andreas Baader immer noch in der Zelle war, vielleicht wollte er das auch nicht bemerken.

Als Irmgard Möller zurückkam, begegnete sie Münzing, der die Eckzelle gerade verließ. Sie betrat die Zelle, die Tür wurde hinter ihr verschlossen. Andreas Baader hockte immer noch vor dem Bücherregal.

Die drei fanden die Situation eher komisch und wollten sie auch nicht verändern. Baader, Ensslin und Möller überlegten, was das bedeuten könne. Schließlich war Baader unter den Augen von sechs Vollzugsbeamten in Gudrun Ensslins Zelle gegangen, auch Münzing konnte Baaders Anwesenheit nicht verborgen geblieben sein.

Inzwischen wurden die anderen Zellentüren abgesperrt, auch Baaders Zelle, Nummer 719, ebenfalls eine Eckzelle. Offenbar fiel dem Schließer nicht auf, dass Baaders Zelle leer war.

Erst nach einer Stunde wurde die Abendruhe im Trakt abrupt gestört. Acht Beamte durchquerten den Flur.

Die Tür der Zelle 720 wurde wieder geöffnet. Gudrun Ensslin, so berichtete Irmgard Möller später, stand mitten im Raum, während Andreas Baader auf dem Bett lag. Irmgard Möller warf schnell eine Decke über Baader und verließ wortlos die Zelle.

Der Bericht der Vollzugsbeamten: »Baader wurde in bekleidetem Zustand neben Frau Ensslin liegend, mit einer Decke zugedeckt, gefunden. Frau Ensslin war ebenfalls bekleidet.«

Andreas Baader stand auf und ging in seine Zelle.

Den Gefangenen war das Verhalten der Beamten merkwürdig vorgekommen, denn normalerweise wurden ihre Bewegungen während des jeweils zweistündigen Umschlusses am Vor- und am Nachmittag sorgfältig überwacht. Ein Justizbeamter im Glaskasten am Kopfende des Korridors beobachtete genau, ob einer der Gefangenen in eine Zelle ging. Dann machte der Beamte einen Strich auf einer Liste und schickte drei Kollegen, die gewissermaßen als Eingreifreserve hinter einem Vorhang saßen, in den Trakt. Sekunden später standen sie dann in der Zellentür vor dem aus ihrem Blickfeld entschwundenen Gefangenen. Nur an diesem Freitag war das anders gewesen.

Am nächsten Morgen wurden die Zellen gegen 9.30 Uhr wieder aufgeschlossen. Die Gefangenen durften zum Umschluss auf den Flur. Aber anders als üblich wurden die Türen der Zellen 719 und 720 sofort wieder verschlossen. »Was soll denn das?«, fragte einer der Gefangenen, und ein Beamter antwortete: »Das wird hier jetzt anders.«

Baader ging auf den Obersekretär zu und sagte: »Grossmann, es ist besser für Sie, wenn Sie sich ganz schnell versetzen lassen.« Er wandte sich zum Justizbeamten Hofer und ergänzte: »Das gilt auch für dich, du Arschloch.«

Am Nachmittag, um 14.55 Uhr, kurz vor dem Abrücken zum gemeinsamen »Hofgang« auf dem Dach des Zellentrakts, sprach Ingrid Schubert den Vollzugsbeamten Grossmann an: »Machen Sie die Tür auf, ich will in die Fresszelle.«

Der Beamte sagte: »Mit uns kann man reden.«

Baader trat hinzu: »Reden, du Ratte? Halt deine Gosch, sonst bekommst du ein Pfund.«

Den ganzen Tag über blieb die Atmosphäre gespannt, weil die Gefangenen es nicht hinnehmen wollten, dass die Zellen 719 und 720 während des Umschlusses von nun an ständig geschlossen bleiben sollten. Die Spannung stieg, als sich die Gefangenen am nächsten Morgen nach dem Aufschluss weigerten, ihre Zellen zu verlassen. Daraufhin wurden vor jeder Zellentür mehrere Beamte postiert. »Haut ab!«, schrien die Gefangenen sie an. Aber die Beamten rührten sich nicht. Baader versuchte es mit einem ruhigen Gespräch. »Vergessen Sie die Sache von Freitag«, sagte er, »wir waren zu dritt und haben nicht gefickt.« Die Bediensteten hätten die Sache ganz bewusst dahin gelenkt, um den Gefangenen Schwierigkeiten zu machen. »Wenn die einschneidenden Maßnahmen nicht unverzüglich aufgehoben werden, gibt es Krieg.«

Am Montag war es so weit. Um 9.30 Uhr wurden die Zellen aufgeschlossen. Aber diesmal kamen nicht wie sonst zwei oder drei »Grüne«, sondern sechs. Sie bauten sich vor der Tür der Zelle 719 auf, in der Baader und Raspe gemeinsam übernachtet hatten. »Hauen Sie ab«, sagte Jan-Carl Raspe. »Wir werden geschlossene Türen nicht hinnehmen. Wenn Sie Ärger wollen, können Sie ihn haben.« Baader trat auf den Flur und sagte zum Vollzugsbeamten Grossmann: »Du kleine Ratte, du hast mir unterstellt, ich wäre nur zum Ficken da rein. Du bist an allem schuld.« Er drehte sich zu Münzing um: »Du hast das wissentlich provoziert. Das tut euch noch leid.«

Die übrigen Gefangenen holten Schreibmaterial, Bücher und Akten aus ihren Zellen und bereiteten sich auf die gemeinsame Arbeit des Tages vor. Nur Gudrun Ensslin schlief noch. Irmgard Möller forderte Münzing auf, die Tür ihrer Zelle aufzuschließen. Münzing tat das, versuchte aber, die Tür

gleich wieder zuzudrücken. Es entstand eine Rangelei; in deren Verlauf stellte sich einer der Gefangenen in die Türöffnung.

Münzing verließ den Trakt, um sich Anweisungen von seinen Vorgesetzten zu holen. Währenddessen zogen sich die übrigen Beamten einige Meter zurück. Die Gefangenen versammelten sich um einen Tisch herum, sprachen leise miteinander und wühlten in ihren Unterlagen. Nach kurzer Zeit kam Münzing zurück. Raspe ging ihm entgegen und forderte ihn auf, zusammen mit seinen Kollegen den Korridor zu verlassen. Dabei konnte Raspe durch einen Vorhang hindurch sehen, dass sich im Aufenthaltsraum der Beamten die Anstaltsleitung und zwanzig bis dreißig Uniformierte versammelt hatten.

Von nun an ging alles sehr schnell. Das Rollkommando stürmte auf den Umschlussflur. Wolfgang Beer, einer der drei neu in den Trakt verlegten Häftlinge, der jetzt auf der Schwelle zu Nummer 719 stand, wurde weggedrückt, damit die Tür geschlossen werden konnte. Raspe versuchte, einen heftig nach Bier riechenden Beamten daran zu hindern. Er schlug mit den Fäusten um sich. Die Gefangenen begannen zu schreien.

»Nun haben Sie den Krieg, den Sie gewollt haben!«, brüllte Baader und schleuderte eine gefüllte Kaffeetasse durch den Raum.

»Die Türen zu!«, befahl Regierungsdirektor Schreitmüller.

Das war das Signal für eine allgemeine Prügelei. Vier oder fünf Beamte warfen sich auf Jan-Carl Raspe und rissen ihn zu Boden. Einer drückte sein Knie auf Ober- und Unterkiefer, dann auf Hals und Brustkorb. Anschließend wurde Raspe in eine der hinteren Zellen geschleift: Prellungen, zwei gelockerte Vorderzähne, Blutergüsse, Hautabschürfungen. Wolfgang Beer bekam einen Ellenbogen ins Gesicht. Seine Brille zerbrach, die Glassplitter zerschnitten sein Gesicht. Er wurde in die Zelle geschleppt.

Ein Vollzugsbeamter griff sich Gudrun Ensslin, presste ihr Gesicht auf den Boden, würgte sie. Sie rang nach Luft, schrie.

Mehrere Beamte stürzten sich auf Irmgard Möller und Ingrid Schubert, rissen deren Köpfe zurück, schlugen ihnen die Beine weg. Irmgard Möller wurde erst auf Gudrun Ensslin geschleudert, dann von vier Männern in eine Zelle geschleift. Es war Andreas Baaders Zelle. Auch Gudrun Ensslin wurde in diese Zelle geworfen, blieb einen Moment wie bewusstlos liegen, mit krebsrotem Hals, einem angelaufenen Gesicht, sie bekam kaum noch Luft. Die Tür fiel krachend ins Schloss. Es wurde abgesperrt.

Draußen ging die Schlacht weiter. Gefangene und Beamte beschimpften

sich gegenseitig: »Ihr Schweine, ihr Arschlöcher!« Helmut Pohl erhielt einen Schlag ins Gesicht, ein Schneidezahn brach ab. Von drei Beamten wurden ihm die Arme auf den Rücken gedreht. Zwei packten seine Füße; er trat um sich. Keiner der Gefangenen war der Übermacht gewachsen. Nachdem alle in irgendeine der Zellen geschleppt worden waren, kehrte Ruhe ein.

Aber nicht für lange. Die Beamten stellten fest, dass die Häftlinge nun bunt verstreut in fremden Zellen lagen. Daraufhin starteten sie eine Sortieraktion.

Jeweils vier bis sechs von ihnen holten die Gefangenen heraus, wo sie nicht hingehörten, und beförderten sie mit Schlägen und Tritten in die ihnen zugedachten Zellen.

Die Beamten machten sich daran, Protokolle über das Geschehene anzufertigen. Auch die Gefangenen schrieben Protokolle – und traten in einen neuen Hungerstreik.

Die nach der Vergrößerung des Hochsicherheitstraktes im Frühsommer 1977 nach Stammheim verlegten Gefangenen Wolfgang Beer, Werner Hoppe und Helmut Pohl wurden zurück nach Hamburg gebracht.

Nachtdienstmeldung Stammheim 16./17. August 1977:

»Bei der Glühlampenabnahme um 23.12 Uhr mussten wir feststellen, dass es im kurzen Flügel nach ausgelassenem Speck und Bratkartoffeln roch.«

48.
Die Stalinorgel

In diesem Sommer 1977 bestand die Nachfolgegruppe der in Stammheim inhaftierten Gründergeneration der RAF-Kader im Wesentlichen aus Brigitte Mohnhaupt, Sieglinde Hofmann, Elisabeth von Dyck, Christian Klar, Willy Peter Stoll, Peter-Jürgen Boock und Susanne Albrecht, Adelheid Schulz, Rolf Clemens Wagner und Stefan Wisniewski.

In den Wochen nach der gescheiterten Entführung Jürgen Pontos, die mit Mord geendet hatte, entwickelte die Gruppe einen neuen Plan: Die Bundesanwaltschaft selbst sollte angegriffen werden. In einer zur Werkstatt ausgebauten konspirativen Wohnung in Hannover baute Peter-Jürgen Boock eine Raketenwerferanlage, ähnlich einer Stalinorgel. Das Gerät bestand aus 42 verzinkten Stahlröhren von etwa 60 Zentimetern Länge, die auf übereinander montierte Spanplatten geschraubt waren. In die Rohre wurden selbstkonstruierte raketenähnliche Geschosse mit 15 Zentimeter langem, vierflügeligem Leitwerk eingesetzt, gefüllt mit hochexplosivem Sprengstoff und Aufschlagzünder. Der gesamte Raketenwerfer war mit Teppichbodenbelag umklebt und wog rund 150 Kilogramm.

Er war im Wesentlichen aus Teilen zusammengebaut worden, die in jedem Klempnerladen zu kaufen waren. Boock hatte den verschiedenen durchreisenden Gruppenmitgliedern jeweils Aufträge zur Beschaffung von Einzelteilen gegeben: »Man konnte ja schlecht in ein Geschäft für Sanitärbedarf gehen und sagen: Ich möchte 45 Wasserhahnverlängerungen à 50 oder 80 Zentimeter. Das hätte für ein ganzes Hochhaus gereicht. Wir haben in Hannover fast alle Geschäfte in kurzer Zeit leergekauft.«

Von der Idee bis zur Ausführung hatte Boock fast drei Monate gebraucht. Dann war die Waffe in einer Kiesgrube in der Nähe von Göttingen ausprobiert worden. Die erste Rakete flog weit über den Rand der Grube hinaus. Boock hatte Flugbahn und Höhe total unterschätzt. Das Geschoss war so stark, dass es einen ganzen Baum fällte.

Am 25. August meldete sich bei dem Kunstmaler Theodor Sand und seiner

Frau in der Blumenstraße 9 in Karlsruhe ein Ehepaar »Ellwanger« zu einem Besuch an. Sie wollten für ihren neuen Bungalow in Bergzabern ein Bild des Malers erstehen.

Pünktlich um 10.00 Uhr am nächsten Morgen kam das Ehepaar »Ellwanger« zur – genau gegenüber dem Gebäude der Bundesanwaltschaft liegenden – Künstlerwohnung. Die 74-jährige Frau Sand öffnete und ließ den dunkelhaarigen jungen Mann und seine mit Rock und blauer Kostümjacke bekleidete »Ehefrau« ein. Sie besichtigten die Bilder des 68-jährigen Malers und unterhielten sich angeregt und sachverständig über Kunst.

Gegen Mittag bat Herr »Ellwanger«, die Toilette benutzen zu dürfen. Als Theodor Sand sich umwandte, um seinem Gast die Tür zu zeigen, fielen die Besucher plötzlich über die beiden alten Leute her. Theodor Sand glaubte, Geisteskranke vor sich zu haben, wehrte sich, schrie und stürzte mit den Angreifern zu Boden.

Frau »Ellwanger« und ihr angeblicher Ehemann zogen Pistolen und richteten sie auf das Künstlerpaar. »Dieses ist eine Aktion der ›Rote Armee Fraktion‹, die nicht gegen Sie gerichtet ist, sondern gegen das Gebäude der Bundesanwälte.«

»Da sind doch auch Stenotypistinnen und andere Angestellte beschäftigt«, meinte Frau Sand.

»Da haben Sie recht, die sind aber in den unteren Etagen.«

Das »Ehepaar Ellwanger« dirigierte die beiden Alten ins Wohnzimmer in zwei Sessel. Dann fesselten sie mit Bändern und Klebestreifen Arme und Beine, rückten die Sessel mit den Rückenlehnen zusammen und banden sie aneinander fest.

Kurze Zeit darauf hielt ein Renault R4, auf dem »A. Krieg – Sofort-Kundendienst« stand, vor dem Haus gegenüber der Bundesanwaltschaft. Eine Gruppe junger Leute trug in Taschen und in einem Pappkarton mit der Aufschrift »12 × 30 Pampers Tag Normal« verpackte Metallgegenstände in die Wohnung des Künstlerpaars.

Der Konstrukteur des Raketenwerfers, Peter-Jürgen Boock, begann mit dem Aufbau, während die Übrigen, die Pistole in der Hand, warteten und versuchten, sich den alten Leuten zu erklären: Dies sei eine »hohe Aufgabe«, die sie als »Signal für die gefangenen Genossen in Stammheim« erfüllten. Es wäre ihnen lieber gewesen, ein jüngeres Ehepaar vorzufinden. Für ihr Vorhaben sei aber ihre Wohnung genau richtig. Eine der Bewacherinnen

nahm fünf Hundertmarkscheine aus der Tasche und wollte sie den beiden Alten geben. Es könnte vielleicht in der Wohnung etwas beschädigt werden. Das Ehepaar Sand lehnte ab, weigerte sich auch, aus der angebotenen Cognacflasche zu trinken.

Peter-Jürgen Boock brauchte mehrere Stunden für den Aufbau des Raketenwerfers. Schon während er die Anlage konstruiert hatte, so sagte er später in seinem Prozess, waren ihm Bedenken gekommen. Er hätte zunächst nicht gewusst, gegen welches Ziel die »Stalinorgel« eingesetzt werden sollte. Man habe ihm gesagt, ein anderer werde den Schussapparat in Stellung bringen. Damit sei er nicht einverstanden gewesen. Er habe die mörderische Anlage unter Kontrolle behalten wollen, um ihren Einsatz sabotieren zu können. Nur mit Mühe sei es ihm gelungen, an der Kommandoaktion beteiligt zu werden; wegen seines erheblichen Drogenkonsums galt er – trotz seiner anerkannten technischen Fähigkeiten – als Unsicherheitsfaktor.

Während er den Raketenwerfer in der Wohnung aufbaute, kamen ihm, so sagte er später, immer größere Bedenken. Hinter den Fenstern der Bundesanwaltschaft sah er Sekretärinnen, Justizbedienstete, jüngere und ältere Menschen, vielleicht Angestellte, vielleicht Besucher. Er dachte an die Folgen eines Beschusses und spürte einen »wachsenden Eisklumpen« in sich. Boock konnte einfach keinen Zusammenhang mehr sehen zwischen seiner früheren Motivation für den Anschluss an die RAF, die Gefangenen aus ihrer Situation zu befreien, und dem, was zu tun er im Begriff war. Es würde Tote geben. Die Aktion könnte ihn zum mehrfachen Mörder machen. Als er die Rohre auf die gegenüberliegenden Fenster ausrichtete, beschloss er, die Zündung zu verhindern. Er zögerte den Aufbau bewusst hinaus. Als die Anlage schon fast fertig war, zog er den Wecker für die Zündung nicht auf.

Die Raketenabschussanlage funktionierte tatsächlich nicht. Im späteren Urteil gegen Peter-Jürgen Boock wurde seine Erklärung als Schutzbehauptung abgetan. Die Tatsache, dass der Wecker wirklich nicht aufgezogen worden war, beurteilten die Richter als reines Versehen.

In der RAF-Erklärung über das missglückte Attentat hieß es: »Es ging nicht um irgendein Blutbad … es ging ganz einfach um eine Warnung in der Situation, in der über 40 politische Gefangene im Hungerstreik waren … Sollten Andreas, Gudrun und Jan getötet werden, werden die Apologeten der harten Haltung spüren … dass wir genug Liebe – also Hass und Phantasie haben, um unsere und ihre Waffen so gegen sie einzusetzen, dass ihr

Schmerz unserem entsprechen wird …«

Die Stammheimer Gefangenen waren zunehmend unzufrieden mit den Aktivitäten der Gruppe draußen. Sie kritisierten die Ponto-Aktion als reinen Dilettantismus und verlangten immer drängender und ultimativ eine erfolgreiche Befreiungsaktion. »Wenn ihr es nicht schafft, uns herauszuholen, dann nehmen wir unser Schicksal selbst in die Hand«, hieß es immer wieder in Kassibern, die nach draußen geschmuggelt wurden. »Die anderen«, so Boock, »haben sich sicher etwas anderes darunter vorgestellt als Brigitte und ich. Wir wussten genau, worauf sich das bezog. Wir nehmen unser Schicksal selbst in die Hand heißt, wir machen Schluss, machen die Geiselnahme, machen Selbstmord, machen eine Suicide-Aktion.«

Boock und Brigitte Mohnhaupt wussten, dass in den Zellen Waffen und Sprengstoff verborgen waren; schließlich hatten sie diese selbst besorgt und in die Stammheimer Zellen schmuggeln lassen. Brigitte hatte Boock auch erzählt, wie die Gefangenen die Verstecke vorbereitet hatten. So waren die Waschbecken in den Zellen innen hohl. Man musste die Becken also nur abmontieren und eines der Lüftungslöcher vergrößern, um einen jederzeit benutzbaren Hohlraum zu haben. Dann wurden die Bodenleisten abmontiert. Dahinter war unverputzter grauer Beton, in den Löcher gekratzt werden konnten. Der feine Abrieb wurde mit Zahnpasta vermengt und als Mörtel verwendet.

Inzwischen hatte Jan-Carl Raspe die Kommunikationsanlage perfektioniert. Er hatte Lautsprecher zu Mikrofonen umgelötet und die anstaltseigenen Kabelverbindungen zwischen den fest installierten Lautsprechern des Anstaltsrundfunks umfunktioniert. Die Verstärker der Plattenspieler lieferten die Energie für eine sehr gute Kommunikation von Zelle zu Zelle. Angeblich merkte das Anstaltspersonal nichts davon.

Der Druck auf die Gruppe draußen wuchs. Ein paar Wochen vor dem Start der »Big Raushole« schickten die Gefangenen einen Kassiber, in dem es hieß, sie überlegten sich, ob sich die Gruppe noch RAF nennen dürfe. Sie würden ihnen das absprechen, wenn nicht bald etwas passiere. In der Zwickmühle, von den RAF-Gründern verstoßen zu werden oder gar für deren Selbstmord verantwortlich zu sein, entschied sich die Gruppe für rasches Handeln.

49.
»Kein Kapitalist ohne Terrorist im Verwandtenkreis«

Am 1. September 1977 berichtete BKA-Präsident Herold vor dem Innenausschuss des Bundestages über die Ermittlungsergebnisse zum Mordfall Ponto und das gescheiterte Attentat auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe.

Einer der Abgeordneten fragte Herold, in welchem Zusammenhang der Name Susanne Albrecht zum ersten Mal aufgetaucht sei: »Trifft es zu, dass im Juni 1977 die Frau Albrecht vom Staatsschutz als untergetaucht gemeldet wurde? War den zuständigen Stellen eigentlich die Verbindung der Frau Albrecht mit der Familie Ponto bekannt? Hat man aus dieser Bekanntschaft die mögliche Folgerung gezogen, die Familie Ponto von dem Leben der Susanne Albrecht zu unterrichten?«

Dr. Herold antwortete: »Es ist ja nicht so, dass Susanne Albrecht eine von wenigen verdächtigen oder gefährlichen Personen in der Bundesrepublik wäre, sondern wir haben es mit einem Massenproblem zu tun. Ich habe hier schon vorgetragen, dass die Zahl der hochgefährlichen Leute, die gewissermaßen unserer Computerfahndung dauernd unterliegen, bei 1200 liegt. Susanne Albrecht gehörte zu den 1200.« Um diesen Personenkreis herum, der jederzeit aktiv und gefährlich werden könne und es in den letzten Jahren auch geworden sei, so erklärte Herold, gebe es noch ein Umfeld von etwa 6000 Sympathisanten.

»Es handelt sich also nicht um ein Problem einzelner Personen, sondern leider um ein Massenproblem. 1200 Personen von größter Gefahr kann niemand in der Bundesrepublik observieren, und niemand kann durch vorbeugende Maßnahmen die Gefahr ausschalten. Jedermann weiß, dass die vollständige Abdeckung durch Observation pro Person rund zwanzig Beamte notwendig macht. 1200-mal zwanzig – so viel Personal hat die ganze deutsche Kriminalpolizei nicht. Das zeigt die besondere und herausragende Bedeutung einer permanenten, routinehaften, schleppnetzartigen Beobachtung dieses Personenkreises in Form einer computerisierten

Beobachtung.«

Susanne Albrecht sei in den geheimen Lagemeldungen des BKA in den vergangenen Jahren 45-mal erwähnt worden. Die Kollegen vom Hamburger Verfassungsschutz hätten Ende Juni mitgeteilt, Susanne Albrecht sei untergetaucht. Dass die Familie Albrecht mit Ponto bekannt war, habe man allerdings nicht gewusst. »Ich muss aber hinzufügen: Selbst wenn wir es gewusst hätten, was hätten wir denn machen sollen? Sollten wir die Bekannten jener 1200 Leute, die zum Teil hochragende persönliche Beziehungen zu Leuten in diesem Lande haben, darauf hinweisen, mit wem sie umgehen?«

»Aber sicher!«, rief ein Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion.

»Nein, das ist nicht möglich, und ich hätte die Vorwürfe nicht hören mögen, wenn wir es getan hätten!«

Bundesinnenminister Maihofer sekundierte seinem BKA-Chef: »Hinterher sind wir natürlich klüger, nachdem geschossen worden ist. Ich sage nur mal, was ich neulich einigen Herren auch gesagt habe. Es gibt keinen – erschrecken Sie jetzt nicht – Kapitalisten, der nicht seinen Terroristen im nächsten Verwandtschafts- oder Bekanntenkreis hat. Das meine ich. Es gibt keine höheren Kreise in unserer Gesellschaft – das ist das Erschreckende –, die nicht in näherer oder weiterer Umgebung solche Personen wie die Albrecht haben.«

Einer der Abgeordneten wollte wissen, wie viele Haftbefehle es denn gegen Leute aus diesem Personenkreis gebe.

»35«, rief ein anderes Ausschussmitglied.

»Nur 35 Haftbefehle?«

»Ja, gegen 35 gesuchte Leute, die im Untergrund sind«, sagte Herold. »Darüber hinaus sitzen etwa 123.«

»Gegen 240 laufen Ermittlungsverfahren«, ergänzte Innenminister Maihofer, »wegen Ausweisüberlassung, Wohnungsgestellung, Kraftfahrzeugbeschaffung und so weiter.«

Ein CDU/CSU-Abgeordneter fragte, ob denn eine Fernsehmeldung richtig sei, dass nach dem Ponto-Mord weder der Präsident noch der Vizepräsident des BKA erreichbar gewesen seien.

Herold war empört: »Ich darf mir die Bemerkung erlauben, dass es mich sehr getroffen hat zu hören, ich sei nicht erreichbar gewesen. Das hat es in dreißig, wie ich meine, ehrenvoll verbrachten Dienstjahren bei mir noch nie gegeben. Ich bin wohl der einzige Polizist, der im Dienstgebäude wohnt, um

dort ununterbrochen, buchstäblich Tag und Nacht, zur Verfügung zu stehen. Es motiviert ungeheuer, wenn solche Behauptungen aufgestellt werden!«

Dann kam der BKA-Präsident auf das Ausmaß der weltweiten terroristischen Verbindungen zu sprechen: »Wir müssen wissen, dass diese Gruppierungen unter dem Begriff ›Rote Armee Fraktion‹ angetreten sind. ›Fraktion‹ heißt ›Teil‹. Damit ist genügend klar zum Ausdruck gebracht, dass sich diese revolutionäre Gruppierung als Teil einer weltumspannenden Roten Armee, als Teil einer Weltbürgerkriegsarmee versteht.«

Gewisse Indizien sprächen dafür, dass die »Rote Armee Fraktion« »bereits in die Phase des Scharmützels treten kann, das heißt des plural geführten, gleichzeitig befohlenen Angriffs auf die Nervenknoten dieses Staates, um die staatliche Abwehr zu zersplittern, zu desorientieren, sie nutzlos zu binden und dann eben in dem Gesamtkonzept der Demoralisierung, der Ermunterung Gleichgesinnter, der Hoffnung auf baldige Veränderung voranzuschreiten.

Dafür ist die logistische Basis in einem Umfang aufbereitet, der nicht unterschätzt werden sollte.«

Die »ausgefeilte Technik der Konspiration und der Logistik« sei kaum verwundbar. »Dem steht eine Unterdimensionierung der für die Terrorbekämpfung vorgesehenen Kräfte bei Polizei und Verfassungsschutz gegenüber.«

Dann kam Herold auf Details zu sprechen. Das Stuttgarter Büro des – inzwischen flüchtigen – Rechtsanwaltes Klaus Croissant habe »seit 1974 eine Reihe von Gewaltverbrechern produziert«. Dort seien damals auch schon Sprengstoffanleitungen gefunden worden.

»Daraus kann man eine ganze Reihe von Schlüssen ziehen, leider nicht solche, dass man Croissant nun direkt des Mordes beschuldigen könnte. Diesen Schritt hat der Herr Generalbundesanwalt auch noch nicht gewagt. Aber ich bin ganz sicher, dass in der weiteren Aufhellung auch diese Anschuldigung noch belegt werden kann.«

Das konnte nie belegt werden, und es entbehrte auch jeglicher Grundlage. Tatsächlich spielte Klaus Croissant seit geraumer Zeit in seinem Büro überhaupt keine Rolle mehr. Das Kommando hatten dort, wie gesagt, mittlerweile andere, wie Volker Speitel, übernommen, die sich als Kuriere zwischen den im Untergrund operierenden RAF-Mitgliedern und den Stammheimer Gefangenen betätigten.

Doch langsam wurde für die Mitarbeiter des Croissant-Büros die Luft

dicker. Einige von ihnen brannten darauf, in den Untergrund abzutauchen. So trafen sich am Abend des 4. September im »Wienerwald« in Wuppertal-Elberfeld Volker Speitel, Christof Wackernagel und zwei andere aus der »Zweiten Ebene« mit den »Illegalen« Peter-Jürgen Boock und Stefan Wisniewski. Sie wollten über ihre allmähliche Eingliederung in die illegale Struktur beraten. Boock deutete an, dass eine weitere Aktion unmittelbar bevorstehe: »Viel härter als das, was bisher gelaufen ist.« In einer solchen Situation sei es unmöglich, neue Leute aus der »Etappe« an die »Front« zu versetzen. »Was meint ihr, wie uns zumute ist, wenn wir an morgen denken«, fügte Boock hinzu. »Da geht mir der Arsch auf Grundeis.«

Tatsächlich war der Kern der Gruppe viel kleiner, als BKA und Öffentlichkeit vermuteten. Es waren Brigitte Mohnhaupt als die Vertrauensperson der Stammheimer, Peter-Jürgen Boock, Stefan Wisniewski, Sieglinde Hofmann, Rolf Heißler, Rolf Clemens Wagner und Christian Klar. Diese durften »vor Ort« den übrigen Gruppenmitgliedern wie Friederike Krabbe, Sigrid Sternebeck und anderen direkte Befehle geben. Boock: »Wer auch immer von denen wo auch immer vor Ort war, hatte automatisch das Sagen.«

In Stammheim befanden sich die Gefangenen wieder einmal im Hungerstreik. Ärzte wurden konsultiert. Einer der Ärzte, Professor Dr. Möbius, erinnerte sich später: »Es war ein eigentümlicher Zustand, so wie man sich vielleicht mit Selbsthypnose oder Meditation schon etwas von der Wirklichkeit entfernt. Das Bild selber, was sich uns Ärzten bot, war eigentlich erschütternd. Denn die Gefangenen waren doch schon erheblich in ihrem Ernährungszustand reduziert. Also vor allen Dingen Gudrun Ensslin und auch Raspe waren sehr, sehr dünn geworden. Im Gegensatz zu diesen doch sehr mageren beiden ist der Herr Baader in einem deutlich besseren Ernährungszustand gewesen.«

Diesmal richtete sich der Hungerstreik offenbar an die RAF-Genossen im Untergrund. Gruppenmitglied Peter-Jürgen Boock erzählte: »Von den Stammheimern kam immer wieder die Frage: Wann seid ihr so weit, was habt ihr vor? In welchem Stadium seid ihr dabei? Auf was können wir uns da einstellen? Und dass sie langsam die Geduld verlieren.«

Unter dem Druck der Stammheimer Gefangenen wurden die Planungen für eine Entführung im Kölner Raum vorangetrieben.

Zielperson, das hatten auch die Sicherheitsbehörden richtig vermutet: Hanns Martin Schleyer, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Vorstandsmitglied von Daimler-Benz.

Die Tragödie nahm ihren Lauf.

Es ging ums Prinzip. Für eine kleine Gruppe, die in ihrer Hybris glaubte, dem Staat den Krieg erklären zu können, genauso wie für den Staat. Das Opfer Hanns Martin Schleyer, Symbolfigur der Wirtschaft, des Kapitalismus, des Systems. Ein Mann, der sich für diese Rolle geradezu anbot.

Der BKA-Beamte Alfred Klaus später: »Und die haben sich Schleyer gegriffen, weil sie sich sagten, das ist der exponierte Repräsentant der Hochfinanz, des Großkapitals und des Kapitalismus. Und wenn wir den greifen, können wir diesen Staat in die Knie zwingen. Das ist doch ganz klar. In dieser Bundesrepublik beherrscht doch das Kapital die Regierung.«

Peter-Jürgen Boock bestätigte das: »Schleyer war für uns einfach die Person, in der sich vieles, was deutsche Problematik ist oder war, zusammenfassen ließ. Er war die Verbindung zwischen dem alten Faschismus und dem, was wir als dräuenden neuen Faschismus begriffen.«

Schleyers Sohn Hanns-Eberhard Schleyer erinnerte sich später an Gespräche mit seinem Vater: »Da haben wir uns Gedanken gemacht: Was würde eigentlich passieren, wenn es den Terroristen gelingen würde, ihn in ihre Hand zu bekommen? Mein Vater hat mir gegenüber deutlich gemacht, dass er verstehen könnte, wenn eine Bundesregierung bestimmten Forderungen nicht nachgeben würde.«

50.
Wannseekonferenz

Alles war vorbereitet für den großen Schlag. In einer Wohnung in Junkersdorf kam die Kerntruppe zur letzten Einsatzbesprechung zusammen. Das Appartement war nur gemietet worden, weil das Hochhaus über eine Tiefgarage verfügte, in der das Entführungsopfer umgeladen werden sollte; schließlich konnte man nicht direkt vom Tatort zum Versteck fahren. Die Wohnung war leer, bis auf eine Nachttischlampe und ein Radio. Das Kommando hockte sich in einen Kreis auf den Fußboden. In der Mitte lag ein alter Eimerdeckel, der als Aschenbecher diente. Die armselige Lampe erleuchtete nur den Fußboden, die Gesichter blieben im Dunkeln und verschwammen schließlich im Nebel des Zigarettenrauches. Die Worte hallten in der leeren Wohnung, und so senkten alle die Stimmen. Zunächst wurde der letzte Kassiber aus Stammheim debattiert. Die ultimative Aufforderung der RAF-Gründer, jetzt endlich etwas zu tun, sonst würde man selbst irreversible Fakten setzen, ließ nur eine Antwort zu. Boock: »Es war eigentlich ziemlich schnell der Punkt erreicht, wo wir uns gesagt haben, weiter zu warten, ob es noch eine bessere Möglichkeit gibt, würde nichts ändern. Gut, dann müssen wir es hart durchziehen. Hart bedeutet, wir müssen die Begleiter erschießen, um an Schleyer ranzukommen.«

Einer der Anwesenden bekam Skrupel: »Nein, unter solchen Druck möchte ich mich nicht setzen lassen. Es muss auch anders gehen. So kann ich da nicht mitziehen.«

»Na gut, dann gehst du jetzt nach nebenan, und wir besprechen weiter«, antwortete einer aus der Führungsriege. »Das geht dich dann ja auch nichts mehr an.« Der Betreffende stand auf und verließ das Zimmer. Daraufhin rückte Peter-Jürgen Boock in die Position des Fahrers auf: »Jemand, der unter so einem Druck und Stress noch relativ ruhig fahren konnte, davon hatten wir nicht so viele.« Dadurch sei er in diese Rolle hineingerutscht. »Aber ich hätte zu der Zeit auch in jeder anderen Funktion mitgemacht.«

Aus dem Hauptquartier im Uni-Center hatten sie große Papierbögen und Filzstifte mitgebracht. Darauf skizzierten sie den geplanten Entführungsort

und den vermuteten Ablauf: »Wer macht was, wer steht wo, wie verständigt man sich untereinander, was muss im Auge behalten werden.« Die gesamte Aktion wurde wieder und wieder durchgespielt. »Wobei das, was nachher real passierte, nicht dabei war.«

»Es war eine vollkommen emotionslose Debatte«, erinnerte sich Boock später. »Ich habe hinterher in Bagdad mal einem anderen Mitglied der RAF gesagt: ›Das war unsere Wannseekonferenz.‹« So wie die Funktionäre der Nazis ihren Plan zur »Endlösung« debattiert hätten, so kalt sei über die Ermordung von Schleyers Begleitern gesprochen worden. »Eine Art und Weise von nüchterner Sachlichkeit, obwohl uns die Ungeheuerlichkeit dessen, was wir besprachen, bewusst war.« Doch das, so glaubte Boock später, war wohl die einzige Möglichkeit, mit dem Geplanten umzugehen. »Wenn wir uns dieser Dimension der Ungeheuerlichkeit verbal genähert hätten, wäre es schon fast nicht mehr möglich gewesen.«

Der Fahrer wurde als bewaffneter Bodyguard angesehen. Damit war das Thema vom Tisch. »Unter anderen Umständen hätte ich sicherlich gefragt, wieso sollen wir den Fahrer eigentlich erschießen, was soll das, wir können den Mann doch laufen lassen. Dem gibt man einen Tritt in den Arsch, und das war’s.« Aber selbst für derart reduzierte moralische Überlegungen war kein Raum mehr. »Eine so emotionslose, eiskalte Diskussion«, so Boock, »habe ich in der Weise nie zuvor erlebt und auch nie später.«

Danach ging es zurück ins Uni-Center. Boock präparierte die Waffen und begann sie in einen Kinderwagen zu packen, in dem sie unauffällig zum Überfallort gebracht werden sollten.

Stefan Wisniewski würde vor Ort die Rolle des Anführers übernehmen. So war das bei Kommandoaktionen üblich. »Das ist ganz klar«, erinnerte sich Boock, »du hast keine Zeit zu diskutieren«.

Brigitte Mohnhaupt sollte nicht direkt an der Aktion beteiligt sein. Auch das entsprach der RAF-Taktik. »Es war klar, dass Brigitte nicht teilnimmt, der alten Maßgabe folgend, dass immer eine Leader-Person übrig sein muss, um die Gruppe rekonstruieren zu können, wenn etwas schiefgeht. Sie ist verdonnert worden, nicht dabei zu sein. Sie wollte, aber der Mehrheitsbeschluss lautete: Nein.«

5. Kapitel

Vierundvierzig Tage im Herbst

1.

Die Entführung

(Montag, 5. September 1977)

Warnungen hatte es genug gegeben.

Nach der Ermordung des Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, am 30. Juli 1977 hatten die Ermittler herausgefunden, dass drei Wochen zuvor, am 6. Juli, ein junger Mann im Hamburger »Weltwirtschaftsinstitut« Unterlagen über Ponto und Schleyer eingesehen hatte. »Ich schreibe eine Doktorarbeit über führende Personen der Wirtschaft«, hatte der Mann gesagt und ordnungsgemäß den Besucherschein ausgefüllt. Erst nach Jürgen Pontos Tod stellten BKA-Beamte fest, dass der angebliche Doktorand ehemaliger Gehilfe der Stuttgarter Kanzlei Croissant war, Willy Peter Stoll hieß und seit einiger Zeit im Untergrund verschwunden war.

Hanns Martin Schleyer erhielt die »Sicherheitsstufe 1«. Fortan begleiteten ihn Beamte des Landeskriminalamts Baden-Württemberg. Sein Arbeitsplatz in Köln, seine Wohnung in Köln und sein Haus in Stuttgart wurden überwacht. Ein Kriminalbeamter riet Schleyer: »Schließen Sie die Tür zum Balkon, wenn Sie ins Bett gehen.« Als weitere Sicherungsmaßnahme solle er in seiner Kölner Zweitwohnung einen Weitwinkelspion in die Tür einbauen, das Schloss verstärken und einen Polizeinotruf mit drei Auslöseknöpfen installieren lassen.

Die Fahrtroute von Schleyers Büro im Wirtschaftsinstitut der Deutschen Industrie am Oberländer Ufer zu seiner Kölner Wohnung führte durch die Straße Am Raderthalgürtel. Am Nachmittag des 1. September fiel einem Anwohner auf, dass zwei junge Frauen dort über eineinhalb Stunden lang in einem geparkten blauen Alfa Romeo saßen. Am nächsten Tag sah er die beiden Frauen wieder an derselben Stelle. Sie machten sich an dem Wagen zu schaffen. Dem Mann kam das Verhalten der beiden verdächtig vor, er rief die Polizei und gab das Kennzeichen durch. Kurze Zeit später erschienen zwei Streifenbeamte und ließen sich die Papiere der beiden Frauen geben. Wegen

eines Defekts am Polizeicomputer verzichteten sie auf eine weitere Überprüfung der Personalien. Auch das Autokennzeichen ließen sie nicht überprüfen, weil sie davon ausgingen, dass ihre Kollegen in der Einsatzzentrale das bereits nach dem Telefonanruf erledigt hätten. Dort aber hatte man sich offenbar auf die Beamten im Außendienst verlassen.

Erst nach Schleyers Tod stellten die Ermittler fest, dass der blaue Alfa von einer der Schleyer-Entführerinnen, Adelheid Schulz, benutzt worden war. Das Kennzeichen war eine Doublette nach RAF-Methode.

Der 5. September 1977 war ein Montag. Frühmorgens um 5.00 Uhr stand Hanns Martin Schleyer in seinem zweistöckigen Einfamilienhaus am Ginsterweg 17 in Stuttgart auf. Seine Familie schlief noch, als er eine Stunde später von seinem Fahrer im Mercedes-Dienstwagen abgeholt wurde.

Um 6.30 Uhr startete er im zweistrahligen Daimler-Firmenjet »Falcon« nach Köln. Dort holte ihn sein Kölner Fahrer Heinz Marcisz ab und brachte ihn zum Büro am Oberländer Ufer. Eine Tasse Kaffee, die Post, danach das »Morgengebet«, die wöchentliche Lagebesprechung mit den Fachreferenten. Um 14.00 Uhr Präsidiumssitzung des Arbeitgeberverbandes mit den Unternehmern von Gesamtmetall, auf der die nächste Tarifrunde besprochen wurde.

Das Stichwort hieß »Mendocino«. Die Idee stammte von Willy Peter Stoll, der den damals populären Song gern gemeinsam mit Stefan Wisniewski geträllert hatte. Am Vormittag hatte die Gruppe die Waffen präpariert, den Kinderwagen vorbereitet, die Wohnung gereinigt, letzte Sachen verschickt, abgeklärt, wie die Kommandoerklärungen verbreitet werden sollten, Telefonate nach Paris geführt. Die Infrastruktur für die »Big Raushole« stand. Gut 25 Mitglieder war die Organisation stark. Dazu kam ein Umfeld von Sympathisanten, die von Fall zu Fall herangezogen werden konnten.

Eine Person wurde in der Nähe des Gebäudes des Bundesverbands Deutscher Arbeitgeber postiert, um einer zweiten, die entlang der Strecke stand, mitzuteilen: Er fährt ab. Die zweite Person sollte das Kommando in einem Café anrufen und das Kennwort durchgeben, sobald der Wagen mit dem Arbeitgeberpräsidenten vorbeifuhr: »Mendocino«, das Signal für den Überfall.

Jedem Mitglied der Kommandogruppe war selbst überlassen worden, ob er eine schusssichere Weste tragen wollte. Boock zog sie erst an, legte sie dann

im Café aber wieder ab. »Es war zu nervig. Ich war damals auch in so einer Stimmung, dass mir so was scheißegal war.« Stefan Wisniewski behielt die kugelsichere Weste an.

Eine surrealistische Szene, wie die vier im Café saßen, die Waffen gepackt, und Kaffee bestellten. Es war früher Nachmittag, und einige Hausfrauen und ältere Damen saßen mit ihnen an den Tischchen. Keiner war maskiert, und so sollte es auch bleiben. »Es sollte ja niemand überleben, außer Schleyer«, sagte Boock später. Einige hatten Beruhigungsmittel genommen, einer ein Aufputschmittel, einige waren müde, andere total aufgedreht. Nur ein eisernes Prinzip galt für alle: »Man isst nichts, man geht immer mit nüchternem Magen in Aktion.« Das hatten sie irgendwo bei Che Guevara gelesen: Wenn du etwas gegessen hast und einen Bauchschuss bekommst, bist du tot. Boock: »Erstens, saubere Unterwäsche, zweitens, nüchterner Magen.«

Boock orderte einen Krapfen, biss ihn kurz an der Ecke an und ließ ihn dann liegen. Er trank Kakao, um den Magen zu beruhigen. Dann klingelte das Telefon. Der Wirt hob ab und fragte in den Raum, ob ein Herr Müller da sei. Stefan Wisniewski nahm den Hörer. »Mendocino«, hieß es vom anderen Ende der Leitung. »Mendocino«, sagte Wisniewski, »es geht los.«

Sie wussten, dass sie noch zehn Minuten Zeit hatten. Einer zahlte. Dann stiegen Willy Peter Stoll und Stefan Wisniewski in den gelben Mercedes. Sieglinde Hofmann und Boock fuhren im VW-Bus hinterher. Sie bogen in die Vincenz-Statz-Straße ein und postierten den gelben Mercedes. Er sollte als Rammwagen dienen und den Konvoi mit Schleyer zum Stehen bringen. Boock stellte den VW-Bus, mit dem Schleyer abtransportiert werden sollte, am Alleenring ab und half seiner Begleiterin Sieglinde Hofmann, den Kinderwagen auszuladen. Dann gingen sie nach vorn zur Straßenecke. Von dort aus konnten sie das Rammfahrzeug gut sehen. Sie stellten sich lässig in Position, so, als hätten sich gerade zwei Bekannte getroffen: »Hallo, grüß Gott, und das Baby ist auch dabei …«

Am späten Nachmittag verließ Schleyer das Büro, um sich zu seiner Wohnung in Köln-Braunsfeld, Raschdorffstraße 10, bringen zu lassen. Am Steuer des 450er mit dem Kennzeichen K – VN 345 saß wieder sein Fahrer Marcisz. In einem zivilen Polizeiwagen folgten die zu Schleyers Schutz eingeteilten Beamten Reinhold Brändle, 41, Roland Pieler, 20, und Helmut Ulmer, 24.

Gegen 17.25 Uhr durchfuhr die Kolonne in westlicher Richtung stadtauswärts die Friedrich-Schmidt-Straße, in die von rechts die Raschdorffstraße einmündet. Die Straße, in der Schleyer wohnte, war eine Einbahnstraße. Die beiden Wagen mussten einen Bogen fahren, um zu Schleyers Wohnung zu gelangen.

»Da sind sie«, sagte Sieglinde Hofmann. Boock nahm seine Waffe aus dem Kinderwagen und steckte sie unter seine Jacke. Sieglinde Hofmann schob den Kinderwagen ein Stück weiter. Die Falle war geöffnet.

Unmittelbar nach dem Einbiegen in die Vincenz-Statz-Straße, die parallel zur Raschdorffstraße verläuft, musste Schleyers Fahrer plötzlich hart in die Bremsen steigen. Vor ihm auf der Straße stand ein blauer Kinderwagen, daneben, halb auf dem Gehweg, ein gelber Mercedes mit Kölner Kennzeichen. Der Wagen mit den drei Polizeibeamten fuhr auf Schleyers Mercedes auf.

Als die schweren Limousinen aufeinanderprallten, begann die Schießerei. Das Kommando feuerte aus allen Rohren. Später konnte sich Boock kaum noch erinnern, wer auf was geschossen hatte: »Es war fast wie ein einziger Knall, es war irre laut. Das lag daran, dass wir zwei HK-43-Sturmgewehre benutzt hatten, ohne Mündungsdämpfer.« In wenigen Sekunden war allein aus dieser Waffe ein ganzes Magazin mit dreißig Schuss abgefeuert worden.

Ein Moment völliger Ruhe trat ein. Dann begannen Schleyers Begleiter zurückzuschießen. Boock sah, wie Sieglinde Hofmann in die Knie ging. Er konnte nicht erkennen, ob sie getroffen war oder nicht. »Ich bin dazugerannt. Ich kann nicht sagen, ob ich schon im Rennen geschossen habe oder erst, als ich auf der Höhe der Fahrzeuge war. Im gleichen Moment kam Willy Peter Stoll, sprang auf die Motorhaube des Begleitfahrzeugs und schoss das gesamte Magazin in das Fahrzeug hinein.« Er war mitten in Boocks Feuerlinie gelaufen und beinahe von dessen Kugeln getroffen worden. Dann war wieder Stille.

Stoll stand noch auf der Motorhaube, den Verschluss des großkalibrigen Repetiergewehres offen. Das Magazin war leer, aber Boock hörte es noch klicken. In die Stille hinein sagte einer aus dem Kommando: »Das ist schief gegangen, die sind alle tot.« Auch Boock dachte, dass niemand diese Schießerei überlebt haben könnte, und lief zurück, um den Wagen zu holen. Als er den VW-Bus zurücksetzte, sprang die nur angelehnte Schiebetür auf, und Boock konnte sehen, wie Willy Peter Stoll und ein anderes Gruppenmitglied Schleyer auf das Fahrzeug zu schleppten. Auch die anderen

sprangen in den Bus und drückten den Arbeitgeberpräsidenten auf den Boden. Stoll hatte sich neben Boock auf den Beifahrersitz geworfen: »Los jetzt, fahren!« Als Boock Gas gab, sah er, dass die Ampel an der nächsten Kreuzung auf Rot gesprungen war und sich davor eine Kolonne Wagen gestaut hatte. Er jagte über den Fußgängerweg und schleuste sich zwischen Lichtmast und Ampel auf die Kreuzung. Bei von links und rechts fließendem Verkehr raste er über die Straße. Kurz vor ihnen versuchte ein Lastwagen, rückwärts auf die Straße zu setzen. Boock fuhr beinahe den Mann mit dem Signalfähnchen um und setzte seine wilde Fahrt fort.

Sieglinde Hofmann hatte eine Spritze mit einem Kurzzeitnarkotikum aufgezogen und Schleyer das Mittel injiziert. Der Arbeitgeberpräsident lallte halb betäubt: »Das tut ja nicht nötig.« Boock herrschte ihn an: »Was hier nötig ist, bestimmen wir.«

Um 17.33 Uhr rief ein Zeuge des Überfalls die Notrufnummer 110 an: »Hier schießen mehrere Leute mit Maschinenpistolen. Mehrere Tote und Verletzte.« Zwei Minuten später waren zwei Streifenwagen am Tatort. Sie bestellten einen Notarztwagen und den Rettungshubschrauber. Doch Schleyers Fahrer Heinz Marcisz und die Polizeibeamten Brändle, Pieler und Ulmer waren bereits tot.

Die Bundesregierung und das Bundeskriminalamt wurden informiert, eine Ringfahndung lief an. Um 18.30 Uhr fuhren Bundesjustizminister Vogel und Staatsminister Wischnewski zum Tatort. Neunzehn Minuten später verbreitete der WDR die erste Nachricht über die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer und den Tod seiner vier Begleiter. Kurz darauf wiederholten auch die übrigen Rundfunkanstalten die Meldung.

Der Präsident des Bundeskriminalamtes hatte sich bis zum 7. September vom Dienst abgemeldet. Er wollte ein paar Tage mit seinem Kollegen vom Bundesamt für Verfassungsschutz, Richard Meier, verbringen. Auf ausgedehnten Wandertouren im schönen bayerischen Bergland wollten die beiden mal wieder über den Terrorismus philosophieren und Bekämpfungskonzepte erörtern. Als die Nachricht von der Entführung Schleyers eintraf, packte Herold in aller Eile seine Sachen zusammen und verließ sein Hotelzimmer. Aus dem Dienstwagen rief er seinen

»Abteilungsleiter Terrorismus« Gerhard Boeden an und ließ sich die Einzelheiten des Anschlags durchgeben. Dann nahm er einen Stadtplan von Köln auf die Knie und gab strategische Anweisungen. Er war sicher, dass die Täter den Rhein nicht überqueren würden. Sie mussten noch in der Nähe sein, innerhalb des sofort gebildeten Fahndungsringes. »Die Täter«, sagte Herold seinem Kollegen und später auch dem Innenminister Maihofer, »sind uns alle bekannt. Über kurz oder lang werden sie sich in dem von uns angelegten Informationsgestrüpp verfangen. Sie werden in die ausgelegten Fallen tappen oder dem über sie hereinbrechenden engmaschigen Schleppnetz zum Opfer fallen.«

Höchste Priorität habe die Suche nach dem Versteck Schleyers. Jetzt sollten die »Fahndungsraster nach konspirativen Wohnungen« eingesetzt werden, die Herold in den vergangenen Monaten und Jahren erarbeitet hatte. Terroristenschlupfwinkel besaßen immer einige Gemeinsamkeiten, die zur Wahrung der Konspiration unbedingt notwendig waren. Strom und Miete wurden zumeist in bar gezahlt, Kautionen waren anstandslos, ebenfalls in bar, hinterlegt worden. Es waren Appartements in Hochhäusern mit Tiefgarage, immer in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer Autobahnauffahrt.

Herold konnte die Wohnung, in der Schleyer gefangen gehalten wurde, förmlich vor seinem geistigen Auge sehen. Er kannte sogar die Bewacher aus den genauen Steckbriefen, die in Computerdateien festgehalten wurden. Sie mussten nur gefunden werden. Das war alles. Eigentlich ein Kinderspiel.

Als Herold in seinem Wiesbadener Amt eintraf, fiel seinem Adjutanten, Kriminaldirektor Wolfgang Steinke, auf, wie gramvoll und übernächtigt er aussah. Nachdem Herold sich kurz über die getroffenen Maßnahmen unterrichtet hatte, zog er, so Steinke, »die übliche Leier« ab. Er sei im Wesentlichen von Vollidioten umgeben, die Stunden nach der Faktenkenntnis noch immer mit leeren Händen dastünden.

Er überflog ein paar Fernschreiben und regte sich dann darüber auf, dass Innenminister Maihofer einen von kriminalistischer Arbeit eher unbefleckten jungen Beamten zum Leiter der Sonderkommission ernannt hatte. Langsam erholte sich Herold und holte dann »zum großen Schlag aus«, wie Steinke sich erinnert: »Für viele, die immer wieder die Ideologie der RAF eingehämmert bekamen, war dies nicht das erste Semester Anarchismus/Terrorismus. Einige allerdings lauschten gespannt, denn so etwas hatten sie noch nie vernommen. Da waren sie wieder alle, die Theorien aus den Schriften der großen Anarchisten und der ersten Generation der RAF.

Die Nutzung der Massenhysterie, die Nutzung der Perspektivlosigkeit der intellektuellen Jugend, in deren Hirnen sich die sichere Annahme des Unrechtsstaates Bundesrepublik Deutschland verfestigt hatte.« Herold war in seinem Element. Er dozierte über die Planungstreue und die kaltblütige Durchsetzung der RAF-Konzepte mit brutalsten und damit eindrucksvollsten Mitteln. Wieder einmal habe die RAF gezeigt, dass ein Kommandounternehmen selbst dann erfolgreich sein könne, wenn die Zielperson höchsten Schutz genieße.

»Ihr könnt tun, was ihr wollt«, zitierte Herold die RAF, »wen wir uns holen wollen, den holen wir uns.« Herold steigerte sich in seiner Wut auf den Gegner: »Ich habe im Fall Lorenz die Bundesregierung händeringend bekniet, gewarnt, beschworen, hart zu bleiben. Anderenfalls wird uns eine Zweite, viel gewalttätigere Entführungsaktion nicht erspart bleiben. Sie, Steinke, waren immer dabei, Sie sind mein Zeuge!«

In all seinem Zorn lag auch ein gewisser Stolz. Er hatte recht gehabt. Aber seine Warnungen waren in den Wind geschlagen worden. Man hätte, und darin waren mit ihm viele Polizisten einig, Lorenz opfern müssen, um die Unnachgiebigkeit des Staates zu manifestieren. Auch Ponto sei als Entführungsopfer gedacht gewesen. Dadurch, dass er sich so vehement gewehrt habe, sei ihm viel erspart geblieben. Posthumer Trost für den toten Bankier. »Keiner hat auf mich gehört«, schimpfte Herold, »und nun haben wir den Salat.«

Die hinteren Fenster des VW-Busses waren mit Gardinen verhängt, aber in der Eile der Flucht hatten die Entführer vergessen, die Vorhänge zuzuziehen. In rasender Fahrt ging es weiter zur Tiefgarage des Hochhauses am Wiener Weg, in dem der Mercedes für die Weiterfahrt wartete. Der Parkplatz nebenan war besetzt, und so mussten sie mit dem Bully ein Stück weiter entfernt parken und den halb betäubten Arbeitgeberpräsidenten zum Mercedes schleppen. Zwischen hinterer Sitzbank und Kofferraum hatten sie ein Luftloch in die Trennwand geschnitten. Sie verstauten Schleyer im Kofferraum, und Stefan Wisniewski legte sich zu ihm, die Pistole im Anschlag. Boock setzte sich ans Steuer, Sieglinde Hofmann rutschte auf den Beifahrersitz, und Willy Peter Stoll legte sich auf die Rückbank. Es sollte so aussehen, als befänden sich nur zwei Leute in dem Fahrzeug.

Sie waren schon fast aus der Tiefgarage herausgefahren, da fiel Sieglinde Hofmann ein, dass sie vergessen hatten, den Zettel mit der vorbereiteten

RAF-Erklärung im VW-Bus abzulegen. Sie setzten zurück und deponierten das Papier im Wagen. Schleyer, so hieß es darin, sei von einem Kommando der RAF entführt worden, weitere Erklärungen und Forderungen würden folgen. Dann rasten sie davon, Richtung Erftstadt-Liblar.

Als sie in die Tiefgarage des Hochhauses Zum Renngraben 8 fuhren, fragte einer nach hinten: »Alles okay? Ist die Luft in Ordnung?« Stoll gab die Frage in den Kofferraum weiter. Dort sollten Schleyer und sein Bewacher noch zwei Stunden verharren, bis sie zu späterer Stunde ins »Volksgefängnis« gebracht wurden. Als Schleyer sich regte, wollte Wisniewski ihm eine zweite Betäubungsspritze setzen. Doch der Entführte sagte, er wolle keine weitere Spritze, er würde auch so absolut still sein. Wisniewski war einverstanden, warnte ihn jedoch: »Ich liege mit geladener Knarre hinter dir. Bilde dir nicht ein, du könntest hier lebend rauskommen. Wenn du Krach machst, gehen wir beide drauf.«

Boock, Sieglinde Hofmann und Stoll fuhren im Aufzug in den dritten Stock. Dort, in dem sorgsam für die Entführung vorbereiteten Appartement 104, wartete Brigitte Mohnhaupt auf das Kommando und sein Opfer. In der Dreizimmerwohnung war ein Raum als bürgerliches Wohnzimmer eingerichtet, der andere als Schlafzimmer. Hier sollte Schleyer untergebracht werden. Im Kinderzimmer hatten sie ein paar Luftmatratzen zwischen leeren Kartons und Gerümpel ausgebreitet.

Boock musste dringend auf die Toilette und sagte im Vorbeigehen zu Stoll: »Mein Gott, so was machst du aber nicht noch mal.« Er meinte damit den Sprung in seine Schussbahn. Plötzlich merkte er, wie seine Hände flatterten. Er blickte nach unten und wunderte sich, wie schnell sie zitterten. Er fror, seine Finger waren eiskalt, obwohl es in der Wohnung stickig warm war.

Später legte er sich auf eine der Luftmatratzen und regte sich für eine Stunde nicht. Noch verstörter als er war Willy Peter Stoll. Boock schien es, als stünde der völlig unter Schock. Vielleicht, weil er selbst von seinem Genossen fast erschossen worden war, vielleicht aber auch, weil er mit seiner Flinte Schleyers Begleiter zusammengeschossen hatte. Er erholte sich nie wieder davon, und Boock hatte später manchmal den Eindruck, als habe Stoll über dieser Aktion den Verstand verloren. Willy Peter Stoll wurde 1978 bei einem Festnahmeversuch in Düsseldorf von Polizisten erschossen.

Eine gute Stunde nach Mitternacht holten sie Schleyer aus dem Kofferraum und brachten ihn nach oben. Die Betäubung war abgeklungen, und der entführte Arbeitgeberpräsident, bleich und zittrig, konnte selbst

gehen. Gehorsam folgte er allen Befehlen. Sie platzierten eine zusätzliche Matratze neben dem Ehebett im Schlafzimmer auf dem Fußboden und wiesen Schleyer an, sich darauf zu legen. Unter den Betten hatten sie Mikrofone versteckt und durch Leitungen mit einem Tonbandgerät in der Küche verbunden. Es sollte die gesamte Zeit mitlaufen und jede Äußerung Schleyers aufzeichnen. Wie im »Volksgefängnis« üblich, wollten sie ihr Opfer später auch noch vernehmen. Der Fernseher war permanent angeschaltet. Um 21.30 Uhr sahen sie Bundeskanzler Schmidt in der ARD: »Während ich hier spreche, hören irgendwo sicher auch die schuldigen Täter zu. Sie mögen in diesem Augenblick ein triumphierendes Machtgefühl empfinden. Aber sie sollten sich nicht täuschen. Der Terrorismus hat auf Dauer keine Chancen, denn gegen den Terrorismus steht nicht nur der Wille der staatlichen Organe, gegen den Terrorismus steht der Wille des gesamten Volkes.«

Die Wohnung hatte eine Fläche von 77,66 Quadratmetern. Eine Frau Lottmann-Bücklers hatte sie am 18. Juli 1977 aufgrund einer Zeitungsanzeige gemietet. An Ort und Stelle füllte sie eine sogenannte Selbstauskunft aus. Sie sei am 13. Oktober 1956 geboren und von Beruf Modeschneiderin. Die Daten wurden nicht überprüft.

»Frau Lottmann-Bücklers« hatte auch die Wohnung eingerichtet. Die Schrankwand kostete 998 Mark, die Schlafzimmereinrichtung 1969 Mark, wovon sie 1469 Mark in bar anzahlte. Bei Hertie kaufte sie einen Kühlschrank und einen Elektroherd für zusammen 583 Mark und zahlte ebenfalls in bar. Dazu einen Fernseher der Marke »Samurai« und einige Kleinigkeiten, darunter eine Fußmatte mit Hirschmotiv. Solche waidmännisch gestalteten Fußmatten entdeckten Fahnder später in einer ganzen Reihe konspirativer Wohnungen und schlossen auf eine Anspielung auf den damaligen Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Burkhard Hirsch.

Die Entführer hatten im Einbauschrank (160 Zentimeter breit, 71 Zentimeter tief, 250 Zentimeter hoch) des Flures ein mit Schaumstoff ausgeschlagenes Verlies konstruiert, darin ein Stuhl und eine Kette. Boock zeigte Schleyer die dunkle Kiste und sagte: »Da hört dich niemand. Wenn du dich nicht normal verhältst, setzen wir dich da rein. Dann ist Ruhe im Salon.«

Peter-Jürgen Boock betonte später, Schleyer sei nie in den Schrank gesperrt worden. Doch die Auswertung der an den Schaumstoffteilen gesicherten Haare ergab, dass 108 der 190 Haarspuren mit den Vergleichskopfhaaren Schleyers übereinstimmten. Die Erbauer dieses

Verlieses waren dieselben, die immer die »Isolationsfolter« in den Gefängnissen angeprangert hatten.

2.
Eine gründliche Durchsuchung

Die Nachricht von Schleyers Entführung konnten die Häftlinge in Stammheim mit ihren Rundfunkgeräten empfangen. Auch die ZDF-Sendung »heute«, die um 19.23 Uhr über die Entführung berichtete, verfolgten die RAF-Gefangenen auf ihren Fernsehern in den Zellen.

Erst als um 20.00 Uhr die »Tagesschau« lief, schlossen Vollzugsbeamte die Zellen auf und nahmen den Häftlingen Radios und Fernseher ab. Eine Stunde später wurden Baader, Ensslin und Raspe in andere Zellen im siebten Stock verlegt. Eine Gruppe von Beamten des Landeskriminalamts Stuttgart hatte den Auftrag erhalten, die Stammheimer BM-Zellen zu durchsuchen. Bundesanwalt Widera leitete den Einsatz.

Zwei LKA-Beamte begannen in Jan-Carl Raspes Zelle. Zunächst hatten sie Schwierigkeiten, denn die Beleuchtung in der Zelle funktionierte nicht. Sie ließen sich eine Tischlampe bringen. Die Zelle war unordentlich. Im Uhrzeigersinn überprüften die Polizeibeamten den chaotisch herumliegenden Zelleninhalt. Außer einer Glühbirne, die zwischen den Büchern in einem Regal lag, entdeckten sie nichts, was – so das Protokoll – »auf sonstige strafbare Handlungen hingedeutet hätte«.

Die Glühbirne wurde einem Anstaltsbediensteten übergeben. Kurz bevor die beiden Beamten mit der Aktion fertig waren, wurde einer von ihnen abgezogen, weil es in Stuttgart noch mehr zu tun gab: eine Razzia im Rechtsanwaltsbüro Croissant.

Drei Beamte hatten in dieser Nacht die Zelle Andreas Baaders zu durchsuchen. Auch hier schummriges Licht, das nicht einmal zum Lesen gereicht hätte. Schließlich brachten Vollzugsbeamte eine Stehlampe. Damit konnten die Polizisten lesen, was sie in den Lichtkegel hielten. Die Zelle blieb dunkel. Die Beamten setzten eine Neonröhre in die Fassung an der Decke. Sie brannte nicht.

Einer der Beamten durchsuchte die Toilette, das Waschbecken und den Bereich, in dem Lebensmittel herumstanden. Ein anderer nahm das Bett

vollständig auseinander. Darunter fand er Werkzeuge aller Art, einen Schraubenzieher sowie eine Menge Stecker und Kabel. Ein Radio und einen Plattenspieler aus Baaders Zelle übergaben die LKA-Beamten der Anstaltsleitung mit der Bitte um genaue Prüfung.

Wie der Hauptkommissar Josef Ring später zu Protokoll gab, wurde eine »gründliche Durchsuchung« vorgenommen. »Ich ordnete ausdrücklich an: die Durchsuchung sämtlicher Bücher, sämtlicher im Raum befindlicher Gegenstände, die Durchsuchung des gesamten Mobiliars. Das Absuchen der Wände ordnete ich nicht ausdrücklich an. Dies gehört aber selbstverständlich zu einer gründlichen Durchsuchung. Dies wussten meine Kollegen.«

Persönlich überprüfte der Einsatzleiter in Andreas Baaders Zelle den Inhalt von etwa fünfzig Gewürzbehältern.

Lediglich die bewohnten Zellen wurden einer Kontrolle unterzogen, nicht aber die anderen leer stehenden Zellen im Hochsicherheitstrakt. Wie »gründlich« die Zellen untersucht worden waren, zeigte sich sechs Wochen später.

Außer einer Lampe, die sich Andreas Baader aus einer Thermoskanne gebaut hatte, wurde in dieser Nacht nichts beschlagnahmt.

Baader hatte in seinen vier Regalen 974 Bücher und 75 Langspielplatten. Eine Mundharmonika, eine Schreibmaschine »Olivetti«, einen Kasten Wasserfarben »Pelikan«, zwei Sonnenbrillen, Haarspray, Lidschatten, zwei Pelzmäntel, einen Elektrowecker mit Batterien, einen Plattenspieler mit Verstärker und Lautsprecherboxen, zahlreiche Medikamentenröhrchen, Gewürze, Bestecke, Teller …

Jan-Carl Raspe besaß ebenfalls einen Plattenspieler, dazu Kabel und Elektrozubehör, über dessen Bedeutung sich die Zellendurchsucher keine Gedanken machten. Auch ein Mikrofon war dabei. Hustensaft, Gewürze, Essig, Backpulver, Soluvetan-Magentee, Elektrokocher … Dazu 550 Bücher, fast ausschließlich politische und historische Werke.

In Gudrun Ensslins Zelle fanden die Beamten Lebensmittel wie Kakao, Haferflocken, Rosinen, Senf, Waschmittel, Tabak »Samson« zum Selbstdrehen, Zwieback, einen Mum-Deoroller, einen Rasierapparat »Schick«, Augenbrauenstift, Elektrokocher, Schreibmaschine, Teeei, Parfumfläschchen, Plattenspieler, blaue Zahnbürste, eine Geige mit Notenständer …

Gudrun Ensslin hatte etwa 450 Bücher in ihrer Zelle, darunter zahlreiche Werke von Lenin und Marx, aber auch Willy Brandts »Begegnungen und Einsichten«, Heinrich Hannovers »Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht«, Thomas Szasz' »Geisteskrankheit, ein moderner Mythos?«, Hans Magnus Enzensbergers »Der kurze Sommer der Anarchie« und Bertolt Brechts Lehrstücke, darin enthalten »Die Maßnahme«, die neben »Moby Dick« zur Standardlektüre der RAF-Gefangenen gehörte.

Die Zellendurchsuchungen wurden um 2.45 Uhr beendet.

3.
Die harte Linie
(Dienstag, 6. September 1977)

In der »heute«-Sendung des ZDF war bekannt gegeben worden, die Polizei fahnde nach einem weißen VW-Bus mit dem Kennzeichen K – C 3849. Um 19.45 Uhr meldete sich der Hausmeister eines Wohnblocks am Wiener Weg 1b in Köln. In der Tiefgarage stehe der gesuchte Wagen. Ein Polizeikommando öffnete den Bus mit Hilfe einer Seilwinde, weil man befürchtete, der VW könnte vermint sein. Im Innern des Wagens fanden die Beamten die Kopie eines Schreibens an die Bundesregierung, in dem sie aufgefordert wurde, unverzüglich alle Fahndungsmaßnahmen zu unterlassen – »oder wir erschießen Schleyer sofort, ohne dass es zu Verhandlungen über seine Freilassung kommt«.

Die Polizei durchkämmte das Hochhaus auf der Suche nach einer konspirativen Wohnung. Eines der Appartements war von einer »Lisa Riess« gemietet worden, ihr gehörte auch der Tiefgaragenplatz 127, auf dem der VW-Bus stand. Gegen Mitternacht wurde ein aus Nordirland importierter Minipanzer mit Scheinwerfer, Videokamera und Schnellfeuergewehr vor der Wohnung in Stellung gebracht.

Polizeibeamte sprengten die Tür auf und steuerten den Panzer über Funk durch die Wohnung. Das Appartement war leer bis auf eine Luftmatratze, ein Funksprechgerät, einen Stuhl und eine Nachttischlampe.

Die Entführer hatten kreislaufstabilisierende Mittel bereitgelegt, um den robusten, aber immerhin schon 62-jährigen, korpulenten Arbeitgeberpräsidenten im Notfall versorgen zu können. Auch ein Arzt stand auf Abruf bereit. Nahrungsmittelvorräte waren angelegt worden, sodass sie die Wohnung über Tage nicht verlassen mussten. Für Schleyer hatten sie Babynahrung besorgt, der ganze Kühlschrank stand davon bis oben voll. »Bevorzugt Alete-Kinderkost«, erklärte Boock später, »weil die jeder verträgt, auch wenn er einen kaputten Magen hat oder vor Aufregung nur so kotzt.«

Die Gruppe hatte vorher einen genauen Plan festgelegt, wer Schleyer wann bewachen sollte. Nach den Erfahrungen langer Geiselhaft, so hatten sie aus der Literatur erfahren, könnte eine übergroße Nähe und Vertrautheit zwischen Bewachern und dem Bewachten entstehen. Deshalb sollten die Wächter ständig wechseln. Sie hatten damit gerechnet, dass Schleyer sehr widerspenstig auf ihre Anweisungen reagieren würde, und waren verblüfft, wie kooperativ er war. »Er hat in wohlverstandenem Eigeninteresse mitgedacht und uns auch auf Fehler aufmerksam gemacht«, sagte Boock. »Gleichwohl hat er von Anfang an gesagt, er würde uns keine Informationen geben, die geeignet wären, die Sicherheit der Bundesrepublik in irgendeiner Weise zu tangieren. Er würde sich auch nicht dazu hergeben, sozusagen Teil der Erpressung der Bundesregierung zu werden.«

Der Erste aus dem Entführerkommando, der abgelöst werden sollte, war Willy Peter Stoll. Am Morgen erschien Adelheid Schulz im Versteck Zum Renngraben.

»Wo ist er denn?«, fragte sie Brigitte Mohnhaupt. Die zeigte auf das Schlafzimmer: »Da.«

Adelheid Schulz öffnete die Tür und sagte im breitesten Schwäbisch: »Des hattste net gedacht, dass de disch ma im Volksgefängnis wiederfindest.«

Schleyer blickte sie wie eine Geisteserscheinung an, und Peter-Jürgen Boock konnte sich vor Lachen kaum noch halten.

Schon am ersten oder zweiten Tag begannen die Entführer mit ihren »Vernehmungen«, die mit der in Schleyers Zimmer installierten Tonaufnahmeanlage aufgezeichnet wurden. Sie hatten eine bestimmte Dramaturgie vorbereitet, nach der sich belanglose, aber überprüfbare Themen mit harten Fragen abwechseln sollten. So wollten sie herausfinden, ob Schleyer ihnen die Wahrheit sagte oder ob er versuchte, sie aufs Glatteis zu führen. Was sie aber eigentlich erfahren wollten, wussten sie selber nicht. Schleyer hielt ihnen deshalb so etwas wie Volkshochschulkurse über Management und Wirtschaft. Bei manchen Fragen schüttelte er nur den Kopf: »Also, Leute, die Vorstellungen, die ihr da habt, die sind ja nun sehr geprägt von eurer Einstellung.«

Die Verhöre wurden prinzipiell zu zweit gemacht. Einer fragte, und der andere überwachte das Gespräch aus dem Hintergrund und mischte sich nur gelegentlich ein. Den ursprünglich geplanten harten Kurs in den Verhören hielten sie nur am ersten Tag durch. »Der Typ«, so Boock, »entsprach in

keiner Weise unseren Klischees und unseren Vorstellungen über ihn.« Schleyer war jovial, machte Witze, erzählte von seiner Kriegsgefangenschaft und dass er ja nicht das erste Mal eingesperrt sei. Nur wenn die Rede auf seine Nazivergangenheit kam, wirkte er, zumindest in den Augen Boocks, wirklich betroffen.

Zur Verrichtung der Notdurft hatten sie ursprünglich ein Chemieklosett für ihn vorgesehen. Doch dann ließen sie ihn auf die normale Wohnungstoilette: »Aber versuch nicht, zur Tür rauszukommen. Erstens schaffst du das sowieso nicht, und zweitens ist immer jemand mit der Knarre da. Wenn du auch nur Piep sagst, dann war's das. Und wenn wir alle dabei draufgehen. Du hast gesehen und erlebt, was wir für ein Risiko eingegangen sind, dich zu kriegen. Mach dir keine Illusionen.«

Auch Schleyer duzte seine Entführer bald. Er erkannte Christian Klar und ein oder zwei andere aus dem Kommando. Boock war ihm unbekannt, und er fragte ihn ein paar Mal nach seinem Namen, doch der gab ihn nicht preis. Anfangs hatten die Entführer ihre Gesichter hinter Kapuzen verborgen, das wurde ihnen jedoch schnell zu unbequem, und sie traten Schleyer unmaskiert gegenüber.

Die Gruppenmitglieder fühlten sich sicher, denn sie hatten nichts zu verlieren. Entweder die Sache lief, oder sie waren tot. Dazwischen gab es nur noch die Verhaftung. Aber auch das Gefängnis war für sie gleichbedeutend mit dem Tod.

In der Nacht wurden die Erklärungen für die Bundesregierung und Presse verfasst. Das war vor allem Sache der Frauen. Über Monate hatten sie für die Aktion der Aktionen einen genauen Kommunikationsplan ausgeklügelt. Leute, auf die man sich verlassen konnte, gab es genug. Die feste Basis bestand aus etwa 25 Hilfskräften, die zu allem bereit waren und nur darauf warteten, in den engeren Kreis aufgenommen zu werden.

Niemand durfte alles wissen, Arbeitsteilung außerhalb des »inner circle« war alles. Wurde der Hydra ein Kopf abgeschlagen, wuchs ein anderer nach.

Es war das Jahr sieben nach der Baader-Befreiung. Sieben Jahre Zeit hatte die RAF gehabt, um ihren Mitgliedern das Knowhow des Untergrundkampfes beizubringen: schießen, Banken überfallen, Papiere fälschen, konspirative Wohnungen mieten, Kommunikation aufrechterhalten. In sieben Jahren kann man eine Menge lernen.

Das Entführerkommando hatte eine Stadtrandsiedlung ausgesucht, in der es besonders viele Telefonzellen gab. Man konnte die verschiedenen Anrufe von immer wieder anderen Zellen aus machen. Schaltstelle war eine Kneipe in Düsseldorf. Es wurde ein Wort übermittelt, das dann an eine andere Person weitergegeben wurde. Diese durfte Kontakt zum engeren Kreis aufnehmen und wurde in die Nähe von Erftstadt-Liblar bestellt, um eine Nachricht entgegenzunehmen.

Den Boten schickten sie zu einem Pfarrer nach Wiesbaden, um dort einen Brief abzulegen. Wiesbaden, die Stadt, in der das BKA residierte, hatten sie mit Bedacht ausgewählt: »Wir wollten ihnen zeigen«, so Boock, »dass wir keine Angst und keinen Respekt vor ihrer Fahndung haben. Deshalb gleich Wiesbaden zur Eröffnung. Wir fahren direkt vor ihre Haustür und werfen es da ein. Wir können uns bewegen, wie wir wollen.« Auch der Pastor war mit Absicht ausgesucht worden: »Die sind für so was bestens geeignet und machen das relativ zuverlässig.«

Drei oder vier Personen waren für die Nachrichtenübermittlung abgestellt worden. Sie erfuhren immer nur kurz vorher, dass sie etwas transportieren sollten, aber nie, was. Es waren auch immer unterschiedliche Personen, die eine Nachricht vom Kommando abholten und die eine Nachricht irgendwo ablieferten. Selbst wenn der Kurier bei der Sendungsabgabe verhaftet worden wäre, hätte er nie sagen können, von wo die Sendung abgeschickt worden war.

Horst Herold ließ sich in Höchstgeschwindigkeit aus Bayern nach Bonn chauffieren. Dort traf er noch in der Nacht Bundeskanzler Schmidt. Dann ging es zur BKA-Zentrale nach Wiesbaden. Von dort kehrte er völlig übermüdet, aber ausgerüstet mit umfangreichen Fahndungsvorschlägen, deren Einzelheiten er aus seinem BKA-Computer abgerufen hatte, nach Bonn zurück.

»Ich war eigentlich nur erfüllt von dem Gedanken, die Sache zu einem vernünftigen Ende zu bringen, eiskalt, eiskalt«, erinnerte sich Herold später, »während die anderen aufgelöst waren, auch der Schmidt war eigentlich fix und fertig, und der Maihofer und der Vogel und alle. Aber ich überhaupt nicht.«

Ein Nachgeben, darin waren sich die beiden ehemaligen Wehrmachtsoffiziere Helmut Schmidt und Horst Herold einig, kam nicht in Frage. Herold spielte auf Zeitgewinn, er wollte die Entführer hinhalten, sie

dadurch zwingen, ihm Informationen zu liefern, mit denen er seinen Computer füttern konnte, um mosaikartig ein Bild der Entführer zusammenzusetzen und schließlich Hinweise auf das Versteck des Entführten zu erhalten.

»Von Stunde zu Stunde«, sagte Herold später, »wurde das Bild der Attentäter klarer. Es war ja alles so vollkommen klar. Man wusste alles, man musste sie nur kriegen, das ist der einzige Punkt. Früher war es ja so, dass, wenn man einen Mörder suchte, die Schwierigkeit darin bestand, nicht zu wissen, wer es war. Wenn man mal wusste, wer es war, dann hatte man ihn gleich. Aber hier war es ganz umgekehrt. Das war die neuartige Erfahrung sozusagen.«

Herold schlug vor, den im Tatfahrzeug gefundenen Brief nicht zu veröffentlichen, um so die Entführer zu einer neuen Mitteilung zu zwingen.

Am Nachmittag des 6. September fand die Tochter eines evangelischen Dekans in Wiesbaden im Briefkasten einen Umschlag »an die Bundesregierung«. Sie legte ihn ungeöffnet auf den Schreibtisch ihres Vaters. Zwanzig Minuten später kam der Dekan nach Hause und öffnete den Brief. Er warf einen Blick darauf. Das Telefon klingelte, und ein Unbekannter meldete sich: »In Ihrem Briefkasten liegt ein Brief an die Bundesregierung. Leiten Sie ihn weiter.« Dann hängte der Anrufer ein. Der Dekan rief die Polizei in Wiesbaden und das Bundeskriminalamt an, das den Brief sofort abholen ließ. In dem Umschlag steckten zwei Fotos von Schleyer, eins zeigte ihn vor dem Zeichen der »RAF« mit dem Schild »Gefangener der RAF«. Das Zweite war ein Privatfoto, das der Entführte offenbar bei sich getragen hatte.

In dem Brief stand: »am montag, den 5.9.77 hat das kommando siegfried hausner den präsidenten des arbeitgeberverbandes und des bundesverbandes der deutschen industrie, hanns martin schleyer, gefangengenommen.«

Die Entführer verlangten: »sofortige einstellung aller fahndungsmaßnahmen – oder schleyer wird sofort erschossen.« Als Bedingung für die Freilassung forderten sie:

»1. die gefangenen aus der raf, andreas baader, gudrun ensslin, jan-carl raspe, verena becker, werner hoppe, karl-heinz dellwo, hanna krabbe, bernd rösner, ingrid schubert, irmgard möller werden im austausch freigelassen und reisen in ein land ihrer wahl. günter sonnenberg, der seit seiner festnahme wegen seiner schussverletzung haftunfähig ist, wird sofort freigelassen. sein haftbefehl wird aufgehoben …

2. die gefangenen sind bis mittwoch, 8 uhr früh, auf dem flughafen in

frankfurt zusammenzubringen … um 10 uhr vormittags wird einer der gefangenen das kommando in direktübertragung durch das deutsche fernsehen über den korrekten ablauf ihres fluges informieren …«

Als »garantie für das leben der gefangenen« während des Transports schlugen die Entführer vor, »payot, den generalsekretär der internationalen föderation für menschenrechte bei der uno«, sowie Pfarrer Niemöller mit auf die Reise zu schicken. Jedem Gefangenen sollte eine Million Mark mitgegeben werden.

»wir gehen davon aus«, hieß es im Schlusssatz des Schreibens, »dass schmidt, nachdem er in stockholm demonstriert hat, wie schnell er seine entscheidungen fällt, sich bemühen wird, sein verhältnis zu diesem fetten magnaten der internationalen wirtschaftscrème ebenso schnell zu klären.«

Beigelegt war noch ein handschriftlicher Brief Schleyers: »Mir wird erklärt, dass die Fortführung der Fahndung mein Leben gefährde. Das Gleiche gelte, wenn die Forderungen nicht erfüllt und die Ultimaten nicht eingehalten würden. Mir geht es so weit gut, ich bin unverletzt und glaube, dass ich freigelassen werde, wenn die Forderungen erfüllt werden. Das ist jedoch nicht meine Entscheidung. Hanns Martin Schleyer.«

Den Text hatten ihm die Entführer diktiert. Bei einigen Formulierungen hatte er gezögert und gesagt: »Das klingt aber nicht so, als wenn ich das gemacht habe.«

»Wie hättest du es denn gesagt?«

Schleyer machte einen Vorschlag.

»Na, wunderbar, dann schreib es auch so.«

Vor allem versuchte der entführte Arbeitgeberpräsident den Eindruck zu vermeiden, er wolle die Bundesregierung auffordern, der Erpressung nachzugeben. Nur zu indirekten Formulierungen war er bereit. Die Entführer waren damit einverstanden.

Kurz nach 19.00 Uhr stürmte Bundeskanzler Schmidt in das Büro des Oppositionsführers im Bonner Bundeshaus: »Herr Kohl, ich muss Sie mal unter vier Augen sprechen.« Kohls Mitarbeiter verließen wortlos den Raum. Schmidt schilderte in knappen Worten den Inhalt des Entführerschreibens und stimmte seine Taktik mit dem CDU-Chef ab:

Zunächst alles auf Zeitgewinn setzen; ein Austausch sollte um jeden Preis vermieden werden. Kohl war mit der harten Linie einverstanden. Was das bedeutete, umriss der SPD-Abgeordnete Peter Corterier noch am selben

Abend in einem Interview mit der britischen Rundfunkgesellschaft BBC:

»Glauben Sie, dass Herr Schmidt sich einem Erpressungsversuch der Terroristen beugen wird?«, fragte der Reporter.

»Es wird für ihn eine sehr schwere Entscheidung sein«, antwortete der Abgeordnete. »Ich bin wie die meisten von uns der Meinung, dass er sich auf keinerlei Erpressung einlassen kann.«

»Selbst wenn das bedeutet, dass Herr Schleyer getötet wird?«

»Ja, ich glaube, ein Nachgeben ist unmöglich.«

Für 23.30 Uhr hatte der Bundeskanzler den Großen Krisenstab einberufen. Schmidt wollte seine Entscheidungen durch die Zustimmung der Oppositionspolitiker in Bund und Ländern absichern; auch wenn ihm in dieser Runde eigentlich »viel zu viel gequasselt« wurde.

Im Großen Krisenstab waren die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien, Brandt, Kohl und Strauß, die Fraktionsvorsitzenden Wehner und Mischnick, Genscher als Parteivorsitzender und Mitglied der Bundesregierung, Zimmermann als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag. Außerdem die Regierungschefs der vier Bundesländer, in denen RAF-Häftlinge einsaßen, deren Freilassung erpresst werden sollte: Ministerpräsident Filbinger, Baden-Württemberg, Goppel, Bayern, Kühn, Nordrhein-Westfalen, und der Erste Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, Klose. Dazu die Mitglieder der »Kleinen Lage«, des engsten Beraterstabes des Bundeskanzlers, Justizminister Vogel, Staatsminister Wischnewski, Staatssekretär Schüler, Regierungssprecher Bölling. Schließlich noch BKA-Präsident Herold und Generalbundesanwalt Rebmann.

Schmidt erklärte die Lage nach der Schleyer-Entführung. Er skizzierte, was bisher veranlasst worden war, so etwa, in der vorangegangenen »Tagesschau« melden zu lassen, der Entführerbrief sei so spät eingegangen, dass der Termin für die Veröffentlichung nicht eingehalten werden konnte. Zum Schluss fasste der Bundeskanzler die von ihm angestrebte Strategie zusammen: »Die Geisel Hanns Martin Schleyer lebend zu befreien, die Entführer zu ergreifen und vor Gericht zu stellen, die Handlungsfähigkeit des Staates und das Vertrauen in ihn nicht zu gefährden; das bedeutet auch: die Gefangenen, deren Freilassung erpresst werden soll, nicht freizugeben.«

Die überparteiliche Runde stimmte dem Kanzler zu. Als erster Schritt sollten alle RAF-Gefangenen untereinander und nach außen hin vollkommen isoliert werden. Für eine solche »Kontaktsperre« gab es zwar keine

Rechtsgrundlage. Zur Abwehr einer »gegenwärtigen Lebensgefahr« sei sie aber geboten und nach dem »Rechtsgedanken des rechtfertigenden Notstandes erlaubt«.

Von diesem Zeitpunkt an waren alle RAF-Gefangenen vollständig isoliert; sie durften auch keinen Verteidigerbesuch empfangen.

4.
Eine Kommunikationsanlage

In Stammheim war am Vormittag ein Sachverständiger des Landeskriminalamts, ein Ingenieur, eingetroffen. Ihm wurden Lautsprecher, Verstärker und Plattenspieler gezeigt, die den Gefangenen am Vorabend abgenommen worden waren. Der Ingenieur Nabroth untersuchte die Geräte, entdeckte aber – angeblich – nichts Verdächtiges. Dabei konnte, wie sich nach dem Tod der Häftlinge herausstellte, schon ein Laie erkennen, dass die Verstärker erheblich manipuliert waren.

Die Geräte wiesen mehr oder weniger primitive Lötstellen auf, aus denen klar ersichtlich war, dass die Anlagen nicht nur zum Musikempfang benutzt wurden, sondern auch für die Kommunikation der Gefangenen untereinander.

Der sachverständige LKA-Ingenieur gab die Geräte frei.

Sie wurden den Gefangenen wieder in die Zellen gebracht.

Dass der Ingenieur von den Veränderungen in den Geräten nichts bemerkt haben wollte, ist rätselhaft. Rundfunkgeräte der Häftlinge wurden zum Beispiel vor der Aushändigung technisch immer so eingestellt, dass kein UKW-Empfang damit möglich war. Ein UKW-Teil im Radio ist durch kleine Veränderungen verhältnismäßig leicht in einen Sender umzubauen. Umso erstaunlicher ist, dass sich ein Ingenieur des Landeskriminalamtes die Verstärker nicht auf solche Manipulationen hin angesehen haben will oder diese nicht bemerkte. Nichts anderes, als das zu untersuchen, wäre seine Aufgabe gewesen.

Wenn aber stimmt, was der Sachverständige später selbst sagte, dass er nämlich nur *einen* Verstärker und zwei Lautsprecher ergebnislos untersucht habe, dann bleibt die Frage, warum er eigens anreiste, um nur eines von mehreren Geräten zu prüfen.

Einen Sinn erhält dieser mysteriöse Vorgang, wenn unterstellt wird, dass die Kommunikationsanlage im siebten Stock längst entdeckt worden war, man die Gefangenen aber weiter miteinander sprechen lassen wollte, um zu erfahren, welche Pläne sie erörterten.

Über die Jahre ihres gemeinsamen Aufenthaltes im siebten Stock hatten sich Gefangene und Wärter einigermaßen kennengelernt. Horst Bubeck etwa wusste, dass Jan-Carl Raspe, dem Gudrun Ensslin den Namen »Zimmermann« gegeben hatte, über ungewöhnliches handwerkliches Geschick verfügte. Einmal hatte er aus einer Tablette eine Plombe nachgemacht, mit der sein Radio versiegelt war und mit der man verhindern wollte, dass Raspe den UKW-Teil zum Sender umbaue. Raspe hatte nicht gewusst, dass vorher Teile entnommen worden waren, sodass ein Umbau unmöglich war, und versuchte es trotzdem. Die Plombenattrappe fiel über Monate keinem der Beamten als Fälschung auf. »Vom Aussehen her hundertprozentig«, sagte Bubeck später anerkennend.

Die Vollzugsbediensteten und Beamten des Landeskriminalamtes, die oftmals die Zellen durchsucht hatten, wussten auch, dass vor allem Raspe eine Menge Elektrobauteile, Kabel, Stecker usw. besaß. Sogar ein Mikrofon war bei ihm entdeckt worden. Er durfte es behalten. Die Beamten hatten angeblich keine Ahnung, was die Gefangenen mit diesen Dingen anstellten.

Erst nach dem Tod der Häftlinge im siebten Stock rekonstruierten Kriminalbeamte und ein Ingenieur der Bundespost, wozu die Gefangenen all das verwendet hatten.

Dabei hätte man in der Vollzugsanstalt gewarnt sein müssen. Denn schon drei Jahre zuvor hatten findige Häftlinge in Stammheim ein Kommunikationssystem von Zelle zu Zelle entwickelt. Dazu hatten sie das Leitungssystem, über das in der Anstalt bis 22.00 Uhr Rundfunkprogramme in die Zellen übertragen wurden, nachts angezapft und ein eigenes Programm von einem Radio und einem Kassettenrecorder eingespeist: »Heute, liebe Hörer, einige Tipps für Sie. Hängt Ihnen das eintönige Essen zum Hals heraus, können Sie zu wenig Sport treiben oder haben Sie andere Nöte, beschweren Sie sich und schreiben Sie unaufhörlich. Je mehr, je besser … Für heute sagt Ihnen tschüss, Ihr Stammheim III.«

Als die Vollzugsbeamten den Standort und die Arbeitsweise der Stammheimer Rundfunkpiraten entdeckt hatten, wurde das Leitungssystem nachts kurzgeschlossen. Damit war es nicht mehr zum Schwarzfunk geeignet.

Ein Beamter, der Werkmeister Halouska, war 1974 daran beteiligt, den inhaftierten Programmmachern das Handwerk zu legen.

Drei Jahre später, im Sommer 1977, klemmte Halouska auf Wunsch der Gefangenen Irmgard Möller und mit Wissen der Anstaltsleitung die Rundfunkdrähte in ihrer Zelle vom Haussystem ab. Damit wurde die

nächtliche Erdung wirkungslos, und die Leitungen im siebten Stock konnten heimlich benutzt werden.

Die Drähte verliefen von Irmgard Möllers Zelle bis zum hinteren Ende des Traktes, wo Gudrun Ensslin in Nummer 720 saß, von dort aus weiter über den Flur bis zu Andreas Baaders Zelle 719, die gegenüber lag. Raspe war von Baader durch das Treppenhaus getrennt, konnte also über das Lautsprecherkabel, das dort unterbrochen war, nicht erreicht werden.

Allerdings gab es ein zweites Leitungsnetz durch den Hochsicherheitstrakt, die Wechselstromleitung für den sanitären Bereich, die parallel zur normalen Stromversorgung der Zellen verlief. Diese Leitung war für Trockenrasierer gedacht und führte nur zu bestimmten Zeiten Strom. Bei abgeschalteter Elektrizität konnten auch die Rasierleitungen für Kommunikation benutzt werden. Diese Leitungen auf beiden Seiten des Traktes waren nicht miteinander verbunden. Erst die Koppelung der Rundfunkdrähte mit dem Rasierstromnetz ermöglichte eine Kommunikation durch den ganzen Trakt. Es musste lediglich eine »Brücke« zwischen beiden Systemen geschlagen werden. Möglich war das in Baaders Zelle, der 719, und der Zelle 718. Dafür passende Verbindungskabel wurden dort nach dem Tod des Gefangenen gefunden.

Alle Häftlingszellen im Hochsicherheitstrakt waren so miteinander verkabelt. Für eine funktionierende Gegensprechanlage mussten nur noch Sender und Empfänger angeschlossen werden.

Diese gab es in jeder Zelle: Die Verstärker und Lautsprecher der Stereoanlagen, die sowohl mit Netzanschluss als auch mit Batterien betrieben werden konnten. Die Gefangenen hatten die Geräte auch während der Kontaktsperre behalten dürfen.

Jeden Lautsprecher und Kopfhörer kann man als Mikrofon benutzen, wenn man ihn entsprechend anschließt. Energie lieferte ein dazwischengeschalteter Verstärker.

Nach dem Tod der Häftlinge fanden Ingenieure derart manipulierte Geräte in den Zellen. Sie stellten fest, dass es bei einiger Übung innerhalb von zehn bis sechzig Sekunden möglich war, mit den in den Zellen vorhandenen Materialien eine perfekte Gegensprechanlage aufzubauen. Einen anderen Schluss ließen die an Lautsprechern, Verstärkern und Leitungen vorgenommenen Veränderungen nicht zu.

Der Postingenieur Otto Bohner, der die Anlage nach dem Tod der Gefangenen in offiziellem Auftrag begutachtete, wunderte sich, dass die

Manipulationen nicht vorher bemerkt worden waren, obwohl Beamte des Landeskriminalamts, darunter ein Ingenieur, die Plattenspieler, Lautsprecher und Verstärker mehrmals inspiziert hatten.

Auch der Untersuchungsausschuss des Stuttgarter Landtags kam zu dem Ergebnis: »In geöffnetem Zustand war besonderer Sachverstand nicht erforderlich, um zu erkennen, dass die Geräte abgeändert worden waren. Ein gewisser Sachverstand reichte vielmehr aus, weil die Gefangenen nicht in der Lage gewesen waren, kunstgerecht zu löten.«

Provisorisch, aber wirksam gelötet hatten sie mit ihren Elektrokochern, die man überhitzen konnte, um dann Lötzinn zu schmelzen. Reste von Lötzinn wurden gefunden. Das Metall dazu stammte offenbar von jenen Zahnpastatuben, die Jan-Carl Raspe auf seine spezielle Anforderung hin ins Gefängnis geliefert worden waren.

Die lautstarken Unterhaltungen der Gefangenen durch die Türschlitze dürften nur dem Zweck gedient haben, das Aufsichtspersonal von der eigentlichen Kommunikationsanlage abzulenken. Nach Installation der Dämmvorrichtungen konnten sie vollkommen ungestört nachts miteinander sprechen.

Allerdings scheint der Umkehrschluss auch nicht ganz abwegig, dass die Dämmplatten möglicherweise genau deshalb angebracht worden waren. Um die nächtlichen Gespräche von Zelle zu Zelle ohne störende Nebengeräusche abzuhören, musste man sich lediglich an das Kommunikationssystem der Gefangenen anhängen.

Nach dem Tod der Gefangenen wurde der Anstaltselektriker Halouska von der Staatsanwaltschaft befragt:

»Haben Sie die Möglichkeit als Fachmann nicht erkannt, dass das Leitungsnetz in diesem Zustand als Nachrichtenübermittler von den BM-Häftlingen benutzt werden könnte?«

»Nein«, sagte der Elektriker.

»Müssten Sie als Inhaber des Meisterbriefes auf dem Sektor Elektrotechnik diesen Zustand nicht erkannt haben? Oder besser: Sie hätten von dieser Möglichkeit wissen müssen!«

»Es ist mir nicht bekannt, ob ich aufgrund meines Meisterbriefes davon Kenntnis haben musste.«

5.
Das Ermittlungschaos

Im Eiltempo war Herolds gesamter Stab von Wiesbaden nach Bad Godesberg umgezogen. Ein gutes halbes Dutzend engster Mitarbeiter, darunter Kriminaldirektor Steinke, richtete sich im dortigen BKA-Quartier ein. Gerhard Boedens Dienstzimmer wurde für Herold hergerichtet. Dort sollten alle Fäden zusammenlaufen, von dort sollten die Landeskriminalämter informiert und ihre Arbeit koordiniert werden. Die sonst eifersüchtig gehütete Eigenständigkeit der Länderpolizeien sollte im Fall Schleyer zumindest de facto der Oberhoheit des Bundeskriminalamtes weichen. Es rollte die größte konzertierte Fahndungsaktion in der Geschichte der Bundesrepublik an. Jeder Stein sollte umgedreht werden, um den entführten Arbeitgeberpräsidenten zu finden. Und alle Informationen sollten in Herolds Computer eingegeben werden.

Die Zentrale Einsatzleitung, ZEL 1, unterstand Horst Herold. Er war zuständig für die Lagevorträge in den Beratungsgremien, die Kommunikation mit den Entführern sowie die Zusammenarbeit mit den Landeskriminalämtern und den Bundesdienststellen. Darunter rangierte die ZEL 2, geführt vom Terrorismus-Abteilungsleiter Boeden, zuständig für Tataufklärung, Fahndung und Verbindung zu den Sicherheitsdiensten des In- und Auslands. Diese Organisationseinheit hatte eine solche Fülle von Aufgaben, dass sie bereits überfordert war, bevor sie mit ihrer Arbeit begonnen hatte.

ZEL 2 sollte die Bundesalarmfahndung führen, sollte die Alibis aller verdächtigen Personen überprüfen lassen, sollte Zellendurchsuchungen bei allen Häftlingen aus dem BM-Komplex veranlassen und steuern, sollte Observationen Verdächtiger organisieren, Überprüfungsprogramme für Makler, Ärzte, Einwohnermeldeämter, Strom- und Gaskunden, Gewerbeabmeldungen, Tankstellen, Hotels, Campingplätze durchführen. Beispielsweise sollten alle Bunker im Großraum Köln durchsucht werden, schließlich war nicht auszuschließen, dass Schleyer in einem solchen dunklen Verlies gefangen gehalten wurde. Gerhard Boeden standen dafür rund 300 Kriminalbeamte des Bundes zur Verfügung.

ZEL 3 unterstand dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder und war zuständig für die Gesamtkontrolle der Straßen, der Bahn, der Flughäfen, der Großwohnanlagen und des Fernmeldewesens.

Hinzu kamen die gesamten Länderpolizeien, die teilweise in Zusammenarbeit mit dem BKA, teilweise auf eigene Faust ermittelten.

Es war die intensivste Suche nach einer Stecknadel im Heuhaufen, die es in Deutschland je gegeben hatte.

Praktisch über Nacht waren die Befehlsstrukturen der Polizei verändert worden. Nicht mehr die eingespielten Länderpolizeien entschieden jetzt an Ort und Stelle, was getan werden musste. Alles lief über das BKA und den Generalbundesanwalt. Das Chaos bahnte sich schon am ersten Tag an.

Tatzeit war 17.28 Uhr. Knapp eine Stunde später versuchte der Leiter des 14. Kommissariats im Polizeipräsidium Köln, den Generalbundesanwalt Dr. Kurt Rebmann zu erreichen, vergeblich. Auch sechs Minuten später meldete sich in Karlsruhe nicht einmal die Vermittlung. Erst um 18.35 Uhr bekam er den Bundesanwalt Fischer in dessen Privatwohnung ans Telefon. Um 19.23 Uhr, zwei Stunden nach der Entführung, hatte der Generalbundesanwalt endlich das Verfahren übernommen. Gegen 22.00 Uhr versuchte Rebmann, eine vom nordrhein-westfälischen Innenminister Burkhard Hirsch angesetzte Pressekonferenz zu verbieten. Der weigerte sich und musste bei dem weltweit Aufsehen erregenden Ereignis auf die Anwesenheit des Generalbundesanwalts als »Herr des Verfahrens« verzichten. Auch eine Unterrichtung vor Ort hielt Rebmann offenbar für überflüssig, dafür zeigte er bei Interviews und Presseerklärungen später auffällige Wissenslücken.

Obwohl mit der Übernahme des Verfahrens durch Karlsruhe auch das Bundeskriminalamt förmlich für die Ermittlungen zuständig war, kümmerte sich der Leiter der BKA-Sonderkommission nicht um die Einrichtung einer Einsatzleitung im Polizeipräsidium Köln. Stundenlang bemühte sich die Kripo in Köln vergeblich, einen verantwortlichen Gesprächspartner im BKA zu erreichen. Erst um 22.45 Uhr konnte der inzwischen von Bundesinnenminister Maihofer eingesetzte Soko-Leiter Trittin aufgestöbert werden. Der Direktor des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen, Hamacher, »ersucht den Soko-Leiter BKA dringend, sich endlich zum Polizeipräsidium Köln zu begeben, um dort eine Einsatzleitung BKA

aufzubauen«. So hieß es später in einem internen Papier aus der Polizei Nordrhein-Westfalen, das die Mängel der Zusammenarbeit mit BKA und Bundesanwaltschaft auflistete. Gegen Mitternacht war das BKA mit seinen dürftigen Kräften im Kölner Polizeipräsidium immer noch nicht in der Lage, die eintreffenden Hinweise zu bearbeiten. Es wurde deshalb eine Trennung nach örtlichen und überörtlichen Hinweisen vorgenommen, die einen wurden von den lokalen Polizeidienststellen abgeklärt, die anderen an die Abteilung Terrorismus (TE) des BKA weitergeleitet.

Erst acht Stunden nach der Tat stand die Einsatzleitung des BKA in Köln. Sie war mit zunächst nur drei bis vier Beamten viel zu schwach besetzt. Zwischen 2.00 und 3.00 Uhr morgens wurden alle bis dahin eingegangenen Spuren, Hinweise, Berichte, Fernschreiben und sonstigen Unterlagen an den Soko-Leiter BKA, Kriminaldirektor Trittin, übergeben. Der gab den Einsatzkräften einen Sachstandsbericht, der laut Kölner Kripo-Papier »jede Klarheit« vermissen ließ. Diese »bedauerliche Desinformation« setzte sich fort bei der durch das Fernsehen übertragenen Pressekonferenz des Generalbundesanwaltes. Bei den Einsatzkräften herrschte »helle Empörung«.

Entsprechend dem organisatorischen Durcheinander verlief die Spurenerfassung. Am Morgen warteten 300 Einsatzkräfte der Polizei darauf, inzwischen eingegangene Anhaltspunkte zu prüfen, aber das BKA war mit deren »Verkarten«, das heißt der computergerechten Aufarbeitung, noch nicht fertig. Dadurch konnten Hinweise nicht miteinander verglichen werden, und es kam zu zahlreichen Mehrfachüberprüfungen. In dem Polizeipapier heißt es: »Es sind aufgrund dieser Situation in Einzelfällen Hinweisgeber bis zu sechsmal befragt worden.«

Manche verdächtigen Objekte wurden mehrfach überprüft. Eine Eingabe in den PIOS-Computer war durch die schleppende Speicherung der Hinweise so gut wie unmöglich. Es dauerte viele Tage, bis die BKA- und LKA-Beamten in Köln die Datenerfassung einigermaßen im Griff hatten – aber da war es bereits zu spät, wie sich herausstellen sollte.

Selbst am Tage nach der Schleyer-Entführung waren die Kölner Einsatzkräfte nur unzureichend über den Sachstand informiert. »Informationsfluss vom BKA zu ihnen fehlt«, heißt es in dem internen Papier, »Unmut der Einsatzkräfte wächst.« Die Beamten seien über die entscheidenden Entwicklungen nur aus den Massenmedien unterrichtet worden, die trotz der von der Bundesregierung verhängten Nachrichtensperre

offenbar immer noch mehr erfuhren als weite Teile der Polizei. Auch die technischen Voraussetzungen bei der Soko BKA in Köln seien völlig unzureichend gewesen. Es habe für Abfragen beim BKA lediglich zwei Telefonstandleitungen und nur eine Richtfunkleitung für das PIOS- System mit zwei Terminals sowie eine Fernschreibleitung zum BKA/TE nach Bad Godesberg gegeben. Bei 250 bis 600 Polizeibeamten, die ihre Ermittlungsergebnisse abgeklärt haben wollten, kam es »an diesem Nadelöhr zu einem unvertretbaren Rückstau mit Informationsverzögerungen«.

Trotz der mangelnden Infrastruktur erfanden die Kreativen beim BKA fast täglich neue Maßnahmen, mit denen sie die Einsatzkräfte überforderten. So erschien plötzlich ein Beamter des Bundesgrenzschutzes und bot hundert Funkgeräte für die Operation »Alaska 1« an, von der noch niemand gehört hatte. Erst nach langwierigen Telefonaten stellte sich heraus, dass in den Fernmeldeämtern Polizeibeamte postiert werden sollten, um festzustellen, von welchen Telefonzellen aus Gespräche in die Schweiz geführt wurden. Mit Hilfe der Funkgeräte sollten Polizeibeamte zu den Zellen geschickt werden. Als die Kölner Kripo der Soko-Leitung mitteilte, dass sie nicht genügend Leute für diesen Einsatz zur Verfügung habe, wurden Beamte des Bundesgrenzschutzes von Wahn nach Köln transportiert. Als sie dort eintrafen, meldeten sich plötzlich hundert Beamte der Schule für Technik und Verkehr in Essen für die Aktion »Alaska«. In dem internen Polizeipapier heißt es dazu lakonisch: »Wer diese Beamten eingesetzt und nach Köln beordert hatte, ist bis heute unbekannt.«

»Alaska 1« war genauso ein Flop wie »Alaska 2«. Ziel der Aktion war, alle Kölner Telefonzellen unter Dauerobservation zu halten. Dazu hätten mehrere tausend Beamte eingesetzt werden müssen – der Plan wurde wegen Undurchführbarkeit aufgegeben. Man beschränkte sich stattdessen auf die Beobachtung der Telefonzellen in der Umgebung des Kölner Hauptbahnhofes, wofür etwa 600 völlig unvorbereitete Beamte des Landes nach Köln geholt wurden.

Zwischendurch hatte auch der Generalbundesanwalt einen Einfall. Im Polizeipapier heißt es: »Die Spitze allen Ideenreichtums war eine Wunschvorstellung des GBA Rebmann, ganz Köln Haus für Haus nach Dr. Schleyer zu durchsuchen. Dieser praxisfremde Plan wurde wegen Undurchführbarkeit verworfen.«

»Das Chaos der ersten Tage«, so die Polizeikritiker aus den eigenen Reihen, »wurde noch dadurch vergrößert, weil Spitzenpolitiker des Bundes

und auch der GBA sich von der ersten Stunde an dazu berufen fühlten, auf die taktischen Maßnahmen der Polizei direkt oder indirekt Einfluss zu nehmen.« So habe etwa Bundesinnenminister Maihofer den Leiter der Antiterrortruppe des Bundesgrenzschutzes, GSG 9, mit seinen Männern nach Köln befohlen. Dort aber wusste man nichts mit ihnen anzufangen und schickte sie wieder nach Hause. In einem anderen Fall habe Maihofer sich berechtigt geglaubt, der Kripo unmittelbar Einsatzanweisungen geben zu können. Umgekehrt sei später ein wichtiger Einsatz um Stunden hinausgezögert worden, weil sich BKA-Abteilungschef Boeden nicht befugt fühlte, ohne ausdrückliche Zustimmung des Großen Krisenstabes die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. »Nach dem Eindruck der Kölner Polizei«, so heißt es in dem Papier weiter, »war die Soko BKA gegenüber der polizeilichen Führung derart verunsichert, dass sie selbst bei notwendigen Sofortmaßnahmen sich der politischen Rückendeckung versichern musste.«

Am fatalsten aber seien die undurchsichtigen Führungsverhältnisse gewesen: »Der Polizeiführer war nicht klar erkennbar.« Weisungen trafen von den unterschiedlichen Bundes- und Landesbehörden ein, die offenkundig nicht koordiniert waren. Formal war die Soko BKA zuständig, doch die war hoffnungslos überfordert. »Nach hiesigen Erkenntnissen hat die Soko BKA in Köln einschließlich Kraftfahrer und Hilfskräfte zu keinem Zeitpunkt mehr als 26 Bedienstete, die sich in drei Schichten teilten, betragen.« Das waren pro Schicht gerade mal zehn Beamte, die sich ausschließlich mit Büroarbeiten beschäftigten.

Kernpunkt des Problems, so die Beamten später in ihrer geheimen Studie, sei die Übernahme des gesamten Komplexes »Schleyer-Entführung« durch den Generalbundesanwalt gewesen: »Hier liegt der Fehler im System.« Der Generalbundesanwalt habe das BKA mit den Ermittlungen beauftragt, und dadurch sei ein »Ermittlungsloch« entstanden. Die örtliche Polizei habe von diesem Augenblick an keine rechtliche Zuständigkeit mehr gehabt, wohl aber alle Pflichten. Wie tief das Ermittlungsloch war, stellte sich erst später heraus.

Eine eingespielte Großstadtpolizei mit ihren vielen Beamten und deren Ortskenntnis, so wird in dem Papier argumentiert, sei sehr viel eher in der Lage, einen solchen Fall wie die Schleyer-Entführung zu bearbeiten. Die BKA-Beamten mit ihrem speziellen Hintergrundwissen sollten in die örtliche Kommission als Berater integriert werden. Aber »eine Übernahme des Verfahrens durch das BKA ist nicht zu rechtfertigen«. Jede

Sonderkommission habe mit Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen, »diese steigern sich ins Unermessliche, wenn die Beamten aus allen Himmelsrichtungen kommen und sich zum ersten Mal sehen«.

Genau so aber war es bei der größten Fahndungsaktion der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Katastrophe war programmiert. Statt großer und kleiner Krisenstäbe, statt Kontaktsperren und Nachrichtensperren, statt einer Zentralisierung der polizeilichen Arbeit in der Schaltstelle Kanzleramt hätte die normale, schlichte Polizeiarbeit in den eingeübten Führungsstrukturen und vor Ort vermutlich effektiver gearbeitet.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 6. September 1977:

»Keine Vorkommnisse! Sehr ruhig.«

6.
»Spindy«
(Mittwoch, 7. September 1977)

Morgens, pünktlich um 9.00 Uhr, hielt der Leiter der Schutzpolizei beim Oberkreisdirektor Bergheim eine Einsatzbesprechung mit seinen Dienststellenleitern in Hürth ab.

Schutzpolizeidirektor Biemann ordnete an, sofort nach möglichen Verstecken zu suchen. Bereits um 10.00 Uhr setzten die Dienststellenleiter dafür alle im Bezirk verfügbaren Beamten ein. Auch der Chef der Kripo mobilisierte alle seine Leute. Gegen 13.00 Uhr traf auch die entsprechende Anweisung aus Köln ein; zu diesem Zeitpunkt war die örtliche Polizei aber schon unterwegs.

Die Aufgabe war für die Beamten normale Routinearbeit. Es sollte nach verdächtigen Objekten und Personen gefahndet werden. Das Suchmuster war klar: Vor allem in Hochhauskomplexen, die eine Tiefgarage hatten und in der Nähe der Autobahn lagen, wurde nach verdächtigen Mietern gesucht.

Im Bereich Erftstadt-Liblar machte sich der zuständige Polizeibeamte Hauptmeister Ferdinand Schmitt auf den Weg zur Straße Zum Renngraben 8. Dort klingelte er beim Hausmeister im ersten Stock. Der Mann konnte ihm nichts Verdächtiges berichten, verwies ihn aber an seine Schwiegermutter, die für die Verwaltungsgesellschaft die Mietverträge abschloss. Der ortskundige Beamte kannte die Frau und machte sich sofort auf den Weg zu ihr.

»Na ja, Herr Schmitt«, sagte sie, »hier ziehen so viele Leute ein und aus, da mache ich mir keine schriftlichen Notizen.«

»Denken Sie mal darüber nach«, antwortete der Polizist. »Der Herr Schleyer ist entführt worden, dabei sind einige Menschen ums Leben gekommen.«

Plötzlich kam der Frau ein Gedanke. »Setzen Sie sich mal hier zu mir an den Tisch.«

Der Beamte setzte sich ihr gegenüber.

»Wo Sie jetzt sitzen, hat im Juni oder Juli eine Frau mit langen dunklen

Haaren gesessen. Die hat eine Wohnung im Renngraben 8 angemietet. Und nachdem ich dieser Frau erklärt habe, dass sie eine Mietvorauszahlung von 800 Mark leisten müsse, nahm sie die vor ihren Füßen stehende Tasche auf die Knie und entnahm dieser Tasche einige Bündel Fünfzig-, Hundert- und Fünfhundertmarkscheine und legte sie auf den Tisch.«

»Können Sie sich an den Namen erinnern?«, fragte Schmitt.

»Nein, aber mein Schwiegersohn kennt ihn.«

»Darf ich ihn schnell anrufen?«

Als der Polizeibeamte den Hausmeister nach dem Namen fragte, sagte der: »Herr Schmitt, ich muss Sie auf das Datenschutzgesetz aufmerksam machen. Ich gebe über Mieter grundsätzlich keine Auskunft.«

Der Beamte wies auf die besondere Situation hin, und nach einigem Zögern sagte der Hausmeister: »Der Name ist Annerose Lottmann-Bücklers. Von Beruf Modezeichnerin, geschieden. Sie ist aus der Bismarckstraße in Wuppertal hierhergezogen.«

Polizeihauptmeister Schmitt bedankte sich und fuhr zur Polizeistation. Er war wie elektrisiert. Hier passte alles: »Bekannt war, dass diese Entführer, die den Herrn Schleyer entführt hatten, sich ihr Leben finanzierten, indem Banken überfallen worden waren und auf andere mögliche Art und Weise an fremdes Eigentum herangetreten wurde. Jeder vernünftige Mensch geht nicht eine Wohnung mieten und schleppt so viel Geld mit sich rum, oder doch? Und aus diesem Grunde war ich fest davon überzeugt, dass diese Herrschaften von Köln nach hier gekommen waren. Sie konnten von Köln die Bundesautobahn benutzen, Abfahrt Erftstadt, von der Abfahrt bis hierhin zum Renngraben, das waren genau 1,6 Kilometer.«

Die Mieterin mit dem Namen Lottmann-Bücklers war offenkundig eine ganz heiße Spur. Noch nicht einmal 48 Stunden nach der Entführung Hanns Martin Schleyers hatte die örtliche Polizei eine Wohnung aufgespürt, auf die alle Kriterien zutrafen und bei deren Anmietung einiges suspekt war.

Um 15.00 Uhr setzte die Polizei Erftstadt ein Fernschreiben an die Leitung der Schutzpolizei des Oberkreisdirektors Bergheim ab, in dem auf das Appartement 104 im Hochhaus Zum Renngraben 8 hingewiesen wurde. Es dürfte also knapp zwei Stunden gedauert haben, bis diese erkennbar heiße Spur an die vorgesetzte Dienststelle weitergegeben wurde. Beim Oberkreisdirektor Bergheim wanderte das Fernschreiben zunächst zur Abteilung »K« (Kripo), wo es weiterbearbeitet werden sollte. Es wurde jedoch weder der Name Annerose Lottmann-Bücklers überprüft, noch

festgestellt, ob die Daten, die sie bei dem Vermieter angegeben hatte, stimmten.

Hätte man das getan, wäre sofort herausgekommen, dass die von der Frau angegebene Adresse in Wuppertal, Bismarckstraße 8, schon deshalb nicht stimmen konnte, weil dort die Hausnummern erst mit der Nummer 11 beginnen. Auch war sie unter dieser Adresse nicht gemeldet. Dafür hatte eine in Hamburg gemeldete Annerose Lottmann-Bücklers schon viermal einen Personalausweis beantragt, zweimal hatte sie ihn nach eigenen Angaben verloren, einmal war er ihr angeblich gestohlen worden. Wenn zudem Herolds PIOS-Computer befragt worden wäre, hätten sich noch mehr Hinweise ergeben, dass mit diesem Namen etwas nicht stimmte. Insgesamt fast ein halbes Dutzend Verknüpfungspunkte mit der RAF-Szene hätte Herolds Superhirn liefern können. Doch wenn der Computer nicht befragt wird, kann er auch nicht antworten.

Nun prasselten zwar von allen Seiten Hinweise auf die Polizei ein, aber in diesem Fall hatten nicht irgendwelche Bürger vage Hinweise gegeben. Hier hatte ein Polizeibeamter selbst ermittelt – und etwas offenkundig Brisantes entdeckt.

Um 10.00 Uhr morgens ließ BKA-Präsident Herold eine neue Nachricht an die Entführer über die Rundfunkanstalten verbreiten: »Das Bundeskriminalamt ist beauftragt zu prüfen, ob Herr Schleyer noch lebt …« Dazu müssten untrügliche Lebenszeichen nachgewiesen werden. In den Nachmittagssendungen des Hörfunks werde die Polizei entsprechende Fragen stellen.

Gegen 14.00 Uhr schaltete sich das BKA wieder in die Rundfunksendungen ein und verlangte von den Entführern ein Tonband, auf dem Schleyer persönliche Antworten geben solle, die nur er selbst wissen konnte: »Wie lautete der Kosename von Edgar Obrecht? Wie heißt die Euler-Enkelin, und wo lebt sie?«

Horst Herold hatte sich auf die konspirativen Verhaltensweisen der Entführer eingestellt. Fragen wie diese und die entsprechenden Antworten darauf wurden im Verlauf der nächsten sieben Wochen immer wieder an die Entführer und ihre Geisel gestellt; nicht nur um ein Lebenszeichen des Entführten zu erhalten, sondern auch als »Identifikation« der Entführer.

Unmittelbar nachdem das BKA im Rundfunk die Entführer aufgefordert

hatte, ein Lebenszeichen ihrer Geisel zu übermitteln, sagte einer von ihnen – das Gericht ging später in seinem Urteil davon aus, dass es Peter-Jürgen Boock gewesen sei – zu Schleyer: »Die wollen nachher – das ist wohl Teil der Verzögerungstaktik – Fragen stellen, die du beantworten sollst, damit's eindeutig ist, dass du noch existent bist.«

»Ist das durchgegeben worden?«, fragte Schleyer.

»Ja, ja, durchs Radio. Ja, das haben sie bei Lorenz genauso gemacht, das war dasselbe Spiel … Und die Frage ist, ob wir uns darauf so rum einlassen sollen oder mit ihnen andersrum diesen eindeutigen Beweis …« Der Entführer fuhr fort: »… zum Beispiel über den Südwestfunk-Reiseruf an irgendeinen Herrn Sowieso einlassen sollen. Das wäre die eine Sache, oder ob wir's so ändern.«

Das Gespräch wurde von den Entführern auf Tonband aufgezeichnet, das Gerät stand aber so weit entfernt, dass nur Teile des Dialoges verständlich waren. Das Band fand die Polizei 1982 in einem Erddepot bei Heusenstamm, beschriftet: »Spindy-Gespräch. Schleyers zeitweiliger Aufenthalt im »Spind« hatte die Entführer offenbar dazu angeregt, ihrem Opfer den Namen »Spindy« zu geben.

Boock erklärte den Namen anders. Die Entführer hätten Schleyer »Spindy« genannt, weil der korpulente Arbeitgeberpräsident die Form einer Spindel gehabt habe.

Am späten Nachmittag fand ein evangelischer Pfarrer in Mainz in seinem Briefkasten ein Couvert mit zwei Briefen Schleyers, einem Videoband und einem Schreiben der Entführer an die Bundesregierung. Mit müder Stimme verlas Schleyer auf dem Band einen der Briefe. Er bezog sich auf die Ankündigung der Fragen im Hörfunk: »Vielleicht genügt es, wenn ich zur Vereinfachung des Verfahrens mitteile, im Anschluss an diese Nachrichten einen Reiseruf gehört zu haben, wonach sich ein Herr Vijot aus Belgien, der in einem weißen Volvo auf dem Weg von Brüssel nach Karlsruhe ist, zu Hause melden soll.

Meine Frau wird sich an unsere Unterhaltung vom Sonntagvormittag beim Frühstück erinnern, bei der sie sehr für den Einbau von Sicherheitsmaßnahmen in unserem Stuttgarter Haus plädierte.«

In dem Brief schrieb Schleyer: »Ich bin über den bisherigen Verlauf in groben Umrissen unterrichtet und bedanke mich bei allen, die mir in meiner schwierigen Lage helfen. Ich bin überzeugt, dass sich meine Entführer an ihre

Zusagen halten werden, wenngleich Verzögerungen schaden werden. Mir geht es den Umständen entsprechend gut; ich grüße vor allem meine Familie, bei der ich zuversichtlich hoffe bald wieder zu sein.«

Die Entführer verlangten in ihrem Schreiben noch einmal, die Fahndung sofort einzustellen, den Austausch der Gefangenen vorzubereiten und einen von ihnen am Abend im Fernsehen auftreten zu lassen, um den Vollzug der Vorbereitungsmaßnahmen bekanntzugeben. Außerdem solle das Videoband mit Schleyer in allen Nachrichtensendungen des Fernsehens abgespielt werden.

Auf dieses Spiel mit den Massenmedien wollte sich die Bundesregierung auf keinen Fall einlassen. Schon am Vortag war eine strikte Nachrichtensperre verhängt worden. Der Kanzler und seine engsten Berater wollten unbedingt verhindern, dass die Entführer vor aller Öffentlichkeit mit der staatlichen Autorität auf gleicher Ebene kommunizierten – so, wie es bei der Lorenz-Entführung geschehen war.

Die auf Hochtouren laufenden Fahndungsmaßnahmen wurden so verdeckt wie möglich geführt, gleichzeitig versuchte der BKA-Präsident Herold, die Entführer hinzuhalten, um Zeit für ihre Einkreisung zu gewinnen.

Um 20.44 Uhr fand ein Mainzer Weihbischof in seinem Briefkasten das vom BKA verlangte Tonband mit Schleyers Stimme. Eine Viertelstunde später ließ das BKA im Zweiten Deutschen Fernsehen melden: »Das Bundeskriminalamt hat die Nachricht erst vor wenigen Minuten erhalten. Eine weitere Erklärung folgt.«

Schleyer beantwortete die Fragen des BKA auf dem Band und fügte hinzu: »Dieses Lebenszeichen wird nach Auffassung meiner Bewacher das letzte vor meiner Freilassung sein; die Bewacher drängen darauf, dass jetzt eine Entscheidung der Bundesregierung fällt.«

Wieder spielte das BKA auf Zeitgewinn. Um 23.15 Uhr ließ es im ZDF erklären, ein Abspielen des Videobandes sei wegen der verspäteten Übermittlung derzeit noch nicht möglich. Kurz vor Mitternacht wandte sich das Bundeskriminalamt noch einmal über das Fernsehen an die Entführer und schlug die Einschaltung einer Kontaktperson vor, um »Unklarheiten durch parallel eingehende Desinformationen und hinderliche Zeitverluste zu vermeiden«.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 7. September 1977:
»Keine Vorkommnisse!«

7.

Exotische Gedanken

(Donnerstag, 8. September 1977)

Am Morgen erfüllte das Bundeskriminalamt zum ersten Mal eine der Forderungen der Entführer und veröffentlichte deren zweites Schreiben, allerdings mit einer Verzögerung von 38 Stunden.

Um 10.15 Uhr trat der Große Krisenstab erneut zusammen und stimmte dem Vorschlag des Regierungssprechers Klaus Bölling zu, an Presse, Rundfunk und Fernsehen die Bitte zu richten, nichts über den Inhalt des Video- und des Tonbandes zu veröffentlichen, deren Kopien die Entführer an verschiedene Medien geschickt hatten.

Auch der Deutsche Presserat appellierte am Nachmittag an die Medien, bei der Berichterstattung über die Schleyer-Entführung Zurückhaltung zu üben. Fast alle Zeitungen und Zeitschriften hielten sich in den folgenden Wochen an diese »freiwillige Selbstzensur«.

Am Mittag wandte sich das BKA noch einmal über Rundfunk an die Entführer und wiederholte den Vorschlag, eine Kontaktperson einzuschalten, da »die bisherige Kommunikation über Rundfunk und Fernsehen sich als unzweckmäßig« erwiesen habe.

Gegen 17.00 Uhr trat der Kleine Krisenstab wieder zusammen und tagte, mit einer kurzen Unterbrechung, bis 22.00 Uhr. Der BKA-Chef erklärte dem Kanzler, welche Vorteile die Einschaltung eines Mittelsmannes habe: »Erstens: Geheimhaltung des Kontakts, um die Öffentlichkeit herauszuhalten. Zweitens: Erschwerung der Kommunikation für den Gegner. Für uns ist es doch leicht, einem Vermittler Nachrichten zu überbringen. Für die Entführer ist es aber wesentlich schwerer. Drittens: Damit wachsen die Chancen, den Gegner zu erkennen. Viertens: Wir gewinnen noch mehr Zeit als bisher, um den Verwahrort von Schleyer zu finden.«

Herold erinnerte an den Namen Payot, den die Entführer in ihrem ersten Schreiben genannt hatten. Payot war nicht, wie die Entführer offenbar angenommen hatten, ein UNO-Offizieller, sondern Präsident der »Schweizerischen Liga für Menschenrechte«, Rechtsanwalt in Genf und Unterzeichner verschiedener Erklärungen zur »Isolationsfolter« der RAF-Gefangenen. Herold bekam grünes Licht, Denis Payot als Vermittler einzuschalten.

Zu vorgerückter Stunde forderte der Bundeskanzler im Krisenstab die Runde auf: »Ich bitte die Herren, doch jetzt auch einmal exotische Gedanken auszusprechen, was wir machen sollen.«

Herold hatte eine Idee: »Ich würde mich anheischig machen, dass wir die Gefangenen ausfliegen lassen, auf einen Wüstenflughafen. Da steht ›Jemen‹ dran. Wir lassen sie aussteigen und sie ihre Botschaft nach Hause schicken. Und anschließend nehmen wir sie fest.« Der BKA-Präsident hatte auch schon überlegt, wo man ein solches Täuschungsmanöver am besten inszenieren könnte: in Israel. Der Geheimdienst Mossad würde da sicher mitmachen.

Als fünfter oder sechster Redner war Generalbundesanwalt Kurt Rebmann an der Reihe. Er konstatierte einen »übergesetzlichen Notstand« und schlug vor, die Stammheimer Häftlinge einen nach dem anderen zu erschießen, so lange, bis Schleyer von den Entführern freigelassen werde. Dazu müsse lediglich das Grundgesetz geändert werden. Dies könne der Krisenstab innerhalb von Stunden leisten, weil in diesem Gremium die legislative und die exekutive Verantwortung zusammengefasst seien. Bundeskanzler Schmidt, so ein Zeuge, habe Rebmanns Ausführungen mit eisiger Miene angehört und schnell den nächsten Redner aufgerufen. Später, nach Ende der Sitzung, habe dann einer der Teilnehmer gesagt: »Damit hätten wir uns auf das Niveau der RAF begeben.«

Der Fernsehjournalist Christoph Maria Fröhder, dem diese Geschichte Jahre später berichtet worden war, nahm ein Fernsehporträt des Generalbundesanwaltes als Gelegenheit, Rebmann danach zu befragen: »Mitarbeiter des Krisenstabes Schleyer/Mogadischu berichten, Sie hätten damals für gnadenlose Härte plädiert, sogar den Vorschlag gemacht, für jede Geisel einen Gefangenen zu erschießen. War dieser Vorschlag an die damaligen Umstände gebunden oder gilt er heute noch?«

Rebmann antwortete vor laufender Kamera: »Nein, der war damals –

möchte ich mal sagen – aus der Situation heraus gemacht worden. Es hat damals Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal in unserer Runde gesagt, wir sollen einfach mal Vorschläge vortragen, auch unausgegorene Vorschläge. Einfach mal unsere Phantasie walten lassen. Und dann hab ich damals diesen Vorschlag in die Diskussion gebracht, der aber natürlich nicht so ernst gemeint war, dass ich vielleicht gedacht hätte, dass der Gesetzgeber solche Dinge aufgreift. Man hätte ja dazu ganz zweifellos einer gesetzlichen Grundlage bedurft.«

In deutschen Geheimdienstkreisen dachte man zu jener Zeit ebenfalls über »exotische Lösungen« nach. Eine davon wurde 1982 in einem Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags bekannt. Der Ausschuss befasste sich mit den Aktivitäten eines ehemaligen Beamten des Bundesnachrichtendienstes, Dr. Hans Langemann, der im Innenministerium des Freistaates für den Verfassungsschutz zuständig gewesen war.

Dem Untersuchungsausschuss wurden Akten vorgelegt, die der Staatsanwalt in dessen Wohnung gefunden hatte. Darunter war eine Aktennotiz Langemanns vom 11. November 1977, drei Wochen nach dem Tod der Stammheimer Häftlinge, mit der Überschrift: »Operative Hinweise zum internationalen Terrorismus«. Die Aktennotiz trug den Stempel »geheim«.

Langemann schilderte darin, dass eine seiner Quellen, »Info S.«, von einer »hier initiierten Parisreise folgende Informationen« mitgebracht habe:

»Sein langjähriger Gewährsmann, der früher als Spitzenverbindung im BND tätige ›Petrus‹, habe ihm mitgeteilt, dass er Kontakte bis in die Führungsgruppe der PFLP des Dr. Habash habe.«

Zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, an dem nach wie vor Deutsche mitwirkten, schlage jener »Petrus« eine verdeckte Operation vor. Sie solle in drei Phasen ablaufen:

- »a)
  Erfassung der Planungen
- b)
  Eliminierung des europäischen Führungskaders
- c)
  Eindringen in den Kern der zuerst genannten Aktionseinheit und deren Liquidierung«.

Im Schlussabschnitt seines Vermerkes schrieb Langemann: »Dem Herrn Staatsminister ist diese Vormerkung vorgetragen worden. Er hat in einer Kontaktierung des Petrus durch IF in Wien zugestimmt. Er behält sich danach vor, gegebenenfalls den Herrn Landesvorsitzenden zur weiteren Entschlussfassung zu informieren.«

»IF« war das innerbehördliche Kürzel für Dr. Hans Langemann selbst. Staatsminister des Innern war damals Dr. Alfred Seidl, Landesvorsitzender Franz Josef Strauß.

Den ganzen Tag lang liefen sich die Beamten der Schutzpolizei im Großraum Köln die Hacken ab, um weitere mögliche Verstecke zu finden. Währenddessen klärten die Kollegen von der Kripo die ihnen übermittelten sowie die ihnen selbst bekannten Objekte ab. In vier Ordnern wurden die Hinweise gesammelt und »verdeckt durchermittelt«. Die besondere Qualität des Hinweises »Erftstadt-Liblar« führte offenbar nicht zu einer bevorzugten Behandlung.

Am späten Nachmittag des 8. September wurden die Leiter der Schutzpolizeien des Regierungsbezirks Köln zu einer Besprechung in das Amt des Regierungspräsidenten beordert. Auch Schutzpolizeidirektor Biemann nahm an der Konferenz, die bis 20.00 Uhr dauerte, teil. Es wurde entschieden, dass die Suche nach verdächtigen Personen und Objekten auch über das Wochenende weitergehen solle. Eine Liste mit den Ergebnissen sei nach der Auswertung durch den Chef der Kripo an die Schleyer-Sonderkommission des Bundeskriminalamtes, »Soko 77«, zu übersenden. Gleichzeitig wurde die Vorbereitung des sogenannten Exekutivschlages angeordnet. Auf dieses Stichwort hin sollten die in den Listen erfassten Personen und Objekte in einem blitzartigen Einsatz überprüft werden.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 8. September:

»Keine Vorkommnisse!«

8.
»Der Mensch möchte überleben …«
(Freitag, 9. September 1977)

Am Morgen des 9. September gab es um 8.30 Uhr eine weitere Besprechung, auf der die Einzelheiten des »Exekutivschlages« besprochen wurden. Anschließend, gegen 10.00 Uhr, setzten sich der Leiter der Schutzpolizei, Biemann, und der Kripo-Chef, Kriminaloberrat Breuer, mit einigen Kollegen zusammen, um die eingegangenen Listen über Personen und Objekte abschließend durchzusehen und zu bewerten. Die endgültige Liste mit den verdächtigen Objekten war am Spätnachmittag des 9. September endlich fertig. Damit waren mehr als 48 Stunden vergangen, seit der Polizeibeamte Schmitt den Hinweis auf das Appartement 104 im Hochhaus Zum Renngraben 8 in Erftstadt-Liblar erhalten hatte.

Um 17.30 Uhr wurde die Aufstellung als Fernschreiben unter der Nummer 827 an den Koordinierungsstab beim Polizeipräsidium Köln abgesandt. Entgegen der vorherigen Planung sollte nicht mehr das Amt des Regierungspräsidenten die Meldungen sammeln, sondern der Koordinierungsstab.

Das Fernschreiben war ganze drei Seiten lang und enthielt eine Auflistung von vier Kommunen, mehreren Personen aus dem linken Spektrum und einigen »Anarcho-Wohnungen«. Unter dem Stichwort »Einschlägig verdächtige Objekte« wurden acht Häuser aufgeführt. An vierter Stelle stand: »erftstadt-liblar, zum renngraben, 3. Etage, wohnung 104, angeblich hat eine frau annerose lottmann-bueckler am 21.07.77 die wohnung bezogen. Wohnungsgesellschaft vvg als dringend beantragt. Eine kaution von 800,– dm wurde sofort bar bezahlt. Frau l.-b. nahm das geld aus ihrer handtasche, in der sich angeblich noch ein ganzes buendel von geldscheinen befand.«

Am selben Nachmittag erarbeitete Schutzpolizeichef Biemann mit seinen Mitarbeitern die Einsatzkonzeption für den »Exekutivschlag«, berechnete die notwendigen Polizeikräfte und Führungsmittel. Vorsichtshalber wurden

schon einmal alle Maschinenpistolen und Handfunksprechgeräte aus allen Polizeistationen in Hürth zusammengetragen. Im Fernschreiben 840 vom 9. September meldete der Schutzpolizeichef die Einsatzkonzeption, Kräfteanforderung und die benötigten Führungs- und Einsatzmittel. Es war geplant, jedes der verdächtigen Objekte von einem Einsatztrupp »überholen« zu lassen, der aus »einem ortskundigen Beamten des gehobenen Dienstes als Führer, neun Schutzpolizeibeamten und vier Kriminalbeamten mit entsprechenden Fahrzeugen, Führungs- und Einsatzmitteln« bestand. Das Stichwort für den Einsatz »Exekutivschlag« hieß jetzt »Vollkontrolle«. Dann sollten die Überprüfungen der verdächtigen Objekte schlagartig erfolgen.

Auch das Objekt Zum Renngraben 8 war eigens vom Leiter der Polizeistation Erftstadt in Zivil an Ort und Stelle zur Vorbereitung des »Exekutivschlages« erkundet worden. Er sollte den Einsatztrupp entsprechend der Konzeption führen.

Die Eilzustellung der Bundespost lieferte am Morgen im Bonner Büro der französischen Nachrichtenagentur AFP einen neuen Brief der Entführer ab. Beigefügt war ein weiteres Polaroidfoto Schleyers. Gefordert wurde eine Entscheidung der Bundesregierung bis abends, 20.00 Uhr. Bis zum Mittag des folgenden Tages sollte »der abflug aller gefangenen in einem vollgetankten langstreckenflugzeug der lufthansa gelaufen« sein, im Fernsehen live übertragen.

Zur Identifikation fügten die Entführer einen Satz Hanns Martin Schleyers hinzu: »welch glück, dass der spiegel, der in unserer offenbacher wohnung in das kinderbett von arndt fiel, ihn nicht erschlagen hat.« Wieder spielten Bundesregierung und BKA auf Zeitgewinn. AFP wurde aufgefordert, den Brief nicht zu veröffentlichen, ebenso die »Frankfurter Rundschau«, die eine Kopie erhalten hatte.

Die Verzögerungstaktik war weder den Entführern noch ihrer Geisel verborgen geblieben. Jede Stunde, die Horst Herold mit seinem Verwirrspiel gewann, steigerte die Gefahr für die Entführer, entdeckt zu werden. So ließen sie Hanns Martin Schleyer Briefe an alte, einflussreiche Freunde schreiben, in denen er versuchte, auf eine schnelle Entscheidung zu drängen.

Am Nachmittag wurde beim Pförtner der Friedrich Flick AG in Düsseldorf

ein Brief an den geschäftsführenden Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch hinterlegt.

»Es gibt mich also noch«, schrieb Hanns Martin Schleyer, »aber ich wüsste gern mehr über die Entscheidung der Bundesregierung, die ja wohl allein die Fäden in der Hand hält, aber Nachrichtensperre verhängt hat. Die Forderung nach einem Vermittler ist barer Unsinn, weil sich meine Entführer nicht decouvrieren und unseren ›Urlaubsort‹ auch gegenüber einem ›Vermittler‹ nicht preisgeben werden, sodass ein Dreiecks-Kontakt unmöglich ist. Die Ungewissheit ist in meiner Lage natürlich scheußlich. Wenn Bonn ablehnt, dann sollen sie es bald tun, obwohl der Mensch, ›wie es auch im Kriege war‹, gerne überleben möchte …«

Auch im Büro von Schleyers Sohn ging an diesem Tag ein Brief ein, den Hanns-Eberhard Schleyer aber erst am folgenden Montag auf seinem Schreibtisch vorfand.

»Das Ziel der Entführer wird sie bei Ablehnung der Forderungen und nach meiner Liquidierung nur veranlassen, das nächste Opfer zu holen«, schrieb Schleyer an seinen Sohn. »Es gibt, wie man gesehen hat, keinen absoluten Schutz, wenn man so sorgfältig und konsequent arbeitet wie die RAF … Man muss also nüchtern Bilanz ziehen und in die Abwägung alle kommenden Entführungsfälle mit dann tödlichem Ausgang (bei heute und später unveränderten Forderungen) einbeziehen. Das sollte Helmut Schmidt ebenso wissen wie Helmut Kohl und H.D. Genscher. Mein Fall ist nur eine Phase dieser Auseinandersetzung, als deren Gewinner ich nach meinem jetzigen Wissensstand nicht das BKA sehe, weil die Personen, deren Freilassung gefordert wird, die Entführer in ungeahntem Maß zu weiteren Handlungen motivieren. Die Verantwortlichen in unserem Land können aber nicht nur im Panzerwagen reisen und werden daher immer Blößen zeigen …«

Sein Sohn möge diese Überlegungen in Bonn vortragen. Die Entführer würden seinen Brief zwar kennen, er entstamme aber seinen eigenen Überlegungen der vergangenen Nacht. »Man kann dieses Spiel um Zeitgewinn nicht weitertreiben, weil es auch für meine Entführer Zwänge gibt, deren erstes Opfer ich bin. Ruhe an der Front wird es nicht so schnell geben, aber man kann eine Eskalation verhindern, wenn man das Hauptziel nicht erst nach dem zehnten Anschlag erfüllt.«

Nachtdienstmeldung Stammheim, 9. September:

»22.00 Uhr Nachtdienstkontrolle durch A.J. Walter. 23.05 Uhr bei der Ausgabe der Medikamente wollte Baader eine ›Schüssel Brei‹ an Ensslin geben – abgelehnt, da immer noch Einzelhaft.

Sonst keine Vorkommnisse.«

9.
Der Vermittler
(Samstag, 10. September 1977)

Inzwischen hatte das Bundeskriminalamt Kontakt zu dem Genfer Anwalt Denis Payot aufgenommen und ihn gebeten, als Vermittler tätig zu werden. Payot war einverstanden und gab spätabends eine Pressekonferenz, in der er sich vorstellte: »Ich habe kein Mandat von der deutschen Polizei übernommen. Das Mandat ist unterzeichnet und erteilt worden von der Bundesregierung selbst unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Schmidt.«

Denis Payot war damals 35 Jahre alt, trug eine dicke Brille, hatte dunkelblonde Haare und betrieb eine kleine, nicht sonderlich gut gehende Kanzlei im Genfer Uhrmacherviertel. Später, nach den sechs dramatischen Wochen der Schleyer-Entführung, bekam er von der Bundesregierung ein Honorar von 180000 Franken, einschließlich Spesen.

Eine halbe Stunde vor Mitternacht meldeten sich die Entführer zum ersten Mal bei dem Schweizer Anwalt. Eine Frauenstimme sagte am Telefon: »Ich bin Mitglied der RAF.« Als »Legitimation« gab sie eine Erklärung Schleyers durch, die nur von ihm stammen konnte: »Im Juni habe ich Herrn Karl-Werner Sanne und den Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Internationalen Arbeitsorganisation getroffen.«

Die Anruferin forderte: »Bis Sonntagabend, 18.00 Uhr, hat einer der Gefangenen im Deutschen Fernsehen aufzutreten und zu erklären, dass die Vorbereitungen für den Abflug im Gange sind …« Danach würden die Entführer ein Lebenszeichen von Schleyer übermitteln. Danach gäben sie noch sechs Stunden Zeit bis zum Abflug. Bei der Ankunft am Zielort werde Andreas Baader einen Satz sagen, der ein Wort enthielte, aus dem die Entführer schließen könnten, dass die Gefangenen gut angekommen seien. Dann werde Schleyer freigelassen. »Jeder Kompromiss ist ausgeschlossen.«

Inzwischen war Wochenende. Der entführte Arbeitgeberpräsident saß seit

Montagnacht im Appartement 104 im dritten Stock des Hochhauses Zum Renngraben 8. Die Polizei forschte in »vorsichtigen Befragungen der ihnen bekannten Bevölkerungsteile« noch immer nach dem Versteck, obwohl dieses bereits seit nunmehr fast fünf Tagen aktenkundig war. Gleichzeitig wurden Einsatzanweisungen an jeden einzelnen Polizeitrupp ausgehändigt: »Observation, Absperrung, Überprüfung, freiwillige, gegebenenfalls zwangsweise Durchsuchung des Objektes Nr. … im Hinblick auf mögliche Unterbringung der Geisel Schleyer. Feststellung und Überprüfung angetroffener Personen. Nachschau nach verdächtigen Gegenständen, ggf. deren Sicherstellung oder Beschlagnahme gegen Quittung. Gegebenenfalls Anfertigung fotografischer Aufnahmen des Objektes von innen und außen …«

Nachtdienstmeldung Stammheim, 10. September:

»20.05 Uhr Baader ein Fortral ausgehändigt. 23.05 Uhr Baader vom Sanitäter Dolviran ausgehändigt. Keine Vorkommnisse! Sehr ruhig.«

10.
Das BKA spielt auf Zeit
(Sonntag, 11. September 1977)

Noch in der Nacht gab Payot das neue, inzwischen dritte Ultimatum an Bonn weiter.

Umgehend wurde der Deutsche Botschafter in Genf, Dr. Sanne, angerufen und darüber befragt, ob er, wie die Entführer behaupteten, Hanns Martin Schleyer im Juni getroffen habe. Sanne sah in seinem Tageskalender nach und stellte fest, dass der Termin am 14. Juli gewesen war, es habe auch ein US-Vertreter daran teilgenommen.

Die Diskrepanz zwischen Juni und Juli nahm das BKA am nächsten Tag zum Anlass, den Entführern über Rechtsanwalt Payot mitzuteilen: »Die Mitteilung … stellt keinen gegenwärtigen Lebensbeweis dar. Das Bundeskriminalamt fordert deshalb zusammen mit der nächsten Mitteilung der Entführer einen prüfbaren Beweis dafür, dass Hanns Martin Schleyer zum Zeitpunkt der Absendung dieses Beweises lebt.«

Im Übrigen seien die in der Botschaft enthaltenen Modalitäten für den Austausch nicht präzise genug: »Ohne Kenntnis von Flugziel und Flugweg und der tatsächlichen Gewährung von Überflug- und Landerechten wäre eine Besatzung – aufgrund der fliegerischen Erfahrungen im Entführungsfall Lorenz – für die womöglich lebensgefährliche Aufgabe nicht zu finden.«

Die schlagartige Überprüfung und Durchsuchung der in der Bergheimer Liste erfassten Objekte wurde vom Regierungspräsidium Köln mit dem Einsatzbefehl Nr. 2 vom 11. September 1977 um 18.30 Uhr angeordnet.

In der Polizeistation Erftstadt war man felsenfest überzeugt, dass Schleyer im Appartement 104 des Hochhauses an der Straße Zum Renngraben 8 gefangen gehalten wurde. »Der Raster stimmte eindeutig«, sagt später Rolf Breithaupt, damals Chef der Polizei Erftstadt. Wenn er mit seiner Frau am Hochhaus vorbeifuhr, wies der Hauptkommissar kurz nach oben: »Dort sitzt er.«

Zweimal war der Beamte, mit knapp 1,90 Meter und über zwei Zentnern

ein Bulle von Kerl, vor Ort im Objekt, um es auszukundschaften und danach einen Kräfteplan für die Erstürmung aufzustellen. Er trug Zivil und im Halfter eine Dienstpistole. Im dritten Stock schritt er langsam von Wohnung zu Wohnung, gesichert von seinem Kollegen Kanzinger. Auch vor der Tür der Wohnung 104 blieb er stehen. »Ich war«, zeigte später Breithaupt mit den Händen an, »so ’n Stück von Schleyer entfernt.«

Es war vermutlich der Tag, an dem sich Peter-Jürgen Boock mit Schleyer allein in der Wohnung befand. Ein Moment absoluter Ruhe. Es gab nichts zu tun, keine Verhöre, keine Erklärungen. Die beiden unterhielten sich leise. Plötzlich klingelte es deutlich vernehmbar an einer der benachbarten Wohnungstüren. Dann an der Nächsten, dann an der übernächsten. Das Klingeln kam näher. Schließlich läutete es auch an der Tür des Appartements 104. Fieberhaft überlegte Boock, was er tun sollte: »Wenn das jetzt die Bullen sind …« Er griff zur Maschinenpistole und entsicherte sie, um Schleyer deutlich zu machen, dass er sich völlig still zu verhalten habe. Der Entführte begriff den Ernst der Lage und rührte sich nicht. Die Schritte draußen entfernten sich.

»Okay«, sagte Boock und legte die Waffe beiseite, »ich halte die Situation für bereinigt. Wir können wieder reden.«

»Hättest du mich erschossen?«, fragte Schleyer.

Boock zögerte und dachte im selben Moment, dass er bei dieser Frage eigentlich nicht zögern durfte. Er würde bei Schleyer nur Hoffnungen wecken, die ihn dazu verleiten könnten, irgendetwas falsch zu machen. Deshalb sagte Boock besonders entschieden: »Ja.« Aber er glaubte nicht, dass Schleyer ihm das abnahm.

»Solltest du mal auf die Idee kommen, mich laufen zu lassen«, erwiderte Schleyer leise, »ich versichere dir, dass ich mich für dich verwenden werde.«

Boock antwortete: »Solltest du auf die Idee kommen zu fliehen, dann sei sicher, dass ich schieße.«

Hauptmeister Ferdinand Schmitt, der die entscheidende Recherche erledigt hatte, wollte am liebsten den Fall auf eigene Faust beenden. »Ich marschier da jetzt rein«, sagte er zu seinen Kollegen, aber sein Chef Breithaupt erinnerte ihn an die Weisungen aus Köln und Bonn – kein eigenmächtiges Handeln, kein Risiko. Breithaupt: »Wir sind immer davon ausgegangen, dass die Wohnung vom BKA oder der GSG 9 durchsucht wird.« Doch nichts geschah.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 11. September:

»19.30 Uhr Baader bekam Spritze vom Sani. 23.02 Uhr Medikamentenausgabe durch Sani. 23.45 Uhr Baader verlangt eine Dolviran – ausgegeben. 2.20 Uhr Baader verlangt eine Dolviran – ausgegeben. Sonst keine Vorkommnisse!«

11.
»Ich bin nicht bereit, lautlos aus diesem Leben abzutreten …«
(Montag, 12. September 1977)

Am Morgen hinterlegte ein etwa 25-jähriger Mann im Düsseldorfer Hotel »Breidenbacher Hof« ein Couvert mit der Aufschrift »Herrn von Brauchitsch, Flick KG«. Der Umschlag enthielt ein Tonband und einen Brief an die Bundesregierung, der mit einem Lebensbeweis Schleyers begann: »heute wäre der geburtstag meiner cousine anni mueller, sie ist 1904 in würzburg geboren«.

Die Entführer verlängerten ihr Ultimatum auf 24.00 Uhr. »Die möglichen zielländer können der bundesregierung nur von den gefangenen selbst genannt werden.« Auf weitere Mitteilungen des BKA an den Genfer Anwalt würden die Entführer nur reagieren, wenn konkrete Schritte zu einem Austausch unternommen worden seien. Auf dem Tonband war die Stimme Schleyers zu hören:

»Jetzt, etwa um Mitternacht vom 11. auf den 12. September 1977, wird mir von den neuen Forderungen, die über Monsieur Payot übermittelt wurden, berichtet. Ich bin etwas verwundert, dass man wiederum einseitige Forderungen stellt, unter anderem nach einem Lebenszeichen, obgleich ich dieses erst am Samstagnacht eindeutig durchgeben ließ. Auf der anderen Seite wird die Hauptforderung, die für meine Existenz entscheidend ist, nämlich wie der Beschluss der Bundesregierung lautet, nicht bekannt gegeben …«

Knapp eine Stunde nachdem Kriminalbeamte den an von Brauchitsch adressierten Umschlag abgeholt hatten, meldete sich ein Anrufer im Sekretariat des Flick-Managers. Er nannte sich »Leiermann« und hatte einen schwäbischen Akzent. In Wirklichkeit war es einer der Schleyer-Entführer, Stefan Wisniewski.

»Herr Leiermann, Sie sind mir gar kein Begriff«, sagte die Sekretärin, als der Anrufer nach von Brauchitsch verlangte.

»Er erwartet mich aber schon.«

»In welcher Angelegenheit denn?«
»Schleyer.«
»In der Angelegenheit Schleyer?«
»Ja.«
»Das kann an sich gar nicht möglich sein«, sagte die Sekretärin.
»Doch, verbinden Sie mich bitte.«
»Das kann ich nicht.«
»Warum?«
»Er ist in einer Sitzung.«
Der Anrufer ließ sich nicht abweisen: »Im Parkhotel in Düsseldorf, kennen Sie das? Da ist eine Kassette für ihn abgegeben worden, und zwar von den Entführern von Herrn Schleyer, und die müssten Sie sofort abholen.«
»Warum müssen wir die sofort abholen?«
»Warum?«, wiederholte der Anrufer.
»Ja, Sie müssen mir irgendetwas sagen, ich kann ihn nicht ohne weiteres in der Sitzung stören.«
Der Anrufer wurde ungeduldig: »Ich kann Ihnen nur sagen, Herr von Brauchitsch wird stinksauer auf Sie sein, wenn Sie es nicht machen, also überlegen Sie sich’s. Das ist eine Information, die hat ein Ultimatum, die hat alles Mögliche drin. Herr von Brauchitsch braucht das sofort.« Schließlich sagte der Anrufer: »Gut, ich leg jetzt auf, richten Sie das aus. Fertig aus. Er wird stinksauer sein, wenn Sie’s nicht machen.«
»Ja, aber Sie können doch jetzt noch nicht auflegen, es geht doch um ganz wichtige Dinge.«
»Gut, machen Sie das, was ich Ihnen gesagt hab. Fertig. Tschüss dann.«
Die Sekretärin hatte versucht, das Gespräch in die Länge zu ziehen. Neben ihr standen Beamte des Landeskriminalamts und soufflierten, was sie sagen sollte. Der Anruf wurde auf Tonband mitgeschnitten.

Unmittelbar darauf wurde der Umschlag im Parkhotel abgeholt. Er enthielt einen Brief Schleyers an Eberhard von Brauchitsch:
»Lieber Eberhard, da ich aus technischen Gründen den Adressaten nicht wechseln kann, schicke ich eine Bandbesprechung für Helmut Kohl. Höre es bitte ab und gib es weiter … Ich bin ungebrochen und, wie Du siehst, aktiv. Herzlichen Dank für alles und herzliche Grüße an alle, vor allem an die Familie.«
Eine Woche war seit der Entführung vergangen, als Schleyer das Tonband

an Helmut Kohl besprach:

»Die Situation, in der ich mich befinde, ist auch politisch nicht mehr verständlich. Dies veranlasst mich, an meine politischen Freunde einen Appell zu richten …« Er schilderte die für ihn angeordneten Sicherheitsmaßnahmen, welche die Entführung dennoch nicht verhindern konnten. »Wie stümperhaft das Ganze gemacht wurde, beweist der Ablauf des 5. September. Und die Kenntnisse, die ich heute über die ungestörten, obwohl leicht erkennbaren Vorbereitungen besitze, zeigen mir, wie wenig die Verantwortlichen in Wirklichkeit über den Terrorismus wissen. Man kann sich nicht nur auf den Computer verlassen, man muss den Computer durch menschliche Gehirne speisen, wenn man von ihm richtige Erkenntnisse erwartet. Ich habe nie um mein Leben gewinselt. Ich habe immer die Entscheidung der Bundesregierung, wie ich ausdrücklich schriftlich mitgeteilt habe, anerkannt. Was sich aber seit Tagen abspielt, ist Menschenquälerei ohne Sinn. Es sei denn, man versucht, mit naiven Tricks meine Entführer zu fangen. Das wäre zugleich mein sicherer Tod, und ich kann mir nicht vorstellen, dass man zwar die offizielle Ablehnung der Forderungen scheut, aber Vorbereitungen trifft, um mich still um die Ecke zu bringen, was man dann vielleicht als technische Panne ausgeben könnte …

Ich bin nicht bereit, lautlos aus diesem Leben abzutreten, um die Fehler der Regierung, der sie tragenden Parteien und die Unzulänglichkeiten des von ihnen hochgejubelten BKA-Chefs zu decken …«

Als dieses Band im Kleinen Krisenstab vorgespielt wurde, geriet BKA-Präsident Herold zum ersten Mal seit der Schleyer-Entführung aus der Fassung. »Das hat mich geschmissen«, sagte er später. »Ich bin aufgestanden und rausgegangen. Schmidt: ›Bleiben Sie hier, das sagt der Mann doch nicht freiwillig.‹ Dann haben wir's noch mal abgehört, und da hatte der Schleyer ja auch tatsächlich Signale eingebaut. Er las also nicht ›der hochgejubelte‹, sondern ›hoch…‹ und dann hörte man Geblätter, Geblätter, › …gejubelte Chef des BKA‹.«

Nach stundenlangen Sitzungen des Kleinen und des Großen Krisenstabs wurde eine neue Nachricht an die Entführer formuliert, die dem Genfer Anwalt am späten Abend übermittelt wurde: »Das Bundeskriminalamt wird Vorbereitungen einleiten. Hierzu werden Befragungen der Gefangenen erfolgen.« Jedem einzelnen Gefangenen werde in der Haftanstalt ein

Fragebogen vorgelegt, ob er bereit sei, sich ausfliegen zu lassen, und, wenn ja, wohin.

Um 24.00 Uhr verstrich das vierte Ultimatum der Entführer.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 12. September:

»Gegen 18.00 Uhr an Baader Medikamente ausgegeben. Essenübergabe an Frau Ensslin von Baader wurde von mir verweigert (Einzelhaft). 21.15 Uhr verlangte Baader, Dr. Nusser zu sprechen.

Raspe bekam 22.30 Uhr Brosorbin.

Baader wurde gegen 22.25 Uhr durch H. Walter gespritzt, Zelle geöffnet.

Bis 22.30 Uhr Kontrollgänge durchgeführt. 23.25 Uhr Medikamente an Raspe ausgegeben.

23.30 Uhr Baader bekam nochmals eine Spritze.

Dann keine Vorkommnisse mehr, außer dass gegen 2.15 Uhr Baader verlangte, dass man ihn um 8.00 Uhr wecken soll.«

12.
»Wir werden nicht zurückkehren …«
(Dienstag, 13. September 1977)

Der BKA-Beamte Alfred Klaus erhielt den Auftrag, die Stammheimer Gefangenen aufzusuchen und ihnen die Fragebögen vorzulegen.

Als er am Morgen in den siebten Stock geführt wurde, traf er dort den Bundesanwalt Löchner. Kurz nach 9.00 Uhr wurde Andreas Baader zu dem wartenden BKA-Beamten und dem Bundesanwalt in die Besucherzelle am Eingang des Hochsicherheitstrakts gebracht.

Zunächst versuchte er, Informationen aus dem Polizisten herauszubekommen. Klaus gab sich wortkarg. Dann sagte Baader, er wolle zwei Punkte erörtern.

»Wenn ein Austausch erfolgt, dann kann die Bundesregierung damit rechnen, dass die Freigelassenen nicht in die Bundesrepublik zurückkehren. Eine Wiederauffüllung des Potenzials ist nicht beabsichtigt. Ich kann insoweit aber nur für diejenigen sprechen, die in Stammheim sind oder hier waren. Diese Versicherung gilt aber nicht für den Fall, dass das Urteil aufgehoben wird oder eine signifikante politische Veränderung eintritt.

Die Bundesregierung hat nur die Wahl, die Gefangenen umzubringen oder sie irgendwann zu entlassen. Das Ausfliegen würde eine Entspannung für gewisse Zeit bedeuten.«

Dann kam Baader auf den zweiten Punkt: »Es liegt im Interesse der Bundesregierung, eine weitere Eskalation zu vermeiden. Sie sollte sich daher um ein Aufnahmeland für diejenigen Gefangenen bemühen, deren Freilassung gefordert wird.«

Der BKA-Beamte, der sich Baaders Vorschläge wortlos angehört hatte, legte ihm den Fragebogen vor. Baader schob ihn zurück: »Ich will hier keine Informationen liefern.« Klaus redete auf Baader ein und brachte ihn dazu, seine Forderungen wenigstens schriftlich zu fixieren. Er hatte den Eindruck, dass Baader sehr nervös und durch den Mangel an Informationen verunsichert war.

Auch hatte er das Gefühl, die Schleyer-Entführung und die daran

geknüpften Bedingungen seien mit den Gefangenen nicht im Detail abgestimmt worden.

Auf die im hektographierten Fragebogen gestellte Frage: »Sind Sie bereit, sich ausfliegen zu lassen?«, schrieb Baader: »Ja.«

Als mögliche Flugziele nannte er: »Algerien und Vietnam« und ergänzte: »Wir meinen, dass die Bundesregierung die Länder, die in Frage kommen, um die Aufnahme ersuchen muss.«

Auch Gudrun Ensslin wurde an diesem Tag in die Besucherzelle geführt. Auf die Frage, ob sie ein Flugziel nennen könne, antwortete sie: »Ja – nach einer gemeinsamen Besprechung aller Gefangenen, deren Auslieferung beziehungsweise Austausch das Kommando fordert.«

Die übrigen Gefangenen im siebten Stock suchte Klaus in ihren Zellen auf. Er wunderte sich über das große Durcheinander bei Verena Becker, Irmgard Möller und Jan-Carl Raspe. Zahlreiche Bücher lagen herum, die Gefangenen schliefen offenbar auf am Boden liegenden Matratzen. Auch Raspe machte die Beantwortung der Frage nach dem Flugziel von einem gemeinsamen Gespräch der Gefangenen abhängig, ebenso Irmgard Möller. Verena Becker schrieb unter die Frage »Sind Sie bereit, sich ausfliegen zu lassen?«: »Ja«, und unter die Frage »Können Sie dieses Flugziel nennen?«: »Nein«.

Nachdem Klaus auch den übrigen Gefangenen die Fragebögen vorgelegt hatte, ließ Baader den BKA-Beamten noch einmal zu sich bitten und ergänzte die möglichen Aufnahmeländer durch Libyen, die Volksrepublik Jemen, Irak.

An diesem Vormittag trafen beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Beschwerden mehrerer Anwälte gegen die Kontaktsperre ihrer Mandanten ein.

Etwa zur gleichen Zeit riefen die Entführer im Büro des Genfer Anwalts an: »Wir bitten Monsieur Payot, die Rolle, die die Bundesregierung ihm zugedacht hat und deren Funktion einzig und allein zeitliche Verzögerungen und Hinausschieben einer Entscheidung ist, um Handlungsspielraum für die militärische Lösung zu gewinnen, abzulehnen.«

Das Taktieren in sogenannten Geheimverhandlungen sei absurd, wenn man das Ziel der Aktion, die Freilassung der Gefangenen, bedenke. »Es hat vonseiten der Bundesregierung in diesen neun Tagen keinen einzigen

konkreten Schritt gegeben, der die Bereitschaft signalisiert hätte, Schleyer tatsächlich auszutauschen. Die Ankündigung des BKA, die Fahndung würde gestoppt, war ein Witz. In jeder Zeitung sind Fotos von Autobahnkontrollen und Meldungen über gestürmte Wohnungen«, sagte der Anrufer. »Wir geben der Bundesregierung eine letzte Frist bis heute Abend, 24.00 Uhr, unsere Forderungen zu erfüllen.«

Daraufhin kündigte das Bundeskriminalamt an, es werde Payot die von den Häftlingen ausgefüllten Fragebögen durch Kurier überbringen lassen. Der Kleine Krisenstab beschloss, als ein »für die Entführer positives Zeichen«, Sondierungsgespräche mit den Regierungen der von Andreas Baader genannten Zielländer Algerien und Libyen einzuleiten. Auch das solle Payot den Entführern mitteilen.

Der Auslöser »Vollkontrolle« für die Durchsuchung der möglichen Schleyer-Verstecke, darunter das in Erftstadt, kam nicht. Stattdessen wurde am 13. September um 18.32 Uhr die Ziffer 1 des Einsatzbefehls dahingehend abgeändert, dass »Durchsuchungen von Objekten nur bei Vorliegen einer Durchsuchungsanordnung im Sinne von § 105 Abs. I STPO erfolgen dürfen«.

Durchsuchungsbeschlüsse aber trafen weder in Erftstadt noch bei der aufsichtsführenden Dienststelle beim Oberkreisdirektor in Bergheim ein. Es hatte auch niemand einen Durchsuchungsbeschluss beantragt.

Als der Skandal Monate nach dem Tode Schleyers aufflog, schrieb der für Durchsuchungsbeschlüsse dort zuständige Richter Dr. Kurt Conzen an die Polizeistation Erftstadt-Lechenich: »Bei dieser Sachlage (z.B. junge Frau als Mieterin, Kaution in bar bezahlt, ebenso später Bareinzahlungen der Miete bei verschiedenen Banken, Mieterin angeblich Modellschneiderin, trotzdem ständig die Vorhänge zugezogen) frage ich mich, warum nicht bei hiesigem Gericht ein Durchsuchungsbeschluss beantragt worden ist … War Ihnen etwa durch Verfügung des LKA oder BKA untersagt, einen solchen Durchsuchungsbeschluss hier zu beantragen …?«

Am 13. September sandte die Polizei Bergheim ein weiteres Fernschreiben unter der Nummer 1091 an den Koordinierungsstab und listete vierzehn weitere verdächtige Objekte auf. Auch dieses Fernschreiben wurde an die Schleyer-Sonderkommission weitergeleitet. Es wurde darin ausdrücklich erwähnt, dass es sich dabei um eine Ergänzung des Fernschreibens Nummer 827 vom 9. September handelte. Doch nicht einem Beamten in der

Soko fiel auf, dass es eine Verbindung zu dem ursprünglichen Fernschreiben 827 geben müsste. Niemand fragte nach. Niemand gab die Daten von Annerose Lottmann-Bücklers in den PIOS-Computer ein.

Es war inzwischen Schleyers achter Tag im Appartement 104, das bereits vor sechs Tagen geortet worden war.

Zaghafte Versuche des Leiters der Kripo beim Oberkreisdirektor Bergheim, bei der Soko festzustellen, was aus den Objektlisten geworden sei, wurden schnell abgebügelt. Leitende Beamte der Soko baten Kriminaloberrat Breuer dringend, »von weiteren Fragen abzusehen, weil sie zeitlich und organisatorisch nicht zu bewältigen« seien. Zudem teilte das Regierungspräsidium Köln am 13. September mit, dass die mit dem Fernschreiben 827 listenmäßig überprüften Objekte durch die Soko ausgewertet und dem Generalbundesanwalt zur »Prüfung hinsichtlich strafprozessualer Maßnahmen (Durchsuchung) vorgelegt worden« seien. Das war zwar offenkundig nicht geschehen, aber die örtlichen Polizeibeamten in Erftstadt, die fest davon überzeugt waren, dass Schleyer im Appartement 104 gefangen gehalten wurde, konnten zumindest die vage Hoffnung haben, dass sich etwas tat. In ihrem Polizeibezirk ermittelte die Soko nämlich fortlaufend auf eigene Faust, ohne es den örtlichen Dienststellen mitzuteilen. Insofern bestand zumindest theoretisch die Möglichkeit, dass BKA oder GSG 9, die Einsatztruppe des Bundesgrenzschutzes, heimlich etwas vorbereiteten.

Doch das war nicht der Fall. Das Fernschreiben mit den Hinweisen auf Schleyers Versteck war irgendwo versiebt worden. Die örtliche Polizei, der die Kräfte und Einsatzmittel im Zuge der Operation »Exekutivschlag« bereits zugewiesen worden waren, wartete vergebens auf den Befehl »Vollkontrolle«.

All diese Einzelheiten stellten sich erst im Zuge späterer Ermittlungen heraus. Am 8. November 1977, knapp drei Wochen nach der Ermordung Hanns Martin Schleyers, ging ein weiteres Fernschreiben der Polizeistation Erftstadt bei der Sonderkommission in Köln ein. Es enthielt einen Hinweis auf eine »verdächtige Wohnung in einem Hochhaus in Erftstadt-Liblar, Zum Renngraben 8«, die von einer »Annerose Bueckler geb. Lottmann« zum 1. August 1977 angemietet worden sei, »vermutlich aber trotz pünktlicher Zahlungen der Monatsmieten nicht mehr genutzt« werde. Auch jetzt reagierte die Soko nicht.

Im Schlussvermerk des BKA über die Wohnung in Erftstadt hieß es später: »Nachdem auch in der Folgezeit die Mietzahlungen bis einschließlich Januar

1978 pünktlich erfolgt waren, ging Anfang Februar 1978 ein Kündigungsschreiben ein. Daraufhin wurde die Wohnung durchsucht.«

Das Ergebnis ist bekannt.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 13. September:

»Vorkommnisse siehe Meldung.«

In dieser Meldung berichtete der Vollzugsbeamte Wolf auf fast drei Seiten über Gespräche zwischen den Gefangenen.

Schon häufiger hatten die Beamten gemerkt, dass die Kontaktsperre – und damit auch die Verhinderung der Kommunikation untereinander – von den Häftlingen im siebten Stock gebrochen wurde, indem sie sich in der Zelle auf einen Schemel stellten, den Mund dicht an die Luftschlitze in der Tür pressten und sich laut unterhielten. Das war nicht im Sinne der Beamten. Um ihrer vorgesetzten Dienststelle zu beweisen, dass die Gefangenen Informationen austauschten, setzte sich Wolf in dieser Nacht in eine Dienstzelle jenseits des Gitters zum Hochsicherheitstrakt. Von hier aus konnte er hören, was sich die Gefangenen zuriefen.

Um 19.15 Uhr notierte er, dass aus der Zelle 715 gerufen wurde: »Was hört ihr, was habt ihr gehört? Leer unter mir.« Es war Baader, der seinen Mitgefangenen sagen wollte, dass die Zelle unter ihm nicht belegt war und er deshalb aus dem sechsten Stock keine Nachrichten mithören konnte.

Aus Zelle 725, in der Raspe saß, tönte es: »Leer unter mir.«

Baader fragte nach: »Jan, und du? Nichts?«

»Gestern Abend auch nichts erfahren«, brüllte Raspe.

Baader antwortete: »Doch, verstehe nichts.«

Irmgard Möller rief durch den Türschlitz von Zelle 718: »Sag noch mal.«

»Verstehe nichts. Sitzungen und so, wer kocht hier Kohl?«, erkundigte sich Baader.

Um 19.20 Uhr verwarnte der Beamte die Gefangenen und notierte: »Zum ersten Mal verwarnt.«

Fünf Minuten später rief Baader: »He, Gudrun, Jan, antwortet an alle, Gabi. Die Länderreihenfolge: Algerien, Libyen, Jemen und Irak.«

Der Beamte notierte: »Weitere Unterhaltung schwer zu verstehen.«

Um 19.30 Uhr schaltete sich Gudrun Ensslin aus Zelle 720 in den mühsamen Rufkontakt ein.

»Provozierende Verordnung«, notierte der Beamte.

»Eine sehr lange Woche«, rief Jan-Carl Raspe.

Baader meinte: »Auf der anderen Seite das Gegeifer!«

Dann ging es um die Frage, ob ein Hubschrauber gelandet sei oder nicht. »Kann sein«, sagte Raspe.

Um 19.35 Uhr diktierte Baader den anderen irgendetwas zum Thema Auslieferung. Er sprach so schnell, dass der Beamte nicht mitschreiben konnte. Protokollieren konnte er dann wieder Baaders kryptische Worte: »Unglaublich, Wehner spricht von Perversion.«

Danach verlangte Baader von den Beamten Schlafmittel und Dolviran.

Raspe wünschte Seife. Er wolle sich waschen.

Kurz darauf meldete sich Baader wieder: »Ha, Jan, gibt es diese Krisenstäbe noch?«

Raspe wusste offenbar Genaueres: »Heute Abend findet das Gespräch mit Schmidt statt.«

»Wer ist da alles?«, wollte Baader wissen.

»Europakommission erklärt sich mit der BRD solidarisch«, schrie Raspe durch den Türschlitz.

Baader brüllte: »Ach, sie sagen, sie sind sich einig! Jan, das geht endlos. Habe von Standrecht, Todesstrafe gehört. Der Typ unter mir hört immer den Kommentar. Kommentare waren dagegen.«

Um 23.50 Uhr wurden die Gefangenen erneut zur Ruhe ermahnt.

Der Beamte notierte: »Baader wird sauer.«

Eine Viertelstunde nach Mitternacht verlangte Baader Dolviran.

Kurz danach war Stille. Der Beamte notierte: »Bis Dienstende keine Vorkommnisse mehr und ruhig.«

Amtsinspektor Bubeck wurde telefonisch von den Gesprächen unterrichtet. Er verfügte, die Zellentüren provisorisch mit Matratzen zuzustellen. Am nächsten Tag werde man sich etwas anderes ausdenken.

An diesem 13. September 1977 wurde Andreas Baader aus Zelle 719 in Zelle 715 verlegt.

Nach dem Tod der Stammheimer Häftlinge fand sich dort ein leeres Versteck in der Fensterwand, in das eine Waffe gepasst hätte.

Als Baader schon in der Zelle 715 saß, rief er noch einmal die Vollzugsbeamten. Man möge ihm bitte seinen Kaffee nachbringen. Ein Beamter stöberte in Zelle 719 herum – und fand im Karton für Kaffeefilter eine schwarze Minox-Kamera mit der dazugehörigen Filmkassette. Der Film

war nicht belichtet.

Als der stellvertretende Anstaltsleiter Schreitmüller später im Untersuchungsausschuss befragt wurde, was er gedacht habe, als er von dem Minox-Fund erfuhr, sagte er: »Auf alle Fälle habe ich mir Folgendes gedacht: dass der vergessen hat, das Ding wegzuräumen.«

Anstaltsleiter Nusser wurde gefragt, ob man nicht zu der Ansicht gekommen sei, die Zellen müssten besser durchsucht werden. Er antwortete: »Nein, das war eigentlich nicht der Fall … Wir haben zur Kenntnis genommen, dass hier ein Kleingerät übersehen worden ist.«

13.
Eine Reise, ein Hilferuf und ein Hellseher
(Mittwoch, 14. September 1977)

Um 24.00 Uhr war das fünfte Ultimatum verstrichen.

Kurz nach Mitternacht klingelte in der Stuttgarter Wohnung des Schleyer-Sohnes Hanns-Eberhard das Telefon. Seine Frau nahm den Hörer ab.

»Ja, guten Tag, Frau Schleyer, ich möchte Ihnen also die Erklärung des Kommandos vorlesen. Möchten Sie sie …«

Frau Schleyer hatte am Tag zuvor schon einmal die Entführer am Apparat gehabt: »Sie sind doch der gleiche Mensch wie gestern, wenn ich mich recht erinnere, oder?«

»So ist es, ja. Möchten Sie die Erklärung mitschreiben?«

»Eine witzige Frage«, sagte Frau Schleyer. »Was gibt’s denn?«

»Ich möchte Ihnen gerne diese Erklärung vorlesen, wenn Sie daran interessiert sind allerdings nur.«

»Etwas merkwürdig die Frage, finden Sie nicht?«, antwortete Frau Schleyer. Sie nahm sich einen Stift und notierte, was ihr der Anrufer durchgab.

»Die Taktiererei der sogenannten geheimen Verhandlungen …«

»Die was?«, fragte Frau Schleyer nach.

»Taktiererei der sogenannten geheimen Verhandlungen …« wiederholte der Anrufer.

»Hm, ja.«

»… ist absurd bei dem Ziel der Aktion«, diktierte er weiter.

»Ist das Ziel nicht auch absurd?«, fragte Frau Schleyer.

»… ist absurd bei dem Ziel der Aktion: der Freilassung der Gefangenen. Wir haben das infame Kalkül der Bundesregierung …«

»Das wie?«, fragte Frau Schleyer.

»… das infame Kalkül der Bundesregierung …«

»Gar nicht möglich, dass Sie das wagen, von infam zu sprechen …«, meinte Frau Schleyer und notierte den Rest der Erklärung.

Um 8.00 Uhr morgens startete Staatsminister Wischnewski zu einem Flug nach Algerien und Libyen, um den Entführern zu signalisieren, die Bundesregierung würde sich tatsächlich um ein Aufnahmeland für die RAF-Gefangenen bemühen.

Gegen Mittag meldeten sich die Entführer wieder bei Rechtsanwalt Payot in Genf. Sie schlugen vor, den Abflug der Gefangenen noch in derselben Nacht, zwei Stunden nach Sendeschluss, in beiden Programmen des Deutschen Fernsehens zu übertragen.

Am Nachmittag ging bei der Nachrichtenagentur »Agence France Presse« in Bonn ein Umschlag mit einem Videoband ein; darauf Schleyer vor einem Plakat mit dem RAF-Symbol sitzend. Schleyers Stimme:

»Ich wende mich an die Öffentlichkeit und hoffe, dass es noch genügend freie Journalisten gibt, die bereit sind, diese Überlegungen zu publizieren. Schon die Umstände, die zu meiner Festnahme am 5. September führten, lassen klar erkennen, dass die Vorkehrungen des Bundeskriminalamtes mangelhaft waren, dass die Observierung völlig ungenügend war und dass viele Umstände dazukamen, die diesen Überfall den Entführern sehr leicht gemacht haben. Trotzdem habe ich wiederholt erklärt, dass ich mich den Entscheidungen der Bundesregierung – wie auch immer sie ausfallen mögen – voll unterwerfe. Nachdem aber die Bundesregierung und die politischen Parteien in Verhandlungen eingetreten sind und meiner Familie und auch mir gegenüber und auch der Öffentlichkeit gegenüber immer wieder bekundet haben, dass sie letztlich meine Befreiung, meine lebende Befreiung wünschten, ist natürlich auch in mir der Wunsch weiterzuleben immer stärker geworden, und immer mehr verfolge ich die Maßnahmen des Bundeskriminalamtes, die nach meiner Beurteilung in Tricks bestehen, die es ihnen ermöglichen sollen, Zeit zu gewinnen, um meine Entführer zu finden.

Die Aufspürung meiner Entführer würde allerdings mein Ende sein. Denn die Entführer werden gezwungen sein, dieses herbeizuführen … Ich bin in großer Sorge, dass man durch ein solches Vorgehen erreichen will, dass die Fehler, die begangen wurden, durch mein stilles Ende abgedeckt werden müssen. Die Fehler waren in den letzten Tagen umfangreich.«

Schon die Einschaltung eines Vermittlers, die wiederholten Fragen nach neuen Lebenszeichen, die angeblichen Transportschwierigkeiten beim Austausch bestärkten seinen Verdacht. Zu seinem eigenen Schutz wolle er dieses der Öffentlichkeit mitteilen.

»Im Übrigen teile ich meiner Familie mit, dass es mir den Umständen entsprechend gut geht, dass ich gesund bin und dass ich voll im Besitz meiner geistigen Kräfte bin und auch nicht unter Drogen stehe …«

Würde man die Gefangenen gegen ihn austauschen, so könne er gesund zu seiner Familie zurückkehren.

An diesem Tag wurden in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim »Kontaktsperrepolster« gebaut, Spanplatten mit Schaumstoffauflage, die abends vor die Türen der Zellen im siebten Stock gewuchtet wurden, um Rufkontakte zu unterbinden.

Ob die Beamten tatsächlich glaubten, damit jegliche Kommunikation abzustellen, ist zweifelhaft.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 14. September:

»0.25 Uhr Baader eine Dolviran ausgehändigt. Keine Vorkommnisse.«

In dieser Nacht ließ das Bundeskriminalamt drei VW-Transporter mit Peilantennen einen bestimmten Randbezirk von Köln absuchen, ob dort Fernsehgeräte nach Sendeschluss liefen. Den Stadtbezirk hatte der holländische Hellseher Gerard Croiset einem Abgesandten des BKA als mögliches Versteck Schleyers genannt. Seine Unfähigkeit, genauere Angaben zu liefern, hatte der Hellseher so erklärt: »Mein Kontakt ist gestört.« Durch die Berichterstattung in der Presse sei er so ausführlich informiert, dass sich das negativ auf seine Arbeit ausgewirkt habe.

14.
Draußen und drinnen
(Donnerstag, 15. September 1977)

Eine Stunde vor Mitternacht meldeten sich die Entführer Schleyers wieder bei Rechtsanwalt Payot in Genf und schlugen die Flugroute über Italien, Jugoslawien, Libyen, Ägypten oder die Golfstaaten vor. »Wir möchten auf jeden Fall ausschließen eine Flugroute über Israel, Marokko oder Äthiopien«, sagte der Anrufer. Im Übrigen solle die Bundesregierung die von den Gefangenen genannten Zielländer um eine Aufnahme bitten.

Dem Kommando war unterdessen klar geworden, dass die Wohnung in Erftstadt nicht mehr sicher war. Sie hatten festgestellt, dass Polizeitrupps dabei waren, von Haus zu Haus zu gehen und Appartements zu überprüfen, auf die Herolds Kriterien für konspirative Wohnungen zutrafen. Die Gruppe hatte bereits ein neues Versteck in Holland vorbereitet, aber der Mietvertrag für die Wohnung in Den Haag war noch nicht unterschrieben. So reiste Brigitte Mohnhaupt in die Niederlande, um den Umzug zu beschleunigen.

Als Boock das Gefühl bekam, die Luft würde immer dicker, reiste er hinterher: »Achtundvierzig Stunden allerhöchstens. Dann müssen wir weg sein.« Er fuhr mit dem Zug bis zur Grenze, überschritt dann zu Fuß die grüne Grenze und nahm auf der anderen Seite wieder die Bahn. So hatten sie es immer gemacht, und es war immer glattgegangen. Überall im Fernsehen und in den Zeitungen hatte gestanden, die Grenzen seien abgeriegelt. Aber Boock konnte keinen Posten und keinen Grenzschützer entdecken. Lediglich die Hauptbahnhöfe musste man meiden, denn nur die wurden überwacht. Kleinere Bahnhöfe blieben vollkommen unbeobachtet.

So schnell, wie es möglich war, unterschrieb Angelika Speitel den Mietvertrag für die vorgesehene Wohnung in der Steevenstraat in Den Haag. Boock rannte durch Kaufhäuser und kaufte die Einrichtung zusammen. Auch das war Routine: Bestellen und anliefern lassen, Möbelwagen fährt vor, neueste Couchgarnituren, damit die Nachbarn etwas zu sehen hatten.

Nur das Opfer sollte möglichst unauffällig umziehen, »umtopfen« nannte

man das. Dafür wurde ein überdimensionaler Koffer oder eine Art Korb gesucht. Jeder aus dem Kommando hatte so ein Ding schon einmal irgendwo gesehen. Doch niemand wusste, wo es so etwas zu kaufen gab. Sie probierten vom Blechkoffer bis zum tragbaren Schrank alles aus, bis sie am Ende einen riesigen Weidenkorb auftrieben.

Schleyer musste in den Korb klettern und wurde dann mit dem Fahrstuhl in die Tiefgarage gefahren. Dort verluden sie den Korb in einen Kombiwagen, der ihn an die grüne Grenze nach Holland brachte. Von der anderen Seite fuhr ebenfalls ein Kombi an die Grenze. Korb und Inhalt wurden umgeladen. Dann ging es auf die Autobahn nach Den Haag.

Die Wohnung war noch nicht ganz fertig, sodass der Transport auf einer Raststätte für mehrere Stunden unterbrochen werden musste. Zwischendurch durfte Schleyer den Korb kurzzeitig verlassen, um seine Notdurft zu verrichten. Boock fand, dass Schleyer sich logisch und vernünftig verhielt. Er wusste, die Entführer hätten ihn auch anders behandeln können: »Handfesseln unten, Knebel ins Maul und so weiter. Und da wir halbwegs human mit ihm umgegangen sind, hat er alles getan, um diesen Status zu erhalten. Er hat sich wohl keine Illusionen darüber gemacht, was passiert, wenn er sich einmal danebenbenimmt.«

Der Transport muss spätestens am 16. September erfolgt sein, denn von diesem Tag an wurde in der Wohnung in Erftstadt kein Strom mehr verbraucht, wie sich später anhand des Zählers rekonstruieren ließ.

Es waren elf Tage vergangen, in denen man Schleyer aus der der Polizei bekannten Wohnung hätte befreien können.

In ihren Planungen war die Gruppe davon ausgegangen, dass die ganze Operation nicht mehr als eine Woche oder höchstens zehn Tage dauern würde. Das dauerte alles schon viel zu lang. Die Gruppe war zu groß, die Infrastruktur zu anfällig. Einzelne Kommandomitglieder waren inzwischen zu vertraut mit ihrem Opfer. Das war gefährlich. So hatte in der Wohnung in Erftstadt eine der Frauen stundenlang mit Schleyer »Monopoly« gespielt – und ihn dabei besiegt. Der Arbeitgeberpräsident hatte es urkomisch gefunden, dass die Kommunistin den Kapitalisten ausgerechnet bei diesem Raffkespiel besiegt hatte. Sie kamen ins Plaudern, über ihre Kindheit, über Kunst. Den übrigen Bewachern vor Ort wurde das zu eng, und die Frau wurde abgelöst und musste die Wohnung verlassen.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 15. September:

»Um 19.30 Uhr verlangte Baader Hustensaft.

Um 23.05 Uhr bei Baader und Raspe Medikamente durch Sani ausgehändigt.

Um 0.30 Uhr fiel die Schallmauer bei Zelle 718 (Raspe) um. Baader nahm sofort Rufkontakt auf.

Wortlaut: ›He, Jan, verstehst du mich, da kommen sie und stellen das Ding wieder auf.‹

Trotz Schallmauer war Baader deutlich zu hören.

1.40 Uhr Baader eine Dolviran ausgehändigt.«

15.
»Man soll das Radio leiser machen«
(Freitag, 16. September 1977)

Die Entführer meldeten sich erneut bei Payot. Sie beklagten sich, dass die von den Gefangenen genannten Zielländer sich nur wegen der mangelnden Anstrengung der Bundesregierung noch nicht bereitgefunden hätten, die Stammheimer aufzunehmen. »Wir möchten genau wissen, auf welcher Ebene und mit wem diese Kontakte laufen.« Eine Verzögerung liege kaum im Interesse des Herrn Schleyer.

Das Bundeskriminalamt antwortete knapp: »Kontakte auf Ministerebene.« Dann fragte das BKA nach einem neuen Lebenszeichen Schleyers. Noch in derselben Nacht antworteten die Entführer, gaben das gewünschte Lebenszeichen und schlugen Modalitäten für die Freilassung Schleyers vor. Sobald die Maschine mit den Gefangenen sicher gelandet und die Mitreisenden, Payot und Pfarrer Niemöller, zurück seien, werde Schleyer innerhalb von 48 Stunden freigelassen. Er werde die Möglichkeit erhalten, sich unmittelbar nach der Freilassung telefonisch bei seiner Familie zu melden.

Der größte Teil der Entführergruppe sollte zurückgezogen werden und nach Bagdad reisen. In aller Eile wurden Flüge gebucht, Tickets gekauft, Reisepässe präpariert. Auch Boock wollte nach Bagdad. Er hatte gesundheitliche Probleme.

Schon seit Ende 1975 litt Peter-Jürgen Boock an irgendeiner undefinierbaren Darmerkrankung. Schmierblutungen deuteten auf einen Entzündungsherd hin, aber das Leben in der Illegalität machte eine gründliche Untersuchung unmöglich. So behalf er sich mit starken schmerzstillenden Präparaten. Zur Zeit der Schleyer-Entführung hatte er es auf sieben bis acht Ampullen Dolantin pro Tag gebracht. Später nahm er auch andere Morphine – aber immer »sauberen medizinischen Kram«. Dennoch rutschte er langsam in die Sucht ab: »Ab Frühjahr 1977 gab es keine Relation mehr zwischen Schmerzen und Drogennehmen.« Der Terrorist war zum

Junkie geworden. Den Verdacht auf Krebs schob er beiseite. Erst viel später, als die Schmerzen und der gesamte körperliche Verfall immer unerträglicher wurden, ließ er sich von einem Spezialisten untersuchen. Der konnte keine Krebserkrankung feststellen, und langsam besserte sich Boocks Gesundheitszustand wieder.

Zu den Reisevorbereitungen gehörte auch, dass die Gruppenmitglieder die Bänder mit vielen Stunden Schleyer-Verhören einpackten, um sie mit nach Bagdad und später nach Algier zu nehmen. Boock war nie ganz klar gewesen, was eigentlich mit den Tonbandaufzeichnungen geschehen sollte. Brigitte Mohnhaupt hatte ihm nicht alles gesagt. Boock war nur aufgefallen, dass es vorformulierte Fragen gegeben hatte. Er wusste nicht, woher die stammten. Aber, so äußerte er später, er habe den Verdacht auf »Fremdinteressen« gehabt. Abu Hani, dem die Bänder ausgehändigt werden sollten, spielte nach Boocks Eindruck noch auf einem anderen Klavier. Er hatte offenbar Beziehungen zu östlichen Geheimdiensten.

Stefan Wisniewski, als »Leader«, als operativer Leiter des Kommandos, sollte gemeinsam mit einigen wenigen Gruppenmitgliedern in Europa bleiben und Schleyer bewachen. Noch von Den Haag aus wurde ein neues Quartier vorbereitet, diesmal in Brüssel. Von dort aus flog Peter-Jürgen Boock über Kairo nach Bagdad. Es war für ihn wie eine Erlösung: »Wir haben die ganze Zeit wie unter Speed gestanden. Erst die Vorbereitungen, dann die Aktion. Und dann bist du durch, nervlich durch, kräftemäßig durch.« Er hatte Brigitte Mohnhaupt gefragt, ob sie das auch so empfinde, und sie hatte geantwortet, dass es bei ihr haargenau so sei.

Friederike Krabbe war gemeinsam mit Monika Helbing, die als Frau Lottmann-Bücklers die Wohnung in Erftstadt gemietet hatte, zum Quartiermachen nach Bagdad vorausgeflogen. Als Boock und Mohnhaupt eintrafen, standen der RAF dort zwei Häuser zur Verfügung. Zunächst wohnten sie in dem kleinen, dann zogen sie in das größere um, das mitten im Diplomatenviertel von Bagdad lag.

Brigitte Mohnhaupt hatte unmittelbar nach der Ankunft ein kurzes Treffen mit Abu Hani, bei dem die nächsten Schritte erörtert wurden: Modalitäten der Aufnahme von Gruppenmitgliedern, finanzielle Fragen. Boock litt mehr und mehr unter seiner Erkrankung und hatte eigentlich genug von der ganzen

Angelegenheit. »Ich war da so weit, zu sagen, wenn es da irgendeine Suizidaktion gibt, irgendein Selbstmordkommando, dann merkt mich schon mal vor.«

Als Abu Hani davon erfuhr, begab er sich selbst ins Hauptquartier der Gruppe und verlangte ein Gespräch unter vier Augen mit Boock. Er sprach ihn auf seine Krankheit an und sagte, auch er sei krank, wenn auch vielleicht nicht so schlimm wie Boock. Das solle er aber möglichst schnell wieder vergessen. Pathetisch versicherte der Palästinenser, er würde Boock als seinen Bruder ansehen und nicht im Traum daran denken, ihn für eine Selbstmordaktion einzusetzen. Er solle erst einmal gesund werden.

Für die geschäftliche Seite war Brigitte Mohnhaupt zuständig. Sie war es auch, die vor der Schleyer-Entführung die finanziellen Forderungen mit Abu Hani erörtert hatte. Eigentlich hatte die Gruppe vorgehabt, von der Bundesregierung für jeden ausgelieferten Gefangenen 100000 Mark zu verlangen – bei zehn Gefangenen, die auf der Liste standen, insgesamt eine Million. Doch Abu Hani sagte: »Wenn die das zahlen, dann zahlen sie auch zehn Millionen. Wenn die den Austausch wollen, dann kommt es darauf nicht mehr an.« Brigitte beklagte sich später bei Boock darüber: »Dieser alte Materialist …« Es ging doch um die politische Dimension und nicht um einen Banküberfall. Am Ende wurde doch, wie von Abu Hani vorgeschlagen, eine Million Mark für jeden einzelnen Gefangenen gefordert.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 16. September:

»21.50 Uhr Baader verlangte eine Dolviran, und man soll das Radio leiser machen.

23.00 Uhr mit Sani Baader Medikamente ausgegeben. Keine Vorkommnisse. Sehr ruhig.«

Offenkundig konnten die Gefangenen aus den darunterliegenden Zellen die Radioprogramme verfolgen – und die Justizbeamten wussten davon.

16.
Ein ruhiges Wochenende
(Samstag/Sonntag, 17./18. September 1977)

Gegen Mittag meldeten sich die Entführer wieder bei Payot und forderten das BKA auf, genauer mitzuteilen, mit welchen Zielländern Verhandlungen geführt würden. Die Frage des BKA nach den Austauschmodalitäten sei ihrer Ansicht nach bereits beantwortet.

Das Bundeskriminalamt bat Payot, den Entführern mitzuteilen: »Unbeschadet der Tatsache, dass die Frage nach zumutbaren – wir wiederholen: ›zumutbaren‹ – Modalitäten der Freilassung nach wie vor unbeantwortet ist, wird bestätigt, dass Kontakte mit dem ersten und dem dritten der von Baader genannten Zielländer stattgefunden haben.«

Am späten Nachmittag flog Staatsminister Wischnewski nach Bagdad und Aden.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 17. September:

»18.00, 18.34, 21.05 Uhr Hauptsicherung eingeschaltet.

20.55 Uhr Optipyrin mit Innenwache ausgehändigt an Baader.

22.55 Uhr mit Sani und Innenwache Medikamente an Baader ausgehändigt.

Sonst keine Vorkommnisse.«

Nachtdienstmeldung Stammheim, 18. September:

»Um 23.00 Uhr an Baader Medikamente durch Sani ausgehändigt. Keine Vorkommnisse! Sehr ruhig!«

17.

Alltag einer Entführung

(Montag, 19. September 1977)

Fragen nach Lebenszeichen Schleyers und Antworten darauf gingen hin und her, ohne dass irgendwelche Entscheidungen getroffen wurden.

Rechtsanwalt Payot teilte dem BKA mit, er sei nicht bereit, zusammen mit den Gefangenen auf die Reise zu gehen. Er werde gegebenenfalls getrennt von ihnen in das Zielland fliegen, um die Mitteilung Baaders an die Entführer zu übermitteln.

Die Entführer wurden ungeduldig. Sie ließen dem BKA ausrichten: »Wir haben nur mitzuteilen, dass wir nicht noch weitere vierzehn Tage verhandeln werden. Das nur zur Information …«

Nachtdienstmeldung Stammheim, 19. September:

»Um 23.05 Uhr an Baader und Raspe Medikamente durch den Sani ausgehändigt. Keine Vorkommnisse.«

18.
Ein Sondergesetz
(Dienstag, 20. September 1977)

Staatsminister Wischnewski kehrte aus Aden zurück.

Noch am Vormittag trafen sich in Bonn die Justizminister der Länder, um Erfahrungen mit der Kontaktsperre auszutauschen. Einige Gerichte hatten verfügt, dass Anwälte ihre Mandanten trotz der verhängten Sperre besuchen durften. Dennoch hatte man sie nicht in die Haftanstalten gelassen. Das war ein klarer Rechtsbruch: Die Exekutive setzte sich über Entscheidungen der Gerichte hinweg. Die Kontaktsperre, für die es keine Rechtsgrundlage gab, war unter Berufung auf Paragraph 34 des Strafgesetzbuches, der rechtswidrige Notwehrhandlungen legitimiert, verfügt worden. Der sogenannte rechtfertigende Notstand erlaubt Gesetzesübertretungen, wenn dadurch höhere Rechtsgüter geschützt werden. Die meisten Juristen waren einig in der Meinung, dass nur der Bürger, nicht aber der Staat sich auf den rechtfertigenden Notstand berufen könne.

Das war den Justizministern durchaus klar. Zudem war beim Bundesverfassungsgericht der Antrag mehrerer BM-Anwälte auf Erlass einer einstweiligen Anordnung eingegangen. Das höchste Gericht solle entscheiden, ob sich im Falle der Kontaktsperre die Berufung auf den rechtfertigenden Notstand überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbaren lasse. Das brachte die Bundesregierung und die Justizminister der Länder in eine äußerst schwierige Situation. Wenn die Verfassungsrichter entschieden, dass die Anwendung des Paragraphen 34 in diesem Falle und generell durch den Staat rechtens sei, hätte das erhebliche verfassungsrechtliche Konsequenzen gehabt: Der »rechtfertigende Notstand« wäre damit gleichsam als »Ermächtigungsgesetz« für Ausnahmesituationen abgesegnet worden. Das jedoch wollte eigentlich niemand.

Bei einer anderslautenden Entscheidung der Karlsruher Richter hingegen hätte die Regierung in höchst angespannter Lage eine schallende Ohrfeige erhalten, und das wollte man auch nicht riskieren.

In dieser Zwickmühle entschieden sich die Justizminister der Länder, zusammen mit Bundesjustizminister Vogel, einen dritten Weg zu gehen, der freilich kaum weniger problematisch war. Schnell sollte ein Gesetz geschaffen werden, das der Kontaktsperre, von deren Notwendigkeit alle bis auf den Vertreter Berlins überzeugt waren, eine rechtliche Grundlage geben würde.

Gesetzgebungsverfahren im Bundestag sind kompliziert und langwierig. Zwischen der Einbringung und Verabschiedung eines Gesetzes vergehen zumeist Monate, wenn nicht Jahre. Beim Kontaktsperregesetz war das anders. Die Vorlage nahm in beispielloser Schnelligkeit alle parlamentarischen Hürden. Innerhalb einer Woche lag ein Gesetz fertig auf dem Tisch, das den Justizministern das Recht gab, den Kontakt von Gefangenen untereinander und ihre Verbindungen mit der Außenwelt vollkommen zu unterbinden. Seine Anwendung setzte voraus, dass für Leib und Leben oder Freiheit einer Person Gefahr bestehe und der begründete Verdacht vorliege, eine solche Gefahr gehe von einer terroristischen Vereinigung aus. Die Kontaktsperre dürfe höchstens dreißig Tage dauern und müsse nach zwei Wochen von einem Gericht bestätigt werden. Allerdings könne die Isolation erneut verhängt werden, wenn ein Richter befände, die entsprechenden Voraussetzungen bestünden weiter.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 20. September:

»Um 23.07 Uhr an Baader Medikamente durch den Sani ausgehändigt. Sehr ruhig.«

19.
Ein »Welt«-Artikel und seine Folgen
(Mittwoch, 21. September 1977)

An diesem Tag machte »Die Welt« mit einer dreispaltigen Überschrift auf: »Mini-Kamera in Baaders Zelle geschmuggelt – War es ein Anwalt?«

Eine Woche zuvor sei eine Minox-Kamera in der Zelle Andreas Baaders gefunden worden. Vermutlich habe sie ein Anwalt in die Haftanstalt geschmuggelt. Eine Zwischenüberschrift der »Welt«: »Kassiber liegen zwischen zusammengeklebten Akten«.

Und weiter: »Die neuwertige, schwarze Minox-Kamera und die dazugehörige Filmkassette mit 36 Aufnahmen waren in einem kartonierten Kaffeefilter-Behälter versteckt. Der Verdacht geht dahin, dass ein Rechtsanwalt die Kamera in die Zelle geschmuggelt hat …«

Schon vorher habe man in Stammheim nach dem Besuch eines im Büro Croissant arbeitenden Rechtsanwalts bei einer Zellendurchsuchung in Verteidigerakten versteckte Kassiber gefunden. Der Anwalt habe zudem mehrere Platten aus Glimmer mit Heizfadenanschlüssen in Papiertaschen versteckt, die aus zusammengeklebten Zeitungsausschnitten bestanden hätten.

Das Bundesjustizministerium, damit beschäftigt, das Kontaktsperregesetz durchzubringen, schickte ein Fernschreiben nach Stuttgart: »… bitte ich um geeignete Maßnahmen besorgt zu sein, die verhindern, dass solche oder ähnliche Gegenstände unbemerkt in die Zellen der Gefangenen gelangen können.«

Der Adressat des Fernschreibens, der baden-württembergische Justizminister Dr. Bender, wurde aktiv.

Im Untersuchungsausschuss sagte er später: »Meine Reaktion war: Es muss jetzt gründlicher kontrolliert werden, denn offensichtlich ist hier der Kontrolle etwas entgangen.« Er gab die Anweisung zu einer gründlicheren Kontrolle an seinen Ministerialdirigenten Reuschenbach weiter, der wiederum den Anstaltsleiter Nusser telefonisch aufforderte, das Notwendige

zu veranlassen. Nusser schrieb daraufhin einen Aktenvermerk: »Herr Amtsinspektor Bubeck wurde beauftragt, die Frage zu klären.«

Währenddessen wandte sich das BKA an den Chef des Kanzleramtes und bat um Amtshilfe durch den Bundesnachrichtendienst. »Da die bereits eingeleiteten umfangreichen verdeckten Maßnahmen bisher nicht zur Auffindung des Verstecks, in dem Dr. Schleyer gefangen gehalten wird, geführt haben, wird vorgeschlagen, zur Rettung des Lebens von Dr. Schleyer Lauschoperationen in 4 bis 5 Objekten in Stuttgart bzw. näherer Umgebung durchzuführen.«

Der Bundesnachrichtendienst möge sich unmittelbar mit dem LKA Stuttgart in Verbindung setzten. Unterschrieben: Boeden, gesehen Herold. Auch Bundesinnenminister Maihofer stimmte zu.

Abgehört wurden am Ende das »Objekt Stuttgart Lange Str. 3«, die Kanzlei des RAF-Anwaltes Klaus Croissant, und zwar in der Zeit vom 25. September bis zum 5. Oktober 1977, sowie eine Wohnung in Mannheim, in der das RAF-Mitglied Elisabeth von Dyck gewohnt hatte. Beim Einsatz in Stuttgart leistete der BND, bei der Lauschoperation in Mannheim der Militärische Abschirmdienst technische Hilfe.

Ob in dieser Zeit auch die Gefangenen im Hochsicherheitstrakt von Stammheim bei ihrer geheimen Kommunikation abgehört wurden, blieb bisher unbewiesen, erscheint aber nur logisch, denn für einen solchen Fall der Geiselnahme waren ja ursprünglich alle Abhörmaßnahmen in Stammheim geplant und eingerichtet worden.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 21. September:

»Um 23.05 Uhr an Baader und Raspe Medikamente ausgehändigt. Keine Vorkommnisse! Sehr ruhig!«

20.
Eine Schießerei
(Donnerstag, 22. September 1977)

Am Nachmittag meldeten sich die Entführer wieder bei Rechtsanwalt Payot: Welche Ergebnisse Staatsminister Wischnewski aus Algerien, Libyen, dem Irak, der Volksrepublik Jemen und etwaigen anderen Ländern mitgebracht habe?

Das BKA antwortete: »Ergebnisse der Befragungen der vier Zielländer werden in Kürze erwartet.«

Kurz nach 17.00 Uhr ging beim BKA die Meldung ein, der mutmaßliche Terrorist Knut Folkerts sei der Polizei in Utrecht nach einer Schießerei ins Netz gegangen. Ein niederländischer Polizeibeamter war dabei getötet worden, zwei weitere hatten schwere Verletzungen erlitten.

Der Beamte Georg Pohl wurde nach Holland geschickt, mit dem Auftrag, Folkerts ein Angebot zu machen: »Eine neue Identität, eine Million D-Mark und die Aussicht, in die Vereinigten Staaten auszuwandern. Keine Reaktion, er würdigte mich keiner Antwort.«

Folkerts bestätigte das später, hatte aber noch etwas hinzuzufügen: »Man hat mir damals während der Schleyer-Entführung eine Million Mark angeboten und freie Ausreise. Die andere Hälfte dieses Angebots bestand darin, dass man mir mit Aufhängen gedroht hat.« Was der BKA-Beamte natürlich bestreitet.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 22. September:

»20.20 Uhr Baader verlangt Optipyrin.

23.05 Uhr Baader und Raspe erhalten vom Sani Medikamente.«

21.
Ruhe
(Freitag, 23. September 1977)

Der Bundesgerichtshof wies die Beschwerde von sieben Häftlingen gegen die Kontaktsperre zurück.

Die Entführer meldeten sich nicht.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 23. September:

»Medikamente ausgegeben an Raspe, Baader gegen 23.25 Uhr.

Eine Dolviran an Baader ausgegeben um 2.15 Uhr.

Sonst keine Vorkommnisse.«

22.
Fahndungsmaßnahmen
(Samstag, 24. September 1977)

Gegen Mittag rief einer der Entführer in der Kanzlei Payots an: »Wir fragen uns nur, wie lange Rechtsanwalt Payot das Spiel mitspielen will, und wir haben langsam keine Zeit und keine Lust mehr, das mitzuspielen. Ende.«

Das Bundeskriminalamt wartete auf Anrufe bei Payot. Die Kanzlei wurde nämlich abgehört.

Zusätzlich hatte das BKA Fangschaltungen eingerichtet, um festzustellen, von wo man den Schweizer Anwalt anrief. Zwischen dem 6. und dem 17. September, während Schleyer in der Wohnung Zum Renngraben 8 in Erftstadt gefangen gehalten wurde, hatte die Polizei 36 Anrufe der Entführer registriert. 14 davon gingen allein bei Payot ein.

Weil aus Rücksicht auf das Leben Schleyers öffentliche Fahndungsmaßnahmen weitgehend unterblieben, versuchten die Fahnder, in das Kommunikationssystem der Entführer einzudringen. Dazu schalteten sie das Bundesamt für Verfassungsschutz ein, das über mehr Erfahrungen in solchen Dingen verfügte als das BKA.

Im Fernmeldehochhaus Frankfurt wurden damals über den sogenannten Stern täglich 600000 bis 800000 Auslandsgespräche in 102 Länder vermittelt, davon allein 15000 bis 16000 in die Schweiz. Fast alle diese Verbindungen wurden automatisch geschaltet.

Das Bundeskriminalamt vermutete, die Entführer und ihr Opfer seien immer noch im Raum Köln, und ließ alle von dort ausgehenden Auslandsgespräche über den Stern Frankfurt schalten. Dort hatte man – mit Hilfe des Bundesnachrichtendienstes – die Nummer des Anwalts Payot einprogrammiert. So wurde automatisch registriert, von welchem Anschluss aus Payot angerufen wurde.

Fast hundert Fernmeldetechniker wurden dafür im Schichtdienst in das Fernmeldehochhaus Frankfurt abkommandiert, um die Apparate abzulesen.

Die aufwendige Operation ergab, dass alle Anrufe bei Payot aus öffentlichen Telefonzellen erfolgt waren, die meisten davon standen im

Kölner Bahnhofsviertel. Wenn die Polizei – unauffällig – an den entsprechenden Telefonzellen auftauchte, war der Anrufer verschwunden.

Auch vom Pariser Bahnhof Gare du Nord war mehrmals bei Payot angerufen worden. Das hatte das BKA von französischen Behörden erfahren. Außerdem waren von den über hundert Briefen der Entführer während der sechswöchigen Gefangenschaft Schleyers mindestens vierzehn aus Paris abgeschickt worden. Die Briefmarken darauf, so stellten die Ermittler fest, waren immer aus demselben Automaten am Gare du Nord gezogen worden. Der Speichel, mit dem die Marken angefeuchtet worden waren, stammte immer von derselben Person.

Um der Person vom Gare du Nord auf die Spur zu kommen, wurden alle Reisenden zwischen 20 und 35 Jahren, die in den zahlreichen, täglich zwischen Köln und Paris verkehrenden Zügen saßen, besonders überprüft.

Inzwischen kannte die Polizei den Empfängerkreis der Entführerbriefe, hauptsächlich Zeitungsredaktionen, Rundfunkanstalten, Nachrichtenagenturen sowie bestimmte Privatleute, wie Eberhard von Brauchitsch. Alle Briefe trugen den Vermerk: »Eilt – sofort auf den Tisch!«

Die Großpostämter in der Bundesrepublik wurden beauftragt, solche Briefe auszusortieren und der Polizei zu geben. Am 13. September wurden die Postbeamten in Dortmund fündig. Sie fischten fünf Entführerbriefe aus 500000 Postsendungen heraus. Drei ebenfalls in Dortmund aufgegebene Briefe entgingen ihnen. Nur diese drei Sendungen erreichten ihre Adressaten ohne Umweg über das BKA.

Mit Hilfe von Rasterprogrammen versuchten die Computerspezialisten des BKA, verdächtige Wohnungen und Fahrzeugdoubletten aufzuspüren.

Weil das BKA vermutete, dass eine Arztpraxis bei der Entführung eine Rolle gespielt habe, wurde ein entsprechendes Programm in die Computer gefüttert. Dreißig bis vierzig verdächtige Ärzte, auf die bestimmte Kriterien zutrafen, wurden so herausgefiltert und überprüft.

Eine Abhöraktion von bis dahin nicht gekanntem Ausmaß wurde inszeniert. Obwohl die davon Betroffenen nach dem G-10-Gesetz (so benannt nach Artikel 10 des Grundgesetzes, das die Telefonüberwachung nur in bestimmten Ausnahmefällen zulässt) nach Abschluss der Maßnahme davon hätten unterrichtet werden müssen, ist das nie geschehen.

Nur in Stammheim wurden die Gefangenen, um die sich alles drehte,

angeblich nicht abgehört.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 24. September:
»22.30 Uhr Medikamente ausgegeben an Raspe und Baader.«

23.
Weltreisen
(Sonntag, 25. September 1977)

Das BKA ließ den Entführern ausrichten: »Von den bisher auf Ministerebene befragten Ländern haben Libyen und Südjemen abgelehnt, zwei sich noch nicht endgültig geäußert. Bei dieser Sachlage wurde vorsorglich auch die Befragung des von Baader letztgenannten Landes Vietnam eingeleitet. Über den Fortgang werden wir Nachrichten übermitteln.« Am späten Abend flog Staatsminister Wischnewski nach Vietnam.

Während dieser Zeit war die Kerntruppe der RAF in Bagdad gelandet. Wenige Tage nach ihrer Ankunft tauchte plötzlich ein alter Bekannter bei ihnen auf. Johannes Weinrich hatte früher einmal zu den »Revolutionären Zellen« gehört, sich dann aber Carlos und seiner Gruppe angeschlossen. Die Kerntruppe der RAF hatte ein sehr distanziertes Verhältnis zu ihm. Auch diesmal wurde er nicht sehr freundlich begrüßt. Schon vom Erscheinungsbild her lag Weinrich Boock und den anderen nicht. Er wirkte wie ein erfolgreicher Jungmanager, in seinem tadellosen Outfit mit Täschchen am Handgelenk. Weinrich kam schnell zur Sache: »Abu Hani wundert sich, wieso ihr ihn nicht darum bittet, euch mit einer Aktion zur Seite zu stehen.« Dieser Gedanke war den Schleyer-Entführern bis dahin noch gar nicht gekommen. Sie hatten eigentlich vor, zu warten, bis Helmut Schmidt endlich einlenkte. Wenn sich die Situation nicht in absehbarer Zeit lösen lasse, dann würde er wohl zurücktreten. So glaubten sie, nur auf Zeit spielen zu müssen.

»Na gut, fein, dass du mir das jetzt gesagt hast«, antwortete Brigitte Mohnhaupt abweisend, »ich nehm das hier mal zur Kenntnis. Bei dem nächsten Routinegespräch mit Abu Hani werde ich das auch ansprechen.« Sie bedeutete Weinrich, dass er jetzt gehen könne. Boock wunderte sich, dass Abu Hani nicht einen von seinen eigenen Leuten geschickt hatte, sondern ausgerechnet den deutschen Assistenten des legendären Carlos.

Beim nächsten Zusammentreffen mit Abu Hani sprachen sie ihn auf eine Hilfsaktion an. Und zu ihrer großen Überraschung zauberte er zwei Aktionen

aus dem Hut. »Beide«, so sagte er ihnen, »sind fertig vorbereitet, ihr könnt euch aussuchen, welche.« Die eine Aktion war eine Geiselnahme in der deutschen Botschaft in Kuweit, die andere die Entführung eines Urlauberflugzeugs auf dem Weg von Palma de Mallorca nach Frankfurt.

Der Plan zur Botschaftsbesetzung in Kuweit wurde sofort abgelehnt, die Erfahrungen von Stockholm waren noch zu frisch. Auch die Flugzeugentführung war in dieser Form eigentlich nicht nach ihrem Geschmack. Mehr als einmal hatten die Gefangenen in Stammheim durchblicken lassen, dass sie nur ungern durch die Entführung eines Flugzeuges mit zivilen Fluggästen oder gar Urlaubern freigepresst würden. Dennoch willigte die Gruppe ein und beorderte umgehend ein Mitglied zurück nach Europa, um das Schleyer-Kommando über die neue Entwicklung zu unterrichten.

Ein paar Tage später tauchte Abu Hani wieder bei Boock auf. »Wir haben mal was probiert«, sagte er. »Wenn man Waffen durch elektronische Kontrollen bringen will, müsste man einen Koffer oder eine Kosmetiktasche innen mit Bleifolie verkleiden. Dann sieht man zwar nicht mehr, was innen ist, aber im Durchleuchtungsgerät erscheint das wie ein schwarzes Loch.« Ob Boock nicht eine bessere Idee habe.

»Waffen?«, fragte Boock. »Waffen können alles Mögliche sein. Sollen die eine reale Bedeutung haben oder nur zur Bedrohung da sein?«

Abu Hani überlegte einen Augenblick. »Eigentlich müssten sie nur dazu da sein, die Sache unter Kontrolle zu bringen, zu drohen. Wenn die real eingesetzt werden müssen, dann ist das Ding ohnehin den Bach runter.«

Boock war klar, dass es um Handgranaten ging, und dachte nach: »Ja, dann würde ich sie aus Plastik oder aus Glas machen.«

Nach ein paar Tagen kam Abu Hani wieder und präsentierte Boock stolz eine Handgranate russischer Bauart. Sie war aus Plexiglas, olivgrün angestrichen und nicht von einer mit stählerner Hülle zu unterscheiden. Dafür hatte sie aber auch nur eine Explosivkraft wie ein Silvesterböller. Die verheerende Wirkung eines zersplitternden Stahlmantels blieb aus.

Später wurde festgestellt, dass die Handgranaten, die das Entführerkommando an Bord der »Landshut« geschmuggelt hatte, aus Plastik bestanden. Als eine davon bei der Befreiungsaktion in Mogadischu explodierte, war ihre Wirkung tatsächlich gering.

Einige Zeit darauf erhielt Boock Nachricht, dass Abu Hani ihn in Algier zu

treffen wünsche. Gemeinsam mit Brigitte Mohnhaupt, die für die Koordinierung zwischen dem Flugzeugentführungskommando und den Schleyer-Bewachern verantwortlich sein sollte, flog er über Kairo und Tripolis in die algerische Hauptstadt. Sie wohnten dort, fünf bis sechs Kilometer außerhalb Algiers, in einem Haus, das dem algerischen Geheimdienst gehörte.

Brigitte Mohnhaupt führte die Verhandlungen mit Abu Hani, wobei es im Wesentlichen um die Aufteilung der erhöhten Lösegeldsumme ging, die zusätzlich zu den Gefangenen gezahlt werden sollte. Dann durfte sie über ein angeblich abhörsicheres Telefon des algerischen Geheimdienstes mit einem der Schleyer-Bewacher in Paris telefonieren. Boock sollte unterdessen in einem algerischen Krankenhaus behandelt werden. Kurz vor Beginn der geplanten Aktion kehrte Boock wieder nach Bagdad zurück. Unterdessen waren die Waffen für die Entführung eines Lufthansa-Flugzeugs auf dem Weg nach Palma de Mallorca. Getrennt davon reiste das Kommando auf die spanische Urlauberinsel.

Schon damals war Boock einiges an der Kooperation mit Abu Hani merkwürdig vorgekommen. Da war erst einmal dessen gänzlich unrevolutionäre Neugier. Es war nicht üblich, sich nach den Einzelheiten einer Operation der Partnergruppe zu erkundigen. Abu Hani aber hatte mehrmals nachgefragt: »Wir hätten doch sicherlich Vertrauen zu ihm. Wenn wir ihm denn schon nicht sagen wollten, wo Schleyer stecke, sei er denn ganz sicher dort, wo er aufbewahrt würde …? Ob man ihn nicht vielleicht in ein Ostblockland bringen wolle …? Auch die Tatsache, dass *zwei* mögliche Hilfsoperationen fertig »ausgecheckt« worden waren, gab Boock zu denken. Sein Misstrauen wuchs aber noch weiter, als er später erfuhr, dass Abu Hani alias Wadi Haddad enge Kontakte zur Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR unterhielt. Hatte die ganze Operation vielleicht einen geheimdienstlichen »Ast«, den die Akteure der RAF selbst nicht kannten? War nicht der jemenitische Geheimdienst, der auch das Ausbildungslager kontrollierte, voll in der Hand des DDR-Geheimdienstes? Wurde nicht der krebskranke Abu Hani an der Berliner Charité behandelt? War er nicht später, 1978, in Ostberlin gestorben? Sollte die »Landshut«-Entführung nicht ursprünglich in Aden ihren Abschluss finden, wo die Entführer gegen ein anderes Kommando ausgetauscht werden sollten? Woher stammten die auf Deutsch formulierten Fragenkataloge für

Schleyer? Warum mussten die Verhörtonbänder nach Bagdad mitgenommen werden? Wo sind sie geblieben? Wieso verbreitete später – nachgewiesenermaßen – die Abteilung Desinformation der HVA gefälschte Schleyer-Verhöre?

Schon bei den ersten Kontakten mit den Palästinensern in Bagdad hatte Boock sich gewundert, über welche Dokumente die PFLP verfügte. So seien ihnen immer wieder Fahndungsunterlagen von BKA und Interpol über die RAF vorgelegt worden. Die Gruppe durfte die Materialien sogar fotokopieren und mit nach Deutschland nehmen. Besonders interessierten die Dossiers des Bundeskriminalamtes über wichtige persönliche Kennzeichen der Gruppenmitglieder. »Einige«, so Boock später gegenüber der Bundesanwaltschaft, »ließen sich daraufhin Warzen und Leberflecke wegoperieren.« Bei den Papieren, die Boock und den anderen gezeigt wurden, hatte man die Briefköpfe abgedeckt, »aber für uns war doch ersichtlich, dass diese Unterlagen aus libyschen oder algerischen Quellen stammen mussten«. Auf einem dieser Papiere aber hatten die Palästinenser die Herkunftsbezeichnung nicht ganz abgedeckt. Lesbar waren die Worte »für Staatssicherheit«. Damit war Boock klar, dass die PFLP vom DDR-Geheimdienst mit Unterlagen aus dem westdeutschen Sicherheitsapparat beliefert wurde.

So schwankte Boock später immer wieder zwischen verschiedenen Erklärungsmustern, in denen mal die Stasi, mal westliche Geheimdienste hinter den Kulissen am Hebel saßen. Tatsächlich agierte die RAF von Anfang an innerhalb eines Netzes von Geheimdienstinteressen, zwar selbständig handelnd, aber je nach Lage von Spionageorganisationen gefördert, benutzt oder verraten.

Die meisten Gespräche mit Abu Hani hatte Brigitte Mohnhaupt allein geführt. Dann traf Rolf Clemens Wagner aus Paris ein, um die weitere Vorgehensweise in Sachen Schleyer mit der geplanten Flugzeugentführung abzustimmen, und brachte dringend benötigte Medikamente für Boock mit. Zu zweit besprachen sie nun mit Abu Hani die gemeinsame Kommandoerklärung, die Übergabemodalitäten, die Aufteilung der verlangten 15 Millionen. Dann reiste Wagner wieder ab. Kurz danach kam auch Rolf Heißler aus Brüssel, erhielt letzte Orders und kehrte zum Schleyer-Bewachungskommando zurück.

Brigitte Mohnhaupt flog gemeinsam mit Boock von Algier nach Bagdad.

Dort rief sie im großen Haus die Gruppe zusammen und erklärte, welche Art von Operation in den nächsten Tagen laufen würde. »Und da gab es fast auf der Stelle Zoff«, berichtete Boock, »weil es ein paar Leute gab, die so viel Mut hatten zu sagen: Also hört mal, irgendwie widerspricht das ja nun unserer eigenen Erklärung.« Aber da sei Brigitte Mohnhaupt sehr heftig geworden und wieder mit dem alten Totschlagargument gekommen: »Ja, was wollt ihr denn? Wollt ihr, dass sie rauskommen, oder wollt ihr, dass sie verrecken? Was sollten wir eurer Meinung nach tun? Zeigt mal eine Alternative auf!« Die versammelte Runde schwieg. Damit war das Thema beendet.

Die Entscheidung für die Flugzeugentführung, so schrieb Gruppenmitglied Rolf Heißler später in einem internen Papier, »haben wir uns nicht leicht gemacht. Nach langen Diskussionen haben wir unsere Zustimmung für die Operation ›Kofr Kaddum‹ des Kommandos ›Martyr Halimeh‹ gegeben …«

Die PFLP legte sofort los. In einer Fälscherwerkstatt in Bagdad wurden falsche iranische Pässe für die als Entführer vorgesehenen PFLP-Mitglieder hergestellt. Souhaila Sayeh hieß nun »Soraya Ansari«, Zohair Youssif Akache bekam einen Pass auf den Namen »Ali Hyderi«, Nabil Ibrahim Harb hieß »Riza Abbasi« und Hind Alameh »Shanaz Gholoun«.

Souhaila Sami Andrawes Sayeh war am 28. März 1953 in Hadath im Libanon geboren worden. Ihre palästinensische Familie stammte aus Haifa, das sie nach der Gründung des Staates Israel verlassen musste. Die Eltern ließen sich in Ostbeirut nieder und brachten es zu einigem Wohlstand. Souhaila wurde im christlichen Glauben erzogen und besuchte eine der besten Schulen des Libanon, eine von französischen Nonnen geleitete Mädchenschule in Beirut. 1965 zogen die Eltern nach Kuweit. Souhaila musste auf eine moslemische Schule, die sie aber nach kurzer Zeit verließ, um Nonne zu werden. Dazu hätte sie in den arabischen Teil Jerusalems umziehen müssen, doch unmittelbar vor der Abreise brach der Sechstagekrieg aus. Souhaila blieb in Kuweit und verließ die Schule mit einem der drei besten Abschlusszeugnisse unter 10000 Studienbewerbern ihres Jahrganges. Dennoch erhielt sie keinen Studienplatz, weil sie weder kuweitische Staatsbürgerin war, noch über genügend gute Beziehungen verfügte. Sie kehrte in den Libanon zurück und studierte dort englische Sprache und Literatur.

Über Verwandte, die von der alten Heimat in Palästina erzählten, wurde sie

langsam politisiert. Irgendwann im Jahre 1969 traf sie die berühmte Flugzeugentführerin Leila Khaled und entschied sich, ihr nachzueifern. Über Geldsammlungen, Blutspendeaktionen und ähnliche Aktivitäten wuchs sie langsam in den palästinensischen Widerstand hinein und nahm an humanitären Einsätzen und verschiedenen Hilfsaktionen in palästinensischen Flüchtlingslagern teil. Als der Libanonkrieg begann, kehrte sie auf Anweisung ihrer Eltern nach Kuweit zurück. Ihre Mutter, eine angesehene Schriftstellerin, ermunterte Souhaila, zu schreiben, um auf diese Weise politisch aktiv zu werden. Sie wurde Journalistin und machte sich in palästinensischen Kreisen bald einen Namen. Über einen Kollegen bei der Zeitung bekam sie Ende 1976 Kontakt zur PFLP, wurde Mitglied, erhielt einen Decknamen und tauchte bald in die Anonymität ab.

Schon Anfang 1977 reiste Souhaila auf Anweisung der PFLP nach Aden und wurde dort militärisch ausgebildet. Zweimal wurde sie vom Führer des PFLP-Camps, Zaki Helou, nach Hause eingeladen und traf dort auch dessen deutsche Frau Amal – Monika Haas. Sie kehrte zurück nach Kuweit, wurde aber schon im Oktober wieder nach Bagdad befohlen. Dort traf sie auf die PFLP-Mitglieder Zohair Akache, Nabil Harb und Nadia Shehada, von denen sie nur Nadia früher schon einmal an der Universität Beirut getroffen hatte. Auch Wadi Haddad persönlich zeigte sich und hielt ihr einen Vortrag über die politische Lage und die geplante Operation. Die Flugzeugentführung erhielt den Namen »operation kofr kaddum«, die Entführer selbst sollten sich als das »kommando martyr halimeh« bezeichnen. »Kofr kaddum« sei ein palästinensisches Dorf gewesen, das von israelischen Soldaten dem Erdboden gleichgemacht worden war. Der Name des Kommandos sollte an die in Entebbe gescheiterte Entführung eines französischen Flugzeugs erinnern. Mitglieder des von den Israelis erschossenen Kommandos seien zwei Deutsche gewesen, Wilfried Böse, Deckname »Mahmud«, und Brigitte Kuhlmann, Deckname »Halimeh«. So nannte sich das neue Entführerkommando »Martyr Halimeh«, und dessen Chef, Zohair Akache, sollte als »Captain Mahmud« auftreten.

Die Pässe waren Totalfälschungen, die Namen reine Fiktion. Einzeln und mit kleinem Gepäck reisten die vier von Bagdad aus nach Mallorca. Warum gerade diese Urlaubsinsel ausgesucht worden war, erklärte sich Boock später mit den Urlaubserfahrungen mancher Palästinenser: »Ich weiß, dass die spanischen Inseln zu ihren bevorzugten Domänen gehörten. Und ich weiß,

dass sie immer alle gern Lufthansa geflogen sind. Irgendeiner hat wohl über Frankfurt mal einen Urlaubsflug angetreten und sich hinterher erinnert, dass das ganz easy war.«

Die vier Kommandomitglieder verhielten sich wie Touristen und fotografierten sich sogar gegenseitig. Waffen hatten sie nicht dabei; die sollten auf einem anderen Weg nach Mallorca gebracht werden.

Erst achtzehn Jahre später erhob die Bundesanwaltschaft Anklage gegen eine Frau und einen Mann, die sie für die Waffen- und Sprengstoffkuriere hielt. Nach den Ermittlungen der Karlsruher Fahnder hatte sich das so abgespielt: Die Aufgabe, diese Waffen nach Mallorca zu schmuggeln, habe die PFLP Monika Haas und einem Tatgenossen mit Decknamen »Kamal Sarvati« übertragen. Monika Haas habe damit das ihr aus den Reihen der RAF und der PFLP entgegengeschlagene Misstrauen wegen ihrer »Nairobi-Geschichte« entkräften wollen. Außerdem sei es eine gute Tarnung gewesen, gemeinsam mit ihrer damals knapp drei Monate alten Tochter Hanna zu reisen.

Deshalb sei Monika Haas Ende September/Anfang Oktober 1977 von Aden aus nach Bagdad gereist. Von dort aus sei sie weiter nach Algier geflogen.

Am 7. Oktober startete Monika Haas, den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft zufolge, um 18.45 Uhr mit einer Maschine der Air Algérie in Begleitung ihrer Tochter und des Mannes mit dem Decknamen »Kamal Sarvati« nach Mallorca, wo sie gegen 20.00 Uhr gelandet sei. Die Waffen, so die Anklage, habe sie unter dem Gepäck und der Kleidung ihres Säuglings sowie in Bonbondosen versteckt. Sie sei mit einem holländischen Pass auf den Namen Cornelia Christina Alida Vermaesen, geborene Trubendorffer, gereist. Schon am nächsten Morgen um 9.55 Uhr habe sie gemeinsam mit ihrer Tochter und »Kamal Sarvati« die Insel wieder verlassen – noch bevor das letzte Mitglied des vierköpfigen Entführerkommandos auf Mallorca gelandet war.

Monika Haas bestritt die Anklage vehement. Sie sei nie auf Mallorca gewesen, und die Waffen für die »Landshut«-Entführung habe sie auch nicht geliefert. Doch die Bundesanwaltschaft hatte nach aufwendigen Nachforschungen eine ganze Reihe von Belegen herangeschafft. So hatte die einzige überlebende Entführerin Souhaila Sayeh nach einigem Zögern ausgesagt, am Abend nach ihrer Ankunft auf Mallorca habe sie Monika Haas, die von den Palästinensern »Amal« genannt wurde, vor der Entführung der

»Landshut« getroffen. Das hatte sich nach Souhaila Sayehs spätem Geständnis so zugetragen:

Etwa drei Tage vor der Entführung flog sie gemeinsam mit Nabil Harb ohne Waffen nach Palma de Mallorca. Zohair Akache, der vorausgeflogen war, holte sie vom Flughafen ab und brachte sie ins gemeinsame Hotel. Am Abend kam Monika Haas, die sie ja schon aus Aden kannte, ins Hotel. Amal hatte einen etwa drei Monate alten Säugling und einen großen Kinderwagen, aus dem sie runde und viereckige Bonbondosen aus Metall sowie ein Radio hervorkramte. Während Amal sich auf Englisch mit dem Chef des Entführungskommandos unterhielt, spielte Souhaila mit dem Kind. Dann verließ Amal das Hotelzimmer, und Zohair Akache sagte: »Jetzt haben wir die Waffen. Sie sind in den Dosen. Im Radio ist ein Zündmechanismus versteckt.« Amal habe die Waffen und den Sprengstoff im Kinderwagen durch die Kontrollen geschmuggelt. Souhaila offenbarte den deutschen Fahndern auch ihre Verwunderung darüber, dass ausgerechnet die als Mossad-Agentin verdächtigte Frau Zaki Helous für eine so brisante Kuriertätigkeit ausgewählt worden war: »Wie konnten sie Amal benutzen, wenn sie glaubten, sie sei eine Verräterin?«

Als Indiz dafür, dass ihre Geschichte mit den Bonbondosen den Tatsachen entsprach, bewertete die Bundesanwaltschaft Aussagen des Hotelpersonals. Angestellte hatten berichtet, dass eine der Entführerinnen beim Auszug eine Tüte mit rund drei Kilogramm Bonbons verschenkt hatte. Das Einwickelpapier habe die Markenaufdrucke »Super Glacial«, »Made in Algeria« und »Le Lion« getragen. Zumindest ein Bonbon der Marke »Super Glacial« wurde später im Reisegepäck einer der Entführerinnen gefunden. Monika Haas dagegen führte die Bonbons als Entlastungsindiz an: Wenn sie die Waffen wirklich in den Bonbondosen transportiert hätte, dann hätte sie die Bonbons ganz sicher nicht in einer separaten Tüte mit nach Mallorca gebracht. Auch erklärte sie, dass ihre Tochter im Sommer 1977 schwer erkrankt und im Oktober keinesfalls reisefähig gewesen sei. Das wiederum zweifelten die Bundesanwälte an.

Auch das Bundeskriminalamt und der Verfassungsschutz hatten Hinweise, dass eine gewisse Frau Vermaesen gemeinsam mit einem Kind und einem Begleiter namens Kamal von Algier aus nach Mallorca geflogen sei – Hinweise, die man eineinhalb Jahrzehnte geheim hielt, angeblich, um die Quellen nicht zu gefährden. Das wiederum erregte bei manchem den

Verdacht, dass eine solche Geheimhaltung einen anderen Grund gehabt haben könnte. Vielleicht war Monika Haas' Kontakt zum israelischen Geheimdienst doch etwas intensiver gewesen, als sie nach ihrem Nairobi-Abenteuer zugegeben hatte.

Das Ministerium für Staatssicherheit etwa legte eine umfangreiche Akte an, um herauszufinden, ob Monika Haas tatsächlich, wie es einige Palästinenser vermuteten, für einen westlichen Geheimdienst tätig gewesen war.

Die Stasi-Offiziere befragten alle ihre Quellen, die mit Monika Haas jemals direkt oder indirekt zu tun gehabt hatten. Es waren viele, denn nach den Ereignissen im »Deutschen Herbst« ging ein Teil der RAF in die DDR, um dort im real existierenden Sozialismus ein Leben ohne Terroranschläge zu führen. Ein anderer Teil hatte auch während des fortgesetzten Untergrundkampfes Kontakt zum MfS. Jeder hatte ein anderes Indiz gegen Monika Haas vorzubringen. Manche Verdachtsmomente waren fundiert, andere reiner Klatsch.

Ohne ein Ergebnis, das über Verdachtsmomente hinausging, schlossen die Mitarbeiter der Stasi-Hauptabteilung XXII die Akte mit dem Decknamen »OV Wolf« wieder.

Eine geheimdienstliche Querverbindung ausgerechnet zu den Israelis aufzudecken – daran war auch die Bundesanwaltschaft nicht sonderlich interessiert. Sie wollte nur wissen, ob Monika Haas tatsächlich die Waffen für die »Landshut«-Entführung transportiert hatte. Eineinhalb Jahrzehnte später stöberten die Karlsruher Bundesanwälte im Zuge der Haas-Ermittlungen zunächst die einzige überlebende Entführerin Souhaila Sayeh in Norwegen auf und konnten sie zu Aussagen bewegen, die sie später teilweise widerrief. Nach ihrer Verurteilung zu zwölf Jahren Haft fanden die Bundesanwälte auch noch den Mann, der Monika Haas angeblich auf ihrer Reise nach Mallorca begleitet hatte. Der Palästinenser mit dem Decknamen »Kamal Sarvati« hieß in Wirklichkeit Said Slim und saß in einem Gefängnis im Libanon.

Said Slim hatte in der Nähe der Palästinenserlager Sabra und Shatila gelebt und war dort in Kontakt zur PFLP gekommen. Nachdem er eine Zeit lang Wachdienst im Lager geschoben hatte, rief ihn die Führung der Palästinensischen Befreiungsfront 1976 nach Bagdad. Dort traf er Sousou, die Tochter der Schwester Wadi Haddads. Zwei Wochen vor der Entführung

der »Landshut«, so erfuhren die in den Libanon gereisten BKA-Beamten Wolf und Simons nach zwei vergeblichen Vernehmungsversuchen, hatte Abu Hani selbst Said Slim angesprochen. Er solle »mit einer Frau namens Amal, die Westdeutsche ist, nach Algerien fahren«. Sein Auftrag, so gestand er den deutschen Vernehmungsbeamten am 6. März 1997 im Gefängnis Roumieh, sei es gewesen, »Kriegswaffen, die später bei der Flugzeugentführung verwendet werden sollten, zu transportieren«. Laut Saids Geständnis, neunzehneinhalb Jahre nach der Tat, sei er in Begleitung Amals von Bagdad aus nach Algier gereist. Die Frau, die er später anhand eines Fotos als Monika Haas identifizierte, habe ihren Säugling, eine Tochter, mit auf die Reise genommen. In Algier seien die beiden von einer Palästinenserin namens Saaida empfangen und in ein Haus der PFLP gebracht worden. Diese habe Amal am nächsten Tag ein Radiogerät übergeben, in dem Waffen versteckt waren. Am Tag nach der Ankunft, so Slim, nahmen sie eine Maschine der Air Algérie und flogen nach Mallorca. Dort wurden sie von einem Palästinenser namens Jamal am Flughafen abgeholt und mit dem Auto zu einem Hotel in der Nähe des Strandes gebracht. Dort habe Amal dem Palästinenser das Radio mit den Waffen und ein paar Bonbondosen überreicht, in denen sich unter einer Schicht Bonbons ebenfalls Waffen oder Sprengstoff befunden hätten. Am nächsten Tag seien er, Amal und das Baby wieder abgereist und über Paris nach Bagdad zurückgekehrt. Er selbst habe nur das Radio und die Bonbondosen gesehen, nicht aber die darin versteckten Waffen und den Sprengstoff. Das habe er erst nach seiner Rückkehr in Bagdad von einem Mitglied der PFLP erfahren. Er habe lediglich den Auftrag bekommen, die deutsche Frau nach Algier und Palma de Mallorca zu begleiten: »Dies habe ich ausgeführt, und ich weiß nicht, ob meine Rolle der Deckung oder Kontrolle dienen sollte.«

War der Waffentransport also eine Bewährungsprobe für Amal, die der Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst verdächtigt wurde?

Wenn es denn so war, hatte Wadi Haddad sich genau den richtigen Mann ausgesucht. Als die BKA-Beamten Said Slim im Gefängnis besuchten und von libanesischen Kollegen vernehmen ließen, hatte der gerade die Hälfte seiner vierjährigen Haftstrafe abgesessen. Sein Delikt: Spionage für den israelischen Geheimdienst. Seit wann er für die Israelis gearbeitet hatte, ließ sich nicht präzise feststellen.

Ein merkwürdiger Zufall: Zwei Personen, denen beiden nicht ganz ohne Grund Kontakte zum israelischen Geheimdienst nachgesagt wurden, waren

nach den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft die Waffenlieferanten für die Entführung der Lufthansa-Maschine »Landshut« von Palma de Mallorca nach Mogadischu.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 25. September:
»23.00 Uhr Medikamente an Raspe und Baader ausgegeben.«

24.
Die Banken werden gesichert
(Montag, 26. September 1977)

Im Großen Krisenstab wurde auf Vorschlag Helmut Schmidts Einvernehmen darüber erzielt, dass die Bemühungen um die Sicherung der Banken vor Raubüberfällen weiter verstärkt werden müssten.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 26. September:
»23.10 Uhr Medikamente an Baader und Raspe ausgegeben.«

25.
Jan-Carl Raspe und das Wort »wir«
(Dienstag, 27. September 1977)

Die Entführer schickten an diesem Tag Briefe an diverse Zeitungen, Nachrichtenagenturen, an Payot und Eberhard von Brauchitsch:

»Lebenszeichen von Schleyer wird es nur noch im Zusammenhang mit konkreten Hinweisen auf den Austausch geben.« Auch wenn die Bundesregierung den Entführern das Ergebnis der Verhandlungen von Staatsminister Wischnewski vorenthalten wolle, so wüssten sie sicher, dass es Länder gebe, die zur Aufnahme der elf Gefangenen bereit seien.

Am selben Tag rief der Stammheimer Justizbeamte Bubeck bei der Sicherungsgruppe Bonn an.

»Raspe hat vor einer halben Stunde um den Besuch des Bundesanwalts Löchner und von Ihnen gebeten«, sagte er dem BKA-Beamten Klaus. »Er will eine Mitteilung machen und ein Schriftstück übergeben.«

Auf Anweisung seines Präsidenten Herold flog Alfred Klaus mit dem Hubschrauber nach Stammheim. Er kam dort um 18.30 Uhr an. Gerhard Löchner war nicht da, er sagte Klaus am Telefon: »Ich komme nur dann, wenn es unumgänglich ist.«

Eine Viertelstunde später wurde Raspe in das Besucherzimmer geführt. »Ich habe noch eine Ergänzung zu den Fragebögen«, sagte er. »Ich kann die Liste der Aufnahmeländer um einige erweitern.« Dann reichte er dem BKA-Beamten einen Bogen mit der vorbereiteten maschinenschriftlichen Erklärung:

»Für den Fall, dass die Bundesregierung wirklich den Austausch versucht, und vorausgesetzt, die bereits genannten Länder – Algerien, Libyen, Vietnam, Irak, Südjemen – lehnen die Aufnahme ab, nennen wir noch eine Reihe weiterer Länder: Angola, Moçambique, Guinea-Bissau, Äthiopien. 27.9.77 Raspe.«

Alfred Klaus nahm die Liste, sah Raspe an und sagte: »Das Wort ›wir‹ und die Aufzählung der schon von Baader genannten fünf Aufnahmeländer

bedeutet wohl, dass Sie sich untereinander verständigt haben.« Raspe wurde verlegen, sagte aber nichts. Er unterzeichnete das Original und die Kopie des Schreibens und bat Klaus, sie an den Krisenstab weiterzureichen.

»Haben Sie noch etwas zu sagen?«, fragte der BKA-Beamte.

Jan-Carl Raspe antwortete: »Die lange Dauer der ganzen Sache lässt auf die Absicht einer polizeilichen Lösung schließen. Damit wäre eine politische Katastrophe programmiert, nämlich tote Gefangene.«

Im Übrigen sei die Isolation nach außen zurzeit total. Es sei nicht einzusehen, warum man nicht wenigstens die Gefangenen innerhalb der Anstalt miteinander kommunizieren lasse, zumal die Isolation offenbar gesetzlich legitimiert und damit auf eine andere Ebene gehoben werden solle. »Wenn keine Entscheidung getroffen wird, kann dieser Zustand möglicherweise noch drei Monate dauern.«

»Meine persönliche Auffassung ist«, meinte Alfred Klaus, »dass dem durch eine Botschaft der Gefangenen, die Entführungsaktion zu beenden, abgeholfen werden könnte.«

Am Ende des Gesprächs sagte Raspe: »Die Aufnahme in einem der genannten Länder hängt von der Intensität ab, mit der sich die Bundesregierung darum bemüht.«

Als Raspe wieder in seine Zelle geführt worden war, sprach Alfred Klaus den Vollzugsbeamten Bubeck, der bei dem Gespräch dabei gewesen war, darauf an, dass sich die Gefangenen offenbar verständigen konnten. Daraufhin führte Bubeck den BKA-Beamten in den Korridor vor den Zellen und zeigte ihm die Dämmplatten, mit denen nächtliche Sprechkontakte von Zelle zu Zelle unmöglich gemacht werden sollten.

Klaus rief den Chef der Sonderkommission beim Stuttgarter Landeskriminalamt, Textor, den Abteilungsleiter im BKA, Boeden, und Bundesanwalt Löchner an und berichtete über seinen Besuch bei Raspe.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 27. September:

»18.20 Uhr Raspe Zellentür geöffnet.

18.30 Uhr – 18.40 Uhr Gespräch zwischen einem Herrn vom BKA und Raspe auf 707.

23.00 Uhr Medikamente an Baader und Raspe ausgehändigt.«

26.

Eine Flugzeugentführung in Japan

(Mittwoch, 28. September 1977)

In den frühen Morgenstunden wurde eine Maschine der Japan Airlines von japanischen Terroristen entführt. Sie forderten, neun gefangene japanische Anarchisten im Austausch gegen die Flugzeuginsassen freizulassen.

Im Bundestag gab es die zweite Lesung des Kontaktsperregesetzes. Der SPD-Abgeordnete Manfred Coppik erklärte: »Man kann sehr daran zweifeln, ob die Isolation von Gefangenen wirklich hilft, das Leben einer Geisel zu retten, die schließlich nicht in der Gewalt von Gefangenen, sondern von in Freiheit befindlichen Terroristen ist … Die Aufgabe rechtsstaatlicher Grundprinzipien rettet kein Menschenleben, schafft aber Lebensverhältnisse, in denen die friedliche demokratische Entwicklung in einem Rechtsstaat gefährdet wird und damit weitere Menschenleben in Gefahr geraten … Der Kampf gegen den Terrorismus wird nicht durch Sondergesetze gewonnen …«

Nachtdienstmeldung Stammheim, 28. September:
»18.50 Uhr Baader verlangt nach einer Optipyrin – ausgehändigt.
23.00 Uhr Medikamentenausgabe durch Sanitäter.
23.55 Uhr Baader verlangt nach einer Optipyrin – ausgehändigt.«

27.
Keine Zeit für Kompromisse
(Donnerstag, 29. September 1977)

Die japanische Regierung erklärte sich bereit, den Forderungen der Flugzeugentführer nachzukommen und neun Gefangene im Austausch freizulassen.

Gegen 3.00 Uhr morgens kehrte Staatsminister Wischnewski aus Vietnam zurück.

Währenddessen arbeitete Alfred Klaus an einem Alternativvorschlag zur Lösung der Geiselaffäre. Er wollte die Stammheimer Gefangenen an den Verhandlungen beteiligen. »Die Rote Armee Fraktion«, so Klaus später, »hatte ja immer den Anspruch erhoben, politisch zu wirken und eine politische Dimension zu haben.« Er wollte sie beim Wort nehmen: Sie sollten die Schleyer-Entführer in einer öffentlichen Erklärung zur Freilassung ihrer Geisel bewegen. »Sie hätten auf diese Weise in der Weltöffentlichkeit einen Sympathieerfolg erzielen können«, meinte Klaus. »Ich war überhaupt der Meinung, man hätte gegebenenfalls den Rechtsanwalt Schily als Vermittler einschalten können, der ja nun ein Vertrauter Gudrun Ensslins war, wie ich weiß. Wenn das alles nicht geholfen hätte, dann hätte man zusätzlich Geldangebote machen können oder Hafterleichterungen oder Einstellung von Verfahren gegen Rechtsanwälte. Ich war der Meinung, hier wäre eine Möglichkeit gewesen, den Gefangenen eine goldene Brücke zu bauen und gewissermaßen sich zu distanzieren und eben das Kommando im Untergrund, das Schleyer in Gewahrsam hatte, dazu zu bewegen, ihn freizulassen.«

Klaus brachte seinen Vorschlag zu Papier und schickte ihn als »Ultima Ratio« an den BKA-Präsidenten. Die Antwort kam nicht von Herold persönlich, sondern von dessen Abteilungsleiter TE, Gerhard Boeden. »Der Präsident hat Ihren Vorschlag abgelehnt«, sagte Boeden. Stattdessen solle Klaus eine fingierte Kommandoerklärung der Schleyer-Entführer entwerfen;

so, als sei der Kompromissvorschlag von ihnen ausgegangen:

»Unsere Geduld ist erschöpft. Die Bundesregierung will uns durch ihre infame Hinhaltetaktik darüber hinwegtäuschen, dass sie einen Austausch der Gefangenen nie ernsthaft erwogen hat. Die Verhandlungen Wischnewskis mit den in Betracht kommenden Ländern sind ein Manöver zur Irreführung der Öffentlichkeit. Er soll seine Lustreisen beenden, die doch nur den Zweck haben, die Regierungen von ihrer Bereitschaft zur Aufnahme der Gefangenen abzubringen. Der Bundesregierung ist die Vernichtung der Gefangenen aus der RAF offenbar wichtiger als das Leben Schleyers, dieses fetten Repräsentanten des Großkapitals in der BRD.

Wir lassen uns nicht zu seiner Hinrichtung provozieren und als brutale Killer diffamieren. Dieser Staat kann seine beliebig auswechselbare Charaktermaske unter folgenden Bedingungen wiederhaben.

1. Überweisung von 29 Millionen D-Mark auf ein Schweizer Bankkonto, das von Klaus Croissant treuhänderisch mit der Garantie der jederzeitigen Verfügbarkeit verwaltet wird.

2. Einstellung der Verfahren gegen Croissant und alle anderen Vertrauensanwälte der Gefangenen aus der RAF.

3. Wiederherstellung der Haftbedingungen für die Gefangenen, wie sie am 5.8.1977 in Stammheim gegolten haben.

4. Zustimmung der Gefangenen, deren Freilassung von uns gefordert wird.

5. Einstellung der Fahndung für die Dauer der Verhandlung.

30.9.1977 Kommando Siegfried Hausner, RAF.«

Klaus reichte das Schreiben weiter, hörte aber nie wieder davon.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 29. September:

»20.00 Uhr. Baader verlangt eine Optipyrin (ausgehändigt).

23.00 Uhr Medikamentenausgabe durch Sani an Baader und Raspe.

2.15 Uhr Dolviran an Baader ausgegeben.«

28.
Eine »Doublette« wird observiert
(Freitag, 30. September 1977)

Um 9.00 Uhr morgens übermittelte das BKA seine 21. Mitteilung an die Entführer: »Die Regierung der Volksrepublik Vietnam lehnt die Aufnahme der Gefangenen ab. Auch Algerien hat nunmehr erklärt, dass es nicht zum Aufnahmeland für Terroristen werden wolle.«

Das Kontaktsperregesetz wurde vom Deutschen Bundestag verabschiedet.

Nur die SPD-Abgeordneten Manfred Coppik, Karl-Heinz Hansen, Dieter Lattmann und Klaus Thüsing stimmten dagegen.

Der Stimme enthielten sich 17 Parlamentarier. Zwei Stunden später unterzeichnete der Bundespräsident das Gesetz.

Am späten Nachmittag wurde Rechtsanwalt Klaus Croissant in Paris festgenommen.

Inzwischen hatte die Polizei ermittelt, dass alle Kennzeichen der bei der Schleyer-Entführung benutzten Wagen bei einer bestimmten Firma am Hansaring in Köln geprägt worden waren. Derselbe Kunde hatte noch mehr Kennzeichen bestellt: vier Paare.

Die Fahnder machten sich auf die Suche nach den dazu passenden Autos.

Die vier »Doubletten«-Nummern wurden fernschriftlich an alle Polizeidienststellen durchgegeben. In Köln und Umgebung bekam jeder Polizeibeamte ein Fahndungsblatt mit den Autonummern. Alle Motorradstreifen der Kölner Schutzpolizei schwärmten aus, um in Parkhäusern und Tiefgaragen nach den Wagen zu suchen.

Am frühen Abend entdeckte ein Polizeimeister in der Garage der Großwohnanlage »Am Kölnberg« in Meschenich einen Mercedes, der eines der gesuchten Kennzeichen trug. Der Wagen wurde daraufhin ununterbrochen observiert.

Den Wohnkomplex mit über tausend Appartements durchsuchte die

Polizei zunächst noch nicht. Es wurden auch nicht die Vermietungsunterlagen geprüft. All das geschah erst Tage später.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 30. September:

»18.10 Uhr. Baader verlangt eine Optipyrin (ausgehändigt).

20.25–20.39 Uhr wurde Baader von H. Listner in der Zelle gespritzt (Zelle wurde geöffnet).

23.00 Uhr Medikamente an Baader ausgegeben.«

29.

Arndt Müller wird verhaftet

(Samstag, 1. Oktober 1977)

Gegen Mittag meldete sich das »Kommando Siegfried Hausner« bei dem Genfer Rechtsanwalt. Der Anrufer sagte: »Das Kommando stellt fest, dass das BKA die Forderungen, die Gefangenen zusammenzulegen, nicht erfüllt hat.« In einem Punkt wisse man genau, dass die Regierung lüge: »Mindestens ein Land hat sich bereit erklärt, die Gefangenen aufzunehmen.«

Um 17.35 Uhr wurde der Sozius des in Frankreich verhafteten Anwalts Klaus Croissant, der 37-jährige Rechtsanwalt Arndt Müller, in Stuttgart festgenommen.

Müller hatte sich in den Wochen zuvor auf Pressekonferenzen erheblich exponiert, hatte von »gezielten Lügen des Staatsschutzes« gesprochen und von einem »Krieg gegen die Verteidigerbüros«. Auch nachdem der zweite Croissant-Sozius Armin Newerla verhaftet worden war, hatte sich Müller immer noch frei und offen gezeigt, so als hätte er nichts von den Behörden zu befürchten. Seine Festnahme kam überraschend. Die »Süddeutsche Zeitung« damals: »Schlüssig zu erklären wäre die Verhaftung Müllers gerade am letzten Freitag, wenn die Ermittler kurz zuvor zusätzliches belastendes Material in die Hand bekommen hätten.«

Nachtdienstmeldung Stammheim, 1. Oktober:

»23.10 Uhr Medikamente an Raspe und Baader ausgegeben.

2.25 Uhr Dolviran an Baader ausgegeben.«

30.
Volker Speitel wird verhaftet

(Sonntag, 2. Oktober 1977)

Um Mitternacht trat das Kontaktsperregesetz in Kraft. Zwei Minuten später stellte der Bundesjustizminister Kontaktsperre für 72 Häftlinge fest und übermittelte dies fernschriftlich an die Justizverwaltungen der Länder. Damit war legalisiert, was bereits drei Wochen andauerte.

Das BKA wandte sich wieder an die Entführer, verlangte ein neues Lebenszeichen von Schleyer und stellte fest: »Eine Zusammenlegung der Gefangenen kommt beim gegenwärtigen Verhandlungsstand nicht in Betracht.«

Die Entführer würden offenbar völlig falsche Erwartungen über die Bereitschaft der Zielländer zur Aufnahme der Gefangenen hegen. Die Bundesregierung sei dennoch zu weiteren Bemühungen bereit.

Einige Tage zuvor war Volker Speitel, der »Kurier« zwischen den Stammheimer Gefangenen und den »Illegalen«, zusammen mit anderen aus dem Sympathisantenumfeld nach Dänemark gereist, um dort eine Veranstaltung gegen die Kontaktsperre vorzubereiten. Nach der Veranstaltung, so sagte später eine seiner Begleiterinnen, wollten sie nach Griechenland weiterfahren, um dort eine ähnliche Aktion zu organisieren. Schon am 30. September hatte Speitel im Stuttgarter Croissant-Büro angerufen und erfahren, dass nach ihm gefahndet werde.

Trotzdem setzte sich Volker Speitel am 2. Oktober 1977 in den Zug und fuhr in die Bundesrepublik zurück. Kurz nach dem Passieren der Grenze wurde er festgenommen.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 2. Oktober:

»19.30 Uhr Baader verlangt Optipyrin.

19.45 Uhr Sicherung von 715 (Baader) fliegt zweimal heraus.

21.00 Uhr Baader verlangt Optipyrin (wurde ausgehändigt).

22.50 Uhr Baader verlangt eine Dolantinspritze, die ihm gegen 23.20 Uhr verabreicht wurde.«

31.
Die Medikamente
(Montag, 3. Oktober 1977)

Nachtdienstmeldung Stammheim:

»23.10 Uhr Medikamente an Baader und Raspe ausgegeben.
1.25 Uhr Baader verlangt Optipyrin. 1.30 Uhr ausgehändigt.«

Seit Beginn der Kontaktsperre am 5. September hatten die Gefangenen im siebten Stock, allen voran Baader und Raspe, anscheinend Medikamente nach Belieben erhalten: Fortral-Zäpfchen, Optipyrin-Zäpfchen, Dolviran-Tabletten, Tradon-Dragees, Xitix-Tabletten, Paracodin-Hustensaft, Adalin-Tabletten, Dolantin-Spritzen, Novadral-Dragees, Depot-Impletol-Spritzen …

Vor allem Adalin, Dolviran, Optipyrin und Paracodin werden, so der Untersuchungsausschuss später, »auch zur Erzeugung eines Zustandes wohliger Stimmung genommen«.

Es war die klassische Mixtur von »uppern« und »downern«, aufputschenden starken Schmerzmitteln und Schlafmitteln.

Schon Anfang der sechziger Jahre hatte Andreas Baader in Berlin gern eine Spezialmischung aus Dolviran-Tabletten, Barbituraten und Coca-Cola zu sich genommen. In Stammheim bekam er die Drogen von den Justizbeamten allabendlich serviert. Bei der Obduktion seiner Leiche fanden die Gerichtsmediziner später in seinem Harn Arzneimittelrückstände aller Art: Phenobarbital, Secobarbital, Salicylsäure, Salicylursäure, Pyrarolon-Derivate, Paracetamol, p-Aminophenol, Carbromal und bromhaltige Metybolite, Codein, Marphin, Pantazocin, Dihydrocodein, Nicotin und Coffein.

Eine Bewusstseinstrübung des Gefangenen sei daraus allerdings nicht abzuleiten, erklärten die Mediziner.

32.
Ein Hochhaus und eine Anwaltskanzlei werden durchsucht
(Dienstag, 4. Oktober 1977)

Gegen 2.00 Uhr nachts erließ der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes Haftbefehl gegen Volker Speitel und die mit ihm im Schnellzug festgenommene Begleiterin aus Dänemark.

Am selben Tag begannen Polizeibeamte, das Hochhaus »Am Kölnberg« in Meschenich zu durchsuchen. Nach zwei Tagen stießen sie auf das Appartement 1010, das eine Cornelia B. am 1. Juni angemietet hatte. Am 23. September hatte sie schriftlich zum 30. September gekündigt und als neue Adresse die »Park Lane« in London angegeben. Aus Schriftgutachten und der Vorlage von Fotos bei Angestellten der Vermietungsgesellschaft folgerten die Fahnder, dass Angelika Speitel die Mieterin gewesen war.

Sie war die Frau Volker Speitels. Der gab angeblich erst Monate später zu Protokoll, dass er das Appartement »Am Kölnberg« als konspirative Wohnung der Schleyer-Entführer gekannt habe.

Aber schon bei der Durchsuchung zwischen dem 4. und 6. Oktober legten Kriminalbeamte den Nachbarn des Appartements Fotos von Angelika Speitel vor.

Das seit vier Tagen erfolglos observierte Auto in der Tiefgarage wurde ebenfalls an diesem Tag geöffnet – mit Hilfe einer Seilwinde, um niemanden durch die Explosion eventuell im Wagen versteckter Sprengkörper zu gefährden. Im Kofferraum fanden die Fahnder einen Manschettenknopf Hanns Martin Schleyers. Die Beamten kamen zu dem Schluss, der Arbeitgeberpräsident sei nach dem Überfall im Kofferraum dieses Wagens in das erste Versteck gebracht worden.

An diesem 4. Oktober wurde wieder einmal die Anwaltskanzlei Croissant in Stuttgart durchsucht. Die vorherige Durchsuchung lag eine knappe Woche zurück; anschließend war die Kanzlei versiegelt worden. Für die zweite Durchsuchung gibt es keine offizielle Erklärung. Auffällig aber ist, dass Volker Speitel in seinen Aussagen – die er angeblich erst sehr viel später

machte – auf besondere Verstecke im Aktenraum der Kanzlei hinwies. Auch andere Einzelheiten seiner Vernehmung lassen darauf schließen, dass Volker Speitel bereits am 4. Oktober mit seinen Aussagen begann.

Er selbst, sein Anwalt und auch die Bundesanwaltschaft haben das immer bestritten. Ein früherer Aussagebeginn hätte den Verdacht erregt, Speitel könnte schon vor dem Tod der Gefangenen den Behörden mitgeteilt haben, in Stammheim befänden sich Waffen. Speitels Vernehmungsprotokolle wurden nie vollständig offengelegt.

An diesem 4. Oktober wurde Andreas Baader in Stammheim von Zelle 715, in die er am 13. September verlegt worden war, in seine alte Zelle 719 zurückgeordert. Einen offiziellen Grund dafür gab es nicht. Später, nach dem Tod der Gefangenen, wurde jedoch in der Fensterwand von Zelle 715 ein leeres Versteck gefunden, in das eine Pistole gepasst hätte. Während seines Aufenthaltes in Zelle 715 hatte Baader am 23. September seinen angeblich sorgfältig durchsuchten Plattenspieler nebst Verstärker und Lautsprechern zurückbekommen. Als er nun wieder in seine Stammzelle 719 umsiedelte, durfte er diese Geräte mitnehmen. Dabei wurden sie nicht noch einmal durchsucht. Nach dem Selbstmord fanden die Ermittler in Baaders Plattenspieler eine aus Büroklammern zurechtgebogene Haltevorrichtung, mit deren Hilfe Baader darin offenbar die Pistole, eine ungarische FEK, befestigt hatte.

Der Stellvertretende Anstaltsleiter Schreitmüller später: »Jetzt wissen wir, dass Baader die Pistole wahrscheinlich in seinem Plattenspieler drin hatte. So wanderte die Waffe zwischen uns und Baader hin und her. Heute kann man darüber nur den Kopf schütteln, aber damals kam keiner darauf, dass die Waffe drin sein könnte.«

Auch Jan-Carl Raspe wurde an diesem 4. Oktober, zwei Tage nach der Festnahme des Waffenkuriers Volker Speitel, verlegt. Er kam von Zelle 718 in die Zelle 716. Ausgerechnet in dieser Zelle, so stellte sich später heraus, war in einem Hohlraum in der Wand eine zweite Waffe versteckt, die Neun-Millimeter-Heckler & Koch, mit der sich Raspe später erschoss.

Der Zufall wirkte fast wie ein ausgeklügelter Plan: Zunächst wird Baader aus seiner Zelle (719), in der keine Pistole versteckt ist, verlegt in eine Zelle mit Pistole (715). Sein Plattenspieler wird ihm abgenommen und durchsucht. Dann wird ihm sein Plattenspieler wieder ausgehändigt. Darin kann er die Pistole verstecken und unbehelligt mitnehmen, als er in seine alte Zelle (719)

zurückkehrt. Zum selben Zeitpunkt wird Raspe aus Zelle 718 ausgerechnet in jene Zelle (716) verlegt, in der eine zweite Pistole verborgen ist.

Und noch eine merkwürdige Folge hatte die Verlegung hin und zurück. Die Kommunikationsanlage, die aus zwei Systemen, den Drähten für den Anstaltsrundfunk und den Drähten für die Trockenrasierer, bestand, konnte nur in zwei Zellen miteinander verbunden und damit voll funktionsfähig gemacht werden: 718 und 719. Nach der ersten Verlegung konnte Baader in Zelle 715 die Systeme nicht mehr koppeln, dafür aber Raspe in 718. Als Baader wieder in 719 war, konnte er statt Raspe die Kommunikation aufrechterhalten.

So sorgte der pure Zufall der Verlegung im Hochsicherheitstrakt dafür, dass Baader und Raspe in den Besitz von Schusswaffen gelangten und jederzeit miteinander und mit den anderen Gefangenen kommunizieren konnten.

In Stammheim wurden die »Kontaktsperrepolster« nur nachts an den Türen befestigt. Am Tage, so die offizielle Erklärung, hätten sie die Luftzufuhr zu den Zellen übermäßig beeinträchtigt. Warum das in der Nacht anders sein sollte, blieb offen. Auf jeden Fall konnten die Gefangenen jetzt, durch die dicken Polster perfekt abgeschirmt, ungestört und ohne vom Wachtpersonal gehört zu werden, über ihre Kommunikationsanlage miteinander reden. Ob die Matratzen möglicherweise genau deshalb vor die Zellentüren gestellt worden waren, gehört zu den Geheimnissen von Stammheim.

Aus Protest gegen die Kontaktsperre waren die Gefangenen kurzzeitig in Hungerstreik getreten. Niemand außerhalb der Anstalt erfuhr davon, weder Rechtsanwälte noch Angehörige. Es herrschte Kontaktsperre.

An diesem Tag rief Andreas Baader den anderen zu: »Ab sofort wird wieder gefressen!«

Am späten Abend trat in Bonn der Große Krisenstab zusammen. In der Dokumentation der Bundesregierung hieß es darüber später: »In einer grundsätzlichen Aussprache werden die weiteren Verhaltensmöglichkeiten gegeneinander abgewogen. Über das konkrete Vorgehen gegenüber den Entführern besteht Einigkeit.«

Nachtdienstmeldung Stammheim, 4. Oktober:

»19.00 Uhr. Baader verlangt Optipyrin und Brandsalbe (ihm sei kochendes

Wasser über den Fuß gelaufen), ausgehändigt.

23.05 Uhr Medikamente an Baader und Raspe ausgehändigt.«

33.
Vier gleich lautende Anträge
(Mittwoch, 5. Oktober 1977)

Der Stammheimer Anstaltsleiter Nusser rief beim Amtsgericht Stuttgart-Bad Cannstatt an und teilte dem Richter Bertsch mit, Raspe wolle einen Antrag auf Aufhebung der Kontaktsperre stellen. Noch am selben Tag wurde der Amtsrichter in den siebten Stock geführt. Jan-Carl Raspe erschien und gab seinen Antrag zu Protokoll.

Anschließend wurde Baader dem Amtsrichter vorgeführt. Er stellte den gleichen Antrag.

Am Nachmittag desselben Tages fuhr auch der Richter Werner Heinz in die Haftanstalt Stammheim. Gegen 15.00 Uhr traf er Gudrun Ensslin. Nach einem kurzen Gespräch nahm der Richter den von ihr handschriftlich formulierten und am Vortag, dem 4. Oktober, datierten Antrag entgegen.

Am Tag darauf erfuhr der Richter, dass auch Irmgard Möller die Aufhebung der Kontaktsperre beantragen wollte. Wieder fuhr er nach Stammheim.

Niemand kam angeblich auf den Gedanken, dass sich die Gefangenen abgesprochen haben könnten.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 5. Oktober:

»Dr. Bertsch, Richter beim AG Stuttgart-Bad Cannstatt, war bis 19.30 Uhr bei Raspe und Baader.

23.00 Uhr Medikamente an Baader und Raspe ausgehändigt.«

34.
Überwachung nicht zumutbar
(Donnerstag, 6. Oktober 1977)

Der Gefängnisarzt Dr. Henck, der zu den Gefangenen inzwischen ein leidlich gutes Verhältnis aufgebaut hatte, besuchte Jan-Carl Raspe in dessen Zelle. Er traf auf einen Gefangenen, der einen vollkommen deprimierten Eindruck machte, über Schlafstörungen klagte und dem das Sprechen schwerfiel. Raspe hatte Tränen in den Augen und sprach von Gedanken an Selbstmord.

Henck erschrak. Zwar hatte er unterschwellig schon seit längerer Zeit die Befürchtung gehabt, die Gefangenen könnten Selbstmord begehen. Jetzt aber schien die Gefahr akut. Er kannte die Häftlinge als abweisend, kühl und vor allem beherrscht. Dass Raspe ihm jetzt von seinen Schlafstörungen berichtete, war für den Arzt etwas völlig Neues. Die Gefangenen im siebten Stock hatten ihre Zellen abgedunkelt. Das erschien dem Psychiater als ein Zeichen für »Introvertiertheit, Regressivität, des Sich-Zurückziehens«.

Er konnte nachvollziehen, wie sich die Kontaktsperre auf die Häftlinge auswirkte. Schon vor der offiziellen Verhängung waren die Vollzugsbedingungen im Hochsicherheitstrakt über mehrere Wochen sehr streng gewesen. Nach der Schlägerei am 8. August war die Verschärfung als »Hausstrafe« angeordnet worden. »Das könnte man ja ad absurdum weiterführen«, hatte Baader ihm gesagt. Dr. Henck meinte später, die in Stammheim untergebrachten Gefangenen hätten die Kontaktsperre gleichsam als Fortsetzung der Hausstrafe empfunden und deshalb schwerer darunter gelitten als Häftlinge in anderen Anstalten.

Nach seinem Besuch bei Raspe schrieb der Arzt einen Vermerk für die Anstaltsleitung: »Nach dem Gesamteindruck muss davon ausgegangen werden, dass bei dem Gefangenen eine echte suizidale Handlungsbereitschaft vorliegt. Ich bitte um Kenntnisnahme und Mitteilung, auf welche Art und Weise ein eventueller Selbstmord verhindert werden kann.«

Am Nachmittag ließ der stellvertretende Anstaltsleiter, Regierungsdirektor Schreitmüller, den Arzt und den Amtsinspektor Bubeck zu sich kommen. Er wollte wissen, welche Maßnahmen man trotz Kontaktsperre ergreifen könne.

»Ist es vertretbar, Raspe in eine Beruhigungszelle zu verlegen oder ihn bei angeschaltetem Licht nachts laufend zu überwachen?«

Beide Möglichkeiten hielt Henck für nicht durchführbar: »Dadurch wird der Druck auf Raspe noch mehr verschärft.«

Man entschied zunächst, Henck solle Raspe einmal täglich aufsuchen.

Noch wenige Monate zuvor war man in Stammheim nicht so rücksichtsvoll gewesen, wenn es galt, die Häftlinge nachts zu kontrollieren; das geht aus Nachtdienstmeldungen hervor.

Am 16. August 1977 wurde vermerkt:

»Die Zellen 719/Baader, 720/Ensslin/Möller, 721/Schubert mussten geöffnet werden, da die Gefangenen auf Anruf nicht reagierten. 23.08–23.45 Uhr.«

Am 18. August:

»Die BM-Gefangenen wurden um 11.00 Uhr, 2.00 Uhr und 5.00 Uhr durch Öffnen der Zellentüren kontrolliert.«

Am 19. August:

»2.04–2.11 Uhr Kontrolle durchgeführt.

5.08–5.12 Uhr Kontrolle durchgeführt.«

Am 20. August:

»1.51–2.05 Uhr Kontrolle durchgeführt. Zellen 767 und 720 wurden geöffnet, da die Gefangenen auf Anrufe nicht reagierten. 4.58–5.05 Uhr Kontrolle durchgeführt. Die Gefangene Möller gibt kein Lebenszeichen: 5.05 Uhr Arzt wurde vom Revier geholt.«

Am 21. August:

»Die Zelle 720/Ensslin/Möller wurde geöffnet, da die Gefangenen auf Anrufe keine Antwort gaben. 2.04 bis 2.07 Uhr Kontrollen durchgeführt. Die Gefangene Ensslin gibt kein Lebenszeichen: 2.07 Uhr Arzt wird geholt …

5.03 bis 5.09 Uhr Kontrollen durchgeführt.«

In der Nacht vom 21. auf den 22. August 1977 wurden die Gefangenen noch häufiger kontrolliert:

19.10 Uhr Verena Becker, 19.13 Uhr Gudrun Ensslin, 21.26 Uhr Becker, 21.28 Uhr Ensslin, 23.05 Uhr Becker, 23.08 Uhr Raspe, 23.10 Uhr Baader, 23.15 Uhr Ensslin, 23.17 Uhr Irmgard Möller, 0.45 Uhr Becker, 0.58 Uhr Ensslin, 2.10 Uhr Becker, 2.12 Uhr Raspe, 2.13 Uhr Baader, 2.15 Uhr Ensslin, 2.17 Uhr Möller, 4.04 Uhr Becker, 4.06 Uhr Ensslin, 5.25 Uhr Becker, 5.27 Uhr Raspe, 5.29 Uhr Baader, 5.31 Uhr Ensslin, 5.32 Uhr Möller

(»gibt kein Lebenszeichen, 5.37 Uhr Arzt trifft ein«).

So ging das fast jede Nacht, bis zur Kontaktsperre. Als der Gefängnisarzt Dr. Henck Selbstmordgefahr bei Jan-Carl Raspe diagnostizierte, wurden die Nachtdienstkontrollen mit »Rücksicht auf die Gefangenen« nicht wiederaufgenommen.

Oder gab es inzwischen andere Möglichkeiten, die Gefangenen zu überwachen?

In Palma de Mallorca kam am Abend des 6. Oktober gegen 23.00 Uhr ein schwarzhaariger junger Mann in die Lounge des Hotels »Saratoga« und verlangte ein Einzelzimmer. Das Hotel war fast ausgebucht, und der Mann, der einen iranischen Pass auf den Namen Ali Hyderi vorlegte, musste mit einem teuren Vierbettzimmer vorliebnehmen. Am nächsten Morgen erkundigte er sich erneut, ob ein Einzelzimmer frei geworden sei. Der Portier konnte ihm nur ein Doppelzimmer anbieten.

»Ist sonst noch etwas frei?«, fragte der Gast. »Ich erwarte heute gegen Mitternacht noch jemanden.«

Wieder schüttelte der Portier den Kopf: »Sie haben doch ein Doppelzimmer, vielleicht kann die Person eine Nacht bei Ihnen schlafen?«

»Es handelt sich um eine Dame«, sagte Hyderi.

»Das müssen Sie wissen.«

Gegen Mitternacht kam die Besucherin und legte ebenfalls einen iranischen Pass vor, der auf den Namen Soraya Ansari ausgestellt war.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 6. Oktober:

»21.05 Uhr Baader verlangt sein Schlafmittel.

21.25 Uhr Baader wurde sein Schlafmittel und eine Dolviran vom Sani ausgehändigt.«

35.
»Keiner hat die Absicht, sich umzubringen«
(Freitag, 7. Oktober 1977)

Kurz nach Mittag übergab ein Justizbeamter Baader eine schriftliche Verfügung der Anstaltsleitung, die privaten Obsteinkauf der Gefangenen verbot. Baader warf ihm das Schriftstück vor die Füße und sagte: »Das sind die Dinge, für die Sie noch büßen müssen. Ich gebe Ihnen noch wenige Tage.«

»Lesen Sie doch die Unterschrift auf der Verfügung«, sagte der Beamte.

»Sie sind das unterste Glied in der Mordmaschinerie, und an Sie halte ich mich«, antwortete Baader.

Kurze Zeit später besuchte Dr. Henck die Gefangenen im siebten Stock. »Noch ein paar Tage, dann gibt es Tote«, sagte ihm Baader. Und Gudrun Ensslin meinte: »Jetzt platzt der Sadismus aus allen Nähten.«

Noch am selben Tag schrieb Andreas Baader an das Oberlandesgericht:

»Aus dem Zusammenhang aller Maßnahmen seit sechs Wochen und ein paar Bemerkungen der Beamten lässt sich der Schluss ziehen, dass die Administration oder der Staatsschutz, der – wie ein Beamter sagt – jetzt permanent im siebten Stock ist, die Hoffnung haben, hier einen oder mehrere Selbstmorde zu provozieren, sie jedenfalls plausibel erscheinen zu lassen.

Ich stelle dazu fest: Keiner von uns – das war in den paar Worten, die wir vor zwei Wochen an der Tür wechseln konnten, und der Diskussion seit Jahren klar – hat die Absicht, sich umzubringen. Sollten wir – wieder ein Beamter – hier ›tot aufgefunden werden‹, sind wir in der guten Tradition justizieller und politischer Maßnahmen dieses Verfahrens getötet worden.

Andreas Baader, 7.10., 19 Uhr.«

Nachtdienstmeldung, 7. Oktober:

»23.00 Uhr Baader Schlafmittel ausgegeben sowie Dolviran. Raspe Fortral ausgehändigt. Ansonsten keine Vorkommnisse.«

36.
Selbstmorddrohungen und Vertrauen in das Verantwortungsbewusstsein der Politiker

(Samstag, 8. Oktober 1977)

In der Genfer Anwaltskanzlei ging am Morgen ein handgeschriebener Brief Schleyers ein, dem eine Polaroidaufnahme beigefügt war. Der Entführte hielt auf dem Foto ein Schild mit der Aufschrift: »Seit 31 Tagen Gefangener«.

Hanns Martin Schleyer schrieb: »Ich habe die Gelegenheit bekommen, meiner Frau für den mich beruhigenden Brief in ›Bild am Sonntag‹ vom 21.9.1977 zu danken. Ich kann meiner Frau versichern, dass es mir physisch und psychisch gutgeht, soweit dies unter den gegebenen Umständen möglich ist. Die Ungewissheit ist die größte Belastung. Ich habe in der ersten Erklärung nach der Entführung zum Ausdruck gebracht, dass die Entscheidung über mein Leben in der Hand der Bundesregierung liegt, und ich habe damit diese Entscheidung akzeptiert. Aber ich sprach von Entscheidung und dachte nicht an ein jetzt über einen Monat dauerndes Dahinvegetieren in ständiger Ungewissheit.«

Das Vorgehen der Japaner nach der Entführung des JAL-Flugzeuges zeige, dass es Länder gebe, die aufnahmebereit seien. (Algerien hatte die neun freigepressten Japaner aufgenommen.) Die Vermittlertätigkeit Payots sei nicht mehr hilfreich, solange sie keine wirklichen Ergebnisse bringen könne.

»Meine Familie und meine Freunde wissen, dass ich nicht so leicht umzuwerfen bin und über eine robuste Gesundheit verfüge. Dieser Zustand eines nicht mehr verständlichen Hinhaltens ist aber gerade nach der Entscheidung der japanischen Regierung und ihrer konsequenten Haltung, nach der sie sich als mitverantwortlich für die Entführung bezeichnete und Maßnahmen erst nach der unblutigen Abwicklung dieses Vorgangs ergreifen wird, auch von mir nicht mehr lange zu verkraften. Man muss schließlich die Umstände berücksichtigen, unter denen ich lebe. Deshalb ist eine Entscheidung der Bundesregierung – wie ich sie am ersten Tag gefordert habe – dringend geboten.

Dies umso mehr, als meine Entführer nach meiner festen Überzeugung so

nicht mehr lange weitermachen werden. Ihre Entschlossenheit kann nach der Ermordung Bubacks und Pontos nicht in Zweifel gezogen werden.

Mit meiner Frau vertraue ich auf das hohe Verantwortungsbewusstsein der politisch Verantwortlichen und hoffe nach wie vor, bald wieder bei ihr sein zu können.«

Gegen 14.00 Uhr erhielt der BKA-Beamte Klaus einen Anruf aus Stammheim. Der Vollzugsbeamte Bubeck war am Telefon: »Baader hat um Ihren Besuch gebeten. Bis 16.00 Uhr sollen Sie hier sein.«

Klaus wurde mit einem Hubschrauber nach Stammheim geflogen. Um 17.45 Uhr kam Baader ins Besucherzimmer der Anstalt. Er wirkte nervös und fragte: »Haben Sie mir etwas zu sagen?«

Klaus antwortete: »Ich denke, ich bin gekommen, um von Ihnen etwas zu hören.«

Hektisch und unzusammenhängend sagte Baader: »Wenn das jämmerliche Spiel und die Potenzierung der Isolation seit sechs Wochen nicht bald ein Ende findet, werden die Gefangenen entscheiden. Das polizeiliche Kalkül wird nicht aufgehen. Dann werden die Sicherheitsorgane mit einer Dialektik der politischen Entwicklung konfrontiert, die sie zu betrogenen Betrügern macht. Die Gefangenen haben nicht die Absicht, die gegenwärtige Situation länger hinzunehmen. Die Bundesregierung wird in Zukunft nicht mehr über die Gefangenen verfügen können.«

»In welcher Welt leben Sie eigentlich?«, fragte der BKA-Beamte. »Finden Sie nicht auch, dass das irreale Vorstellungen sind?«

»Das ist eine Drohung«, sagte Baader. »Es wird sich um eine irreversible Entscheidung der Gefangenen in Stunden oder Tagen handeln.«

Klaus hatte das Gefühl, Baader sei infolge der Isolation und der Ungewissheit mit den Nerven am Ende.

Nach sieben Minuten stand Baader auf und verließ das Besucherzimmer. Auf dem Flur blieb er noch einmal stehen und wandte sich um: »Falls die Bundesregierung die Gefangenen auszutauschen beabsichtigt, dann wollen wir nicht irgendwohin gebracht werden, sondern an den Verhandlungen über Zielort und Modalitäten beteiligt werden.« Dann ließ er sich wieder in seine Zelle einschließen.

Alfred Klaus flog zurück nach Bonn und schrieb einen Vermerk über das Gespräch mit Baader: »Mit der von ihm genannten Entscheidung der

Gefangenen kann nach Sachlage nur ihre Selbsttötung gemeint sein. Ob dies ernst gemeint ist und ob die Gefangenen sich darüber haben verständigen können, ist nicht sicher.«

In Palma de Mallorca war inzwischen ein zweites, angeblich aus dem Iran stammendes Paar eingetroffen. Die beiden legten Pässe auf die Namen Riza Abbasi und Shanaz Gholoun vor und bezogen ein Doppelzimmer im Hotel »Costa del Azul«, nicht weit entfernt vom »Saratoga«, in dem ihre Landsleute abgestiegen waren.

Abbasi besuchte fast jeden Tag Reisebüros. Er wollte unbedingt mit der Lufthansa nach Frankfurt fliegen. Schließlich buchte er zwei First-Class-Tickets für den Flug Lufthansa 181 am Donnerstag, 13. Oktober 1977. Gleichzeitig kaufte auch Ali Hyderi zwei Tickets, Economy, für den Flug nach Frankfurt.

Die angeblichen Perser waren im Libanon und in Israel geboren.

»Shanaz Gholoun«, 22 Jahre alt, hieß Hind Alameh und war libanesische Christin.

»Riza Abbasi«, 23, war in Beirut geboren und hieß in Wirklichkeit Nabil Harb. Er war Sohn wohlhabender Libanesen.

»Soraya Ansari«, geboren 1955 in Israel, hieß Souhaila Sayeh und war mit ihren christlich-orthodoxen Eltern nach Kuweit emigriert. Sie hatte in Bagdad Englische Literatur studiert.

»Ali Hyderi« wurde 1954 im palästinensischen Flüchtlingslager Burj el-Brajneh am Rande Beiruts geboren. Sein Name war Zohair Youssif Akache. Seine Eltern waren 1948 aus Israel geflohen.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 8. Oktober:

»23.00 Uhr Medikamente an Baader und Raspe ausgegeben.

2.50 Uhr eine Optipyrin an Baader ausgegeben.«

37.
»Besser ein gefangener Hund als ein toter Löwe«
(Sonntag, 9. Oktober 1977)

Gudrun Ensslin hatte am Morgen den Justizbeamten mitgeteilt, sie wünsche den BKA-Beamten Klaus zu sehen. Umgehend machte der sich wieder auf den Weg nach Stammheim. Am Nachmittag traf er die Gefangene, wiederum in der Besucherzelle des siebten Stocks. Gudrun Ensslin hatte Notizen mitgebracht und verlangte, dass der ebenfalls anwesende Vollzugsbeamte Bubeck mitschreibe, was sie zu sagen habe:

»Wenn diese Bestialität hier, die ja auch mit Schleyers Tod nicht beendet sein wird, andauert und die Repressalien im sechsten Jahr der Untersuchungshaft und Isolation – und da geht es um Stunden, Tage, das heißt nicht mal eine Woche –, dann werden wir, die Gefangenen in Stammheim, Schmidt die Entscheidung aus der Hand nehmen, indem wir entscheiden, und zwar wie es jetzt noch möglich ist, die Entscheidung über uns.«

Gudrun Ensslin hatte so schnell gesprochen, dass Horst Bubeck Mühe hatte mitzuschreiben. Schon nach dem ersten Absatz war für den BKA-Mann Klaus unmissverständlich klar, dass Gudrun Ensslin mit Selbstmord drohte, wenn die Bundesregierung nicht auf die Forderungen einginge. Er erinnerte sich an Gudrun Ensslins Kassiber an ihre Mitgefangenen drei Jahre zuvor, während des großen Hungerstreiks: »Hab’ den Einfall … wie wir den Hungerstreik anders machen können … jede Woche (oder egal 2–4) wird sich einer von uns töten …«

Gudrun Ensslin diktierte hastig weiter: »Das ist eine Tatsache, die die Regierung angeht, weil sie verantwortlich ist für die Tatsachen, die sie begründen – die fünfeinhalb Jahre Folter und Mord, den Schauprozess, die totale elektronische Überwachung, die Tortur durch Drogen und Isolation –, dieses ganze jämmerliche Ritual, um unseren Willen und Bewusstsein zu brechen, verantwortlich auch für den Exzess dieser unmenschlichen Konzeption seit sechs Wochen: die perfekte soziale und Geräuschisolation und die Masse der Schikanen und Quälereien, die uns fertig machen sollen.

Es kann keine Drohung sein – sie wäre paradox, aber ich denke, die Konsequenz bedeutet zwangsläufig Eskalation und damit das Wofür in der Bundesrepublik Deutschland, wenn man den Begriff perfekt verwendet, von dem bisher nicht die Rede sein konnte – Terrorismus. Es bedeutet auch, das heißt, das ist die Prämisse der Entscheidung – dass, was immer die Regierung entscheiden kann, für uns gar nicht mehr die Bedeutung hat, von der sie ausgeht.«

Dann skizzierte Gudrun Ensslin die Alternative, offenkundig bemüht, in der festgefahrenen Frontstellung zwischen Bundesregierung und Schleyer-Entführern selbst die Initiative zu ergreifen. Wenn die Gefangenen ausgetauscht würden und die Sicherheit hätten, dass die Bundesregierung nicht versuchte, sie vom Zielland wieder ausliefern zu lassen, würde Hanns Martin Schleyer auf freien Fuß gesetzt.

Das hätte für die Regierung noch einen weiteren Vorteil: »Die Regierung kann davon ausgehen, dass wir, das heißt die Gruppe, um deren Befreiung es geht, nicht in die Bundesrepublik zurückkommen – weder legal noch illegal.«

Damit nahm Gudrun Ensslin den Vorschlag wieder auf, den Andreas Baader dem BKA-Beamten Klaus schon am 13. September gemacht hatte.

»Der sicherste Weg für ›Leib und Leben‹ Schleyers«, diktierte sie weiter, sei es, die Haftbefehle aufzuheben und eine Aufenthaltsgenehmigung im Zielland zu beschaffen. Über die Frage, ob die Gefangenen von der Bundesregierung Geld annehmen würden, wie es die Schleyer-Entführer verlangt hatten, würden die elf Gefangenen gemeinsam entscheiden.

Als Gudrun Ensslin mit ihrem Text fertig war, fragte der BKA-Beamte sie: »Welcher Art ist die Entscheidung, die Sie dem Kanzler abnehmen wollen?«

»Das geht ja wohl aus der Erklärung unmissverständlich hervor«, antwortete sie. Klaus erkundigte sich, ob sie von dem gestrigen Gespräch mit Baader erfahren habe.

»Ja«, sagte Gudrun Ensslin. Sie wirkte ruhig und gefasst.

Nach dem Treffen erfuhr Alfred Klaus vom Gefängnispersonal, dass die Isolierung der Gefangenen im siebten Stock keineswegs vollständig war. Sie könnten etwa aus den unter ihnen liegenden Zellen Radiosendungen durch die geöffneten Fenster mithören. Tagsüber sei es möglich, durch die Zellentüren hindurch miteinander zu sprechen, weil die Schaumstoffdämmplatten nur während der Nacht vor die Türen gestellt würden.

Auch Jan-Carl Raspe wollte an diesem Nachmittag mit dem BKA-Beamten sprechen. Um 15.15 Uhr wurde er in die Besucherzelle geführt, wo Klaus auf ihn wartete.

»Ich will an meine Warnung vom 27. September erinnern«, sagte Raspe. »Die politische Katastrophe sind die toten Gefangenen und nicht die befreiten. Das geht die Bundesregierung insofern an, als sie für die jetzigen Haftbedingungen verantwortlich ist, die darauf abzielen, die Gefangenen als verschiebbare Figuren zu behandeln. Die Gefangenen werden der Bundesregierung, wenn dort keine fällt, die Entscheidung abnehmen.«

»Wollen Sie sich selbst töten, so wie es Ulrike Meinhof getan hat?«, fragte Alfred Klaus.

»Ich weiß nicht«, sagte Raspe. Er dachte einen Augenblick nach: »Es gibt ja auch das Mittel des Hungerstreiks und des Durststreiks. Nach sieben Tagen Durststreik ist der Tod unausweichlich. Da nützen auch keine medizinischen Mätzchen mehr.«

Klaus meinte: »Ein lebendiger Hund ist immer noch besser als ein toter Löwe. Ein Wort aus dem Buch ›Prediger Salomon‹.«

Jan-Carl Raspe erwähnte noch einmal die Haftbedingungen im siebten Stock. Damit war das offizielle Gespräch beendet.

»Jetzt rede ich als reiner Privatmann zu Ihnen«, sagte Klaus, als Raspe sich erhob. »Es ist sicher eine historische Tat, wenn die Gefangenen sich dazu durchringen, Leben zu erhalten und nicht zu zerstören.«

Raspe antwortete etwas Unverständliches und verließ abrupt den Raum.

Wenige Minuten später wurde Irmgard Möller ins Besuchszimmer geführt.

»Ich stelle nur fest, dass wir entschlossen sind, die Barbarei dieser Maßnahmen gegen uns, von denen gesagt wird, sie gingen bis hin zu der erbärmlichen schallschluckenden Isolation, mit der unsere Zellen abgedichtet sind, auf die Initiative des Krisenstabes zurück, nicht länger zu ertragen.« Wie Gudrun Ensslin hatte auch Irmgard Möller ihre Erklärung schriftlich vorbereitet. Sie schilderte die Isolation der letzten fünf Jahre, davon drei Jahre allein und zwei Jahre in einer Kleingruppe. »Seit sechs Wochen durch ein perfektes soziales und akustisches Vakuum, in dem Menschen nicht überleben können.«

Zum Schluss sagte sie: »Gleichzeitig ist die Kalorienzufuhr auf die Hälfte herabgesetzt worden. Die Essenausgabe wird so arrangiert, dass wir nur die Wahl haben, entweder zu hungern oder das Anstaltsessen, dem mit absoluter

Sicherheit nach den Feststellungen der Gefangenen im siebten Stock Drogen zugesetzt werden, anzunehmen.«

Zum geforderten Austausch der Gefangenen gegen Schleyer äußerte sich Irmgard Möller nicht.

Alfred Klaus erinnerte sich, nach den Gesprächen sofort seinen Präsidenten Horst Herold angerufen und von den Selbstmorddrohungen der Gefangenen unterrichtet zu haben. Herold bestreitet hingegen, jemals etwas von Suizidgedanken der Stammheimer Häftlinge erfahren zu haben. Am Abend notierte Klaus in einem Aktenvermerk: »Nach den Umständen ist anzunehmen, dass die Selbsttötung gemeint ist … Hinsichtlich ihrer eigenen Person [Ensslin] ist die Ernsthaftigkeit dieser Ankündigung nicht auszuschließen. Bei den Mitgefangenen ist die Realisierung weniger wahrscheinlich – zumal als Alternative zur Freilassung.«

Auch der Anstaltsleiter Nusser, von seinem Beamten Bubeck informiert, nahm die Selbstmorddrohungen der Gefangenen durchaus ernst. An das Justizministerium in Stuttgart ließ er am nächsten Tag ein Schreiben überbringen: »Eilt sehr, durch Sonderboten, sofort vorlegen.«

Er schrieb: »Die Erklärungen der Gefangenen können als Androhung von Hunger- und Durststreik, aber auch als Selbstmord-Drohung ausgelegt werden. Für den letzteren Fall ist darauf hinzuweisen, dass eine wirksame Selbstmord-Verhinderung der völlig isolierten Gefangenen nicht möglich ist. Nächtliche Kontrollen wären allenfalls wirkungsvoll, wenn sie lückenlos wären, was ständiges Öffnen mindestens der Essensklappen und damit einerseits das Ermöglichen ungehinderter Kontaktaufnahmen sowie ständige Beleuchtung der Zellen und Beobachtung der Gefangenen, damit praktisch die Verhinderung jeden Schlafs und somit andererseits eine unerträgliche Verschärfung der Situation voraussetzen würde.«

Getan wurde nichts.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 9. Oktober:

»10.30 Uhr Nachtdienstkontrolle durch H. Spitzer.

Um 10.00 Uhr Hustensaft, Optipyrin und Dolviran durch Sani an Baader ausgegeben.

11.00 Uhr Raspe erhält seine Medikamente (Hustensaft, Schlaftabletten).«

38.
»Malen Sie den Teufel nicht an die Wand!«
(Montag/Dienstag, 10./11. Oktober 1977)

Der Anstaltsarzt Dr. Henck war in Gesprächen mit den Gefangenen ebenfalls immer wieder auf ihre Selbsttötungsgedanken gestoßen. Bei einer Visite sprach Baader von einem »kollektiven Selbstmord«. Gudrun Ensslin äußerte sich ganz ähnlich, meinte dann aber: »Selbstmord ist hier ja wohl nicht drin.« Henck wunderte sich, dass beide trotz Kontaktsperre »mit fotografischer Wiedergabe« die gleichen Worte benutzt hatten.

Auch das Wachpersonal merkte, dass die Gefangenen immer nervöser und aggressiver wurden. Am 13. Oktober informierte der Anstaltsarzt den Gefangenenbeirat über die Lage im siebten Stock. Zufällig traf er dort Anstaltsleiter Nusser, der entsetzt ausrief: »Malen Sie den Teufel nicht an die Wand!«

Nach der Untersuchungshaftvollzugsordnung sind »besondere Sicherheitsmaßnahmen« zulässig, wenn sich aus dem seelischen Zustand von Gefangenen die Gefahr eines Selbstmords schließen lässt. Zusammenlegen durfte man die Gefangenen im siebten Stock nicht – das war durch die Kontaktsperre verboten. Die Verlegung in eine Beruhigungszelle wiederum hielt der Anstaltsarzt für eine den psychischen Druck noch verschlimmernde Maßnahme. Henck schlug vor, Baader nach Bruchsal, Ensslin nach München und Raspe nach Freiburg umzuquartieren. Doch das erschien zu aufwendig. Oder man hatte Gründe dafür, dass die Gefangenen gemeinsam in Stammheim bleiben sollten.

Der Anstaltsleiter schrieb einen Brief an das Justizministerium und schilderte die Vor- und Nachteile jeder Möglichkeit. Er selbst wisse »nichts Vertretbares« anzuwenden. Daraufhin ließ der baden-württembergische Justizminister Bender ausrichten, er möge doch »alles Vertretbare tun«, um Selbstmorde zu verhindern. Das wiederum fand der Anstaltsleiter »nicht übermäßig hilfreich«.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 10. Oktober:

»22.00 Uhr Baader und Raspe bekommen Medikamente durch Sani ausgehändigt. Sonst keine Vorkommnisse.«

Nachtdienstmeldung, 11. Oktober:

»20.10 Uhr Baader verlangt seine Medikamente. Vom Sani ausgehändigt.

23.00 Uhr bekam Raspe ebenfalls seine Medikamente vom Sani.

3.25 Uhr Baader verlangt ein Optipyrin – ausgehändigt.«

39.
Gudrun Ensslin will einen Politiker sprechen
(Mittwoch, 12. Oktober 1977)

Morgens gegen 10.00 Uhr sagte Gudrun Ensslin einem Vollzugsbeamten, sie wünsche den Staatssekretär Manfred Schüler zu sprechen: »Ich nehme an, dass er bei den Entscheidungsabläufen eine maßgebliche Rolle spielt.« Schüler war Chef des Bundeskanzleramtes und verantwortlich für die Koordination der Geheimdienste.

Gegen Mittag sagte sie: »Wenn der Staatssekretär verhindert ist, kann ich auch ein Gespräch mit Staatsminister Wischnewski führen.«

Am Nachmittag erklärte ihr Amtsinspektor Horst Bubeck, der BKA-Beamte Klaus würde demnächst wieder nach Stammheim kommen. »Ich will keinen Polizisten, sondern einen Politiker sprechen«, sagte Gudrun Ensslin.

Gegen 19.00 Uhr erhielt Alfred Klaus den Auftrag, nach Stammheim zu fahren und mit der Gefangenen zu sprechen. Im Dienstwagen machte er sich auf den Weg.

Nachtdienstmeldung, 12. Oktober:

»23.05 Uhr Baader bekam Medikamente durch Sani ausgehändigt. Keine Vorkommnisse.«

40.
Ein Lufthansa-Flugzeug wird entführt
(Donnerstag, 13. Oktober 1977)

Um 9.00 Uhr morgens wurde Gudrun Ensslin ins Besucherzimmer geführt, wo ihr Alfred Klaus eine Erklärung vorlas:

»Es wird gebeten, der Gefangenen Ensslin mitzuteilen, dass Staatssekretär Schüler es nicht grundsätzlich ablehnt, mit ihr zu sprechen. Ein solches Gespräch wäre jedoch nur sinnvoll, wenn die Gefangene vorher den Gesprächsgegenstand mitteilt und dieser über den Inhalt des mit Herrn Klaus geführten Gesprächs vom 9. Oktober hinausgeht.«

Schweigend hatte Gudrun Ensslin den Text mitgeschrieben. Sie dachte einen Moment nach und sagte dann: »Das heißt doch nichts anderes, als dass Schüler mich gar nicht sprechen will.« Sie blickte den BKA-Beamten an. »Ihr Chef hat, wie ich sehe, in Bonn ja nun wohl die Entscheidungsgewalt in der Hand.«

»Wie kommen Sie zu diesem Schluss?«, fragte Klaus.

»Es gibt gar keinen anderen Gesprächsgegenstand.«

»Ich könnte mir durchaus Alternativen vorstellen«, sagte der BKA-Beamte. »Ich bin allerdings nicht ermächtigt, diese mit Ihnen zu erörtern.«

»Die zwei Möglichkeiten, die es gibt, sind in der Erklärung vom 9. Oktober, soweit überhaupt etwas gesagt werden kann, vollständig erfasst«, entgegnete die Gefangene.

»Sie sollten mir eine unmissverständliche Antwort auf die Mitteilung des Staatssekretärs geben«, beharrte Klaus.

Wieder dachte Gudrun Ensslin eine Weile nach, dann forderte sie ihn auf, wörtlich mitzuschreiben:

»Die Mitteilung geht, so ich das richtig verstehe, von einem absurden Kalkül aus, dem nämlich, es könnte Widersprüche zwischen den Gefangenen und dem Kommando geben. Das ist natürlich Quatsch.«

Alfred Klaus nahm an, Gudrun Ensslin glaubte, man wolle versuchen, die Gefangenen und die Entführer zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Er sagte: »Wollen Sie nun Herrn Staatssekretär Schüler noch sprechen oder

nicht?«

»Unter diesen Umständen, nein«, antwortete die Gefangene, zögerte und bat, mit den anderen sprechen zu dürfen. »Die können sich dann gleich äußern, und ich muss nicht – so wie am Wochenende – wieder nach Ihnen telefonieren lassen.«

Auf dem Rückweg zur Zelle versuchte Gudrun Ensslin, Baader etwas zuzurufen. Der reagierte nicht, weil er noch schlief.

Alfred Klaus rief den BKA-Präsidenten an. »Die anderen Gefangenen werden nicht informiert. Kommen Sie zurück«, befahl Horst Herold. So jedenfalls erinnerte sich später Alfred Klaus.

Auf der Ferieninsel Mallorca bereiteten sich währenddessen viele deutsche Touristen auf ihre Heimreise vor, darunter auch eine Gruppe junger Frauen, die an einer Misswahl in einer Diskothek teilgenommen und dort ausgelassen am Abend zuvor getanzt hatten. Unter ihnen war auch Diana Müll, neunzehn Jahre alt. »Wir hatten halt Abschied gefeiert, und da kamen wir morgens auch schlecht aus den Federn.« Beinahe hätten sie den Abflug verpasst, die Türen der Lufthansa-Maschine mit dem Namen »Landshut« waren schon fast geschlossen, als die Mädchen erschienen. Der Diskothekenbesitzer, der damals viele Flüge gebucht und eine recht gute Lobby hatte, sagte: »Macht sofort die Türen wieder auf, und nehmt die Frauen mit.« Die Gruppe stieg ein.

Ganz in der Nähe von Diana Müll saß ein gutaussehender junger Mann, zu dem sie immer hinsehen musste, »weil er ein so lustiges Sakko anhatte, so ein ganz kariertes«.

Gegen 13.00 Uhr deutscher Zeit startete in Palma de Mallorca die »Landshut« zum Flug nach Frankfurt. An Bord der Boeing 737 mit der Flugnummer LH 181 waren 86 Passagiere, im Frachtraum zwei Leichen in Zinksärgen.

Die Besatzung bestand aus Kapitän Jürgen Schumann, dem Copiloten Jürgen Vietor und den Stewardessen Hannelore Piegler, Gabi Dillmann und Anna-Maria Staringer.

Gleich nach dem Abheben der Maschine servierten die Stewardessen einen kleinen Imbiss.

Hannelore Piegler bediente als »Purserette«, Chefstewardess, die Passagiere der ersten Klasse. Sie hielt das dunkelhaarige Paar auf den First-

Class-Sitzen für Spanier. Ihre Kolleginnen Gabi und Anna-Maria servierten in der fast vollbesetzten Economy-Klasse.

Plötzlich hörte Hannelore Piegler lautes Stimmengewirr aus der Hauptkabine, das von heiserem Gebrüll übertönt wurde. Sie zog den Vorhang zur Economy auf, um nach hinten zu gehen. In diesem Moment erhielt sie einen Faustschlag, der sie gegen die Kabinentür schleuderte. Zwei Männer rannten an ihr vorbei zum Cockpit.

Copilot Jürgen Vietor hörte ein Poltern und dachte erst, es sei irgendwas heruntergefallen. »Aber eine Sekunde oder zwei Sekunden später wurde ich des Besseren belehrt, kam nämlich der Mahmud ins Cockpit, Pistole auf den Kapitän Schumann gerichtet, und mich hat er in die Rippen getreten und hat geschrien: out, out, out.«

Sie rissen den Copiloten von seinem Sitz und schleppten ihn nach hinten in den Gang. Dort standen die beiden dunkelhaarigen Frauen mit Handgranaten in den erhobenen Händen.

Der Copilot, die Stewardessen und die Passagiere der ersten Klasse wurden im Heck des Flugzeugs zusammengetrieben und von dem einen schwarzhaarigen Mann mit einer Pistole bedroht. Der andere war in der Flugzeugkanzel geblieben und schrie über den Bordlautsprecher: »Hands up. Follow the instructions …«

Passagierin Diana Müll: »Der Kapitän Mahmud, der hat dann das Mikrofon genommen und hat dann wie ein Besessener einfach nur reingeschrien, dass die Maschine entführt wird. Und dann kamen schon vorne die Stewardessen, die Frau Dillmann zum Beispiel, alle raus in absoluter Panik.«

Die Stewardess Gabi Dillmann, später verheiratete Frau von Lutzau: »Wir wurden alle wie Vieh nach hinten getrieben, in den hinteren Teil der Kabine, und mussten die Hände über den Kopf nehmen, und dann wurde uns verkündet, dass das eine Entführung war, dass wir uns still verhalten sollten, dass jeder erschossen wird, der sich nicht still verhält. Jeder wird erschossen, der spricht, jeder wird erschossen, der die Hände runternimmt, also im Grunde wurde man immer erschossen, außer man atmet still vor sich hin und hält die Hände hoch. Lammfromm. Wir haben alle gemacht, was sie sagten. Was soll man denn machen? Soll man den Helden markieren, erschossen werden? Was bringt das? Und dann haben wir gedacht, die RAF … wir wussten doch, dass es große Schwierigkeiten geben würde, weil sie gehütet wurden wie die Augäpfel von der Bundesregierung in einem

Hochsicherheitstrakt. Und ausgerechnet die wollten sie haben. Aber wir wussten schon, dass es schwer wird. Wir haben eigentlich gedacht, wir sind so viele, und das sind so wenig, das muss doch, das ist doch logisch, das ist doch ein Gebot der Menschlichkeit.«

Die Flugzeugentführer wiesen dem Bordpersonal Plätze in der Economy-Klasse zu und setzten die Passagiere um. Junge Männer wurden einzeln auf die Fensterplätze bugsiert.

Kurz darauf stürmte der vierte Entführer durch die Kabine und schrie, er habe das Kommando übernommen und sei jetzt der Kapitän, Captain Martyr Mahmud, so heiße er.

Um 14.38 Uhr meldete die Flugsicherung Aix-en-Provence in Südfrankreich eine Routenabweichung der Lufthansa-Boeing »Landshut«. Eine gute Stunde später, um 15.45 Uhr, setzte die Maschine auf dem römischen Flughafen Fiumicino auf.

Gegen 17.00 Uhr meldete sich über den Bordfunk der Entführerchef und verlangte von der Bundesregierung die Freilassung der elf RAF-Gefangenen.

Für Bundeskanzler Helmut Schmidt bekam die Sache nun eine zusätzliche Dimension: »Bisher war das Leben *eines* Menschen, Dr. Schleyers, in höchster Gefahr, jetzt handelte es sich um mehr als neunzig Menschen, deren Leben in höchster Gefahr war. Man wusste ja auch nicht, wo das Flugzeug hinfliegen würde.«

Justizminister Vogel war klar, dass die Bundesregierung nun nicht nachgeben durfte: »Wenn wir jetzt nachgeben, dann heißt das, den Terroristen die Botschaft zu geben, wenn ihr einen entführt, dann geben wir nicht nach, wenn ihr aber neunzig oder hundert entführt, dann geben wir nach. Das wäre eine ganz verkehrte Botschaft gewesen.«

Der BKA-Beamte Alfred Klaus war in diesen Stunden gerade von Stammheim nach Bonn zurückgekehrt. Um 16.20 Uhr erhielt er einen Anruf des Stammheimer Anstaltsleiters Nusser: »Frau Ensslin will mit Ihnen sprechen.«

Nusser reichte den Hörer weiter an die Gefangene. »Na gut«, sagte Gudrun Ensslin, »wenn wir sagen, wir wollen mit Ihnen oder Wischnewski reden, dann ist das – vielleicht gegen alle Erfahrung – erstens die Frage nach einer Differenz zwischen Politik und Polizei, in der andere Möglichkeiten enthalten

sind als die der Eskalation – der Rationalität aller Politiker, die dazu verurteilt sind, Polizisten zu werden, und einer Polizei, die so frei ist, die Politik zu machen.«

Es gehe darum, dem Staatssekretär zu erklären, was es bedeute, die elf Gefangenen freizulassen.

»Dass keiner von uns auf die Idee käme, mit einem Polizisten darüber zu reden – zu dem mir nichts einfällt als die tödlichen Arrangements der Transporte schwerverletzter Gefangener, schließlich die Schlinge am Fenster –, wissen Sie seit sechs Jahren.« Er könnte es nicht verstehen und also auch nicht verständlich kolportieren.

Zum Schluss sagte Gudrun Ensslin: »Wenn also geredet werden soll, mit Ihnen, ist es sinnvoll, in den sauren Apfel zu beißen, nur mit Andreas zu reden.«

Am späten Nachmittag besuchten der evangelische und der katholische Anstaltspfarrer Andreas Baader in seiner Zelle.

»Herr Baader«, sagte der evangelische Pfarrer Kurmann, »wir sind nicht beauftragt worden, sondern möchten aus eigener Initiative Ihnen die Möglichkeit von Gesprächskontakten anbieten.«

»Was soll das? Was versprechen Sie sich davon? Das hat doch keine Folgen, die unsere Haftsituation positiv verändern.«

»Da mögen Sie recht haben«, erwiderte der katholische Geistliche, Pfarrer Dr. Rieder, »aber ein persönliches Gespräch mit uns, zumal in der jetzigen Situation, kann doch auch eine entlastende Funktion haben und sich so, psychologisch gesehen, positiv auswirken.«

»Ja, wenn Sie etwas tun wollen, dann unterrichten Sie doch Ihre Institution über unsere unmöglichen Haftbedingungen der totalen Isolation, mit denen wir systematisch kaputt gemacht werden.«

Es sei ja der Sinn des Besuches, meinten die Pfarrer, sich über die Haftsituation zu informieren. Solche Gespräche könnten aber nur in Gegenwart beider Geistlicher geführt werden.

»Ach, so ist das. Sie müssen sich gegenseitig kontrollieren«, sagte Baader.

Inzwischen waren Vollzugsbeamte mit dem Essenwagen vorgefahren, und die Pfarrer verabschiedeten sich: »Herr Baader, Sie wissen um unsere Gesprächsbereitschaft, und wenn Sie diese in Anspruch nehmen wollen, dann lassen Sie es uns bitte wissen.«

Auf dem römischen Flughafen war der »Landshut« ein rund tausend Meter vom Flughafengebäude entfernter Halteplatz zugewiesen worden. Gepanzerte Fahrzeuge umringten die Maschine. Der Chef der Entführer ließ über das Mikrofon in der Kanzel lange Tiraden auf Englisch ab, von denen die Italiener im Tower des Flughafens die Sätze notierten: »Hier spricht Hauptmann Mohammed. Das Flugzeug der deutschen Gesellschaft ist unter Kontrolle. Die Gruppe, die ich vertrete, fordert die Freilassung unserer Genossen, die in den deutschen Gefängnissen in Haft sind. Wir kämpfen gegen die imperialistischen Organisationen der Welt.«

In Bonn wurde Bundesinnenminister Maihofer informiert. Er ließ sich mit seinem italienischen Amtskollegen Cossiga verbinden und sagte ihm, die Luftpiraten würden vermutlich gemeinsame Sache mit den Schleyer-Entführern machen. Der Weiterflug der »Landshut« müsse auf jeden Fall verhindert werden. »Lassen Sie die Reifen durchschießen.«

Der Christdemokrat zögerte. Eine solche Frage müsse er erst mit anderen Politikern beraten. Cossiga rief den Chef der italienischen Kommunisten Enrico Berlinguer an, dessen Partei damals die christdemokratische Minderheitsregierung duldete. Berlinguer, ein entfernter Verwandter Cossigas, war entsetzt von der Vorstellung eines Blutbades auf italienischem Boden. Christdemokrat und Kommunist kamen überein, dass die Maschine so schnell wie möglich weiterfliegen müsse.

Die »Landshut« wurde aufgetankt. Flugkapitän Schumann erbat vom Tower die Wettermeldung für Zypern und eine Landeerlaubnis in Larnaka.

Um 17.42 Uhr startete die Boeing wieder, an Bord neunzig Gefangene, ihren Entführern hoffnungslos ausgeliefert. Es herrschte absolute Stille an Bord. »Wenn einer nur wisperte«, so erinnerte sich der Copilot später, »dann stürmte einer von den Terroristen dahin und hat sie angeschrien.«

Fluggast Diana Müll: »Der Kapitän Mahmud ist einfach durchgegangen, hat mit'm Ellenbogen in die Köpfe geschlagen oder denen den Pistolenlauf auf'n Kopf gehauen.«

Stewardess Gabi von Lutzau: »Die Passagiere haben gehorcht. Was soll man denn auch machen. Wenn Ihnen jemand eine Pistole ins Gesicht hält, machen Sie das, was er sagt.«

In Bonn tagte der Kleine Krisenstab und beschloss, auch nach der Flugzeugentführung bei der harten Linie zu bleiben.

Staatsminister Wischnewski meldete sich beim Kommandanten der

Grenzschutzeinheit GSG 9, Ulrich Wegener: »Hör zu, da ist eine Maschine entführt worden, eine Lufthansa-Maschine auf dem Weg von Mallorca nach Frankfurt, macht euch mal fertig für den Einsatz.«

»Wann ist denn damit zu rechnen?«

Genau wusste Wischnewski das auch nicht: »Macht mal!«

Wegener später: »Das war für uns ein Klacks. Das gehörte zur Alarmrolle, dass man innerhalb kürzester Zeit fertig war.« Als Problem erwies sich eher die Frage, welche Einheit Wegener mitnehmen sollte: »Mit wollten alle, darüber war überhaupt kein Zweifel, wenn es losging.«

Um 19.55 Uhr wurde auf dem Frankfurter Flughafen eine Lufthansa-Maschine startklar gemacht. An Bord waren Beamte des Bundesinnenministeriums und vom BKA Gerhard Boeden. Bei einer Zwischenlandung in Köln/Bonn stieg gegen 22.00 Uhr eine Gruppe durchtrainierter junger Männer von der GSG 9 in Turnschuhen, Jeans und Pullovern zu, insgesamt dreißig, ausgerüstet mit Waffen, Handgranaten, Leitern und Sprengstoff. Fünf Jahre lang war die Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes zur Terroristenbekämpfung für den Ernstfall ausgebildet worden. Die Männer hatten gelernt, Flugzeuge innerhalb von Sekunden zu stürmen, waren im Nahkampf geübt, hatten sich von fliegenden Hubschraubern abgeseilt.

Als der Anruf aus dem Bundesinnenministerium kam, sie sollten sich für einen Einsatz fertig machen, hatte kaum einer von ihnen geglaubt, dass es wirklich etwas zu tun geben würde. Zu oft hatten die Länderinnenminister abgelehnt, die GSG 9 einzusetzen. Als die Spezialeinheit im November 1974 erstmals bei der Terroristenfahndung helfen sollte, wurde Ulrich Wegener hinterbracht, was einer der Länderinnenminister zur Begründung seines Vetos gesagt haben sollte: »Wenn die Truppe eingesetzt wird, gibt es eine Furche verbrannter Erde von den Alpen bis zur Nordsee.« Damit hatte der Minister wohl eher an die psychologische Wirkung gedacht.

Kurz vor dem Abflug erklärte Wegener seinen Leuten, worum es ging. Die entführte »Landshut« sollte gekapert und die Geiseln befreit werden. Es sei ein Himmelfahrtskommando. Er nehme es keinem übel, wenn er nicht mitwolle.

Die Männer grinsten. Auf so einen Einsatz hatten sie lange gewartet.

Der Sohn Hanns Martin Schleyers schöpfte Hoffnung: »Die Tatsache, dass es jetzt nicht mehr um ›nur‹ ein Menschenleben, sondern um fast hundert Menschenleben ging, das hat in mir eben auch die Hoffnung geweckt, dass

die Bundesregierung eine Entscheidung, die möglicherweise gegen meinen Vater gerichtet gewesen ist, noch einmal korrigieren würde und dass man insgesamt den Forderungen der Terroristen nachgeben würde.«

Gegen 20.30 Uhr landete die »Landshut« auf dem zyprischen Flughafen Larnaka.

»Es waren über fünfzig Grad, das war wie in einem Brutofen und so eine feuchte, heiße Wärme«, erinnerte sich die Stewardess Gabriele von Lutzau.« Und da flippten die Leute aus, und da wurden sie dann zu den Öffnungen getragen. Ich hatte das Gefühl, das ist wie ein Bauer, der sein Schlachtvieh bis zum Schlachthof irgendwo am Leben halten muss.«

»Kapitän Mahmud« verlangte, die Maschine aufzutanken. Gabriele von Lutzau: »Er war der Wahnsinnige, der der Motor des Ganzen war. Die anderen haben ihm aber bedingungslos gehorcht. Das ist irgendeine Hierarchie gewesen, die auch nicht zu durchbrechen war.«

Copilot Vietor: »Die Andrawes, die war wie eine KZ-Aufseherin. Die hat die Menschen gequält. Während der junge Mann, das war eigentlich ein ganz höflicher, junger Mensch, der nie ausrastete, und die Kleine, wie wir sie genannt haben, diese Hübsche, ja, mit der konnte man dann, später, nicht am Anfang, man konnte sich auch mit ihr unterhalten.«

Um 22.50 Uhr gab Mahmud den Befehl zum Start.

23 Minuten später landete in Larnaka die Maschine mit der GSG 9.

Die »Landshut« flog in die Dämmerung hinein nach Osten, nahm Kurs auf den Persischen Golf.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 13. Oktober:

»20.40 Uhr Baader verlangt Spritze.

21.05 Uhr Spritze vom Sani erhalten (Zelle geöffnet).

22.15 Uhr Baader und Raspe verlangen ihre Medikamente.

22.50 Uhr Medikamente durch Sani ausgehändigt.«

41.
Eine staatspolitische Entscheidung
(Freitag, 14. Oktober 1977)

Eine Stunde nach Mitternacht erhielt Rechtsanwalt Payot in Genf einen Anruf der Entführer Hanns Martin Schleyers. Er möge sich bereithalten, gegen 2.00 Uhr eine längere Erklärung entgegenzunehmen. Payot informierte das Bundeskriminalamt und machte ein Tonbandgerät startklar.

Die Schleyer-Entführer legitimierten sich, indem sie die Antworten auf bereits zehn Tage zuvor gestellte Fragen des BKA gaben:

»Was wollte Sohn Eberhard mit acht Jahren werden?«

Die korrekte Antwort lautete: »Papst.«

»Welche Dame wollte ihm in Prag vorsingen?«

»Margot Hielscher.«

Zusätzlich sollten sie das zehnte Wort aus ihrem Brief an »Agence France Presse« vom 26. September nennen: »Schleyer.«

Der erste Teil der Erklärung wurde auf Englisch vorgelesen:

»Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass die Passagiere und Besatzung der Lufthansa-Maschine 737, Flugnummer LH 181, von Palma nach Frankfurt (M.) unter unserer vollständigen Kontrolle und Verantwortung stehen. Das Leben der Passagiere und der Besatzung und das Leben von Dr. Hanns Martin Schleyer hängen davon ab, dass Sie die folgenden Forderungen erfüllen.«

Neben der vom »Kommando ›Siegfried Hausner‹« verlangten Freilassung der RAF-Gefangenen sollten nun auch zwei in der Türkei inhaftierte Palästinenser ausgeflogen werden. Zusätzlich verlangten die Entführer fünfzehn Millionen Dollar Lösegeld.

Der zweite Teil der Erklärung wurde in deutscher Sprache übermittelt: »Das Ultimatum der Operation ›Kofr Kaddum‹ des Kommandos ›Martyr Halimeh‹ und das Ultimatum des Kommandos ›Siegfried Hausner‹ der RAF sind identisch. Nach vierzig Tagen Gefangenschaft von Schleyer wird es eine Verlängerung des Ultimatums nicht mehr geben. Ebenso keine weiteren Kontaktaufnahmen. Jegliche Verzögerung bedeutet den Tod Schleyers …«

Der Sprecher gab durch, in welchen Banknoten die fünfzehn Millionen Dollar bereitgestellt werden sollten: sieben Millionen in 100-Dollar-Scheinen, drei Millionen in 1000-DM-Noten, drei Millionen in Schweizer Franken, zwei Millionen in holländischen Gulden.

Das Lösegeld sollte in drei schwarze Samsonite-Koffer verpackt und von Schleyers Sohn Hanns-Eberhard übergeben werden. Er solle am nächsten Tag, dem 15. Oktober, mittags um 12.00 Uhr im Frankfurter Hotel »Intercontinental« sein, einen beigen Anzug tragen, mit einer Sonnenbrille in der obersten Jackentasche. In der linken Hand habe er die neueste Ausgabe des »Spiegel« zu halten. Er solle seinen Pass mitbringen. Im Hotel werde sich ein Kontaktmann melden und mit den Worten »Lasst uns Ihren Vater retten« ausweisen. Darauf solle er antworten: »Wir werden meinen Vater retten.«

Danach habe er den Anweisungen des Vertreters der Entführer zu folgen.

Dann übermittelte der Anrufer dem Genfer Anwaltsbüro noch eine längere Erklärung der Operation »Kofr Kaddum«, in der eine Verbindung zwischen den »alten Nazis« in der Bundesrepublik und den »neuen Nazis« in Israel festgestellt wurde.

Bis um fünf Uhr morgens erörterte Bundeskanzler Helmut Schmidt zusammen mit Innenminister Maihofer, Staatsminister Wischnewski, BKA-Präsident Herold und mehreren Staatssekretären die Lage.

Währenddessen landete die entführte »Landshut« in Bahrein am Persischen Golf.

Die Verfolger der »Landshut«, die Männer der GSG 9, erhielten die Anweisung, nach Köln zurückzukehren, die kurz darauf geändert wurde: Sie sollten zunächst in Ankara in der Türkei landen.

In Bahrein war Flugkapitän Schumann inzwischen mit der »Landshut« wieder gestartet und steuerte das Scheichtum Dubai an. Dort war die Landebahn gesperrt worden. Schumann zog eine Warteschleife. »Irgendwann ist der Sprit alle«, sagte er. »Irgendwo müssen wir mal runter. Vielleicht haben wir ja Dusel.« Plötzlich setzte ihm »Captain Mahmud« eine Pistole in den Nacken und brüllte: »Ihr landet jetzt, ihr landet jetzt …«

Copilot Jürgen Vietor hatte den Steuerknüppel übernommen. »Dagegen gibt es keine Argumente«, sagte er und ließ die Maschine sinken. Jürgen Schumann wandte sich an den Tower: »Wir müssen jetzt kommen. Wir

landen.«

In letzter Minute ließ der Flughafenkommandant von Dubai eigenmächtig die Rollbahn von den dort als Blockade aufgefahrenen Feuerwehrwagen räumen. Die Maschine konnte aufsetzen.

Der Terror an Bord ging weiter. Copilot Vietor: »Meine Frau hatte mir mal eine Uhr geschenkt von Junghans, da haben sie so ’n stilisiertes Zahnrad, das ist ’n Stern mit einem J drin. Wie der Judenstern. Und ein J drin. Und das hat er gesehen. Und dann hat er gesagt, du bist Jude, ich werd dich jetzt erschießen.«

Stewardess Gabriele von Lutzau musste vor Captain Mahmud niederknien: »Er hat mich auch geschlagen. Und er hat gesagt, ich wäre Jüdin, und ich sollte es gestehen, und, ich hab ihn wütend angefunkelt und hab überhaupt nicht unterwürfig getan. Und da musste er lachen und hat gesagt: Okay, okay, you get up. Es hat ihm keinen Spaß gemacht, weil ich nicht unterwürfig war.«

Scheich Mohammed bin Raschid, 29, Verteidigungsminister und dritter Sohn des Herrschers von Dubai, ließ sich im Auto mit 200 Stundenkilometern zum Flughafen fahren und übernahm den Funkkontakt zur »Landshut«. Er bat die Hijacker, Frauen, Kinder und Kranke freizugeben, sprach die Entführer mit »arabische Brüder« an und versuchte es auch im Befehlston. »Captain Mahmud« lehnte jeden Kompromiss ab.

Langsam wurde es heiß in der Kabine. Gabriele von Lutzau: »Diese Nacht war wirklich wie in der Hölle. Man kann es sich schlecht vorstellen, wenn achtzig Leute, auch sehr viele alte Leute dabei gewesen, die waren kurz davor zu sterben.«

Diana Müll hatte das Gefühl, es seien sechzig Grad in der Maschine: »Also, man konnte nur noch im Sitz sitzen und sich nicht bewegen. Und es war immer ganz besonders dramatisch, wenn jemand durch die Maschine gelaufen ist. Der hat dann die Luft aufgewirbelt. Dann haben wir uns die Augen zugehalten und die Nase, so lange, bis derjenige einen Moment vorbei war … dass die Luft wieder steht. Aber das Allerschlimmste war, wenn die Luft aufgewirbelt wurde, also das war wirklich fast überhaupt nicht auszuhalten.«

Den zusammengepferchten Passagieren und Besatzungsmitgliedern klebten die Kleider am Körper. Die Stewardessen verteilten die wenigen übriggebliebenen Getränke in Plastikbechern an die Passagiere.

Plötzlich fiel der Purserette Hannelore Piegler ein, dass ihre norwegische

Kollegin Anna-Maria Staringer Geburtstag hatte. »Dass du auch ausgerechnet heute Geburtstag haben musst«, sagte sie leise. »Ich möchte dir nicht gratulieren, aber wenn wir jemals lebend hier rauskommen, holen wir alles nach.« »Martyr Mahmud« hatte mitgehört. Er gratulierte: »I wish you all the best for your birthday next year!« Er ging zum Cockpit und bestellte über Funk vom Tower eine Geburtstagstorte, Kaffee und Champagner.

Nach kurzer Zeit brachte das Catering des Flughafens Dubai eine Geburtstagstorte in Pastellfarben, darauf mit Zuckerguss die Schrift: »Happy Birthday Anna-Maria.« Jeder Passagier bekam ein kleines Stück Torte, dazu Kaffee und Champagner. »Kapitän Mahmud« war glänzender Laune. Er nahm das Mikrofon und kündigte an, der Sprengstoff werde von den Flugzeugwänden abmontiert. Die Passagiere klatschten erleichtert Beifall. Mahmud nahm den Applaus mit großer Geste entgegen. Dann ging er wieder ans Mikrofon: »Wir nehmen den Sprengstoff ab, aber natürlich nur für fünf Minuten. Dann wird er wieder montiert.« Das Lächeln auf den Gesichtern erstarb.

Stewardess Gabriele von Lutzau: »In regelmäßigen Abständen wurden regelrechte Fanale inszeniert, indem er irgendjemanden öffentlich fertigmachte, öffentlich vorzitierte, mit dem Tode bedrohte. Also ein permanentes Wechselbad. Als Anna-Maria Staringer, meine eine Kollegin, ihren 28. Geburtstag hatte, wurde zuerst eine Torte bestellt. Und die Torte kam dann tatsächlich auch. Aber bis die Torte kam, hat er schon wieder Jürgen Vietor exerzieren lassen, zusammengeschlagen. Dann brachten sie die Torte hoch. Die Torte wurde serviert. Ich musste dann zittern, nachdem ich gesehen habe, was sie mit meinem Kollegen machen. Sie haben ihn geschlagen, er hat ihn erniedrigt, er hat ihn exerzieren lassen – ich weiß gar nicht mehr, was er gemacht hat. Es war nur so fürchterlich, dass ich immer nur gedacht habe, es ist alles ein Albtraum hier. Ich bin in einem verdammten Albtraum. Und es war die Wirklichkeit. Und wahrscheinlich war es sogar Teil eines psychologischen Plans, um die Leute auf die Art und Weise einfach mürbe zu machen. Und es war eine Art Gehirnwäsche. Am Schluss haben wir diesem Idioten ja sogar applaudiert. So weit muss man erst mal kommen.«

Der Besatzung kam die Idee, dem Bundeskanzler ein Telegramm zu schicken. »Wir legen unser Leben in Ihre Hände und bitten Sie inniglich, uns zu retten«, sollte es in dem Funkspruch heißen. Für das Konzept hatten die Stewardessen eine der Lufthansa-Ansichtskarten verwendet. Plötzlich stellten

sie fest, dass auf dem Foto die »Landshut« abgebildet war. Die Stewardess Gabi Dillmann wollte sich ein Autogramm des Chefs der Entführer auf die Karte geben lassen. Mahmud lächelte müde und hatte selbst einen Einfall. Er befahl, auf die Rückseiten der Karten zu schreiben: »With compliments of the SAWIO, ›Struggle Against World Imperialism‹«. Die Karten sollten an die Passagiere verteilt werden.

Inzwischen durchsuchten zwei der Entführer das in der ersten Klasse gestapelte Handgepäck der Passagiere. Plötzlich lief einer von ihnen durch den Gang, in der Hand einen Reisepass. Eine Frau wurde nach vorn geholt. Heiser schrie Mahmud sie an. Es folgten Tritte und Schläge. Tränenüberströmt kam die Frau aus der Erste-Klasse-Kabine und ging wankend an ihren Platz zurück.

Mahmud folgte ihr. »Ich habe Juden hier an Bord entdeckt«, rief er. »Wisst ihr, was das ist?« Er hielt die Reste eines zerbrochenen Montblanc-Kugelschreibers hoch und deutete auf den kleinen weißen Stern auf der Kappe: »Das ist ein Judenstern, der Davidstern. Morgen werde ich diese Juden erschießen, sie werden sich am Morgen freiwillig bei mir melden. Ich stelle sie in die offene Flugzeugtür und schieße ihnen von hinten eine Kugel in den Kopf. Sie fallen automatisch aus dem Flugzeug.«

In den Verhandlungen mit Mahmud hatte der Verteidigungsminister von Dubai erreicht, dass Medikamente, Eis und Getränke an Bord gebracht werden durften. Die Stewardessen verteilten Eisbeutel an die Passagiere, damit sie ihre vom langen Sitzen angeschwollenen Beine kühlen konnten. Immer wieder bekam Mahmud Wutausbrüche, wollte willkürlich Passagiere erschießen. Dann wiederum wurde er ganz ruhig, hielt langatmige Referate über die gerechte palästinensische Sache und darüber, wie das Dorf Kofr Kaddum zerstört und seine Bewohner von den Zionisten niedergemetzelt worden seien.

Noch während die Maschine auf dem Flughafen von Dubai stand, wurden in der Bundesrepublik Briefe der Entführer an Presseorgane und an den Sohn Hanns Martin Schleyers verschickt. In den Umschlägen steckten die gemeinsamen Erklärungen des Kommandos »Siegfried Hausner« und der palästinensischen Flugzeugentführer, die schon am Tag zuvor dem Genfer Rechtsanwalt telefonisch übermittelt worden waren. Die Briefe – so stellten die Ermittler des Bundeskriminalamts fest – waren auf derselben Maschine

geschrieben worden.

Am Morgen hatten die beiden Anstaltsgeistlichen in Stammheim auch die Gefangenen Irmgard Möller, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Verena Becker – die im »langen Flügel« des Gefängnistrakts saß – aufgesucht, um ihnen Gesprächsangebote zu machen. Die Unterhaltungen beschränkten sich auf wenige Worte. Jan-Carl Raspe stand in gebeugter Haltung im Türrahmen. Pfarrer Kurmann fiel auf, dass Raspes Gesicht nervös zuckte. Verena Becker wirkte stark verunsichert und gehemmt. Auf das Gesprächsangebot hin nickte sie leicht und sagte zögernd: »Ja.«

Gudrun Ensslin machte von allen Gefangenen den ruhigsten Eindruck.

Noch am selben Tag gingen Anstaltsleiter Nusser und der Vollzugsbeamte Bubeck zu Baader. Sie wollten ihn fragen, welchen Zweck das Gespräch mit Kanzleramtschef Schüler haben sollte. Baader gab keine Auskunft. Dann lachte er und sagte: »Wenn Schüler nicht bald kommt, muss er unter Umständen sehr weit reisen, um mit mir zu sprechen.« Und: »Es muss auf jeden Fall ein Politiker und nicht ein Polizist sein, der zu mir kommt.«

Am Vormittag war in Bonn das Bundeskabinett zu einer Sondersitzung zusammengetreten. Justizminister Vogel trug rechtliche Erwägungen zur Frage eines Gefangenenaustausches vor. Auf der einen Seite stehe die unmittelbare und konkrete Lebensgefahr für die 87 Geiseln im Flugzeug und für Hanns Martin Schleyer, auf der anderen Seite die Bedrohung für eine unbestimmte Anzahl von Menschen, wenn die Gefangenen freigegeben würden. Ein Eingehen auf die Forderungen der Entführer sei rechtlich – gemäß Paragraph 34, dem »rechtfertigenden Notstand« – weder unzulässig noch geboten. Es sei eine staatspolitische Entscheidung.

In der Dokumentation der Bundesregierung zu den Ereignissen um die Entführung Schleyers und der »Landshut« wurde die Strategie später so beschrieben: »Aufgrund umfassender Überlegungen zu allen relevanten Gesichtspunkten beschließt das Kabinett, dass alles Mögliche unternommen werden soll, um – ohne eine Freilassung der Gefangenen – die Geiseln zu retten, einschließlich der Ausschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten sowie einer polizeilichen Befreiungsaktion.«

Um 15.50 Uhr startete Hans-Jürgen Wischnewski in einer Boeing 707 der

Lufthansa nach Dubai. Bei sich hatte der wegen seiner guten Arabienkontakte »Ben Wisch« genannte Staatsminister einen Geldkoffer mit zehn Millionen D-Mark. Wischnewski wollte in Dubai um die Erlaubnis zu einem Einsatz der GSG 9 bitten.

Auf dem Copilotensitz saß Rüdiger von Lutzau, der Freund der »Landshut«-Stewardess Gabi Dillmann. Er hatte sich freiwillig für den Einsatz gemeldet. »Tatenlos rumzusitzen, das macht einen fertig. Das belastet einen noch mehr als die Information, jetzt ist das passiert, jetzt ist das passiert. Und ich wollte so dicht wie möglich dran sein und versuchen zu helfen, irgendwie, ja, hilfreich zu sein. Und da dachte ich, das ist am geschicktesten, wenn ich mitfliege.«

An Bord war auch der Psychologe Wolfgang Salewski, der die Regierung in den Wochen zuvor beim Umgang mit den Schleyer-Entführern beraten hatte.

Unbemerkt von den Insassen der »Landshut« landete die 707 eine halbe Stunde vor Mitternacht auf einer abgelegenen Rollbahn des Flughafens Dubai.

Rechtsanwalt Payot in Genf erhielt an diesem Abend eine Eilsendung der Schleyer-Entführer, ein Videoband mit einer Erklärung des Arbeitgeberpräsidenten:

»Ich frage mich in meiner jetzigen Situation wirklich, muss denn nun etwas geschehen, damit Bonn endlich zu einer Entscheidung kommt?

Schließlich bin ich nun fünfeinhalb Wochen in der Haft der Terroristen, und das alles nur, weil ich mich jahrelang für diesen Staat und seine freiheitlich-demokratische Ordnung eingesetzt und exponiert habe.

Manchmal kommt mir ein Ausspruch – auch von politischen Stellen – wie eine Verhöhnung dieser Tätigkeit vor.«

Etwa zur gleichen Zeit empfing der Bundesjustizminister in Bonn Schleyers Sohn Hanns-Eberhard. Vogel sagte ihm, es sei seine eigene Entscheidung, ob er, wie verlangt, am nächsten Mittag mit den geforderten fünfzehn Millionen Dollar im Frankfurter »Intercontinental« auf einen Abgesandten der Entführer warten wolle. »Die Geldmenge«, meinte Vogel, »steht zur Verfügung. Es sind rund 130 Kilo.«

Hanns-Eberhard Schleyer würde sich allerdings in eine konkrete und unmittelbare Lebensgefahr begeben. Darüber, ob der Geldbetrag tatsächlich

freigegeben werde, müsse der Große Krisenstab am nächsten Vormittag entscheiden.

»Ich sehe keine andere Alternative«, sagte Schleyer. Er werde sich unter der Bedingung bereithalten, dass die Bundesregierung auch die weiteren Forderungen nach Freilassung der Inhaftierten erfülle und dass während der Dauer seiner Abwesenheit keine gewaltsame Aktion gegen die Flugzeugentführer unternommen werde.

Auch darüber, antwortete Justizminister Vogel, müsse der Krisenstab am nächsten Morgen entscheiden.

Hanns-Eberhard Schleyer wurde zur Godesberger Dependence des BKA gebracht und sprach dort mit Horst Herold, der ihn erneut auf die Gefährlichkeit des Auftrags hinwies. Das Geld sei jedoch bei der Bundesbank bereitgestellt. Die Polizei in Frankfurt habe alle nötigen Maßnahmen veranlasst. Anschließend fuhr Schleyer mit dem BKA-Beamten Wolfgang Steinke in ein Hotel nach Bonn und übernachtete dort.

Nachtdienstmeldung, 14. Oktober:

»23.00 Uhr Arzneimittelausgabe durch Sani an Baader und Raspe. Baader wollte auf Grund der angespannten Lage Lichtverlängerung!!!!!«

BKA-Präsident Horst Herold ließ, noch während die »Landshut« in der Luft war, über spanische Polizeikollegen alle 20000 Hotelmeldezettel der letzten Tage von Palma de Mallorca per Flugzeug nach Deutschland schaffen.

Das BKA hatte nämlich inzwischen die Decknamen der Entführer bekommen, mit denen sie sich bei der Lufthansa für den Flug eingecheckt hatten.

In Wiesbaden saßen Programmierer rund um die Uhr, um die Personalien in den BKA-Computer einzuspeisen. Dann ließ Herold ein Datenband gegenlaufen, auf dem Alias-Namen gespeichert waren. Tatsächlich waren die angeblich iranischen Pässe registriert, und über die ebenfalls eingespeicherten Daten der Inhaber dieser falschen Pässe konnten die BKA-Fahnder die Klarnamen der Entführer ermitteln.

»Captain Mahmud«, der den persischen Pass auf den Namen »Ali Hyderi« trug und in Wirklichkeit Zohair Youssif Akache hieß, war der Polizei bekannt. Er hatte sich 1973 als Student des Londoner Chelsea College of

Aeronautical and Automobile Engineering eingeschrieben und dort Flugzeugtechnik studiert. Nach zwei Jahren erhielt er sein Diplom als Flugzeugingenieur.

Im Dezember 1974 war Scotland Yard zum ersten Mal auf ihn aufmerksam geworden, als er bei einer friedlichen propalästinensischen Demonstration auf dem Trafalgar Square urplötzlich auf Polizeibeamte eingeschlagen hatte. Er wurde als Mitglied der »Volksfront für die Befreiung Palästinas« (PFLP) erkannt und sollte zunächst ausgewiesen werden. Schließlich durfte er aber weiterstudieren. Ein Jahr später schlug sich Akache erneut während einer Palästina-Demonstration mit Bobbies. Diesmal wurde er festgenommen und kam ins Pentonville-Gefängnis. Nach einem Hungerstreik wurde er nach Beirut abgeschoben.

Anfang 1977 war er wieder in London. Unter falschem Namen bezog er ein Hotel gegenüber dem »Royal Lancaster«, in dem der ehemalige Ministerpräsident des Nordjemen wohnte. Am 10. April stieg der Expremier zusammen mit seiner Frau und einem Angehörigen der jemenitischen Botschaft vor dem Hotel in einen Mercedes. Akache hatte hinter dem Wagen gewartet. Er ging um das Fahrzeug herum, öffnete die rechte Fronttür und schoss aus einer Pistole mit Schalldämpfer auf die drei Insassen. Sie waren sofort tot. Noch am selben Tag konnte Akache mit dem Flugzeug London verlassen. Scotland Yard hatte ihn zwar vor dem Attentat beobachtet, seine Personalien und Beschreibung aber nicht zum Flughafen Heathrow durchgegeben.

In der Nähe von Bagdad wurde er von der Abteilung »Sonderoperationen« der PFLP unter Wadi Haddad für neue Einsätze trainiert. Hier wurden auch die übrigen Mitglieder der Operation »Kofr Kaddum« ausgebildet.

42.
Das Fünfzehn-Millionen-Dollar-Spiel mit Schleyers Sohn
(Samstag, 15. Oktober 1977)

Um 7.50 Uhr setzte Flugkapitän Schumann über Funk das Telegramm an den Bundeskanzler ab: »Das Leben von 91 Männern, Frauen, Kindern an Bord des Flugzeuges hängt von Ihrer Entscheidung ab. Sie sind unsere letzte und einzige Hoffnung. Im Namen der Besatzung und der Passagiere. Schumann.«

Kurz nach 8.00 Uhr trat der Kleine Krisenstab in Bonn zusammen. In der Dokumentation der Bundesregierung hieß es später dazu: »Da Treffpunkt und Treffzeit bekannt geworden sind, hält man es nicht für vertretbar, Hanns-Eberhard Schleyer den in der Deutschen Bundesbank bereitliegenden Geldbetrag auszuhändigen … Der anschließend zusammengetretene Große Politische Beraterkreis macht sich diese Auffassung zu eigen.«

In der Tat hatte bereits am Vorabend die Zentrale der Deutschen Presseagentur in Hamburg von ihrem Stuttgarter Büro eine Meldung mit den Details der geplanten Geldübergabe erhalten, diese Nachricht aber nicht verbreitet.

Noch am Morgen gegen 9.00 Uhr hatte Hanns-Eberhard Schleyer mit Justizminister Vogel telefoniert und ihn noch einmal auf die Bedingungen seiner Mitwirkung bei der Geldübergabe hingewiesen. Vogel sagte, der Große Krisenstab habe noch nicht darüber entschieden, ob die Gefangenen freigelassen würden.

Um 9.40 Uhr meldete die dpa: »Schleyer-Sohn Eberhard soll fünfzehn Millionen Dollar übergeben. Die Behörden wollen mit der Auszahlung von fünfzehn Millionen amerikanischen Dollar an die Entführer am Samstagmittag eine der genannten Forderungen der Terroristen erfüllen. Aus diplomatischen Kreisen in Bonn wurde am Samstag bekannt, dass ein Sohn des entführten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, Eberhard Schleyer, das geforderte Geld um 12.00 Uhr im Hotel ›Intercontinental‹ Frankfurt übergeben soll.«

Die Bundesregierung hatte auf Anraten des BKA-Präsidenten Horst Herold

die Nachricht von der geplanten Geldübergabe selbst verbreiten lassen. Herold später: »Ich rechne mir das heute noch als Verdienst an, dass ich durch einen Trick diese Lieferung verhindert habe. Die Bundesregierung hätte die fünfzehn Millionen auch noch rausgeschmissen.«

Um 12.00 Uhr wimmelte es im Foyer des Hotels, in der Tiefgarage und in der näheren Umgebung des »Intercontinental« von über hundert Journalisten; zwei Aufnahmeteams des Fernsehens waren da.

Schleyer wurde im Hubschrauber nach Frankfurt geflogen, wo er im Gebäude der Deutschen Bundesbank untergebracht wurde. Dort traf er mit einem Experten zusammen, der mit ihm über die Markierung der als Lösegeld bereitgestellten fünfzehn Millionen Dollar sprechen sollte.

Nach der Rundfunkmeldung wurde von der Fahrt ins »Intercontinental« abgesehen. Gegen 13.00 Uhr telefonierte Schleyer noch einmal mit Vogel. Der Bundesjustizminister sagte ihm, der Große Krisenstab habe immer noch keine Entscheidung gefällt.

In Wirklichkeit hatte der »Große Politische Beraterkreis« schon auf seiner Morgensitzung, die bis 11.35 Uhr dauerte, die Marschrichtung festgelegt. In der Dokumentation der Bundesregierung heißt es dazu: »Es soll auf eine – notfalls gewaltsame – Befreiung der Geiseln in der entführten Lufthansa-Maschine hingearbeitet werden.«

Um 12.04 landete ein sechssitziger Jet vom Typ Hawker Siddely in Dubai. An Bord waren der Chef der in Ankara wartenden GSG 9, Ulrich Wegener, und andere Sicherheitsexperten. Der Verteidigungsminister von Dubai lehnte eine Befreiungsaktion durch das deutsche Antiterrorkommando ab, begann aber, eine Aktion durch Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate vorzubereiten.

Währenddessen beschloss Rechtsanwalt Hanns-Eberhard Schleyer als letzte Möglichkeit zur Rettung seines Vaters, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Der Schriftsatz war von Kollegen in seiner Stuttgarter Anwaltskanzlei vorbereitet worden.

Im Namen seines Vaters beantragte er den Erlass einer einstweiligen Anordnung mit dem Ziel, die Bundesregierung und die beteiligten Länderregierungen zu zwingen, die Gefangenen, deren Freilassung verlangt

wurde, freizugeben, um das Leben Hanns Martin Schleyers zu retten.

Um 15.00 Uhr wurde Hanns-Eberhard Schleyer mit dem Hubschrauber von Frankfurt nach Stuttgart gebracht. Kurz vor der Landung erhielt er über Funk die Nachricht, dass sich die Entführer seines Vaters im Hotel »Intercontinental« gemeldet hatten. Der Hubschrauber wendete und flog nach Frankfurt zurück. Schleyer wurde in ein vom BKA gemietetes Hotelzimmer gebracht.

Der erste Anruf der Entführer war um 15.15 Uhr im Hotel »Intercontinental« eingegangen und von einem BKA-Beamten entgegengenommen und auf Band aufgezeichnet worden.

»Hallo«, hatte der Kriminalbeamte gesagt.

»Hallo, mit wem spreche ich bitte?«, sagte der Abgesandte der Schleyer-Entführer.

»Sie sprechen mit dem BKA.«

»Aha, ja, guten Tag. Ich hätte gern mit Herrn Eberhard Schleyer gesprochen.«

»Ja, Folgendes«, sagte der BKA-Beamte, »der Herr Schleyer ist im Moment nicht da.«

»Das ist aber sehr schlecht«, sagte der Entführer. »Wir haben aber gefordert, dass er da sein solle.«

Der Kripobeamte erkundigte sich, ob der Anrufer denn überhaupt zum Kommando gehöre. Er solle sich bitte legitimieren. Der Mann am anderen Ende der Leitung nannte die zwischen BKA und Entführern vereinbarten Codeworte, und der BKA-Beamte war zufrieden.

»Ja, Folgendes, der Herr Schleyer ist im Moment also wie gesagt nicht da, weil hier zu viel Hektik war, wie Ihnen bekannt ist. Herr Schleyer hat sich im Moment zurückgezogen. Es dauert eine gewisse Zeit, bis wir Herrn Schleyer wieder erreichen.«

Der Anrufer erklärte sich bereit, um halb fünf noch einmal anzurufen.

»Darf ich dann erfahren, Ihren Namen, damit ich gleich mit Ihnen …«

»Ja, Schmittlechner ist mein Name«, sagte der BKA-Mann.

»Schmittlechner, ist in Ordnung, dann wende ich mich an Sie.«

»Jawohl, Sie können mich hier im Hotel erreichen.«

»Okay, ich bedanke mich.«

»Jawohl, Wiederhören«, sagte der Beamte des Bundeskriminalamts.

Noch zweimal riefen die Entführer im »Intercontinental« an, bis sie den

Sohn des Entführten am Apparat hatten.

Beim ersten Anruf war Hanns-Eberhard Schleyer noch nicht eingetroffen, beim zweiten Anruf wusste die Telefonzentrale im »Intercontinental« von nichts; ein Herr Schleyer sei nicht als Gast registriert.

Um 17.58 Uhr nahm Hanns-Eberhard Schleyer den Hörer selbst ab.

»Sie sprechen mit dem Kommando ›Siegfried Hausner‹«, sagte der Anrufer.

»Ja.«

»Ich möchte gerne, um sicherzugehen, dass ich auch wirklich mit Ihnen persönlich spreche, Ihnen eine Frage stellen.«

Schleyer beantwortete die Frage nach dem Vornamen eines Anwalts, den er zusammen mit seinem Vater in New York besucht hatte.

Die Verbindung war schlecht, und der Entführer schlug vor, er werde in fünf Minuten noch einmal anrufen.

Beim nächsten Anruf war das vom BKA angeschlossene Tonbandgerät nicht richtig geschaltet, sodass nur die Stimme Schleyers, nicht aber die des Entführers aufgezeichnet wurde.

Schleyer wurde mitgeteilt, es sei am Frankfurter Flughafen ein Ticket auf den Namen »Schlier« für ihn hinterlegt. Die Maschine starte um 20.55 Uhr nach Paris. Von dort aus habe er eine weite Reise anzutreten. Auf einer der Teilstrecken werde er von einem Abgesandten der Entführer angesprochen, der ihm die Übergabemodalitäten für das Geld nennen werde. Schleyer sagte, er wisse nicht genau, wie weit die Vorbereitungen der Geldübergabe vonseiten des BKA gediehen seien. Der Entführer möge sich bitte in einer halben Stunde noch einmal melden.

Beim nächsten Anruf war das Tonbandgerät des BKA wieder intakt.

»Ja, guten Abend, Herr Schleyer, noch mal Kommando ›Siegfried Hausner‹.«

»Ja, ich habe gerade mit Bonn telefoniert, mit der Bundesregierung«, sagte Schleyer. »Ich möchte Ihnen Folgendes mit aller Ernsthaftigkeit und Deutlichkeit sagen: Die Bundesregierung ist bereit, die fünfzehn Millionen Dollar zu bezahlen. Die Bundesregierung hat es aber abgelehnt, dass ich heute Abend den von Ihnen angegebenen Flug benutze. Ich sage Ihnen auch, warum. Die Bundesregierung hat durch die Veröffentlichung dieser Meldung heute … sieht die ganz große Gefahr, dass es mir nicht gelingen wird, diese fünfzehn Millionen Dollar an den richtigen Adressaten zu bringen. Ich habe

versucht, dagegen anzugehen, die Bundesregierung ist stur geblieben.«

Er werde weiterhin im »Intercontinental« erreichbar sein. Die Entführer mögen sich bitte neue Modalitäten überlegen, um eine konkrete Gefährdung seiner Person auszuschließen.

»Ich habe nun wirklich versucht, im Interesse meines Vaters diese Haltung zu verändern. Die Bundesregierung ist hart geblieben … Ich kann Ihnen nur noch mal versichern, ich habe alles versucht, Sie kennen meine Bemühungen. Sie wissen auch, und das hat letztlich im Zweifel auch zur positiven Entscheidung der Bundesregierung beigetragen, dass wir das Verfassungsgericht …«

»Herr Schleyer, wenn ich Sie mal unterbrechen darf. Es gibt für uns keine andere Möglichkeit. Ich wiederhole: keine.«

»Ja.«

»Wir sind absolut fixiert auf diesen Weg.«

»Ja.«

»Die Bundesregierung meint, die Gefährdung für Sie sei in diesem Punkt zu groß?«

»Ja«, bestätigte Schleyer.

»Das kann ich nur ganz entschieden zurückweisen … Ich betrachte diesen Marsch der Bundesregierung als erneuten Versuch irgendeiner Verzögerungstaktik. Wir werden uns darauf nicht einlassen.«

»Ich glaube nicht, dass Sie da im Recht sind«, sagte Schleyer.

»Herr Schleyer, hören Sie mir bitte zu!«

»Ja.«

»Dass die Lieferung des Lösegeldes ein fester Bestandteil des Ultimatums ist. Weisen Sie die Bundesregierung nochmals darauf hin, dass sie die Konsequenzen bei Nichterfüllung voll und ganz zu tragen hat.«

»Ja, das habe ich bereits getan«, sagte Schleyer. Die Bundesregierung habe sich positiv bereit erklärt, das Geld zur Verfügung zu stellen. Sie habe nur ein entschiedenes Veto gegen den Flug am heutigen Abend eingelegt. Die Frage sei, ob der Flug nicht auch am nächsten Tag stattfinden könne.

»Das ist völlig ausgeschlossen«, sagte der Entführer.

»Ich kann nur noch mit aller Dringlichkeit an Sie appellieren, dass Sie die Dinge noch mal überdenken«, beschwor Schleyer den Anrufer.

»Ich muss sagen, dass wir keine Möglichkeit haben, hier irgendetwas zu überdenken. Da ist uns, auch wenn wir wollten, völlig die Entscheidung aus der Hand genommen. Wir haben hier keine Möglichkeit der Änderung.«

»Ich kann mir das nicht vorstellen. Ich kann es mir beim besten Willen nicht vorstellen …«

»Es ist in diesem Fall völlig unerheblich, was Sie sich vorstellen können. Sie müssen das so nehmen, wie es ist. Und was *ich* mir nicht vorstellen kann, ist, dass die Bundesregierung diese Geschichte am Geld scheitern lassen wird.«

»Nein«, widersprach Schleyer.

»Das ist völlig ausgeschlossen.«

»Nein, nicht nur am Geld, sondern an der konkreten Gefährdung meiner Person.«

»Herr Schleyer, wir werden keine Änderung vornehmen, und das ist auch mein letztes Wort. Das werden Sie bitte auch der Bundesregierung genau so mitteilen. Ich darf mich von Ihnen verabschieden.«

»Sie haben, sind krimineller …«, sagte Schleyer noch. Dann klickte es in der Leitung. Das Gespräch war zu Ende.

Gegen 21.00 Uhr flog Schleyer zurück nach Stuttgart. Eine Stunde vor Mitternacht erhielt er dort einen Anruf der Entführer.

»Wir sind damit einverstanden, wenn den Gefangenen das Lösegeld mitgegeben wird.«

»Ja«, sagte Schleyer.

»Sind Sie in der Lage, der Bundesregierung das mitzuteilen?«

»Ich werde es sofort an die Bundesregierung weiterleiten.«

»Darf ich mir dann vielleicht etwas später von Ihnen die Bestätigung darüber abholen?«

»Das dürfen Sie.«

»Danke sehr, Wiederhören«, sagte der Entführer.

Schleyer rief einen der Vizepräsidenten des BKA an, der Rücksprache mit der Bundesregierung hielt und ihn anschließend über das Ergebnis des Gesprächs informierte. Er durfte den Entführern mitteilen, die Regierung sei mit diesem Weg der Geldübergabe einverstanden.

In Wirklichkeit waren die Würfel längst gefallen.

Der BKA-Beamte Hans Fernstädt, der fünf Jahre zuvor bei der Festnahme Baaders in der Frankfurter Garage den Sprengstoff ausgetauscht hatte und nun Schleyer bei seinem verzweifelten Versuch, seinen Vater zu retten, begleitete, sagte später: »Man hat Eberhard Schleyer nicht einmal die Chance

gelassen, noch irgendetwas für seinen Vater tun zu können. Selbst das nicht. Als wir am Informationsschalter ankamen, hatten Beamte des BKA im Auftrage des Präsidenten vielleicht drei, vier, fünf Minuten vorher dieses Flugticket schon in Verwahrung genommen, sodass Eberhard Schleyer eigentlich dastand, und wir wussten nicht, was wir tun sollten.«

Noch in derselben Nacht lehnte das Bundesverfassungsgericht den Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Freilassung der inhaftierten Terroristen ab: »Wie die staatlichen Organe ihre Verpflichtung zu einem effektiven Schutz des Lebens erfüllen, ist von ihnen grundsätzlich in eigener Verantwortung zu entscheiden … Angesichts der verfassungsrechtlichen Lage kann das Bundesverfassungsgericht den zuständigen staatlichen Organen keine bestimmte Entschließung vorschreiben.«

Die Bundesregierung hatte die Richter des Bundesverfassungsgerichtes davon unterrichtet, dass eine Aktion zur Befreiung der Flugzeuggeiseln vorbereitet werde. »Das hatte zum Beispiel die Konsequenz, dass unsere Entscheidung erst am frühen Morgen verkündet wurde, obwohl wir etwa sechs Stunden vorher bereits fertig waren«, sagte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, Ernst Benda, später.

Die Richter hätten sich auch mit der Frage beschäftigt, wie die Schleyer-Entführer auf die Gerichtsentscheidung reagieren würden. »Wir haben uns überlegt, dass es in jedem Fall und erst recht in Verbindung mit der Lufthansa-Entführung gut sei, die Entscheidung so lange, wie es irgend ging, hinauszuzögern, weil wir uns vorstellten, dass Schleyer sicher war, solange die Entscheidung noch nicht gefallen beziehungsweise noch nicht bekannt gegeben war. Und natürlich wussten wir, dass möglicherweise die Entscheidung, die den Antrag der Familie Schleyer zurückwies, den Effekt haben würde: Jetzt bringen wir den um. Mit dieser Möglichkeit haben wir gerechnet; die war uns bewusst.«

Es sei eine Abwägungsentscheidung gewesen: Das konkret bedrohte Leben einer bestimmten Person gegen das Leben einer unbekannten Zahl potenzieller Opfer.

»Es ist für mich keine Erleichterung«, sagte Benda, »aber ich will es immerhin notieren, dass wohl feststeht, dass Schleyer nicht als Reaktion auf unsere Entscheidung umgebracht wurde, sondern auf die Vorgänge dann in Stammheim.«

Am frühen Nachmittag des 15. Oktober, kurz nachdem Hanns-Eberhard Schleyer das Bundesverfassungsgericht angerufen hatte, war vom BKA eine neue Nachricht für die Entführer an Rechtsanwalt Payot übermittelt worden: Die von den Flugzeugentführern angegebenen Zielländer Vietnam und Südjemen hätten es strikt abgelehnt, Terroristen aufzunehmen. »Das vom gleichen Kommando auch genannte Somalia ist bisher von den Gefangenen nicht genannt worden.«

Da Baader erklärt habe, sie wollten nicht in irgendein Land ausgeflogen, sondern an der Festlegung des Ziellandes beteiligt werden, müssten die Gefangenen erneut befragt werden. Das sei eingeleitet worden.

Es war die 25. Mitteilung des BKA an die Schleyer-Entführer.

Wieder erhielt der BKA-Beamte Klaus den Auftrag, mit dem Hubschrauber nach Stammheim zu fliegen. Gegen 18.15 Uhr legte er den Gefangenen nacheinander einen neuen Fragebogen vor:

»Die Entführer haben durch das Kommando ›Martyr Halimeh‹ vom 13.10. Vietnam, Südjemen und Somalia als Zielländer genannt. Vietnam und Südjemen haben die Aufnahme von Terroristen bereits strikt abgelehnt. Somalia wird im Augenblick befragt. Sind Sie bereit, sich ausfliegen zu lassen?«

Gudrun Ensslin unterzeichnete den Fragebogen und antwortete mit »Ja«.

Jan-Carl Raspe schrieb: »Die endgültige Entscheidung mache ich von einer gemeinsamen Besprechung aller Gefangenen, die freigelassen werden sollen, abhängig und bin unter diesem Vorbehalt bereit.«

Irmgard Möller schrieb: »Ja, unter der Voraussetzung, dass die BRD-Regierung unsere Auslieferung von dort nicht betreibt.«

Andreas Baader zögerte mit einer Antwort, er sagte: »Mir ist die Aufnahmebereitschaft der Volksrepublik Vietnam bekannt. Ich ziehe es vor, dorthin ausgeflogen zu werden. Jetzt kann ich es ja sagen. Einer unserer Anwälte hat auf dem diplomatischen Kanal die Zusicherung der Vietnamesen für die Aufnahme erhalten.« Er machte eine kleine Pause. »Allerdings nicht im Zusammenhang mit einer Geiselnahmeaktion.« Baader wirkte nervös und unsicher.

Er schrieb auf den Fragebogen: »Nur, wenn das Kommando tatsächlich Somalia genannt hat.« Dann meinte er: »Wenn die Gefangenen in Somalia zurückgekauft werden sollen, dann können wir ja gleich hierbleiben.« Andreas Baader kam noch einmal auf das geforderte Gespräch mit

Staatssekretär Schüler zurück: »Ich lege größten Wert darauf, um mit ihm die politische Dimension des Gefangenenaustausches zu erörtern.« Als er den Besucherraum schon verlassen hatte, kehrte er noch einmal zurück: »Bitte geben Sie diesen Gesprächswunsch unter allen Umständen weiter.«

Keiner der Gefangenen hatte die Frage gestellt, was es mit dem Kommando »Martyr Halimeh« überhaupt auf sich habe.

Niemand wunderte sich darüber, dass die Gefangenen trotz Kontaktsperre offenkundig miteinander sprechen und Informationen von außen erhalten konnten.

Nachtdienstmeldung, 15. Oktober:

»Herr Klaus vom BKA war von 18.10 bis 18.45 Uhr bei den Gefangenen Baader, Raspe, Ensslin, Möller und Becker. Auch Herr Amtsinspektor Götz war anwesend.

23.00 Uhr Medikamente an Baader und Raspe ausgehändigt.«

43.

Vorbereitungen zum Sturm und ein toter Pilot

(Sonntag, 16. Oktober 1977)

Schon bei der Landung der zweistrahligen Hawker Siddely in Dubai am Mittag des Vortages hatte GSG-9-Chef Ulrich Wegener Ausschau gehalten, ob es eine Möglichkeit zum Sturm auf die »Landshut« gab. Hinter der Maschine waren Sanddünen, in deren Schutz seine Leute – sollten sie vom Verteidigungsminister Dubais die Erlaubnis zum Angriff erhalten – Deckung suchen konnten. Als er Staatsminister Wischnewski im Tower des Flughafens traf, sagte Wegener: »Hier ist etwas zu machen.«

Auf dem Flughafen hatte Wegener zwei Bekannte getroffen, Major Alistair Morrison und Sergeant Barrie Davis von der SAS, einer Spezialeinheit der britischen Luftwaffe zur Terroristenbekämpfung. Vor wenigen Wochen hatten die beiden Wegener und seine GSG 9 in ihrem Standort Hangelar bei Bonn besucht. Sie führten damals ihre neuen »Blendgranaten« vor, die durch grellen Blitz und laute Detonation Gegner für mindestens sechs Sekunden kampfunfähig machten. In ihrem Reisegepäck hatten die Engländer einen Vorrat solcher Granaten mit nach Dubai gebracht.

Inzwischen hatte Wischnewski mit dem Verteidigungsminister von Dubai über einen möglichen Einsatz der GSG 9 verhandelt. Er kam auf Wegener zu: »Die Entscheidung ist endgültig gefallen. Die wollen es selbst machen. Für uns läuft hier nichts. Der Scheich will seine von den Briten ausgebildeten Fallschirmjäger einsetzen.« Einer der Engländer hatte sich gerade mit Wegener über die Chancen eines Sturmes der Maschine unterhalten. »Das geht doch gar nicht«, sagte er, »die haben so etwas noch nie geübt.«

»Dann müssen wir eben sofort mit dem Üben anfangen«, meinte Wegener.

Um 5.30 Uhr meldete sich der Chef der »Landshut«-Entführer beim Tower. Er war heiser und wirkte erschöpft. Die Maschine solle bis 6.00 Uhr aufgetankt werden, sonst müsse er den Flugkapitän erschießen.

In der Nacht zuvor war der Strom in der »Landshut« ausgefallen und damit auch die Klimaanlage an Bord. Kapitän Schumann machte den Entführern

klar, dass die Maschine tagsüber in der prallen Sonne ohne Air-Condition zum Massengrab werde. Mahmud willigte ein, vom Tower ein Aggregat zu erbitten. Lufthansa-Angestellte schoben daraufhin ein »Groundpower«-Gerät unter die Maschine. Langsam klärte sich die zum Schneiden dicke Luft in der »Landshut«.

Kapitän Schumann versuchte, durch eine Zigarettenbestellung zu signalisieren, wie viele Entführer an Bord waren: »Can you get us four packs of cigarettes, please, four packs. Different kind. Two of this and two of this maybe.«

Im Tower verstand man den Hinweis. Der Verteidigungsminister Dubais lobte in einem Rundfunkinterview die heimlichen Informationen, die der Flugkapitän gegeben hatte. Mahmud hörte das im Radio. Der Entführer hatte auch erkannt, dass Deutsche den Generator gebracht hatten.

Am Morgen blieb er plötzlich vor dem Flugkapitän stehen und forderte ihn auf, in den Gang zu treten. »Put your hands up«, schrie er ihn an. Schumann stand auf und verschränkte die Arme im Nacken. »Auf die Knie«, befahl Mahmud und richtete seine Pistole auf Schumanns Kopf. »Ich werde euch jetzt sagen, wer Schuld hat, dass der Strom ausging, und wer verantwortlich ist für die schlechten Bedingungen der letzten Stunden. Hier kniet der einzige Schuldige, euer Kapitän. Er ist ein Verräter. Er hat Nachrichten nach draußen gegeben. Stimmt's? Gib es zu!«

»Ja«, bekannte der Flugkapitän.

»Ihr habt alle gehört, dass er seine Schuld zugibt!«, brüllte Mahmud. »Du wirst jetzt auch vor all deinen Passagieren sagen, dass du beim Militär ausgebildet worden bist.«

»Ja«, sagte Schumann.

»Die Leute, die kamen, um uns die ›Groundpower‹ zu bringen, waren deine Freunde vom Militär, nicht wahr? Gib es zu!«

»Nein, nein, wirklich nicht. Das waren Leute von unserer Firma!«

»Nun wollen wir mal sehen, was du beim Militär gelernt hast. Steh auf!«, schrie Mahmud. »Steh gerade! Und jetzt Kehrtwendung! Los! Marschieren! Eins, zwei, eins, zwei, eins, zwei!«

Jürgen Schumann marschierte den Gang auf und ab.

»Du hast Informationen schon während des Fluges und in Dubai über Funk hinausgegeben? Das muss doch auch der Copilot bestätigen können?«

»Der Copilot weiß nichts davon, ich hab es allein getan«, wehrte Schumann ab.

Mahmud nahm das Bordmikrofon und verlangte vom Tower noch einmal, die Maschine aufzutanken. Sonst werde er den Flugkapitän erschießen. Die »Landshut« wurde mit Sprit versorgt.

Währenddessen begann Ulrich Wegener das Training auf einem Luftwaffenflugplatz, drei Kilometer vom Tower entfernt. Dort stand eine Boeing 737 der Gulf Air. 20 Beduinensoldaten mit ihren englischen Ausbildern ließen sich vom GSG-Chef im Kapern eines Flugzeuges ausbilden. Stundenlang übten sie unter Wegeners Kommando. Es klappte überraschend gut. »Das ist zwar noch kein perfektes Team«, sagte Wegener den britischen Offizieren, »aber es könnte gehen.«

Kurz vor Mittag deutscher Zeit meldete sich Mahmud wieder über Funk im Tower. Die Maschine werde jetzt starten. Wenn nicht sofort alle Vorbereitungen für einen Abflug getroffen würden, sähe er sich gezwungen, alle fünf Minuten einen Passagier zu erschießen. Diana Müll sollte die Erste sein: »Der hat mir die Pistole an die Schläfe gesetzt und hat dann von zehn runtergezählt. Erst hab ich überlegt, dem Mahmud ins Gesicht zu gucken und dass er sieht, wie ich sterbe. Aber dann hab ich gedacht, nein, das kann es nicht sein. Also das Letzte, was du siehst, ist dieses, dieses hässliche Gesicht, dieses brutale Gesicht. Nein, hab ich gedacht, das will ich nicht. Dann hab ich nach draußen in die Sonne geguckt und, ja, und dann war er bei eins. Und dann hat der Tower geschrien: Wir tanken auf.«

Das Stromaggregat wurde abgekoppelt. Um 15.19 Uhr Ortszeit war die »Landshut« wieder in der Luft.

Mahmud gab dem Copiloten genaue Anweisungen: »Jetzt machst du eine Linksdrehung und fliegst nach Oman.« Vietor konnte erkennen, dass der Entführer von einem Zettel ablas, auf dem die gesamte Flugroute vorgegeben war. Die überlebende »Landshut«-Entführerin Souhaila Sayeh später: »Wir glaubten, dass alle unsere Forderungen erfüllt würden, dass die politische Situation für uns günstig sei. Es hieß, wir sollten bis Aden fliegen, dort würde die Operation enden, und wir sollten uns in die Hände der jemenitischen Behörden begeben.«

Auch Peter-Jürgen Boock wusste, dass Abu Hani den Entführern genaue Instruktionen gegeben hatte: »In Aden hätte eigentlich das erste Kommando seine Aufgabe erledigt gehabt und wäre von Bord gegangen und ersetzt worden durch ein größeres, schwerer bewaffnetes Kommando, das dann die Geiseln übernommen hätte. Des Weiteren war geplant, dass das neue

Kommando mit den Geiseln von Bord geht und sozusagen irgendwo in der jemenitischen Wüste verschwindet, nicht mehr greifbar ist – als zusätzlichen Druck, als neues Bedrohungspotenzial.«

Die Maschine nahm Kurs auf die zum Sultanat Oman gehörende Insel Massira, die aber für eine Landung gesperrt wurde. Dann flog die Boeing Aden an.

Nach einer Dreiviertelstunde Flugzeit gab Mahmud über das Bordmikrofon durch: »Wir erwarten bei unserer Landung eine Schießerei. Es werden Soldaten da sein. Wir werden Sie jetzt fesseln. Beachten Sie bitte, dass es nur zu Ihrer eigenen Sicherheit ist.«

Die Frauen im Flugzeug mussten ihre Strumpfhosen ausziehen. Nacheinander ließ Mahmud die Männer auf den Gang treten. Eine der Entführerinnen bedrohte sie mit entsicherter Pistole. Die andere fesselte ihnen mit den zerschnittenen Strumpfhosen die Handgelenke auf dem Rücken und verknotete sie so fest, dass die Hände anschwollen und blauschwarz wurden. Einer der Männer fragte »Martyr Mahmud«, ob die Fesselung nicht gelockert werden könnte. Mahmud willigte ein und befahl den beiden Frauen, die Fesseln zu lockern. Wortlos machten sie sich an die Arbeit.

Mahmud ging ins Cockpit zurück. Der zweite Mann, »der Hübsche«, wie ihn die Stewardessen in ihren Gesprächen untereinander nannten, befestigte an den Kabinenwänden vor der ersten Economy-Reihe Plastiksprengstoff, drückte Zünder in die Masse und zog die Zündkabel in die erste Klasse.

Flugkapitän Schumann nahm Kontakt zum Flughafen Aden auf. »Sie können nicht landen. Der Flughafen ist gesperrt«, teilte ihm der Fluglotse im Tower mit.

»Dies ist ein Notfall. Wir haben keinen Sprit mehr. Wir müssen sofort runter, wenn wir den Flugplatz erreichen. Bitte holen Sie jemanden Offizielles. Wir haben 91 Menschen an Bord. Wir stürzen ab, wenn wir nicht sofort Landeerlaubnis erhalten.« Schumann versuchte es mit Betteln, im Befehlston, er schrie.

Nach ein paar Minuten meldete sich eine andere Stimme vom Tower: »Tut uns leid, die Landebahn ist blockiert. Es gibt für Sie keine Möglichkeit, hier runterzugehen.«

Der Hintergrund der jemenitischen Weigerung, die Maschine landen zu lassen, wurde erst später deutlich. Das sozialistische Regime pflegte damals gute Beziehungen zum Ostblock, vor allem zur DDR. Hier war die Stasi aktiv, die DDR beriet den Südjemen in Sicherheitsfragen. Und die DDR

schaltete sich auch in Sachen »Landshut« ein – das war auch Staatsminister Wischnewski bekannt: »Dass die DDR dort eine ganz starke Position hatte, wussten wir. Ich habe deshalb auch aus der Luft, beim Kreisen, nach Bonn dringend gebeten, auch neben der Sowjetunion Kontakt aufzunehmen mit der DDR.«

An jenem Tag erhielt der Botschafter der DDR, Scharfenberg, ein Telegramm aus Ostberlin. Er solle auf die jemenitische Regierung einwirken, im Sinne eines friedlichen Ausgangs der Entführung. Daraufhin verweigerte das Regime im Südjemen den Terroristen die erwartete Unterstützung. Nicht einmal der Vertreter der PFLP im Südjemen, Zaki Helou, wurde zum Entführungskommando vorgelassen.

Peter-Jürgen Boock bekam später die Einzelheiten geschildert: »Er wurde daran gehindert, auch nur in die Nähe des Flughafens zu kommen. Es wurde ihm also bedeutet, dass es keine Kontaktaufnahme geben würde. Darüber war er auch im Nachhinein immer noch sehr empört, weil es einen kompletten Bruch aller Abmachungen mit der jemenitischen Regierung bedeutete, ohne dass ihm irgendeine Erklärung dafür gegeben worden wäre. Er wurde da also sehr barsch abgehalftert und stand machtlos vier-, fünfhundert Meter weit vom Flughafen weg, ohne irgendetwas tun zu können. Er hat das später so interpretiert, dass wahrscheinlich zu diesem Zeitpunkt östliche Geheimdienste schon längst das Heft in die Hand genommen hatten und die jemenitische Regierung mit mehr oder weniger starkem Druck dazu bewegt hatten, die Abmachungen zu brechen.«

Die »Landshut« hatte noch für 25 Minuten Sprit in den Tanks, Aden war sechzig Kilometer entfernt. Der nächste Flugplatz – Dschibuti – unerreichbar weit.

Unter sich sahen die Piloten zwei sich kreuzende Pisten im Wüstensand, auf der Karte als »Scheich-Othman-Flugfeld« registriert. Bodeneinrichtungen konnten sie nicht entdecken, konnten auch nicht feststellen, was für eine Piste es dort gab. Sie beschlossen, trotz Landeverbots Aden anzufliegen.

Die Stewardessen gaben den Passagieren Anweisungen für das Verhalten bei einer Notlandung. Uhren, Broschen und Gebisse, alle spitzen Gegenstände wurden in einer Plastiktüte eingesammelt. Copilot Vietor hatte den Steuerknüppel übernommen. Er flog eine Schleife. Unter sich konnte er sehen, dass alle Betonwege auf dem Flughafen mit Panzerfahrzeugen blockiert waren. Der Tower Aden meldete sich nicht mehr.

Jürgen Vietor schaffte es, die »Landshut« auf einer Sandpiste neben der mit Panzern gespickten Rollbahn aufzusetzen. Einige hundert Soldaten liefen auf das Flugzeug zu und stellten sich mit erhobenen Waffen im Kreis auf. Es war dunkel geworden. Schumann verlangte nach dem Megafon und versuchte, den Jemeniten die Lage zu erklären.

Mahmud nahm ihm das Megafon ab und redete arabisch auf die Soldaten ein. Dann wandte er sich an den Piloten: »Es hilft nichts, wir müssen wieder los.«

»Das ist heller Wahnsinn. Nach so einer Notlandung kann man unmöglich wieder starten …«

Mahmud gab Kapitän Schumann die Erlaubnis, aus der Maschine zu steigen, um das Fahrwerk zu kontrollieren.

Copilot Vietor sah, wie Schumann die Treppe hinunterging und mit der Taschenlampe das Fahrwerk auf der linken Seite der Maschine beleuchtete. Die Räder steckten bis zu den Achsen im Sand. Schumann rief hinauf: »Hier, das linke Fahrwerk ist in Ordnung. Ich gehe jetzt auf die rechte Seite.« Dann verlor Vietor seinen Chefpiloten aus den Augen. Er hatte das Gefühl, als verginge eine Stunde, ohne dass der Flugkapitän wieder auftauchte.

Mahmud wurde unruhig, dann brüllte er die immer noch mit dem Gewehr im Anschlag um die Maschine herum stehenden Soldaten auf Arabisch an. Er drehte sich um und erklärte den Geiseln auf Englisch: »Wenn der Pilot nicht wiederkommt, jage ich das Flugzeug in die Luft. Wenn er wiederkommt, werde ich ihn exekutieren.«

Die Stewardess Gabi Dillmann hatte den Eindruck, der Flugkapitän sei beim Outside Check von den Soldaten, die das Flugzeug umstellt hatten, gefangen genommen worden: »Ich kann es mir nicht anders erklären. Alles andere würde nicht seinem Charakter entsprechen.«

Nach einiger Zeit war das Motorengeräusch eines Autos zu hören. Schumann tauchte aus der Dunkelheit auf. Mahmud befahl, die hintere Treppe herunterzulassen. Flugkapitän Schumann kam die Treppe herauf. Gabi Dillmann drehte sich zu ihm um: »Da hab ich seinen Blick gesehen, und dann wusste ich, er weiß es auch.«

Schumann ging durch den Gang in die erste Klasse auf Mahmud zu.

»Runter, auf die Knie!«, schrie der Chef der Entführer.

Schumann gehorchte. Er hatte die Hände über dem Kopf gefaltet.

Mahmud setzte einen Fuß auf einen leeren Sitz und rief: »Dies ist ein Revolutionstribunal. Du hast alle hier der Gefahr ausgesetzt, in die Luft

gesprengt zu werden. Du hast mich bereits einmal verraten. Dieses zweite Mal verzeihe ich dir nicht. Bist du schuldig oder nicht schuldig?«

Jürgen Schumann antwortete mit leiser, ruhiger Stimme: »Captain, es gab Schwierigkeiten, zum Flugzeug zurückzukommen.«

Mahmud schlug ihm mit der linken Hand ins Gesicht. »Schuldig oder nicht schuldig?«, schrie er.

»Sir, lassen Sie mich erklären, ich konnte nicht zur Maschine zurück.«

Mahmud schlug so hart zu, dass der Kopf des Piloten zur Seite flog. Dann drückte er ab. Schumann fiel zu Boden. Er war tot.

Stewardess Gabi Dillmann war nahe am Zusammenbruch: »Das war so fürchterlich, er wurde wirklich vorn in der Kabine, vorne neben den Kindern erschossen. Und das war wirklich schon schlimm. Obwohl ich glaube, er wusste nicht, dass es eine Hinrichtung war. Er hatte wahnsinnige Angst, das sah man ihm an, als er reinkam. Ich habe mich dann versteckt, ich habe mir eine Decke über den Kopf gezogen und habe dann gedacht: Ich bin jetzt gar nicht hier, ich bin überhaupt nicht hier. Und nachdem er dann erschossen worden war, habe ich angefangen zu heulen, weil alle ruhig waren. Es hieß, wenn einer weint oder wenn einer schreit oder wenn irgendwas ist, wird er sofort erschossen. Und jetzt hatte er ja seine Leiche. Es war schrecklich, dass *er* das war, aber man selbst war es nicht. Er hatte jetzt seine Leiche, die er schon die ganze Zeit haben wollte. Eine zum Vorzeigen: Schaut, wir meinen es ernst.«

Um 16.21 Uhr deutscher Zeit startete in Dubai das Flugzeug mit Staatsminister Wischnewski an Bord.

Der südjemenitische Luftraum war gesperrt. Die Boeing 707 landete im saudi-arabischen Djidda.

Am späten Abend versuchte Hanns-Eberhard Schleyer über Payot in Genf unmittelbaren Kontakt zu den Entführern seines Vaters aufzunehmen. »Mir war durch das Verhalten der Bundesregierung deren ablehnende Haltung klar geworden«, sagte er in seiner späteren Vernehmung durch Beamte des BKA.

Die Kontaktaufnahme gelang ihm nicht.

Nachtdienstmeldung Stammheim, 16. Oktober:

»Baader bekam gegen 21.30 Uhr eine Spritze.

Zelle 714 musste geöffnet werden.

23.00 Uhr Medikamente an Baader und Raspe ausgehändigt.«

44.
Feuerzauber
(Montag, 17. Oktober 1977)

Kurz nach Tagesanbruch war die »Landshut« in Aden aufgetankt worden. Um 2.02 Uhr deutscher Zeit startete die Maschine. Die Leiche des erschossenen Flugkapitäns Jürgen Schumann war von den Entführern aufrecht stehend im hinteren Garderobenschrank des Flugzeugs verstaut worden. Mit Lavex-Tüchern wischten sie das Blut ab. Mit einer Kehrschaufel kratzten sie Gehirnmasse, die auf dem Teppich im Gang lag, zusammen und warfen sie vor dem Start aus dem geöffneten Cockpitfenster.

Jürgen Vietor saß am Ruder. Die »Landshut« nahm Kurs auf Mogadischu.

Zweieinhalb Stunden später, um 4.34 Uhr deutscher Zeit, setzte Copilot Vietor die Maschine auf der Landebahn im Flughafen der somalischen Hauptstadt auf: »Die wussten von gar nichts. Wir kamen aus heiterem Himmel da runter, über den Platz geflogen, eine Kurve nach links gemacht und sind da gelandet.«

Eine Stunde später informierte die dortige Regierung die deutsche Botschaft. Die Entführer stellten ein Ultimatum: Freilassung der Gefangenen in Deutschland bis 15.00 Uhr.

Gabriele von Lutzau: »Als wir in Mogadischu gelandet sind, sagte dann Jürgen Vietor: ›Jetzt fliegen wir nicht mehr weiter. Das war es. Jetzt ist die Maschine nicht mehr dazu in der Lage.‹ Und eigentlich waren wir froh. Weil, ich hatte das Gefühl, wir fliegen immer vor was weg. Was ja nun stimmte, wir flogen vor der GSG 9 weg. Aber das habe ich ja nicht gewusst. Aber ich hatte immer das Gefühl, wir fliegen vor einer Entscheidung weg.«

Inzwischen war eine zweite Einheit der GSG 9 von Bonn aus gestartet. Oberst Wegener: »Ich war heilfroh, als wir die Meldung erhielten, dass die Maschine in Somalia gelandet war. Weil wir eigentlich ziemlich sicher waren, dass sie jetzt nicht weitergehen konnte.«

Das Flugzeug mit Männern der GSG 9 an Bord war mit zunächst unbekanntem Ziel gestartet. Auf Kreta erreichte sie über den Bordfunk der Befehl zum Abflug nach Mogadischu: »Immediately, immediately … Es

kommt auf jede Minute an, ihr müsst weg … Mogadischu so schnell wie möglich.«

Der GSG-9-Beamte Hümmer, der mit an Bord war: »Uns wurde klar bestätigt, Auftrag Bundesregierung, in Mogadischu läuft die Befreiungsaktion durch uns. Es war ein gutes Gefühl, dass wir jetzt wussten, wir kriegen die Chance.«

Die Leiche des ermordeten Piloten Jürgen Schumann befand sich nach wie vor im Garderobenschrank. Copilot Vietor: »Es roch dann etwas unangenehm, und die waren auch nicht sehr glücklich mit der Lage und haben die hintere rechte Tür aufgemacht, und an jeder Tür ist ja eine Notrutsche. Die haben dann Kapitän Schumann runtergelassen.«

Ein Ambulanzfahrzeug holte die Leiche ab.

Die in Bagdad weilende Hauptgruppe der RAF hatte die Nachrichten von der Entführung und dem darauf folgenden Irrflug der »Landshut« über die Deutsche Welle verfolgt. Man war nach den Wochen des quälenden und erfolglosen Wartens auf ein Einlenken der Bundesregierung wieder voller Hoffnung auf ein Gelingen der Aktion. »Wir haben alle gedacht, jetzt ist es gelaufen«, erinnerte sich Peter-Jürgen Boock später, »wir haben gemeint, jetzt kann Helmut Schmidt nicht mit irgendeiner polizeilichen oder militärischen Lösung kommen. Da ist erst mal Schleyer, jetzt die Urlauber. Jetzt läuft der Austausch.«

Doch die Euphorie erlosch, nachdem die Lufthansa-Maschine in Aden wieder starten musste. Alle waren davon ausgegangen, dass die Entführung, wie geplant, dort enden sollte: »Als es dann hieß, die Maschine durfte dort nicht bleiben, sondern musste unter Androhung von militärischer Gewalt wieder weg, da war schlagartig klar, es läuft ganz fürchterlich schief.«

Staatsminister Wischnewski, dem die Behörden in Aden die Landeerlaubnis verweigert hatten, traf gegen 12.00 Uhr mittags in Mogadischu ein. Ähnlich wie in Dubai war es den somalischen Behörden unangenehm, mit bundesdeutschen Regierungsvertretern zusammenzuarbeiten. Schließlich waren die Entführer Brüder der großen arabischen Nation. Die PLO unterhielt damals in Mogadischu ein sechzig Mann starkes Büro.

Kanzleramtsminister Wischnewski empfand den Empfang in Mogadischu als ausgesprochen kühl: »Außer mir durfte das Flugzeug keiner verlassen.

Die mussten alle drin bleiben. Und ich wurde aber sofort zum Präsidenten gebracht.«

Während Wischnewski auf eine Audienz beim Präsidenten Siad Barre wartete, telefonierte der mit Helmut Schmidt. Letzerer: »Ich hab mit dem Diktator in Somalia telefoniert, Siad Barre hieß der Mann. Und Siad Barre ist darauf eingegangen. Wir haben ihm nichts versprochen, wir haben aber hinterher etwas gehalten, was wir nicht versprochen hatten, nämlich der hat eine ganz schöne Hilfe für sein Land bekommen.«

Danach durfte auch Wischnewski mit dem somalischen Diktator sprechen: »Ich habe also meine ganze Kunst, ihn zu überzeugen, angewandt und habe dann auch den Leichtsinn begangen zu sagen: ›Herr Präsident, wir haben zwei Aufgaben gemeinsam zu erledigen. Erstens, wir haben neunzig Menschenleben zu retten, und zweitens, wir haben Ihre Souveränität zu wahren in vollem Umfange. Was die Wahrung der Souveränität betrifft, darf ich Ihnen Folgendes mitteilen: Wenn wir Gefangene machen, sind es Ihre Gefangenen.‹ Und da sagte er zu mir: ›Was, Gefangene wollen Sie auch noch machen?‹«

Die Entführer hatten die Ankunft des zweiten Flugzeugs bemerkt. Mahmud fragte den Tower: »Was sind das für Leute?«

»Ein Vertreter der deutschen Bundesregierung ist eben gelandet.«

Heiser, aber ganz ruhig sagte Mahmud: »Sagen Sie dem deutschen Vertreter, dass es zwischen uns nichts zu verhandeln gibt. Ich will ihn nur sprechen, wenn er mir mitteilen kann, dass die Gefangenen in Deutschland freigelassen worden sind.«

Der Tower erkundigte sich, ob man Mittagessen an Bord bringen solle. »Wir brauchen nichts mehr zu essen. In drei Stunden läuft unser Ultimatum ab. Dann sind alle in der Maschine entweder tot oder frei.«

Am Vorabend gegen 20.10 Uhr war im Kleinen Krisenstab entschieden worden, den Ministerialdirigenten Dr. Hegelau als Vertreter von Staatssekretär Schüler zu dem von Baader und Ensslin geforderten Gespräch nach Stammheim zu schicken. Der BKA-Beamte Klaus sollte ihn begleiten.

Es regnete und stürmte am nächsten Tag, und so konnten die beiden Beamten nicht, wie geplant, den Hubschrauber nehmen, sondern mussten mit dem Auto fahren. Hegelau hatte Baader nie zuvor gesehen, kannte auch die Einzelheiten des Stammheimer Prozesses und der RAF-Anschläge kaum. Der BKA-Mann klärte ihn während der Fahrt notdürftig auf, schilderte Stationen

aus Baaders Leben und sagte zum Schluss: »Er ist zurzeit etwas nervös und konfus.«

Kurz vor 14.00 Uhr trafen die beiden Unterhändler in Stammheim ein. Sie wurden sofort zum Anstaltsleiter Nusser gebracht und anschließend von Amtsinspektor Bubeck abgeholt. Im Aufzug fuhren sie in den siebten Stock. Bubeck ließ die Tür der Zelle 719 aufschließen und sagte Baader, es sei Besuch für ihn da. »Ich komme in fünf Minuten«, sagte Baader. »Ich habe noch zu tun.« Er ließ sich wieder einschließen. Während Amtsinspektor Bubeck auf das Lichtsignal über der Zellentür zum Zeichen dafür wartete, dass Baader kommen würde, leuchtete das Lichtsignal über der Tür der gegenüberliegenden Zelle auf. Ein Vollzugsbeamter öffnete. Gudrun Ensslin trat auf den Flur und wandte sich an Bubeck: »Ich will die beiden Anstaltsgeistlichen sprechen.«

Bubeck versprach, ihren Wunsch weiterzumelden. Gudrun Ensslin wurde wieder eingeschlossen.

Währenddessen leuchtete das Signal über Baaders Tür auf. Er wurde aus der Zelle gelassen und über den Flur zum Besucherzimmer geführt. Alfred Klaus begrüßte ihn kurz. »Ich habe Ihre Bitte um ein Gespräch weitergeleitet. Herr Ministerialdirigent Dr. Hegelau ist in Vertretung von Herrn Staatssekretär Schüler zu Ihnen gekommen.«

»Eigentlich habe ich Schüler selbst sprechen wollen«, sagte Baader hastig und undeutlich. Zögernd setzte er sich. »Es ist eigentlich zu spät für dieses Gespräch«, sagte er. »Die Möglichkeit der Einflussnahme ist inzwischen versäumt worden.« Er kam auf die Entführung der »Landshut« zu sprechen: »Die RAF hat diese Form des Terrorismus bis jetzt abgelehnt.« Sie, die Häftlinge, hätten Aktionen gegen unbeteiligte Zivilisten nie gebilligt und billigten sie auch jetzt nicht. Die Bundesregierung müsse sich klar darüber sein, dass die zweite oder dritte Generation die Brutalität weiter verschärfen werde.

»Es gibt zwei Linien im Kampf gegen den Staat«, sagte Baader. »Die Bundesregierung hat durch ihre Haltung dieser extremen Form zum Durchbruch verholfen.«

»Wo fängt denn Ihrer Meinung nach der Terrorismus an?«, wollte Hegelau wissen.

»Bei dieser Form terroristischer Gewalt gegen Zivilisten«, antwortete Baader. »Das ist nicht Sache der RAF, die langfristig eine gewisse Form

politischer Organisation angestrebt hat. Das kann man in den Schriften nachlesen. Dem gegenüber, was jetzt läuft, hat die RAF eine gemäßigte Politik verfolgt.«

»Meinen Sie das ernst – nach den acht Toten der letzten Monate?«, fragte der BKA-Beamte Alfred Klaus.

»Die Brutalität ist vom Staat provoziert worden«, antwortete Baader und erwähnte die Schussanlage, die gegenüber der Bundesanwaltschaft aufgebaut worden war. »Die Maschine ist von Leuten der zweiten, dritten oder vierten Generation installiert worden. Auch die Schleyer-Entführer und andere, nach denen gefahndet wird, sind uns persönlich gar nicht mehr bekannt. Wenn das BKA behauptet, die Aktionen würden aus dem Gefängnis gesteuert, dann trifft das allenfalls im ideologischen Bereich zu. Der bewaffnete Kampf hat sich internationalisiert. Jetzt bestimmen möglicherweise die Japaner oder die Palästinenser das Geschehen. Ich weiß jetzt zu wenig darüber. Ich kann nur wiederholen, dass die Gefangenen im Falle einer Freilassung nicht in die Bundesrepublik zurückkehren werden. Sie werden allerdings ihren Kampf gegen diesen Staat im Kontext aller internationalen Befreiungsbewegungen fortsetzen, und zwar mit Kampagnen. Es ist absurd anzunehmen, wir würden als internationale Terroristen weiterkämpfen. Der internationale Terrorismus ist keine Perspektive für die RAF.«

Hegelau fragte: »Welchen Einfluss haben Sie, etwa als Symbolfigur, noch?«

»Ich sehe zwei Möglichkeiten«, sagte Baader, »einmal die weitere Brutalisierung und zum anderen einen geregelten Kampf, im Gegensatz zum totalen Krieg. Ich weiß ein paar Dinge, bei deren Kenntnis der Bundesregierung die Haare zu Berge stehen würden. Aber ich bin der Überzeugung, dass noch eine Einflussmöglichkeit, zumindest auf die Gruppen in der Bundesrepublik, besteht.

Man kann noch versuchen, eine Entwicklung zum Terrorismus hier zu verhindern, obwohl es Strömungen anderer Art gibt. Das ist letztlich der Grund für den Gesprächswunsch gewesen. Der Terrorismus ist nicht die Politik der RAF. Die Freilassung der zehn Gefangenen jedenfalls bedeutet keine Eskalation der Formen bewaffneter Gewalt. Insofern wird das Volk belogen.«

»Warum reden Sie von zehn und nicht von elf freizulassenden Gefangenen?«, erkundigte sich der BKA-Beamte.

»Günter Sonnenberg ist durch seine Hirnverletzung kretinisiert, darum

rechne ich ihn nicht mehr dazu.« Sonnenberg hatte bei seiner Festnahme einen Kopfschuss erlitten.

Baader kam auf die ursprüngliche Motivation der Gruppe zu sprechen. Anlass sei vor allem der Vietnamkrieg gewesen. Das sehe er auch heute noch rückblickend als zwingenden Grund für die RAF-Aktionen an. Allerdings habe die Gruppe auch Fehler gemacht. Er warf die Frage auf, wem die in seinen Augen vom Staat verschuldete Eskalation des Terrors und der Brutalität nütze, vielleicht werde sie von manchen sogar gewünscht. Sie werde jedenfalls eine breite illegale Bewegung hervorrufen. Zum Schluss sagte Baader: »Zwischen dem Staat und den Gefangenen gibt es zurzeit einen minimalen Berührungspunkt des Interesses. Gudrun hat dazu schon alles gesagt. Freigelassene Häftlinge sind im Verhältnis zu toten Gefangenen auch für die Bundesregierung das kleinere Übel.« Sterben müssten die Gefangenen so oder so.

Das Gespräch dauerte über eine Stunde. Nachdem Andreas Baader wieder in seine Zelle zurückgebracht worden war, telefonierte der Ministerialdirigent mit dem Bundeskanzleramt.

Am Nachmittag wurde der evangelische Anstaltspfarrer auf einem Konvent in Leonberg von seinem katholischen Kollegen Dr. Rieder angerufen. Gudrun Ensslin wünsche ein Gespräch mit den beiden Geistlichen.

Gegen 15.40 Uhr brachte ein Beamter die Pfarrer in das Besuchszimmer im siebten Stock. Kurz darauf wurde Gudrun Ensslin hereingeführt.

Sie nahmen an einem Tisch Platz.

»Ich habe ein Anliegen, das ich Ihnen mitteilen möchte«, sagte die Gefangene. »Ich gehe davon aus, dass Sie mir dabei helfen können. Auf meiner Zelle in einer Mappe mit der Aufschrift ›Anwalt‹ befinden sich drei lose eingelegte beschriebene Blätter, die dem Chef des Bundeskanzleramtes zugestellt werden sollen, wenn ich vernichtet oder hingerichtet sein werde. Sorgen Sie bitte dafür, dass diese Schriftstücke dorthin gelangen. Ich habe die Befürchtung, dass sonst die Bundesanwaltschaft die Schriftstücke unterschlägt oder gar vernichtet.«

Der evangelische Geistliche fragte: »Aber Frau Ensslin, sind Sie denn wirklich der Meinung, dass jemand Sie vernichten oder hinrichten will?«

»Nicht irgendwie von hier aus dem Haus. Die Aktion kommt von außerhalb. Wenn wir hier nicht rauskommen, dann geschehen schreckliche

Dinge.«

Rieder warf ein: »Meinen Sie damit, dann ist der Teufel los?«

»Ja, das kann man so sagen.«

Gudrun Ensslin war ganz ruhig, sie sprach ohne Erregung und Nervosität.

»Wen wollen Sie eigentlich befreien?«, erkundigte sich der katholische Pfarrer.

Daraufhin erzählte Gudrun Ensslin von dem unmenschlichen, fast 30 Jahre geführten Dschungelkrieg in Vietnam, der unsägliches Leid über Millionen Menschen gebracht habe und dessen Nachwirkungen noch nicht abzusehen seien.

In anderen Ländern habe es Befreiungsbewegungen und Revolutionen gegeben. Nur über Gewaltanwendung seien gesellschaftliche Veränderungen, die zur Befreiung von Unterdrückten geführt hätten, durchzusetzen gewesen. So etwas sei in Deutschland, wenn überhaupt, nur mit halbem Herzen gemacht worden. Die bestehenden militärischen und wirtschaftlichen Machtverbindungen zwischen der Bundesrepublik und den USA bewirkten eine starke Abhängigkeit und Unterdrückung der Massen und würden unweigerlich zu einem neuen, schrecklichen Atomkrieg führen. »Das gilt es mit allen Mitteln, notfalls mit Gewalt, zu verhindern und zu ändern.«

Das Gespräch dauerte eine Stunde. Am Schluss bat Gudrun Ensslin die Geistlichen noch einmal, dafür Sorge zu tragen, dass die drei Schriftstücke ihren Adressaten auf jeden Fall erreichten.

»Wer soll denn davon auf alle Fälle unterrichtet werden?«, fragte der evangelische Pfarrer.

»Mein Anwalt und meine Eltern.«

Gudrun Ensslin gab den Geistlichen beim Abschied die Hand.

»Ich hoffe, wir können das Gespräch fortsetzen«, sagte Pfarrer Kurmann.

»Theologen hoffen.« Gudrun Ensslin drehte sich lächelnd um und ging zurück in ihre Zelle.

Der Vollzugsbeamte Bubeck begleitete die beiden Geistlichen im Aufzug nach unten und dann zum Anstaltsleiter Nusser. Die Pfarrer berichteten über das Gespräch und die drei Schriftstücke, die nach Gudrun Ensslins Worten »im Falle einer Hinrichtung« an das Bundeskanzleramt geschickt werden sollten.

»Was haben Sie auf diese Äußerung ›Hinrichtung‹ erwidert?«, schaltete sich Bubeck in das Gespräch ein. »Haben Sie nicht geantwortet, dass so

etwas absurd ist und es so etwas bei uns nicht gibt?«

»Das habe ich getan«, antwortete Rieder.

Der Anstaltsleiter fragte, ob das Wort Hinrichtung auch als Selbstmorddrohung gewertet werden könnte.

»Nein«, sagten die beiden Geistlichen.

Die drei Schriftstücke, von denen Gudrun Ensslin gesprochen hatte, wurden nie gefunden.

In den Tagen zuvor waren die Anwälte der Stammheimer Gefangenen selbst aktiv geworden, um das Geiseldrama zu beenden.

Zunächst forderten sie, trotz der Kontaktsperre zu ihren Mandanten gelassen zu werden. Sie wollten erreichen, dass diese ein für alle Mal auf die Befreiung durch eine Geiselnahme verzichteten. Falls diese dazu nicht bereit seien, wollten sie das Mandat niederlegen.

Baaders Verteidiger Hans Heinz Heldmann wandte sich an das Büro des Vorsitzenden des Oberlandesgerichts in Stuttgart, Dr. Foth. Doch die Sekretärin der Geschäftsstelle des Stuttgarter Senats richtete dem Anwalt aus, der Wunsch nach Kontaktaufnahme zu den Mandanten sei rundweg und ohne Einschränkung abgelehnt.

Als letzte Möglichkeit versuchte Heldmann, Amnesty International einzuschalten. Am Nachmittag des 17. Oktober rief er den Vertreter der internationalen Gefangenenhilfsorganisation, Bischof Helmut Frenz, an und bat ihn, im Kanzleramt oder im Justizministerium vorzusprechen. Er bäte dringend um einen Gesprächstermin mit dem Bundeskanzler oder dem Justizminister. Frenz fuhr zum Justizministerium und erklärte sein Anliegen. Man bedeutete ihm, zu warten. Stundenlang harrte der Amnesty-Vertreter in einem Vorzimmer aus.

Staatsminister Wischnewski verhandelte währenddessen fieberhaft mit der somalischen Regierung, um die endgültige Erlaubnis zum Einsatz der GSG 9 zu erhalten. Der im Cockpit von Wischnewskis 707 sitzende Rüdiger von Lutzau, der Freund der »Landshut«-Stewardess Gabi Dillmann, hatte die Aufgabe, den Funkverkehr zwischen der »Landshut« und dem Tower mitzuhören und aufzuschreiben.

General Abdullahi, der somalische Polizeichef, sprach mit »Martyr Mahmud«: »Die deutsche Regierung wird Ihre Bedingungen nicht annehmen

… Die somalische Regierung ersucht Sie, die Passagiere und Besatzung freizulassen. Wir versprechen Ihnen sicheres Geleit …«

Der Entführer antwortete: »Ich habe Ihre Nachricht verstanden, General, dass die deutsche Regierung unsere Forderungen ablehnt. Das ändert nichts. Wir werden das Flugzeug genau bei Ablauf des Ultimatums in die Luft sprengen, das heißt genau in einer Stunde und 34 Minuten … Wenn Sie dann zufällig im Tower sind, werden Sie das Flugzeug in tausend Stücke fliegen sehen …«

Mahmud sagte den Passagieren, dass ihre Regierung sie sterben lassen wolle. Die Stewardess Gabi Dillmann bat ihn, noch einmal mit dem deutschen Botschafter sprechen zu dürfen. Mahmud übergab ihr das Mikrofon.

Gabi Dillman sprach Englisch, und erst viele Jahre später tauchte das Tonband mit ihrer Rede auf.

»Ich möchte sagen, dass es das Versagen der deutschen Regierung ist, dass wir sterben müssen. Und wir werden sterben. Ich weiß, dass sie es tun werden, sie haben schon alle gefesselt. Und dieses ist, was wir auf Deutsch ein Himmelfahrtskommando nennen. Denen ist ihr eigenes Leben egal, und ihnen ist das Leben anderer Menschen egal. Und auch die deutsche Regierung sorgt sich kein bisschen um unser Leben. Wir werden jetzt sterben. Ich habe versucht, das hier so gut es geht zu ertragen. Aber die Angst ist einfach zu mächtig. Wir möchten, dass Sie wissen, dass die deutsche Regierung nicht geholfen hat, unser Leben zu retten. Sie hätte alles tun können, alles. Wir verstehen die Welt nicht mehr.«

Rüdiger von Lutzau hatte Mühe, die Worte zu verstehen, so verzerrt kamen sie aus dem Funkgerät. Ihm war nicht klar, wer da sprach: »In Ordnung, dies ist wahrscheinlich die letzte Botschaft, die ich jemals übermitteln kann: Mein Name ist Gabi Dillmann, und ich möchte nur meinen Eltern und meinem Freund sagen – sein Name ist Rüdiger von Lutzau –, dass ich so tapfer sein werde wie möglich, dass ich hoffe, es wird nicht zu sehr wehtun. Bitte sagen Sie meinem Freund, dass ich ihn sehr liebe, und sagen Sie meiner Familie, dass ich sie liebe, dass ich sie auch liebe.«

Erst jetzt merkte Rüdiger von Lutzau, dass er die Worte seiner Verlobten mitschrieb. Gabi Dillmann stockte, dann drückte sie noch einmal die Sprechtaste: »Sagen Sie allen meinen Dank, und wenn es in den letzten zehneinhalb Stunden noch irgendeine Möglichkeit gibt, bitte ich Sie, versuchen Sie alles. Denken Sie an all die Kinder, denken Sie an all die

Frauen, denken Sie an uns. Ich kann das nicht verstehen, wirklich nicht. Können Sie wirklich für den Rest Ihres Lebens mit dieser Last auf Ihrem Gewissen leben? Ich weiß es nicht. Wir werden alle versuchen, so tapfer wie möglich zu sein, aber es ist nicht leicht. Ich bete zu Gott, bitte, wenn es irgendeine Möglichkeit gibt, irgendeine Möglichkeit, hilf uns. Es ist nicht mehr viel Zeit übrig. Wenn es irgendeine Möglichkeit gibt, bitte helft uns.«

Rüdiger von Lutzau schrieb bis zuletzt mit.

Die vier Palästinenser hatten wieder den Sprengstoff an den Kabinenwänden befestigt. Nachdem sie zuerst den Männern und dann auch den Frauen mit den zerschnittenen Strumpfhosen die Hände auf den Rücken gefesselt hatten, sammelten sie alle Flaschen mit alkoholischen Getränken, schlugen die Hälse an den Sitzlehnen ab und gossen den Inhalt über Teppiche und über die Passagiere.

Copilot Vietor: »Es ging jetzt eine Fesselungsaktion los. Dann fingen die an, Flaschen mit dem Duty-free-Spiritus, Schnaps und Whisky und alles, zu entkorken, und haben uns übergossen, damit es besser brennt.«

Gabriele von Lutzau: »Die Passagiere wurden zuerst gefesselt, die Frauen mussten die Strumpfhosen ausziehen. Und die ganz großen Flaschen, die nämlich aus dem Duty-free-Verkauf der Passagiere waren, und das waren sehr, sehr große Mengen Alkohol, die über uns ausgegossen werden sollten, hochprozentiger Alkohol. Und vorher wurden wir gefesselt, und zwar teilweise so fest, dass es den Leuten das Blut abgeschnürt hat. Und man sitzt da, wie auf dem elektrischen Stuhl. Man wartet drauf, dass einer auf den Knopf drückt.«

Fluggast Diana Müll: »Dieser Gedanke, elend zu verbrennen und irgendwann vielleicht in die Luft zu fliegen, am lebendigen Leib zu verbrennen, das war für mich so entsetzlich, dass ich meiner Freundin gesagt hab, ich warte auf ’n richtigen Zeitpunkt, wenn’s zu Ende geht. Dann stehe ich auf und spuck ihm ins Gesicht. Und dann hat sie noch zu mir gesagt, das kannst du nicht machen, der erschießt dich. Ja, genau. Also das war für mich der bessere Weg.«

Vom Tower meldete sich der somalische Informationsminister: »Unsere Regierung versucht laufend, mit der deutschen Regierung zu sprechen. Wir haben Ihnen bereits deren Position mitgeteilt, aber wir versuchen es immer weiter. Jetzt und in dieser Lage möchte meine Regierung Sie bitten, das

Ultimatum um mindestens 24 Stunden zu verlängern …«

»Wir wollen kein Blut vergießen«, antwortete Martyr Mahmud aus der »Landshut«, »aber das imperialistische, faschistische westdeutsche Regime lehnt unsere Forderungen ab. Deshalb bleibt uns keine Wahl. Sie kümmern sich nicht um ihre Menschen, deshalb müssen wir das Flugzeug mit allen Menschen an Bord in die Luft sprengen … Es gibt keine Alternative, außer dass das Flugzeug in genau 23 Minuten gesprengt wird.«

Der somalische Informationsminister fragte, ob das Ultimatum nicht wenigstens um eine halbe Stunde verlängert werden könne, um das Gebiet um die »Landshut« zu räumen. Mahmud sagte zu, die Frage mit seinen Genossen zu besprechen.

Wenige Minuten später verlangte der Tower erneut nach dem Chef der Entführer. Der deutsche Geschäftsträger in Mogadischu habe eine wichtige Nachricht.

»Ich höre, Herr Vertreter des faschistischen, imperialistischen Westdeutschland. Sprechen Sie, und lesen Sie Ihre Botschaft vor«, sagte Mahmud.

»Wie Sie wissen, haben wir eine hohe Delegation meiner Regierung hier. Diese Delegation wird von einem Staatsminister geführt, der sich mit Präsident Siad Barre eingehend über die gegenwärtige Situation unterhalten hat. Aufgrund dieser Unterhaltung ist es notwendig geworden, ein Telefongespräch mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu führen.« Aus technischen Gründen habe das Gespräch bisher nicht stattfinden können. Anschließend werde er eine neue, sehr wichtige Nachricht durchzugeben haben.

»Ich habe verstanden«, sagte Mahmud. »Aber Sie hatten für all das fast 96 Stunden Zeit. Sie geben in den letzten zehn Minuten nach – wie soll ich das von dem Vertreter des faschistischen, imperialistischen westdeutschen Regimes akzeptieren?«

Michael Libal, der deutsche Chargé d’affaires, beendete das Gespräch: »Das ist alles, was ich Ihnen derzeit sagen kann. Bitte warten Sie.«

Die Entführer verlängerten das Ultimatum um eine halbe Stunde, damit die Somalis die Umgebung des Flugzeugs räumen könnten. Die Somalis ließen sich Zeit. Zwölf Minuten nach Ablauf des neuen Ultimatums fragte Mahmud beim Tower nach: »Haben Sie alle Rollbahnen geschlossen?«

»Nein, noch nicht. Wir werden räumen. Warten Sie, Sir.«

»Versuchen Sie es bitte so schnell wie möglich.«

»Ja, Sir, wir danken Ihnen sehr für Ihre Kooperation.«

Wischnewski musste Zeit gewinnen: »Dann haben wir denen mitgeteilt, dass die Bundesregierung nachgegeben hat, dass wir jetzt aber Stunden brauchen, die müssen erst in Frankfurt gesammelt werden, aber wir werden sie ständig informieren, wo das Flugzeug ist, um die Zeit abzusichern.«

Kurz darauf meldete sich wieder der deutsche Geschäftsträger: »Hören Sie mich, Herr Martyr Mahmud?« Neben ihm stand der vom Bundeskriminalamt mit Wischnewski auf die Reise geschickte Psychologe Wolfgang Salewski. Jede Äußerung gegenüber den Flugzeugentführern war mit ihm vorher abgesprochen worden.

»Ich höre Sie sehr deutlich, denn mein Gehör ist sehr gut, Vertreter des westdeutschen faschistischen Regimes«, antwortete der Entführer.

»Wir haben gerade die Nachricht bekommen, dass die Häftlinge in den deutschen Gefängnissen, die Sie freigelassen haben möchten, hier nach Mogadischu geflogen werden sollen.« Wegen der großen Entfernung könne die Maschine aber erst am Morgen in Mogadischu sein.

»Sie wagen, mich um eine Verlängerung des Ultimatums bis zum Morgen zu fragen – stimmt das, Herr Vertreter des deutschen Regimes?«

»Im Prinzip stimmt das«, sagte Libal.

»Wie groß ist die Entfernung zwischen der Bundesrepublik und Mogadischu, Herr Vertreter des westdeutschen Regimes?«

»Mehrere tausend Meilen.«

Mahmud wollte es genau wissen, und der deutsche Geschäftsträger versprach, das zu prüfen.

»Okay, noch vier Minuten bis zum Ende des Ultimatums«, sagte Mahmud. »Wenn Sie uns täuschen wollen oder Spiele mit uns spielen … ich ziehe es vor, mit Sprengstoff zu spielen. Aber wenn Sie es ernst meinen und sich um die Menschen an Bord dieses Flugzeugs sorgen, sind wir bereit zu verhandeln.«

»Wie Sie aus meiner Nachricht erfahren haben, sind wir nun bereit, die Häftlinge hier nach Mogadischu zu fliegen.«

»Okay, Sie sorgen sich, aber nicht Ihre Regierung. Und Sie sorgen sich jetzt, weil Sie glauben, dass wir etwas zu tun versprochen haben und es auch tun werden. Und wenn Ihre Regierung des westdeutschen Regimes glaubt, es werde hier ein zweites Entebbe geben, dann träumen Sie.«

Vom Tower kam die Nachricht, dass zwischen Frankfurt und Mogadischu 3200 nautische Meilen lägen, sieben Flugstunden. Der Entführer erklärte sich

bereit, das Ultimatum bis 3.30 Uhr somalischer Zeit, 1.30 Uhr deutscher Zeit, zu verlängern.

Mahmud ging aus dem Cockpit in die Kabine. Zögernd sagte er: »Wir nehmen jetzt die Fesseln ab. Es ist eine Möglichkeit eingetreten, die unser aller Rettung sein könnte. Aber es ist noch nicht Zeit, sich zu freuen.« Die beiden Frauen machten sich daran, den Passagieren die Fesseln abzunehmen. Vor Freude und auch vor Schmerz schrien die Geiseln auf. Die festgeknoteten Strumpfhosen hatten tief ins Fleisch geschnitten und das Blut in den Handgelenken aufgestaut. Mahmud sagte: »In the last ten minutes, they promised me everything that I am asking for now for five days.«

Die Lufthansa-Maschine mit dem ersten Kommando der GSG 9 war am Tag zuvor aus der Türkei nach Köln/Bonn zurückgekehrt. Am Sonntag hatte es einen neuen Einsatzbefehl aus Bonn für zwei andere Einheiten der Gruppe gegeben. Am Montag war die Maschine mit zunächst unbekanntem Flugziel gestartet, hatte auf Kreta getankt und kreiste nun über Dschibuti.

Nachdem Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Telefonat mit dem somalischen Ministerpräsidenten Barre die Genehmigung zum Einsatz der Truppe bekommen hatte, meldete sich die Einsatzzentrale über Funk in der GSG-9-Maschine: »… are you ready to copy … Message: Bundeskanzler an Staatsminister Wischnewski. Bundeskanzler an Staatsminister Wischnewski. Erstens: Staatsminister Wischnewski ist zu Verhandlungen mit jemenitischer Regierung bevollmächtigt ohne Einschränkungen. Die Handlungsvollmacht erstreckt sich auch auf Gespräche über Entwicklungshilfe an Südjemen.«

»Wir haben verstanden, wir haben verstanden.«

Als die Maschine mit den GSG-9-Männern den Luftraum über Somalia erreichte, meldete sich wieder die Einsatzleitung: »Okay, diesmal also keine Warteschleifen irgendwo. Flieg ’n bisschen sparsam, wir sind, es kommt nicht auf zehn Minuten an, sondern nur darauf, dass du sachte in die Dunkelheit kommst.«

»Okay, verstanden.«

»Landung möglichst diskret, Landung möglichst diskret.«

Ein israelischer Amateurfunker schnitt den Funkverkehr mit. Aus der Zeitung erfuhr Bundeskanzler Schmidt davon: »Das Schlimme war, dass ein Amateurfunker in Israel technisch in der Lage war, mitzuhören. Und dass eine westdeutsche Zeitung mit einer großen Überschrift auf der Seite eins das veröffentlichte. Und ich hab den Chefredakteur, den damaligen

Chefredakteur dieser Zeitung angerufen und habe ihm mit schlimmen Konsequenzen gedroht, ich weiß nicht mehr, mit welchen, wenn er nicht sofort sämtliche Zeitungen wieder einsammelt. Das hat er getan.«

Nach Einbruch der Dunkelheit, um 19.30 Uhr Ortszeit, 17.30 Uhr deutscher Zeit, landete die Boeing 707 auf dem Flughafen der somalischen Hauptstadt, zwei Kilometer entfernt von der »Landshut«, in einem entlegenen Teil des Rollfelds. Alle Lichter waren ausgeschaltet. Niemand an Bord der entführten Maschine hatte die Ankunft des Flugzeugs bemerkt.

Zwei Stunden dauerte es, bis die Männer der GSG 9 ihr Gerät und ihre Waffen entladen hatten.

Ulrich Wegener erkundete in der Zwischenzeit das Gelände um die »Landshut«. Im Schutz einiger Sanddünen robbte er bis auf wenige Meter an sein Einsatzziel heran: »Das war überhaupt kein Problem, sich der Maschine zu nähern. Es waren sämtliche Shades unten, die Verdunklungsdinger da, mit der Maschine war alles in Ordnung, es lief die Klimaanlage in der Maschine. Und es war alles ruhig. Ringsum waren sehr gute Hügel, die wir benutzen konnten für unsere Aufklärungsteams und für die Scharfschützenteams. Und so hatte ich mir ungefähr schon meinen Plan gemacht im Verlaufe des Nachmittags.«

Der deutsche Geschäftsträger und der Psychologe Wolfgang Salewski sprachen fast pausenlos mit den Entführern an Bord der »Landshut«, um sie abzulenken, aber auch, um Mahmud im Cockpit zu halten.

Eine Gruppe der GSG 9 schlich sich von hinten an das Flugzeug heran. Die Männer hatten Leitern, Waffen und hoch empfindliche Lauschapparaturen dabei. Ein Teil des Trupps postierte sich unter der Maschine und befestigte die Horchgeräte, um jede Bewegung im Flugzeug festzustellen.

Die Entführer hatten der Chefstewardess Briefbögen gegeben, auf denen sie schriftlich die Passagiere zu je sieben Leuten einteilen sollte. Jede dieser elf Gruppen sollte gegen einen der frei gepressten Häftlinge ausgetauscht werden.

Oberstleutnant Wegener nahm seinen Stellvertreter zur Seite: »Wenn die Sache schiefgeht, dann können wir die GSG 9 zumachen.« Er ging zu Wischnewski und sagte: »Melden Sie dem Bundeskanzler, dass wir jetzt so weit sind.« Der Staatsminister telefonierte mit dem Krisenstab in Bonn und erhielt die Genehmigung zum Einsatz.

Gemeinsam mit dem GSG-9-Chef legte er die Uhrzeit fest. Niemand anders erfuhr davon. Dann ließ Wischnewski von den Somalis Feuerwehr, Krankenwagen und Betten im Krankenhaus bereitstellen. Der Flughafen wurde zum Nothospital umgerüstet. »Das war in einem Entwicklungsland schwierig«, sagte Wischnewski später.

Ulrich Wegener kletterte zurück in die Maschine und ließ sich über die Standleitung an Bord mit Bundeskanzler Helmut Schmidt verbinden. »Melde, dass wir fertig sind zum Einsatz.«

»Ja«, erwiderte der Kanzler, »ich gebe Ihnen jetzt den Befehl, den Einsatz durchzuführen.«

Wegener sagte: »Herr Bundeskanzler, ich muss Sie auf eines aufmerksam machen. Selbstverständlich werden wir unser Bestes tun, und der Einsatz wird ein Erfolg. Daran gibt es gar keinen Zweifel. Nur eines kann ich Ihnen nicht garantieren: Dass wir sämtliche Geiseln unverletzt aus der Maschine kriegen.«

Wegener vergaß nie, was Bundeskanzler Schmidt daraufhin sagte: »Herr Wegener, so was kann man nie garantieren, ich weiß, dass Sie Ihr Bestes geben werden, genauso wie Ihre Leute. Grüßen Sie Ihre Männer.«

45.
Spätdienst im Hochsicherheitstrakt
(Montag/Dienstag, 17./18. Oktober 1977)

Kurz vor 22.00 Uhr hatte sich Jan-Carl Raspe über die in allen Zellen installierte Rufanlage in der Wachtmeisterkabine gemeldet und um Toilettenpapier gebeten. Der diensthabende Justizassistent Rudolf Springer versprach ihm, die Rolle bei der Medikamentenausgabe mitbringen zu lassen. Raspe war einverstanden.

Um 23.00 Uhr kamen die Vollzugsbeamten Zecha und Andersson, die im Zellenbau I Nachtdienst hatten, zusammen mit dem Sanitäter Kölz in das siebte Obergeschoss. Als Springer ihnen die Gittertür zum Hochsicherheitstrakt aufschloss, wurde unten in der Torwache automatisch Alarm ausgelöst. Der Beamte hatte die Wache zuvor davon verständigt, dass die Medikamentenausgabe bevorstand.

Auf einem Monitor, der mit der Video-Alarmanlage im siebten Stock gekoppelt war, konnte der Wachhabende unten sehen, dass die Beamtengruppe, zu der auch noch die weibliche Bedienstete Frede gestoßen war, den Flur vor den Zellen betrat. Währenddessen blinkte in der Torwache das Alarmsignal weiter, ertönte der Alarmgong in regelmäßigen Abständen.

Der Wachhabende konnte den Gong abstellen, etwa wenn er telefonierte. War die Bewegung im Trakt vorüber, wurde die Alarmanlage automatisch wieder scharf und schlug an, wenn sich in dem von den Videokameras beobachteten Raum erneut etwas bewegte.

Springer hatte indessen die schallschluckenden Spanplatten von den Zellentüren gewuchtet, dann öffnete er an Raspes Tür die Essensklappe, die nach außen hin wie ein Tablett waagerecht stehen blieb. Der Gefangene hatte die Tür von innen mit einem rotbraunen Tuch verhängt. Raspe nahm den Kleiderbügel mit dem Stoff von der Türöffnung und hängte ihn an die daneben stehende Stellwand. Die meisten Gefangenen im siebten Stock hatten eine solche »spanische Wand« in der Anstaltswerkstatt anfertigen lassen, um durch die Essensklappe nicht ständig beobachtet werden zu

können.

Rudolf Springer legte die Klosettpapierrolle auf die Essensklappe. Raspe trat heran und verlangte seine Medikamente, Paracodin-Hustensaft und ein Schmerzmittel, Dolviran-Tabletten oder Optipyrin-Zäpfchen.

Der Sanitäter gab ihm die gewünschten Medikamente.

Raspe sagte: »Danke schön.« So freundlich und höflich hatten die Beamten ihn selten erlebt, wenn er sich auch – im Gegensatz zu Baader – mit Beschimpfungen immer zurückgehalten hatte.

Die Essensklappe wurde wieder geschlossen.

Baader hatte seine Tür nicht verhängt. Nachdem die Beamten die Klappe geöffnet hatten, sahen sie ihn auf dem Zellenboden vor einem Teller sitzen, auf dem vier halbe Eierschalen lagen. Kauend stand Baader auf, wischte sich den Mund ab und trat vor die Türöffnung. Er verlangte eine Tablette Dolviran oder ein Optipyrin-Zäpfchen, ging in die Zelle, ließ einen Becher voll Wasser laufen und kam wieder an die Tür. Der Sanitäter legte ihm eine Adalin-Tablette in die Hand. Baader schluckte sie und trank Wasser nach.

Er kam den Beamten ausgeglichen wie selten vor.

Die Essensklappe wurde wieder geschlossen, und die Dämmplatten wurden vor die Türen gestellt. Dann verließen die fünf Beamten den Trakt. Justizassistent Springer schloss die Gittertür ab und ging zurück in die Waschkabine außerhalb des Hochsicherheitstraktes. Von dort aus konnte er über Monitore den Flur und die Zellentüren überwachen.

Die übrigen Beamten nahmen wieder ihren Dienst im Zellenbau I auf. Nur die Beamtin Frede blieb im siebten Stock. Sie ging in ihr Dienstzimmer und legte sich dort gegen 0.30 Uhr schlafen.

Rudolf Springer hatte in seiner Glaskabine ein Radio. Um 0.38 Uhr meldeten der Deutschlandfunk und kurz darauf alle Sender des gemeinsamen Nachtprogramms der ARD: »Die von Terroristen in einer Lufthansa-Boeing entführten 86 Geiseln sind alle glücklich befreit worden …«

Rudolf Springer stellte sich an die Gittertür des Terroristentraktes und lauschte. Alles war still.

In seine Nachtdienstmeldung schrieb Springer:

»23.00 Uhr Medikamentenausgabe an Baader und Raspe.

Sonst keine Vorkommnisse!«

46.
Die Befreiung
(Dienstag, 18. Oktober 1977)

An Bord der »Landshut« entspannte sich, in der Hoffnung auf den angekündigten Gefangenenaustausch, die Atmosphäre. »Der Anführer hat ab und zu noch mal ein bisschen rumgebrüllt«, erinnerte sich Gabi Dillmann. »Wir sollten uns beeilen bei dem … was weiß ich. Er hat dann die Pässe und die Geldbörsen, Wertsachen und Handtaschen zurückgegeben. Es war auf einmal so eine verquere Normalität, mit einem kleinen Knick versetzt, fast normal.«

Bei der GSG 9 meldete sich über Funk die Einsatzleitung in Deutschland: »Wir warten hier auf Ihren Bericht, wir warten auf Ihren Bericht.«

»Okay.«

»Dann«, so Wegener später, »begann die Annäherung an die Maschine, und zwar gegliedert nach Angriffsteams, Reserve und Unterstützung. Ich habe mich hinter dem ersten Team an die Maschine angenähert. Es war eine ziemlich mondhelle Nacht. Es war nicht gerade stockdunkel, aber es war ziemlich dunkel. Wir konnten uns nur so langsam bewegen. Es war furchtbar warm, auch nachts noch. Es war furchtbar feucht, uns klebten die Sachen am Leibe, und wir mussten ja so einiges anbehalten, weil wir ja alles mögliche Gerät mitschleppten. Dann waren die Reservetrupps in Position unter der Maschine, die Sanitäter waren in Position und die Sprengstoffspezialisten.«

Vom Tower aus meldete sich der deutsche Vertreter im Cockpit der »Landshut«: »Nach unseren Informationen ist die Lufthansa-Maschine um 19.20 Uhr GMT in Deutschland gestartet. Die Maschine soll nach unseren Berechnungen um 4.08 Uhr GMT in Mogadischu landen. Wir erwarten nun von Ihnen konkrete Vorschläge über den Austausch der Geiseln. Ende.«

»Das ist nach Ablauf des Ultimatums«, sagte Mahmud. Der deutsche Vertreter erklärte ihm, dass es Schwierigkeiten bei der Zusammenführung der Häftlinge gegeben habe.

Mahmud vergewisserte sich beim somalischen Polizeichef, ob die

Angaben des Deutschen zuträfen. Dann gab er die Modalitäten für den Austausch durch:

»Erstens: Wir wollen keine Presse oder Fernsehkameras beim Austausch. Zweitens: Was ist mit den Genossen, die aus Deutschland kommen? Drittens: Wir wünschen, dass der Vertreter Somalias das Flugzeug, das jetzt auf dem Rollfeld in Mogadischu steht, untersucht und sicherstellt, dass dort niemand an Bord ist.«

»Verstanden, verstanden.«

»Niemand darf der von der ›Halimeh‹-Einheit befehligten Lufthansa-Maschine nahe kommen – es sei denn mit vorheriger Erlaubnis.«

»Verstanden.«

»Wenn die Deutschen landen, um unsere Genossen zu bringen, müssen Sie uns darüber vorher informieren.«

»Ja, verstanden.«

»Also los«, sagte Mahmud, »sie sollen einzeln auf das Flugzeug zugehen, sie sollen vom somalischen Vertreter durchsucht werden.«

»Verstanden.«

»Weiterhin soll das Flugzeug, das die Genossen bringt, den Flugplatz sofort nach unserer Aufforderung verlassen, hier verschwinden … Der Befehlshaber der Einheit ›Martyr Halimeh‹ wird einen der Genossen auffordern, an unser Flugzeug zu kommen zur Identifizierung, um damit der anderen Genossen sicher zu sein.«

»Verstanden.«

»Nach dieser Untersuchung wird der Genosse zu den somalischen Stellen zurückgehen auf den Flughafen.«

»Verstanden.«

»Wir werden weitere Vorkehrungen treffen mit den Genossen, die aus der Türkei kommen.«

»Wiederholen Sie das«, wurde Mahmud vom Tower her aufgefordert. Mahmud wiederholte seinen Satz.

»Verstanden«, kam die Antwort vom Tower, »wenn die kommen …«

In diesem Augenblick gab Oberstleutnant Wegener seinen Leuten den Befehl zum Sturm der Maschine: »Springtime Magic Fire!« Es war 2.03 Uhr somalischer, 0.03 Uhr mitteleuropäischer Zeit.

Die Blendgranaten detonierten vor den Cockpitfenstern und machten »Martyr Mahmud« einen Moment lang handlungsunfähig. Die GSG-9-Leute hatten sich kurz die Hände vor die Augen gehalten. Wegener öffnete in

Sekunden die vordere Tür. Über die Tragflächen stürzten zwei andere Trupps zusammen mit den Notausgangstüren in die Maschine. Vom Heck her drang eine weitere Gruppe von Männern mit geschwärzten Gesichtern in die Kabine ein. Sie schossen mit Platzpatronen und schrien: »Köpfe runter! Wo sind die Schweine?« Einige der Passagiere riefen: »Vorne, vorne.«

Dann schossen die GSG-9-Männer scharf. Die »Kleine« war sofort tot. Sie wollte sich in der Toilette verschanzen und schoss durch die Tür. Die Grenzschützer durchsiebten die Tür. Mahmud wurde im Cockpit erschossen. Der Jüngste, »der Hübsche«, schoss aus seiner Pistole, bis er getroffen zusammenbrach. Der Plastiksprengstoff explodierte, ohne größeren Schaden anzurichten. Nur die Stewardess Gabi Dillmann wurde am Bein verletzt, als eine der Handgranaten detonierte. Sie hatte Glück. Es war eine der von Peter-Jürgen Boock entwickelten Plastikgranaten, die nur eine geringe Sprengkraft besaßen.

Es waren Momente zwischen Leben und Tod, die sich einbrannten in die Köpfe aller Beteiligten.

Passagierin Diana Müll: »Und dann hab ich nur gesehen, wie so ein Oberteil vom Sitz, so ein Kopfteil, weggeflogen ist. Und dann hab ich gedacht, o mein Gott, jetzt, jetzt wirst du erschossen.«

GSG-9-Mann Hümmer: »Hier geht's dann knallhart Mann gegen Mann, und dann wird es entschieden.«

Oberst Wegener: »Der Mahmud und die ältere Terroristin wurden also sofort getroffen von Doubletten, also von Schüssen der ersten beiden Teams. Und wir wussten nicht, ob sie tödlich getroffen waren. Wir sahen sie nur fallen, und damit war es für uns erledigt. Und genauso mit Mahmud. Der Dritte, ich bin durch einen der hinteren Eingänge eingedrungen in die Maschine mit einem Team, und der schoss wie wild auf unsere Teams, wie wir von hinten kamen. Und Gott sei Dank wurde er dann auch getroffen.«

Gabriele von Lutzau: »Als die Handgranate schon kullerte, hab ich gedacht: Wie muss man das jetzt machen? Man darf die Luft nicht anhalten, wenn eine Explosion ist, sondern man muss die Luft rauslassen – oder wie war das? Also, ich hab ausgeatmet, dann explodierte etwas, dann hab ich geguckt, aha, das Rückgrat funktioniert, dann hab ich meinen Fuß, der betroffen war, bewegt, sag ich: Och, die Zehen scheinen noch dran zu sein. Aber wenn er ab gewesen wäre: Hauptsache lebendig.«

Eine Frau aus dem Entführerkommando überlebte schwerverletzt. Souhaila Andrawes Sayeh Jahre später: »Ich fühlte, dass ich verwundet bin, und ich

dachte, ich sterbe. Ich erinnere mich daran, dass einer der deutschen Soldaten meine Hand hielt. Dabei merkte er wohl, dass ich noch lebe.«

GSG-9-Mann Hümmer: »Man musste davon ausgehen, dass die Andrawes die Handgranaten noch in der Hand hat. Und da musste sie erst so nach hinten gezogen werden, dass die Hände vorkommen, dass man da auch dran arbeiten kann. Und in dieser Situation ist sie zu sich gekommen.«

Gabriele von Lutzau: »Und dann haben sie gesagt: ›Raus hier, raus hier‹, und man hat sich nur geduckt, man hat den Kopf ganz niedrig gehalten und ist einfach nur … mich packte auch schon jemand und zog mich in Richtung Notausgang. Und ehe ich mich umgeguckt habe, war ich draußen. Und ich habe gedacht: Gott, geschafft. Das gibt es nicht! Das gibt es nicht! Der Albtraum ist vorbei.«

Die Einsatzleitung meldete sich über Funk aus Deutschland: »Give result, give result …«

Oberst Wegener: »Die gesamte Aktion war nach sieben Minuten praktisch beendet, einschließlich Evakuierung. Und dann bin ich raus zu den Passagieren und hab mit denen gesprochen. Und dann wurde mir so langsam klar, dass das ohne Opfer abgegangen war.«

Die Erfolgsmeldung ging an die Lufthansa-Zentrale: »Frankfurt, Frankfurt, GSG, einer, nur einer leicht verletzt, nur einer, one, einer leicht verletzt.«

»Okay, okay, alles … GSG, einer leicht verletzt … all okay … Gott sei Dank.«

Über die Tragflächen zerrten die Grenzschützer die Passagiere aus der Maschine. Nach wenigen Minuten war die Aktion »Feuerzauber« beendet. Drei der Flugzeugentführer, die zwei Männer und eine Frau, waren tot, die andere Frau war schwer verletzt. Um 0.12 Uhr deutscher Zeit meldete Staatsminister Wischnewski nach Bonn: »Die Arbeit ist erledigt.«

In Bonn saß der Vertreter von Amnesty International immer noch im Justizministerium und wartete darauf, den Gesprächswunsch des Baader-Verteidigers Dr. Heldmann weitergeben zu können, der die Gefangenen zum Verzicht auf Befreiung durch Geiselnahme veranlassen wollte. Kurz nach Mitternacht kam ein höherer Beamter auf ihn zu. Er wirkte sichtlich erleichtert.

Bischof Helmut Frenz wusste nicht, warum. Er trug sein Anliegen vor. Der Beamte sagte, wenn es noch notwendig sei, könne man am nächsten Tag darüber reden.

Frenz fuhr nach Hause und versuchte, Heldmann telefonisch zu erreichen. Ohne Erfolg. Erst am nächsten Morgen hatte er ihn am Telefon. Im Rundfunk war gerade gemeldet worden, dass die Stammheimer Gefangenen Baader, Ensslin und Raspe in ihren Zellen tot aufgefunden worden waren.

47.
Die Nacht von Stammheim
(Dienstag, 18. Oktober 1977)

Was sich in den knapp neun Stunden zwischen 23.00 Uhr und 7.41 Uhr im Hochsicherheitstrakt zutrug, wird wohl für immer ungeklärt bleiben – Material für Mutmaßungen, Spekulationen, Mythen.

Für die Ermittler vor Ort – Kriminalbeamte, medizinische Gutachter, Staatsanwälte – sprachen die Indizien eine einfache und eindeutige Sprache:

Jan-Carl Raspe hatte in seiner Zelle ein kleines Transistorradio. Nachdem er im Süddeutschen Rundfunk die Nachricht von der Befreiung der Geiseln in Mogadischu gehört hatte, informierte er über die Monate zuvor eingerichtete Kommunikationsanlage seine Mitgefangenen. In den Stunden darauf verständigten sich Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Irmgard Möller über einen gemeinsamen Selbstmord.

Baader war vom 13. September bis zum 4. Oktober in der Zelle 715 untergebracht gewesen. Dort hatte er die Pistole vom Typ FEG, Kaliber 7.65, aus einem Versteck in der Fensterwand geholt, sie in seinem Plattenspieler verstaut und bei der Rückverlegung in die Zelle 719 mitgenommen.

Nach der Verabredung zum kollektiven Selbstmord holte er die Pistole aus dem Plattenspieler und feuerte im Stehen – um einen Kampf vorzutäuschen – zwei Schüsse ab, einen in seine Matratze, einen in die Zellenmauer neben dem Fenster.

Dann suchte er die von der Pistole ausgeworfenen Patronenhülsen zusammen und legte sie neben sich. Er lud die Pistole nach, hockte sich auf den Zellenboden und setzte den Lauf der Waffe in seinen Nacken. Mit der einen Hand hielt er den Griff, mit der anderen den Lauf und drückte mit dem Daumen ab. Die Kugel trat im Nacken ein und an der Stirn, kurz über dem Haaransatz, aus.

Jan-Carl Raspe holte die Neun-Millimeter-Pistole vom Typ Heckler & Koch aus einem Versteck hinter der Fußleiste in seiner Zelle 716 und setzte sich

aufs Bett. Dann drückte er den Lauf der Waffe an die rechte Schläfe und feuerte. Das großkalibrige Geschoß durchschlug seinen Schädel, streifte ein Holzregal und prallte gegen die Wand.

Gudrun Ensslin in Zelle 720 schnitt mit ihrer Schere ein Stück vom Lautsprecherkabel ab, rückte einen Stuhl vor das Zellenfenster, knüpfte den zweiadrigen isolierten Draht durch das feinmaschige Gitter, legte eine Schlinge um ihren Hals und stieß mit den Füßen den Stuhl zur Seite. In Zelle 725 nahm Irmgard Möller ein Besteckmesser aus Anstaltsbeständen, schob ihren Pullover hoch und stach sich viermal in die Brust. Die Stiche trafen den Herzbeutel, verletzten ihn aber nicht.

Irmgard Möller überlebte als Einzige.

Sie erzählte eine andere Geschichte:

»In der Nacht habe ich lange wachgelegen und gelesen, mit einer Kerze aus Fett in einer Dose. Um 4.00 Uhr schrie ich zu Jan rüber: ›Bist du noch wach?‹ Er antwortete. Sein Tonfall war sehr wach, nicht bedrückt, nah, unheimlich lebendig. Die Kerze war ausgegangen, die zweite habe ich gegen 4.30 Uhr selber ausgemacht …

Ich lag auf der Matratze und habe gedämmert, mit dem Kopf zur Fensterseite. Wir waren nachts selten ausgezogen, und so verwunderte es nicht, dass ich auch in dieser Nacht angezogen geblieben war. Wir dachten ja wohl auch, dass wir noch wegkämen.

Etwa um 5.00 Uhr hörte ich es knallen und quietschen.

Diese Geräusche waren sehr leise und dumpf geblieben, wie wenn etwas herunterfällt oder ein Schrank verschoben wird. Ich habe die Knallgeräusche nicht sofort als Schüsse identifiziert. Sie haben keine Beunruhigung für mich dargestellt. Ich hatte keine Assoziationen mit einem Attentat. Das Quietschen kam nicht von meiner Tür oder der Zellenseite, es hätte von unten oder von der gegenüberliegenden Traktseite kommen können.

Ich bin danach auch wieder eingeschlafen. Plötzlich sackte ich weg und verlor das Bewusstsein, es ist alles sehr schnell gegangen.

Mein letzter sinnlicher Eindruck, an den ich mich erinnere, war ein sehr starkes Rauschen im Kopf. Ich hatte keine Person gesehen und keine Zellenöffnung bemerkt.

Ich bin dann erst auf dem Flur auf einer Bahre aufgewacht, als zusammengekrümmtes, wimmerndes Häufchen, furchtbar frierend, voll von Blut, und habe Stimmen – befriedigt, gehässig – gehört: Baader und Ensslin

sind kalt.«

Dem Staatsanwalt erklärte Irmgard Möller: »Ich habe weder einen Selbstmordversuch begangen noch intendiert, noch war eine Absprache dagewesen.«

In der Eckzelle 619, ein Stockwerk unter Baader, lagen in jener Nacht fünf Häftlinge. Keiner hatte einen Schuss gehört.

In der staatsanwaltschaftlichen Vernehmung sagte einer von ihnen: »Ich habe in dieser Nacht keine Schüsse gehört. Ich bin um 23.00 Uhr eingeschlafen. Dann habe ich fest bis zum anderen Morgen um 6.30 Uhr durchgeschlafen.«

Werner W. sagte: »Zwischen 2.00 Uhr und 2.30 Uhr hörte ich deutlich, dass Baader in seiner Zelle in unregelmäßigen Zeitabständen zwei- bis dreimal die Wasserspülung betätigte. Davor habe ich noch ab und zu Schritte wahrgenommen. Bis zum Morgen ist mir dann nichts mehr aufgefallen … Deshalb bin ich davon überzeugt, dass in der Zelle von Baader kein Schuss gefallen ist. Wenn aus einer Zelle Schritte, das Rücken eines Stuhles und das Rauschen der Wasserspülung auszumachen sind, müsste meiner festen Überzeugung nach auch ein Schuss zu hören sein.«

Keiner von den 128 vernommenen Stammheimer Häftlingen hatte in dieser Nacht ein Geräusch gehört, das mit den Todesfällen im siebten Stock in Verbindung zu bringen war.

Und doch fielen in dieser Nacht im siebten Stock der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim vier Schüsse.

Der damalige Anstaltsleiter Nusser war fassungslos: »Es war die absolute Katastrophe. Da gehen einem die wirrsten Vorstellungen durch den Kopf. Man kann sich’s zunächst natürlich gar nicht vorstellen: Waffen, wie kann das passieren, wie kann das sein, wieso haben die Waffen?«

Der LKA-Beamte Joseph Kögel, der am Tatort die Ermittlungen leitete: »Ich hab da weder eine Befriedigung noch sonst was empfunden. Die waren eben tot, damit waren drei Leute aus der RAF weniger am Leben. Aber dass noch genügend in Freiheit waren, über die haben wir uns eigentlich mehr Gedanken gemacht als über die drei Toten.«

48.
Leichenschau
(Dienstag, 18. Oktober 1977)

Bei der Frühstücksausgabe kurz vor 8.00 Uhr wurden die Stammheimer Gefangenen gefunden: Jan-Carl Raspe lebte noch. Er starb im Krankenhaus. Andreas Baader und Gudrun Ensslin waren tot. Irmgard Möller wurde ins Krankenhaus gebracht und operiert.

Um 8.18 Uhr traf die Mordkommission in Stuttgart-Stammheim ein. Eine halbe Stunde später folgten Beamte des Landeskriminalamts. Um 9.00 Uhr ließ Kriminalrat Müller die Zellen öffnen, um sich einen ersten Überblick zu verschaffen. Er ordnete an, dass bis zum Abschluss der gerichtsmedizinischen Untersuchungen niemand die Zellen betreten dürfte. Lediglich von den Türen aus wurden einige Polaroidfotos gemacht.

Über die Deutsche Welle hatte die Hauptgruppe der RAF, die sich immer noch in Bagdad aufhielt, die Nachricht vom Sturm auf die »Landshut«, von der Befreiung der Geiseln in Mogadischu und dem Tod der Stammheimer Gefangenen erfahren. Sie war in dem von den Palästinensern zur Verfügung gestellten Haus zusammengetroffen. »Die Leute saßen da wie betäubt«, erinnerte sich Peter-Jürgen Boock, »einige haben geweint. Die anderen gaben dem Staat die Schuld … nun haben die Schweine das wahr gemacht und sie umgebracht …« Doch dann ergriff Brigitte Mohnhaupt das Wort, außer Boock die Einzige, die wusste, wie die Waffen nach Stammheim gekommen und wofür sie gedacht gewesen waren. Boock hatte den Eindruck, Brigitte könne das Lamentieren nicht mehr ertragen. Energisch und aggressiv habe sie gesagt: »Ihr könnt euch wohl nur vorstellen, dass die Opfer gewesen sind. Ihr habt die Leute nie gekannt. Sie sind keine Opfer, und sie sind es nie gewesen. Zum Opfer wird man nicht gemacht, sondern zum Opfer muss man sich selber machen. Sie haben ihre Situation bis zum letzten Augenblick selbst bestimmt. Ja, was heißt denn das? Ja, das heißt, dass sie das gemacht haben, und nicht, dass es mit ihnen gemacht worden ist.«

Eisiges Schweigen. Alle waren wie vor den Kopf geschlagen, niemand

wollte glauben, was sie da gerade gehört hatten. Einige meldeten sich zu Wort. Aber Brigitte Mohnhaupt wehrte ab: »Da gibt es jetzt keine Debatten drüber. Darüber rede ich nicht mit euch. Das geht euch nichts an. Ich kann euch nur sagen, dass es so war. Hört auf, sie so zu sehen, wie sie nicht waren.«

Damit war das Thema erledigt. Und die Legende vom Mord in Stammheim geboren; außerhalb der Gruppe, nicht in ihrem inneren Kreis. Später gaben mehrere RAF-Mitglieder zu Protokoll, sie hätten an diesem Tag von Brigitte Mohnhaupt erfahren, dass die Gefangenen in Stammheim Selbstmord begangen hatten. So erklärte Monika Helbing der Bundesanwaltschaft: »Kurz nach den Meldungen über die Todesfälle in Stammheim und den Tod Dr. Schleyers hatten wir, Elisabeth von Dyck, Friederike Krabbe und ich, die erste Begegnung mit Brigitte Mohnhaupt in unserem großen Haus in Bagdad. Sie machte sich Vorwürfe, dass es nicht gelungen war, die Gefangenen zu befreien. Sie erklärte bei diesem Gespräch, dass die Gefangenen in Stammheim keinen anderen Weg sahen, als sich selbst umzubringen, und zwar nicht aus Verzweiflung, sondern um die Politik der RAF voranzutreiben. Der Tod der Gefangenen wurde von Brigitte Mohnhaupt als eine ›Suicide Action‹ interpretiert, mit der diese Gefangenen die Ziele der RAF durch ihren eigenen Tod vorantreiben wollten.« Aufgrund dieses Gespräches habe in ihrer Dreiergruppe nie mehr der Eindruck bestanden, die Gefangenen könnten getötet worden sein.

Auch Susanne Albrecht gab zu Protokoll, was ihr Brigitte Mohnhaupt noch vor der »Nacht von Stammheim« verraten hatte: »Aus den Gesprächen der Mohnhaupt habe ich entnommen, dass die Stammheimer Gefangenen vorhatten, Selbstmord zu begehen, wenn die Freipressungsaktion nicht klappt. Es sollte dann aber so aussehen, als habe der Staat die Gefangenen ermordet.«

Noch lebte Schleyer. In der Gruppe war klar, dass diejenigen über sein weiteres Schicksal zu entscheiden hatten, die vor Ort für seine Bewachung zuständig waren.

Schockiert vom Tod der Stammheimer Gefangenen, entsetzt über Brigitte Mohnhaupts Enthüllungen, ließ die Gruppe der Spannung der vergangenen Wochen freien Lauf. Schon bei der Entführung der »Landshut« hatten einige Skrupel bekommen, Bedenken, die sie bei der Aktion gegen den

Arbeitgeberpräsidenten nicht gehabt hatten. Etwa die Hälfte der in Bagdad versammelten Truppe war mit dem gesamten Vorgehen nicht mehr einverstanden, und ein noch größerer Teil war dagegen, dass Schleyer erschossen werden sollte. Einige waren der Auffassung, dass man ihn noch länger gefangen halten sollte. Nach Abklingen des Jubels über die gelungene Befreiung der Geiseln in Mogadischu, so meinten sie, könnte Schmidt sich nicht länger an der Macht halten, wenn es der Gruppe gelänge, Schleyer noch weiter in ihrer Gewalt zu behalten. Andere waren der Ansicht, man solle Schleyer jetzt einfach gehen lassen, damit er selbst »mit seinen Gegnern aufräumt«. Er hatte seinen Bewachern gesagt, dass er ihnen zwar keine Informationen geben würde, nach seiner Freilassung aber »einiges tun« werde.

In der momentanen Situation hatten es die Hardliner in der Gruppe schwerer als sonst. Früher wurde jeder Zweifel mit der Frage erstickt: »Willst du die Befreiung der Gefangenen, oder willst du sie nicht?« Damit konnten sie nun nicht mehr kommen, und so regte sich Widerstand gegen die Führung der Gruppe. Es sei in erster Linie die Schuld von Brigitte Mohnhaupt und Peter-Jürgen Boock, dass die Gefangenen jetzt tot seien. Schließlich hätten die beiden die Waffen in die Anstalt schmuggeln lassen. Außerdem hätten die Stammheimer deutlich und früh genug klargestellt, dass sie nicht durch eine Flugzeugentführung befreit werden wollten.

Aggressiv beharkten sich die Wortführer, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Die Hardliner hatten den Kritikern nicht viel entgegenzusetzen. »Ich denke«, so Boock, »dass ihnen selbst nicht klar war, wie es nun weitergehen könnte.« So blieb ihnen nur die Standardfrage: »Seid ihr noch RAF, oder seid ihr es nicht?« Es war immer dasselbe: »Schwein oder nicht Schwein, Problem oder Lösung, Bulle oder Kämpfer.« Die tödliche Alternative, die einem Denk- und Diskussionsverbot gleichkam.

»Auch dann, wenn wir Fehler gemacht haben«, sagte einer aus der Hardliner-Fraktion, »jetzt ist nicht die Phase, wo man an die Substanz der Gruppe gehen kann. Jetzt geht es darum, gerade integrativ die Durststrecke zu überstehen, und wenn ihr jetzt so kommt, dann stellt ihr damit den gesamten Zusammenhalt der Gruppe in Frage. Und dann seid ihr nicht mehr RAF.«

So wurden die Abweichler aus der Gruppe »herausgeredet«, wie Peter-Jürgen Boock es später formulierte. Doch selbst ein Ausscheiden aus der RAF konnte nur zu den Bedingungen der linientreuen Hardliner erfolgen:

»Das ist klipp und klar gesagt worden, und den meisten, die dort versammelt waren, war klar, dass sie aus Bagdad nicht wegkommen würden, solange sie sich dem nicht unterordneten.«

Da half es auch nicht, dass etwa Monika Helbing, die unter dem Namen Lottmann-Bücklers das erste Schleyer-Versteck gemietet hatte, in Tränen ausbrach. Sie hatte den Vergleich mit faschistoiden Verhaltensweisen gewagt: »Wir sind durch die Kette der 77er-Aktionen auf einen Stand gekommen, den wir vorher vorgegeben haben zu bekämpfen.« Daraufhin fielen die anderen über sie her. Bis sie sich nicht mehr wehren konnte und wollte. »Dann schmeißt mich doch raus«, schluchzte sie. »Dann ist mir das auch recht. Mit einer Gruppe, die so vorgeht, will ich auch nichts mehr zu tun haben.« Das wiederum bestätigte die Hardliner in ihrem Urteil: »Wir haben ja gleich gesagt, die ist nicht auf Linie. Die will eigentlich gar nicht richtig.« Damit war das Thema erledigt.

Monika Helbing war vor allem darüber erschüttert, wie die Gruppe mit dem Selbstmord der Stammheimer umging. »Ich war damals sehr erschrocken über diese Art der Politik, die von Mitgliedern der RAF betrieben wurde und bei der bewusst mit Unwahrheiten gearbeitet wurde, um damit politische Ideen durchzusetzen«, sagte sie später den Vernehmungsbeamten. »Ich meine, dass diesbezüglich der Ausdruck Lüge zutreffender ist als der Ausdruck Unwahrheit. In diesem Zusammenhang fällt mir nämlich der Ausdruck ›politische Lüge‹ ein, den ich im Jahre 1989 in einem engen Zusammenhang mit dem Thema Stalinismus erlebt habe.«

Monika Helbing wusste, wovon sie redete, gehörte sie doch zu denjenigen, die sich nach ihrem Ausscheiden aus der RAF in die DDR abgesetzt hatten. »Aus meiner Sicht«, so erklärte sie weiter, »war diese Lüge über die angeblichen Morde in Stammheim allein durch den Selbstzweck begründet, die Politik der RAF fortsetzen zu können und in der Öffentlichkeit glaubwürdig zu machen.« Dadurch habe die Gruppe geglaubt, ihre weiteren Aktionen legitimieren zu können. »Insbesondere wollte man mit der Behauptung der Morde den Eindruck der Reaktion eines faschistischen Staates erwecken. Die Behauptung, bei der BRD handele es sich um einen faschistischen Staat, wurde von der Gruppe ja von Anfang an aufgestellt. Diese Behauptung war also letztlich die oder eine Legitimation für die Aktivitäten der Gruppe. Mit dieser Behauptung wurden auch immer neue Leute rekrutiert, die für die Gruppe oder innerhalb der Gruppe tätig wurden.«

Das ganze Konstrukt des »faschistischen Staates« sei immer wieder an den

Haftbedingungen der »politischen Gefangenen« festgemacht worden. Die Selbstmordaktion in Stammheim habe ihr erhebliche Probleme gemacht. Als dann die Gruppenmitglieder Willy Peter Stoll und Michael Knoll ums Leben kamen, trennte sie sich ganz von der RAF. Den Tod Schleyers hatte sie noch akzeptiert: »Ich habe damals keinen Widerspruch zu meiner Einstellung hinsichtlich der gesamten Aktion gesehen. Ich habe damals nicht gedacht, die hätten ihn auch freilassen können. Natürlich hätte ich auch respektiert, wenn Dr. Schleyer freigelassen worden wäre.« Dies habe aber nicht in ihrer Macht gestanden, sondern sei von denjenigen zu entscheiden gewesen, die in der Gruppe das Sagen gehabt hätten: Brigitte Mohnhaupt, Sieglinde Hofmann, Stefan Wisniewski, Peter-Jürgen Boock und – mit Abstrichen – Rolf Clemens Wagner.

Um 9.06 Uhr erhielt Bundeskanzler Helmut Schmidt die Nachricht vom Tod der Häftlinge in Stammheim: »Ich war wie von einer Keule getroffen, empört, entsetzt. Jetzt hatten wir gerade einen großen Erfolg errungen, und nun dieser Tritt in den Unterleib. Wir waren völlig von den Socken. Nach Mitternacht war ja kein großer Jubel gewesen, mehr ein tiefes Durchatmen. Die Spannung hatte sich auf verschiedenste Weise entladen, bei so manchen mit ein paar Tränen – und sieben Stunden später nun das.«

Dem Kanzler war klar, dass die Ereignisse in der Justizfestung Stammheim vor allem im Ausland zu Verdächtigungen führen müssten. Bundesjustizminister Vogel schlug vor, internationale Gutachter zur Obduktion der toten Häftlinge einzuladen. Das Stuttgarter Justizministerium stimmte zu. Es dauerte jedoch mehr als einen halben Tag, bis die Gerichtsmediziner aus dem Ausland eingetroffen waren: Professor Wilhelm Holczabek von der Universität Wien, Professor Hans-Peter Hartmann von der Universität Zürich und Professor Armand André von der Universität Lüttich. So konnte mit der Leichenschau erst am Nachmittag begonnen werden – zu spät, um einen exakten Todeszeitpunkt zu ermitteln. Die deutschen Gutachter, Professor Joachim Rauschke und Professor Hans-Joachim Mallach, standen seit 9.30 Uhr vor den Zellen und führten teilweise erregte Debatten mit Polizei- und Justizbeamten – ohne Erfolg. Sie durften nicht zu den Toten.

Gegen 16.00 Uhr waren alle versammelt; neben den Gerichtsmedizinern und zwei Staatsanwälten auch die ehemaligen Verteidiger der Toten, Otto Schily, Dr. Hans Heinz Heldmann und Karl-Heinz Weidenhammer.

Nacheinander wurden die Zellen besichtigt, zuerst die von Irmgard Möller und Jan-Carl Raspe, dann die von Andreas Baader und Gudrun Ensslin.

Die deutschen Gerichtsmediziner diktierten für das Protokoll: »Die Leiche von Andreas Baader liegt fast in der Raummitte, etwa in der Mitte zwischen Liege und Bücherregalen … In den Kopfhaaren der Mittelliniengegend zeigen sich zwei Lochdefekte der Kopfschwarte, einer im unteren Hinterhauptbereich und der andere hinter der Stirn-Haar-Grenze …«

In Gudrun Ensslins Zelle gaben die Gutachter zu Protokoll: »Die Leiche hängt gradlinig nach unten. Beide Arme hängen schlaff neben den Hüften und Oberschenkeln. Der Kopf ist nach vorne geneigt und leicht nach links verkantet. Am Hals besteht eine tiefe Einschnürung …«

Gegen 20.15 Uhr war die Leichenschau beendet.

Die Toten wurden zum Bergfriedhof nach Tübingen gebracht und dort obduziert. Wieder waren die ausländischen Gutachter und die Rechtsanwälte dabei.

Professor Mallach und seine Assistenten sezierten die Leichen, während sein Stuttgarter Kollege Rauschke die Ergebnisse auf Band diktierte. Die ausländischen Mediziner sahen zu, gaben Ratschläge und diskutierten den Befund. Nur selten stellten die Verteidiger eine Frage. Sie konnten kaum verstehen, was Rauschke ins Mikrofon murmelte, und folgten der französischen Übersetzung für den Belgier André.

Das vorläufige Sektionsprotokoll wurde von den verantwortlichen Gutachtern Rauschke und Mallach unterzeichnet. Ihre ausländischen Kollegen erhielten später eine Kopie, die sie nicht unterschreiben mussten. Alle fünf Gutachter hatten sich aber schon in Tübingen geeinigt, was sie der Presse mitteilen wollten: »Die bisherigen Feststellungen bei allen drei Toten sprechen nicht gegen Selbstmord, sondern lassen sich alle durch Selbstmord erklären.«

Der Gutachter Professor Rauschke später vor dem Stammheimer Untersuchungsausschuss: »Alle Befunde sprachen für eine Selbstbeibringung. Es sind keine Befunde festgestellt worden, die der vermuteten Selbstbeibringung widersprechen. Man könnte einen Suizid nur vortäuschen und den gleichen Befund erzielen, wie sie in der Zelle und später bei der Obduktion festgestellt worden sind, indem man … indem ein Fremder die Waffe in der gleichen Weise an den Schädel hält, wie sie gehalten worden sein muss. Wobei die Waffenmündung die Kopfschwarte durch Druck, in

Form eines Drucks, berühren müsste, und zugleich müsste dann der oder die Angreifer die rechte Hand dessen, der den Schuss empfängt, so an die Waffe legen, dass Blutspritzer und Pulverschmauch entstehen können. Dies wäre eigentlich nur denkbar, wenn es sich um einen wehrlosen Menschen handelt, der nicht bei Bewusstsein ist. Doch würde man dazu pharmakologische Wirksubstanzen in einer Menge anwenden müssen, die sich in den Leichenorganen mühelos nachweisen lassen. Soweit ich von meinem Fachkollegen, Herrn Professor Mallach, weiß, sind diese Untersuchungen durchgeführt worden, ohne dass irgendwelche Substanzen dieser Art nachweisbar gewesen sind.«

Auch bei Gudrun Ensslin deutete alles auf Selbstmord hin. Gutachter Rauschke: »Und wenn man auch hier alle Befunde gemeinsam berücksichtigt, dann war die vorgefundene Erhängungssituation mühelos von eigener Hand erreichbar. Frage, ob eine Fremderhängung gleichwohl als möglich bezeichnet werden müsste. Nun, das wäre nur denkbar, wenn das Opfer von mehreren Personen – ein Einzelner würde dies nicht vollbringen können, die in diesem Falle gefundene Erhängungssituation hervorzurufen – wenn also die Person von mehreren Personen hochgehalten wird, in die Höhe, in der sie vorgefunden wurde, und dann die Verknotung am Hals vorgenommen wird. Dann wäre aber genauso wie bei Baader ein ganz festes Zupacken erforderlich, das unbedingt zu Gewalteinwirkungsspuren, Blutergüssen, führen müsste, die jedoch an den typischen Stellen nicht vorhanden waren.«

49.
Das Ende einer Entführung

Der Tod der Stammheimer Häftlinge war der letzte Auslöser für die Ermordung Hanns Martin Schleyers. Das Schlusskapitel des Deutschen Herbstes hatte begonnen.

Schleyers Sohn Hanns-Eberhard ahnte, was nun geschehen würde: »Vor allem durch den Selbstmord der Terroristen hat sich bei mir ein ganz tiefes Gefühl der Hoffnungslosigkeit breitgemacht.«

Mit dem Ende der Stammheimer schien auch Schleyers Schicksal besiegelt. Der BKA-Beamte Steinke war ganz sicher: »Das war selbstverständlich. Wir haben nur gesagt, wir müssen jetzt nur warten, wo wir Herrn Schleyer abholen können.«

Bundeskanzler Helmut Schmidt war immer vom Schlimmsten ausgegangen: »Mit der Möglichkeit, dass diese Kerle den Hanns Martin Schleyer umbringen würden, musste man immer rechnen. Auch vor Mogadischu. Und auch hinterher.«

Der Kern der Entführergruppe war nach wie vor in Bagdad. Dort fiel die Entscheidung über die Ermordung Schleyers. Peter-Jürgen Boock war dabei: »Es war klar, jetzt wird er erschossen, und wir haben uns dann zu Abu Hani bemüht, ihm mitgeteilt, dass wir das jetzt so machen wollen. Abu Hani war seltsamerweise dagegen. Aber da haben wir ihm gesagt, bei so vielen toten Genossen können wir ihn nicht am Leben lassen, werden wir auch nicht.«

Das Todesurteil wurde per Telex nach Brüssel gesandt. Boock: »Es gab in Brüssel öffentliche Fernschreiber, die stehen im Postamt. Und dann kam von uns ein Telex: ›Wir müssen das Geschäft jetzt zum Abschluss bringen, die letzte Ladung ist verdorben. Seht ihr das auch so? Es kam nur ein Wort, glaub ich, zurück: ›Okay.‹ Also die waren offensichtlich auch zu demselben Ergebnis gekommen.«

Ein Waldweg in der Nähe der belgisch-französischen Grenze war die letzte Station in Hanns Martin Schleyers Martyrium. Zwei Männer aus dem Entführungskommando brachten ihn zu seiner Hinrichtungsstätte.

Es waren wahrscheinlich Stefan Wisniewski und Rolf Heißler. Peter-Jürgen Boock, zum Zeitpunkt des Mordes immer noch in Bagdad, erfuhr später, wie die Tat abgelaufen war: »Rolf Heißler hat mir erzählt, wie das zum Schluss gelaufen sein soll. Es war in der Gruppe absolut nicht üblich, über solche Dinge Fragen zu stellen, etwa: Hast du geschossen, oder hat der geschossen? Ich hab für mich die Erklärung gefunden, dass er auch zeigen wollte: Jetzt war ich auch mal bei einem Kommando dabei, und ich hab meine Rolle bis zum Ende durchgestanden.«

Heißlers Bericht behielt Boock fast dreißig Jahre für sich. Erst 2007 sagte er, was er erfahren hatte: »Sie sind ausgestiegen, haben den Kofferraum geöffnet, haben Hanns Martin Schleyer herausgehoben und ins Gras gelegt und auf der Stelle erschossen. Und das war ’ne Sache von weniger als einer Minute. Kofferraum auf, rausholen, Schuss, reinpacken, Kofferraum zu, zurückfahren.«

Augenzeugen des Mordes gibt es nicht. Nur zwei Täter. Und ein Zeuge vom Hörensagen – wenn auch aus erster Quelle. Peter-Jürgen Boock: »Damals hat mir Rolf Heißler gesagt, es sei von beiden geschossen worden. Von ihm und Stefan Wisniewski.«

Die Schlusserklärung war genauso zynisch wie die Tat. Silke Maier-Witt war die Todesbotin: »Ich musste dann auf Anweisungen warten in der Telefonzelle, weil ich dann diese Schlusserklärung übergeben sollte. Hier spricht die RAF, irgendwie so was. Wir haben heute die un… ach, die Existenz von … ich kann’s auch nicht mehr so genau sagen, aber ich … es war irgendwie fürchterlich.«

Am Nachmittag des 19. Oktober 1977 ging bei der französischen Tageszeitung »Libération« ein Kommuniqué der Schleyer-Entführer ein:

»Wir haben nach 43 Tagen Hanns Martin Schleyers klägliche und korrupte Existenz beendet.

Herr Schmidt, der in seinem Machtkalkül von Anfang an mit Schleyers Tod spekulierte, kann ihn in der Rue Charles Peguy in Mülhausen in einem grünen Audi 100 mit Bad Homburger Kennzeichen abholen. Für unseren Schmerz und unsere Wut über die Massaker von Mogadischu und Stammheim ist sein Tod bedeutungslos. Andreas, Gudrun, Jan, Irmgard und uns überrascht die faschistische Dramaturgie der Imperialisten zur Vernichtung der Befreiungsbewegung nicht.

Wir werden Schmidt und den ihn unterstützenden Imperialisten nie das

vergossene Blut vergessen. Der Kampf hat erst begonnen. Freiheit durch bewaffneten antiimperialistischen Kampf.«

Die Polizei fand Schleyers Leiche im Kofferraum des grünen Audi. Sein Gesicht war entstellt, das graue Haar kurzgeschoren. Er trug dieselbe Kleidung wie bei seiner Entführung sechs Wochen zuvor. Schleyer war durch drei Schüsse in den Kopf getötet worden. Im Mund des Toten fanden die Ärzte Grasreste. An den Kleidungsstücken der Leiche hingen Tannennadeln. Die Ermittler kamen zu dem Ergebnis, dass Schleyer im Freien ermordet worden war. Er musste niederknien und fiel nach den tödlichen Schüssen vornüber.

Mit am Tatort war der BKA-Beamte Fernstädt, der sieben Jahre zuvor bei der Festnahme Baaders den Sprengstoff in der Frankfurter Garage ausgetauscht hatte. Später sagte er: »Wenn man in solchen Fällen tätig ist, dann gibt es nicht viele Alternativen, wie sie enden können. Es gibt vielleicht ’ne glückliche oder eine unglückliche Befreiung, oder es gibt den Tod. Und das war eine Hinrichtung. Eine Hinrichtung.«

Schleyer war durch drei Schüsse in den Kopf getötet worden. Der BKA-Beamte Fernstädt: »Das Einzige, was ich sagen konnte: Es ist Schleyer. Ich brauchte keinen Fingerabdruck zu nehmen.«

Die Todesschützen haben sich niemals zu ihrer Tat bekannt.

Am 25. Oktober 1977 wurde Hanns Martin Schleyer in Stuttgart zu Grabe getragen. In der Stiftskirche versammelten sich alle, die im Herbst des Terrors Verantwortung getragen hatten.

Sie alle fühlten sich schuldig.

Bundespräsident Walter Scheel: »Hanns Martin Schleyer ist gestorben für uns alle. Nicht nur für uns Deutsche ist die Chance erhalten geblieben, die Gefahr des Terrorismus zu bannen. Wir neigen uns vor dem Toten. Wir alle wissen uns in seiner Schuld. Im Namen aller deutschen Bürger bitte ich Sie, die Angehörigen von Hanns Martin Schleyer, um Vergebung.«

Am 27. Oktober wurden Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in einem Gemeinschaftsgrab auf dem Stuttgarter Waldfriedhof beigesetzt. Bürger protestierten dagegen, dass die drei Terroristen auf einem Friedhof die letzte Ruhe finden sollten. Manche verlangten, die Leichen sollten in die städtische Müllkippe geworfen werden. Aber Manfred Rommel,

Stuttgarts Bürgermeister, sagte: »Ich weigere mich zu akzeptieren, dass es Friedhöfe erster und zweiter Klasse geben soll. Alle Feindschaft sollte nach dem Tode ruhen.«

Mehr als tausend Polizisten mit Maschinenpistolen umringten den Friedhof. Demonstranten, viele von ihnen maskiert, entrollten Plakate mit der Aufschrift »Gudrun, Andreas und Jan wurden in Stammheim gefoltert und ermordet« und »Der Kampf geht weiter«.

Der Pfarrer sagte: »Jesus wurde zwischen zwei Menschen gekreuzigt, die ihr Leben der gewaltsamen Durchsetzung ihrer Ziele verschrieben hatten. Eines seiner letzten Worte war: ›Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.‹ Und dieses Wort umschließt die Richter und die Angeklagten aller Zeiten und Orte, uns alle.«

Der Begriff vom »Deutschen Herbst« ist geblieben seither. Synonym für den Anschlag einer Gruppe politischer Desperados auf das Machtsystem des deutschen Nachkriegsstaates, Synonym für die staatliche Reaktion, für die Härte und ihren Preis. Kein Verantwortlicher, der sich nicht im Laufe der vergangenen Jahrzehnte gefragt hätte, ob er, ob der Staat sich richtig verhalten hat.

Schleyer-Freund Eberhard von Brauchitsch: »Ich glaube, dass der Preis, Schleyer zu opfern, unangemessen war – heute, hinterher betrachtet, wohlgemerkt.«

Kurt Rebmann, Nachfolger des ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback: »Natürlich hat man sich als Mitverursacher des Todes von Dr. Schleyer gefühlt. Und natürlich war das ein bedrückendes Gefühl.«

Regierungssprecher Klaus Bölling: »Das war auch eine wichtige politische Kategorie, dass ein Mann wie Helmut Schmidt nun zeigen wollte: Wenn es um die innere Sicherheit des Staates und die Abwehr des Terrorismus geht, dann brauchen wir nicht unbedingt den starken Mann in Gestalt von Franz Josef Strauß oder eines anderen, wir wissen auch, was wir den Bürgern dieses Staates schuldig sind.«

Der damalige Bundesjustizminister Hans Jochen Vogel: »Es hat ja auch seitdem, das muss man schon unterstreichen, keine Entführungen mehr gegeben. Die Terroristen wussten, dass der Staat im Zweifel der Forderung nicht nachgeben würde. Das hat dazu geführt, dass es zwar Mordanschläge noch gegeben hat, aber keine Entführungen mehr.«

Friedrich Zimmermann, CSU, früherer Bundesinnenminister: »Wir haben

Maßstäbe gesetzt, die für uns selber galten, und ich möchte niemandem wünschen, an der Stelle eines damals Verantwortlichen gewesen zu sein.«

Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte später: »Und wir sahen uns unauflöslich verstrickt in diese grauenhaften Ereignisse. Das ist eine Situation, in der keine Entscheidung ausschließlich richtig ist. Es ist wie in der griechischen Tragödie. Sie sind verstrickt und können sich aus der Schuld nicht befreien.«

Deutschland – im Herbst 1977: Es war das vorläufige Ende eines Albtraumes von Gewalt. Die Namen Baader, Meinhof und Ensslin gingen ein in die deutsche Nachkriegsgeschichte. Wie viele in ihrer Generation waren sie angetreten gegen den alten und den angeblichen neuen Faschismus. Mit Gewalt hatten sie diese tötende Welt zu verändern gesucht, hatten sich selbst zu Herren über Leben und Tod gemacht und waren schuldig geworden wie viele aus der Generation ihrer Väter. Manche aus der RAF sahen das ein. Andere tun das bis heute nicht. Für sie wurden die Gründer der RAF zu Märtyrern.

Als Trauergäste und Demonstranten den Stuttgarter Waldfriedhof verließen, wurden Personalien registriert. Mit über den Kopf erhobenen Händen gingen manche durch das Spalier der Polizisten. Niemand hatte sie zu dieser Geste der Unterwerfung aufgefordert. Es war eine Demonstration.

50.
Zeit der Mythen

»Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzlichkeit zu zerstören.«

Das hatte die RAF in ihrem »Konzept Stadtguerilla« geschrieben.

Sieben Jahre nach ihrem Sprung in den Untergrund war die »Allgegenwart des Systems« kein Mythos mehr, sondern täglich erfahrbare Realität: Rasterfahndung, Beobachtende Fahndung, die Computersysteme PIOS, Nadis, Inpol; mehr Geld, mehr Planstellen, bessere Ausrüstung für Polizei, Verfassungsschutz, Bundesgrenzschutz; neue Gesetze, befestigte Gerichtssäle, Hochsicherheitstrakte …

Am Ende hatten sie die totale »Allgegenwart des Systems« am eigenen Leib zu spüren bekommen – während der Kontaktsperre. Da hatten sie nur noch »System« um sich herum, in Form von Wärtern, Gittern, Beton. Im Gefängnis erlebten sie das »Schweinesystem« so, wie es vorher in Freiheit nur in ihren Köpfen existiert hatte.

Sie hatten sich und ihre Lage mit der Situation von Häftlingen in Konzentrationslagern verglichen. »Unterschied toter Trakt und Isolation: Auschwitz zu Buchenwald«, schrieb Gudrun Ensslin.

Sie hatten die Welt eingeteilt:

»Entweder Schwein oder Mensch
Entweder überleben um jeden Preis
oder Kampf bis zum Tod
Entweder Problem oder Lösung
Dazwischen gibt es nichts.«

In diesem Weltbild wurden neue Gleichungen aufgemacht. »Mord gleich Selbstmord gleich Mord« hatten 1971 Mitglieder des »Sozialistischen

Patientenkollektivs« an Häuserwände gesprüht. Die gleiche Losung riefen Sympathisanten 1976 nach dem Tod von Ulrike Meinhof.

In ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss, der die Todesumstände in Stammheim aufklären sollte, fragte ein Abgeordneter die einzige Überlebende, Irmgard Möller: »Unterstellt man, dass Sie so lange hungern, bis Sie zu Tode kommen, nennen Sie so etwas Selbstmord?«

Zeugin Möller: »Niemals.«

Abgeordneter: »Und warum nicht? Wie nennen Sie das dann?«

Zeugin Möller: »Das ist Mord, eindeutig.«

Abgeordneter: »Ja, Frau Möller, unterstellen wir einmal, bei einem Hungerstreik, den Sie durchführen, würde eine Zwangsernährung nicht durchgeführt, und Sie würden zu Tode kommen. Würden Sie das als Selbstmord bezeichnen, oder wäre das nach Ihrem Vokabular auch Mord?«

Zeugin Möller: »Was heißt ›nach meinem Vokabular‹? Nach den Tatsachen.«

Abgeordneter: »Nach den Tatsachen wäre das auch Mord.«

Zeugin Möller: »Das ist die Verantwortung.«

Abgeordneter: »Wie wäre denn das, Frau Möller, wenn ich weiter fragen darf, wenn ein Gefangener, der vielleicht jahrelang in einer Einzelzelle ist, wenn der mit einer Pistole sich selbst erschießen würde? Würden Sie das Selbstmord oder Mord nennen?«

Zeugin Möller: »Das ist eine sehr provokatorische, hypothetische Frage.«

Die Alternative »Mord oder Selbstmord« wurde zur Glaubensfrage. Wer den Selbstmord der Stammheimer Gefangenen für denkbar oder wahrscheinlich hielt, galt im Umfeld der RAF als »Counter-Schwein«, bestenfalls als unkritischer, ahnungsloser Zeitgenosse.

Umgekehrt war es nicht anders. Wer öffentlich Zweifel an der offiziellen Selbstmordversion anmeldete, war bereits als »Sympathisant« der RAF verdächtig.

Schon bevor Kriminalpolizei und Untersuchungsausschuss mit ihren Ermittlungen begonnen hatten, wussten die meisten Politiker: Es war Selbstmord, und die Rechtsanwälte hatten die Waffen in den Hochsicherheitstrakt eingeschmuggelt.

»Man kann die Perfidie auch so weit treiben, dass man seine eigene Tötung zur Hinrichtung macht«, sagte Bundesinnenminister Maihofer schon am Tag nach der Stammheimer Todesnacht.

Damit war klar, dass alle Spuren, die auf »Einwirkung Dritter« hinweisen könnten, in Wahrheit die Selbstmordversion untermauerten.

Umgekehrt wurde alles, was auf Selbstmord hindeutete, aus dem Umfeld der RAF – und nicht nur von dort – als Indiz für eine als Selbstmord getarnte Mordaktion gewertet.

In jedem komplizierten Ermittlungsverfahren gibt es Vorgänge, die nur begrenzt aufgeklärt werden können. Der Rekonstruktion vergangener Ereignisse sind Grenzen gesetzt. Indizien sprechen nicht immer für sich, unterliegen verschiedenen Deutungsmöglichkeiten.

Jede unverständliche Schlamperei kann, wenn man will, als Teil eines perfiden Plans angesehen werden, jede Dummheit als Strategie, jeder Zufall kann als Grundlage abenteuerlicher Spekulationen dienen.

So wie die RAF schon zu Lebzeiten ihrer Gründer oftmals als Projektionsfläche für Wünsche und Hoffnungen, Ängste und Hassgefühle herhalten musste, so kumulierten derartige Übertragungen in der Beurteilung der Todesnacht von Stammheim. Zumal im Ausland traute man den Deutschen alles zu. Wie sorgfältig auch immer die Todesermittlung geführt worden wäre – alle Spekulationen und Verdächtigungen hätte man damit nicht beseitigt. Wer glaubt, was er glauben will, lässt sich auch durch Indizien nicht überzeugen.

Und doch wäre ein Großteil der Spekulationen über die Todesnacht von Stammheim bei gründlicherer Untersuchung, bei weniger Voreingenommenheit der Ermittler möglicherweise gar nicht erst entstanden.

Neunzehnmal tagte der Untersuchungsausschuss des Stuttgarter Landtags, um Licht in das Dunkel der Nacht von Stammheim zu bringen. Einige der Sitzungen waren geheim – Futter für Mutmaßungen. 79 Zeugen und Sachverständige wurden vernommen. »Aus Geheimhaltungsgründen wurde bei der Vernehmung eines Zeugen teilweise die Öffentlichkeit ausgeschlossen«, heißt es im Bericht des Ausschusses. Über Einzelheiten aus den Sitzungen des Krisenstabes in Bonn durften Zeugen überhaupt nicht befragt werden. Die Protokolle des Krisenstabes sind geheim und werden es auch bleiben.

Von der – zur Durchsetzung einer »Nachrichtensperre« während der Schleyer-Entführung – für später angekündigten umfassenden Unterrichtung der Öffentlichkeit über die 44 Tage im Herbst 1977 blieb eine dürftige »Dokumentation« des Bundespresseamtes zu den »Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin

Schleyer und der Lufthansa-Maschine ›Landshut‹« übrig, keine hundert Seiten stark.

Der Bericht des Untersuchungsausschusses wurde fertiggestellt, bevor überhaupt die letzten kriminaltechnischen Untersuchungen abgeschlossen waren. Er widerspricht sich in aufeinanderfolgenden Seiten. So ist zum Beispiel auf Seite 88 von einer »Pistole Smith & Wesson, vernickelt« die Rede, gefunden in einem Wandversteck in Zelle 723. Auf Seite 90 ist daraus ein »verchromter Revolver Marke Colt Detective Special« geworden.

Über die naheliegende Frage, ob die Abhörmaßnahmen in Stammheim über das Frühjahr 1977 hinaus durchgeführt wurden, ob während der Schleyer-Entführung in den Zellen der Gefangenen gelauscht wurde, ob es möglicherweise ein Tonband mit Gesprächen oder Geräuschen der Todesnacht gibt, wurde kein Zeuge vernommen. Das Thema Abhören war im Untersuchungsausschuss tabu.

Der Schlussbericht des Staatsanwalts, mit dem das »Ermittlungsverfahren wegen des Todes von Baader, Ensslin und Raspe« eingestellt wurde, ist ganze sechzehn Seiten lang. Auf Widersprüche in den Untersuchungsergebnissen wird mit keinem Wort eingegangen.

Im Einstellungsbeschluss heißt es zum Beispiel: »Die Beschaffenheit der Mündung der Pistole, die links neben dem Kopf Baaders in seiner Zelle gefunden wurde, stimmte mit dem Erscheinungsbild der Eintrittsöffnung des Projektils im Nacken Baaders vollständig überein. Kriminaltechnische Untersuchungen ergaben außerdem, dass das tödliche Geschoss – wie auch die übrigen in Baaders Zelle vorgefundenen verschossenen Projektile – aus dieser Pistole abgefeuert worden war.«

Aber es gab auch noch andere kriminaltechnische Untersuchungen in diesem Zusammenhang, die der Staatsanwalt nicht für erwähnenswert hielt.

In seiner »Schussentfernungsbestimmung« stellte der Wissenschaftliche Rat im Bundeskriminalamt Dr. Roland Hoffmann Spuren fest, die mit einer »Selbstbeibringung« des tödlichen Schusses nur schwer in Einklang zu bringen sind.

Dem BKA-Spezialisten war ein Hautteil aus Baaders Nacken zur Untersuchung zugeschickt worden. Er schrieb in seinem Gutachten: »In dem Hautteil befindet sich eine kanalförmige Verletzung, die … durch ein Projektil des Kalibers 7.65 entstanden sein kann. Auf der Hautoberseite ist die Verletzung von einer Prägemarke umgeben, deren Konturen dem Mündungsprofil der vorbezeichneten Pistole entsprechen.« In der

Schmauchhöhle seien Spuren von Pulverschmauch gefunden worden. Der BKA-Gutachter kam zu dem Ergebnis: »Erfahrungsgemäß entstehen Prägemarke und Schmauchhöhle nur dann bei einem Schuss, wenn dieser mit aufgesetzter oder aufgepresster Waffe abgefeuert wurde.«

Ein aufgesetzter Schuss also.

Zusätzlich untersuchte Hoffmann das Hautteil mit Hilfe der sogenannten Röntgenfluoreszenzanalyse, um die Höhe der auf der Haut abgelagerten Bleimenge festzustellen. Aus der »Impulsrate« kann die Schussentfernung abgeleitet werden.

Auf der Oberseite der Haut stellte der Wissenschaftler eine »Impulsrate« von 14300 Impulsen pro Sekunde fest.

Zum Vergleich gab er aus der Tatwaffe Schüsse auf Schweinehaut ab, die ähnliche Eigenschaften aufweist wie menschliche Haut.

Bei einem aufgesetzten Schuss kam er auf 74000 Impulse pro Sekunde, also mehr als fünfmal so viele. Um die auf Baaders Nackenhaut festgestellte Impulszahl von 14300 zu erreichen, musste er mit der Pistole ein ganzes Stück zurückgehen. Er kam zu dem Ergebnis: »Vergleichsweise müsste der Tatschuss aus einer Entfernung zwischen dreißig und vierzig Zentimetern abgefeuert worden sein.« Ein aufgesetzter Schuss aus dreißig bis vierzig Zentimetern Entfernung also?

Diesen offenkundigen Widerspruch erklärte der Wissenschaftler des Bundeskriminalamts so: »Da dies jedoch aufgrund der übrigen Befunde mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, muss eine Verschleppung von Pulverschmauchspuren stattgefunden haben.«

Da hatte also jemand auf Baaders Schusswunde herumgefingert? Oder wie sonst soll eine »Verschleppung von Pulverspuren« zustande gekommen sein? Oder sind die Schüsse auf Schweinehaut doch nicht mit Schüssen auf menschliche Haut zu vergleichen? Oder hat der BKA-Gutachter vielleicht Baaders Pistole genommen, aber andere, stärkere Munition?

Plausibel erklärt wird der offenkundige Widerspruch nicht, wie sich jemand mit aufgesetzter Pistolenmündung und gleichzeitig aus 30 Zentimeter Entfernung erschossen haben soll.

Einladung zur Spekulation: Bei einer Pistole mit Schalldämpfer hätte man einen aufgesetzten Schuss und eine reduzierte Pulverschmauchablagerung zugleich. Da aber bei Baader eine Pistole ohne Schalldämpfer gefunden worden war, müsste es sich dann um Mord gehandelt haben. Und daran kann sich sofort die nächste Mutmaßung anschließen: Wenn keiner der

Gefangenen in den Zellen unter Baader in jener Nacht einen Schuss gehört hat, könnte die Erklärung eben jener Schalldämpfer sein. Derartigen Erwägungen vorbehaltlos nachzugehen wäre die Aufgabe eines Staatsanwaltes gewesen; zumal in einem solchen Fall.

Der ermittelnde Staatsanwalt hatte das Gutachten über die Schussentfernung bei Baader fast zwei Monate vor Abschluss seiner Untersuchungen vorliegen – erwähnt hat er es mit keinem Satz. Der Stuttgarter Untersuchungsausschuss hatte es leichter: Er schloss seinen Bericht ab, bevor das BKA-Gutachten überhaupt fertig war.

In der Todesermittlungsakte – an die zehn Ordner – stehen noch mehr Widersprüche. So etwa zu der Frage, wie Baader die Pistole gehalten haben muss, um sich den tödlichen Schuss beizubringen. Die medizinischen Gutachter kommen aufgrund der Blut- und Pulverschmauchspuren an Baaders Händen zu dem Ergebnis: Baader hat seine Pistole mit dem Griff nach *oben* mit der rechten Hand an den Nacken gehalten und mit dem linken Daumen abgedrückt.

Dieser Auffassung schloss sich der Staatsanwalt in seiner Einstellungsverfügung an.

Die Kriminalpolizei war am Tatort zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen: »Waffe, Verletzung und Schmauchspur zusammen ergeben, dass die Pistole mit dem Griffstück nach *unten* an den Hinterkopf gesetzt wurde.« Diese konträre Auffassung der Kripo wurde in der staatsanwaltschaftlichen Einstellungsverfügung nicht berücksichtigt, nicht einmal erwähnt. Der Spurenauswertungsbericht der Kriminalpolizei kommt weiter zu dem Ergebnis: »Das abgefeuerte Geschoss drang nur noch mit schwacher Restenergie aus dem Schädel und blieb im unmittelbaren Bereich der Leiche liegen.«

Bei der ersten Zellenbesichtigung waren die Mediziner zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen. Danach war es das tödliche Geschoss, »das durch den Kopf bis vor die Wand gegangen ist, von dort reflektiert wurde und auf den Boden zu liegen kam«.

Die Abprallspur an der Wand wurde in den Spurensicherungsbericht aufgenommen: »Spur Nr. 6 – Gewebeteile oder Blut von der Wand.«

Zusätzlicher Vermerk: »Befindet sich zur Untersuchung beim Gerichtsmedizinischen Institut der Stadt Stuttgart.«

Von da an verliert sich die Spur der »Spur Nr. 6«. Im Spurenauswertungsbericht der Kripo wurden zwar die Spuren 1, 2, 3, 4, 5

und 7 analysiert, nicht aber die »Spur Nr. 6«. Von ihr war keine Rede mehr.

Auch nachdem das geheimnisvolle Verschwinden der »Spur Nr. 6« bekannt wurde, blieben die »Gewebeteile oder Blut von der Wand« unauffindbar. Sie waren in irgendeinem gerichtsmedizinischen Institut verschlampt worden.

Einladung zur Spekulation.

Im Falle Irmgard Möller gibt es ähnliche Widersprüchlichkeiten. Mediziner, Untersuchungsausschuss und Staatsanwaltschaft führten als Beleg für den Versuch der Selbsttötung übereinstimmend an: »Der von Irmgard Möller als einzige Bekleidung ihres Oberkörpers getragene Pullover war zwar auf der Vorderseite von Blut durchtränkt, jedoch nicht beschädigt; ein mit Tötungsabsicht Angreifender hätte auf die Kleidung seines Opfers erfahrungsgemäß keine Rücksicht genommen.«

Irmgard Möllers Bekleidungsstücke wurden noch am 18. Oktober von Beamten der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Stuttgart aus dem Robert-Bosch-Krankenhaus, in dem sie ärztlich versorgt worden war, abgeholt. In dem Kripobericht heißt es: »Der Pulli ist so zerschnitten, dass seine ursprüngliche Form nicht mehr brauchbar rekonstruiert werden kann. An den vorhandenen Resten ist zu erkennen, dass der Pulli großflächig mit Blut durchtränkt ist. Stichbeschädigungen sind wegen des schlechten Zustandes nicht mit der gebotenen Sicherheit auszumachen.«

Selbst wenn man unterstellt, dass der Pullover vor Irmgard Möllers Operation zum Entkleiden aufgetrennt wurde, ist nicht einzusehen, warum er dermaßen klein geschnitten werden musste, dass »Stichbeschädigungen« nicht mehr auszumachen waren.

Zumindest hätte man von einem sorgsam ermittelnden Staatsanwalt erwarten können, dass er den Ursachen einer solchen Beweismittelzerstörung auf den Grund geht.

Einladung zur Spekulation.

Widersprüche gibt es zuhauf, kleine und große, gravierende und nebensächliche. Manche, an die phantasievolle Legenden geknüpft wurden, können leicht geklärt werden.

Etwa die berühmten hellen Sandspuren an Baaders Schuhen, die die medizinischen Sachverständigen bei der ersten Zellenbesichtigung entdeckt hatten. Eindeutig belegt werden konnte die Herkunft der Partikel nicht.

Schon machte ein Gerücht die Runde: Baader sei in der Nacht nach Mogadischu ausgeflogen worden, um die »Landshut«-Entführer zu täuschen.

Nach Erstürmung der Maschine durch die GSG 9 sei er erschossen und nach Stammheim in seine Zelle zurückgebracht worden. Aus der Assoziation »Sand gleich Wüste« wurde eine ganze Theorie. Dabei hätte schon ein Blick auf den Globus gereicht, um festzustellen, dass die Entfernung zwischen Stuttgart und Mogadischu so groß ist, dass es schon eines »Starfighter« bedurft hätte, um die Strecke zwischen 23.00 Uhr abends und 7.00 morgens hin und zurück bewältigen zu können.

Auch Irmgard Möller, einzige Überlebende der Todesnacht von Stammheim, erklärte in einer Broschüre, die im Übrigen die Mordtheorie stützen sollte: »Andreas war [in der Nacht zum 18. Oktober] keinen Moment außerhalb des Traktes. Es ist absolut sicher, dass er keinen Schritt ohne uns gemacht hätte, eben weil er wusste und davon ausging, dass sie ihn dann umlegen. Es gab eine feste Vereinbarung: Keiner geht ohne den anderen einen Schritt.«

Über die mögliche Herkunft des Sandes an Baaders Schuhen sagte sie: »Während des Umbaues [Juni 1977 im Hochsicherheitstrakt], bei dem Wände herausgestemmt wurden, befand sich Zement, Sand und anderes Baumaterial auf dem Boden. Andreas ist oft in den Traktbereich, in den wir später verlegt wurden, gelaufen, um dort die Baumaßnahmen zu besichtigen …«

Da die Gefangenen in ihren Zellen zumeist auf Strümpfen oder barfuß gingen, konnte der Sand an Baaders Schuhen noch von den Umbaumaßnahmen herrühren.

Doch Legenden sind langlebig. Und kein Staatsanwalt und kein Untersuchungsausschuss hielt es für nötig, den Anspruch einer »über jeden Verdacht erhabenen Untersuchung« wirklich einzulösen.

Dabei wäre es vielleicht ganz einfach gewesen, aller Mythenbildung von vornherein entgegenzutreten – allerdings zu einem hohen Preis. Es deutet einiges darauf hin, dass – wie schon bei der Vertuschung der verhängnisvollen Fahndungspanne von Erftstadt-Liblar – ein weiteres Versagen der Sicherheitsorgane bis heute streng geheim gehalten wird.

51.
Das letzte Geheimnis

Es gibt zahlreiche Indizien dafür, dass die Gefangenen in Stammheim abgehört worden sind – und wenn nicht, muss man sich fragen, warum nicht. Rechtsstaatliche Bedenken können es nicht gewesen sein.

Als im Frühjahr 1977 bekannt wurde, dass in Stammheim Gespräche zwischen den Gefangenen und ihren Anwälten abgehört worden waren, sagte der verantwortliche baden-württembergische Innenminister Schiess, Grund seien die Lorenz-Entführung und der Anschlag auf die Deutsche Botschaft in Stockholm gewesen. Er würde »in vergleichbarer Situation wieder in gleicher Weise handeln müssen«. Die Abhöranlagen seien für einen möglichen Entführungsfall gedacht gewesen, um die Gespräche der Gefangenen untereinander vor einem eventuellen Austausch abzuhören. Genau das geht auch aus der Handakte des LKA-Chefs Kuno Bux hervor, die im Baden-Württembergischen Staatsarchiv Ludwigsburg liegt. Die Vorbereitungen für Abhörmaßnahmen im Hochsicherheitstrakt von Stammheim sind nicht zu bestreiten. Ob sie auch durchgeführt worden sind, ist nach wie vor ungeklärt.

Wenn es denn jemals einen Anlass gegeben hätte, die technischen Möglichkeiten praktisch zu nutzen und die erklärte Absicht in die Tat umzusetzen, dann wäre das die Schleyer-Entführung gewesen – zumal es niemals einen offiziellen Hinweis darauf gegeben hat, dass die Anlagen nach der Aufdeckung des ersten Abhörskandals von Stammheim tatsächlich abmontiert worden waren.

Aller Wahrscheinlichkeit nach sind auch während der Schleyer- und der »Landshut«-Entführung die Gespräche der Gefangenen über die Kommunikationsanlage im siebten Stock – die kaum zu übersehen war – mitgeschnitten worden. Dann aber müsste es eine Tonbandaufzeichnung von der Stammheimer Todesnacht geben. Das jedoch wird von in Frage kommenden Stellen und Personen heftig bestritten, auf beiden Seiten.

Irmgard Möller müsste wissen, was Baader, Ensslin und Raspe – und möglicherweise sie selbst – vor den Selbstmorden besprochen haben. Doch sie bestreitet nicht nur, für ihre Stichverletzungen in der Brust selbst

verantwortlich gewesen zu sein. Auch von Gesprächen über das Kommunikationssystem will sie nichts wissen. In einem langen Interview mit dem Journalisten Oliver Tolmein, das 2002 als Buch erschien, sagte Irmgard Möller: »Dass wir zeitweilig ein Kommunikationssystem über die Leitungen des Anstaltsrundfunks hatten, habe ich ja schon erzählt. Es ist auch richtig, dass der BND uns darüber abgehört hat … In der Zeit der Kontaktsperre gab es dieses System aber schon viele Monate nicht mehr. Wir hatten uns gedacht: Was soll eine so aufwendige Geschichte, wenn wir eh abgehört werden?«

Als der Interviewer sie auf die in den Zellen gefundene Kommunikationstechnik ansprach, antwortete Irmgard Möller: »Das ist alles sehr phantasievoll, macht aber keinen Sinn. Ich zum Beispiel hatte auf meiner Zelle gar keinen Verstärker.«

Das entspricht nicht der Wahrheit. In Irmgard Möllers Zelle 725 fand der Sachverständige, Diplomingenieur Otto Bohner, am Tag nach den Selbstmorden alles, was die Teilnahme am Kommunikationssystem der Gefangenen ermöglichte: Einen Kopfhörer, mehrere Kabel, zwei Lautsprecherboxen, einen Philips-Plattenspieler mit Verstärker Typ 22 GF 351/04 – der gleiche Typ wie in den Zellen 716 (Raspe) und 720 (Ensslin).

Bis heute sehen sich die damals Verantwortlichen und die jetzigen Behördenchefs sowie die zuständigen Ministerien nicht in der Lage, viele Rätsel zu lösen. Es wird gemauert und geleugnet. Dabei ist ganz besonders die Frage, ob in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim auch zur Zeit der Schleyer-Entführung abgehört worden ist oder nicht, noch immer von erheblicher Bedeutung.

Falls die Gespräche zwischen Baader, Ensslin und Raspe abgehört worden sind – was findet sich auf den möglicherweise vorhandenen Tonbändern der Todesnacht? Ist die Verabredung zum Selbstmord belauscht worden? Was taten die Abhörer? Oder lief nur ein Tonband mit? Was geschah mit den Aufnahmen? Warum unterliegen Dokumente zum Thema RAF und Stammheim immer noch der Geheimhaltung?

Es gibt viele Anhaltspunkte dafür, dass die Todesnacht von Stammheim quasi unter staatlicher Aufsicht stand. Die Landesregierung Baden-Württemberg musste im Frühjahr 1977 einräumen, dass Beamte des Landeskriminalamts phasenweise die Häftlinge in Stammheim abgehört hatten. Es ist schwer vorstellbar, dass sie ausgerechnet in den Wochen, in denen es für Hanns Martin Schleyer um Leben und Tod ging, ihre Wanzen

nicht nutzten.

Man kann davon ausgehen, dass die Gefangenen zwei Leitungssysteme im Hochsicherheitstrakt verwendeten, um während der Kontaktsperre miteinander zu kommunizieren. Konnte dies wirklich den Beamten in Stammheim entgangen sein?

Ein leitender Kriminalbeamter aus der Abteilung 8, dem Staatsschutz, des Landeskriminalamts Baden-Württemberg, der damals direkt mit Stammheim zu tun hatte und nicht genannt werden möchte, sagte 2007: »Das ist ja nun ein ganz heißes Stück, eine ganz heiße Kiste. Die Probleme und Schwierigkeiten, die es damals gegeben hat in der besagten Nacht, das waren schon ein paar größere Dinge. Die hab ich eigentlich noch nirgendwo richtig gelesen. Und da hab ich immer gedacht, irgendwann kommt mal einer dahinter.«

Bereits am zweiten Prozesstag, dem 5. Juni 1975, hatte Andreas Baader sich beim Vorsitzenden darüber beschwert, dass Gespräche der Angeklagten mit ihren Verteidigern abgehört worden seien: »Durch Abhörgeräte in den Besuchszellen für Verteidigerbesuche, von denen wir seit Sommer ’73 wissen.« Baaders Bemerkungen führten, wie geschildert, in der Öffentlichkeit zu Kopfschütteln. Man konnte sich nicht vorstellen, dass Behörden der Bundesrepublik Deutschland mit Hilfe von Wanzen und Tonbandgeräten in das streng geschützte Vertrauensverhältnis zwischen Verteidigern und Angeklagten eingreifen würden. Die Bemerkung wurde eher als Ausdruck des paranoiden Wahns der Baader-Meinhof-Gruppe betrachtet. Tatsächlich hatte Baader so unrecht nicht.

Zu Weihnachten 1974 hatte der Präsident des Bundeskriminalamtes, Horst Herold, eigenhändig einen Entwurf für die »Bekämpfung anarchistischer Gewaltkriminalität« getippt und an das Bundesinnenministerium geschickt. Es ging um »Offensivmaßnahmen gegen die Ebene der Zellen« und »gegen die Ebene der Verteidiger«. Federführend sollte dabei das Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg sein.

In dem als »VS – Vertraulich, amtlich geheim halten« klassifizierten Dokument heißt es in einem langen Maßnahmenkatalog: »Lauschmitteleinsatz zur polizeilichen Gefahrenabwehr – bei Gesprächen von RAF-Gefangenen untereinander« sowie »Schaffung der Befugnis, Gespräche zwischen verdächtigen Verteidigern und RAF-Gefangenen zu überwachen«.

Später sagte Herold, sein Maßnahmenkatalog sei lediglich eine

»Wunschvorstellung« gewesen, die niemals umgesetzt worden sei. Der beigefügte Beschlussvorschlag an die Innenministerkonferenz wurde tatsächlich nicht realisiert.

In den politischen Gremien hielt die Diskussion an. Das geht aus dem Protokoll der sechsten Sitzung des Bundesinnenausschusses vom 8. März 1977 hervor, als über den Abhörfall Traube debattiert wurde.

Erst da wurde bekannt, dass tatsächlich in Stammheim abgehört worden war. Zugegeben wurde allerdings nur, dass in einzelnen Fällen Gespräche zwischen den Angeklagten und ihren Verteidigern belauscht worden waren. Der Lauschangriff auf den geschützten Raum zwischen Angeklagten und Verteidigern war ein sehr viel einschneidenderer Verstoß gegen rechtsstaatliche Prinzipien als es ein Verwanzen der Wohnzellen gewesen wäre. Das machte auch Bundesinnenminister Werner Maihofer auf einer geheimen Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages deutlich:

»Es gibt sogar noch aus dem Jahre 1976 eine gemeinsame Vorlage, die damals zwischen Justiz und Innenministerium erörtert worden ist, etwa was die Lauschoperationen in Strafanstalten anlangt. Das war ja damals mit der Verteidigerüberwachung ein Riesenproblem: Auf keinen Fall einen solchen Einsatz bei der Verteidigerüberwachung, auch nicht in solchen Terroristenfällen, weil das ja noch einmal eine zusätzliche Kollision mit diesem Kernbestand unserer Rechtsstaatlichkeit bedeutet.«

Beim Abhören von Verteidigergesprächen wollte man sich also zurückhalten. Für das Abhören von Strafgefangenen aber gab es freie Bahn.

Ende Februar wurde in Stammheim die erste Abhörmaßnahme vorbereitet, allerdings ohne jede Mitwirkung des BKA (siehe Seite 510, 524, 518–524, 663–678, 932f.).

Damals waren die Beamten und Politiker, allesamt Juristen, bemüht, bei ihren Anhörungen im Innenausschuss des deutschen Bundestages nicht die ganze Wahrheit zu sagen – und auch nicht direkt zu lügen.

Möglicherweise hatte man schon damals, ein gutes halbes Jahr vor der Schleyer-Entführung, die Kommunikationsanlage der Stammheimer Gefangenen entdeckt – und angezapft.

Die Vollzugsbediensteten und Beamten des Landeskriminalamts, die oftmals die Zellen durchsucht hatten, wussten, dass vor allem Raspe eine Menge Elektrobauteile, Kabel, Stecker besaß. Sogar ein Mikrofon war bei ihm entdeckt worden. Er durfte es behalten. Die Beamten hatten angeblich keine Ahnung, was die Gefangenen mit diesen Dingen anstellten.

Erst nach dem Tod der Häftlinge rekonstruierten Kriminalbeamte und ein Ingenieur der Bundespost, wozu die Gefangenen all das verwendet hatten.

Dabei hätte man in der Vollzugsanstalt gewarnt sein müssen. Denn drei Jahre zuvor hatten findige Häftlinge in Stammheim ein Kommunikationssystem von Zelle zu Zelle entwickelt (siehe Seite 747–753, 830f., 911f.).

Während der Schleyer-Entführung wurden die Gefangenen Raspe und Baader zweimal verlegt: Baader von seiner angestammten Zelle 719 in die Zelle 715, dann zurück in die 719. Während Baader in der Zelle 715 saß, konnte Raspe in seiner Zelle 718 bleiben. In dieser Zelle konnten die beiden Leitungssysteme, das Kabel für das anstaltseigene Rundfunknetz und der Draht des Schwachstromnetzes für Trockenrasierer, gekoppelt werden. Das entsprechende Verbindungskabel fand sich später in Raspes Zelle.

Als man Raspe Ende September aus seiner Zelle 718 in die Zelle 716 umquartierte, wurde gleichzeitig Baader in seine alte Zelle, die 719, zurückverlegt. Auch in dieser Zelle fand sich später ein Kabel, mit dem beide Kommunikationsstränge gekoppelt werden konnten.

Die gesamte Zeit der Schleyer-Entführung hindurch konnten die Gefangenen so miteinander sprechen.

Kaum zu glauben, dass niemand in der Anstalt davon etwas mitbekommen haben sollte. Der Ingenieur Otto Bohner, der für den Stammheimer Untersuchungsausschuss ein Gutachten über die Kommunikationsanlage abgab, mutmaßte später: »Es muss einen Grund gegeben haben, warum man diesen Häftlingen gestattet hat, so viel an Technik in ihren Zellen zu haben.«

Auch eine Büchersendung hätte Anlass zum Nachdenken geben können. Gudrun Ensslin bekam am 12. Mai 1977 vier Bücher in die Haftanstalt geschickt: 1. »Sendertabelle«, 2. »Praktischer Antennenbau«, 3. »Sender-Baubuch für Kurzwellen-Amateure«, 4. »KW und UKW Amateurfunk-Antennen«. Als die Besuchsüberwachung der Vollzugsanstalt die Weitergabe der Bücher stoppte, erklärte Ensslin lapidar, sie habe die Bücher nicht bestellt.

Als die Radios aus dem Besitz der Häftlinge überprüft wurden, waren Experten einer Dienststelle beteiligt, die kaum Manipulationen hätte übersehen können: Die schon erwähnte Gruppe Fernmeldewesen, abgekürzt Gruppe F, des damaligen Bundesgrenzschutzes, eine damals in der Öffentlichkeit unbekannte Abteilung, die vor allem für innerdeutsche Funküberwachung, aber auch im Terrorbereich eingesetzt wurde.

Die naheliegende Frage, ob auch während der Schleyer-Entführung abgehört wurde, beantworten Behörden und Ministerien seit 1977 mit Nichtwissen. Dabei wäre es ein Leichtes gewesen, sich in die Kommunikationsanlage der Gefangenen einzuschalten. Die Technik dafür war vorhanden. Der damalige stellvertretende Anstaltsleiter Schreitmüller sagte später, er habe von Abhörmaßnahmen »praktisch gar nichts mitbekommen«. Er glaube, das Landeskriminalamt »hatte seinen Raum im Mehrzweckgebäude, nicht bei uns«.

In der ersten Abhörphase 1975 hatten die Lauscher im siebten Stock neben den Besucherzellen gesessen und dort ihre Tonbandgeräte laufen lassen. Danach siedelte man offenbar in das Prozessgebäude um. Dort gab es einen Technikraum mit Monitoren und Tonbandgeräten. Hier hatten mehrere Dienststellen ihren Arbeitsplatz, wie aus einem Erweiterungsantrag von 1975 hervorgeht: Landeskriminalamt, Verfassungsschutz und BKA.

Nach Ende des Stammheimer Prozesses im April 1977 dürfte diese Zentrale zur akustischen Überwachung der Zellen genutzt worden sein. Es gibt konkrete Hinweise von Beteiligten, die ungenannt bleiben wollen, dass während der Schleyer-Entführung von hier aus die Zellen im siebten Stock abgehört wurden. Anfragen bei Behörden und Ministerien wurden bisher immer ausweichend beantwortet: Man könne dazu keine Akten mehr finden.

Der ehemalige Anstaltsleiter Hans Nusser wollte vor der Kamera in einem Interview für unsere Fernsehdokumentation »Der Herbst des Terrors« nicht mehr weiterreden, als er gefragt wurde, wann und wo und vor allem wie Wanzen in Stammheim ein- und wieder abgebaut worden waren. »Eine technische Einrichtung irgendwo anzubringen, das ist auch im Rahmen einer Anstalt möglich«, sagte er. »Aber es ist nicht unsere Aktion gewesen. Da werde ich Ihnen jetzt nichts weiter dazu sagen. Ich unterliege immer noch der dienstlichen Schweigepflicht. Ich habe zwar generell die Erlaubnis, über all diese Vorkommnisse zu reden, aber das ist, wie gesagt, eine Aktion, wo mir die Einzelheiten nicht in dem Maße bekannt sind, dass ich beurteilen könnte, inwieweit ich befugt bin, dazu Näheres zu sagen. Also, dazu möchte ich jetzt nichts weiter sagen.«

Bei der Frage, ob die Gefangenen in Stammheim im Herbst 1977 abgehört wurden, hüllen sich auch hochrangige Beamte aus dem Sicherheitsapparat seit Jahrzehnten in Schweigen.

Jetzt, fast vierzig Jahre nach dem »Deutschen Herbst«, schrieb mir der

langjährige BKA-Beamte Rainer Hofmeyer, der 1977 in der Einsatzleitung des Bundeskriminalamtes, später Leiter der Abteilung Terrorismusbekämpfung war:

»Ich war 1977 während der Schleyer-Entführung unmittelbar in der BKA-Einsatzleitung, permanent mit dem Leiter Terrorismusbekämpfung Gerhard Boeden im selben Raum, immer bei seinem Einsatz dabei.«

Vorab bemerkte er, das BKA sei bei der Frage des Strafvollzugs außen vor gewesen; der sei grundsätzlich Landesangelegenheit gewesen. »Das Bundeskriminalamt erhielt jedoch im Rahmen des Meldedienstes ›Häftlingsüberwachung‹ regelmäßig inhaltlich Informationen aus Stammheim«. Einzelne technisch-taktische Maßnahmen seien jedoch nicht Gegenstand des Meldedienstes gewesen. Doch dann schrieb der ehemalige hohe BKA-Beamte unmissverständlich:

»Die Stammheimer Gefangenen wurden abgehört. Zumindest während der Schleyer-Entführung. Das BKA war nicht für die Anordnung von Maßnahmen in der JVA verantwortlich, hatte jedoch von dieser Tatsache Kenntnis erlangt.«

Das Abhören habe seiner Kenntnis nach nur während ihrer Zusammenkünfte im 7. Stock stattgefunden. Ob auch während einzelner Zusammenschlüsse in einzelnen Zellen, wisse er nicht, schließe es aber auch nicht aus.

Rechtliche Bedenken gegen eine solche Maßnahme habe es allgemein nicht gegeben: »Wenn Wert darauf gelegt wurde, dass die Maßnahme nicht bekannt wurden, dann aus taktischen Gründen, um die freie Kommunikation nicht zu beeinträchtigen.«

Zum Ersten dürfe die damalige Lage nicht aus der heutigen verfassungsrechtlichen Feststellung bewertet werden, weil es seinerzeit das Volkszählungsurteil (1983) mit dem herausgearbeiteten »Recht auf informationelle Selbstbestimmung« noch nicht gab. Einschränkend geregelt wurden Abhörmaßnahmen im Polizeirecht erst Jahrzehnte später.

»Im Gegenteil«, schrieb Rainer Hofmeyer weiter, »polizeirechtlich war während der Schleyer-Entführung eine solche Maßnahme sogar geboten, zumal auch die Güterabwägung zwischen Recht auf Intimsphäre der Gefangenen und Recht auf Leben von Schleyer eindeutig für den Schutz des Lebens sprach. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Polizeirecht stand dem somit nicht entgegen. Das Polizeirecht ließ seinerzeit alle ›geeigneten Maßnahmen‹ zur Gefahrenabwehr zu.

Darüber hinaus befanden und befinden sich Gefangene in einem ›besonderen Gewaltverhältnis‹, in dem ihre Rechte grundsätzlich eingeschränkt sind. Siehe Postkontrolle mit Einschränkungen beim verfassungsrechtlich geschützten Briefgeheimnis«.

Nach seiner Bewertung spielte sich das »Abhören der Umschlüsse auf der rechtlichen Ebene der Anstaltssicherheit ab, eventuell eine Gemengelage mit Polizeirecht«. Das BKA sei nach seiner »eigentlich ungetrübten Erinnerung« technisch-taktisch nicht eingebunden gewesen. »Ich gehe davon aus, dass sich die baden-württembergische Justiz bzw. Polizei technische Hilfe vom Verfassungsschutz Land/Bund, BND oder BGS geholt hat, da weder das BKA noch die Länderpolizeien damals das Abhören im technischen Repertoire hatten.«

Wer konkret abgehört habe, ob Polizei oder Verfassungsschutz bzw. BND, wisse er nicht.

Ein Abhören der geschlossenen Hafträume nachts, so meinte er, sei »taktisch gesehen sinnlos, da niemand bei geschlossenen Zellen von einer Kommunikation der Häftlinge untereinander ausging«. Ob es als Notruf eine Gegensprechanlage in den Zellen gab, wisse er nicht.

Doch genau eine solche Anlage gab es, wie sich nach den Selbstmorden der Gefangenen herausstellte. Die hatte Jan-Carl Raspe *(siehe Seite 576, 747–752)* aus Elektrogeräten gebastelt, sodass eine perfekte Kommunikation von Zelle zu Zelle möglich war. Darüber muss auch die Verabredung zum Selbstmord erfolgt sein. Diese Anlage nach ihrer Entdeckung abzuhören wäre ein Leichtes gewesen – und juristisch eher unproblematisch.

Rechtlich und politisch kritisch, so der BKA-Beamte weiter, sei auch 1977 ein Abhören der Verteidigergespräche gewesen, da selbst damals schon der Grundsatz des fairen Verfahrens im Strafprozess galt – abgeleitet aus dem Rechtsstaatsprinzip. »Insofern war ein Abhören der Verteidigergespräche weder polizeirechtlich noch anstaltsrechtlich zu rechtfertigen. Während ein Abhören der Gefangenen untereinander jederzeit vertretbar war, hätte das Bekanntwerden einer solchen Maßnahme politische Konsequenzen nach sich gezogen.«

So war es ja auch tatsächlich nach dem Bekanntwerden von Abhörmaßnahmen in den Besucherräumen 1975, als Gespräche zwischen RAF-Anwälten und ihren Mandanten belauscht worden waren. *(Siehe*

Seite 492, 521, 523, 648, 665, 672, 942) Ein Bekanntwerden dieser Abhöreinrichtungen hätte vermutlich den noch laufenden Prozess zum Platzen gebracht.

Der BKA-Beamte Hofmeyer dazu in seiner Mail an mich:

»Nach meiner Erinnerung war das Abhören der Verteidigergespräche auf der Ebene der Geheimdienste dennoch – mit der Begründung ›geheimdienstliche Mittel‹ – in der Phase der Entführung Schleyers als Ultima Ratio geplant und auch technisch vorbereitet, wonach das auch noch heute gültige Prinzip gilt, dass die Geheimdienste (nur) polizei- und strafrechtlich relevante Informationen weitergegeben müssen. Zu einer konkreten Rückmeldung über Ergebnisse habe ich keine Erinnerung.«

Er gehe dabei davon aus, dass sich der Verfassungsschutz (Land und/oder Bund) die üblichen Genehmigungen seiner G10-Ausschüsse geholt habe, um auf der sicheren Seite zu sein. »Wenn wir im BKA überhaupt damals inhaltlich etwas von den Verteidigergesprächen erfahren hätten, dann nur allgemein mit verschleierter oder keiner Quellenangabe. An konkrete Warnungen o.ä. aus diesen Maßnahmen kann ich mich nicht erinnern.«

Nach der sogenannten Stammheimer Nacht sei während seines Beiseins in Leitungsrunden nicht über irgendwelche verdeckten Erkenntnisse aus der Nacht gesprochen worden, schon gar nicht wurden Abhörmaßnahmen in den geschlossenen Zellen erwähnt. An »ein Tonband« könne er sich nicht erinnern.

Das BKA sei im Vorfeld der Stammheimer Nacht besonders aufmerksam geworden, weil Hofmeyers Mitarbeiter, der Erste Hauptkommissar Alfred Klaus, nach Gesprächen mit den Gefangenen berichtet hatte, dass deren Zustand labil sei und sie geäußert hätten, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. »Das Land BW wurde von unserer Einschätzung in Kenntnis gesetzt. Dass Waffen in die Zellen geschmuggelt würden, hätte niemand für möglich gehalten. Insofern gab es hier keine Vorwerfbarkeit, schon gar keine billigende Inkaufnahme der Selbstmorde.«

Die Erinnerungen des hohen BKA-Beamten Hofmeyer decken sich mit den unbestreitbaren Indizien aus den bis heute zur Verfügung stehenden Akten. Danach dürfte die von Gefangenen heimlich gebaute Kommunikationsanlage bei einer Zellenrazzia entdeckt und »angezapft« worden sein.

Womöglich wurden die Türen der Zellen im Hochsicherheitstrakt auch aus diesem Grund mit Schaumstoffmatratzen schalldicht gemacht, um die

Häftlinge gleichsam zu zwingen, ihre eigene Kommunikationsanlage zu nutzen.

Es war offenbar eine perfekte Geheimoperation – durchgeführt vom Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Richard Meier und ganz wenigen Vertrauten, die wohl aus dem BND stammten, wo Meier zuvor als Chef der Beschaffung tätig gewesen war.

Hinweise hatte es schon sehr frühzeitig gegeben.

Der damalige Leiter der Abteilung 8, Staatsschutz, beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Hans Kollischon, sagte 2007: »Ziel der Abhörmaßnahmen war die Verhinderung von Freipressungsaktionen. Durch den Tod der Stammheimer Häftlinge hatte sich die Zielrichtung erledigt. Deshalb wurden alle Unterlagen vernichtet.«

Kollischon weiter: »Der Vorgang unterliegt heute noch der Geheimhaltung.« Auf die Frage, ob während der Schleyer-Entführung abgehört wurde, sagte er: »Es wäre doch idiotisch, wenn man solche Einrichtungen nicht nutzen würde, um das Leben Schleyers zu retten. Alles, was machbar war, wurde gemacht.«

Tatsächlich gab es unter dem Dach des Landeskriminalamts in der Stuttgarter Johannisstraße eine Abteilung für Telefonüberwachungen. Dort wurden die vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs angeordneten Maßnahmen ausgeführt. Hausintern hieß die Abteilung beim LKA »Sondermaßnahme«. Und tatsächlich findet sich dieser Begriff in einem Einsatzkalender für den Tag der Selbstmorde in Stammheim. Für die Uhrzeit 10.21 notierte der LKA-Beamte Dieter Löw: »Die Beamten der Sondermaßnahme wurden von dem Vorfall in Stammheim verständigt und angewiesen, Erkenntnisse in ihrem Bereich, die im Zusammenhang mit dem Vorfall in Stammheim stehen, sofort an die Abteilung 8 weiterzugeben.«

Offenbar wurde unter dem Decknamen »Sondermaßnahme« auch die Überwachung der Stammheimer Häftlinge koordiniert. Wie sonst hätten die Beamten der Sondermaßnahme von den Geschehnissen der Todesnacht wissen können?

Unmittelbar nach dem Selbstmord der Häftlinge wusste das Landeskriminalamt ganz genau, auf welche Weise die Gefangenen miteinander kommunizieren konnten. Was man monatelang angeblich übersehen hatte, war plötzlich in allen Details bekannt, wie ein LKA-Dokument vom 21. Oktober 1977 beweist. Das war, bevor der Sachverständige der Bundespost überhaupt seine Arbeit aufgenommen hatte.

In dem Papier heißt es: »Die Verständigung war außergewöhnlich gut.« Das konnte man eigentlich noch nicht wissen, denn Verstärker, Lautsprecher, Kopfhörer und Kabel waren nicht miteinander verbunden, als die Leichen entdeckt wurden.

Es gibt kaum einen Zweifel: Die Kommunikationsanlage im siebten Stock muss lange vor dem Tod der Häftlinge entdeckt und von den beamteten Lauschern angezapft worden sein. Es drängt sich die Frage auf: Wurden die Stammheimer Gefangenen in der Todesnacht abgehört, gab es oder gibt es Tonbänder, was war oder ist darauf zu hören? Liefen nur Bänder mit, oder saßen Beamte daneben? Was taten diese, als sie die Verabredung zum Selbstmord belauschten?

Das sind Fragen, mit denen Bundesinnenministerium, Bundesnachrichtendienst, Bundeskriminalamt und vor allem die Behörden in Baden-Württemberg konfrontiert wurden. Die Antwort war immer die gleiche: Es gebe keine Akten mehr über die Abhörmaßnahmen in Stammheim. Lediglich das Innenministerium in Baden-Württemberg entdeckte bei einer Suchaktion im eigenen Hause viereinhalb Meter geheimer Akten zum Thema RAF und Stammheim. Das Innenministerium teilte dazu mit, »die Prüfung der möglichen Freigabe von Verschlusssachen« sei »ein komplexer und vielschichtiger Vorgang«. Eine abschließende Entscheidung sei bisher nicht möglich. Die Sichtung der Unterlagen habe derzeit keine neuen Erkenntnisse erbracht.

Der ehemalige Staatsschutzbeamte Dieter Löw, der den Einsatzkalender mit der »Sondermaßnahme« verfasst hatte, sei zu einer »Kontaktaufnahme nicht bereit«.

Aussagegenehmigungen für Beamte, die namentlich benannt worden waren, wurden sehr stark eingeschränkt oder gar nicht erteilt. Aussagegenehmigungen vom Innenministerium in Baden-Württemberg waren so restriktiv, dass ein Interview kaum noch lohnte. Über Vorgänge, die mit »NfD« (Nur für den Dienstgebrauch) bis zu »geheim« klassifiziert waren, durfte nichts gesagt werden. Die Strafandrohung für einen Verstoß gegen diese Geheimhaltungsrichtlinien wurde gleich mitgeliefert. Selbst ein juristisches Gutachten, in dem das Stuttgarter Justizministerium die Frage untersuchte, welche Vorgänge heute noch als geheim oder nicht geheim eingestuft werden, wurde geheim gehalten.

Noch 2017 lehnte es das Baden-Württembergische Justizministerium ab, die

Geheimhaltung der Einstellungsverfügung aufzuheben. Es war mir trotzdem möglich, an das Papier zu kommen; es ist ein Musterbeispiel der Verschleierung.

Am 24. September 2008 verfügte die Staatsanwaltschaft Stuttgart, von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens abzusehen: »Die in den Medien aufgestellte Behauptung, Amtsträger hätten von der bevorstehenden Selbsttötung der Untersuchungshäftlinge Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977 in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart vorab erfahren und diese pflichtwidrig nicht verhindert, gibt ungeachtet möglicherweise eintretender Verfolgungsverjährung schon aus tatsächlichen Gründen keinen Anlass zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens.« Es bestünden keine zureichenden Anhaltspunkte dafür, dass in der genannten Nacht Haftzellen der Untersuchungsgefangenen abgehört wurden und deshalb »Amtsträger Kenntnis von den verabredeten Selbsttötungen erlangt« hätten.

Es wurden keine eigenen Ermittlungen angestellt, sondern nur die von uns damals vorgelegten Unterlagen aus dem Staatsarchiv in Ludwigsburg bewertet. Die »Sondermaßnahme Stammheim« könne keine Abhörmaßnahme gewesen sein: »Hätte es sich bei der angeführten ›Sondermaßnahme‹ um eine akustische Überwachung der Haftzellen gehandelt, hätten die Beamten nicht über die Todesfälle unterrichtet werden müssen, weil sie davon unmittelbar über die Abhörmaßnahmen (…) Kenntnis erlangt hätten.« Wären Abhörmaßnahmen vorgenommen worden, hätte es dazu Akten geben müssen. Es wurden allerdings vonseiten der Staatsanwaltschaft keine neuen Suchaktionen danach vorgenommen.

Weiterhin heißt es in bestechender Logik: »Abhörmaßnahmen in den Haftzellen trotz der Kontaktsperre wären (…) nur sinnvoll gewesen, wenn das Kommunikationssystem der Gefangenen bekannt gewesen wäre. Dies war indes nicht der Fall …« Als Beleg dazu wurde die Aussage des Hauptwerkmeisters Halouska vom 8.12.77 angeführt. Als diesem vorgehalten wurde, dass er durch das Abklemmen der Rundfunkleitung im 7. Stock *(siehe Seite 749, 753)* das System erst für eine Kommunikation der Häftlinge brauchbar gemacht hatte, »musste wegen seiner Erregung abgebrochen werden«. Daraus schloss die Staatsanwaltschaft: »An seiner Glaubwürdigkeit bestehen keinerlei Zweifel, aus seinen Aussagen geht durchgehend sein Verantwortungsgefühl hervor …«

Aus den Zellenplänen in der Akte des LKA-Präsidenten Bux mit den

handschriftlich eingetragenen Kreuzen schloss die Staatsanwaltschaft immerhin, dass diese »mit immer wieder vorgenommenen Überlegungen im Zusammenhang stehen, eine akustische Überwachung der Gefangenen in den Zellen durchzuführen«. Für die Mutmaßung, dass damit auch »tatsächlich erfolgtes Anbringen« von Abhörvorrichtungen markiert worden wäre, ergäben sich jedoch keine Anhaltspunkte.

Zu den nicht bestreitbaren Einrichtungen zum Abhören der Zellen neben dem Prozessgebäude *(siehe Seite 677)* heißt es: »Aus dem Vermerk des Innenministeriums BaWü aus dem März 1977 ergibt sich überdies, dass die Abhöranlagen (…) nur im Falle einer Geiselnahme oder einer konkreten Gefahr für das Leben eines Menschen hätten aktiviert werden dürfen. Es ist nicht ersichtlich, dass die Abhöranlagen im Rahmen der Fahndung nach Dr. Hanns Martin Schleyer in Betrieb genommen wurden.«

Aus Sicht der Stuttgarter Staatsanwaltschaft war der Fall Schleyer offenbar weder eine Geiselnahme noch eine konkrete Gefahr für das Leben eines Menschen.

Keine Frage, es gibt hier einiges, was bis zum heutigen Tag, aus welchen Gründen auch immer, geheim bleiben soll.

Als Wochen nach dem Selbstmord der Gefangenen im siebten Stock der Putz von den Wänden geschlagen wurde, um die Zellen zu renovieren, geschah dies unter Aufsicht von Experten der Gruppe Fernmeldewesen, wie ein Schreiben vom 22. November 1977 an das Innenministerium Baden-Württemberg beweist.

Die Aufgabe der Experten: »Überprüfung sämtlicher Stark- und Schwachstromanschlüsse sowie der Leitungsführungen durch sachkundige Beamte des BGS. Entfernung des Putzes in den Zellen und im Umschlussraum durch eine vom Hochbauamt zu bestimmende Privatfirma, wobei die BGS-Beamten dieser Firma als sachkundige Berater über die gesamte Dauer der Arbeiten zur Verfügung stehen.«

Abhöranlagen sind Schwachstromanlagen. Es liegt nahe, dass diejenigen, die den Einbau überwachten, auch für den Aufbau verantwortlich gewesen waren.

Viele Indizien deuten darauf hin, dass die Gefangenen in Stammheim während der Entführung Schleyers abgehört wurden, entweder durch die von den Gefangenen eingerichteten Kommunikationsanlagen oder durch in den Zellen installierte Wanzen – oder durch beides. Sich in eine von den Gefangenen heimlich gebaute Kommunikationsanlage einzuklinken, wäre

juristisch durchaus zu rechtfertigen gewesen. Die Frage ist nur, was die Abhörer mitbekommen haben und welche Konsequenzen sie daraus zogen.

Der Selbstmord der Gefangenen im siebten Stock von Stammheim sei, sagte 2007 der ehemalige BKA-Chef Horst Herold, »eine Katastrophe für den Staat« gewesen. Dass der Selbstmord »unter den Augen des Staates geschehen konnte, ist eine Schande«, so Herold, »es war doch abzusehen, dass daraus Legenden entstanden, das dient der Heroisierung der RAF.«

Um 40 Jahre nach dem »Deutschen Herbst« doch noch Licht ins Dunkel der Todesnacht von Stammheim zu bringen, schrieb ich im Mai 2017 einen Brief an den Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Darin heißt es:

»In den vielen Jahren meiner Recherchen ist eine Frage bisher immer noch nicht abschließend geklärt bzw. belegt, die Frage nämlich, ob die RAF-Häftlinge im Hochsicherheitstrakt während der Schleyer-Entführung abgehört worden sind und ob davon – falls das zutrifft – Tonaufzeichnungen oder Abschriften existieren.

Es gibt eine Fülle von gravierenden Indizien, auch konkrete Hinweise von Beamten, die damals in leitenden Funktionen tätig waren. So habe ich bereits vor zehn Jahren die Handakte des damaligen Präsidenten des Landeskriminalamts Baden-Württemberg im Staatsarchiv Ludwigsburg einsehen können, aus der eindeutig hervorgeht, dass zumindest geplant war, im Falle einer Geiselnahme die Gespräche zwischen den Gefangen Baader, Ensslin, Raspe und ggfs. weiteren Häftlingen abzuhören. Es lässt sich auch nachweisen, dass entsprechende Installationen vorgenommen worden sind.«

Ich konfrontierte den Minister in dem Brief mit meinen aktuellen Recherche-Ergebnissen, bat um Unterstützung der beteiligten Behörden und schloss folgendermaßen:

»Ich bin der dezidierten Auffassung, dass nunmehr demnächst 40 Jahre nach dem ›Deutschen Herbst‹ dieses Kapitel der Ereignisse in Stammheim offengelegt werden sollte. Zumal die einzige Überlebende der ›Nacht von Stammheim‹, Irmgard Möller, immer noch daran festhält, sich die Messerstiche in die Brust nicht selbst beigebracht zu haben. Sie bestreitet auch jegliche Kommunikation mit ihren Mithäftlingen im 7. Stock, obwohl die dafür notwendigen Geräte in ihrer Zelle aufgefunden wurden.

Auch deshalb wäre es von großem politischen und historischen Wert, nach so langer Zeit die Wahrheit über Stammheim aufzudecken. Falls es

Tonaufzeichnungen und/oder Mitschriften gibt, müsste darauf u.a. die Verabredung der Gefangenen zum Selbstmord sein.

Ich meine, der Komplex Stammheim darf nicht auf Dauer wie ein Staatsgeheimnis behandelt werden.«

Der Bundesinnenminister hat den Brief inzwischen an die Chefs der betreffenden Behörden weitergeleitet. Bleibt abzuwarten, ob noch etwas gefunden wird. Bis dahin ist der Fall Stammheim nicht abgeschlossen.

Nachspiel

Nach dem Selbstmord der RAF-Gründer war aus der »Rote Armee Fraktion« eine tote Armee geworden. Auf dem Dornhaldenfriedhof von Stuttgart nahm eine Unterstützerszene Abschied von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, die in den Kämpfern der RAF vor allem Opfer sah. Ihr Selbstmord galt für sie als Mord, ganz gleich, ob die Gefangenen sich in ihren Zellen selbst umgebracht hatten oder nicht. Die wirklichen Opfer der RAF, die zerrissenen Leichen der Bombenanschläge, die erschossenen Polizisten, der ermordete Generalbundesanwalt und seine Begleiter, der entführte und hinterrücks erschossene Arbeitgeberpräsident mitsamt Fahrer und Leibwächter, wurden eher schulterzuckend zur Kenntnis genommen, manchmal sogar mit einer »klammheimlichen Freude«.

Die Gründer der RAF, Baader, Meinhof und Ensslin, wuchsen zu Ikonen heran. Verschwommene Zeichnungen ihrer Leichenfotos wurden zu hoch bezahlten Kunstwerken, die es bis ins Museum of Modern Art in New York schafften. Der quasireligiöse Charakter ihres irren Kreuzzuges, der vom 2. Juni 1967 bis zum 18. Oktober 1977 dauerte, zehn Jahre, die die Republik erschütterten, machte sie im Weltbild mancher deutschen Linken unsterblich. »Ich will etwas getan haben«, hatte Gudrun Ensslin nach dem Brandanschlag auf zwei Frankfurter Kaufhäuser gesagt.

Das überstrenge Gewissen, das im Ensslin’schen Pastorenhaushalt gepflegt und kultiviert worden war, drängte offenbar nach gewaltsamem Ausbruch. So trug Gudruns Kampf gegen das »Schweinesystem« von Anfang an religiöse Züge.

Sie und ihre Kampfgefährten hatten sich selbst nie als Terroristen gesehen, sondern als legitime Widerstands- und Freiheitskämpfer gegen ein unmenschliches »System«, legitimiert durch ein geradezu religiöses Recht auf Widerstand gegen Tyrannen jeglicher Organisationsform. Die blutige, inhumane Wirklichkeit der eigenen Handlungen blendeten sie weitgehend aus. Nur in Anspielungen auf Bertolt Brechts Revolutionsdrama »Die Maßnahme« schimmerte gelegentlich auf, dass zumindest Ulrike Meinhof

eine Ahnung von der Ungeheuerlichkeit des eigenen Tuns hatte: »Welche Niedrigkeit begingest du nicht, um die Niedrigkeit auszutilgen«, zitierte sie Brecht und fügte hinzu: »Klar, ein ekelhafter Gedanke …«

Als Kriminalbeamte nach dem Tod der Gefangenen im siebten Stock der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim die Zelle Gudrun Ensslins durchsuchten, fanden sie auch bei ihr das Buch mit den »Lehrstücken« von Bertolt Brecht. Darin enthalten »Die Maßnahme«, in der es heißt:

Furchtbar ist es zu töten.
Aber nicht andere nur, auch uns töten wir, wenn es Not tut
Da doch nur mit Gewalt diese tötende
Welt zu ändern ist, wie
Jeder Lebende weiß.

Die Stammheimer Gründer der RAF waren schon zu Lebzeiten Projektionsflächen zur beliebigen Verwendung geworden. Das Bild vom Staatsfeind Nummer 1 fand seine Entsprechung in der gläubigen Verklärung durch die Angehörigen der zweiten RAF-Generation. Die Stammheimer zu befreien, war zu ihrem Lebensinhalt geworden. Für die Stammheimer zu morden und im Zweifel zu sterben, wurde für sie zum kategorischen Imperativ revolutionärer Selbstverwirklichung.

Jetzt saßen sie in Bagdad, die Hinterbliebenen der Revolution. Ihr Ziel, die Befreiung der Stammheimer, war dreifach gescheitert. Die Bundesregierung hatte sich auch durch die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, Inbegriff aller Kapitalisten, nicht erpressen lassen. Die Passagiere der »Landshut« waren in Mogadischu durch den Einsatz der Antiterroreinheit GSG 9 befreit worden. Die Gefangenen im siebten Stock der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim hatten sich durch ihren Selbstmord aus dem Hochsicherheitstrakt befreit. Sie konnten nicht mehr freigepresst werden. Die RAF hatte ihr Ziel verloren.

Jahre später fanden sich mehrere RAF-Mitglieder nach der Verbüßung ihrer Haftstrafen in einer Psychogruppe zusammen, um die gemeinsame terroristische Vergangenheit aufzuarbeiten. Einer der Täter von Stockholm, Karl-Heinz Dellwo, kam zu der Erkenntnis:

»Seltsamerweise hat mich später ihr Tod mit ihnen versöhnt. Die aufbrausenden Gefühle, als die Nachricht kam: Darin steckte auch der Zorn,

dass sie sich vom Acker gemacht haben und uns die Suppe auslöffeln lassen. Heute sage ich mir: Sie haben für sich politische Kriterien gehalten oder sind dahin zurückgekehrt. Die Unverhältnismäßigkeit ist die Barbarei. Seit Jahren schon drehte sich alles um die Befreiung der Gefangenen. Von uns waren einige dafür gestorben, andere sind ins Gefängnis gekommen oder haben andere Folgen auf sich genommen. Wir hatten mehrere Opfer zu verantworten, zum Schluss ist die ganze Moral der RAF gekippt – und bei allem stand ihre Befreiung im Mittelpunkt. Da haben sie mit ihrem Tod einfach auch eine Grenze gesetzt.

Die Botschaft war: Unseretwegen jetzt nichts mehr. Beendet es oder findet einen Inhalt für euch! In der Inszenierung ihres Todes ist ja vieles enthalten: Der letzte Tritt gegen die Macht, von der sie sich völlig befreit sahen. Ein Aufscheinen der alten Moral – ›das Projektil sind wir‹. Aber auch die Übernahme einer Verantwortung, vielleicht sogar so etwas wie Buße und die Erkenntnis, dass das alles für sie in keinem Verhältnis mehr zum Einsatz steht.«

Viele Wochen verbrachten die Reste der RAF in ihrem irakischen Exil, geduldet von Saddam Husseins Geheimdienst, betreut, finanziert und instrumentalisiert von diversen palästinensischen Terrorgruppen, allen voran die Palästinensische Volksbefreiungsfront (PFLP) des Wadi Haddad, Kampfname Abu Hani.

Der Schock von Stammheim saß tief. Peter-Jürgen Boock, der schon seit Jahren an unerträglichen Schmerzen litt, benötigte Medikamente, die nur in Europa erhältlich waren. In Wirklichkeit war er längst drogensüchtig. Um ihn mit den nötigen Mitteln zu versorgen, wurden immer wieder Kuriere in die Niederlande geschickt. Gruppenchefin Brigitte Mohnhaupt, die immer noch mit Boock liiert war, gab dazu die Anweisungen. Die Drogenboten folgten gehorsam, einige wurden bei Beschaffungsaktionen festgenommen.

Von 1970 bis zum »Deutschen Herbst« des Jahres 1977 waren 28 Menschen bei den Anschlägen oder Schusswechseln ums Leben gekommen. 17 Mitglieder der »Stadtguerilla« fanden den Tod. Zwei gänzlich Unbeteiligte waren bei Fahndungsmaßnahmen versehentlich von der Polizei erschossen worden.

Insgesamt 47 Tote. Das ist die Bilanz von sieben Jahren »Untergrundkampf«. In diesen sieben Jahren hatte die Bundesrepublik

Deutschland aufgerüstet, juristisch und polizeilich und im Bewusstsein der breiten Bevölkerung. Das Land hatte an Liberalität verloren. Doch auch der hochgezüchtete Polizeiapparat hatte den Krieg der nächsten Generation der RAF nicht stoppen können.

Das blutige Ende des »Deutschen Herbstes« war nicht das Ende des Terrorismus in Deutschland. Die neue RAF hatte nur dazugelernt. Sie hinterließ keine Spuren mehr. Sie mordete aus dem Hinterhalt.

Im Juni 1979 zündete Rolf Clemens Wagner per Funk in einem unter eine Straße getriebenen Stollen einen Sprengsatz, als der NATO-General Alexander Haig auf dem Weg zum Hauptquartier war. Die Detonation wurde einen Sekundenbruchteil zu spät ausgelöst, sodass drei Personenschützer in einem Begleitfahrzeug nur leicht verletzt wurden. Die Erklärung des »Kommandos Andreas Baader« endete mit dem Satz: »Der Kampf hört nie auf.«

Inzwischen hatte Peter-Jürgen Boock sich aus der Gruppe abgesetzt, und neben Brigitte Mohnhaupt war nun Christian Klar der männliche Part der Doppelspitze.

Ende 1979 wollten sich acht Gruppenmitglieder aus dem bewaffneten Kampf verabschieden. Sie mussten ihre Waffen abgeben und warteten in einem Ferienhaus in der Bretagne darauf, dass ein sicheres Exil für sie gefunden würde. Es sollte ein sozialistisches Land in der Dritten Welt sein.

Inge Viett, eine Veteranin des bewaffneten Kampfes in der Bundesrepublik, zog die Fäden. Im Frühjahr 1978 hatte sie, eher zufällig, auf dem Ostberliner Flughafen Schönefeld einen Stasi-Major kennengelernt und war mit ihm ins Gespräch gekommen. Im Juni wurde sie bei einer Durchreise in der CSSR zusammen mit zwei weiteren Frauen festgenommen. Der Genosse aus Ostberlin eilte zu Hilfe und erreichte ihre Freilassung. Ende 1980 sprach Inge Viett mit dem Stasi-Offizier und einem seiner Kollegen von der Hauptabteilung XXII des Ministeriums für Staatssicherheit über die Pläne einiger RAF-Mitglieder, sich vom bewaffneten Kampf zu verabschieden und nach Afrika zu gehen.

Die Geheimdienstler rieten ab. In Afrika würde eine Gruppe von Weißen auffallen, außerdem sei die Lage in den meisten in Betracht kommenden Ländern zu unsicher. Der Leiter der Hauptabteilung XXII informierte Stasi-Chef Erich Mielke, und der entschied: Dann sollen sie doch einfach zu uns

kommen.

Jeder Aussteiger erhielt aus der Kasse der RAF 3000 D-Mark als Startkapital für die Eingliederung in den Arbeiter- und Bauernstaat. Geld war genügend vorhanden: Allein durch die Entführung des österreichischen Wäschekönigs Walter Palmer hatte die »Bewegung 2. Juni« im Jahr 1977 4,5 Millionen Mark in verschiedenen Währungen erbeutet. Die Reste dieser »Kriegskasse« brachte die »Bewegung 2. Juni« in die RAF ein.

Die Aussteiger wurden zunächst in einem »konspirativen Objekt« der Stasi in der Nähe von Frankfurt an der Oder untergebracht. Sie mussten sich neue Lebensläufe ausdenken, die mit gefälschten Dokumenten untermauert wurden.

Aus Susanne Albrecht wurde jetzt Ingrid Jäger, und sie begann ein Fernstudium an der Leipziger Karl-Marx-Universität. Sie, die wenige Jahre zuvor einen Freund ihrer Familie, den Bankier Jürgen Ponto, seinen Mördern ausgeliefert hatte, wollte jetzt Englischlehrerin werden.

Silke Maier-Witt hieß nun Angelika Gerlach und schrieb sich in Erfurt für eine Ausbildung zum »Facharbeiter Krankenpflege« ein.

Werner Lotze und Christine Dümlein waren jetzt Manfred und Katharina Janssen. Sie wurde Sekretärin in der Betriebsberufsschule des VEB Synthesewerk Schwarzheide, wo er es sogar bis zum Schichtleiter brachte.

Die Stasi gab den RAF-Aussteigern nicht nur einen sicheren Zufluchtsort. Sie hielt auch Kontakt zu den im Westen nach wie vor aktiven RAF-Kadern und bot ihnen ein Refugium zur Erholung vom Untergrundkampf. Es kam sogar vor, dass Stasi-Offiziere wochenlang mit Christian Klar und weiteren sechs RAF-Mitgliedern auf Truppenübungsplätzen Schießübungen veranstalteten, sie in Sprengstofftechnik und in der Handhabung der Panzerfaust RPG-7, einem sowjetischen Modell, unterrichteten.

Mit einer solchen Panzerfaust beschoss am 15. September 1981 Christian Klar gemeinsam mit drei weiteren RAF-Kadern die Mercedes-Limousine des US-Generals Frederick J. Kroesen in Heidelberg.

Nach der Wende, als die in der DDR untergetauchten RAF-Leute festgenommen und entsprechende Stasi-Unterlagen ausgewertet wurden, klagte die Bundesanwaltschaft einige der MfS-Offiziere an. Es konnte aber nicht nachgewiesen werden, dass die Schießübungen mit der Panzerfaust *vor* dem Anschlag auf Kroesen stattgefunden hatten und nicht hinterher, wie die Beschuldigten behaupteten. Die Übung, so erklärten sie, sei auf Verlangen der Abteilung Personenschutz des MfS durchgeführt worden. Man habe den

Ablauf des Anschlags nur rekonstruieren wollen.

Ein Schäferhund war bei dem Probeschießen als Double für den US-General auf die Rückbank gesetzt worden. Nach dem Schuss mit der Panzerfaust war der Hund verletzt und wurde mit einer Pistolenkugel von seinen Leiden erlöst. Die Stasi-Offiziere wurden von der Anklage wegen Beihilfe zum versuchten Mord freigesprochen.

Doch nicht nur die Stasi bekam den meistgesuchten Terroristen zu Gesicht. Auch der bundesdeutsche Verfassungsschutz war – zumindest zeitweise – sehr nah dran.

Christian Klar und Adelheid Schulz hatten sich Anfang der achtziger Jahre in Hamburg um ein Quartier bemüht.

Davon bekam das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz Wind; es hatte eine gute Quelle. So stand es jedenfalls in einem Brief, den die RAF an die Hamburger Gruppe »Frauen gegen den imperialistischen Krieg« schickte. In dieser hatte sich eine ältere Frau engagiert, ihr Ehemann war in Anti-NATO-Gruppen aktiv. Die Hamburger Frauen recherchierten selbst weiter und kamen zu dem Ergebnis, dass dieses ältere Ehepaar sich seit Jahren in der linken Szene der Hansestadt bewegte. Der Mann, Kind einer jüdischen Familie, war während der Nazizeit gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder in Hamburg versteckt worden. Nach Kriegsende wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei. Als diese vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde, betätigte er sich weiter für die illegale KPD. Über seine Verfolgung vor und nach Kriegsende berichtete er den jungen Linken der siebziger und achtziger Jahre immer wieder. So wurden er und seine Ehefrau fast so etwas wie Ikonen der Szene. Was die Genossen bis dahin nicht wussten – das Ehepaar arbeitete für das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz. Die Frau habe sich »unter Ausnutzung unserer Hochachtung vor ihrem Alter und ihrer Erfahrung im NS-Faschismus bei uns reingedealt«, hieß es später in der Stellungnahme der linken Kriegsgegnerinnen.

Über die beiden in der Szene gut vernetzten revolutionären Rentner konnte das LfV offenbar Christian Klar und seine Begleiterin Adelheid Schulz aufspüren. Beide ganz oben auf der Fahndungsliste des Bundeskriminalamtes. Aber es erfolgte kein Zugriff. Der Vizepräsident des Hamburger Verfassungsschutzes Christian Lochte erklärte das später so: Man habe aufgrund sehr konkreter Erkenntnisse davon ausgehen müssen, dass die RAF ein Attentat auf Bundeskanzler Helmut Schmidt plante. Eine rasche

Festnahme von Klar und Schulz hätte die große Chance, dieses Verbrechen zu vereiteln und einen großen Teil der RAF-Kerngruppe auf einen Schlag zu fassen, ruiniert. Der Verfassungsschutz begnügte sich also damit, die beiden ab den ersten Märztagen 1980 wochenlang zu observieren.

Die Hamburger Verfassungsschützer unterrichteten den Chef des Bundesamtes Richard Meier über ihre Entdeckung der meistgesuchten RAF-Terroristen, und der informierte den Bundesinnenminister Baum. Eine Sondereinheit der GSG 9 wurde auf Abruf in Stellung gebracht. Der Generalbundesanwalt und das BKA wurden nicht darüber unterrichtet, dass zwei der wichtigsten RAF-Kader im Visier des Verfassungsschutzes waren. Observanten saßen mit den Gesuchten im ICE nach Frankfurt, standen neben ihnen, als sie auf dem Hauptbahnhof Geld wechselten. Kollegen des Hessischen Verfassungsschutzes leisteten Amtshilfe, ohne dass man ihnen sagte, um wen es sich bei dem beobachteten Pärchen wirklich handelte. Zugegriffen wurde trotz eines Haftbefehls der Bundesanwaltschaft nicht. Man wartete darauf, dass Klar und Schulz sich irgendwann mit den übrigen RAF-Kadern treffen würden. Doch den Gefallen tat ihnen die RAF nicht.

Irgendwann bekamen Klar und Schulz mit, dass sie rund um die Uhr observiert wurden, und machten sich davon. Die missglückte Geheimdienstoperation wurde so gut es ging unter Verschluss gehalten. Doch langsam sickerte die peinliche Verfassungsschutzpanne durch. Als der BKA-Präsident Horst Herold davon erfuhr, tobte er und erklärte auf einer Pressekonferenz mit mühsam unterdrückter Wut in der Stimme: »Die Vorstellung, dass sich die RAF-Führer wie die Räuber im Wirtshaus zum Spessart treffen und sich anschließend gemeinsam auf die Pferde schwingen und dann festgenommen werden können, ist einigermaßen romantischer Natur.«

Im Juni 2016, gut 35 Jahre später, fragte ich bei Horst Herold noch einmal nach. Der inzwischen 93 Jahre alte legendäre Präsident des BKA antwortete: »Mein mehrfach verwendetes Zitat ist richtig wiedergegeben, wenngleich die Wortwahl differieren mag. In der Sache selbst habe ich vor ein paar Jahren meinen Frieden mit Baum geschlossen.« In einem langen Gespräch habe jeder von beiden die Argumente des anderen zu verstehen gelernt. »Die Vorgehensweise des Verfassungsschutzes«, so Herold, »ist hingegen unter keinem Blickwinkel zu rechtfertigen.«

Während die bundesdeutschen Geheimdienstler nur sporadisch und

kurzfristig auf Tuchfühlung mit den RAF-Kadern gekommen waren, hatten die Kollegen vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR also enge Kontakte mit ausgestiegenen aber auch mit aktiven RAF-Mitgliedern gehalten.

Erst 1990, nach dem Mauerfall, wurden die Aussteiger allesamt festgenommen und von der noch existierenden DDR an die Bundesrepublik ausgeliefert. Nach fast zehn Jahren Leben im real existierenden Sozialismus waren sie angepasst und aussagebereit und legten umfangreiche Geständnisse ab – auch und gerade über ihr Wissen um die Vorgänge in Stammheim. Übereinstimmend berichteten sie, dass Brigitte Mohnhaupt in Beirut den übrigen Gruppenmitgliedern deutlich gemacht habe, die RAF-Gründer hätten in Stammheim Selbstmord begangen.

Als Brigitte Mohnhaupt, die nach ihrer Verhaftung 1981 inzwischen fast 10 Jahre im Gefängnis zugebracht hatte, in ihrer Zelle erfuhr, dass die DDR-Aussteiger Aussagen gemacht hatten, brach für sie eine Welt zusammen.

Am 20. Dezember 1990 erhielt sie in der Haftanstalt Aichach Besuch von ihrer Mutter und einer langjährigen Betreuerin. Auch das Bayerische Landeskriminalamt, Abteilung Häftlingskontrolle, war dabei. Brigitte Mohnhaupts Mutter hatte einen Sandkuchen mit Schokoladenüberzug mitgebracht, der ihr aber »aus anstaltsinternen Gründen« nicht übergeben werden durfte.

Brigitte Mohnhaupt war nach dem Eindruck der Überwacher »in einem äußerst labilen psychischen Zustand«. Während des Besuches wurde sie immer erregter. »Die derzeitige politische Isolierung, das Gefühl, sie sei die Alleinschuldige an den Selbstmorden 1977 in der JVA Stuttgart-Stammheim, lasten schwer auf ihr«, notierten die Beamten. »Für Frau Mohnhaupt ist es unbegreiflich, dass sie von den in der DDR festgenommenen ehemaligen RAF-Mitgliedern so schwer belastet wird. In diesem Bruch sieht sie ihr politisches Lebensziel, die RAF als Avantgarde gegen das ›kapitalistische Schweinesystem‹ und den Mythos der ›Ermordeten von Stammheim‹, zerstört.«

Sie nannte die ehemaligen Genossen »DDR-Dreckschweine«, die sie moralisch und menschlich zerstören und der Justiz ausliefern wollten. Man wolle sie damit isolieren.

»Die sonst selbstbewusst auftretende Brigitte Mohnhaupt«, notierten die Beamten, »deren sonstige Stärke es ist, ihre Besucher auf die RAF-Linie einzuschwören und dabei erfolgreich Überzeugungsarbeit leistete, saß

gebrochen ihrer langjährigen Betreuerin gegenüber. Ihre tiefliegenden Augen mit schwarzen Ringen zeigten, dass die derzeitige Situation, ausgelöst durch die Aussagebereitschaft der DDR-Aussteiger, nicht spurlos an ihr vorübergegangen ist.«

Brigitte Mohnhaupt brach in Tränen aus, hielt sich beide Hände vor das Gesicht und zitterte minutenlang am ganzen Körper. Auch ihre Besucherin weinte und sagte kein Wort.

»Diese Drecksgeschichten«, stieß sie hervor. »Wer spekuliert sich da was zusammen.«

Die Gesprächsüberwacher vom LKA notierten: »Mohnhaupt wurde immer depressiver. (…) Sinngemäß äußerte sie, sie habe überlegt, ob sie das gesagt haben könnte, bezüglich der Selbstmorde in Stammheim.«

»Es war so ein Schlag in den Magen«, sagte Brigitte Mohnhaupt. »Ausgerechnet ich habe sie umgebracht!«

»Dann brach sie regelrecht zusammen«, notierten die Überwacher vom Landeskriminalamt.

Während sich die Aussteiger im real existierenden Sozialismus einlebten, veröffentlichte die RAF im Mai 1982 zum ersten Mal seit dem von Ulrike Meinhof 1972 verfassten »Konzept Stadtguerilla« ein Strategiepapier. Es trug den Titel »Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front«. Darin hieß es: »Wir haben 1977 Fehler gemacht, und die Offensive wurde unsere härteste Niederlage.«

Die Entführung des Lufthansa-Flugzeugs »Landshut« durch verbündete Palästinenser wurde kritisiert, aber die RAF sei »stärker als vorher« aus dem Herbst 1977 hervorgegangen. Es gehe nun darum, »einen neuen Abschnitt in der revolutionären Strategie im imperialistischen Zentrum zu entfalten«.

Was damit gemeint war, wurde schnell klar – blanker Mord.

Februar 1985: Sprengstoffanschlag auf den MTU-Chef Ernst Zimmermann; Zimmermann erlitt tödliche Verletzungen.

August 1985: Ermordung des US-Soldaten Edward Pimental, um an seinen Zugangsausweis zur US-Basis Frankfurt zu kommen; zwei Tote bei dem folgenden Sprengstoffanschlag.

Juli 1986: Sprengstoffanschlag auf den Siemens-Manager Kurt Beckurts; Beckurts und sein Fahrer Eckhard Groppler kamen dabei ums Leben.

Oktober 1986: Ermordung des Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt Gerold von Braunmühl.

November 1989: Tödlicher Sprengstoffanschlag auf den Chef der Deutschen Bank Alfred Herrhausen. Sein Fahrer wurde verletzt.

April 1991: Ermordung des Treuhand-Chefs Detlev Karsten Rohwedder. Seine Ehefrau wurde verletzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach war auch dies eine Aktion der RAF, obwohl es dafür bis heute keine eindeutigen Beweise gibt.

Im Juni 1993 schließlich gelang es dem Verfassungsschutz, einen Spitzel an die neue Führung der RAF heranzuführen. Die Doppelspitze bestand zu diesem Zeitpunkt aus Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams. In Bad Kleinen sollten die beiden von einer Einheit der GSG 9 festgenommen werden. Der Einsatz misslang, der GSG-9-Beamte Michael Newrzella wurde tödlich verletzt. Wolfgang Grams erschoss sich selbst. Birgit Hogefeld wurde festgenommen.

Obwohl die RAF ohne Grams und Hogefeld kaum noch handlungsfähig war, brauchte sie noch einmal fünf Jahre, um sich gleichsam offiziell vom Irrsinn zu verabschieden.

Am 20. April 1998 ging im Kölner Büro der Nachrichtenagentur Reuters ein in Chemnitz abgesandtes achtseitiges Schreiben ein. In RAF-typischer Kleinschreibung hieß es darin: »die stadtguerilla in form der raf ist nun geschichte. Das ende dieses projekts zeigt, dass wir auf diesem weg nicht durchkommen konnten.«

Kein Bedauern über die Opfer der »Stadtguerilla«, keine Selbstkritik, kein Schuldgefühl. Nur die lakonische Feststellung, dass der bewaffnete Kampf falsch gewesen sei, weil er keine Aussicht auf Erfolg hatte.

Nach einer Aufzählung aller seit der Gründung der RAF im Jahr 1970 zu Tode gekommenen Kämpferinnen und Kämpfer zitierte das Auflösungspapier den Satz: »Die Revolution sagt: Ich war, ich bin, ich werde sein.« Das hatte Rosa Luxemburg geschrieben, im Januar 1919, einen Tag

bevor sie ermordet wurde.

Der Spuk, der am 14. Mai 1970 mit der Befreiung Andreas Baaders aus der Haft begonnen hatte, war nach 28 Jahren vorbei.

Nachbemerkung

Dreißig Jahre nach dem »Deutschen Herbst« sollte ich eine zweiteilige Dokumentation über die Geschichte der RAF für die ARD machen. Zur selben Zeit fragte mich Bernd Eichinger, ob wir nicht mein Buch »Der Baader-Meinhof-Komplex« verfilmen wollten. Beide Projekte wurden in Angriff genommen.

Als der Spielfilm »Der Baader Meinhof Komplex«, produziert von Bernd Eichinger unter der Regie von Uli Edel, 2008 anlief, meldeten sich schließlich die letzten Gralshüter der RAF zu Wort. Nach der Premiere, nachts zwischen 3 und 4 Uhr, schlichen vier bis fünf vermummte Gestalten zu unserem Haus im Hamburger Stadtteil Blankenese – nicht weit entfernt von der Jugendstilvilla, die einst Ulrike Meinhof und ihr Gatte Klaus Rainer Röhl gekauft und bewohnt hatten.

Sie zündeten ein Feuer vor der Tür, warfen mit Farbe gefüllte Flaschen gegen die Fassade und handliche Steine durch die Fenster. Splitter und Brocken landeten vor und in den Betten meiner Frau Katrin und unserer beiden Töchter Emilie und Antonia, damals neun und fünfzehn Jahre alt. Verletzt wurde niemand. Ich selbst war während des Angriffs bei der Schweizer Premiere unseres Films, der später für den Oscar und den Golden Globe nominiert wurde, in Zürich.

Am Tag danach traf bei der »Hamburger Morgenpost« ein Bekennerschreiben ein. Unter der Überschrift »Anschlag auf Aust-Villa in Hamburg« hieß es da:

»Am 25.9.2008, dem Tag des Kinostarts der Verfilmung vom Baader Meinhof Komplex, haben wir die Villa von Stefan Aust in Hamburg (…) mit Farbflaschen und Steinen beworfen und vor der Tür ein Rauchfeuer entzündet …

Der Film ist eine Fortschreibung der Verdrehungen und Lügen des Stefan Aust, er visualisiert die von ihm entworfenen psychopathologischen Muster der GenossInnen der RAF wirkungsmächtig – er denunziert bewaffneten, militanten Widerstand gegen Imperialismus und Staatsterrorismus als

wahnsinnig. Diese Behauptung, dass mensch verrückt sein müsste, um bewaffnet zu kämpfen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Arbeiten von Aust …

Austs Buch gilt als Standardwerk, seine Fernsehproduktionen … seine journalistische Tätigkeit bei Panorama, Spiegel TV und als Chefredakteur des Spiegel haben ein verzerrtes aber wirklichkeitsmächtiges Bild vom bewaffneten Kampf der RAF und anderer militanter Gruppen geprägt.«

Und weiter: Die Geschichte der bewaffneten Gruppen sei ein wichtiger Bestandteil linksradikaler Geschichte – es wäre falsch, dieses Feld der Geschichte … »an die Austs« … abzutreten.

»Wir widmen unsere Aktion allen GenossInnen, deren Würde und Integrität durch diesen Film in den Schmutz gezogen wird.«

Am Ende hieß es: »Die Revolution sagt: Ich war, ich bin, ich werde sein. R. Luxemburg.«

Mit diesem Satz hatten sich – ausgerechnet, am 20. April – 1998 die letzten Kader der RAF vom Bewaffneten Kampf verabschiedet.

Über Stefan Aust

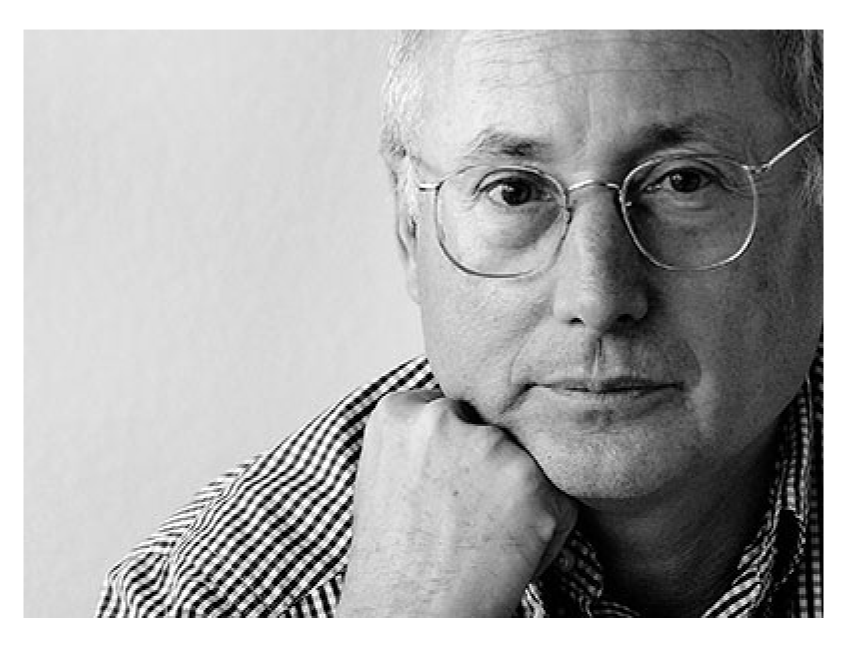


Foto: Spiegel-Verlag

Stefan Aust, Gründer von *Spiegel TV* und langjähriger Chefredakteur des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, ist heute Herausgeber der *Welt*. Zuvor war Aust unter anderem Mitarbeiter des NDR, vor allem für *Panorama*, und später Mitinhaber des Fernsehsenders N24. Er ist Autor zahlreicher Bücher. *Der Baader Meinhof Komplex*, erstmals 1985 erschienen, gilt als »Klassiker« (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*).

Impressum

»Der Baader-Meinhof-Komplex« wurde erstmals 1985 von Hoffmann und Campe veröffentlicht. 1997 erschien eine erweiterte und aktualisierte Fassung des Buches. In die dritte Ausgabe von 2008 flossen weitere Informationen und Fotos ein. Die vorliegende Fassung wurde einmal mehr auf den neuesten Stand gebracht und um zahlreiche, bisher unbekannte Details und Fakten ergänzt.

Zitierte Quellen und Dokumente wurden unter Wahrung von Wortlaut und Lautstand behutsam nach neuer Rechtschreibung korrigiert.

Copyright © 1985 by Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg
Copyright © der erweiterten und aktualisierten Ausgabe 1997by Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg
Copyright © der erweiterten und aktualisierten Ausgabe 2008by Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg
Copyright © der erweiterten und aktualisierten Ausgabe 2017 by Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg
ISBN 978-3-455-00034-4

Unsere Homepage finden Sie im Internet unter: *www.hoca.de*

 *www.facebook.com/Hoffmann.und.Campe.Verlag*

 *www.twitter.com/HoCaHamburg*



Table of Contents